

Klaus Drobisch NS-Konzentrationslager
Günther Wieland 1933–1939



Akademie Verlag

K. Drobisch, G. W. W. W.

System der

W. K. Drobisch, G. W. W. W.

1833-1839

Inhalt

Klaus Drobisch
Günther Wieland

System der NS-Konzentrationslager 1933–1939



Akademie Verlag

Stadtbücherei Bochum		
ZB	ENP 61	GE
HD		LI
PR		QU
AU		LG
WI	DROBI	WA

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Drobisch, Klaus:

System der NS-Konzentrationslager : 1933 - 1939 / Klaus

Drobisch ; Günther Wieland. - Berlin : Akad. Verl., 1993

ISBN 3-05-000823-7

NE: Wieland, Günther:

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1993

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH Verlagsgruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z. 39.48 – 1984 bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Gesamtherstellung: Druckhaus „Thomas Müntzer“ GmbH, Bad Langensalza

Einbandgestaltung: Ralf Michaelis, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhalt

Vorwort 7

Teil I: 1933 bis 1934

- Das erste NS-Konzentrationslager 11
- Konzentrationslager – eine alte Forderung der NSDAP 13
- Schutzhaft und Konzentrationslager in Deutschland vor 1933 16
- Vom Kabinett Hitler-Papen entfachter Terror 22
- Schutzhafterlasse 1933/34 25
 - Verordnung vom 4. Februar 1933 25
 - »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 25
 - Wesen der Schutzhaft 27
 - Schutzhafterlasse der Länder 1933 31
 - Schutzhafterlaß vom 12./26. April 1934 36
- Verhaftungen von Februar bis April 1933 37
- Folterstätten März/April 1933 39
- Schutzhaft in Polizei- und Justizgefängnissen 43
- Konzentrationslager März/April 1933 47
 - Sachsen 47
 - Hessen 50
 - Bayern 50
 - Preußen 53
 - Südwestdeutschland 57
 - Hansestädte 58
 - Suche nach weiteren Standorten 60
- Konzentrationslager Mai bis Herbst 1933 63
 - Sachsen 63
 - Preußen 63
 - Oldenburg 69
 - Anhalt 69
 - Bremen 70
 - Thüringen 70
 - Württemberg 71
 - Mecklenburg und Schaumburg-Lippe 71
 - Frauenlager 71
 - Lager für Asoziale 71
- Lagerregime 76
- Schutzhaftkosten 82
- NS-Veröffentlichungen 88
- Kommandanten und Schergen 95
- Häftlinge 100

KZ-Alltag 106

- Einlieferung 106
- Unterkünfte 108
- Kleidung 111
- Kost 112
- Revier 114
- Verbindung zu Angehörigen 115
- Tagesablauf 115
- Arbeit 119
- Torturen, Mißhandlungen, Strafen 122
- Tod 127
- Entlassungen 132
 - Auflösungen erster Lager 134
 - Weihnachtsentlassungen 1933 136
 - Konzentration in größeren Lagern 139
- Widerstand 141
 - Solidarität 141
 - Häftlingsfunktionen 148
 - Proteste 149
 - Kraftgewinn 151
 - Geistig-kulturelle Stärkung 155
 - Erkundungen 158
 - Nachrichtenübermittlung 159
 - Wege in die Freiheit 161
- Widerstand nach Haftentlassung 165
- Hilfe und Proteste von außen 173

Teil II: 1934 bis 1936

- Festigung und Zentralisierung der Gewalt 185
 - Inspektion der Konzentrationslager 188
- KZ-Insassen 199
- Häftlingsleben 205
 - Einlieferungstorturen 205
 - Markierungen 206
 - Lebens- und Arbeitsbedingungen 207
 - Mißhandlungen und Morde 210
 - Besichtigungen 213
 - Gottesdienste 215
 - Haftprüfungen 215
- NS-Justiz und KZ-Verbrechen 217
 - Amnestien 217
 - Niederschlagungen 222
 - Begnadigungen 223
 - Kooperation mit Polizei und SS 225

Ungebrochener Kampf 228
 Gefestigte Organisation 228
 Ständige Solidarität 230
 Kulturelle Kraftquellen 232
 Anklagen und Trauer 233
 Dem Lager entronnen 234
 Unterstützung von außen 236
 Proteste im Ausland 240

Teil III: 1936 bis 1939

Kurs auf Krieg 251
 Ausbau und Auftrag der SS-Totenkopfseinheiten 256
 Gründung von SS-Betrieben 260
 Neue Lager 262
 Sachsenhausen 262
 Buchenwald 267
 Dachau 271
 Frauen-KZ Lichtenburg 272
 Flossenbürg, Mauthausen und Ravensbrück 272
 Finanzierung 274
 Kleinere und Nebenlager 276
 Angepaßte Strukturen 277
 Auffüllen der Lager 280
 Schutzhaft für politische Gegner 280
 Asoziale und Kriminelle 284

Lebens- und Arbeitsbedingungen 290

Schrecken seit Anbeginn 290
 Massentransporte 291
 Handlanger der SS 293
 Tagesablauf 294
 Rationen und Gesundheitszustand 298
 Strafen und Quälereien 300
 Exekutionen 301
 Visiten 303
 Lagerlieder 305
 Ende der Seelsorge 307
 Entlassungen 308

Gefestigte Gemeinschaft 311

Kampfkraft 311
 Zurückdrängen krimineller Häftlinge 315
 Gemeinsamkeiten 317
 Einsatz für Mitgefangene 318
 Ungebrochen 322
 »Fort mit den Konzentrationslagern« 327
 A-Fall 337

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 345
 Tabellenverzeichnis 348
 Quellen- und Literaturverzeichnis 349
 Personen 359
 Lager und Folterstätten 369

Vorwort

Mehr als ein halbes Jahrhundert ist es her, seit die ersten NS-Konzentrationslager entstanden. Gemeinsam mit den Folterzellen der Politischen Polizei und den Sturmlokalen der SA und SS gaben sie das Exerzierfeld für ein Unrechtsregime ab, sadistische Mißhandlungen sowie Mord und Totschlag an wehrlosen Gefangenen zu verüben. Das geschah einerseits, um jeden Widerstand zu ersticken, und andererseits, um die Büttel in den braunen und schwarzen Uniformen zu willfährigen Vollstreckern des bald einsetzenden Völkermordes werden zu lassen. Dennoch entwickelten sich die Konzentrationslager von Anbeginn zu Stätten des antifaschistischen Kampfes. Die Erfahrungen der dort seit 1933 Eingekerkerten flossen ein in die mutige Gegenwehr in den Konzentrations- und Vernichtungslagern im zweiten Weltkrieg mit ihrem Höhepunkt in den verschiedentlich erfolgten Erhebungen von Häftlingen.

Bislang behandelten wissenschaftliche Überblicke – angesichts des Ausmaßes und des Gewichts der vor allem nach dem Überfall auf die Sowjetunion von den Aggressoren fabrikmäßig betriebenen Verbrechen durchaus naheliegend – die frühen Terrorstätten des Naziregimes meist beiläufig. Notwendig ist daher, im Detail zu zeigen, warum, wann, wie und wo die Nationalsozialisten ab 1933 Konzentrationslager errichteten und wie daraus jenes außergerichtliche Haftsystem entstand, das perfektioniert existierte, als der zweite Weltkrieg ausbrach.

Überliefert sind Carl von Ossietzkys Mitte der dreißiger Jahre im KZ Esterwegen formulierten Worte: »Ob wir überleben, ist weder sicher noch die Hauptsache.

Wie man aber später von uns denken wird, ist so wichtig wie, daß man an uns denken wird. Darin liegt auch unsere Zukunft. Danach müssen wir hier leben, solange wir atmen. Ein Deutschland, das an uns denkt, wird auch ein besseres Deutschland sein.«

Diesem Anliegen fühlt sich unsere Arbeit verpflichtet. Sie soll an den Kampf und die Leiden der Gefangenen in den Konzentrationslagern, zugleich aber auch an die ungebrochene Zuversicht der Eingekerkerten auf ein besseres menschenwürdiges und friedliches Morgen erinnern. Sie wurzelt in deren Vermächtnis und möchte zur Pflege jener Traditionen beitragen, die das antifaschistische Grundanliegen aller seit eh und je prägen.

Ohne die Unterstützung durch Veteranen des Widerstandskampfes und Verfolgte des NS-Regimes ist dieses Buch undenkbar. Allen denen, die es durch ihren Rat oder Bericht bzw. mittelbar durch ihre Aussage in Gerichtssälen oder Vernehmungszimmern förderten, gilt unser Dank. Ihn entbieten wir zugleich den vielen großen und kleinen Archiven und Bibliotheken, deren Mitarbeiter uns Hilfe und Beistand leisteten.

Die Kapitel über die Schutzhafterlasse 1933/34 und die Haltung der NS-Justiz zu den KZ-Verbrechen sowie Angaben aus nach 1945 geführten Ermittlungs- und Strafverfahren stammen von Günther Wieland. Die übrigen Kapitel verfaßte Klaus Drobisch.

Klaus Drobisch
Günther Wieland

Teil I
1933 bis 1934

[The following text is extremely faint and largely illegible. It appears to be a list or index of names and dates, possibly related to a historical or genealogical study. Some fragments are visible:]

... 1933 ...
... 1934 ...
... 1935 ...
... 1936 ...
... 1937 ...
... 1938 ...
... 1939 ...
... 1940 ...
... 1941 ...
... 1942 ...
... 1943 ...
... 1944 ...
... 1945 ...
... 1946 ...
... 1947 ...
... 1948 ...
... 1949 ...
... 1950 ...
... 1951 ...
... 1952 ...
... 1953 ...
... 1954 ...
... 1955 ...
... 1956 ...
... 1957 ...
... 1958 ...
... 1959 ...
... 1960 ...
... 1961 ...
... 1962 ...
... 1963 ...
... 1964 ...
... 1965 ...
... 1966 ...
... 1967 ...
... 1968 ...
... 1969 ...
... 1970 ...
... 1971 ...
... 1972 ...
... 1973 ...
... 1974 ...
... 1975 ...
... 1976 ...
... 1977 ...
... 1978 ...
... 1979 ...
... 1980 ...
... 1981 ...
... 1982 ...
... 1983 ...
... 1984 ...
... 1985 ...
... 1986 ...
... 1987 ...
... 1988 ...
... 1989 ...
... 1990 ...
... 1991 ...
... 1992 ...
... 1993 ...
... 1994 ...
... 1995 ...
... 1996 ...
... 1997 ...
... 1998 ...
... 1999 ...
... 2000 ...

Das erste NS-Konzentrationslager

Am 7. März 1933 meldete das Weimarer Blatt »Der Nationalsozialist«, der thüringische Gauleiter Fritz Sauckel hätte zwei Tage zuvor das Lager für inhaftierte KPD-Funktionäre in Nohra besichtigt. Schon am 6. März berichtete der Greizer Stadtvorstand dem Thüringer Innenministerium, man habe zwölf in »polizeiliche Sicherungsverwahrung« genommene Kommunisten »dem Sammellager in Nohra zugeführt«.¹

Wie die Weimarer NSDAP-Zeitung schrieb, befanden sich dort 200 Gefangene in drei Räumen des zweiten Stockwerkes im Hauptgebäude der Heimatschule »Mitteldeutschland«. Deren Schüler stellten als Hilfspolizisten die Bewachung. Die Anstalt, in der die Eingekerkerten auf Strohschütten und Feldbetten kampierten, hatte zuvor dazu gedient, junge Arbeitslose im Freiwilligen Arbeitsdienst zu beherbergen.² Unter der seit August 1932 in Thüringen existierenden Regierung Sauckel war sie zu einem Hort der NSDAP geworden.

Das Thüringische Wirtschaftsamt zählte im März und April 1933 für die neue Haftstätte 5429 Verpflegungstage.³ Demnach gab es dort durchschnittlich 95 Gefangene. Wahrscheinlich lag deren Zahl im März höher. Denn der Direktor der Heimatschule, Pirch, berechnete am 10. April die Kosten pro Tag und Häftling mit 1,20 Reichsmark. Er ging dabei von 200 Inhaftierten aus, obwohl sich an diesem Tag nach seinen Angaben 50 in der Schule befanden.⁴

Allerdings wurden, wie Max Keppel aus Gera überlieferte⁵, zumindest einige der Gefangenen zeitweilig in einer Halle des Flugplatzes Nohra festgehalten, wo sie auf dem Betonfußboden nächtigen mußten und man ihnen jegliche ärztliche Hilfe verweigerte, wie das illegale »Thüringer Volksblatt« der KPD im Juni 1933 anprangerte. Diesen menschenunwürdigen Haftbedingungen fiel der RFB-Funktionär Fritz Koch aus Gotha zum Opfer, der dort am 17. März 1933 an einer Halsentzündung starb.⁶

Als am 18. März die in Basel erscheinende »Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung«

der Kommunistischen Internationale über die in NS-Deutschland stattfindenden Massenverhaftungen informierte, zählte sie neben den als Folterstätten dienenden Berliner SA-Kasernen die ersten Konzentrationslager auf. Dazu gehörte Nohra.

In der Tat belegen die heute zur Verfügung stehenden Quellen: In dem kleinen westlich von Weimar gelegenen Ort entstand das erste derartige Lager mit der deutsch-tümelnden Bezeichnung »Sammellager«. Solche das Wesen der neuen Haftstätten verschleiernden Begriffe, die noch dazu dem Sprachgebrauch der konservativen Bundesgenossen der Nationalsozialisten entnommen waren, wurden von diesen in den ersten Monaten nach der Machtübertragung bevorzugt. Der Terminus Konzentrationslager, in der zweiten Märzhälfte u. a. für die großen Lager in Oranienburg und Dachau verwandt, setzte sich als einheitlicher Begriff schrittweise bald durch. Doch welchen Namen die Lager auch trugen: Es handelte sich durchweg um Schutzhaftstätten zum außergerichtlichen Freiheitsentzug, die von Anfang an dazu dienten, konsequente Hitlergegner zu isolieren, zu drangsalieren und jeglicher Menschenrechte zu berauben. Mit der bloßen Existenz dieser Einrichtungen zielten die neuen Gewalthaber zugleich darauf ab, Furcht und Schrecken zu verbreiten, um so ihre Diktatur zu festigen.

Gegen Diktatur, Unrecht und Terror formierten sich bereits in den ersten Konzentrationslagern Antifaschisten zum Widerstand. In Nohra scharten sich Kommunisten um Fritz Gäbler und den Abgeordneten im preußischen Landtag Ernst Oberdörfer. Nach ihren Heimatorten und Unterbezirken bildeten sie heimlich KPD-Gruppen, in denen sie die politische Lage erörterten. Gäbler erklärte dabei: Die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hätte die Machtübergabe an die Nationalsozialisten verhindern können. Nun errichte der Faschismus seine Herrschaft, und dessen Gegner haben sich auf eine lange Zeit der Illegalität einzustellen.

Eine Absicht des Widerstands im Lager bestand zudem darin, durch gemeinsamen Protest die Haftverhältnisse zu ändern. So gelang es, solidarisch einige Verbesserungen zu erwirken. Ferner drängte die illegale Leitung in Nohra darauf, die Entlassung von gesundheitlich Gefährdeten und solchen Gefangenen erreichen, die für eine große Familie sorgen mußten. Für das Verhalten bei Entlassungen legte man fest: Die von der Lagerführung geforderte Erklärung, sich künftig nicht mehr politisch zu betätigen, sei ohne Bedenken zu unterschrei-

1 Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv (im folgenden: ZPA), St 17/195.

2 Mitteilung von Erhard Naake, übermittelt durch Gitta Günther, Weimar, am 4. 4. 1979.

3 Staatsarchiv (im folgenden:

StA) Weimar, Thür. Ministerium des Inneren, Nr. P 21, Bl. 14.

4 Ebenda, Bl. 5.

5 ZPA, EA 460.

6 Manfred Weißbecker, Gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933–1945, Erfurt 1967, S. 58.

ben.⁷ Da sie den Gefangenen abgepreßt war, betrachtete man sie als nichtig.

Das KZ Nohra bestand bis Juli 1933.⁸ Unmittelbar nachdem es errichtet worden war, folgten zahlreiche weitere Schutzhaftstätten. Insgesamt entstanden in diesem Jahr fast 70 Konzentrationslager. Dazu kamen über 30 sogenannte Schutzhaftabteilungen in Justiz- und Polizeihafenanstalten, die ebenfalls KZ-Charakter trugen. Schließlich gab es zur gleichen Zeit rund 60 berüchtigte Folterstätten, in denen Angehörige der Gestapo, der SA und SS Regimegegner auf grauenhafte Weise mißhandelten und in zahlreichen Fällen ermordeten. Diese in Sturmlokalen und Kasernen, zum Teil auch in Fabrikgebäuden, die NSDAP-Mitgliedern gehörten, errichteten Prügelstätten stellten meist Durchgangsstationen zu den Konzentrationslagern dar, von denen sie sich im Kern nicht unterschieden. Wie bei jenen handelte es sich um Instrumente des zügellosen Terrors. Allein in temporaler Hinsicht gab es eine Differenz: Während die Marterhöhlen der SA und SS eine zeitlich begrenzte

Erscheinung in der ersten Phase der faschistischen Diktatur in Deutschland bildeten, programmierten die Machthaber Konzentrationslager von vornherein als ständigen wesenseigenen Bestandteil ihres Repressivapparates. Das — strukturell zunehmend straffer organisierte und ständig erweiterte — KZ-System charakterisierte den NS-Staat bis zu dessen letzter Stunde.

Schon Jahre vor der Machtübertragung hatte die NSDAP insbesondere gegen die organisierte Arbeiterklasse und die Friedensbewegung nicht nur Haß geschürt und Gewalt ausgeübt, sondern zugleich fortwährend gedroht: Einmal im Besitz der Macht, würde sie ihre Gegner ausmerzen. Das geschähe dann mit allen Mitteln des gesetzlichen und außergesetzlichen Terrors, darunter dem der Konzentrationslager.

Seit den Abendstunden des 27. Februar 1933, in denen der brennende Reichstag den Vorwand abgab, eine bis dahin in Ausmaß und Intensität unvorstellbare staatlich dirigierte und organisierte Brutalität gegenüber allen Nazigegegnern zu entfesseln, wurden jene Drohungen zur obersten Staatsdoktrin des Hitlerreiches. In diesem System der blutigen Verfolgung jedes Widerstandes nahmen die Konzentrationslager einen zentralen Platz ein. Der so entfachte Staatsterror übertraf mit seiner Zielsetzung, Perfektion und Perversität alle bis dahin bekannte Unterdrückungspraktiken.

7 ZPA, EA 460.

8 *Geschichte Thüringens*, hg. von Hans Patze/Walter Schlesinger,

5. Bd., 2. T., Köln/Wien 1978, S. 543.

Konzentrationslager – eine alte Forderung der NSDAP

Schon vor der Machtübertragung hatten die NS-Führer nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie, sobald sie in den Besitz der Regierungsgewalt gelangen, den Terror zur Staatsdoktrin erheben würden. Laut dem Zentralblatt der NSDAP »Völkischer Beobachter« vom 13. März 1921 drohte Hitler die Abrechnung mit »Verräter(n) an der nationalen Volkssache« an, die auch in Konzentrationslagern vollzogen werde. Am 8. Dezember des selben Jahres forderte er vor frühen Protektoren im »Nationalen Klub von 1919« in Berlin auf die Frage, »wie er sich die Lösung der Marxisten- und Judenfrage im Fall der Machtübernahme dächte«, expressis verbis Konzentrationslager.¹ Auf einer Versammlung der Naziartei am 18. September 1922 in München ging er noch weiter: Nicht nur »mit den Novemberverbrechern von 1918« sei abzurechnen, sondern »ein Volk, das so denkt ... muß fühlen, wie es schmeckt, im Konzentrationslager zu leben«.²

Wie das im Detail erfolgen sollte, zeigte sich erstmals im Zusammenhang mit dem Münchner Putsch am 9. November 1923. Der Oberlandesgerichtsrat Theodor von der Pfordten trug dabei den Entwurf einer Staatsstreich-Verfassung bei sich. Dessen Artikel 9 sah vor, den Belagerungszustand auszurufen und die demokratischen Grundrechte rigoros einzuschränken, Artikel 16 bestimmte die »Entfernung aller sicherheitsgefährlichen Personen«, die »in Sammellager zu verbringen« seien. Wer sich der Verschleppung entzog oder das nur versuchte, sollte ebenso mit dem Tode bestraft werden, wie jeder, der dabei Hilfe leistete. Putschist Pfordten verfügte zugleich über den Entwurf einer Standgerichtsordnung, in deren Paragraph 9 es hieß:

»Der Urteilssatz (also nur der Tenor der Entscheidung! – d. Vf.) ist zu den Akten zu nehmen. Die Gründe brauchen nicht schriftlich niedergelegt zu werden.« Während Paragraph 10 festschrieb, »Rechtsmittel finden nicht statt«, bestimmte Paragraph 12: »Das Urteil vollstreckt der Ankläger«, dem damit zugleich die

Funktion des Henkers zukam. Über jene Gegner, die in ein Sammellager geworfen werden sollten, hieß es, sie seien dort »nach Möglichkeit zu gemeinnützigen Arbeiten« einzusetzen.³

Die bei Pfordten gefundene – der Öffentlichkeit freilich erst 1928 bekannt gewordene – Staatsstreich-Verfassung offenbarte, wie die NSDAP die bereits in ihrem Programm von 1920, insbesondere in den Artikeln 4 bis 8 und 23, verankerte Entrechtung und Ächtung großer Gruppen der deutschen Bevölkerung zu realisieren gedachte.

In der Tat legten die NS-Führer immer wieder unverborgen dar, daß sie – einmal an die Macht gelangt – im untrennbaren Zusammenhang mit der aggressiven Politik nach außen die Liquidierung aller demokratischen Grundrechte im Innern betreiben würden. So erklärte Hitler bei der sogenannten 2. NSDAP-Gründungskonferenz am 27. Februar 1925 im Münchner Bürgerbräukeller: »Entweder der Feind geht über unsere Leiche oder wir gehen über die seine.«⁴ Noch deutlicher sagte er vor dem Reichsgericht in Leipzig am 25. September 1930 aus: »Wenn wir siegen, werden bestimmt die Köpfe der anderen rollen.«⁵

Wie Nazijuristen solche Umsturzpläne systematisch konzipierten, zeigte sich, als die Polizei im November 1931 jene Geheimpläne erhielt, die der spätere Heydrich-Stellvertreter Werner Best zwei Monate zuvor im »Boxheimer Hof« formuliert hatte. Die als »Boxheimer Dokumente« bekannt gewordenen Entwürfe nazistischer Regierungsproklamationen kündigten den Mordterror in aller Brutalität an, die in dem Satz gipfelten: »Widerstand wird grundsätzlich mit dem Tode bestraft.«⁶

1 J. K. von Engelbrechten/
Hans Volz, Wir wandern durch
das nationalstalistische Berlin,
München 1937, S. 53. – Schon
am 10.3.1920 hatte der »Völ-
kische Beobachter« gefordert, da-
mit Juden »nicht insgeheim wü-
hlen und hetzen können, wären sie
in Sammellager zu verbringen«
(Kurt Hirsch, Die Blutlinie. Ein
Beitrag zur Geschichte des Anti-

kommunismus in Deutschland,
Frankfurt/M. 1960, S. 208). Im
selben Jahr verlangte das Blatt
Schutzhaft für Juden, weil sie
zum Spartakismus hetzen wür-
den (Ebenda).

2 Hitler. Sämtliche Auf-
zeichnungen 1905–1924, hg.
von Eberhard Jäckel zus. mit
Axel Kuhn, Stuttgart 1980,
S. 692.

3 Hanns Hubert Hofmann, Der
Hitlerputsch. Krisenjahre deut-
scher Geschichte 1920–1924,
München 1961, S. 287 ff. – Hof-
mann erwähnt dort einen früher
entstandenen analogen »Notver-
fassungsentwurf« des Alldeut-
schen Verbandes, der vorsah,
Juden »in geeignete Sammelstel-
len (abgeschlossene Räumlich-
keiten oder Sammellager) zu
überführen«. – Ende 1923 for-
derte ein Naziplakat im hessi-
schen Groß Gerau: »Sperrt
10000 Juden in ein Konzentra-
tionslager und hängt an jedem
Tag, an dem der Dollar wei-
ter steigt, 100 Juden auf« (Ludwig

Moos, SA in Hessen. Geschichte
der Brigaden 50 und 150, Groß-
Gerau 1934, S. 4, zit. nach: Hen-
ner Pingel, Darmstadt 1933.
NSDAP-Machtergreifung im
Volksstaat Hessen. Mit zahlrei-
chen Dokumenten und einer aus-
gewählten Gesetzessammlung,
Darmstadt 1977, S. 42).

4 Konrad Heiden, Adolf Hitler.
Das Zeitalter der Verantwort-
ungslosigkeit, Zürich 1936,
S. 215.

5 Leipziger Neueste Nachrichten,
Nr. 269, 26. 9. 1930.

6 Werner Best, ... wird erschos-
sen. Die Wahrheit über das Box-
heimer Dokument, Mainz 1932,

Hitler, der vorgab, den Inhalt der Boxheimer Papiere nicht zu kennen, bekräftigte deren Absicht, als er am 26. Januar 1932 in einer Rede vor 300 rheinischen Industriellen, den »unerbittlichen Entschluß« unterstrich, »den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten«⁷. Bereits ein Jahr zuvor hatte er sich gegenüber Friedrich Fürst Wend zu Eulenburg-Herzfeld ähnlich geäußert, wie der Großgrundbesitzer unverzüglich für seinesgleichen vervielfältigte: »Den Kampf gegen den Marxismus führe ich rücksichtslos mit allen, auch den alleräußersten Mitteln ... bis zur völligen Vernichtung und Ausrottung.«⁸

Nicht nur diese, sondern auch analoge Auslassungen Hitlers konnten damals gelesen werden, so seine Rachedrohung gegen Matthias Erzberger und seine Genugtuung über die Morde an Rosa Luxemburg und Kurt Eisner vom April 1920.⁹ Das galt auch für Hitlers vor allem an Reichswehrgenerale und -offiziere gerichtete Rede vom 15. März 1929, in der er zum wiederholten Male die »Vernichtung des Marxismus« als Ziel seiner Politik verkündete.¹⁰

Am 11. August 1932 konkretisierte der »Völkische Beobachter« unverblümt das NS-Programm für den Tag der Machtübergabe: »Sofortige Verhaftung und Aburteilung aller kommunistischen und sozialdemokratischen Parteifunktionäre ... Unterbringung Verdächtiger und intellektueller Antifister in Konzentrationslager.« Wie ernst diese Drohungen waren, bezeugte später der damalige SPD-Reichstagsabgeordnete Gerhart Seger. Ihm gegenüber äußerte Wilhelm Frick, der spätere Innenminister im Dezember 1932: »Wenn wir zur Macht kommen, werden wir euch Kerle alle ins Konzentrationslager stecken.«¹¹

So oft und so lautstark die NS-Führer diese außergerichtlichen Haftstätten auch ankündigten, legten sie doch eminenten Wert darauf, nicht als diejenigen angesehen zu werden, die sie erstmals projektierten und bauten. Wiederholt betonten sie, solche Lager seien keine Neuschöpfung des deutschen Faschismus. Hitler erklärte am 30. Januar 1941: »Konzentrationslager sind nicht in Deutschland erfunden worden, sondern Engländer sind

ihre Erfinder.«¹² Wenn diese demagogische Angabe auch sehr von den KZ-Verbrechen der Nazis abzulenken suchte: In der Tat verfügten schon vor 1933 mehrere Staaten über Erfahrungen mit Einrichtungen, die diese Bezeichnung trugen. Gleichwohl blieb Hitlers Behauptung in doppelter Hinsicht unwahr. Einerseits errichteten die ersten derartigen Lager nicht Briten, und andererseits ließen sich die in anderen Ländern schon vor 1933 bestehenden gleichnamigen Gebilde keinesfalls mit den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten und den dort millionenfach verübten Untaten gleichstellen.

Der institutionalisierte Begriff Konzentrationslager entstand Ende des 19. Jahrhunderts, als im Vorfeld und während des US-amerikanisch-spanischen Krieges (1898) beide kriegführenden Seiten Zivilisten in umgrenzten Lagern internierten. Die spanischen Kolonisatoren schufen 1896 auf Cuba »campos de concentración«, und die USA taten dasselbe auf der philippinischen Insel Mindanao. Dabei gaben beide Seiten vor, die in ihnen Eingesperrten vor Kampfhandlungen zu schützen.

Die während des Burenkrieges (1899–1902) von den Briten in Südafrika angelegten »concentration camps« trugen den Charakter von Internierungslagern, in die Tausende Zivilisten zwangsweise verbrachten. Die totale Überfüllung der Lager, dort herrschender Hunger, fehlender Schutz vor den Unbilden der Witterung und unzureichende medizinische Versorgung verursachten den Tod zahlreicher Frauen, Kinder und Greise. Im Ergebnis nachhaltiger Proteste inner- und außerhalb Großbritanniens änderten sich schließlich die Lebensbedingungen der Eingesperrten zu deren Gunsten.

Zwei Jahrzehnte später bediente sich die Konterrevolution in Ungarn nach der Niederschlagung der Räterepublik der Konzentrationslager, um revolutionäre Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz zu verfolgen. Weißgardisten erschlugen Arbeiterfunktionäre entweder in den Lagern oder auf dem Transport dorthin, so im Sommer 1919 den sozialdemokratischen Parteisekretär Gabriel Knopp bei der Überführung in das Zuchthaus Steinambrückl. Die kommunistischen Arbeiterführer Bors und Entzbruder wurden im August 1919 auf dem Transport in das KZ Zalaegerszeg angeblich »bei einem Fluchtversuch« nahe Steinamanger erschossen.¹³

Nach der Etablierung der faschistischen Diktatur in Italien entstanden dort Konzentrationslager auf sechs unwirtlichen Inseln im Süden, darunter Lipari als die bekannteste. Dahin deportierte die Polizei aufgrund des Ausnahmegesetzes von 1926 etwa 6000 politische Gefangene. Diese KZ-Einweisungen trugen jedoch mehr den Charakter von Verbannungen, die provinziale Kommissionen – bestehend aus dem Provinzialsekretär

S. 27 – Wilhelm Schäfer, der am 15. 11. 1931 den Entwurf im Polizeipräsidium Frankfurt am Main abgab, wurde am 17. 7. 1933 erschossen aufgefunden. Nazis wie Moos frohlockten über den Fememord.

7 Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. 1. 1932, München 1932, S. 28.

8 Kurt Gossweiler/Alfred Schlicht, Junker und NSDAP 1931/32, in: Kurt Gossweiler, Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986, S. 284f., Dok. 3 – Ähnliche Stellen in *Hitlers 1925/26* erschienenen Buch »Mein

Kampf«, Berlin 1942, S. 186ff. u. 771ff.

9 Konrad Heiden, Geschichte des Nationalsozialismus, Berlin 1932, S. 52.

10 Zentrales Staatsarchiv (im folgenden: ZStA) Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 293, Bl. 149, nach »Völkischer Beobachter« v. 24. 3. 1929. Ähnliche Äußerungen von Frick und Terboven vom Oktober 1929, ebenda, Bl. 133f.

11 Heinz Kühnrich, Der KZ-Staat. Die faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945, Berlin 1983, S. 28.

12 Völkischer Beobachter v. 31. 1. 1941.

13 Gerald Schlag, Die Anfänge

der Sozialdemokratischen Partei im Burgenland, Phil. Diss., Wien 1966, S. 65ff.

der Faschistischen Partei, zwei Offizieren und einem Oberstaatsanwalt — anordneten.¹⁴

In Polen gab es gleichfalls Lager für politische Opponenten des militaristisch-diktatorischen Regimes unter dem Marschall Józef Piłsudski, Staatspräsident von 1918 bis 1922 und Premierminister ab 1926. »Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, aber auch politische Gegner aus bürgerlichen Parteien pflegte er in einem eigens zu diesem Zweck eingerichteten Konzentrationslager in Berezka Kartuska unterzubringen«, erfuhr Gerhard Kegel, der seit 1933 als Korrespondent und ab 1935 in der deutschen Botschaft in Warschau arbeitete.¹⁵

Bereits in den zwanziger Jahren entstanden in unwirtlichen Gegenden der UdSSR, vor allem in Sibirien und der Polarregion, »Besserungsarbeitslager«. Sie trugen zunächst verschiedentlich die Bezeichnung Konzentrationslager. Nach den Enthüllungen über die gleichnamigen NS-Haftstätten fanden andere Namen Verwendung: Arbeits-, Arbeitserziehungs-, Häftlings-, Stalin-, Strafarbeits-, Straf- und Zwangsarbeitslager. Für alle diese Einrichtungen steht das von Alexander Soltschenyzin gebrauchte Synonym »Gulag«. Zu den bislang bekanntesten Lagern zählen die in Archangelsk, Elgen, Karaganda, Kolyma, Nishni Tagil, Norilsk, Wjatka, Wladiwostok und Workuta. Ein lückenloser Überblick und eine wissenschaftliche Untersuchung des Charakters dieser Lager wird freilich erst nach Öffnung sowjetischer Archive möglich sein.

Förmliche Unterschiede zwischen den Gulags und den in anderen Staaten errichteten Lagern bestehen darin, daß die Einweisungen in der UdSSR zumindest im Regelfall für einen von vornherein bestimmten Zeitpunkt

erfolgten und auf einem Beschluß beruhten, der in einer dem gerichtsförmigen Verfahren ähnlichen Art erging. Gleichwohl dürfen beide Besonderheiten nicht überbewertet werden: Oft erstreckte sich die Einweisungsfrist auf einen so langen Zeitraum (zuweilen bis zu 25 Jahren), daß dem Betroffenen kaum Hoffnung blieb, jemals entlassen zu werden. Außerdem waren wiederholt während der Inhaftierung Beschlüsse gefaßt worden, die die jeweilige Haftzeit um Jahre verlängerten.

Ähnlich ist die Gerichtsförmigkeit der Beschlüsse zu bewerten: blieb das Recht auf Verteidigung in der UdSSR-Judikatur ohnehin recht beschränkt, traf das auf die Einweisungsverfahren im besonderen Maße zu: Oft entschieden darüber nicht die Gerichte, sondern Kommissionen der Geheimpolizei NKWD.

In Österreich legte die Verordnung vom 23. September 1933 die »Verhaltung sicherheitsgefährlicher Personen zum Aufenthalt in einem bestimmten Orte oder Gebiete« fest.¹⁶ Die ersten österreichischen Anhaltelager — den Begriff Konzentrationslager vermied man dort sorgsam — entstanden unverzüglich: Schon am 17. Oktober nahm das Dollfuß-Regime das Lager Wöllersdorf in Betrieb, dem bald weitere folgten. Die Anhaltelager existierten bis März 1938. Die Höchstzahl ihrer Häftlinge betrug im Oktober 1934 rund 5000 Personen. Insbesondere im Ergebnis des zurückgeschlagenen braunen Putsches vom Juli 1934 befand sich darunter auch eine Reihe österreichischer NSDAP-Mitglieder.¹⁷

Zu jenen Staaten, die bereits vor 1933 Konzentrationslager kannten, gehörte auch Deutschland, das dort die sogenannte Schutzhaft vollstreckte, jenen von der deutschen Reaktion erfundenen außergerichtlich verhängten Freiheitsentzug.

14 Ernst Wilhelm Eschmann, *Der faschistische Staat in Italien*, Breslau 1930, S. 59f.; Fritz Bauer, *Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns*, Frankfurt/M., 1965, S. 10f.; Adriano Dal Pont, *I Lager di Mussolini*. L'alto fuc-

cia del confino nei documenti della polizia fascista, Milano 1978, S. 41ff.

15 Gerhard Kegel, In den Stürmen unseres Jahrhunderts. Ein deutscher Kommunist über sein ungewöhnliches Leben, Berlin 1984, S. 89f.

16 *Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich*, Nr. 431.

17 Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die Haftbedingungen in den österreichischen Anhaltelagern keineswegs mit dem Terror der Nazi-Konzentrationslager vergleichbar sind. (Gerhard

Jagschitz, *Die Anhaltelager in Österreich*, in: *Vom Justizpalast zum Heldenplatz*. Studien und Dokumentationen 1927 — 1938, hrsg. von Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck, Wien 1975, S. 128ff.)

Schutzhaft und Konzentrationslager in Deutschland vor 1933

Der Haftgrund »zum Schutz der eigenen Person« tauchte erstmals im »Preußischen Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit« vom 24. September 1848 auf. Das gleichnamige Gesetz vom 12. Februar 1850 und das »Preußische Gesetz über den Belagerungszustand« vom 4. Juni 1851 bauten ihn weiter aus.¹

Bei der Begründung dieser Haft berief sich der preußische Gesetzgeber bezeichnenderweise auf die teils von der Polizei, teils vom Militär bei der Niederschlagung des schlesischen Weberaufstands im Jahre 1844 vollzogenen exekutiven Verhaftungen. Mit den ersten beiden Gesetzen erhielt die preußische Polizei nach der niedergeschlagenen bürgerlich-demokratischen Revolution die Befugnis zu zeitlich befristeten Inhaftierungen unter dem Vorwand des Schutzes der eigenen Person. Sowohl in Preußen als auch in den meisten übrigen deutschen Staaten (die in der Folgezeit nahezu durchweg analoge Bestimmungen erließen) trug die Polizeihaft – der Begriff »Schutzhaft« kam erst später auf – stets den Charakter einer sicherheitspolizeilichen Repressivmaßnahme.

Das Belagerungszustandsgesetz von 1851 ging noch weiter. Es ermächtigte die preußischen Militärbefehlshaber, zeitweilig und distriktweise neben anderen Grundrechten auch das der persönlichen Freiheit gemäß Artikel 5 der Preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850 aufzuheben.² Rief der zuständige Kommandeur den Belagerungszustand aus, durften Personen unbefristet in »militärische Sicherungshaft« eingeliefert werden, die keinerlei richterlicher Kontrolle unterlag.³

Die Handhabung des Belagerungszustandsgesetzes zeigte sich nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges: Am 5. September 1870 verurteilte der Braunschweiger Ausschuß der Sozialdemokratischen Partei in seinem Manifest »An alle deutschen Arbeiter«⁴, das große Passagen der von Karl Marx verfaßten »Ersten Adresse des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg«⁵ enthielt, die Raub- und Eroberungspolitik des preußischen Militärs und der deutschen Groß-

bourgeoisie. Daraufhin nahmen Militärs alle Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses in Sicherungshaft. Vergleichbare Inhaftnahmen erfolgten bei der Niederschlagung von Kämpfen revolutionärer Arbeiter, so im Juni 1871 in Königshütte und 1885 in Bielefeld.⁶ Der preußische Innenminister Robert von Puttkamer forderte in seinem Antistreikerlaß vom 11. April 1886 die Chefs der Zivilverwaltungen auf, »im Falle eines durch Arbeitseinstellungen veranlaßten Aufruhrs sofort bei dem obersten Militärbefehlshaber die Erklärung des Belagerungszustandes in Gemäßheit des Gesetzes vom 4. 6. 1851 zu beantragen«⁷.

War dieses Gesetz bis dahin stets aus regionalen Anlässen praktiziert worden, so änderte sich das bei Ausbruch des ersten Weltkrieges schlagartig. Jetzt bildete es eines der Hauptinstrumente des deutschen Kaiserreiches, um jeglichen inneren Widerstand zu unterdrücken. Unmittelbar nach der deutschen Kriegserklärung verkündeten die Militärbefehlshaber den Belagerungszustand. Nach den großen Friedensdemonstrationen am 1. Mai 1916 kerkerte das Militär nahezu alle führenden Mitglieder der Spartakusgruppe auf der Grundlage des Gesetzes vom 4. Juni 1851 ein, u. a. Rosa Luxemburg, Ernst Meyer und selbst den greisen Franz Mehring. Nachdem sich seit 1914 anstelle der Bezeichnung »militärische Sicherungshaft« der Begriff »Schutzhaft« durchsetzte, galten diese Gefangenen als Schutzhäftlinge.

Am 28. Oktober 1916 prangerten oppositionelle Abgeordnete diese Inhaftierungen im Reichstag an. »Die Schutzhaft ist heute ein politisches Kampfmittel gegen die politischen Parteien und einzelne politisch oppositionelle Personen«, charakterisierte der Sozialdemokrat Wilhelm Dittmann diese Praxis. Auch verschlechterten sich die Haftbedingungen zunehmend. Hinzu käme die Ungewißheit der Eingesperrten über ihr Schicksal: Der Häftling sehe »keine Möglichkeit, die Freiheit wieder zu erlangen, er ist geradezu lebendig begraben«.

Dittmann verwies auf Rosa Luxemburg, die seit Juni zuerst im Berliner Frauengefängnis Barnimstraße, dann im Polizeipräsidium eingekerkert und von dort in die Haftanstalt Wronke überführt worden war, obwohl ihr keine Straftat zur Last gelegt, geschweige denn nachgewiesen werden konnte. »Sie ist mißliebig ihrer politischen

1 *Preußische Gesetzessammlung*, 1848, S. 257, 1850, S. 45, 1851, S. 451f.

2 Ebenda, 1850, S. 17ff.

3 Da die Polizeihaft nur für einige Tage verhängt werden durfte, stellte die zeitlich unbegrenzte militärische Sicherungshaft eine völlig neue Kategorie

exekutiver Eingriffe in das Recht der persönlichen Freiheit dar.

4 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden*, Berlin 1966, Bd. 1, S. 584ff., Dok. 81.

5 *Karl Marx*, Erste Adresse des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg, in: *MEW*, Bd. 17, S. 3ff.

6 *Ernst Sontag*, Das Schutzhaftgesetz, Berlin 1917, S. 11.

7 *Ignaz Auer*, Nach zehn Jahren,

Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes, Nürnberg 1929, S. 146.

Gesinnung wegen, man fürchtet ihren geistigen Einfluß auf die Arbeitermassen im Sinne einer entschiedenen sozialistischen Opposition.« Franz Mehrings Haft vollzog sich laut Dittmann »in einem elenden Loche«. Erst nach längerer Zeit gelang es Mehring, in das Gefängnislazarett Berlin-Moabit gebracht zu werden. Käthe Duncker, fuhr Dittmann fort, war wegen ihrer Tätigkeit unter der Arbeiterjugend vom Militärkommando in den Marken mit Schutzhaft bedroht worden. Eine 18jährige Arbeiterin, Teilnehmerin an Käthe Duncckers Jugendbildungsveranstaltungen, nahm das Militär deshalb fest, weil sie aufgefordert hatte, auf dem Potsdamer Platz gegen Karl Liebknechts Verhaftung zu demonstrieren. Dittmann nannte zahlreiche weitere Schutzhäftlinge. Ein Elsässer Abgeordneter berichtete, daß in dem seit 1871 annektierten Gebiet mehr als 1000 Opfer der Schutzhaftpraxis zu verzeichnen wären. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann verlangte die Aufhebung des Belagerungszustandes, der das juristische Fundament dieser Freiheitsberaubungen bildete.⁸

3. Frau v. Rosa Luxemburg
in politischer Haft genommen.
Der Fall ist vom Ober. Tribunal am
28/10 1916 in Berlin besprochen worden.
Bemerkung: Der 1. 11. 1916.
Der Präsident ist getötet und in der
politischen Haft verbleibend. Unparteiliche
Verfahrensführung am 6/11 1916. v. 16.

Die innerhalb und außerhalb des Parlaments geführten Auseinandersetzungen führten schließlich zu dem »Gesetz betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes vom 4. Dezember 1916«⁹, allgemein als Schutzhaftgesetz bezeichnet. Es räumte den Inhaftierten gewisse juristische Verbesserungen ein. So mußten nunmehr die Haftgründe schriftlich niedergelegt und den Betroffenen bekanntgegeben werden. Außerdem stand ihnen das Recht der Beschwerde beim Reichsmilitärgericht zu. Gleichwohl sahen sie sich weiterhin kautschukartigen Auslegungen ausgesetzt. So reichte – wie ein Kommentator schrieb – allein »die entfernte Möglichkeit« einer eventuell zu erwartenden Rechtsverletzung aus, »Besorgnis und damit die Sicherungsmaßnahme« zu begründen.¹⁰

Im übrigen mißachteten die Militärbehörden oft selbst die geringfügigen Verbesserungen, die das Gesetz vom 4. Dezember 1916 beinhaltete. So verhängte das Oberkommando in den Marken über Teilnehmer des Januarstreiks 1918 Schutzhaft, obwohl diese von Gerichten freigesprochen worden waren.¹¹

Am 22. Februar 1917 räumte Oberst Ernst von Wrisberg, der Vertreter des Kriegsministeriums, im Reichstag ein, daß sich im Dezember 1916 insgesamt 573 Personen in Schutzhaft befanden, von denen inzwischen 310 entlassen worden wären. Im Juli 1918 betrug die Zahl der Schutzhäftlinge 880.¹²

Wie die übrigen politischen Gefangenen kamen auch die Schutzhäftlinge – soweit sie nicht bereits zuvor unter dem Druck der ständig anwachsenden Massenbewegung entlassen werden mußten – durch die Novemberrevolution frei, so zum Beispiel Rosa Luxemburg, die bis dahin im Breslauer Gefängnis gesessen hatte.

Dennoch blieben die politischen Grundlagen der Schutzhaft ebenso wie die sie legalisierenden Gesetze im Ergebnis der zwischen der gestürzten Monarchie und der an ihre Stelle tretenden republikanischen Staatsform existierenden Rechts- und Justizkontinuität zunächst weiterhin in Kraft.

War die Schutzhaft bis 1918 noch ein ausschließliches Instrument zur Isolierung des Betroffenen, so änderte sich das jetzt grundlegend. Sie richtete sich nun oft auch gegen die körperliche Unversehrtheit der Gefangenen und in zahlreichen Fällen sogar gegen deren physische Existenz. Während der Januarkämpfe 1919 sperrten reaktionäre Truppen viele Revolutionäre ein und erschossen zahlreiche von ihnen »auf der Flucht«.

Die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung erörtere am 9. Januar 1919, was mit den verhafteten Spartakisten geschehen solle. Während Finanzminister Albert Südekum anregte, sie zwangsweise an jene Orte zu schaffen, wo sie bis 1914 gearbeitet hätten, verlangte Landwirtschaftsminister Otto Braun ihren Einsatz in Moorkolonien.¹³ Mit Beginn des Generalstreiks in Berlin verhängte der preußische Regierungschef, der Sozialdemokrat Paul Hirsch, am 3. März 1919 den Belagerungszustand. Unmittelbar danach verhaftete das Militär Tausende revolutionäre Arbeiter und Soldaten, von denen es mehr als 1000 – unter ihnen Leo Jogiches, Mitglied der Zentrale der KPD – ermordete. Zu den Verhafteten zählten auch Georg Ledebour, einer der Vorsitzenden des Revolutionären Ausschusses der Berliner Arbeiter und das Mitglied der KPD-Zentrale Ernst Meyer. Die Gründe für dessen Inhaftierung ließ das Schreiben des Unterstaatssekretärs in der Reichskanzlei an Reichswehrminister Gustav Noske vom 29. September 1919 erkennen. Danach waren Anträge,

8 Vorwärts v. 29. 10. 1916.

10 Sonntag, S. 38.

9 Reichsgesetzblatt (im folgenden: RGBl.) I, 1916, S. 1329ff.

11 Leipziger Volkszeitung v. 23. 2. 1918.

12 Vorwärts v. 23. 2. 1917 u. 7. 7. 1918.

13 Dieter Baudis, Dokumente zur Rolle Albert Südekums, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden: ZfG), 1960, H. 2, S. 77.

Meyer zu entlassen, »bisher alle von militärischer Seite abgelehnt worden, da Meyer angeblich in aktiver propagandistischer Weise für die kommunistische Seite tätig gewesen ist«¹⁴.

Welchen Haftbedingungen sich die Gefangenen ausgesetzt sahen, schilderte Wieland Herzfelde anschaulich in seinem 1919 erschienenen Bericht über seine Erlebnisse während der in den Berliner Gefängnissen Lehrter Straße und Plötzensee erlittenen Schutzhaft. Zu seinen Zellengenossen gehörten u. a. Hermann Duncker und neun Mitglieder des Soldatenrates aus Berlin-Britz. Sie hörten Gebrüll: »Haut ihn, schlägt ihn tot und so weiter, dasselbe Herbeistürzen aus allen Ecken des Gebäudes und Rasseln von Gewehren. Das Haus hallte in der Tat wider von Kolbenschlägen und Stöhnen.«¹⁵ Offiziere und Soldaten schikanierten die Gefangenen, drohten ihnen mit dem Erschießen und mißhandelten sie verschiedentlich so, daß die Opfer umkamen.

Herzfeldes Enthüllungen, Streikdrohungen, Forderungen von Arbeiter- und Soldatenräten und vielfältige Proteste der Öffentlichkeit führten schließlich dazu, daß die Weimarer Nationalversammlung mit der Verabschiedung der Reichsverfassung vom 11. August 1919 das Belagerungszustandsgesetz aufhob. An seine Stelle trat nunmehr die Verfassungsnorm des Artikels 48, Absatz 2: »Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit nötigen Anordnungen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. Zu diesem Zweck darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.«¹⁶ Damit blieb die juristische Möglichkeit, verfassungsmäßige Grundrechte aufzuheben, unbeschränkt erhalten. Es änderte sich nur der Name: Der Ausnahmezustand ersetzte den Belagerungszustand.

Mit Artikel 48, Abs. 2 rief der Reichspräsident allein bis 1923 wiederholt für einzelne Gebiete oder auch für ganz Deutschland den Ausnahmezustand aus: am 11. Januar 1920 für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnsberg, Münster und Minden, zwei Tage später für das Reichsgebiet mit Ausnahme von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, am 24. März 1921 für die Provinz Sachsen und den Bezirk Groß-Hamburg und am 26. September 1923 wieder für das gesamte Reichsgebiet.¹⁷ Dieser Ausnahmezustand währte bis zum 29. Februar 1924. Die Schutzhaft verhängten Militärs ab 1920 in einem solchen Umfang, daß schon am 7. Mai 1920 das Wehrkreiskommando VI (Ruhrgebiet)

anregte, eine Kartei anzulegen, um eine Übersicht über die vielen so Verwahrten zu erhalten. Am 11. Mai 1921 verlangte der Merseburger Regierungspräsident Wolf Heinrich von Gersdorff in einer Denkschrift über den mitteldeutschen Aufstand »spezielle Unterkünfte für die Tausende von Gefangenen«.¹⁸ Deren Freilassung gehörte zu den Kampforderungen der jungen Kommunistischen Partei Deutschlands, deren Zentrale schon in ihrem Aufruf vom 28. März 1920 festgestellt hatte: »Aber die Kommunisten sitzen noch immer in Schutzhaft und füllen noch immer die Gefängnisse und Zuchthäuser.«¹⁹

Während des vom Reichspräsidenten im September 1923 verkündeten Ausnahmezustandes stieg die Zahl der Schutzhäftlinge so sprunghaft an, daß das Militär einen erheblichen Teil von ihnen in ehemalige Kriegsgefangenenlagern oder auf Truppenübungsplätzen einsperrte, die die ersten deutschen Konzentrationslager darstellten.

Aufschlußreiche Erkenntnisse über diese Lager vermittelten die parlamentarischen Auseinandersetzungen im Preußischen Landtag. Am 27. November 1923 brachte die KPD-Fraktion die Große Anfrage ein: »Es verlautet, daß das Preußische Staatsministerium die Absicht habe, die in Preußen verhafteten Kommunisten in Konzentrationslagern unterzubringen. Nach Mitteilungen aus Westfalen werden bereits Abtransporte ins Sennelager eingeleitet.« Die Kommunisten charakterisierten die Konzentrationslager als »in völlig unwirtschaftlicher Lage gelegene ehemalige Kriegsgefangenenlager«. Sie seien »völlig verlaust, verwunzt, stark verfallen«. Die KPD-Vertreter fragten weiter, ob dem Staatsministerium bewußt sei, daß diese Lager »so gut wie überhaupt nicht heizbar und daher in der jetzigen Schnee- und Kälteperiode, insbesondere für die vielen verhafteten alten Männer und Frauen, der sichere Tod sind?« In der Debatte am 12. Dezember 1923 verwies als KPD-Sprecher Iwan Katz auf die KZ Ohrdruf und Munsterlager. Er betonte zugleich: »Diese Schmach der Überführung der Kommunisten in die Konzentrationslager ... beginnt seit einigen Tagen auch das Ausland zu erregen. Bis nach Amerika schlagen die Wellen der Empörung ... Wenn Sie glauben, daß durch Barberei das Ansehen Deutschlands im Ausland gehoben wird, so irren Sie sich. Die ganze Welt blickt mit tiefer Verachtung und tiefem Abscheu auf das Land, in dem solche Kulturschande möglich ist.«²⁰

Demgegenüber bestritt der preußische Innenminister Carl Severing am nächsten Tag zwar nicht die Existenz

14 ZStA Potsdam, Film 19 609.

15 Wieland Herzfelde, Schutzhaft. Erlebnisse vom 7. bis 20. März 1919 bei den Berliner Ordnungstruppen, in: *ders.*, Zur Sache geschrieben und gespro-

chen zwischen 18 und 80, Berlin 1976, S. 31ff.

16 RGBL, 1919, S. 1383ff.

17 Ebenda, 1920, S. 41 u. 467; 1920, S. 207; 1921, S. 253ff. u. 371ff.; 1923, T. I, S. 995.

18 Geheimes Staatsarchiv Berlin Preußischer Kulturbesitz (im folgenden: GStA Berlin), Rep. 84a, Nr. 214, Bl. 157ff. u. 219ff. — Beide Hinweise sind Kurt Gossweiler zu verdanken.

19 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, S. 597, Dok. 110.

20 Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtages,

1. Wahlperiode, Berlin 1920ff., Bd. 12, S. 7683; Sitzungsberichte des Preußischen Landtages, 1. Wahlperiode 1921–24, Berlin 1922ff., Bd. XIV, Sp. 20284f.

der Konzentrationslager, wohl aber die Verantwortung der Regierung: »Von der Preußischen Staatsregierung sind nicht nur keine Konzentrationslager errichtet worden, sondern das einzige Konzentrationslager, das seit langem besteht und zur Aufnahme jener Ausländer dient, die abgeschoben werden sollen, aber aus mehrfachen Gründen nicht abgeschoben werden können, dieses einzige Konzentrationslager in Cottbus-Sielow wird mit dem 31. dieses Monats aufgelöst.«²¹

In einer erneuten großen Anfrage ging die KPD-Fraktion am 11. Januar 1924 auf diese Behauptung ein: »Nach übereinstimmender Bekundung der zuständigen Militär-, Justiz- und Polizeibehörden sowie nach den Akten selber geht z. B. in der Provinz Hannover von den Woche zu Woche sich vermehrenden Verhaftungen proletarischer Funktionäre keine einzige Verhaftung auf Initiative des Militärs, sondern jedwede Verhaftung auf Anträge des Oberpräsidenten Noske oder des Polizeipräsidenten zu Hannover, Beckerrath, zurück, denen der General von Loßberg in Münster freilich stets ohne jede Nachprüfung nur allzu willfährig nachgekommen ist. Die willkürlichen Schutzhaftbefehle des Oberpräsidenten Noske und des Polizeipräsidenten beschränken sich schon nicht mehr auf die Funktionäre der Kommunistischen Partei, welche ohne jede Rücksicht darauf verhaftet werden, ob sie auch noch nach dem Verbot sich für die KPD betätigt haben oder nicht, sondern es sind jetzt auch die Vorsitzenden von Gewerkschaften und sonstigen proletarischen Organisationen ... verhaftet und ins Munsterlager deportiert.« Gründe dafür seien nicht angegeben oder es werde »einfach mitgeteilt, daß ihre Organisationen Sammelbecken für die agitatorische Betätigung der aufgelösten KPD werden könnten!« Der Polizeipräsident sei im übrigen jener, der sich »beim Kapp-Putsch auf den Boden der jeweiligen Regierung« stellte, derselbe, dessen Offiziere zur Feier der Ermordung Rathenaus bei illuminierten Fenstern ein Gelage veranstalteten, wobei sie ihr »Heil Dir im Siegerkranz« gröhlten.« Die KPD forderte, die Schutzhaft aufzuheben und Beckerrath sofort seines Amtes zu entheben.²²

Die politische und juristische Verantwortung für die ersten deutschen Konzentrationslager trugen sowohl militärische als auch zivile Stellen. Wie Schutzhaftakten belegen, veranlaßte z. B. Generalleutnant Erich von Tschischwitz die Einlieferung der Schutzhäftlinge Max Andre und Otto Nowak in das Gerichtsgefängnis Stettin, wo sich Andre vom 30. November 1923 bis 16. Januar 1924 und Nowak vom 27. Oktober 1923 bis 16. Januar 1924 befanden. Als Grund galt in beiden Fällen: kommunistischer Agitator.²³

Wie die Kooperation zwischen zivilen und militärischen Stellen funktionierte, demonstrierte der Rechts-

anwalt Gerhard Obuch am 12. Dezember 1923 im Preußischen Landtag: General Friedrich von Loßberg habe eine telegraphische Anfrage zur Schutzhaft dem Oberpräsidenten mit der Begründung zugeleitet, daß »die Art der Vollstreckung der Schutzhaft, wie stets betont, lediglich Sache der Zivilregierung ist«. Kurz darauf lag im Abgeordnetenhaus die Erklärung des westfälischen Oberpräsidenten vor, die Verhaftungen wären auf Anordnung des Ministerpräsidenten zurückzuführen.²⁴

Zur Stoßrichtung der Schutzhaft nahm Reichswehrminister Otto Geßler in einer Denkschrift vom 11. September 1924 Stellung: Der militärische Ausnahmezustand richte sich gegen »kommunistische Umsturzpläne«, die er als »große Gefahr für den Bestand des Reiches« bezeichnete. Als wichtigste Maßnahme dagegen nannte Geßler das Aufstellen einer Hilfspolizei und als bedeutsamste Mittel die Einschränkung der Pressefreiheit und die Schutzhaft, die nach seinem Bericht gegen 3515 Personen verhängt worden war. Während der Chef der Heeresleitung, General Hans von Seeckt, am 1. Dezember 1923 die Militärbefehlshaber angewiesen hatte, vor allem »geistige Führer« einsperren zu lassen, beklagte Geßler: Vielfach wären »die wichtigsten und gefährlichsten Führer verbotener Parteien infolge ihrer Immunität als Reichstags- oder Landtagsabgeordnete nicht gefaßt« worden.²⁵

Von den Haftbedingungen enthüllten KPD-Abgeordnete im Preußischen Landtag am 12. und 17. Dezember 1923, daß die Schutzhäftlinge verschiedentlich in Polizeirevierren Spießbrutenlaufen und im Gerichtsgefängnis Hannover stundenlang mit erhobenen Armen stehen und zum Teil Mißhandlungen erdulden mußten, bevor sie in das Munsterlager kamen. Ein sie aufsuchender Rechtsanwalt stellte fest, daß sie sich dort vor- und nachmittags je eine Stunde zwischen zwei Drahtgittern bewegen durften. Ihnen Seife, Wäsche und Schuhe auszuhändigen, habe General Loßberg untersagt, so daß die Gefangenen auf die Hilfe ihrer Angehörigen angewiesen blieben. Das Essen sei unzureichend und die Unterbringung mangelhaft: 58 Häftlinge befänden sich in einer für 40 Personen bestimmten Holzbaracke, die nicht den erforderlichen Schutz vor Witterungsunbilden böte. Dadurch kämen Krankheiten auf. Doch gäbe es keine medizinische Hilfe. Da es an Bademöglichkeit fehle, trete Ungeziefer auf.²⁶

Von ihnen erinnerte sich Willi Spicher über 50 Jahre später, im November 1923 als Schutzhäftling in das Polizeigefängnis Elberfeld und von dort bis März 1924 auf den Truppenübungsplatz Sennelager bei Bielefeld

21 *Sitzungsberichte* ..., Bd. XIV, Sp. 20316.
22 *Sammlung* ..., Bd. 13, S. 7886.
23 Wojewódzkie Archiwum

Pąstwowo (im folgenden: WAP) w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydyalny, Nr. 12 056, k. 77, Nr. 12 070.

24 *Sitzungsberichte* ..., Bd. XIV, Sp. 20285 u. 20 590.
25 Dieter Dreetz/Heinz Sperling, Reichswehrführung und militärischer Ausnahmezustand 1923/24, in: *Militärgeschichte*, 1978, H. 6, S. 714ff. — Im preußischen Landtag kam hingegen

am 17. 12. 1923 zur Sprache, daß sich allein im Regierungsbezirk Osnabrück 4500 bis 5000 Kommunisten in Schutzhaft befänden (*Sitzungsberichte* ..., Bd. XIV, Sp. 20 590).

26 *Sitzungsberichte* ..., Bd. XIV, Sp. 20 292 u. 20 588f.

gebracht worden zu sein. In dem vormaligen Lager für russische Kriegsgefangene waren ungefähr 100 kommunistische Funktionäre in zwei mit Stacheldraht umzäunten Baracken konzentriert gewesen. Ihnen wurde die Nahrung so reduziert, daß sie zweimal mit Hungerstreik dagegen protestierten. Die Wachmannschaft hätte die Gefangenen schwer mißhandelt.²⁷

Von den 1923 errichteten Konzentrationslagern unterschied sich das von Severing im Landtag erwähnte Lager Cottbus-Sielow bei Cottbus und eine ähnliche in Stargard bestehende Einrichtung: Bei beiden handelte es sich um Internierungsstätten, in die – sowohl vom Reichs- als vom preußischen Innenministerium initiiert – die Behörden auszuweisende Ausländer und Staatenlose steckten. Der Begriff Konzentrationslager für solche Anstalten lag nicht völlig fern. Schon im März 1915 waren von der zum Kruppkonzern gehörenden Friedrich-Albrecht-Hütte die Internierungslager für polnische Arbeiter in Barmen und Elberfeld so genannt worden.²⁸

Hinsichtlich osteuropäischer Einwanderer mosaischen Glaubens oder jüdischer Herkunft kündigte Severing am 7. Juli 1920 im Preußischen Landtag an: »Soweit man die Internierung in Verbindung bringen kann mit einer nutzbringenden, einerwerbenden Arbeit der zu Internierenden, kann dem Plan durchaus näher getreten werden.« Im November verfügte er dann, solche Personen in Sammellager zu bringen, was Anfang 1921 geschah. Sein Nachfolger, Innenminister Alexander Dominicus (Demokratische Partei), erklärte am 14. Juli 1921, Severing hätte angewiesen: »Für die Unterbringung derjenigen fremdstämmigen Ausländer, die zwar ausgewiesen sind oder der Ausweisung unterliegen, aber nicht abgeschoben werden können, steht nunmehr das Lager Stargard zur Verfügung.« Betroffen seien 450 Personen. Die Kosten betrügen 100000 RM.

Über Stargard berichtete Ernst Heilmann (SPD): In dem Konzentrationslager für Ausländer – so wörtlich bezeichnet – befanden sich überwiegend Ostjuden, Polen und Tschechoslowaken, insgesamt 300. Ihnen stünden 100 Aufseher und Verwalter gegenüber, die mit »Kasernenrohheit« vorgingen. Als dort ein Brand ausgebrochen sei, hätten Posten auf Flüchtende eingeschlagen und geschrien: »Ihr Lumpenvolk könnt ruhig verbrennen, wahrscheinlich habt ihr das Feuer selbst gesteckt.« Das Lager Cottbus-Sielow wäre auf Drängen des Reichsinnenministers Erich Koch (Demokratische Partei) von der preußischen Regierung Braun-Severing

eingerrichtet worden. Dorthin hätte man in Oberschlesien Verhaftete transportiert. Einer wäre dabei an Herzschlag gestorben, da die Deportierten an einem heißen Tag 24 Stunden lang in einem geschlossenen Bahnwagen nichts zu trinken bekommen hätten.

Trotz entsprechender Forderungen der SPD und USPD erwiderte Dominicus, »daß die Staatsregierung zur Zeit nicht in der Lage ist, völlig auf diese Einrichtung zu verzichten«²⁹. Schon am 1. Juli 1921 hatte Ottomar Geschke (KPD) einen Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags verlangt, der sofort alle Internierungslager aufsuchen und deren Insassen befragen sollte. Obwohl auch die SPD- und USPD-Fraktionen sowie einzelne Zentrums-Abgeordnete sich dafür aussprachen, die Lager aufzulösen, geschah das erst Ende 1923.³⁰

Gleichwohl: So unzumutbare Zustände in diesen Internierungslagern herrschten, unterschied sich deren Charakter doch weitgehend von den Konzentrationslagern. Die Internierung erfolgte – soweit die nur spärlich überlieferten Angaben ein Urteil zulassen – nach einer Ausweisungsentscheidung, die von vornherein zeitlich begrenzt wirkte. Demgegenüber verhängte man die Schutzhaft schon damals unbefristet und häufig begründungslos.

Ende der Weimarer Republik griff die Reichsregierung unter Franz von Papen erneut auf das juristische Institut der Schutzhaft zurück: Sie ließ im November 1932 eine entsprechende Verordnung vorbereiten. Papens Nachfolger, General Kurt von Schleicher, kündigte dann am 16. Dezember »eine scharfe Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes« an. Sie liege schon in der Schublade und stelle »in ihrer Rücksichtslosigkeit eine ausgezeichnete Arbeit« dar. Die »drakonische(n) Ausnahmestimmungen« richteten sich expressis verbis gegen die KPD.³¹

Vorausgegangen war am 25./26. November noch unter Papen ein Planspiel des Reichswehrministeriums über den militärischen Ausnahmezustand. Dabei stützte man sich fast wörtlich auf Eberts Verordnung von 1923. Das Militär probte polizeiliche Maßnahmen wie Versammlungsverbote, den Einsatz von Hilfspolizei sowie Schießbefehl, Schutzhaft und Standgerichtsbarkeit. Mit Dr. Rudolf Diels vom preußischen Innenministerium gab es Konsultationen, nicht zuletzt zu »Listen über Personen, die bei Eintritt des Ausnahmezustandes sofort

27 Dirk Gerhard, Antifaschisten. Proletarischer Widerstand 1933 bis 1945, Berlin 1967, S. 26ff. In der Zelle zum Abgeordneten gewählt – Willi Spicher. Nach Interviews und Gesprächen bearb. von Klaus Himmelstein, Wuppertal 1981, S. 19f. – Spicher war 1933 im Nazikonzentrationslager Kemna.

28 Ulrich Herbert, Zwangsarbeit als Lernprozeß. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im Ersten Weltkrieg, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 1984, Bd. XXIV, S. 294f.; ders. Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländerereinsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985, S. 32.

29 *Sitzungsberichte der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung*, Tagung 1919/1921, Berlin 1921, Bd. 9, Sp. 11 666; *Sitzungsberichte* ..., Bd. II, Sp. 2820ff. u. 2747ff.
30 *Sammlung* ..., Bd. I, S. 640 u. 645, Bd. 2, S. 895 u. 917, *Sitzungsberichte* ..., Bd. IV, Sp. 5379f., Bd. XIV, Sp. 20316.
31 *Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933 – 1938*, hrsg. für die historische Kommission

bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Konrad Repgen, für das Bundesarchiv von Hans Booms. Die Regierung Hitler, T. I: 1933/34, Bd. 1: 30. Januar bis 31. August 1933, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983, S. 9, Anm. 3; *Schultheß' Europäischer Geschichtskalender*, Neue Folgen, 48 Jg., 73. Bd.: 1932, München 1933, S. 228.

festgesetzt werden müssen.³² Diese Pläne dürften auch Konzentrationslager enthalten haben, denn eine Notiz der Heeresstandortverwaltung Sennelager vom 19. Januar 1933 besagte, es sei beabsichtigt, »auf dem Truppenübungsplatz Sennelager ein Lager für politische Gefangene einzurichten«. Ein elektrisch geladener Zaun oder eine Signalanlage solle das Ausbrechen verhindern.³³

Als den Nazis die Macht übertragen wurde, konnten sie daher bereits auf beträchtliche Erfahrungen zurückgreifen, die vorangegangene Regierungen mit Schutzhaft und Konzentrationslagern gesammelt hatten. Gleich-

wohl verwies Ernst Thälmann in seiner letzten Rede vor dem Zentralkomitee der KPD am 7. März 1933 in Ziegenhals auf die zu erwartenden »Steigerungsmöglichkeiten« bis hin zu »Methoden des äußersten Terrors«: »Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern — das alles gehört zu den Waffen, deren sich die offene faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird.«³⁴ Die folgenden Ereignisse bestätigten diese Voraussage der KPD in der denkbar schlimmsten und leidvollsten Weise.

32 Fritz Arndt, Vorbereitungen der Reichswehr für den militärischen Ausnahmezustand, in:

Zeitschrift für Militärgeschichte, 1965, H. 2, S. 195ff.
33 ZStA Potsdam, Film 14 929.

34 Ernst Thälmann, Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, hrsg. vom Institut

für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1973, S. 212f.

Vom Kabinett Hitler-Papen entfachter Terror

Am 30. Januar 1933 vereidigte Hindenburg ein Koalitionskabinett unter Hitler und Papen. Darin fungierten Frick als Innenminister und Göring als Minister und Reichskommissar für das preußische Innenministerium.

Noch am 28. Januar 1933 hatte die NSDAP erklärt, »ohne ein Verbot der kommunistischen Partei sei eine Klärung und Beruhigung der politischen Verhältnisse nicht möglich«¹. Doch während der ersten Kabinettsitzung äußerte sich Hitler zurückhaltender: Vielleicht könne man »daran denken, die kommunistische Partei zu verbieten, ihre Mandate im Reichstag zu kassieren und auf diese Weise die Mehrheit im Reichstag zu erreichen«. Er befürchte jedoch als Folge »schwere innerpolitische Kämpfe und eventuell den Generalstreik. Sicherlich gebrauche die Wirtschaft eine größere Gefahr bedeute«. Ihm erschien »ein Generalstreik weit gefährlicher für die Wirtschaft«. Papen und andere Minister stimmten Hitler zu, während Wirtschaftsminister Alfred Hugenberg, Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei, einwandte, um die Unterdrückung der KPD werde man nicht herumkommen. Finanzminister Lutz Schwerin von Krosigk sah darin das letzte politische Mittel.²

Den Ministern ging es mithin darum, die beste Gelegenheit zu bestimmen, mit aller Macht loszuschlagen. Entsprechend stellte die Regierungserklärung vom 1. Februar »die Überwindung der kommunistischen Zersetzung« in den Mittelpunkt³, verkündete Hitler am 3. Februar Militärbefehlshabern die »Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel« als Hauptziel⁴, wandte er sich in einem Interview mit »Sunday Express« am 7. Februar mit gleichen Worten ans Ausland, wiederholte das am 10. Februar im Sportpalast⁵ und bekräftigte am 20. Februar vor Wirtschaftsführern seine alten Zusagen, innere Ruhe zu gewährleisten, indem der Marxismus erledigt werde.⁶

Schrittweise setzten NS-Führer die Erwartungen der Herrschenden und die Zusagen der Regierenden in die Tat um. SA- und SS-Trupps stürzten sich noch mehr als vorher mit Schlaginstrumenten, Messern und Schußwaffen auf politische Gegner. Kein Tag verging ohne Verletzte, fast jeden Tag gab es Tote. Daneben setzte man staatliche Gewalt ein. Schon am 30. Januar teilte Göring dem Kabinett mit, er habe eine KPD-Demonstration für den selben Abend untersagt, ebenso untersagte der thüringische Innenminister Fritz Sauckel, in Personalunion Gauleiter und Ministerpräsident, am 30. Januar alle Versammlungen unter freiem Himmel, die sich gegen die neue Regierung richteten, und wiederholte, ausdrücklich auf die Kommunisten bezogen, am folgenden Tag sein Verbot.⁷ Am 31. Januar forderte ein Funkspruch aus dem preußischen Innenministerium die Polizei auf, mit allen Mitteln unterbunden, wo die KPD zum Generalstreik aufrufe.⁸ Am 1. Februar untersagte Göring für Preußen alle Demonstrationen und Kundgebungen der KPD unter freiem Himmel⁹, am nächsten Tag Frick für sämtliche deutschen Gebiete.

Göring regte am 1. Februar im Kabinett an, gegen die Kommunisten die sogenannte Schubkastenverordnung möglichst bald in Kraft zu setzen, und Frick versprach, sie am folgenden Tag im Ministerrat vorzulegen.¹⁰ Die am 4. Februar von Hindenburg unterzeichnete Verordnung stellte jede Kritik an der Regierungspolitik unter Strafe, drohte Versammlungs- und Presseverbote, Beschlagnahmen und Schließungen von Verlagen, Druckereien und Lokalen an und sah polizeiliche Haft ohne Gerichtsbeschluss bis zu drei Monaten für Antifaschisten vor.¹¹ Damit war der Willkür weiterer Raum geöffnet.

Kurz darauf begann Göring, die Gewalt der Polizei mit der Brutalität der Nazischläger zu vereinen. Den ersten Schritt bildete der am 15. Februar herausgegebene Erlass, die Polizei habe »mit allen Machtmitteln den Schutz der Unterkünfte, Heime, Küchen, Speisehallen, Gerätelager usw. dieser Organisationen, die sich der Regierung zur Durchführung ihrer Aufbauarbeit zur Verfügung gestellt haben, zu gewährleisten«. Weiter bestimmte Göring, diesen »nationalen Organisationen« Waffenscheine zu geben.¹² Das bedeutete, den Waffenbesitz von SA und SS zu sanktionieren und zu vergrößern.

1 Schultheß' 49. Jg., 74. Bd., 1933, München 1934, S. 30.

2 ZStA Potsdam, Film 19 435; Akten der Reichskanzlei, Bd. 1, S. 2f., Dok. 1.

3 Völkischer Beobachter v.

2. 2. 1933.

4 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5: Von Januar 1933 bis Mai 1945, Berlin 1966, S. 445, Dok. 4.

5 Schultheß', 1933, S. 41.

6 Ebenda, S. 42; Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, Nürnberg 14. November – 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947ff. (im folgenden: IMG), Bd. 35, S. 42ff., Dok. D-203.

7 StA Meiningen, Kreisamt Meiningen, Nr. 3856, Bl. 123.

8 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1156, Bl. 87.

9 Ebenda, Bl. 125.

10 ZStA Potsdam, Film 19 435.

11 Akten der Reichskanzlei, Bd. 1, S. 9.

12 Ebenda, S. 29f., 34, Dok. 3, 9, 11.

Bern. Zwei Tage danach befahl der preußische Innenminister der Polizei, bei »Demonstrationen, Versammlungen, Aufforderung zum Hoch- und Landesverrat, Massenstreik, Aufruhr, Pressedelikten und sonstigen strafbaren(n) Treiben der Ordnungstörer schärfstens die gesetzlichen Bestimmungen« anzuwenden. Gegen Kommunisten sei »mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen«. Er drohte, die zu bestrafen, die versagten, und sicherte zu, jene »ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs« zu decken, die schossen.¹³ Am 22. Februar schließlich setzte Göring ungefähr 50000 Mitglieder der SA, der SS und des Stahlhelms als Hilfspolizisten ein, um die reguläre Polizei zu verstärken, vor allem für den Fall »von Unruhen«, die von »linksradikaler, insbesondere kommunistischer Seite« ausgingen, wie »auch in anderen Fällen zum Schutze der durch staatsfeindliche Umtriebe gefährdeten öffentlichen Sicherheit«. Den Hilfspolizeierlaß hatte Ludwig Grauert, seit 19. Februar Leiter der Polizeibehörde im preußischen Innenministerium, im Einvernehmen mit Ernst Röhm, dem Stabschef der SA, ausgearbeitet. Grauert stellte Röhm außerdem den Text eines entsprechenden Aufrufs an die SA zur Verfügung.¹⁴

Grauert war vordem Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes in Nordrhein-Westfalen gewesen und hatte an der Zusammenkunft von Industriellen mit Hitler am 26. Januar 1932 in Düsseldorf teilgenommen. In seiner neuen Funktion im preußischen Innenministerium mobilisierte und koordinierte Grauert nicht nur Gewaltmittel und Kräfte. Ein Eingeweihter, der Ziehsohn des Vorstandsmitgliedes der Vereinigten Stahlwerke AG, Ernst Poensgen, bezeichnete Grauert als »Vertrauensmann der Schwerindustrie in der

Gestapo. Der steckte den Industriellen Informationen zu, und die Industrie leitete ihre Wünsche über ihn.«¹⁵

Zur gleichen Zeit ließ Rudolf Diels, seit Jahren im preußischen Innenministerium mit der Kommunistenverfolgung befaßt und nun neuernannter Chef der Politischen Polizei, die dort schon in der Weimarer Republik angelegten Listen zu verhaftender Kommunisten auf den letzten Stand bringen und mit Namen linker Intellektueller und Sozialdemokraten ergänzen.¹⁶ Bei der Festlegung dafür geeigneter Haftstätten ging es auch um Konzentrationslager. Jedenfalls warnte ein Mitarbeiter des preußischen Innenministeriums den Hitler-Gegner Ernst Niekisch im Februar 1933, daß »die Einrichtung von Konzentrationslagern geplant sei«.¹⁷ Ebenso sorgten die Gewalthaber für eine propagandistische »Begründung« eines Terrorschlages: Sie ließen uniformierte und politische Polizeibeamte am 23. Februar erneut das Karl-Liebknecht-Haus durchsuchen und danach verbreiten, daß dort kommunistische Attentats- und Umsturzpläne gefunden worden seien. Schließlich arbeitete man im Umkreis Görings an einer Verordnung, welche die verfassungsmäßigen Grundrechte aufhob. Am selben 23. Februar, so berichtete später der damalige Regierungsrat in der Politischen Polizei, Alois Becker, »fand unter Leitung von Oberregierungsrat Dr. Diels eine Besprechung der Dezernenten der Abteilung IA (Politische Polizei – d. Verf.) sowie des Leiters der Kriminalpolizei und seines Vertreters bei der Abteilung IA über eine geplante Verordnung statt, in der vorgesehen war, die Rechtsgarantien für die bürgerlichen Freiheiten aufzuheben und jede richterliche Nachprüfung bei Verhaftungen auszuschalten. Diels stellte bei Beginn der Besprechung einen gewissen Körner vor, der im Auftrage von Göring die Durchführbarkeit der Verordnung bei der Polizei erkunden sollte.« Einen analogen Verordnungsentwurf legte der Reichsjustizminister Franz Gürtner am 25. Februar dem Kabinett vor. Die Verordnung sollte noch vor dem 5. März, dem Tag der Wahl, veröffentlicht werden.¹⁸

Am 16./17. Februar stellte das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ein weiteres Mal fest, es sei »von ausschlaggebender Bedeutung, daß Störungen der inneren Ruhe und des sozialen Friedens vermieden werden«¹⁹. Am 20. Februar betonte Gustav

13 *Ministerialblatt für die Preussische innere Verwaltung* (im folgenden: MBliV), T. I, 1933, S. 169. – Der Erlaß wurde auch in der Presse wiedergegeben.

14 Hans Buchheim, SA-Hilfspolizei, SA-Feldpolizei und Feldjägerkorps und die beamtenrechtliche Stellung ihrer Angehörigen, in: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, Stuttgart 1958, S. 336. – Schon der Erlaß des bayerischen Innenministeriums v. 28. 2. 1923 beauftragte konterrevolutionäre Kräfte wie den Bund Oberland, eine polizeiliche Nothilfe gegen revolutionäre Bestrebungen aufzustellen (Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 – 1945, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, T. C., hg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich u. Anton Groß-

mann, München/Wien 1981, S. 177f.). Im Sommer 1932 verwandelte die Naziregierung der Länder Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg SA-Leute als Hilfspolizisten (Buchheim, S. 335). – *Gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg*. Der Kampf der KPD für den Sturz der faschistischen Diktatur, für die Befreiung von Ernst Thälmann und aller eingekerkerten Antifaschisten und gegen den KZ-Terror. Beitrag zur Entlarvung imperialistischer Geschichtsfälschung in der Gegenwart. Wissenschaftliche Veranstaltung der Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR am 19. März 1983 in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, o. O., o. J. (Berlin 1983), S. 63 (Beitrag von Laurenz Damps).

15 *Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. 1. 1932*, München 1932, S. 82; *Die Zerstörung einer Zukunft*, Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, aufgez. von Matthias Greffrath, Reinbek 1978, S. 268 (Bericht von Alfred Sohn-Redel).

16 Rudolf Diels, Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo, Stuttgart 1950, S. 195 u. 204f.; *Der Reichstags-*

brand. Eine wissenschaftliche Dokumentation, hg. von Walter Hofer, Edouard Calic, Christoph Graf, Friedrich Zipfel, Bd. 2, München/New York/London/Paris/Berlin 1978, S. 46ff.

17 Ernst Niekisch, Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs, Bd. 1.: *Gewagtes Leben 1889 bis 1945*, Köln 1954, S. 216.

18 *Der Reichstagsbrand*, S. 52; *Akten der Reichskanzlei*, Bd. 1. S. 123, Dok. 30.

19 *Schultheß*, 1933, S. 48.

Krupp von Bohlen und Halbach für die bei Hitler zusammengekommenen Unternehmer, daß »es höchste Zeit« sei, »Klarheit in innenpolitischen Fragen zu schaffen« und daß »nur in einem politisch starken, unabhängigen Staate Wirtschaft und Gewerbe zur Entwicklung und Blüte kommen könnten«²⁰.

Die Kräfte waren für den großen Schlag bereitgestellt, alle Maßnahmen getroffen, ihn durchzuführen. Es fehlte nur noch ein geeigneter Anlaß. Der linksbürgerliche Publizist Walter Mehring erfuhr am 26. Februar von einem bevorstehenden »überraschenden Geschehnis«, das die »vorherberechnete Gelegenheit zur Verfolgung aller freihetlich Gesinnten« bieten würde.²¹

Diese »Gelegenheit« stellte der Brand im Reichstagsgebäude in den Abendstunden des 27. Februar 1933 dar. Noch an der Brandstelle frohlockte Hitler gegenüber Papen: »Niemand wird uns nun daran hindern, die Kommunisten mit eiserner Faust zu vernichten.«²² Unmittelbar danach schwärmten Schutz-, Kriminal-, politische und Hilfspolizisten aus, um Verhaftungen anhand der vorliegenden Listen vorzunehmen. Der amtliche »Preußische Pressedienst« meldete am 28. Februar, daß Abgeordnete und Funktionäre der KPD in Schutzhaft genommen worden wären. Er verwies darauf, durch Schießerlaß und Aufstellung der Hilfspolizei sei »die Staatsmacht ausreichend gerüstet«, Anschlägen zu begegnen.²³

Während der Kabinettsitzung am Vormittag des 28. Februars wiederholte Hitler, »daß jetzt eine rücksichtslose Auseinandersetzung mit der KPD dringend geboten sei«. Sie dürfe »nicht von juristischen Erwägungen abhängig gemacht werden«. In diesem Sinn verlangte er eine »Verordnung zum Schutze der Gesellschaft gegen die kommunistische Gefahr«.²⁴

Schon in den ersten terroristischen Schritten zeigte sich der Versuch, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und damit deren Ideologie auszurotten, zugleich andere progressive Kräfte zu unterjochen und das deutsche Volk für eine nach innen und außen verbrecherische

Namensliste der Schutzhäftlinge in Berlin

Unter den zur Zeit im Berliner Polizeipräsidium sowie in den Untersuchungsgefängnissen Moabit und Spandau in Haft befindlichen Abgeordneten und bekannteren Mitgliedern der linksstehenden Parteien und Schriftstellern befinden sich folgende Personen: Dr. Ausländer, Erich Baron (Bund der Freunde Sowjetrußlands), Günther Benjamin, Rudolf Bernstein, Birkenhauer, Bernhard Bruck, Paul Dreyfus, Dr. Hermann Duncker, Gerhard Friedländer (Sohn von Ruth Fischer), Ottomar Geschke, Ludwig Renn (von Gollsenau), Ernst Grube, Felix Halle, Wilhelm Hein, Werner Hirsch (Redakteur der »Roten Fahne«), Dr. Max Hodann (Arzt), Wilhelm Kaspar, Albert Kayser, Willi Kerff, Dr. Klauber (Arzt), Max Köhler (Vorsitzender der SAP-Berlin), Max Krause, Otto Kühne, Fritz Küster (Deutsche Friedensgesellschaft), Otto Lehmann-Russbüdt, Dr. Hans Litten (Rechtsanwalt), Ernst Mack, Karl Mierdel, Rudolf Meyer, Möricke, Erich Mühsam, Michael Niederkirchner, Willi Nöthe, Karl von Ossietzky, Sander, Dr. Richard Schmincke (Stadtarzt), Willi Schubringk, Walter Stöcker, Willi Wirsing, Ernst Thälmann, Ernst Torgler.

Notiz im »Berliner Börsen Courier« vom 10. 3. 1933

Politik gefügig zu machen. Dabei dominierte nach dem Machtantritt der Terror mit außergerichtlichen Mitteln, ein charakteristisches Zeichen faschistischer Herrschaft schlechthin, in Deutschland allerdings besonders umfassend und brutal praktiziert.²⁵ Das widerspiegelte sich vor allem in der Schutzhaftpraxis.

20 IMG, Bd. 35, S. 48, Dok. D-204.

21 Walter Mehring, Letzter Tag mit Ossietzky, in: *Das neue Tagebuch*, 1938, S. 478f.

22 Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror, Basel

1933 (nach Reprint, Berlin 1980), S. 108.

23 Ebenda, S. 66.

24 ZStA Potsdam, Film 19 435; Akten der Reichskanzlei, Bd. 1, S. 128f., Dok. 32.

25 Klaus Drobisch, Über den Terror und seine Institutionen in Nazi-Deutschland, in: *Faschismus-Forschung*, Positionen, Pro-

bleme, Polemik, hg. von Dietrich Eichholtz u. Kurt Gossweiler, Berlin 1980, S. 160ff.

Schutzhafterlasse 1933/34

Zu den ersten gesetzgeberischen Maßnahmen der Hitlerregierung zählte, das in Deutschland seit der Niederschlagung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 in Ansätzen bekannte juristische Institut der Schutzhaft¹ extensiv auszuweiten und so den von den Naziführern schon in der Weimarer Republik unverhohlen angekündigten Massenverhaftungen politischer Gegner und deren Einweisung in Konzentrationslager² einen legalen Anschein zu geben.

Verordnung vom 4. Februar 1933

Bereits sechs Tage nach der Machtübertragung unterzeichnete Hindenburg die »Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes«³, deren Paragraph 22 die — zeitlich allerdings noch befristete — Schutzhaft vorsah. Diese Bestimmung entsprach aber weniger dem terroristischen Programm der NSDAP, sondern eher den Vorstellungen der konservativen Mehrheit des Kabinetts Hitler⁴. Wohl gerade deshalb versäumten Göring und Frick nicht, in der Ministerrunde zu betonen, daß sie damit auf einen »Schubkastenentwurf« zurückgriffen, der bereits in den Ministerien der Weimarer Republik entstanden war.⁵

Tatsächlich unterschieden sich »die ersten legislativen Akte der Regierung Hitler nicht grundlegend von denen ihrer autoritären Vorgänger«.⁶ Das war bei der Ausgestaltung der Schutzhaft am 4. Februar 1933 deutlich ablesbar: Sie blieb auf Fälle begrenzt, in denen zumindest der Verdacht einer Straftat vorliegen sollte. Den Schutzhäftlingen — meist handelte es sich um Angehörige der Selbstschutzorganisationen der Arbeiterparteien aus

Berlin, Hamburg, Sachsen bzw. der Provinz Sachsen — stand ein Beschwerderecht an die Justiz zu, der sie ohnehin nach drei Monaten zu übergeben waren. Diese Haft wies zunächst durchaus noch wesentliche Momente einer — wenn auch extensiv ausgeweiteten — strafrechtlichen Verfolgungsmaßnahme auf. Das galt auch für die am 8. Februar in München erlassene »Bekanntmachung zum Schutz des deutschen Volkes«⁷, die faktisch eine bayerische Ausführungsbestimmung der Hindenburg-Verordnung darstellte. Sie schrieb in Ziffer VI ausdrücklich das Recht auf Verteidigung fest, verlangte einen begründeten Polizeihaftebefehl und sah die Verwahrung der Betroffenen in Polizei- oder Gerichtsgefängnissen vor. Allerdings erlangten diese Rechtsgarantien kaum Bedeutung. Der Anwendungsbe- reich beider Bestimmungen blieb von vornherein eng begrenzt und wurde immer mehr eingeschränkt, so daß sie bald bedeutungslos waren.⁸ Demgegenüber verfügte der NS-Staat bereits Ende Februar über ein maßgeschneidertes Instrument zur Verfolgung sowohl antifaschistischer Widerstandskämpfer als auch aller anderen Personen, die ihm irgendwie mißliebige waren.

»Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933

Schon Tage vor dem Reichstagsbrand hatten Experten des Reichs- und des Preußischen Innenministeriums beraten, in welcher juristischen Form der Ausnahmezustand auszurufen und damit jeder Rechtsanspruch auf die Grundrechte auszuschließen wäre. Robert Kempner, der am 9. Februar 1933 seiner Funktion im Preußischen Innenministerium enthoben worden war, traf »einige Tage später« Gestapochof Diels im Berliner Hotel

1 Der Begriff war ebenso falsch wie demagogisch. Die Inhaftierungen erfolgten weder zum Schutz der Betroffenen, noch wurde dadurch die Gesellschaft geschützt. Vielmehr stellte die Schutzhaft immer eine willkürliche staatliche Repressivmaßnahme dar.

2 Bereits das Programm der NSDAP von 1920 hatte die Entrechtung und Ächtung großer Gruppen der deutschen Bevölkerung angedroht (Artikel 4 bis 8 und 23).

3 *RGBl.*, 1933, T. I, S. 35.

4 Neben drei Nazis gehörten damals acht Vertreter der Deutsch-

nationalen Volkspartei und des Stahlhelm dem Kabinett an.

5 Laut deren Protokoll verlangte Göring in der Kabinettsitzung am Nachmittag des 30. 1. : »Des- halb sei es notwendig, die sogenannte Schubkasten-Verordnung möglichst bald in Kraft zu setzen.« Am 1. 2. meldete Frick, er werde sie am nächsten Tag »dem Reichskabinett zur Beschlußfassung unterbreiten« (ZStA Potsdam, Film 19435).

6 *Echterhölder Rudolf*, Das öffentliche Recht im national-sozialistischen Staat, Stuttgart 1970, S. 15.

7 *Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern* (im folgenden: *GVBl.*), 1933, S. 76.

8 Heydrich entzog ihnen schließlich am 26. 2. 1937 gänzlich den Charakter von Schutzhaftnormen, als er contra legem alle Gestapostellen anwies: »Ich er- suche, in Zukunft von der Mög- lichkeit der Anordnung der poli- zeilichen Haft nach § 22 Abs. 4 der Verordnung vom 4. 2. 1933

keinen Gebrauch zu mache, um zu vermeiden, daß eine richterliche Nachprüfung polizeilicher Maßnahmen notwendig wird. Die Anordnung der Polizeihaft nach § 22 der Verordnung vom 4. 2. 1933 ist überflüssig, da in allen diesen Fällen die Mög- lichkeit der Anordnung der Schutz- haft gegeben ist.« (ZStA Pots- dam, Film 3576).

Kempinski. Dabei bedeutete dieser ihm, man bereite eine große Verhaftungsaktion vor, die sich auch auf bürgerliche Systemgegner erstrecke.⁹ Der Göring-Vertraute und damalige Leiter der Polizeibehörde im Preußischen Innenministerium, Grauert, legte schon in der Brandnacht einen Entwurf vor, der die Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte.¹⁰

Demgegenüber behauptete Göring, dazu von Kempner in Nürnberg vernommen, das sei erst in jener Nacht »an Ort und Stelle erörtert und beschlossen worden« und im übrigen wäre der exakte Wortlaut nicht in dem von ihm geleiteten Preußischen, sondern »wahrscheinlich« im Reichsinnenministerium entstanden.¹¹ Kempner betonte jedoch mehrfach¹², daß das Vernehmungsverhalten Görings – wie das seiner Komplizen – von erbärmlicher Feigheit und dem Bestreben geprägt war, Schuld auf andere abzuwälzen und die eigene Verantwortlichkeit nur dann einzuräumen, wenn das angesichts erdrückender Beweise unumgänglich erschien. Fest steht jedenfalls, daß die Massenverhaftungen Zehntausender deutscher Antifaschisten in der Brandnacht einsetzten und das Reichskabinett am folgenden Tage in fieberhafter Eile die »von langer Hand vorbereitete«¹³ Verordnung zum Schutz von Volk und Staat erließ. Damit wurde zunächst, »äußerlich nicht für jeden erkennbar«¹⁴, der bis zur Zerschlagung des Faschismus währende Ausnahmezustand ausgerufen. Wie sehr man das verschleierte, beweist der Telegrammwechsel zwischen Hindenburg und dem Ministerpräsidenten des damals noch nicht gleichgeschalteten Bayern, Heinrich Held. Dieser telegraphierte dem Reichspräsidenten am 28. Februar: »Nach Gerüchten aus Berlin soll Reichskabinett beabsichtigen, Ausnahmezustand über ganzes Reich zu verhängen. In Bayern besteht zu dieser Maßnahme keine Veranlassung, da Ordnung und Sicherheit absolut gewährleistet. Bitte erbenst, falls die Maßnahme tatsächlich geplant, mir gütig vorher Gelegenheit zur persönlichen Aussprache zu geben.«¹⁵ Das Staatsoberhaupt antwortete: »Auf Ihr soeben erhaltenes Telegramm teile ich mit, daß Verhängung des Ausnahmezustandes über ganzes Reich nicht beabsichtigt ist, sondern nur Sonderverordnung zur Bekämpfung kommunistischer Gewaltakte. Bei der zwingenden Notwendigkeit sofortiger Inkraftsetzung dieser Verordnung ist es mir leider nicht möglich, Ihnen vorher Gelegenheit

zu persönlicher Aussprache zu geben. Ich habe Reichsminister des Innern ersucht, noch heute Bayerischen Gesandten zu informieren.«¹⁶

In der Tat hatte Hitler, als er die erste der beiden Ministerbesprechungen jenes Tages eröffnete, erklärt: »Der Erlass einer Verordnung zum Schutze der Gesellschaft gegen die kommunistische Gefahr sei dringend geboten.«¹⁷ Innenminister Frick ergänzte, »daß er ursprünglich die Absicht gehabt habe, aus Anlaß der Brandstiftung im Reichstagsgebäude die Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar d. Js. zu ändern. Er habe sich nunmehr dazu entschlossen, anknüpfend an eine Verordnung vom 20. Juli v. Js. den Entwurf einer Verordnung zum Schutz von Volk und Staat auszuarbeiten.«¹⁸ Der Hinweis auf die 1932er »Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg«¹⁹ diene wohl vordergründig dem Ziel, sich der Zustimmung der Deutschnationalen und des Stahlhelms zu versichern. Deren Vertreter Papen, Franz Gürtner und – der nach dem 20. Juli 1944 umgebrachte – Johannes Popitz unterbreiteten dann auch Vorschläge für den endgültigen Text, der am Nachmittag verabschiedet wurde.²⁰

Er enthielt weder den Begriff »Ausnahmezustand«, noch die Bezeichnungen »Schutzhaft« oder »Konzentrationslager«. Paragraph 1 der Verordnung bestimmte vielmehr: »Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.«²¹ Tatsächlich wurde am 28. Februar 1933 die zwölf Jahre währende deutsche Bartholomäusnacht juristisch eingeläutet, wobei drei Prämissen die Verordnung charakterisierten:

1. Nach ihrer Präambel diene sie zur »Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte«. Obwohl sich die auf diese Bestimmung gestützten Massenverhaftungen zunächst fast ausschließlich auf Funktionäre, Mitglieder und Anhänger der KPD erstreckten, zielte sie schon von vornherein – wie Göring schon in seinem Erlass vom 3. März 1933 betonte²² – gegen alle, die mit Kommunisten zusammenarbeiteten, oder sie, wenn auch nur mittelbar, unterstützten.

9 Robert M. W. Kempner, Ankläger einer Epoche, Frankfurt/M./Berlin 1986, S. 110.

10 Der Reichstagsbrand, Bd. 2, S. 51 u. 351.

11 Robert M. W. Kempner, Das Dritte Reich im Kreuzverhör, München/Esslingen 1969, S. 17 u. 30f.

12 So im Gespräch mit d. Verf. 23. 11. 1985.

13 Martin Broszat, Zum Streit um den Reichstagsbrand, in: Vierteljahreshefte für Zeit-

geschichte (im folgenden: VfZ)

1960, H. 3, S. 275f.; Walter Hofer, Der Nationalsozialismus.

Dokumente 1933–1945, Frankfurt/M. 1959, S. 44; Hubert Schorn, Die Gesetzgebung des

Nationalsozialismus als Mittel der Machtpolitik, Frankfurt/M. 1963, S. 27.

14 Ernst Gottschling, Der faschistische Staat. Das deutsche

Beispiel, in: Faschismus-Forschung, S. 73ff. u. 83.

15 ZStA Potsdam, Film 19507.

16 Ebenda.

17 ZStA Potsdam, Film 19435.

18 Ebenda. – Daß im Protokoll der Kabinettsitzung vom

28. 2. 1933, 11 Uhr, noch drei Bezeichnungen enthalten sind

(auch: VO zum Schutz von Poli-

tik und Staat), beweist die Intensität, mit der man den demagogischsten Titel suchte.

19 RGBl., 1932, T. I, S. 377f.

20 ZStA Potsdam, Film 19435.

21 RGBl., 1933, T. I, S. 83.

22 MBlV, 1933, T. I, S. 233.

2. Die Verordnung wurde unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Weimarer Verfassung als Ausnahmerecht für Ausnahmereiten erlassen. Bald jedoch räumten man ein, daß das ausschließlich aus gesetzgebungstaktischen und deklaratorischen Gründen geschah. So schrieb Otto Geigenmüller, daß »die Verfassung von Weimar mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus aufgehört hatte, Verfassungsnorm zu sein ... Wenn trotzdem die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 2. 1933 in ihrer Einleitung eine Bestimmung der Verfassung von Weimar als ihre rechtliche Grundlage bezeichnet, ... so ist das gegenüber dem Gesagten ohne Bedeutung. Es ist auch zwecklos, nach einer Begründung zu suchen.«²³

3. Schließlich war die Verordnung eine Blankettbestimmung, mit der dem nazistischen Terror eine unbeschränkte Vollmacht erteilt wurde. Sie enthielt einerseits weder Festlegungen über die formellen Voraussetzungen der Schutzhaft noch darüber, wer eigentlich befugt war, sie zu verhängen. Auch fehlte jeder Hinweis, wann, wo und wie lange sie zu vollstrecken war. Gerade die Unbestimmtheit entsprach dem Willen ihrer Väter, dieses Unterdrückungsinstrument normenfrei und willkürlich zu handhaben. Andererseits fand der terroristische Charakter der Verordnung zugleich in Paragraph 5 Ausdruck. Er stellte eine drakonische Verschärfung des Strafgesetzbuches dar. Für eine Reihe von Tatbeständen, darunter die des Hochverrats und der Brandstiftung²⁴, gab es nun nur noch eine Strafe: das Todesurteil. Damit war die Arbeitsteilung zwischen der Justiz und dem außergerichtlichen Unterdrückungsapparat abgesteckt: Während letzterer frei von allen juristischen Erwägungen seine Opfer ohne jede zeitliche Grenze hinter Gitter brachte, fiel es den Gerichten – vor allem den Ausnahmetribunalen – zu, abschreckende Strafen zu verhängen.

Wesen der Schutzhaft

In einem Zeitungsartikel hieß es: »Die Schutzhaft ist eine Einrichtung von noch jungem Alter. Der Name ist heute in aller Munde ... Sie wird ohne Richterspruch auf dem Verwaltungswege angeordnet. Daß diese Anordnungen gegenwärtig im großen Umfange getroffen werden, liegt an den Zeitumständen, liegt an der Tatsache des revolutionären Umschwungs der Ver-

hältnisse. Wie schon der Name besagt, dient die Schutzhaft dem Schutze, und zwar dem Schutze der festgenommenen Person vor anderen, die sie gefährden, oder aber dem Schutze der bedrohten Gesellschaft vor dem Festgenommenen ... Eine zeitliche Begrenzung ist für die Schutzhaft nirgends vorgeschrieben, so daß sie sich unter Umständen recht in die Länge ziehen kann. Sie endet mit Erreichen ihres Zweckes. Erfahrungsgemäß pflegt die im Interesse des Inhaftierten angeordnete Schutzhaft von kürzerer Dauer zu sein als diejenige, die im Interesse der Gesellschaft stattfindet.«²⁵ Ähnlich lauteten die meisten der dazu zwischen 1933 und 1936 noch relativ zahlreich erschienenen offiziellen Veröffentlichungen.²⁶ Oft wurde dort das Wesen der Schutzhaft regelrecht auf den Kopf gestellt. So log die »Berliner Morgenpost« am 12. März 1934 mit der – vom nachfolgenden Text freilich nicht getragenen – Schlagzeile: »Göring als Chef der Staatspolizei ordnet an: Keine Schutzhaft ohne Richterspruch.«²⁷ Vereinzelt räumten aber selbst NS-Zeitungen ein: »In der Öffentlichkeit besteht auch heute noch Unklarheit über die gesetzliche Grundlage der Schutzhaft und über die Voraussetzung für deren Verhängung. Zum Teil ist die Ansicht verbreitet, daß die Schutzhaft als ein Eingriff in die persönliche Freiheit formell im Gesetz keine Stütze finde, sondern eine unmittelbare Auswirkung der nationalsozialistischen Revolution sei. Auch in der juristischen Fachliteratur kommen die Erörterungen zu verschiedenen Rechtsauffassungen. Insbesondere ist hier die Frage aufgeworfen worden, ob die Verhängung der Schutzhaft eine polizeiliche Maßnahme im Sinne des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes ist und ob sie der Rechtskontrolle durch die ordentlichen Gerichte unterliegt.«²⁸ In der Tat vertraten die »NS-Rechtswahrer« in ihren Zeitschriften recht divergierende Positionen. Mehrere Rechtsanwältinnen, so Paul Lüdtko aus Kolberg, bezeichneten die Schutzhaft als eine polizeiliche Maßnahme, die – jedenfalls in Preußen – nur im Rahmen des »Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 mit den dazu erlassenen Ergänzungen und Ausführungsvorschriften zur Anwendung« kommen könne.²⁹ Demzufolge bejahten sie deren Anfechtbarkeit vor den Verwaltungsgerichten. Robert Berger führte dazu aus: Zwar sei die Zweckmäßigkeit einer solchen Inhaftierung, nicht aber deren Rechtmäßigkeit der richterlichen Nach-

23 Otto Geigenmüller, Die politische Schutzhaft im nationalsozialistischen Deutschland, Jur. Diss., Würzburg 1937, S. 17ff.
24 Bald erwies sich, daß die zunächst auf den Reichstagsbrand zielende Verschärfung dieses Tatbestandes gerade dort wegen des Verbots der rückwirkenden Geltung von Strafgesetzen nicht anwendbar war. Deswegen wur-

de durch das »Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe« v. 29. 3. 1933 das Rückwirkungsverbot für die Zeit vom 31. 1. 1933 bis 28. 2. 1933 außer Kraft gesetzt (RGBl. T. I, S. 151), was einen eklatanten Verstoß gegen den fundamentalen Rechtssatz »nullum crimen, nulla poena sine lege« darstellte.

25 Hildesheimer Allgemeine Zeitung v. 9. 5. 1933, zit. nach: Hans Teich, Hildesheim und seine Antifaschisten. Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus und demokratischer Neubeginn 1945 in Hildesheim, hg. von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), Kreisvereinigung Hildesheim, Hildesheim 1979, S. 97.
26 Völkischer Beobachter v. 14. 4. 1934; Oberlausitzer Tageszeitung v. 28. 4. 1933; Berliner

Börsen-Courier v. 19. 9. 1933; Berliner Börsen-Zeitung v. 6. 3. 1935.

27 ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 6665, Bl. 140.
28 Kölnische Zeitung v. 24. 1. 1934.

29 Paul Lüdtko, Die Schutzhaft gemäß der Verordnung vom 28. Februar 1933, in: Juristische Wochenschrift (im folgenden: JW), 1933, S. 2241; Walter Mannzen, in: Deutsche Juristenzeitung (im folgenden: DJZ), 1933, Sp. 1426f.

prüfung entzogen. Deshalb könne zumindest dem »aus Willkür oder aus Motiven, die außerhalb der Verordnung vom 28. 2. 1933 liegen«, Verfolgten der Rechtsschutz nicht versagt werden.³⁰

Dieser Auffassung, der sich zunächst sogar einige Gerichte anschlossen³¹, widersprachen die Experten des Reichsinnenministeriums. So erklärte Ministerialrat Werner Hoche, daß der mit der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat verhängte »kleine zivile Ausnahmezustand« jegliche richterliche Kontrolle ausschließe.³² In einer weiteren Publikation argumentierte er noch entschiedener: »Eine Nachprüfung politischer Staatsakte oder gar wichtigster Regierungsakte durch eine richterliche Instanz ... ist aber im nationalsozialistischen Staate undenkbar. Dieser Grundsatz muß heute schon als geltendes Recht angesehen werden, auch wenn er noch nicht in Paragraphen niedergelegt worden ist. Denn die nationalsozialistische Revolution ist selbst Rechtsquelle mit unmittelbarer Wirkung. Die anerkannten grundlegenden Prinzipien der nationalsozialistischen Rechtsauffassung sind auch dort als bereits geltender Bestandteil des materiellen deutschen Rechts anzusehen, wo sie noch nicht ihren Niederschlag in formellen Gesetzesbestimmungen gefunden haben.«³³ Diesen Rechtsnihilismus ergänzte Reinhard Neubert mit der Behauptung, daß im NS-Regime »Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz ... nur verschiedene Tätigkeitsgebiete desselben Organismus sind und daß die Justiz aus diesem Grund nicht aufheben kann, was der Staat als politische Handlung angeordnet hat.«³⁴ Für Werner Spohr, der wie Amtsgerichtsrat Martin Boehr³⁵ und Klaus Lauer³⁶ von Anfang an zu den entschiedensten Gegnern jeglicher richterlichen Kontrolle gehörte³⁷, war die Schutzhaft »ein Gebilde sui generis«: »Die Verordnung ... schafft durch die Außerkraft-

setzung von Grundrechten einen gewollten Ausnahmezustand zugunsten der Durchführung des nationalsozialistischen Staates.«³⁸ Er verwies auf eine Entscheidung des Hamburgischen Verwaltungsgerichts vom 7. Oktober 1935 (Z. 139/35), nach der »es als Unding« erschien, »daß die Gerichte sich auch nur irgendwie auf das Gebiet der Staatspolizei begeben und möglicherweise im Einzelfall behördliche Maßnahmen staatspolitischer Natur durchkreuzen und aufheben. Dazu sind die Gerichte heute schlechterdings nicht berufen, findet doch der staatspolitische Verwaltungsakt letzten Endes seine Begründung und Rechtfertigung in den Lebensnotwendigkeiten des Staates, die zu wahren und zu sichern einzig Aufgabe der Regierung und Verwaltung sein kann.«³⁹ Das war haargenau die Position, die jeden gerichtlichen Eingriff in die Kompetenzen von Gestapo und SS ausschloß. Wohl war man am engen Zusammenwirken der Gerichte und Staatsanwaltschaften mit den sonstigen Unterdrückungsinstrumenten zutiefst interessiert. Diese Kooperation durfte aber nicht auf dem Prinzip der richterlichen Kontrolle, sondern mußte umgekehrt auf dem der staatspolizeilichen Aufsicht über eine willfährige Justiz beruhen.

Gleichwohl erfolgte – jedenfalls in dieser Frage – die Ausschaltung der Justiz keineswegs durch unmittelbare äußere Einwirkungen, sondern vielmehr durch die gerichtliche Selbstentmachtung. Dabei war es kennzeichnend, daß Reinhard Heydrich als Gestapo-Chef, sein Vertreter Werner Best und der Schutzhaftdezernent des Preußischen Geheimen Staatspolizeiamtes, Hans Tesmer, sich erst öffentlich zum Wesen der Schutzhaft äußerten⁴⁰, als deren richterliche Kontrolle längst nicht mehr zur Debatte stand. Dann freilich charakterisierten sie diese Haft unverhüllt und unwidersprochen als »politisch-polizeiliche Präventivmaßnahme, die nur aus staatspolitischen Gründen anzuwenden ist«.⁴¹ Das war sie in der Tat. Sie besaß niemals einen strafprozessualen Charakter. Die faschistische Schutzhaftpraxis war ein millionenfacher Verstoß gegen internationale Rechtsgrundsätze. Daß niemand verhaftet werden darf, ohne die gegen ihn erhobene Beschuldigung zu erfahren und ohne Anspruch auf eine gerichtliche Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Haft zu haben, war als bindendes Rechtsprinzip bereits in der Habeas-Corpus-Akte von

30 Robert Berger, Sind politische Maßnahmen, insbesondere Schutzhaftbefehle richterlichen Nachprüfung entzogen? in: *JW* 1934, S. 14.

31 Landgericht Berlin, Urteil v. 1. 11. 1933 (276 0.10088/33), in: *Deutsche Justiz* (im folgenden: *DJ*), 1934, S. 63. – Gegenstand dieser Entscheidung war zwar ein auf die VO. v. 28. 2. 1933 gestütztes Zeitungsverbot; jedoch blieb unstreitig, daß die Rechtslage bei der Schutzhaft gleichgelagert war. – Die I. Zivilkammer des Landgerichts Tübingen entschied am 25. 1. 1934 (AR. 270/33) unter Berufung auf die Weimarer Verfassung: »Die Verhängung von Schutzhaft kann von den Gerichten unter dem Gesichtspunkt der Amtspflichtverletzung (§ 839 BGB., Art. 131 RVerf.) nicht hinsichtlich Richtigkeit und Zweckmäßigkeit, sondern nur bei Ermessensmißbrauch und Willkür

überprüft werden.« (ZStA Potsdam, Deutsche Arbeitsfront, Zeitungsausschnitte, Nr. 1028, Bl. 13 Rs.)

32 Werner Hoche, Die Verordnungen zum Schutz von Volk und Staat und gegen Verrat am deutschen Volk, in: *DJZ* 1933, Sp. 294ff.

33 Ders. Ebenda, Sp. 1491.

34 Reinhard Neubert, Die Schranken richterlichen Prüfungsrechts bei staatspolitischen Handlungen der Verwaltung, in: *JW*, 1933, S. 2426f.

35 Martin Boehr, Nochmals die Schutzhaft gemäß der Verordnung vom 28. 2. 1933, in: Ebenda, 1933, S. 2499.

36 Klaus Lauer, Die richterliche Nachprüfung polizeilicher Maßnahmen, in: Ebenda 1934, S. 2832.

37 Werner Spohr, Das Recht der Schutzhaft, in: *DJ*, 1934, S. 58ff.; ders., Das Recht der Schutzhaft, Berlin 1937.

38 Ders., Schutzhaft und ordentliches Gericht, in: *Der deutsche Justizbeamte* v. 11. 4. 1937.

39 *JW* 1936, S. 577. – Die Unzulässigkeit des Rechtsweges betonten auch das Sächsische Obergerverwaltungsgericht am 14. 9. 1934 (59 I/34) und das Preußische Obergerverwaltungsgericht mit Urteil v.

2. 5. 1935. (Spohr in: *Arbeitsrechts-Kartei*, Nr. 530 v. 12. 8. 1935.)

40 In der Zeitschrift *Deutsches Recht* (im folgenden: *DR*), 1936, H. 7/8, geschah das in einer konzertierten Aktion, u. a. durch die Beiträge von Reinhard Heydrich, Die Bekämpfung der Staatsfeinde (S. 121f.), Werner Best, Die Geheime Staatspolizei, (S. 125f.), Reinhard Höhn, Polizeirecht im Umbruch (S. 128f.)

41 Tesmer, ebenda, S. 136.

1679 verankert worden⁴². Es wurde in der Folgezeit in vielen Staaten zum Verfassungsgrundsatz erhoben⁴³ und fand Eingang in internationale Konventionen.⁴⁴ In gleicher Weise ist als internationales Rechtsprinzip anerkannt, daß die Unantastbarkeit der Persönlichkeit und die Freiheit jedes Bürgers nur durch Gesetz eingeschränkt werden dürfen.⁴⁵

Trotz nationaler Verschiedenartigkeiten — die aus divergierenden politischen, ökonomischen, juristischen, nationalen, ethnischen und religiösen Wertvorstellungen resultieren — kann der Kernbereich einer international als rechtmäßig respektierten Haftpraxis durch folgende Komponenten charakterisiert werden: Inhaftierungen sind nur dann erlaubt, wenn entweder zuvor oder zumindest unverzüglich danach ein mit der Strafrechtspflege befaßtes ordentliches Gericht über die Rechtmäßigkeit eines derart schwerwiegenden Eingriffs in das Grundrecht der Freiheit und Unantastbarkeit der Persönlichkeit entscheidet. Die Schutzhaft des Regimes trug nicht einem einzigen dieser Erfordernisse Rechnung. Sie wurde vielmehr

- zumindest seit dem 28. Februar 1933 gegen Antifaschisten verhängt, denen man eine Straftat nicht einmal vorwarf, geschweige denn sie ihnen hätte nachweisen können;
- ausschließlich von Exekutivorganen befohlen und war jeglicher richterlichen Kontrolle entzogen;
- nahezu durchweg völlig unbefristet angeordnet und unterlag keinerlei Rechtsmittel oder Rechtsbehelf;
- in gerichtlicher Aufsicht vorenthaltenen Konzentrationslagern unter menschenunwürdigen Bedingungen vollstreckt.

Der Nationalsozialismus unterwarf insbesondere die Schutzhäftlinge Bedingungen, die eine Perversion des Wesens staatlich normierten Freiheitszuges darstellten. Im Gegensatz zur Inquisition, die sich offen zu ihren Folterkammern und den dort praktizierten mörderischen Methoden der Aussagenötigung bekannte, erhielten nun jene juristischen Bestimmungen, die zur Ausgestaltung der Schutzhaft erlassen wurden, eine Doppelfunktion: Einerseits schrieben die juristischen Normen die staatliche Willkür nicht nur fest, sondern sie dienten zugleich dazu, den Terror zu initiieren, zu organisieren und zu perfektionieren; andererseits waren sie darauf gerichtet, ihn hinter der vermeintlich undurchsichtigen Hülle der Legalität des Gesetzes zu verbergen.⁴⁶

42 Englisches Gesetz zum Schutz der Bürger vor willkürlichen Verhaftungen. Der Name entspricht dem Anfang des mittelalterlichen Haftbefehls: Du habest den Körper.

43 In der Weimarer Reichsverfassung v. 11. 8. 1919 enthielt Art. 114 Abs. 2 dieses Prinzip (RGBl. 1919, S. 1383ff.).

44 Als deren bedeutsamste ist die Internationale Konvention über zivile und politische Rechte

v. 16. 12. 1966 (Art. 9) zu erwähnen (BGBl. 1973, T. II, S. 153ff.; GBl. der DDR, 1974, T. II, S. 58ff.).

45 Dieses Prinzip der Weimarer Verfassung verankert.

46 Trotz dieses demagogischen Doppelcharakters und ihrer Phraseologie vermitteln insbesondere die frühen Nazinormen, deren Autoren sich noch nicht durchgängig der Methoden ver-

In der Tat setzte nach dem 28. Februar 1933 in allen Bereichen des nationalsozialistischen Staates eine wahre Flut von Bestimmungen zur Regelung der Schutzhaft ein. Staats- und NS-Organen der verschiedensten Ebenen verfaßten Erlasse, Anordnungen, Anweisungen, Verfügungen und Rundverfügungen, allgemeine und vorläufige Richtlinien und Bestimmungen, Rundschreiben sowie Schnellbriefe, Funksprüche und Telegramme. Oft widersprach eine Order der anderen, was nicht verwunderlich war angesichts der Vielzahl zentraler und regionaler NSDAP- und Staatsorgane, die sich ebenso wie lokale Machthaber die Befugnis anmaßten, Antifaschisten einzukerkern.

An diesem Kompetenzen-Wirrwarr, der viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kennzeichnete, war — soweit es die Schutzhaft betrifft — der Führung im Frühjahr 1933 durchaus gelegen. Laut Diels schrie Hitler schon im brennenden Reichstag: »Es gibt jetzt kein Erbarmen mehr; wer sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht ... Jeder kommunistische Funktionär wird erschossen, wo er angetroffen wird. Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden. Alles ist festzusetzen, was mit den Kommunisten im Bunde steht. Auch gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner gibt es jetzt keine Schonung mehr.«⁴⁷ Göring verkündete in den folgenden Tagen mehrfach öffentlich das nazistische Ausrottungs- und Vernichtungsprogramm⁴⁸, das eine detaillierte Ausgestaltung zwangsläufig ausschloß: Wer das Foltern und Morden zur Staatsdoktrin erhob, bedurfte juristischer Normen nicht. Tatsächlich enthielt nicht eine der erwähnten Festlegungen Hinweise über »die förmlichen Voraussetzungen für die Verhängung der Schutzhaft«, wie Frick in einem an die Landesregierungen gerichteten Rundschreiben vom 9. Januar 1934 einräumte.⁴⁹ Es blieb vielmehr dem subjektiven Ermessen überlassen, welches Partei- oder Staatsorgan welche Antifaschisten inhaftierte und wohin es sie verschleppte, was sich angesichts der Massenverhaftungen und der begrenzten Kapazität der Haftanstalten bald als kompliziert erwies. Schließlich kanalisierte man den rapiden Anstieg der Häftlingszahlen in drei Richtungen:

Erstens wurden die Polizei- und Gerichtsgefängnisse wie die Strafvollzugsanstalten oft bis weit über ihr eigentliches Fassungsvermögen hinausgehend belegt. Praktisch sind so im Frühjahr 1933 nahezu alle deutschen Haftanstalten und ein Teil der ursprünglich zur Verwahrung Asozialer bestimmten Arbeits- bzw. Provinzialwerkhäuser zweckentfremdet worden. Die Bewachung der Gefangenen oblag dort meist Beamten. Rolf Helm charakterisierte seine Dresdener »Schließer«: »Sie waren wohl zu korrekt, um ihre Vorschriften zu

fälschender Umschreibung oder einer in ihr Gegenteil verkehrten Terminologie bedienten. Einblicke in die Motive dieser Bestimmungen und ihrer Verfasser. 47 Diels, S. 194.

48 Drobisch, Über den Terror und seine Institutionen in Nazi-Deutschland, S. 160.

49 StA Dresden, Auswärtiges Amt, Nr. 4842, Bl. 271.

verletzen, zu korrekt auch, im Verkehr mit den Gefangenen eine menschliche Regung zu zeigen.«⁵⁰

Das Haftregime lehnte sich zum Teil durchaus noch an die aus der Weimarer Republik übernommenen Untersuchungs- bzw. Strafvollzugsordnungen an. Sichtbar wurde das u.a. in dem am 2. März 1933 vom stellvertretenden Polizeipräsidenten in Dresden dazu erlassenen »Besonderen Anordnungen«.⁵¹ Eine Reihe von Gerichts- und insbesondere Polizeigefängnissen öffneten jedoch schon damals dem Terror Tür und Tor.

Zweitens entstanden in zahlreichen Orten provisorische Haft- und Prügelstätten, in denen Antifaschisten unter primitiven Bedingungen – zum Teil im Freien auf umzäunten Sportplätzen und Schulhöfen allen Witterungsunbilden ausgesetzt – von örtlichen SA- und SS-Stürmen gefangengehalten und oft grausamen physischen und psychischen Drangsalierungen ausgesetzt waren. Meist befanden sich diese lokalen Folterstätten in belebten Wohngebieten, in denen man die Schmerzensschreie der gequälten Opfer wahrnehmen mußte. Diese vorsätzlich herbeigeführte Publizität der Brutalität war Bestandteil der Politik, jeglichen Widerstand durch Abschreckung zu brechen und zu vereiteln. Kurt Pätzold betonte, »daß die braun- und schwarz-uniformierten faschistischen Terrorgarden manche Hitlergegner nur für kurze Zeit gefangennahmen, um sie ... zu verhören, zu quälen und sie danach, wenn sie Aussagen oder Geständnisse erpreßt oder einfach ihre sadistischen Bedürfnisse befriedigt hatten«, wieder freizulassen. »Diese Opfer sollten sich mit allen ihnen zugefügten Blessuren, bei Ärzten und auf den Ämtern für Arbeitslose öffentlich zeigen und allen als lebendige Warnung dienen, die daran dachten, dem Regime weiteren Widerstand entgegenzusetzen.«⁵² Diese Höllen erzeugten Furcht und Schrecken aber auch Abscheu und Erbitterung.

Ihre Existenz beinhaltete zugleich Risiken für das NS-System: Gerade die nahezu öffentliche Mißhandlung Tausender bewährter Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterorganisationen demaskierte die soziale Demagogie des Faschismus. Schnell offenbarte sich auch das dem Prügeln und Morden innewohnende anarchische Element. Es gab Festnahmen, die ausschließlich auf Rache, Neid und ähnlichen Motiven beruhten. In Berlin und Stettin ließen SA- und SS-Führer auch Konservative verschleppen, mißhandeln und erpressen. Ferner zeigte sich, daß gerade die in den lokalen Prügelkellern verübten Verbrechen und die dafür Verantwortlichen im In- und Ausland schnell publik wurden: Oft standen sich dort Opfer und Täter gegenüber, die sich schon aus

den Kämpfen der Weimarer Zeit kannten. Außerdem waren die Bewohner der Umgebung gut informiert, wer dort ein- und ausging. Viele Täter erleichterten selbst ihre Identifizierung (und damit auch ihre Überführung in den nach 1945 angestrebten Strafverfahren), weil sie sich öffentlich ihrer Untaten brüsteten.

Drittens ging das Regime dazu über, in leerstehenden Fabrikgebäuden, Rittergütern, ehemaligen Burgen, Schlössern und Klöstern, auf Truppenübungsplätzen, in besetzten Einrichtungen der Arbeiterorganisationen sowie in Kasernen, Sturmlökalen und Wachen der SA und SS – verschiedentlich auch des Stahlhelm – erste Konzentrationslager zur längerfristigen Verwahrung politischer Gefangener einzurichten. Das waren jene Verfolgungsstätten, die dem Wesen des deutschen Faschismus von Anfang an am ehesten entsprachen. Hier wurde der Terror in einem bis dahin ungekannten Maße organisiert, perfektioniert und anonymisiert. Zumeist bedeutete für den Häftling schon der erste Schritt in ein Konzentrationslager die absolute Preisgabe seiner Menschenwürde. Hatte sich das Lagertor einmal hinter ihm geschlossen, galt er als vogelfrei: Konzentrationslager dienten dem Nationalsozialismus als eines seiner wichtigsten Mittel zur Herrschaftssicherung. Sie waren Freiheitsentzugsanstalten, in die er zunächst ausschließlich politische Gefangene, bald jedoch auch andere, insbesondere aus rassistischen Gründen Verfolgte administrativ und unbefristet einlieferte, um sie unter Aufhebung aller fundamentalen Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Leben, zu isolieren, zu drangsalieren, bis zum letzten auszubeuten und sie schließlich in ständig steigendem Maße zu ermorden.

Struktur, Anzahl und Opfer dieser jeder justitiellen Aufsicht entzogenen Haftstätten unterschieden sich in den einzelnen Etappen der faschistischen Diktatur: Bevorzugten die Machthaber zunächst meist kleinere Lager, erfolgte bald die Konzentrierung der Gefangenen in großen Lagern. Zentralistisch geleitet entsprachen sie den militärischen, sicherheitspolitischen und rüstungsökonomischen Erfordernissen der mit dem Ziel, die faschistische Weltherrschaft zu erobern, geplanten Aggressionen. Nach der Entfesselung des zweiten Weltkrieges, insbesondere nach dem Überfall auf die UdSSR, prägten vor allem zwei Komponenten die Konzentrationslager: der dort millionenfach an wehrlosen Zivilisten und Kriegsgefangenen aus politischen und rassistischen Gründen verübte Völkermord sowie die immer enghemmaschigeren Beziehungen der SS mit Konzernen, die bis zur totalen und bis aufs äußerste brutalisierten Häftlingsausbeutung (»Vernichtung durch Arbeit«) reichten.

Das Regime verzichtete darauf, die Errichtung der ersten Lager durch Erlaß zu reglementieren. Diels kommentierte das: »Für die Entstehung der Konzentrationslager gibt es keinen Befehl und keine Weisung; sie wurden nicht gegründet, sie waren eines Tages da. Die SA-Führer errichteten »ihre Lager«, weil sie der Polizei ihre Gefangenen nicht anvertrauen wollten oder weil die

50 Rolf Helm, Anwalt des Volkes, Berlin 1978, S. 130.

51 StA Dresden, Amtshauptmannschaft Bautzen, Nr. 7542, Bl. 1.

52 Kurt Pätzold, Der faschistische Terror und die Bourgeoisie, in: *Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg«*, 1979, H. 3/4, S. 28.

Gefängnisse überfüllt waren.«⁵³ Daß durchaus nicht überall die Konzentrationslager einfach »eines Tages da waren«, beweist ein Funkspruch, den die von Diels geleitete Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidioms am 25. März 1933 (als freilich schon einige dieser Einrichtungen existierten) den Regierungspräsidenten übermittelte: »Ersuche Landratsämter und kreisfreie Städte anzuweisen, über politische Schutzhäftlinge selbst zu befinden und (sie) unterzubringen, da hier keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr vorhanden.«⁵⁴ Damit wurde die Ermächtigung erteilt, weitere Konzentrationslager auf regionaler Ebene einzurichten. Tatsächlich entstand nach diesem Datum das Gros der in Preußen und den anderen Ländern errichteten derartigen Freiheitsentzugsanstalten mit allerdings recht unterschiedlichen Bezeichnungen. Gebräuchlich waren auch: Anhalte-, Arbeitsdienst-, Ausweich-, Durchgangs-, Gefangenen-, Gefangenessammel-, Sammel-⁵⁵, Schutzhaft-, Schutzhaftgefangenen-, Teil-, Übungs- und Zweiglager. Sieht man von den drei letzten Arten ab, die die verwaltungsorganisatorische Bindung an meist nahe gelegene größere Konzentrationslager erkennen ließen, erlaubten die offiziellen Namen kaum Rückschlüsse auf den Charakter der Lager. So sind selbst die Ausweich- und Durchgangslager oft zur längerfristigen Inhaftierung benutzt worden.⁵⁶ Die Vielzahl dieser Terrorstätten und die mit ihrer Gründung verbundenen verwaltungstechnischen und nicht zuletzt ökonomischen Probleme bedingten von Anfang an eine zentrale Lenkung, die angesichts der damaligen staatsrechtlichen Struktur auf Länderebene erfolgte. Deshalb kam es insbesondere in den drei bevölkerungsreichsten Ländern Preußen, Bayern und Sachsen zu unterschiedlichen Regelungen.

Schutzhafterlasse der Länder 1933

Während Preußen am 2. März eine Ausführungsverordnung über die Schutzhaft erließ⁵⁷, verfügte Sachsen nach der dort in der zweiten Märzhälfte beim Landeskriminalamt erfolgten Bildung der Schutzhaftzentrale über die größte Zahl solcher Bestimmungen, die auffallend detailliert ausgestaltet waren: Am 28. März gab man Richtlinien über die Durchführung der Schutzhaft⁵⁸ heraus, denen am 19. April »Vorläufige Bestim-

mungen über die Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern und Arbeitsdienstlagern«⁵⁹ folgten. Sie wurden am 5. August ergänzt, als die »Richtlinien des Sächsischen Landeskriminalamtes über die Durchführung der Schutzhaft und die Behandlung der Schutzhäftlinge«⁶⁰ ergingen. In Thüringen gab es ähnliche, wenn auch nicht so ins einzelne gehende Anordnungen. Allerdings bestand das Thüringische Ministerium des Innern in seinem Erlaß vom 20. April 1933 darauf, diese Haft als polizeiliche Sicherungsverwahrung zu bezeichnen, während der Begriff Schutzhaft ausdrücklich untersagt wurde.⁶¹ Auch in anderen Ländern wurden dafür zu dieser Zeit unterschiedliche Begriffe verwendet. So tauchten in Preußen bis zum Sommer 1933 willkürlich nebeneinander Schutzhaft, Polizeihaft bzw. Polizeihaft aus politischen Gründen auf. In anderen Ländern sprach man zum Teil von vorbeugender Polizeihaft, Sicherungshaft und Sicherungsverwahrung, wobei unberücksichtigt blieb, daß der letzte Begriff eine eigenständige strafprozessuale Bedeutung hatte.⁶²

In Bayern fand dagegen die Bezeichnung Schutzhaft von Anfang an Verwendung. Hier setzten die Massenverhaftungen praktisch nach dem 9. März 1933 ein, nachdem Heinrich Himmler kommissarischer Polizeipräsident von München und Heydrich Leiter des dortigen Politischen Referats geworden waren.

Daß sich bayerische Justizbehörden bei der Aufnahme der Verhafteten äußerst kooperativ verhielten, machte der Bamberger Generalstaatsanwalt Nikolaus Döll am 11. März in einem Bericht an das Justizministerium in München deutlich: »Die Unterbringung in den Gefängnissen hat im Allgemeinen keine Schwierigkeiten gemacht. ... Den Oberstaatsanwalt in Aschaffenburg habe ich ermächtigt, falls ... der Platz im Gefängnis nicht ausreichen sollte, kurzzeitige Freiheitsstrafen wegen Übertretungen, namentlich Forstfrevel, zu unterbrechen und mir hiervon zur nachträglichen Genehmigung sofort Mitteilung zu machen. Den Vorstand des Amtsgerichtsgefängnisses Haßfurt habe ich ermächtigt, wegen drohender Überfüllung vorerst keine Verurteilten, die kurze Freiheitsstrafen antreten sollen, aufzunehmen. ... In Bamberg sind seit gestern zwei Schutzhäftlinge in Hungerstreik getreten. Der Gefängnisvorstand schlägt vor, sie zur Abschreckung für die übrigen politischen Gefangenen und da hier die Zwangsernährung nicht durchgeführt werden könne, in Räume des Zuchthauses

53 Diels, S. 257.

54 StA Potsdam, Rep. 6 B Cottbus, Nr. 637, Bl. 2

55 Dieser erstmals vom Aldeutschen Verband gebrauchte Begriff wurde für mehrere der ersten Konzentrationslager angewandt: Hamburg-Altona, Hammerstein, Magdeburg und (modifiziert: Gefangenessammel-lager) in Weissenfels.

56 So blieb ein Teil der Häftlinge des Durchgangslagers Reichenbach während dessen Existenz von März bis Juni 1933 ständig dort. In diesem »Durchgangslager« wurde in der Nacht vom 12. zum 13. April 1933 Albert Janka ermordet.

57 GesS., 1933, S. 33.

58 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 42ff.

59 Auszugsweise abgedruckt bei Kühnrich, S. 31; StA Dresden, Amtshauptmannschaft (im folgenden: AH) Flöha, Nr. 2393, Bl. 14ff.

60 Ebenda, Bl. 2ff.; StadtA Auerbach, Bestand Auerbach, Mappen 2 und 4, Schutzhäftlinge, unfol.

61 StA Meiningen, Kreisamt Meiningen, Nr. 3856, Bl. 182ff.

— Erst am 28. 5. 1934 übernahm man in Thüringen den Begriff Schutzhaft (Ebenda, Bl. 226ff.)

62 Die im Strafrecht verschiedener Staaten vorgesehene Sicherungsverwahrung ist ein zeitlich unbegrenzter Freiheitsentzug, der im Anschluß an eine Freiheitsstrafe vollzogen wird.

Ebrach zu verbringen.«⁶³ Das bedeutete, daß man in diesem Oberlandesgerichtsbezirk rechtskräftig Verurteilten Strafaufschub oder Strafunterbrechung gewährte, um Platz zur Einkerkierung von Antifaschisten zu gewinnen. Am 13. März meldete der Vorstand des Amtsgerichtsgefängnisses Straubing dem Generalstaatsanwalt in Nürnberg, »durch die von der Regierung getroffenen Maßregeln« sei »jede Gefahr beseitigt« und: »Einer Weisung des Herrn Generalstaatsanwalts bedarf ich daher nicht, insoweit Ew. Hochwohlgeboren nicht Anlaß nehmen, zwecks gleichmäßiger Behandlung der Schutzhäftlinge Vorschriften zu erlassen.«⁶⁴ Eben solche Erwägungen gab das Staatsministerium des Innern vor, als es am 22. März allgemeine Richtlinien über den Vollzug der Schutzhaft erließ. Diese enthielten den Passus, daß deren Vollstreckung in Gerichtsgefängnissen zu erfolgen habe, »wenn der Behörde, die den Schutzhaftbefehl erlassen hat, kein ausreichender polizeilicher Verwahrraum zur Verfügung« stünde.⁶⁵ Am 22. Mai 1933, als sich gerade in dieser Hinsicht die Situation grundlegend geändert hatte, wurde die Bestimmung durch einen neuen Erlaß ersetzt.⁶⁶

Das Gros der Gefangenen befand sich zu dieser Zeit auf nachdrückliches Ersuchen der Justiz bereits in Dachau. U. a. hatte der Bamberger Generalstaatsanwalt seinem vorgesetzten Minister am 10. April bedeutet: »Aber ganz allgemein vermehren sich nun die Bedenken gegen eine noch längere Verwahrung der Schutzhäftlinge in den Gefängnissen, die hierzu nicht geeignet sind ... Da von der Errichtung eines Konzentrationslagers für Nordbayern noch immer nichts verlautet, erbitte ich die Genehmigung, 300 Schutzhäftlinge aus dem Oberlandesgerichtsbezirk Bamberg in das Konzentrationslager Dachau verbringen zu lassen.« Zugleich beanspruchte der Ankläger die Entscheidungsbefugnis, »namentlich die gefährlichsten und renitenten Elemente« nach Dachau zu überführen und verlangte »die Verteilung der Abschiebung auf die einzelnen Gefängnisse mir und die Auswahl der Abzuschiebenden den Gefängnisvorständen im Benehmen mit den örtlichen Staatskommissären zu übertragen.«⁶⁷

Auch in den anderen Ländern kamen die noch in Haftanstalten befindlichen Schutzhäftlinge in Konzentrationslager. In Preußen informierte der Innenminister am 24. April die Regierungspräsidenten: »Ich bemerke hierzu, daß ich die Einrichtung dreier großer Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen von 2000 bis 3000 Personen für die auch in Zukunft in Schutzhaft zu haltenden Personen in die Wege geleitet habe, in die

diese nach deren Fertigstellung verbracht werden sollen.«⁶⁸

Am 16. Juni 1933 ergänzte der inzwischen zum Staatssekretär aufgestiegene Grauert: »Die Unterbringung der politischen Häftlinge und die Art ihrer Beschäftigung sind ... in den verschiedenen Bezirken je nach den örtlichen Verhältnissen noch verschieden. Hier wird in Kürze ein Wechsel eintreten. Ich beabsichtige, diejenigen Schutzhäftlinge, die nicht wegen des Grundes ihrer Verhaftung der Polizeibehörde noch zu Ermittlungszwecken jederzeit zur Verfügung stehen müssen ... in Konzentrationslager zu überführen.«⁶⁹ Der Regierungspräsident in Erfurt verpflichtete daraufhin die Landräte und die Kreispolizeibehörden, ihm monatlich zweimal die Zahl der Schutzhäftlinge zu melden.⁷⁰ In Sachsen wies das Landeskriminalamt am 5. August 1933 an: »Die längere Unterbringung von Schutzhäftlingen in Gerichts- und Polizeigefängnissen ist tunlichst zu vermeiden.«⁷¹ In der Tat befanden sich jene schon seit längerem zumeist in Lagern. Dabei gab es vor allem in Preußen Rivalitäten zwischen dem Innenministerium und lokalen SA-Stellen, wie der Grauert-Erlaß vom 16. Juni zeigte: »Als Konzentrationslager sind dabei nur solche Lager anzusehen, die von mir ausdrücklich bestätigt worden sind. Bisher sind als Konzentrationslager anzusehen: a) Lager Sonnenburg, Bezirk Frankfurt a/Oder, b) Lager Lichtenburg, Bezirk Merseburg.«⁷² Tatsächlich bestanden damals in Preußen noch mehrere andere derartige Freiheitsentzugsanstalten, die meist von örtlichen SA-, teils auch von SS-Formationen errichtet worden waren. So galt Oranienburg als »Konzentrationslager der Standarte 208«. Am 14. Oktober 1933 wies das Innenministerium schließlich an, Schutzhäftlinge grundsätzlich nur noch »in staatlichen Konzentrationslagern« bzw. in »staatlichen oder kommunalen Polizeigefängnissen« unterzubringen.⁷³ Von dort stammte wohl die Unterscheidung in »amtliche« und »wilde« Lager, die noch heute verschiedentlich in der Literatur zu finden ist. So naheliegend sie zur einprägsamen Kategorisierung erschienen sein mag, korrekt war sie nicht. Zu Recht betonte Heinz Kühnrich: »Praktisch hat es wenig Bedeutung, in dieser Zeit zwischen »wildem« und staatlichen Konzentrationslagern zu unterscheiden.«⁷⁴ Für die Häftlinge bedeutete es kaum einen Unterschied, ob sie in Oranienburg oder in Sonnenburg von SA-Leuten gepeinigt wurden. Ihre Rechtlosmachung erfolgte hier wie da. Gleichwohl blieb

63 Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung (im folgenden: Dok.-Zentrum), Bestand KZ und Haftstätten, Versch., Nr. 8, unfol.

64 Ebenda.

65 ZStA Potsdam, Film 14366.

66 Ebenda.

67 Dok.-Zentrum, Bestand KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 8, unfol. — Das Justizministerium leitete dieses Schreiben unverzüglich an Himmler weiter, der am 11. 4. handschriftlich verfügte: »Am Mittwoch nach Ostern können 300 Mann überführt werden.« (Ebenda).

68 StA Potsdam, Rep. 6 B, Landratsamt Cottbus, Nr. 637, Bl. 82f.

69 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol. Nr. 1155, Bl. 6.

70 StA Weimar, Landratsamt Mühlhausen, Nr. 307, Bl. 29.

71 StadtA Auerbach, Bestand Auerbach, Mappen 2 u. 4, Schutzhäftlinge, unfol.

72 StA Potsdam, Rep 2 A, Re-

gierung Potsdam, I Pol. Nr. 1155, S. 6. — Auch in den sächsischen Richtlinien vom 5. 8. 1933 hieß es: »Eine Unterbringung solcher Personen in anderen ... Haft-räumen (Volkshäusern usw.) ist strengstens verboten« (StadtA Auerbach, Bestand Auerbach, Mappen 2 u. 4, Schutzhäftlinge, unfol.).

73 SS im Einsatz, S. 207.

74 Kühnrich, S. 31.

die angekündigte Unterstellung der Lager unter das Innenministerium, die sich am 14. Oktober 1933 für sechs von ihnen vollzog⁷⁵, durchaus nicht bedeutungslos. Zwar blieb es nach wie vor der Willkür überlassen, wer der Freiheit beraubt wurde. Doch reduzierte sich dadurch der Einfluß lokaler Größen, die diese Haft oft aus zutiefst rachsüchtigen und niederträchtigen Beweggründen angeordnet hatten. Dabei stand gerade in Preußen diese Kompetenz nach der »Verordnung betr. Ergänzung der Verordnung vom 1. 10. 1931 zur Regelung der Zuständigkeit der Landes- und Kreispolizeibehörden vom 2. März 1933« nur den Kreispolizeibehörden zu.⁷⁶ Als durch Gesetz vom 26. April 1933 das Preußische Geheime Staatspolizeiamt geschaffen war⁷⁷, hatte es in Verbindung mit dem Erlaß des preußischen Innenministeriums betr. die Neuorganisation der Politischen Polizei vom selben Tage⁷⁸ ebenfalls die Befugnis erhalten, Schutzhaft anzuordnen. Schließlich betonte ein Jurist, daß auch »die Zuständigkeit der Ober- und Regierungspräsidenten sowie des Polizeipräsidenten in Berlin als von Anfang an gegeben anzusehen«⁷⁹ war. Dagegen verloren nun in Preußen, dessen Regelung andere Länder übernahmen, SA und SS – jedenfalls auf dem Papier – das Recht Schutzhaft anzuordnen. Wie die Praxis aussah, hatte am 27. April der Regierungspräsident von Frankfurt/Oder den Landräten und Oberbürgermeistern erläutert: »Ich habe die Führer der nationalen Verbände des Bezirks davon in Kenntnis gesetzt, daß durch vorstehenden Erlaß die Leiter der Kreispolizeibehörden von Polizeiaufsichtswegen angewiesen sind, künftig polizeiliche Haft ... nur gegen die bezeichneten kommunistischen und pazifistischen Führer aufrechtzuerhalten und zu verfügen. Ich ersuche, die örtlichen Leiter der nationalen Verbände in geeigneter Weise zu unterrichten.«⁸⁰ Am 28. April monierte der Innenminister in einem Runderlaß über »Zuständigkeit für Verhaftungen«: »In jüngster Zeit sind mir wiederholt Fälle bekanntgeworden, in denen hierzu nicht befugte Stellen, auch einzelne Dienststellen des Ministeriums, Verhaftungen von Personen angeordnet und durchgeführt haben, obwohl hierzu hinreichende Veranlassung nicht gegeben war. Auch ist bei mir des öfteren zur Sprache gebracht worden, daß solche Stellen unter mißbräuchlicher Benutzung meines Namens mir unterstellte Behörden, insbesondere polizeiliche Dienststellen, unrechtmäßig mit Weisungen versehen haben, Festnahmen durchzuführen.«⁸¹ Das geschah freilich auch in der Folgezeit immer wieder. So ließ der NSDAP-Kreisleiter von Deutsch-Krone noch mehr als ein Jahr später eine »parteiämtliche Bekanntmachung« in der dortigen Zeitung veröffentlichen, die androhte: Verbreiter von Ge-

rüchten »sind von allen Parteidienst- und Staatsstellen sofort festzustellen und in Schutzhaft zu nehmen.« Davon mußte sich selbst der zuständige Gestapo-Chef distanzieren.⁸² In welchem Maße NSDAP-Stellen in Schutzhaftangelegenheiten tätig wurden, hatte schon unmittelbar vor dem Erlaß vom 26. April 1933 der Gauleiter der Rheinpfalz, Josef Bürckel, demonstriert. Er veröffentlichte am 21. April eine Bekanntmachung: »Eine Reihe von Gesuchen liegt hier vor, die sich mit der Freilassung von politischen Schutzhaftgefangenen befassen ... Ich halte es daher für richtig bekanntzugeben: ... Jene politischen Gefangenen, für die die meisten Gesuche vorliegen, werden zuletzt entlassen ... Juden können in Zukunft nur noch entlassen werden, wenn je zwei Bittsteller bzw. die die Juden krankschreibenden Ärzte anstelle der Juden die Haft antreten.«⁸³

Die bayerische Zuständigkeitsregelung fixierte in Ziffer I.2 der allgemeinen Richtlinien vom 22. März: »Zuständig zur Verhängung der Schutzhaft sind in Städten mit staatlicher Polizeiverwaltung die Polizeidirektionen und die Staatspolizeiamter, im übrigen die Stadtkommissäre, Bezirkskommissäre und die diesen beigegebenen Beauftragten der Obersten SA-Führung.«⁸⁴ Letzteren wurde dieses Recht zwar am 22. Mai wieder entzogen, praktisch blieb das aber bedeutungslos. Sämtliche Schutzhaftsachen unterstanden ohnehin dem Politischen Polizeikommandeur in Bayern, also Himmler. SA und SS benutzten stets die Möglichkeit, über ihn die erstrebten Entscheidungen herbeizuführen. Eine weitergehende Zuständigkeitsregelung gab es in Sachsen. Dort legte das Landeskriminalamt am 28. März fest: »Außer den oberen Polizeibehörden sind ... zuständig: a.) die staatlichen Polizeibehörden, b.) die Amtshauptmannschaften, c.) die Stadträte, denen die Befugnisse der unteren Staatsverwaltungsbehörden voll überwiesen sind.« Vor jeder Festnahme seien »möglichst die zuständigen Führer der nationalen Verbände und Organisationen zu hören«. Schließlich durften bei angeblicher Gefahr im Verzuge vorläufige Festnahmen »durch alle mit Exekutivgewalt ausgestatteten Beamten und durch Angehörige der nationalen Verbände und Organisationen im Auftrage ihrer Führer erfolgen.«⁸⁵ Daß SA und SS willkürlich Festnahmen entweder selbst vollzogen oder von der Polizei verlangten, beweisen zahlreiche Berichte. So meldete am 26. März 1933 ein Polizeihauptwachmeister, daß zwei SS-Führer in Auerbach/V. die Festnahme von 35 Kommunisten und Sozialdemokraten verlangten. Die Polizei entsprach diesem Ansinnen und überließ die Gefangenen den Nazischlägern »zur Vernehmung.«⁸⁶ Auch daraus ergab sich, daß

75 Papenburg, Sonnenburg, Lichtenburg und Brandenburg sowie »bis auf weiteres« Brauweiler und Moringen.
76 *GesS.*, 1933, S. 33.
77 Ebenda, S. 122.

78 *MBliV.*, 1933, T. I, S. 233.
79 *Geigenmüller*, S. 37.
80 StA Potsdam, Rep. 6 B, Landratsamt Cottbus, Nr. 637, Bl. 82f.
81 *MBliV.*, 1933, T. I, S. 510.

82 Andrzej Zientarski, Represje Gestapo wobec Polskich Robotników przymuszonych na Pomorzu Zachodnim 1939–1945, Koszalin 1979, S. 118.
83 *Bayerischer Kurier* v. 21. 4. 1933.

84 ZStA Potsdam, Film 14366.
85 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 42.
86 StadtA Auerbach, Bestand Auerbach, Mappe 3, Schutzhaftlinge, unfol.

die Zahl der Konzentrationslager in Sachsen viel größer war, als die Schutzhaftzentrale in Dresden am 19. April 1933 anführte.

Eine völlig eigenständige Zuständigkeitsregelung gab es in Thüringen. Hier war am 1. März zur »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 eine Durchführungsverordnung ergangen. Deren Paragraph 2 bestimmte, daß ausschließlich »Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie führende Funktionäre der KPD« von den Polizeibehörden ohne weitere Weisung festzunehmen waren.⁸⁷ Darüberhinausgehende Befugnisse standen der Polizei nicht zu. Das Staatsministerium des Innern stellte am 20. April ausdrücklich klar, daß »die Polizeibehörden von sich aus keine weiteren Beschränkungen der persönlichen Freiheit vornehmen« durften.⁸⁸ Die Anordnung der Schutzhaft erforderte eine ministerielle Verfügung, die freilich oft nachträglich erging, weil sich die Polizei auf »Gefahr im Verzuge« berief. Noch am 3. November 1933 pochte das Weimarer Ministerium auf seine Zuständigkeit⁸⁹, um allerdings am 28. Dezember 1933 darauf zugunsten des Geheimen Staatspolizeiamtes in Weimar zu verzichten.⁹⁰ Seitdem entschied nur die Gestapo über die Schutzhaft, die ohnehin dazu eine einheitliche Regelung in ganz Deutschland anstrebte. In Preußen hob das Gesetz vom 30. November 1933 die bis dahin formell noch bestehende Unterordnung der Gestapo unter das Innenministerium auf und unterstellte sie dem Ministerpräsidenten.⁹¹ Neu geschaffen wurde dabei die Funktion des Inspektors der Geheimen Staatspolizei.⁹² Als das preußische Innenministerium am 2. Januar 1934 noch einen Schutzhafterlaß verabschiedete, verbat sich das der Gestapochef Diels als unzulässigen Eingriff in seine Kompetenzen: »Die Handhabung der Schutzhaftbestimmungen ... gehört zu den Aufgaben der Politischen Polizei. Nach § 3 des Preußischen Gesetzes über die Geheime Staatspolizei vom 30. November 1933 sind die bisher von dem Ministerium des Innern wahrgenommenen Geschäfte der Politischen Polizei auf das Geheime Staatspolizeiamt übergegangen.«⁹³

Ähnlich verlief die Entwicklung in Sachsen. Die Schutzhaftzentrale wurde am 8. März 1934 aufgelöst und ihre Kompetenz dem Geheimen Staatspolizeiamt übertragen.⁹⁴ Damit war im Frühjahr 1934 im gesamten Reichsgebiet die Gestapo befugt, Schutzhaft zu verhängen. Allerdings blieb nach wie vor ungeregelt, wann das geschehen sollte. Soweit sich überhaupt einzelne Anordnungen oder Kommentare dazu äußerten, ließ man es bei verschwommenen Generalklauseln bewenden

oder nannte allenfalls eventuelle Ausschußgründe.⁹⁵ Eindeutig war nur, daß der Anwendungsbereich der Verordnung vom 28. Februar 1933 mehr und mehr ausgeweitet wurde. Bereits am 6. Mai 1933 hatte Preußens Justizminister Hanns Kerrl — auch in der Diktion aufschlußreich — angewiesen, Antifaschisten in Schutzhaft zu nehmen, die mangels Tatverdacht aus der Untersuchungshaft entlassen wurden. Er ersuchte die »Justizbehörden ... sich rechtzeitig zuvor mit der zuständigen Polizeibehörde in Verbindung zu setzen und ihr unter Mitteilung, daß die Entlassung des Gefangenen aus der Untersuchungshaft bevorstehe, Gelegenheit zu einer Prüfung zu geben, ob gegen den Beschuldigten Schutzhaft zu verhängen sein wird. Fehlt es hierzu an Zeit, so wird auch in Erwägung zu ziehen sein, ob der Beschuldigte nach Beendigung der Untersuchungshaft der Polizeibehörde unmittelbar zuzuführen sein wird.«⁹⁶ Diese Forderung dürfte bis dahin als einmalig zu betrachten sein, da es den Richter zum Zutreiber der Gestapo degradierte. In Thüringen mischte sich das Innenministerium am 17. November 1933 in die richterliche Zuständigkeit ein und wies an, daß »bei politischen Straftaten (Verbreitung von illegalen Druckschriften, Verächtlichmachung der Regierung, Angriffe gegen den nationalen Staat, auch bei Hoch- und Landesverratsverfahren) nicht mehr in erster Linie die Überführung von festgenommenen Personen in Untersuchungshaft, sondern ihre Unterbringung in dem Konzentrationslager« zu erfolgen habe.⁹⁷

Eine weitere Ausuferung erfuhr die Verordnung vom 28. Februar 1933 durch Görings geheimen Schnellbrief vom 13. November 1933 mit dem er die unverzügliche Einführung der »vorbeugenden Polizeihaft gegen Berufs-

95 Nur in Thüringen gab es den Versuch einer Legaldefinition. Die Rundverfügung des Innenministeriums v. 3. 11. 1933 sah die Schutzhaft vor bei: »Zu widerhandlungen gegen Anordnungen und Gesetze zur Durchführung der nationalsozialistischen Erhebung oder zur Befestigung des ... Staates, ... so bei Zuwiderhandlungen gegen Vereinsverbote, Verteilung illegaler Flugblätter, Verächtlichmachung oder Beleidigung von Regierungsmitgliedern oder des Staates überhaupt, bei kommunistischen oder marxistischen Kundgebungen usw.« (StA Meiningen, Kreisamt Meiningen, Nr. 3856, Bl. 218f.) Der preußische Erlass v. 23. 4. 1933 bezeichnete »Korruptionsverdacht« als nicht schutzhaftbegründend. (ZStA Potsdam, Reichsministerium des

Innern, Nr. 25721, Bl. 48). Am 19. 9. 1933 wandte sich das preußische Innenministerium gegen die Praxis, Entmündigte, Rauschgiftsüchtige und Wohlfahrtsempfänger in die KZ zu bringen, um »die Gemeindefinanz zu entlasten«. Zugleich betonte man die Häufung von Fällen, in denen Schutzhaft wegen Beleidigung angeordnet wurde. (StA Magdeburg, Rep. C 30, Quedlinburg, Nr. 160, S. 166). Schließlich bemerkte Lüdtkke, Schutzhaft »dürfte« nicht zulässig sein, »wenn eine leitende Persönlichkeit ... mit Blicken oder gar mit haßerfüllten Blicken ... angesehen wird.« (Lüdtkke, S. 2241). 96 ZPA, PSt 3/271. 97 StA Weimar, Kreisamt Schleiz, Nr. 313, Bd. 8, Bl. 152.

87 Kühnrich, S. 31.

88 *GesS. für Thüringen*, 1933, S. 29.

89 StA Meiningen, Kreisamt Meiningen, Nr. 3856, Bl. 182.

90 Ebenda, Bl. 218.

91 *GesS.* 1933, S. 413.

92 Ab 20. 4. 1934 Himmler, während Heydrich zwei Tage später Chef der preußischen Gestapo wurde.

93 StA Weimar, Landratsamt Ranis, Nr. 190, Bl. 95f.

94 ZPA, St 3/749.

Abschrift.

Der Reichsminister des Innern.- Berlin NW 40, den 12./26. April 1934.

I 3311 A/28.2./17.4.

An a) die Landesregierungen
(für Preußen: an den Herrn Ministerpräsidenten
und den Herrn Minister des Innern.)

b) die Herren Reichsstatthalter

Betrifft: Schutzhaft.

Zur Abwehr der durch den Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 angekündigten staats- und volksfeindlichen Umsturzbestrebungen hat die Reichsregierung durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 die staatsbürgerlichen Garantien der Weimarer Verfassung, darunter das Recht der Freiheit der Person zeitweilig aufgehoben.

Die Länder wurden damit ermächtigt, nötigenfalls auch Schutzhaft zu verhängen.

Inzwischen ist diese Maßnahme vielfach auch in Fällen angewendet worden, für die sie die Verordnung zweifellos nicht vorgesehen hat.

Da die Zeit für die völlige Beseitigung der Schutzhaft noch nicht reif ist, sehe ich mich zur Abstellung von Mißbräuchen veranlaßt, über die Verlängerung und Vollstreckung von Schutzhaft folgende Anordnungen zu treffen, um deren genaueste Beachtung ich ergebenst ersuche:

I.

Zuständigkeit

(1) für die Verhängung der Schutzhaft sind ausschließlich zuständig

a)

verbrecher« anordnete.⁹⁸ Deren Einlieferung in die Konzentrationslager bezeichneten NS-Juristen wiederholt als politische Maßnahme.⁹⁹ In der Tat beinhaltete sie eine Gleichstellung der politischen Gefangenen mit tatsächlich oder auch nur vermeintlich kriminell gefährdeten Personen.

Schutzhafterlaß vom 12./26. April 1934

Die ständig zunehmende Vereinheitlichung der Schutzhaftpraxis in den Ländern während des Jahres 1933 führte schließlich zu dem ersten grundlegenden Erlaß mit Geltung für das gesamte Reichsgebiet vom 12. April 1934. Da er am 26. April eine Korrektur erfuhr, wurde er allgemein mit beiden Daten genannt. Der Erlaß stellte eine einheitliche, vom Reichsminister des Innern erlassene Schutzhaftrichtlinie dar. Bemerkenswert ist, daß auch sie noch davon ausging, die Verordnung vom 28. Februar 1933 beinhalte eine »zeitweilige« Aufhebung der in der Weimarer Verfassung verankerten Grundrechte, namentlich des Rechts der Freiheit der Person. Der Frick-Erlaß betrachtete diese Verordnung noch als Ausnahmerecht für Ausnahmezeiten. Das machte seine Präambel optisch deutlich: »Da die Zeit für die völlige Beseitigung der Schutzhaft noch nicht reif ist, sehe ich mich zur Abstellung von Mißbräuchen veranlaßt, über die Verhängung und Vollstreckung von Schutzhaft folgende Anordnungen zu treffen, um deren genaueste Beachtung ich ergebenst ersuche«¹⁰⁰. Dieser demagogischen Einleitung, die den Eindruck erwecken sollte, die Rechtsstellung der Schutzhaftgefangenen werde verbessert, folgte die Zuständigkeitsregelung. In Preußen waren zur Anordnung der Schutzhaft das Geheime Staatspolizeiamt, der Oberpräsident, die Regierungspräsidenten, der Polizeipräsident in Berlin und die Staatspolizeistellen zuständig. In den anderen Ländern oblag das den entsprechenden, von den Landesregierungen zu bestimmenden Behörden. Diese Umschreibung verhüllte, daß es sich dabei um die Gestapo handelte. Inschutzhaftnahmen durch Stellen der Partei, der SA und SS¹⁰¹ wurden ausdrücklich untersagt. Sie konnten

lediglich den Behörden Anregungen übermitteln. Eine Sonderregelung gab es für die Reichsstatthalter, die das Recht erhielten, Ersuchen an die zuständige Oberste Landesbehörde zu richten. Sollte diese der Anregung nicht entsprechen¹⁰², konnte der Ersuchende darauf bestehen und die Landesbehörde mußte dem Verlangen entsprechen.

Mit dem Erlaß vom 12./26. April 1934 wurde der Schutzhaftbefehl¹⁰³ im gesamten Reichsgebiet eingeführt. Er sollte dem Häftling innerhalb 24 Stunden nach der Festnahme gegen Unterschrift »behündigt« werden. Schließlich äußerte sich der Reichsinnenminister zur Zulässigkeit, Vollstreckung und Dauer der Schutzhaft. Sie sei in Gefangenenanstalten oder Konzentrationslagern so lange zu vollstrecken, »als ihr Zweck erfordert(e)«. Die Zulässigkeit sei danach gegeben, »a) zum eigenen Schutze des Häftlings, b) wenn der Häftling durch sein Verhalten, insbesondere durch staatsfeindliche Betätigung die öffentliche Sicherheit und Ordnung unmittelbar gefährdet(e)«.

Frick hielt dabei den Hinweis für geboten, daß Personen, die »lediglich von einem ihnen nach bürgerlichem oder öffentlichen Recht zustehenden Anspruch (z. B. Anzeige, Klage, Beschwerde)« Gebrauch machten, nicht zu inhaftieren seien. Das gelte auch für Rechtsanwälte, die Interessen ihrer Klienten vertreten hätten. Schließlich wurde darauf verwiesen, daß die Schutzhaft nicht wegen persönlicher Angelegenheiten (Beleidigungen) oder wegen irgendwelcher wirtschaftlicher Maßnahmen (Lohnfragen, Kündigungen) zu verhängen sei.¹⁰⁴ Letztlich bestimmte der Erlaß wohl vor allem im Hinblick auf diplomatische Proteste und auf die bevorstehenden Olympischen Spiele in Berlin und Kiel, Ausländer tunlichst nicht mehr in Schutzhaft zu nehmen, sondern gegen sie Ausweisungsverfahren durchzuführen.

Insgesamt wurde am 12./26. April 1934 die Rechtlosigkeit der Schutzhäftlinge festgeschrieben. Ihnen stand weder gegen die Anordnung dieser Haft noch gegen die Art ihrer Vollstreckung ein Beschwerderecht zu. Sie waren auf Gedeih und Verderb jenem Unterdrückungssystem ausgeliefert, das sie aller Grundrechte beraubte.

98 StA Weimar, Landratsamt Ranis, Nr. 190, Bl. 18f. — Auch die vorbeugende Polizeihaft durfte gegen Personen verhängt werden, denen eine Straftat nicht einmal vorgeworfen wurde. Es reichte der Verdacht, daß sie »nein auf Mord, Raub, Einbruchsdiebstahl oder Brandstiftung abzielenden verbrecherischen Willen durch Handlungen offenbaren, welche die Voraus-

setzungen eines bestimmten strafbaren Tatbestandes noch nicht erfüllen.« Das konnten auch Wirtshausprahlereien sein. 99 Tesmer, S. 136; Geigenmüller, S. 36.

100 ZStA Potsdam, Film 716.

101 Da man die SS ursprünglich vergaß, wurde der Erlaß insoweit am 10. 7. 1934 ergänzt (ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 6665, Bl. 212).

102 Daß es Auseinandersetzungen über die Rechte der Reichsstatthalter gab, bewies der Fall von Prof. Gerhard Keßler, Universität Leipzig. Das Reichsinnenministerium sah sich am 5. 8. 1933 veranlaßt zu rügen, daß Gauleiter Mutschmann in Leipzig Keßlers Verhaftung wegen eines Zeitungsartikels in der »Neuen Leipziger Zeitung« unter Umgehung der Landesbehörden verlangt hatte (ZStA Potsdam, Film 19603).

103 Bayern sah einen schriftlichen Schutzhaftbefehl bereits seit dem 22. 3. 1933 vor (Dok-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 8, unfol.).

104 ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 6665, Bl. 161ff.; *Akten der Reichskanzlei*, Bd. 2: 12. September 1933 bis 27. August 1934, S. 1236, Anm. 6.

Verhaftungen von Februar bis April 1933

Die meisten Verfolgungen gab es in Preußen. Das ließen selbst die lückenhaften Berichte aus den 34 preußischen Regierungsbezirken erkennen. Es fehlten unter ihnen gänzlich solche wichtigen Gebiete wie Berlin und Merseburg oder teilweise Arnberg, Frankfurt/Oder und Magdeburg mit einer starken Arbeiterschaft oder Städte wie Dortmund und Stettin sowie generell der erste Tag der Festnahmewelle.¹ Außerdem enthielten einige Rapporte keine konkreten Zahlen, sondern besagten einfach: alle Kommunisten eingesperrt.

Tabelle 1

Verhaftungen in Preußen, 1. März bis 30. April 1933

Zeitraum	Meldende Regierungsbezirke	Anzahl der Inhaftierten
1. – 15. März	27	7099
16. – 31. März	20	3669
1. – 15. April	22	3009
16. – 30. April	23	2464

Darunter: Verhaftete in einigen preußischen Regierungsbezirken, 1. März bis 30. April 1933

Regierungs- bezirk	1. – 15. 3.	16. – 31. 3.	1. – 15. 4.	16. – 30. 4.
Aachen	299	70	66	56
Arnberg +	751	226	442	—
Breslau	400	90	200	187
Düsseldorf	1500	783	832	705
Erfurt	315	160	75	118
Hannover	244	46	33	21
Kassel	133	434	65	78
Köln	982	117	157	141
Münster	287	—	11	14
Oppeln	364	269	119	33
Potsdam	487	460	463	597
Schleswig ++	382	438	280	216

+ Dazu gehörten u. a. die Kreise Bochum, Dortmund und Hamm, die nicht berichteten, Ennepe-Ruhr und Iserlohn.

++ Dazu gehörte u. a. Altona.

Quelle: ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 18, Bl. 2ff., 152v., 223v., 281v.

Für Berlin vermerkten Meldungen zwischen dem 3. und 31. März, wobei nicht nur der erste Tag der Verhaftungswelle, sondern drei weitere fehlten, 2031 und zwei-

1 Die Anzahl der allein in Berlin in der Nacht des 27./28. 2. 1933 Verhafteten wurde auf 1500 geschätzt (Margot Pikarski, Ge-

schichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Berlin 1978, S. 30)

schen 1. April und 2. Mai mit einem fehlenden Tag 1216 Verhaftete durch die Politische Polizei. Demnach wurden die Festnahmen durch die Hilfspolizei nicht registriert.²

Nach einer undatierten und ungezeichneten Notiz des Ministeriums des Innern befanden sich allein in Preußen im März ständig 15000 Personen in Schutzhaft.³ Der Gestapo-Chef Diels schätzte nach dem Krieg die Zahl der Freiheitsberaubungen in Preußen bis April 1933 auf rund 30000.⁴

In Sachsen und Thüringen begann gleichfalls unmittelbar nach dem Reichstagsbrand die Jagd auf Kommunisten und weitere Antifaschisten. Das Landeskriminalamt Dresden meldete 8976 bis 13. April in Schutzhaft genommene Personen⁵, die Weimarer Zeitung »Der Nationalsozialist« am 3. März, daß 400 KPD-Funktionäre festgenommen wären. Am 11. März nannte das thüringische Innenministerium dem Reichsministerium des Innern etwa 600 verhaftete kommunistische Funktionäre.⁶

In Bayern befahl der am 9. März neueingesetzte Innenminister, der Gauleiter Adolf Wagner, sämtliche kommunistischen Funktionäre und sozialdemokratischen Reichsbannerführer zu ergreifen. Während der Ministerratssitzung am 7. April teilte er mit, die Zahl der Schutzhäftlinge hätte am 1. April 5000 betragen; sie werde demnächst auf 6000 bis 7000 steigen.⁷ Wie die »Münchener Zeitung« am 19. April meldete, waren bis zum 13. des Monats etwa 5400 Personen in Bayern in Schutzhaft.

In Württemberg hatte man zunächst zwischen dem 10. und 15. März etwa 1700 kommunistische und sozial-

2 Laurenz Demps, Der Übergang der Abteilung I (Politische Polizei) des Berliner Polizeipräsidiums in das Geheime Staatspolizeiamt (1933/34), Phil. Diss. B, Humboldt-Universität Berlin, 1982, S. 157.

3 ZStA Potsdam, Film 14929.

4 Diels, S. 346.

5 StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 3.

6 Bundesarchiv Koblenz (im folgenden: BA Koblenz).

7 StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 3. Die Frankfurter Zeitung v. 23. 3. 1933 nannte 1000 in Thüringen verhaftete KPD-Funktionäre. Aus

den Verpflegungskosten für Schutzhäftlinge vom 28. 2. bis 31. 3. 1933 in Höhe von 22246 RM, die das thüringische Wirtschaftsamt der staatlichen Polizei berechnete, ergab sich bei einem Tagessatz von 1,20 RM eine durchschnittliche Gefangenenzahl von 580 im März, bei 3970 RM für April eine Durchschnittszahl von 110 Häftlingen (StA Weimar, Thür. Ministerium des Innern, Nr. P 21, Bl. 11).

7 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (im folgenden: Bay HStA), MA 106 299, Bl. 451f.

demokratische Funktionäre verhaftet.⁸ Die Zahl erhöhte sich, wie der »Bayerische Kurier« am 21. April schrieb, auf 3000. Im Stadtstaat Bremen betrug am 1. Mai die Zahl der eingesperrten Funktionäre der KPD und SPD über 300. In Hamburg waren bis Ende April 1315 Antifaschisten festgenommen worden.⁹

Die vorsichtigen Berechnungen für Preußen und die genannten Zahlen aus anderen deutschen Landesteilen ergaben bis April 1933 zusammen 46500 bis 48500 verhaftete Antifaschisten. Da jedoch die Länder Anhalt, Baden, Braunschweig, Hessen, Lippe-Detmold, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin und -Strehlitz, Oldenburg und Schaumburg-Lippe fehlen, dürfte von der Schätzung des Reichsinnenministeriums vom 19. April, es gebe 40000 bis 50000 politische Häftlinge¹⁰, die höhere Zahl wohl noch übertroffen worden sein.

8 ZPA, St 10/138, Bd. 22a.

9 *Antifaschistischer Widerstand 1933–1945* in Bremen, Bremen 1974, S. 46; *Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Ham-*

burg 1933, hg. von Henning Timpke, Frankfurt/M. 1964, S. 266, Dok. 61.

10 Weißbecker, S. 175.

Ausländische Zeitungen kamen ohne offizielle Quellen schon in ihren ersten Berichten über die Verhaftungen zu recht genauen Zahlen. In der niederländischen Presse rechnete man bis zum 11. März mit 11000, »Le Travail«, Genf, bis 15. März mit 18000 Schutzhäftlingen.¹¹ Das Organ der Kommunistischen Internationale, die »Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung«, nannte Anfang April eine Zahl von über 30000 politischen Gefangenen in Deutschland und schätzte sie dann Ende April auf 50000.¹² Auch die Annahme, »daß mindestens 30 Lager bis Anfang April vorhanden waren«¹³, traf die Realität. Die Zahl der Konzentrationslager, die 1933/34 kürzere oder längere Zeit existierten, erhöhte sich bald auf mehr als das Doppelte, unberücksichtigt die sonstigen Folterstätten und Schutzhaftabteilungen in Polizeigefängnissen und Strafanstalten.

11 *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung* v. 18. 3. 1933, 25. 3. 1933.

12 Ebenda, v. 7. 4. 1933, 2. 6. 1933.

13 Willi Münzenberg, 30 bis 35 Konzentrationslager in Deutschland mit über 30000 Gefangenen, in: *Unsere Zeit*, Basel H. 8 v. 15. 4. 1933, S. 58f.

Folterstätten März/April 1933

Zum Teil noch vor Konzentrationslagern, zum Teil gleichzeitig mit ihnen entstanden Folterstätten, in denen SA-Leute Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterbewegung und andere Antifaschisten schrecklich drangsalieren.

Einige der berühmtesten Berliner Folterhöhlen befanden sich in der Hedemannstraße 5, dem Sitz der Untergruppe Ost der Berliner SA, und in der Hedemannstraße 31 bzw. Friedrichstraße 234, bis Ende März 1933 Domizil der Führung der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg. Hierher hatten die braunen Büttel schon vor dem 30. Januar Opfer verschleppt, beispielsweise in die Hedemannstraße 5 den Sozialdemokraten Erich Böhm aus Berlin-Britz. Die SA-Leute schlugen ihre Opfer ins Gesicht und zwangen sie, sich über Stühle zu legen, um sie zu mißhandeln. Ohne Essen zu erhalten, mußten die Gefangenen immer gewärtig sein, erneut ins »Verhörzimmer« geholt zu werden. Nach dem Reichstagsbrand erhöhte sich die Zahl der Häftlinge in dieser Prügelstätte ebenso wie die Brutalität der Schlägertruppe. Die Schergen feuerten Schüsse auf die Gefangenen ab und quälten sie bis aufs Blut, oft bis zur Bewußtlosigkeit. Ließen sie ihre Opfer schließlich frei, verlangten sie von ihnen die schriftliche Bestätigung, daß sie keine gesundheitlichen Schäden davongetragen hätten, obwohl die meisten der Entlassenen sofort in ärztliche Behandlung oder in Krankenhäuser mußten.

Nach zeitgenössischen Berichten befanden sich in diesen Folterstätten im März rund 200 SA-Leute. Sie stürzten sich auf ungefähr 300 Verhaftete, die sie nach den Mißhandlungen in den feuchten Keller und in einen Pferdestall warfen. Gestapo-Chef Diels schilderte den Zustand der Häftlinge in der Hedemannstraße: »Die Opfer, die wir vorfanden, waren dem Hungertode nahe. Sie waren tagelang stehend in enge Schränke gesperrt worden, um ihnen »Geständnisse« zu erpressen. Die »Vernehmungen« hatten mit Prügeln begonnen und geendet; dabei hatte ein Dutzend Kerle in Abständen von Stunden mit Eisenstäben, Gummiknüppeln und Peitschen auf die Opfer eingedroschen. Eingeschlagene Zähne und gebrochene Knochen legten von den Torturen Zeugnis ab. Als wir eintraten, lagen diese lebenden Skelette reihenweise mit eiternden Wunden auf dem faulenden Stroh. Es gab keinen, dessen Körper nicht vom Kopf bis zu den Füßen die blauen, gelben und grünen Merkmale der unmenschlichen Prügel an sich trug. Bei vielen waren die Augen zugeschwollen, und unter den Nasenlöchern klebten Krusten geronnenen

Blutes.« Doch verschwieg Diels den konkreten Anlaß, warum er mit Polizisten am 29. März in die Folterstätte eindrang. Um den 25. März hatten SA-Hilfspolizisten sogar vor der Berliner Börse Personen verhaftet und in die Hedemannstraße verschleppt. Gegen diesen Eingriff in finanzkapitalistische Interessen erfolgte der Einsatz der Polizei. Diese ließ jedoch nur die vor der Börse Festgenommenen frei, während sie die übrigen Häftlinge in die Marterhöhle in der Friesenstraße überführte. Nach dem Umzug des SA-Gruppenstabes von der Hedemannstraße in die Voßstraße 18 setzten sich dort ab 1. April die Schindereien fort.¹

In der Berliner Friedrichstraße 178 fand ab 22. Februar die sogenannte Hilfspolizei in anfänglicher Stärke von 200 Mann in einem Lagerhaus Quartier. Nach NS-Berichten verschleppte sie an ihrem ersten Einsatztag, dem 28. Februar, rund 100 politische Häftlinge dorthin. Die nunmehr Feldpolizei genannte Truppe verlegte man am 5. März in ein Männerheim in der Greifswalder Straße 13, und nach einer Woche in die ehemalige Kaserne eines Eisenbahn-Regiments in der General-Pape-Straße. Hier setzte sie ihre bestialischen Marterungen fort. Beispielsweise wurden 32 am 29. März verhaftete Angestellte von zwei Arbeitsämtern in die Feldpolizeikaserne geschleppt. Drei erhielten je 60 Peitschenhiebe, die anderen je 20 auf den entkleideten Körper, ausgenommen eine Frau. Fast allen, auch dem weiblichen Häftling, wurden die Haare abgeschnitten, wofür sie noch je eine Reichsmark zahlen mußten. 31 Gefangene kamen in der Nacht frei, einer, dem die Nase eingeschlagen worden war, blieb weiter in Haft.

Die Folterknechte verschonten selbst ausländische Staatsbürger nicht. So hieß es in der Intervention der polnischen Gesandtschaft vom 5. April über die Mißhandlung eines Polen: »Man schlug ihn mit den Fäusten auf den Kopf und mit Gummiknüppeln auf den ganzen Körper. Dann legte man ihn mit Gewalt über eine Bank, wobei ein SA-Mann sich auf den Kopf setzte, und zwei SA-Männer sich auf die Beine setzten. Zwei daneben stehende SA-Männer ... schlugen auf Gefier (den polnischen Staatsbürger — d. Verf.) dann mit Gummiknüppeln ein.«

1 *Welt der Arbeit* v. 10. 2. 1983; Braumbach ..., S. 201f. u. 215; Theodor Balk (d. i. Fjodor Dragutin), Ein Gespenst geht um ..., Paris 1933, S. 6ff.; ZStA Potsdam, Reichsministerium des

Inneren, Nr. 25909/1, Bl. 268; ZPA, St 10/138/13; Diels, S. 254f.; Demps, Der Übergang ..., S. 108; Gegen Imperialismus ..., S. 68f. (Beitrag von Demps).

Noch im Herbst 1933 geschahen im Keller und in der Turnhalle der Kaserne in der General-Pape-Straße Mißhandlungen, wobei die Opfer analog den Praktiken feudaler Armeen auf einen Prügelbock geworfen und die Beine mit Lederriemen festgeschnallt wurden. »Die Verhörskala ist nach Windstärken eingeteilt«, erinnerte sich ein Betroffener. »Begonnen wird mit Windstärke fünf, von Verhör zu Verhör wird die Windstärke gesteigert. Nach Sturm kann sich keiner mehr auf den Beinen halten. Er muß in den Bunker geschleift werden. Orkan bedeutet das Ende.«²

In der Kaserne Friesenstraße unterhielt die Polizeiteilung z. b. V. des Polizeimajors Walter Wecke eine größere Folterstätte. Dorthin verschleppte sie in den ersten Märztagen Dutzende. Mit Ohrfeigen empfangen, mußten sie unter Fausthieben, Stößen mit Gewehrkolben und Knüttelschlägen in den 2. Stock hinaufrennen. Dann jagte man sie wieder herunter, wobei auf dem Kasernenhof Polizisten und SA-Leute sie weiter quälten. Eine Gruppe von 60 Verhafteten wurde schließlich in das Polizeipräsidium am Alexanderplatz gebracht und von dort zu Fuß in die Friedrichstraße 234 getrieben, wo sie weiter mißhandelt wurde.³

In Berlin – in der Mehrzahl in den Arbeiterbezirken – existierten mindestens 105 Folterhöhlen, d. h. in Charlottenburg in der Kant- und in der Rosinenstraße, in Friedrichshain die SA-Lokale in der Eldenaer Straße, der Maddeystraße, der Kleinen Andreasstraße, der Lichtenberger und der Petersburger Straße, in Köpenick das Sturmlokal in der Elisabethstraße, in Kreuzberg die Folterstätten in der Prinzenstraße, in Mitte in der Dragoner-, der Juden- und der Parochialstraße, der Kastanienallee und der Novalisstraße, in Lichtenberg in der Pfarrstraße, in Moabit in der SA-Unterkunft im Universum-Landesausstellungspark (Ulap), in Neukölln in der Rudower Straße, in Niederschönhausen in einer SA-Kaserne, im Prenzlauer Berg die Prügelstätten in der Malmöer, der Wichert- und der Winsstraße sowie im Wasserturm Belforter Straße unter dem SA-Sturmführer Pfordte, in Spandau in der Wilhelmstraße ab 3. März mit besonderer Brutalität, im Wedding in der Genter, der Liebenwalder Straße, der Prinzenallee und der Utrechter Straße, in Zehlendorf in der SA-Kaserne Unter den Eichen.

In dem Köpenicker Lokal Demuth (Elisabethstraße) mißhandelten SA-Leute KPD-Funktionäre und zerschlugen der SPD-Bezirksverordneten Maria Jankowski in der Nacht vom 20. zum 21. März mit viermal 20 Schlägen das Gesäß. Ab 21. Juni erlangte diese Prügelstätte wie das Jägerheim, das Lokal Seidler, verschiedene

Sportheime und Bootshäuser sowie das Amtsgerichtsgebäude während der sogenannten Köpenicker Blutwoche einen noch viel grausigeren Ruf. SA-Leute verhafteten etwa 500 Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Antifaschisten und schleppten sie dorthin. Wie in den ersten Konzentrationslagern teilten sie ihre Opfer in drei Gruppen ein und richteten die meisten schrecklich zu. Sie ermordeten mindestens 21 von ihnen.⁴

Ebenso entstanden in anderen preußischen Gebieten Folterhöhlen, so in Bochum in den Stadtteilen Gerthe (im sogenannten Blutkeller der Hegel-Schule wurden sechs Menschen ermordet), Hordel, Langendreer, Linden und Riemke. Aus dem früheren Stahlhelmheim in der Zeche »Gibraltar« (Bochum-Striepen) berichtete ein Häftling: »Wir waren damals in einem großen Raum zusammengepfercht wie Vieh. Die SA folterte uns, einmal ließ ein SA-Mann einen Bleistift fallen, und ich sollte ihn aufheben. Als ich den Kopf durch das Schalterfenster neben der Tür steckte, um nachzusehen, wo der Bleistift lag, schob er das Fenster herunter, und mein Kopf war eingeklemmt. Dann rief er »25«, ich bekam 25 Schläge mit einem Stock auf den Rücken und das Gesäß.« In Düsseldorf befanden sich Marterstätten im Bankhaus Trinkhaus in der Königsallee, wo SS-Leute hausten, und in der Bismarckstraße, in Essen in den Stadtteilen Altenessen, Borbeck, wo ein Kommunist angeblich Selbstmord beging, Kray, Rüttenscheid und Segeroth, weiter in der stillgelegten Zeche »Herkules«. In diesem Gebäude, das schon Anfang 1933 von dem Unternehmen einem SS-Sturm übergeben worden, wurden Häftlinge über einen Tisch geworfen und mit Gummischläuchen und Fahrradketten geschlagen. Die Gefolterten lagen danach in Garagen und Keller, wo sich ständig etwa 40 Gefangene befanden. Deshalb bezeichnete man die Zeche als »Mördergrube« oder »Teufelsinsel«. Von dort kamen die Häftlinge in Gefängnisse wie den Haumannshof in Essen oder in die Moorlager.⁵

4 Kurt Werner/Karl Heinz Biernat, Die Köpenicker Blutwoche 1933, Berlin 1960, S. 12f. u.

94ff.; Pikarski, S. 45f.; Laurenz Demps, Konzentrationslager in Berlin 1933 bis 1945, in: *Jahrbuch des Märkischen Museums*, Berlin 1977, S. 16f.; Helmut Bräutigam/Oliver C. Glied, Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin I. Die »wildern« Konzentrationslager und Folterkeller 1933/34, in: *Berlin-Forssungen II*, hg. von Wolfgang Ribbe, Berlin 1987, S. 155ff., mit rund 150 Stätten; Oliver C. Glied, Die Spandauer SA 1926 bis 1933. Eine Studie zur nationalsozialistischen Gewalt in einem Berliner Bezirk, in: *Ebenda*, III, Berlin 1988, S. 152ff. – Wie das Landgericht Berlin in seinem Urteil vom 19. 7. 1950 in der Strafsache

gegen Friedrich Plönzke u. a. darlegte, verlangte der SA-Standardtenarzt Erwin Villain von den zivilen Ärzten, die den Tod der Opfer feststellten, falsche Angaben über die Todesursache in die Totenscheine einzutragen (Archiv des Generalstaatsanwaltes der DDR, LG Berlin, 4. Gr. Strafkammer, [4] 35 PKLs 32. 50 [44. 50]).

5 Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Bochum 1930 bis 1933, Bochum 1933, S. 43f. u. 47; Die Tat v. 26. 2. 1982; Anneli Lessing-Terstegen/Birgit Martin/Wolfgang Riedemann, Faschismus und Widerstand in Düsseldorf, Düsseldorf 1980, S. 47; Brief von Willi Rattai an d. Verf. v. 4. 5. 1982; Deutsche Freiheit v. 4. 10. 1933; Pariser Tage-

2 J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München/Berlin 1937, S. 267ff.; GStA Berlin, Rep. 92, Nr. 65, unfol.; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25909/1, Bl. 415;

Willy Sägebrecht, Nicht Amboss, sondern Hammer sein. Erinnerungen, Berlin 1968, S. 209f.; Karl Mundstock, Meine tausend Jahre Jugend, Halle/Leipzig 1981, S. 198.

3 Balk, S. 4f.

In Kassel gab es zwei Marterhöhlen: in den »Bürgersälen« des Rathauses, wo sich unter anderem der Rechtsanwalt Roland Freisler (später Präsident des Volkgerichtshofes) an den Schindereien beteiligte, und im Wassersporthaus, wo die Gefangenen nach Mißhandlungen in die Fulda gestoßen wurden. In Frankfurt am Main warfen die Nazis ihre Gefangenen in die Besserungsanstalt für Jugendliche in der Ginsheimer Landstraße, in das SA-Lokal in der Mörfelder Landstraße, in die Freimaurerloge am Mozartplatz und in die Klingerschule am Hermesweg. Dort mußte u. a. der Kommunist Wilhelm Höhn bis zum Bauch im Wasser stehen.⁶

In Senftenberg verbrachte man Häftlinge in eine Schulturnhalle, in Stettin in die Kellerräume der SPD-Zeitung »Der Volksbote«.⁷

In Sachsen entstanden gleichfalls viele Folterstätten, vor allem im erzgebirgischen und vogtländischen Raum, darunter in Annaberg (»Schützenhaus«), Aue (Polizeikaserne), Bad Schandau (Rathaus), Ehrenfriedersdorf, Gelenau und Groitzsch (jeweils Turnerheime), Hormersdorf (Gemeindeamt), Klingenthal (Keller des Rathauses), Limbach/Sa. (»Hotel Hirsch«), Löbnitz (Polizeiwache), Planitz (Volkshaus), Pockau (»Zur Turnhalle«), Radeberg (Sportplatz), Rödlitz und Thalheim (jeweils Rathaus). In Chemnitz befanden sich Schutzhäftlinge von Anfang März bis zum 18. Juni auf den Sportplätzen Yorck- und Zeisigwaldstraße in der Gewalt des SA-Sturms 2/14, außerdem in der Stabswache der SA im Restaurant »Hansa-Haus«. Aus Wittgensdorf verschleppte die SA im März Arbeiter in einen nahegelegten Wald und quälte sie dort sadistisch. Das SA-Rollkommando Marienberg überfiel im März und April unter Leitung der Chemnitzer Polizeibeamten Erich

Obst und Hans Sachse politische Gegner in Marienberg, Lauterbach, Drebach, Großolbersdorf, Großrückerswalde, Kühnhaide und Rittersberg. Der am 20. April im »Erbgericht« Drebach gefolterte Arbeiter Kurt Körbitz erlag sieben Tage später seinen Verletzungen. In Löbau mißhandelten braune Büttel Schutzhäftlinge (Gesamtzahl im Mai: 176) unter anderem im Keller und der Dunkelkammer der »Volkszeitung«. Ein Häftling fiel dort am 20. März unter den Schüssen der SA bei einem Fluchtversuch. In Zittau existierten in den Lokalen »Sächsischer Hof« und »Schwarzer Adler« SS-Marterhöhlen.⁸

Im bayerischen Coburg steckte man Schutzhäftlinge zunächst in die Landespolizeikaserne, das Landgerichtsgefängnis und die Jugendherberge. Als am 20. März der Erste Bürgermeister die sogenannte Alte Herberge im Rathaus zur Verfügung stellte, wurde ein Teil von ihnen dorthin gebracht. Unter Polizeiverwaltung stehend, bewachten und mißhandelten SS-Leute sie. Von dort sowie der Polizeikaserne und der Jugendherberge verbrachten man die politischen Gefangenen aus der Stadt und dem Landkreis Coburg sowie aus anderen Landkreisen nach Dachau und dem Lager Hassenberg.⁹

In Stuttgart wurden die politischen Häftlinge zunächst in eine ehemalige Reithalle geworfen, von der man sie in das KZ Heuberg verschleppte.¹⁰

In Braunschweig benutzte die Hilfspolizei das am 9. März besetzte Haus der SPD-Zeitung »Volksfreund« und das Gebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse als Folter- und Schutzhaftstätten. In ihnen spielten sich bis Sommer schreckliche Szenen ab, wobei mehrere Häftlinge erschlagen oder gezwungen wurden, aus dem Fenster zu springen. Kommandant im Krankenkassen-Gebäude war der SA-Sturmführer Gattermann. Ab 19. Juli mußten die Gefangenen der Justiz übergeben werden. Die Ermordung von zehn Arbeitern im beschlagnahmten ADGB-Heim Rieseberg hatte so nachhaltige Proteste ausgelöst, daß sich die Braunschweiger

blatt v. 6. 8. 1934; Robert Werner, Der Jungdeutsche Orden im Widerstand 1933–1945. Beiträge zur Geschichte des Jungdeutschen Ordens, Bd. 6, München 1980, S. 235ff.; Ernst Schmidt, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Frankfurt/M. 1980, S. 378.

6 Willi Belz, Die Standhaften. Über den Widerstand in Kassel 1933–1945, Ludwigsburg 1960, S. 26f.; »Nie wieder Krieg und Faschismus«. Aus der Geschichte lernen. Eine Dokumentation, hg. von der IG-Metall-Gewerkschafts-Jugend, Kassel o. J., S. 5f., 18f. u. 25; Barbara Mausbach Bromberger, Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933 bis 1945, Frankfurt/M. 1976, S. 43; Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Band 1: Hessen, hg.

von dem Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes 1933 bis 1945 und dem Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Köln 1984, S. 23.

7 Antifaschistischer Widerstandskampf in der Provinz Brandenburg. Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD in der Provinz Brandenburg 1933–1939, hg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED u. a., Potsdam 1978, T. I, S. 182; Erich Wiesner, Man nannte mich Ernst. Ein Veteran der Arbeiterjugendbewegung erzählt sein Leben, Berlin 1958, S. 191f.; Bruno Retzlaff-Kresse, Illegalität – Kerker – Exil. Erinnerungen aus dem antifaschistischen Kampf, Berlin 1980, S. 51; Neuer Vorwärts v. 27. 5. 1934.

8 Chronik des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Chemnitz-Erzgebirge – Vogtland 1933–1945, hg. von der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED, Karl-Marx-Stadt 1969, S. 40ff.; Institut für Zeitgeschichte, München (im folgenden: IfZ, München), F 92; Zum Höchsten der Menschheit. Chronik der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Dresden 1933–1945, hg. von der Bezirksleitung Dresden der SED u. a., Dresden 1980, S. 15 u. 18; Karl Vachim, Der illegale antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Kreis Löbau von 1933 bis Mai 1945, Löbau 1979,

S. 11f., 15, 30, 37, 39 u. 42; Willi Nitzsche, KZ Hainewalde, Zittau 1983, S. 3f.; Archiv des Generalstaatsanwaltes der DDR,

243 – 20 – 175.
9 Aktenuskunft des IfZ, München, v. 4. 12. 1981; Anton Großmann, Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, hg. von Martin Broszat u. Hartmut Mehlinger, München/Wien 1983, S. 469.

10 Julius Schätzle, Stationen zur Hölle. Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933–1945, Frankfurt/M. 1980, S. 16.

Machthaber gezwungen sahen, ihre Marterstätten zu schließen.¹¹

In Anhalt gab es im Dornburger Schloß eine Folterhöhle. In dessen Keller wurden Häftlinge aus den Kreisen Burg, Magdeburg, Schönebeck, Staßfurt und Zerbst von Angehörigen des SA-Sturmes 99 aus Dessau und SS-Leuten mißhandelt.¹²

Rund 60 solcher Marterstätten ragten als besonders berüchtigt aus der Unzahl jener heraus, die in fast allen großen Städten, Industriegebieten und Konzentrationspunkten der Arbeiterbewegung im Frühjahr 1933 entstanden. Bis Sommer 1933 wurden fast alle Prügelhöllen aufgelöst.

Die Folterknechte erhielten — immer noch im Hilfspolizistenstatus —, nach entsprechender Anregung seitens des Höheren Polizeiführers Ost vom 29. April bei Göring, spätestens am 29. Mai eine zusätzliche staatliche Aufwertung. Der Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Grauert, ordnete an, »in geeigneten Fällen in polizeilichem Gewahrsam befindliche Häftlinge aus eigener Entscheidung oder auf Anforderung zu diesem

Zweck (»Vernehmungen« — d. Verf.) den von den nationalen Verbänden zu benennenden, mit Hilfspolizeibeamten zu besetzenden Dienststellen zur verantwortlichen Vernehmung oder auch unter Gegenüberstellung mit anderen Beschuldigten oder Zeugen diesen kurzfristig zu belassen oder zu überstellen«. Trotz der preußischen Kanzleisprache trat der Zweck deutlich hervor: »verschärfte Vernehmung« durch rücksichtslose Schläger, die der regulären Polizei Zutreiberdienste leisteten. Grauerts Weisung wirkte über Preußen hinaus. Jedenfalls ließ der Bremer Polizeipräsident Theodor Laue am 28. Juni in den »Bremer Nachrichten« seine »Anordnung bezüglich Vernehmung marxistischer Hetzer« veröffentlichen, wonach der »Nationale Verband«, um die Politische Polizei zu unterstützen, »die Festgenommenen eingehend über ihre Straftat vorbereitend zu vernehmen« hatte.¹³

An Grauert trugen übrigens namhafte Industrielle vertrauensvoll ihre Forderungen heran. Doch ein Verlangen, den Blut- und Mordterror einzustellen, befand sich nicht darunter.¹⁴

11 Peter Aumeier, Klagges. Verbrecher im Hintergrund. Ein Prozeßbericht, o. O., o. J. (1950), S. 5ff. u. 17f.; Albrecht Lein, Braunschweiger Justiz im Nationalsozialismus: Zwischen Anpassung und »innerer Emigration«, in: *Braunschweig unterm Hakenkreuz*. Bürgertum, Justiz und Kirche — eine Vortragsreihe

und ihr Echo, hg. von Helmut Kramer, Braunschweig 1981, S. 73.

12 Kurt Meißner/Hans Bursian/Franz Kahmann, ... damit die Freiheit lebt! Zur Geschichte der KPD im Bezirk Magdeburg-Anhalt 1933 bis 1945, Magdeburg 1966, S. 19.

13 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 123, Bl. 264ff.; SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, hg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Berlin 1964, S. 72; Jörg Wollenberg, Vom Auswandererlager zum KZ. Zur Ge-

schichte des Bremer Konzentrationslagers Mißler, in: *Arbeit, T. 1: Zwangsarbeit, Rüstung, Widerstand 1931–1945*. Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, H. 5, Bremen 1982, S. 118.
14 Demps, Der Übergang ..., S. 135f.

Schutzhaft in Polizei- und Justizgefängnissen

Einen ähnlichen Platz wie die Marterstätten der SA im Frühjahr und Sommer 1933 nahmen die sogenannten Schutzhaftabteilungen in Polizeigefängnissen und Justizstrafvollzugsanstalten ein. In ihnen blieben die politischen Häftlinge längere Zeit als in den Prügelhöhlen eingesperrt.

In Berlin warfen die Faschisten die Schutzhäftlinge vor allem in das Polizeigefängnis am Alexanderplatz, aber auch in das Untersuchungsgefängnis Alt-Moabit, die Strafanstalt Plötzensee und das Polizeigefängnis Spandau. Egon Erwin Kisch sah am Alexanderplatz unter anderem Hermann Duncker, Ottomar Geschke, Felix Halle, Max Hodann, Otto Lehmann-Rußbüldt, Carl von Ossietzky, Ludwig Renn und Richard Schmincke. Kisch erlebte, wie der Berliner Polizeipräsident, der Konteradmiral a. D. Magnus von Levetzow, die Hilfspolizisten und ihre Gefangenen inspizierte. »Wo bis du verhaftet worden?« fragt er Hermann Duncker. Bevor der alte Gelehrte noch antworten kann: »Wirst du wohl die Hacken zusammenreißen, wenn ich mit dir spreche, du Saubengel!« Und schon hat er einen anderen erspäht, der ihm nicht stramm genug zu stehen scheint: »Führen Sie den Lümmel sofort in Dunkelarrest und legen Sie ihm Eisen an, daß ihm die Schwarten krachen.« Dienst-eifrig stürzen sich zwei Büttel auf Otto Lehmann-Rußbüldt, den alten Führer der Liga für Menschenrechte, und führen ihn ab.« In Spandau vernahm Kisch seit 2. März noch Schrecklicheres: »Die Luken der unterirdischen Dunkelarreste führen in den Hof hinaus. Wir hören Schreie: »Hilfe! Hilfe! Hier werden Menschen blutig geprügelt.« Es geht durch Mark und Bein, aber wir haben keine Nerven, uns diesem Aufschrei aus dem Unbekannten hinzugeben, wir hören zuviel über das Schicksal unserer Genossen, die von Hilfspolizei und SA verhaftet und bestialisch mißhandelt worden.« In Spandau lagen nach Feststellung des evangelischen Gefängnisseelsorgers im März 1933 rund 300 Schutzhäftlinge.¹

Ab der zweiten Märzhälfte wurden im damals preußischen Erfurt politische Gefangene in das Polizeigefäng-

nis auf dem Petersberg geworfen und danach meist in Konzentrationslager gesteckt.²

Tabelle 2

Zahl der Schutzhäftlinge im Polizeigefängnis Erfurt, Juni bis November 1933

Zeitpunkt	Anzahl der Schutzhäftlinge	davon in Konzentrationslager überführt
Juni	182	38
August	198	137
November	257	203

Quelle: StA Weimar, Regierung Erfurt, Nr. 10020, Bl. 117, 157 und 475.

In den westlichen preußischen Regierungsbezirken befanden sich seit März im Düsseldorfer Gerichtsgefängnis in der Ulmenstraße (»Ulmer Höh«) über 200 Schutzhäftlinge, bewacht von Polizeibeamten, Angehörigen der SA, der SS und des Stahlhelms. Etwa Mitte März räumte die Verwaltung des Zuchthauses Remscheid-Lüttringhausen einen Zellenflügel. Dorthin brachte die Polizei aus ihnen, keinen Platz mehr bietenden Kerkern mehrere hundert politische Gefangene. In der Kölner Justizhaftanstalt Klingelpütz saßen am 1. April 332 männliche und 18 weibliche Schutzhäftlinge, weitere in den Strafanstalten Anrath bei Krefeld, einem zum Abbruch bestimmten Gefängnis, in das 700 bis 1000 Personen geworfen wurden, in Kleve und Werden.³

Wegen Überfüllung des Polizeigewahrsams in Stettin regte der dortige Polizeipräsident am 3. April an, in die als Haftanstalt benutzte Festung Gollnow Schutzhäftlinge einzuweisen. Daraufhin wurden dort 100 Zellen freigemacht und am 11. April die ersten 40 Gefangenen eingeliefert, worüber die »Pommersche Zeitung« am

1 Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1980, S. 662 u. 671; *Kreszenzia Mühsam*, Der Leidensweg Erich Mühsams, Zürich/Paris 1935, S. 14; *Die Hölle von Sonnenburg*, in: *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* v. 2. 11. 1933; Egon Erwin Kisch, In

den Kasematten von Spandau, in: Ebenda, v. 25. 3. – 15. 4. 1933; Evangelisches Zentralarchiv (im folgenden: EZA) in Berlin, Evangelischer Oberkirchenrat (im folgenden: EOK), Generalia, V 72, Bd. XIII, unfol.

2 StA Weimar, Regierung Erfurt, Nr. 10020, Bl. 117ff.; ZPA, V 241/7/58.

3 Wolfgang Langhoff, Die Moorsoldaten, Berlin/Weimar 1975, S. 19ff.; Albert Mainz, Esterwegen. KZ-Lager III 1933 (MS), S. 408ff. u. 415; *In der Zelle ...*, S. 28; *Jahre in Lüttringhausen*. Endstation Wenzelnberg. Berichte von antifaschistischen Widerstands-

kämpfern, hg. von der VVN-Bund der Antifaschisten, Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1983, unpag.; Wilfried Viebahn/Walter Kuchta, Widerstand gegen die Nazidiktatur in Köln, in: *Das andere Köln*. Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution, hg. von Reinhold Billstein, Köln 1979, S. 290.

Bamberg, den 11. März 1933.

E 1 2 t !

Staatsministerium d. Justiz

Eingel. 13. MRZ 1933 Nr.

Lat. Long. = 40° 15' N. 110° 15' W.

Auf Grund der neuesten Ereignisse in Bayern sind nach meinen bisherigen Feststellungen in Schutzhaft in die Gerichtsgefängnisse eingeliefert:

Bumberg 23 (22 Kommunisten, 1 Reichs-
bayerischer Führer)

Bayreuth 61 (kleinere Hälfte Kommunisten
größere SPD.)

Coburg 15 (Kommunisten)

Hof 47 (43 Kommunisten, 4 SPD.)

Aschaffenburg 22 (19 Kommunisten, 3 SPD.)

Schweinfurt 40 (Verhältnis unbekannt,
wohl meistens SPD.),

Würzburg 51 (42 Kommunisten, 9 SPD.)

Wie groß die Zahl der Einlieferungen in den Amtsgerichtsgefängnissen ist, weiß ich zur Zeit nicht, aus Anträgen ersehe ich, daß in Haßfurt und Bad Kissingen in größerer Zahl Einlieferungen erfolgt sind.

Derjen. Fall, demnach sich die Anzahl der zu liefernden größeren Zahl Einlieferungen erfolgt
Anordnungen getroffen. Es wird ferner festgestellt, dass auch in einer Reihe
von Fällen zu erwarten ist, dass man sich in der Folgezeit nicht nur in der Anzahl der zu liefernden
größeren Zahl Einlieferungen, sondern auch in der Anzahl der zu liefernden kleineren Zahl Einlieferungen
steigern wird, dass man sich in der Folgezeit nicht nur in der Anzahl der zu liefernden größeren Zahl
Einlieferungen, sondern auch in der Anzahl der zu liefernden kleineren Zahl Einlieferungen steigern wird.

übernächsten Tag berichtete. Am 30. Mai befahl der preußische Gestapo-Chef, die Häftlinge aus Gollnow in das KZ Sonnenburg zu überführen, was am 10. Juni geschah.⁴

In Sachsen brachte man politische Häftlinge unter anderem in die Amtsgerichtsgefängnisse in Altenberg, Bischofswerda, Eibenstock, Falkenstein, Johanngeorgenstadt, Schneeberg und Schwarzenberg sowie in das Polizei- und Untersuchungsgefängnis Chemnitz. Dessen Verzeichnis enthielt vom 2. Mai bis 4. Juli 1932 Namen. Im Zuchthaus Waldheim waren ab 18. März Schutzhäftlinge eingekerkert. Sie stammten aus Chemnitz und lagen im alten Zellengebäude. Am 23. März fragte der Kommissar z. b. V. bei der Kreishauptmannschaft Chemnitz in Waldheim an, ob weitere 200 bis 300 Verhaftete dort so lange verwahrt werden könnten, »bis die Frage eins Sammelagers geklärt« sei. Ihre Bewachung bestünde dann aus Hilfspolizisten oder SA-Leuten. Die Zuchthausverwaltung antwortete: Ihr altes Zellenhaus wäre schon voll belegt. Am 29. März meldete sie nach Dresden, sie habe 48 Schutzhaftinsassen. Diese kamen dann nach und nach in die KZ Hainichen und Colditz, die letzten am 12. Mai. Doch einen Monat später erkundigte sich das sächsische Landeskriminalamt, ob zirka 20 weibliche Schutzhäftlinge in Waldheim aufgenommen werden könnten. Der Zuchthausdirektor bat jedoch, davon abzusehen.⁵

In Bayern sperrten die Nationalsozialisten ihre politischen Gefangenen zunächst fast ausschließlich in Haftanstalten. In München gehörte dazu das Polizeigefängnis in der Ettstraße mit ungefähr 120 Schutzhäftlingen Anfang April, später etwa 150, Anfang Juni 63, unter ihnen auch Mitarbeiter der bürgerlichen Presse, Adlige, Geistliche, Funktionäre der Bayerischen Volkspartei nach deren Selbstauflösung und etliche Frauen. Die Bewachung unter dem Direktor Frank und dem Vertreter der Bayerischen Politischen Polizei Josef Meisinger stellte neben Polizeibeamten die SA. Ebenso herrschten in dem Münchner Zuchthaus Stadelheim zusammen mit Justizbediensteten SA-Leute über die etwa 100 Schutzhäftlinge. Unter ihnen befanden sich auch Frauen wie Centa Beimler und ihre Schwägerin Maxi Beimler vom März bzw. September 1933 bis Januar 1936. Weitere politische Gefangene saßen in anderen bayerischen Strafanstalten, am 13. März insgesamt 2784, rund ein Fünftel der Kapazität von 14000. Am 21. März umfaßte das Bayreuther Arbeitshaus St. Georgen 160 durch SA-Leute bewachte Schutzhäftlinge. In Anbetracht der Überbelegung mußte das gleichnamige Zuchthaus 60 Zellen für sie freimachen. Zwei Tage darauf betrug ihre Zahl 240; für den nächsten Tag wurden

weitere 85 erwartet. Zur gleichen Zeit pferchte man im Landgerichtsgefängnis Hof, das über 106 Plätze verfügte, 200 Häftlinge zusammen, im Zuchthaus Straubing ebenfalls 200, davon allein 50 im Turnsaal.

Am 3. April betrug die Zahl der Schutzhäftlinge in den Strafanstalten Bayerns 4533, davon im Bezirk des Generalstaatsanwalts in München 1834, in dem von Nürnberg 978, von Bamberg 1181. Wegen Überfüllung, aber auch wegen des Widerstandes politischer Häftlinge verlangten hohe Justizbeamte mehrfach, solche Gefangenen nach Dachau zu bringen. Das geschah im größeren Maße ab Mitte April. Dennoch belief sich die Zahl der Schutzhaftgefangenen in bayerischen Justizanstalten im Mai noch auf 2124. Sie stieg im Juni auf 2798. Aus der bayerischen Rheinpfalz berichtete der Generalstaatsanwalt in Zweibrücken am 27. Juni über die Anzahl der Schutzhäftlinge: im April 431, Ende Mai 91, dann Anwachsen auf 140 am 19. Juni und Ende des Monats auf das Doppelte. Im September gab es in Bayern 1623, im Dezember 1530, im März 1934 noch 798 Schutzhäftlinge außerhalb des KZ Dachau. Ende Juni bezifferte sich ihre Gesamtzahl auf 2204, davon 587 in Strafanstalten.⁶

Weibliche Schutzhäftlinge kamen im württembergischen Stuttgart in das Frauengefängnis. Gefangene in Baden wurden bis Ende Mai in Justizanstalten eingesperrt.⁷

In Oldenburg steckte man ab März Schutzhäftlinge aus dem ganzen Gebiet in das Gefängnis in der Landeshauptstadt. Dort mußten sie unter SA-Bewachung in aller Regel jeweils vier Wochen zubringen. Meist wurden sie anschließend in das Frauengefängnis in Vechta transportiert, wo manche monatelang, zum Teil über ein Jahr eingesperrt blieben. Im August befanden sich dort 60 Häftlinge.⁸

In Hamburg mißhandelte ein aus Polizisten, SA- und SS-Leuten unter dem Kriminalinspektor Peter Kraus und dem Polizeioberleutnant Franz Kosa stehendes Kommando z. b. V. ab 5. März politische Gefangene zuerst im Stadthaus, wo sich Polizeibehörden befanden. Sodann warfen sie Schutzhäftlinge auf den bald überfüllten Dachboden des Untersuchungsgefängnisses. Deshalb wies ihnen das Strafvollzugsamt Ende März einen leerstehenden Komplex der Strafanstalten in Hamburg-Fuhlsbüttel zu, der weiterhin unter Aufsicht von Justizbehörden blieb.

4 WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 12 045, k. 429, 371 u. 760; ZPA, PSt 3/518 u. I. 2/3/45.
5 83 Tage KZ Zschorlau 1933, hg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstands-

kämpfer der Kreise Stollberg-Aue-Schwarzenberg, Aue 1978, S. 8; StA Dresden, Untersuchungsgefängnis Chemnitz, Nr. 8, passim, Zuchthaus Waldheim, Nr. 570, Bl. 4, 12, 28, 44, 59 ff. u. 111 f.

6 Stefan Lorant, Ich war Hitlers Gefangener. Ein Tagebuch 1933, München 1985, S. 29, 53, 101, 137, 151, 186 u. 189; Barbara Distel, Im Schatten der Helden. Kampf und Überleben von Senta Beimler-Herker und Lina Haag, in: *Dachauer Hefte*, 1987, H. 3, S. 28 u. 30; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 8, unfol.; Bay HStA, MA 106299, unfol.

7 Schätzle, S. 15f.
8 Onno Poppinga/Hans Martin Barth/Hiltraut Roth, Ostfriesland. Biographien aus dem Widerstand, Frankfurt/M. 1977, S. 92; Oldenburg 1933–1945. Stätten der Verfolgung, Stätten des antifaschistischen Kampfes, Stätten der Opfer, hg. von der VVN/Bund der Antifaschisten Oldenburg, Oldenburg 1981, unpag.

Tabelle 3

Schutzhäftlinge in Hamburg-Fuhlsbüttel, März bis August 1933

Monat	Anzahl	Monat	Anzahl
März	48	Juni	623
Mai	571	August	414

Quelle: Henning Timpke, Das KL Fuhlsbüttel, in: *Studien zur Geschichte der Konzentrationslager*, hg. von Martin Broszat, Stuttgart 1970, S. 25.

In den Gebäudekomplex rückte nach Verhandlungen zwischen Polizei- und Justizverwaltung am Morgen des 28. August eine von der 28. SS-Standarte gestellte Wachmannschaft unter dem SS-Sturmführer Willi Dusen-schön ein. Sie übernahm das abbruchreife Frauen-gefängnis mit 209 Zellen und 19 Sälen, in das alsbald die Schutzhäftlinge verlegt wurden. Damit begann unter dem Kommandanten SA-Brigadeführer Paul Ellerhusen der Übergang zu einem Konzentrationslager, obwohl die Verwaltung nach wie vor beim Hamburger Strafvollzugsamt blieb. Dessen Präsident, Max Lahts, drohte schon am 4. September den inzwischen übergeführten Häftlingen, das Strafvollzugsamt werde ihnen »als be-wußten Feinden des nationalsozialistischen Staates ziel-bewußt, unerbittlich und hart unter Einsatz aller Mittel beweisen, daß niemand den Staat Adolf Hitlers in seiner Aufbauarbeit stören darf«. Entsprechend würden sie nach einer neuen Schutzhaftordnung behandelt, die drei Gruppen vorsah: eine mit gewissen Vergünstigungen, die andere wegen der Schutzhaftgründe und wegen Nichteinfügen in die Anstaltordnung ohne Vergünstun-gen, die dritte käme wegen besonders feindlicher Ein-stellung und wegen Aufsässigkeit in Einzelhaft, auf-rührerische Häftlinge erhielten Dunkelarrest.

Aufgrund von Verhandlungen am 10. November wur-de ab 1. Dezember die Wachmannschaft der Polizei-behörde unterstellt und durch diese besoldet, während die Wirtschaftsverwaltung weiterhin bei der Landes-justizbehörde verblieb. Doch fünf Tage später verlangte Himmler die völlige Lösung der Schutzhäftstätte von dem Strafvollzug. Lahts, zur Besichtigung von Dachau eingeladen, kam dem um die Jahreswende 1933/34 wohl nach. Angesichts der räumlichen Situation ließ sich allerdings eine völlige Trennung nicht ermöglichen, so daß sich die Verwaltung von Fuhlsbüttel von der anderer Konzentrationslager unterschied.⁹

Tabelle 4

Häftlinge im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel, Oktober 1933 bis Juli 1934

Monat	Anzahl	Monat	Anzahl
Oktober 1933	732	April 1934	72
Januar 1934	608	Juli 1934	279

Quelle: Timpke, S. 25.

9 Ludwig Eiber, Aspekte des Verfolgungsapparates in Ham-burg 1933/34, in: *Verfolgung-Ausbeutung-Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingun-gen in deutschen Konzentra-tionslagern 1933–1945*, hg. von Ludwig Eiber, Hannover 1985, S. 113ff.; ders., »Kola-Fu«, Kon-zentrationslager und Gestapo-gefängnis in Hamburg-Fuhlsbüttel 1933–1945, Hamburg o. J., unpag.; Henning Timpke, Das KL Fuhlsbüttel, in: *Studien zur*

Geschichte der Konzentrations-lager, hg. von Martin Broszat, Stuttgart 1970, S. 11ff.; Gertrud Meyer, Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente 1933–1945, Frankfurt/M. 1971, S. 15ff.; *Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Erinnerungen, Dokumente, Totenliste. Initia-tive für eine Gedenkstätte*, zus. gest. von Ursel Hochmuth u. Erna Meyer, Hamburg 1983; IfZ, München, ED 106/69.

Konzentrationslager März/April 1933

Sachsen

Unmittelbar nach dem — eingangs erwähnten — ersten Konzentrationslager im thüringischen Nohra gab es in Sachsen die nächsten Lager: ab 8. März in der Turnhalle in Plauke bei Flöha und spätestens ab 10. März im Schloß Osterstein in Zwickau, einer früheren Strafanstalt. Die dortige Bewachung bestand zunächst aus SS-Leuten, die noch Mitte März durch Polizisten, diese wiederum Anfang April von SA-Mitgliedern abgelöst wurden, an deren Stelle Mitte des Monats erneut SS-Angehörige traten. Sie wüteten besonders furchtbar auf dem Dachboden und in den Zellen im Keller, wo mindestens zwei Gefangene den Tod fanden und viele lebenslange Schäden davontrogen. Am 12. April waren in Plauke 174, in Zwickau 108, im letzteren Lager Anfang August zirka 275 Häftlinge. Insgesamt mußten rund 750 Menschen das KZ Zwickau-Osterstein durchleben.¹

Desweiteren bezeichnete die sächsische Verwaltung die Gerichtsgefängnisse Altenberg und die Gefangenenanstalten Dresden und Leipzig als Konzentrationslager. Das Polizeipräsidium Leipzig informierte am 10. März, daß Schutzhäftlinge in der Gefangenenanstalt Beethovenstraße untergebracht würden. Am 12. April befanden sich dort 191 Personen. Andere waren im Hintergebäude des Polizeipräsidiums in der Wächterstraße eingekerkert. Die Gefangenen mußten tagsüber auf durch SA und SS besetzten Arbeitersportplätzen Schießstände errichten. Ab Ende April wurden sie nach und nach in die KZ Colditz, Hainichen und Sachsenburg übergeführt. Doch blieben nachweislich noch bis Ende September Schutzhäftlinge im Polizeipräsidium.² In Altenberg waren Mitte April 106, in Dresden, Mathildenstr. 59, unter dem Kommandanten Polizeioberleutnant Matthes 349, Anfang August ungefähr 450 Menschen inhaftiert.³

1 *Chronik des antifaschistischen Widerstandskampfes* . . . , S. 44; Felix Burger (d. i. Kurt R. Grossmann), *Juden in brauner Hölle*, Prag 1933, S. 22ff.; Franz Thies, *Der Prozeß Schloß Osterstein*, Zwickau 1948, S. 7ff.; StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 3, Nr. 8186, Bl. 300.

2 StA Leipzig, Amtshauptmannschaft (im folgenden: AH) Leipzig, Nr. 1752, Bl. 21; StA Dresden, Ministerium für Aus-

wärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 3; Aktenauskunft des IfZ, München, v. 4. 12. 1981; Georg Sengkuhl, hg. von der Kreisleitung Borna der SED, Borna 1975, S. 26; StA Leipzig, AH Leipzig, Nr. 1752, Bl. 173, Nr. 1753, Bl. 146, Nr. 1752, Bl. 167.
3 StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 3, Nr. 8186, Bl. 300.

Mitte März trafen auf der auf einem Felsen gelegenen Jugendburg Hohnstein, die am 8. dieses Monats SA-Leute des SA-Sturmes 5/100 besetzt und als Konzentrationslager hergerichtet hatte, die ersten Häftlinge ein. Am 29. März waren es 430 Insassen und 90 SA-Bewacher; am 12. April belief sich die Gefangenenzahl auf 439, Anfang August auf ungefähr 600. Insgesamt wurden bis November rund 2500 Häftlinge, bis August 1934 zirka 5600, darunter ungefähr 85 Prozent Arbeiter, nach Hohnstein verschleppt. Dazu zählten bis Juli 1933 etwa 40, insgesamt bis Mitte des folgenden Jahres 109 Frauen und schätzungsweise 400 Jugendliche. Angehörige des Pirnaer SA-Sturmes 177, verstärkt aus der Dresdner SA-Standarte 100 unter dem Lagerkommandanten SA-Sturmchef Rudolf Jähnichen und dessen Stellvertreter SA-Sturmchef Friedrich stellten die Bewachung. Die SA mißhandelte die Gefangenen, darunter auch die Frauen grausam, so daß die Burg Hohnstein mit ihren Verliesen als eines der schlimmsten frühen Konzentrationslager galt.⁴

Im benachbarten Königstein-Halbestadt verwandelte man Mitte März das Naturfreundeheim in ein Konzentrationslager. Am 12. April umfaßte es 215 Gefangene. Die Bewachung bestand aus Polizisten und SA-Leuten. Lagerleiter war der SA-Sturmchef Erich Rossig, Kommandeur der Wachmannschaft der SA-Sturmchef Johannes Delin.⁵

Wie in Bayreuth und im preußischen Moringen, danach in Benninghausen, Brauweiler, Breitenau und Glückstadt sowie im badischen Kislau benutzten die Nationalsozialisten im sächsischen Colditz ein Arbeitshaus, um Häftlinge einzusperren. Auf diese Weise sollten die politischen Gefangenen herabgesetzt und als arbeitsscheu und asozial hingestellt werden. Das

4 Ebenda; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Hohnstein, Nr. 1/1, Bl. 245ff.; Nr. 1/6, Bl. 8; Otto Urban, *Burg Hohnstein*, in: *Konzentrationslager*. Ein Appell an das Gewissen der Welt. Ein Buch der Greuel. Die Opfer klagen an, Karlsbad 1934, S. 217ff.; Diethmar Möhler, *Die Rolle des Konzentrationslagers Hohnstein im Rahmen des Terrorfeldzuges des faschistischen Staates gegen die antifaschistischen Kräfte Ost Sachsens von 1933 – 1934*, Examensarbeit,

Pädagogisches Institut Dresden, Dresden 1958 (MS), S. 8 u. 14ff.; *Hohnstein*. Jugendburg »Ernst Thälmann«, hg. von der Bezirksleitung Dresden der SED u. a., o. O., 1974, S. 28ff.

5 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Hohnstein, Nr. 1/2, Bl. 180; StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 3, AH Flöha, Nr. 2400, Bl. 18; Max Tabaschnik, *Königstein*, in: *Konzentrationslager*, S. 94ff.

Notiz 20. April 1933

220

Nur für den Dienstgebrauch!

Landeskriminalamt
-Schutzhaftzentrale-
L.K.A. S. 3/33.

Dresden, am 19. April 1933.

Im Anschluß an die vom Landeskriminalamt unterm 28.3.1933 herausgegebenen Richtlinien über die Durchführung der Schutzhaft und die Behandlung der Schutzhäftlinge werden folgende "Vorläufige Bestimmungen über die Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern und Arbeitsdienstlagern" erlassen.

I.

- 1.) Zurzeit bestehen folgende Lager:

A. Konzentrationslager.

Gefangenenanstalt II, Dresden,
" I, Zwickau,
" , Leipzig,
Gerichtsgefängnis, Altenberg,
Landesanstalt Colditz.

B. Arbeitsdienstlager.

Burg Hohnstein -in erster Linie für Jugendliche in
Aussicht genommen-,
Königstein - Halbe Stadt,
Schloß Hainewalde b./Zittau,
Heim Stenz b./Königsbrück,
Plaue-Bernsdorf b./Flöha,
Hainichen (Amtsh. Döbeln),
Sachsenburg (Amtsh. Flöha).

- 2.) Die Konzentrationslager und die Arbeitsdienstlager werden vorläufig der Oberaufsicht des Landeskriminalamts unterstellt.

Wird die Einrichtung weiterer Lager erforderlich, so ist dem Landeskriminalamt mit entsprechenden Vorschlägen zu berichten, das sich in jedem Falle Entschließung vorbehält. Mit Rücksicht auf die Kosten ist die Errichtung möglichst großer Lager anzustreben.

- 3.) Das Landeskriminalamt bestimmt die Lagerleiter, soweit solche noch nicht ernannt sind. Hierzu tritt es nach Erfordern

drückte sich sowohl in der oft für Konzentrationslager verwandten Bezeichnung Arbeitslager als auch in Presseartikeln aus.

In dem ehemaligen Arbeitshaus Colditz verzeichnete das sogenannte Hauptbuch am 21. März die ersten Häftlinge, Mitte April 305, Anfang August zirka 700. Insgesamt wies das Hauptbuch 2311 Eintragungen auf. Das Arbeitshaus umfaßte zwei vierstöckige Gebäude und die Kirche, von hohen Mauern und einem Wallgraben mit Tor und Brücken umgeben. Über die Häftlinge herrschten Polizeioberleutnant Joseph Knöpfe, der auch sogenannte Vernehmungen leitete, als Verwalter Polizeikommissar Wagner, zwei Wachtmeister und 100 SA-Leute aus der SA-Standarte 139, zu denen sich einige berüchtigte SS-Schläger gesellten.⁶

Seit dem 22. März saßen im Heim Stenz bei Königsbrück nahe Dresden politische Gefangene. Am 12. April 71, betrug ihre höchste Zahl, zusammen mit den Wachen, ungefähr 160.⁷

Am 26. März besetzte eine Abteilung des Zittauer SA-Sturmbannes 102 das Schloß in Hainewalde und ließ Strohsäcke, Decken, Waschschüsseln, Eimer sowie 35 Gummiknüppel anliefern. Zwei Tage darauf folgten die ersten politischen Gefangenen aus Zittau. Als Kommandant fungierte zunächst der SA-Sturmbannführer Müller, an dessen Stelle Mitte April der Amtmann Karl Barth, zuvor Beamter der Justizanstalt in Waldheim, trat, als Stellvertreter und Führer der SA-Wachen in Stärke von 120 bis 160 Mann der SA-Sturmbannführer Ernst Jirka. In Hainewalde schmachteten am 12. April 259 Häftlinge. Insgesamt durchlitten das Lager schätzungsweise 1000 Menschen.⁸

In Hainichen wurde auf Anordnung der Amtshauptmannschaft Döbeln am 4. April im Volks- und Sportheim Oederaner Straße ein Konzentrationslager eingerichtet, in dem der NSDAP-Ortsgruppenleiter Georg Ziegler (Spitzname: Suff) herrschte. Am nächsten Tag meldete der »Hainicher Anzeiger«, daß sich rund 50 marxistische Funktionäre dort befänden. Das »Roßweiner Tageblatt« wußte am 7. April, daß weitere 26 Kommunisten und Sozialdemokraten nach Hainichen übergeführt worden wären. Am 12. April befanden sich in dem Lager 144 Häftlinge, die zunächst von Mitgliedern des SA-Sturmes 5/139, ab Anfang Mai auch von Angehörigen des SS-Sturmbannes II/48 aus Colditz mißhandelt wurden. Zu den berüchtigsten Schlägern zählte der

stellvertretende Lagerführer Friedrich Zill, der als Leiter des sogenannten Rollkommandos Gefangene mit Reitpeitschen und Koppeln — zum Teil in Gegenwart des Kreisleiters Kröhne — mißhandeln ließ. Nach Angaben Zills durchliefen das am 13. Juni 1933 aufgelöste Lager, dessen letzte Insassen nach Colditz und Sachsenburg kamen, insgesamt etwa 250 bis 300 Häftlinge.⁹

Ab 8. April bestand in Pappenheim bei Oschatz ein Konzentrationslager in einem Schulerferienheim, das der Rat der Stadt Oschatz zur Verfügung gestellt hatte. Die 120 bis 150 dort Einsperrten wurden von 20 bis 23 SA-Leuten unter dem SA-Sturmführer Schiemann schikaniert und mißhandelt.¹⁰

Am 21. April brachten Lastkraftwagen 53 Häftlinge aus der Sicherheitspolizeikaserne in Aue nach Zschorlau in ein verfallenes Fabrikgebäude, das die Firma August Wellner und Söhne AG kostenlos zur Verfügung gestellt hatte. SS-Leute unter dem SS-Truppführer Robert Weißmann empfingen die Gefangenen und befahlen ihnen, das Gebäude einzurichten. Am 20. Mai meldete die Amtshauptmannschaft Schwarzenberg der Kreishauptmannschaft Zwickau, der Ausbau wäre durchgeführt. Es sei für 500 Häftlinge Platz, doch befänden sich zur Zeit nur 110 im Lager. Insgesamt waren 207 Gefangene, darunter 80 Prozent Kommunisten, in dem von der Auer Gendarmerie verwalteten KZ Zschorlau eingekerkert.¹¹

Aus Bautzen berichtete am 24. April die Amtshauptmannschaft dem Dresdner Landeskriminalamt, die SA-Standarte 103 habe 49 Schutzhäftlinge außer im sogenannten Braunen Haus auch im »Kupferhammer-Konzentrationslager in Bautzen« eingesperrt. Vertreter des Landeskriminalamtes, der Amtshauptmannschaft und des Stadtrates Bautzen, zwei SA-Führer sowie der Direktor der Filiale der Deutschen Bank, der das Gelände gehörte, besichtigten daraufhin den Platz und genehmigten seine Benutzung als Lager. Doch am 15. Mai zog das Landeskriminalamt »der hohen Einrichtungskosten halber« seine Zustimmung zurück. Kupferhammer solle nur als Übergangslager zur

6 StA Dresden, KZ Colditz, Nr. 1, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 3, Nr. 8186, Bl. 300; Otto Meinel, Colditz, in: *Konzentrationslager*, S. 149ff.; ZPA, EA 10; Aktenauskunft des IfZ, München, v. 4. 12. 1981.

7 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Hohnstein, Nr. 1/2, Bl. 182; StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 3, AH

Flöha, Nr. 2400, Bl. 17.

8 *Oberlausitzer Tageszeitung* v. 28. 3., 15. 4., u. 30. 6. 1933; StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4852, Bl. 3; Karin Grehl, Das ehemalige faschistische Konzentrationslager im Schloß Hainewalde — ein Mittel zur Festigung der faschistischen Diktatur, Examensarbeit, Pädagogisches Institut Dresden, Dresden 1968 (MS); Nitzsche, 4f. u. 18.

9 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 56ff.; ZPA, EA 10; StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4852, Bl. 3; Archiv des Generalstaatsanwaltes der DDR. — Zill wurde 1948 vom Landgericht Leipzig verurteilt.

10 Gerhard Heinz, Geschehnisse des antifaschistischen Widerstandes im Gebiet des Kreises Oschatz (Amtshauptmannschaft), Ende Januar bis Mai 1933, Errichtung des KZ Pappenheim bei Oschatz (MS), dankenswerterweise d. Verf. zur Verfügung gestellt; *Kampferlebnisse*. Persönliche Erinnerungen und biographische Skizzen bewährter Genossen des Kreises Oschatz im Kampf um die Herausbildung einer einheitlichen marxistisch-

leninistischen Partei der Arbeiterklasse (1879 bis 1946), hg. von der Kreisleitung Oschatz der SED, Oschatz 1976, S. 26ff.

11 StA Dresden, Kreishauptmannschaft Zwickau, Nr. 3044, Bl. 1ff.; 83 *Tage* . . . , S. 9ff. — Weißmann, der es bis 1945 zum SS-Sturmbannführer und Chef des SD im Zakopane im okkupierten Polen brachte, tauchte nach 1945 in der Bundesrepublik unter und lebte unter dem Namen Rudolf Weinert. Auch nachdem er sich 1954 zu erkennen gab, wurde er dort wegen der in Zschorlau verübten Verbrechen niemals bestraft. Sie galten als verjährt. (Günther Wieland, Der Jahrhundertprozeß von Nürnberg, Berlin 1986, S. 96f.).

Vernehmung und Sichtung der politischen Häftlinge genutzt werden, aus dem sie nach Hohnstein transportiert werden müßten. Zwölf Tage später befahl es dem Bautzner Stadtrat, das Lager aufzulösen, da der Ausbau Hohnsteins soweit gediehen sei, daß dort 500 Häftlinge aufgenommen werden könnten. Schon am 30. Mai und 1. Juni sollten alle Insassen, die nicht mehr benötigt würden, in die KZ Dresden und Hohnstein gebracht werden. Die Gesamtzahl der Häftlinge in Kupferhammer betrug am 10. Mai 402, am 24. Mai 368. Ihre Bewachung stellte die SA-Standarte 103, Lagerkommandant war der SA-Sturmführer Wenzel.¹²

Hessen

Zeitgleich mit Sachsen lag bei der Errichtung von Konzentrationslagern Hessen. Das dortige KZ Osthofen bei Worms bereitete ab 8. März ein Häftlingskommando in einer stillgelegten Papierfabrik vor. Fünf Tage später trafen dann weitere Gefangene ein. Anfang April betrug ihre Zahl rund 70, Anfang Mai etwa 200, im Sommer zirka 300, überwiegend Kommunisten. Sie mußten in Fabrikhallen und Pferdeställen hausen. Zur »verschärften« Haft wurden einige in eine gegenüberliegende Mühle, das sogenannte Lager II, geworfen. Leiter beider Lager war der SS-Sturmabführer Karl d'Angelo, dem SS-Angehörige des SS-Sturmabzugs II/33 unterstanden. Die Aufsicht lag bei dem Wormser Polizeipräsidenten Jost.¹³

Bayern

Zeitlich an vierter Stelle bei der Einrichtung von Konzentrationslagern stand Bayern. Zuerst wies die Polizei in Neustadt an der Haardt in der bayerischen Rheinpfalz spätestens am 10. März Häftlinge in die ehemalige Fliegerkaserne ein, in der sich auch Abteilungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes befanden. Schon zwei Wochen später war das Lager überfüllt, nach der Zeitung »NSZ-Rheinfront« vom 23. März mit 200 bis 300 Personen. Laut einer Münchner Notiz vom 3. April befanden sich dort 200 Gefangene, die wegen der Auflösung des Lagers in die Strafanstalt Zweibrücken und pfälzische Gerichtsgefängnisse übergeführt werden sollten. Doch noch am 19. April schrieb die »Tägliche Rundschau«, daß sich in der Neustädter Kaserne 300 Kommunisten befänden. Und am 26. April überwies das bayerische Innenministerium der Polizeidirektion Ludwigshafen 15000 RM für das Arbeits-

dienstlager »Rheinpfalz«. Dessen Bewachung bestand zunächst aus SS-, dann aus SA-Leuten unter Standartenführer Adam Durein.¹⁴

Für den Hauptteil des Landes kündigte der neu ernannte Münchner Polizeipräsident, der Reichsführer SS Heinrich Himmler, am 20. März vor Pressevertretern an, in zwei Tagen werde ein Konzentrationslager bei Dachau eröffnet, »da es auf die Dauer nicht möglich« sei, kommunistische Funktionäre in Gerichtsgefängnissen unterzubringen. Das Lager habe ein »Fassungsvermögen für 5000 Menschen« und sei »für die gesamten kommunistischen Funktionäre« bestimmt. »Soweit dies notwendig ist«, würden hier auch »Reichsbanner- und marxistische Funktionäre, die die Sicherheit des Staates gefährden, zusammengezogen«.¹⁵

Möglicherweise ging die Standortwahl auf die »Dachauer Zeitung« vom 25. Januar zurück, die Gebäude der seit 1919 stillliegenden und zum Teil demontierten Sprengstofffabrik der Deutschen Werke als Unterkunft für Leute empfohlen hatte, die das Moor kultivieren, den Fluß regulieren und Straßen bauen könnten.

Die Einrichtung eines Konzentrationslagers regten fast gleichzeitig der neuernannte Staatskommissar für das bayerische Innenministerium, Adolf Wagner, und der Generalstaatsanwalt in Bamberg an. Wagner schrieb am 13. März an den ebenfalls neu eingesetzten Staatskommissar für das Justizministerium, Hans Frank, daß die Inhaftierung von kommunistischen Funktionären und Reichsbanner-Führern »bis jetzt noch nicht so ausdrücklich durchgeführt wurde, wie das im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ruhe notwendig wäre«. Nach der Besprechung mit den Regierungspräsidenten am Vortage sei »noch mit einem größeren Andrang von in Polizeigewahrsam genommenen Leuten zu rechnen«. Falls die Gefängnisse für sie nicht ausreichten, so meinte Wagner, solle man sie »in irgendein leerstehendes Gemäuer« sperren und sich nicht darum kümmern, »ob sie den Unbilden der Witterung ausgesetzt« würden. Der Bamberger Generalstaatsanwalt Döll riet am 15. März dem bayerischen Justizministerium: »Wenn man auf den Truppenübungsplätzen ein Konzentrationslager je für KPD und SPD errichten würde, würde die Bewachungsmannschaft auf ein Mindestmaß sich beschränken, Geld gespart werden und ein vollständiger Abschluß zu erzielen sein.«¹⁶

Es kam so, wie Wagner vorgeschlagen hatte: Am Vormittag des 19. März zogen Polizisten und Angehörige des Freiwilligen Arbeitsdienstes eine schwarz-weiß-rote Fahne auf der Dachauer Pulverfabrik auf, wie das Lokalblatt am 21. März unter der Überschrift »Neues Leben in den Deutschen Werken« berichtete.

12 StA Bautzen, AH Bautzen, Nr. 7542, Bl. 25, 46, 43, 58, 36 u. 42; StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4852, Bl. 3.

13 Paul Grünwald, KZ Osthofen. Material zur Geschichte

eines fast vergessenen Konzentrationslagers, Frankfurt/M. 1983, S. 41 ff.; Anton Maria Keim, Osthofen — das erste nationalsozialistische Konzentrationslager in Hessen, in: *Alzeier Geschichtsblätter*, 1985, S. 34 ff.

14 Antifa-Archiv Ludwigshafen; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 8; Bay HStA, MF 67 403, unfol.; Die Tat v. 23. 10. 1981.

15 *Völkischer Beobachter* v.

21. 3. 1933. — Ähnlich *Münchner Neueste Nachrichten* v. selben Tag.

16 ZStA Potsdam, Film 14929; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 8, unfol.

Am 20. März beauftragte das Präsidium der Regierung von Oberbayern das Kommando der Münchner Schutzpolizei, zwei Polizeioffiziere und 40 bis 60 Wachtmeister »zur Bewachung des Sammellagers für politische Gefangene in Dachau« abzustellen. Die Führung solle ein sehr energischer Polizeihauptmann haben, der vorerst auch die Aufgaben eines Lagerkommandanten übernehmen werde. Die Polizeitruppe habe ihren Dienst am 21. März um 18 Uhr anzutreten. Als ihr Kommandeur wurde der Polizeihauptmann Schlemmer bestimmt. Am 22. März brachte die »Dachauer Zeitung« eine Meldung über das neue Konzentrationslager, nicht ohne hinzuzufügen: »Wir haben bereits vor einigen Monaten über die Möglichkeit der Verwendung der großen Werkanlagen Abhandlungen aus berufener Feder (Schreiber nicht identifizierbar – d. Verf.) gebracht, und was damals geschrieben wurde, ist heute zur Tatsache geworden.«¹⁷

Seit dem 19. März bereitete ein Arbeitskommando inzwischen, wie die »Bayerische Staatszeitung« vom 24. März wußte, eine Baracke vor und umzog sie mit einem dreifachen Stacheldrahtverhau.¹⁸ Laut Meldung der »Münchner Neuesten Nachrichten« vom 23. März waren am Vortage etwa 60 politische Gefangene nach Dachau verschleppt worden. Claus Bastian, einer der ersten Häftlinge, berichtete, wie die Landespolizei auf offenen Lastkraftwagen 200 aus den Gefängnissen München-Stadelheim und Landsberg brachte. Sie mußten anfangs nachts, nur mit einer Decke versehen, auf dem blanken Betonboden liegen. Erst in den nächsten Tagen kamen Bretter, um daraus rohe Pritschen zusammenzunageln. Tagsüber richteten die Gefangenen über 20 ein- und zweigeschossige Steinbauten her, die »sich in recht heruntergekommenem Zustand befinden«. Sie stellten die Behausung für jeweils 200 bis 250 Insassen dar.¹⁹ Das über 17 Hektar große Areal umgab schon eine hohe Mauer. »Es bedurfte daher keiner großen Investitionen und Baumaßnahmen, um das Lager zur Aufnahme von einigen 1000 Häftlingen bereitzumachen«, kommentierte Robert Eisinger, der die Dachauer Nummer 254 trug.²⁰

17 Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau (im folgenden: Arch. Dachau), Nr. 16102; Rudi Pospi-schil, Das Konzentrationslager Dachau 1933 im Spiegel der Presse. Die »Dachauer Zeitung« berichtet (MS), S. 19ff. – Für das Folgende auch: Hans-Gün-ther Richardi, Schule der Gewalt. Die Anfänge des Konzentra-tionslagers Dachau 1933–1934. Ein dokumentarischer Be-richt, München 1983, S. 46ff.; ders., Schule der Gewalt. Das KL Dachau als Modell für den Auf-bau des KL-Systems, in: Verfol-gung . . . S. 35ff.

18 Claus Bastian, der die Häft-lingsnummer 1 trug, berichtete

später, daß die ersten Gefange-nen in das Verwaltungsgebäude gesperrt wurden, das Landes-polizisten mit einem zwei Meter hohen Stacheldrahtzaun um-geben hatten (Arch. Dachau, Nr. 3276). Ein Presseartikel nannte fünf Meter Zaunhöhe (undat., sich nach dem Inhalt auf den 23. 3. 1933 beziehender und nicht gekennzeichnete Zeitungs-ausschnitt im Besitz d. Verf.). 19 Arch. Dachau, Nr. 3276; Der Altmühl-Bote v. 25. 3. 1933. 20 Münchner Neueste Nach-richten v. 22. 3. 1933 (umgerechnet von 500 Tagewerken); Arch. Dachau, Nr. 483/307.

Tabelle 5

Anzahl der nach Dachau verschleppten und dort eingekerkerten Häftlinge, März bis Juni 1933

Zeitpunkt	sog. Zugänge +	Häftlingszahl
24. März	170	97
31. März		151
10. April	ca. 960	223
20. April		528
30. April		1088
10. Mai	ca. 900	1376
20. Mai		1685
31. Mai		1763
10. Juni	ca. 340	1799
20. Juni		1806
30. Juni		2036

+ Jeweils für den ganzen Monat.

Quelle: Häftlingsnummernzuteilung in Konzentrationslagern, hg. vom Comité International de la Croix-Rouge, Internationaler Suchdienst, Arolsen 1965, S. 11; BayHStA, MF 67 403, unfol.

Das KZ Dachau bewachte nur kurze Zeit die baye-rische Landespolizei. Schon die »Münchner Neuesten Nachrichten« vom 23. März sprachen auch von SS- und SA-Leuten, während die »Bayerische Staatszeitung« am folgenden Tag schrieb, daß die Polizeieinheit »durch SA-Hilfspolizeiposten noch weiter verstärkt werden soll«. Hans Steinbrenner, ein berüchtigter Dachauer SS-Mörder, sagte 1948 aus, daß am 22. März 1933 etwa 60 SS-Leute bewaffnet und unter dem Kommando ihres Standortführers Erasmus Freiherr von Malsen-Ponickau²¹ nach Dachau gefahren worden wären. Dort hätten Landespolizisten über 100 Häftlinge bewacht. Der Häftling Martin Grünwiedl berichtete schon 1934, daß am 25. März gegen 22 Uhr SS-Leute in Dachau eingetroffen wären. »Auf Kommando sprangen sie vom Wagen und stellten sich vor unserem Hause auf. Wir hatten sie vorsichtig vom Fenster aus beobachtet. Der Führer, ein Herr von Malsen, hielt eine blutrünstige Rede. Er führt u. a. aus: »Kameraden von der SS! Ihr alle wißt, wozu uns der Führer berufen hat. Wir sind nicht hierher gekommen, um diesen Schweinekerlen da drinnen menschlich zu begegnen. Wir betrachten sie nicht als Menschen, wie wir sind, sondern als Menschen zweiter Klasse. Jahrelang haben sie ihr verbrecherisches Wesen betreiben können. Aber jetzt sind wir an der Macht. Wenn diese Schweine zur Macht gekommen wären, hätten sie uns allen die Köpfe abgeschnitten. Daher kennen wir auch keine Gefühlsduselei. Wer hier von den Kameraden kein Blut sehen kann, paßt nicht

21 SS-Oberführer von Malsen-Ponickau war seit 20. 3. 1933 Führer der SS-Hilfspolizei in München (Udo Grieser, Himmlers Mann in Nürnberg. Der Fall

Benno Martin. Eine Studie zur Struktur des Dritten Reiches in der »Stadt der Reichsparteitage«, München 1974, S.309).

zu uns und soll austreten. Je mehr wir von diesen Schweinen niederknallen, desto weniger brauchen wir zu füttern.«²²

Am 2. April unterstellte sich Himmler als Führer der politischen Hilfspolizei Bayerns mit sofortiger Wirkung Dachau. Der Wechsel sei im Einvernehmen mit dem Kommando der Schutzpolizei vorzunehmen. Das Kommando antwortete unter dem 6. April, die Polizeieinheit werde in fünf Tagen aus dem Konzentrationslager abgezogen. Jedoch verblieben zwei Offiziere und etwa 16 Wachtmeister bis der Sicherheits- und Wachdienst durch ausgebildete politische Hilfspolizisten übernommen werden könne. »Solange eine Polizeitruppe für das Konzentrationslager Dachau abgestellt wird, ist der Pol. Führer voll verantwortlich für die innere und äußere Sicherheit des Gefangenenlagers, für Ausbildung der Wachtruppe und für Ausbau des Feuerschutzes und Alarmwesens. Die SS-Verbände sind ihm – auch für Ausbildung – unterstellt. Er ist auf Zusammenarbeit mit dem Lagerführer angewiesen.« Am folgenden Tag befahl das Schutzpolizeikommando, die Bewachung am 11. April an die Hilfspolizei unter Führung von Hauptmann Winkler und Leutnant Schuster zu übergeben. Winkler, der Schlemmer ablöste, sollte auch die Lagerordnung und die Wachvorschriften entwerfen. Lagerführer – erstmalig erwähnt am 6. April – war offenbar zumindest ab 11. April der SS-Sturmabführer Hilmar Wackerle. Jedenfalls unterzeichnete er bereits am 19. April als Lagerkommandant.²³

Noch in der Nacht zum 12. April schossen vier SS-Leute, die wahrscheinlich die Gewaltübergabe in Dachau »gefeiert« hatten und stark angetrunken waren, in eine Häftlingsunterkunft und schikanierten die Insassen. Wenige Stunden später, am Abend des 12. April, geschahen gewissermaßen unter Polizeiaufsicht die ersten Morde. Der Häftling Kasimir Dittenheiser berichtete darüber: »Die Postverteilung war beendet, die Gefangenen gingen ihren Baracken zu. Da kam plötzlich der lange Steinbrenner angerannt. Er schien aufgeregt. »Alles halten! Wo ist der Kahn?« »Hier!« meldete sich ein jüdischer Gefangener. »Noch ein Kahn!« »Hier!« »Der Goldmann? – Nein, Sie nicht, der Jude da!« »Hier!« »Benario!« »Hier!« »Mit-

kommen, die Vier! Alles übrige in die Baracken! Los, ein bißchen schnell, sonst helf' ich euch!« Er schwenkte den Ochsenfiesel. Dann ging er mit den vier Gefangenen dem Lagerausgang zu und verschwand in dem Wäldchen hinter dem Lager.« Nach Diskussionen unter den Zurückbleibenden, was geschehen sei und werde, kam die schreckliche Vermutung und dann die Gewißheit: »Einer, der noch draußen war, berichtete, er habe Schreie und Schüsse gehört. Zur Zeit der Lagerruhe kam der Verwalter Vogel: »Wo ist der Kahn?« Niemand antwortete. »Haben wohl durchbrennen wollen, die vier Juden? Ist ihnen aber schlecht bekommen!« Wir wurden bleich. Es war also Wahrheit ..., ein nackter brutaler Mord an wehrlosen Gefangenen war vollbracht worden. Denn von einem Fluchtversuch konnte gar keine Rede sein. Die Vier waren herausgesucht worden, sie hatten niemals Fluchtgedanken geäußert, aber vielfach Ahnungen gehabt, daß man sie ermorden wollte. Wir hatten es nicht geglaubt. Nun wußten wir es, und wir wußten, daß diesem Mord noch weitere folgen würden.«²⁴

Tabelle 6

Stärke der Wachtruppe im KZ Dachau, März bis Mai 1933

Zeitpunkt	SS-Leute	Zeitpunkt	SS-Leute	Zeitpunkt	SS-Leute
25. März	54	11. April	138	30. April	234
1. April	64	12. April	198	10. Mai	277
10. April	68	20. April	217	30. Mai	264

Quelle: BayHStA, MF 67403.

Die Ausbildung der SS-Wachzüge – Mitte Mai sechs in Stärke von je 40 Mann – erfolgte durch Polizisten. Ihnen unterstand auch der Innen- und der Sanitätsdienst; sie stellten den Waffenwart. Für die Ausbildung war bis Juni der Polizeioberleutnant Schuler, danach Oberleutnant Wimmer zuständig. Sie endete wahrscheinlich Mitte September.

Winkler fixierte zwischen dem 24. und 29. Mai zahlreiche Vorschriften, darunter die »Dienstanweisung für die Gefangenenbegleitung und Gefangenenbewachung«, die Allgemeine und die Besondere Wachvorschrift sowie Maßnahmen gegen das Entweichen von Gefangenen, wobei er unter anderem empfahl: »Das innere Gefangenenlager ist durch einen elektrisch geladenen Drahtzaun umschlossen. Der Drahtzaun ist untertags von 6, bei Nacht und Nebel von 9 patrouillierenden Posten umgeben. Ein dem elektrischen Zaun im Lagerinneren vorgelagertes Drahthindernis verhindert ein unbemerktes Herannahen an den elektrischen Zaun.«

22 Arch. Dachau, Nr. 6454 u. Nr. 550. – Bastian erinnerte sich an drei Gruppen SS-Leute (ebenda, Nr. 3276). – Die Zeitungsmeldungen, SS-Aussage und Häftlingserinnerung wurden von Karl-Heinz Konicsek, Aufbau und Organisation des Konzentrationslagers Dachau, Zulassungsarbeit, Universität München 1976, (MS), S. 15ff.; Emil Schuler, Die bayerische Landespolizei von 1919–1935, München 1964, S. 44 und Günther Kimmel, Das Konzentrationslager Dachau. Eine Studie zu den nationalsozialistischen Gewalt-

verbrechen, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. II, hg. von Martin Broszat u. Elke Fröhlich, München/Wien 1979, S. 355, übersehen, so daß sie nicht zwischen den Einsatzbereichen von Polizei und SS im KZ Dachau unterscheiden und von durchgängiger Polizeibewachung bis 11. 4. 1933 sprechen.

23 Arch. Dachau, Nr. 16 103 bis 16 105; Konicsek, S. 21. – Steinbrenner erwähnte, daß Wackerle circa drei Wochen nach der ersten SS-Einheit eintraf (Arch. Dachau, Nr. 6454).

24 Ebenda, Nr. 12 271, 554/84 u. 6454. – Es handelte sich um Alfred Benario, Ernst Gold-

mann, Arthur und Erwin Kahn, der schwer verletzt wurde und vier Tage später starb.

Mit drei schweren und vier leichten Maschinengewehren, 376 Karabinern, 82 Pistolen und mehreren Zehntausend Schuß Munition übergab Winkler am 30. Mai die Wachtruppe an Wäckerle.²⁵ Die SS verfügte damit über eine von der bayerischen Landespolizei trainierte halbmilitärische Truppe, über durch die Polizei gelieferte Waffen und über von einem Polizeixperten ausgearbeitete Wach-, Dienst- und Schießvorschriften.

Währenddessen waren durch SS-Leute am 7. und 8. sowie vom 16. bis 26. Mai zwei weitere Häftlinge angeblich auf der Flucht erschossen, sechs andere zum Teil im Bunker ermordet worden. Die Staatsanwaltschaft München ließ die Toten untersuchen und beschuldigte in vier Fällen die Mordschützen Karl Ehmann und Johann Kantschuster sowie Wäckerle, den Lagerarzt Dr. Werner Nürnbergk und den Kanzleisekretär Mutzbauer. Als ihr noch die rigorose Lagerordnung in die Hände gelangte, die auch Todesurteile vorsah und die, wie der Lagerkommandant angab, durch Himmler genehmigt worden wäre, befaßte sich außerdem der Reichsstatthalter in Bayern, Franz Ritter von Epp, mit den Vorfällen. In einer von ihm zum 2. Juni anberaumten Besprechung, an der fünf bayerische Minister teilnahmen, mußte Himmler die Ablösung Wäckerles zugestehen. Als neuen Kommandanten des KZ Dachau setzte der Reichsführer SS den SS-Oberführer Theodor Eicke ein, der sein Amt am 26. Juni 1933 antrat.²⁶ Er führte in jeder Hinsicht den Ausbau des Lagers fort.

Tabelle 7

Anzahl der nach Dachau verschleppten und dort eingekerkerten Häftlinge sowie Stärke der SS-Wachmannschaft, Juni 1933 bis Juni 1934

Zeitpunkt	Zugänge an Gefangenen ⁺	Anzahl der Häftlinge ⁺⁺	Anzahl der SS-Leute ⁺⁺⁺
Juni 1933	ca. 340	2036	276
August 1933	ca. 1200	2392	323
Oktober 1933	ca. 660	2400	398
Dezember 1933	ca. 600	2425	..
Februar 1934	ca. 530	2303	..
April 1934	ca. 310	1747	..
Juni 1934	ca. 540	2021	..

⁺ Außer Juni jeweils mit Vormonat.

⁺⁺ Bis September 1933 jeweils Monatsende, ab Dezember 1933 Anfang des folgenden Monats.

⁺⁺⁺ Jeweils Monatsende.

Quelle: S. 11; BayHStA, MF 67 403; MA 106 299.

²⁵ Konicsek, S. 24ff., 35ff. u. 29f.; Arch. Dachau, Nr. 16 101.
²⁶ Lothar Gruchmann, Die bayerische Justiz im politischen Machtkampf 1933/34. Ihr Schei-

tern bei der Strafverfolgung von Mordfällen in Dachau, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. II, S. 416ff.; IfZ München, Fa 74.

Preußen

Das erste Konzentrationslager in Preußen entstand in Oranienburg am 21. März, wo SA-Leute erste Häftlinge in ein verfallenes Fabrikgebäude warfen. Ursprünglich eine Brauerei, gehörte es danach zwei anderen Firmen, ab 1927 der Berliner Kindl-Brauerei AG, jenem Unternehmen, von dem der KZ-Kommandant schrieb, es habe das Gelände schon vor dem 30. Januar 1933 unentgeltlich der SA-Standarte 208 als Unterkunft zur Verfügung gestellt. Von dieser SA-Einheit kamen sowohl die Wachmannschaft als auch die Lagerleitung aus:

Kommandant	SA-Sturmabführer Werner Schäfer, ab März 1934
Vernehmungsabteilung	SA-Sturmabführer Hörning, später die SA-Sturmführer Hans Stahlkopf und Wassermann, Willy Braune,
Verwaltung	SA-Sturmführer Werner Eve,
Gefangenen-Abteilung	SA-Obertroppführer Kurt Tausch,
Wachabteilung	Dr. Carl Lazar.
Sanitätsabteilung	

Es gab in Oranienburg von Anfang an Polizeioffiziere und Gendarmen, welche die Häftlinge »verhörten«.²⁷

Gefangene mußten das Gelände herrichten und die Gebäude, einschließlich der Arrestzellen, ausbauen, so daß das Fassungsvermögen des Lagers von 500 im April auf 1500 Häftlinge im Juni stieg. Denn, so wußte das »Schwedter Tageblatt« am 20. Mai zu berichten, das Konzentrationslager sei »jetzt von der Staatsregierung übernommen worden und geht einer erheblichen Vergrößerung entgegen«. Daneben stellte die Kommandantur Häftlingsarbeitskommandos zur Melioration in der Umgebung von Oranienburg sowie zu anderen Arbeiten in der Stadt selbst und ab Juli zum Bau einer SA-Gruppenführerschule in Börnicke. Desweiteren entstand im September im Gut Elisenau bei Blumberg ein Nebenlager mit rund 100 Gefangenen unter dem SA-Sturmabführer Wilhelm Maue.²⁸

²⁷ *Deutsche Allgemeine Zeitung* v. 30. 4. 1933; Werner Schäfer, Konzentrationslager Oranienburg. Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche Konzentrationslager, Berlin o. J. (1934), S. 18, 20f. u. 26f.; Mitteilung des Liegenschaftsdienstes Oranienburg an die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen v. 30. 6. 1988 (Schäfer dagegen: eine Berliner Bank, mit deren Direktor einer der SA-Führer bekannt gewesen sei); Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg,

Nr. 8, Nr. 4/4, Bl. 121; ZPA, I 2/3/45; Inge Lange, Das Konzentrationslager Oranienburg – die Inventarerschließung von 1933 bis 1934, Examensarbeit, Fachschule für Archivwesen Potsdam, Potsdam 1969 (MS), S. 21f.
²⁸ StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1191, Bl. 22; *Märkischer Stadt- und Landbote* v. 15. 6. 1933; Schäfer, S. 71f. 23; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 4/8, Bl. 699, Nr. 8, Bl. 5 u. 48.



Tor des KZ Oranienburg

Tabelle 8

Anzahl der Häftlinge und der SA-Leute im KZ Oranienburg, März bis Dezember 1933

Monat	Häftlinge	SA-Leute
März	97	..
April	120	64
Juni	158	300
Juli	800	..
August	1000	178
November	600	146
Dezember	735	148

Quelle: StA Potsdam, Rep. 2A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1193, Bl. 16, Nr. 1192, Bl. 22, Nr. 1184, Bl. 224; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 4/5; Bl. 171; *Der Angriff* v. 29. 3. 1933; *Deutsche Allgemeine Zeitung* v. 30. 4. 1933; *Anhalter Anzeiger* v. 15. 7. 1933; *Deutsche Postzeitung* v. 17. 8. 1933.

Nach Angaben der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« vom 20. März 1934 durchlitten bis dahin ca. 5500 Gefangene das Oranienburger Lager.

In der preußischen Provinz Westfalen eröffnete der Landrat von Lippstadt am 29. März in Benninghausen das Schutzhaftlager für Polizeigefangene. Es war im Provinzialwerkhaus untergebracht, das auch die Verpflegung und ärztliche Betreuung der Häftlinge übernahm. Das Gefangenenebuch verzeichnete bis Ende September 346 Namen. Die SA-Bewachung kommandierte ein Oberlandjäger; Lagerleiter war ein Angehöriger des Stahlhelms.²⁹

29 Internationaler Suchdienst des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (im folgenden:

ITS) Arolsen, Dok. Gruppe PP, Nr. 603; ZPA, St 62/5/20.



KZ Oranienburg, Vernehmungszimmer

Ebenfalls noch im März sperren die Nazis politische Gegner in die Provinzial-Arbeitsanstalt Brauweiler bei Köln, wie der Tätigkeitsbericht der Rheinischen Provinzialverwaltung für 1933 bis 1936 vermerkte. Er fügte hinzu, daß deswegen das reguläre Aufsichtspersonal um 30 SA- und SS-Leute verstärkt werden mußte. Im Mai 1933 meldete die Anstalt schon 792 Schutzhaftlinge. Im Juni und nochmals im Oktober bezeichnete das preußische Innenministerium das Arbeitshaus als staatliches Konzentrationslager. In dem einen Jahr, in dem es existierte, summierte sich die Zahl der Schutzhaftlinge auf mehr als 2000.³⁰

30 Bericht der Rheinischen Provinzialverwaltung über ihre Tätigkeit in den Jahren 1933–1936, Düsseldorf 1937,

S. 64; Viebahn/Kuchta, S. 290; ZStA Potsdam, Film 14 929; SS im Einsatz, S. 207

Daß ab 3. April in Sonnenburg bei Küstrin ein weiteres großes Konzentrationslager in Preußen bestand, ging auf die preußischen Ministerien des Inneren und der Justiz zurück. Das dortige Zuchthaus war 1930 wegen unzureichender hygienischer Verhältnisse geschlossen worden. Schlechtes Trinkwasser und feuchte Räume hatten zu Influenza und Ruhrseuchen geführt. Dennoch oder gerade deswegen empfahlen der Ministerialdirigent Bürger und der Ministerialrat Rudolf Marx vom preußischen Justizministerium am 20. März Sonnenburg als »günstige Gefangenenanstalt«, als ihnen der im Innenministerium beschäftigte Staatsanwaltschaftsrat Hans Volk vortrug: Es fehle an Platz, Schutzhäftlinge unterzubringen; deshalb sei als »eine Übergangsmaßnahme« für sie eine große Strafanstalt zu suchen. Später sollten »die Häftlinge in Konzentrationslagern untergebracht werden«. Seine beiden Kollegen sicherten ihm bereitwillig zu, sie würden bei der Verwendung Sonnenburgs »gern mit Rat und Tat zur Seite stehen«, und zwar mit Einrichtungsgegenständen und Personal. Ebenso bedenkenlos versprach der Präsident des Berliner Strafvollzugsamtes, Wutzdorf, der später zu der Besprechung kam, seine Unterstützung.

Eine weitere Notiz vom 23. März über die Besichtigung der Sonnenburger Gebäude durch Mitarbeiter des Strafvollzugsamtes und des Zellengefängnisses Berlin, Lehrter Straße, hielt fest: In drei Flügeln sei Platz für 941 Gefangene, darunter in Einzelzellen und in Massenzellen für 20, 30 und gar für 60 Häftlinge. Einige Zellen könnten wegen des undichten Dachs nicht benutzt werden. In sämtlichen Zellen fehle die Einrichtung; die Heizung sei zum Teil außer Betrieb, gleichfalls die Wasserleitung; Wasser käme aus dem Brunnen im Hof. An Arbeitsräumen gebe es Schlosserei, Schmiede, Klempnerei und Tischlerei. Kosten entstünden für die Einrichtung (von Bettgestellen bis zu Seifennäpfen rund 36 500, von Handtüchern bis zu Hosen etwa 68 000 RM) sowie für Verwaltung, Küche usw. 150 000 RM. Bei der Besprechung mit dem Staatsanwaltschaftsrat Hans Mittelbach vom Berliner Polizeipräsidium (Politische Polizei) am 24. März erklärten die Vertreter des Strafvollzugsamtes, die Mittel aufzubringen, sei Sache der Polizei. Es stimmte jedoch sechs Tage darauf der vom Justizministerium übermittelten Bitte des Innenministeriums zu, 900 Bettgestelle und über 300 Schemel unentgeltlich aus seinen Beständen zur Verfügung zu stellen.³¹

Über die so im Zusammenspiel zwischen Polizei- und Justizbehörden notdürftig hergerichtete ehemalige Strafanstalt teilte am 1. April die »Oderzeitung« unter Berufung auf das Innenministerium mit, sie werde »in allernächster Zeit wieder mit Insassen belegt«, und fügte hinzu: »Wie es heißt, soll dort ein politisches Konzentrationslager eingerichtet werden.« Vier Tage

später schrieb das Blatt, in diesen Tagen kämen die Schutzhäftlinge an, »der erste Transport aus Berlin unter Bedeckung der Berliner Polizeibereitschaft z. b. V. (Wecke — d. Verf.) auf Lastwagen«. Das Lager unterstehe dem Berliner Polizeipräsidium. Tatsächlich waren am 3. April rund 200 politische Häftlinge aus Berlin-Plötzensee und ungefähr 60 SA-Hilfspolizisten antransportiert worden.³² Der »Sonnenburger Anzeiger« wußte am 7. April zu melden, in die Anstalt würden zunächst 250 politische Gefangene gebracht. Ihre Zahl solle auf 900 anwachsen. Die Bewachung bestünde aus Schutz- und Hilfspolizisten aus Berlin. Eine Kolonne von 60 Häftlingen habe am Vortag vom Bahnhof zum Zuchthaus marschieren müssen, »wobei vielfach der Gummiknüppel der Berliner Hilfspolizei nachhalf«. Und am 10. April berichtete die »Oderzeitung«, in Sonnenburg befänden sich zur Zeit 70 SA-Leute als Wachmannschaft; geplant sei ihre Verstärkung auf 200. Häftlinge gebe es momentan 260, darunter Hans Litten, Erich Mühsam und Carl von Ossietzky. Das Blatt erwähnte nicht, daß zu den ersten beiden Transporten bekannte KPD-Funktionäre wie Rudolf Bernstein, Ottomar Geschke, Wilhelm Kasper, Michael Niederkirchner, Ernst Schneller und Walter Stoecker gehörten.

Wie das »12-Uhr-Blatt« am 24. Mai feststellte, betrug am Vortag die Zahl der Häftlinge schon 414. Einen Monat später verlaute aus Sonnenburg: voll belegt, keine Aufnahmemöglichkeit mehr. Am 17. September schrieb das »Berliner Tageblatt« von 1200 politischen Gefangenen in Sonnenburg. Ende November befanden sich dort noch 1000 Inhaftierte.³³

Die Bewachung stellten zunächst die berüchtigten Berliner SA-Stürme 1 (»Horst Wessel«) und 33 (sogenannter Mordsturm Maikowski), ab Mitte April Angehörige der Polizei. Die SA-Leute aus Berlin wurden etwa Ende April durch SA-Mitglieder aus Frankfurt/Oder ersetzt. Ende August lösten 150 Angehörige der SS-Standarte 27 aus Frankfurt/Oder erst die SA-Leute, danach Polizisten ab, von denen sie zuvor ausgebildet und eingewiesen worden waren.

Als Kommandeur der Berliner SA-Leute fungierte zunächst SA-Sturmführer Bahr in Sonnenburg. Er wurde am 10. April dem Polizeioberleutnant Keßler unterstellt, der bis Mai Kommandant war. Ihm folgten für kurze Zeit der Polizeileutnant Bark, dann bis Ende Juli Oberleutnant Siegmund. Nur wenige Tage darauf war SA-Sturmführer Jahr Kommandant, an dessen Stelle dann SS-Truppführer Paul Breuning trat. Die Verwaltung lag bei den Polizeioberinspektoren Pelz und Reschke, dem im Dezember jede Weisungsbefugnis zugunsten des SS-Kommandanten entzogen wurde.³⁴

31 *Die Hölle von Sonnenburg*. Tatsachen- und Aufzeichnungsbericht eines ehemaligen Schutz-

häftlings, Zürich-Paris o. J., S. 4; Dok.-Zentrum, Sonnenburg, Nr. 3.

32 ZPA, I 2/3/45.

33 WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 12 048, k. 41; ZPA, St 3/226.

34 Fritz Lange, Zur Geschichte

des Zuchthauses bzw. Konzentrationslagers Sonnenburg, (MS), S. 6f.; *Die Hölle* . . . S. 20; *Die neue Weltbühne* v. 21. 6. 1934; Lange, Sonnenburg, S. 8 u. 11; ZPA, St 3/226.

Spätestens seit Anfang April gab es in dem damals zu Preußen gehörenden Kassel in einer Baracke des Karlsruhospitals, einer Entziehungs- und Heilanstalt, eine »Schutzhaftstelle«. Am 5. April schrieb die »Kasseler Post«: Dort sei Platz für 50 Häftlinge. Die Bewachung liege bei der SA-Standarte 83, die den Anstaltsleiter Wilhelm Kröning mit der Leitung beauftragt habe, während der NSDAP-Kreisleiter Sumpf die behördliche Aufsicht vornehme. Noch am 21. Mai lagen im Karlsruhospitals sechs politische Häftlinge.³⁵

Etwa zur gleichen Zeit sperrte man erste politische Gefangene in Einzelzellen der Korrekptions- und Landesarmenanstalt Breitenau in Cuxhagen. Als das Polizeigefängnis in Kassel die Schutzhäftlinge nicht mehr fassen konnte, kam in dem ehemaligen Kloster Breitenau das Kirchengebäude hinzu. Die entsprechende Vereinbarung zwischen dem Kasseler Polizeipräsidenten und dem Landeshauptmann in Hessen über das KZ Breitenau vom 14. Juni legte desweiteren fest, daß ein Polizeikommando die Ordnung aufrechterhalte, das Polizeipräsidium die Kosten erstatte und die Gefangenen unentgeltlich Arbeiten wie Urbarmachen von Ödland, Straßenbau und -instandsetzung, Gräbenreinigen und Schlammabseitung in der Fulda sowie in der Landwirtschaft zu leisten hätten. Nach dem Bericht der »Kasseler Post« vom 23. Juni befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Breitenau ungefähr 40 Funktionäre der KPD und der SPD, denen ein Polizeioberwachmeister und 15 SA-Leute als Hilfspolizisten gegenüberstanden. Sie teilten die Gefangenen in zwei Kategorien ein, die sogenannten Unverbesserlichen in Stufe 1. Insgesamt warf man 471 Gefangene in das KZ Breitenau, wo Anfang August SS- die SA-Leute ablösten.³⁶

Ebenfalls seit Anfang April existierte in Glückstadt in der preußischen Provinz Schleswig ein Konzentrationslager in der Landesarbeitsanstalt. Nach Verhaftungen etlicher Kommunisten in der vierten Märzwoche hatte der Rechtsanwalt und SA-Führer Christian Spieler, kurz zuvor Bürgermeister von Elmshorn, am 29. März beim soeben ernannten Oberpräsidenten der Provinz, dem Gauleiter Hinrich Lohse, »angeregt, ob nicht für Schleswig-Holstein die Schaffung eines Konzentrationslagers möglich ist«. Lohse reichte den Vorschlag an den Regierungspräsidenten in Schleswig weiter, der des-

wegen beim preußischen Innenministerium um eine Genehmigung nachsuchte und die für ein Konzentrationslager erforderlichen finanziellen Mittel erbat. Die Zustimmung erfolgte offenkundig rasch. Denn am 9. April berichtete das Lokalblatt »Glückstädter Fortuna«: In den letzten Tagen wären größere Trupps politischer Schutzhaftgefangener aus Altona eingetroffen. Ihre Zahl betrage 150. Sie würden von Polizeibeamten und Hilfspolizisten in der Landesarbeitsanstalt »betreut«. Nach einem Häftlingsbericht befanden sich im Mai weit über 100 Gefangene im KZ Glückstadt.³⁷

Im Provinzialwerkhaus Moringen bei Göttingen trafen am 11. und 12. April in zwei Schüben mit je 50 die ersten Häftlinge ein, was Zeitungen sofort meldeten. Das Werkhaus war auf Anregung des Polizeipräsidenten von Hannover am 5. April durch Vertreter der Provinzialverwaltung sowie der Regierungspräsidenten von Hannover und Hildesheim besichtigt worden. Sie vereinbarten, zunächst 300 Gefangene aus beiden Bezirken einzuweisen, wofür die Provinzialverwaltung pro Kopf und Tag 1,45 RM zahlen sollte. Am 8. April befahl das hannoversche Kommando der Schutzpolizei, sich auf eine Anweisung des Regierungspräsidenten berufend, zum 10. April 20 Polizisten unter dem Polizeioberleutnant Müller in das Werkhaus. Zu ihnen traten 30 Hilfspolizisten aus der SA und SS. Später unterstand das Lager dem Polizeihauptmann Stockhofe, bis es am 26. Juli Angehörige der 12. SS-Standarte unter SS-Sturmführer Egon Cordes übernahmen. Ab 1. September war sein Kommandant der SS-Hauptsturmführer Fritz Flohr. Den 33 SS-Leuten standen sechs SA-Angehörige und zwei Mitglieder des Stahlhelms zur Seite. Ab Juni galt Moringen auch als Konzentrationslager für die preußischen Regierungsbezirke Aurich, Osnabrück und Stade, wobei der Regierungspräsident von Hannover am 28. Juni hervorhob, daß nach wie vor in erster Linie Kommunisten dort einzusperren seien. Die Zahl der Moringen Häftlinge betrug Ende Juni 360, stieg bis zu den ersten Augusttagen auf 381 und erreichte am 1. September 394. Ende November befanden sich in dem Werkhaus 168 männliche politische Gefangene.³⁸

Mindestens seit 13. April existierte in Bergkamen-Schönhausen in Westfalen ein weiteres Konzentrationslager und zwar im sogenannten Wohlfahrtsgebäude der

35 Dietfried Krause-Vilmar/Marie Rügheimer/Christian Wicke, Das KZ Breitenau bei Kassel 1933–1934, in: *Hessen vor 50 Jahren – 1933. Naziterror und antifaschistischer Widerstand zwischen Kassel und Bergstraße 1932/33*, Frankfurt/M. 1983, S. 71f.; Dietfried Krause-Vilmar, Das Konzentrationslager Breitenau 1933/34, in: *Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen*, hg. von Eike Hennig in

Zus.arbeit mit Herbert Bauch, Martin Loipinger u. Klaus Schönekäs, Frankfurt/M. 1983, S. 471ff.; »Nie wieder Krieg und Faschismus«, S. 16f.

36 Krause-Vilmar u. a., S. 69ff.; Krause-Vilmar, Breitenau, S. 469ff. u. 474ff.; *Erinnern an Breitenau 1933–1945. Eine Ausstellung historischer Dokumente*, hg. von der Gesamthochschule Kassel, Kassel 1984, S. 41ff.

37 Fritz Bringmann/Herbert Diercks, Die Freiheit lebt! Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung, Frankfurt/M. 1983, S. 40f. u. 44ff.

38 KZ Moringen. Männerlager, Frauenlager, Jugendschutzlager. Eine Dokumentation, hg. von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Göttingen und dem evangelisch-lutherischen Pfarramt Moringen, Göttingen o. J., S. 7ff. Klaus

Mlynec, Der Aufbau der Geheimen Staatspolizei in Hannover und die Errichtung des Konzentrationslagers Moringen, in: *Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch*, Hannover 1981, S. 73ff.; Gerda Zorn, Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920–1946, Frankfurt/M. 1977, S. 72f.; *Die neue Weltbühne* v. 9. 7. 1936; IfZ München, ED 106/105.

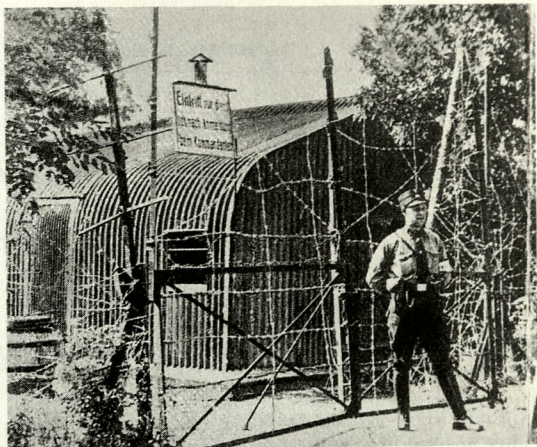
Zeche Grimberg der Gelsenkirchner Bergwerke AG. Initiator war der Landrat des Kreises Unna und Direktor der Hibernia AG, Wilhelm Tengemann. Die Bewachung des Lagers bestand aus Polizisten, Angehörigen der SA, der SS und des Stahlhelms. Leiter war ein gewisser Boddeutsch, Verwalter Ewald Büsing, Wachkommandant der SS-Führer Hermann Stegemann. Ständig befanden sich 200 bis 300 Häftlinge, meist Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten, und 40 bis 45 Frauen, die in den ehemaligen Kindergarten gesperrt wurden, in dem Lager. Der »Hellweger Anzeiger« schrieb am 24. April und 30. Mai, der »Westfälische Kurier« am 20. Mai darüber.³⁹

Seit April benutzten die Nationalsozialisten am nördlichen Stadtrand Erfurts, im Hof der Feldstraße 18, ein leerstehendes zweistöckiges Fabrikgebäude als Konzentrationslager. Zuständig war dafür der Kriminalkommissar Böning von der Staatspolizeistelle Erfurt, Lagerleiter der Polizeihauptwachtmeister Böttcher. In diesem Lager befanden sich zirka 120 Gefangene.⁴⁰

Ungefähr zur gleichen Zeit brachten SA- und SS-Leute Gefangene in die Polizeikaserne in Weißenfels, wo sie im Unterrichtssaal der 2. Etage auf Strohsäcken liegen mußten. Im Juni mangelte es durch weitere Einlieferungen noch mehr an Platz, so daß die rund 200 Inhaftierten in die Turnhalle gesteckt wurden. Kommandant des Sammelagers war der Polizeiobermeister Schmale.⁴¹

Ein weiteres preußisches Konzentrationslager befand sich auf einer Neiß-Insel in Leschwitz bei Görlitz. In die dortige stillgelegte Tuchfabrik, Wollspinnerei, Färberei und Appretur der Firma Josef J. Hassner schleppten Angehörige des SA-Sturmes 19 unter dem SA-Truppführer Ernst Krüger in der zweiten Aprilhälfte politische Häftlinge. Zuerst 17, wurden es nach Einweisungen durch den Landrat in Görlitz bis Juli 329. Die Höchstbelegung betrug 480 Gefangene. Ihre Gesamtzahl während der Existenz des im Juli dem Görlitzer Landrat unterstellten Lagers näherte sich 1300.⁴²

In Alt-Daber nördlich von Wittstock an der Dosse richtete der Landrat von Kyritz zusammen mit der SA-Standarte 39 am 28. April in einem Kinderheim ein Konzentrationslager ein. Darin befanden sich Anfang



KZ Breslau-Dürgoy

Mai 36 Insassen, die von Angehörigen des SA-Sturmbannes II/39 unter dem SA-Sturmbannführer Koch drangsaliert wurden.⁴³

Am 28. April überführten Polizisten 100 politische Häftlinge in das Konzentrationslager in Breslau-Dürgoy, Strehleener Chaussee, wo in 14 Tagen ein Kriegsgefangenenlager des ersten Weltkrieges hergerichtet und mit Stacheldraht umzäunt worden war. Der Kommandant des Breslauer Lagers war der SA-Standartenführer Rohde, dem ungefähr 150 SA-Leute unterstanden. Ein Häftling schätzte in einem zeitgenössischen Bericht die Anzahl der Insassen des KZ Breslau-Dürgoy im Mai/Juni auf 800 bis 1000. Mitte August waren es 343.⁴⁴

Südwestdeutschland

In Württemberg existierte ab 21. März das zeitweilig größte Konzentrationslager auf dem 800 Meter hohen Heuberg bei Stetten am kalten Markt. Sein Kommandant war der SA-Sturmbannführer und Major Kaufmann. Die Häftlinge wurden in zehn Steinbaracken eines ehemaligen Militärlagers gesperrt und in drei Stufen eingeteilt, wobei die Insassen der 3. Stufe die Arrestbaracken 19 und 23 zugewiesen bekamen. Den Gefangenen standen ungefähr 500 SA-Leute sowie württembergische und 65 badische Polizisten gegenüber, die auch zunehmend Häftlinge aus weiteren südwestdeutschen Gebieten angeliefert wurden. Die höchste Gefangenenzahl belief sich im Mai auf 2200.⁴⁵

39 Herbert Klein, Arbeiterwiderstand im Faschismus. Nördliches Ruhrgebiet/Münsterland 1933–1945, Münster 1979, S. 88f. u. 126ff.; Heino Bauer/Herbert Klein, Bergkamens Geschichte I: Auf dem Wege zum Faschismus. Faschismus und Widerstand in einer Industriegemeinde am Beispiel Bergkamens. Interviews mit Augenzeugen, Berichte und Quellen, Bergkamen 1979, S. 46ff.; Widerstand und Verfolgung im Raum Kamen/Bergkamen. Wegweiser zu Stätten des Faschismus, hg. von der VVN-Bund der Anti-

faschisten, Kreis Unna-Hamm, Kamen/Bergkamen 1981, S. 12ff.; GStA Berlin, Rep. 90 P, Nr. 65, Bl. 96.
40 StA Weimar, Regierung Erfurt, Nr. 10020, Bl. 116 u. 356; ZPA, V 241/7/58.
41 Fritz Kleine, Lichtenburg, in: Konzentrationslager, S. 182ff.
42 GStA Berlin, Rep. 153, Nr. 2460, unfol.; ZPA, EA 999; Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten 1933–1945. Erinnerungen, Dokumente, Kurzbiographien, eingel. u. zus. gest. von Ernst Kretschmar, Görlitz 1973, S. 10f. u. 36ff.

43 StA Potsdam, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1156, Bl. 67ff., Nr. 1183, Bl. 86.
44 Ostdeutsche Morgenpost v. 29. 4. 1933; Hamburger

Fremdenblatt v. 12. 8. 1933; Deutsche Freiheit v. 23. 8. 1933.
45 Der Gegen-Angriff v. 1. 8. 1933; Der Jungdeutsche v. 8. 4. 1933; Schwäbischer Merkur

Tabelle 9

Anzahl der Häftlinge im KZ Heuberg, April bis November 1933

Zeitpunkt	Häftlinge aus		
	Württemberg	Baden	Hohenzollern
1. April	1738	..	..
1. Mai	2086	..	..
1. Juni	1612	..	..
1. Juli	1050	149	8
1. August	971	159	7
Ende November	264 ⁺	..	..

⁺ Davon 99 in sogenannter Stufe 3.

Quelle: ZStA Potsdam, Reichsministerium der Innern, Nr. 26058, Bl. 242f. und 284.

Ende März wurden weibliche politische Schutzhäftlinge aus Stuttgart in die Frauenlandesstrafanstalt Gotteszell transportiert. Damit entstand dort das erste Konzentrationslager nur für Frauen. Die zwei zu kleinen Schlafräume und ein Aufenthaltsraum unterstanden dem Anstaltsdirektor Henning. Die Zahl der Frauen reduzierte sich von 54 Ende März auf 25 Ende Juni und auf sechs Ende November.⁴⁶

In Baden gab es außerdem seit Ende April das KZ Ankenbuck auf einem Gutshof der Inneren Mission, der ein Arbeitslager für Jugendliche gewesen war. Die Bewachung bestand aus SA-, SS- und Stahlhelmangehörigen unter dem Polizeihauptmann Franz Mohr, einem ehemaligen Kolonialoffizier, ab Juni dem Polizeihauptmann Pianozek, schließlich SS-Standartenführer Hans Helwig. Die Zahl der Insassen bewegte sich um 100, ab Jahresende 1933 um 40. Das andere badische Konzentrationslager befand sich im Arbeitshaus Kislau. Dorthin brachte man am 24. April ungefähr 65 politische Häftlinge. Im Juli waren es 69. Als Kommandant fungierte zunächst der Direktor des Arbeitshauses, Theodor Zahn, etwa ab Mitte Juni Mohr, der zirka 35 Hilfspolizisten befehligte. Die Gefangenen schliefen in einem einzigen Saal oder in Einzelzellen, die 26 bis 31 m³ umfaßten.⁴⁷

Hansestädte

Auf Anordnung des Hamburger Polizeisenators vom 31. März errichteten außerhalb des Weichbildes der

Hansestadt an einer Chaussee zwischen Fuhlsbüttel und Tangstedt ab 4. April 20 Häftlinge in der Fabrik für Torfgewinnung und -verarbeitung Wittmoor ein weiteres Konzentrationslager für den Stadtstaat. Der Ort – manchmal auch Glashütte genannt – war schon in der Zeit der Inflation benutzt worden, um angebliche Schieber einzusperren, wie das »Hamburger Tageblatt« vom 2. Juni 1933 erwähnte. Das KZ Wittmoor sollte Platz für 150 bis 200 Gefangene bieten. Darin befanden sich im Mai 100 Häftlinge, im Juli 110, im September 140. Das Lager leitete ein Wachtmeister mit sechs Polizeibeamten und 36 SA-Leuten.⁴⁸

In Bremen bestand seit 29. März ein Konzentrationslager, als abends 84 Häftlinge in die sogenannten Auswandererhallen Friedrich Mißler im Stadtteil Findorff gebracht wurden. Vier Tage zuvor hatten die »Bremer Nachrichten« gemeldet: Der neuernannte Polizeipräsident Theodor Laue habe sich an das Reichsinnenministerium »gewandt mit der Anregung, diese Schutzhäftlinge (100 Kommunisten – d. Verf.) in einem Konzentrationslager außerhalb Bremens unterzubringen und zu nutzbringender Arbeit für die Allgemeinheit zu erziehen«. Am selben Tag und in selber Angelegenheit schrieb auch der Reichskommissar Richard Markert nach Berlin. Die Entscheidung fiel offenkundig rasch, so daß man das Lager in den ehemaligen Auswandererhallen einrichtete. Sie waren zuletzt als Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes des Reichsbanners und des reaktionären Werwolfs genutzt worden und gehörten dem Norddeutschen Lloyd. Die Zahl der Gefangenen stieg durch weitere Transporte aus Bremer Haftanstalten, aus Bremerhaven und Vegesack Anfang April auf über 150 und betrug Ende Juli noch 140. Zunächst befanden sie sich in den Händen von SS-Angehörigen unter dem SS-Sturmführer Otto Löblich. Nach Beschwerden über Mißhandlungen ließ Laue am 6. Mai die SS- durch SA-Leute ablösen und setzte seinen Adjutanten Hans Klötzer, dann den SA-Sturmführer Goebel als Kommandanten ein. Doch veränderte sich dadurch nichts. Bei alledem führte der Polizeimajor Opitz die Oberaufsicht über das Lager. Der ihm untergeordnete Polizeioberleutnant Dembach nahm, wie zeitgenössische Fotos zeigten, selber an sogenannten Vernehmungen teil.⁴⁹

v. 15. 4. 1933; *NS-Korrespondenz* v. 15. 4. 1933; Bay HStA, MA 105 299, Bl. 471; ZPA, St 10/138/22a; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 26 058, Bl. 242f. u. 284ff. 46 ZPA, St 10/138/22a; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 26 058, Bl. 284; *Schätzle*, Stationen ..., S. 25. 47 ZPA, I 2/3/45; *Schätzle*, Stationen ..., S. 39ff.; *Haken-*

kreuzbanner v. 24. 4. 1933; *Der Führer* v. 17. 5. u. 23. 7. 1933; *Ludwig Marum*, Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau, ausgew. u. bearb. von Elisabeth Marum-Lunau u. Jörg Schadt. Mit einem Lebensbild von Joachim Wolfgang Storell, hg. von den Stadtarchiven Karlsruhe u. Mannheim, Karlsruhe 1984, S. 72, 80 u. 97.

48 *Hamburger Nachrichten* v. 26. 6. 1933; ITS Arolsen, Hist. Abt., Wittmoor, Nr. 1, unfol.; *Timpke*, S. 13f. u. 25; *Dokumente zur Gleichschaltung* ..., S. 229 u. 238ff.; *Willy Klawe* unter Mitarbeit von Britta Koch/Olaf Mende/Rainer Perschewski/Didi Strunck u. Arbeitsgruppe »Spurensuche: Nationalsozialistischer Alltag in Hamburg und Umgebung« des Fachbereiches Jugendbildung an der Volkshochschule Norderstedt, »Im

übrigen herrscht Zucht und Ordnung«. Zur Geschichte des Konzentrationslagers Wittmoor, Hamburg 1987, S. 15ff. 49 ITS Arolsen, HGM Bremen-Findorff, unfol.; *Antifaschistischer Widerstand ... in Bremen*, S. 3f.; *Wollenberg*, S. 101, 98, 103, 108, 130, 97, 102 u. 126; *Inge Marßolek/René Ott*, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986, S. 122f.

Bayerische Gesandtschaft.

Bayer. Staatsministerium des Äußern,
für Wirtschaft und Arbeit

Stuttgart, den
Reichsburgerstr. 8

23. März 1933.

Nr. 373.

empf. 25. MRZ 1933

Fernsprecher Nr. 62062

Beil.

8896

Betreff: Konzentrationslager für poli- Befolgen: 1 Abdr. f. Inn. Min.
tische Schutzhäftlinge auf
dem Heuberg.

Das Württ. Polizeipräsidium veröffentlicht folgende
Mitteilung:

"In den letzten Tagen ist auf dem Truppenübungsplatz
Heuberg ein geschlossenes Konzentrationslager für politische
Schutzhäftlinge errichtet und in Betrieb genommen worden.

Das Lager vermag zunächst etwa 1500 Gefangene aufzunehmen
und bietet damit die Möglichkeit, aus dem ganzen Lande alle
ruhe- und ordnungsgefährdenden Elemente laufend bis auf
weiteres zu entfernen, sicherzustellen und damit die ört-
lichen Polizeibehörden zu entlasten. Die Beaufsichtigung
des Lagers wird durch ein starkes Aufgebot von Hilfspoli-
zei unter schuttpolizeilicher Leitung durchgeführt. Die
Gefangenen sind gemeinschaftlich untergebracht und werden
zu geeigneter Arbeit herangezogen werden. Sie können in
beschränktem Umfang Post empfangen (Schutzhäftlager Heu-
berg bei Stetten am kalten Markt) und absenden. Die Post
unterliegt einer scharfen polizeilichen Kontrolle. Besuche
sind bis auf weiteres nicht gestattet. Urlaub wird nicht
erteilt. Entsprechende Gesuche sind daher zwecklos. Das
Lager untersteht der Aufsicht des Landeskriminalpolizei-
amts, das auch über Haftentlassungsgesuche nach Anhören

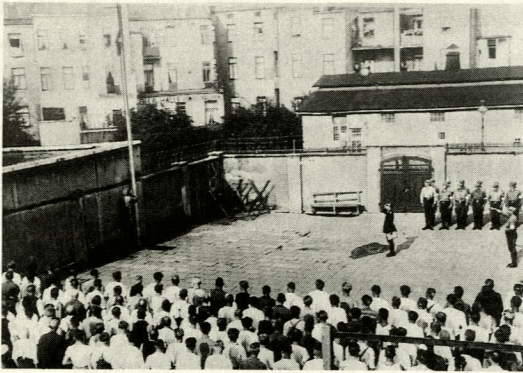
An

das Staatsministerium des Äußern

München.

BayHStA

MA 106299



KZ Bremen-Mißler

Mit diesen Lagern war im März/April 1933 der Grundstein für ein ausgedehntes KZ-System gelegt. Trotz aller Schikanen und Willkür, trotz aller Mißhandlungen und Morde mußte schon in dieser Zeit ein unmittelbar Beteiligter, nämlich der Heuberger Kommandant, laut »Deutsche Allgemeine Zeitung« vom 30. April 1933 feststellen, daß der »Wille der Gefangenen nicht leicht zu brechen sei«.

Suche nach weiteren Standorten

Während sich die ersten Folterstätten, Schutzhaftabteilungen in Strafvollzugsanstalten und Konzentrationslager füllten, beauftragte das preußische Innenministerium am 17. März 1933 den Regierungspräsidenten in Osnabrück, Bernhard Eggers, weiteren Haftraum für 250 bis 300 politische Gefangene zu schaffen. Er sollte abseits von Industriezentren gelegen sein und die Möglichkeit bieten, die Häftlinge zu »gemeinnützigen Arbeiten« heranzuziehen, etwa zu »Arbeiten in Moorgegenden« oder »Rodungen von Waldgebieten«.⁵⁰ Drei Tage später regte der Präsident der Justizhaftanstalten im Oberlandesgerichtsbezirk Celle, Muntau, bei einer Besprechung im preußischen Justizministerium an, daß man »die Moorstation Ahlen-Falkenberg als Konzentrationslager ausbauen könne«. Ministerialdirigent Bürger wies ergänzend »noch auf das Hamburger Jugendgefängnis Hanöversand hin, das, auf einer geschlossenen Insel liegend, als Unterbringungslager geeignet erscheine«.⁵¹

Am 25. März antwortete Eggers, daß in Börgermoor in bereits vorhandenen Baracken sofort 150, nach Auf-

stellung weiterer Bettgestelle nochmals 150 Häftlinge untergebracht werden und »nutzbringend mit Moorhaken« beschäftigt werden können.⁵² Am nächsten Tag berichtete der Regierungspräsident aus Hannover dem preußischen Innenministerium, zur Zeit gebe es 332 politische Häftlinge, davon 154 in Polizei- und 179 in Justizhaftanstalten. Es sei erforderlich, sie in ein »Sammlager« überzuführen. Der Regierungspräsident wies die Zentrale ebenfalls auf das Gefangenenlager Ahlen im Cuxhavener Moorgebiet hin. Auch das Munsterlager, in welchem sich bereits 1923/24 für einige Zeit Schutzhaftlinge unter militärische Bewachung befunden hatten, käme in Frage. »Da jedoch die Bewachung des Munsterlagers mangels der verfügbaren polizeilichen Kräfte von der Reichswehr übernommen werden müßte, was im Augenblick vielleicht auf Schwierigkeiten stoßen könnte, so möchte ich glauben, daß die Unterbringung im ehemaligen Gefangenenlager Ahlen sich schnell ermöglichen ließe.«⁵³

Im folgenden Monat verstärkte sich die Suche nach Standorten für weitere Lager. Schon am 5. April beauftragte das preußische Innenministerium Eggers in Osnabrück, Gelände für mehrere große Konzentrationslager bereitzustellen, die 3000 bis 5000 politische Gefangene fassen sollten. Am 6. April verlangte der Reichskommissar im preußischen Finanzministerium vom Regierungspräsidenten in Oppeln, festzustellen, ob der frühere Truppenübungsplatz Lamsdorf geeignet sei, mindestens 500 Häftlinge unterzubringen, und mitzuteilen, wann über das Lager verfügt werden könne und wieviel Gefangene dort Platz fänden.⁵⁴ Auf eine ähnliche Anfrage antwortete der Oberpräsident in Schneidemühl am 7. April: Auf dem Truppenübungsplatz Hammerstein seien zwei Baracken für je 100 gut und drei weitere für je 350 KZ-Häftlinge weniger geeignet. Die beiden kleineren Baracken stünden in zehn Tagen bereit, wenn ein zweiundeinhalb Meter hoher Stacheldrahtzaun errichtet, eiserne Fenster und Türen eingebaut, Innen- und Außenbeleuchtung installiert seien. Die Mittel stelle das Finanzamt Neustettin zur Verfügung. Die drei anderen Baracken könnten in drei bis vier Wochen soweit sein, ebenso eine gleiche vierte Baracke.⁵⁵

Wohl im selben Zusammenhang verlangte der Regierungspräsident in Merseburg telegrafisch am 6. April, festzustellen, wann und wieviel Häftlinge im Zuchthaus Lichtenburg in Prettin untergebracht werden könnten. Die Antwort des Landrates aus Torgau vom selben Tag lautete: ein Zellenflügel für 66 und ein Lazarettflügel für

50 Erich Kosthorst/Bernd Walter, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Emsland 1933–1945. Zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz. Darstellung und Dokumentation, Düsseldorf 1985, S. 32.

51 Dok.-Zentrum, Sonnenburg, Nr. 3.

52 Kosthorst/Walter, S. 32.

53 Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentenzusammenstellung zur Zeitgeschichte, hg. von Herbert Michaelis u. Ernst Schraepfer unter Mitarbeit von Günter Scheel, Bd. 9: Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des

Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur, Berlin 1964, S. 165f., Dok. 2038.

54 Kosthorst/Walter, S. 32; Günther Schmerbach, Dokumente zum faschistischen Terror gegen die Arbeiterbewegung (1933 und 1934), in: ZfG, 1955, H. 3, S. 439f.

55 WAP w Poznaniu, Rejencja w Pile, Nr. 700, k. 5ff.

30 bis 35 Schutzhäftlinge seien sofort verfügbar.⁵⁶ Auf einen Funkspruch des Höheren Polizeiführers Ost in Königsberg, ob ein Konzentrationslager für 800 bis 1000 ostpreußische Kommunisten in Pommern errichtet werden könne, berichtete das Kommando der Schutzpolizei in Stettin am 6. April: Auf der Halbinsel Der Bug auf Rügen sei in fünf Baracken Platz für 200, auf der Insel Greifswalder Oie für 65 Häftlinge. Am folgenden Tag wurde noch das Kolberger Deep erwähnt, wo im Straßenbau und im Moor gearbeitet werden könne, Baracken jedoch erst errichtet werden müßten. Am 21. April schlug der Oberbürgermeister von Greifswald das frühere Kriegsgefangenenlager auf der Insel Dänholm bei Stralsund vor. Und am 26. April antwortete der Landrat in Randow auf die Anfrage, ob die Hanfrösterei bei Löcknitz als Konzentrationslager geeignet sei: 200 Gefangene und 40 Wachleute könnten untergebracht werden. Das Areal umschließe eine zwei Meter hohe Betonplattenmauer; Arbeit gebe es bei der Vertiefung des Plöwener Kanals.

Am selben 26. April teilte die Berliner Polizeiabteilung Wecke dem Polizeimajor bei dem Regierungspräsidenten in Stettin mit: »Die politische Polizei beabsichtigt, auf einer Insel oder Halbinsel in der Nähe von Rügen oder Zingst ein Konzentrationslager für politische Gefangene zu errichten. Im Auftrage von Herrn Oberregierungs-Rat Diels, Preuß. Ministerium des Inneren, bitte ich Sie, sich mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen und einen geeigneten Ort ausfindig zu machen. Soweit es sich von hier aus beurteilen läßt, kann vielleicht die südliche Spitze von Hiddensee, Darßer Ort, der große Werder bei Pramort, die Scheibe auf Vilm oder Zickersches Hoeft bei Groß Zicker in Frage kommen. Es besteht die Möglichkeit, daß für die Unterbringung der Gefangenen auch Marinewohnschiffe benutzt werden, so daß sich die Einrichtung eines Konzentrations-Wohnlagers erübrigen würde. Das Lager würde zweckmäßigerweise so anzulegen sein, daß die Gefangenen mit nutzbringenden Arbeiten wie Deichbauten, Strandbefestigungen usw. beschäftigt werden können.«⁵⁷

Aufgrund der Anfragen und Vorschläge faßte der Stettiner Polizeipräsident gegenüber dem dortigen Regierungspräsidenten am 5. Mai zusammen, daß das Kolberger Deep und Der Bug dem Höheren Polizeiführer Ost als für Konzentrationslager geeignet zu melden wären. Die Greifswalder Oie scheide aus, weil es dort keine Arbeitsmöglichkeiten gebe, ebenso auch der Dänholm, da er mit Truppen belegt sei. Inzwischen habe die Königsberger Dienststelle beim Ministerium des Inneren beantragt, ein Konzentrationslager an der Kurischen Nehrung einzurichten. Bei Ablehnung wolle sie auf das Kolberger Deep zurückgreifen, um dort sowohl ostpreußische als auch pommersche Kommunisten zu konzentrieren. Deshalb käme für die Berliner

Pläne Der Bug in Frage, da Hiddensee, der Darßer Ort und die Insel Vilm Naturschutzgebiete seien bzw. Badeverkehr hätten. Ob die weiteren genannten Plätze geeignet seien, könne noch nicht beurteilt werden. Am 10. Mai wurde bestätigt, daß das Geheime Staatspolizeiamt die Errichtung eines Lagers auf der Kurischen Nehrung für 2500 bis 3000 Schutzhäftlinge prüfe. Lager in Pommern kämen nicht mehr in Frage.⁵⁸

Währenddessen hatte Eggers aus Osnabrück vier Standorte im Emsland nach Berlin gemeldet. Daraufhin vermerkte das preußische Innenministerium am 24. April, drei große Konzentrationslager für 2000 bis 3000 Häftlinge seien zu schaffen. Am 13. Mai regte Eggers an, vorab 20 Schutzhaftgefangene aus Justizanstalten nach Börgermoor zu bringen. Zum gleichen Termin entschieden die preußischen Ministerien des Innern, für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und für Finanzen, zwei Lager im Emsland für zusammen 2000 Häftlinge zu errichten und sie im Moor einzusetzen. Gedacht war dabei schon an Esterwegen, wofür ein regionaler Regierungsbaurat bis 8. Juni Baupläne ausarbeitete. Eine Kommission aus Berlin besichtigte daraufhin vom 14. bis 16. Juni die vorgeschlagenen Standorte, wonach am 20. Juni das preußische Innenministerium dem Osnabrücker Regierungspräsidenten mitteilte, daß an ein weiteres Lager für 2000 Gefangene in Sustrum zu denken sei. Die Fertigstellung werde für Börgermoor zum 15. Juli, für Esterwegen am 1. August und für Sustrum für den 1. September erwartet. Am 22. Juni betonte Grauert, es erscheine »notwendig, die Häftlinge, deren Freilassung jedenfalls innerhalb der nächsten Jahre nicht in Frage kommt, in einer Weise zu beschäftigen, die Werte für die Allgemeinheit schafft und damit zugleich dem Staat die Lasten der Unterhaltung ermäßigt und sie ihm schließlich ganz abnimmt. Eine solche Werte schaffende Beschäftigung der Schutzhäftlinge, deren Zahl zur Zeit etwas über 10000 beträgt und in dieser Höhe sich auch in den nächsten Jahren halten wird, ist praktisch nur in Unternehmungen des Staates selbst möglich. Dabei erfordert es das sicherheitspolizeiliche Interesse, daß die einzelnen Arbeitsgruppen nicht zu klein bemessen und möglichst auf einem verhältnismäßig engen Raum beschäftigt werden. Bei Berücksichtigung dieser Umstände lag es von vornherein nahe, an die Beschäftigung der Häftlinge mit Ödlandkultivierung zu denken. Die von der landwirtschaftlichen Verwaltung im Regierungsbezirk Osnabrück erworbenen Moorflächen rechts und links der Ems erscheinen mir als besonders geeignetes Objekt für die Ansetzung der Häftlinge«. Deshalb hätte er »eine Reihe von Projekten für die Unterbringung von Schutzhäftlingen — abgesehen von den bereits eingerichteten und auch immer notwendig bleibenden Durchgangslagern Sonnenburg (Bez. Frankfurt a. O.)

56 StA Magdeburg, Rep. C 50, Torgau, Nr. 570, Bl. 32ff.
57 WAP w Szczecinie, Rejencja

Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 12 045, k. 389, 807, 810, 813 — 837, 97, 99 u. 87.

58 Ebenda, k. 89ff. — Schon am 13. 4. 1933 hatte die *Pommersche Zeitung* von der geplanten Er-

richtung eines Konzentrationslagers in Pommern geschrieben.

und Lichtenburg (Bez. Merseburg) — fallen(ge)lassen« und »sein besonderes Interesse der Einrichtung von Lagern im Regierungsbezirk Osnabrück zugewandt«. ⁵⁹

In Bayern hatte laut Notiz vom 25. März der Sachbearbeiter für das Strafanstaltswesen erklärt, die ehemalige Strafanstalt Lichtenau für Schutzhäftlinge vorzurichten, erfordere 75 000 RM. Es sei deswegen besser, die politischen Gefangenen in anderen Haftstätten unterzubringen. Desweiteren plante man zumindest in Speyer in der bayerischen Rheinpfalz, ein Konzentrationslager für 100 Häftlinge anzulegen. Das ging aus einer Meldung der »Speyerer Zeitung« im Mai oder Juni hervor. ⁶⁰

In Sachsen war am 8. April vom Landeskriminalamt der Amtshauptmannschaft Flöha mitgeteilt worden, es zöge »in Erwägung, im Regierungsbezirk Chemnitz ein größeres Konzentrationslager bzw. Arbeitsdienstlager für Schutzhäftlinge zu errichten. Es sind hierzu bis jetzt die Spinnerei und das Jugendheim in Sachsenburg, evtl. auch das Heim Neusorge bei Mittweida in Aussicht genommen.« Zu der drei Tage später in Sachsenburg folgenden Besichtigung versammelten sich Vertreter des Landeskriminalamtes, der Kreishauptmannschaft Chemnitz, der Amtshauptmannschaft Flöha, der Nazikommissar bei der Kreishauptmannschaft, der NSDAP-Vertrauensmann bei der Amtshauptmannschaft Flöha und der Direktor der Textilfabrik. »Bei allen Teilnehmern«, vermerkte das Protokoll, herrsche »Übereinstimmung, daß sich das Spinnereigrundstück ganz hervorragend für die Errichtung eines großen Schutzhaftlagers eignet und daß es mit seinen insgesamt rd. 20 000 qm Nutzfläche in den vorhandenen Gebäuden mindestens 2000 Schutzhäftlinge und mehrere 100 Mann Bewachungspersonal aufnehmen kann, wahrscheinlich aber noch viel mehr. Herr Direktor Wunderlich als Vertreter der Eigentümerin des Spinnereigrundstückes erklärte die Bereitwilligkeit der Textilia GmbH, das Spinnereigrundstück mit allen seinen Einrichtungen... in der Haupt-

sache unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.« Der Vertreter des Landeskriminalamtes dankte der Firma »für den großen Dienst«, den sie »durch die uneigennützige Zurverfügungstellung ihres Spinnereigrundstückes... der nationalen Regierung« leiste, und erteilte den Auftrag, das Konzentrationslager »im Namen des sächsischen Staates von der Amtshauptmannschaft Flöha mit größter Beschleunigung einzurichten und mit allem Erforderlichen auszustatten«. ⁶¹ Am folgenden Tag berichtete das »Frankenberger Tageblatt« die Absicht, die Fabrik als Lager für etwa 1500 politische Gefangene zu verwenden.

Aus Mecklenburg-Schwerin meldete am 12. April »Der Angriff«, daß die Landesregierung in dem Wiesengebiet der Lewitz nördlich von Neustadt-Glewe ein Konzentrationslager plane, in dem Kommunisten Land kultivieren sollten. Der mecklenburgische Minister Friedrich Scharf und der dortige Regierungskommissar und Gauleiter Friedrich Hildebrandt besichtigten nach Berichten der »Elde-Zeitung« von Mitte April in gleicher Absicht das Lagergebäude der stillgelegten Dynamitfabrik in Dömitz. Sie fanden es für ein Konzentrationslager ausreichend und meinten, ein Häftlingskommando solle sogleich beginnen, das Areal einzuzäunen und weitere Vorbereitungen zu treffen. ⁶²

Ende Juni plante man in Braunschweig, in dem enteigneten Gewerkschaftsheim Pappelhof in Rieseberg ein Konzentrationslager einzurichten. ⁶³

Bei der Suche nach Standorten für neue Konzentrationslager traten folgende Grundgedanken hervor: Die Schutzhaftstätten sollten als ständige Einrichtung in abgelegenen Gegenden errichtet werden, aus Baracken als Häftlingsunterkünften bestehen, über eine größere Kapazität verfügen und manuelle Zwangsarbeit der Gefangenen ermöglichen.

59 StA Dresden, AH Flöha, Nr. 3393, Bl. 25f. — Frühere Vorgänge, Standorte für Konzentrationslager in Sachsen zu suchen, sind wohl nicht archiviert.

62 Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933 bis 1945, hg. im Auftrage der Bezirksleitung Neubrandenburg,

Rostock und Schwerin der SED und ihrer Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Berlin 1985, S. 75.

63 Verbrechen an Braunschweiger Arbeitern, hg. von der Geschichtskommission der VVN-Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Braunschweig, o. J., S. 34.

59 Kosthorst/Walter, S. 32f. u. 59ff., Dok. 2; Ursachen und Folgen, S. 363, Dok. 2145. — Ein Entwurf eines Schreibens Görings an Frick vom Juni 1933 ging ebenfalls von ständig 5000 Häftlingen 1933 und 10000

im kommenden Jahr aus (ZStA Potsdam, Film 14 929).

60 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 8, unfol.; Antifa-Archiv Ludwigs-hafen, undat. Zeitungs-ausschnitt.

Konzentrationslager Mai bis Herbst 1933

Sachsen

Das KZ Sachsenburg figurierte schon am 19. April als »Arbeitslager« in den »Vorläufigen Bestimmungen über die Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern und Arbeitsdienstlagern« der Schutzhaftzentrale im sächsischen Landeskriminalamt. Da in dem dafür vorgesehenen Fabrikgebäude zunächst keine entsprechenden Einrichtungen vorhanden waren, brachte man am 2. Mai 40 Häftlinge aus dem KZ Plau bei Flöha und am folgenden Tag weitere 50 bis 60 aus den Chemnitzer Gefangenenanstalten im Schloß Sachsenburg unter. Ihre Bewachung bestand aus 25 SA- und SS-Leuten. Kommandant war der vom Finanzamt Zschopau für diesen Zweck freigestellte Obersteuersekretär und SA-Standartenführer Max Hähnel von der SA-Standarte 182 in Flöha.¹

Die ersten Häftlinge mußten das Fabrikgebäude für 1500 bis 2000 KZ-Insassen herrichten. Für Ende Mai war vorgesehen, die Fabrik völlig mit Gefangenen zu belegen.² Am 20. Juni teilte Hähnel dem Landeskriminalamt Dresden mit, daß nach Fertigstellung der Küche, Wäscherei usw. weitere 520 Plätze verfügbar seien. Im Juli konnten insgesamt 1535, im August 1700 Häftlinge eingekerkert werden. Im Schloß Augustusburg, ab Mai Sachsenburg unterstellt, befanden sich in den alten Gewölben ohne Licht und Wasser auf Strohsäcken – als einziger »Einrichtung« – zirka 40 Gefangene. Die dortigen SS-Wachen kommandierte der SS-Sturmführer K. Müller.³ (Vgl. Tabelle 10)

Nach dem Ausbau des Fabrikgebäudes und -geländes und neben der Arbeit in den Lagerwerkstätten wurden bis zu 200 Häftlinge zur Regulierung der Zschopau und etwa 55 Mann zum Bau einer SA-Siedlung auf der Lützelhöhe bei Frankenberg eingesetzt.⁴ Da das Lager auf eine Belegungsfähigkeit mit 3000 Häftlingen erweitert werden sollte, übernahm der sächsische Staat

1 StA Dresden, AH Flöha, Nr. 3393, Bl. 45ff.; *Das Lied von Sachsenburg* ... Tausend Kameraden Mann an Mann. Beiträge zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Konzentrationslager Sachsenburg, hg. von der Kreisleitung der SED Hainichen, bearb. von Karl Otto, Frankenberg 1978, S. 29 (Bericht von Hans Detzel).

2 StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2393, Bl. 48 u. 45ff.; ZPA, I 2/3/45.

3 ITS Arolsen, Hist. Abt., Sachsenburg, Nr. 2, Bl. 1, 3 u. 5.
4 StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2402, Bl. 6; Otto Meinel, Sachsenburg, in: *Konzentrationslager*, S. 158.

Tabelle 10

Häftlinge im KZ Sachsenburg, Mai bis Dezember 1933

Zeitpunkt	Anzahl	Zeitpunkt	Anzahl
2. Mai	40	31. Juli	1220
10. Mai	86	31. August	1320
20. Mai	245	30. September	1250
30. Mai	376	31. Oktober	1327
10. Juni	563	30. November	798 ⁺
30. Juni	994	31. Dezember	456 ⁺⁺

⁺ Am 29. November 1933 250 Häftlinge von Sachsenburg nach Hohnstein übergeführt.

⁺⁺ Rückgang Folge von Entlassungen zu Weihnachten 1933.

Quelle: StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2402, Bl. 2 u. 4 (Mai/Juni), 16f., 18 u. 20 (für Okt. bis Dez.), Nr. 2397, unpag. (für Transport nach Hohnstein); ITS Arolsen, Hist. Abt., Sachsenburg, Nr. 2, Bl. 3/4, 7 u. 10 (für Juli bis Sept.).

zu einem Kaufpreis von 100000 RM am 1. Januar 1934 das 6,24 ha große Gelände von der Textilia GmbH.⁵

Preußen

In Preußen richteten zuerst Landräte mit örtlichen SA-Führern im Mai/Juni 1933 kleinere Konzentrationslager für kürzere Zeit ein. Am 16. Mai schrieb das »Märkische Tageblatt« unter der Überschrift »Ein neues Konzentrationslager in Havelberg«: Jüngst seien rund 90 KPD- und SPD-Funktionäre verhaftet worden. Zuerst habe man von ihnen 40 in der Jugendherberge, dann in der alten Havelberger Realschule eingesperrt, wo sie von SA- und SS-Leuten bewacht würden. Die Arbeit der Häftlinge bestünde im Wegebau. Möglicherweise würden sie in das Gut Wöplitz oder nach Wilsnack verlegt. Am selben Tag berichtete der Landrat von Westprignitz, bei der Aktion seien 146 Personen verhaftet worden, die zum Teil »in diesen Tagen in ein Übergangskonzentrationslager übergeleitet werden«. Eine weitere Meldung fügte hinzu: »Die Errichtung eines vorläufigen Konzentrationslagers ist aus Sparsamkeits- und Zweckmäßigkeitsgründen in Aussicht genommen. Es ist schätzungsweise damit zu rechnen, daß etwa 50 Personen für längere Zeit in Schutzhaft behalten werden.« Am 26. Mai teilte der Landrat mit, das KZ Havelberg mit seinen 95

5 StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2394.

Insassen solle zugunsten des in dem früheren Artilleriedepot in Perleberg einzurichtenden Lagers aufgegeben werden. Dessen Vorrichtung sei soweit, daß man es am 29. Mai benutzen könne. Das Schreiben vom 8. Juni konstatierte die inzwischen erfolgte Auflösung des KZ Havelberg und die Überführung seiner Insassen in das Konzentrationslager in Perleberg. Das neue Lager unterstand SA-Standartenführer Felix Marnette aus Wittenberg, der SA-Leute zur Bewachung der 34 Schutzhäftlinge heranzog. Am 8. Juni befanden sich in Perleberg 31, am 23. Juni 40 Häftlinge.⁶

Weiter richtete Anfang Mai in der preußischen Provinz Brandenburg die SA-Standarte 224 den Keller ihrer Führerschule Meissnershof beim Wasserwerk Stolpe in der Nähe von Hennigsdorf als Konzentrationslager ein, in das vorwiegend KPD-Funktionäre gesperrt wurden. Als Kommandanten fungierten die SA-Standartenführer Beyersdorf und Krain. Das KZ Meissnershof gehörte eine Zeitlang als Nebenlager zu dem seit Mai in der Wehrsportschule derselben SA-Standarte bestehenden KZ Börnicke. Ursprünglich für 50 Häftlinge gedacht, sollte Börnicke für 150 bis 200 Gefangene ausgebaut werden. Am 20. Juni waren dort 107, zwei Wochen darauf ungefähr 140 Menschen eingekerkert.⁷

Seit Ende Mai/Anfang Juni existierte im Magdeburger Sportstadion »Neue Welt« ein weiteres Konzentrationslager. Die primitiven Baracken mußten politische Häftlinge beziehen, die vorher im überfüllten Justizpalast in Magdeburg untergebracht waren. Die Zwischenstation zur »Neuen Welt« befand sich in der mit Spanischen Reitern abgesperrten Turnhalle der Wasserschutzpolizei am Zollhafen, wo Polizisten die Gefangenen bewachten. Im Sportstadion wüteten SA-Leute. Besonders tat sich der SA-Führer Gabel, der persönliche Adjutant des Polizeipräsidenten, hervor. Er fungierte als »Präsident« eines sogenannten SA-Gerichts und ließ Häftlinge in Gefangenenwagen zur »Vernehmung« in das Dornburger Schloß transportieren. Aus dem Stadion kamen die rund 200 Häftlinge dann in das KZ Lichtenburg.⁸

Dort war das erste größere Lager in Preußen, das im Ergebnis der Suche neuer Standorte entstand. Bei der Besichtigung des Schlosses — im dritten Viertel des 16. Jahrhunderts erbaut, Anfang des 19. Jahrhunderts als Zuchthaus eingerichtet und bis 1928 benutzt — hatte man am 4. April 1933 festgestellt: In den Gemeinschaftsräumen können 400 bis 500 Häftlinge untergebracht werden. Doch fehlen Fensterscheiben, Öfen und sämtliche Einrichtung; Küchenkessel müssen repariert, sani-

täre und Heizungsanlagen eingebaut werden. Der Torgauer Landrat schloß seinen Bericht mit dem Hinweis, »daß die Lichtenburg an der Straße gelegen ist und die Gefangenen vom Fenster aus mit der Außenwelt in Verbindung treten können. Gerade dieser Zustand in Verbindung mit den völlig fehlenden sanitären Einrichtungen wie auch die überaus schwierige Möglichkeit der Überwachung der Gefangenen und die Ausbruchmöglichkeit waren, soweit ich im Bilde bin, der Grund, die Lichtenburg als Strafgefängnis nicht mehr zu benutzen.«⁹

Dennoch entschied am 22. und 24. Mai der Merseburger Regierungspräsident, die Lichtenburg als Konzentrationslager zu verwenden. Am 31. Mai meldete der Polizeipräsident von Halle, daß in einige Räume schon Schutzhäftlinge zur weiteren Instandsetzung verlegt werden könnten, »damit die in Aussicht genommene Gesamtbelegung beschleunigt durchgeführt werden kann«. Gedacht war an ein Kommando von 40 bis 50 Häftlingen für Maler-, Tischler- und andere Arbeiten. Dadurch sollte der Aufwand möglichst gering gehalten werden.¹⁰ Am 13. Juni teilte der Regierungspräsident von Merseburg mit, das Sammellager Lichtenburg sei eröffnet worden. Lagerleiter wäre der Landjäghauptmann Wilke, Verwaltungsleiter der Polizeioberssekretär Graul. Bis zum 20. Juni seien aus dem Regierungsbezirk 500 Schutzhäftlinge, darunter 260 aus dem Polizeigefängnis in Halle, nach Prettin überzuführen.¹¹ Erste Häftlinge bildeten das Vorkommando. Denn am 15. Juni schrieb Wilke an seinen Vorgesetzten in Merseburg, die Gefangenen würden »dringendste Arbeiten« verrichten; Material und Ausrüstung träfen ein, so daß der angekündigte Transport aufgenommen werden könne.¹²

Für wen das neue Konzentrationslager gedacht war, hielt der Regierungspräsident in Merseburg am 7. Juli fest: Es sei »in erster Linie zur Unterbringung von solchen staatsfeindlichen Elementen bestimmt, die im Interesse der Erhaltung und Festigung der Staatssicherheit für einen längeren Zeitraum in Haft gehalten werden müssen. Personen, bei denen die Haftdauer mehrere Monate nicht übersteigen wird, kommen für die Aufnahme in das Sammellager Lichtenburg zunächst nicht in Frage. Diese Häftlinge sind daher weiter in Polizei- und Gerichtsgefängnissen unterzubringen.«¹³ Dieser Grundsatz galt sicher gleichermaßen für weitere neuerrichtete größere Konzentrationslager.

Ab Juni 1933 wurden Häftlinge aus Folterstätten, Polizei- und Justizgefängnissen in so großer Zahl in die Lichtenburg geschleppt, daß sie laut Mitteilung des Regierungspräsidenten in Magdeburg vom 6. August »bereits überfüllt« war.¹⁴ Nach Auskünften, die ein japanischer Korrespondent bei einer Besichtigung erhielt und die das »8 Uhr Abendblatt« am 29. November

6 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1204, Bl. 443 u. 311; Nr. 1183, Bl. 34/35; Nr. 1090 II, Bl. 328; Nr. 349, Bl. 9 u. 43. 7 Ebenda, Nr. 1171, Bl. 457, 399 ff. u. 416, Nr. 1090 I, Bl. 278, Nr. 1183, Bl. 28, Nr. 349, Bl. 11, 51 u. 87.

8 Archiv der Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg (im folgenden: Arch. Lichtenburg), Nr. 249; Werner Pfifferling, Sie leben in uns fort. Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD 1933 bis 1945 im Kreis Wanzleben, Wanzleben 1976, S. 64f.

9 StA Magdeburg, Rep. 50 C, Torgau, Nr. 570, Bl. 357. 10 Arch. Lichtenburg, Nr. 105. 11 Ebenda, Nr. 136.

12 Ebenda, Nr. 107. 13 Ebenda, Nr. 137. 14 StA Magdeburg, Rep. 230, Quedlinburg, Nr. 160, Bl. 151.

veröffentlichte, betrug die Zahl der Lagerinsassen 1535. Am 25. Mai 1934 befanden sich 439 Gefangene im KZ Lichtenburg, darunter 257 Kriminelle.¹⁵

Die Gefangenen wurden zunächst durch reguläre Polizisten, danach von rund 150 SA- und SS-Leuten bewacht. Deren Kommandant war der SS-Truppführer Edgar Entsberger von der SS-Standarte 26, Direktor des Konzentrationslagers der Polizeiverwaltungsbeamte August Widder, der jedoch bald abgelöst wurde.¹⁶ Die Lichtenburger Häftlinge mußten in den Gebäuden, darunter in den Küchen und Lagerwerkstätten, im zum Lager gehörenden Gartenbaubetrieb und in Kies- und Sandgruben außerhalb Pretzins arbeiten.¹⁷

Ein weiteres Lager entstand im westpreußischen Hammerstein. Nach der ersten Besichtigung des Truppenübungsplatzes und nach dessen Übergabe an die Verwaltung des preußischen Innenministeriums wies der Regierungspräsident in Schneidemühl am 21. April an: Dort seien sofort »nur unbedingt erforderliche Arbeiten« auszuführen, da »Eilbedürftigkeit« für ein »Konzentrationslager für politisch Inhaftierte« bestehe. Danach gaben Polizeioffiziere Bauleuten den Auftrag, zwei vorhandene Baracken mit Stacheldraht zu umzäunen, Fenster zu vergittern, Innen- und Außenbeleuchtung zu installieren und die Räume für 250 bis 300 Häftlinge vorzurichten. Die Arbeiten waren durch Handwerker und ein SA-Kommando am 8. Mai abgeschlossen. Bewachung aus 31 Polizisten und 42 SA-Leuten stand bereit. Allerdings wiederholte bei einer Besichtigung am selben Tag der Reichswehrkommandant von Neustettin mit Blick auf die Grenznähe zu Polen und auf die erhöhte Spionagegefahr seine Bedenken gegen die Konzentrierung inhaftierter Kommunisten. Auch stellte man fest, daß Wäsche und Eßbestecke fehlten. Dessen ungeachtet wurde am 12. Mai und 16. Mai geprüft, ob nicht durch Einbeziehung weiterer Baracken 1000 Häftlinge in Hammerstein unterzubringen seien.

Die Entscheidung über die Belegung der beiden Baracken fiel unmittelbar danach. Denn das preußische Innenministerium teilte am 24. Mai mit, daß der Norddeutsche Lloyd 300 Eßbestecke absenden werde, und fügte zwei Tage später hinzu, die Polizeiverwaltungen in Berlin und Königsberg schickten 550 Bezüge bzw. Bettlaken und Handtücher. Am 23. Juni fand eine letzte Besprechung unter Leitung eines Vertreters des Innenministeriums in Hammerstein und Schneidemühl statt. Festgelegt wurde, daß die Bewachung aus 40 SS-Leuten und einem SS-Führer als Lagerkommandanten bestehe. »Der frühere Plan, die Lagerbewachung durch SA-Leute zu stellen, ist auf ausdrücklichen Wunsch des Ministerialdirektors Daluege fallen gelassen, da grundsätzlich die Bewachung in sämtlichen Konzentrationslagern künftig durch SS-

Mannschaften erfolgen soll.« Zehn Polizisten, ein Polizeioffizier und ein Verwaltungsbeamter sollten das SS-Kommando in den ersten Tagen anleiten. Es mußte am 27. Juni bereitstehen, da am nächsten Tag die Häftlinge aus Pommern-Westpreußen einträfen und weitere aus anderen preußischen Provinzen folgen würden. Die Lagerordnung habe der Schneidemühler Polizeichef zu erlassen.¹⁸

Am 28. Juni meldete die »Vossische Zeitung« den bevorstehenden Transport von 250 Häftlingen nach Hammerstein. Die ersten 50 aus der preußischen Grenzprovinz lieferte man am 28. Juni, weitere 200, darunter aus Ostpreußen, Anfang Juli ein. Der Polizeileutnant Gieraths wies wie vorgesehen den SS-Sturmführer Eberhard Furbach und die SS-Wache ein.¹⁹

Für das Emsland-Moor, wo in der Weimarer Republik Angehörige des Freiwilligen Arbeitsdienstes und Notstandsarbeiter eingesetzt worden waren, hatte der preußische Justiz- an den Reichsjustizminister am 11. Juni 1933 geschrieben: »Um die politischen Häftlinge zu einer Werte schaffenden Arbeit heranzuziehen, habe ich mich im Einvernehmen mit den anderen in Betracht kommenden preußischen Fachressorts entschlossen, die großen Ödflächen im Regierungsbezirk Osnabrück rechts und links der Ems von staatswegen zu erwerben und die Häftlinge hier mit Kultivierungsarbeiten auf lange Sicht zu beschäftigen.« Doch reiche das Areal in staatlicher Hand dafür nicht aus. Weiteres Land könne aber nur durch Enteignung erlangt werden. Dazu legte der preußische Justizminister einen Gesetzentwurf bei. In ihm hieß es: Der preußische Staat könne bei der Enteignung des Ödlandes bei Osnabrück für die Entschädigung den Rechtsweg ausschließen und auch sonst vom Artikel 153 der Verfassung abweichen. Gleiches beinhaltete der Entwurf des preußischen Innenministeriums vom 13. Juli. Es fügte aber an, daß »später die asozialen Elemente herangezogen werden sollen«. Der Reichsinnenminister ließ diesen Entwurf auf die Tagesordnung der Sitzung der Reichsregierung am folgenden Tag setzen. Dabei äußerten sich der Reichswirtschaftsminister und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, es ginge nicht an, Arbeitsdienst und Häftlinge gleich zu behandeln. Hitler verfügte, die Unterbringung von Gefangenen sei grundsätzlich zu klären.²⁰

Zu dieser Zeit existierte das erste Emslandlager schon. Am 22. Juni waren aus dem Gerichtsgefängnis Ulmer Höh in Düsseldorf 90 inhaftierte Handwerker nach

18 WAP w Poznaniu, Rejencja w Pile, Nr. 700, k. 10/11, 18 – 20, 23 – 26, 30/31, 36 – 41 u. 61 – 63.

19 Andrzej Czarnik, Hitlewskich obóz koncentracyjny w Czarnew w 1933 r., in: *Zbrodnie Hitlerowskich na ziemi Koszalińskiej w latach 1933 – 1945*, Koszalin 1968, S. 45. – In dem Entwurf eines Schreibens an die deutschen diplomatischen Ver-

tretungen bezeichnete der Legationsrat im Auswärtigen Amt Vicco von Bülow-Schwantes Hammerstein als »eines der größten Konzentrationslager« (ZStA Potsdam, Film 17 505). 20 ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 7124, Bl. 310ff., *Akten der Reichskanzlei*, Bd. 1, S. 663.

15 Arch. Lichtenburg, Nr. 108. 17 Ebenda, S. 190.

16 ZPA, St 62/5/10; *Kleine*, S. 192f.

Börgermoor transportiert worden, meist Maurer, Tischler und Zimmerleute. Am 27. Juni hatte der Regierungspräsident Eggers aus Osnabrück den dortigen Polizeihauptmann Widmann zum Kommandanten des Lagers ernannt, der mit einer Polizeitruppe anrückte. Am nächsten Tag war vom preußischen Innenminister – als ihm unmittelbar unterstellt – die Verwaltungsdirektion der staatlichen Moorlager mit Sitz in Papenburg eingesetzt worden.²¹

Ab 1. Juli stand ihr die im Kostenvoranschlag genannte Summe von 959000 RM zur Verfügung. Alle zehn Tage war über den Fortgang des Baus zu berichten. Vier Tage darauf vermerkte der preußische Justizminister, daß im Emsland »Konzentrationslager für 3000 Häftlinge vor der Vollendung« stünden. Am 12. Juli übergab Widmann das Lager dem SS-Sturmführer Willi Fleitmann, während Polizisten die ersten SS-Leute noch einige Zeit ausbildeten. Das Bautempo erhöhte sich auf ministerielles Drängen, das Schichtarbeit und den Vorrang der Beleuchtung an den Sicherungsanlagen verlangte. Am 20. Juli konnte Eggers melden, daß zwei Baracken bezugsfertig seien, die nächsten am 24. Juli bereitstünden und die Lagerumzäunung ab folgendem Tag angestrahlt werde.²²



KZ Esterwegen

Bis dahin waren aus Düsseldorf weitere 100 Gefangene, andere aus Aachen, Dortmund, Essen, Hagen und Hessen-Nassau, insgesamt 480 Häftlinge, nach Börgermoor (Lager I) gebracht worden.²³ Die KZ Esterwegen I und II (Moorlager II und III) erhielten am 10. August 800, am 12. und 16. August weitere Häftlinge, Neusustrum (Lager V) Anfang Oktober die ersten Gefangenen zugewiesen.²⁴

21 Langhoff, S. 92f.; *Kosthorst/Walter*, S. 30f., 34f. u. 38; ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 7124, Bl. 130.
22 *Kosthorst/Walter*, S. 38f., 30f. u. 34f.

23 Langhoff, S. 97, 101 u. 105; ZPA, I 2/3/45; *Kosthorst/Walter*, S. 39.

24 *Papenburg-Esterwegen*, in: *Konzentrationslager*, S. 170; *Der Gegen-Angriff* v. 18. 12. 1934

Deren Gesamtzahl betrug in den Moorlagern im September 3000, im November im Lager I 1000, im Lager II zum selben Zeitpunkt 968.²⁵ Im März 1934 befanden sich in den Lagern I bis III 2800 Schutzhäftlinge, im Lager V schon 709 Zuchthausgefangene.²⁶

Während die ersten Häftlinge die Lager fertig ausbauten, darunter die Insassen von Neusustrum ab Herbst 1933 auch das künftige Lager VI in Oberlangen, mußte ein Großteil der Gefangenen in schwerster körperlicher Arbeit das Moor umbrechen, Wege und Straßen anlegen.²⁷

Die Bewachung der Moorlager stellten zunächst SS-Stürme aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet und aus Westfalen, später auch aus Baden und Hessen, etwa 170 SS-Leute für jeden der vier Komplexe.²⁸ Als Kommandant aller Lager fungierte der SS-Standartenführer Paul Brinkmann von der SS-Standarte 229. Der Verwaltungsdirektor hieß Bergmann.²⁹ Kommandant des Lagers I war SS-Sturmführer Fleitmann, des Lagers II SS-Sturmführer Heinrich Katzmann, des Lagers III SS-Sturmführer Martin Seehaus, des Lagers V SS-Sturmführer Emil Faust.³⁰

Da sich die SS-Leute auch an der Bevölkerung des Emslandes vergrißen, sollten sie durch SA-Feldjäger zur Raison gebracht werden. Die SS-Wachen setzten sich jedoch zur Wehr. Deswegen erwirkte der Gestapo-Chef Diels bei Grauert im preußischen Innenministerium, daß der Staatsanwalt Günther Joël vom Justizministerium mit 50 Berliner Polizisten gegen die renitente Wachmannschaft vorgehen solle. Als diese mit Schußwaffeneinsatz und der »Aufriegelung« der Häftlinge bei einem Polizeieingriff drohte, wies Hitler, durch Göring unterrichtet, Diels an, die Polizei habe gewaltsam die Lager

(für Lager III); *Kosthorst/Walter*, S. 39. – Die Angaben von W. M. Badry, Konzentrations- und Gefangenenlager im Emsland von 1933–1945, in: *Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes*, 1968, S. 127f., sind weitgehend falsch, wie auch der ganze Artikel von Fehlern strotzt, obwohl sich Badry, da Leiter der Strafanstalt Lingen, als Sachkenner hinstellt. Zugleich ist unverkennbar, daß er die Kenntnisse der damaligen Einheimischen bezweifelt.

25 ZPA, PSt 3/518; *Als sozialdemokratischer Arbeiter im Konzentrationslager Papenburg*, Moskau/Leningrad 1935, S. 60; ZPA, EA 400.

26 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Papenburg, Nr. 11, Bl. 1; ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 10 074, Bl. 14f.

27 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Esterwegen,

Nr. 15, Bl. 1ff. u. 9ff.; *Willy Perk*, Die Hölle im Moor. Zur Geschichte der Emslandlager 1933–1945, Frankfurt/M. 1979, S. 20f.; *Oriana Sieling/Elke Suhr*, Die Geschichte der Emslandlager, Staatsexamensarbeit, Universität Oldenburg 1979 (MS), T. I, S. 40ff.; *Elke Suhr*, Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933–1945, Bremen 1985, S. 82ff.

28 *Perk*, S. 20; *Der Gegen-Angriff* v. 3. 3. 1934.

29 StA Weimar, Regierung Erfurt, Nr. 10 020, Bl. 279; ZStA Merseburg, 2.5.1, Nr. 12 750, Bl. 2.

30 Langhoff, S. 225; *Deutsche Freiheit* v. 4. 10. 1933; *Papenburg-Esterwegen*, S. 175; ZStA Merseburg, 2.5.1, Nr. 12 750, Bl. 48; *Der Gegen-Angriff* v. 12. 12. 1934; ZPA, I 2/3/45.

zu übernehmen; notfalls sei Artillerie der Reichswehr gegen Häftlinge wie SS-Leute einzusetzen.³¹

Unter Führung des Höheren Polizeiführers West, Stieler von Heydekamp rückten Polizeihundertschaften an. Der Polizeikommandeur schärfte ihnen ein, wie Wolfgang Langhoff später erfuhr, »es handle sich hier um einen Fall von Insubordination, der sich gegen Ordnung und Staatsräson wende und der im Interesse des nationalsozialistischen Staates nötigenfalls mit Waffengewalt niedergeschlagen werden müsse«.³² Ein anderer Häftling schilderte, was dann geschah: »Plötzlich wurde die Ankunft der Schupos vorverlegt. Montagabend (6. November – d. Verf.³³) sollten sie kommen. Montag früh kreisten Beobachterflieger über den Lagern, und mit einem Mal waren sie da! Am nebligen Horizont hoben sich die Wellen der langsam herankriechenden Bereitschaftswagen ab, die auf der einzigen Zufahrtsstraße parallel zum Lager Aufstellung nahmen. . . Ein Lager nach dem anderen wurde vorgenommen. Allein vor Börgermoor nahmen 46 Bereitschaftswagen Aufstellung (von denen allerdings ein Teil Gepäck und Waffen der Schupos enthielt). Der erste Trupp kam im Laufschrift aufs Lager zu. Stahlhelm, Handgranaten im Gürtel, Karabiner in der Hand. Von den Bereitschaftswagen waren Maschinengewehre aufs Lager gerichtet. Die SS-Leute liefen wie tolle Hasen hin und her. Die Waffen wurden auf einen Haufen geworfen.« Der SS-Gruppenführer Fritz Weitzel, Polizeipräsident von Düsseldorf, stellte seitens der SS-Wachen Bedingungen für deren Abzug, vor allem nach nicht ausgezahltem Sold. Sie wurden erfüllt, »und mit 6 Mark in der Tasche verließ die SS das Lager. Die Übergabe an die Schupo hatte sich in knapp 10 Minuten vollzogen«. Die Kommandantur in Papenburg übernahm am 15. November der Polizeimajor Gumbel.³⁴

Die Polizeibewachung aus Hannover und Köln blieb bis 20. Dezember. Dann traten aufgrund einer Weisung Görings von ihr ausgebildete SA-Hilfspolizisten an ihre Stelle. Als kommissarischer Kommandant aller Moorlager wurde der Polizeimajor Hoffmann, Dezernent für Schutzpolizei- und Landjägerangelegenheiten beim Regierungspräsidenten in Osnabrück, bestätigt. Da er wöchentlich nur zwei Tage in Papenburg, der Verwaltung der staatlichen Konzentrationslager, anwesend war, nahm in Wirklichkeit sein Adjutant, der SA-Standartenführer Engel von der SA-Brigade 61 in Han-

nover, die Funktion wahr. Ihm stand nach wie vor der Verwaltungsdirektor Bergmann zur Seite.³⁵ Für Lager II war seit diesem Zeitpunkt SA-Hauptsturmführer Heinrich Remmert, für Lager III August Linnemann und für Lager V Giese verantwortlich.³⁶

Währenddessen war in Berlin-Tempelhof, Columbiastraße 1–3, im Columbia-Haus eine weitere Schutzhaftstätte entstanden. Einer der frühesten Häftlinge, der über seine Erlebnisse im Columbia-Haus schrieb, befand sich seit dem 14. Juli 1933 dort und trug die Gefangenenummer 231. Demnach dürfte diese Haftstätte mindestens seit Juni existiert haben. Das Geheime Staatspolizeiamt ließ politische Gefangene in das Columbia-Haus und zurückbringen. Reinhard Heydrich, seit April 1934 Gestapo-Chef, nannte am 31. Oktober das Columbia-Haus Gefängnis und erwähnte am 11. Juni 1934, daß das dortige SS-Wachkommando im März 1934 aufgelöst worden wäre. Die SS befand sich von Anfang an dort, was sich auch nach der erwähnten Auflösung nicht änderte. Einer der Kommandanten war der SS-Truppführer Othmar Toifl, Verantwortlicher nach der Meinung eines damaligen Häftlings jedoch der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Otto Conrady vom Gestapo.³⁷

Das durchaus als Konzentrationslager zu wertende Columbia-Haus befand sich in einem ehemaligen Militärgefängnis mit höchst unzureichenden sanitären Einrichtungen, die sich erst im Herbst 1933 etwas besserten. In Zellen von 20 und 23 m³ Größe pferchte man drei bzw. vier Häftlinge. Die Zahl der Gefangenen betrug Mitte Juli 1933 ungefähr 80, im September 300 bis 400. Ihr Alter lag zwischen 14 und 80 Jahren.³⁸

Der Regierungspräsident von Düsseldorf schrieb am 6. Juli 1933 an den preußischen Innenminister, in seinem Bereich sei ein Konzentrationslager eingerichtet worden, »weil die Strafanstalten des Regierungsbezirks infolge der zahlreichen in Schutzhaft genommenen politischen Gefangenen sehr stark belegt waren und vorläufig mit einer Verminderung der Gefangenenzahl nicht gerechnet werden könne. Das beabsichtigte leerstehende Fabrikgebäude der früheren »Wuppertaler Putzwollfabrik« sei für die Unterbringung von 200 bis 300 Gefangenen geeignet und solle der SA-Untergruppe ohne Mietkosten überlassen werden.« In der Antwort aus Berlin hieß es am 24. Juli: »Für den Bewachungsdienst für das vom Polizeipräsident Wuppertal und der dortigen SA-Untergruppe vorübergehend eingerichtete Lager zur Unter-

31 *Der Gegen-Angriff* v. 14. 4. 1934; Diels, S. 259ff. – Joël wurde Gnadenreferent im Reichsjustizministerium und SS-Obersturmbannführer, schließlich Generalstaatsanwalt in Hamm. Er setzte sich vielfach für die Vollstreckung von Todesurteilen ein. 1947 im sogenannten Juristenprozeß von einem US-amerikanischen Militärgericht in Nürnberg zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. – Günther Wieland, Das war der

Volksgerichtshof. Ermittlungen, Fakten, Dokumente, Berlin 1989, S. 71.

32 Langhoff, S. 227; Mainz, S. 440ff.

33 Laut Aktennotiz des Regierungspräsidenten von Stettin v. 20. 11. 1933 (WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 12 048, k. 357).

34 *Der Gegen-Angriff* v. 14. 4. 1934; *Kosthorst/Walter*, S. 64, Dok. 4.

35 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Papenburg, Nr. 11, Bl. 9ff.; *Perk*, S. 35 u. 42; ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 10 074, Bl. 18; ZStA Merseburg, 2.5.1, Nr. 14 166, Bl. 18.
36 ZStA Merseburg, 2.5.1, Nr. 14 166, Bl. 18, Nr. 14 170, Bl. 6 v, Nr. 14 168, Bl. 85.
37 *Deutsche Volkszeitung* v. 14. 6. 1934; *Die neue Weltbühne* v. 3. 1. u. 10. 1. 1935; ZStA

Potsdam, Film 10 456; Diels, S. 256; *Der Reichstagsbrand*, S. 328; *Der Gegenstoß* v. 1. 12. 1933. *Kurt Schilde/Johannes Tuchel*, Columbia-Haus, Berliner Konzentrationslager 1933–1936, Berlin 1990, S. 26ff.
38 *Januar-Bericht über die Lage in Deutschland* v. Jan. 1934; *Die neue Weltbühne* v. 24. 1. u. 31. 1. 1935.

bringung politischer Schutzhäftlinge genehmige ich die Gestellung eines – nur aus geeigneten SS-Leuten zusammenzustellenden – Wachkommandos in Stärke bis zu 30 Mann Hilfspolizeibeamten. . . Unter Bestätigung der bereits vor einigen Tagen erfolgten fernmündlichen Mitteilung weise ich nochmals darauf hin, daß die dauernde Einrichtung eines Konzentrationslagers bzw. Durchgangslagers in Wuppertal nicht in Frage kommt, da die politischen Schutzhäftlinge aus den westlichen Bezirken schon in den nächsten Wochen in die im Bau befindlichen Moorlager im Regierungsbezirk Osnabrück überführt werden sollen; die Herrichtung des Lagers in Wuppertal ist daher nur als eine vorübergehende Einrichtung zu betrachten.«³⁹



KZ Kemna

Am 5. Juli hatte der Polizeipräsident, SA-Oberführer Willi Veller, das Lager Kemna am Rande von Wuppertal-Barmen errichten lassen. In dem leeren Fabrikgebäude benutzte man zwei Hallen und zwei Stockwerke. Platz war höchstens für 200 bis 300 Gefangene, doch wurden bis zu 1000 hineingezwängt. Insgesamt schleppten die Nazis schätzungsweise 4500 Menschen durch das KZ Kemna. Ein Teil von ihnen mußte Erdarbeiten in der Umgebung leisten.

39 Karl Ibach, Kemna. Wuppertal-Barmen 1931, S. 111f.

Entgegen dem Verlangen des Innenministeriums, das wohl auf den Leiter der Polizeiabteilung, SS-Gruppenführer Kurt Daluge, zurückging, wurden in der Kemna 30 bis 35 SA-Leute als Wachmannschaft eingesetzt, die in drei Schichten Dienst taten. Kommandanten waren für kurze Zeit SA-Sturmführer Hugo Neuhoß, danach bis Anfang Dezember 1933 SA-Sturmführer Alfred Hilgers, anschließend für etwa einen Monat SA-Sturmführer Wolters. Mehrfach inspizierten der Düsseldorfer Polizeipräsident, SS-Obergruppenführer Fritz Weitzel, der Regierungspräsident und eine Kommission des Innenministeriums das Lager, ohne etwas zu beanstanden.⁴⁰

In Porz bei Köln ließ der Führer des SA-Sturmabannes III/65 aus Bergisch Gladbach, SA-Sturmführer Schreiber, nach dem 9. Juli in einen leerstehenden Betrieb, der der IG Farbenindustrie AG gehörte, politische Gefangene schleppen. Vom 15. bis Ende Juli versuchten hier 27 SA-Leute aus Porz und Wahn mindestens 63 Mitglieder der beiden großen Arbeiterparteien, meist Kommunisten, zu Aussagen zu nötigen. Im letzten Novemberdrittel diente die Fabrik erneut zur Mißhandlung von 21 politischen Häftlingen.⁴¹

Seit 18. Juli existierte ein Konzentrationslager in der Provinz Schleswig-Holstein in Kühlen bei Rickling in der Nähe von Neumünster. Zuerst in einem Gutshof, nach über einer Woche in einer beschlagnahmten Baracke der Evangelischen Freischar der Arbeit, sollte es laut »Holsteinischem Courier« vom 20. August 1933 für 100 Häftlinge ausreichen.

Tabelle 11

Häftlinge im KZ Kühlen, Juli bis Oktober 1933

Monat	Juli	August	September	Oktober
Anzahl	19	102	141	115

Quelle: Ricklinger Brüderbrief v. April 1983.

Insgesamt durchlitten 191 Gefangene das Lager. Nach unvollständigen Angaben war der jüngste 18, der älteste 63 Jahre alt. 51 von ihnen stammten aus Neumünster, darunter ein Vater mit seinen beiden Söhnen, 44 aus dem Kreis Pinneberg, 38 aus dem Kreis Segeberg. Nach einem Häftlingsbericht mußten zehn von ihnen in einem Barackenraum von 40 m³ hausen. Lagerleiter war der SS-Angehörige Othmar Walchensteiner, dem ein SS-Mann und neun SA-Leute unterstanden. Die Verwaltung lag beim Diakon Franz Schuba, wie auch der

40 Ebenda, S. 16f., 24, 115, 98 u. 80; ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, ZF g 10/1178/34, unfol.
41 Gebhard Aders, Das Schutzhaftlager der SA am Hochkreuz in Porz-Gremberghoven, in: Rechtsrheinisches Köln, 1982, S. 104ff.

Landesverein für Innere Mission Vergütung an die Wachmannschaft zahlte.⁴²

Für ein großes, im August entstandenes preußisches Konzentrationslager kam am 26. Mai der Vorschlag aus der Polizeiverwaltung Brandenburg: die aufgegebene, alte Strafanstalt in der Innenstadt, in die schon in acht Tagen 150 bis 200 Häftlinge eingewiesen werden könnten und die für maximal 600 ausreiche. Die Bewachung werde die SA und SS stellen, Verpflegung das neue Zuchthaus.⁴³ Die Prüfung, ob das seit 1820 existierende Zuchthaus, ab 1931 als unzumutbar geschlossen, geeignet sei, zog sich hin. Am 10. August jedoch wies das preußische Innenministerium an, dort ein Lager für politische Schutzhäftlinge einzurichten. Laut Schreiben vom 19. August war ein Polizeiobersekretär zu Vorarbeiten abzuordnen. Fünf Tage später teilte der preußische Innenminister mit, das KZ Brandenburg wäre eröffnet worden. Die Verwaltungsdirektion des staatlichen Konzentrationslagers sei eine »selbständige Behörde, die mir unmittelbar untersteht und daher auch ihre Berichte mir unmittelbar vorzulegen hat«. Am selben Tag meldete der »Brandenburger Anzeiger«, die ersten 90 Häftlinge wären eingetroffen. In den nächsten Wochen werde sich ihre Zahl auf 1200 erhöhen. Die Bewachung bestand aus Berliner SS-Leuten unter dem Kommandanten Fritz Tank. Der Gestapo-Beauftragte hieß Armes oder Hermes.⁴⁴

Ein anderes Konzentrationslager entstand im Herbst 1933 in Stettin. Laut einer Besprechungsnotiz vom 19. Juni verlangten der Regierungsvizepräsident, der Polizeipräsident und ein SA-Oberführer »in den Baraken (des Sportplatzes — d. Verf.) in der Jahrstraße, wo in einem Hause der SA bereits Unterbringungsräume hergestellt wurden, eine entsprechende Dienststelle zwecks Vernehmung von Schutzhaftgefangenen« einzurichten.⁴⁵

Im Herbst 1933 amtierte der Berliner SS-Oberführer Fritz Engel als Polizeipräsident in Stettin. Er hatte in Berlin schon viel von dem Gestapo-Gefängnis Columbia-Haus und den KZ Brandenburg, Sonnenburg und anderen Lagern gehört. So verstand er den Auftrag, den ihm der Gestapo-Chef Diels erteilte: »Sie müssen einen Bunker errichten, nach Pommern müßte eine Columbia-Diele kommen!« Daraufhin suchten die Stet-

tiner Gestapo-Beamten SS-Sturmführer Joachim Hoffmann und SS-Scharführer Bruno Vater ein geeignetes Haus. Sie fanden es »in einem völlig verfallenen und verwahrlosten Verwaltungsgebäude der früheren Vulkanwerft in (Stettin-)Bredow.« In dessen Kellern wurden ab Anfang Oktober durchschnittlich etwa 25 bis 40 Häftlinge eingekerkert. In den oberen Stockwerken befand sich eine SS-Führerschule. Lagerkommandanten waren: SS-Truppführer Otto Meier, im Februar 1934 SS-Truppführer Karl Salis, danach für kurze Zeit SS-Truppführer Fritz Pleines, sämtlich Polizeiangestellte. Weiter gehörten drei SS-Leute zur Bewachung. Diels besichtigte am 15. Februar 1934 die Marderstätte und fand die Verhältnisse »wie überall üblich«.⁴⁶

Oldenburg

In Oldenburg wurde etwa ab Juni 1933 das Amtsgerichtsgefängnis Eutin als Konzentrationslager bezeichnet. Zur selben Zeit begann der Einsatz seiner Insassen zu Kultivierungsarbeiten im Lindenbruch. Im Oktober 1933 bestanden für kurze Zeit Lager in Neukirchen und in einem Schweinestall in Nüchel. Zu Arbeiten im Straßenbau verlegte man am 3. Oktober KZ-Häftlinge in ein ehemaliges Reichsbannerlager in Holstendorf. Als es geräumt werden mußte, kamen die ca. 50 Häftlinge am 5. Dezember in ein Privathaus in Ahrensböck.

Alle diese Lager unterstanden dem Regierungspräsidenten des oldenburgischen Landesteils Lübeck, Johann Heinrich Böhmcker. Ihr Leiter war der SA-Sturmführer Theodor Tenhaff, sein Stellvertreter der SA-Truppführer Herbert Bartels. Die Bewachung oblag SA-Leuten. Durchschnittlich befanden sich 20 bis 40 Häftlinge in Eutin, 50 bis 70 in Holstendorf und Ahrensböck. Insgesamt waren in den oldenburgischen Konzentrationslagern etwa 300 bis 400 Menschen inhaftiert.⁴⁷

Anhalt

Im Anhaltischen wurde, wie der »Anhalter Anzeiger« am 30. August meldete, um die Gerichtsgefängnisse zu entlasten, ein Übergangskonzentrationslager eingerichtet. Es befand sich im Volkshaus der Gewerkschaft in Roßlau, wohin über 100 politische Häftlinge gebracht

42 Bringmann/Diercks, S. 47f.; Ricklinger Brüderbrief v. April 1983; Bernd Eichmann, Versteiert, verarmt, vergessen. KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1985, S. 23ff.; Harald Jenner, Konzentrationslager Kühlen 1933, Rickling 1988, S. 39ff.

43 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1183, Bl. 41.

44 Ebenda, Nr. 1192, Bl. 2 u. 4f., Rep. 29, Brandenburg, Do 20, Bl. 190ff. u. 267; Bernhard Bogedain/Klaus Heß, Zum Kampf der

Arbeiterklasse der Stadt Brandenburg gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus in den Jahren 1929 bis 1945 unter besonderer Berücksichtigung der führenden Rolle der KPD, Phil. Diss., Pädagogische Hochschule Potsdam, Potsdam 1978, S. 119ff.; ZPA, I 2/3/45.

45 WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 12 043, k. 643; Bogusław Drewniak, Początki ruchu hitlerowskiego na Pomorzu zachodnim 1923–1934, Poznań 1962, S. 102, 104ff. u. 108.

46 ZStA Merseburg, 2.5.1, Nr. 14200, Bl. 155, 23, 234ff., 156, 12, 162, 49f., 35, 11, 193, 224; Drewniak, S. 156ff.; Wiesner, S. 192; Robert Thévoz/Hans Branig/Cecile Lowenthal-Hensel, Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten. Die geheime Staatspolizei in den preußischen Ostprovinzen 1934–1936, Köln/Berlin 1974, Bd. 11, S. 31ff., Bd. 12, S. 221ff.

47 Lawrence D. Stokes, Das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34. Zur Geschichte eines »wilden« Konzentrationslagers, in: VJZ, 1979, H. 4, S. 581ff., ders., Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918–1945, Neumünster 1984, S. 511ff.; ZPA, St 62/5/10.

wurden. Mitte Oktober 1933 transportierte man die ersten 25 Häftlinge aus Dessau an, später weitere Landesbewohner aus dem KZ Oranienburg, wohin ungefähr 40 von ihnen Mitte Juni 1933 geschleppt worden waren. Anfang 1934 sperrten die Machthaber auch die Frau des SPD-Abgeordneten Gerhart Seger und dessen noch nicht zweijährige Tochter in das KZ Roßlau ein. Lagerleiter war der Wachtmeister Otto Marx, dem 12 bis 14 Mann Bewachung unterstanden.⁴⁸

Bremen

In Bremen beschäftigte sich am 11. Juli 1933 der Senat mit Konzentrationslagern. Innensenator Theodor Laue erklärte: »Mit Rücksicht auf die anhaltenden kommunistischen Umtriebe beabsichtige er, das Konzentrationslager an der Walsroder Straße (Mißler – d. Verf.) aufzuheben und etwa 50 besonders gefährliche Schutzhäftlinge auf dem Fort Langlütjen II unterzubringen. Kosten würden durch diese Maßnahme nicht entstehen, da die Marineleitung die Befestigungsanlage auf Langlütjen II kostenlos zur Verfügung stelle.« Die übrigen Häftlinge seien zu »nutzbringender Arbeit« heranzuziehen, »und zwar auf dem sogenannten Ochtumsand, wo die Wasserstraßendirektion Sand ablagere, der mit einer Humusschicht bedeckt werden müsse.«⁴⁹

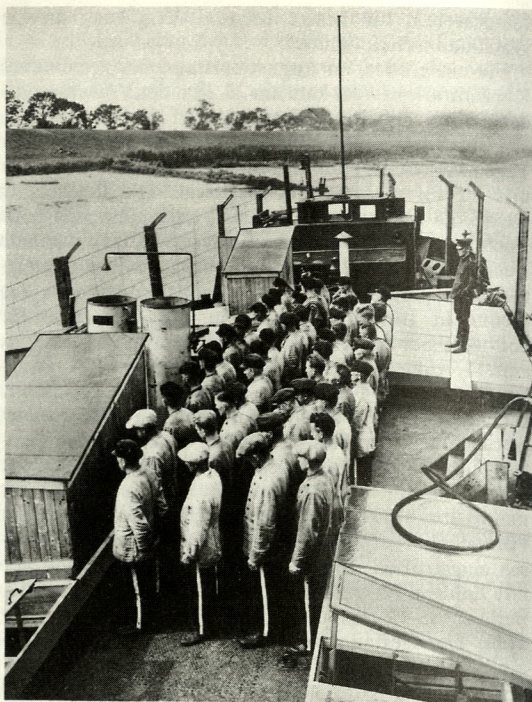
Am 13. September teilte die Gestapo in den »Hamburger Nachrichten« mit: Der größte Teil der Bremer Schutzhäftlinge sei »nun auf einem Schiff untergebracht, das für Wohn- und Wirtschaftszwecke hergerichtet ist und unmittelbar bei der Arbeitsstelle liegt. Ein zweites Lager ist außerhalb Bremens in einer früheren Militärbefestigung eingerichtet worden. Hier sind diejenigen Personen untergebracht, die wegen ihrer politischen Tätigkeit und ihrer Einstellung gegen den nationalen Staat als besonders gefährlich anzusehen sind. In Zukunft sollen die Personen, die wegen Fortsetzung staatsfeindlicher Propaganda in Schutzhaft genommen werden, ebenfalls in diesem Lager untergebracht werden, wo sie längere Zeit Gelegenheit haben, über ihre verbrecherische Tätigkeit nachzudenken.« Tags zuvor waren Schutzhäftlinge auf das Lloyd-Schiff Nr. 86 bei Ochtumsand an der Ochtum-Mündung und andere schon am 9. September in die Kasematten des ehemaligen kaiserlichen Marineforts Langlütjen II an der Wesermündung bei Bremerhaven transportiert worden. Die befestigte Insel wurde im weiten Umkreis gesperrt; Fischerboote und andere Wasserfahrzeuge vertrieb die Wache mit Schüssen. Auf dem Schiff befanden sich ungefähr 150 politische Gefangene.⁵⁰

48 Horst Engelmann, Sie blieben standhaft. Der antifaschistische Widerstandskampf in Dessau unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dessau 1965, S. 45f.; Dok.-Zentrum,

KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 3 a u. 5.

49 ITS, Arolsen, HGM Bremen-Findorf, unpag.

50 Antifaschistischer Widerstand 1933–1945 in Bremen, S. 7



KZ Bremen-Ochtumsand

Thüringen

In Thüringen wurde am 2. November bekanntgemacht, daß ein Konzentrationslager in Bad Sulza eingerichtet sei und dem Ministerium des Inneren unterstünde. Der Auftrag, das Gebäude, der Thüringer Staatsbank gehörend und als Hotel und Textilfabrik genutzt, als Häftlingslager vorzurichten, war Anfang Oktober 1933 erteilt worden. Eine Besichtigung hatte ergeben, daß im ersten Geschoß der Seiten- und Hintergebäude Platz für etwa 130 männliche Schutzhäftlinge sei, während im zweiten Stockwerk weibliche Gefangene sowie die Werkstätten untergebracht werden könnten. Die Bauanweisung erstreckte sich auf eine Kapazität von 250 KZ-Insassen.

Als Kommandant fungierte der Kriminalsekretär Carl Haubenreißer. Ihm unterstanden SA- und ein paar SS-Leute, insgesamt 80 Mann. Im KZ Bad Sulza befanden sich im Monat seiner Errichtung 50 bis 60 Häftlinge, vor allem »frühere kommunistische Landtagsabgeordnete und führende Funktionäre der KPD« sowie

u. 68f.; Bremen-Kaputt. Bilder vom Kriege 1939–1945. Berichte, Dokumente, Erinnerun-

gen hg. von C. U. Schminck-Gustavus, Bremen 1983, S. 26.

andere »Personen, bei denen eine längere Schutzhaft erforderlich« sei. Darunter war rund ein Dutzend Frauen wie Martha Gäbler, Lydia Poser aus Jena und Rosa Wohlfahrt aus Saalfeld.⁵¹

Württemberg

In Württemberg hatten die Nazis schon Ende Mai 1933 rund 60 Häftlinge aus dem KZ Heuberg in das Garnisonsarresthaus Ulm geschleppt. Zum größten Teil KPD-Funktionäre, galten sie als besonders gefährlich und sollten schärfer als andere angefaßt werden. Ende September verbrachte man weitere Häftlinge nach Ulm, vorwiegend Sozialdemokraten. Die Bewachung des Lagers aus kasernierten Schutzpolizisten stand unter Leitung des Polizeioberwachmeisters Gnaier.

Danach wurden Ende November die ersten Gefangenen im neu eingerichteten KZ Fort Oberer Kuhberg bei Ulm von den Lastkraftwagen getrieben, die man vom Heuberg und von dessen Ulmer Filialstelle gebracht hatte. Sie fanden düstere, feuchte und völlig verdreckte Kasematten der seit dem ersten Weltkrieg nicht mehr benutzten Festung vor. Sie mußten Stroh auf dem Lehm Boden ausbreiten und konnten das Lager erst nach Wochen mit Tischen, Stühlen und Öfen ausstatten. Im Dezember folgte das Gros der württembergischen Insassen des KZ Heuberg. Durchschnittlich schmachteten schätzungsweise 300 Häftlinge im KZ Kuhberg. Sie mußten im Steinbruch, beim Wegebau sowie in der Reparaturwerkstatt für die Reichswehr in der Festung Schirrhof arbeiten. Die SA-Bewachung unter dem Oberleutnant a. D. Karl Buck kam ebenfalls vom Heuberg.⁵²

Mecklenburg und Schaumburg-Lippe

In Mecklenburg sollte laut »Vossischer Zeitung« vom 20. September »nunmehr auch... ein Konzentrationslager eingerichtet werden«. Und die Schaumburg-Lippesche Landesregierung meldete am 12. Oktober dem Reichsinnenministerium, nach einem Antrag aus Lippe-Deismold sei beabsichtigt, das Arbeitsdienstlager in Heidequelle in ein Konzentrationslager umzuwandeln. Wenn dies geschehe, würden Schutzhäftlinge aus Schaumburg-Lippe dorthin gebracht.⁵³

51 *Bekanntmachungen für die staatliche Polizei* v. 4. 11. 1933; StA Weimar, Kreisamt Weimar, Nr. 994, unfol.; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Nr. 25 709, Bl. 184; Archiv der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald (im folgenden Arch. Buchenwald), Nr. 31/373, 31/382-2 u. -3; Schreiben von Robert Stephan an die Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR v. 8. 7. 1984.

52 Schätzle, Stationen..., S. 28ff.; Werner Weidlin, Das Konzentrationslager Fort Oberer Kuhberg, Ludwigsburg 1983, S. 20ff.; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Nr. 26 058, Bl. 284; Silvester Lechner, Das KZ Oberer Kuhberg und die NS-Zeit in der Region Ulm/Neu-Ulm, Stuttgart 1988, S. 12ff. 53 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Nr. 25 709, Bl. 66.

Frauenlager

Schon am 3. Juni waren die ersten beiden weiblichen Gefangenen, die Kommunistinnen Marie Peix und Hannah Vogt, in das Werkhaus Moringen gesperrt und dort in einem Krankenzimmer untergebracht worden. Die Zahl der inhaftierten Frauen erhöhte sich rasch, so daß sie Anfang Juli in einen großen Saal verlegt werden mußten. In Moringen befanden sich Ende August 25 Frauen, die die SS-Bewachung nicht viel anders als die Männer behandelte.

Zur selben Zeit fragte das preußische Innenministerium in Hannover an, welche Möglichkeiten bestünden, in Moringen weitere weibliche Gefangene unterzubringen. Der Regierungspräsident antwortete am 25. September, das Lager könne 400 Frauen fassen. Daraufhin wies der Innenminister am 12. Oktober die Oberpräsidenten der Provinzen an, alle weiblichen Schutzhäftlinge nach Moringen zu überführen. Von ihnen kamen die ersten sechs Tage später, das Gros, ungefähr 70 Frauen, am 9. November an. Nachdem am 29. November alle 168 männlichen Insassen in das KZ Oranienburg transportiert worden waren, befanden sich 75 weibliche politische Gefangene im Frauenkonzentrationslager Moringen. Auch nichtpreußische Länder wiesen eingekerkerte Frauen nach Moringen ein, wo nach Abzug der SS-Leute im November Aufseherinnen aus der NS-Frauenschaft dem Direktor des Arbeitshauses, Hugo Krack, unterstanden.⁵⁴

Lager für Asoziale

Ein weiteres preußisches Konzentrationslager mit freilich ganz anderem Charakter ließ der Landrat von Meseritz »zur Bekämpfung des Bettler- und Landstreicherwesens« errichten und in Gumpertshof tatsächlich oder vermeintlich Asoziale einsperren. Aus der bebilderten Meldung des »Völkischen Beobachters« vom 4. Oktober 1933 ging hervor, daß sich damals dort 50 Insassen befanden, die landwirtschaftliche Arbeiten verrichten mußten. Mit solchen »Bettlerlagern«, die auch bei Görnitz und in Singen-Hohentwiel entstanden⁵⁵, wollte man einerseits die in Betracht Kommenden viel länger und

54 Moringen, S. 15ff.; Mlynek, S. 76f.; StA Potsdam, Rep. 6 B, Landratsamt Cottbus, Nr. 637, Bl. 28; Hanna Elling, Frauen im deutschen Widerstand 1933–1945, Frankfurt/M. 1979, S. 23f.; Ino Arndt, Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, in: *Studien...*, S. 94f.; Bericht von Rita Sprengel an die Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR von Anfang 1983.

55 Wolfgang Ayass, »Es darf in Deutschland keine Landstreicher mehr geben«. Die Verfolgung von Bettlern und Vagabunden im Faschismus, Hausarbeit, Gesamthochschule Kassel, Kassel 1980 (MS), S. 82; ders., Bettler, Landstreicher, Vagabunden, Wohnungslose und Wanderer, in: *Mitteilungen der Dokumentationsstelle für NS-Sozialpolitik*, 1985, H. 9/10, S. 61.

Der Oberpräsident

der

Provinz Brandenburg und von Berlin

Charlottenburg 5, den

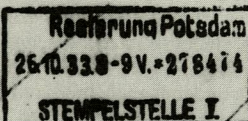
23. Oktober

1933

Raigraben 1

Telefon: C 0 Traunhofer 0151

Aktenzeichen: O. P. gen. 139 Beih. 190



Der Preussische Minister
des Innern.

II 6 1600/

Abschrift.
Berlin, den 12. Oktober 1933
NW 7, Unter den Linden 72/74

IPol. 6076

Sofort !

Ich ersuche ergebenst, sämtliche in der dortigen Provinz
vorhandenen weiblichen Schutzhäftlinge unter entsprechender
schutzpolizeilicher Bewachung baldigst in das Häftlingsla-
ger in Moringen, Krs. Northeim, Regierungsbezirk Hildes-
heim nach vorheriger rechtzeitiger Benachrichtigung des
Werkhausdirektors daselbst überführen zu lassen. Den erfolg-
ten Abtransport und die Zahl der Überwiesenen weiblichen
Häftlinge ersuche ich frühestens anzuzeigen.

Im Auftrage

gez. F i s c h e r.

Beglaubigt

(Siegel) gez. Kaltschmidt,

Ministerialkanzleisekretär.

An das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin
und sämtliche Herren Oberpräsidenten
(mit Ausnahme des Oberpräsidenten in Koblenz)
- je besonders -

Abschrift übersende ich zur sofortigen weiteren Ver-
den Herrn Regierungspräsidenten

in

Potsdam.

Tabelle 12

Berüchtigte Folterstätten, Konzentrationslager und Schutzhaftabteilungen in Polizeigefängnissen und Justizstrafanstalten 1933

Folterstätte Lager bzw. Schutzhaft- abteilung	Land/ Regie- rungs- bezirk	Zeit der Errichtung	Art des Gebäudes	Bewachung				
Ahrensböck Alt Daber	Oldenburg Preußen Potsdam	5. Nov. 28. April	Wohnhaus Kinderheim	SA SA	Bremen- Ochtumsand	Bremen	13. Sept.	Schiff ?
Altenberg	Sachsen	vor 12. April	Gerichts- gefängnis	SA	Bremerhaven	Bremen Preußen	9. Sept. 28. April	Festung Ehem. Kriegs- gefangenen- lager ? SA
Ankenbuck	Baden	Ende April	Gutshof	SA, SS u. Stahlhelm	Breslau- Dürgoy	Breslau		
Anrath	Preußen Düsseldorf	?	Gefängnis	Justizbeamte und SA	Chemnitz	Sachsen	Anf. März	Sportplätze/ SA-Lokal SA
Annaberg Augustusburg	Sachsen Sachsen	März Anf. März	Schützenhaus Schloß/ Gefängnis	SA SS	Coburg	Bayern	20. März	Herberge/ Polizei- kaserne SS, SA, Polizei
Babelsberg	Preußen Potsdam	März	SA-Heim	SA	Colditz	Sachsen	21. März	Schloß/ Landes- anstalt SA
Bad Sulza Bautzen	Thüringen Sachsen	2. Nov. vor 24. April	Fabrik Fabrik	Polizei, SA SA	Dachau	Bayern	22. März	Fabrik/ Barak- kenlager Polizei, SS
Bayreuth	Bayern	März	Arbeitshaus u. Zuchthaus	?	Dornburg	Anhalt	?	Schloß SA
Benning- hausen	Preußen Arnsberg	29. März	Provinzial- werkhaus	SA	Dortmund	Preußen Arnsberg	Frühjahr	Polizeiwache Polizei,
Bergisch Gladbach	Preußen Köln	22. Juni	Fabrik	SA	Dresden	Sachsen Preußen	März 12. März	Gefängnis SA-Lokale/ Bankhaus- Keller ? SA, SS
Bergkamen- Schönhausen	Preußen Arnsberg	vor 13. April	Fabrik	Polizei, SA u. Stahlhelm	Düsseldorf	Preußen Düsseldorf	März	Gerichts- gefängnis SA, SS u. Stahlhelm
Berlin, Bel- forter Straße	Preußen Potsdam	Frühjahr	Wasserturm	SA	Duisburg	Preußen Potsdam	Mai September	SA-Lokal SA Vorwerk SA
Berlin, Col- umbia-Haus	Preußen Potsdam	Juni (?)	Militär- gefängnis	SS	Elisenau b. Blumberg	Preußen Potsdam	März	Polizei- gefängnis Polizei
Berlin, Gene- ral-Pape-Str.	Preußen Potsdam	März	Kaserne	SA	Erfurt	Preußen Erfurt	April	Fabrik SA
Berlin, Hede- mann-/Fried- richsstraße	Preußen Potsdam	März	NSDAP- Gebäude	SA	Essen	Preußen Düsseldorf	vor 25. April	Zeche SS
Berlin-Köpe- nick	Berlin Potsdam	März u. ab 21. Juni	SA-Lokale Amtsgerichts- gefängnis	SA SA	Esterwegen I und II	Preußen Osnabrück	I: 12. Aug. II: 15. Aug. ?	Barak- kenlager SS, Poli- zei, SA SA
Berlin-Plötzen- see	Berlin Potsdam	März	Haftanstalt	SA	Eutin	Oldenburg		Amts- gerichts- gefängnis SA Besserungs- anstalt
Berlin-Span- dau	Berlin Potsdam	3. März	SA-Lokal	SA	Frankfurt/M. Ginsheimer Landstraße	Preußen Wiesbaden	?	Schule ?
Berlin-Span- dau	Berlin Potsdam	2. März	Polizeige- fängnis	?	Frankfurt/M. Hermesweg	Preußen Wiesbaden	?	SA-Lokal SA
Bermigrün	Sachsen	8./9. April	Sporthalle	SA, SS	Frankfurt/M. Mörfelder Landstraße	Preußen Wiesbaden	?	Loge ?
Blankenburg	Braun- schweig	September	Lokale	SS	Frankfurt/M. Mozartplatz	Preußen Wiesbaden	?	
Bochum	Preußen Arnsberg	ab 6. März	Zeche/Stahl- werks-Kasino/ Schulkeller	SA, SS	Freiberg	Sachsen	Frühjahr	Fabrik SA
Börgermoor	Preußen Osnabrück	17. Juni	Baracken- lager	Polizei, SS, SA	Freital	Sachsen	Frühjahr	Volkshaus/ Gefängnis SA
Börncke	Preußen Potsdam	Mitte Mai	Fabrik- Wehr- sportschule	SA	Glauchau	Sachsen	März u. Mai	Volkshaus/ Polizei- wache SA SA
Brandenburg	Preußen Potsdam	10. August	Zuchthaus	SS	Glückstadt	Preußen Schleswig	Anf. April	Landesar- beitsanstalt Polizei, SA
Brauweiler	Preußen Köln	März	Provinzial- Landesanstalt	SA, SS	Gollnow	Preußen Stettin	11. April	Festung ?
Breitenau	Preußen Kassel	April	Landesar- beitsanstalt	SA, SS	Gotteszell	Baden	Ende März	ehem. Kloster/ Frauen- fängnis ?
Bremen-Fin- dorf	Bremen	1. April	Auswanderer- hallen	Polizei, SS	Gumbertshof	Preußen	vor 4. Okt.	? ?
					Hainewalde	Sachsen	27. März	Schloß SA
					Hainichen	Sachsen	4. April	Volks- u. Sportheim SA

Table 12 (Fortsetzung)

Folterstätte Lager bzw. Schutzhaft- abteilung	Land/ Regie- rungs- bezirk	Zeit der Errichtung	Art des Gebäudes	Bewachung	Langen Leipzig	Hessen Sachsen	12. März 10. März	Rathaus Polizei- gefängnis/ SA-Lokale	SA SA
Halle, Merse- burger u. Paracelsius- straße Hamburg	Preußen Merseburg	April	Kasernen	Polizei, Stahlhelm	Lengefeld Leschwitz	Sachsen Preußen Liegnitz	19. März Mitte April	Sportheim Fabrik	SA SA
Hamburg- Fuhlsbüttel	Hamburg	März	Stadthaus/ Unter- suchungs- gefängnis Zuchthaus	SA, SS, Stahlhelm	Leubsdorf Lichtenburg (Prettin) Limbach/Sa.	Sachsen Preußen Merseburg Sachsen	März 12. Juni Anfang März	? Schloß/ Zuchthaus Hotel/ Gefängnis Fabrik	SA Polizei, SS SA
Hammerstein	Preußen Grenz- mark	Ende März	Truppen- übungsplatz	SS Polizei, SS	Löbau Lugau Magdeburg	Sachsen Sachsen Preußen Magde- burg	März 9. März Ende Mai/ Anfang Juni	Sportstadion	SA, SS SA SA
Hanau	Preußen Hessen	26. Juni	Juni	SA, SS	Meissnershof b. Hennigs- dorf Moringen	Preußen Potsdam Preußen Hildesheim	Anfang Mai	Gut/ SA-Schule	SA
Hannover	Preußen Hannover	März	SS-Führers SA-Lokale	SA	München- Stadelheim München	Bayern Bayern	11. April ab 3. Juni Frauen März	Provinzial- werkhaus Gefängnis	Polizei, SA, NS- Frauensh. SA u. Justiz Polizei, SA u. SS
Hassenberg Havelberg	Bayern Preußen	Frühjahr 16. Mai	Lager Realschule	? SA	München Mylau Nauen	Bayern Sachsen Preußen Potsdam	vor Sept. 8. März Frühjahr	Polizei- gefängnis Braunes Haus Turnhalle Keller des Landrats- amtes	SA SS SA SA
Heinersdorf	Preußen Liegnitz	vor 6. April	Schloß/ Sport- schule	SA	Neuruppin	Preußen Potsdam	Frühjahr	SA-Lokal	SA
Heuberg	Württem- berg	21. März	Truppen- übungs- platz	Polizei, SA	Neustadt an der Haardt Neusustrum	Preußen Potsdam Bayern	10. März	Kaserne	SA
Hof	Bayern	März	Gerichts- gefängnis	?	Niesky	Preußen Osnabrück Preußen Liegnitz	1. Oktober 3. Mai	Baracken- lager Braunes Haus	Polizei, SA, SS SA
Hohenstein- Ernstthal Hohnstein	Sachsen Sachsen	24. Juni 14. März	SA-Lokale/ Gefängnis Burg/ Jugend- herberge	SA SA	Nohra	Thüringen	5. März	Schule/ Flugplatz Stall	SA
Holstendorf	Oldenburg	3. Oktober	Fabrik/ Reichs- banner- lager	?	Nüchel	Oldenburg	10. Okto- ber	Haftanstalt SA-Lokale/ Speicher/ Polizei- wache	? SA
Jüterbog	Preußen Potsdam	Frühjahr	SA-Lokal	SA, SS	Nürnberg Nürnberg	Bayern Bayern	März vor August	SA-Lokale/ Speicher/ Polizei- wache	SA
Kassel	Preußen Kassel	März u. April	Lokal und Asyl	SA	Oberhausen	Preußen Düsseldorf	5. März	Real- gymnasium	SA
Kislau	Baden	23. April	Schloß/ Landesar- beitsanstalt Gefängnis	SA	Oelsnitz/E. Oldenburg Oranienburg	Sachsen Oldenburg Preußen	9. März März 21. März	Zellenhaus Gefängnis Fabrik	SA SA SA
Kleve	Preußen Aachen	1. April	SA, Stahlhelm	?	Osthofen Pappenheim	Potsdam Hessen Sachsen	8. März 8. April	Fabrik Schul- ferienheim	SS SA
Köln, Bonner Wall Köln, Mozart- straße Köln	Preußen Köln Preußen Köln	März März	Polizei- gefängnis NSDAP- Gebäude	SA, SS	Perleberg	Preußen	vor 24. Mai	Artillerie-	SA, SS
Königsbrück Königstein- Halbestadt Kuhberg	Preußen Köln Preußen Köln	März März	Justiz- haft- anstalt	?	Pirna Plaue	Potsdam Sachsen Sachsen	März 8. März	depot Festung Arbeits- dienst- lager	SA SA
Kuhlen	Sachsen Sachsen	22. März Mitte März	Heim Natur- freundeheim	?	Porz	Preußen Köln	15. Juli	Fabrik	SA
Landau	Württemberg Preußen Schleswig	Ende November 18. Juli	Festung Arbeits- dienst- lager	SA SA, SS	Quednau (Königsberg) Reichen- bach/V.	Preußen Königsberg Sachsen	Frühjahr 8. März	Festung Volkshaus	SA, Stahlhelm SS

Table 12 (Fortsetzung)

Folterstätte Lager bzw. Schutzhaft- abteilung	Land/ Regie- rungs- bezirk	Zeit der Errichtung	Art des Gebäudes	Bewachung
Remscheid- Lüttring- hausen Roßlau	Preußen Düsseldorf	Mitte März	Zuchthaus	Justiz
Sachsenburg Schleusingen	Anhalt Preußen Erfurt	Ende August 2. Mai Frühjahr	Fabrik Amts- gerichts- gefängnis Turner- heim	SA SS, Polizei
Seiffen	Sachsen	März	Schul- turnhalle	SA
Senftenberg	Preußen Potsdam	Frühjahr	Zuchthaus	SA, Polizei, SS
Sonnenburg	Preußen Frank- furt/O.	3. April	NSDAP- Lokal	SA
Staßfurt	Preußen Magdeburg	Frühjahr	Fabrik	SA
Stettin	Preußen Stettin	März	Fabrik	SS
Stettin- Bredow	Preußen Stettin	Oktober	Zuchthaus	SA
Stollberg- Hoheneck	Sachsen	März	Strafanstalt	?
Straubing	Bayern	März	SA-Führer- schule	SA
Struppen	Sachsen	März	Frauen- gefängnis	?
Stuttgart	Württem- berg	Anf. März	Keller des Stadthauses	SA, SS
Tanger- münde	Preußen Magdeburg	Juli	Garnisons- arresthaus	SA
Ulm	Württemberg	25. Mai	Turnhalle	Justiz SA, SS
Vechta	Oldenburg	Frühjahr	Zuchthaus	?
Voigtsberg	Sachsen	Ende April	Schloß/ Polizei- kaserne	SA, SS
Waldheim	Sachsen	18. März	SA-Heim	SA
Weißfels	Preußen Merseburg	Frühjahr	Haftanstalt	?
Weißwasser	Preußen Liegnitz	August	Lokal	SS, SA
Werden	Preußen Düsseldorf	Frühjahr	?	?
Wernigerode	Preußen Magdeburg	Frühjahr	?	?
Wittlich	Preußen Trier	?	?	?

Wittmoor	Hamburg	10. April	Fabrik	Polizei, SA
Wuppertal- Barmen (Kemna)	Preußen Düsseldorf	5. Juli	Fabrik	SA
Zittau	Sachsen	März	Buch- handlung/ Lokale	SA
Zschorlau	Sachsen	21. April	Fabrik	SA, SS
Zweibrücken	Bayern	März	Straf- anstalt	?
Zwickau (Osterstein)	Sachsen	spätestens 10. März	Straf- anstalt	SA, SS

Quelle: Zusammengestellt, soweit verlässliche Angaben vorliegen, nach zeitgenössischen Schriftstücken und Publikationen, Berichten ehemaliger Häftlinge und Untersuchungen nach 1945 in verschiedenen Archiven und Veröffentlichungen, die wegen ihrer Vielzahl hier nicht angeführt werden können. Sie sind überwiegend in anderen Anmerkungen genannt.⁵⁶

scharfer isolieren, als das die Bestimmungen des Strafgesetzbuches ermöglichten, andererseits die politischen Schutzhäftlinge in der Öffentlichkeit mit Arbeitsscheuen, Dirnen und Verwahrlosten auf eine Stufe stellen. Diesem Ziel diene die relativ breite Publizität, die die Nazipresse gerade diesen Häftlingen widmete. (Vgl. Tabelle 12)⁵⁶

56 Zur Tabelle 12: *Das Braunbuch* . . . , S. 274f., zählte mit Stand bei Redaktionsschluß im Juni/Juli 1933 namentlich 46 sowie weitere nicht genau bekannte Konzentrationslager auf. Davon waren, abgesehen von einigen nicht ganz korrekten Schreibweisen, nach heutigen Kenntnissen 28 zutreffend. Die *Deutsche Freiheit* v. 8. 12. 1933 verzeichnete 73 Konzentrationslager, wovon, gleichfalls mit kleinen Abweichungen in der Schreibweise der Namen, 43 richtig waren. Die von *Maximilian Scheer* und anderen zusammengestellte Publikation: *Das deutsche Volk klagt an. Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland*. Ein Tatsachen-

buch, Paris, 1936, S. 97, führte 112 Lager an. Davon stimmten 63. Fehler in den Schreibweisen und daraus resultierende mehrfache Aufführungen sowie andere nicht zutreffende Angaben und Lücken in diesen und weiteren Übersichten erklärten sich aus den damaligen unzulänglichen Informationen und aus Vermischung mit anderen Folterstätten und Haftanstalten, in denen Verhältnisse wie in Konzentrationslagern herrschten. Ungeachtet dessen waren und bleiben die zeitgenössischen Kenntnisse über die Nazikonzentrationslager beachtlich und gehörten zur antifaschistischen Aufklärung über den deutschen Faschismus.

Lagerregime

In Preußen unterstanden größere Konzentrationslager unmittelbar dem Innenministerium. Sie wurden deswegen oft auch als staatliche Lager bezeichnet. Kleinere Konzentrationslager beaufsichtigten Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten oder Landräte, die sie vielfach, wie das Potsdamer Polizeipräsidium Oranienburg ab 1. August 1933¹, materiell und finanziell ausstatteten. In Bayern wirkte der Politische Polizeikommandeur auf Dachau ein. Osthofen gehörte zur Zuständigkeit des hessischen Staatskommissars für das Polizeiwesen. In Württemberg gab das Innenministerium Anweisungen für das KZ Heuberg. Das Landeskriminalamt Sachsen verfügte in den »Vorläufigen Bestimmungen über die Errichtung und Verwaltung von Konzentrationslagern und Arbeitsdienstlagern« vom 19. April 1933: Sie würden »vorläufig der Oberaufsicht des Landeskriminalamts unterstellt. Wird die Einrichtung weiterer Lager erforderlich, so ist dem Landeskriminalamt mit entsprechenden Vorschlägen zu berichten, das sich in jedem Fall Entschließung vorbehält.« Zudem wurden von Dresden die Lagerleiter eingesetzt. Wachmannschaft und Verwaltungspersonal bestimmten die regionalen Amtshauptmannschaften und Polizeistellen, die sich auch mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten der Lager beschäftigten. Das Landeskriminalamt regelte zugleich die Einweisung der von örtlichen Stellen benannten Schutzhäftlinge in Konzentrationslager und deren dortige Behandlung.²

In anderen Landesteilen wirkten zentrale und regionale Stellen politisch und wirtschaftlich auf den Auf- und Ausbau von Lagern ein. Besonders deutlich zeigten das die vom preußischen Innenministerium am 25. September erlassenen und am 9. Oktober ergänzten »Bestimmungen über das Betreten von Konzentrationslagern«. Danach durften Lager aufsuchen: Ober- und Regierungspräsidenten in ihrem Zuständigkeitsbereich sowie Gauleiter der NSDAP, wenn sie preußische Staatsräte waren, weiter Beauftragte des Innenministeriums und Vorgesetzte der Wacheinheiten.³

Die unmittelbare Lagerverwaltung in Oranienburg gliederte sich laut der »Deutschen Postzeitung« vom 13. August 1933 in:

- I. Lagerkommandant mit
 - a) Vernehmungsabteilung,
 - b) Lichtbild und Fingerabdrücke
- II. Adjutantur mit Arbeitsbeschaffung
- III. Verwaltung mit
 - a) Kasse,
 - b) Kartei, Expedition und Archiv,
 - c) Post und Zensur
- IV. Gefangenenabteilung mit
 - a) Materialausgabe und
 - b) Bekleidungskammer
- V. Küchenverwaltung
- VI. Wachabteilung
- VII. Sanitätsabteilung.

Über die Besetzung und die Aufgaben der Vernehmungsabteilung vermerkte der Landrat von Niedernarum am 24. Juni, er habe dem KZ Oranienburg »zur Vernehmung von Schutzhäftlingen, zur Nachprüfung in strafprozessualer Hinsicht, zur Mitbeteiligung an der Leitung des Lagers und zur Einschaltung behördlicher Aufsicht seit dem 21. März 3 bis 6 Landjägerbeamte dauernd, also für Tages- und Nachtdienst, zur Verfügung gestellt«. Am 14. September bat der Lagerkommandant das Landratsamt, die Polizeibeamten weiterhin im Lager zu belassen.⁴

Über die Vernehmungsabteilung schrieb die »Deutsche Postzeitung«: »Jeder Häftling wird nach seiner Einlieferung karteimäßig festgestellt. Die Kartei enthält die genaue Personalbeschreibung und ein Lichtbild jedes Häftlings. Von jedem Neueingelieferten werden Fingerabdrücke, und zwar von jedem Finger einzeln, hergestellt.«

Am 5. Juli legte der Oranienburger Kommandant die Besetzung und die Aufgaben der einzelnen Bereiche fest. »Die Vernehmungsabteilung (spätestens im Oktober Polizeiabteilung genannt — d. Verf.) untersteht Sturm- und Schutzführer Krüger, dem zugeteilt sind Sturm- und Schutzführer Stahlkopf und der Leiter der fotografischen und daktyloskopischen Abteilung, Polizeihauptwachtmeister Hensel.« Über die Postzensur hieß es: »Alle von den Gefangenen abgehende Post sowie die empfangende Post untersteht der genauesten Zensur. In Zweifelsfragen ist die Vernehmungsabteilung zwecks Zensurierung heranzuziehen.« Die Gefangenenabteilung unter SA-Sturm- und Schutzführer Werner Eve habe »auf strengste Zucht und Ordnung zu sehen. Irgendwelche Bestrafungen, die der

1 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1193, Bl. 7 R.

2 StA Dresden, AH Flöha,

Nr. 2393, Bl. 14 ff.

3 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1155, Bl. 39 ff, u. 55.

4 Ebenda, Nr. 1192, Bl. 24. u. 53.

Sturmführer Eve in Vorschlag zu bringen hat, sind dem Lagerkommandanten zur Entscheidung zu übergeben.«⁵

Für die Moorlager entwarf der Oberpräsident in Hannover im Auftrag des preußischen Ministeriums des Innern eine Regelung für den Geschäftsbetrieb der Kommandantur in Papenburg und der ihr unterstehenden Konzentrationslager. Sie wurde am 20. Januar 1934 nach Berlin gesandt. Aus dem Text ging hervor: Dienstaufsichtsbehörde und Disziplinarvorgesetzter für die emsländischen Lager sei der hannoversche Oberpräsident. Die Kommandantur in Papenburg gliederte sich in Adjutantur, Kriminalpolizei und Häftlingsangelegenheiten, Wirtschaftsverwaltung, Arzt und Kasse. Dem Kommandanten unterstehe sämtliches Personal, einschließlich der Wachmannschaften. In jedem einzelnen Lager sei der Kommandoführer für sie ebenso verantwortlich wie für Disziplin und Sicherheit der Häftlinge sowie für den geordneten Lagerbetrieb. Sämtliche Arbeiten müßten von Gefangenen ausgeführt werden.⁶

Ähnlich dürften Aufbau und Aufgaben der Verwaltungen anderer größerer Lager gewesen sein. Jedenfalls gab es analog der Vernehmungsabteilung in Oranienburg von Anfang an in Dachau eine Politische Abteilung, die mit Polizeiangehörigen besetzt war. Einer ihrer Mitarbeiter sagte später aus, er sei ab 25. März 1933 dort tätig gewesen. Ihre Leiter waren nach dem Bericht eines der ersten Dachauer Häftlinge zunächst ein Dr. Frank, der als rechte Hand des Lagerkommandanten Wackerle galt, und ab Juni unter dem Kommandanten Eicke der Kriminalbeamte Josef Mutzbauer, dem zuvor die Postzensur unterstanden hatte. Ihm zur Seite stand der Kriminalkommissar Baiersdörfer.⁷

Die Schutzhäftlinge unterlagen einem sich ständig verschärfenden Reglement, auch die in Justizhaftanstalten. Zu den wohl ersten vorliegenden »Verhaltensmaßregeln für die Schutzhaftgefangenen« vom 22. März 1933 zählten die aus dem Zuchthaus Waldheim. Sie verboten, an Fenster zu treten und sich beim Rundgang auf dem Anstaltshof zu unterhalten. Bei Besuchen von Angehörigen waren politische Gespräche untersagt. Die Post zensierte die Stelle, die die Schutzhaft verfügt hatte.⁸

Die erste zugängliche Lagerordnung eines Konzentrationslagers stammte aus Neustadt an der Haardt und war am 18. März von dem Lagerkommandanten unterschrieben worden. Sie regelte den zeitlichen Tagesablauf vom Wecken über den »Arbeitsdienst« bis zur Nachtruhe, Meldungen zum Arztbesuch, Beschwerden, Besuchszeiten und Empfang von Lebensmitteln, Bekleidung und Decken durch Familienangehörige der Häft-

linge. Generell verbot sie das Rauchen und beschränkte die Bewegungsmöglichkeiten jener Gefangenen, die nicht zur Arbeit eingesetzt wurden.⁹

Vorschriften für das KZ Hainichen verfaßte die Amtshauptmannschaft Döbeln. Am 7. April wurden sie dem Lager zugestellt. Bis zum Erlass von Bestimmungen des Dresdner Landeskriminalamtes legten sie fest: Verfügungsgewalt über die Schutzhäftlinge habe die Behörde, die die Schutzhaft anordnete. Die Gefangenen wären in drei Gruppen einzuteilen: 1. Jene, die keiner marxistischen Partei angehörten. 2. Jene, die sich in Arbeiterparteien und -organisationen »nicht führend betätigt haben, deren weitere Verwahrung indessen noch angezeigt ist«. 3. Funktionäre dieser Parteien und als »besonders radikal« Bezeichnete. Häftlinge der ersten Gruppe sollten möglichst bald entlassen werden, die der zweiten Gruppe zunächst inhaftiert bleiben. Über die der dritten Gruppe habe die Dresdner Schutzhaftzentrale des Landeskriminalamtes zu entscheiden. Eine analoge Einteilung in die Stufen I bis III galt auch im KZ Kurburg.¹⁰

Die Hausordnung für Moringen vom 18. April lehnte sich an Vorschriften für Polizei- und Justizgefängnisse an. Als Strafen sah sie vor: Verweigerung von Post- und Paketerlaubnis, Essenentzug und Einzelhaft, jedoch keine körperliche Strafen.¹¹

Die Bestimmungen des Landeskriminalamtes in Dresden vom 19. April besagten: Die Dauer der Schutzhaft wäre unbegrenzt. Im Lager seien »Stuben- und Schlafsaalälteste einzusetzen, die für Ruhe, Ordnung und Sauberkeit verantwortlich sind«. Die Häftlinge wären mit »nützlicher Arbeit zu beschäftigen«, möglichst im Freien. An erster Stelle stünden Lagerarbeiten; Vereinbarungen über öffentliche und private Aufträge dürften nur die für das Lager zuständigen Stellen treffen. Der Schriftverkehr der Häftlinge werde überwacht und dürfe keine Kritik an der Schutzhaft oder politische Anspielungen enthalten. Beanstandete Passagen seien unkenntlich zu machen. Empfang »nationaler Zeitungen usw.« auf Kosten der Häftlinge sei möglich. Besuchserlaubnis dürfe nur für 15 Minuten alle zwei Wochen erteilt werden. Lebens- und Genußmittel von außerhalb des Lagers zu empfangen, sei untersagt.

9 Antifa-Archiv Ludwigshafen.
10 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 56ff.; Weidlin, S. 22. – Die Bestimmungen über die Gruppen wurden wie auch andere Passagen der Döbelner Vorschrift im wesentlichen in die »Richtlinien« des sächsischen Landeskriminalamtes über die »Durchführung der Schutzhaft und die Behandlung der Schutzhäftlinge« v. 5. 8. 1933 übernommen (ebenda, Bl. 203ff.). Die Gruppeneinteilung orientierte sich offenkundig an der Stufengliederung im

Justizstrafvollzug der Weimarer Zeit (Wilhelm Thiele, Geschichte der Justiz, Berlin 1981, S. 120f.) Sie war ungefähr Mitte der zwanziger Jahre vom Direktor des Zuchthaus Groß-Strehlitz eingeführt und nach und nach von allen preußischen Strafanstalten übernommen worden (Max Hoelz, Vom »Weissen Kreuz« zur roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse, Halle/Leipzig 1984, S. 459ff.)
11 Mlynek, S. 77.

5 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 8, Bl. 415f; Lange, Oranienburg, S. 21ff.

6 ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 10 074, Bl. 174f.
7 Arch. Dachau, Nr. 12 569 u. 554/84.

8 StA Dresden, Zuchthaus Waldheim, Nr. 570, Bl. 38.

Die Häftlinge seien verpflichtet, die Lagerordnung zu befolgen, »den Beamten und Wachmannschaften zu gehorchen und deren Weisungen ohne Widerspruch Folge zu leisten«. Wer sich nicht füge, »unterliegt der Lagerbestrafung«. Strafandrohungen gab es in den Dresdner Bestimmungen weiter für »Hetzreden, Verabredungen zu Ungehorsam, Meuterei und Fluchtversuch« sowie darüber unterlassene Meldungen. Bei Gefahr von Flucht, Selbstverstümmelung oder Selbstmord hätten Wachleute, Beamte und Kommandanten »Sicherungsmaßnahmen« zu ergreifen: Absonderung, Abnahme von Gegenständen oder Kleidungsstücken und Fesselung. Als Lagerstrafen seien zu verhängen: Verweis, Beschränkung oder Entziehung gewählter Vergünstigungen, so der Lektüre bis zu zwei Monaten, des Empfangs von Post oder Besuchen bis zu drei Monaten, des Aufenthalts im Freien, der Lagerstätte oder der Kost bis zu einer Woche. Arrest war bis zu vier Wochen vorgesehen, abgestuft bei Wasser und Brot oder Entzug des Bettlagers. Diese Strafen verhängte der Lagerkommandant. Wenn ein Häftling »einen schädlichen Einfluß« auf andere ausübe, müsse er abgesondert oder in ein Lager gebracht werden, das Zellen besäße. Eine solche Überweisung habe auf Antrag des Kommandanten das Landeskriminalamt zu veranlassen. Außerdem wurden die KZ-Kommandanten angehalten, eigene Lagerordnungen zu erlassen.¹²

Die Lagerordnung von Kislau verlangte Erfüllung der Arbeitspflicht und strengsten Gehorsam seitens der Häftlinge. Beschwerden seien untersagt. Den Lagerbeamten wäre »unbedingte strenge Zuchtausübung erlaubt.« Bei jedem Verstoß gegen die Hausordnung sei »strenge Bestrafung zu erwarten«; auf jede Gehorsamsverweigerung stünde »Arrest bei Hartlager und Kostenzug«. Bei politischen Diskussionen, »die auf staatsfeindliche Haltung schließen lassen«, habe der Betreffende »strenge gerichtliche Aburteilung« zu gewärtigen. »Wer flüchtet oder auch nur den Anschein eines Fluchtversuchs erweckt, wird ohne jegliche Aufforderung erschossen.«¹³

Die vom Polizeidirektor in Schneidemühl für das KZ Hammerstein bestimmte Lagerordnung vom 25. Juni gestand den Häftlingen kein Beschwerderecht und keine Besuche zu. Jeden Monat war nur ein Brief zugelassen. Der Umzäunung durften sich die Häftlinge lediglich bis auf drei Meter nähern. An Strafen waren vorgesehen: Strafdienst und andere Auflagen, gelinder Arrest bis zu vier Wochen, mittlerer Arrest bei Wasser und Brot auf hartem Lager bis zu drei Wochen, strenger Arrest in dunkler Zelle bis zu zwei Wochen. Bei Fluchtversuchen war sofort gezielt zu schießen.¹⁴

Über eine schlimmere Lagerordnung verfügte Dachau. Schon am 23. März verlangte der Kommandeur der Schutzpolizei, ihm ein Exemplar der polizeilichen Dienst- und Vollzugsordnung zu überlassen, die »als Unterlage für die Ausarbeitung einer Hausordnung für das Konzentrationslager Dachau dienen« sollte.¹⁵ Möglicherweise wurde sie von den Polizeioffizieren in Dachau fixiert, jedoch von den ihnen folgenden SS-Führern verworfen. Jedenfalls lag spätestens im Mai eine Lagerordnung vor, die Himmler als Politischer Polizeikommandeur in Bayern gebilligt hatte.

Die »Sonderbestimmungen« für die »im Sammellager Dachau untergebrachten Personen« unterwarfen die Häftlinge absolutem Gehorsam und verlangten von ihnen Arbeitsleistungen, deren »Dauer, Umfang von den Kommandanten des Lagers bestimmt« wurde. Die Gefangenen wurden in drei Klassen eingeteilt: sämtliche zunächst in Klasse II, wo sie gewöhnliche Lagerstätten und angemessene Verpflegung erhielten. Bei entsprechender Führung sollte die Einstufung in Klasse I mit gutem Lager und ausreichender Verpflegung möglich sein; bei längerer guter Führung seien weitere Vergünstigungen in Aussicht und könne bei der Arbeit Vorbildung und Fähigkeit der Häftlinge berücksichtigt werden. Dem Häftling der Klasse III stünde nur hartes Lager und nur Dreiviertel der für die Klasse II vorgesehenen Verpflegung zu.¹⁶

Kasimir Dittenheber, einer der ersten Dachauer Häftlinge, kommentierte die dortige Einteilung: »In die erste Stufe der »Begünstigten« ist meines Wissens zu dieser Zeit niemand gekommen. In Stufe 2 war die Masse der Gefangenen. In Stufe 3 wurden sämtliche bekannten Funktionäre eingereiht.«¹⁷

Gleich die ersten Sätze der Dachauer »Sonderbestimmungen« drohten: Über das Lager sei das Standrecht verhängt; bei Fluchtversuchen werde ohne Anruf geschossen. Es folgte ein ganzer Katalog von Strafdrohungen: gegen Ungehorsam, bei unwahren Äußerungen gegenüber SS-Leuten, wenn Befehle nicht oder nicht richtig ausgeführt würden, bei Verstößen gegen die Haus- oder Lagerordnung, wegen Beleidigung oder Verleumdung von SS-Angehörigen, bei angeblich unrichtigen Behauptungen, wegen Kritik an Befehlen der SS, bei Zusammenkünften zur Vorbereitung solcher Kritik, Unterschriftensammlungen für Beschwerden, bei Arbeitsverweigerung, Kontakt mit Personen außerhalb des Lagers und Sabotage. Auch der Versuch derartiger »strafbarer Handlungen« sei zu verfolgen.

Als Strafen wurden angedroht: gelinder und mittlerer Arrest bis zu acht Wochen, strenger (Dunkel-) Arrest bis zu drei Monaten. »Straferschwerend ist eine Handlung, wenn sie im Dienst, in Gegenwart anderer

12 StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2393, Bl. 15ff. — Wörtlich übernommen in die Lagerordnung des KZ Sachsenburg (ebenda, Bl. 19ff.).

13 *Deutschland-Bericht der*

Sopade, 1936, Nr. 1, S. A 42.

14 WAP w Poznaniu, Rejencja w Pile, Nr. 700, k. 64/65.

15 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 8, unfol.

16 *IMG*, Bd. 36, S. 9f., Dok. D-922.

17 Arch. Dachau, Nr. 554/84; ZPA, I 2/3/45.

Gefangener erfolgte oder einen erheblichen Nachteil verursachte, wenn eine Beleidigung oder Verleumdung durch Verbreitung von Schriften oder Darstellungen erfolgte sowie wenn sie geeignet war, die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lager zu gefährden.« Todesstrafe stand auf dem Versuch tätlichen Widerstandes, der Verleitung anderer Gefangener zur Gehorsamsverweigerung, Anstiftung oder Teilnahme an organisierten Aktionen der Häftlinge.

Die Gerichtsbarkeit, so hieß es schließlich, übe der Lagerkommandant aus. Die Todesstrafe verhängte ein Lagergericht aus je einem SS-Führer und SS-Mann unter dem Vorsitz des Kommandanten.¹⁸

Die Dachauer Strafordnung bekamen die Häftlinge mitgeteilt.¹⁹ Die von Fuhlsbüttel eröffnete der Präsident des Hamburger Strafvollzugsamtes am 4. September den dortigen Gefangenen. Sie sah für die erste Häftlingsgruppe die bisherige Verpflegung, Raucherlaubnis, monatlichen Postempfang und Schreibgenehmigung vor. Besuche bedurften besonderer Zustimmung. Die zweite Gruppe stellten diejenigen dar, »die sich nicht in die Anstaltsordnung haben fügen wollen und die sich nicht einwandfrei geführt haben, sowie diejenigen, die infolge der Schwere ihrer Vortat, wegen der sie in Schutzhaft genommen worden sind, die Vergünstigung der 1. Gruppe nicht verdient haben«. Sie erhielten Schreib-, Besuchs- und Rauchverbot. Der dritten Gruppe gehörten alle, »die sich besonders aufsässig und ungehörig aufgeführt haben und über die infolge besonders feindlicher Einstellung gegenüber Volk und Staat die Schutzhaft verhängt ist«. Sie saßen in Einzelhaft und bekamen nur jeden dritten Tag warmes Essen und ein »weiches Nachtlager«. Über sie wurde zum Teil Dunkelarrest verhängt.²⁰

Zumindest auszugsweise kannten Häftlinge Eickes »Disziplinar- und Strafordnung für das Gefangenelager« Dachau²¹ vom 1. Oktober 1933. Sie begann: »Toleranz bedeutet Schwäche. Aus dieser Erkenntnis heraus wird dort rücksichtslos zugegriffen werden, wo es im Interesse des Vaterlandes notwendig erscheint. . . Den politisierenden Hetzern und intellektuellen Wühlern – gleich welcher Richtung – aber sei gesagt, hütet euch, daß man euch nicht erwischt, man wird euch sonst nach den Halsen greifen.«

Gegenüber der Dachauer Strafordnung vom Frühjahr waren der Verbotskatalog umfassender und die Strafen drakonischer: drei Tage strengen Arrest (darunter gab es keine Arreststrafe – d. Verf.) erhalte, wer beim Wecken nicht sofort aufspringe, Schlafstelle und Raum nicht in Ordnung bringe, sich Nachschlag oder zwei Portionen beim Essensempfang geben lasse usw., fünf Tage strengen Arrest gebe es für den, der bei Ver-

nehmungen die Unwahrheit sage, Zivilkleidung trage, Ungeziefer habe, nicht für den vorgeschriebenen Haarschnitt Sorge, Namens- und andere Verzeichnisse nicht anbringe oder falsch aufstelle, Anweisungen nicht nachkomme, nach Zapfenstreich außerhalb der Schlafstätte sei oder die Nachtruhe störe, sich tagsüber auf Pritschen setze oder lege, beim Appell lache, rauche oder sonst gegen die Disziplin verstoße, Wäsche in der neutralen Zone aufhänge, sie nachts an der Baracke oder auf der Lagerstraße hängen lasse, Bücher der Lagerbibliothek beschädige,

fünf Tage strengen Arrest und mehrwöchige Strafarbeit, wer Appellen ohne Genehmigung fernbleibe, ohne Grund oder ohne Wissen des zuständigen SS-Mannes den Lagerarzt aufsuche,

acht Tage strengen Arrest für den, der für Beschwerden Unterschriften sammle, falsche Meldung mache, mehr als zweimal monatlich Post schreibe, den Aufenthalt anderer Häftlinge in seinem Block gestatte, sich in einer anderen Baracke aufhalte, Ungeziefer aufkommen lasse, eine ansteckende Krankheit habe und sie nicht melde, Kleidungs- und Ausrüstungsstücke nicht in Ordnung halte oder beschädige, bei der Essenausgabe andere vorziehe oder benachteilige,

acht Tage strengen Arrest und mehrwöchige Strafarbeit, wer sich von der Arbeit drücke, Gebrechen oder Krankheit vorschütze, ohne Befehl vorzeitig einricke, seine Abmeldung beim zuständigen SS-Mann unterlasse,

acht Tage strengen Arrest und zweimal 25 Stockhiebe zu Beginn und am Ende des Arrestes für den, der über SS-Leute abfällige oder spöttische Bemerkungen mache, ihnen gegenüber den Gruß unterlasse »oder durch sein sonstiges Verhalten zu erkennen gibt, daß er sich dem Zwange der Zucht und Ordnung nicht fügen will«, seine Befugnisse überschreite, sich Rechte gegenüber anderen Häftlingen anmaße, ihnen Vorteile verschaffe, sie schikaniere, falsche Meldungen über sie erstatte oder sie benachteilige,

14 Tage strengen Arrest, wer seine Unterkunft ohne Genehmigung vertausche oder andere dazu verleite, Wäschepaketen verbotene Gegenstände beifüge oder in die Wäsche einnähe, Unterkünfte oder andere Gebäude nicht durch den vorgeschriebenen Eingang betrete oder verlasse, in Unterkünften oder auf Aborten rauche, feuergefährliche Gegenstände dort niederlege oder aufbewahre,

14 Tage strengen Arrest und zweimal 25 Stockschläge für den, der das Lager ohne Begleitposten verlasse oder betrete, sich unbefugt einer ausmarschierenden Arbeitskolonne anschließe, in Briefen oder anderen Mitteilungen abfällige Bemerkungen über Hitler, Staat und Regierung, Behörden und Einrichtungen mache, marxistische und liberale Persönlichkeiten verherrliche, Vorgänge im Konzentrationslager mitteile, verbotene Gegenstände, Werkzeuge, Hieb- und Stichwaffen aufbewahre,

21 Tage strengen Arrest, wer staatseigene Gegenstände verschleppe, beschädige, verschleudere, zerstöre, umarbeite oder zu einem anderen Zweck verwende,

18 IMG, Bd. 36, S. 7f., Dok. D-922.

19 Als Jude in Dachau, in: Konzentrationslager, S. 84.

20 Dokumente zur Gleichschaltung . . . , S. 249, Dok. 55.

21 Fritz Ecker, Die Hölle Dachau, in: Konzentrationslager, S. 16.

42 Tage strengen Arrest oder dauernde Einzelhaft für den, der Geld sammle, verbotene Bestrebungen finanziere, Mithäftlinge durch Geld gefügig mache oder zum Schweigen verpflichte, sich Geld aus Sammlungen der Roten Hilfe schicken lasse oder an Mitgefangene verteile, einem Geistlichen Mitteilungen außerhalb der Seelsorge mache, Briefe oder Informationen zustecke, ihn zu verbotenen Zwecken zu gewinnen suche, Symbole des Regimes oder dessen Träger beschimpfe oder mißachte, Mithäftlinge zum Hungerstreik verleite,

dauernden Arrest mit Strafarbeit, Strafexerzieren oder Prügel, wer sich von der Arbeit drücke, dem Appell fernbleibe, sich ohne Grund zum Arzt melde, Gebrechen oder Leiden vorschütze, nicht ausricke, faul und träge sei, wegen seiner Kleidung beanstandet werde, anstößige Briefe schreibe, Mitgefangene bestehle, schlage, schikaniere, verspotte oder lächerlich mache.

Einzelhaft wegen Fluchtversuchs habe zu gewärtigen, wer ohne Posten das Lager oder die Arbeitsstätte verlasse oder im Lager angetroffen werde, verbotene Gegenstände bei sich oder Zivilkleidung trage,

dauernde Einzelhaft, wer einem SS-Mann Geschenke anbiete, ihn mit anderen Mitteln zu gewinnen suche, die SS-Truppe zu zersetzen beabsichtige, in Gegenwart eines SS-Mannes politische Gespräche führe, den Marxismus, die Novemberrevolution oder deren hervorragende Persönlichkeiten verherrliche, abfällige Bemerkungen über die SS, die SA, den Staat, dessen Funktionäre und Einrichtungen mache »oder sich sonst widerspenstig zeigt«, Gegenstände zum Kassiberschmuggel herstelle oder an andere weitergebe.

Der Arrest werde in einer Zelle bei Wasser und Brot und harter Lagerstätte vollstreckt. Strafarbeit umfasse harte oder besonders schmutzige Verrichtungen unter besonderer Aufsicht. Hinzu kämen Nebenstrafen wie Strafexerzieren, Prügel, Postsperrung, Kostentzug, Pfahlbinden, Verweis und Verwarnung. Arrest und Strafarbeit verlängern die Schutzhaft um mindestens acht, Nebenstrafen um mindestens vier Wochen. Einzelhaft verhin-dere auf unabsehbare Zeit die Entlassung.

Geschossen werde auf jeden, der die neutrale Zone unberechtigt betrete, durch ein Fenster oder auf ein Dach steige, nach Zapfenstreich sich außerhalb der Baracken bewege, »mit anderen einen Haufen bildet«, nach Aufforderung nicht sofort auseinandergehe, bei Alarm nicht sofort die Unterkunft aufsuche bzw. sie verlasse oder die Barackenfenster öffne.

Todesstrafe drohe dem, der im Lager, in den Unterkünften, Werkstätten, auf Arbeitsplätzen, in Küchen, Lagermagazinen usw. einen Brand, eine Explosion, Wasser- oder sonstige Schäden herbeiführte, an Drahtthindernissen, elektrischen, Fernsprech- oder Wasserleitungen, an der Lagermauer oder anderen Sicherungseinrichtungen, an Heizungs- oder Kesselanlagen, Maschinen oder Kraftfahrzeugen sich ohne Auftrag betätige.

Wer im Lager, an der Arbeitsstätte, in Unterkünften, Küchen und Werkstätten, auf Aborten und Ruheplätzen »zum Zwecke der Aufwiegelung politisiert, aufreizende

Reden hält, sich mit anderen zu diesem Zwecke zusammenfindet, Cliquen bildet oder (sich) umhertreibt, wahre oder unwahre Nachrichten zum Zwecke der gegnerischen Greuelpropaganda über das Konzentrationslager oder dessen Einrichtungen sammelt, empfängt, vergräbt, weitererzählt, an fremde Besucher oder an andere weitergibt, mittels Kassiber oder auf andere Weise aus dem Lager hinausschmuggelt, Entlassenen oder Überstellten schriftlich oder mündlich mitgibt, in Kleidungsstücken oder anderen Gegenständen versteckt, mittels Steinen usw. über die Lagermauer wirft oder Geheimschriften anfertigt, ferner wer zum Zwecke der Aufwiegelung auf Barackendächer und Bäume steigt, durch Lichtsignale oder auf andere Weise Zeichen gibt oder nach außen Verbindung sucht oder wer andere zur Flucht oder zu einem Verbrechen verleitet, hierzu Ratschläge erteilt oder durch andere Mittel unterstützt« werde »als Aufwiegler gehängt!«

Erhängt oder erschossen werde weiter, »wer einen Posten angreift, den Gehorsam oder an der Arbeitsstelle die Arbeit verweigert, andere zum Zwecke der Meuterei zu den gleichen Taten auffordert oder verleitet, als Meuterer eine Marschkolonne oder eine Arbeitsstätte verläßt, andere dazu auffordert, während des Marsches oder der Arbeit johlt, schreit, hetzt oder Ansprachen hält«.

Die Strafgewalt lag nach wie vor beim Lagerkommandanten, der für ihre Durchführung dem Politischen Polizeikommandeur unmittelbar verantwortlich war.²²

Die perfektionierte Bestimmung eröffnete dem Terror Tür und Tor. Für alles Tun oder Lassen konnten die Häftlinge geprügelt, in Zellen eingesperrt und gar ermordet werden. Viele der sogenannten Verbote und Strafen, nicht zuletzt die 25 Stockschläge und das Pfahlbinden erinnerten an die Züchtigungen in feudalen Heeren oder Freikorps, in deren Traditionen die Autoren der Lager- und Strafordnungen standen.

22 *IMG*, Bd. 26, S. 291 ff., Dok. PS-778, für einige Paragraphen durch d. Verf. ergänzt aus der gleichlautenden Lagerordnung für Esterwegen v. 1. 8. 1933 (ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. ZFg 10/1375/34, Bl. 36 ff.) – Prügel und Arrest gingen vor allem auf ältere Praktiken in preußischen Strafvollzugsanstalten zurück. So berichtete der Kommunist Willy Stange: »Für eine Ordnungswidrigkeit konnte der Gefangene zu 10 bis 25 Stockhieben verurteilt werden. Noch im Jahre 1924 gab es im Zuchthaus Luckau sogenannte Stockmeister, die das Prügeln besorgten. Ein Gefangener konnte in Ketten gelegt und an die Wand oder krumm geschlossen werden. Als besondere Strafverschärfung

wurde der Gefangene weder zum Essen noch zum Schlafen oder zur Notdurft losgeschossen. Die Arrestzelle, die im Keller des Zellengebäudes, dem Flügel, im Halbdunkel lag, konnte durch Stahlblenden gänzlich verdunkelt werden. Meistens war mit verschärftem Arrest noch Essensentzug verbunden. Das bedeutete dann für die ganze Arrestzeit nur jeden dritten oder vierten Tag die übliche Zuchthauskost, während man die anderen Tage nur einen Krug Wasser und morgens und abends eine Scheibe Brot bekam.« (Hans-Joachim Nicke, In Ketten durch die Klosterstraße. Leben und Kampf eingekerkelter Antifaschisten im Zuchthaus Luckau, Berlin 1986, S. 15.

Gleicher Ungeist bestimmte die am selben 1. Oktober durch Eicke in Kraft gesetzten »Dienstvorschriften für die Begleitposten und Gefangenenbewachung«. Sie verlangten unter anderem, daß die Flucht eines Häftlings »unter allen Umständen verhindert werden« müsse. Es sei ohne Anruf zu schießen. Der Posten, der »in Ausübung seiner Pflicht einen fliehenden Gefangenen erschossen hat, geht straffrei aus«. Bei Angriffen auf einen SS-Mann sei von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. »Meutert oder revoltiert eine Gefangenenabteilung, dann wird sie von allen aufsichtsführenden Posten beschossen. Schreckschüsse sind grundsätzlich untersagt.«²³

Solche Anweisungen beraubten die KZ-Häftlinge des fundamentalsten aller Menschenrechte, dem Schutz vor willkürlicher Tötung, erklärten sie als vogelfrei, degradierten sie zu total Entrechteten, die blindlings niederzumachen jedem SS-Mann nicht nur gestattet, sondern ausdrücklich aufgetragen war. Strafordnung und Dienstvorschriften stellten eine Einheit dar. Sie bildeten einen maßgeblichen Zug der faschistischen Konzentrationslager, vor allem jenes Lagers, welches das KZ-System zunehmend bestimmen sollte.

Demgegenüber blieben die Ausarbeitungen des Oberpräsidenten von Hannover für die Moorlager zumindest partiell zurück. Aufgrund einer Weisung Görings wurden sie am 20. Januar 1934 dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin zugestellt und sollten neben dem Haftregime das Einliefern und Entlassen von Häftlingen sowie das Betreten der Lager durch Außenstehende regeln. Zugleich enthielten sie eine Strafordnung für die KZ-Insassen, die sich weder

dem Lagerzaun nähern, noch Marschkolonnen oder den Arbeitsplatz ungenehmigt verlassen durften. Geschah das dennoch, liefen sie Gefahr, unverzüglich als fluchtverdächtig erschossen zu werden. Das sei den Gefangenen schon bei ihrer Ankunft zu eröffnen. Die Strafordnung drohte ferner bis zu zehn Stockhiebe auf das Gesäß sowie einfachen, verschärften und strengen Arrest im Höchstfall bis zu zwei Wochen an. Längerer Arrest mußte von dem Papenburger Kommandanten verhängt werden.²⁴

Vermittelten diese Entwürfe auch aufschlußreiche Aussagen, wie man mit ausdrücklicher Billigung hoher Verwaltungsbehörden mit den Häftlingen in den Moorlagern verfahren wollte, hielten sie doch keinem Vergleich mit den Dachauer Verbots- und Strafenkatalogen stand. Das Berliner Geheime Staatspolizeiamt setzte die in Hannover konzipierten Direktiven niemals in Kraft. Die Akten sagen darüber jedenfalls nichts aus. Vielmehr sollten seit Mitte 1934 die für das – ohnehin als »Muster« geführte – KZ Dachau ergangenen Anweisungen für alle Lager gelten. Die dort den Inhaftierten auferlegten Strafordnungen stellten mit den Dienstvorschriften ihrer Kerkermeister eine Einheit dar: Sie erklärten die Häftlinge für vogelfrei und charakterisierten sie als Feinde; die aus nichtigen Anlässen blindlings und willkürlich umgebracht werden durften. Gerade auf jenem Gebiet kam Dachau eine Doppelfunktion zu: Es spielte einerseits eine Vorreiterrolle beim Erproben der das KZ-Regime bestimmenden SS-Anordnungen, und es gewann dadurch andererseits immer stärker die Vorbildposition für alle anderen gleichartigen Einrichtungen.

23 BA Koblenz, R 22/1167,
unpag.; Auszug in: *IMG*, Bd. 26,

S. 296f., Dok. PS-778.

24 ZStA Potsdam, Reichsjustiz- 176ff. u.
ministerium, Nr. 10 074, Bl. 192, 184f.

Schutzhaftkosten

Über die Haftkosten der Polizeigeftangenen ordnete am 4. April 1933 ein Runderlaß des preußischen Innenministeriums an: Für jeden Tag seien 1,50 RM zu berechnen, 20 Pfennige für die Morgen-, 50 für die Mittags- und 40 für die Abendkost sowie 40 Pfennige für die Unterbringung. Ein weiterer Erlaß vom 20. Mai bestimmte, die Kosten seien nicht wie bisher von den politischen Schutzhäftlingen, sondern von der Staatskasse zu tragen. Soweit die Häftlinge nicht genügend eigene Kleidung besäßen, würde sie aus staatlichen Beständen gestellt.¹ Schon vorher hatte das bayerische Innenministerium am 22. März verfügt, die Schutzhaftkosten habe die einweisende Behörde vorzustrecken und sie danach von den Bezirksregierungen zurückzufordern.²

Die kleineren Länder wollten jedoch auf die Dauer die Schutzhaftkosten nicht aufbringen. Deshalb verlangten im März/April einige, das Reich solle die Finanzierung übernehmen. Am 29. April teilte der Reichsminister der Finanzen dem Reichsinnenminister mit: »Ich bin grundsätzlich geneigt, den Ländern aus Reichsmitteln im gewissen Umfang die ihnen durch die Konzentrationslager entstehenden Kosten zu erstatten.« Entsprechend schrieb der Reichsinnenminister am 13. Mai an die Landesregierungen, ein Teil der Schutzhaftkosten werde zentral getragen. Doch während der Kabinettsitzung am 27. Juni erwog der Reichsfinanzminister, gesetzlich festzulegen, »daß die in Schutzhaft genommenen Personen zu den Kosten für Verpflegung und Unterbringung herangezogen werden können«.³

Dies bot den einzelnen Lagern und Ländern breiten Raum, auf unterschiedliche Weise die KZ-Kosten aufzubringen. Einmal ergaben sich geringere Verpflegungskosten von 38 bis 67 Pfennigen in den größeren Lagern, in Colditz und Hainichen mit einer Reichsmark (so von der Stadtverwaltung Leisnig berechnet) oder in Nohra mit 1,20 Mark, hier einschließlich Reinigung, Licht, Wasser und Sonstiges.⁴ Zum anderen ordnete am 5. April 1933 das sächsische Innenministerium an, die Haftkosten in Höhe von zwei RM pro Tag und Gefangenen — je eine Mark für Verpflegung sowie für Unterbringung und Bewachung — seien von den Polizeipräsidien,

Amtshauptmannschaften und Stadtverwaltungen vorzuschießen. Es ergänzte am 10. Mai, daß »keine rechtlichen Bedenken bestehen, die Ansprüche gegenüber Schutzhäftlingen auf Erstattung von Kosten der Schutzhaft nach § 387 BGB gegen die Forderung der Eingelieferten auf Auszahlung der ihnen bei der Inschutzhaftnahme abgenommenen und verwahrten Geldbeträge aufzurechnen«. Am 20. Juni bestätigte das Dresdner Ministerium, daß die Schutzhaftkosten von den Behörden lediglich zu verauslagen seien. Und das sächsische Landeskriminalamt bekräftigte am 25. September, daß es »bei einer Einziehung der Schutzhaftkosten von den Gefangenen verbleibt. Insbesondere möchte auch weiterhin versucht werden, von Personen, die in Arbeit stehen, eventuell ratenweise die Haftkosten einzuziehen«. Das geschah dann auch.⁵

Ähnlich bestimmte das württembergische Staatsministerium am 21. April, die Schutzhaftkosten fielen »den Schutzhäftlingen als Gesamtschuldner zur Last«. Nur wenn sich die Schutzhaft von Anfang an als ungeeignet erweise, trüge die Staatskasse die Kosten. In der Begründung vom 5. Oktober hieß es, »allgemeine, politische, sittliche und finanzielle Erwägungen (lassen es) als gerechtfertigt erscheinen, die Personen, die die Polizei zur Abwehr marxistischer Umtriebe und Gefahren in Schutzhaft nehmen muß, mindestens zu den Kosten ihrer eigenen Schutzhaft heranzuziehen, darüber hinaus aber — je nach ihren Vermögensverhältnissen — unter Umständen auch noch zu den Kosten für andere (zahlungsunfähige) Schutzhäftlinge in einem irgendwie näher zu bestimmenden Umfang«. Das Reichsinnenministerium bestätigte dem Stuttgarter Ministerium am 14. November, es sei ohne weiteres zulässig, den Häftling zur Kostenerstattung heranzuziehen. Eine Gesamthaftung jedoch wäre nicht möglich.⁶

Den Opfern die Kosten aufzubürden, praktizierten auch Verantwortliche in den Konzentrationslagern. In den sächsischen KZ Colditz, Hohnstein und Sachsenburg sollten Häftlinge pro Tag zwei Mark entrichten. Ersatzweise wurde das Geld von ihren Heimatgemeinden verlangt, die es wiederum von den Familienangehörigen, zum Teil über Abzüge von der Wohlfahrtunterstützung, Lohnpfändung oder Zwangsvollstreckung,

1 *MBliV*, T. I, 1933, S. 428 u. 554.

2 *StA München*, LRA 30 754, unfol.

3 *BA Koblenz*, R 2/18 804, unfol.; *Bay HStA*, MA 106 299,

Bl. 426f.; *Akten der Reichskanzlei*, Bd. I, S. 602, Anm. 8.

4 *StadtA Leisnig*, Nr. 551, Bl. 104; *StA Weimar*, Thür. Ministerium des Inneren, Nr. P 21, Bl. 5.

5 *StadtA Leisnig*, Nr. 551, Bl. 53f., 101 u. 104; *StA Bautzen*, AH Bautzen, Nr. 7542, Bl. 108a; *Nitzsche*, S. 19f.

6 *ZStA Potsdam*, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 709, Bl. 50f.

Berlin, den 14. November 1933.

I A 2000/5.10.

51

1. An

des Württ. Staatsministerium

in Stuttgart.

Auf das Schreiben vom 5. Oktober 1933
- Nr. 3088 -.

Nach meiner Ansicht ist es ohne weiteres
zulässig, den Schutzhäftling unter dem recht-
lichen Gesichtspunkt der Erstattung zu denje-
nigen Kosten heranzuziehen, die durch die
Vollstreckung seiner Schutzhaft an Unterbrin-
gung, Verpflegung und Bekleidung dem Staat
entstehen. Dagegen ~~darf~~ ^{ist} eine Rechtsgrundlage
für eine gesamtschuldnerische Inanspruchnahme
der Schutzhäftlinge ~~allerdings~~ nicht gegeben,
~~sein.~~

I. A.

2. Z. d. A.

13/11. 3. Hst. 47020
1. gef. 14. 11. 33
2. gef. 15. 11. 33
ab: 15/11.

Vermerk: vom Hrn. Dr. Widmann in der
Hstg. Vernehmung ist auf seinen Wunsch etwas
begründet aufgeführt worden. § 207m

entrieben.⁷ Im KZ Zschorlau wurden Ausgaben für Eßschüsseln, Trinkbecher, Handtücher, Arbeitskleidung usw. bis Mai 1933 aus beschlagnahmten Geldern der KPD bestritten.⁸

Im KZ Börnicke mußten sich im Frühjahr 1933 Häftlinge »freikaufen«⁹, ebenso in Bayern durch »Geldbußen, jedenfalls für Abkürzung der Haftdauer«, wie der Regierungspräsident von Niederbayern und der Oberpfalz am 19. September berichtete.¹⁰ In den oldenburgischen Schutzhaftstätten ließ der Regierungspräsident den Gefangenen an Haftkosten, »Bußgeldern« und »Kautionen« rund 18 500 bis 19 400 RM abnehmen, ungefähr zwei Drittel der Gesamtkosten der Lager in Höhe von über 29 600 RM.¹¹ Das KZ Stettin-Bredow verfügte bis Anfang Januar 1934 schon über rund 15 000 RM an »Bußbeträgen«, Mitte Februar über 16 000 RM. Als der preußische Gestapo-Chef das Lager besichtigte, entnahm er dessen Kasse 2 500 RM, verlangte und erhielt außerdem ein größeres Wurstpaket. Denn auch Eier, Fleisch, Wurst und sogar ganze Schweine gehörten zu den »Spenden« an das Konzentrationslager. Darüber hinaus wies der Berliner Kriminalrat Opitz den Stettiner Polizeipräsidenten Engel auf einen Mann hin, »gegen den leider kriminalpolizeilich nicht genug Material vorliege, den sich aber Dr. Hoffmann 'mal vornehmen solle, der könnte 30 000 RM ausspucken«. Auf Grund dieses Tips im Gaunerjargon kündigte der Lagerchef Hoffmann seinen Leuten an, »es käme ein reicher Bankdirektor, der mindestens 30 000 RM abwerfen müsse«. Es handelte sich dabei um den 1894 geborenen Generaldirektor i. R. der Germania-Versicherung, Dr. Hans Hamann, den das Finanzamt Stettin-Nord wegen angeblicher Steuerschulden festnehmen ließ. Hamann wurde am 24. Februar 1934 in die Zollfahndungsstelle gesperrt und zwei Tage später in die Keller der Vulkanwerft geworfen. Gegen Zahlung von 5 000 RM in bar und Hinterlegung von Eisenbahn-Obligationen in Höhe von 24 500 RM entließ Hoffmann ihn am 3. März 1934.¹²

Was offiziell geschah, praktizierten verschiedentlich auch Bewacher zum eigenen Vorteil. In Brandenburg nahm ein Nazischläger einem Häftling die goldene Zahnbrücke und -krone weg. In Börgermoor erpreßten SS-Leute von einem Juden gegen die Zusage, freigelassen zu werden, die Übereignung seines Motorrads, und zwangen ihn danach im Arrest, ein Testament

niederschreiben, worin er sie zu Alleinerben seines Geschäfts und Vermögens einsetzte.¹³

Auch auf andere Weise betrogen und bestohlen Kommandanturen und Mannschaften die Häftlinge: Im Berliner Columbia-Haus, in Börgermoor, Dachau, der Kemna und in Sonnenburg entwendeten sie unter dem Vorwand von Beschlagnahmen den Inhalt der Pakete, die die Gefangenen von ihren Angehörigen erhielten. Konfizierungen und Paketsperren waren, so vermuteten Häftlinge, nicht nur Schikanen, sondern sollten die Lagerinsassen zwingen, zu überhöhten Preisen in der Kantine zu kaufen. Desweiteren schwindelte man ihnen Portogebühren ab, die verschwanden.¹⁴ Gleichermaßen wurden Geldsendungen unterschlagen, bei der Einlieferung abgenommene Summen veruntreut, Bargeld erpreßt, in der Kemna allen Häftlingen neben Geldbeträgen Uhren und Wertsachen restlos abverlangt, die sie nie wiedersahen.¹⁵ Dagegen erhielt bei Auflösung dieses Lagers jeder Wachmann 15 bis 16 RM, in Dachau aus sogenannten Kantinenüberschüssen zu Weihnachten 1933 jeder SS-Mann einen Ausgehmantel und 20 RM in bar.¹⁶

Im KZ Oranienburg gab es ab Juli 1933 Lagergeld. Angeblich sollte es die Flucht von Häftlingen erschweren. Der gefangene Graphiker Willi Lippert aus Rathenow mußte auf fünf, zehn und 50 Pfennige sowie eine Reichsmark lautende Scheine entwerfen. Sie wurden in Größe von 9,5 × 7 cm für die niedrigen und von 14 × 9,5 cm für die höheren Werte in der Reichsdruckerei hergestellt. Die Häftlinge waren gezwungen, ihre verwahrten Beträge in Lagergeld anzulegen und aus Sendungen ihrer Angehörigen 70 Pfennige dafür abzuzweigen.¹⁷

Zu den erpreßten Summen kamen noch die Einnahmen aus dem zwangsweisen Arbeitseinsatz der Häftlinge. Schon am 13. Mai 1933 wies das Reichsinnenministerium die Länderregierungen an: »Soweit eine Möglichkeit besteht, werden die Insassen der Konzentrationslager zu geeigneten Arbeiten namentlich mit dem

7 Meinel, S. 158f.; Urban, S. 223.

8 StA Dresden, KH Zwickau, Nr. 3044, Bl. 21.

9 Karl Pioch, Nie im Absente, Berlin 1978, S. 13.

10 Bay HStA, MA 106 672, Bl. 19.

11 Stokes, Eutin, S. 594f.; ders.,

Kleinstadt, S. 527ff., 541ff. u. 554, Dok. IV/6 A-C, 9 A, 13 B-C, 16 D.

12 ZStA Merseburg, 2.5.1, Nr. 14 200, Bl. 144, 227, 193, 181 u. 195; WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 11 987, k. 267/268 u. 211/212.

13 Werner Hirsch, Hinter Stacheldraht und Gitter. Erlebnisse und Erfahrungen in den Konzentrationslagern und Gefängnissen Hitlerdeutschlands, Zürich/Paris 1934, S. 19; Langhoff, S. 138 u. 142.

14 Die neue Weltbühne v.

14. 1. 1935; Max Abraham, Juda verreckte. Ein Rabbiner im Konzentrationslager, Teplitz-Schönau 1934, S. 31; Ecker, S. 43; Ibach, S. 78; Harder, S. 125; Lange, Sonnenburg, S. 17.

15 Lange, Sonnenburg, S. 17; Ecker, S. 44; Tabaschnik, S. 99; Ibach, S. 78; Mitteilungen... v. 23. 6. 1934, S. PG 50. 16 ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. ZFg 1178/34, Bl. 71; Nazi-Bastille Dachau.

Schicksal und Heldentum deutscher Freiheitskämpfer, hg. vom Internationalen Zentrum für Recht und Freiheit in Deutschland, Paris 1939, S. 60.

17 Gerhart Seger, Oranienburg. Erster Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten, Karlsbad 1934, S. 47; Antifaschistischer Widerstandskampf..., T. I, S. 186, Dok. 151; Lange, Oranienburg, S. 26; Hans Maur, Das Lagergeld in den frühen Konzentrationslagern des faschistischen Deutschlands, in: Numismatische Beiträge, 1978, H. 1, S. 10ff.; Wilhelm Marquardt, Der Betrug mit dem Lagergeld, in: Der antifaschistische Widerstandskämpfer, 1982, Nr. 4, S. 14.

Ziel heranzuziehen sein, eine Verbilligung in der Unterhaltung der Konzentrationslager zu erzielen.«¹⁸

Für einige preußische Konzentrationslager wurden zum Beispiel aufgewandt: Börgermoor für Lageraufbau unter Anrechnung vorhandener fünf Baracken 280000 RM¹⁹, Brandenburg laufende Kosten: September und Oktober 1933 je 70000, November 1933 73000 RM²⁰, Brauweiler Haftkosten bis Juni 1933: 12000 RM²¹, Esterwegen für Lageraufbau: 700000 RM²², Hammerstein Baukosten (Voranschlag): 5800, Haftkosten bis Juni 1933: 15000 RM²³, Lichtenburg Haftkosten bis Juni 1933: 32000 RM²⁴, Neustrom für Lageraufbau: 700000 RM²⁵, Oranienburg Baukosten: 260000, seitens des Regierungspräsidenten in Potsdam für Unterhaltung und Haftkosten: April bis Juli 1933 über 108000, für Häftlingsverpflegung: August 1933 bis Juli 1934 mehr als 75500, für Verpflegung der Wachen und Verwaltung: über 30600, für Personalkosten: mehr als 111600 RM²⁶, Sonnenburg Einrichtungskosten: 150000, Haftkosten bis Juni 1933: 170000 RM²⁷, Quednau Haftkosten bis Juni 1933: 30000 RM und Werden Haftkosten bis Juni 1933: 90000 RM.²⁸

Zusammengerechnet also über 8,83 Millionen Mark, wobei für einige Konzentrationslager nur Teilsummen bekannt sind.

In dem Entwurf eines Schreibens an den Reichsminister des Inneren vom Juni 1933 sprach der preußische Innenminister noch davon, daß für die Schutzhaftlager in den preußischen Provinzen und deren Ausbau 1933 zirka 2,07 Millionen RM gebraucht würden.²⁹ Der preußischen Staatssekretärsbesprechung am 7. September 1933 lagen dagegen KZ-Kostenforderungen in Höhe von 1,25 Millionen für Personal-, von 6,4 Millionen für einmalige Sachausgaben und von 2,2 Millionen RM für Material- und Grunderwerb vor, an denen das Reich zu beteiligen sei. Gleiches galt auch hinsichtlich der Kosten für die Hilfspolizei mit 765000 und für die Gestapo mit 3,95 Millionen Reichsmark. Am 1. August vermerkte Grauert schon als Finanzbedarf: 5,5 Millionen für Errichtung und Ausbau von Konzentrationslagern und 9,75 Millionen als Kosten für 18000 Häftlinge, d. h. pro Kopf und Tag 1,50 RM. Im Januar 1934 setzte das preußische Staatsministerium einen Betrag von 6,3 Millionen, im März zusätzliche 1,5 Mil-

lionen Mark für das laufende Haushaltsjahr ein. Es ging dabei – so eine Berechnung vom Februar – von 6000 KZ-Plätzen aus, darunter in der Lichtenburg für 350, im Moor für 2300 politische Gefangene, und wollte die »Kapazität« der Lager um weitere 2000 erweitern. An Ausgaben für die Bewacher der Moorlager sah Göring im Dezember 1933 vor: für die Kommandantur in Papenburg zusammen 54460 RM (Kommandant mit jährlich 9600, Adjutant 4800, ein Oberwachmeister 3100, zehn Wachtmeister je 1800, zwölf Wachtleute mit je 1580 RM), für jedes Lager zusammen 174400 RM (Kommandoführer mit jährlich 4200, ein Stellvertreter 3100, drei Oberwachmeister je 2300, zwölf Wachtmeister je 1800, 110 Wachtleute mit je 1260 RM). Am 8. Mai 1934 teilte das Reichsinnen- dem Finanzministerium mit, in Preußen wären »für Zwecke polizeilichen Schutzes« fast 14,57 Millionen RM Mehrausgaben entstanden.³⁰

In Bayern erhielt schon am 24. März 1933 die Münchner Polizeidirektion zum Ausbau und Betrieb des KZ Dachau 18000 RM. Weitere Überweisungen bis Oktober 1933 summierten sich auf 771000 RM. Außerdem stellte das Justizministerium dem Lager bis Ende Mai 380 Mäntel, 50 Hosen, 2241 Paar Schuhe und Stiefel, 304 Bettgestelle, Maschinen, Werkzeuge usw. im Wert von über 27500 RM zur Verfügung. Die Baukosten bis Juni schätzte man auf 250000 bis 275000 RM und berechnete für die Bäckerei 30000, für eine Lautsprecheranlage fast 3600 und für 500 Uniformen der Wachmannschaft 100000 RM. Insgesamt beliefen sich bis Ende 1933 die einmaligen Kosten auf 164265 und die laufenden Kosten beim Betrieb des Lagers auf 511820, zusammen 676085 RM. Hinzu kamen die Ausgaben für die Verpflegung, bei denen die Lagerverwaltung überhöhte Werte einsetzte, und zwar bis Oktober 1933 für Wachmannschaften und Gefangene 517014 RM. Eine Rechnungsprüfung ergab jedoch lediglich eine Summe von 287513 RM. Von der »Einsparung« in Höhe von 229501 RM sollten, so verfügte das Finanzministerium, 100000 benutzt werden, der Wachmannschaft SS-Uniformen zu beschaffen, der andere Teil zur Deckung außerordentlicher Staatsausgaben verwandt werden.

Die Dachauer Endabrechnung für 1933 vermerkte Gesamtausgaben von 1001000 RM. Davon waren abzusetzen 216637 Arbeitstage der Gefangenen. Sie wurden von der SS-Verwaltung mit je sieben Stunden – zweifellos zu niedrig³¹ – zu je 50 Pfennigen veranschlagt. Das ergab, selbst bei dem geringen Ansatz, 758229 RM. »Diese Werte«, fügte die Übersicht an,

30 GStA Berlin, Rep. 77, Nr. 28, Bl. 18, Rep. 90 P, Nr. 104, Bl. 31f.; Christoph Graf, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des

Dritten Reiches, Berlin 1983, S. 174 u. 271f.; ZStA Potsdam, Reichsrechnungshof, Nr. 6622, Bl. 26; Demps, Konzentrationslager, S. 266f. u. 367.

31 In der Tischlerei mußte bis zu zehn und 13 1/2 Stunden gearbeitet werden (Ecker, S. 35).

18 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 103 R. – Angaben über solche Einnahmen liegen für 1933 kaum vor.

19 Kothorst/Walter, S. 60, Dok. 2.

20 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1192, Bl. 16 u. 19.

21 ZStA Potsdam, Film 14 929.

22 Kothorst/Walter, S. 60, Dok. 2.

23 WAP w Poznaniu, Rejencja

w Pile, Nr. 700, k. 23; ZStA Potsdam, Film 14 929.

24 ZStA Potsdam, Film 14 929.

25 Kothorst/Walter, S. 60, Dok. 2.

26 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol,

Nr. 1193, Bl. 2; Nr. 1163, Bl. 378; Nr. 1193, Bl. 8.

27 Dok.-Zentrum, Sonnenburg, Nr. 3, unfol.; ZStA Potsdam, Film 14 929.

28 ZStA Potsdam, Film 14 929.

29 Ebenda.

Konzentrationslager Oranienburg

Hauptverwaltung

Konten:

Postfach: Berlin NW 7 Nr. 119808
Stadtsparkasse Oranienburg Nr. 1118
Kreissparkasse Niederbarnim, Neben-
stelle E. Oranienburg, Nr. 351

Fernruf:

Oranienburg Sammel-Nr. 2911-13

Oranienburg, den
Berliner Straße

11. August

1933.

An den

Herrn Polizeipräsidenten

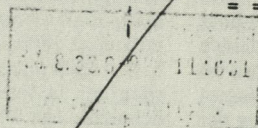
Abtlg. W.

zu Potsdam.

Abtlg.: III.

Tagebuch Nr. 1933/

Betrifft:



Kopiert

Um die dringendsten Ausgaben für die uns überwiesenen
Schutzhäftlinge im Konzentrationslager bestreiten zu können,
bitten wir um die Ueberweisung eines Betrages von
RM 20 000.00 (Zwanzigtausend RM) für 1. - 15.8.33.
Die gegenwärtige Iststärke beträgt 911 Mann und steigt von
Tag zu Tag.

Den gleichen Betrag in einer Mindesthöhe von ca.
RM 20.000.00 (Zwanzigtausend RM)
erbitten wir dann auch für die Zeit vom 16.-31. August 1933.
Die genaue Abrechnung erfolgt jeweils am 15. und 1. jedes
Monats.

Es würde uns genügen, wenn wir diesen zweiten Betrag
8 - 14 Tagen erhalten können.

Gleichzeitig melden wir für den Monat September 1933
für die oben angeführte Mindestiststärke Verpflegungsvorsch
in Höhe von

RM 41 000.00 (Einundvierzigtausend RM)

an.

Die Hilfspolizeibeamten und S.A. Wachmannschaften sind
in der Iststärke nicht enthalten.

Kopiert
Oranienburg
Hauptverwaltung
[Signature]

In A
1297
Ordnung
1. Nr.

Tabelle 13

Ausgaben des KZ Sachsenburg, Mai 1933 bis Mai 1934 (in Reichsmark)

Kostenposition	Mai bis November 1933	Dezember 1933	Januar 1934	Februar 1934	März 1934	April 1934	Mai 1934
Verpflegung	165831	22525	13609	13202	10122	..	..
Bewachung	445000	15956	5758	9056	7829	..	..
Lagerausstattung	194329	24770	10824	6247	12742	..	..
Heizung/ Beleuchtung	14622	3984	5551	5847	4515	..	..
Arzt/Transport	9034	2990	1678	1678	1687	..	..
Insgesamt	428817	70263	37423 ⁺	36041	36634	15155	22638

⁺ Hinzu kam der Kaufpreis von 100000 RM.

Quelle: StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2402, Bl. 12 f., 16 f., 18 f., 22 f., 25 f., 29 f. u. 32 f. — Fehler bei Einzelangaben oder in der Zusammenrechnung in der Vorlage.

»sind durch die Arbeit der Häftlinge auch tatsächlich geschaffen worden und sind in den Baulichkeiten und Einrichtungen des Lagers investiert und nutzbar gemacht.« Mit anderen Worten: Nicht nur die Bekleidung der SS-Leute und ein Teil der KZ-Kosten wurde aus der Verpflegung der Gefangenen »erwirtschaftet«. Vor allem mußten sie zum größten Teil Errichtung und Erhaltung des KZ Dachau durch ihre Arbeit auch finanziell bestreiten.

Ungeachtet der vorliegenden »Rentabilitäts«berechnung wies das Reichsministerium des Inneren für Schutzhaftkosten in Bayern 1933 über 441422 RM an. Für das erste Quartal 1934 veranschlagte das bayerische Finanzministerium für das KZ Dachau 503723 RM Kosten, für über ein Jahr seiner Existenz zusammen 1493737 RM. Hinzu kamen Kosten der Schutzhaft in anderen bayerischen Einrichtungen, eingeschlossen das KZ Neustadt an der Haardt mit 15000 RM (April 1933), für März 1933 bis April 1934 mit 570811, insgesamt 2064548 RM. Davon überwies Berlin 948526 RM, was eine Münchner Forderung nach 83745 RM auslöste, um die Hälfte der Kosten aus zentralen Mitteln zu erhalten.³²

In Sachsen wurden im August 1933 für die Konzentrationslager angewiesen: für Colditz 150000 (Bedarf 258000), Hainewalde 130000 (Bedarf 514000), Hohnstein 200000 (Bedarf 409000) und Sachsenburg 300000 (Bedarf 389000) RM.³³ Doch handelte es sich nur um

Teilbeträge, wie aus den Sachsenburger Berechnungen hervorging, wobei zu berücksichtigen blieb, daß die Gebäude zum Teil von Firmen kostenlos zur Verfügung gestellt worden waren. (Vgl. Tabelle 13)

Der Stadtstaat Bremen berechnete am 14. Juli 1934 für seine drei Konzentrationslager an Sachkosten 25600 und an Bewachungskosten rund 69000, zusammen fast 94700 RM.³⁴ Oldenburg verzeichnete — wie erwähnt — 29600 RM.

Der Reichsetat für das Innenministerium fixierte im August 1933: Das Reich übernehme 50 Prozent der Kosten, die den Ländern aus der Schutzhaftvollstreckung entstünden. Seine Höhe ließe sich jedoch noch nicht übersehen. Die einmaligen Ausgaben würden deshalb zunächst auf drei Millionen RM geschätzt. Der 50-prozentige Reichsanteil an dem Aufwand für die Hilfspolizei sei mit 3,4 Millionen zu veranschlagen. Das war zusammen immerhin fast ein Viertel der einmaligen Ausgaben des Reichsinnenministeriums in Höhe von knapp 27,8 Millionen RM. Doch schon am 15. März 1934 verlangte das Reichsinnen- vom Reichsfinanzministerium, da die Mittel für die Schutzhaftvollstreckung nicht ausreichten, weitere fünf Millionen, und am 4. Mai 1934 erneut 300000 RM. Es fügte hinzu, bisher wären über 8279000 RM an Schutzhaftkosten verausgabt worden.³⁵

32 Bay HStA, MF 67 403, unfol., MA 106 299, Bl. 184.

33 StA Bautzen, AH Bautzen, Nr. 7542, Bl. 90ff.

34 ITS, Arolsen, HGM Bremen-Findorf, unfol.

35 ZStA Potsdam, Reichsrechnungshof, Nr. 6621, Bl. 108, S. 81ff., Nr. 6622, Bl. 16 u. 18.

NS-Veröffentlichungen

Das NS-Regime verschwieg weder die Schutzhaft noch die Existenz der Konzentrationslager, wenn es auch die dortigen Verhältnisse zu beschönigen suchte. Vor allem 1933 erschienen zahlreiche Berichte, z. T. umfangreich und detailliert. Die Verantwortlichen steuerten solche Veröffentlichungen und deren Tenor. So lud der Staatssekretär und Leiter des bayerischen Presse- und Propagandadienstes, Hermann Esser, für den 3. April 1933 Vertreter der Auslandszeitungen in die bayerische Gesandtschaft in Berlin ein, um gegen angebliche Greuelberichte zu polemisieren. Im Beisein des Staatssekretärs Walter Funk vom Reichspropagandaministerium wollte er ihnen suggerieren, in Dachau solle Kommunisten und anderen Staatsfeinden das Arbeiten beigebracht werden, wovon sie sich selbst überzeugen könnten.¹ Für Hessen vermerkten der »Gießener Stadtanzeiger« und andere Blätter am 6. Mai vor ihrem Bericht über das KZ Osthofen: Die Besichtigung wäre »durch Vermittlung der Staatspressestelle« ermöglicht worden.² In Preußen ließ das Staatsministerium Vertreter der Auslandspresse in das KZ Sonnenburg fahren, wie das Berliner »12-Uhr-Blatt« vom 24. und die »NS-Korrespondenz« vom 29. Mai festhielten.

Andere Journalisten und Zeitungen fragten unmittelbar bei Lagerkommandanten an, ob ihr Kommen genehm sei. So erlaubte der Führer der für das KZ Oranienburg zuständigen SA-Standarte 208 am 1. April, daß Norweger das Lager betreten durften. Am 5. April gestattete er das für Reporter der »New York Times«, am 10. April für den der Agentur Keystone, danach für Berichterstatter der Berliner »Täglichen Rundschau«, von »Associated Press«, der großbürgerlichen »Deutschen Allgemeinen Zeitung« und der »Kasseler Zeitung«.³ General a. D. Joachim Stülpnagel von der »Berliner Börsen-Zeitung« verlangte sogar einen Wagen zur Besichtigungsfahrt. Postwendend bekam er am 15. September die devote Antwort: Der Kraftwagen des Lagerkommandanten stehe ihm am nächsten Tag zur Verfügung, werde ihn wie gewünscht in Berlin abholen und auch wieder dorthin zurückbringen.⁴ Auch der Moringen Polizeikommandant schlug am 28. April dem

hannoverschen Regierungspräsidenten vor, Presseleute einzuladen, »um der Nachrichtenverbreitung der Zeitungen des Auslandes über angebliche Mißhandlungen der politischen Häftlinge entgegenzutreten«.⁵

Wer bei den Visiten Regie führte, zeigte ein Schreiben des preußischen Geheimen Staatspolizeiamtes vom 30. Mai, das zwei USA-Journalisten die Fahrt nach Oranienburg genehmigte.⁶ Am 2. August ordnete der preußische Innenminister an: »Pressevertretern ist der Zutritt und die Besichtigung der Lager ohne vorgängige ausdrückliche schriftliche Genehmigung meinerseits nicht zu gestatten. Ebenso wenig ist ohne meine solche ausdrückliche schriftliche Genehmigung das Fotografieren und Filmen in den Lagern, soweit es nicht für eigene dienstliche Zwecke der Lagerverwaltung erfolgt, statthaft.«⁷

Weitere Vorgänge erhellten das Bestreben, unerwünschte Besucher von den Konzentrationslagern fernzuhalten: Am 16. September 1933 teilte die Kreishauptmannschaft Leipzig der Amtshauptmannschaft Döbeln mit, der nordamerikanische Rechtsanwalt Leo Gallagher beabsichtige, »die Zustände in den deutschen Gefängnissen und Konzentrationslagern zu untersuchen«. Es sei anzunehmen, daß er sie »im Sinne der roten und jüdischen Internationale ausschachten wird«. Deshalb sei ihm die Einreise zu verweigern.⁸ Am 23. Dezember informierte die Vertretung des Landes Sachsen in Berlin das Dresdner Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, das Reichspropagandaministerium habe mitgeteilt, Ende Januar 1934 wolle eine Kommission aus zwei Briten, zwei USA-Bürgern und drei bis vier Holländern ein Konzentrationslager besichtigen. Das Propagandaministerium lege »naturgemäß Wert darauf, daß ein möglichst gutes, heizbares Lager, kein Barackenlager, ausgewählt« werde. Nachdem Hohnstein genannt worden war, ließ die Berliner Propagandazentrale das Dresdner Ministerium wissen, »daß der in Aussicht genommene Besuch von deutschen Konzentrationslagern durch eine Kommission von Ausländern nicht stattfinden werde«. Das Propagandaministerium habe sich bemüht, »diesen Besuch abzubiegen«. Es sei zufrieden, daß dies gelungen wäre, denn: »Man vertrete den Standpunkt, daß es eine mißliche Sache sei, einer

1 Richardi, S. 287.

2 Grünwald, S. 57.

3 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 8, Bl. 371 ff. — Siehe auch die Aufstellung bei Schäfer, S. 106 f., wo außerdem u. a. Berichte des An-

griffs v. 29. 3. und des Anhalter Anzeigers v. 25. 7. 1933 abgedruckt wurden.

4 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 8, Bl. 350 f.

5 Mlynek, S. 77.

6 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 8, Bl. 379.

7 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1155, Bl. 23.

8 StA Leipzig, AH Döbeln, Nr. 2526, Bl. 194.

Ausländerkommission Einrichtungen zu zeigen, die in anderen Ländern nicht vorhanden seien; außerdem sei es in solchen Fällen immer zweifelhaft, ob der von einer solchen Besichtigung erwartete Erfolg in dem von Deutschland gewünschten Maße auch tatsächlich eintrete.«⁹ Am 19. April 1934 äußerte die Gesandtschaft in Prag Bedenken, daß eine Delegation der Internationalen Juristenvereinigung das KZ Colditz besuche.¹⁰ Offenbar hatte sich inzwischen herausgestellt, daß jene Gruppen nicht zu den ausländischen Sympathisanten oder Parteigängern des Naziregimes gehörten.

Die Einflußnahme bei genehmigten KZ-Visiten ließ sich auch daran erkennen, daß der Staatskommissar für das hessische Polizeiwesen, das SS-Mitglied Werner Best, die eingeladenen Zeitungsleute selbst begleitete und der Wormser Polizeipräsident, Jost, sie durch das KZ Osthofen führte.¹¹ In einem anderen Fall gab der Stuttgarter Polizeipräsident Rudolf Kleiber den Zeitungsvertretern nach dem Besuch des KZ Heuberg weitere Erläuterungen.¹² Als ausländische Journalisten am 19. Mai Dachau besichtigten, war unter anderem Wilfried Bade vom Berliner Propagandaministerium anwesend. Gegenüber den »Münchner Neuesten Nachrichten« und anderen Zeitungen verbreitete er, die fremden Presseleute hätten einen guten Eindruck gewonnen. Dabei sagte er auch, »Insubordination oder Widerstand« gebe es bei den Häftlingen nicht.¹³ Doch stand beispielsweise acht Tage zuvor in Zeitungen, der Kommunist Josef Götz wäre bei einem tätlichen Angriff auf SS-Wachen erschossen worden. In Sonnenburg sprach der Staatsanwaltschaftsrat Hans Mittelbach vom Geheimen Staatspolizeiamt zu den ausländischen Korrespondenten, die unter Leitung des Oberregierungsrates Martin Sommerfeldt vom Innenministerium von dem Regierungsrat Ernst-Ewald Kunckel von der preußischen Pressestelle und von Hans Rechenberg vom Geheimen Staatspolizeiamt begleitet wurden.¹⁴ Vielfach erwähnten andere Berichterstatter, daß sie bei KZ-Besichtigungen von Kommandanten oder deren Vertretern geführt worden wären. Eine zusätzliche Steuerung bestand in der Vorzensur durch amtliche Stellen; sicherte doch die »Deutsche Postzeitung« in ihrem Schreiben nach Oranienburg vom 4. August 1933 zu, das Manuskript ihres Artikels zur Freigabe vorzulegen.¹⁵ Anzunehmen war auch, daß die zumindest eingeschüchterten, wenn nicht gleichgeschalteten Zeitungen sich zurückhielten.

Trotz solcher beeinflussten Berichterstattung konnten kritische Zeitgenossen – selbst wenn sie nur ein Blatt lasen – aus den Veröffentlichungen manches recht deutlich erkennen, nämlich u. a. folgendes: Einen Artikel

in einem italienischen Provinzblatt wiedergebend, teilte der »Zeitungsdiens (Berliner Dienst)« am 19. September mit, es beständen gegenwärtig »vier große Konzentrationslager, die insgesamt 30000 Menschen beherbergen. Tatsächlich gibt es heute noch zahlreichere kleinere Lager, die allerdings teils schon aufgelöst werden, teils noch aufgelöst werden sollen, um sie alle in den vier Konzentrationslagern zusammenzufassen.« Als Anzahl der KZ-Insassen hatte schon am 20. April die »Frankfurter Zeitung« für Preußen 10000, das »Berliner Tageblatt« am 11. Juli insgesamt 18000, davon in Preußen ungefähr 13000, genannt. Wie erwähnt, betrug jedoch in Preußen die tatsächliche Zahl im Juli fast 15000, im Reich 27000. Dennoch dürften die amtlicherseits verkleinerten Zahlen denkende Betrachter aufhorchen lassen haben.

Best erklärte den hessischen Presseleuten, die Einkerkierungen seien »eine Präventivmaßnahme, um Zusammenstöße und Reibungen zu verhindern, wenn die Betreffenden... versuchten, durch Wühlereien und Hetzereien die Staatsordnung zu untergraben«. Darauf waren fast alle einschlägigen Zeitungsberichte abgestimmt; die meisten sprachen von inhaftierten Kommunisten. Auch Göring versicherte, daß von den »Staatsfeinden« in den Konzentrationslagern »Hauptbestandteil Kommunisten« seien.¹⁶ Doch ließen weitere Äußerungen ersichtlich werden, daß zunehmend andere Personengruppen in die Lager geworfen wurden. In der »Deutschen Justiz« erläuterte 1934 ein Jurist: »Die Verhängung von Schutzhaft ist nicht nur gegen aktive Staatsfeinde, sondern z. B. auch aus erzieherischen Gründen gegen Kritiker der Regierung der nationalen Erhebung, gegen Miesmacher usw. zulässig, auch wenn sie nicht die öffentliche Sicherheit gefährden«. Und die »Deutsche Juristen-Zeitung« fügte 1935 hinzu: »Die Eingriffe in die persönliche Freiheit – wie sie etwa in der Schutzhaft ihre schärfste Ausprägung erfahren – können nicht lediglich als Ausnahmerecht für Ausnahmezeiten begriffen werden. Die Schutzhaft ist ein ordentliches Zwangsmittel der Polizei zur Bekämpfung unsocialer und antideutscher Haltung der Staatsbürger.« Daraus wurde die Drohung gegen jeden deutlich, der das faschistische Regime und dessen Politik auch nur in Einzelheiten nicht billigte, oder wie es im »Angriff« am 18. Mai 1934 hieß: »Meckern darf, wer keine Angst hat, ins Konzentrationslager zu kommen.«¹⁷

Die Zeitschrift »Der Deutschen-Spiegel« hingegen fragte schon am 2. Juni 1933: »Ist es für einen großen Staat wie Bayern nicht ein Widerspruch, einige tausend Menschen festzusetzen? Bestimmt, und deshalb ist dieser Ausdruck des Machtwillens kein Beweis staatlicher Stärke.« Sie stellte gar die künftige Notwendigkeit von Konzentrationslagern in Frage: »Konzentrationslager können in politisch aufgeregten Zeiten, und auch dann nur vorübergehend, eine Behelfsmaßnahme sein, in ruhi-

9 StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 189f. u. 219.

10 ZStA Potsdam, Film 16 084.

11 Grünwald, S. 57.

12 Schätzle, Stationen..., S. 15.

13 Richardi, S. 114f.

14 12-Uhr-Blatt v. 24. 5. 1933.

15 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 8, Bl. 371.

16 Völkischer Beobachter v. 22./23. 4. 1934.

17 Das deutsche Volk..., S. 140, 142 u. 81.

gen Tagen und zumal dann, wenn die Übermacht des Staates so allgemein wie jetzt erkannt und anerkannt wird, werden Konzentrationslager zum Selbstzweck der Bürokratie.« Auch gegen die Ansicht, die Häftlinge zu »erziehen«, die fast alle Artikel vortäuschten, erhob sich eine skeptische Stimme. Am 19. April meinte die »Tägliche Rundschau« unter den Überschriften »Die »Erziehungsanstalt der Marxisten«. Umschulungsversuche im Konzentrationslager Oranienburg: »Welche Erfolge man von diesen Maßnahmen, die täglich durch Einrichtung von neuen Lagern ausgedehnt werden, erwarten kann, ist ungewiß. Denn wie weit auf dieser Basis eine wirkliche innere Umschulung der Marxisten möglich ist, kann solange nicht festgestellt werden, bis man den Kern der Menschen erkennen kann.« Solche ohnehin seltenen Äußerungen fanden sich freilich bald nicht mehr im Blätterwald.¹⁸

Andere Journalisten kamen solche Bedenken nicht. »Wie lange die Gefangenschaft dauert, ist ungewiß«, meinte »Der Jungdeutsche«, Organ des Jungdeutschen Ordens, am 8. April. »Es werde für viele Gefangene mit der Freiheit eine böse Weile haben«, stand in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« vom 30. April. Die »Coburger Zeitung« prophezeite eine lange Existenz der Konzentrationslager: »Dachau ist heute nicht mehr eine Episode, es ist ein Programm und eine Parole für alle, die weder guten Glaubens noch guten Willens sind.«¹⁹ Und »Der Jungdeutsche« vom 28. Mai schrieb: »Die meisten Konzentrationslager sind jetzt auch nach dem Muster von Dachau ausgebaut worden.«

Daß weitere Lager gegründet worden waren, meldeten außer der Errichtung von Dachau viele Blätter, so die »Oberlausitzer Tageszeitung« am 28. März von dem in Hainewalde, die »Mainzer Tageszeitung« vom 6. April von Osthofen, die »Pommersche Zeitung« vom 13. April die Einrichtung einer Schutzhaftabteilung in der Haftanstalt Gollnow, der »Schwäbische Merkur« am folgenden Tag, der »Pfälzer Bote« am 18. April die Gründung des KZ Heuberg, das Mannheimer Blatt »Hakenkreuzbanner«²⁰ und das »Heidelberger Tageblatt« am 24. April die von Kislau, des Lagers in Breslau-Dürgoy die »Ostdeutsche Morgenpost« vom 29. April, in Ankenbuck die »Heidelberger Neuesten Nachrichten« vom 16. Mai oder in Roßlau die »Frankfurter Zeitung« am 1. September. »Der Erzgebirgische Volksfreund« protestierte dann am 2. Juni gegen die beabsichtigte Schließung des KZ Zschorlau.

Weiter berichteten Lokalzeitungen in den Frühjahrswochen 1933 teilweise täglich, wer verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt worden war.²¹ Neben konkreten Häftlingszahlen in einzelnen Lagern nannten

größere Presseberichte Namen von politischen Gefangenen wie »Der Angriff« vom 12. April aus Sonnenburg die von Hans Litten, Erich Mühsam und Carl von Ossietzky, wobei das Goebbels-Blatt hinzufügte: »Zu diesen wird sich schon in den nächsten Tagen der KPD-Führer Thälmann gesellen.«²² Desweiteren erwähnte das »12-Uhr-Blatt« am 24. Mai aus Sonnenburg die kommunistischen Funktionäre Wilhelm Kasper und Ernst Schneller. Im KZ Heuberg befanden sich nach dem »Hamburger Fremdenblatt« vom 10. April »zumeist Kommunisten, dann Sozialdemokraten, Reichsbannerleute« sowie »eine Reihe von namhaften Führern der Opposition, darunter bisherige Abgeordnete, Stadtverordnete, Beamte, Richter, Lehrer usw.« Und die »Deutsche Postzeitung« vom 17. August berichtete aus Oranienburg unter anderem von Oberbürgermeistern, Bürgermeistern, Amtsgerichtsräten, Geschäftsführern, Intendanten, Regisseuren und Direktoren des Berliner Rundfunks. Auch jugendliche Gefangene wurden erwähnt, so aus Osthofen in der Oppenheimer Lokalzeitung »Landeskrone« am 6. Mai oder aus Hainewalde in der »Oberlausitzer Tageszeitung« vom 30. Juni. Im »Völkischen Beobachter« vom 15. Juli und in der »Berliner Börsen-Zeitung« vom 10. August war von Geiseln die Rede, die wegen der Flucht ihrer Verwandten ins Ausland oder wegen deren dortigen Berichten ins Konzentrationslager mußten. Schließlich blieb ebensowenig unbekannt, daß sich weibliche Schutzhäftlinge im KZ Gotteszell befanden, wie der »Schwäbische Merkur« vom 15. April mitteilte.²³ Auch wurde, wie im »Neuen Tübinger Tageblatt« am 10. Juli, festgestellt, daß die Häftlinge in drei Kategorien eingeteilt wären.²⁴

Längere Artikel brachten oft die Namen und Ränge der Lagerkommandanten, Art und Anzahl der Bewachungsmannschaften. Die »Deutsche Postzeitung« vom 17. August und die »Deutsche Gemeindebeamten-Zeitung« vom 9. September schilderten sogar den Aufbau der Oranienburger Lagerverwaltung.

Ausführlich und beschönigend gingen die größeren, zum Teil bebilderten Berichte auf den Tagesablauf und die Lebensbedingungen der KZ-Häftlinge ein, so die »Berliner Illustrierte Zeitung« am 30. April mit Fotos aus Oranienburg, die zugleich die Namen weiterer Lager und die Zahl ihrer Insassen anführte. Eine ähnlich verlogene Bildreportage brachte die »Münchner Illustrierte Presse« am 16. Juli über Dachau. Doch ließen

18 Braunbuch . . . , S. 271.

19 Beimler, S. 66f. — Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels war, nach der angegebenen Häftlingszahl zu urteilen, etwa Juli 1933.

20 Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945. Dokumente,

hg. von Joachim Fliedner, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, S. 245, Dok. 155.

21 So das Oppenheimer Kreisblatt *Landeskrone (Grünwald)*, S. 58ff.).

22 Das war 1933 eine der zahlreichen Nazisppekulationen über das weitere Schicksal des KPD-Vorsitzenden, der jedoch — auch nachdem 1935 der Vollzug der Untersuchungshaft formell ausgesetzt wurde — als einziger Schutzhäftling viele Jahre in Justizhaftanstalten blieb. Streng isoliert befand er sich, nur im Januar 1934 durch eine kurzzeitige Überstellung in die Gestapo-Zentrale in der Berliner Prinz-

Albrecht-Straße unterbrochen, in Berlin-Alt-Moabit, Hannover und Bautzen, von wo man ihn im August 1944 zur Ermordung in das Krematorium des KZ Buchenwald brachte.

23 Schätzle, Stationen . . . ,

S. 16; Braunbuch . . . , S. 276.

24 *Der alltägliche Faschismus*. Dokumentation, hg. von der VVN/Bund der Antifaschisten, Ortsgruppe Tübingen, o. J., S. 63.

Konzentrationslager Dithosen

Besichtigung durch die hessische Presse

Durch Vermittlung der Staatspreffestelle war den Vertretern der hessischen Presse gestern Mittag Gelegenheit gegeben, das einzige hessische Konzentrationslager für politisch Inhaftierte in Dithosen bei Worms zu besichtigen. Im Polizeipräsidentium Worms begrüßte der Staatskommissar für das hessische Polizeiwesen, Regierungsrat Dr. West, die zahlreich erschienenen Journalisten, worauf die Fahrt nach dem Lager angetreten wurde. Mitten in fruchtbarem Ackerlande liegt das Lager, vor 6 Wochen stand hier eine seit Jahren stillgelegte verwahrloste Papierfabrik. Heute grühen schon von weitem die Fahnen des neuen Reiches von hohen Mastenmasten. Das Gebäude ist gesäubert und macht einen vertrauenswürdigenden Eindruck.

In einem der alten Maschinensäle betonte Staatskommissar Dr. West, als der für die polizeilichen Maßnahmen in Hessen Verantwortliche, Zweck der Besichtigung solle sein, daß die Journalisten, denen im Lager keinerlei Beschränkungen im Verkehr mit den Häftlingen auferlegt seien, wahrheitsgetreu über das Gesehene und Gehörte berichten möchten, um in der Öffentlichkeit falsche Auffassungen zu beseitigen.

Dr. West betonte, er habe versucht, bei den erforderlichen Maßnahmen die politischen und staatlichen Notwendigkeiten und die Forderungen einer gewissen Menschlichkeit in Einklang zu bringen. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 2. 33 erhalte die Polizei eine fast unbeschränkte Machtbefugnis, insbesondere auch hinsichtlich der Entziehung der persönlichen Freiheit. Auf dieser Verordnung beruhe die Polizeihaft, die in einer größeren Zahl von Fällen verhängt werden mußte. In einem Teil der Fälle war die Schutzhaft nötig, um den Betroffenen selbst vor Angriffen und Verletzungen zu schützen und ihn daher vorübergehend unter Polizeischutz zu nehmen. In anderen Fällen war es eine Präventivmaßnahme, um Zusammenstöße und Reibungen zu verhindern, wenn die Betroffenen, die aus der nationalen Revolution noch nichts gelernt hätten, versuchten, durch Wühlereien und Hetzeien die Staatsordnung zu untergraben. In einer Reihe von Fällen war eine gewisse Er-

Da der hessische Polizeietat außerordentlich gering ist, so wurde das Lager fast ohne einen Pfennig staatlicher Mittel errichtet. Es wurde fast alles aus dem Nichts geschaffen, in erster Linie dank der umsichtigen, geschickten Tätigkeit des Lagerleiters Sturmbannführers d'Angelo, M. d. L.

Anschließend gab der Wormser Polizeipräsident Dr. Jost Aufklärung über die Arbeiten, die von den Lagerinsassen zur Herrichtung ihrer Unterkunft selbst geleistet wurden.

Bei dem Rundgang durch die beiden Hauptgebäude erhielt man einen Ueberblick, mit welchem Eifer Lagerleitung und Insassen an der Bohnlichmachung gearbeitet haben. Eelen es nun die Badeeinrichtungen, Wasserleitungen, Küche, Büro, Wache, Schreinerei, Schlosserei, Schuhmacherei — selbstverständlich werden alle für Lager und Häftlinge notwendigen Arbeiten selbst verrichtet — oder der Sanitätsraum. Täglich findet ärztliche Beratung statt. Jeder Neuankommende wird sofort vom Arzt untersucht, eingeteilt und einem entsprechenden Arbeitskommando zugewiesen. Die Familien der Häftlinge erhalten entweder die Arbeitslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung. Zurzeit ist ein großer Vortragssaal in Arbeit, der der Weiterbildung der jüngeren Häftlinge dienen soll. Nur ganz vereinzelt war es notwendig, Unruhestifter in Einzelhaft zu schicken.

Die bisher im Lager befindlichen SPD- und SPD-Abgeordneten des Hessischen Landtags sind bereits am 1. Mai entlassen worden. Wir machten von der eingeräumten Freiheit, mit bekannten Lagerinsassen ungehindert zu sprechen, reichlich Gebrauch. Immer wurde uns versichert, daß Behandlung und Verpflegung durch SS und SA durchaus anständig ist, daß insbesondere die Dienstankündigung für die Wacheleute: „Tätliche Maßnahmen gegen die Häftlinge haben unter allen Umständen zu unterbleiben“, ausnahmslos eingehalten werden. Jeder Gefangene hat das Recht, bei dem Lagerleiter begründete Beschwerden oder Wünsche vorzubringen. Brief- und Paketverkehr ist nicht beschränkt und unterliegt lediglich einer Zensur. Dreimal wöchentlich dürfen die Häftlinge Besuch empfangen. Für Unterhaltung sorgen Zeitungen und Radio.

Bericht aus der »Landeskrone« vom 6. 3. 1933

sich selbst daraus Schlüsse ziehen, so wenn die »Tägliche Rundschau« vom 19. April aus Oranienburg mitteilte, die Gefangenen lägen auf Stroh auf dem Fabrikhallenboden, »notdürftig« in eine Decke gewickelt, und der tägliche Verpflegungssatz betrüge pro Kopf 75 Pfennige, oder die »NS-Korrespondenz« am 15. April vom Heuberg wußte, daß ein Vegetarier mit dem Essen zufrieden sei, anderen die Ernährung aber »vielleicht nicht so be-
hagen« würde, und das »Mainzer Journal« vom 6. Mai

die »mustergültige Ordnung trotz primitivster Mittel« pries.

Die meisten der Presseschilderungen bezeichneten die Arbeit der Häftlinge als einen »Erziehungsfaktor«. Sie meinten damit deren Einsatz beim Lagerausbau, meist aber den außerhalb der Schutzhaftstätten, wie der »Landauer Anzeiger« am 18. Mai den Sportplatzbau durch Gefangene aus dem Fort Landau, die »Hamburger Nachrichten« vom 26. Mai oder das »Hamburger Frem-

denblatt« am 8. Juni mit Fotos das Torfstechen der Gefangenen im KZ Wittmoor, die »Kasseler Post« vom 23. Juni Arbeiten Breitenauer Gefangener, der »Anzeiger für das Fürstentum Lübeck« vom 2. Juli Kultivierungen bei Eutin, die Karlsruher Zeitung »Der Führer« vom 23. Juli die Melioration von Sumpfgelände in der Nähe von Kislau oder der Dachauer »Amper-Bote« am 7. September und 5. Oktober den Torfabbau und die Säuberung von Fischteichen.²⁵

Wenn in der »NS-Korrespondenz« vom 18. Mai von Vernehmungen und in der »Deutschen Gemeindebeamten-Zeitung« am 9. September von Fingerabdrücken die Rede war, sollten die Häftlinge damit in den Augen der Leserschaft kriminalisiert werden. Zugleich erlaubte das jedoch Rückschlüsse, wie die KZ-Insassen behandelt wurden. Ebenso konnte es nachdenklich stimmen, daß laut »Täglicher Rundschau« vom 19. April in Oranienburg ein ehemaliger Angehöriger der kaiserlichen Kolonialtruppe die Häftlinge kommandierte, oder nach dem Eindruck eines britischen Korrespondenten, den das »Berliner Tageblatt« am 17. September wiedergab, in Sonnenburg »scharfe Disziplin« herrsche.

Daß in den Konzentrationslagern mißhandelt und bestraft wurde, leugneten die meisten Berichte, so die »NS-Korrespondenz« vom 15. April für den Heuberg. Doch schon fünf Tage zuvor war über dasselbe Lager im »Hamburger Fremdenblatt« zu lesen, daß der Kommandant nicht gern Arrest verhängte, weshalb solche Strafen wenig vorkämen. Auch von Dachau hieß es von Anfang an, daß es Haftstrafen gebe.²⁶ Aus Oranienburg berichtete die »Deutsche Allgemeine Zeitung« am 30. April von Besuchssperren als Repressalie. Bemerkungen wie: unverbesserliche Häftlinge seien in Dachau von den übrigen getrennt und würden mit Sonderarbeiten beschäftigt, die in der »Münchener Illustrierten Presse« vom 16. Juli zu lesen waren, oder Worte wie: »das Lastende, Bedrückende an der Atmosphäre, die über dem Ganzen liegt«, »die eiserne Faust«, die den Häftlingen im Nacken sitze, vom Lachen, das im Lager selten sei, von der Härte, die über allem laste, und »Der Geist des Konzentrationslager ist hart, sehr hart«, welche die Zeitschrift »Der SA-Mann« am 19. August gebrauchte, ließen die Wirklichkeit ahnen. Deutlich wurde sie aus der Meldung, die der »Stettiner Generalanzeiger« vom 7. April 1934 und andere Blätter brachten: Das Landgericht Stettin habe Joachim Hoffmann, den Verantwortlichen des KZ Stettin-Bredow, und weitere Beamte der dortigen Polizeiverwaltung wegen Gefangenemißhandlung bestraft.

Klare Vorstellungen konnten auch aus der Feststellung des »SA-Mannes« vom 19. August 1933 aus Dachau gewonnen werden, daß »jeder dieser ausgesuchten Wachmänner Fleck zu schießen pflegt«. Meldungen über angebliche »Erschießungen auf der Flucht« fanden sich im April und Mai nicht nur in dem »Amper-Boten«

und der »Dachauer Zeitung«; auch große Blätter berichteten darüber.²⁷ »Der Deutschen-Spiegel« vom 2. Juni mußte konstatieren: »Heute bedeutet jeder Versuch schon in seinen ersten Anfängen Verderben und Elend.«

Dieser Eindruck wurde dadurch verstärkt, daß der Dachauer »Amper-Bote« am 20. April und zur gleichen Zeit die »Münchener Neuesten Nachrichten« eine Warnung des Dachauer Kommandanten veröffentlichten, wonach die Bevölkerung rasch am Lager vorbeizugehen habe und nicht über die Umfassungsmauern schauen solle, da dann die Wachposten schießen würden. »Wer gegen diese wohlmeinende Anordnung verstößt, der muß die Folgen selber tragen.«²⁸

Solche Publikationen enthielten einerseits aufschlußreiche Passagen, die viele Deutsche nachdenklich stimmen konnten, andererseits animierten sie verschiedentlich Unternehmer, an den Konzentrationslagern verdienen zu wollen. So boten Firmen Sachsenburg Decken, Stoffe und Kochkessel an. Andere Offerten verdeutlichten, daß die Absender wußten, was in den Lagern geschah, zum Beispiel wenn eine Duisburger Geldschrankfabrik zerlegbare Arrestzellen zum Einzelpreis von 420 RM verkaufen wollte oder ein Löbauer Gummwerk Gummiknüppel unter der zynischen Bezeichnung »Lebensverteidiger« lieferte.²⁹

Obleich auch jene Veröffentlichungen manchen Aufschluß gaben, zu ihrer Absicht gehörte, jeden Widerstand zu ersticken. Unübersehbar und mißverständlich traten Drohungen hervor. So berichteten die »Leipziger Neuesten Nachrichten« am 1. April aus Kassel, daß auf dem dortigen Friedrichplatz ein Käfig aus Stacheldraht errichtet und darin ein Esel eingesperrt worden sei. Ein Schild verkünde: »Konzentrationslager für widerspenstige Staatsbürger, die ihre Einkäufe bei Juden tätigen.« Nach einer anderen Mitteilung lautete die Drohung mit dem symbolischen Konzentrationslager: »Nur ein Esel erkennt nicht, daß Adolf Hitler der Führer des deutschen Volkes ist und den Aufbau des Reiches führen muß.«³⁰

Der Bremer Polizeisenator drohte in den »Bremer Nachrichten« am 21. Juni, daß alle, die bei »politischer Hetzarbeit« angetroffen würden, »auf lange Zeit in ein besonderes, neu einzurichtendes Konzentrationslager gebracht werden, in denen ihnen die Lust, sich noch einmal so zu betätigen, endgültig vergehen wird.« Noch direkter wandte sich das Mannheimer »Hakenkreuzbanner« am 31. August an eine namentlich genannte Frau und »riet« ihr, »in Zukunft die Lästerklappe schön geschlossen (zu) halten — anderenfalls wir Ihnen Gele-

25 Rumberg, S. 48.

26 Undat. u. nicht gekennzeichnet.

neter Ausschnitt im Besitz d. Verf.

27 Rumberg, S. 33 u. 38ff.; Pospischil, S. 29f.; Braunbuch . . . , S. 299, 344 u. 349f.

28 Rumberg, S. 36; Kimmel, S. 357.

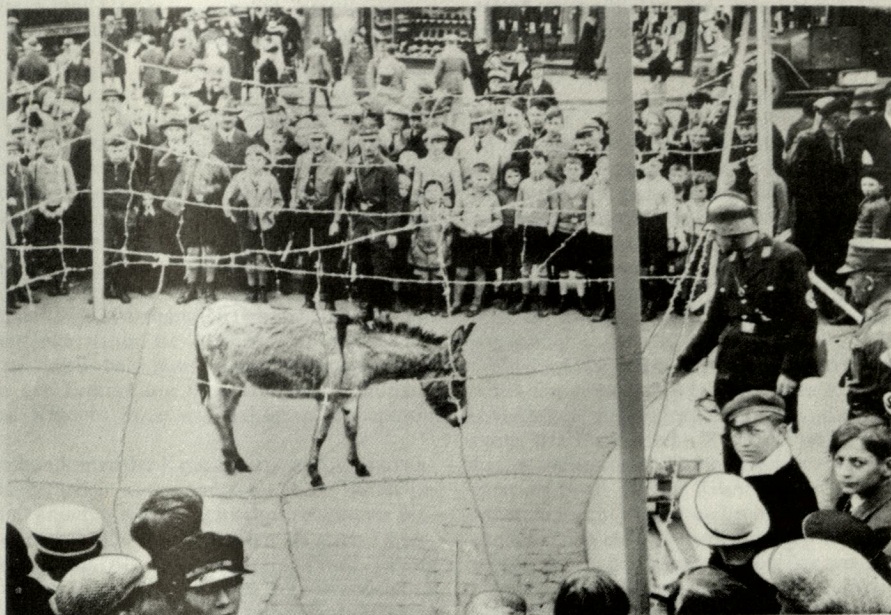
29 StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2406; ZStA Potsdam,

Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 708, Bl. 301f.; StA Bautzen, AH Löbau, Nr. 391, Bl. 260.

30 Braunbuch . . . , S. 248;

Krause-Vilmor u. a., S. 72, wo sich davon auch ein Foto befindet.

Rassell boykottiert die Juden



„Konzentrationslager für widerspenstige Staatsbürger, die ihre Einkäufe bei Juden tätigen“ hieß es auf dem Schild, das dieses drohende Bitter auf dem Opernplatz erklärte. Die Kasseler haben sich von morgens bis abends darüber gefreut!

genheit geben müssen, Ihre staatsfeindlichen 'Vorträge' in der Frauen-Abteilung in Kislau zu popularisieren³¹

Drohungen gegenüber der Bevölkerung wie den Versuch, die Gefangenen zu erniedrigen und zu brechen, stellten das Mitschleppen von KZ-Häftlingen bei den Aufzügen am 1. Mai 1933 in Aue, Bremen, Moringen, Oschatz (aus Pappenheim) und Zwickau dar, wobei die Gefangenen aus Osterstein sogar nach dem Aufmarsch hinter einem Zaun zur Schau gestellt wurden.³²

Die umfangreichste Veröffentlichung in der Reihe von Publikationen war die Schrift, die unter dem Namen des Oranienburger KZ-Kommandanten Werner Schäfer Anfang 1934 erschien. Vom Propagandaministerium zumindest gefördert, richtete sie sich gegen das »Braunbuch«. Vorgehend, die Wirklichkeit eines Konzentrationslagers getreu zu schildern, enthielt sie durchweg

beschönigende Behauptungen. Das Machwerk wurde auf Wunsch des Propagandaministeriums vom 29. März 1934 in 2000 Exemplaren an deutsche diplomatische Vertretungen im Ausland versandt, um wahrheitsgemäßen Berichten von Exilierten und ausländischen Journalisten entgegenzutreten.³³

Am erschreckendsten war die – wohl gestellte – Bildreportage einer Illustrierten im Frühjahr 1933 mit dem Titel »Das neue Spiel: SA räumt Liebkechthaus«. Als SA-Leute verkleidete fünf- bis zwölfjährige Jungen schlugen danach, mit Waffen, Stahlhelm und Hakenkreuzen ausgerüstet, auf einem Hof eines Münchner Wohnhauses auf gleichaltrige »Kommunisten« ein. Wörtlich hieß es: »Oft geht es sehr heiß her, wenn z. B. die Erstürmung

31 Wollenberg, S. 118; *Die Judenverfolgung in Mannheim*, S. 353, Dok. 240.

32 83 Tage . . . , S. 14; *KZ Moringen*, S. 11; Heinz; *Burger*, S. 34f.

33 ZStA Potsdam, Film 16 048. – Den Schäferschen Text samt Fotos druckten in Fortsetzungen zumindest die *Hamburger Nachrichten* vom 24. 3. bis 24. 4. und die *Niedersächsische Tages-*

zeitung vom 24. 4. bis 14. 6. 1934 (aus letzterer Reprint in: *Gundolf Algermissen/Reinhard Jacobs/Friedrich Theilmann, KZ Oranienburg*, Peine 1989).

des aus alten Mülltonnen bestehenden Karl-Liebknecht-Hauses erfolgt, dessen Durchsuchung vorgenommen wird und die gefangenen Kommunisten ins Konzentrationslager transportiert werden.« Ein Foto zeigte entsprechend »SA-Leute« vor den »Häftlingen« hinter einem Verhau. Der abschließende Satz der beiden Seiten

lautete: »Die Jugend hat wieder eine Zukunft. . .« — ein Zynismus, der für sich selber sprach.³⁴

34 *Terror und Hoffnung in Deutschland 1933–1945*. Leben im Faschismus, hg. von Johan-

nes Beck/Heiner Boehncke u. a., Reinbek 1980, S. 428f. (Faksimile).

Kommandanten und Schergen

Die noch ausstehende Analyse der sozialen und sozialpsychologischen Genesis und Struktur der an den Nazi-verbrechen Beteiligten wird den Schergen in den Konzentrationslagern und jenen der anderen Folterplätze besonderes Augenmerk widmen müssen. Im Nazistaat – in seiner Gesamtheit ein »abgründig böses und schlechtes System, teuflisch von Anfang bis zum Ende«¹ – standen die 1933/34 errichteten Schutzhaftstätten am Beginn jener Inkarnation des Verbrechens, mit der der Nationalsozialismus bald nahezu ganz Europa überzog und die in der Ermordung von Millionen Männern, Frauen und Kindern ihren infernalischen Höhepunkt fand.

Die Kommandanten der Konzentrationslager und anderer Schlägergarden wiesen mitsamt ihrer Büttel im Vergleich mit anderen Kategorien schwerbelasteter Nazi-verbrecher sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiedlichkeiten auf. Als Chefankläger Telford Taylor 1948 vor einem US-amerikanischen Militärgericht in Nürnberg die Strafanträge gegen 24 Führer von Einsatzgruppen und -kommandos formulierte, die ab Sommer 1941 in der Sowjetunion gewütet hatten, fand er eine Charakteristik, die in gleicher Weise für viele Gestapo- und SD-Funktionäre galt: Die Massenmörder »waren keine unzivilisierten Wilden, die nicht die Feinheiten des Lebens zu schätzen wußten. Jeder dieser Männer hatte den Vorzug einer guten Erziehung«. Er resümierte: Auf der Anklagebank saßen unter anderen acht Juristen, ein Universitätsprofessor, ein Zahnarzt, ein Kunstsachverständiger, ein Musiker, der Konzerte in allen Teilen Deutschlands gegeben hatte. »Unter diesen gebildeten Männern befand sich sogar ein Geistlicher, der sich selbst seiner Würde entkleidete.«² Solche SS-Führer wichen weder in ihrer Gedankenwelt noch in ihrer verbrecherischen Energie von dem ab, was die Büttel in den Konzentrationslagern kennzeichnete.

Die SA, zu der bis 1934 die SS gehörte, stellte nach den Worten ihres Stabschefs, Ernst Röhm, »den Willens- und Ideenträger der nationalsozialistischen Revolution« dar.³ Am 3. Februar 1933 erklärte Röhm: »Das Kampfziel des Jahres 1933 ist eindeutig gestellt: Tod dem Bolschewismus. . . Diesem Kampfziel sind nunmehr alle Kräfte der SA und SS ein- und unterzuordnen.« Er fügte hinzu: »Wo die örtlichen Verhältnisse es ermöglichen,

kann dieser Kampf in enger Verbindung mit der Polizei und den übrigen staatlichen Machtmitteln, auch mit dem Stahlhelm gemeinsam geführt werden.«⁴ So hielten SA- und SS-Führer ihre ohnehin schon darauf ausgerichteten Untergebenen dazu an, mit äußerster Härte gegen Antifaschisten vorzugehen, die sie als »minderwertig« und verbrecherisch hinstellten. Derart gab die Naziideologie den braunen und schwarzen Schergen ein Selbstwertgefühl.

Zu den Hauptelementen der NS-Doktrin gehörten der Antikommunismus und der Rassismus. Allen, die gesellschaftlichen Fortschritt erstrebten, die Ausbeuterordnung, das faschistische Regime und dessen Politik in Frage stellten und Eroberungskriege ablehnten, sprachen die Nazis jegliche Rechte, selbst das grundlegende Menschenrecht auf Menschsein, rigoros ab. Solche Persönlichkeiten stellten in den Augen der deutschen Faschisten ebenso Untermenschen dar wie Juden, andere »Gemeinschaftsfremde« oder »Fremdvölkische«.

Sich selbst dagegen sahen die Gwalthaber aller Chargen als Gegentyp, als überlegene Herrenmenschen, denen alles gestattet war. Sie betrachteten es als Recht und Pflicht, mit Andersdenkenden, Widersachern und Opfern nach Belieben umzuspringen, sie zu unterwerfen und schließlich »auszumerzen«. Als »politische Soldaten« apostrophiert, erblickten SA- und SS-Leute darin ihre Aufgaben und Bewährung. Sie oblagen ihnen zunächst im Landesinnern, darauf auch in den okkupierten Ländern.

Eugen Kogon bemerkte: In die SS-Leute »wirken weder echte Einsichten noch Ideale hinein, sie suchen triebhaft nur Auswege in vorgeschriebenen Bahnen der Entladung«. Alle, die er und andere KZ-Häftlinge kennenlernten, »waren in diesem Sinne Barbaren, trugen kein Element echter Kultur in sich, das heißt die Fähigkeit, Geist und Trieb in einer beständigen kritischen Auseinandersetzung mit sich, mit der Umwelt und in allgemeinen gültigen Normen zu einer höheren seelischen Einheit zusammenwirken zu lassen«.

Kogon fuhr fort, »daß sich die KZ-Schergen von Anfang an und im Verlauf ihrer Entwicklung mehr und mehr aus Mitgliedern zusammensetzt(en), denen es ihre Kulturmängel-Anlage nicht erlaubt(e), im normalen Gesellschaftsleben zufriedenstellend zu bestehen«. In »fast

1 Bauer, S. 38.

2 Telford Taylor, Die Nürnberger Prozesse. Kriegsverbrechen und Völkerrecht, Zürich 1950, S. 38.

3 Hans Wagner, Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus, Leipzig o. J., Sp. 233.

4 Falk Pingel, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernich-

tung in Konzentrationslagern, Hamburg 1978, S. 231f.

jedem einzelnen Fall« handelte es sich »um Tiefunzufriedene, Nichterfolgreiche, durch irgendwelche Umstände Zurückgesetzte, um Minderbegabte aller Art und häufig genug um sozial gescheiterte Existenzen«.⁵

In der Tat wimmelte es in den Trupps der SA und SS von solchen Leuten, von denen viele vorbestraft waren, so Johannes Weinhold, der 1933 in Hohenstein-Ernstthal Nazigegner folterte, fünfmal – darunter wegen Sittlichkeitsverbrechen – zu Zuchthaus verurteilt war, und Felix Sikora, Leiter der Schreibstube im KZ Hohenstein, mit derselben Zahl gerichtlicher Strafen. Franz Szymanowski, der Antifaschisten in und bei Marienberg mißhandelte, verfügte über sieben Eintragungen im Strafregister, darunter wegen schweren Rückfalldiebstahls. Edwin Eckardt, SA-Mann im KZ Oelsnitz/Erzgebirge, kam gar auf 29 Vorstrafen wegen Betrugs, Rückfallbetrugs, Diebstahls, Unterschlagung, Urkundenfälschung, Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Nötigung, Amtsmaßübung und weiteren Delikten.⁶

Solche Elemente erhob die Naziideologie zu Herrenmenschen, was diese begierig aufgriffen und sie zu besonderer Aggressivität und Brutalität gegenüber den ihnen ausgelieferten Gefangenen anstachelte. Das Nazi-regime überantwortete die Gefangenen seinen primitivsten, rohesten und verworfensten Schlägern, die – oft kaum zwanzigjährig – über deren Leben und Tod bestimmten.

Die in den Konzentrationslagern verübten Grausamkeiten wurzelten nicht in Subjektivismen, Abartigkeiten oder Veranlagungen von Individuen, so sehr diese auch oft das Los der Häftlinge bis ins Unerträgliche verschlechterten, vielmehr in der Natur des NS-Systems, das die Voraussetzungen und die Bereitschaft zum Verüben derartigen Untaten erzeugte.

Beispielsweise herrschte im KZ Oranienburg der SA-Sturmtruppführer Werner Schäfer. 1904 als Sohn eines Heeresmusikmeisters im Elsaß geboren, ging er 1919 nach Berlin, wo er das Gymnasium nicht weiter besuchen konnte, da den Eltern das Schulgeld fehlte. Nach Ausbilden als Erdarbeiter und Klavierspieler begann der 18jährige eine Lehre, die der Bankrott des Unternehmens vorzeitig beendete. Eine zweite Lehre gab Schäfer 1925 selbst auf, als er sich als Offiziersanwärter bei der Marine bewarb, was sich aber letztlich zerschlug. Dafür trat er 1926 in den Polizeidienst, aus dem er 1928 entlassen wurde. Im selben Jahr schloß er sich der Nazi-partei an und leitete ihre Ortsgruppe in Berlin-Klosterfelde. Er begann als Sparkassenangestellter und stieg bis 1932 zum Filialleiter auf. 1932 wurde Schäfer Mitglied der SA und vertrieb die Nazizeitung »Der Angriff«. Als Chef der Hilfspolizei in Oranienburg richtete er das dortige Konzentrationslager. Im April

1934 übernahm er als Kommandant die Justizlager im Emsland und avancierte zum Oberregierungsrat und SA-Standartenführer. Wegen seiner Willkürherrschaft zeitweilig suspendiert, wurde er 1938 demonstrativ zum SA-Oberführer und, wieder in die Kommandantenfunktion eingesetzt, zum Regierungs- und danach zum Oberregierungsdirektor befördert. Ab 1942 stand Schäfer im Dienst der Wehrmacht.⁷

Dem Oranienburger Kommando in Blumberg stand SA-Sturmführer Wilhelm Maue vor. Sohn eines Bauern, hatte er nach kaufmännischer Lehre als Vertreter und zeitweilig als selbständiger Textilkaufmann gearbeitet. Seit 1928 in der SA und ab 1929 in der NSDAP, war er bei einer großen Textilfirma angestellt und nach deren Konkurs arbeitslos. Bei Auflösung des KZ Oranienburg brachte Schäfer Maue als Leiter der Moorlager Neusustrum und Börgermoor unter, wo ihn Häftlinge als unduldsam und brutal erlebten. Im Krieg diente Maue in der Wehrmacht.

Der Befehlshaber der Wachtruppe in Oranienburg, SA-Obertruppführer Kurt Tausch, Jahrgang 1905, war 1931 in Königsberg wegen dreifachen Diebstahls zu Gefängnis verurteilt worden. Auch ihn holte Schäfer in die emsländischen Justizstraflager.

In Eutin und den nachfolgenden Konzentrationslagern trieb der SS-Sturmführer Theodor Tenhaff sein Unwesen. 1895 als Sohn eines Rentners geboren, besuchte er zunächst ein Technikum. Während des ersten Weltkrieges verbüßte er wegen Hehlerei und Urkundenfälschung eine mehrmonatige Haft. Er fuhr dann zur See, erlernte den Zimmermannsberuf, arbeitete bei einer Baufirma und leitete eine kleine Bürsten- und Pinselfabrik. Dann blieb er zehn Jahre arbeitslos oder Gelegenheitsarbeiter. 1929 trat Tenhaff in die NSDAP und die SA ein und erwies sich als einer der berüchtigsten Schläger in Eutin, so bei der Mißhandlung eines SPD-Abgeordneten im November 1930 und beim Bombenanschlag auf den Konsumverein im August 1932. Im Sommer 1933 ernannte ihn der Regierungspräsident und SA-Gruppenführer Johann Heinrich Böhmcker zum Lagerkommandanten. Neben der Schinderei von Häftlingen soll sich Tenhaff im Lager, als ihm fast 30000 Reichsmark durch die Hände gingen, bereichert haben. Böhmcker deckte ihn jedoch.⁸

Ein weiterer Lagerführer war Heinrich Remmert von Esterwegen II. Jahrgang 1905 und gelernter Installateur, 1925 der SA und der NSDAP beigetreten und bis 1932

⁵ Kogon, S. 344 u. 346.

⁶ Archiv des Generalstaatsanwalts der DDR, 243-20-1975. – Diese SA-Leute wurden 1948 und 1949 in der angeführten

Reihenfolge in Chemnitz zu zwölf bzw. elf Jahren, sowie in Dresden und Chemnitz zu lebenslangem Freiheitsentzug verurteilt.

⁷ Kosthorst/Walter, S. 412, 421 u. 439f.; Suhr, S. 61ff.; Perk, S. 39f. – Schäfer wurde in Osnabrück 1950 zu vier, in der Revisionsverhandlung 1953 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, was durch alliierte Internierung als abgeholten galt. Maue bekam vom selben Gericht 1951 drei Jahre Gefängnis, die er aus

demselben Grund nicht anzutreten brauchte.

⁸ Stokes, Eutin, S. 597ff., ders., Kleinstadt, S. 568f., Dok. IV/25 A u. B. – Böhmcker, eine Landsknechtsnatur, war vom gleichen Kaliber, seinem Beauftragter Heinz Seetzen, einen aus der Bahn geworfener Jurist, stand eine Karriere in der Gestapo bevor (Stokes, Eutin, S. 590ff.)

zum SA-Sturmführer aufgestiegen, arbeitete er ab Sommer 1933 als Vollzugsbeamter bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Osnabrück. Seit Dezember des Jahres wütete er als KZ-Kommandant derart, daß ihn nach einer Anzeige die Justiz im September 1934 suchte. Im November 1934 zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, aber amnestiert, fungierte er – nunmehr SS-Offizier – »in Ehren« wieder als Lagerkommandant. In der Lichtenburg mißhandelte er erneut Gefangene, die er zum Teil schon in Esterwegen drangsaliert hatte.⁹

Einer der Wachleute im Emslandmoor hieß Bernhard Wilke (geb. 1903). Er war 1930 arbeitslos geworden und trat 1933 in die SA, kurz darauf in die Nazi-Partei ein. Im Oktober dieses Jahres meldete er sich für den Dienst in den Konzentrationslagern, den er nach polizeilicher Ausbildung antrat.¹⁰

Ebenfalls zu der Wachtruppe gehörte Theodor Groten. Geboren 1906 als Sohn eines Postbeamten, erwarb er die mittlere Reife, besuchte eine Baugewerbeschule und arbeitete als Bautechniker. Groten trat 1932 als Arbeitsloser der NSDAP bei. 1933 Hilfspolizist in Aachen, kommandierte ihn die SS im August des Jahres nach Esterwegen, wo er als Zugführer fungierte und im Oktober den ehemaligen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Otto Eggerstedt erschoss. Das deshalb gegen ihn eingeleitete Verfahren wurde im November 1934 niedergeschlagen. Groten, seit November des Vorjahres als Polizeisekretär im Verkehrsdezernat in Aachen, tat dort weiterhin Dienst. 1943 wurde er wegen Bestechung und Beihilfe zum Bandenschmuggel entlassen und verurteilt, worauf er sich 1944 als Fuhrunternehmer selbständig machte.¹¹

Führer einer anderen KZ-Wache war Heinz Adrian (geb. 1898). Er fing 1912 bei der Reichsbahn mit Büroarbeiten und Fahrkartenverkauf an, stand bis 1916, als er verwundet wurde, im Kriegsdienst und verkaufte bis 1924 wieder Fahrkarten. In diesem Jahr ging er als Unteroffizier zur Reichswehr, die er 1927 als Feldwebel verließ, worauf er erneut bei der Eisenbahn, darunter in einem Stellwerk, arbeitete. Schon vor 1933 Mitglied der SS und zum Saalschutz eingesetzt, stellte die Bahn ihn im Sommer 1933 zum KZ Hammerstein ab. Dort kommandierte Adrian zusammen mit zwei anderen Wachhabenden 22 Eisenbahner und 23 Polizisten. Oft betrunken, wurde er wegen einer Schlägerei mit Untergebenen degradiert. Danach brachte er 180 Häftlinge in das KZ Sonnenburg, wo er wieder einen Teil der Lagerwache übernahm. Es kam zu einem Zusammenstoß mit dem Lagerkommandanten, weswegen Adrian in den Bunker mußte. Danach fielen unter seiner Transportleitung auf dem Weg in das KZ Lichtenburg Häft-

linge bei einem angeblichen Fluchtversuch. Ab Januar 1934 verbüßte Adrian neun Monate Gefängnisstrafe. Im Krieg eingezogen, wurde er wegen Urlaubsüberschreitung 1941/42 bestraft und wegen der falschen Angabe, NSDAP-Mitglied zu sein, 1943 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.¹²

Im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel fungierte der SS-Sturmführer Willi Dusenschön ab August 1933 als Chef der Wachtruppe aus rund 30 erwerbslosen Angehörigen der SS und 20 Mitgliedern der Marine-SA, später aus 80 Mann. Sie folterte Häftlinge und trieb sie zum Selbstmord oder tarnte dadurch ihre Ermordung. Dusenschön, Jahrgang 1909, hatte eine kaufmännische Lehre absolviert, war 1926 dem nationalistischen Wehrwolf beigetreten, 1928 Mitglied der Nazi-Partei und der SA geworden und 1931 zur SS übergewechselt. Seit 1932 arbeitslos, hatte er als SS-Sturmführer in Altona zahlreiche Überfälle auf Kommunisten und Sozialdemokraten geleitet. Als gegen ihn ein Untersuchungsverfahren wegen der Zustände in Fuhlsbüttel eingeleitet wurde – später eingestellt –, versetzte ihn die SS-Führung zur SS-Verfügungstruppe. Von 1936 bis 1939 kommandierte Dusenschön einen Sturm bzw. einen Sturmbann der SS-Totenkopfverbände in den KZ Esterwegen und Sachsenhausen. Seit 1939 bei der SS-Totenkopfdivision, beteiligte er sich unter anderem am Kampf gegen die französische Widerstandsbewegung und war zuletzt im SS-Führungshauptamt tätig.¹³

Faktisch als Kommandant des KZ Stettin-Bredow (Vulkan-Werft) agierte der SS-Sturmführer Joachim Hoffmann. Geboren 1905, besuchte er die höhere Schule in Breslau. Schon dort schloß er sich – wie die »Pommersche Zeitung« am 14. Januar 1934 schrieb – der konterrevolutionären Brigade Ehrhardt an. Er studierte Jura in Tübingen und Greifswald, wo er 1930 zum Doctor iuris promovierte. In den Semesterferien ging er als Reiter zum Zirkus, verdingte sich als Warenhausportier oder versuchte sich als Mitinhaber einer kunstgewerblichen Werkstatt in Berlin. In Greifswald Mitglied der Nazi-Partei geworden, trat Hoffmann 1931 als Gauredner auf. Nach Umtrieben gegen die Weimarer Republik floh er im selben Jahr nach Mittelamerika. Zunächst Steward und Tellerwäscher auf einem Schiff, betätigte er sich dann als Händler in Honduras, Fleischtransporteur in Guatemala, Treckerfahrer auf einer Zuckerrohrplantage, als Cowboy und Antreiber von Indianern einer Kaffeeplantage. 1932 zurückgekehrt, setzte der akademische Herumtreiber seine Agitation für die Nazis fort, war zugleich Syndikus einer Berliner Fleischgroßhandlung und Funktionär beim Stab der SS-Gruppe Ost in Berlin. Von dort nach Stettin zur Gestapo-Stelle kommandiert, bearbeitete er Schutzhaftangelegenheiten und ordnete unvorstellbare Bestialitäten an.

9 ZStA Merseburg, Rep. 84a, Nr. 6765–6769, passim, 2.5.1., Nr. 14 166-14 168, passim. – In Bielefeld 1948 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, das durch Internierung als verbüßt galt.

10 Suhr, S. 64.

11 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Esterwegen, Nr. 15, Bl. 241ff.; ZStA Merseburg, 2.5.1., Nr. 12 750, Bl. 31 u. 19. – In Oldenburg 1950 zu lebenslanger Haft verurteilt.

12 Dok.-Zentrum, Sonnenburg, Bl. 269ff. – In Schwerin 1948 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

13 IfZ München, Fa 248, Bl. 38; Timpke, S. 15ff. – 1962 in Hamburg mangels Beweises freigesprochen.

Hoffmann unterstanden die Lagerleiter Karl Salis (Februar 1934) und Fritz Pleines (März 1934), der eine Jahrgang 1893, Tischler, seit 1930 Mitglied der NSDAP und der SA, der andere, 1906 geboren, Malergehilfe, ebenfalls ab 1930 zur Naziartei und zur SA, ein Jahr später zur SS gehörend. Zu ihnen gesellte sich SS-Scharführer Walter Berndt (1912), seit 1929 in der SA, ab 1931 in der SS und Rednerbegleiter, der oft in Schlägereien verwickelt war. Deshalb 1932 vier Monate in Haft, floh er im Oktober dieses Jahres nach Italien und blieb bis Januar 1933 im dortigen SS-Lager Malcasine. Wieder zurückgekommen, setzte er sein blutiges Gewerbe fort und ermordete den Kommunisten Franz Wehrstedt in Eldena. Nach kurzer Untersuchungshaft wich Berndt nach Berlin aus, war im Columbia-Haus tätig und wurde im Oktober 1933 als Gestapo-Angestellter nach Stettin versetzt, danach auf Anweisung des Staatsanwaltschaftsrates Conrady vom Gestapo nach Papenburg. Zu der Folterhöhle Vulkan-Werft gehörten weiter: Gustav Fink, geboren 1903, Chauffeur, seit 1933 Mitglied der NSDAP und der SA, Willi Hermann (geb. 1905), Fleischer, 1932 in die Naziartei und die SS eingetreten, Heinrich Richter, Jahrgang 1913, Musiker, ab 1930 in der SA, 1933 in der SS, und Walter Treptow, 1914 geboren, Kellner, seit 1933 Angehöriger der SS.

Wegen der bestialischen Mißhandlungen wurde im April 1934 Hoffmann zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt und anlässlich der sogenannten Röhm-Affäre erschossen. Die übrigen erhielten längere Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Berndt, zunächst aus der SS ausgestoßen und verurteilt, bekam 1942 den sogenannten Blutorden der Naziartei und wurde in den Rang eines SS-Unterscharführers eingesetzt.¹⁴

Der berühmteste Schläger und Mörder im Dachau der ersten Monate hieß Hans Steinbrenner. Der 1905 geborene Sohn eines Gewehrfabrikanten besuchte eine höhere Handelsschule und eine Privatschule, ohne sie jedoch abzuschließen. Auch die Lehre als Büchsenmacher führte er nicht zu Ende. 1923 trat Steinbrenner in die NSDAP ein, um sich an den Revolutionären zu rächen, die 1918 das Geschäft seines Vaters ausgeräumt und ihn gefangengesetzt hatten. Nach dessen Tod führte der Sohn das Unternehmen weiter und machte 1932 Konkurs. Im selben Jahr begann er die Schießausbildung der Leibwache Hitlers und anderer Personen aus dessen Umgebung. 1933 trat Steinbrenner der SS bei und tat als Hilfspolizist Dienst im Polizeipräsidium. Mit den ersten SS-Leuten ins KZ Dachau beordert, gehörte

er zunächst zur Wachmannschaft und übernahm dann eine Häftlingskompanie, von der er mehrere Gefangene ermordete. Ein Lagerinsasse bezeichnete den hochgewachsenen, gut aussehenden SS-Mann als ausgemachten Sadisten. Steinbrenner stand von Juli bis November 1933 zeitweise Wache vor der Feldherrenhalle, dem Innenministerium und der Zentrale der Bayerischen Politischen Polizei in München. Dann kam er als Ausbilder, Schreiber, Rechnungsführer und Spieß zur SS-Wachtruppe Oberbayern in Dachau, schließlich 1937 zur SS-Totenkopfstandarte in Buchenwald. Von dort ging Steinbrenner als Spieß zur Sanitätsschule der Waffen-SS und tat in Sanitätseinheiten bis 1945, zuletzt als SS-Untersturmführer, Dienst.¹⁵

Steinbrenners zeitweiliger Chef Theodor Eicke, als Sohn eines Bahnbeamten 1892 geboren, hatte die Realschule besucht, jedoch nicht abgeschlossen. 1909 meldete er sich freiwillig zur kaiserlichen Armee und diente im ersten Weltkrieg als Zahlmeister. Nach informatorischer Beschäftigung bei der Polizeiverwaltung in Ilmenau 1919/20 besuchte er die Polizeischule in Cottbus, die er mit einer Kommissarprüfung beendete. Trotzdem nicht angestellt, versuchte Eicke, 1921 als Offiziersanwärter bei der Polizei in Weimar anzukommen, wurde jedoch nach 14 Tagen wegen republikfeindlicher Umtriebe hinausgeworfen. Dasselbe geschah danach bei der Polizeiverwaltung in Sorau. Ende 1921 nahm Ludwigshafen Eicke als Polizeihilfsbeamten. 1923 wechselte er zur Badischen Anilin- und Sodafabrik über, wo er von 1925 bis 1932, dann schon IG Farbenindustrie AG, als Sicherheitskommissar beim Werkschutz und bei der Werkspionageabwehr wirkte. 1928 trat Eicke der SA und der Naziartei, 1930 der SS bei. Im folgenden Jahr führte er den SS-Sturm in Ludwigshafen. Auf Befehl des Gauleiters Josef Bürckel besorgte sich Eicke im Frühjahr 1931 Sprengstoff aus dem IG-Farben-Werk und stellte 80 Bomben her. Ab November 1931 kommandierte er die SS-Standarte in der Pfalz, bis er im März 1932 wegen der Bombenfertigung verhaftet wurde. Im Juli zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, täuschte er eine Krankheit vor und erreichte Hafturlaub. Darauf führte er wieder die SS-Standarte in politische Kämpfe. Pro forma aus der NSDAP ausgeschlossen, floh Eicke vor weiterer Haft mit Hilfe der SS-Führung in München im September nach Italien. Kurz zuvor zum SS-Oberführer befördert, beteiligte er sich als Leiter des SS-Lagers Malcasine mit einer Gruppe SS-Leuten an einer Demonstration in Bozen im Oktober anlässlich des 10. Jahrestages des Marschs italienischer Faschisten auf Rom.

Im März 1933 kehrte Eicke in die Pfalz zurück und drängte mit seinen Gefolgsleuten die Gauleitung, die Verwaltung völlig zu übernehmen. Als er Gewalt anwandte, ließ Bürckel ihn festsetzen und zur Unter-

14 ZStA Merseburg, 2.5.1, Nr. 14 200 – 14 202, passim; WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 12 231, k. 194 – 233; *Thevoz/Branig/Lowenthal-Hensel*, Bd. 11, S. 281ff. – Berndt wurde 1956 in Lübeck verurteilt, wobei das Landgericht

jedoch die Ermordung des Greifswalder Kommunisten als Körperverletzung mit Todesfolge abwertete. Deshalb und wegen der Tötung zweier Sowjetbürger sprach es eine Gefängnisstrafe von acht Jahren aus, auf die es Brandt die in der Nazizeit verbüßte Haft anrechnete.

15 Arch. Dachau, Nr. 6454; *Richardi*, Schule der Gewalt, S. 253f.; *Karl Röder*, Nachtwache. 10 Jahre KZ Dachau und

Flossenbürg, Wien/Köln/Graz 1985, S. 64ff. – 1952 in München zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.



Theodor Eicke, SS-Gruppenführer

suchung in die psychiatrische Klinik in Würzburg einweisen. Nach Gesuchen Eickes an Himmler und der Beteuerung des Privatdozenten an der Klinik, Werner Heyde, vom 22. April 1933, Eicke sei nicht geisteskrank, ließ man ihn frei und der Reichsführer SS setzte ihn im Juni 1933 als Kommandanten des KZ Dachau ein. Hier systematisierte der SS-Oberführer — seit Januar 1934 SS-Brigadeführer — die Gewaltherrschaft, bildete die SS-Wachmannschaft aus und formte Dachau zum Modell für andere Lager. Deshalb beauftragte Himmler ihn im Mai 1934, weitere Lager umzuorganisieren. Ab Mai 1934 übernahm Eicke dann das gesamte KZ-System. Er

erwies sich nicht gerade als Organisationstalent, wie ihn die SS-Führung rühmte, sondern als Gewaltmensch, der vor keiner Untat zurückschreckte. Eicke, Sinnbild des KZ-Systems, öffnete den Weg zu gleichen und noch größeren Verbrechen weiterer SS-Führer und -Scher-gen.¹⁶

Auch sie zeigten sich in aller Regel vom gleichen Schläge, wie der KZ-Häftling Benedikt Kautsky einige Zeit später beobachtete: »Sie vermochte(n) ihre Herkunft aus einer Soldtruppe des Bürgerkrieges niemals zu verleugnen, und das gesamte Offizierskorps hat keinen Hauch wirklicher Offizierschere verspürt. Sie waren in Wirklichkeit Landsknechte, Parvenus des Bürgerkrieges, die ihre Beute in Sicherheit bringen wollten und für die die Lager einerseits Objekt ihrer persönlichen oder politischen Macht- und Rachegeleüste, andererseits aber Mittel zur Ermöglichung eines luxuriösen Daseins waren. Sie hatten in den Bürgerkriegszeiten zum Teil mit der Waffe in der Hand gekämpft und konnten die damals erworbenen Sitten und Gebräuche nicht ablegen. Für sie war die tägliche Mißhandlung des Häftlings eine Selbstverständlichkeit.« Allgemein stellte Kautsky weiter fest: »Sie fühlen sich als Deklassierte und betrachteten die körperliche oder mechanische Arbeit, zu der sie (vor ihrer KZ-Zeit — d. Verf.) gezwungen waren, als eine schwere Last — daher die Annahme, daß jeder Häftling, besonders der an eine solche Arbeit nicht gewöhnte, sie ähnlich empfinden müsse, und daher die Einführung schwerer körperlicher Arbeit in den Lagern als Strafverschärfung.« Und noch eines hob Kautsky hervor: »Überdies empfand der Deklassierte stets seine Minderwertigkeit dem politischen Häftling gegenüber, der seiner Sache sicher war und fest zu seiner politischen Meinung stand.«¹⁷

16 IfZ München, Fa 74; Klaus Drobisch, Theodor Eicke. Verkörperung des KZ-Systems, in: *Sturz ins Dritte Reich. Historische Miniaturen und Porträts 1933/35*, hg. von Helmut Bock/Wolfgang Ruge/Marianne Thoms, Leipzig/Jena/Berlin 1985, S. 383ff.; Lothar Meinzer, Stationen und Strukturen der nationalsozialistischen Machtergreifung: Ludwigshafen am

Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches, Ludwigshafen 1983, S. 59ff. u. 185ff. — Fand 1943 an der deutsch-sowjetischen Front den Tod.

17 Benedikt Kautsky, Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern, Zürich 1946, S. 62 u. 64f.

Häftlinge

Den Hauptschlag ihres Terrors führten die faschistischen Gewalthaber gegen die deutsche Arbeiterbewegung. Kommunisten stellten nicht nur die ersten, sondern auch die meisten Häftlinge in den frühen Konzentrationslagern. Aus Osthofen berichtete beispielsweise einer der ersten Häftlinge: Er wäre Mitte März 1933 dorthin verschleppt worden und hätte hauptsächlich Kommunisten unter den 60 bis 70 Inhaftierten angetroffen.¹ Zeitgenössische Mitteilungen an KPD-Stellen besagten für Ankenbuck: der größte Teil der Insassen seien Mitglieder der KPD, des KJVD und kommunistisch geführter Massenorganisationen, weiter eine Reihe von Sozialdemokraten, für Fuhlsbüttel: 60 Prozent Kommunisten, 37 Prozent Parteilose, drei Prozent Sozialdemokraten, nach Berufen 45 bis 50 Prozent Seeleute und Hafenarbeiter.² In Moringen befanden sich im April 280 Kommunisten, 30 Sozialdemokraten und 20 Mitglieder anderer Parteien.³ Von den zwischen März und November 1933 nach Hohnstein gebrachten rund 2500 Gefangenen waren etwa 2300 Kommunisten, von der dortigen Gesamtzahl bis August 1934 von ungefähr 5600 rund 3500.⁴ Vom Heuberg vermerkte der SPD-Reichstagsabgeordnete Erich Rossmann, im Juni 1933, nach dem Verbot der SPD, wären dort mindestens 95 Prozent politische Häftlinge gewesen, davon zwei Drittel Kommunisten und ein Drittel Sozialdemokraten.⁵ Sein Fraktionskollege Gerhart Seger hielt fest, daß sich bis zum selben Zeitpunkt in Oranienburg überwiegend Kommunisten, vereinzelt Sozialdemokraten, wenige Mitglieder bürgerlicher Parteien sowie »Unpolitische« befanden.⁶ In Dachau waren laut der Zeitung »Der Jungdeutsche« vom 28. Mai 1800 Kommunisten eingesperrt. Eine Information an die KPD-Führung nannte für September von zirka 2200 bis 2400 Häftlingen rund 50 Intellektuelle, 50 bis 60 mißliebig gewordene Nazis, 61 Juden, zwei Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, 500 Sozialdemokraten, alles andere Kommunisten. Diese Angaben verwandte eine kommunistische Publikation über die Konzentrationslager.⁷ Am 13. April

1934 vermerkte das bayerische Innenministerium, daß in Dachau »nur ganz wenige Häftlinge« eingekerkert waren, »die nicht wegen kommunistischer Betätigung verhaftet« worden seien.⁸ In Sonnenburg befanden sich nach dem Bericht der »NS-Korrespondenz« vom 29. Mai 1933 größtenteils Kommunisten, bis Juni/Juli, so teilte ein Häftling mit, fast nur kommunistische und sozialdemokratische Funktionäre.⁹ In Börgermoor waren zunächst unter den Häftlingen 95 Prozent Kommunisten, wie Wolfgang Langhoff schrieb. In der Lichtenburg, wohin er Ende 1933 verschleppt wurde, fand er ungefähr 70 Prozent Kommunisten, 20 Prozent Sozialdemokraten und 10 Prozent nichtpolitische Gefangene vor. Die Schutzhäftlinge im Regierungsbezirk Kassel setzten sich im September dieses Jahres aus 74 Prozent Kommunisten, überwiegend Funktionäre, 5 Prozent Sozialdemokraten und 20 Prozent sonstigen Gefangenen zusammen. 89 Prozent der Insassen des KZ Breitenau waren Arbeiter.¹⁰

Ähnliches ergab sich bei den weiblichen Schutzhäftlingen. In Gotteszell, dem ersten Frauen-Konzentrationslager, zeigten die 54 Inhaftierten im Frühjahr 1933 deutlich ihre klassenbewußte Einstellung.¹¹ In dem zweiten Lager für Frauen, in Moringen, waren nach dem »Neuen Vorwärts« vom 30. August 1936, etwa 70 weibliche Gefangene (Anfang Januar 1934 betrug ihre Anzahl 74¹²), darunter zwölf aus »rassischen« Gründen, fünf Mitglieder der SPD, die übrigen Kommunistinnen. Desweiteren befanden sich an weiblichen Häftlingen in den Männer-KZ Bergkamen und Hohnstein ständig 25 bis 44 Frauen. Zu ihnen gehörten eine 16jährige Jungkommunistin, KPD-Funktionärinnen und Frauen, deren Männer, Brüder und Söhne die Häsher nicht habhaft werden konnten.¹³ In der Schutzhaftabteilung im Gefängnis München-Stadelheim saßen die Ehefrau und die Schwester des KPD-Funktionärs Hans Beimler, die Frau des KPD-Reichstagsabgeordneten Franz Stenzer, eine kommunistische Landtagsabgeordnete und andere bekannte Kommunistinnen.¹⁴ Sie wur-

1 Grünewald, S. 41.

2 ZPA, I 2/3/45.

3 Zorn, S. 72.

4 Möhler, S. 8.

5 Schätzle, S. 21.

6 Seger, S. 34.

7 ZPA, I 2/3/45; *Aus Hitlers Konzentrationslagern*, zus.gest. von Kurt Burger, Moskau/Leningrad 1934, S. 85; Arch.

Dachau, Nr. 554/84; 2500 bis 3000 Häftlinge, darunter 1000 Kommunisten, 500 Sozialdemokraten, mehrere hundert aus bürgerlichen Parteien, 200 Juden und andere Häftlingsgruppen; Fritz Ecker, *Die Hölle Dachau*, in: *Konzentrationslager*, S. 66; 2600 Häftlinge, darunter über die Hälfte Kommunisten.

8 ZStA Potsdam, Film 19 609.

9 ZPA, EA 1070; Willi Harder, Sonnenburg, in: *Konzentrationslager*, S. 132.

10 Langhoff, S. 115 u. 237.

11 Schätzle, S. 25f.

12 Elling, S. 24.

13 Otto Urban, Burg Hohnstein, in: *Konzentrationslager*,

S. 233ff; *Deutsche Frauenschicksale*. Simmen und Dokumente, London 1937, S. 47 u. 130; *Die neue Weltbühne* v. 23. 1. 1936.

14 *Die Volksstimme*, Wien, v. 23. 12. 1933; *Deutsche Freiheit* v. 25. 9. 1934; ZPA, St 3/157, PSt 3/174.

den von den Nazis als Geiseln betrachtet, wie die Frau eines thüringischen Bürgermeisters, die man nach dessen Flucht in das KZ Bad Sulza schleppte. Die Geiselhaft widerfuhr auch den Eltern und der Braut eines aus Ostthofen entwichenen Rechtsanwalts sowie der Frau und der gerade dem Säuglingsalter entwachsenen Tochter Segers, die nach dessen Entweichen aus Oranienburg in das KZ Roßlau gesperrt wurden.¹⁵ Der »Völkische Beobachter« vom 15. Juli 1933 gab zu, fünf Verwandte des emigrierten SPD-Spitzenfunktionärs Philipp Scheidemann seien wegen dessen »Hetze« im Ausland in Schutzhaft genommen worden. Und die »Berliner Börsen-Zeitung« vom 10. August berichtete gleiches vom Schwager eines anderen Exilanten.

Charakteristisch für die Brutalität des deutschen Faschismus war, daß er selbst Kinder und Jugendliche in Konzentrationslager schleppen ließ. Nachdem Mitte Mai SA-Leute ein Heim für jüdische Kinder und Halbwüchsige in Wolzig bei Königs Wusterhausen besichtigt und für Nazizwecke geeignet befunden hatten, brach am 20. Juni eine SA-Kolonnie dort ein und transportierte 39 der Zöglinge nach Oranienburg. Der jüngste von ihnen, Manfred Benjamin, zählte erst 13 Jahre; die übrigen waren zwischen 14 und 18 Jahren alt. Die Lagerleitung steckte sie in die Jugendkompanie unter den berüchtigten Scharführern Federwisch und Herzog. Dort mußten sie schwere und schmutzige Arbeiten verrichten, wurden schikaniert, mißhandelt und oft bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Das Martyrium der jungen Juden dauerte bis zum 22. August 1933.¹⁶

Die Nazis schreckten auch nicht davor zurück, ausländische Staatsbürger in Konzentrationslager zu werfen. Das Landeskriminalamt in Dresden registrierte für den 12. April 1933 168 ausländische Schutzhaftgefangene, darunter 106 Bürger der Tschechoslowakei, 24 Polen, neun Österreicher, zwei sowjetische Bürger und zwei Franzosen.¹⁷

Proteste der ČSR-Vertretungen richteten sich für den Juli gegen 19 Verhaftungen aus politischen Gründen, davon zwei Einkerkierungen in dem KZ Heinersdorf und je eine Einlieferung in die KZ Dachau, Leschwitz und Sachsenburg. Fragmentarische Feststellungen über Schutzhaftlinge aus der ČSR ergaben für Ende 1933 in Sachsen 57, in Bayern 34, in Baden, Bremen und Thüringen je einen, darunter mehrere in Konzentrationslagern.¹⁸ Vielfach antworteten Nazibehörden auf Noten der tschechoslowakischen Missionen ebenso wie auf Proteste der sowjetischen Botschaft¹⁹, die Verhafteten hätten sich kommunistisch betätigt.

Angesichts der Parteizugehörigkeit der meisten KZ-Häftlinge dieser Zeit wollte Vizekanzler Franz von Papen an das Verständnis appellieren, wenn er am 26. April 1933 dem britischen Oberhausmitglied Lord Newton auf dessen Frage, ob in den Konzentrationslagern sich auch Juden befänden, wahrheitswidrig antwortete, dort wären ausschließlich Kommunisten.²⁰

Tatsächlich warf man zunehmend jüdische Bürger in Konzentrationslager. So schilderte die »Hessische Volkswacht« am 23. August, wie zwei Juden wegen ihrer Beziehung zu Frauen durch Kassel geschleppt wurden, um danach »aus Gründen der öffentlichen Sicherheit in ein(em) Konzentrationslager untergebracht (zu) werden«. Einige jüdische Geschäftsleute kerkerte man ein, weil sie es gewagt hatten, ihre Schuldner zu mahnen.²¹

Nach Dachau brachten die Nazis desweiteren Angehörige des Freiwilligen Arbeitsdienstes, die sich über die Verpflegung beschwert hatten, dazu Anfang Juni ungefähr 40 Münchner Lebensmittelhändler, die überhöhte Butterpreise verlangt haben sollten. Im Lager mußten sie feststellen, daß hier die Butter noch mehr kostete. Etwa zur gleichen Zeit waren ca. zehn Bauern in Dachau, die auf Bezahlung der ins Lager gelieferten Kartoffeln gedrängt hatten.²²

Am 27. Dezember verfügte die Bayerische Politische Polizei, Angehörige der Internationalen Bibelforscher-Vereinigung, vor allem wegen Nichtbeteiligung an Wahlen, in Schutzhaft zu nehmen. In Preußen wurde ähnlich verfahren. Langhoff traf Anfang 1934 in der Lichtenburg einen Angehörigen der Sekte, der zum Hitler-Gruß gezwungen wurde.²³

Ab Ende 1933 gab es eine völlig neue Häftlingskategorie: War die Schutzhaft bis dahin aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen sowie vereinzelt auch aus privaten Rachegelüsten oder als individuelle Nötigung verhängt worden, mußten nun tatsächlich oder vermeintlich kriminell Gefährdete in die Konzentrationslager. Die Berechtigung dazu leitete man ausdrücklich aus dem Paragraphen 1 der »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« ab, um die politischen Häftlinge mit Asozialen, Sittlichkeitsverbrechern, Brandstiftern, Räubern und Mördern auf eine Stufe zu stellen.

Im KZ Dachau trafen im November Bettler ein. Ihre Einkerkierung ging auf eine Anregung des Reichspropagandaministeriums vom 12. Juli zurück, wegen der im Oktober beginnenden Sammlungen für das Winterhilfswerk vorher die individuellen Bettler einzusperren. Das Reichsministerium des Inneren setzte daraufhin für die zweite Septemberhälfte die Verhaftungen an. Am 9. Oktober teilte der Direktor des Arbeitshauses Rebdorf dem bayerischen Innenministerium mit, die Anstalt sei nunmehr fast überfüllt, und schlug »die Einrichtung eines

15 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 954, Bl. 88; *Mainzer Tageszeitung* v. 5. 7. 1933; *Daily Herold* v. 23. 4. 1934.
16 *Das Neue Tage-Buch* v. 9. 9. 1933; *The Times* v. 19. 9. 1933; *Abraham*, S. 15f.

17 StA Dresden, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 4.
18 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 909, Bl. 233ff., Nr. 25 873, Bl. 572ff.
19 Ebenda, Film 19 693.

20 GStA Berlin, Rep. 77, Nr. 33, Bl. 75.

21 *Als Jude in Dachau*, in: *Konzentrationslager*, S. 81; *Langhoff*, S. 137.

22 *Wenzel Rubner*, Dachau im Sommer 1933, in: *Konzentrationslager*, S. 73.

23 ZStA Potsdam, Film 14 366; *Langhoff*, S. 259ff.

F. VON PAPEN

VIZEKANZLER

~~REICHSKOMMISSAR FÜR DAS LAND PREUSSEN~~

BERLIN W8, DEN

WILHELMSTR. 83

FERNSPR. A & FLORA 6541, 7071

76
26. April 1933.

grr
Lieber Herr G ö r i n g !

Heute vormittag suchte mich Lord N e w t o n , lang-jähriger Abgeordneter und nunmehr Mitglied des englischen Oberhauses, auf, der sich im Kriege sehr für den Gefangenenaustausch für Deutschland bemüht hat. Bei der Unterredung mit ihm musste ich feststellen, dass er leider über die deutschen Verhältnisse sehr wenig orientiert ist. Er vermutet z.B., dass in den Konzentrationslagern auch die Juden eingesperrt seien und dass man beabsichtige, allen Juden ihr Privatvermögen zu nehmen. Ich habe ihn selbstverständlich dahin aufgeklärt, dass sich in diesen Lagern lediglich Kommunisten befänden, die beschäftigt werden müssten.

Ich habe Lord Newton gefragt, ob er dafür Interesse hätte, vielleicht eins dieser Konzentrationslager zu besichtigen. Lord Newton erklärte, dass er hierfür lebhaftes Interesse habe.

Ich halte es für recht zweckmässig, dass ihm ein derartiges Lager unter geeigneter Führung gezeigt wird und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihrerseits das hierfür Erforderliche baldmöglichst veranlassen könnten. Soweit ich unterrichtet bin,

bleibt

Bern

Ministerpräsident G ö r i n g ,

B e r l i n .

Konzentrationslagers oder die Einweisung einer großen Zahl von Eingewiesenen in das Konzentrationslager Dachau« vor.²⁴

Diese Anregung deckte sich mit Ansichten auf der Hauptversammlung der Wandererfürsorgeverbände am 12. und 13. Oktober in Goslar, wo der Pfarrer Paul Braune darauf hinwies, daß erste Lager für Bettler in Görlitz und im Kreis Meseritz errichtet worden wären, und wo der Medizinalrat Carl Schneider aus Bethel verlangte, Nichtseßhafte, »oft eine Reservearmee des Kommunismus«, festzusetzen in einem abgestuften System, »das alle Anstalten bis zum Konzentrationslager umfaßt«. Zur gleichen Zeit trat bei der Tagung des Deutschen Vereins gegen den Alkoholismus vom 22. bis 25. Oktober in Berlin der Leitende Arzt der holsteinischen Heilanstalten Rickling, Behnsen, für »arbeits- oder konzentrationslagerähnliche Dauerbewahranstalten« für Alkoholkranke ein. Bald darauf meldeten die »Blätter für praktische Trinkerfürsorge«, Ausgabe November/Dezember 1933, in Regensburg hätte der Magistrat fünf Alkoholiker nach Dachau bringen lassen »zur Abschreckung für die anderen«.²⁵

Dorthin waren inzwischen am 21. November 100 Insassen des Arbeitshauses Rebdorf transportiert worden. Am 31. Januar 1934 verlangte der Anstaltsdirektor erneut, weitere 100 Personen in das Konzentrationslager überführen zu lassen, und gab eine Dauerverwahrung von Sicherheitspolizeigefangenen zu erwägen.

Währenddessen hatte sich das Münchner Innenministerium am 8. Januar damit befaßt, ob »Dachau zur Entlastung von Rebdorf ein Arbeitslager von Zwangsarbeitshäusern eingegliedert werden könnte«. Der Politische Polizeikommandeur entschied am 27. März, eine Umwandlung Dachaus in ein Arbeitshaus käme nicht in Frage. Wohl aber werde seit langem sein Ausbau in zwei Abteilungen angestrebt: erstens für politische Häftlinge, zweitens für Kriminelle. Pläne zur Errichtung »eines großen Gefängnisgebäudes im Lager Dachau« lägen schon vor. Allerdings — so muß hinzugefügt werden — war dieser Bau nicht nur für Asoziale und Kriminelle bestimmt wie deren Trennung von politischen Häftlingen nie ernstlich erwogen wurde.

Einen Monat später übernahm Dachau 50 weitere Gefangene aus Rebdorf. Am 7. Mai beantragte der Politische Polizeikommandeur beim Innenministerium, noch-

mals 300 bis 500 Arbeitshausinsassen in das Konzentrationslager transportieren zu lassen. Die Genehmigung erfolgte sogleich, so daß sich im Juli 1934 insgesamt 434 Häftlinge des Arbeitshauses Rebdorf in Dachau befanden.²⁶

Am 20. März 1934 äußerte der Reichsstattthalter in Bayern, Franz Ritter von Epp, gegenüber dem bayerischen Ministerpräsidenten sein Unbehagen über eine solche Ausdehnung der KZ-Haft. Offenbar sorgte er sich, die Waffe der politischen Schutzhaft könne ab stumpfen und das Ansehen des »Rechtsstaates«, wohl vor allem außen, Schaden erleiden. Er monierte, es werde »grober Mißbrauch mit der Schutzhaft« getrieben, insbesondere wenn sie aus Gründen wie »Trunksucht, Mißhandlung der Ehefrau, Fangen von Singvögeln, Holzfrevl, Unterschlagung von Organisationsgeldern, unsittlicher Lebenswandel, grober Unfug, Arbeitsscheue u. a.« sowie wegen Beleidigung von Amtspersonen, asozialen Verhaltens, mißfälliger Kritik und wegen »Gefährdung der persönlichen Sicherheit« angeordnet würde. Es wäre weiter »befremdend«, daß Schutzhaft auf Anordnung oder Antrag von Sonderbeauftragten, NSDAP-Kreisleitern, Treuhändern der Arbeit usw. verhängt worden sei. In seiner Antwort vom 14. April verteidigte der bayerische Innenminister die Maßnahmen, vor allem gegen Kommunisten. Er gestand ein, daß die Schutzhaft aus den von Epp angeführten »Gründen« »nicht den Buchstaben der geltenden Bestimmungen entspricht«, unterstrich jedoch: »Wohl aber entspricht sie dem nationalsozialistischen Empfinden«. Dies galt gleichermaßen für das Verwahren von Kriminellen in Konzentrationslagern, wie Wagner hinzufügte: »Die Furcht vor Inschutzhaftnahme hält zahlreiche Gewohnheitsverbrecher davon ab, ihren bisherigen Lebenswandel fortzusetzen.«²⁷ Eine beigelegte Aufstellung gliederte die 2450 bayerischen Schutzhäftlinge, davon 1905 in Dachau, vom 10. April 1934 auf. (Vgl. Tabelle 14) So unzuverlässig die Angaben im Einzelfall auch sein mochten, sie ermöglichten doch Rückschlüsse auf die Praxis der KZ-Einweisungen.

Tendenzen, die KZ-Haft auszuweiten, zeichneten sich im Herbst 1933 auch in Hamburg ab. Dort verlangte die Polizei am 25. September, Zuhälter in das Lager Wittmoor zu schaffen. Der Generalstaatsanwalt der Hansestadt stimmte dem zu. Mitte November wurden Transvestiten einbezogen.²⁸

Zu diesem Zeitpunkt setzte in Preußen das Einliefern von tatsächlichen oder angeblichen »Berufsverbrechern« in die Konzentrationslager ein: Zu den Betroffenen gehörten zum einen Personen, die binnen fünf Jahren — in Wirklichkeit erheblich längere Fristen, da Haftzeit nicht mitrechnete — dreimal wegen Sittlichkeitsdelikten oder »aus Gewinnsucht« begangener Straftaten zu jeweils mindestens sechs Monaten Freiheitsentzug verur-

24 Bay HStA, MInn 71 575, unfol., MInn 73 635, unfol., MA 106 299, passim.

25 Ernst Klee, »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, Frankfurt/M. 1985, S. 39f., 44 u. 46. — Schneider, 1891 als Pastorensohn geboren, galt als psychiatrische Kapazität. Bis 1930 sächsischer Regierungsmedizinalrat in Arnsdorf, danach bis 1933 Leiter der Bodelschwinghischen Anstalten in Bethel, seitdem Ordinarius

für Psychiatrie und Neurologie an der Universität Heidelberg. Daneben Angehöriger des SD und ab 1940 Mitglied des Reichsausschusses der Patientenmordaktion »T 4«. Nach 1945 verhaftet, erhängte er sich in US-amerikanischer Haft (*Götz Aly, Der saubere und der schmutzige Fortschritt, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik*, Bd. 2: Reform und Gewissen, Berlin 1985, S. 49ff.).

26 Bay HStA, MInn 73 635, unfol., MA 106 299 passim.

27 Ebenda, MA 106 299, Bl. 174ff. u. 132ff.
28 Timpke, S. 18.

Betreff:

München 6, den 1. Dezember 1933.

Schutzhaft.

Zur Min. Entschl. v. 17.5.33 Nr. 2186 a 31.

Herrn

Staatsminister Frank.

Am 1. Dezember 1933 ergibt sich folgende Übersicht über die Zahl der Schutzhaftgefangenen in Bayern:

- A. Vom 1. bis 30. November 1933 wurden
in Schutzhaft genommen : 913 Personen
aus Schutzhaft entlassen : 557 "
- B. Bis 1. Dezember 1933 wurden in Bayern insgesamt
in Schutzhaft genommen : 15809 "
aus Schutzhaft entlassen : 11546 "
- C. Am 1. Dezember 1933 befinden sich noch in
Schutzhaft : 4263 "
Davon sind im Konzentrationslager Dachau
untergebracht : 2611 "
- D. Ausserdem befinden sich seit 21.11.1933 im Konzentrationslager
Dachau noch 100 Arbeitsscheue, die wegen Überfüllung des Arbeits-
hauses Rebber im Lager aufgenommen wurden. Sie werden von den
anderen Schutzhaftgefangenen getrennt gehalten.

F.A.
Reynold

Dr. d. R.

Für den Abm.

München, den 13. Dez. 1933

[Handwritten signatures and initials]

Tabelle 14

Zusammensetzung der Schutzhäftlinge in Bayern, 10. April 1934

Politische Beschuldigungen	Zahl	Sonstige Beschuldigungen +	Zahl
Kommunistische Betätigung	942	Sogenannte Volksschädlinge	96
KPD-Funktionär	589	Beleidigung	89
Sozialdemokratische Betätigung	98	Asoziales Verhalten	82
SPD-Funktionär	24	Arbeitsscheue	24
Hochverrat	222	Trunksucht	23
Landesverrat	33	Persönliche Sicherheit	17
Staatsabtrüglische Kritik	101	Unsittlicher Lebenswandel	10
		Mißhandlung	9
		Unterschlagung	7
		Holzfrevl	2
		Grober Unfug	1
		Sonstiges	81
Insgesamt	2009		441

+ Ohne Insassen des Arbeitshauses Rebdorf in Dachau.

Quelle: BayHStA, Ma 106299, Bl. 143.

teilt worden waren, zum anderen Personen, die die NS-Behörden als »Gefahr für die allgemeine Sicherheit« betrachteten. Jede preußische Landeskriminalstelle sollte fünf, Berlin 30 von ihnen nennen. Die Kriminalpolizei nahm die ersten ihnen schon 24 Stunden nach Ausfertigung des Erlasses am 13. November 1933 fest. Mitte Dezember trafen solche Häftlinge in der Lichtenburg ein. Ihre Zahl erhöhte sich danach, nunmehr gleichfalls in Esterwegen, auf 525.²⁹

Grundlage dafür bot der Erlass des Innenministeriums Preußens über vorbeugende Polizeihaft vom 12. November. Mit nachträglicher Zustimmung aus dem preußischen Justizministerium erstreckte er den Anwendungsbereich der »Verordnung zum Schutz von Volk und Staat« de facto auf durch die Polizei als Berufsverbrecher oder als Gemeingefährliche Bezeichnete. Wie die Verordnung vom 28. Februar enthielt auch er expressis

verbis nicht den Begriff Konzentrationslager, gleichwohl diene er ausschließlich dazu, Mißliebige dorthin zu bringen. Formell stützten sich die KZ-Einweisungen aus nichtpolitischen Motiven ebenso auf die Reichstagsbrandverordnung wie die aus politischen Gründen. Dabei unterzog sich das preußische Innenministerium nicht einmal der Mühe, eine Beziehung zwischen der angeblich zur »Abwehr staatsgefährdender kommunistischer Gewaltakte« erlassenen Verordnung und dem Verhalten der Angehörigen der neuen Häftlingskategorie zu belegen.

In der Tat gab es zwischen dem juristischen Status der politischen und dem der nichtpolitischen KZ-Häftlinge nur einen Unterschied: Die einen befanden sich in Schutzhaft, die anderen in vorbeugender Polizeihaft. Praktische Bedeutung erlangte das freilich nie. Vielmehr ging es den Nazis darum, ihre politischen Gefangenen mit Kriminellen gleichzusetzen und dadurch zu diskriminieren. Zugleich zielte man wohl von Anfang an darauf ab, mit Hilfe Asozialer und Krimineller die politisch Verfolgten noch stärker zu tyrannisieren.

Erste Erfahrungen waren dazu schon durch das — freilich nur vereinzelt erfolgte — Inhaftieren von mißliebig oder straffällig gewordenen Nazianhängern, Deutschenationalen und anderen Rechtsradikalen gesammelt worden. Soweit diese in den Konzentrationslagern nicht als »Ehrenhäftlinge« bevorzugt oder — was es ebenfalls gab — als Abtrünnige besonders geschunden wurden, fungierten sie oft als Spitzel (Oranienburg) bzw. als Schläger (Brandenburg).³⁰

In einigen Lagern erfolgte die Einteilung der Gefangenen nach militärischen Kategorien. In Sachsenburg mußten sie sich in sieben Trupps gliedern, wobei sich im Trupp 7 etwa 120 Kranke und Invalide befanden.³¹ In Oranienburg gab es Kompanien.³² Sie bestanden auch in Dachau, entsprechend den Baracken insgesamt zehn in Stärke von je 270 Häftlingen, nach Barackenstuben untergliedert in je fünf Korporalschaften.³³

29 *DJ*, 1933, S. 1896; *Karl-Leo Terhorst*, Polizeiliche planmäßige Überwachung und polizeiliche Vorbeugungshaft im Dritten Reich, Heidelberg 1985, S. 76ff. u. 86; *Langhoff*, S. 243ff.

30 *Kleine*, S. 210.

31 *Seger*, S. 35; *Hirsch*, S. 15;

Die neue Weltbühne v.

23. 11. 1933, 19. 7. 1934 u.

7. 2. 1935.

32 *Otto Meinel*, Sachsenburg,

in: *Konzentrationslager*, S. 157;

Das Lied ..., S. 11.

33 *Abraham*, 13 u. 22. *Nazi-*

Bastille ..., S. 44 u. 48; *Rubner*,

S. 60; *Als Jude in Dachau*, S. 77

u. 85.

KZ-Alltag

Von Anfang an waren die Verhältnisse in den Nazikonzentrationen davon bestimmt, die Gefangenen zu demütigen und zu erniedrigen, ihre Moral zu zermürben, ihren Zusammenhalt zu zerreißen, ihre Gesundheit zu ruinieren und ihr Leben zu verkürzen, kurz: sie psychisch und physisch zu brechen. Darin und nur darin bestand die »Erziehung« der KZ-Häftlinge, von der die Gewalthaber und deren Propagandisten vor allem 1933 wortreich sprachen. Dafür war ihnen jedes Mittel recht: von maßloser Beschimpfung über menschenunwürdige Behandlung bis zu unverhülltem Mord.

Einlieferung

Meist versuchten die Schergen schon in den ersten Minuten und Stunden, die neu herangeschleppten Gefangenen an Geist und Körper zu beugen. Sie drohten mit Strafen und Erschießen und mißhandelten die Eingelieferten. In Überzahl stürzten sie sich auf einzelne Häftlinge, wie in Essens Zeche »Herkules«, aus der eines ihrer Opfer berichtete: »Der Mund wurde mir zugestopft mit Kieselsteinen und mit Lappen, ich wurde über einen Tisch gebunden und fürchterlich auf den nackten Körper mit Gummischläuchen und Fahrradketten geschlagen.«¹ In der Kemna in Wuppertal warfen sie Neuzugänge auf eine Bank und schlugen sie. Einem betagten SPD-Funktionär schnitten sie einen Teil seines Bartes ab und einen Streifen in sein Kopshaar. In Pappenheim benutzten die Schergen zum Haareschneiden ein Bajonett.² Im Berliner Columbia-Haus diente ein Tisch dazu, dem Opfer mindestens 25 Peitschenhiebe zu geben. Ein anderer Häftling wurde beschimpft, geohrfeigt, hin- und hergehetzt und mit Erschießen bedroht.³ In Königstein-Halbestadt trennten SA-Leute nach Beschimpfungen und Fußtritten einen Häftling jüdischer Herkunft von den übrigen und ließen ihn unter Mißhandlungen im Steinbruch Loren schieben. Dabei forderten sie ihn auf zu fliehen.⁴ In Dachau sonderte man Hans Beimler von anderen Neuankömmlingen ab und schleppte ihn unter Schlägen in den Bunker, wo er bestialisch mißhandelt wurde. Schließlich warfen ihm die Schinder einen Strick zu, damit er sich gleich erhänge. In Pappenheim

zogen sie einen Neuankömmling mit einer Schlinge um den Hals an einem Balken hoch.⁵

Über größere Transporte fiel meist die gesamte Wachmannschaft her. Die ersten Sonnenburger Häftlinge wurden schon auf dem Weg zum Lager mit Gummiknüppeln zusammengeschlagen und mit Erschießen bedroht. Ebenso mißhandelten die Nazis später Zugänge auf der vier Kilometer langen Strecke vom Bahnhof und trieben sie bei Spießbrutenlauf im Gebäude die Treppen hinauf und herunter. Nach stundenlangen Fußmarsch – bei dem einzelne zwischen zwei Fahrräder gebunden wurden, auf denen SA-Leute saßen – mußten Häftlinge in Hainewalde ein Spalier von SA-Schlägern vom Vorhof über die Freitreppe bis hinauf zur Schloßbalustrade passieren. Nach weiteren Mißhandlungen bei der Aufnahme der Personalien wurden ihnen die Kopfhare geschoren.⁶ Zu den Emslandmoorlagern war der Weg vom Bahnhof zum Teil 28 Kilometer lang. Er mußte unter Schikanen und Prügeln, manchmal von Hunden gehetzt, ganz oder streckenweise zu Fuß zurückgelegt werden, wobei es keine Rücksicht auf Kranke und Verletzte gab. Dabei wurde am 19. Oktober 1933 der 21jährige Wilhelm Wieder angeblich auf der Flucht erschossen. Beim Eingang ins Lager Neusustrum standen Särge, auf die ausdrücklich aufmerksam gemacht wurde. Anschließend jagte man die neuen Häftlinge in schnellem Lauf, mit Gewehrkolbenstößen und losgelassenen Hunden ins Lager.⁷ Ähnlich wurden Häftlinge vom Bahnhof Bad Schandau die zirka 15 Kilometer bergauf im Dauerlauf nach Hohnstein getrieben und dort im Spießbrutenlauf, mit Gummiknüppeln, Ochsenziemern und Peitschen mit Stahlkugeln an den Enden gehetzt.⁸ In der Lichtenburg mußten sich die Häftlinge mehrmals auf dem Hof hinlegen und ihn dann wieder im Laufschrift überqueren, worauf sie, weiter unter Knüppelhieben und mit Kolbenstößen, über Treppen gejagt wurden. »Nachdem sich uns«, 60 Gefangenen aus Halle, erinnerte sich der dortige Leiter des Bundes der Freunde der UdSSR, Willy Ohrem, »die eisernen Tore geöffnet hatten, stürzten sich ca. 40 mit Gummiknüppeln und Gewehren bewaffnete

1 *Deutsche Freiheit* v. 4. 10. 1933.

2 *Ibach*, S. 47ff. u. 28; *Heinz*.

3 *Die neue Weltbühne* v.

10. 1. 1935; ZStA Potsdam, Film 10 456.

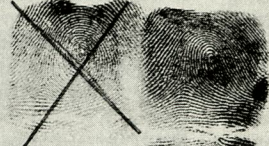
4 *Tabaschnik*, S. 94f.

5 *Hans Beimler*, Im Mörderlager Dachau. Vier Wochen in den Händen der braunen Banditen, Berlin 1976, S. 29 u. 32ff.; *Heinz*.
6 *Mühsam*, S. 15; *Irmgard Litten*, Die Hölle sieht dich an. Der Fall Litten, Paris 1940, S. 25; *Harder*, S. 117ff.; *Wiesner*,

S. 200ff. *Nitzsche*, S. 6ff.

7 *Papenburg-Esterwegen*, S. 172; *Langhoff*, S. 101ff.; *Perk*, S. 20 u. 31; ZStA Merseburg, 2.5.1, Nr. 14 278, Bl. 1ff.; *Gerhard*, S. 41.

8 *Urban*, S. 217.

Verwaltungs-Direktion des (staatl. <u>Brandenburg</u>) Konzentrationslagers in:		Beschreibung:		0 154 ¹⁵⁹	
Familienname: <u>Kopke</u>		Größe: _____		Häftling Nr. _____	
Vorname: <u>Richard</u>		Gestalt: <u>mittelstärkig</u>		Lager Nr. _____	
Geb. am: <u>28. 4. 07. in Kettin/Haveland</u>		Gesicht: <u>oval</u>			
Wohnort u. Straße: <u>Adls. Kienndorf, Ratsweg 5</u>		Augen: <u>braun</u>		Gewicht: _____	
Beruf: <u>Eisenbahnarbeiter</u>		Nase: <u>Adlernase</u>		bei Einlieferung: _____ kg	
Religion: <u>Ev.</u> Staatsangehörigkeit: <u>Preussen</u>		Mund: <u>normal</u>		bei Entlassung: <u>65</u> kg	
Ehefrau: <u>Martha</u> geb.: <u>Trichank/16.6.07.</u>		Ohren: <u>vom "Goldkapsel"</u>		Kränkheiten und Gebrechen: _____	
Kinder: _____		Zähne: <u>stark gut</u>			
Verwandte: <u>(Vater) Kopke, Friedrich</u>		Haare: <u>d. blond</u>		Besondere Kennzeichen: <u>Brunsthein eingedrückt</u>	
		Bart: _____			
		Sprache: <u>Stah.</u>			
[Verhaftet 16.11.35] Schutzhaft angeordnet:		eingeliefert am: <u>(29. 11. 33.)</u>			
am: durch (Behörde) <u>Gestapa</u>		entlassen am: <u>28. 11. 33.</u>			
Vfg. vom: (Hbschrift liegt bei)		durch Vfg. (Behörde) <u>Gestapa (L. B. 218.)</u>			
Grund: <u>Zum Gtz n. Volk v. Daut</u>		vom: <u>28. 11. 33.</u> nach: <u>von Wismar</u>			
Vorstrafen: _____		Bisherige Partei-Zugehörigkeit: <u>K. P. D.</u>			
		Funktionär, Organe: _____			
		Ich bin darauf hingewiesen, daß meine Bestrafung wegen intellektueller Urkundensälfchung erfolgt, wenn sich die vorstehenden Angaben über meine Person als falsch erweisen sollten.  <u>Richard Kopke</u> (Unterschrift) <u>St. Kienndorf</u> (Lagerkommandant)			

Schutzhäftlingskartei aus dem KZ Brandenburg

SS-Banditen auf uns. Fast läßt es sich nicht beschreiben, denn wir wußten nicht, ob wir in einem Tollhaus oder in einer Irrenanstalt gelandet waren.«⁹ Ähnlich war es in Colditz¹⁰ oder in der Kemna, wo die Neueingelieferten in die Wupper getrieben wurden und über Scherben und Schlacke robben mußten.¹¹ Aus Dornburg hielt ein Häftling fest: Ihrem Transport lud man im Magdeburger Sportstadion »Neue Welt« weitere Gefangene zu. Nach längerer Fahrt hielt er vor einem Kellereingang. »Wir hörten im Wagen, daß draußen Menschen Aufstellung nahmen und mit Waffen hantierten. Plötzlich wurde die Wagentür aufgerissen, und mit Kolbenstößen und Schlägen wurden wir aus dem Wagen gestoßen. Vor uns gähnte eine tiefe Kellertreppe. Aufgepflanzte Bajonette starteten uns entgegen. Unter Schlägen der Karabiner entmenschter SA-Banditen flogen die meisten von uns in den tiefen Keller hinunter und wurden unten unter Schlägen in einen engen Raum getrieben. Wer nicht weiter konnte, wurde bis in den Raum gezerrt ... Ich

selbst erhielt beim Durchlaufen des Spaliers einen Bajonettstich und kam völlig blutüberströmt vor das Femetribunal. Trotz meines blutüberströmten Körpers wurde ich auf Befehl sofort wieder mit Peitschen und Knüppeln mißhandelt, bis ich die Besinnung verlor. Als ich wieder zu mir kam, war ich völlig naß. Man hatte mich mit kaltem Wasser übergossen. Mit einer Schafschere wurden mir dann die Haare abgeschnitten.«¹² Aus Leschwitz berichtete ein Häftling: »Als wir im Lager ankamen, begrüßten uns (der Kommandant – d. Verf.) Krüger und seine Henkersknechte mit Peitschenhieben als »Moskowiter« und »Bolschewistenschweine«. Mit dem Gesicht zu den Aborttüren, an denen Bilder von Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel hingen, mußten wir Aufstellung nehmen. Dann schlugen die Schurken auf uns mit Knüppeln, traten uns und stießen unsere Köpfe gegen die Türen. Die gemeinsten Schimpfworte und Verhöhnungen mußten wir dabei über uns ergehen

9 Kleine, S. 189; Arch. Lichtenburg, Nr. 46.

10 Helm, S. 13; Meinel, S. 151. 11 Ibach, S. 30.

12 Quellensammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Magdeburg, zus.gest.

von Gerhard Vokoun u. a., Magdeburg 1970, T. 2, S. 62.

lassen.«¹³ In Börnicke schleppte man die Gefangenen nach einer wüsten Prügeleszene in einen Raum, wo mehrere Bewacher sie bis zur Bewußtlosigkeit schlugen.¹⁴ In Dachau wurden anfangs aus umfangreichen Transporten einzelne Häftlinge herausgerissen, unflätig beschimpft, fürchterlich mißhandelt und niedergeschlagen, wobei man ihnen zum Teil mit Bajonetten die Haare abschnitt. Bald schloß sich eine systematische Verprügelung an, die lange Zeit jeden traf: »Noch am selben Tag wurde jeder von den 68 Mann einzeln geholt und bekam die sogenannte »Schlageterfeier«, wie es die Gefangenen nannten. Diese Schlageterfeier bestand darin, daß jeder auf den entblößten Hintern 25–40 Hiebe mit einem Ochsenziemer erhielt. Es kam sehr oft vor, daß sich die SS-Leute gern verzählten und daß es 50 und 60 Hiebe wurden.«¹⁵

Unterkünfte

Bewußt auf Unterjochung und Ruinierung der Häftlinge waren gleichfalls die KZ-Unterkünfte abgestellt. In dem Fort Oberer Kuhberg warf man Neuzugänge in das Außenwerk Gleiselstetten, einem in der Erde steckenden Betonklotz. Die Lagerleitung bezeichnete ihn als Eingangsstufe; die Häftlinge nannten ihn »Panzerkreuzer«. Sie wurden hier bei halber Kost zwei Wochen schikaniert und mißhandelt. »Der Panzerkreuzer war ein Vorgesmack zur Hölle«, faßte ein Häftling zusammen. Die Verhältnisse glichen denen in der Stufe III in dem Fort: lichtlose, enge und nasse Kasematten, in die man Häftlinge steckte, welche die Polizei als besonders gefährlich bezeichnete. Kasematten mit Schießscharten in Nischen stellten die Stufe II dar. In den Nischen von 3,95 Meter Breite und 3,75 Meter Höhe standen die Pritschen. Die Stufe I, die Entlassungsstufe, befand sich in einem hallenartigen Raum.¹⁶

In dem vormaligen Brauereigebäude in Oranienburg, mußte die »Tägliche Rundschau« am 19. April 1933 zugeben, »liegen die Gefangenen auf Stroh gebettet auf dem Fußboden. Jeder hat eine Decke, in die er sich notdürftig einwickelt.« Doch sah die Realität noch schlimmer aus: In dem ehemaligen Kühlkeller rann das Wasser von den Wänden, das Stroh faulte. Die Decken waren leere Strohsäcke, die bald anderen Häftlingen als Unterlagen dienen mußten, so daß keine Möglichkeit mehr bestand, sich nachts zuzudecken. »Wir lagen also, feucht und kalt, wochenlang in diesen Katakomben auf dem Zementfußboden.« Und die späteren Schlafgestelle standen »so dicht übereinander, daß sich der Gefangene knapp bis zum aufrechten Sitz erheben kann, und da

sich keine Zwischenräume von Bett zu Bett befinden, müssen die Gefangenen tatsächlich wie in einem Kaninchenstall vom Fußende her auf ihre Lagerstätte hinaufkriechen. Ein Gefangener hat den Schlafsaal ... sachverständig ausgemessen und festgestellt, daß in diesen Schlafsälen auf jeden Gefangenen im Durchschnitt drei Kubikmeter Luftraum entfallen. Das ist noch nicht ein Drittel dessen, was selbst in veralteten Zuchthäusern dem Verbrecher an Luftraum zubilligt wird.« Eine Besucherin berichtete: Nicht zu beschreiben sei der Geruch, der »durch den Aufenthalt von 50 Menschen oder mehr, deren ungewaschene »Kleider, deren verschmutzte Körper hier ausdünsten, erzeugt wird«. Sie fügte hinzu, daß sich die Gefangenen an der einzigen Wasserstelle auf dem Hof in fünf Schüsseln waschen konnten.¹⁷ In Sachsenburg gab es gleichfalls dreistöckige Liegestätten mit Strohsäcken und Decken. Sie strotzten von Ungeziefer, da sie nie gesäubert werden konnten. Über 1000 Gefangene mußten vier Aborte benutzen, die ständig verschmutzt waren. Als Waschgelegenheit reichten die 48 Hähne nicht aus.¹⁸ In Bergkamen mußten die Häftlinge in einer Turnhalle auf blankem Fußboden schlafen, sofern sie sich nicht eine Zeitung oder eine ähnliche Unterlage besorgten.¹⁹ In den Kellerräumen der Bochumer Zeche »Herkules« gab es nur Strohsäcke, in Osthofen zuerst loses Stroh, dann Matratzen auf dem Fabrikhallenboden, danach an den Wänden der zugigen und naßkalten hohen Räume kantig-grob zusammengezimmerte Holzgestelle. Auf den zwei bis drei übereinander stehenden Pritschen mußten die Häftlinge mit einer sackartigen Decke aus dem ersten Weltkrieg schlafen. In der Kemna waren zum Teil dreistöckige Holzgestelle aufgestellt. Doch mußten die meisten Gefangenen auf dünnen Strohsäcken ohne Decken auf dem Boden liegen. Die Wasserhähne reichten nicht aus. In Zschorlau lag Stroh auf dem Betonboden, nur mit einer Decke versehen. Tische und Bänke mußten aus alten Brettern zusammenge nagelt werden.²¹

In der Festung Kuhberg hatten die Häftlinge zuerst selber ihre Räume mit rohen Bettgestellen, zum Teil zwei- und dreifach übereinander, Strohsäcken und Decken vorzubereiten. Zwischen jeweils zwei Schlafnischen befand sich ein Aufenthaltsraum mit Tischen und Hockern aus ungehobelten Brettern. Wasser mußte aus Brunnen herangeschafft werden. Eine offene Grube diente tagsüber, ein Kübel nachts als Abort. Licht und Luft kam nur durch Schießscharten, so daß die Räume, wie ein Häftling feststellte, für »einen längeren mensch-

13 *Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten* ... S. 38; *Lausitzer Rundschau* v. 26. I. 1948.
14 *Antifaschistischer Widerstandskampf in der Provinz Brandenburg*, T. I, S. 111.

15 Ecker, S. 21; *Der Strafvollzug im III. Reich*. Denkschrift und Materialsammlung, hg. von der Union für Recht und Freiheit, Prag 1936, S. 17.
16 Schätzle, S. 30f.; Weidlin, S. 23ff.

17 Schäfer, S. 23 u. 67; Seger, S. 15f.; Braunsch, ... S. 278.
18 *Der Strafvollzug* ... S. 39.
19 Bauer/Klein, S. 52; *Widerstand und Verfolgung im Raum Kamen/Bergkamen*, S. 14.
20 Werner, S. 236 u. 175; Angelika Arenz-Morch, *Das KZ Osthofen – ein frühes Instrument*

zur Disziplinierung der Arbeiterbewegung, in: *Informationen. Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes* 1933–1945, 1986, Nr. 1–2, S. 23.
21 Ibach, S. 24 u. 35;
83 Tage ... S. 12.

lichen Aufenthalt unmöglich« waren.²² In der Königsberger Festung Quednau lagen die Gefangenen in einzelnen Bunkern zu acht bis zwölf Mann sogar nur auf Stroh.²³

Im Schloß Colditz gab es gleichfalls lediglich Strohschütten mit zwei Decken. Die Notdurft mußte in Kübel verrichtet werden; je zwei Gefangene hatten ein Handtuch.²⁴ Im Schloß Hainewalde hausten in manchen Räumen ohne Stühle und Tische bis zu 150 Häftlinge auf drei- und vierstöckigen Gestellen auf Strohsäcken. Die »Oberlausitzer Tageszeitung« nannte das am 30. Juni 1933 eine »mustergültige Einrichtung des neuen nationalen Staates«. In der Burg Hohnstein, berichtete ein Insasse, waren »die Matratzen oder Strohsäcke der Gefangenen derart dünn und abgenützt, daß man glaubte, auf blanken Brettern zu liegen. Wärmende Decken gab es nur wenig. Die meisten waren sehr verbraucht. Wir lagen auf der blanken Matratze. Die Decken wurden niemals gewaschen, auch nicht, wenn ein Entlassener die Decken abgab; sie wurden dann ungereinigt wieder einem Neuangekommenen übergeben. So war es nicht verwunderlich, daß bald das ganze Lager der Gefangenen bis auf die »Schwungstube« (mit dem Personal der Kommandantur — d. Verf.) und das Haus IV völlig verlaust war.«²⁵



KZ Sonnenburg, Sommer 1933

In der Lichtenburg wurden in Sälen 40 bis 300, in Zellen drei bis sechs Gefangene zusammengepfercht. Sie hatten Strohsäcke und je zwei dünne Decken, »keine Heizung, keine Sitzgelegenheit, kein Nachtgefäß ... Zellen und Säle sind überbelegt, es gibt fast keine Entlüftung.«²⁶ In Sonnenburg gab es gleichfalls nur Strohsäcke,

in jedem der drei Unterkunftsgeläude im Keller nur 20 Kübel für die Notdurft.²⁷ Aus Brandenburg, das ebenfalls vorher Strafanstalt gewesen war, hieß es in einer zeitgenössischen Schilderung: »Das ganze Haus, in welchem sich zwölf Schlafräume mit einer Grundfläche von je 160 Quadratmetern befinden, besitzt zwei Klosettäume, die nur vom Treppenflur erreichbar sind. Die Schlafräume im Keller sind so feucht, daß Brot innerhalb von zwölf Stunden schimmelt; die Luft ist auch bei ständig geöffneten Fenstern muffig. Der Strafgefangene betrat diesen Raum nur zum Schlafen. Der Schutzhaftgefangene jedoch, der in die Kellerräume gewiesen wird, muß sich den ganzen Tag in ihnen aufhalten; er ist je täglich nur eine halbe Stunde an der frischen Luft. Von der Zuchthausverwaltung sind die Bodenräume niemals als Schlafräume verwendet worden. Jetzt leben 130 Menschen in diesem Bodenraum, der abgeschrägte Wände hat. Fünf Fensterlücken in der Größe von 40 mal 40 Zentimetern müssen als Licht- und Luftquelle für je 44 Menschen ausreichen. Sie sitzen beim hellsten Sonnenschein im Halbdunkel und atmen eine ungesunde Wohnluft, die infolge des Alters des Hauses ganz fürchterlich ist. Dazu leiden die Schutzhäftlinge unter den bereits geschilderten Klosettverhältnissen: Der Schutzhäftling muß darauf warten, bis er zum Austreten geführt wird; ihn trennen ja zwei durch Riegel und Kunstschlösser verschlossene Türen vom Treppenflur. In den Aborträumen befinden sich zusammen etwa 15 Kübel, die für 600 Mann ausreichen müssen. Jeder Häftling erhält dreimal am Tag Gelegenheit, den Abortraum aufzusuchen. Das Kübelssystem ist eine so grausame Schweinerei, daß dem Häftling die Lust zum Essen vergeht. Das Abflußrohr ist mindestens zweimal wöchentlich verstopft; die Gefahr für die Gesundheit der Häftlinge ist groß. Es ließ sich leider nicht feststellen, ob die am 27. September 1933 unter Ruhrverdacht ins Lazarett eingelieferten 13 Häftlinge der Station 9 (Bodenstation) wirklich an Ruhr erkrankt waren; bei dem Mangel an primitivsten hygienischen Einrichtungen wäre das wohl möglich. Auch sonst herrschen ungewöhnliche hygienische Zustände. Der Zuchthäusler hatte ein Bett, erhielt regelmäßig Wäsche und Seife. Der Schutzhäftling schläft auf einem Strohsack, der auf dem wurmstichigen Fußboden liegt. Nicht alle Schutzhäftlinge haben ein Laken erhalten; ein Handtuch erhielten viele erst nach Wochen. Die Handtücher werden meist erst nach drei Wochen gewechselt; Tücher zum Saubermachen des Geschirrs erhält der Häftling nicht. Manchmal ist nicht einmal ein Eßgeschirr zu erlangen, Seife gibt es überhaupt nicht. Das Putzen der Fenster ist mit Lebensgefahr verbunden, da jeder am Fenster Verweilende mit Erschießen bedroht ist. Für je vier Mann steht eine kleine Waschkübel zur Verfügung. Rasiert wurde in den ersten zwei Wochen überhaupt nicht, dann kam eine Pause von zehn Tagen ... In den fünf Wochen der

22 Schätzle, S. 30 u. 33; ders., Wir klagen an! Bericht über den Kampf, das Leiden und das Sterben in deutschen Konzentrationslagern, Stuttgart 1946, S. 6f.; Weidlin, S. 24.
23 Dok.-Zentrum, KZ und

Haftanstalten, Esterwegen, Nr. 15, Bl. 1ff.

24 Meinel, S. 149.

25 Nitzsche, S. 7f.; Urban, S. 223.

26 Der Strafvollzug ..., S. 39.

27 Harder, S. 121; ZPA, EA 1106.

Der Regierungspräsident
I.A.P. Aktz. 2300 S.

Frankfurt a/O., den 2. Oktober 1933.

20

Der Preussische Minister
des Innern

Berlin, den 26. September 1933.

II G 1622 1/6.9.33.

Um Krankheiten der in staatlichen Konzentrationslagern untergebrachten politischen Schutzhäftlinge infolge nicht genügender Reinlichkeit nach Möglichkeit vorzubeugen, ist gelegentlich der örtlichen Besichtigungen eines Konzentrationslagers durch einen Kreisarzt in hygienischer Beziehung angeregt worden, in den Aborten für die Schutzhaftgefangenen Makulaturpapier bereitzuhalten.

Ich ersuche daher ergebenst, die dortige Pressestelle und die staatlichen Polizeiverwaltungen Ihres Bezirks anzuweisen, etwa dort lagernde größere Vorräte an Makulaturpapier unpolitischen Inhalts an die Direktion des staatlichen Konzentrationslagers in Sonnenburg b/Küstrin unentgeltlich zu überweisen.

Landrats-Amt Cottbus

Eing. 6. OKT. 1933 Anl.

Im Auftrage:

gez. Fischer

An die Herren Regierungspräsidenten in Frankfurt a/Oder.

Abschrift zur Kenntnis und weiteren Veranlassung.

Ich ersuche, sich mit der Leitung des Konzentrationslagers Sonnenburg in Verbindung zu setzen, ob noch Bedarf von Makulaturpapier vorhanden ist und gegebenenfalls in welcher Menge.

Im Auftrage:

gez. M ö b u s.

Beglaubigt:

Reg. Kanzleiassistent.

An

die Herren Landräte und
die Herren Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörde

Kn.

Berichtszeit durften die Häftlinge zweimal baden, das zweite Mal aber erst, nachdem auf der Station 2 das Vorhandensein von Läusen festgestellt worden war. Auch das ist bei den unhygienischen Verhältnissen kein Wunder. Nur in sechs von den 15 Stationen sind Heizungsmöglichkeiten vorhanden; was im Winter werden soll, ist also völlig unbegreiflich. Auf jeden Fall steht fest, daß schon die äußerlichen Einrichtungen der Anstalt eine ernste Gefahr für die Gesundheit der Häftlinge in sich schließen.²⁸ In der ehemaligen Militärstrafanstalt Columbia-Haus waren in Zellen von 20 m³ drei Häftlinge untergebracht, die auf Holzpritschen mit einem Strohsack schlafen mußten.²⁹

Auch in Lagern aus anderen Gebäuden stand es nicht besser, eher im Gegenteil: In Meissnershof mußten die Häftlinge im Keller vegetieren; in Hainichen lag nur Streu auf dem Boden.³⁰ In Dachau mußten die Gefangenen zehn der gemauerten Baracken der alten Pulverfabrik herrichten. In jeweils vier Räumen befanden sich 54 Häftlinge. Sie froren, wie ein Häftling mitteilte, in kalten Nächten »erbärmlich, und schon nach Mitternacht verscheuchte die Kälte den Schlaf. Fast jeder von uns litt in den Herbst- und Wintermonaten an Husten und Stechen in der Brust... Zwei Winter im Gefangenenlager Dachau bedeutete nach der Meinung der Gefangenen unfehlbar unheilbares Siechtum, auch ohne besondere »Behandlung« durch die SS.« Hinzu kam, daß den Insassen eines Schlafraumes nur ein anderthalb Quadratmeter großes Waschkabinett mit einem Waschbecken zur Verfügung stand.³¹ Etwas besser wurden die Baracken auf dem Truppenübungsplatz Hammerstein vorbereitet, die die Häftlinge nicht – wie in anderen Lagern – selbst einrichten mußten.³² Über den gleichartigen Heuberg hieß es zwar in der »NS-Korrespondenz« vom 15. April 1933: »Die Baracken frisch, Strohsäcke, Decken.« Der Schein trog, wie ein Häftling schilderte: Wohl gab es in den zweigeschossigen Gebäuden zweistöckige Bettgestelle mit Strohsäcken und zwei überzogenen Decken, im Raum von 96 m² lagen 30, in Dachkammern vier bis zwölf Mann. Doch verfügten nur je zwei über ein Handtuch; Seife mußte gekauft werden: Bademöglichkeiten gab es nicht. Wäsche wurde nicht geliefert und nicht gewaschen. In den Moorlagern standen jeweils zehn Baracken für je 100 Gefangene. Sie waren 39 Meter lang, 9,50 Meter breit, an den Seiten 3 und im First 4,50 Meter hoch, hatten 16 Fenster in Größe von 1,20 mal 1,40 Meter und zwei Kanonenöfen, die mit Torf geheizt wurden. Rauchvergiftungen waren möglich. Die Baracken umfaßten einen großen Schlaf-

raum mit zwei übereinanderstehenden Feldbetten, Strohsäcken und zwei bis vier Decken, einen kleinen Aufenthaltsraum mit Spinden und einen Waschraum.³⁴

Nicht anders als in den meisten Konzentrationslagern verhielt es sich mit der Unterbringung weiblicher Schutzhäftlinge im Arbeitshaus Moringen: Im Schlafsaal, in dem die Frauen um 19 Uhr eingeschlossen wurden, befanden sich zweistöckige Betten für mehr als 50 Häftlinge.

Er war unbeheizbar. Später, berichtete der »Neue Vorwärts« am 30. August 1936, mußten 25 bzw. 35 Frauen in Gemeinschaftsschlafsälen, einige weitere in Einzelzellen hausen. Sie lagen auf bezogenen Strohsäcken und verfügten über vier Decken. Die Frauen froren ständig und erkrankten. Dennoch wurde ihnen schon im Mai eine Zudecke entzogen, so daß sie auch danach noch froren. Der Aufenthaltsraum, aus dem Häftlinge jüdischer Herkunft ausgeschlossen blieben, erwies sich als zu klein, und die weiblichen Gefangenen saßen dicht gedrängt an den fünf Tischen.³⁵

Soweit es sich nicht um hochgelegene Burgen wie Hohnstein oder um ehemalige Haftanstalten handelte, riegelte Stacheldraht die Lager ab. »An den Eingängen stehen spanische Reiter. Ein Entrinnen ist unmöglich«, meldete »Der Jungdeutsche« am 8. April 1933 aus dem KZ Heuberg. »SA-Posten mit Karabiner schreiten die Lagergassen auf und ab«. Noch strenger isoliert war Dachau. Zu der vorhandenen Fabrikmauer mit dem aufgesetzten Stacheldraht kam nach der Lagerinnenseite ein weiterer Stacheldrahtzaun. Zwischen Mauer und Stacheldraht patroullierten bewaffnete Posten. Auf der Mauer standen vier Türme, bestückt mit Maschinengewehren und Scheinwerfern, die nachts die Baracken anstrahlten. Zusätzlich floß in der Nacht im Draht elektrischer Strom. Demgegenüber war in Oranienburg eine Begrenzung des Lagers nur mit Büschen bepflanzt. Als eine Besucherin auf die mögliche Fluchtstelle hinwies, erhielt sie zur Antwort: »Hier gibt es keine Fluchtgefahr. Die Wächter sind bewaffnet und haben strengen Befehl, sofort zu schießen, wenn ein Gefangener die durch Sträucher bezeichnete Grenze überschreitet.« In Zschorlau wurden wegen angeblicher Fluchtgefahr einem Häftling mit der Schere die Fersen aufgeschnitten, so daß er nur humpeln konnte.³⁶

Kleidung

Als Kleidung mußten in einer Reihe von Konzentrationslagern die Gefangenen eigene Sachen tragen, so in Ankenbuck, Bremen, Colditz, Esterwegen, in Haine-

28 *Die neue Weltbühne* v. 16. 11. 1933.

29 *Bericht über die Lage in Deutschland* v. Januar 1934, S. 9f.; *Deutsche Volkszeitung* v. 14. 6. 1934.

30 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1090 I, Bl. 279; Dok.-Zen-

trum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 3 a, Bl. 354ff.

31 *Ecker*, S. 30 u. Zeichnung bei S. 33; *Mitteilungen* ..., v.

17. 5. 1933, S. PG 35.

32 WAP w Poznaniu, Rejencja w Pile, Nr. 700, k. 41.

33 *Braunbuch* ..., S. 280.

34 *Hans Pfeiffer*, Über lagerhygienische Erfahrungen aus den Strafgefangenenlagern bei Papenburg, Med. Diss., Bonn 1935, S. 8f.

35 *Ein Leben für den Sozialismus*. Parteiveteranen berichten

aus ihrem kampferfüllten Leben, hg. von der Stadtleitung Halle der SED, Halle 1980, T. 2, S. 30 (Bericht von Else Weidner).

36 *Rubner*, S. 57; *Braunbuch* ..., S. 57; 83 *Tage* ..., S. 18.

walde, auf dem Heuberg, in Kislau, Osthofen und Sonnenburg.³⁷ Wie die Häftlinge bald aussahen, schilderte Wolfgang Langhoff: »Aufgeplatzte Schuhe, zerrissene Hosen, durchstoßene Ellenbogen, alles voll Dreck und Lehm.«³⁸ Hier wie in Oranienburg wurde die Zivilkleidung bei Bedarf schließlich durch ausgediente preußische Polizeiuniformen ersetzt. In Börgermoor gab es dazu Holzschuhe, in Oranienburg Holzpantinen.³⁹ Polizeiuniformen und kaputte Schuhe erhielten die Gefangenen in Stettin-Bredow. Uniformen der bayerischen Landespolizei fanden anfangs in Dachau Verwendung.⁴⁰ Auf dem Kuhberg wurden die Häftlinge in abgelegte Straßenbahneruniformen gesteckt, die sie nach der Arbeit säubern mußten, so daß sie am nächsten Morgen noch feucht waren. In Kislau trugen sie blaue Monteuranzüge und schwere Stiefel. Im Columbia-Haus bekamen sie grün-blaue Hemden und schirmlose Mützen der Jugendorganisation der Deutschnationalen.⁴¹

In Sonnenburg erhielten sie nach der Zivilkleidung Drillichsachen aus Polizeibeständen, ebenso in dem bremischen Konzentrationslager Ochtersand, wo an den Hosenbeinen gelbe Streifen waren, und in Dachau nach dem sie zuerst Polizeiuniformen getragen hatten. Hier wurde der Drillich im Winter gegen Jacken und Hosen aus leichtem Lodenstoff ausgetauscht.⁴² In Sachsenburg bestand die Oberkleidung aus Leinendrell, bei Kommandos, die außerhalb des Lagers arbeiteten, aus grauen Hosen und grünen Jacken. Sie mußten von den Häftlingen zu Überpreisen gekauft werden, bei ihrer Entlassung jedoch entschädigungslos im Lager bleiben. In Hohnstein war die Kleidung, vor allem die Schuhe, meist sehr heruntergerissen, so daß an den Füßen oft nur Holzpantinen getragen werden konnten.⁴³

Neueingelieferte markierte man in Esterwegen durch gelbe Streifen an den Hosen, auf dem Kuhberg alle Häftlinge mit roter Farbe an dem rechten Oberarm, dem linken Hosenbein und der Mütze, in Oranienburg politische Häftlinge durch rote, jüdische durch weiße Armbinden, in Dachau politische Gefangene gleichfalls mit roten, ehemaligen Insassen des Arbeitshauses Rebdorf mit schwarzen Streifen.⁴⁴ In Hohnstein mußten als

gefährlich eingestufte Häftlinge und Ausländer rote, Handwerker grüne, Stuben-, Haus- und Burgälteste gelbe, Kulis der Wachmannschaft weiße Binden am linken Oberarm, letztere mit der Bezeichnung ihrer Tätigkeit, sowie Kranke blaue Armbinden tragen. In den Moorlagern befanden sich Häftlingsnummern auf den Armbinden.⁴⁵

Kost

Über die Verpflegung der Gefangenen hieß es: Täglich gebe es 500 Gramm Brot, 10 Gramm Kaffee und 30 Gramm Zucker, aber keine Butter. Ende März hätten die Häftlinge am Sonntagmittag Fleisch mit Kartoffeln, abends einen Hering, am Montagmittag Fleisch, zum Abend Suppe, am Dienstag zu Mittag Erbsenbrei mit 100 Gramm Wurst, zum Abend 100 Gramm Käse, am Mittwoch Graupen, Makkaroni bzw. 100 Gramm Wurst, am Donnerstag Linsen und abends Erbsen mit 100 Gramm Speck erhalten. So lauteten die offiziellen Angaben vom Heuberg gegenüber einer holländischen Zeitung.⁴⁶ Ähnlich teilte das KZ Sachsenburg am 1. Dezember gegenüber der Dresdner Aufsichtsbehörde mit, für die Häftlinge würden ausgegeben: 600 Gramm Brot täglich, 75 Gramm Marmelade viermal in der Woche, 65 Gramm Fett an drei Wochentagen, 50 Gramm Wurst, 70–80 Gramm Fleisch, 300 Gramm Gemüse, 750 Gramm Kartoffeln täglich, 150 Gramm Teigwaren, 125 Gramm Hülsenfrüchte und 200–250 Gramm Fisch pro Woche.⁴⁷

Die Wirklichkeit beschrieb ein Heuberger Häftling in einem hinausgeschmuggelten Brief: »Das Essen ist so gut, daß wir alle unterernährt sind und furchtbar aussehen. Hier einige Tips vom Essen: Kohl mit Nudeln, sehr dünn Blaukraut, Kartoffelschnitzel mit Nudeln, süßer Reis mit Kartoffeln, durchschnittlich 3 Gramm Fleisch (in Worten: drei Gramm Fleisch). In 11 Wochen haben wir zweimal richtig Fleisch mit Sauerkraut erhalten. Das ganze Essen ist fettlos, ohne Geschmack und mit viel Soda. In 11 Wochen haben wir zweimal Butter bekommen. Daß wir langsam zugrunde gehen, ist klar.«⁴⁸ Aus Sachsenburg berichtete ein anderer: Das Essen bestand aus drei Marmeladeschnitten und Kaffeeersatz morgens, übersäuertem Brei oder Suppe am Mittag und drei Marmeladescheiben, einem Stückchen Käse oder einer Wurstscheibe abends, dies nur zweimal in der Woche, ansonsten zum Abendessen nochmals Suppe.⁴⁹

Kaum anders sah die Verpflegung in den übrigen Konzentrationslagern aus. Im Berliner Columbia-Haus erhielten die Insassen morgens Ersatzkaffee und Brot, von dem nur die Rinde genießbar war, während das übrige wie Lehm schmeckte, darauf Rübenmarmelade.

37 ZPA, I 2/3/45; Bremen — kaputt, S. 26; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 5, Bl. 326f.; ZPA, EA 400; Nitzsche, S. 10; Der Gegen-Angriff v. 1. 8. 1933; Hakenkreuzbanner v. 24. 4. 1933; Grünewald S. 44; Die Hölle ..., S. 6.

38 Langhoff, S. 175.

39 Gerhard, S. 42; Seger, S. 6; Der Strafvollzug ..., S. 37; Langhoff, S. 112.

40 WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydyjalny, Nr. 11 987, k. 270/271; Hans Burkhard, Tanz mal, Jude! Von Dachau bis Shanghai. Meine Erlebnisse in den Konzentrationslagern Dachau, Buchen-

wald, Getto Shanghai, Nürnberg o. J., S. 29.

41 Schätzle, Stationen ..., S. 32; Marum, S. 82f.; Die neue Weltbühne v. 24. 1. 1935.

42 ZPA, EA 1326; Sägebrecth, S. 212; Der Strafvollzug ..., S. 27.

43 Meinel, S. 158; Urban, S. 223.

44 Perk, S. 21; Schätzle, Stationen ..., S. 32; Stefan Priacel, Ernst Thälmann, Matthias Rakosi, Anna Pauker, Toivo Antikainen, Albert Kuntz in den Klauen des Faschismus, Moskau 1937, S. 15; Die neue Weltbühne v. 7. 2. 1935; Nazi-Bastille ..., S. 95.

45 Urban, S. 223; Langhoff, S. 112.

46 Braunbuch ..., S. 292f.

47 StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2402, Bl. 8f.

48 Braunbuch ..., S. 283.

49 Der Strafvollzug ..., S. 36.



Essenausgabe im KZ Breslau-Dürigoy

Zu Mittag gab es Suppe, die beispielsweise aus 40 Kilogramm Weißkohl, einem Kilo Zwiebeln, einem Kilo Grieben und einem Kilo Schmalz zubereitet wurde. Als sie nicht ausreichte, wurde sie durch Wasser gestreckt. Solche Suppen mußten übrigens von den Häftlingen zeitweise ohne Löffel geschlürft werden, worauf sie sich welche aus Pappe bogen. Später stand ein normaler Löffel drei Zelleninsassen zur Verfügung.⁵⁰ In Berlin-Spandau gab es morgens Kaffee, während die gleiche Flüssigkeit abends Tee hieß, mittags eine braune Suppe, zweimal wöchentlich Hering mit Pellkartoffeln, die wie das Brot süßlich und hart waren. In Brandenburg verabreichte man meist Hülsenfrüchte mit viel Wasser und wenig Fleisch, fast nie Fett, so daß, wie der Berichterstatter hinzufügte, »manche Häftlinge nicht einmal für die Dauer einer halben Stunde das Gefühl der Sättigung kennen«. Als einmal Gefangene den Kommandanten um mehr Brot baten, wurden 25 von ihnen wegen Meuterei für drei Tage in den Bunker geworfen.⁵¹ Im KZ Breslau mußten die Insassen morgens mit Ersatzkaffee und einem Stück trockenen Brotes, mittags mit mageren Suppen, zweimal in der Woche

50 *Deutsche Volkszeitung* v. 14. 6. 1934; *Die neue Weltbühne* v. 24. 1. 1935.

51 *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* v. 8. 4. 1933; *Die neue Weltbühne* v. 23. 11. 1933; ZPA, I 2/3/45.

mit Fleisch, und einem gehaltlosen Abendessen auskommen. In Dachau gab es gleichfalls praktisch fettloses Essen, regelmäßig mittwochs und sonnabends Kuttelflecke, zum Weihnachtsfest sogar einen Hering. In Hainewalde erhielten die Gefangenen keine Löffel und mußten sich mit Schuhanziehern behelfen, um die dünne Suppe zu essen. Vom Heuberg gab das »Hamburger Fremdenblatt« an, es sei »ein sehr einfaches Leben«. In Hohnstein bekamen die Häftlinge mittags und abends nur Suppen, zweimal wöchentlich abends Zukost, nur sonntags Fleisch, Soße und Kartoffeln.⁵² In der Kemna bestand das Essen aus einem Gemisch von Kohl, Nudeln und Kartoffeln, ab und zu eine undefinierbare Suppe aus Graupen und Grütze, wofür – so vermuteten Gefangene – verdorbene Lagerbestände von Lebensmittelhändlern verwendet wurden. Auf dem Kuhberg gab es wässrigen Eintopf und abends Margarine, Käse oder Schwarzwurst. Aus Kuhlern vermerkte das »Segeberger Kreis- und Tageblatt« am 15. Juli eine »mäßige Kost«. Die Lichtenburger faßten morgens und abends je eine Scheibe Brot mit Roggenkleister, mittags meist dünne Suppe in Blechnäpfen.⁵³ In Oranienburg bestand das Mittagessen aus Hülsenfrüchten, Rüben, Kohl, Reis oder Nudeln, jeweils ohne Fleisch, sowie einmal wöchentlich aus Fisch, abends eine Doppelschneide mit Schweineschmalz, ebenso im KZ Osterstein, wo es hauptsächlich Wassersuppen gab.⁵⁴

Die Frauen in Moringen erhielten nichts anderes: morgens Ersatzkaffee mit einem Kanten Brot für den ganzen Tag, dazu etwa 20 g Margarine oder einen Löffel Marmelade, mittags Eintopf aus Hülsenfrüchten ohne Fleisch, mit Rindertalg gekocht.⁵⁵ Doch konnten sie zusätzlich Obst und Salat zu dem eintönigen Essen kaufen.⁵⁶

In den Moorlagern fanden die Häftlinge niemals Fleisch im Mittagessen. Dafür gab es künstliches Fett und ab und zu Blutwurst mit chemisch hergestelltem Fett, das an den Gefangenen ausprobiert wurde. Eine andere »Spezialität«, wiewohl nicht zur Verpflegung gehörig, bildeten in der Kemna mit Schmierfett bestrichene Salzheringe, die Häftlinge unter Mißhandlungen herunterschlingen mußten.⁵⁷

Das ohnehin quantitativ und qualitativ unzureichende Essen schmälerte noch die »Umverteilung« zugunsten der Wachmannschaft und Unterschlagungen, wie zum Beispiel im KZ Bautzen, wo der Kommandant den Entzug von Brot anordnete, das in seine Hühnerfarm

52 *Deutsche Freiheit* v. 23. 8. 1933; Ecker, S. 30; Axel Eggebrecht, *Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche*, Reinbek 1975, S. 275; *Der Strafvollzug* ..., S. 36.

53 *Ibach*, S. 25; *Schätzle*, Stationen ..., S. 30; *Eichmann*, S. 25; Arch. Lichtenburg, Nr. 252.

54 *Seger*, S. 23f; *Der Strafvollzug* ..., S. 36. – Aus Oranien-

burg schrieb Ernst Heilmann seiner Frau, Fleisch und Wurst wären knapp (BA Koblenz, Nachlaß Heilmann, Film 25, Aufn.-Nr. 25).

55 *Neuer Vorwärts* v. 30. 8. 1936.

56 *KZ Moringen*, S. 16; Bericht Sprengel.

57 *Sieling/Suhr*, T. II, S. 14ff.; *Ibach*, S. 32f.

kam.⁵⁸ Für alle preußischen Schutzhäftlinge befahl der Gestapo-Chef Diels am 28. Juli 1933 sogar, ihnen das Mittagessen für drei Tage zu entziehen, da in Berlin-Tempelhof eine neugepflanzte Hindenburg-Eiche beschädigt worden wäre. In Berlin-Plötzensee wurden daraufhin Pakete von den Angehörigen nicht ausgehändigt und aufgesparte Nahrungsmittel aus den Zellen geholt. In Sonnenburg setzte der Kommandant dazu Strafoxerzieren an. Es wurde in einer Schärfe durchgeführt, berichtete ein Häftling, »wie ich es beim Militär niemals erlebt habe. Die abkommandierten Leute fielen um wie die Fliegen, sie waren völlig entkräftet.«⁵⁹

Auf ein Minimum reduzierte sich das Essen derjenigen Häftlinge, denen Strafen zudiktiert worden waren. In Osthofen sah es so aus: Montag ein halber Liter Kaffee und 150 Gramm Kommißbrot, Dienstag dieselbe Menge Wassersuppe mit einigen Haferflocken, Mittwoch wie Montag, Donnerstag ein halber Liter Wasser mit einigen Nudeln, Freitag wie Montag, Sonnabend ein halber Liter Graupenwasser, Sonntag wie Montag und eine Kelle Kartoffeln mit Soße.⁶⁰

In Bergkamen erhielten die Häftlinge, wie der »Westfälische Kurier« am 20. Mai 1933 schrieb, lediglich morgens Kaffee und Brot. »Im übrigen werden die Häftlinge durch ihre Angehörigen verpflegt, die ihnen mittags warmes Essen und anderes bringen dürfen.« Ein ehemaliger Gefangener ergänzte, daß Ledige ohne Verwandte und Häftlinge aus anderen Orten solidarisch mitversorgt wurden.⁶¹

Überhaupt blieb angesichts der unzureichenden Verpflegung Hilfe von Angehörigen und Freunden dringend notwendig. Aus Oranienburg bat Erich Mühsam seine Frau um Nahrungsmittel, die er mit seinen Kameraden teilte. Denn die Angehörigen vieler Häftlinge waren erwerbslos. Dennoch ermöglichten es die meisten, wenigstens etwas in die Lager zu schicken.⁶² Karl Schabrod berichtete aus Börgermoor: »Es gab Kameraden unter uns, die bekamen fast jeden Sonntag ein Paket von ihren Verwandten, Frauen oder von der Liebsten mit einer Torte und anderen Leckereien. Da hat dann die ganze Tischgemeinschaft davon profitiert und gefuttert mit großem Appetit. Und dann geschah folgendes: Eines Tages kamen Pakete an für zehn Mann, alle gleich groß und mit dem gleichen Papier eingewickelt. »Ah, hat die SS bei der Poststation gesagt, das ist sicher die Rote Hilfe.« Und wir wußten, daß irgendein guter Freund dieses für uns organisiert hatte. Es kam sehr oft vor, daß wir die herrlichen Pakete und die Torten nicht bekamen, sondern sie von der SS beschlagnahmt wurden. Und wir hatten immer Hunger.«⁶³

Aus der unzureichenden Ernährung ergaben sich zum Teil beträchtliche Gewichtsabnahmen: in Dachau in

einem Fall bei einem 21jährigen von 79 auf 49 Kilogramm, in Osthofen in einem anderen von 67 auf 48 Kilo.⁶⁴

Wie gering und minderwertig die Verpflegung in den Lagern war, ließ sich aus deren Kosten erkennen. Sie betrugen in Brandenburg 38, in Oranienburg durchschnittlich 40, in Hammerstein 40 bis 42, in Dachau, einschließlich der Wachmannschaft, das heißt für die Häftlinge weniger, 61, in Sachsenburg durchschnittlich 67 Pfennige pro Tag und Gefangenen,⁶⁵ ein Beträchtliches unter dem Aufwand für Wachmannschaft und Kommandanturangehörige und dem vorgegebenen Satz von 1,10 RM.

Tabelle 15

Verpflegungskosten im KZ Sachsenburg pro Kopf und Tag, Mai bis Oktober 1933 (in Pfennigen)

Monat	für Lagerleitung	für Wachmannschaft	für Häftlinge
Mai	120	96	78
Juni	112	89	72
Juli	103	82	67
August	95	72	62
September	103	83	67
Oktober	102	81	67

Quelle: StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2402, Bl. 7.

Revier

Soweit eine medizinische Betreuung der Gefangenen überhaupt stattfand, erfolgte sie in der Regel durch SA- bzw. SS-Ärzte. Mancherorts verpflichtete man auch Ärzte, die die Lagerführungen aussuchten. So war zwar mit einem Mediziner vereinbart, daß er täglich im KZ Sachsenburg sein sollte, wofür er pro Tag eine Pauschale von 7,50 RM bekam. Doch suchte er in Wirklichkeit nur alle zwei Wochen das Lager auf, wobei er weder untersuchte noch behandelte. In Hohnstein fand sich ein Arzt nur wöchentlich auf zwei Stunden ein, gleichfalls in Hainewalde.⁶⁶

Der Oranienburger Lagerarzt Lazar bezeichnete die Kranken als Simulanten und billigte ihnen höchstens Aspirin, Jod und Rizinusöl zu. In Totenscheine für Häftlinge, die an Mißhandlungen starben, setzte er ebenso wie sein Kollege Nuernbergk in Dachau fingierte Todesursachen ein.⁶⁷

64 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 8, Bl. 189; StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1193, Bl. 8 R; WAP w Poznaniu, Rejencja w Pile, Nr. 700, k. 60; Bay HStA, MF 67 403, unfol.; StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2423, Bl. 18.

65 KZ-Moringen, S. 16; Bericht Sprengel.
66 StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2403, Bl. 3; Das Lied . . . , S. 37; Meinel, S. 161; Urban, S. 223; Nitzsche, S. 14.
67 Seger, S. 20; IMG, Bd. 26, S. 171 ff., Dok. PS-641 – 645

58 ZPA, PSt 3/518; *Der Gegen-Angriff* v. 9. 6. 1934; *Neuer Vorwärts* v. 15. 10. 1933.
59 *Grünwald*, S. 46.
60 Klein, S. 127.

61 Mühsam, S. 26; Seger, S. 24.
62 Sieling/Suhr, T. II, S. 16.
63 *Der Strafvollzug* . . . , S. 35f.; *Grünwald*, S. 46.

Oft entschieden schon Lagerführer und Wachleute, ob eine Krankmeldung zu recht bestand oder nicht, beispielsweise in der Lichtenburg und in Börgermoor. Dabei wurden selbst jene Häftlinge, deren Krankheit erkennbar war, zur Arbeit in Baracken und Küche eingeteilt. Von Zeit zu Zeit gab es Razzien, worauf man sie zu schweren Arbeiten wegstrieb. Im benachbarten Esterwegen »praktizierte« ein Medizinstudent, der ohne jede Untersuchung die sich krankmeldenden Gefangenen wegschickte.⁶⁸

Kamen Kranke oder Verletzte wirklich in die primitiv eingerichteten Reviere, die sich in einigen Lagern befanden, wurden sie in der Regel von den offiziellen Sanitätern kaum behandelt, manchmal sogar – wie beispielsweise in Fuhlsbüttel oder durch Ärzte in Brandenburg und Esterwegen – mißhandelt.⁶⁹

Deshalb vertrauten sich kranke und verwundete Häftlinge eher Arbeitersamaritern oder Ärzten unter ihren Mitgefangenen an, wie in Börgermoor, in Dachau, in Sachsenburg oder in Sonnenburg.⁷⁰

Verbindung zu Angehörigen

Der Kontakt der Häftlinge zu ihren Angehörigen war sporadisch. In Sachsenburg durften sie anfänglich jede Woche, in Dachau wöchentlich abwechselnd eine Karte und einen Brief, in der Lichtenburg, in Moringen, Oranienburg und Sonnenburg alle zwei, in Brandenburg und Esterwegen nur alle vier Wochen schreiben und Post empfangen, allerdings nur, wenn nicht als »Strafe« Postsperrung verhängt wurde.⁷¹ Die abgehenden und einfliegenden Schreiben gingen durch eine Lagerzensur.

Besuche waren nur ausnahmsweise gestattet, so den Frauen von Bernstein, Geisler, Kasper und Mühsam kurz nach deren Einlieferung in Sonnenburg. Sie konnten dabei ihre mißhandelten Männer kaum wiedererkennen. Kreszentia Mühsam und Irmgard Litten, die Mutter des eingekerkerten Strafverteidigers, und Maud von Ossietzky erlangten auch weitere Male Besuchsgenehmigungen.⁷²

Wie in Sonnenburg durften auch in der ersten Zeit in Breitenau, Hainewalde, der Lichtenburg, in Oranienburg und Sachsenburg an einem Sonntag im Monat – in Sachsenburg jeden dritten – Familienangehörige Häftlinge sehen, soweit keine Besuchssperre bestand. Diese Begegnungen – eine Ausnahmeerscheinung unter allen Konzentrationslagern – schränkten sich bald dadurch ein, daß man Häftlinge aus weit entfernten Gebieten

nach Oranienburg verlegte, so daß deren Frauen das Fahrgeld kaum aufbringen konnten. Schließlich wurden im August 1933 die Besuche in Sonnenburg gänzlich und in Oranienburg durch länger andauernde Verbote unterbunden.⁷³

Tagesablauf

Der Tagesablauf ähnelte sich in den verschiedenen Konzentrationslagern: Zwischen fünf und sechs Uhr wurde geweckt, zwischen 6.45 und 7.00 Uhr gab es Frühstück, zwölf Uhr Mittag-, zwischen 18 und 19 Uhr Abendessen, zwischen 20 und 21 Uhr begann die Nachtruhe. In Brandenburg fing der Häftlingstag allerdings schon 4.10, in Breslau 4.30 Uhr an.⁷⁴ Hier wie in Sonnenburg und zeitweilig in Oranienburg setzte danach ein schikanöses Exerzieren ein. Auf das Frühstück folgte der Appell, vor allem in den Lagern, in denen zur Arbeit ausgerückt wurde. In den festen Häusern, wie Brandenburg, Hohnstein und Sonnenburg ging dagegen der Drill weiter, ausgenommen für die zu Reinigungsdiensten sowie zu Handwerksarbeiten eingeteilten Gefangenen. Das Exerzieren und der sogenannte Sport dauerten oft bis in die Abendstunden. Ein Häftling berichtete aus Sonnenburg: »Ein Polizeibeamter z. b. V. stellte sich in die Mitte des Hofes, kommandierte zunächst Dauerlauf. Zehn Runden waren gemacht, da wechselten die Kommandos, es hieß jetzt »Auf, nieder, an die Mauer, marsch, marsch«, »Stehenbleiben«. So ging es eine halbe Stunde – die Gefangenen hielten durch. Nach einer dreiviertel Stunde brachen die ersten zusammen. Sie hatten keine Kraft mehr, sich aufzuraffen. Und schließlich lagen einige Zwanzig bewußtlos in der Juli-Sonne. Das Lazarett weigerte sich, anscheinend auf Befehl der Kommandantur, sie aufzunehmen. Noch gab der Schinder z. b. V. keine Ruhe. Was noch zusammenbrach, wurde aus dem Wege geräumt – mit dem Rest wurde weiterexerziert. Die Gehetzten sahen schon nicht mehr wie Menschen aus. Ihre Kleidung war völlig vom Schweiß durchnäßt. Vom Gesicht floß der Schweiß. Die Haare hingen wirr ins Gesicht. Einige stierten schon völlig abwesend mit den Augen. Weiter, weiter: »Auf, nieder, an die Mauer, marsch, marsch.«⁷⁵

In Breslau und Oranienburg mußte vormittags gearbeitet werden; nachmittags gab es militaristische Schindereien. In Wittmoor war es umgekehrt, in der Lichtenburg umschichtig die einzelnen Häftlingsabteilungen. Stundenweise fand auch in den Lagern, wo ein voller

68 Arch. Lichtenburg, Nr. 214; Langhoff, S. 111 u. 183; Papenburg-Esterwegen, S. 173.

69 Der Strafvollzug ..., S. 43; ZPA, I 2/3/45.

70 Langhoff, S. 184; Ecker, S. 37 u. 39; Das Lied ..., S. 37; Die Hölle ..., S. 15.

71 Der Strafvollzug ..., S. 33; Die Hölle ..., S. 30; Papenburg-Esterwegen, S. 171; Seger, S. 58.

72 Braunbuch ..., S. 286f.; Mühsam, S. 17f.; Litten, S. 34 u. 84.

73 Kleine, S. 201; Seger, S. 57 u. 34; Nitzsche, S. 9; Das Lied ..., S. 13, 32; StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2393, Bl. 131 R; Aurel Billstein, Der eine fällt, die anderen rücken nach. Dokumente des Widerstandes und der Verfolgung in Krefeld

1933–1945, Frankfurt/M. 1973, S. 51; Die Hölle ..., S. 29.

74 Die neue Weltbühne v. 23. 11. 1933, S. 1471; Deutsche Freiheit v. 23. 8. 1933.

75 Sägebrecht, S. 213; Emil Winkel, Gestapo. Aus der Tätigkeit der Geheimen Staatspolizei Deutschlands, Zürich 1934, S. 9.

Konzentrationslager Dachau

Politische Abteilung

18.11.33.

P.P.

In Erwiderung Ihrer Karte teilen wir Ihnen mit, dass es dem Schutzhaftgefangenen Otto Krauß gesundheitlich gut geht. Eine Nachricht kann er Ihnen deswegen nicht zukommen lassen, weil die Untriebe einiger kommunistischer Lumpen eine Postsperrre notwendig machten. Wann er entlassen wird, ist hier nicht bekannt. Dies wird vom Fall zu Fall von der Bayerischen Politischen Polizei München verfügt.

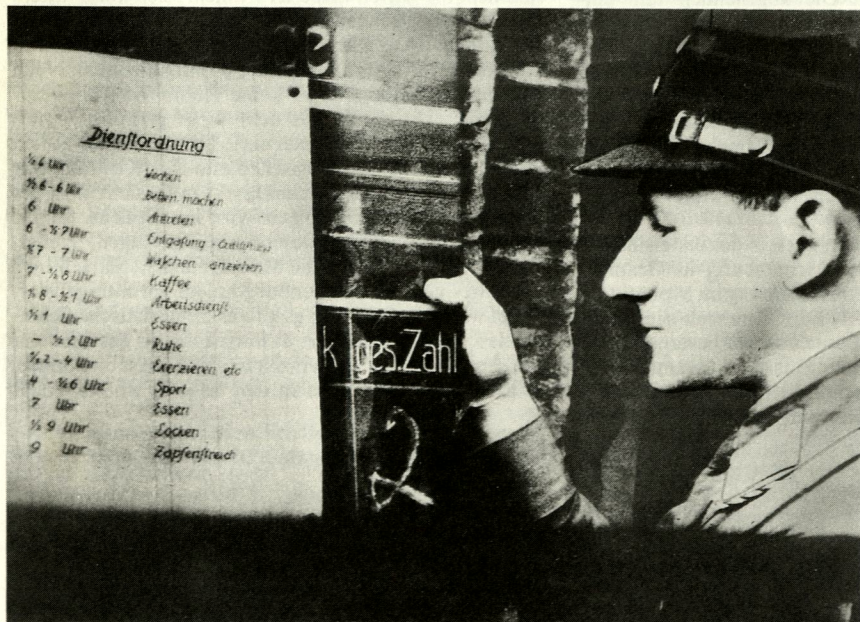
Lagerkommandant

F.A.

[Handwritten signature]

Arbeitstag herrschte, wie in Hainewalde, Strafoxerzieren statt. Dabei mußten die Gefangenen mit einem halben Zentner Sand oder Ziegeln im Tornister, dazu Stahlhelm, Koppel und ein altes Gewehr, im Laufschrift über Draht Hindernisse, Planken und Gräben hetzen. Sie wur-

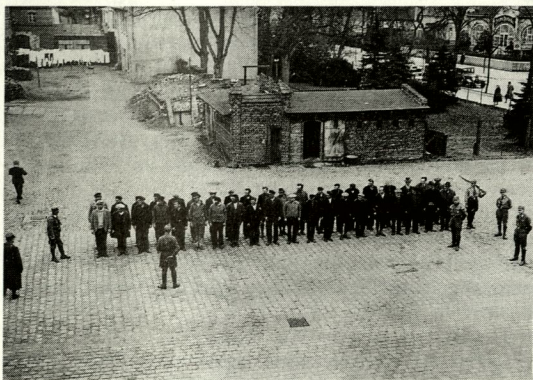
den mit Schlägen und Fußtritten in den Leib angetrieben und fielen in Wassergräben. Ohnmächtig gewordene Häftlinge jagten die SA-Schergen mit Prügel und Fußtritten sowie Güssen kalten Wassers wieder hoch. Bei erneuter Bewußtlosigkeit blieben Gefangene in der



Dienstordnung des KZ
Oranienburg

prallen Sonne liegen und wurden anschließend in ein Kellerverlies geworfen.⁷⁶

Selbst in den sogenannten Freistunden erhielten die Lagerinsassen keine Verschnaufpause, wie ein anderer Häftling aus Sonnenburg festhielt: »Die folgende ›Freistunde‹ ist eine Fortsetzung des Exerzierens. Im Abstand von 6 Metern marschieren die Gefangenen eine halbe Stunde über den Hof in straffer Haltung und im exakten Schritt. Jetzt wäre die Möglichkeit für ein Ausruhen gegeben, denn bis 12 Uhr geschieht außer häufigem Hinaus- und Hineinpfifen nichts. Da aber das Sitzen oder gar Liegen strengstens verboten ist, bedeutet die Zeit bis 12 Uhr eine neue Qual, da alle Kraft darauf verwandt werden muß, in der Zelle nicht aufzufallen, sondern stehen zu bleiben oder auf und ab zu gehen.«⁷⁷



Appell im KZ Oranienburg (von außen einsehbar)

Ebenso stellten beliebig ausgedehnte Appelle, Kartoffelschälen, Aufräumarbeiten und ähnliches die Regel dar. Auch sonntags fanden Appelle mit Kleidungsstücken und Eßgeschirren sowie Marschieren und Exerzieren statt. Desgleichen wurde die Nachtruhe oft unterbrochen, indem man Gefangene zu Mißhandlungen holte, die Unterkünfte durchsuchte und die Insassen im Gelände herumjagte. In Osthofen beispielsweise hieben die SS-Bewacher mit Gewehrkolben an die Holzpritschen und schrien die Häftlinge an: »Aufstehen, ihr Schweine, lest mal im Hof Papier zusammen.« Damit meinten sie ihre Zigarettensammel. Bei alledem drohten die Schergen den Herausgetriebenen mit entscherten Karabinern. Als Opfer einer sogenannten Nacht der langen Latten in einer Baracke von Börgermoor am

7. August gab es drei Schwerverletzte. Andere Häftlinge erlitten Prellungen und Blutergüsse. In Pappenheim hießen die nächtlichen Torturen zynisch »Deutscher Abend« bzw. »Deutsche Nacht«.⁷⁸

»Kein einziger Gefangener«, so faßte ein Oranienburger Häftling zusammen, »ist keine einzige Minute der sogenannten Freizeit davor sicher, zu irgendeiner Extraarbeit oder zu einer Schikane weggerufen zu werden. Diese beständige Unruhe (denn von dieser Störung der Freizeit wird reichlich Gebrauch gemacht!) ist eine unaufhörliche Qual ... Der Gefangene ist im Lager Freiwild für alle Launen irgendeines SA-Mannes; es gibt grundsätzlich für ihn kein Recht auf eine noch so knapp bemessene Freizeit. Sitzt er im Tagesraum, von achtstündiger Kanalarbeit müde, so muß er trotzdem gewärtig sein, daß jeden Augenblick einer kommt, pfeift und sich 20 Gefangene je nach Laune zu irgendeinem Zweck herausholt — und wehe, wer da nicht gleich nach dieser chinesischen Pfeife tanzt.«⁷⁹

Nicht alltäglich, jedoch nicht ungewöhnlich, waren 1933 Besichtigungen der Konzentrationslager durch ausländische Journalisten oder Sympathisanten der Nazis. Was vor den angemeldeten Besuchern vor sich ging, schilderte ein Lichtenburger Häftling. Bis in die Nacht hinein mußten die Gefangenen putzen und scheuern. Vor allem wurden die Arrestanten aus dem Bunker entfernt und in das Krankenrevier Angehörige der Wachmannschaft gelegt. Die Besucher bekamen die Küchenräume, die Kirche, das Revier, in dessen hinteren Räumen die wirklich Kranken versteckt blieben, und eine Unterkunft, die mit Bettwäsche ausgestattet war, zu sehen. Einer Besichtigungsgruppe zeigte man sogar nur Räume der Bewacher und ließ sie deren Essen kosten.⁸⁰ Trotz solcher Vorbereitungen und Tricks befürchtete man, wie in Sonnenburg beim Besuch eines französischen Journalisten, daß nach den Arrestzellen gefragt werden könnte.⁸¹

Den Häftlingen drohte man — wie in Colditz — vor einer Besichtigung: »Weh Euch, wenn einer es wagen sollte, die Dinge anders zu schildern, wie Ihr den Auftrag habt, dann könnt Ihr Eure Knochen im Lager zusammenlesen.« Zehn ausgesuchte und präparierte Häftlinge standen dann bereit, eventuelle Fragen zu beantworten.⁸²

Vor Besichtigungen durch Naziprominenz mußten die Lager ebenfalls auf Hochglanz gebracht werden. Sicher bekam auch sie manches nicht zu sehen. Doch wußte sie ohnehin schon vorher um die Verbrechen in den Lagern,

78 Schätzle, Stationen ..., S. 32; Deutsche Freiheit v. 23. 8. 1933; ZPA, I 2/3/45; Nitzsche, S. 13; Arch. Lichtenburg, Nr. 238, 241, 249, 254, 259–261; Arenz-Morch, S. 23; Heinz; Leipziger Volkszeitung v. 24. — 27. 8. 1949.

79 Seger, S. 25f.; Stokes, Eutin, S. 584.

80 Kleine, S. 205f.

81 Deutsche Freiheit v. 13. 12. 1933.

82 Neuer Vorwärts v.

8. 10. 1933. — Für Oranienburg: Abraham, S. 20, für den Heuberg: Der Gegen-Angriff v. 1. 8. 1933.

76 Braunbuch ..., S. 287ff.; Der Gegen-Angriff v. 15. 8. 1933; Die neue Weltbühne v. 23. 11. 1933; Deutsche Freiheit v. 23. 8. 1933; Tägliche Rundschau v.

19. 4. 1933; Die neue Weltbühne v. 21. 9. 1933; Kleine, S. 190; Grehl, S. 22 u. 26ff.

77 Der Gegen-Angriff v. 15. 8. 1933.

wie der badische Wirtschaftsminister, der anhaltische und der bayerische Ministerpräsident. In ihrem Namen erklärte Siebert Himmler nach einem Besuch in Dachau: »Ich möchte nicht verfehlen, Ihnen meine besondere Genußnahme auszuwirken über die außerordentlich glückliche Umgestaltung des Lagers, die ich wahrgenommen habe. Es ist in der Zwischenzeit, wie man ruhig sagen kann, zu einem Muster-Gefangenenlager ausgestattet worden« — eine mehrdeutige Formulierung, die der »Völkische Beobachter« am 31. März 1934 veröffentlichte.

Intern freilich hatte man anderes zu registrieren, beispielsweise der Staatsanwaltschaftsrat Mittelbach gegenüber Diels am 10. April 1933 bezüglich Sonnenburg. Er konstatierte, daß eine Reihe von Gefangenen, darunter Erich Mühsam und Hans Litten, sehr stark mißhandelt worden waren und andere bedroht würden. Diels mußte gleichfalls zugestehen: »Doch was soll schon eine »Besichtigung« einer solchen Einrichtung zutage fördern? Die Antworten der Gefangenen auf Fragen, die der Besichtigende stellt, sind von der Angst geformt, den Quälgeistern, denen der Gefangene überlassen bleibt, nicht zu mißfallen. Das Essen ist immer ausreichend, und die blinkende Sauberkeit der Fußböden in den Baracken und die peinliche Ordnung der Betten verrät nicht, daß sie ein Mittel zur Schikane der Insassen ist. Der lächerlichen Gradlinigkeit der frisch geharkten Sandflächen kann niemand ansehen, daß eine Verletzung solcher Ordnung »Bunkerstrafe« und Prügel bedeuten.«⁸³

Für Gottesdienste in Konzentrationslagern trat am 20. Juni 1933 der evangelische Deutsche Kirchenausschuß ein und regte bei den kirchlichen Stellen an, »eine geregelte Lagerseelsorge durch die zuständigen Ortsgeistlichen zu veranlassen«. Sie fand unter anderem in Dachau, Hainewalde, Hammerstein, der Kemna, Kislau, Leschwitz, der Lichtenburg, Quednau, Sachsenburg und Sonnenburg statt. Das Regime rechnete dabei mit der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, wie Berichte der Zeitungen »Der Jungdeutsche« vom 28. Mai über Dachau, »Der Führer« vom 23. Juli über Kislau oder des »Zeitungsdienstes« vom 19. September über Sonnenburg bewiesen. In Hainewalde, Leschwitz, der Lichtenburg, in Sachsenburg und Sonnenburg mußten alle Häftlinge die Gottesdienste besuchen, die oft Nazi-Sympathisanten abhielten.⁸⁴ So übergab Pastor Friedrich Kiock in Leschwitz den Gefangenen unter anderem Hitlers »Mein Kampf«. In der Kemna predigte Pfarrer Altenpahl, der der pronazistischen Organisation »Deutsche Christen« angehörte. Aus der Lichtenburg, wo Pfarrer Wilhelmi bis August 1935 wirkte, teilte er mit:

Gottesdienste und Seelsorge fanden im Beisein des Kommandanten statt. »Im Ganzen habe ich allen Grund, für das Verständnis und das Entgegenkommen, das mir und meiner seelsorgerlichen Arbeit im Lager bewiesen wurde, dankbar zu sein, und habe das auch bei meinem Ausscheiden dem damaligen Herrn Kommandanten zum Ausdruck gebracht. Die eigentümliche und bis dahin unerprobte Aufgabe des Konzentrationslagers stelle an alle Glieder der Verwaltung und der Bewachungstruppe unerhörte und schwere Anforderungen; es erwachsen schon daraus Schwierigkeiten.« Dieses beiderseitige »Verständnis« basierte darauf, daß auch in der Lichtenburg Wilhelmi auf die Häftlinge einzuwirken suchte, ihr Schicksal mit Geduld zu tragen. Willy Elze erinnerte sich: Der Pfarrer »predigte uns, wir seien alle Verbrecher, sonst säßen wir nicht hier, wenn wir an unsere Familie gedacht hätten«. Und Walter Noack ergänzte: »Ich werde nie vergessen, als damals der Geistliche in seiner Predigt zu uns Häftlingen sagte: »Hättet ihr mehr an eure Frauen und Kinder gedacht, würdet ihr nicht hier sein.« Er hatte das von seiner Nazi-einstellung aus gesehen. Wir hatten ja gerade an unsere Frauen und Kinder gedacht, als wir für ein besseres Leben, gegen Hitler und Krieg und für den Frieden in der ganzen Welt kämpften.« Beide berichteten weiter, daß Gefangene, die nicht in die Kirche wollten, die Aborte säubern mußten oder andere Schikanen und Mißhandlungen erlitten. Willy Ohrem erlebte zudem, daß SS-Leute in die Kirche eindringen, auf die Häftlinge einschlugen und sie her-austrieben.⁸⁵

Die Wahl vom 12. November 1933 benutzten die Nazis in den Konzentrationslagern als weiteres Druckmittel. In Brandenburg und der Lichtenburg mußten die Insassen stundenlang aus den Lautsprechern Hitler-Tiraden und faschistische Lieder über sich ergehen lassen. In Ulm und Sachsenburg wurden Überläufer aufgeboten, um die Gefangenen zu beeinflussen.⁸⁶

In Dachau, so warnten frühzeitig Häftlinge aus der Tischlerei, waren die von ihnen angefertigten Wahlurnen so bemessen, daß die Stimm Scheine sich übereinanderlegen mußten. Tatsächlich wurden dann die Gefangenen kompanieweise zur Wahl geführt, ihre Wahlberechtigung reihenweise aufgeschichtet und die Urne nach Durchgang jeder Gruppe weggetragen. Dabei mahnte der Leiter der Politischen Abteilung, die Urne nicht zu kippen. So ließ sich im Vergleich zwischen Wahlberechtigung und Stimmzettel feststellen, wie jeder Häftling votiert hatte⁸⁷ — ein Trick, der schon lange vorher von Gutsherren und ihren Ergebenen praktiziert worden war.

83 Röder, S. 94f.; *Ursachen und Folgen*, S. 360ff., Dok. 2144; ZPA, I 2/3/45; Diels, S. 260.

84 Langhoff, S. 238; StA Dresden, AH Flöha, Nr. 2393, Bl. 13; Lange, Sonnenburg, S. 9; EZA in Berlin, EOK, Generalia, V 172,

Bd. 13, unfol. — In Sonnenburg fanden die Gottesdienste von September 1933 bis April 1934 statt (ZStA Potsdam, Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten, Nr. 22 297, Bl. 108).

85 EZA in Berlin, EOK, Generalia, V 172, Bd. 13, unfol.; Nitzsche, S. 15; Kleine, S. 204; Arch. Lichtenburg, Nr. 241 u. 261.

86 Roman Praschker, Brandenburg, in: *Konzentrationslager*,

S. 144; Ecker, S. 48; Kleine, S. 211; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 26 058, Bl. 285; *Das Lied...*, S. 19f.; Meinel, S. 162. 87 Arch. Dachau, Nr. 5669; Ecker, S. 48.

Dem Druck und der Verfälschung entsprachen zum Teil die Resultate, wie Goebbels' »Angriff« am 13. November mitteilte: In Brandenburg hätten 97 Prozent, in Oranienburg immerhin nur 79 Prozent zugunsten der NSDAP gestimmt. In der Lichtenburg gab es sogar über 99 Prozent Zustimmung. Nach einer internen Mitteilung betrug auf dem Heuberg dieser Anteil hingegen 68 Prozent.⁸⁸ Allerdings konnten in einigen Lagern trotz Pression und Manipulation die Häftlinge bei der Wahl nach innen und nach außen ein deutliches Zeichen setzen. In Sachsenburg beliefen sich die Stimmen für die Nazipartei auf lediglich 27 Prozent. Noch schlechter war mit 17 Ja-Stimmen das Ergebnis in Börgermoor, was die Presse in das Gegenteil verkehrte.⁸⁹

Im Moorlager drohte der Lagerkommandant den Häftlingen zwar mit Repressalien. Doch folgten – offenbar mit dem Wechsel in der Bewachung zusammenhängend – keine. In Sachsenburg schlossen sich dagegen Mißhandlungen, Kostverschlechterung, Besuchssperre und weitere Verbote an. Das sächsische Innenministerium billigte am 11. Dezember die verschärfte Behandlung, wandte sich allerdings gegen die Besuchs- und Entlassungssperre.⁹⁰

Arbeit

Mehr als solche Schikanen prägten den KZ-Alltag die ebenso entwürdigenden wie kräftezehrenden Arbeiten, zu denen die Häftlinge gezwungen wurden, um dadurch ihre Moral zu brechen. Oft sollten bekannte Gefangene »fertig« gemacht werden, in Sonnenburg beispielsweise Erich Mühsam. Er mußte Schubkarren beladen und sie, zum Teil durch tiefen Sand, 150 bis 200 Meter weit schieben, wobei Polizisten mit Gummiknüppel und Karabinern von hinten auf ihn einschlugen. In Oranienburg war solche »Beschäftigung« anfänglich »so ziemlich das Sinnloseste, was sich denken läßt«, stellte ein zeitgenössischer Bericht fest. Lagerinsassen »kriechen in völlig zerlumpter Kleidung herum, rufen zwischen den Steinen die spießenden Frühlingshalmchen, buddeln die Würzelchen aus, reinigen den Sand von Rückständen und drücken ihn fein säuberlich wieder in die Ritzen der Pflasterung. Handwerkszeug gibt es nicht. Auch würde das Gras, wüchse es ruhig weiter, niemanden stören. Hinter dem Fabrikgebäude wird eine Menge Wasser verspritzt. Einige Dutzend Menschen sind damit beschäftigt, den alten Kasten sauber zu machen. Es wird ihnen als persönliche Verworfenheit angerechnet, daß er nicht wie ein Marmorpalast glänzt. Jedes Holzsplitterchen, jedes Sandkörnchen muß weg ... Viel schlimmer wird es dort, wo der benachbarte Wald gerodet wird. Die Bäume sind schon weg. Die Belegschaft des Lagers,

vielfach bewacht, rückt an, um mit bloßen Fingern die riesigen Wurzelblöcke auszugraben. SA-Männer treiben Arbeiter an, die ihre Großväter sein könnten: »Alte Sau«, »rotes Schwein«, »Eierschleifen« – die Ausdrücke sind dem Wortschatz der kaiserlichen Armee entnommen. Nur sind sie noch häufiger und gemeiner. Der Sand der Mark ist dünnflüssig. Er rutscht nach. Er läuft den Männern durch die kaputten Finger. Die Krankenziffern steigen. Die Antreiberei bleibt.«⁹¹

Zu Innenarbeiten wurden beispielsweise in der Lichtenburg eingeteilt: 30 Gefangene zum Neupflastern des Hofes, 40 Mann zum Reinigen der Wachstuben, der Diensträume und der Unterkünfte der Wachen sowie 200 Häftlinge zur Gartenarbeit. »Alles, was an Stöcken ging, also Schwerkriegs- und Unfallbeschädigte, ... wurde zur Arbeit in die Küche kommandiert.«⁹² Von den weiblichen Schutzhäftlingen in Hohnstein hieß es: »Ich wurde in die Waschküche geschickt, wo zehn Frauen Tag für Tag die ganze Wäsche für die 1000 Menschen des Lagers waschen mußten. Mit den Worten: »Die muß waschen, bis sie auf der Schnauze liegt!« wurde ich dem Leiter der Waschküche übergeben. So stand ich, während die anderen Frauen manchmal stopfen oder flicken durften, mit von Seife und Chlor zerfressenen Händen am Waschtrog oder mußte auf dem Boden oder im Hof bei bitterster Kälte Wäsche aufhängen. Mehr als einmal bin ich zusammengebrochen, aber immer wieder wurde ich zur Weiterarbeit gezwungen.« Die Berichtsteratterin fügte hinzu, daß sie und ihre Leidensgefährtinnen die Räume »von den Blutspritzern und Fleisch- und Hautfetzen, die am Fußboden und an den Wänden hingen, reinigen« mußten.⁹³

Noch schlimmer ging es beim Ausbau der Lager zu, vor allem in Dachau. »Unzählige Gefangene haben in Dachau das Erdreich der Kiesgrube mit ihrem Blut, Schweiß und Tränen genetzt. Wer besonders »aufs Korn« genommen wird, kommt in diese »Kiesgrube«. Hatte der Scharführer Frank das Kommando über die Arbeitsstelle, so mußte regelmäßig mindestens ein Gefangener bewußtlos vom Platze getragen werden ... Während der grimmigen Kälte im Dezember 1933 und Januar 1934 mußten die Gefangenen in der dem Wind besonders zugänglichen Arbeitsstelle mit nacktem Oberkörper arbeiten. Wer auch nur einen Augenblick die Schaufel ruhen ließ, um auszuschlafen, hatte Prügel zu erwarten. Völlig durchnäßt, frostbebed, mußten sie weiterarbeiten. Wer nicht mit Schaufel und Pickel umzugehen verstand oder schwere körperliche Arbeit schon lange nicht mehr verrichtet hatte, war bald völlig ermattet, und die Haut hing in Fetzen von den blutenden Händen.

88 Kleine, S. 211; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 26 058, Bl. 286.

89 Meinel, S. 162; Langhoff, S. 213.

90 Ebenda, StA Leipzig, AH Leipzig, Nr. 1753/1, Bl. 15.

91 Sägebrect, S. 215; Der Gegen-Angriff v. 15. 5. 1933. – Auf dem Hof des Columbia-Hauses mußten gleichfalls Wurzelstubben mit den bloßen Händen und unzureichendem Gerät ausgebuddelt werden (Die neue

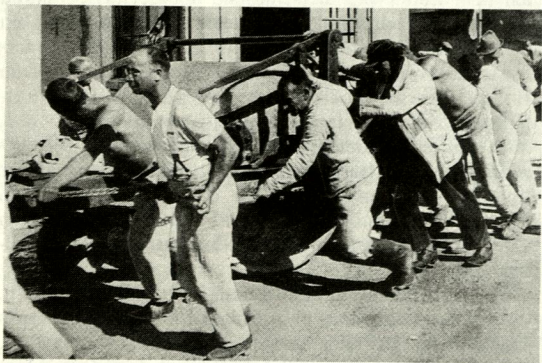
Weltbühne v. 14. 1. 1935), ebenso in Kislau (Marum, S. 82).

92 Kleine, S. 190.

93 Deutsche Frauenschicksale, Stimmen und Dokumente, hg. von der Union für Recht und Freiheit, London 1937, S. 47.

Jeder Spatenstich verursachte Schmerzen, und dazu trieben die SS-Posten ständig mit Schimpfen und Schlägen zu noch größerer Eile an. Der gewonnene Kies wird auf Feldbahngleisen zu den Baustellen gefahren. Die Gefangenen müssen mit den schwer beladenen Rollwagen ständig im Galopp rennen. Keuchend, fast zusammenbrechend, nur durch die Angst vor Schlägen oder noch Schlimmerem aufrecht gehalten, stürmen die bedauernswerten Opfer nationalsozialistischer Barbarei die Geleise entlang, ab und zu getroffen von einem heimtückischen Hieb des nebenher laufenden und schreienden Wachtpostens.⁹⁴

Gleichermaßen Symbol für die Menschenschinderei und -erniedrigung wie die von Häftlingen gezogenen Loren war in Dachau die mit Wasser gefüllte, 75 Zentner schwere Straßenwalze, die etwa 50 Gefangene der Kompanie – bestehend aus Arbeiterfunktionären und Juden – zerren mußten. Eine ähnliche Walze gab es im sächsischen KZ Hainewalde, oder in Sachsenburg Wagen, vor die sich Häftlinge spannen mußten.⁹⁵



Häftlinge des KZ Dachau
bei der Arbeit mit einer Straßenwalze

Neben derartigen Transport- und Bauarbeiten waren KZ-Häftlinge innerhalb des Lagers Heuberg zur Planierung eines Exerzierplatzes eingesetzt.⁹⁶

Außerhalb der Lagergrenzen mußten sie beispielsweise verrichten:

Abrißarbeiten auf dem Heuberg und in Oranienburg
(hier in dem Außenlager Elisenau)⁹⁷,

Reinigungsarbeiten in Oranienburg und Osthofen
(hier in Naziprügelstätten in Worms)⁹⁸,

Wasserregulierungsarbeiten in Ahrensböck, Breitenau, Breslau, Dachau, Eutin, Hohnstein, Kislau, Oranienburg, Pappenheim, Sachsenburg, Sonnenburg und Zschorlau⁹⁹,

landwirtschaftliche Arbeiten in Alt-Daber, Ankenbuck, Breitenau, Hainewalde, Plaue und Sonnenburg¹⁰⁰,

Forstarbeiten in Alt-Daber, Börnicke, Breitenau, Eutin und Oranienburg (zum Teil wiederum in Elisenau) und Pappenheim¹⁰¹,

Moorkultivierung und Torfstich in Dachau, den Emslandlagern und in Wittmoor.¹⁰²

Im Emsland mußte das Moor mit dem Spaten etwa einen Meter tief ungebrochen und zugleich die fast steinharte, eisenhaltige, wasserundurchlässige Steinschicht durchstoßen werden. Das Moor kam so nach unten, der Sand nach oben. Geforderte Leistung pro Mann und Tag waren zehn Quadratmeter ohne maschinelle Unterstützung.¹⁰³ Diese unmenschliche Arbeitsnorm verschlimmerten noch unsäglich Schikanen. Beispielsweise berichtete ein Häftling aus Börgermoor: »Wir sollten Land umgraben. Sprechen war verboten, sich einmal ausputten desgleichen. Zuwiderhandlungen wurden mit dem Gummiknüppel gerügt. Wer die Schaufel dem Geschmack der SS-Aufseher nach nicht voll genug machte, kriegte auch wieder die Latte zu spüren. Wir waren ausgehungert, die Sonne brannte. Zu trinken bekamen wir nichts. Abends konnte man uns die verbrannte Haut vom Leibe ziehen ... Wir dachten, um halb vier einen Augenblick Ruhe zu bekommen, aber nein, keine Spur. Wir bekamen weder zu essen noch zu trinken. Aber eine Pause bekamen wir doch: Zum Singen ... Um sechs Uhr war Arbeitsschluß. Zehn Genossen waren in der Zwischenzeit ausgefallen. Sie hatten es nicht ausgehalten. Man ließ sie einfach in der glühenden Sonne liegen.«¹⁰⁴

Ein Gefangener aus Esterwegen hielt fest: »Nun wurden die Moorkolonnen aufgestellt, und mit Gesang mußten wir jeden Morgen um 6 Uhr ins Moor ziehen, oft 5–6 km weit. Jeden Tag waren wir neuen Schikanen ausgesetzt. So mußten wir mit schweren Arbeitsgeräten ein Dutzendmal robben, 20, 50, ja 100 m weiter. Dabei mußten wir singen ›Lieb Vaterland magst ruhig sein‹ oder ›Wann wir schreiten Seit an Seit‹, so kamen wir

94 Ecker, S. 33f.

95 Ebenda; Arch. Dachau,

Nr. 253/176 u. 554/84; *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* v.

20. 7. 1933; Nitzsche, S. 9; ZPA, EA 10.

96 *Hamburger Fremdenblatt* v. 10. 4. 1933.

97 *NS-Korrespondenz* v.

15. 4. 1933; Seger, S. 23.

98 Seger, S. 43f.; *Grünewald*, S. 44.

99 *Märkisches Tageblatt* v.

7. 5. 1933; *Deutsche Freiheit* v.

23. 8. 1933; Ecker, S. 34; Stokes,

Eutin, S. 584; ders. Kleinstadt,

S. 525ff. u. 531, Dok. IV/5A–B

u. 7 B; Urban, S. 219; *Der Führer*

v. 23. 7. 1933; Seger, S. 23;

Heinz, StA Dresden, AH Flöha,

Nr. 2402, Bl. 6; Harder, S. 127;

83 Tage ... S. 20.

100 *Märkisches Tageblatt* v.

7. 5. 1933; *Der Strafvollzug* ...

S. 34; Grehl, S. 39; Nitzsche,

S. 9; *Das Lied* ... S. 31; Hilde

Benjamin, Georg Benjamin. Eine

Biographie, Leipzig 1977, S. 219.

101 StA Potsdam, Rep. 2 A, Re-

gierung Potsdam, I Pol, Nr. 1183,

Bl. 33 u. 28; Stokes, Eutin, S. 585;

Seger, S. 23; ZPA, EA 670;

Heinz.

102 Ecker, S. 34; Langhoff,

S. 112 u. 166f.; Perk, S. 33f;

Hamburger Fremdenblatt v.

8. 6. 1933; Klawe u. a., S. 26f.

u. 46.

103 ZPA, St 3/226; *DJ* v.

8. 6. 1933, S. 734.

104 *Als sozialdemokratischer Arbeiter* ... S. 17f.

dann eine Stunde verspätet am Arbeitsplatz mit zerschundenen Händen und Knien an.«¹⁰⁵

Nicht anders war es in Neusustrum: »Wir arbeiteten im Moor. Die Tagesleistung bestand darin, 25 cbm Erde zu bewegen. Im Sommer, wenn die Sonne heiß brannte, fielen Gefangene vor Schwäche um. Andere konnten sich vor Durst nicht mehr halten und tranken Moorbwasser. Die Folge war das sogenannte Moorfieber. Auch Bluthunde machten uns das Leben schwer. Wenn einer vor Schwäche taumelte oder beim Rückmarsch auch nur einem Schritt aus dem Glied trat, sofort fielen die Hunde einen an. Oft mußten wir in den Moorstiefeln (Holzschuhe mit Gummischäften) auf den Sportplatz. Man trieb uns so lange, bis die Füße durchgeschuert waren und viele infolge Erschöpfung umfielen.«¹⁰⁶

Ähnlich schwer und schikanös war die Arbeit in den Kiesgruben durch Häftlinge der KZ Erfurt und Lichtenburg¹⁰⁷,

in den Steinbrüchen bei Ankenbuck, Bad Sulza, hier im strengen Winter mit bloßen Händen, bei der Kemna, Moringen und Pappenheim¹⁰⁸,

beim Straßenbau bei Ahrensböck, Bad Sulza, Börnicke, Breitenau, Colditz, im Emslandmoor, bei Eutin, Havelberg, auf dem Heuberg, bei Hohnstein, Holstendorf, auf dem Kuhberg, der Lichtenburg, Moringen, in Neukirchen, Nüchel, Oranienburg und Sachsenburg¹⁰⁹, beim Schießplatzbau auf Sportplätzen in Leipzig und Sachsenburg¹¹⁰,

beim Flugplatzbau in Neustadt an der Haardt¹¹¹, beim Wohnungsbau in Sachsenburg¹¹² und in der Saline in Bad Sulza.¹¹³

Überwiegend mußten die Häftlinge sogenannte öffentliche Arbeiten, das hieß für den Staat und die Gemeinden, leisten. Ihre Natur umschrieb die Weisung des Reichsinnenministeriums vom 8. August 1933, wonach »die politischen Gefangenen in Konzentrationslagern ... mit solchen Arbeiten beschäftigt werden, die dem Wesen ihrer Gefangenschaft entsprechen – Arbeiten in Steinbrüchen usw.«.¹¹⁴ In einigen Fällen wurden sie auch an Privatunternehmer verdingt, so in Colditz an die Colditzer Steingut AG oder in Hainewalde an ein Rittergut.¹¹⁵

Neben der Zwangsarbeit außerhalb der Lager ent-

standen im Inneren nach einiger Zeit Werkstätten, in denen man Facharbeiter einsetzte. In Hainewalde gab es eine Schlosserei, Schusterei und Tischlerei, in Dachau eine Bäckerei, eine Schlosserei, eine Schneiderei, eine Schuhmacherei und eine Tischlerei, in denen sich fast 500 Gefangene befanden. Ihre Arbeitszeit lag zwischen 10 bis 13 Stunden. Sie produzierten nicht nur für den Lagerbedarf, sondern erledigten auch Aufträge von außerhalb, die Schneiderei Uniformen und Zivilanzüge sowie Kinderkleidung, die Tischlerei Militärmöbel, Büroeinrichtungen und Wohnmöbel, sogar Hochzeitsausstattungen.¹¹⁶ Ähnlich bestanden in der Lichtenburg neben einer Wirtschaftsabteilung, in der Baugewerbe zusammengefaßt waren, eine Holzpantoffelfertigung, eine Korbflechterei, eine Schneiderei, eine Schusterei, eine Tischlerei und Zimmerei mit zusammen ungefähr 250 Gefangenen.¹¹⁷ Analoge Einrichtungen existierten in anderen Lagern, z. B. in Kislau eine Korbflechterei, in Moringen eine Weberei, oder es wurden auf Anordnung des preußischen Innenministeriums vom 2. September 1933 der Lichtenburg 38, Brandenburg 29, Sonnenburg 50 und den Moorlagern 100 bei der Arbeiterwohlfahrt beschlagnahmte Nähmaschinen zugewiesen.¹¹⁸

Ebenso wie das Eigentum von Arbeiterorganisationen nutzte das Regime skrupellos die Arbeitskraft der Häftlinge aus. Für die ihnen abgezwungene Schusterei erhielten sie nichts. Zwar hatte der Kommandant von Sachsenburg den Gefangenen für jeden Arbeitstag in einem Außenarbeitskommando zehn Pfennige zugesagt. Doch als ein Häftling nach seinem »Verdienst« fragte, hieß es ablehnend: »Der Betrag wird nicht ausgezahlt, er wird verrechnet.«¹¹⁹ Deshalb war es nicht von ungefähr, wenn die in Prag erscheinende antifaschistische Pressekorrespondenz »Der Gegenstoß« am 21. Juni 1933 schrieb: »Die herrschenden Faschisten betrachten ihre gefangenen politischen Gegner als Sklaven, die sie wie in früheren Zeiten zu unbezahlten militärischen Aufrüstungszwecken verwenden wollen.« Die Zuspitzung traf genau die Arbeitsverhältnisse in den Lagern. Und die Prognose über die Absicht, die bei der Zwangsarbeit der frühen KZ-Insassen erst im Ansatz erkennbar war, sollte sich bald bestätigen.

Die Umstände, unter denen die Häftlinge arbeiten und existieren mußten, widerspiegelten sich in den Worten des Leiters der Oranienburger Vernehmungsabteilung gegenüber Neueingelieferten: Sie unterstanden weder der Polizei noch befänden sie sich in einem Gefängnis, sondern in einem Konzentrationslager. Das werde ihnen gleich aufgehen. Der SS-Kommandant der Lichtenburg faßte die Drohung knapper: Es handele sich nicht um ein Mädchenpensionat, sondern um ein Konzentrationslager.¹²⁰

116 Nitzsche, S. 9; Ecker, S. 35.

117 Kleine, S. 207.

118 Marum, S. 86; KZ Moringen, S. 12; ZPA, St 3/963.

119 Meinel, S. 158.

120 Seger, S. 17; Langhoff, S. 234.

105 Sieling/Suhr, T. II, S. 81.

106 Perk, S. 37f.

107 ZPA, V 241/49; Arch. Lichtenburg, Nr. 254; Kleine, S. 190.

108 ZPA, I 2/3/45; Der Straf-

vollzug ..., S. 34; ZPA, EA

1286; Werner, S. 268; Schreiben

Stephan; KZ Moringen, S. 215;

Kampferlebnisse, S. 28; Heinz.

109 Stokes, Eutin, S. 587; ders.,

Kleinstadt, S. 557ff., Dok.

IV/19A – C; Arch. Buchenwald,

Nr. 3/373; Werner, S. 268; StA

Potsdam, Rep. 2 A, Regierung

Potsdam, I Pol, Nr. 1183, Bl. 28;

Aktenauskunft des IfZ, Mün-

chen, v. 4. 12. 1981; Perk, S. 33;

Märkisches Tageblatt v.

16. 5. 1933; Der Gegen-Angriff v.

1. 8. 1933; Urban, S. 217; ZPA,

EA 999; Arch. Lichtenburg,

Nr. 288; KZ Moringen, S. 12;

Stokes, Eutin, S. 585; Seger,

S. 23; ZPA, EA 10.

110 Georg Sengkuhl, S. 26.

111 Braunbuch ..., S. 293.

112 StA Dresden, AH Flöha,

Nr. 2402, Bl. 6; ZPA, EA 10.

113 Werner, S. 268.

114 Dokumente zur Gleichschal-

tung ..., S. 230.

115 Aktenuauskunft des IfZ,

München, v. 4. 12. 1981; Grehl,

S. 39ff.

Der Kasernenhofjargon und -ton stimmte mit der militaristischen Art der meisten Unterkünfte, dem Exerzieren und den Straßübungen, den Appellen, der dauernden, oft sinnlosen Beschäftigung, dem Stören der Nachtruhe und anderen Schikanen überein. Er entsprach zutiefst jenen in den Konzentrationslagern begangenen Untaten und Verbrechen.

Torturen, Mißhandlungen, Strafen

Zu den allgemeinen Quälereien gehörte in vielen Konzentrationslagern das Herrichten der Schlafstätten. In Börgermoor hieß es beispielsweise: »Einen tadellosen Bettenbau bitte ich mir aus! Wenn ich hier durchkomme und Betten sehe, die nicht vorschriftsmäßig gebaut sind, fliegt die ganze Baracke in den Bunker! Mit Schnur und Wasserwaage müssen die Betten ausgerichtet sein! Wollen doch 'mal sehen, ob wir aus euch internationalem Verbrecherpack nicht anständige deutsche Männer machen können!«¹²¹ Die ungefügen Strohsäcke konnten noch so faltenfrei, schnurgerade und viereckig sein, oft rissen die Aufseher sie wieder ein, warfen alles durcheinander, schütteten Wasser in die Unterkünfte oder veranstalteten »Saalsport«, wobei die Häftlinge unter und über die Pritschen kriechen, auf Tische klettern und auf dem Boden rutschen mußten. Auch nachts gab es solche Szenen, nach denen die SS verlangte, die durcheinandergeworfenen Kleidungsstücke, Nahrungsmittel und andere Habseligkeiten sowie das ausgeschüttete Stroh in wenigen Minuten wieder an die Plätze und den Raum in Ordnung zu bringen. Gleicher Art waren Reinigungs-, Putz- und Flickstunden sowie Kleiderappelle, z. B. im Fort Kuhberg.¹²²

Mit Verhöhnungen und Mißhandlungen verband sich gleichfalls das Kopfscheren in manchen Lagern, so auf dem Kuhberg. In Dachau und Hohnstein wurden den Neueingelieferten die Haare abgeschnitten und alle Häftlinge von Zeit zu Zeit neugeschoren. In Breslau und der Kemna nahm man namhaften Gefangenen Bart- und Kopfhaar ganz oder in Streifen ab. In Brandenburg und Oranienburg wurden jüdischen Häftlingen ganz oder zur Hälfte die Köpfe geschoren.¹²³

Weitere Torturen gab es beispielsweise in der Kemna: das Holen von 150 Eimern Wasser barfuß über Schotter, das Hineinpressen von Häftlingen in kleine eiserne Spinde, zynisch Puppenstuben genannt, in die Zigarettenrauch geblasen oder vor die Wasser gestellt wurde,

nachdem man die Eingesperreten genötigt hatte, Salzheringe zu verschlingen, oder das Hineinjagen von Gefangenen in die Wupper, wobei man sie durch Schüsse zum Tauchen zwang.¹²⁴



»Lagersport« im KZ Oranienburg

Das Exerzieren war gleichfalls oft mit vielen Schikanen und Brutalitäten verbunden, so mußte Hans Litten in Brandenburg über blanken Bajonetten und Urinpfüten Liegestütze machen. Die Schergen zwangen Häftlinge in Hohnstein, sich in Eis und Schnee zu werfen. Auf dem Kuhberg hatten sie durch Abwasserrinnen zu kriechen, in Osthofen mußten jüdische Opfer auf einem mit Stacheldraht umzäunten Platz tagelang im Kreis laufen.¹²⁵

Andere Juden mußten dort mit Konservenbüchsen die Jauche ausschöpfen und den Doseninhalt auf dem Misthaufen entleeren, von dem er wieder zurückfloß, in Oranienburg ließ man sie die Latrinen säubern und leeren, zum Teil mit bloßen Händen, ebenso in Hainewalde, der Lichtenburg und Brandenburg. »Es hagelte dabei Ohrfeigen, Fußtritte und Faustschläge«, ergänzte ein Opfer. »Als schweres Vergehen galt, wenn beim Scheuern der Treppen ein Tropfen Wasser eine Treppe tiefer fiel. Manchmal — je nach Laune der wachhabenden SS-Leute — mußten wir diese Arbeit mit der Zahnbürste verrichten. Dann folgte das Exerzieren: Da mußten wir »Froschhüpfen«, in Kniebeuge-Stellung stundenlang herumhüpfen ohne auszuruhen, bis wir am Zusammenbrechen waren!«¹²⁶

121 Langhoff, S. 116; Schätzle, Stationen ..., S. 31; Harder, S. 121.

122 Die neue Weltbühne v. 23. 11. 1933; Der Gegen-Angriff v. 1. 8. 1933; Harder, S. 121; Langhoff, S. 242; Weidlin, S. 30f.

123 Weidlin, S. 31; Konzentrationslager Dachau 1933–1945, hg. vom Comité International de Dachau, Brüssel o. J., S. 45, 60 u. 72; Braunbuch ..., S. 290; Urban, S. 224; Deutsche Freiheit v. 23. 8. 1933; Ibach, S. 37; Prashker, S. 137; Abraham, S. 12.

124 ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, ZFg 10, Nr. 1178/34, unfol.; Ibach, S. 40, 51, 53, 33, 43 u. 36, 125 Litten, S. 99; Urban, S. 218; Schätzle, Stationen ..., S. 31; Braunbuch ..., S. 295; Grünewald, S. 50.

126 Grünewald, S. 50; Abraham, S. 14f.; Mühsam, S. 25; Eggebrecht, S. 277; Nitzsche, S. 10; Arch. Lichtenburg, Nr. 252, 261, 270 u. 288; Die neue Weltbühne v. 16. 11. 1933; Prashker, S. 137.

Besonders schunden die Schergen Arbeiterfunktionäre, so in Ankenbuck Georg Lechleiter, in Bad Sulza Richard Eyermann, in Brandenburg Theodor Neubauer, Hans Litten, usw.¹²⁷

Im Berliner Columbia-Haus wurde ein Häftling gezwungen, sich bei jedem Eintritt eines Nazis in seine Zelle als Mörder zu bezichtigen. In Brandenburg mußten die jüdischen Gefangenen sich selbst in antisemitischen Liedern beschimpfen, im Emslandmoor sich die SPD-Funktionäre Friedrich Ebert und Ernst Heilmann anderen Häftlingen als Sohn des Landesverrätters und Volksverführers bzw. als Obergauener, der Arbeitergroßen verpaßt hätte, vorstellen. Sie wurden wie der ehemalige preußische Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtsefer mehrfach mißhandelt, vor allem durch den SS-Mann Johann Peter Kern. Wenig später wurde Heilmann aus einer Schubkarre in die Abfallgrube gekippt. Durch Mißhandlungen und Erniedrigungen bald völlig physisch und psychisch gebrochen, hatte er noch schlimmere Bestialitäten in Börgermoor zu erdulden. »Man stellte eine Hundehütte auf«, hieß es von Anfang 1934 in einem zeitgenössischen Bericht, »holte Heilmann, der einen sehr zerrütteten Eindruck machte, aus der Baracke 1, die als Lazarett diente, und jagte ihn wie einen Hund zur Hundehütte. Dort wurde er an die Kette gelegt. Ein SA-Mann stellte sich mit schußbereitem Gewehr vor ihm auf und fragte höhnisch: »Heilmann, wie macht die II. Internationale?« Heilmann bellte wie ein Hund. Der SA-Mann, der mit seiner schußfertigen Knarre noch immer vor dem Gefangenen an der Kette stand, sagte triumphierend: »Seht, was für eine feige Kreatur.« Heilmann wurde dann von der SA an der Kette wie ein Hund über den ganzen Platz geführt und kam dann wieder ins Lazarett.« In Brandenburg nötigte man jüdische Häftlinge, sich gegenseitig zu schlagen oder sich mit Ruß einzureiben, mit bunten Mützen auf dem Kopf nackt herumzuspringen und einem anderen Gefangenen den bloßen Hintern zu küssen, Speichel aufzulecken und was dergleichen Unbeschreibliches mehr perversen Schindern einfiel.¹²⁸

In Sonnenburg wurde der Vorsitzende der KPD-Fraktion im preußischen Landtag, Wilhelm Kasper, veranlaßt, zum 1. Mai 1933 eine Ansprache zu halten. Obwohl er eine Lobpreisung der Nazis vermied, bot er den die Häftlinge umringenden Schergen keine Handhabe, loszuschlagen. Dafür zwang man sie später, die »Internationale« zu singen, um einen Vorwand für Drangsalierungen zu haben. Am 13. Juli befand sich an einer Tür die Aufschrift »Rot Front«, wie sich später herausstellte, von einem SA-Mann angebracht. Nach einer unvergleichbaren Schinderei mußten 23 Gefangene ins Lazarett gebracht werden. Auf ein in einem Abort entdeckten handgeschriebenen Flugblatt, das SA-Wachen ausgeheckt hatten, folgten erneute Mißhandlungen,



Ernst Heilmann

gen, Stubenarrest, Sprech- und Rauchverbot. Im August gaben fünf SS-Leute vor, ihnen wären die Pistolen gestohlen worden. Nach wüsten Durchsuchungen verhängte der Kommandant über die Gefangenen unter anderem Post- und Paketsperren, wobei die ankommenden Pakete eingezogen wurden. Im September hieß es, die Gefangenen hätten politische Gespräche geführt, was ein mörderisches Strafexerzieren auslöste.¹²⁹ Ähnlich wurde in Dachau am 19. Juni 1933 ein Sowjetstern durch einen SS-Mann an der SS-Kantine angebracht. Obwohl ein Kommunist sich meldete, um die angedrohte Massenstrafe abzuwenden, mußten die Arbeitskommandos Kiesgrube und Straßenwalze unter Mißhandlungen abends bis gegen 22 Uhr mehrere Stunden Strafarbeit durchstehen.¹³⁰

Auf dem Heuberg drohte eines Abends ein SA-Mann mit gezogener Pistole, die Insassen einer ganzen Strafunterkunft zu erschießen, weil jemand von ihnen aus dem Fenster gesehen habe. Seine Begleiter standen mit entschärften Karabinern daneben. In der Lichtenburg wurden am 10. August nachts alle Gefangenen unter Prügeln auf den Hof getrieben und mißhandelt, weil ein Posten angeblich an der Mauer eine Gestalt gesehen haben wollte. Schußbereite Maschinengewehre und bewaffnete SS-Leute ließen keine Zweifel an der Drohung,

127 ZPA, I 2/3/45; Arch. Buchenwald, 31/382-3.

128 Hirsch, S. 45 u. 47; Der

Gegen-Angriff v. 9. 6. 1934; Kosthorst/Walter S. 47f. u. 68ff., Dok. 7; Prashker, S. 137.

129 Billstein, S. 45 u. 47; Die Hölle . . . , S. 24ff.; Harder, S. 123f.

130 Ecker, S. 63; Nazi-Bastille . . . , S. 62; Aus Hitlers Konzentrationslagern, S. 87.

daß beim geringsten Aufbegehren ein Blutbad angerichtet würde. In Sonnenburg erklärte der Polizeikommandant wörtlich: »Ich schrecke nicht davor zurück, die Mauer mit eurem Blut rot färben zu lassen, wenn ihr versuchen solltet zu meutern.« Und der ihm nachfolgende SS-Kommandant drohte, daß »bei geringster Disziplinlosigkeit die im Auslande kursierenden Greuelmeldungen buchstäblich, Wort für Wort, wahr gemacht« werden würden.¹³¹

Unter solchen Drohungen mußten im April 1933 Wilhelm Kasper, Hans Litten, Erich Mühsam und Ernst Schneller an der Sonnenburger Umfassungsmauer ihr eigenes Grab schaufeln. Ein Gefangener trieb man zusammen, um zuzusehen, wie die Vier an die Wand gestellt wurden. Ein Peloton zog auf und legte die Gewehre an, bis diese Marter als »Spaß« bezeichnet wurde. Im Sommer verkündete man dort Arrestierten das Todesurteil, ließ sie Testamente und Abschiedsbriefe schreiben, verband ihnen die Augen, befahl ihnen, niederzuknien, lud die Waffe durch und schlug die eiserne Zellentür mit Krach zu. Meist brachen die Opfer darauf ohnmächtig zusammen. Auch in Pappenheim gab es solche Erschießungsankündigungen, nachdem zuvor Gräber angelegt worden waren. In Esterwegen sagte der KPD-Funktionär Theodor Neubauer gegenüber einem Staatsanwalt aus, daß – etwa Anfang 1934 – drei Häftlinge ebenfalls ein Grab auswerfen und sich zum Erschießen hineinlegen mußten. Ein Korrespondent einer Prager Zeitung klagte im März 1934 SS-Leute des Columbia-Hauses an, daß sie ihn gefragt hätten, ob er lieber erschossen oder erhängt werden wolle. Kurz danach zwang man in Hohnstein einen kommunistischen Redakteur, sein Grab auszuheben, warf ihn hinein und schaufelte ihn bis zum Hals zu. Schier endlos schien ihm die Zeit, in der er sich in dieser Lage quälen mußte. Auch in Hainewalde und Zschorlau praktizierte man vorgetäuschte Erschießungen.¹³²

Bestialitäten gehörten zum KZ-Alltag und -System. Meist derart unbeschreiblich, können sie nur in Beispielen aus einigen Lagern erwähnt sein, obwohl sie nicht auf diese beschränkt blieben. Die Prügeleien begannen schon in den Polizei- und Justizgefängnissen. So berichtete Albert Mainz aus der Düsseldorfer »Ulmer Höh«, wie ihn SS-Leute nachts im Keller zusammenschlugen: Einer von ihnen, ter Heiden, »stieß mich mit dem Gummiknüppel gegen die Brust, so daß ich dem Wüsthoff hinter mir auf die Füße trat. Als Wüsthoff mich dann von sich stieß, war das Signal zum Draufschlagen gegeben. Ich weiß nur noch, daß ich die Hände schützend über meinen Kopf gehalten hatte. Ich habe die Schläge nicht gezählt und auch nicht die Zeit gemessen. Nachdem ich aus der Ohnmacht erwacht war,

versuchte ich zunächst zu rekapitulieren, was geschehen war. Mir war so, als wäre(n) mein Kopf ein Luftballon und meine Finger dick wie Blutwürste.« Am nächsten Morgen fragte ein Polizeibeamter Mainz dann zynisch: »Was hast du denn gemacht? Bist du gefallen?« Derart verbanden sich oft die Mißhandlungen mit Verhöhnungen der Opfer und dem Bestreben, Untaten zu vertuschen. So notierte der sozialdemokratische Redakteur Fritz Solmitz im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel nach fürchterlichem Auspeitschen durch neun SS-Leute in versteckten Aufzeichnungen: »Ein Heilgehilfe kam, mich zu verbinden. Ihm sagten meine Peiniger, die Fensterklappe sei mir auf den Kopf gefallen. »Der Jude hat so eine weiche Birne«. (Auch dem Arzt, der am nächsten Tage kam, mußte ich, von meinen Hauptschlägern bedroht, dasselbe vorlügen.)«¹³³ Um noch Schlimmeres zu vermeiden, mußten auch in anderen Lagern Naziopfer mit ähnlichen Unwahrheiten (von der Treppe gestürzt, aus dem Bett gefallen oder gegen die Wand gelaufen) auf entsprechende Fragen antworten, was ihre Schinder mit Heiterkeit aufnahmen.

»Spaßig« fanden sie es, wenn sie Hakenkreuze in das Haar von Häftlingen schnitten, so in Plauke mit einer Gartenschere oder in Hohnstein durch einen angeblichen Friseur, der dafür noch fünf Mark verlangte und seine Opfer zwang, die Haare zu 10, 15, 20 oder 50 Stück zu bündeln. Stimmte die Zahl nicht, schlug er die Gepeinigten.¹³⁴

Wie in Dachau wurden in Quednau Gefangene stundenlang an Bäumen aufgehängt. In Pappenheim geschah das an den Barackenbalken und an einem sogenannten Marterpfahl. In Fuhlsbüttel ließ der SS-Kommandant einen Häftling im März 1934 mehrere Tage lang gekreuzigt an ein Zallengitter anketten.¹³⁵

Unüberbietbares ereignete sich in den sogenannten Vernehmungsräumen, die es unter anderem in Bremen, im Columbia-Haus, in Fuhlsbüttel, in Hainewalde, in der Kemna, in Leschwitz, Oranienburg, Sachsenburg und Zwickau-Osterstein gab. Vielsagend erklärte dazu der Verantwortliche in Oranienburg schriftlich: »Da eine Vernehmungsabteilung kein Mädchenpensionat ist, herrscht auch manchmal ein rauher Ton.«¹³⁶ In solchen Räumen spielte sich Unvorstellbares ab. Hier wurden Häftlinge vorwiegend nachts auf Bänke, Tische oder einen speziellen Prügelbock geschnallt und von ausgesuchten Nazischlägern ausgepeitscht. Die Opfer mußten die dutzenden Hiebe meist laut zählen.¹³⁷ Aus Fuhlsbüttel berichtete ein Augenzeuge, wie Willi Bredel und ein anderer Gefangener im Beisein des Kommandanten Ellerhusen durch die Gebrüder Teutsch und andere mißhandelt wurden. Sie schlugen auf Bredel mit

131 Schätzle, Stationen ..., S. 19; Kleine, S. 197; Winkel, S. 9; Die Hölle ..., S. 5.
132 Die Hölle ..., S. 7 u. 23; Sägebrect, S. 215; Kampfere-

nisse, S. 27; ZStA Merseburg, 2.5.1., Nr. 14 169, Bl. 125; ZStA Potsdam, Film 10 456; Urban, S. 230; Nitzsche, S. 13; Heinz, 83 Tage ..., S. 24.

133 Mainz, S. 411f.; Timpke, S. 26.

134 Das Lied ..., S. 31; Möhler, S. 15f.

135 ZPA, EA 364; Kampfere-

nisse, S. 27; Timpke, S. 18.

136 Dok.-Zentrum, KZ und

Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 8, Bl. 215.

137 Timpke, S. 16; ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, ZFg 10, Nr. 1178/34, unfol.; Seger, S. 17f.; Meinel, S. 160; Thies, S. 4f. u. 7ff.

Kabelenden, Ochsenziemern und Peitschen derart ein, daß er von Kameraden in seine Zelle zurückgeschleppt werden mußte.¹³⁸ Aus Leschwitz beschrieben Opfer, wie ihnen ein »Geständnis« abgepreßt werden sollte: Den »Vernehmungsräum beleuchteten auf Flaschen gesteckte Kerzen. Auf einem Podest stand ein Gestell, der Prügelbock, von den Schindern zynisch »Beichtstuhl« genannt. Daneben war ein Galgen aufgebaut. An der Wand befanden sich Einschußlöcher. An einem Tisch saß das angebliche Lagergericht unter dem »Vorsitz« des Görlitzer Staatsanwaltes Hans-Joachim Breisig der Lagerkommandant Ernst Krüger mit mehreren seiner Spießgesellen. »Sie drohten mir, mich aufzuhängen, Hackepeter aus mir zu machen ... Alle stießen und schlugen mich von allen Seiten — ich war in eine Mühle geraten ... Auf ein Zeichen von Krüger warf man mir von hinten eine Decke über den Kopf und schleifte mich nach dem Prügelbock. Hier zogen mich die Bestien über den Querbalken, hielten mich an Händen und Beinen fest, und ich bekam zehn Schläge auf das Gesäß gebrannt ... Nach dieser Prozedur versicherte man mir, daß sie noch andere Mittel haben, mich zum Sprechen und Auspacken zu bringen ... Es gab Vernehmungen, wo Genossen sogar zwei- bis dreimal in einer Nacht geholt worden sind und jedesmal dabei über den Prügelbock gingen. Unseren Genossen Alex Horstmann hatten die SA-Banditen in mehreren Nächten hintereinander so zerschlagen, daß er nur noch ein loses Nervenbündel war und an allen Gliedern zitterte. Er war über Nacht grau geworden, und seine Sprache war nur noch ein Stammeln und Lallen.« In Porz stand an der Tür zum Keller des Kesselhauses, wo die »Vernehmungen« stattfanden, bezeichnenderweise FK: Folterkammer.¹³⁹

Im Columbia-Haus bezeichnete man die Zahl der Schläge mit »Windstärke 1 bis 5«, in der Vulkan-Werft Stettin ebenfalls. Neben Folterungen, bei denen man den Keller so weit unter Wasser setzte, daß es den Gefangenen bis zum Hals stand, oder ihren Kopf in Toilettenbecken preßte, um sie dann zu schlagen, bedeuteten hier Windstärke I 25 und Windstärke II 50 Doppelschläge. In der Vulkan-Werft bekam auch eine Frau binnen 24 Stunden dreimal ungezählte Schläge. »Dann schlugen«, hieß es selbst im Urteil eines Nazigerichts über einen Teil der fürchterlichen Marter, »Fink und Herrmann, obwohl die Rademacher schon erheblich blutete, mit den Lederstöcken erneut unbarmherzig auf sie ein, während sie von Pleines und Porath wie vorher festgehalten wurde. Auch als sie halb ohnmächtig von der Kiste fiel, wurde von Fink und Herrmann weiter geschlagen, wobei sie jetzt Schläge auf den ganzen Leib, selbst über das Geschlechtsteil erhielt. Als sie auf ihre Operationsnarbe am Unterleib hinwies, sagte Porath: »Was geht uns die Narbe an!« Als Fink und Herrmann

mit dem Schlagen aufhörten, war die Rademacher völlig blutig geworden, ebenso die Kiste und ihre Kleider. Sie mußte sich dann hinstellen, und sie erhielt einen Eimer Wasser von vorn, einen Eimer Wasser von hinten über ihren nackten Körper gegossen, schließlich brachte man noch einen Eimer voll Wasser, auf den sie sich wegen ihres stark blutenden Gesäßes setzen sollte, wobei Fink sagte, am liebsten hätte er noch ein paar Hände voll Salz hineingetan, damit sie recht hochgehe. Die Rademacher warf ihre Hose und ihr Hemd in den Eimer, da diese so voll Blut waren, daß sie diese nicht mehr anziehen konnte, die Kleider zog sie dann an.«¹⁴⁰

Von einer anderen Folterung, bei der verschiedene Torturen angewandt wurden, berichtete ein ehemaliger Dachauer Häftling in einer illegalen zeitgenössischen Schrift. Der Gemarterte sollte gezwungen werden, über den geflohenen Hans Beimler auszusagen. »B. wurden die Augen verbunden und zwei Stricke um den Hals gelegt. Die SS-Männer mußten auf Befehl eines der beiden höheren Menschenschinder (Wäckerle oder Frank — d. Verf.) den Genossen B. in den Bach außerhalb des Lagers werfen. Ein SS-Mann war am linken Ufer, der andere am rechten, und jeder hatte einen Strick in den Händen, den der patschnasse Genosse B. um den Hals hatte. Das Wasser war 60–80 cm tief. So schleiften sie den Genossen B. ungefähr 500 m durch den Bach und schlugen mit dem Gummiknüppel ständig auf seinen Kopf und rissen ihn immer wieder mit den Stricken rückwärts und vorwärts unter das Wasser. Die beiden Zuschauer Wäckerle und Frank brüllten dauernd auf B. ein mit den Worten: »Wo ist Beimler?« B. sagte immer wieder: »Ich weiß es nicht.« So oft er sagte, er wisse es nicht, rissen ihn die SS-Henker wieder unter das Wasser. Als auf diese Weise nicht festzustellen war, wo Beimler war, zogen die Henkersknechte den nassen, frierenden B. auf Kommando aus dem Wasser, schaufelten ein Loch, stellten ihn bis zum Hals in dasselbe hinein, stampften es wieder zu, so daß er sich mit keinem Glied mehr bewegen konnte. Dann setzten sie ihm die Pistole auf die Stirn und schrien: »Wo ist Beimler?« Genosse B. wußte es nicht. Sie rissen ihn wieder aus der Erde heraus, zogen ihm die nassen Kleider an, da er völlig erschöpft war, und brachten ihm den Wintermantel von dem erschossenen Rechtsanwalt Dr. Strauß, worauf ihn die Henker extra aufmerksam machten, um ihm damit noch besondere Angst einzujagen. Als mit dieser barbarischen Foltermethode nichts herauszubekommen war, führten sie B. in die Arrestzelle, traktierten ihn mit dem Gummiknüppel und ließen ihn liegen. Wäckerle sagte noch: »Jetzt hast du Bedenkzeit bis morgen früh. Wenn du dann noch nicht weißt, wo Beimler ist, wirst du erschossen.«¹⁴¹

In Zschorlau zog man mit Kreide einen Kreis von 50 Zentimetern Durchmesser. Darin mußten Gefangene

138 *Der Gegen-Angriff* v. 10. 3. 1934.

139 *Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten*, S. 38f., Dok. 9 u. 10; *Aders*, S. 107ff.

140 *Hirsch*, S. 7; *Wiesner*, S. 192; *Thévoz/Branig/Lowen-*

thal-Hensel, Bd. 12, S. 226 u. 245ff.; Dok. 83.
141 Arch. Dachau, Nr. 5669.

ohne Bewegung von morgens bis abends wie ein »Denkmal« stehen, selbst bei Schlägen durften sie sich nicht rühren. In Hainewalde trichterten SA-Leute Häftlingen Rizinusöl ein, damit sie, wie man ihnen zynisch erklärte, »den Marxismus ausscheißen«. Eine physische und psychische Folter brachte der Hohnsteiner »Friseur« Karl Staak auf. Er konstruierte ein Tropfgerät, aus dem alle zehn Sekunden ein Wassertropfen auf den Kopf des daruntergebundenen Häftlings fiel. Opfer der teuflischen Qual waren unter anderem zwei Bürger aus der ČSR, die danach in eine Irrenanstalt gebracht werden mußten und dort starben.¹⁴²

Strafen erhielten die KZ-Häftlinge aus gesuchtem, geringfügigem, nichtigem oder auch ohne jeden Anlaß. Sie bestanden vor allem aus Rauch- und Sprechverboten, Nahrungsmittelentzug, Post-, Paket- und Besuchssperren, Strafarbeit und -exerzieren sowie Eingliedern in die Strafkompagnie.

In Dachau begann man zusätzlich spätestens im Juni 1933 mit der Prügelstrafe. Sie wurde anfänglich in einer besonderen Baracke, später im Freien vor den angetretenen Häftlingen auf einem Prügelbock durch jeweils zwei SS-Leute mit Ochsenziemeln ausgeführt. Vielfach war sie mit Arrest verbunden, der in verschiedenen Stufen in dem Bunker vollstreckt wurde.¹⁴³

Die ersten Dachauer Bunkerzellen befanden sich in Aborten der ehemaligen Pulverfabrik. In ihnen war unter anderem Hans Beimler eingekerkert. Ab Mai 1933 standen neben dem Häftlingsblock 10 in der Revierbaracke neue Zellen bereit. Eicke ließ dann zum September 1933 ein neues Arrestgebäude nordwestlich des Lagerbereiches mit 29 Zellen erbauen. Hier hausten die SS-Unterrichter Blank, Kantschuster, ein ehemaliger Fremdenlegionär, der sich hier austobte, und Unterhuber. Besonders Gefangene wurden außerdem im Keller der Energiezentrale neben der Kommandantur isoliert, unter anderem der KPD-Funktionär Franz Stenzer, bis er nach 78 Tagen Dunkelarrest ermordet wurde. Die Eingekerkerten erhielten drei Tage hintereinander nur Wasser und Brot, alle vier Tage eine warme Mahlzeit. Und das laut Strafordnung bis zu vier Monaten, in einer Reihe von Fällen darüber hinaus. Den Zellen, darunter Dunkelzellen, fehlte jede Heizmöglichkeit. Nicht wenige der Eingesperrten waren an Händen und Füßen gefesselt, Stenzer zum Beispiel mit einer Kette, die über zwölf Kilo wog und etwa 1,30 Meter lang war. Noch für Frühjahr 1934 vermerkte eine Notiz über Dachau: »monatelanges in Eisen legen.«¹⁴⁴

In vielen der Konzentrationslager gab es solche Bunker, die meist zugleich Stätten schlimmer Mißhandlungen

und fürchterlicher »Vernehmungen« waren. In Bad Sulza befanden sich die Arrestzellen im Keller. In Börgermoor und den anderen Emslandlagern wurde das Arrestgebäude als Baracke 11 bezeichnet, weil es neben der Wohnbaracke 10 stand. Es umfaßte 30 enge Zellen, fast ohne Einrichtung. Einer der Eingekerkerten berichtete aus Esterwegen: »Nichts stand dort im Raum, keine Pritsche, es gab keine einzige Decke, nichts, und das im Winter bei der Kälte! Wenn man »Bunker« hat, verläuft der Tag folgendermaßen: Morgens früh aufstehen, fertigmachen, austreten, Suppe empfangen und dann zur Arbeit ins Moor. Nach der Arbeit rückten alle wieder gemeinsam ins Lager ein, ich aber mußte allein in meinen Bunker. Ich bekam dort auch mein Essen, aber weniger als die anderen. Und dann war ich von fünf Uhr abends bis zum nächsten Morgen allein. Ich hatte dort nicht einmal 'was, um austreten zu können ... Es war Oktober, ohne Decke, ohne Pritsche, und da hatte man nur seinen Drillhülsenzug. Bitterkalt war's und die Feuchtigkeit dringt durch alle Ritzen, und als ich am zweiten Tag aufstehen wollte, war mein ganzer Körper wie gelähmt, vollkommen fertig.« Eine zeitgenössische juristische Untersuchung verallgemeinerte: »Es war in dem Lager 2 so üblich, daß nachts Wachleute in die Arrestbaracke eindringen und dort fast ausnahmslos alle Arrestanten schlügen, traten und ohrfeigten ... Während dieser Behandlung wackelte nach Angaben weiterer Arrestanten die Arrestzelle in ihren Grundfesten.« Neben Verletzungen und körperlichen Schäden vieler Inhaftierter wurde im Moor ein jüdischer Gefangener nach etwa 30 Tagen Arrest irrsinnig, ein anderer mußte in dem Bunker 41 Tage und Nächte aushalten.¹⁴⁵ Über Brandenburg schrieb ein Häftling: »In einem kleinen Kellerraum, der durch eine mehrfach vergitterte Mattscheibe nur einen Lichtschimmer bekommt, steht ein Käfig aus Eisengitter. Dieser Käfig ist nicht so hoch, daß ein normaler Mensch in ihm stehen kann, er ist gerade lang und breit genug, daß ein Strohsack in ihm Platz hat. Für den Arrestanten besteht fast keine Möglichkeit, sich zu bewegen; kein Stuhl, keine Bank gibt ihm die Möglichkeit, sich vernünftig hinzusetzen. Im Zuchthaus bestand noch die Übung, derartige Arrestanten an eine eiserne Kette zu schmieden. Das ist jetzt fortgefallen; dafür sehen die Zellen jetzt aber die grausamsten Mißhandlungen.« Die Eingekerkerten kamen meist völlig gebrochen aus dem Käfig heraus und waren kaum fähig, das ihnen Widerfahrene zu schildern. In Hainewalde war der Bunker im Keller, wo die Arrestanten auf blankem Fußboden liegen mußten. Besonders schwer Mißhandelte warf man hier in den Keller, bis ihre schlimmsten Wunden verheilt waren, oder entließ sie, damit sie außerhalb des Lagers starben.¹⁴⁶ Aus Hamburg-Fuhlsbüttel berichtete Ende 1933/

142 83 Tage ... S. 33; Nitzsche, S. 11; Möhler, S. 16.

143 Rubner, S. 61 u. 64; Röder, S. 267ff.; Aus Hitlers Konzentrationslagern, S. 86f.

144 Beimler, S. 31; Arch. Dachau, Nr. 554/84; Ludwig

Göhring, (Erinnerungen), MS (im Besitz von Oskar Hinckel); Das deutsche Volk ..., S. 83; Aus Hitlers Konzentrationslagern, S. 86; Ecker, S. 36f.; Arch. Dachau, Nr. 5669; Bay HStA, Reichsstatthalter, Nr. 446, unfol.

145 Arch. Buchenwald, Nr. 31/373 u. 31/382-3; Langhoff, S. 137; Mainz, S. 429f.; Suhr/Sieling, T. II, S. 57f.; ZStA

Merseburg, 2.5.1., Nr. 14 166, Bl. 20; Abraham, S. 28.

146 Die neue Weltbühne, v. 23. 11. 1933; Hirsch, S. 17f.; Nitzsche, S. 10f. u. 13.

Anfang 1934 ein Flugblatt, daß die isolierten Häftlinge wochenlang gefesselt und nachts blutig geschlagen wurden. Ähnliches geschah in den Baracken 19 a, 19 b, 23 a und 23 b auf dem Heuberg.¹⁴⁷ In Hohnstein waren die beiden Bunker unbeheizbare, feuchte Felsenverließe unter den Häusern I und IV. Strohsäcke gab es nur nachts, tagsüber bestand keine Sitzmöglichkeit. Drei Tage erhielten die Eingesperrten nur Wasser und Brot. In der Kemna wurden in einen Kohlenkeller, der nur zehn Personen fassen konnte, 50 Häftlinge gepreßt und nachts zu Mißhandlungen herausgeholt. Einzelne Gefangene steckte man in einen Verschlag unter der Treppe oder in den Fahrstuhlschacht.¹⁴⁸ Auf dem Kuhberg war der Arrest ein Loch im Wallgraben unter dem Eingang zum Kommandoturm. Es hatte keine Fenster. Licht kam nur durch Ritzen der Bretter, die es abdeckten. Schmutz und Regen fielen ungehindert auf die dort Eingesperrten. Waschwasser erhielten sie nicht, als Nahrung nur halbe Portionen. »Nässe, Kälte und Dreck im Strafbunker waren so unerträglich, daß mancher Häftling schon nach wenigen Tagen Arresthaft für sein weiteres Leben gesundheitlich geschädigt war«, faßte ein Gefangener zusammen. Besondere Häftlinge steckte man für geraume Zeit in den »Panzerkreuzer« genannten luftdichten Raum oder in eine dunkle, so enge Strafzelle, daß der Arrestant Tag und Nacht stehen mußte. In der Lichtenburg hieß der Bunker »Färberei«, weil seine Insassen grün und blau geschlagen wurden. Er befand sich im Keller unterhalb der Station IV und bestand aus zwölf Zellen, in denen auch Dunkelhaft vollzogen wurde. In Moringen richtete die SS-Mannschaft einen Prügelraum ein, den sie »Freudenzimmer« nannte. Manche Häftlinge kamen in furchtbarem Zustand heraus. Auch über Frauen verhängte die Moringen SS Dunkelarrest. Im Osthofener Lager 2 standen Käfige aus Stacheldraht, 1,5 mal 1,5 Meter groß. Die darin Eingesperrten mußten stehen. Sie froren, da das Wasser von den Wänden floß. Tag und Nacht im Dunkeln, bekamen nur Wasser und Brot, lediglich aller zwei Tage etwas Warmes.¹⁴⁹ In Oranienburg dienten zwei vorherige Trockenkammern mit schwarzgestrichenen Wänden als Bunker, in die Licht und Luft nur durch kleine Löcher in den eisernen Türen gelangten. Die Häftlinge mußten auf dünnen Strohsäcken auf dem Betonboden liegen und wurden zu den Mahlzeiten sowie einmal am Tage und einmal nachts zum Austreten und zur Freistunde herausgelassen. Ihre Arrestzeit reichte bis über vier Wochen. Mitte Oktober 1933 wurden weitere neue Dunkelzellen mit einer Grundfläche von 80 mal 60 cm errichtet, in denen das Opfer nur stehen konnte – eine nahezu unvorstellbare Tortur, die zumindest in einem Fall acht

Tage und Nächte dauerte. In Sachsenburg dienten gleichfalls ehemalige Trockenkammern mit luftdichten eisernen Türen als Arrest, in dem die Eingesperrten auch körperlich mißhandelt wurden.¹⁵⁰ In Sonnenburg war der Bunker im Keller des Ostflügels, wo sadistische Schindereien stattfanden. Auch schor man hier allen Eingekerkerten die Köpfe kahl. Der Dunkelarrest schloß sich einem Gebäude im Westhof an, zu dem die Wachen jederzeit zu Folterungen Zutritt hatten. In der Vulkan-Werft befand sich die Marterstätte in einem im Keller liegenden ehemaligen Archivraum ohne Fenster, der über eine Doppeltür verfügte. Im Zwickauer KZ Osterstein wurden Gefangene bis zu mehr als vier Wochen in fensterlose, feuchte und kalte Zellen im Keller geworfen. In ihnen gab es keinerlei Einrichtung zum Sitzen und Liegen, wohl aber einen einbetonierten Eisenring mit einer Kette, an den die Eingekerkerten angeschlossen wurden. Hinter den meterdicken Mauern dieser sogenannten O- und OO-Zellen fielen die Wachen brutal über die Häftlinge her. In Zschorlau steckte man Häftlinge in eine ehemalige Abfallgrube in der noch der Staub der Poliermaschinen lag. Zumindest ein Gefangener wurde darin mit einer Kette am Bein gefesselt.¹⁵¹

Tod

Unter solchen Bedingungen legten verschiedentlich Gefangene Hand an sich. Die Gründe lagen überall in den Haftbedingungen, die der bayerische Sozialdemokrat Fritz Ecker anhand des KZ Dachau verallgemeinerte: »Schutzhaft in einem deutschen Konzentrationslager ist auch ohne Folterungen eine härtere Nervenprobe als eine Gefängnis- oder Zuchthausstrafe. Die Ungewißheit über die Dauer der Haft, das Bewußtsein, daß ohne eigenes Zutun ein politisches Ereignis die Haftdauer ins Unendliche verlängern kann, zermürben die Gefangenen. Den Angehörigen wird von den Behörden immer wieder zu verstehen gegeben, nur eine geistige Umstellung, die »Gleichschaltung«, könne die Freilassung bringen. Heimweh und die Sorge um die darben- mittellose und behördlichen Drangsalierungen ausgesetzte Familie, dazu die in Dachau oft monatelang verhängte Briefsperr, verstärken die seelische Depression.«¹⁵²

Im KZ Neustadt an der Haardt stürzte sich nach schweren Mißhandlungen das Reichsbannermitglied Hermann Zahn am 17. März 1933 aus dem dritten Stock und zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu. In Colditz, Esterwegen, Heuberg und der Kemna gab es mehrere Selbsttötungen. In Sonnenburg nahm sich das SPD-Mitglied Ritter aus Frankfurt an der Oder am

147 *Dokumente zur Gleichschaltung* . . . , S. 257, Dok. 58; *Willi Bredel*, Die Prüfung, Berlin 1974, S. 83ff.; *Der Gegen-Angriff* v. 1. 8. 1933.

148 *Urban*, S. 227f.; *Ibach*, S. 30f., 38 u. 40; ZStA Pots-

dam, Reichsjustizministerium, ZFg 10, Nr. 1178/34, unfol.

149 *Schätzle*, Stationen . . . , S. 36; *Weidlin*, S. 27ff.; *Kleine*, S. 191f.; *KZ Moringen*, S. 14 u. 19; *Grünwald*, S. 44ff.; *Arenz-Morch*, S. 23.

150 *Seger*, S. 61ff.; *Abraham*, S. 16f.; *Meinel*, S. 159f.

151 *Harder*, S. 128f.; *Thévoz/Branič/Lowenthal*, Bd. 12, S. 226,

Dok. 83; *Thies*, S. 4, 9 u. 12; *83 Tage* . . . , S. 16 u. 24.

152 *Ecker*, S. 51.

11. August nach Mißhandlungen das Leben. In Fuhlsbüttel erhängte sich am 18. September Fritz Solmitz.¹⁵³

Hingegen wurde sofort der Selbstmord eines Häftlings im Lichtenburger Bunker von seinen Kameraden angezweifelt, da die Schinder ihre Morde als Suizid zu verschleiern suchten. Ein Oberstaatsanwalt hielt über solche Verbrechen in Fuhlsbüttel fest: »Wenn ich eingeliefert werde ins KZ, und ich werde totgeprügelt . . ., dann hängt man mir schnell noch in warmem Zustand eine Schlinge um den Hals, so daß eine Strangulationsmarke entsteht, und meine Frau bekommt dann die Mitteilung, ihr Mann habe, offenbar im Bewußtsein seiner Schuld, durch Selbstmord seinem Leben ein Ende gemacht. Denn die (untergeordneten) Organe, die die Totprügelung direkt zu verantworten haben, finden auch noch einen Physikus, der einen Totenschein auf Grund eines Befundes mit Strangulationsmarke ausstellt, daß die Todesursache offenbar Selbstmord durch Erhängen ist.«¹⁵⁴

Derartig getarnte Morde geschahen im Dachauer Bunker am 7. Mai 1933 an dem KPD-Funktionär Fritz Dressel, am 16. und 26. Mai an den jüdischen Kaufleuten Louis Schloss und Sebastian Nefzger, am 17. Oktober an dem Kommunisten Wilhelm Franz und dem antifaschistischen Arzt Dr. Delwin Katz sowie am 9. April 1934 an dem jüdischen Gefangenen Martin Stiebel. Den Justizbehörden und der Presse wurden die ersten Mordfälle als Selbsttötungen ausgegeben. Doch ergaben spätere Obduktionen Spuren fürchterlicher Schläge und Würgemale.¹⁵⁵ In Brandenburg wurde am 21. September 1933 die Kommunistin Gertrud Piter eingeliefert; am nächsten Tag war sie tot. Ein Häftling gab wieder, wie sich selbst ein SS-Mann empörte: »Solche Schweine, solche Halunken, diese Frau ist ja so standhaft, Tag und Nacht hat man sie geschlagen, aber sie gab keine Auskunft, wer ihre Mitarbeiter waren. Man schlägt sie schlimmer als einen Hund, und als man sie . . . beschimpfte, spuckte sie den SS-Leuten ins Gesicht. Es war furchtbar, was ich in diesen Tagen gesehen habe. Der Kommandant war schlimmer als ein Tier . . . Aus vielen Wunden blutend, wurde sie von diesen Tieren am Fenster der Zelle aufgehängt, um die Spuren ihres Sadismus zu vertuschen.«¹⁵⁶

Um nachträgliche Untersuchungen zu verhindern, vereinbarte der Hamburger Reichsstatthalter und Nazi- gauleiter Karl Kaufmann mit der Polizei und Justiz, KZ-Häftlinge nach Selbstmorden ohne Einschaltung

von Staatsanwaltschaft und Gericht unmittelbar einäschern zu lassen. Dermaßen abgesichert, wurden in Fuhlsbüttel Häftlinge in den Tod getrieben.¹⁵⁷

Tabelle 16

Unvollständige Liste der im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel Ermordeten und in den Tod Getriebenen, Juni 1933 bis Juni 1934⁺

Todestag	Todesopfer
14. 6. 1933	Heinrich Hundskopf, geb. 1868, KPD
17. 9. 1933	Amandus Hartung, geb. 1901, KPD
17. 9. 1933	Hans August Neick, geb. 1903, KPD
17. 9. 1933	Johann Templin, geb. 1897, KPD
19. 9. 1933	Dr. Fritz Solmitz, geb. 1893, SPD
28. 9. 1933	Max Dollwetz, geb. 1893, KPD
20. 10. 1933	Otto Christoph Heitmann, geb. 1908, KPD
6. 11. 1933	John Wilhelm Ernst Trettin, geb. 1892, KPD
10. 11. 1933	Alwin Franz August Esser, geb. 1912, KJVD
23. 11. 1933	Karl Hacker, geb. 1906, KPD
30. 11. 1933	Karl Lesch, geb. 1896, KPD
11. 12. 1933	Karl Menzel, geb. 1897, KPD
15. 12. 1933	Friedrich Wüllenweber, geb. 1904, KPD
17. 5. 1934	Karl Umland, geb. 1898, KPD
24. 6. 1934	Fritz Klein, geb. 1901, KPD

+ Ohne nach Mißhandlungen in Fuhlsbüttel an anderen Orten Verstorbene.

Quelle: *Herbert Diercks*, Gedenkbuch »Kola-Fu«. Für die Opfer aus dem Konzentrationslager, Gestapogefängnis und KZ-Außenlager Fuhlsbüttel, Hamburg 1987, S.15 ff.

Im KZ Kislau erdrosselten auf Anweisung des Gauleiters Robert Wagner der zeitweilige stellvertretende Lagerleiter Karl Sauer, der zur Staatspolizei gehörte, Paul Heupel, Kraftfahrer beim Karlsruher Polizeipräsidenten, und Eugen Müller, Hausmeister bei Wagner, während der Chef der Lagerwache, Heinrich Stix, Schmiere stand, in der Nacht vom 28. zum 29. März 1934 den SPD-Abgeordneten Ludwig Marum in dessen Zelle. Sie stellten den Mord als Suizid in einem Anfall von Schwermut hin.¹⁵⁸

In Dachau verwischte man Mordspuren auch dadurch, daß unter dem Kommandanten Eicke das kleine Häuschen in Brand gesteckt wurde, in das vorher im Bunker an Mißhandlungen Gestorbene gelegt worden waren.¹⁵⁹

Bei anderen Morden hieß es, tötlich angegriffene Wachen hätten in Notwehr gehandelt, beispielsweise als in Dachau der KPD-Funktionär Josef Götz, dessen Leichnam Mißhandlungsmale aufwies, am 11. Mai und der jüdische Häftling Karl Lehrburger am 25. Mai von dem SS-Scharführer Steinbrenner im Bunker oder der Kommunist Fritz Bürk am 28. November von dem

153 *Die Tat* v. 23. 10. 1981; *Deutsche Volkszeitung* v. 10. 8. 1934; *Deutsche Freiheit* v. 21. 2. 1934; *Abraham*, S. 27f.; *Meinel*, S. 153; *Braunbuch* . . ., S. 298; *ibach*, S. 74. *Neuer Vorwärts* v. 15. 10. 1933; *Deutsche Freiheit* v. 13. 12. 1933; *Meyer*, S. 23.
154 *Kleine*, S. 202; *Timpke*, S. 16.

155 *Beimler*, S. 50ff.; *Gruchmann*, S. 416ff.; *Rumberg*, S. 38ff.; *BA Koblenz*, R 22/1167, unfol.; *JMG*, Bd. 26, S. 171ff., Dok. PS-641, PS-644 u. PS-645; *ZStA Potsdam*, Reichsjustizministerium, ZFg 10, Nr. 1607/34, unfol.
156 *Bogedain/Heß*, S. 120f.

157 *Eiber*, »Kola – Fu«, unpag.; *ders. Aspekte* . . ., S. 120. *Neue Volkszeitung* v. 24. 4. 1948; 158 *Ifz*, München, Fa 248,

B1. 8f.; *Meyer*, S. 24 u. Abb. 21; *Marum*, S. 41, 134 u. 141ff. 159 *Arch. Dachau*, Nr. 5669 u. 554/84.

SS-Mann Bürzle auf der Lagerlatrine erschossen worden waren.¹⁶⁰ In Esterwegen wurde am 10. Oktober Richard Danisch aus dem Bunker geholt und in einem Moorgraben ermordet. Angeblich hätte er auf dem Wege zur Kommandantur, suchte der Bericht zu vertuschen, dem Posten Podschwadek den Karabiner von der Schulter gerissen, worauf dieser die Pistole zog und dazu gleichzeitig das Gewehr losgegangen wäre.¹⁶¹

Am häufigsten hieß es, die Ermordeten wären auf der Flucht erschossen worden — eine Praxis, die zumindest aus den Tagen von 1919 herrührte. In Dachau benutzte man diese Lüge am 12. April 1933 bei der Ermordung der Häftlinge Rudolf Benario, Ernst Goldmann, Arthur und Erwin Kahn. In Wirklichkeit waren sie von Steinbrenner abends in der Baracke ausgesucht, aus dem Lager geführt, in ein benachbartes Wäldchen gebracht und dort niedergemacht worden. Auf gleiche Art wurden am 17. Mai der Kommunist Leonhard Hausmann von dem SS-Mann Ehmann durch einen Schuß aus 30 cm Entfernung, am 24. Mai der Münchner Rechtsanwalt Alfred Strauß durch den SS-Mann Kantschuster und am 22. August, am Tage nach einer Lagerbesichtigung durch den Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, und Himmler, der kommunistische Funktionär Franz Stenzer nach wochenlanger Bunkerhaft durch den SS-Scharführer Dürnagl ermordet.¹⁶²

Im Moor befahl man am 2. September dem Reichsbannerführer Hans Alexander, bei einem Arbeitsplatzwechsel zurückzukehren, um Werkzeug zu holen. Dabei fiel er einem Mordschützen zum Opfer. Acht Tage darauf wurde auf dieselbe Art Erich Bergmann, am 15. oder 16. September der Häftling Hesse, der Holz sammeln mußte, ermordet.¹⁶³ Daß geplant war, dem ehemaligen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Altona, Otto Eggerstedt, in Esterwegen zu erschießen, erfuhr die Osnabrücker Generalstaatsanwaltschaft schon vor der Bluttat. Sie geschah am 12. Oktober. Obwohl die Gefangenen diesen Sonnabend etwas früher aus dem Moor zurückgeführt worden waren, mußte ein Teil von ihnen erneut aus dem Lager heraus, um Baumstämme zu tragen. Eggerstedt ging am Ende, als ihn zwei tödliche Schüsse trafen. Die Täter waren die SS-Scharführer Eisenhut und Groten.¹⁶⁴ Genau 15 Tage später wurde in Esterwegen der 19jährige Häftling Kleindienst »auf der Flucht erschossen«, als er Holz in eine Hütte bringen mußte. Und in Neusustrum ermordete man am 4. Januar 1934 auf die gleiche Weise den KPD-Funktionär August Hennig und den SPD-Redakteur Ludwig Pappen-

heim.¹⁶⁵ In Meissnerhof, so wurde gemeldet, wäre am 9. Mai 1933 der Häftling Richard Ungermann entwichen und verschwunden. Tatsächlich war er ermordet und seine Leiche auf dem Gelände verscharrt worden. In Zwickau-Osterstein — als letztes Beispiel aus einem Konzentrationslager — mißhandelten die Schergen in einer der Arrestzellen im Keller den Unterbezirkssekretär der KPD Martin Hoop schwer und erschossen ihn in der Nacht zum 12. Mai. In dem offiziellen Bericht nach Dresden hieß es, er sei geflohen.¹⁶⁶

Ebenso wurden bei Transporten in Konzentrationslager Gefangene »auf der Flucht« ermordet, zum Beispiel am 5. Juli 1933 sieben Kommunisten und drei andere Arbeiter aus Braunschweig in Rieseberg, unter anderem Hermann Behme, Julius Bley, Hans Grimlinger, Reinhold Liesegang, Walter Römling, Gustav Schmidt und Willi Steinfass, am 30. Juli die Häftlinge Wladimir Kotkow, Paul Prüfert und Paul Schabe durch die SS-Leute Liebisch, Prochnow, Schuster und Ziemach auf dem Weg von Hammerstein nach Sonnenburg, am 7. August der ehemalige Sekretär des Ministerpräsidenten der bayerischen Räterepublik und SPD-Redakteur Felix Fechenbach durch SS-Leute unter dem SS-Standartenführer Friedrich Grüttemeyer auf dem PKW-Transport vom Gefängnis Detmold nach Dachau und am 19. Oktober der 21jährige Wilhelm Wieder auf dem Wege von der Kemna kurz vor Neusustrum.¹⁶⁷

Häftlingsmorde gab es in einer Reihe anderer Lager. In Königstein-Halbestadt beispielsweise wurde in der Nacht vom 15. zum 16. April 1933 der Heidenauer Arbeiter Fritz Gumbert zu Tode getrampelt. Sein Sarg, lautete der Befehl, sollte nicht mehr geöffnet werden, was dennoch geschah und Entsetzliches offenbarte.¹⁶⁸ In der Lichtenburg prügeln SS-Leute am 28. April den Maurer Ernst Richter aus Hintersinn bei Prettin zu Tode. Er hatte auf dem Heimweg Häftlinge begrüßt und war deswegen mißhandelt worden. Am 2. Oktober starb hier auf gleiche Art der 21jährige Friedrich Heinrich. Sein Vater und seine Braut hatten ihm jeweils ein Paket mitgebracht. Als eines zurückgewiesen wurde, begehrte der Häftling auf, worauf ein SS-Posten ihn in den Arrest abführte. In der Nacht zum 23. Februar 1934 erschlugen in der Lichtenburg SS-Leute den 31jährigen Arbeiter Otto Hurras.¹⁶⁹ In Meissnershof wurde am 15. Mai 1933 der Arbeiter Ernst Walter umgebracht und sein Leichnam auf dem Hennigsdorfer Friedhof verscharrt.

160 Rumberg, S. 39f.; Gruchmann, S. 416f. u. 424; IfZ, München, Dok. PS-640; BA Koblenz, R 22/1167, unfol.; Ecker, S. 39.
161 Papenburg-Esterwegen, S. 178; ZStA Merseburg, 2.5.1., Nr. 12 749, Bl. 2 u. Nr. 12 750, Bl. 29ff.
162 Rumberg, S. 39f.; Arch. Dachau, Nr. 554/84; Gruchmann,

S. 416f.; IfZ, München, Dok. PS-643; Bay HStA, MA 105 482 unfol.
163 Der Gegen-Angriff v. 12. 12. 1934; Mainz, S. 427ff.
164 ZStA Merseburg, 2.5.1., Nr. 12 750, Bl. 2, 11 u. 29ff.; Papenburg-Esterwegen, S. 178f.; Perk, S. 22f.; Kosthorst/Walter, S. 81, Dok. 9.

165 Der Gegen-Angriff v. 12. 12. 1934; ZPA, I 2/3/45; Auf der Suche nach den Moorsoldaten. Emslandlager 1933–1945, hg. vom Aktionskomitee Emslandlager e. V., Papenburg 1983, unpag.
166 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1171, Bl. 405, 447 u. 453; Thies, S. 9; StA Dresden, KH Zwickau, Nr. 3045/I, Bl. 293.
167 ZStA Potsdam, Reichs-

ministerium des Inneren, Nr. 25 738, Bl. 227; Verbrechen an Braunschweiger Arbeitern; S. 33ff.; ZPA, St 62/3/211; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 708, Bl. 535; ZStA Merseburg, 2.5.1., Nr. 14 278, Bl. 1ff.
168 Braunbuch, ... S. 320f.
169 Arch. Lichtenburg, Nr. 125 u. 128, 241, 248 u. 259; Antifaschistischer Widerstandskampf ..., T. I, S. 104, Dok. 81.

Der Oberstaatsanwalt.

Osnabrück, den 6. November 1933.
Fernruf 3844.

4 J 1026/33

Betrifft:

Todesermittlungssache
gegen Eggerstädt.

An

die Zentralstaatsanwalt
beim Justizministerium

Bericht vom 17.10.1933.

in Berlin W.8

Wilhelmstrasse 65

Im Nachgang zu meinem Berichte vom
17.X. 1933 teile ich noch Folgendes mit:

Dem Leiter des hiesigen Staatspolizei-
amtes Regierungsrat Aderhold ist durch Vertrauens-
leute mitgeteilt worden, dass SS-Leute beabsichtig-
ten, den früheren Polizeipräsidenten Eggerstädt zu
erschliessen. Dieser Bericht ist vor der Nachricht
der Erschiessung an die Staatspolizeistelle in Osn-
abrück gelangt.

Der Direktor der staatlichen Verwaltung
der Konzentrationslager Bergmann in Papenburg hat
erklärt, dass nach der Art der Einschüsse und nach
der ganzen Lage des Tatortes es zweifelhaft sei,
dass Eggerstädt bei einem Fluchtversuch ums Leben
gekommen sei. In Meppen haben in den letzten Tagen
SS-Leute sich gebrüstet, den früheren Polizeipräsi-
denten Eggerstädt ums Leben gebracht zu haben. Sie
haben öffentlich in einer Wirtshaft den ganzen Sach-
verhalt geschildert. Die Schilderung ging dahin, dass

sie

In Dachau verstarb am 19. Mai nach wiederholten schweren Mißhandlungen der Reichsbannerfunktionär Wilhelm.¹⁷⁰ In Oranienburg wurden am 20. und 28. Juni die Kommunisten Hermann Hagendorf und Max Sens zu Tode geprügelt. Als Todesursachen gaben Ärzte Nierenentzündung bzw. Herzversagen an. Einem ausländischen Korrespondenten gegenüber gestand der Kommandant auch ein, daß es vier Erschießungen »auf der Flucht« gegeben hatte. Auf dem Heuberg wurde am 9. September, gleich nach seiner Einlieferung, der jüdische Häftling Simon Laibowitsch zu Tode geschunden¹⁷¹, und in Hohnstein in der Nacht zum 20. Mai 1934 neben anderen der ehemalige sächsische Innenminister, der Sozialdemokrat Hermann Liebmann, so massakriert, daß er unter den Händen der Täter starb.¹⁷²

Genauso wie die Nazigewalttäter jeden Tag mit den Häftlingen unmenschlich umsprangen, gingen sie mit den Toten pietätlos um. In Sachsenburg wurde der am 21. Oktober 1933 umgekommene Schneider Bruno Kießling und der etwa drei Wochen später erstochene Bauer Schubert auf einen mit Stallmist und Straßenkot verschmutzten Ackerwagen geworfen und zum Friedhof gefahren. Der Kommandant meinte dazu zynisch, ein solcher »Leichenwagen« wäre ortsüblich.¹⁷³

Noch unvollständiger als die Aufzählung von Mordfällen muß die Gesamtzahl der Todesopfer in den Nazikonzentrationslagern von Frühjahr 1933 bis Frühjahr 1934 bleiben. Fehlende oder äußerst lückenhafte Unterlagen sowie gefälschte Angaben machen es bis heute unmöglich, ein exaktes Bild zu erhalten. Auch Teilzahlen erwiesen sich als unzuverlässig. Beispielsweise hieß es lapidar in dem Bericht des Potsdamer Regierungspräsidenten vom 12. August 1933, in den aufgelösten KZ Börnicke und Meissnershof hätte es Mißhandlungen mit Todesfolge, einen Selbstmord und zwei »Erschießungen aus der Flucht« gegeben bzw. wären Arbeiter totgeschlagen worden.¹⁷⁴ Aus Dachau sind zwar die Namen von 21 Häftlingen bekannt, die 1933 gewaltsam umkamen. Doch zählte ein Gefangener bis September dieses Jahres schon 24 neue Gräber an der Lagermauer.¹⁷⁵ In Hohnstein verzeichnete das Sterberegister acht Tote. Nach der Auflösung 1934 wurden dort aber im Gelände verscharrte und eingemauerte Leichen entdeckt. Die Zahl der dortigen Opfer wird auf ungefähr 140 geschätzt.¹⁷⁶ In der Lichtenburg gab es 1933/34 sechs Tote¹⁷⁷, in Neusustrum acht Todesfälle, davon vier durch Schußverletzungen.¹⁷⁸ Aus anderen Lagern existieren keine Unterlagen über Sterbefälle, obwohl Tatzeugen über dort verübte Morde berichteten.

170 Günter Wehner, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung Henningsdorfs 1933 bis 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes der KPD gegen Faschismus und Krieg im Ort und dessen Großbetrieben, Phil. Diss., Pädagogische Hoch-

schule Potsdam, 1978 (MS),

S. 68; Kimmel, S. 359.

171 Seger, S. 17f.; Schäfer,

S. 153 u. 158; Priacel, S. 19f.;

Schätzle, Stationen . . . , S. 23.

172 Möhler, S. 18.

173 Meinel, S. 160f.; *Das Lied*

. . . , S. 33.

174 ZStA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1171, Bl. 408.

175 Kimmel, S. 360; Rubner, S. 57.

176 Möhler, S. 20.

177 Klaus Drobisch, Konzentrationslager im Schloß Lichtenburg, Cottbus 1987, S. 19f.

178 Suhr, S. 251.

Entlassungen

So willkürlich wie die Nazis die Schutzhaft anordneten, so unberechenbar blieb, ob und gegebenenfalls wann ein Häftling freikam. Erfolgt 1933/34 – nicht zuletzt mit Blick auf das Ausland – regionale und zentrale Entlassungen, ließen es die Machthaber in der Folgezeit (mit einer Ausnahme im April 1939) bei kleinerer Größenordnung und individuellen Entscheidungen bewenden. Dabei bedurfte das Freilassen eines jeden Schutzhäftlings der ausdrücklichen Zustimmung der zuständigen Gestapostelle.

Das erste nennenswerte Freikommen aus der Schutzhaft gab es im Frühjahr 1933. Am 5. April regte der bayerische Ministerpräsident Ludwig Siebert gegenüber dem Staatskommissar des Innenministerium, Wagner, an, bis zum Osterfest 1000 bis 1500 Schutzhäftlinge zu entlassen. Acht Tage darauf informierte ihn Wagner, es würden über 1000 freikommen.¹

Möglicherweise gab es derzeit eine erste größere Entlassung in Preußen, wo Staatssekretär Grauert am 24. April erläuterte: »In Anbetracht der inzwischen erfolgten Festigung« des Naziregimes und der »allgemeinen Beruhigung der politischen Lage« erscheine eine so große Zahl von Schutzhäftlingen »nicht mehr erforderlich«, zumal die Mehrzahl nicht aus eigenen Mitteln für die Haft aufkommen könne, also dem Staat »erhebliche Kosten« entstünden. Deswegen solle alsbald geprüft werden, welche Personen in Haft bleiben müßten: »Grundsätzlich alle diejenigen ..., bei denen im Hinblick auf ihre frühere politische Tätigkeit mit Sicherheit zu erwarten steht, daß sie nach einer etwaigen Freilassung sich erneut in staatsfeindlichem Sinne betätigen würden. Hierzu sind vor allem Personen zu rechnen, die sich in der kommunistischen Partei, deren Hilfs- und Nebenorganisationen oder pazifistischen Vereinigungen als führende Funktionäre, Abgeordnete, Versammlungsredner oder in anderer Weise als Agitatoren, insbesondere auch literarisch, bemerkbar gemacht haben. Selbstverständlich hat in allen Fällen eine etwaige Rücksichtnahme auf die persönlichen Verhältnisse der Inhaftierten gegenüber den Erfordernissen der Aufrechterhaltung der Staatssicherheit zurückzutreten.«²

Bei dieser Entscheidung dürfte freilich die von Grauert genannte Kostenfrage eine sekundäre Rolle gespielt haben. Im Vordergrund stand wohl eher: Seit dem

28. Februar waren im ganzen Land Zehntausende verhaftet worden. Hunderttausende wußten ihre Angehörigen in den Haftstätten schmachten, was zu Ungehörigkeit und Unruhe über deren Schicksal und zu unüberhörbaren Protesten im In- und Ausland führte. Zugleich meinte die Führung des Naziregimes, nachdrücklich ihre terroristischen Herrschaftsmethoden demonstriert zu haben. Jeder Schutzhäftling hatte sie entweder am eigenen Leibe gespürt oder bei der Mißhandlung seiner Kameraden erlebt, zumindest aber angedroht erhalten. Mit der Weitergabe dieses Wissen im engen Kreis der Familie, unter Arbeitskollegen und Vertrauten rechnete das System durchaus, fand sie sogar nützlich, wenn auch die den zu Entlassenden vorgelegten Verpflichtungserklärungen das nicht erkennen ließen. So verfolgte die Naziführung mit der Entlassung eines Teils der Gefangenen mehrere Absichten: Das ließ sich als noble Geste darstellen und konnte die Stärke der neuen Machthaber demonstrieren; zugleich sollten die Berichte der Entlassenen abschreckend wirken. Darüber hinaus boten diese dem Regime Anlaß, deswegen unter Umständen erneut nach seinen ehemaligen Gefangenen zu greifen.

Der amtliche »Preußische Pressedienst« kommentierte Grauerts Schreiben laut »Vossischer Zeitung« vom 7. Mai unter Hervorhebung der Einschränkung wie folgt: Es würden jene Häftlinge entlassen, »die sich nicht führend im staatsfeindlichen Sinne betätigt haben oder sonst in dieser Richtung hervorgetreten sind«. Voraussetzung sei, daß »ihr Verhalten während der Schutzhaft Gewähr dafür bietet, daß sie während dieser zur besseren Einsicht gelangt sind und sich in Zukunft des leisesten Verdachts staatsfeindlicher Betätigung enthalten«.

Beurteilungen über die Häftlinge durch Polizei- und andere Behörden zusammen mit Stellen der NSDAP gab es schon zuvor. So hielt der Stettiner Regierungspräsident Ende März fest, warum Schutzhäftlinge weiter eingekerkert bleiben müßten. Die Begründungen lauteten zum Beispiel: »in der kommunistischen Bewegung eine führende Rolle gespielt«, »in der kommunistischen Partei ein rühriges Mitglied«, »an hervorragender Stelle betätigt«, »Politischer Leiter«, »am Schulungskurs der KPD für Fortgeschrittene« beteiligt, »eifrig betätigt«, »recht wichtige Funktionärsposten bekleidet«, »Belastungsmaterial« vorgefunden, »kommunistische Zeitschriften vertrieben«, »an dem Bezirkstag der KPD« teilgenommen, »Angehöriger der Gemeindevertretung« usw. In einem Fall hieß es Mitte April gar, »bereits Ende

1 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 8; Bay HStA, MA 106 299, B. 448.

2 Antifaschistischer Widerstandskampf..., T. I, S. 244f., Dok. 199.

1923 bis Mitte Januar 1924 in Schutzhaft genommen worden.³ Solche Begründungen setzten sich zeitlich fort und fanden auch in anderen Gebieten statt. So begründete der Landrat im Osthavelland Mitte Mai die Haftfortdauer damit, daß der Betreffende »einer der intelligentesten Kommunisten« sei.⁴ Oder im sächsischen Leisnig besprachen der Bürgermeister, der Polizeichef, der Stadtrat, die Stadtverordneten und Angehörige der Naziortsgruppe im Juni und Juli mehrmals die Umstufung von Häftlingen in andere Kategorien.⁵

Über ein SPD-Mitglied vermerkte der Landrat von Oberbarnim Mitte April: »Eine Gesinnungsänderung ist bei diesem überzeugten, alten Sozialdemokraten nicht anzunehmen.« Er müsse in Oranienburg bleiben. Mit dem gleichen Ziel äußerte sich der Oberbürgermeister von Brandenburg am 1. September über Friedrich Ebert, einen Gewerkschafter und einen Reichsbanner-Funktionär: »Im Hinblick auf ihre frühere politische Tätigkeit steht zu befürchten, daß sie sich erneut im staatsfeindlichen Sinne betätigen.«⁶

Solche Schreiben lokaler Stellen, die die Schutzhaft verlängerten, gab es auch im folgenden Jahr. Zum Beispiel bezeichnete der Landrat des Kreises Beeskow-Storkow Mitte März 1934 Otto Franke als »Kommunist(en) übelster Sorte«, der Landrat von Ostprienitz zur selben Zeit Ernst Lück als »geistige(n) Führer der KPD im Kreise«. Der Oberbürgermeister von Wittenberge charakterisierte eine Ehepaar gleichfalls als die »politischen Führer und rührigsten Funktionäre der KPD«. Der Landrat von Jüterbog vermerkte am 24. März über einen Schutzhäftling, er habe »die SA, die Polizei und die Anhänger des Dritten Reiches in übelster Weise beschimpft«. Über einen Sozialdemokraten hieß es: »Kreisleiter der SPD . . . , ganz besonders fanatischer Anhänger . . . , hetzte bei jeder Gelegenheit« usw.⁷ Ähnliche »Führungsberichte« verfaßten die Verwaltungen der Konzentrationslager, so die Polizeiabteilung in Oranienburg im November 1933.⁸

Grauert's Anweisung vom 24. April 1933 hing wohl mit Entlassungen zusammen, die aus propagandistischen Motiven für den 1. Mai vorgesehen waren. Der Reichskommissar für Sachsen jedenfalls erklärte am 29. April, dieser Tag solle »zeigen, wie eng bereits jetzt das Band ist, das sich um alle Deutschbewußten schließt«. Deshalb verfügte er eine »weitgehende Entlassung von Schutzhäftlingen«. Die Ausführungsbestimmungen nahmen diejenigen aus, welche auch die preußische Regierung genannt hatte. Die Bayerische Politische

3 WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 12 048, k. 5–12; Nr. 12 056, k. 9.

4 StA Potsdam, Rep. 2A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1090, Bl. 252.

5 StA Leipzig, Nr. 551, Bl. 122, 157, 170 u. 175f.

6 StA Potsdam, Rep. 2 A, Re-

gierung Potsdam, I Pol, Nr. 1165, Bl. 318; Nr. 1183, Bl. 436.

7 Antifaschistischer Widerstandskampf . . . , T. I, S. 257 u. 259, Dok. 212 u. 213; StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1165, Bl. 426, 434 u. 395.

8 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 6, Bl. 2.

580

*Haftort
Kategorie*

*über bis 31. Juli 1933
in Haftort befindliche Personen.*

<i>Potsdam</i>	<i>14.906</i>
<i>Regen</i>	<i>4.152</i>
<i>Köthen</i>	<i>4.500</i>
<i>Hirschberg</i>	<i>971</i>
<i>Brandenburg</i>	<i>539</i>
<i>Wittenberg</i>	<i>16</i>
<i>Leipzig</i>	<i>145</i>
<i>Hamburg</i>	<i>682</i>
<i>Westf.-Kluserin</i>	<i>35</i>
<i>Brandenburg</i>	<i>248</i>
<i>Brandenburg</i>	<i>170</i>
<i>Brandenburg</i>	<i>112</i>
<i>Brandenburg</i>	<i>229</i>
<i>Leipzig-Schmied</i>	<i>17</i>
<i>Leipzig</i>	<i>27</i>
<i>Westf.-Kluserin</i>	<i>16</i>
<i>Brandenburg-Lippe</i>	<i>24</i>
<i>Brandenburg</i>	<i>26.789</i>

Heft

Polizei schlug vor, zum 1. Mai 2000 Gefangene zu entlassen. Sie sollten jedoch aufmerksam beobachtet und, wenn sie sich politisch betätigten, sofort wieder inhaftiert werden. Tatsächlich kamen aus Dachau, wie ein Häftling berichtete, nur 100 frei. Und die bayerische Übersicht vermerkte bis Ende Juni nur 402 Entlassungen.⁹ Laut »Bayerischen Kurier« vom 21. April würden in Württemberg 1000 von 3000 Schutzhäftlingen freigelassen, darunter von den 2000 auf dem Heuberg Eingesperrten 400. Das KZ Osthofen hatte nach einer Meldung der Zeitung »Landeskrone« vom 6. Mai fünf Tage zuvor 115 Gefangene entlassen. Aus Moringen kamen, wie die Presse vermerkte, am 2. Mai 100 Männer, Ende des Monats weitere 300 frei. Die »Hamburger Nachrichten« schrieben am 26. Mai, am Vortage habe der Polizeichef der Hansestadt, SA-Standartenführer Alfred Richter, verkündet, aus Wittmoor kämen zehn Gefangene heraus. Hingegen verwehrt der Bremer Polizeisenator Laue am 16. Juni Entlassungen, »so lange

9 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 94; ZStA Potsdam, Film 14 365; *Gegner des Nationalsozialismus*. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der

Suche nach historischer Wahrheit, hg. von Christoph Kleßmann u. Falk Pingel. Frankfurt/M./New York 1980, S. 208; Bay HStA, MA 106 299, passim.

die niederträchtige Hetze marxistischer Elemente andauert«. Im Gegenteil: Er drohte, freigekommene Schutzhäftlinge wieder einzusperren und auch »bürgerliche Elemente« in Schutzhaft zu nehmen, die »unsachliche Kritik an Regierungsmaßnahmen üben«.¹⁰

Währenddessen kam es nach dem Verbot der Gewerkschaften am 2. Mai, dem der SPD am 22. Juni und der Auflösung der Bayerischen Volkspartei am 26. Juni zu neuen Verhaftungswellen. In Bayern wurden von Mitte bis Ende Juni 4925 Personen in Schutzhaft geworfen. Anfang Juli betrug dort die Zahl der politischen Gefangenen 6450, davon in Dachau 1953.¹¹ In Preußen sperrte man im Mai in 16 bzw. 18 der 34 Regierungsbezirke 3068, im Juni in 18 Regionen 4746 Menschen aus politischen Gründen ein¹², so daß es hier – vorsichtig geschätzt – über 12000 neue Häftlinge gab. Mitte Juli 1933 zählte man in Preußen 14000 Schutzhaftgefangene.¹³

Das »Berliner Tageblatt« meldete am 11. Juni eine Zahl von 18000 Schutzhäftlingen, davon 12000 in Preußen. Der Exilvorstand der SPD bezeichnete im »Prager Tageblatt« vom 13. Juli diese Angaben zu Recht als zu niedrig. Aufgrund einer Anfrage des Reichsinnenministeriums vom 27. Juli teilten die einzelnen Länder folgende Zahlen über Schutzhäftlinge für das Monatsende mit:

Anhalt	112
Baden	539, davon 312 in Konzentrationslagern
Bayern	4152, davon 2218 in Dachau
Braunschweig	248
Bremen	219
Hamburg	682, davon 62 Frauen
Hessen	145, sämtlich im KZ Osthofen
Lippe-Deimold	17
Lübeck	27
Mecklenburg-Schwerin	35
Mecklenburg-Strelitz	16, davon 6 im KZ Oranienburg
Oldenburg	170
Preußen	14906
Sachsen	4500
Schaumburg-Lippe	24
Thüringen	16, davon 15 Kommunisten
Württemberg	971 im KZ Heuberg, 22 Frauen im KZ Gotteszell, rund 50 in Gerichtsgefängnissen

Insgesamt also 26861¹⁴. Allerdings schrieb anschließend das Auswärtige Amt den diplomatischen Missionen nur

von 26789 Personen, womit sie im Ausland »auf-tauchenden übertriebenen Gerüchten« entgegneten sollten.¹⁵

Auflösungen erster Lager

Um Kosten zu sparen, regte Ende April die sächsische Regierung an, die Schutzhäftlinge in großen Lagern zusammenzufassen.¹⁶ Aus »rein« nationalsozialistischen »Ersparungsmotiven« schlug auch der Führer der SA-Standarte 208 dem Regierungspräsidenten von Potsdam am 24. April vor, alle Schutzhäftlinge des Bezirks in Oranienburg zu konzentrieren.¹⁷ Ebenso wurde Ende Juni die Auflösung des KZ Zschorlau begründet.¹⁸

Hinzu traten propagandistische Absichten, mit denen der zunehmenden Berichterstattung der Exil- und der ausländischen Presse über Terror und Konzentrationslager begegnet werden sollte. Einige Male gaben Straftaten der Wachmannschaften gegenüber Außenstehenden Anlaß, Lager zu schließen, wie unter anderem die Vergewaltigung einer jungen Frau durch SA-Leute des KZ Börnick am 15. Juni.¹⁹ Solche Gründe bewogen wohl den Regierungspräsidenten in Potsdam, am 24. Juni offenbar auf Berliner Anregung anzuweisen, alle Häftlinge nach Oranienburg zu transportieren und sämtliche anderen Konzentrationslager zu schließen. Amtsrat Ernst Piefke vom preußischen Innenministerium bekräftigte elf Tage später diese Order.²⁰ (Vgl. Tabelle 17)

Zugleich ließen die Behörden aus bestehenbleibenden Lagern Häftlinge in andere verlegen. So ordnete das preußische Innenministerium am 30. August an, »von den im Konzentrationslager Oranienburg einsitzenden Schutzhäftlingen die Prominenten, Intellektuellen und Juden auszuwählen« und in die Moorlager überzuführen, was mit 18 Gefangenen am 6. September geschah. Am 1. September verlangte das Ministerium, 200 Häftlinge aus Oranienburg nach Sonnenburg zu schaffen, was am 9. September erfolgte. Am 12. Oktober befahl es, sämtliche weiblichen Häftlinge in Moringen zu konzentrieren, und am 18. November, alle männlichen Gefangenen aus Moringen nach Oranienburg zu transportieren.²¹ Schon am 17. Oktober waren aus dem Wuppertaler KZ Kemna die ersten 111 Insassen nach Neusustrum verschleppt worden. Und am 3. November hatte der Merseburger Regierungspräsident an-

15 Ebenda, Film 4587; *IMG*, Bd. 29, S. 178, Dok. PS-1956.

16 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 99.

17 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1191, Bl. 22.

18 StA Dresden, KH Zwickau, Nr. 3044, Bl. 39.

19 StA Potsdam, Rep. 2 A,

Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1171, Bl. 399.

20 Ebenda, Nr. 1183, Bl. 55 u. 92.

21 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1183, Bl. 538ff.; Rep. 6 B, Landratsamt Cottbus, Nr. 637, Bl. 28; Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1184, Bl. 258.

10 *Marbolek/Ott*, S. 433.

11 Errechnet nach: Bay HStA, MA 106 299, passim.

12 ZStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4043, Nr. 18, Bl. 268–516.

13 ZStA Potsdam, Film 14 929.

14 Ebenda, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 708, Bl. 366–398.

Tabelle 17

Auflösung von Konzentrationslagern bis Oktober 1933

Datum	Lager bzw. Schutzhaftabteilung	Transport der Häftlinge nach
vor 9. Mai	Neuruppin	—
12. Mai	Waldheim	?
Mai	Halle	Lichtenburg
Mai	Reichenbach	Zwickau
Mai	Struppen	Hohnstein
27. Mai	Pappenheim	Colditz u. Sachsenburg
28. Mai	Königsbrück	Hohnstein
Ende Mai	Havelberg	Perleberg
Ende Mai	Königstein-Halbestadt	Hohnstein
10. Juni	Gollnow	Sonnenburg
10. Juni	Plaue	Sachsenburg
11. Juni	Hainichen	Colditz u. Sachsenburg
26. Juni	Bautzen	Dresden u. Hohnstein
28. Juni	Perleberg	Oranienburg
Ende Juni	Weißenfels	Lichtenburg
11. Juli	Alt-Daber	Oranienburg
11. Juli	Börncke	Oranienburg
12. Juli	Zschorlau	Sachsenburg u. Zwickau
Ende Juli	Meissnershof	?
Ende Juli	Nohra	?
Anfang August	Magdeburg	Lichtenburg
8. August	Hammerstein	Sonnenburg
10. August	Breslau	Esterwegen
10. August	Hainewalde	Hohnstein u. Sachsenburg
10. August	Leschwitz	Moorlager
Mitte August	Neustadt a. d. Haardt	Dachau
August	Quednau ⁺	Esterwegen
August	Dornburg	?
9. September	Erfurt	Esterwegen
12. September	Bremen-Mißler	Bremen-Ochtersand
11. Oktober	Benninghausen	Moorlager
17. Oktober	Wittmoor	Hamburg-Fuhlsbüttel
24. Oktober	Bergkamen	?
27. Oktober	Kuhlen	Moorlager

⁺ Auf einer Teilstrecke über die Ostsee mit der «Preußen».

Quelle: Zusammengestellt, soweit verlässliche Angaben vorliegen, nach zeitgenössischen Schriftstücken und Publikationen, Berichten ehemaliger Häftlinge und Untersuchungen nach 1945 in verschiedenen Archiven und Veröffentlichungen, die wegen ihrer Vielzahl hier nicht angeführt werden können.

geordnet, 54 Schutzhäftlinge aus Polizei- und Justizgefängnissen in die Lichtenburg zu bringen.²²

Währenddessen war am 14. Oktober vom preußischen Innenministerium festgelegt worden, nur Brandenburg, Lichtenburg, die Moorlager und Sonnenburg seien als staatliche Konzentrationslager anzusehen, Brauweiler und Moringen stünden ihnen gleich. Weitere Lager würden nicht mehr anerkannt und bis Jahresende aufgelöst. Häftlinge dürften solchen Lagern nicht mehr zugeführt werden.²³

In diesem Zusammenhang wies am 4. November das preußische Ministerium des Inneren an, das KZ Oranienburg bis 12. des Monats aufzugeben. 300 Häftlinge sollten nach Sonnenburg, nochmals fast 300 nach Bran-

denburg übergeführt werden.²⁴ Sechs Tage später hielt man in diesem Ministerium über Wuppertal-Kemna fest, wegen »der Ungeeignetheit der Fabrikräume, beim Fehlen der Waschgelegenheit und zu den sonst gegebenen sanitären Mängeln« könne eine Zustimmung »zum Fortbestand des Lagers« nicht erteilt werden. Auch sei »die Notwendigkeit der Beibehaltung dieses Lagers nicht anzuerkennen«. Deshalb werde beabsichtigt, es »noch im Laufe des Monats November ganz aufzulösen und die Häftlinge in staatliche Konzentrationslager verbringen zu lassen«.²⁵

Aus nicht ersichtlichen Gründen verzögerte sich sowohl die Schließung der Kemna als auch die Auflösung von Oranienburg. Schon am 24. November 1933 wies dasselbe Ministerium an, fast 400 Schutzhäftlinge aus Gefängnissen der Regierungsbezirke Arnberg, Breslau, Liegnitz und Oppeln ins KZ Oranienburg zu schaffen. Der Erlaß reduzierte das fünf Tage später auf 120 Häftlinge aus den Regierungsbezirken Breslau, Schleswig und Stettin sowie 50 aus dem Berliner Geheimen Staatspolizeiamt.²⁶ Kurz darauf verlegte man am 5. Dezember die Häftlinge von Holstendorf nach Ahrensböck, am 21. Dezember die vom Heuberg und aus Ulm zum neuen KZ Kuhberg sowie nach Ankenbuck und Kislau.²⁷

Das sächsische Ministerium des Innern ordnete am 15. August erneute Überprüfungen der Schutzhäftlinge an. Doch teilte am 18. September das Dresdner Landeskriminalamt mit, auf Anordnung des Geheimen Staatspolizeiamtes hätten ab sofort alle Entlassungen zu unterbleiben. Die Vorbereitungen seien jedoch weiterzuführen, so daß sie nach Aufheben der Sperre einsetzen könnten.²⁸ Auch in Preußen waren am 11. August und 19. September erneute Überprüfungen, im August speziell von sozialdemokratischen Gefangenen, verfügt worden. Daraufhin kamen etwa 3000 Häftlinge frei.²⁹ Doch verhängte Himmler am 22. Oktober über Dachau eine Entlassungssperre, ebenso ungefähr zur gleichen Zeit der Leiter der Polizeiabteilung des KZ Oranienburg.³⁰ Wenn auch in Dachau und Oranienburg aus unterschiedlichem Anlaß, so paßten die bayerischen mit den preußischen und sächsischen Maßnahmen und den folgenden Schritten zusammen.

24 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol. Nr. 1184, Bl. 224.
25 *Ibach*, S. 113.
26 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1155, Bl. 78; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 4/5, Bl. 166.
27 ZPA, St 62/5/10; *Stokes*, Eutin, S. 587; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 26 058, Bl. 284f.; *Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer-SS 1933–1945*. Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie andere Haftstätten unter dem Reichsführer-SS in Deutschland und deutsch-

besetzten Gebieten, Arolsen 1979, S. 5; *Schätzle*, Stationen ..., S. 30.
28 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 224; StA Bautzen, AH Bautzen, Nr. 7542, Bl. 106.
29 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam I Pol, Nr. 1183, Bl. 410. WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydalny, Nr. 12 045, k. 1045–1049; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 709, Bl. 71.
30 Bay HStA, MA 105 490, unfol.; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 8, Bl. 311.

22 *Ibach*, S. 80; Arch. Lichtenburg, Nr. 133.

23 *SS im Einsatz*, S. 207.

Weihnachts- entlassungen 1933

Laut »Völkischem Beobachter« vom 27. Oktober gab es zu dieser Zeit rund 22000 Schutzhäftlinge, davon zirka 15000 in Preußen. Kurz zuvor, am 18. Oktober, hatte Hitler, wie das preußische Geheime Staatspolizeiamt fast zwei Wochen danach informierte, geäußert, anlässlich der Reichstagswahl am 12. November politische Gefangene entlassen zu wollen. Demagogisch wurde dabei auf eine angebliche Versöhnung des Volkes verwiesen, deren Krönung die Freilassungsaktion sein sollte.³¹ Einen Tag nach der Wahl teilte das Propaganda- dem Innenministerium mit, Hitler wolle anlässlich des Wahlsieges Häftlingen »die Freiheit schenken«. Vorschläge sollten beschleunigt vorgelegt werden, allerdings nicht für »Persönlichkeiten, die eine führende Stellung bekleidet« hätten. Am folgenden Tag nahm der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hans-Heinrich Lammers, einiges zurück, wenn er erklärte, daß Hitler »lediglich erwogen habe, einen solchen Gnadenakt eintreten zu lassen«. Er bitte, nur zu prüfen, ob 2000 Häftlinge dafür in Frage kämen.³²

Dazu versandten das sächsische Geheime Staatspolizeiamt am 16. und der Reichsinnenminister am 18. November entsprechende Schreiben, wobei Berlin schon Richtzahlen nannte: für Preußen bis zu 1200, Bayern 250, Sachsen 150, die anderen Länder noch weniger.³³

Am 24. November verwies der preußische Minister des Inneren darauf, daß es nach den vorangegangenen größeren Entlassungen schwierig sei, nochmals 1200 geringfügige Fälle herauszufinden. Er nehme etwa 1000 an, wenn die Freilassungen der letzten Zeit angerechnet würden.³⁴ Vier Tage später bestimmte das Ministerium, nur es entscheide über Entlassungen von Schutzhäftlingen.³⁵

Am 5. Dezember teilte Göring dem preußischen Gestapo-Chef mit: Nachdem er die Führung der Politischen Polizei übernommen habe, sehe er »die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Staate und die Niederhaltung der marxistisch-kommunistischen Bewegung auch bei einer Milderung der Schutzhaftmaßnahmen gegeben«. Er »halte es bei der Beruhigung der innerpolitischen Lage und im Hinblick auf die abgeschlossene Stabilisierung des nationalsozialistischen Regiments für tragbar, auf diese Weise in 2 Etappen bis Weihnachten noch rund 5000 Gefangene zur Entlassung zu bringen«. Entsprechend sollten die Regierungspräsidenten Weisungen zur Vorbereitung erhalten. »Damit die Entlassungen ihren erzieherischen Zweck nicht ver-

fehlen, haben sie als Sammelentlassungen zu erfolgen, wobei Beauftragte der Geheimen Staatspolizei oder die Lagerkommandanten gehalten sind, die versammelten Gefangenen auf die Gründe dieser meiner Anordnungen hinzuweisen. Die zur Entlassung kommenden Gefangenen sind insbesondere über meine Absicht aufzuklären, sie dem Wunsche des Führers entsprechend wieder in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft einzuordnen; sie sind aber auch nicht im Unklaren darüber zu lassen, daß ich mit rücksichtsloser Strenge diejenigen, die die Großmut des nationalsozialistischen Staates erneut mit staatsfeindlichen Treibereien entgelten, in unnachsichtiger Weise und für immer unschädlich machen werde. Diese meine Maßnahme ist in geeignet erscheinender Form in der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß ich diese großzügige Entlassungsaktion als einen Versuch betrachte, den ich fortzusetzen gedenke, falls die Entlassenen nicht rückfällig werden sollten.« Aus gleichen propagandistischen Überlegungen, wohl nicht zuletzt mit Blick auf das Ausland, setzte Göring hinzu, er halte es für geboten, »daß mehr und mehr von der Verhängung der Schutzhaft abgesehen wird und Personen, die sich politisch betätigt und strafbar gemacht haben, den ordentlichen Gerichten zugeführt werden. Der Mithilfe der preußischen Staatsanwaltschaften und Gerichte bin ich nach den mir bekannt gewordenen Urteilen der letzten Zeit gewiß.«³⁶

Auf ähnliche Überlegungen verwies übrigens am 20. März 1934 der Reichsstatthalter in Bayern: »Der totale nationalsozialistische Staat, wie er heute besteht, wird im Gebrauch dieser Mittel (der Schutzhaft — d. Verf.) umsomehr einen anderen Maßstab anlegen können und dürfen, als (der Verordnung vom 28. Februar 1933 — d. Verf.) nachfolgende Gesetze und Verordnungen eine Reihe strafrechtlicher Tatbestände schufen, die die Schutzhaft entbehrlich machen ... Durch die Errichtung der Sondergerichte und die Vorschriften über das Schnellverfahren ist eine rasche Aburteilung gewährleistet.«³⁷

Die Durchführungsanweisung des Gestapo-Chefs Diels vom 7. Dezember 1933 bezog sich auf Fälle, wo ein »verhältnismäßig geringer Anlaß« für die Schutzhaft vorlag. Sie bestimmte als Entlassungstage den 16. und 17. sowie den 22. und 23. Dezember. Diels betonte deutlich die »hohe innen- und außenpolitische Bedeutung« der Freigaben. Außerdem legte er am 12. Dezember fest, daß Entlassungen durch örtliche Polizeibehörden unmittelbar bei den Kommandanturen der Konzentrationslager zu beantragen seien.³⁸

Inzwischen war der Wortlaut von Görings Schreiben der Presse übergeben worden, die ihn am 8. Dezember

31 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 709, Bl. 113 R.

32 Ebenda, Bl. 156.

33 StadtA Leisnig, Nr. 551,

Bl. 286; StA Dresden, Ministe-

rium für Auswärtige Angelegenheiten, Nr. 4842, Bl. 166.

34 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 707, Bl. 171.

35 BA Koblenz, R 58/264, unfol.

36 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1155, Bl. 81f.

37 Bay HStA, MA 106 299, Bl. 175.

38 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1155, Bl. 83f.

39 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 301.

abdruckte. Das »Hamburger Fremdenblatt« setzte hinzu, anlässlich des Weihnachtsfestes habe auch Himmler die Entlassung von 500 Häftlingen verfügt.

Das sächsische Innenministerium gab am 18. Dezember an, 350 bis 400 Gefangene freilassen zu wollen. Die Durchführungsbestimmungen vom folgenden Tag legte für jede Kreishauptmannschaft 90, für die von Dresden-Bautzen 130 Personen fest. »Ausgeschlossen sind ehemalige marxistische Abgeordnete des Reichstags und des Landtags.«³⁹ Anhalt sprach von zehn zu Entlassenden. Baden nannte 50. Braunschweig rechnete mit 20 Personen. Bremen hatte schon 15, Hamburg 150 entlassen. Oldenburg verwies auf 25 Freigelassene. Thüringen schlug 20 vor. Württemberg dachte an 100, von denen schon 30 frei waren. Die Angaben – ohne Hessen – summierten sich auf 5827 Personen.⁴⁰

Einen Monat später regte der Reichsstatthalter in Bayern an, anlässlich des ersten Jahrestages des 30. Januar 1933 erneut Schutzhaftbefehle aufzuheben. Die politische Polizei teilte am 22. März 1934 mit, 600 seien entlassen worden.⁴¹

Wieviel wirklich um den Jahreswechsel 1933/34 freikamen, vermerkte keine Übersicht. Es traf eher das ein, was Dachauer Häftlinge, den propagandistischen Rummel durchschauend, berechneten: Wöchentlich waren bisher 60 bis 70 Gefangene entlassen worden, die letzten, bevor der Stopp begann, am 16. Oktober. Am 7. Dezember stand dann in den Zeitungen, 400 würden aus Dachau freikommen. Ohne das Verbot wären aber in diesem Zeitraum 490 Häftlinge aus dem Konzentrationslager entlassen worden. »Diese ›Aufgesparten‹ ließ man dann in der Woche vom 8. bis 15. Dezember frei«, kommentierte ein Häftling, »und nannte das eine ›Weihnachtsamnestie‹.« Das Fazit lautete: »Diese ganze Komödie von Versöhnung und Amnestie war nur für eine Wirkung auf das Ausland eingestellt. Tatsächlich blieb alles bei der alten Praxis. Man konnte zwar viele enthaften, nachdem man ja vorher mehr Menschen verhaftet hatte als jemals in der Geschichte eines Volkes.«⁴²

Den Begriff Amnestie, der ohnehin nicht zutraf, stellte die NS-Presse groß heraus. In diesem Zusammenhang schilderte die Berliner »Nachtausgabe« vom 19. Dezember, wie Diels im KZ Brandenburg gegen die Exilanten wettete. Sie hätten durch ihre Behauptung, die Freilassungsaktion sei nur ein Manöver, diese fast in Frage gestellt. Er habe die zu Entlassenden aufgefordert, sich der jetzigen Staatsordnung gehörig zu fügen, andernfalls sie »auf unnachsichtige Strenge« gefaßt sein müßten. Die Zeitung verbreitete sich weiter über die angeblich »versöhnliche Stimmung« in Oranienburg, wo der Berliner Stadtkommissar Julius Lippert den 216 Freigelassenen⁴³ versprochen habe, er werde ihnen nach

Kräften behilflich sein, daß sie in Arbeit kämen und »nicht schlechter behandelt würden als andere«. An die 1135 aus den Moorlagern zu Entlassenden wandte sich Diels, wie das »Osnabrücker Tageblatt« am 24. Dezember berichtete. Der Gestapo-Chef fand billige Worte: Strich unter die Vergangenheit gezogen, neuer Anfang, der Volksgemeinschaft wiedergegeben, nicht als Vorbestrafte anzusehen, der Staat meine es gut mit ihnen und werde sich darum kümmern, ihnen Arbeitsplätze zu besorgen usw. Diels drohte jedoch zugleich, daß sie bei unveränderter Haltung wieder in Konzentrationslager geworfen würden.⁴⁴

Ein ehemaliger Häftling erinnerte sich anderer Sätze und Tricks des Gestapo-Chefs: Ihr bleibt noch erwerbslos, laßt euch nicht wieder verhetzen. Dann habe Diels gefragt, wer Kommunist sei. »Über 1000 Arme erheben sich. Der Pressefotograf knipst. Unterschrift: Alle Entlassenen grüßen mit Heil Hitler. ›So jetzt könnt ihr euch mal wärmen!‹ Alle schlagen die Hände aneinander, springen in die Höhe, um die erstarrten, ausgehungerten Körper zu beleben. Der Pressefotograf knipst. Bildunterschrift: Beifallstürme antworten Herrn Diels. Die Regie hat geklappt.«⁴⁵

Am 5. Januar 1934 wandte sich der Gestapo-Chef an die preußischen Polizeibehörden, damit sie den Entlassenen keine Schwierigkeiten bereiteten und nicht benachteiligten, ihnen vielmehr Förderung und Unterstützung angedeihen ließen.⁴⁶

Die Wirklichkeit sah jedoch anders aus. Schon am 24. April 1933 hatte Grauert bestimmt, entlassene KZ-Häftlinge müßten eine Verpflichtung unterschreiben, wonach sie sich künftig jeder staatsfeindlichen Betätigung enthalten müßten, auch keine Ansprüche erheben dürften, die sich aus der Haft ergaben. Schließlich sei ihnen aufzuerlegen, sich regelmäßig bei der Polizei zu melden. Ein solcher Verpflichtungsschein war bereits am 1. April vom sächsischen Landeskriminalamt formuliert worden.⁴⁷ Ähnliche Reverse gab es in Bayern, wie der »Fränkische Kurier« am 6. April festhielt. In Cottbus bekam die Erklärung gar den Zusatz, jede »bekanntwerdende Handlung der Kommunisten sofort der politischen Polizei zu melden.«⁴⁸

Vor der Entlassung wurden die Häftlinge sehr gründlich durchsucht, ob sie keine Aufzeichnungen mitnahmen. Dabei kündigten ihnen Dachauer SS-Führer

44 In seinen Erinnerungen sind davon freilich nur beschönigende Sätze zu lesen (Diels, S. 353). Dabei schreibt er sich zugleich wortreich zu, die Entlassungen gegenüber Göring und Hitler durchgesetzt zu haben (ebenda, S. 344ff.). – Auch die Angabe der »Osnabrücker Zeitung«, 1500 wären freigekommen, war falsch. Es handelte sich um 1135 (Als sozialdemokratische Arbeiter ..., S. 72). In Esterwegen waren danach am 30. 12. 1933

nur noch 200 Häftlinge (BA Koblenz, Nachlaß Heilmann, Film 25, Aufn.-Nr. 64).

45 Der Gegen-Angriff v. 14. 4. 1934.

46 ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 6665, Bl. 111ff.

47 Antifaschistischer Widerstandskampf ..., S. 245, Dok. 199; StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 76.

48 StA Potsdam, Rep. 6 B, Landratsamt Cottbus, Nr. 639, Bl. 34.

40 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 709, Bl. 165 u. 168ff.

41 Bay HStA, MA 106 299, Bl. 245.

42 Ecker, S. 49f.

43 ZPA, I 2/3/45.

Erklärung.

Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich im Falle meiner Entlassung aus der Schutzhaft mich verpflichte, mich der neuen Regierung gegenüber stets loyal zu verhalten, insbesondere mich jeder Agitation im Sinne der marxistischen Parteien zu enthalten. Außerdem bescheinige ich, daß ich keine Klagen über Behandlung und Verpflegung während der über mich verhängten Verwahrungshaft, sowie überhaupt wegen der Verhängung und Durchführung zu erheben habe und auf etwaige Ansprüche aus Anlaß meiner Verwahrung verzichte.

Schließlich erkläre ich, mir bewußt zu sein, daß jeglicher Verstoß gegen diese Verpflichtungserklärung meine erneute Verwahrung zur Folge haben kann.

Jaimmwalde, den 5. August 1933

Heinrich Perminisch

Schutzhaft-Lager
Schloß Hainewalde
Amtsh. Zittau

an: »Wer etwas über bestimmte Lagerereignisse erzählt, kommt sofort wieder ins Lager und verläßt es zum zweiten Male nicht mehr lebend!« Oder: »Ich warne euch! Wenn ihr zu Hause nicht den Mund haltet, kommt ihr hierher zurück — und dann kommt keiner lebend heraus! Dachau wird in 50 Jahren auch noch bestehen.« Ähnliche Morddrohungen fielen auch in den KZ Königstein und Lichtenburg. In Moringen mußten die zu Entlassenden sich schriftlich zum Schweigen verpflichten.⁴⁹

Wie das sächsische Landeskriminalamt schon am 20. März 1933 festgestellt hatte, rieten KPD-Kuriere den Angehörigen politischer Gefangener, diesen mitzuteilen, »die ihnen vorgelegten Reverse ohne jedes Zögern zu unterschreiben, damit ihnen eher Aussicht gegeben sei, wieder entlassen zu werden, um dann ihre Parteinter-

essen mit größerem Nachdruck betreiben zu können.«⁵⁰ Diese Auffassung setzte sich nach längeren Diskussionen im September unter den Kommunisten im KZ Sonnenburg durch.⁵¹

Von den freigekommenen KZ-Insassen verlangte die Amtshauptmannschaft Döbeln am 24. Juni, der Betreffende habe sich zwischen 22 und 6 Uhr in seiner Wohnung aufzuhalten und einmal täglich beim Bürgermeister vorzustellen. Am 4. August ordnete sie Haus-suchungen und wiederholte nächtliche Kontrollen bei ehemaligen Schutzhäftlingen an.⁵² Gleiche und ähnliche Repressalien gab es in anderen Gebieten. Die Kommandantur des KZ Heuberg forderte zum Beispiel im

49 Ecker, S. 16; Rubner, S. 76; Tabaschnik, S. 109; Kleine,

S. 211; Moringen, in: Konzen-trationslager, S. 215.

50 StA Leipzig, AH Leipzig, Nr. 1752, Bl. 115.
51 ZPA, EA 460; Sägebrecht, S. 216f.

52 StadtA Leisnig, Nr. 551, Bl. 145 u. 71f.

Juli von Entlassenen neben regelmäßiger Meldung sogar, Kautionen oder Bürgen zu stellen.⁵³

Der SPD-Funktionär Ecker beschrieb die Situation eines Entlassenen: »Das drohende Gespenst einer neuen Verhaftung steht vor ihm. Das Denunziantentum blüht im Dritten Reich wie das Unkraut im Brachfeld. Oder es brauchen nur an seinem Wohnort des Nachts drei Pfeile, das Zeichen der sozialdemokratischen Eisernen Front, auf die Asphaltstraße gemalt zu werden, schon kann die neuerliche Verhaftung erfolgen. Der aus dem Konzentrationslager Entlassene, der alle Schrecken dieser Schandstätte kennt, hat keine ruhige Stunde mehr, weder bei Tag noch bei Nacht. Er ist trotz der ihm gegebenen »Freiheit« ein unfreier Mensch, auf Schritt und Tritt überwacht.« Außerdem »beginnen neue Sorgen«, fügte Ecker hinzu. »Fast jeder hat durch die Einlieferung ins Konzentrationslager auch seinen Arbeitsplatz, seine wirtschaftliche Existenz, verloren. Was nun? Er steht vor dem Nichts. Er kehrt zu einer mittellosen Familie heim, die gehungert und gedarbt hat – wie er selber.«⁵⁴

Konzentration in größeren Lagern

Nach den Entlassungen zum Jahreswechsel 1933/34 wurden in einer zweiten Zusammenfassungsphase weitere Konzentrationslager geschlossen und die Insassen in anderen Lagern zusammengezogen.

Für die Emslandmoorlager, in denen sich die Häftlingszahlen erheblich reduziert hatten, gab es seit Anfang 1934 in der preußischen Ministerialbürokratie Überlegungen, diese der Justiz zuzuordnen. Ein Motiv rührte offenkundig aus den antifaschistischen Enthüllungen über diese Gewaltstätten im Ausland her; ein anderes nannte Göring am 15. Februar in seinem Schreiben an den preußischen Landwirtschaftsminister: »großzügige Moorkultivierung«. Dazu erbat er Vorschläge. Gleichzeitig übertrug er dem Landwirtschaftsministerium die Aufsicht und Verwaltung der im Moor errichteten und vorbereiteten Lager und ordnete dazu von dem Gestapa den Ministerialrat Franz Janisch ab. Einzelheiten sollte das Landwirtschaftsministerium mit den Ministerien der Justiz, der Finanzen und des Inneren sowie dem Gestapa vereinbaren. Fünf Tage darauf präziserte Göring, dem Landwirtschaftsministerium obliege die

technische Durchführung, dem Justizministerium die Verwaltung.⁵⁵

Das zielte darauf ab, die Lager V (Neusustrum) und IV (Brual-Rhede), das im Herbst 1933 als Konzentrationslager errichtet, und VI (Oberlangen), das im Herbst fertiggestellt und als Ausbildungsstätte für SA-Wachleute genutzt wurde, als Strafgefangenenlager der Justiz zu übertragen. Ein Bericht, den der Direktor der Haftanstalt Münster über eine Besichtigung am 22./23. Februar anfertigte, sprach von einer Hilfsstrafanstalt mit gegenwärtig 626 Zuchthausgefangenen in Neusustrum und schlug Veränderungen im Verwaltungsbereich vor. Ein weiterer Besuchsbericht vom 10. März, der schon 423 Sträflinge in Oberlangen vermerkte, regte vor allem eine höhere Besoldung des SA-Personals an.⁵⁶

Am 23. März schließlich entschied eine Besprechung beim preußischen Justizminister Hanns Kerrl, daß der Strafvollzug am 3. April die drei Lager übernehme. Ihr Leiter werde der Kommandant des KZ Oranienburg, Schäfer. Der SA-Sturmchef brachte seinen bisherigen Adjutanten mit, setzte den vormaligen Chef der Oranienburger Wachtruppe, Tausch, als Leiter der Kommandantur und den ehemaligen Verantwortlichen des Oranienburger Nebenlagers Elisenau, Maue, als Kommandanten des Lagers Neusustrum ein. Das SA-Wachpersonal blieb dasselbe wie in den bisherigen Konzentrationslagern im Moor. Ab 1. Mai kam dann noch das Lager I in Börgermoor in die Hand der Justizverwaltung.⁵⁷ Wie im Frühjahr und Sommer 1933 bei den Schutzhaftabteilungen in Strafanstalten, so erwies sich auch bei der Übergabe der vier Moorlager an den Strafvollzug, wie fließend die Grenzen zwischen KZ- und Justizregime waren.

Desweiteren wurde Colditz mit 66 Häftlingen ab 31. Mai Nebenlager des KZ Sachsenburg.⁵⁸ (Vgl. Tabelle 18)

Als Zahl der Schutzhäftlinge nannte Göring am 21. April gegenüber einem Vertreter der Agentur Reuter 4000 bis 5000 in Preußen, insgesamt 6000 bis 7000 in Deutschland.⁵⁹ Zumindest die Angabe für die außerpreußischen Gebiete war jedoch viel zu niedrig. Denn am 1. März befanden sich in Bayern 3500 Menschen in Schutzhaft (davon 2303 in Dachau), am 1. April 2703 (Dachau: 2005), in Sachsenburg am 1. März 597, am 1. April 554 Gefangene, im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel Ende März 500, im badischen Kislau Mitte des Monats 87⁶⁰. Dabei fehlten die Häftlinge in den noch längere

53 Schätzle, Stationen . . . , S. 24. – Der Bürgermeister von Egelz z. B. verlangte im Juli 1933 von einem entlassenen Schutzhäftling, sich täglich um 11, 15 und 20 Uhr bei der Polizei zu melden, was ihm eine geregelte Arbeit unmöglich machte, verbot ihm Gespräche mit bestimmten Personen sowie das Verlassen des Ortes und legte ihm auf, zwischen 21 und 6 Uhr in der Wohnung

zu sein. Um unangemeldet kontrollieren zu ermöglichen, mußte er einen Wohnungsschlüssel beim Gendarmen abgeben. Seine abendliche und nächtliche Anwesenheit wurde mehrmals überprüft. Einen Antrag auf Aufhebung der Repressalien lehnte der Bürgermeister noch am 30. 8. 1934 ab (Pfifferling, S. 33ff.).

54 Ecker, S. 51.

55 ZStA Potsdam, Reichsministerium der Justiz, Nr. 10 074, Bl. 6. GStA Berlin, Rep. 90 A, Nr. 104, Bl. 28.

56 Auf der Suche . . . , unpag.; ZStA Potsdam, Reichsministerium der Justiz, Nr. 10 074, Bl. 18ff. u. 34ff.

57 Perk, S. 37ff.; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Papenburg, Nr. 11, Bl. 1, 15 u. 42.

58 ITS, Arolsen, Hist. Abt., Sachsenburg, Nr. 2, Bl. 56.

59 Völkischer Beobachter v. 22./23. 4. 1934.

60 Bay HStA, MA 106 299; ITS Arolsen, Hist. Abt., Sachsenburg, Nr. 2, Bl. 36 u. 43; Dokumente zur Gleichschaltung . . . , S. 266, Dok. 61; Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des

Tabelle 18

Auflösung von Konzentrationslagern, Januar bis Mai 1934

Datum	Lager	Transport der Häftlinge nach
19. Januar	Wuppertal (Kemna)	Neususturm
25. Januar	Bremerhaven-Langlütjen	Bremen-Ochtumsand
1. Februar	Zwickau (Osterstein)	Sachsenburg
2. Februar	Brandenburg	Oranienburg u. Moorlager, Invaliden nach der Lichtenburg
Februar	Glückstadt	?
8. März	Brauweiler	Esterwegen
10. März	Sonnenburg	Lichtenburg u. Esterwegen
11. März	Stettin-Bredow (Vulkan-Werft)	?
16. März	Ankenbuck	Kislau
18. März	Breitenau	?
3. April	Neusustrum	?
20. April	Bremen-Ochtumsand	preußische Lager
1. Mai	Börgermoor	Esterwegen
9. Mai	Ahrensböck	?

Quelle: wie Tabelle 17

Zeit bestehenden Lagern Roßlau in Anhalt, Osthofen in Hessen, dem damals noch existierenden Ahrensböck, dem weiter bleibenden Hohnstein, dem thüringischen Bad Sulza und dem württembergischen Kuhberg sowie die Schutzhäftlinge in Polizei- und Justizgefängnissen. Außerdem gab es zu dieser Zeit noch das Columbia-Haus in Berlin, Esterwegen, die Lichtenburg, Moringen und Oranienburg.

Zehn Jahre nach Errichtung des KZ-Systems, am 15. Mai 1943, faßte der SS-Obergruppenführer Oswald Pohl das mit den frühen Lagern verfolgte Ziel in den Worten zusammen: 1933 »bestand deren Aufgabe allein darin, alle diejenigen volks- und staatsfeindlichen Personen zu verwahren, die durch ihr Verhalten den Bestand der Sicherheit des Volkes und des Staates gefährdeten«.⁶¹ Wie es dabei zugeing, hatte am 11. Oktober

Generalstaatsanwaltes Karlsruhe 1933–1940, bearb. von Jörg Schadt, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976, S. 68.

61 Albert Pick/Carl Siemen, Das Lagergeld der Konzentrations- und DP-Lager, München 1976, S. 50.

1936 Himmler – nunmehr Chef der Deutschen Polizei – vor dem neugegründeten Ausschuß für Polizeirecht der Akademie für Deutsches Recht skizziert: »Wir Nationalsozialisten haben uns dann – es mag absonderlich klingen, wenn ich das in der Akademie für Deutsches Recht sage, aber Sie werden das verstehen – nicht ohne Recht, das wir in uns trugen, wohl aber ohne Gesetz an die Arbeit gemacht. Ich habe mich dabei von vornherein auf den Standpunkt gestellt, ob ein Paragraph unserem Handeln entgegensteht, ist völlig gleichgültig; ich tue zur Erfüllung meiner Aufgaben grundsätzlich das, was ich nach meinem Gewissen in meiner Arbeit für Führer und Volk verantworten kann und dem gesunden Menschenverstand entspricht. Ob die anderen Leute über die »Brechung der Gesetze« jammerten, war in diesen Monaten und Jahren, in denen es um Leben oder Sterben des deutschen Volkes ging, gänzlich gleichgültig. Das Ausland – nicht am wenigsten genährt durch zahlreiche Kräfte des Inlands – sprach natürlich von einem rechtlosen Zustand in der Polizei und damit im Staate.« Am 25. Mai 1944 bekräftigte Himmler wiederum ausgerechnet vor Juristen: Das Regime hätte 1933 »hart zugepackt und hart zugeschlagen, habe gnadenlos die Menschen weggeholt«, wobei diese »harten Zugriffe ohne gesetzliche Grundlage erfolgten«. Vier Wochen darauf, am 21. Juni, führte er in diesem Zusammenhang vor Generalen weiter aus: »Wir sind planmäßig darangegangen und haben ohne Gesetz, völlig illegal, ... die Leute von der Straße weggeholt. Legal hätte ich das erst tun dürfen, wenn dieser Mann ein neues Verbrechen begeht, und ich ihn dabei auf frischer Tat erwische.«⁶²

Unter diesem offen eingestandenen faschistischen Unrecht erfolgte bis Mitte 1933 der vor der Machtübertragung geplante Auf- und der Ausbau der ersten Konzentrationslager im Zusammenspiel von Verwaltung, Polizei und Justiz. Viele Elemente, die in den späteren Konzentrationslagern vorherrschten, prägten sich schon 1933 aus.

62 Hans Buchheim, Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: ders./Martin Broszat/Hans-Adolf Jacobsen/Helmut Kraus-

nick, Anatomie des SS-Staates, Olten/Freiburg i. B., 1965, Bd. 1, S. 108f.; ZStA Potsdam, Film 3361.

Widerstand

Die politischen Häftlinge ließen sich, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, durch Verhaftung und Einkerkierung, menschenunwürdige Unterbringung und Arbeitsfron, Schikanen und Mißhandlungen, Arrest und vielfachen Mord an ihren Kameraden moralisch nicht niederwerfen. Bei zahlreichen Nazi-Überfällen hatten schon zuvor sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten am eigenen Leibe gespürt, auf welche Verbrechen die Nationalsozialisten gedrillt und wessen sie fähig waren. Wenngleich auch das Ausmaß und die Art des Terrors nach der Brandstiftung im Reichstag überraschte: Die meisten unter den politischen Gefangenen verfügten über Erfahrungen, sich ihren Peinigern zu widersetzen. Vor allem die in ihrem Bewußtsein wurzelnde traditionelle proletarische Solidarität und konspirative Organisation befähigten sie, den Widerstand auf dem neuen Kampffeld zu führen.

N. Abschnitt

Solidarität

Willi Ruf, damals Politischer Leiter der Unterbezirksleitung Oranienburg-Land der KPD, berichtete von seiner Verschleppung im April 1933 in das KZ Oranienburg: »Unsere Partei hatte uns auf die Illegalität, ja auf das Schlimmste vorbereitet, jedoch wirkte die Realität des faschistischen Terrors, das Einpfchern von Menschen zu Hunderten und Tausenden unter unmenschlichen Bedingungen zuerst deprimierend auf mich. Aber ich traf dort Genossen und Kampfgefährten aus Oranienburg und anderen Orten, die mir halfen, mich sofort zurechtzufinden. Ich denke hier an die Genossen Willi Schulz, Kurt Hintze, Erich Schmidt, Emil Polesky, aber auch an andere Antifaschisten und SPD-Genossen wie Albert Ernst, Vorsitzender des ADGB in Oranienburg, Martin Teller vom Reichsbanner oder Fritz Mühle, Bürgermeister aus Friedrichsthal.« Alfred Lemnitz, Agitator und Propagandaleiter der Unterbezirksleitung Duisburg der KPD, erinnerte sich ähnlich: »Als ich im Oktober 1933 an einem dunklen Herbstabend mit fast hundert anderen Mitgefangenen von Papenburg auf der Feldeisenbahn durch die öde Heide- und Moorlandschaft transportiert wurde, bot das von grellen Scheinwerfern beleuchtete, von einem vierfachen Stacheldrahtzaun umgebene Lager Börgermoor ein erschreckendes Bild. Dieses wurde verstärkt durch das Gebrüll der SS-Wachmannschaften und das Hundegeheul, das uns empfing. Ich und sicher auch die anderen fühlten uns

preisgegeben einer vertierten uniformierten Masse. Das ging vorbei, und das Lager, seine Insassen, nahm uns auf und umgab uns sofort mit der Hülle der Solidarität. Über tausend Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten aus dem Ruhrgebiet, dem Nieder- und Mittelrhein waren die Besatzung, die schon seit den Julitagen eine feste Organisation gebildet hatte.« Lemnitz »fand viele bekannte Genossen und wurde sofort in die Reihen der Organisation aufgenommen. Der Schrecken des Empfangs war schnell überwunden, denn ich fühlte die Kraft unseres revolutionären Kampfbundes, der draußen im legalen und illegalen Kampf hundertfach erprobt worden war.« Heinz Willmann, seit Juni 1933 Häftling in Fuhlsbüttel, faßte Möglichkeiten erster gegenseitiger Unterstützung zusammen: Mutlosen Halt und Zuversicht geben, kranke und mißhandelte Kameraden pflegen. Dadurch, so unterstrich er, »habe ich bei allem Grauen nie zuvor kameradschaftliche Hilfe und echte Menschengemeinschaft so überzeugend gefunden wie in jener Haftzeit.«¹ Diese solidarische Verbundenheit bewährte sich in verschiedenen Formen. Sie stellte die erste Stufe des Widerstandes dar. Auf ihr bauten weitere Schritte des Kampfes auf. Aus Colditz beispielsweise berichtete Rolf Helm, daß nach einer Mißhandlung ein politisches Gespräch mit Hans Neuhoß und Bruno Siegel ihm »Kraft gab, weiter durchzuhalten«. Anhand seiner Erfahrungen aus der Lichtenburg bekannte der ehemalige Politische Leiter des Unterbezirks Heldringen der KPD, Fritz Traskowski: »Der feste Wille, sich von den Banditen nicht unterkriegen zu lassen, unsere Weltanschauung, die Lehre des Marxismus-Leninismus, die Erziehung der Partei und schließlich unser Klassenbewußtsein gaben uns die Kraft, alle Drangsale zu überstehen.«²

Kameradschaftliche Zusprache, Solidarität und ungebrochener Kampfeswille förderten nicht allein die Herausbildung einer Gemeinschaft der politischen Gefangenen, sondern verstärkten vor allem den Einfluß der Kommunisten. Parallel mit den ersten solidarischen Handlungen und Diskussionen fanden sie sich gemäß ihren Parteiprinzipien zusammen und bildeten in fast allen Konzentrationslagern konspirative Leitungen, die den KPD-Mitgliedern Richtschnur gaben und ihren

1 Gegen Imperialismus . . . , S. 43 u. 52; Heinz Willmann, Steine klopfen man mit dem Kopf. Lebenserinnerungen, Berlin 1977, S. 158.

2 Helm, S. 133; Karl-Heinz Leidigkeit u. a., Gegen Faschismus und Krieg. Die KPD im Bezirk Halle-Merseburg 1933–1945, Halle 1983, S. 115.

Kampfgeist und -willen festigten. Insbesondere auf ihnen bekannte und vertraute KPD-Funktionäre blickten die politischen Gefangenen. In der Kemna gab ihnen der Abgeordnete Willy Spicher ein Vorbild ab. In Sonnenburg gehörten die Spitzenfunktionäre Ernst Grube, Ernst Schneller und Walter Stoecker zu denen, die, wie ein Häftling es ausdrückte, »es trotz Aufsicht verstanden, uns Mut zu machen«. Gleiches Ansehen genoß Theodor Neubauer in Brandenburg. »Mit Stolz blickten wir auf den Abgeordneten Neubauer«, hielt ein Bericht vom Oktober 1933 fest, »welcher durch den Kommandanten des Lagers nach Bestellung einer Zeitung gefragt wurde. Der Kommandant fragte den Gen. Neubauer, ob er lieber den Völkischen Beobachter oder Die Rote Fahne abonnieren wollte. Der Gen. Neubauer gab prompt die Antwort: Selbstverständlich die ›Rote Fahne‹.«³

In Börgermoor, schilderte Wolfgang Langhoff, wählten die Insassen der Baracke 10 Karl Schabrod mit der Begründung zu ihrem Stubenältesten, er hätte sich schon in der vorangegangenen Polizeihaft im Düsseldorfer Gefängnis bewährt. Schabrod betonte von vornherein, daß fest zusammengehalten und gegenseitige Unterstützung gegeben werden müsse. Außerdem gab er als »Roter Sender« den Häftlingen Ratschläge, wie sie sich gegenüber den SS-Leuten verhalten sollten, und forderte sie auf, die alten zu bleiben. Schließlich teilte einer beim Abendessen den anderen mit: »Für unseren Tisch hier bin ich in Zukunft verantwortlich. Wenn ihr irgendwelche Fragen habt, dann kommt zu mir. Da schwirren die verschiedensten Gerüchte und Latrinenparolen durch die Gegend, und keiner weiß, ob sie wahr sind oder nicht. Wenn ihr in Zukunft eine Meldung hört, von der gesagt wird: ›Moritz hat gesagt . . .‹, dann wißt ihr, daß diese Parole stimmt. ›Moritz hat gesagt . . .‹ ist also das, was die Meinung von Kameraden ist, die . . . na, ihr versteht mich schon.« Langhoff hob in diesem Zusammenhang hervor: »Wie es die Kameraden verstanden haben, eine einheitliche und organisierte Beeinflussung der Lagerinsassen zu schaffen, gehört zu den heroischsten Kapiteln in der Geschichte der deutschen Konzentrationslager . . . Tatsache ist, daß schon nach wenigen Wochen ein geheimer ›Kopf‹ im Lager bestand, den niemand kannte, aber dessen Anweisungen jedermann befolgte. Bewundernswert der Mut, mit dem diese Arbeit durchgeführt wurde. Jeder, der sich daran beteiligte, spielte mit seinem Leben.« Die konspirative Leitung in Börgermoor bestand aus Karl Schabrod, Walter Vesper und Gustav Wrobel, ab Dezember 1933 aus Hans Kiefert und Alfred Lemmnitz.⁴

Im KZ Bremen-Findorff (Auswandererhallen) gehörte der Leitung unter anderem Georg Buckendahl an. In dem Lager auf dem Erfurter Petersberg stand Alfred Neubert, Landesleiter des Internationalen Bundes der

Opfer des Krieges und der Arbeit, an der Spitze eines Dreierkopfes. Ein Gefangener erinnerte sich, wie ihn gleich nach der Einlieferung Neubert »mit den Umständen im KZ bekannt(machte) und mit der Arbeit der Partei unter diesen Bedingungen. Das war für mich ein großes Erlebnis, weil ich nun wußte, daß ich auch im KZ nicht allein war, daß auch hier die Partei hinter mir stand.« In dem Lager in der Erfurter Feldstraße gehörten der illegalen Spitze Mitglieder der Unterbezirksleitung der KPD an. In den Parteizellen wurden dort aktuelle Fragen diskutiert und Entscheidungen des illegalen Gremiums mitgeteilt. In Esterwegen zählte das Mitglied der Bezirksleitung Nordwest der KPD, Heinke Heinks, zu dem Dreierkopf, danach Theodor Neubauer.⁵ In Hohnstein bildeten 1933 Max Barth, Paul Gruner, Walter Helmig, Hans Schnellknecht, Max Schweiger, Max Siebert und Wenzel Verner die siebenköpfige Leitung, dann 1934 um Kurt Schubert, Dr. David, Erich Langer, Rudi Rätzer, Konrad Schossig, Fritz Schulze und Georg Wehner.⁶ In Oranienburg gehörte Paul Grosse, der vormalige Leiter des Unterbezirks Berlin-Prenzlauer Berg der KPD, dem illegalen Kopf an. In Osthofen orientierten sich die Gefangenen auf Johannes Berger, Ludwig Keil, Heinrich Laux, Johann Lossa und Hans Jung. Dazu vermerkte ein Anhänger des Jungdeutschen Ordens: »Die Kommunisten waren eine verschworene Gemeinschaft, voller Widerstandswillen, unter Führung eines Landtagsabgeordneten aus Bad Nauheim.«⁷ In Sachsenburg waren — wahrscheinlich in Nachfolge einer seit 1933 existierenden Leitung — ab 1934 Hugo Gräf, Hans Schellenberger und Tauchert die führenden Funktionäre. In Sonnenburg bildeten Ottomar Geschke, Ernst Grube, Ernst Schneller, Erich Steinfurth und Walter Stoecker die erste illegale Spitze. Und in Bad Sulza gehörten dem geheimen Kopf der Landtagsabgeordnete Richard Eyermann, der Erfurter Friedrich Wilhelm Heilmann, der KPD-Unterbezirksleiter Magnus Poser bis April 1934 und der Richard Zimmermann aus Jena an.⁸

Auch in Dachau und Fuhlsbüttel bestanden konspirative Leitungen, deren Zusammensetzung jedoch nicht bekannt wurde.⁹ Illegale KPD-Gruppen agierten desweiteren in Pappenheim wie in Brandenburg um den Lehrer an der Marxistischen Arbeiterschule Heinz Altmann, die von SS-Leuten entdeckt wurde.¹⁰

5 Wollenberg, S. 125; ZPA, V 241/7/58, EA 383 u. EA 364; Gegen Imperialismus . . . , S. 53 (Bericht von Alfred Lemmnitz).
6 Walter A. Schmidt, Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945, Berlin 1959, S. 569; Möhler, S. 23.
7 ZPA, EA 670; Angelika Arenz-Morch/Eike Hennig in Zus.arbeit mit Herbert Bauch u. Thomas Schlegel-Botton, Osthofen. Erinnern und Vergewärtigen,

Frankfurt/M. 1986, S. 42; Werner, S. 175.

8 ZPA, EA 299; Lange, Sonnenburg, S. 11; Schreiben Stepan, Ruth Bahmann, Magnus Poser. Lebensbild eines Kommunisten, Jena 1981, S. 42.

9 ZPA, V 247/7/58; Willmann, S. 159.

10 Kampferlebnisse, S. 27; Deutsche Zentral-Zeitung v. 20. 10. 1933. — Altmann wurde 1937 im sowjetischen Exil verhaftet und kehrte nicht mehr zurück.

3 Ibach, S. 40; ZPA, EA 973, EA 809, I 2/3/45; StA Potsdam, Rep. 29, Brandenburg, Do 20, Bl. 190f.

4 Langhoff, S. 116f., 128f. u. 208f.; Perk, S. 88; ZPA, EA 1337; Gegen Imperialismus . . . , S. 52 (Bericht von Alfred Lemmnitz).

Die eingekerkerten KPD-Funktionäre begannen als bald, brennende politische Probleme zu erörtern und zu klären. Centa Beimler und ihre Kameradinnen überwandten im Zuchthaus München-Stadelheim die Isolierung in Zellen und tauschten aktuelle Nachrichten aus. »Und da Zeitungen erlaubt waren, sind wir natürlich auch über die weitere Entwicklung informiert gewesen.« Willy Sägebrecht erinnerte sich an Diskussionen im KZ Sonnenburg: »Unter der Leitung der KPD-Reichstagsabgeordneten Walter Stoecker und Ottomar Geschke führten wir bald kleine Zusammenkünfte der Genossen im Lager durch. Dort diskutierten wir solche Fragen wie: Weshalb konnte in Deutschland der Hitlerfaschismus zur Macht gelangen? Wie muß der illegale Kampf gegen den Faschismus weitergeführt werden? Welche Aussichten hat dieser Kampf? Was muß getan werden, um die Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den Mitgliedern und Funktionären der freien Gewerkschaften herzustellen?«¹¹

Die so erzielte Festigung der kommunistischen Häftlinge blieb natürlich nicht auf sie beschränkt. Gleich, ob einzeln oder in Gruppen, agierten sie, ihre eigene Erfahrung ausnutzend und Initiative entwickelnd, in den Unterkünften und an den Arbeitsplätzen. Dabei behielten sie stets die Interessen des Widerstandes und der ganzen Lagergemeinschaft im Auge. Indem andere politische Gefangene das anerkannten, strahlten Kollektive und Leitungen der inhaftierten Kommunisten auf alle zur Gegenwehr Bereiten aus, bestimmten mit ihren Einschätzungen, Anregungen und Handlungen die politische Atmosphäre und vergrößerten die Kampfesgeschlossenheit im Lager.

Schon bei der Einlieferung in das KZ Esterwegen stimmte einer der Gefangenen auf den Befehl zum Singen ein nationalistisches Lied an, das in dieser Situation ihre Haltung ausdrückte:

»Haltet aus, haltet aus.

Lasset hoch das Banner wehn.

Zeiget ihm, zeigt dem Feind,

wie wir treu zusammenstehen,

daß er unsere Kraft erprobt,

wenn der Schlachtruf uns entgegen tobt.

Haltet aus im Sturmgebräus,

haltet aus im Sturmgebräus.«

Dazu verbreiteten politische Gefangene die Gewißheit vom letztendlichen Sieg über den Faschismus. Im KZ Breitenau machten Häftlinge ihre Zuversicht anschaulich, als sie in dessen Nähe eine Mauer mit einer Sitznische einrichten mußten. Naziembleme und die Inschrift, daß KZ-Insassen sie erbauten, sollten von ihrer Unterwerfung künden. Einer der Gefangenen regte an, dem Muschelkalk Salz oder Kali beizumischen, damit die Symbole bald durch die Witterung zerfielen, was auch eintraf. Zugleich versteckten die Häftlinge in der Mauer eine Flasche mit dem von allen unter-

schriebenen Gelöbnis: »Wir schwören, niemals im Kampf gegen den Faschismus zu erlahmen, bis er besiegt sein wird. Der Nazistaat wird so sicher in Staub zerfallen, wie das Salz den Muschelkalk zerfrißt, aus dem wir als Zeugnis unserer Unterwerfung und der Schande ein Naziemblem errichten sollten. Es lebe die Freiheit!«¹²

In dieser Ungebrochenheit und Siegeszuversicht führten seit 1933 die politischen KZ-Häftlinge ihren Kampf in bewährten und neuen Formen.

Besonders vordringlich dabei war, sich der neueingelieferten Häftlinge anzunehmen und sie in die Lagergemeinschaft einzugliedern. Vorbildlich geschah das unter anderem in Börgermoor. Der damals 18jährige Heinz Junge erinnerte sich: »Nachdem sich die SS-Leute an uns ausgetobt hatten, konnten wir endlich die Baracken aufsuchen. Als ich im Schlafsaal mein Bett bezog, merkte ich, daß man auf mich gewartet hatte. Es brannte nur eine Notlampe; hier und dort hörte ich Flüstern. Dann sprach aus einem Bett ... ein Kamerad, der aber nicht zu sehen war: »Wir haben heute acht neue Kameraden bekommen. Wir begrüßen diese Kameraden und nehmen sie vorbehaltlos in unsere Kameradschaft hinein. Ob wir den einen kennen oder den anderen nicht, tut nichts zur Sache. Für uns ist jeder ein Kamerad. Wenn wir uns gegenseitig helfen, das Leben und besonders die Arbeit im Moor zu erleichtern, tun wir das, weil das die beste Voraussetzung ist, gesund wieder in die Freiheit zu kommen. Und das will doch wohl jeder! Noch etwas: Hier halten wir zusammen gegenüber der SS. Welch einer Partei einer angehört, ist gleichgültig; wir sind Kameraden. Spitzel der SS gibt es hier nicht; da werden wir für sorgen. Wer versuchen sollte, sich durch Verrat irgendetwas zu erkaufen, wird schnell merken, daß er damit Schiffbruch erleidet. Das ist es, was Moritz den Neuen zu sagen hat.« Junge schilderte weiter: »Am nächsten Tag spürte ich die Fürsorge der älteren Kameraden für uns Jugendliche. Im Tagesraum trat ein älterer Kamerad auf mich zu und sagte: »Ich bin dein Tischältester; du bist hier am Tisch 6, am Jungentisch.« Und tatsächlich, außer Paul Bornemann vom Niederrhein sah ich nur junge Häftlinge. Paul gab mir mein Moorbrot und eine Schüssel Mehlsuppe, legte ein Stück Kuchen hinzu und meinte, ich hätte Glück, denn am Tage vorher hätte der Tisch zwei Pakete bekommen. Wieso der Tisch? wunderte ich mich. Bald wurde mir klar, daß jede Tischgemeinschaft alle Lebens- und Genußmittel, einschließlich Zigaretten, untereinander aufteilte. Zwei Kameraden hatten also Pakete von den Eltern bekommen, und ich als Neuling profitierte sofort davon.«¹³

Solcher Beistand galt gleichermaßen Sozialdemokraten, beispielsweise auf dem Heuberg, wie Erich Rossmann festhielt: »Einen Augenblick wollten meine Nerven versagen. Ich war am Zusammenbrechen. Als die kommunistischen Kameraden es bemerkten, nahmen sie

11 Sägebrecht, S. 216; Distel, Schatten, S. 29.

12 Mainz, S. 417; Krause-Vilmar, Breitenau, S. 480.

13 Perk, S. 61f.

sich meiner mit rührender Fürsorge an. Von den kärglichen Vorräten reichte mir der eine einen Schluck Kaffee, der andere ein Stück Brot, der dritte eine Messerspitze Butter, der vierte einen Rest von Käse. Der Älteste von ihnen, ein Schreinergeselle aus Stuttgart, der mich noch aus der Zeit kannte, da ich, 30 Jahre zuvor, als Neunzehnjähriger in die Sozialdemokratie eingetreten war, hatte mir das Bett gemacht. Ich bestieg es sofort. Vor dem Einschlafen mußte ich mir die feuchten Augen trocknen.« Ebenso teilten in Breitenau Sozialdemokraten mit Kommunisten das Essen, als sie wegen des gefällten Hindenburg-Baumes hungern sollten. Dadurch verringerte sich jene politische Distanz, die aus gegenseitigen Vorwürfen resultierte, wer Schuld hätte, daß man nun gemeinsam eingesperrt sei.¹⁴

Selbst sofort isolierte Häftlinge erreichten solidarische Zeichen, so in Sonnenburg, wo zu den aus Gollnow Verschleppten schon am ersten Abend Zigaretten geschmuggelt werden konnten.¹⁵

Überhaupt bewies die Versorgung von Mithäftlingen in allen Konzentrationslagern deutlich die brüderliche Verbundenheit. In Bergkamen erhielten – wie schon erwähnt – diejenigen Essen, die nichts von ihren Angehörigen bekommen konnten oder die keine hatten. In Glückstadt verteilten Häftlinge aus Eckernförde Kieler Sprossen an alle Kameraden. Im Sammellager Weißenfels beschaffte Max Laskin, ein Häftling jüdischer Herkunft und russischer Nationalität, zusätzliche Nahrungsmittel und gab sie Bedürftigen. Aus Oranienburg bestellte Erich Mühsam bei seiner Frau Nahrungsmittel, worauf er dann zehn bis zwölf Kameraden einlud, sich daran satt zu essen. In Dachau unterstützte man besonders die Häftlinge der Stufe 3 und jüdische Gefangene. Hier erfuhr auch das Kommando Hilfe, das nach der Provokation mit dem Sowjetstern Strafarbeit leisten mußte und dabei nichts zu essen bekam. »Die anderen Gefangenen«, berichtete ein Häftling, »sammelten während dieser Kiesgrubenschinderei Brot und hatten zum Teil ihr Essen aufgehoben, was sie dann ihren zerschlagenen Kameraden gaben, als sie wiederkamen. Mehrere Kameraden, die wir zum Teil schon für verloren sahen, haben vor Freude über unsere Solidarität geweint.« In Esterwegen stärkte die Lagergemeinschaft in den Bunker Geworfene mit Nahrungsmitteln. In Hohnstein bohrten Häftlinge gar ein Loch in die Bunkertür, um durch einen dünnen Schlauch Arrestanten zu versorgen.¹⁶

In Erfurt teilten sich die Gefangenen Essen- und Geldspenden der Roten Hilfe, die sie über Familienangehörige empfingen. Für Hainewalde schickte ein Sozialdemokrat Geld für zusätzliche Lebensmittel.¹⁷ In der Lichtenburg ließen Entlassene ihre Pakete zurück, so daß denjenigen eine Weihnachtsfreude gemacht werden konnte, die nichts von zu Hause erhielten. In Börgermoor wurde eine allgemeine Brotabgabe zugunsten der hungernden Kameraden in Esterwegen organisiert. Und zwischen Moringen und Oranienburg gingen gar Pakete hin und her: »Aus dem Konzentrationslager Moringen, wo Frauen als Schutzhäftlinge untergebracht waren, traf eines Tages im Konzentrationslager Oranienburg ein Paket ein. Die Genossinnen hatten sich einige Lebensmittel und sonstige Kleinigkeiten abgespart und schickten sie nun an die männlichen Gefangenen. Wir waren darüber sehr beschämt, daß dieser gute Gedanke nicht uns zuerst gekommen war. Nun wurde für ein Gegenpaket gesammelt. Jeder, der nur irgend konnte, stiftete etwas dazu. Der Rest wurde durch gefällige SA-Leute in der Stadt besorgt, so daß wir ein ziemlich umfangreiches Paket zustande brachten. Auf diese einzelnen Packungen wurden verschiedene Namen aufgeschrieben, um dadurch den kollektiven Charakter des Paketes deutlich zu unterstreichen. Wir erhielten dann einen Dankesbrief von den Genossinnen, der nun wiederum eine ganze Reihe von Unterschriften mit entsprechenden Grüßen und Bemerkungen trug. Als ich unser Paket für die Frauen in Moringen im Oranienburger Lager zur sogenannten Zensurabteilung brachte, wo ein SA-Obertruppführer die Sendung kontrollieren mußte, äußerte er mit einigem Erstaunen: »Na, das muß man euch ja lassen, gute Kameradschaft haltet ihr von der Kommune!«¹⁸

Ähnlich wandten sich trotz geringer Möglichkeiten Häftlinge Verletzten und Kranken zu. In Börgermoor sahen sie einen Arbeitersamariter als ihren eigentlichen Arzt. Daneben half noch Prof. Dr. Alfred Kantorowicz, eine Kapazität der Zahnmedizin, im Revier. Die SS kommandierte ihn jedoch bald als »Drückeberger« zur Moararbeit. In Dachau kümmerten sich die Kommunisten Dr. Delvin Katz als Arzt und Karl Riemer als Sanitäter um ihre Kameraden. In Sonnenburg half der kommunistische Arzt Dr. Erwin Müller aus Berlin-Spandau Mithäftlingen und beriet besonders Geschundene, wie sie sich vom Drill befreien konnten. Ihm zur Seite stand der Sanitäter Georg Leps. In Hohnstein wurden Kranken und Verletzten Medikamente besorgt.¹⁹

Zur ständig geübten Solidarität gehörte es weiter, sich dafür einzusetzen, daß Häftlinge aus ihren Einzelzellen heraus- und in Arbeitskommandos kamen oder daß anderen die Arbeit erleichtert wurde. So berichtete ein

14 Schätzle, Stationen ..., S. 21f.; *Erinnern an Breitenau*, S. 4/III f.

15 *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* v. 2. 11. 1933.

16 *Bei uns ... 1933–1945 ...* Eine Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung, hg. von Klaus-J. Lorenzen-Schmidt, Engelbrechtsche Wildnis 1983, S. 16; *Herz und Gedanken auf die Zu-*

kunft. Erinnerungsberichte antifaschistischer Widerstandskämpfer des Kreises Hohenmölsen, hg. von der Kreisleitung Hohenmölsen der SED, o. O., 1979, S. 25 (Bericht von Rudolf Schmidt); *Klein*, S. 127 u. 129; *Mühsam*, S. 26; *Arch. Dachau*, Nr. 554/84 u. 5669; *Perk*, S. 81; *Sächsisches Zeitung v.* 28. 6. 1961.

17 ZPA, V 241/7/49, V 241/7/58 u. EA 1434.

18 *Langhoff*, S. 255 u. 175f.; *Hirsch*, S. 24.

19 *Langhoff*, S. 184f.; *Richardi*, Schule der Gewalt, S. 58, 101,

170 u. 196; *Die Hölle ...*, S. 15 (hier Müller als Dr. Schmidt bezeichnet); *Sägebrecht*, S. 213 u. 215f.; *Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Hohnstein*, Nr. 1/1, Bl. 296.

Anhänger des militaristischen Jungdeutschen Ordens über den Kommunisten Richard Eyermann im KZ Bad Sulza: »Er half, wo er nur helfen konnte, und ich konnte seine Hilfe gebrauchen, denn ich war der Arbeit in keiner Weise gewachsen.«²⁰ In Bremen übernahm ein Häftling für den Sozialdemokraten Alfred Faust das Toilettenreinigen, als dieser es wegen seiner körperlichen Verfassung nicht bewältigte. In Esterwegen wurden einem Sonderarbeitskommando aus 30 namhaften Gefangenen neben Unterstützung durch Brot und Suppe die zusätzliche Arbeit in den Baracken abgenommen. Dort bewerkstelligt man auch, daß Theodor Neubauer, nachdem er Anfang 1934 bei der Moarbeit zusammengebrochen war, für einige Zeit zu den Gärtnern kam und den schlimmsten Peinigern aus den Augen geriet. In Sachsenburg konnte der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alwin Brandes, gänzlich von schwerer Arbeit befreit werden.²¹

Wo dies nicht gelang, mußte in gefährlichen Situationen auf andere Weise schnell geholfen werden. Beispielsweise nahm im Emslandmoor ein Kamerad Carl von Ossietzky das Schieben der Karre ab. Das wurde nach zwei Wochen entdeckt und der Journalist gezwungen, überladene Karren durch den Morast zu drücken. Als sein Zusammenbruch nahe war und ein SA-Mann ihn schlagen wollte, stieß ein Mithäftling mit seiner Karre an die Ossietzkys, so daß sie umstürzten. Andere eilten zu Hilfe und kühlten dem Gequälten Brust und Puls mit Wasser, um seinen Herzkrampf zu lindern.²²

Spontane Proteste gegen Mißhandlungen gab es unter anderem im Moor, wo Häftlinge pfeifen, »Pfui« riefen und das Moorsoldatenlied sangen, oder in Sonnenburg, wo nach einer Hetzjagd das Lied »Ich hatt' einen Kameraden« von dem gefangenen Arbeiterdirigenten Steinbrecher angestimmt wurde. In Oranienburg schlossen sich sogar einige junge Häftlinge zusammen, um einen schwer Drangsalieren vor weiteren Grausamkeiten zu bewahren.²³

Gleichmaßen meldete sich in Dachau Rudolf Gerstmeier, die nach einer Provokation mit dem Sowjetstern angedrohte Strafe auf sich zu nehmen. Ähnlich trat etwa Ende Juli in Börgermoor ein politischer Häftling für seine Kameraden ein, um eine Kollektivstrafe abzuwenden.²⁴

Aus Moringen berichtete Maria Weiterer, daß »die Genossinnen alles getan (haben), eine gute Moral und gute Kameradschaft in der Gemeinschaft zu halten«. Else Weidner bestätigte: »Wir hatten ein gutes Verhältnis untereinander, und jede von uns war davon überzeugt, alles zu überstehen und den Mut zum Weiterleben zu haben für unsere gerechte Sache.« Ebenso sagte Centa

Beimler über München-Stadelheim: »Wir haben ein außerordentlich gutes, kameradschaftliches Zusammenleben untereinander gehabt. Also sozusagen Freud und Leid geteilt.« Werner Hirsch faßte seine Erfahrungen aus drei Konzentrationslagern in den Sätzen zusammen: »Die Solidarität und Kameradschaft der Gefangenen untereinander war an keine Parteigrenzen gebunden. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter und Funktionäre ordneten sich dieser Gemeinschaft ein. Noch rascher als draußen wuchs in den Lagern die proletarische Einheitsfront. Das Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten war in allen Gefängnissen und Konzentrationslagern stets gut. Kleine Ausnahmen bildeten einige Feiglinge und Überläufer, die naturgemäß auf allgemeine Ablehnung und Verachtung bei den Gefangenen, aber auch bei ihren eigenen Parteigenossen, stießen. Das Entscheidende jedoch war die unerschütterliche Einheit aller wirklichen Antifaschisten, die sich in den Klauen des Faschismus befanden.«²⁵

In der Tat: Fast alle Kommunisten und viele SPD-Mitglieder bemühten sich um ein gutes Einvernehmen. Und das, obwohl die Nazis einen Keil zwischen sie zu treiben suchten. In Dachau wollten SS-Leute beispielsweise kommunistische Häftlinge gegen den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag, Albert Roßhaupter, hetzen. Doch einer warnte: »Nix, weg, dieser Mann ist unser Kamerad, nicht die Finger schmutzig machen.« Auf dem Heuberg zerrte man im Juni 1933 den SPD-Reichstagsabgeordneten Erich Rossmann, den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten von Würtemberg, Albert Pflüger, und einen Abgeordneten der Deutschen Demokratischen Partei von Stube zu Stube, bezeichnete sie als Bonzen und ermunterte die Kommunisten, gegen sie vorzugehen. Rossmann hielt fest: »Der erwartete Effekt blieb jedoch aus. Daß die Sozialdemokraten sich gegen uns als ihre Kameraden nicht aufhetzen ließen, war selbstverständlich. Die Kommunisten hatten unter sich vereinbart, sich von den SA-Banditen nicht gegen uns mißbrauchen zu lassen.« Einer der befreite die drei sogar von den Brennesselsträuben, die ihnen von den Peinigern zur »Begrüßung« aufgezungen worden waren, und warf sie den SA-Leuten vor die Füße. In Hainewalde versuchten die Nazis gleichfalls, Kommunisten gegen Sozialdemokraten auszuspielen. Auch hier war die Antwort, ein gutes Verhältnis herzustellen.²⁶

Oft behauptete sich eine solche Haltung erst nach Diskussionen. Es hieß beispielsweise bei Ankunft eines Transportes in Börgermoor Ende Juli/Anfang August 1933: »Genossen, heute haben wir den Faschismus

20 Antifaschistischer Widerstandskampf..., T. I, S. 253, Dok. 207; Werner, S. 268.
21 Wollenberg, S. 127; ZPA, EA 400 u. 299; Der Gegen-Angriff v. 24. 10. 1934; Neues Deutschland v. 27. 2. 1955.

22 Deutsche Volkszeitung v. 22. 5. 1938.

23 Perk, S. 62; Winkel, S. 9; Sägebrecht, S. 213ff.; Ibach, S. 42 u. 52; Deutsche Zentral-Zeitung v. 21. 10. 1934.

24 Arch. Dachau, Nr. 253/176.

25 ZPA, EA 1466; Ein Leben..., T. 2, S. 30; Distel, Schatten, S. 29; Hirsch, S. 22. — Hirsch, 1937 in der UdSSR eingesperrt, starb in dortiger Haft.
26 Bernd Behning, Soziale Gruppenbildung im KL Dachau, Zu-

lassungsarbeit, München 1974 (MS), S. 21; Im Kampf bewährt. Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstandskampf 1933 bis 1945, eingel. u. zus.gest. v. Heinz Voßke, Berlin 1977, S. 187.

erlebt. Keiner unter uns 564 Mann, der nicht mißhandelt worden wäre. Genossen, wir gehören nicht alle einer Front an. Unter uns sind Reichsbannerkameraden und SPD-Leute. Laßt uns wie Genossen zusammenhalten und Schulter an Schulter kämpfen.« Doch dann folgte noch der einschränkende Satz: »Mit den SPD-Bonzen aber haben wir nichts gemein.« Die Auseinandersetzung entbrannte richtig, als die SS-Lagerleitung ankündigte, Friedrich Ebert und Ernst Heilmann würden nach Börgermoor gebracht, und die Kommunisten gegen sie zu hetzen suchte. Die Häftlinge fingen an, zu diskutieren: Sie erinnerten an Noske, der 1919 den Militaristen freie Hand gegen die Revolution gab, und an Zörgiebel, den sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten, der am 1. Mai 1929 in die Demonstranten schießen ließ. Manche meinten, sozialdemokratische Führer würden lieber mit den Nazis gehen, wie die jüngste Abstimmung über die Außenpolitik im Reichstag gezeigt hätte usw. Zugleich erhoben sich aber Stimmen, die es ablehnten, den Nazis Vorschub zu leisten, in der jetzigen Situation »Richter« zu spielen und mit den Faschisten gemeinsam über SPD-Funktionäre herzufallen. Einer der Diskutanten erklärte: »Die SS hat uns heute zu verstehen gegeben, daß wir unsere Wut an den SPD-Bonzen auslassen sollen. Wir können sie totschiessen, uns wird nichts passieren.« Jedoch: »Wir morden nicht im Auftrage der SS, wir lehnen jeden individuellen Terror ab, wir sind nicht die Henkersknechte der SS. Was die SS mit den Bonzen macht, daran können wir nichts ändern.« Aber: »Wir können es auch nicht bedauern, denn die Bonzen haben so lange und so gut regiert, bis sie im Lager Börgermoor gelandet sind.« Die Lagergemeinschaft kam überein: Die SPD-Funktionäre werden nicht angerührt.

Am 9. September schleppten SS-Leute Ebert, Heilmann und einige andere Häftlinge durch das Lager, mißhandelten sie und forderten auch die Gefangenen auf, auf die Neueingelieferten loszugehen. Doch niemand erhob gegen sie die Hand. In der Strafkolonie sollte Ebert auf die Kameraden an der Lore mit einer Latte einschlagen. Er warf den SS-Leuten den Knüppel vor die Füße und erklärte, daß er für seine Leidensgefährten arbeiten, sie aber niemals mißhandeln würde und »daß jeder kommunistische Gefangene sein Kamerad sei«. Das brachte ihm den Respekt der Lagergemeinschaft ein. Heilmann, einen KPD-Reichstagsabgeordneten und einen Gefangenen jüdischer Herkunft zwangen die Schergen darauf, wie im Parlament Reden zu halten. Heilmann betonte selbst in dieser Situation, er habe immer den Kommunismus bekämpft. Der Kommunist bezog sich auf die Geschichte und Rolle seiner Partei und erläuterte ihr Programm. Der jüdische Gefangene erklärte sich gegen den Kapitalismus.²⁷

Wahrheitswidrig schrieb daraufhin die »Lippesche

Zeitung«, Heilmann wäre von Kommunisten verprügelt worden. Einer Untersuchungskommission bestätigte er die Mißhandlungen, bezichtigte jedoch bezüglich der Täter das Blatt der Lüge. In Dachau forderten SS-Führer politische Häftlinge auf, »Arbeitervertreter« gebühlich zu »empfangen«. Da sich keiner dafür fand, wurden zwei Augsburger Sozialdemokraten Kriminellen überlassen, die sich dafür hergaben.²⁸

Hinsichtlich des in Osthofen in Einzelhaft mißhandelten SPD-Reichstagsabgeordneten Carlo Mierendorff suchte das Regime zu verbreiten, er wäre nachts von kommunistischen Mitgefangenen geschlagen worden. Ein SS-Sturmführer wollte ihn zu einer solchen Aussage veranlassen. Doch gab er lediglich zu Protokoll: »Plötzlich wurde mir eine Decke über das Gesicht gezogen und heftig auf mich eingeschlagen. Ich rief: ›Seid doch menschlich.‹ Durch die mir über den Kopf gezogene Decke konnte mein Rufen jedoch nicht dringen. Als man von mir abließ, blutete meine Nase, und ich hatte Brummen im Kopf. Außerdem schmerzten mir meine Schienbeine. Da es in der Zelle dunkel war, konnte ich die Täter nicht erkennen.« Seinem Genossen Christoph Koll erklärte er eindeutig, »daß der Überfall von der SA gemacht wurde«.²⁹

In Börgermoor standen dann auch Kommunisten mit Mierendorff und dem ehemaligen sozialdemokratischen Innenminister Hessens, Wilhelm Leuschner, in einem freundschaftlich-kameradschaftlichen Verhältnis. Ebenso wurden sie in der Lichtenburg »mit der Zeit unsere besten Kameraden und Freunde«. Vor allem Leuschner begegneten die kommunistischen Häftlinge mit Achtung und Vertrauen, die aus einer aufrechten und solidarisches Gesinnung resultierten. Nach vielen Diskussionen, die sich für beide Seiten als lehrreich erwiesen, anerkannten er und Mierendorff, daß 1918 ein gemeinsamer Weg notwendig gewesen wäre, um der deutschen Arbeiterklasse und dem deutschen Volk Tränen und Blut zu ersparen. Während Leuschner zunehmend die Verständigung und Aktionseinheit der Arbeiterbewegung vertrat, wollte sich Mierendorff nicht auf politische Zukunftsvorstellungen festlegen.³⁰

In dem Lager in den Bremer Auswandererhallen zögerte der KPD-Bürgerschaftsabgeordnete Hermann Prüser zunächst, mit dem ehemaligen Chefredakteur der Bremer SPD-Zeitung und Reichstagsabgeordneten Alfred Faust zu sprechen, hatte der doch in seinem Blatt und bei Veranstaltungen die Kommunisten beschimpft. Doch Prüser überwandt sich, wie er berichtete: »Ich bin dann zu Faust gegangen, habe ihn begrüßt und mich zu ihm gesetzt. Ja, sagte er, wer hätte das gedacht! Ja,

28 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Börgermoor, Nr. 69, Bl. 11; *Als sozialdemokratischer Arbeiter* ..., S. 64f.; *Gegen Imperialismus* ..., S. 30f. (Bericht von Karl Horn).
29 ZStA Potsdam, Film 18 159; Grünwald, S. 44 u. 47. — Die

Verleumdung wird auch dadurch nicht wahr, daß man sie weiter kolportiert (Werner, S. 175).
30 Langhoff, S. 200; Wiesner, S. 290f.; Kurt Finker, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978, S. 84 u. 128.

27 *Als sozialdemokratischer Arbeiter* ..., S. 12 u. 38ff.; Langhoff, S. 196f. u. 142; Mitteilungen ... v. 23. 6. 1934, S. PG 51; *Der Gegen-Angriff* v. 14. 4. 1934.

sage ich, und warum kommen wir hierher? Weil wir uns nicht gewehrt haben, Alfred. Ja, von selber kommt das nicht, und darum haben die Faschisten uns jetzt eingesperrt, und dich haben sie zusammengehauen ... eine Lehre muß sein, Alfred: Wenn wir hier wieder rauskommen, dann dürfen wir nicht weiter gegeneinander kämpfen, dann müssen wir eine Aktionseinheit bilden und nicht gegeneinander kämpfen, wie wir es immer getan haben in der Vergangenheit. Er hat mir Recht gegeben.« Ähnlich bemühte sich der Angehörige der »Roten Kämpfer«, Albert Flachmann, um sozialdemokratische Mithäftlinge: »Einer der »Neuen« war der SPD-Genosse Herzog, der immer bereit für ein vorsichtiges Gespräch war. Wir spazierten auf dem Hof auf und ab. Der Posten am Eingang war schläfrig. Aus dem Vernehmungszimmer schaute auch niemand heraus. Ich wollte alles Gesagte in einem Satz zusammenfassen: »Die Arbeiterbewegung muß radikal von vorn anfangen.« Herzog stimmte mir entschieden zu. Alfred Faust, der sich genähert hatte, nickte.« Allerdings wirkte bei Faust die Einsicht nicht. Denn im August trat er im Bremer Naziblatt gegen Meldungen über das Lager in der holländischen Presse auf und meinte, immer noch Häftling, im Oktober in der NSDAP-Zeitung, Widerstand gegen die Naziregierung sei sinnlos.

Diskussionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten fanden desgleichen im KZ Erfurt statt, wo meist SPD-Mitglieder anregten, über den bisherigen und künftigen Weg, vor allem über die Diktatur des Proletariats zu sprechen. Dabei stellte sich ein gemeinschaftliches Verhältnis her. In Sonnenburg drehten sich die Aussprachen um die Einheit der Arbeiterklasse und um die verpaßte Möglichkeit, den Faschismus zu verhindern. Ein Teil der SPD-Mitglieder äußerte, dabei hätte ihre Parteiführung größere Fehler als die KPD gemacht. In Oranienburg erwarb Maximilian Trauselt, Mitglied der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD, das Vertrauen des Sozialdemokraten Alfred Braun, als er ihm die Notwendigkeit darlegte, gegenseitig Solidarität zu üben. Braun versicherte: »Alle Schikanen und Schläge seitens der SA und der Lagerleitung will ich ertragen. Die Hauptsache ist, wir Häftlinge stehen zusammen.« Im Oranienburger Außenlager Elisenau gab es Auseinandersetzungen mit dem Berliner SPD-Vorsitzenden Franz Künstler, in denen trotz Meinungsverschiedenheiten das Erfordernis hervortrat, den Faschismus geeint zu schlagen. Schon vorher, im Polizeigefängnis Spandau, hatten Kommunisten mit Künstler über die sozialdemokratische Ablehnung der proletarischen Einheitsfront diskutiert. Bei der Freistunde äußerte er gegenüber Hermann Duncker: »Die Hauptsache ist, daß jetzt keine Fehler mehr gemacht werden; der schlimmste aber wäre, wenn wir nichts aus ihnen lernten und den alten Tratsch fortsetzen würden.« In der Lichtenburg diskutierte der Kommunist Rudolf Schmidt mit dem SPD-Abgeordneten Albert Bergholz, mit dem er in einer Zelle lag. Gleichmaßen erinnerte sich das ehemalige Mitglied einer KPD-Unterbezirksleitung, Kurt Günther, an Er-

gebnisse der Diskussionen in der Lichtenburg: »Ob Kommunist, Sozialdemokrat oder parteiloser Kumpel, alle waren in den geführten und abgesicherten Gesprächen darin einig, daß aus den gemachten Fehlern der Arbeiterklasse die einzig richtigen Lehren zum Zusammenschluß aller Antifaschisten gezogen werden müssen, wenn der Faschismus in Deutschland verschwinden soll.« Aus Hohnstein bestätigte ein Sozialdemokrat, daß KPD- und SPD-Mitglieder einmütig gegen den Faschismus zusammenstanden. Ein anderer Gefangener ergänzte, daß dort nicht nach der Parteizugehörigkeit gefragt wurde, und sah darin den »Anfang der Einheit der Arbeiterklassen«.

Aus Börgermoor umriß Karl Schabrod, wie vordergründig manche Sozialdemokraten das Naziregime betrachteten. Sie meinten: »Wenn das Volk hierüber Bescheid wüßte, über die Schikanen, den Terror der SS usw., und wenn es dann freie Wahlen gäbe, dann wären die Nazis weg vom Fenster. Ich sagte daraufhin: Das sind doch Illusionen und Fehleinschätzungen. Ihr seht den Hitler und ihr seht den Göring, aber ihr seht nicht, welche Kräfte dahinterstehen und was für materielles Interesse dahintersteckt, das sind doch Industrie- und Finanzkräfte. Daraufhin sagten sie immer: Ach, ihr Kommunisten, immer dasselbe! Wir waren uns darin nicht einig, wohl aber im Widerstand gegen die Nazis.« In Esterwegen diskutierten Kommunisten wie Arthur Wyschka im Sommer 1933 mit dem früheren Regierungspräsidenten von Oberschlesien, Hermann Lüdemann, dem ehemaligen Oberbürgermeister von Breslau, Karl Mache, und dem Reichsbannerführer Hans Alexander über die sozialdemokratische Politik, »die uns zum Faschismus führte«, und warum »wir heute gemeinsam die Zuchthäuser und KZ füllen«. Die Aussprachen gingen um »Grundfragen«, beispielsweise »über die Rolle einer revolutionären Partei, über Demokratie und Diktatur des Proletariats. Die tragische Entwicklung der sozialdemokratischen Partei von 1914–1918, die Fortsetzung der Politik nach Ausgang des I. Weltkrieges bis zur Machtübernahme durch den Faschismus war der Diskussionsstoff, mit dem wir uns auseinandersetzten. Der wütende und brutale Terror im Lager brachte auch die sozialdemokratischen Genossen zur Besinnung. Sie anerkannten ihre Fehler und stimmten in den grundsätzlichen Fragen mit uns überein.« Lüdemann bejahte sogar »die Rolle der Diktatur des Proletariats«.

Ein differenzierteres Bild der langwierigen Aussprachen und ihrer Ergebnisse ergab sich einem Häftling vom Heuberg. Bei den Diskussionen stellte er drei Gruppen von Sozialdemokraten fest: eine, die ganz an die Seite der Kommunisten trat, eine andere, die beklagte, die Demokratie wäre nicht stark genug gewesen und die in einer neuen Republik die Fehler der vorangegangenen vermeiden wollten, und schließlich die, welche gänzlich den Glauben an den Sozialismus aufgegeben hätte.³¹

31 Wollenberg, S. 127, 124, 91 u. EA 1222; Herz und Gedanken 93; ZPA, V 241/7/49, EA 670 u. ... S. 35; Bezirksparteiarchiv

Wohl zu einer vierten Gruppe gehörten Funktionäre wie Gerhart Seger, der sich über unkameradschaftliches Verhalten der Kommunisten in Oranienburg entrüstete, oder SPD-Mitglieder wie Fritz Ecker, Willi Harder, Otto Meinel und Wenzel Rubner, die sich für Dachau, Sonnenburg und Sachsenburg darüber verbreiteten.³² Sie und der ihre Berichte publizierende Verlag beharrten offenkundig trotz der neuen Situation und Erfahrungen auf der eingeschliffenen Politik der SPD-Führung. Damit leisteten sie, ungeachtet des sonstigen aussagekräftigen Gehalts ihrer Schriften, der antifaschistischen Sache keinen Dienst. Nico Rost, ein holländischer Kommunist, der in Oranienburg inhaftiert gewesen war, trat Segers Einseitigkeit und Verleumdungen entgegen, indem er die selbst erlebte »vorbildliche Kameradschaft ohne Parteiunterschied« und den dadurch verstärkten Kampfegeist darlegte.³³

Ähnlich wie bei den SPD-Funktionären versuchte die Kommandantur von Börgermoor die proletarischen Häftlinge gegen den preußischen Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtsiefer von der Zentrumsparterie zu hetzen. Unverhohlen forderte sie auf, ihn nachts zusammenzuschlagen. Zwar mußte er Vorwürfe wegen seiner demagogischen, die Arbeiter benachteiligenden Sozialpolitik einstecken. Doch der Stubenälteste, Karl Schabrod erklärte: »Wer sich an Hirtsiefer die Hände schmutzig macht, beschmutzt die proletarische Ehre und wird nicht mehr als Genosse betrachtet.« Und zu Hirtsiefer gewandt: »Du bist hier als Gefangener, aber du kannst nicht erwarten, daß wir dich jetzt hier als Genossen betrachten, wo du uns jahrelang das Brot fortgenommen hast. Von uns, von den Arbeitern, wird dir nichts passieren.« Schabrod und seine Kameraden setzten sich dafür ein, daß Hirtsiefer in die Wäscherei kam und nicht ins Moor mußte.³⁴ In Dachau sollte auf gleiche Art der katholische Politiker Alois Hundhammer den Häftlingen ausgeliefert werden. Doch auch hier entschieden sie: »Was wir mit Hundhammer auszumachen haben, machen wir außerhalb des Lagers mit ihm aus.« In der Haft verkehrten sie kameradschaftlich und diskutierten ständig mit ihm. Hundhammer, so vermerkte ein zeitgenössischer Bericht, bedankte sich bei seiner Entlassung im September 1933 dafür ausdrücklich bei den Kommunisten. Christen in anderen Lagern gliederten sich ohne Vorbehalte in die solidarische Gemeinschaft ein, wie ein Sozialdemokrat aus seinen Erlebnissen in drei Konzentrationslagern verallgemeinerte: »Kommunisten, Sozialdemokraten, christliche Sekretäre, Geistliche usw. bildeten bald ein Ganzes und gaben sich gegenseitig Halt in der Gefangenschaft.« Das Zusammen-

gehörigkeitsgefühl der aus politischen Gründen eingesperrten förderte und vertiefte, daß politische Häftlinge gegen die antisemitische Hetze der Nazis angingen, beispielsweise der Journalist Axel Eggebrecht im KZ Hainewalde.³⁵

Häftlingsfunktionen

Die Gemeinschaft festigte sich weiter, als politische Häftlinge und illegale Leitungen es verstanden, entschlossene und zuverlässige Kameraden in wichtige Funktionen des Lagerbetriebes zu lancieren. Wie in Börgermoor wählten in der Esterwegener Baracke 5 die Insassen ihre Vertreter selbst, darunter als 2. Barackenältesten den katholischen Jugendfunktionär Paul van Leven. In Bremen setzte sich Georg Buckendahl als Lagerältester für die Gefangenen ein. Unter anderem gelang es ihm, dem Polizeipräsidenten Laue zu zeigen, wie der SPD-Funktionär Faust nach schlimmen Mißhandlungen aussah. In Sonnenburg konnten in kurzer Zeit übernommen werden: die Funktion des Sekretärs des Verwaltungsdirektors, woraus eine Kenntnis des Schriftwechsels resultierte, des Lager-, die von Flügel- und Stationsältesten, zum Beispiel durch Wilhelm Kasper und Ottomar Geschke, die Material- und Geräteverwaltung, das Revier, die Küche und die Handwerkerkompanie, was stärkere Hilfe für die Häftlinge ermöglichte. Auch in anderen Lagern ließen sich der Arbeitseinsatz beeinflussen und schwächere Gefangene an leichtere Arbeitsplätze bringen.³⁶ In Sachsenburg bekleideten Kommunisten die Stellung der Truppaltesten. Sie leiteten Arbeitskommandos, stellten den Lagerältesten und konnten dabei die Gemeinschaft festigen. Ein Kommunist saß auch in der Sachsenburger Schreibstube. Von dort flossen nicht nur Informationen. In einem Ausnahmefall verstand er sogar durch ein Telefongespräch, das er angeblich als Kommandanturangehöriger führte, Entlassungen zu erwirken, darunter die eines Häftlings, dem Gestapo-Vernehmungen bevorstanden, denen er sich so durch Emigration entziehen konnte.³⁷ In Hohnstein informierten Burg- und Hausälteste sowie Häftlinge in der Schreibstube nicht nur die illegale Leitung über Interna der Lagerführung, sondern schafften auch Gefangenenakten beiseite. In Dachau wehrte als erster sogenannter Arbeitsfeldwebel Josef Zäuner seit Juli Schikanen und Mißhandlungen an Häftlingen ab. Deswegen wurde er Anfang August 1933 für Monate in den Bunker geworfen und dort geschlagen. In gleicher Weise setzte sich unter anderem der Kommunist Gröner als Feldwebel der 10. Gefangenenkompanie Dachaus solidarisch ein. Im Frauenlager Moringen übertrug der Direktor Anfang 1934 Rita

Halle der SED, V/5/511; Urban, S. 229; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Hohnstein, Nr. 1/1, Bl. 296; Das Lied..., S. 14f.; Suhr, S. 149; ZPA, EA 1292; Der Gegen-Angriff v. 1. 8. 1933.
32 Seger, S. 39f.; Ecker, S. 39f.

u. 45ff.; Rubner, S. 67; Harder, S. 132; Meinel, S. 162.
33 Der Gegen-Angriff v. 24. 2. 1934.
34 Langhoff, S. 178ff.; Als sozialdemokratischer Arbeiter..., S. 32; Schmidt, Lichter..., S. 352.

35 Behning, S. 24; ZPA, I 2/3/45 u. EA 999; Eggebrecht, S. 280.
36 Mainz, S. 420; Lange, Son-

nenburg, S. 11f.; Sägebrecht, S. 212; Billstein, S. 45.
37 Das Lied..., S. 14f., 30 u. 58f.

Sprengel die Verantwortung für Ruhe und Ordnung, die Sauberkeit in den Häftlingsräumen und die Essenausgabe, was allen inhaftierten Frauen nutzte.³⁸

Proteste

Gestützt auf die errungenen Positionen und die dadurch gestärkte illegale Organisation und gefestigte Lagergemeinschaft wagten politische Häftlinge auch Proteste. In Nohra erreichten sie dadurch eine Veränderung der katastrophalen hygienischen Verhältnisse. In Börgermoor sandten sie eine Delegation zum Kommandanten, die die Aufhebung des Rauchverbotes erreichte. Dort beschwerten sich auch die Stubenältesten bei einer Kommission über die Ernährung, den unzureichenden Postverkehr, die Verhältnissen im Krankenrevier, die Arbeitsfron und die Mißhandlungen. Wilhelm Leuschner schloß sich diesen Protesten an. Das war möglicherweise bei der Besichtigung, von der der Gestapo-Chef Diels als »Ungewohntheit« festhielt, daß »einige Sprecher der Gefangenen »loslegten«. Sie beklagten sich nicht nur über das Essen, sondern ließen auch durchblicken, daß sie Mißhandlungen ausgesetzt seien.«³⁹

Gegen die Torturen richtete sich, angeregt von der illegalen Leitung in Börgermoor, die tägliche Meldung der Stubenältesten, daß und wieviele Häftlinge geschlagen worden waren. Karl Schabrod berichtete: »Über ein nächtliches Eindringen in den Schlafrum und die anschließenden Mißhandlungen verfaßte der Stubenälteste einen schriftlichen Bericht an den Lagerkommandanten. Das entschlossene Auftreten der Häftlinge bewirkte innerhalb von zwei bis drei Monaten, daß die Schläge und Tritte und täglichen Schikanen fast ganz aufhörten und die Zahl der SS-Schläger von etwa 120 am Anfang auf sechs, auf fünf und schließlich auf vier reduziert werden konnte.« Als in Dachau Kommunisten Mißhandlungen entgegenzuwirken suchten, vermerkte ein Sozialdemokrat: »Nach langer Zeit wollte in uns wieder das Gefühl aufkommen, wir seien doch nicht ganz entrechtet, ganz schutzlos.«⁴⁰ In anderen Lagern protestierten — wie schon erwähnt — Insassen durch Schmährufe und Gesang gegen Mißhandlungen.

Kampfbewusstheit für und gestützt auf das Kollektiv der politischen Gefangenen bezeugte gleichfalls Rudolf Rafoth im April im Bremer Lager Mißler, als er versuchte, den Polizeipräsidenten auf die Drangsaliierungen aufmerksam zu machen. Als dann der Anarchosyndikalist Johann Oschasch durch seine Frau einem Oberstaatsanwalt blutige Wäsche überbringen ließ, verlangten der Jurist und ein Polizeimajor, Beschwerden einzureichen. Der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete der

KPD Albert Krohn berichtete daraufhin über die Zustände, weswegen er danach aus dem Lager abgeführt wurde. Doch meinten Häftlinge, seine Mitteilungen hätten zur Ablösung der SS in diesem Lager beigetragen.⁴¹

Solidarität und eine geschlossene Führung bildeten die Voraussetzung, um sich durch Hungerstreiks gegen das Lagerregime zu wenden. Mit diesem traditionellen Kampfmittel von Inhaftierten wiesen Gefangene in Börgermoor schlechtes Essen zurück. In Hainichen erreichten Häftlinge Mitte April nach drei Tagen ebenfalls, daß sich die miserable Verpflegung verbesserte. In Wittmoor protestierten in dieser Weise die Gefangenen auf Initiative Helmuth Warnkes gegen die Wassersuppen, die aus der Justizhaftanstalt Glasmoor kamen. In Bremen organisierte Albert Oltmanns mit anderen einen Hungerstreik, als unter anderem der Sozialdemokrat Faust erneut mißhandelt wurde. In Moringen verweigerten am 22. Juni alle 340 Gefangenen das Essen, bis, wie der Landrat von Northeim nach Berlin meldete, »a) die wegen Arbeitsverweigerung in Einzelhaft genommenen (fünf — d. Verf.) Häftlinge freigelassen wären, b) ihnen eine schriftliche Verfügung vorgezeigt würde, daß sie zur Arbeit verpflichtet sind«. Der Landrat bezichtigte als Initiatoren 15 aus dem Regierungsbezirk Osnabrück stammende Gefangene, die schon dort einen Hungerstreik geführt hätten. Sie seien als besonders gefährliche Kommunisten bekannt. Im Verlauf des Streiks forderten die Moringen Häftlinge besseres Essen, wöchentlichen Wäschewechsel, Bezahlung der Arbeit sowie sofortige Weiterleitung von Beschwerden und Entlassungsgesuchen. Nachdem alle Drohungen und Repressalien des Lagerkommandanten — ein Polizei-offizier — nichts fruchteten, befahl der Regierungspräsident von Hannover, das Wasser abzusperren, was am 24. Juni geschah. Tags zuvor und am selben Tag waren jeweils fünf Gefangene, am 25. Juni ein weiterer Häftling zusammengebrochen. Trotzdem hielten die anderen Streikenden durch, bis am 26. Juni die Gewalthaber einlenkten und der Kommandant den Stubenältesten die Entlassung der Arrestanten, Fettzulage und Wäschewechsel zusagte. In München-Stadelheim verständigten sich die weiblichen Schutzhäftlinge, in den Hungerstreik zu treten, wenn Emma Stenzer nach der Ermordung ihres Mannes in Dachau nicht freikäme. In der Lichtenburg verweigerten — angeregt von der illegalen Leitung — die politischen Gefangenen im Sommer das Mittagessen, um gegen die besonders schlimme Mißhandlung eines neueingelieferten, noch sehr jungen Häftlings zu protestieren. Trotz Essenentzug und anderer Repressalien verstärkte sich dadurch ihr Zusammengehörigkeitsgefühl. Im Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen trat Willy Spicher für einen Hungerstreik ein, zumal Besuche von Angehörigen, Post- und Paketempfang untersagt wurden. »Als in diesem Zusammenhang von einem Naziwärter ein Häftling miß-

38 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Hohnstein, Nr. 1/1, Bl. 231 u. 290; *Richardi*, S. 156ff.; Bericht Sprengel.
39 ZPA, EA 460; *Langhoff*,

S. 128f. u. 219f.; *Diels*, S. 260.
40 *Karl Schabrod*, *Widerstand an Rhein und Ruhr 1933–1945*, Düsseldorf 1969, S. 53; *Rubner*, S. 64.

41 *Wollenberg*, S. 128.

handelt wurde«, erinnerte er sich, »brach ein Proteststurm los. Alle politischen Häftlinge donnerte gegen die Zellentüren. Das wurde von der damaligen Politischen Polizei als Meuterei bezeichnet.« Sie ließ Spicher als Rädelsführer nackt in Dunkelarrest stecken. Weinnachten 1933 griffen die Sachsenburger zum Hungerstreik, weil die Predigt eines Nazi-Geistlichen einen Kameraden zum Selbstmordversuch trieb.⁴²

Protest wie Verbundenheit bezeugten Spandauer Schutzhäftlinge, als sie erfuhren, daß ein Transport von Mitgefangenen nach Sonnenburg abging. Am Vorabend sangen sie für ihre Kameraden ein Kampflied gegen die Nazis, in dem die Worte vorkamen: »Die Tore werden aufgemacht«, und die »Internationale«. Anklage und Ausdruck der Solidarität bedeuteten auch das von der illegalen Leitung in Sonnenburg initiierte Antreten, als ein kriegsbeschädigter Arbeiter ermordet worden war, oder der freiwillige stumme Appell der Häftlinge in Sachsenburg, als am 12. November ein umgebrachter Mitgefangener zur Beerdigung gefahren wurde. In Börgermoor wie in Hohnstein legten politische Häftlinge bei Mordtaten ihre Trauer und ihre Anklage in das Lied »Ich hatt' einen Kameraden.«⁴³

Auf andere Art fand in Fuhlsbüttel in einem Gefangensaal das Gedenken für das am 6. November in Untersuchungshaft ermordete Mitglied des Zentralkomitees der KPD, Friedrich Lux, statt. »Der Gegen-Angriff« vom 24. März 1934 berichtete darüber: »Ein großer Hafenarbeiter steht auf. Die Uhr in der Hand, sagt er ganz langsam: ›... Es ist zwölf Uhr, Genossen! Alle erheben sich von ihren Plätzen. Alle haben die Hände zu Fäusten geballt. Unbeweglich sind ihre Gesichtsmuskeln. Dann sagt dieselbe tiefe, feste Stimme: ›Wir denken an denselben, wir denken nicht nur an ihn. Wir denken an alle. Wir vergessen keinen. Wir vergessen nichts... Sie sind gestorben, wie sie gelebt haben. Wir haben ihre Bilder hier drinnen, so fest, daß sie uns keiner herausreißen kann. Es wird nichts umsonst sein.‹«

In einigen Konzentrationslagern fanden ebensolche Gedenkminuten für die am 20. Juni 1933 verstorbene Clara Zetkin statt. In dem KZ Ankenbuck faßte der Abgeordnete Kurt Hilbig »den Entschluß, eine Toten-Ehrung vorzunehmen. Am 22. 6. um 12 Uhr, als alle 105 Häftlinge an den Tischen saßen und der Wachtposten unseren Raum für kurze Zeit verlassen hatte, erhob ich mich und sagte in gedämpften Ton: ›Genossen, Clara Zetkin ist tot; wir wollen sie ehren, indem wir uns von den Plätzen erheben.‹ Wie ein Mann erhoben sich alle — kurzes Schweigen — ich dankte, und alles setzte

sich wieder.« Hilbig wurde danach verraten und mußte Mißhandlungen und schweren Arrest ertragen. In Colditz sprachen aufgrund einer Beratung die jeweiligen Stubenältesten einige Gedenkworte, worauf sich die Häftlinge eine Stunde lang schweigend auf ihren Strohsack legten. Und in Sachsenburg wurde an den Arbeitsplätzen mit Ansprachen und einem zweistündigen Schweigen der Verstorbenen gedacht.⁴⁴

Nachdem in Sonnenburg Häftlinge von der ersten Hinrichtung deutscher Kommunisten am 1. August in Hamburg erfahren hatten, entblößten sie ihr Haupt, und die Lagerkapelle spielte einen Trauermarsch. Wahrscheinlich auf dieselbe Untat bezog sich in Kislau der Entschluß, daß die dortigen Kommunisten nach dem Abendessen einige Minuten schweigend sitzen blieben. Die anderen störten ihr Gedenken nicht. Der Kommandant warf darauf einen Gefangenen in den Bunker und verhängte Kollektivstrafen.⁴⁵ Als nach Börgermoor die Nachricht drang, daß am 30. November in Köln sechs Todesurteile an Kommunisten vollstreckt worden waren, erhoben sich die Häftlinge spontan von den Plätzen und einigten sich, »anderntags beim Auszug zur Arbeit das Lied ›Ich hatt' einen Kameraden‹ zu singen. Wie beschlossen, so getan. Als die Moorkolonne — mit 800 Mann die größte — aus dem Lager schritt, ging das Fenster vom Lagerkommandanten auf. Er brüllte: ›Aufhören!‹ Jetzt stimmte unsere Kolonne das Lied ›Morgenrot‹ an. Der Lagerkommandant schrie daraufhin aus dem Fenster: ›Ich weiß jetzt, woran ich bin!‹ Danach wurde uns das Singen verboten. Die Moorkolonne sang nicht und zog schweigend ins Moor. Als wir nach Feierabend ins Lager marschierten, wurden wir von der SS aufgefordert, ein Lied zu singen. Die Moorkolonne stimmte das ›Moorsoldatenlied‹ an. Die SS verbot das Lied und befahl uns, ein von ihr bestimmtes Lied zu singen. Doch die Moorkolonne zog schweigend ins Lager.« In Brauweiler vereinbarten die eingesperrten Frauen anlässlich der Kölner Untat Schweigen bei der Arbeit, beim Essen, beim Hofrundgang und gegenüber den Aufseherinnen.⁴⁶ In Roßlau verweigerten die Gefangenen den befohlenen Gesang, als sie hörten, daß in Dessau am 16. Januar 1934 zwei ihrer Kampfgefährten hingerichtet worden waren. Sie trotzten auch der Gewaltanwendung. »Alles das konnte uns nicht daran hindern«, faßte August Baumgarte über solche Bekundungen zusammen, »unsere solidarischen Willen zum Ausdruck zu bringen und die Verbundenheit mit unseren Brüdern offen zu demonstrieren. Viele Male

42 *Der Gegen-Angriff* v. 14. 4. 1934; ZPA, EA 10; Klawe u. a., S. 44; Wollenberg, S. 127; *Hitlers Machtergreifung 1933*. Vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegung des Einparteienstaates 14. Juli 1933, hg. von Josef u. Ruth Becker, München 1983, S. 354f.; *KZ Moringen*, S. 13;

Die neue Weltbühne v. 9. 7. 1936; Elling, S. 106; Arch. Lichtenburg, Nr. 251; *Leidigkeit* u. a., S. 114; *Das Lied*..., S. 19. 43 Wiesner, S. 204; *Das Lied*..., S. 33; Langhoff, S. 176ff.; *Der Gegen-Angriff* v. 14. 4. 1934; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Hohnstein, Nr. 1/1, Bl. 239.

44 *Verfolgung, Widerstand, Neubeginn in Freiburg 1933–1945*. Eine Dokumentation, hg. von der VVN/Bund der Antifaschisten, Kreis Freiburg, Freiburg i. B., o. J., S. 79; ZPA, I 2/3/45, St 62/2/29 u. EA 10; *Das Lied*..., S. 14 u. 33. 45 ZPA, EA 335; *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* v. 16. 11. 1933; Fritz Salm, Im Schatten des Hen-

kers, Widerstand in Mannheim gegen Faschismus und Krieg, Frankfurt/M. 1979, S. 53; Marum, S. 90. 46 Karl Polix/Herbert Wils/Matthias Jung, Rote Sirene. Streiflichter der Gevelsberger Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes im Ennepe-Ruhr-Kreis/Süd, o. O., o. J., S. 64; Schabrod, S. 29.

sollten wir noch später mit diesem Lied (vom guten Kameraden – d. Verf.) von der Arbeit einmarschieren. Immer trugen wir dann einen Toten mit ins Lager zurück, der bewußt und mit Überlegung von Naziwachen umgebracht worden war. Das Lied vom guten Kameraden einte uns gegen die Nazis, es einte uns im Lager, einte uns mit allen Antifaschisten in den anderen Lagern.«⁴⁷

Im gleichen Geist und mit gleichem Zweck begingen die Häftlinge Gedenktage. Am 1. Mai 1933 schmückten beispielsweise die weiblichen Gefangenen in Gotteszell den Tisch mit Blumen und einem Stück roten Stoff und sangen leise:

»Und sperrt man mich ein in finstern Kerker,
sind alles doch rein vergebliche Werke,
denn meine Gedanken
zerreißen die Schranken
und Mauern entzwei –
die Gedanken sind frei.«

Im KZ Erfurt erfuhren die Häftlinge, daß sie am 1. Mai auf Lastwagen über das Land gefahren und zur Schau gestellt werden sollten. Die illegale Leitung beschloß daraufhin einen 24-stündigen Hungerstreik, der ungeachtet der Repressalien die Nazipläne durchkreuzte. In den KZ Bremen-Mißler, Moringen, Zschorlau und Zwickau-Osterstein wurden die Insassen gezwungen, den Umzug zu beobachten oder mitzumachen. Doch richteten sie dabei gerade in Zwickau Beweise der Verbundenheit aus der Bevölkerung oder bei Mißler die nachfolgende politische Diskussion auf.

Ein Jahr später, am 1. Mai 1934, äußerte sich die Ungebrochenheit der politischen Häftlinge im KZ Oranienburg im Gesang der »Internationale«. Die daraufhin für 14 Tage über das Lager verhängte Postsperrung ertrugen sie mit Stolz. Als an diesem Tag die 470 Sachsenburger Gefangenen durch das benachbarte Frankenberg ziehen mußten, sangen sie »Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!« und »Wann wir schreiten Seit' an Seit'«. Bodo Ritscher berichtete darüber: »Dieser Marsch war noch lange Zeit Gesprächsstoff in Frankenberg. Wir selbst fühlten uns gestärkt nach dieser erfolgreichen, wirkungsvollen Demonstration, die wir durch die Dummheit der Nazis legal durchführen konnten. Von diesem 1. Mai-Marsch 1934, durchgeführt von KZ-Häftlingen, erfuhr auch die Weltöffentlichkeit. Der Genosse Hugo Gräf, ebenfalls in Sachsenburg gefangen (gewesen – d. Verf.), schrieb über diesen gelungenen Mai-Marsch einen Artikel, der im Monat Mai 1936 in der in Prag gedruckten Zeitschrift »Weltbühne« veröffentlicht wurde.«⁴⁸

Wie die politischen Häftlinge im Emslandmoor den 16. Jahrestag der Oktoberrevolution gestalteten, gehörte zweifellos zu den Höhepunkten bei den Gedenktagen in

den Konzentrationslagern im Jahre 1933. Nach außen abgesichert, drängten sich in Börgermoor die Gefangenen abends um den Tisch in der Baracke, an dem täglich aus der Zeitung vorgelesen wurde. Einer von ihnen begann mit dem fast nicht mehr benutzten Wort Genossen seine Ansprache. Die Situation in Deutschland und die Lage der Häftlinge umreißend, hob der Redner hervor, daß auch ihr Kampf im Sozialismus münden werde. Revolutionäre Gedichte und proletarische Kampflieder umrahmten die kurze Feier, die in ähnlicher Form in allen zehn Baracken des Lagers stattfand. Genauso versammelten sich die Kommunisten und von ihnen eingeladene Sozialdemokraten in Esterwegen. Hier machte ein Text die Runde, der aufforderte, dem Beispiel der Sowjetunion zu folgen und die im Kampf Gefallenen zu ehren. Entsprechende Verse und Lieder umschlossen knappe Worte des Gedenkens und des Appells, im Kampf nicht nachzulassen. Ähnlich bestärkte die Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Feier Anfang 1934 die politischen Gefangenen in Börgermoor.⁴⁹

Kraftgewinn

Mut und Siegeszuversicht schöpften KZ-Häftlinge zur gleichen Zeit aus der Haltung Georgi Dimitroffs im Reichstagsbrandprozeß. In der Lichtenburg beabsichtigte die SS-Lagerleitung, den Auftritt Görings vor dem Reichsgericht für ihre Zwecke zu nutzen. Sie ließ alle Gefangenen in einen Saal führen, um die Rundfunkübertragung anzuhören. Doch wurde daraus »eine große Pleite für die Lagerführung«, wie sich Kurt Günther erinnerte. »Spitzten die Genossen schon die Ohren, als Genosse Dimitroff den Göring auf seine Ausfälle gegen die Sowjetunion fragte, ob ihm bekannt sei, daß tausende deutscher Arbeiter durch die Aufträge der Sowjetrepublik schon jahrelang Arbeit und Brot erhielten . . ., so kam es unter den Genossen zu Unruhe, Geflüster und Gelächter, als Genosse Dimitroff sagte: »Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen?« Die Übertragung wurde sofort abgebrochen, und ab ging es im Laufschrift in die Säle.« Die Wirkung der Dimitroffschen Haltung beschrieb Fritz Traskowski: »Für uns, die Häftlinge, wurde die Überlegenheit Dimitroffs von Tag zu Tag offensichtlicher . . . Mir war es damals zumute, als sei alles leichter zu ertragen«. Dimitroffs Auftreten »gab neue Kraft und Siegeszuversicht, bestätigte die Richtigkeit unseres Kampfes gegen Faschismus und Kriegsgelahr und lehrte, wie sich ein Antifaschist in den Händen seines Klassenfeindes zu verhalten hat.« In Gotteszell diskutierten die inhaftierten Frauen eifrig darüber, wie Dimitroff sich und die kommunistische Sache verteidigte. In Colditz las der Revierälteste jeden Abend die Zeitungsberichte vor, die die Häftlinge mit Spannung

47 Engelmann, S. 47; Perk, S. 60.
48 Schätzle, Stationen . . . ,
S. 26; ZPA, V 241/7/58; Burger,
S. 34f.; Wollenberg, S. 121 u.

123; Mlynek, S. 47; *Gegen Imperialismus* . . . , S. 46f. (Bericht von Willi Ruf); *Das Lied* . . . , S. 35ff.

49 Bezirksparteiarchiv Halle der SED, V/5/511; *Leidigkeit u. a.*, S. 172; *Der Gegen-Angriff* v.

7. 11. 1934; Langhoff, S. 209ff.; Bericht aus Esterwegen im Besitz d. Verf.; ZPA, EA 1337.

und Sympathie für Dimitroff aufnahmen. In Sachsenburg setzten die Truppältesten durch, daß sie außer Nazi-blättern bürgerliche Zeitungen abonnieren und sich daraus über das Leipziger Verfahren orientieren konnten.⁵⁰ In Börgermoor warteten die Gefangenen ungeduldig auf die nächste Zeitung. Schließlich wurde in jeder Baracke einer zum Vorleser bestimmt, so daß 100 Häftlinge gleichzeitig von Dimitroff hörten. Manchmal ließ sich ihr Enthusiasmus nicht mehr zügeln. Einer von ihnen berichtete: »Als der Prozeß lief, bildeten sich in allen Baracken Dimitroff-Zirkel. An der Baracke 10 hatten die SS gelauscht. Ein Häftling rief in der Begeisterung: »Hoch Dimitroff!« Das hörte die SS-Bewachung. Die ganze Baracke mußte heraustreten. Nun forderte die SS erneut auf, der Rufer solle sich melden. Der Stubenälteste Karl Schabrod... trat allein hervor. Allen Kameraden wurden die Haare kurz geschoren. Sie kamen in die Arrestbaracke.« Außerdem riß fortan die Lagerzensur die Prozeßberichte aus den Zeitungen heraus. Dennoch konnten die Gefangenen nicht davon abgehalten werden, aus Dimitroffs Auftreten ihren Widerstandswillen zu stärken. Einer von ihnen meinte, daß die illegale Leitung wohl das Vorbild Dimitroff nutzte, um zielstrebig auf die antifaschistische Arbeit nach einer Entlassung vorzubereiten.⁵¹

In Sonnenburg verfolgten einige Häftlinge an einem kleinen, durch Bestechung erreichten und heimlich installierten Rundfunkempfänger den Prozeß und informierten darüber die illegale Leitung. Als der ZK-Mitarbeiter Willi Kerff als Zeuge zum Reichstagsbrandprozeß vorgeladen wurde, besprach er abends mit Willy Krop, Walter Stoecker und Erich Wiesner, wie die Politik der KPD vertreten und Dimitroff unterstützt werden könnte. Als Schwerpunkte, die ein Einhängen und ein Vertiefen gestatteten, legten sie unter anderem fest: scharfe Abgrenzung von dem holländischen Anarchisten und dessen Brandanschlag auf das Parlamentsgebäude, die Stellung der KPD zur Politik des internationalen und des deutschen Imperialismus, die Ablehnung und Verurteilung des individuellen Terrors seitens der Partei, Darlegung des von ihr gegen den aufkommenden Faschismus geführten Kampfes. Tatsächlich unterstützte Kerffs Auftreten Dimitroff. Als der Häftling nach Sonnenburg zurückgebracht wurde, war durch die Radioübertragung dort schon seine Aussage bekannt. Die illegale Leitung freute sich mit ihm, daß es trotz Terror selbst aus dem Konzentrationslager gelang, die Politik der KPD zu verteidigen.⁵²

Die aktuellen Ereignisse diskutierten die politischen Häftlinge in den meisten Konzentrationslagern. Als Quelle diente nicht allein die Nazipresse. Vielmehr gelangten auch illegale Schriften zu ihnen, aus denen sie sich über die Politik im antifaschistischen Kampf orientieren konnten. Für Hohnstein legte sie die Widerstandsgruppe Vereinigte Kletterabteilung an vereinbarten Stellen nieder. Arbeitskommandos schmuggelten dann die »Arbeiterstimme«, den »Gegen-Angriff«, die »Arbeiter-Illustrierte-Zeitung«, »Die Rote Fahne«, Flugblätter und -schriften, sogar das »Braunbuch« ins Lager. Nach Sonnenburg gelangte »Die Rote Fahne«.⁵³

Selbst die in Zellen Isolierten erreichten Nachrichten von außen. In München-Stadelheim gelangten über die Wäscherei, in der Centa Beimler arbeitete, Mitteilungen an verschiedene Häftlinge und von ihnen zurück, in das Zuchthaus hinein und aus ihm heraus, darunter Informationen aus Dachau, auch, daß Hans Beimler aus dem Lager geflohen war und das Ausland erreicht hatte. Auf demselben Weg erreichten illegale Schriften die Stadelheimer Häftlinge. In Fuhlshüttel konnte Willi Bredel ein Kristalldetektor mit kleinen Kopfhörern zugesteckt werden. Durch ihn und auf andere Weise erfuhren verlässliche Kameraden von den Beschlüssen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, dem Auftreten Dimitroffs und der Erhebung der Wiener Arbeiter im Februar 1934.⁵⁴

Eine einmalige Form, sich zu verständigen und den Kampfgeist zu stärken, stellte die illegale Herausgabe einer Zeitung dar. Sie entsprach den Haftbedingungen in Gollnow, wo Schutzhäftlinge in Zellen eingeschlossen waren. Ihre Verfasser und Hersteller waren Hans Geffke und Gustav Hartog. Sie gaben dem handschriftlich in zwei Exemplaren angefertigten Blatt den Titel »Fanal. Organ der proletarischen Schutzhaftgefangenen in Gollnow« und datierten es auf April 1933. Ihr Geleitwort erklärte die Absicht, die Einzelhaft zu überwinden und auf den schweren Kampf vorbereiten zu wollen. In diesem Sinne erinnerte der erste Artikel an die bisherigen politischen Gefangenen in Gollnow und deren Haltung vor 1933. Weiter gaben die Verfasser Anregungen, die Einzelhaft zur politischen Weiterbildung zu nutzen, schriftlich über die Strategie und Taktik im illegalen Kampf zu diskutieren und sich durch ein Klopfalphabet zu verständigen. Zwei andere Artikel demaskierten die Nazidemagogie anläßlich des 1. Mai und analysierten die politische Lage und die Ziele des Faschismus. Weiter propagierten die Verfasser den solidarischen Beistand der politischen Gefangenen und gaben Tips zum Umgang mit Wachtmeistern und Kalfaktoren. Ein

50 Lina Haag, Eine Handvoll Staub, Frankfurt/M. 1977, S. 18; Aktenauskunft des IfZ, München v. 4. 12. 1981; Das Lied..., S. 15 u. 30.

51 Der Gegen-Angriff v. 7. 11. 1934; Polixa/Wils/Jung, S. 62.; Perk, S. 60; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Börgermoor, Nr. 69, Bl. 24.

52 Lange, Sonnenburg, S. 14; Wiesner, S. 207; ZPA, EA 1317; Vili Kerff, V sadebnata zala, in: Spomeni za Georgi Dimitrov v tri toma, Sofia 1982, T. 2, S. 106ff.; — Ob Werner Hirsch und Theodor Neubauer, die aus dem KZ Brandenburg ebenfalls zu dem Leipziger Verfahren gebracht wurden und die dort

gleichfalls die Politik der KPD verteidigten, sich vorher beraten konnten, ließ sich nicht feststellen. — Kerff wurde 1937 bis 1940 in der UdSSR eingesperrt. 53 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Hohnstein,

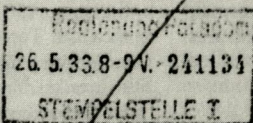
Nr. 1/1, Bl. 231f.; Möhler, S. 24; Das Lied..., S. 14 u. 30; ZPA, EA 1070.

54 Distel, Schatten, S. 29; Willmann, S. 161; Deutsche Zentral-Zeitung v. 10. 9. 1934; Bredel, S. 157 u. 282.

¹²
3278
Geheimes Staatspolizeiamt.

3238
Berlin, den 24. Mai 1933.

best
usgr
W 24
I^{2a} R.



An

alle Herren Regierungspräsidenten.

2597
278
aus
brt
Betrifft: Kommunistische Agitation unter den Schutzhaftgefangenen.

In der Anlage wird eine Schrift überreicht, die unter dem Titel "F a n a l", Organ der proletarischen Schutzhaftgefangenen in Gollnow, unter den Schutzhaftgefangenen in Umlauf gesetzt wurde. Diese Schrift hat einen ausgesprochenen hetzerischen, kommunistischen Charakter und beweist, daß die Funktionäre der KPD. selbst in der Schutzhaft nichts unversucht lassen, um den zerschlagenen Parteiapparat wieder aufzubauen und eine rege Propaganda für die kommunistischen Ideen zu entfalten. Ich bitte, die anliegende Schrift allen Leitern von Gefängnissen, Konzentrationslagern pp., in denen sich polizeiliche Schutzhaftlinge befinden, zur Kenntnis zu bringen, sie dabei auf die Gefahr wiederauflebender kommunistischer Agitation hinzuweisen und zur Unterbindung jeglicher staatsfeindlicher Propaganda durch zweckentsprechende Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen ~~anzusetzen~~.

Über bemerkenswerte Vorkommnisse ersuche ich zu berichten.

gez. Die l s.

Beglaubigt:

Lamp

Kanzleisekretär.

SS.-

eingestreutes Gedicht charakterisierte einen der Peiniger, und ein Antihitlerwitz beschloß die Ausgabe.

Die Zeitung wurde von Zelle zu Zelle weitergeleitet. Sie trug dazu bei, erinnerte sich ein Häftling, den Mitgefangenen zu zeigen, »daß sie auch unter den schlimmsten und schwersten Bedingungen nicht den Kopf hängen lassen dürfen, sondern daß es gilt, immer unser Ziel zu sehen, den Kampf gegen den Faschismus zu führen, und zwar nicht einzeln, sondern vor allen Dingen geschlossen immer aufzutreten und immer eine Einheit zu sein, ein Kollektiv zu wahren«.

Ein Exemplar des Blattes fiel in falsche Hände. Der Direktor von Gollnow verhängte daraufhin den Entzug sämtlicher Zeitungen und Bücher und das Verbot des Paketempfangs und der Besuche. Geffke, der sich als Verfasser meldete, um weitere Repressalien abzuwenden, erhielt strengen Arrest. Auch in Sonnenburg, wohin man bald darauf die Gollnower Häftlinge verschleppte, wurde er in »besondere« Behandlung genommen. Darüber hinaus ließ Gestapo-Chef Diels am 24. Mai alle Leiter von Konzentrationslagern und Gefängnissen, in denen sich Schutzhäftlinge befanden, Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen veranlassen.⁵⁵

In anderen Konzentrationslagern konnte die ständige Diskussion aktueller Fragen direkt geführt werden.⁵⁶ Sie bezog sich oft auf die unmittelbare Reaktion der Lagergemeinschaft, so bei der Abstimmung am 12. November. In Börgermoor meinten einige, mit dem Ja zum Austritt Nazideutschlands aus dem Völkerbund zu bekunden, daß die Gefangenen terrorisiert würden. Ein weiterer Teil tendierte zur Stimmhaltung, ein anderer plädierte für ein entschiedenes Nein. Am 11. November verkündete »Moritz«, die illegale Leitung in Börgermoor: Es wird mit »Nein« gestimmt. Dem entsprach das Ergebnis: 17 Ja-Stimmen. Einzelne Wahlzettel mit Worten wie »Nieder der Faschismus!«, »Hoch die KPD« oder »Rotfront lebt!« bezeugten zusätzlich die ungebrochene Haltung der politischen Gefangenen. Nach der Abstimmung drohte der als Kommandant fungierende Berliner Polizeioffizier, »von dieser Dimitroff-Bande« käme keiner mehr aus dem Lager. In Sachsenburg erklärten Kommunisten, durch das Nein zum Völkerbundsaustritt müsse auch gegen die faschistische Aufrüstungspolitik demonstriert werden. Dies geschah zu fast 70 Prozent und zog Repressalien nach sich. In Moringen gab es bei den weiblichen Schutzhäftlingen etwa 25 Prozent, bei denen in München-Stadelheim ebenfalls zahlreiche Gegenstimmen. In Ankenbuck stimmten laut einem zeitgenössischen Bericht von den 38 Wahlberechtigten 21 mit Nein. Zwei Zettel waren ungültig. Einer trug die Aufschrift: »Es lebe die KPD!«⁵⁷

55 WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 12 045, k. 543–577; Bericht von Hans Geffke im Besitz d. Verf.; ZPA, EA 1070; StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1090/II, Bl. 323.

56 *Das Lied* . . . , S. 17 u. 33; Perk, S. 61, Langhoff, S. 209.

57 Langhoff, S. 213; Polixa/Wils/Jung, S. 66; *Das Lied* . . . , S. 20; *Deutsche Freiheit* v. 1. 12. 1933; ZPA, EA 1466 u. 1 2/3/45; *Deutsche Freiheit* v. 25. 9. 1934.

In Glückstadt votierten von 70 Häftlingen 24 mit Nein. In Fuhlsbüttel, wo durch die Zellen eine einheitliche Meinungsbildung schwierig blieb, gingen von den zirka 800 Gefangenen nicht einmal 300 zur Wahl. Von ihnen stimmten 67 mit Nein. In der Lichtenburg und in Oranienburg entschied sich die Mehrheit der politischen Häftlinge, durch Zustimmung zu zeigen, daß es sich um Terrorwahlen handelte. Dennoch gab es in Oranienburg über 40 Nein- oder ungültig gemachte Stimmzettel.⁵⁸

In Debatten über aktuelle Fragen spielten oft theoretische Probleme eine Rolle. Dafür gab es in einigen Lagern spezielle Schulungszirkel, so in der Lichtenburg unter anderem über das »Braunbuch«, über die Entwicklung der Menschheit und der Kultur, in Sachsenburg über Kants »Kritik der reinen Vernunft«, im Frauenlager Moringen über dialektischen Materialismus, als Religionsgeschichte getarnt, und für politische Ökonomie, die Gertrud Sartorius, Rita Sprengel und Frieda Winkelmann vorbereiteten und die beiden Erstgenannten durchführten, oder in Börgermoor für politische Ökonomie sowie Strategie und Taktik der revolutionären Arbeiterbewegung. In Esterwegen lagen den Schulungen Pläne von Theodor Neubauer zugrunde, wozu auch illegales Material über den Reichstagsbrandprozeß herangezogen wurde.

Diese Schulung ergänzten Zirkel zur Vertiefung allgemeiner Kenntnisse, wie in Moringen bei den Frauen für Deutsch und Rechnen. Leiterin war Frieda Winkelmann, die von den Bettgestellen abmontierte schwarze Bretter als Tafel benutzte. Über ähnliche Kurse in Börgermoor berichtete Karl Schabrod: »Wir haben Fragen wissenschaftlicher Art diskutiert, aber auch Fragen wie: Warum haben wir Arbeiter nicht studieren können, was fällt uns beim Lesen wissenschaftlicher Bücher schwer und warum usw. Wir haben also diese ergänzende Schulungsarbeit verbunden mit Diskussionen über Literatur, über Dramatik, alles mögliche. Kameraden wie der Schauspieler Wolfgang Langhoff halfen uns dabei. Er trug uns nicht nur Gedichte vor, sondern sprach mit uns auch darüber, warum uns was an diesem oder jenem Gedicht gefiel bzw. nicht . . . Diese Zirkel bestanden meist aus ca. 6–8 Häftlingen, die entweder bei schönem Wetter auf den hinter den Baracken vorhandenen Grünflächen zusammentrafen oder zu dritt nacheinander auf dem Rundgang der Lagerstraßen ihren Zirkel durchführten. Zur Tarnung der politischen Zirkel wurden auch Zirkel für Mathematik oder Deutsch organisiert. Daneben gab es noch Unterrichtskurse in Englisch, Französisch, Geographie und Wirtschaftsgeschichte. Die Lehrer waren Arbeiter, die selbst vor der Haft solche Kurse durchgemacht hatten.«⁵⁹

58 *Bei uns* . . . , S. 26; *Der Gegen-Angriff* v. 24. 3. 1934; Langhoff, S. 235; Seger, S. 59.
59 *Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Zeitz 1933–1945*, o. O., o. J., S. 54;

Arch. Lichtenburg, Nr. 249; *Das Lied* . . . , S. 17 u. 33; Bericht Sprengel; Sieling/Suhr, T. II, S. 84f.; Langhoff, S. 208f. u. 215ff., wo er ausführlich auf die behandelten literarischen Werke,

Geistig-kulturelle Stärkung

Ihre geistige Spannkraft zu bewahren und zu stärken, dienten den politischen Häftlingen die Büchereien, die sie in einigen Lagern einrichten konnten. Die Lagerführungen verlangten jedoch, daß dadurch keine Kosten entstehen dürften. Deshalb besorgten sich z. B. in den KZ Bad Sulza, Börgermoor, Dachau, Esterwegen, Kuhl, Lichtenburg, Sachsenburg und Sonnenburg die Gefangenen jene Bücher, die ihnen bei der Einlieferung abgenommen worden waren. In Börgermoor zählten dazu Schriften, die dem Asienforscher und Publizisten Armin T. Wegner gehörten. Verschiedentlich baten Häftlinge in Briefen an ihre Familien und an Außenstehende um Literatursendungen, darunter Wegner in Börgermoor und später in der Lichtenburg. Er wandte sich u. a. mit Erfolg an Thomas Mann. Sein Nachfolger als Bibliothekar in der Lichtenburg, Hans Litten, nannte seiner Mutter in fast jedem Brief gewünschte Titel. Nach Dachau kamen anfänglich Bände aus der katholischen Bücherei des Ortes, die der Geistliche bereitstellte. Der inhaftierte Zeitungsverleger Heinrich Bergmann vervollständigte den Bestand durch Sammlungen bei den Mitgefangenen und durch Bitten an seine Berufskollegen. In Sonnenburg stellte Carl von Ossietzky Literatur, die ihm seine Frau geschickt hatte, den Mitgefangenen zur Verfügung und ergänzte aus Schriften, die sie besaßen, den kleinen Bestand. Für Hohnstein bemühte sich der Ortsgeistliche Walter Schumann, der zu Gottesdiensten ins Lager durfte, um Bücher. Der Pfarrer wurde wegen seines Mitgefühls für die KZ-Insassen strafversetzt.

In den Lagerbüchereien befand sich etliche Unterhaltungsliteratur, die vor allem unter den Wachmannschaften kusierte. Die Häftlinge bevorzugten Bände mit anderem Niveau wie in Dachau Emil Ludwigs »Die Fahrt der Ayesa«, Thomas Manns »Königliche Hoheit«, Sammlungen mit Gedichten von Kurt Eisner und Klambund, in Sachsenburg u. a. Conrad Ferdinand Meyers »Huttens letzte Tage«.⁶⁰

Neben solcher humanistischen Lektüre stärkte die Gefangenen alles, was sie aus der Zeit vor der Haft im Kopf hatten: Arbeiten von Karl Marx, Friedrich Engels und W. I. Lenin, Schriften von August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Ernst Thälmann, historische Darstellungen der Pariser Kommune, der Oktober- und der Novemberrevolution, Berichte und Romane über die Sowjetunion und den Kampf der deutschen und

ihre Interpretation und die Resonanz eingeht.

60 Johanna Wernicke-Rothmayer, Armin T. Wegner. Gesellschaftserfahrung und historisches Werk, Frankfurt/M. 1982, S. 50f.; Röder, S. 286f.; Richardi, Schule der Gewalt, S. 87; Torsten Seela, Entstehung und Entwicklung von Büchereien in Konzen-

trationslagern, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen, 1988, H. 8, S. 341ff.; ders., Lesen und Literaturbenutzung in den Konzentrationslagern. Das gedruckte Wort im antifaschistischen Widerstand der Häftlinge, Phil. Diss. A, Berlin 1990 (MS), S. 18ff.

internationalen Arbeiterklasse, dazu klassisches Erbe aus aller Welt und die Bibel. Selbst Hitlers »Mein Kampf« diente den Häftlingen, sich mit Argumenten gegen die Bewacher zu wappnen.

Literarisch-musikalische Abende fanden in Sachsenburg alle zwei Wochen statt. Streng beobachteten die Nazis, daß alles »unpolitisch« ablief. Dennoch empfanden die Gefangenen das gemeinsam gesungene »Wilde Gesellen« durch die Zeile »Uns geht die Sonne nicht unter« wie ein Kampflied. Aus dem dort entstandenen »Wolga-Lied«, gemünzt auf die als »Wolga-Schlepper« bezeichneten, die schweren Pferdewagen ziehenden Häftlinge, und aus dem »Lied von Sachsenburg«, geschrieben von dem Redakteur Rudi Reinwarth, klang der Freiheitswille so stark, daß der Lagerkommandant sie verbot. Doch den Gefangenen kam vor allem der Refrain nicht aus dem Kopf:

»Tausend Kameraden, Mann an Mann,
gefangen, bewacht, in Acht und Bann,
sehnenden Herzens erklingt ihr Lied:
wir wollen in die Heimat ziehn ...
Tausend Kameraden, Mann an Mann,
nicht mehr gefangen, nicht mehr in Acht und Bann,
jubilenden Herzens erklingt ihr Lied:
Frei! Frei! Frei wir sind!«⁶¹

Hingegen war das Lichtenburger Lagerlied eher sentimental. Das im Frühjahr 1933 entstandene »Lied der Heuberger« konnte demgegenüber wegen seiner revolutionären Worte wohl nur heimlich gesungen werden.⁶²

Über das bekannteste aller KZ-Lieder, das Moorsoldatenlied, berichtete Rudi Goguel: »Die illegale Häftlingsleitung beschloß, als Antwort auf den Pogrom (eine nächtliche Schikane und Mißhandlung in Börgermoor – d. Verf.) eine Kulturveranstaltung durchzuführen, um den SS-Leuten den Unterschied zwischen ihrer eigenen primitiven und der Lebensauffassung ihrer politischen Gegner vor Augen zu führen. Einige Tage nach diesem Ereignis kam der Bergarbeiter Esser aus Moers zu Langhoff und zeigte ihm ein Gedicht von sechs Strophen. Es war etwas holprig, aber Langhoff brachte es in Form. Dabei tauchte der Gedanke auf, dieses Gedicht zu unserem Lagerlied zu machen. Langhoff schuf den Refrain, und nun wurde gefragt, wer wohl hierzu eine Melodie machen könne. Ich meldete mich und versprach, einen vierstimmigen Männerchorsatz zu schreiben, vorausgesetzt, daß ich etwas Zeit und vor allem Ruhe fände. Man schmuggelte mich daher für einige Tage ins Häftlingsrevier, damit ich dort den Satz zu Papier bringen konnte. Das war nicht ganz einfach, denn im Revier arbeiteten einige Häftlinge als Anstreicher, die von morgens bis abends bei der Arbeit sangen und pfften. Nach drei Tagen war der Satz fertig, gleichzeitig hatte ich die Einzelstimmen zu Papier gebracht. Die drei

61 Das Lied ... , S. 6, 17, 34 u. 52ff.

62 Drobisch, Lichtenburg, S. 25f.; Arch. Lichtenburg, Nr. 257; Lieder aus den faschisti-

schen Konzentrationslagern, zus.gest. von Inge Lammel u. Günter Hofmeyer, Leipzig 1962, S. 116f.

gleichbleibenden Töne, mit denen das Lied beginnt, sollten die Öde des Moores und die schwere Situation charakterisieren, unter der die Moorsoldaten leben mußten. Nun stellte ich mir aus unserem Lagerchor ein Quartett zusammen, jede Stimme vierfach besetzt. Wir übten abends nach dem Einrücken aus dem Moor unter der erforderlichen Sicherheitsvorkehrung in dem kleinen Waschraum von Baracke 8.«

Öffentlich erklang zum ersten Mal das Lied während der Vorstellung des Börgermoorer »Zirkus Konzentrazani« im Sommer 1933. Langhoff hatte sie mit einer Reihe von Häftlingen vorbereitet, nicht allein, um auf die SS-Leute Eindruck zu machen, sondern ebenso, um die Kameraden zu bestärken. Das artistische und humoristische Programm war durchwoven von Anspielungen auf die Lagersituation, die bis zur Grenze des Möglichen gingen. Am Schluß kam das Moorsoldatenlied, vorgelesen von 16 Sängern, meist aus dem Solinger Arbeitergesangsverein. Es wurde schweigend aufgenommen. Bei dem letzten Refrain: »Dann ziehn die Moorsoldaten nicht mehr mit dem Spaten ins Moor!« sangen jedoch alle 900 Häftlinge mit. Zwei Tage später wurde es, offenbar wegen dieser Aussage, verboten. Dennoch sangen es die Gefangenen außerhalb des Lagers.⁶³

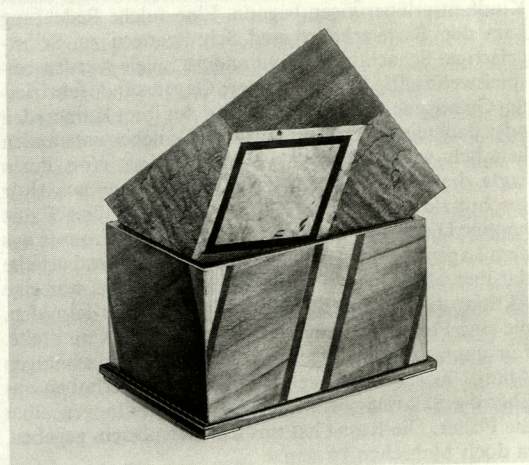
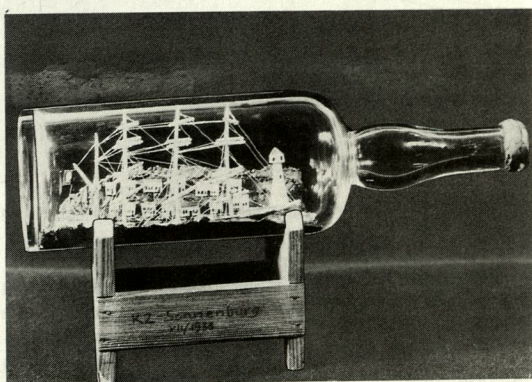
Ein anderes Lied, das in Colditz die Posten ironisch besang, entstand offenbar für eine ähnliche Veranstaltung.

Abweichend von den sonst in der Lichtenburg stattfindenden literarisch-musikalischen Abenden mit Szenen aus Büchern und Dramen, Liedern und Musikstücken verlief die Weihnachtsfeier 1933. Zwar hatte der Kommandant gestattet, einen Baum aufzustellen und Häftlinge zusammenkommen zu lassen, und der Wachhabende befahl ihnen, Weihnachtslieder zu singen. Doch die Gefangenen blieben bedrückt. Langhoff, der inzwischen hierher transportiert worden war, las Geschichten vor. Selbst sie und die Weihnachtsgeschenke, die zum Teil von Familienangehörigen, zum Teil von Entlassenen stammten, änderten an der Stimmung nichts. Als dann noch der Kommandant eine Ansprache hielt, konnte Langhoff nur durch humoristische Gedichte, Witze und heitere Lieder die Depression zurückdrängen. Gleiches oder mehr bewirkte Armin Wegner mit den von ihm verfaßten Zeilen, die, auf die gerade Entlassenen verweisend, mit den Worten endeten: »Männer der Tat – schreiten ruhig und weit. Das Brausen der Sturmnacht schütteln sie ab und stampfen mit stetigem Schritt und erhobenem Haupt in den klingenden Morgen.«

Ähnlich sangen die Frauen in Moringen gewöhnlich abends leise Arbeiter- oder Wanderlieder und trugen Spottgedichte vor. Doch Weihnachten sollte auch hier anders begangen werden. »Weihnachten mußten wir richtig überstehen«. Wir wußten, am Weihnachtsabend würden die Frauen besonders stark an ihre Männer denken, die in anderen Konzentrationslagern saßen, und

es würden ihnen wieder die Tränen kommen und schwer ums Herz werden. Viele würden sich am »Heiligen Abend« besonders einsam fühlen in der harten Umgebung und in Gedanken an das verödete Heim. Wir führten im Schlafsaal vor siebzig erwartungsvollen Gesichtern ein regelrechtes »Fest«-Programm durch, immer auf der Hut vor SS-Wache und deshalb durfte nur leise gelacht werden. Wir hatten recht getan. Die Stimmung besserte sich, am zweiten Feiertag wurde ein Schachturnier veranstaltet, und zum Silvester ein abendfüllendes Programm mit zehn bis zwölf Aufzügen aufgeführt.«⁶⁴

Die moralische Überlegenheit der Häftlinge bezeugte auch die einmalige Herausgabe einer Lagerzeitung, die in Wittmoor gestattet wurde. Sie betitelte sich »Torf« und datierte vom 3. Juni 1933. Im Umfang von vier hekto-

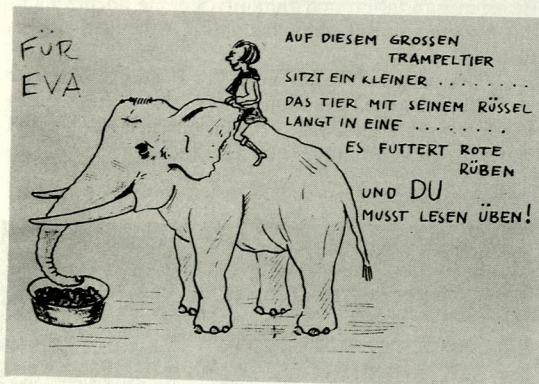


Häftlingsarbeiten aus dem KZ Sonnenburg

63 Ebenda, S. 16f.; Langhoff, S. 125, 146ff. u. 151ff.

64 Lieder ..., S. 118; Langhoff, Nr. 248 u. 697 G; Volks-Illustrierte v. 6. 1. 1937, S. 256ff.; Arch. Lichtenburg,

gratierten Seiten forderte sie unter anderem versteckt ausreichende Duschmöglichkeiten. Ihre Verfasser charakterisierten einen Bewacher und ironisierten den sogenannten Sport, nebenbei der Verpflegung einen Hieb versetzend. In dieser Art bestärkte das Blatt die Gefangenen. Zugleich versuchte es, die Wachleute nachdenklich zu machen. Der Lagerkommandant reagierte darauf mit Mißhandlungen.⁶⁵



Zeichnung eines Sonnenburger Häftlings für sein Kind (1933)

Gegengewicht zu der Absicht, die Lagerinsassen zu zermürben, stellten literarische Niederschriften dar, wie von Karl Grünberg, der – angeregt durch einen mitgefangenen Romanautor – Stimmung und Gedanken in Spandau festhielt und dann mit der Abfassung seiner Kindheits Erinnerungen begann. Eine solche Bedeutung kam den Bastelarbeiten und Schnitzereien zu. Selbstgefertigte Schachfiguren und andere Spiele wurden beispielsweise eifrig benutzt. Andere Gegenstände fabrizierten Gefangene zu ihrer Freude und der ihrer Kameraden oder dachten sie ihren Familien zu. Daneben entstanden heimlich weitere künstlerische Zeugnisse. Von ihnen ragte die von Heinz Kiwitz in Börgermoor aus Holz geschnittene Figur eines Häftlings mit geballter Faust heraus. Dieses Symbol der Ungebrochenheit konnte aus dem Lager geschmuggelt werden. Karl Schabrod urteilte darüber: »Das war nicht nur Ablenkung, das war eine Aktion, die Mut machte, fürs Überleben zu kämpfen, die eine Perspektive einer besseren Zukunft vermittelte. Für uns war Kunst etwas, das uns über den schäbigen Alltag, über diesen Dreck heraushob. Wir erhoben uns über die Sklavenarbeit, über die Mißhandlungen, über die Folter. Die Kunst hat uns das Bewußtsein gegeben, ja doch Menschen zu sein.«

Als sich Aufseher in Sonnenburg für Flaschenschiffe oder in der Lichtenburg für Wikingerbootmodelle inter-

essierten, kamen Gefangene mit einigen ins Gespräch. Gleichfalls verwickelten in Börgermoor Häftlinge manche Bewacher in Diskussionen, wenn sie den von ihnen verlangten Text des Moorsoldatenliedes übergaben.⁶⁶

Erkundungen

Eine Orientierung des »Roten Senders« lautete: mit den SS-Leuten zu sprechen versuchen, sie zu fragen, wo denn die Ausbeuter seien, überhaupt festzustellen, wie die Bewacher reagierten. Da es verboten war, mit SS-Mitgliedern zu reden, mußte vorsichtig vorgegangen werden. Beispielsweise fand sich auf Anregung Schabrods eines Tages ein Gefangener mit einem Besen in einer SS-Unterkunft ein und gab vor, sie säubern zu sollen. Da die SS-Leute diese Arbeit abgenommen haben wollten, beschäftigten sich bald fünf ausgesuchte Häftlinge in den SS-Baracken. Sie blieben auf diese Weise nicht nur von der schweren Moarbeit verschont, sondern konnten die SS-Leute näher beobachten, wobei sie nach Möglichkeit ein Gespräch mit ihnen suchten. Natürlich fielen sie dabei nicht mit der Tür ins Haus, kamen aber so immerhin in Kontakt. Im Moor suchten meist die Posten ein Gespräch, wobei die Gefangenen gleichfalls vorsichtig taktierten. Da sie wußten, den SS-Leuten war vorgemacht worden, sie sollten »Bonzen zur Arbeit erziehen«, antworteten viele Häftlinge verabredungsgemäß auf die Frage nach dem Beruf mit: »Bonze«. Auf erneute Fragen hörten die Posten dann, daß es Bergleute, Maurer, Schreiner, Dachdecker, Dreher und Schlosser waren, die sie zur Arbeit antreiben sollten. Derart nachdenklich gemacht, hörten viele Bewacher mit den Schikanen und Schlägen auf.⁶⁷

Auf dem Heuberg erreichten Gefangene auf analoge Weise, daß SA-Leute ihr Verhältnis zu den Häftlingen und dem Konzentrationslager überdachten. In Sachsenburg beobachteten Gefangene die SA-Leute und bewerteten sie nach ihrem Verhalten ihnen gegenüber. Häftlingsschreiber nutzten ihren Einblick in den Schriftwechsel aus, um SA-Führer im Lager gegeneinander auszuspielen und weitere Informationen zu erlangen. In Dachau versuchten Gefangene wohl Ähnliches. Jedenfalls wurden mindestens zwei SS-Unterführer, der eine aus der Postzensur, der andere aus der Kantine, im Juli und August 1933 wegen Häftlingsbegünstigung festgenommen und aus der SS ausgestoßen.

In Zschorlau hörten Häftlinge heimlich den »Verhören« zu und gewannen Informationen aus zerrissenen und von ihnen wieder zusammengesetzten Protokollnotizen. In der Lichtenburg beauftragte die illegale Leitung Walter Böhme zu erkunden, »wer kommt ins Lager, was haben sie mit ihm vor, was machen sie mit ihm«. Die

65 *Der Gegen-Angriff* v. 19. 10. 1935.

66 ZPA, EA 1070; Suhr, S. 156; Kleine, S. 208; Langhoff, S. 163f.
67 Langhoff, S. 128; Sieling/

Suhr, T. II, S. 98; Schabrod, Widerstand an Rhein und Ruhr, S. 52f.

Arbeit als Tischler ermöglichte ihm Wahrnehmungen, die er über einen Verbindungsmann weitergab.⁶⁸

Den Zuträgern unter den Gefangenen galt womöglich noch größere Aufmerksamkeit. In der Kemna und in Sachsenburg warnten sich politische Häftlinge gegenseitig vor erkannten Spitzeln. In Sachsenburg wurde ein Abtrünniger boykottiert. In Börgermoor und Oranienburg bekamen Denunzianten und Helfershelfer bei Mißhandlungen handgreifliche Denkkzettel durch andere Häftlinge. In Dachau traf bei Brot- und anderen Kameradendiebstählen, ausschließlich von Kriminellen verübt, die Deliquenten sowohl die Selbstjustiz der Gefangenen als auch die Strafe der SS.⁶⁹

Die Beobachtung der Lagerkommandanturen und Wachmannschaften blieb nicht nur unerläßlich, um gegen ihre Schritte gewappnet zu sein und auf sie reagieren zu können. Sie diente gleichermaßen der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die hinter KZ-Mauern und -Stacheldraht herrschenden Verhältnisse und die dort verübten Schandtaten. Dies stellte ein besonderes Gebiet des Widerstandes in den Lagern dar, auf dem sich nur ein kleiner Teil der Häftlinge betätigte, das sich dennoch weit auswirkte.

Nachrichten- übermittlung

In nicht wenigen Fällen versuchten Gefangene individuell ihre Familienangehörigen zu unterrichten, so durch in der Wäsche versteckte Mitteilungen. Es bestand aber immer noch die Gefahr, daß solche Zettel entdeckt und die Betreffenden — wie im Düsseldorfer Gerichtsgefängnis oder in der Kemna — oder alle Häftlinge — wie in Brandenburg — mißhandelt wurden. Darüber hinausgehend war die Flaschenpost mit dem Aufschrei: »Gefoltert im Konzentrationslager! Hilfe!«, die man, wie die Polizeidirektion Linz mitteilte, in der Donau fand. In Oranienburg nutzten Häftlinge den Weg über den hinteren Hof des Lagers, um Nachrichten über die dortigen Verhältnisse zu verbreiten. Ein Flugblatt veröffentlichte sie.⁷⁰

Umgekehrt schmuggelte ein Anhänger des Jungdeutschen Ordens einen Fotoapparat nach Osthofen und benutzte ihn. In Sonnenburg machten Häftlinge mit der Kamera eines SA-Mannes und einem anderen, heimlich ins Lager gebrachten Gerät Aufnahmen. In der Lichtenburg entwendete ein Gefangener im Fotolabor das Bild des Wagens, den seine Kameraden ziehen mußten, und schickte es in einem Brief weg. In Hainewalde nahm ein

Häftling das von einem Hilfspolizisten angefertigte Foto der menschlichen Zugtiere an sich und ließ es auf konspirativem Weg seiner Frau zukommen. Sie übermittelte das Bild nach Prag, wo es — wie auch andere Aufnahmen aus Sonnenburg — in der »Arbeiter-Illustrierten-Zeitung« erschien.⁷¹

Knappe Hinweise an Vertreter der Auslandspresse, die Lager besuchten, gelangen in Brandenburg einem Gefangenen, als er ihnen einen Zettel zustecken konnte, in Sonnenburg Carl von Ossietzky, als er einen USA-Journalisten, nach Lektüre befragt, um eine Geschichte des Mittelalters bat, und Walter Stoecker, der einem Korrespondenten offen die Verhältnisse umriß. Im August konnten Dachauer Häftlinge Angehörigen einer internationalen Besuchergruppe, zu der auch Unterhausabgeordnete der Labour-Party und Zeitungsleute gehörten, auf das schlechte Essen aufmerksam machen, Wunden und Mißhandlungen zeigen und auf den Bunker hinweisen. Die Unterrichteten versprachen, ihre Eindrücke und Fotos in der Presse zu veröffentlichen, was offenbar geschah. Denn einige Wochen darauf suchten SS-Leute, mit Abbildungen in der Hand, nach den Informanten.⁷²

In Sachsenburg liefen Kontakte bei Besuchen über Familienangehörige und Antifaschisten, die sich als Verwandte ausgaben. Auf diesem Wege konnte eine Verbindung zwischen der illegalen KPD-Leitung im Lager und der in Chemnitz hergestellt werden. Außerdem nutzten Häftlinge Möglichkeiten, die sich trotz Bewachung bei offiziellen Einkäufen im benachbarten Frankenberg ergaben, um über das Konzentrationslager zu berichten. In Colditz diente dem Lagerältesten Walter Liebing die auf gleiche Art entstandene Verbindung zu einer Tabakwarenhändlerin, auf Zigarettenpapier geschriebene Nachrichten aus dem Lager zu bringen. Außerdem gab es eine Zusammenarbeit mit einem Maurerpolier, der u. a. Häftlinge fotografierte und die Bilder den Angehörigen der Gefangenen zusandte.⁷³

In Sonnenburg verstanden es Hermann Franke und Fritz Lange aus der Material- und Geräteverwaltung, ungeachtet der sie begleitenden Wachposten, sich in einem Eisenwarengeschäft des Ortes mit Frauen von Inhaftierten zu treffen. So konnte zum einen manches ins Lager geschmuggelt werden, unter anderem Teile des Radios, zum anderen Kassiber hinausgebracht werden, wie unter Leisten am Koffer Stoeckers. Auf diesem Wege gelangten Informationen an die Landesleitungen der KPD und der Roten Hilfe. Die durch Erich Steinfurth geschriebene Nachricht vom 16. Juli unterrichtete beispielsweise unter anderem über die Schinderei, das Schreibverbot, die vorgesehene Ablösung der Polizei

68 Der Gegen-Angriff v.

1. 8. 1933; *Das Lied* . . . , S. 15 u.

34; StA München, Polizeidirektion München, Nr. 6901, Bl. 61/1; 83 Tage . . . , S. 21; Arch. Lichtenburg, Nr. 288.

69 *Ibach*, S. 35; ZPA, EA 299; *Das Lied* . . . , S. 32 Langhoff,

S. 212; *Hirsch*, S. 15; *Schmidt*, *Damit Deutschland* . . . , S. 552; *Ecker*, S. 45.

70 *Grehl*, Anlage 11, S. 39; *Ibach*, S. 42; *Bogedain/Heß*, S. 123; *Inpress* v. 14. 9. 1933; *Gegen Imperialismus* . . . , S. 46 (Bericht von Willi Ruf).

71 *Werner*, S. 176; *Antifaschistischer Widerstandskampf* . . . ,

T. I, S. 253f.; Dok. 207f.; ZPA, EA 1782; *Grehl*, Anlage 2, S. 24. 72 ZPA, I 2/3/45; *Bruno Frei*, Carl von Ossietzky. Ritter ohne Furcht und Tadel, Berlin/Wei-

mar 1966, S. 217; *Wiesner*, S. 206; *Nazi-Bastille* . . . , S. 67ff. 73 *Das Lied* . . . , S. 13 u. 32; *Schmidt*, *Damit Deutschland* . . . , S. 551f.; *Herz und Gedanken* . . . , S. 36 (Bericht von Rudolf Schmidt mit Foto).

Kennzeichen.
(Stets bei Antwort anzugeben.)
II

Staatsministerium des Innern
Der Politische Polizeikommandeur Bayerns

Fernsprecher 2897,
handvermittelter Fernverkehr 20231,
außerhalb der Dienststunden
Orts- und Fernverkehr 20232.

Betreff:

München 6, den 19. 10. 1933.

Vorkommnisse im Lager Dachau.

An den

Herrn Ministerpräsidenten von
Bayern

M ü n c h e n .

Der Bayerische
Ministerpräsident

empf. 21 OKT. 1933 No. Mpr 31987

Beil.

2. Gef. von München
M. 20/10/33
Min. Just.
Frank
Schon seit längerer Zeit stand fest, dass zwischen
den im Konzentrationslager Dachau untergebrachten kommunistischen
Funktionären und der KP.- Südbayern eine geheime Verbindung be-
stand zu dem Zwecke, Nachrichten aus dem Lager über angebliche Vor-
kommnisse herauszuschmuggeln.

In letzter Zeit mehrten sich die Meldungen, dass die
in die Tschechoslowakei geflüchteten Kommunisten zurzeit bestrebt
sind, einen Greuelpropagandafilm über die angeblichen Vorkommnisse
im Konzentrationslager Dachau herzustellen. Zu diesem Zwecke wur-
den, insbesondere von den Münchner Kommunisten, mit grossem Eifer
alle angeblichen " Originalnachrichten aus Dachau " gesammelt, of-
fensichtlich zu dem Zweck, das Manuskript für diesen Film zu ver-
vollständigen.

Trotz aller Bemühungen war es bisher nicht möglich,
die bestehende Verbindung in das Konzentrationslager Dachau fest-
zustellen. Zahlreiche Festnahmen, Einvernahmen und sonstige Ermitte-
lungen blieben stets erfolglos.

Erst am 17.10.1933 gelang es, dieser Verbindung auf
die Spur zu kommen. Ein im Konzentrationslager Dachau untergebrach-
ter kommunistischer Funktionär erbat sich die Erlaubnis, seine

Mpr.

BayHStA

MA 105490

durch SS und die Stimmung unter den Gefangenen. Sie enthielt weiter den Dank für Pakete, die Bitte um finanzielle Hilfe und Bücher sowie Anregungen für Proteste. Eine Liste von Gefangenen wurde angekündigt. Ein anderer Kassiber, aus dem im November Exilorgane in Paris zitierten, informierte über die unter der SS-Kommandantur verschlimmerten Verhältnisse und deren Absicht, neue Provokationen zu starten, um ein Blutbad zu veranstalten. Möglicherweise auf dem umgekehrten Weg erhielt der Schriftsteller Otto Gotsche eine Nummer des Basler »Vorwärts« der KP der Schweiz, woraus er ersah, das dort sein Roman »Märzstürme« in Fortsetzungen abgedruckt wurde.⁷⁴

In Dachau gab es gleichfalls organisierte Verbindungen, über die Informationen über die SS und das Lager flossen. In einem zeitgenössischen Bericht hieß es darüber: »Von den Gefangenen wurde eine ständige Wache zur Beobachtung der SS-Wache unterhalten. Wir mußten auf diese Weise über jeden Mord Bescheid wissen ... Wir hatten eine genaue Kontrolle, auch über die Vernehmungen, die sich nachts vor und in der Wache abspielten ... Alle wichtigen Ereignisse im Lager waren meistens schon nach ein paar Stunden, ganz gewiß aber am nächsten Tage, in München bekannt.«

Eine Verbindung hielt Robert Eisinger, der nach seiner Entlassung am 1. Mai 1933 einen neuen Schreiber für den Polizeikommissar des Lagers einarbeiten und deshalb noch einige Zeit dorthin kommen mußte. Er schmuggelte, in den Strümpfen versteckt, Kassiber hinaus. Eine andere Informationslinie lief über Xaver Stützing, der von Arbeitskommandos Dachauer Häftlinge Mitteilungen über die Untaten im Lager erhielt und weiter verbreitete.

Der Bayerischen Politischen Polizei blieb nicht verborgen, daß Fotos von im Dachauer Bunker Ermordeten in Prager Zeitungen erschienen. Sie glaubte sogar, in der Tschechoslowakei werde ein Film über das Lager vorbereitet.

Bei der längerwährenden Suche nach den Informanten und den Wegen der Nachrichten wies ein Spitzel auf die Mütze Johann Altmanns hin, die zurückgeschickt werden sollte. Sie wurde am 17. Oktober untersucht. Dabei entdeckte man in ihrem Schild acht Kassiber, die eine Chronik der Vorgänge in Dachau enthielten. Altmann und Wilhelm Franz, der eine Schreiber in der Lageraufnahme, der andere Leiter der Poststelle, hatten entsprechende Aufzeichnungen angefertigt. Dazu erhielten sie von dem Arzt Dr. Delvin Katz aus dem Revier und von dem Rechtsanwalt Dr. Albert Rosenfelder zusätzliche weitere Angaben. Die Suche nach einer angeblich vergrabenen Konservenbüchse und anderen Notizen verlief jedoch ergebnislos. Dennoch wurde als Verdächtiger der jüdische Häftling Martin Stiebel in den Bunker geworfen. Dagegen fanden sich bei Durchsuch-

ungen bei den jüdischen Gefangenen Heinz Besser und Ernst Sichel in Dosen versteckte Bilder von der Straßenzwalze. Beide wurden in den Arrest gesteckt, und die Judenkompanie mußte einen ganzen Tag strafexerzieren.

Franz und Katz, ebenfalls im Bunker gefoltert, nahmen sich angeblich selbst das Leben. Jedoch ergab die Leichenschau bei dem einen Striemen am Kopf, an den Armen und am Rumpf, bei dem anderen Verletzungen, bei beiden Erstickungstod von fremder Hand. Schon zuvor hatte der Lagerkommandant Eicke vor den zusammengetriebenen Häftlingen mit dem Mord geprahlt. »Zwei der verhafteten Verräter sind bereits ins Jenseits befördert: Der Jude Dr. Katz und sein Helfer Willy Franz. Wir haben noch genug deutsche Eichen, um jeden daran aufzuhängen, der sich uns entgegenstellt. Es gibt keine Greuel, und es gibt keinen Tschekekeller in Dachau. Wer Prügel bekommt, erhält sie zu Recht!« Als weitere Opfer wurden am 12. Februar 1934 Johann Altmann und am 9. April 1934 Martin Stiebel, wie die SS behauptete, erhängt aufgefunden. Die Obduktion Stiebels ließ sich mit diesen Angaben nicht in Einklang bringen.

Trotz Mißhandlungen und trotz Morden gelang es nicht, alle Kontakte zu unterbinden, wie der damalige Bericht seitens der Gefangenen festhielt: »Diese Verbindung ging der Kommandantur sehr auf die Nerven, und es war gar nicht zu verwundern, daß sie alle Anstrengungen machte, diese Verbindung ausfindig zu machen. Es war ein vergebliches Bemühen, denn man suchte immer am verkehrten Platz.«⁷⁵

In dem Gefängnis Oldenburg verstanden es Schutzhäftlinge sogar, Texte für illegale Zeitungen und Flugblätter herauszuschmuggeln. Später in Vechta erreichten sie, daß außerhalb fast pünktlich alle zwei Wochen eine Zeitung fertiggestellt werden konnte, der sie mit Beginn des Reichstagsbrandprozesses den Titel »Dimitroff« gaben.⁷⁶

Wege in die Freiheit

Die Öffentlichkeit zu unterrichten, war — neben den Mördern zu entrinnen und in der Freiheit den Kampf fortzusetzen — eines der Ziele von Flüchtlingen aus den Konzentrationslagern. Als erstem gelang Hans Beimler die Flucht. Nach einem vermutlichen Versuch am 1. Mai 1933, besprach er am 7. Mai mit seinem Zellennachbar Josef Götz den Plan und bereitete sich auf den Ausbruch aus Dachau vor. Er gelang in der Nacht zum 9. Mai, wobei er von Helfern aufgenommen, weitergebracht und

74 Lange, Sonneburg, S. 12ff.; ZPA, St 3/226; Inpress v. 8. 11. 1933.

75 Nazi-Bastille ... S. 25 u. 48; Elke Fröhlich, Die Herausforderung des Einzelnen, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. VI, München/Wien 1983, S. 29; Gegen Imperialismus ... S. 30 (Bericht von Karl Horn); Bay HStA, MA

105 490, unfol., MA 107 200, unfol.; Als Jude in Dachau, S. 85ff.; Ecker, S. 15; ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, ZFg 10, Nr. 1607/34, unfol., Film 14 237. 76 Poppinga/Barth/Roth, S. 92.

Aktenzeichen.

(Stets bei Antwort anzugeben.)

II

Staatsministerium des Innern
Der Politische Polizeikommandeur Bayerns

Fernsprecher 2897,
handvermittelter Fernverkehr 20251,
außerhalb der Dienststunden
Orts- und Fernverkehr 20252.

Betreff:

München 6, den 20. 10. 1933.

Schutzhaft.

An den

Mpr. 32099

Der Bayerische
Ministerpräsident

empf. 23 OKT. 1933 No. M.

Herrn Ministerpräsidenten von
Bayern

München.

Beil.

Jm Hinblick auf die Aufdeckung eines anscheinend um =
fangreichen Kassiberschmuggels aus dem Konzentrationslager
Dachau - auf die Tagesrapporte der Bayerischen Politischen
Polizei vom 18., 19. und 20. 10. 1933 nehme ich Bezug - habe ich
mit sofortiger Wirkung angeordnet, dass bis zur restlosen
Klärung dieser Angelegenheit, zunächst auf die Dauer von 6 Wo =
chen keine Entlassungen aus dem Konzentrationslager Dachau
erfolgen dürfen.

Für besonders dringliche Ausnahmefälle habe ich mir die
Entscheidung vorbehalten.

H. Hammer

*h 32 099.
B. Am.
h. 27. 10. 33
H*

Mpr.

A

*H 26
u 70*

Aus dem Dachauer Konzentrationslager

Kommunist Beimler entflohen — 100 Mark Belohnung auf seine Wiederergreifung ausgesetzt.

In der Nacht zum gestrigen Dienstag ist der bekannte Kommunistenführer und ehemalige Reichstagsabgeordnete, Schlosser Hans Beimler aus Augsburg, aus dem Konzentrationslager Dachau entflohen. Der Flüchtling, der bisher noch nicht wieder ergriffen werden konnte, trug eine braune Knierboderhose und eine braune Zoppe. Er war glatt rasiert und trug kurzgeschorene Haare. Ein besonderes Kennzeichen sind seine auffallend großen und weit abstehenden Ohren.

Für Angaben, die zur Ergreifung des Entflohenen beitragen können, ist von der Lagerverwaltung eine Belohnung von 100 RM. ausgesetzt. Beimler war jener Kommunistenführer, der kurz vor der nationalen Revolution in einer Versammlung im Zirkus Krone den Ausdruck getan hatte: „Bei Dachau sehen wir uns wieder!“ Anscheinend war er von der Wiedersehensfeier in Dachau nicht erbaut.

Der ehemalige Vorsitzende der kommunistischen Fraktion des früheren Bayerischen Landtages, Fritz Dressel, Teggenhof, der erst vor einigen Tagen in München festgesetzt und in Schutzhaft genommen worden war, hat sich in der Nacht zum Montag im Konzentrationslager Dachau selbst den Tod gegeben. Er wurde mit geöffneten Pulsadern tot aufgefunden. Der Grund seines Selbstmordes ist nicht bekannt, vermutlich hat er in seelischer Depression Hand an sich gelegt.

Notiz in der Dachauer Zeitung »Amperbote« vom 11. 5. 1933

längere Zeit in München versteckt wurde. Sie ebneten ihm darauf den Weg in die Tschechoslowakei. Trotz schlimmsten Terrors der Dachauer SS-Leute war unter den Gefangenen die Freude über die geglückte Flucht groß. »Es ist schwer zu beschreiben, was wir politischen Häftlinge bei dieser erregenden Nachricht empfanden, wie wir um das Schicksal unseres Kameraden bangten und nichts sehnlicher wünschten als ein gutes Gelingen der kühnen Flucht«, berichtete Karl Horn. Und ein anderer Häftling erinnerte sich, das Entweichen Beimlers »stärkte unsere Genossen im Lager gewaltig«. Beimler bot ein Vorbild für Neueingelieferte. Nikolaus Riedmüller hielt fest, wie ihn ein Genosse zu der Baracke 8 führte, an deren Ende sich die Zellen befanden, auf ein vergittertes Fenster deutete und sagte: »Siehst du, da ist er rausgeklettert, der Beimler Hans, und da ist er über den Zaun. Keine Macht der Welt konnte ihn aufhalten, und unsere Idee, verlaß dich drauf, wird sie überleben, die Mörderbande.«⁷⁷

Aus Osthofen entwich am 5. Juli, wie am folgenden Tag die »Mainzer Tageszeitung« meldete, der Rechtsanwalt Max Tschornicki, der bis 1933 politisch Ver-

folgten beigestanden hatte. Durch Hilfe des Kommunisten Philipp Wahl und des Reichsbannerangehörigen Christoph Weitz, zweier Mitgefangener, und des Osthofeners Johann Timmler gelang es ihm, über das Saargebiet Frankreich zu erreichen. In Hohnstein wurden ungeachtet der Repressalien etwa 30 besonders gefährdete Insassen bei der Flucht unterstützt. In Börgermoor ermöglichten deutsche Häftlinge bulgarischen Gefangenen, als sie zum Reichstagsbrandprozeß gebracht werden sollten, mittels eines Autos das Entweichen in die Niederlande. Am 6. November, bei der Übernahme der Moorklager durch die Polizei, nutzten August Lewin und Walter Modrow die Gelegenheit, um zu entkommen. In Esterwegen arbeiteten mehrere Häftlinge an einem Tunnel, um unter dem Lagerzaun hindurchzukriechen. Vor seiner Fertigstellung wurden sie entlassen. Aus Kislau erhielt der Landtagsabgeordnete Robert Klausmann während einer Klinikbehandlung die Möglichkeit zur Flucht. Desweiteren glückte es dem Stadtrat Kurt Heiß, aus diesem Lager zu entkommen. Am zweiten Weihnachtsfeiertag entflohen aus dem KZ Brauweiler der Kölner Stadtverordnete der KPD Hein Gérard und ein Mithäftling, nachdem sie sich einen Nachschlüssel angefertigt hatten. Sie erreichten die Niederlande. Und aus dem »Panzerkreuzer« des KZ Kuhberg gelang es zum Jahreswechsel 1933/34 einem Gefangenen zu entweichen, worauf die SA-Bewacher die anderen Häftlinge in die Winternacht hinausjagten, schlimm peinigten und mißhandelten.⁷⁸

In Oranienburg verließ nach vorheriger Absprache am 11. September Arthur Plätzke ein Außenarbeitskommando. Individuell entfloh dort auf gleiche Art am 4. Dezember der Sozialdemokrat Gerhart Seger. Aus Sonnenburg entkamen am 27. November Richard Knaak, einen Monat darauf Hermann Buck, wobei letzter wieder ergriffen wurde. Für andere zehn Häftlinge, darunter Kasper, Steinfurth und Stoecker, fand auf konspirativen Wegen ein Austausch über Fluchtmöglichkeiten und -unterstützung statt.⁷⁹

In Hohnstein plante die illegale Leitung sogar, im Falle von Massenerschießungen einen Ausbruch aller Häftlinge. Sie hatte den Standort der Wachen erkunden lassen und jeweils zwei Kameraden bestimmt, sie in Schach zu halten, um die Massenflucht abzusichern. Ihr Ziel war die Tschechoslowakei. Ähnlich stand in Dachau eine Gruppe entschlossener Gefangener bereit, die Stellen zu besetzen, wo Werkzeuge lagerten, um sich damit bei einem Massaker zur Wehr zu setzen.⁸⁰

78 Arenz-Morch/Hennig, S. 43; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Hohnstein, Nr. 1/1, Bl. 240f.; Sieling/Suhr, T. II, S. 66; WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydyalny, Nr. 12 048, k. 357; ZPA, EA 1343; Salm, S. 67; Viebahn/Kuchta, S. 300; Weidlin, S. 32.

79 Antifaschistischer Widerstandskampf..., T. I, S. 117, Dok. 90; Seger, S. 65ff.; ZPA, St 3/226; StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol., Nr. 1162, Bl. 221.
80 Möhler, S. 26; ZPA, V 241/7/58.

77 Klaus Drobisch, Ein Nazidokument über einen vermuteten Fluchtversuch Hans Beimlers, in: Beiträge zur Geschichte der

Arbeiterbewegung, 1981, H. 5, S. 749f.; Beimler, S. 52f., 60f., 67f. u. 6; ZPA, V 241/7/58.

Ein weiterer Teil der illegalen Arbeit war darauf gerichtet, wie der Widerstand nach einer Entlassung weitergeführt werden konnte. Darüber berichtete aus Börgermoor Karl Schabrod: »Im Moor selbst haben wir ja oft mit den Kameraden darüber gesprochen, was geschehen muß, um die Hitlerherrschaft zu beseitigen. Was ist notwendig, um eine illegale Tätigkeit auf längere Sicht ausüben zu können? Wie schützt man sich vor Verhaftungen?«

Andere verbreiteten, wie Mitarbeiter gewonnen werden konnten, wie Nachrichten unsichtbar zu schreiben seien und wie man sich nach einer Verhaftung verhielt oder sich in der Haft verständigte. Nach dieser Aufzählung von Methoden im Widerstand hob Schabrod hervor: »Allem voran steht ja ein klares politisches Bewußtsein. Ein richtiges Begreifen der politischen Situation. Und wie erreicht man die Aufklärung der Bevölkerung? Welche politischen Mittel muß man in der Illegalität anwenden? Wie organisiert man einen Streik? ... Wir haben also versucht, aus unseren Kameraden verantwortungsbewußte Funktionäre zu machen.«⁸¹

Standen Entlassungen bevor, unterschrieben die Freikommenden die geforderte Erklärung, sich nicht wieder

politisch zu betätigen. Sie betrachteten sie aber entsprechend dem Entscheid illegaler Leitungen in verschiedenen Lagern, da vom Gegner erzwungen, als null und nichtig. In Börgermoor verabschiedete der Stubenälteste am Abend vor der Entlassung auf eindringliche Weise den Betreffenden mit dem Wunsch, das Gelernte und seine Erfahrungen draußen anzuwenden. Darauf sang die Blockgemeinschaft das Moorsoldatenlied. Viele der Entlassenen trugen es versteckt bei sich, so daß es in Hunderten von Exemplaren aus dem Lager herauskam. Neben selbstgefertigten kleinen Geschenken nahm der Verabschiedete auch mündliche Grüße und Mitteilungen an die Angehörigen seiner Kameraden und konkrete Hinweise auf Kontaktmöglichkeiten mit.⁸²

Der Entlassene verließ das Lager, wie Erich Wiesner sich mit Blick auf die auch in Sonnenburg diskutierten Fragen der weiteren illegalen Tätigkeit erinnerte, mit einer »klare(n) Auffassung, wie er seine Kräfte im Widerstandskampf einzusetzen habe. Wir gingen dabei von dem Grundsatz aus, daß wir mit einer längeren faschistischen Periode rechnen müssen und daß deshalb entschieden dem Gerede entgegengetreten werden muß, die Faschisten würden sich schnell abwirtschaften.«⁸³

81 Sieling/Suhr, T. II, S. 104ff.

82 Langhoff, S. 214.

83 Wiesner, S. 215.

Widerstand nach Haftentlassung

»Wir dürfen nicht ruhen und rasten und müssen die Menschen über die wahre Gestalt des Faschismus aufklären und der Wahrheit zum Siege verhelfen!« Nach diesen Worten zu anderen KZ-Kameraden handelte August Obermeier. Aus der Kemna entlassen, führte er den antifaschistischen Kampf fort und wurde deswegen ermordet.¹

Gleich ihm setzten sich viele andere Antifaschisten ein, die kampfentschlossen die Konzentrationslager verließen. Der Kommunist Lomla beispielsweise wirkte sofort nach seiner Entlassung ab Mai 1933 als Mitglied der neuen KPD-Leitung in Gleiwitz, stellte Flugblätter her und verbreitete sie. Sein Genosse Bramer baute mit anderen eine konspirative Organisation in Beuthen auf, die mit Flugblättern an die Öffentlichkeit trat. In Greiz wandte sich nach seiner Entlassung aus Nohra Hermann Wagener der illegalen Arbeit zu und verbreitete Zeitungen. In Mannheim übernahm Ludwig Neidschwanger, der im Juni aus Ankenbuck kam, die zentrale Verteilung des KPD-Organs »Arbeiter-Zeitung«, und in Berlin fand Willy Sägebrecht, im Oktober aus Sonnenburg zurück, rasch wieder Kontakt zur illegalen Organisation. Ebenso versuchten ungebrochene Sozialdemokraten, den Widerstand fortzuführen, so der Bremer Reichsbanner-Funktionär Alfred Göbel. Im Juni mit einer Schädelverletzung aus dem KZ Mißler entlassen, aktivierte er Kameraden und baute eine illegale Gruppe auf, die antifaschistische Schriften aus Belgien verbreitete und auch selber solche herstellte.²

Der mutig weitergeführte Widerstand ehemaliger KZ-Häftlinge veranlaßte das Geheime Staatspolizeiamt schon am 30. Juni 1933 zu der Feststellung: »Es ist in letzter Zeit verschiedentlich beobachtet worden, daß entlassene politische Schutzgefangene sich sehr bald nach ihrer Freilassung wieder im staatsfeindlichen Sinne betätigt haben.« Um abschreckend zu wirken, ordnete der preußische Gestapo-Chef Diels an, die Betroffenen »unter Wegfall aller sonst üblichen Vergünstigungen (wahrscheinlich Briefwechsel usw. — d. Verf.) in ein Konzentrationslager zu verbringen« sowie sie zu registrieren, künftig Entlassungen nur nach Zustimmung des Staatspolizeiamtes vorzunehmen und davor den Gefangenen eindringlich die Folgen etwaiger antifaschistischer Betätigung vorzustellen.³ Solche Häftlinge,

»Rückfällige« genannt, wurden nach erneuter Einlieferung in den Lagern in der Regel besonders schlimm mißhandelt.

Dennoch ließen sich ehemalige politische KZ-Insassen nicht vom Kampf abhalten. Deswegen wandte sich der Amtsvorsteher von Schulzendorf am 5. Januar 1934 an den Landrat von Teltow gegen die Rückkehr kommunistischer Funktionäre aus Oranienburg, die unter den Arbeitern eine »zur Kritik stark aufgelegte Stimmung« ausnutzen würden. Aus Weißenfels meldete die Gestapo, daß sieben aus der Lichtenburg Entlassene sogleich ab Januar 1934 illegal arbeiteten und andere für den Widerstand gewonnen hätten. Die Gestapo Recklinghausen monierte, durch die Weihnachtsentlassung wäre »eine Anzahl Schutzhäftlinge zurückgekehrt, die sich vordem als Hauptfunktionäre der KPD betätigt haben und wichtige Funktionärsposten in den Organisations-, Propaganda- und Zersetzungsabteilungen innehatten. Auf Grund der Annahme, daß sie sich wieder betätigen und die Schutzhaft bei diesen Leuten, die eine besonders politische Schulung hinter sich haben, keine erzieherische Wirkung ausgeübt hat, wurden geeignete Maßnahmen zu ihrer Überwachung getroffen. Vertraulich ist bereits mitgeteilt worden, daß einzelne der zur Entlassung gekommenen Funktionäre mit dem Gedanken umgehen, die KPD neu aufzuziehen. Sie sind bereits an frühere Funktionäre, die aus verschiedenen Gründen von der Schutzhaft verschont blieben, herangetreten und haben sich über die Möglichkeiten eines Neuaufbaus unterhalten.« Bei einem Treff in Ludwigshafen beriet man, entlassene Schutzhäftlinge wieder in die illegale Arbeit einzugliedern. Ähnlich forderte ein Freigelassener in Oberschlesien dazu auf, die illegale Organisation zu verstärken, wie die Gestapo in Oppeln für Februar 1934 vermerkte. Im April und Mai machte das Arbeitsamt im bayerischen Holzkirchen auf Gefahren aufmerksam, die durch beim Autobahnbau eingesetzte entlassene Schutzhäftlinge entstünden. Kurz darauf meldete es: »Daß die Befürchtungen berechtigt waren, zeigen die inzwischen festgestellten versteckten Zellenbildungen der Kommune bei den Föchinger und Archinger Baustellen und verschiedene Verhaftungen. Schachtmeister der dort tätigen Firmen, größtenteils frühere Kommunisten und Marxisten, haben es ver-

1 *Ibach*, S. 57.

2 *Schmerbach*, S. 459ff.; ZPA, St 17/195; *Salm*, S. 72; *Säge-*

brecht, S. 219ff.; *Marbolek/Ott*, S. 208ff.

3 WAP w Szczecinie, Rejencja

Szczecińska, Wydział Prezydialny, Nr. 12 045, k. 921; *SS im Einsatz*, S. 80.

Staatspolizeistelle.
Tgb.Nr. ---- Ad-

Frankfurt/Oder, den 11. Juli 1933.
Regierung.

9

Landratsamt Cottbus
Eing. 13 JULI 1933 Anl.

Betrifft : Erneute politische Betätigung
entlassener Schutzhäftlinge.

Es ist in letzter Zeit verschiedentlich beobachtet worden, daß entlassene politische Schutzhaft-Gefangene sich sehr bald nach ihrer Freilassung wieder im staatsfeindlichen Sinne betätigt haben. Gegen solche unverbesserlichen Elemente muss rücksichtslos vorgegangen werden. Es ist selbstverständlich, daß die Betroffenen sofort erneut in Schutzhaft zu nehmen und ohne zeitliche Befristung sowie unter Wegfall aller sonst üblichen Ver. günstigungen in ein Konzentrationslager zu verbringen sind. Darüber hinaus wird ergebenst ersucht

- a) mir von allen Rückfälligen am 1. jeden Monats, erst -
malig am 1.8.33 eine listenmässige Aufstellung zu über-
senden,
b), Entlassungen aus der Schutzhaft künftig nur nach
Zustimmung des GSTPA., die unter ausführlicher
Begründung über die Staatspolizeistelle Frankfurt/Oder
zu beantragen ist, vorzunehmen,
c) Schutzhäftlinge bei etwaigen Entlassungen vor der
Abgabe der üblichen Verpflichtungserklärung, sich für
die Zukunft jeder staatsfeindlichen Tätigkeit zu ent-
halten, in geeignet erscheinender Form auf die Folgen
eines Rückfalls hinzuweisen.

I.V.

gez. Fischer

Beglaubigt:

Kasch
Krim-Sekt.

standen, aus dem Konzentrationslager Entlassene in Aufsichts- und Vertrauensposten von Vorarbeitern, Unterschachtmeistern und dergl. zu bringen. Seitdem solche Elemente mehr und mehr an die Oberfläche kommen, hat die Arbeitsleistung bei den genannten Baustellen merklich nachgelassen.« Im Sommer dieses Jahres setzte sich die Bayerische Politische Polizei angesichts ihrer Feststellungen über politische Betätigungen ehemaliger Schutzhäftlinge für eine stärkere Überwachung ein.⁴

Zum Schutze der Entlassenen wie der illegalen Organisation hatte die KPD-Führung in einem Rundschreiben im Dezember 1933 festgelegt, zurückkehrende Häftlinge zunächst solidarisch sozial und politisch zu betreuen und ihnen auch Agitations- und Schulungsmaterial zur Verfügung zu stellen. Keinesfalls sollten sie sofort in die illegale Arbeit einbezogen werden. Inzwischen sei zu prüfen, wie sich der Entlassene im Lager verhalten habe, ob er vom Gegner beobachtet werde oder gar zu Spitzeldiensten veranlaßt worden wäre. Entsprechend den Ergebnissen könne er nach etwa drei bis vier Monaten wieder die illegale Tätigkeit aufnehmen, wenn möglich, in anderer Funktion oder an einem anderen Ort.⁵

Ein gleiches Abwarten hatten Inhaftierte schon in den Lagern erörtert, wie beispielsweise Rudi Goguel aus Börgermoor berichtete. Nach seiner Entlassung im Oktober 1933 nahm Ewald Funke im Februar 1934 Kontakt mit ihm auf. Er erfragte Goguels Situation und empfahl ihm, sich mit den Richtlinien der Parteiführung vertraut zu machen. Daraufhin wurde der ehemalige Häftling zur illegalen Gewerkschaftsarbeit in Düsseldorf herangezogen und schrieb unter anderem Zeitungen und Flugblätter, bis er im September 1934 erneut in die Hände der Nazis fiel.⁶

Über die Konzentrationslager zu berichten, gehörte zum fortgesetzten Kampf. Zumeist erfuhren zuerst Familienangehörige von den schrecklichen Erlebnissen, so aus den Bremer Auswandererhallen durch Heinz Schramm, als dieser wegen eines Todesfalles für kurze Zeit aus dem Lager kam. Er erzählte, »daß sie also geschlagen wurden und daß sie tagelang stehen mußten und ihnen die Beine anschwellen und dann immer wieder geschlagen wurden und vor allen Dingen auf die geschwellenen Beine geschlagen wurden und daß man so versuchte, Aussagen aus ihnen herauszupressen, vor allen Dingen Namen«. Wenig später hörten andere Zuverlässige davon. In Wuppertal berichteten Ent-

lassene ihren Vertrauten im Sommer 1933 unter anderem von der Kemna. »Jetzt erst erfuhren wir die ganze grausame Wahrheit über die faschistischen Folterhöhlen und Konzentrationslager«, erinnerte sich eine Teilnehmerin. In Oberhausen unterrichtete ein Kommunist auf Bitte des Kaplans Dr. Joseph Rossaint den Leiter einer Gruppe der Zentrumspartei und Angehörige des katholischen Jungpolitischen Werkkreises über die Verbrechen der Konzentrationslager. Anfang Juli stand ein Darmstädter Dachdecker vor dem Sondergericht, weil er nach der Entlassung aus Osthofen von Behandlungen wie »ein Sklave oder ein Stück Vieh oder ähnliches« gesprochen hatte. Im schwäbischen Memmingen schilderten im August/September drei ehemalige Dachauer Torturen, den Bunker und Erschießungen »auf der Flucht«. In München korrigierte ein ehemaliger Dachau-Häftling im November unter anderem die Naziversion, Alfred Strauß wäre bei einem Fluchtversuch getötet worden, indem er den wirklichen Hergang des Mordes erzählte. Anfang 1934 informierte ein Dachauer Häftling Mitgefängene im Münchner Polizeigefängnis über die Zustände in den Konzentrationslagern.⁷ Zur gleichen Zeit schrieb nach seiner Entlassung im Dezember 1933 Karl Grünberg die in Sonnenburg erlebten Grausamkeiten nieder. Im Rhein-Ruhr-Gebiet erzählten ehemalige Insassen der Moorlager ihren alten Kameraden von den dortigen Verhältnissen, aber auch vom illegalen Kampf und machten sie mit dem Moorsoldatenlied vertraut. In Stettin mißachteten aus der Vulkanwerft Freigekommene – wie überall – das Verbot, über das Lager zu sprechen. Ihre Schilderungen, hieß es in einem offiziellen Bericht vom 6. April 1934, würden »starke Beunruhigungen innerhalb der Bevölkerung« hervorrufen. Im Landgerichtsgefängnis Memmingen zählte im Mai 1934 ein Dachauer Häftling auf, wieviel dort starben oder ermordet worden waren. In der Nähe von Frankfurt am Main konnten in für konspirative Besprechungen eingerichteten Räumen zurückgekehrte Gefangene über die Lage informieren.⁸

Bei solchen organisierten Zusammenkünften entstand oft der Entschluß, auf Flugzetteln und -blättern die Öffentlichkeit über die Konzentrationslager aufzuklären, so in Wuppertal nach Berichten über die Kemna. »Wir waren uns klar«, hielt Cläre Quast fest, »daß die Bevölkerung von Wuppertal die Wahrheit über die Geschehnisse in der »Kemna« erfahren mußte. Neben der Verbreitung der Nachrichten von Mund zu Mund wurden auf dem Abziehhapparat Flugblätter hergestellt, um die arbeiterfeindliche Politik der Hitlerregierung zu

4 *Antifaschistischer Widerstandskampf*..., T. I, S. 263, Dok. 218; ZPA, PST 3/182 u. St 3/74; Hermann Morweiser, Vom antifaschistischen Kampf in Speyer, Speyer 1983, S. 56, Dok. 29; Schmerbach, S. 460; Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, hg. von Martin Broszat/Elke Fröhlich/Falk

Wiesemann, München/Wien 1977, S. 222; BA Koblenz, R 58/264, Bl. 54.

5 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 795/9, Bl. 39f.

6 Karl Schabrod, Widerstand. Gegen Flick und Florian. Düsseldorf Antifaschisten über ihren Widerstand 1933–1945, Frankfurt/M. 1978, S. 112ff.

7 Wollenberg, S. 117; Im Kampf bewährt, S. 38; Joseph C. Rossaint/Michael Zimmermann, Widerstand gegen den Nazismus in Oberhausen, Frankfurt/M. 1983, S. 56; Heinrich Pingel-Rollmann, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933–1945, Darmstadt/Marburg 1985, S. 76; StA

München, Staatsanwaltschaft, Nr. 7561, 8781 u. 8834.

8 Grünberg, S. 306; Schabrod, Widerstand an Rhein und Ruhr, S. 41; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 721, Bl. 331; StA München, Staatsanwaltschaft, Nr. 8869; Mausbach Bromberger, S. 94.

entlarven.« Das Flugblatt »Die Wahrheit über die Kemna« erschien im August 1933. Und als die Wuppertaler Kommunisten von der Ermordung ihres Funktionärs Otto Böhne in Börgermoor hörten, fertigten sie, wie Cläre Quast hinzufügte, mittels Kinderdruckkästen »kleine Handzettel an, die im Stadtteil 6, dem Wohngebiet der Familie Böhne, in die Arbeiterwohnungen gebracht wurden. Jeder sollte von dem feigen Mord an Otto erfahren und sollte wissen, was Faschismus bedeutete.« Aus der Schutzhaftabteilung in der Haftanstalt Kleve hatte Ludger Zollikofer im September 1933 einen Bericht herausgeschmuggelt, der in Essen durch August Czekay verbreitet wurde. Sein Schlußsatz lautete: »Das sind die Folterkammern des 3. Reiches, des 20. Jahrhunderts, die denen des Mittelalters in nichts nachstehen.« Zollikofer wurde nach seiner Entlassung im November 1933 deswegen im Juni des folgenden Jahres erneut eingesperrt. Über Oranienburg erschien etwa gegen Ende des Sommers 1933 ein Flugblatt, das nach den Worten des Leiters der Polizeiabteilung des Lagers »die Zustände im hiesigen Lager in der gemeinsten Weise und in den schlimmsten Farben schildert und unter anderem auch die SA-Führer aus der Lagerleitung beschimpft«. Im Oktober berichtete ein Münchner Flugblatt über den Mord an Franz Stenzer in Dachau. Es stellte richtig, daß er nicht »auf der Flucht«, sondern heimtückisch erschossen worden war. Die Mordanklage verbanden die Verfasser mit der Würdigung des kommunistischen Funktionärs. Sie schilderten zugleich, mit welcher Empörung Arbeiter der Reichsbahnwerkstätte auf das Verbrechen an ihrem Betriebsrat reagierten. Ihre Erregung erzwang eine Betriebsversammlung, auf der ein Nazistadtrat indirekt den Mord zugeben mußte. Er drohte den Eisenbahnarbeitern, die sich nicht beruhigen wollten, mit Einlieferung in das Konzentrationslager. Nachdem schon im Juli die illegale »Neue Zeitung« der KPD in München eine Schilderung der »Hölle von Dachau« veröffentlicht hatte, brachte sie Anfang Dezember einen weiteren Artikel über »Die Mörderhölle Dachau«. Er beschrieb unter anderem die Dunkelzellen, in denen die Häftlinge Dressel, Franz, Götz, Hausmann und Stenzer gequält oder ermordet worden waren, und forderte dazu auf, die Wahrheit über die Konzentrationslager weiterzuverbreiten, Solidarität mit den Familienangehörigen und Hinterbliebenen der Opfer zu üben, Proteste zu erheben und die Gefangenen freizukämpfen. Auch Münchener Sozialdemokraten stellten schon frühzeitig das Flugblatt »Vier Arbeiter in Dachau ermordet« her.⁹

9 Im Kampf bewährt, S. 38; Gerhard Werner, Aufmachen! Gestapo! Über den Widerstand in Wuppertal 1933–1945, Wuppertal 1974, S. 15; Schmidt, Lichter ..., S. 184; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Oranienburg, Nr. 8, Bl. 311; Franz Stenzer. Geboren am 9. Juni 1900, ermordet am

22. August 1933. Leben und Kampf eines hervorragenden Kommunisten und antifaschistischen Widerstandskämpfers. Biographische Skizze, erarbeitet in Vorbereitung des 50. Todestages von Franz Stenzer von der Zentrallleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR/Lagerarbeits-

Eine umfangreiche Schrift erreichte Anfang 1934 Hamburger Geistliche und Rechtsanwälte. Der Sozialdemokrat Walter Schmedemann verfaßte sie nach seiner Entlassung aus Fuhlsbüttel und verbreitete sie mit Hilfe einer SPD-Gruppe. Nach Schilderungen von Verhaftungen und Einlieferungen ins Untersuchungsgefängnis ging sie vor allem auf das KZ Fuhlsbüttel ein: auf den »Empfang« der Häftlinge und Mißhandlungen durch namentlich genannte Schläger, auf Isolierhaft und Fesselung sowie auf das Schicksal des SPD-Redakteurs Fritz Solmitz. Das Schreiben forderte die Empfänger auf, gegen solche Untaten zu protestieren. Die mit 30 Seiten stärkste im Inland hergestellte Darstellung jener Zeit trug den Titel »Dachauer Gefangene erzählen«. Sie erschien in 650 Exemplaren etwa im Frühjahr 1934 in München. Auf Anregung der KPD-Funktionäre Ludwig Ficker und Fritz Rottmaier verfaßte sie Martin Grünwiedl, nachdem er im Februar 1934 aus dem bayerischen Lager entlassen worden war. An der Niederschrift und der Redaktion sowie der Herstellung und Verbreitung nahmen mehrere andere Antifaschisten teil. Das Heft beschrieb die Errichtung des KZ Dachau und seine Übernahme durch die SS, die ersten Morde, die Flucht Beimlers, die ständigen Schikanen und Mißhandlungen, die Arbeitsfron, die Provokation mit dem Sowjetstern, die Diebstähle durch SS-Leute, die Folterungen und Morde im Arrest. Es charakterisierte die SS-Verantwortlichen und einige berüchtigte Schinder und Totschläger, entlarvte die Wahlfarce des 12. November 1933 und umriß die Stimmung und Haltung der politischen Gefangenen. Abschließend hob die Schrift hervor, daß der Faschismus »Tod und Verderben, Massenbetrug und Massenmord sowie Krieg bedeutete, um die kapitalistische Herrschaft zu befestigen und auszudehnen«. Das Heft verbreitete unter anderem der Münchner Musiker Heinrich Ferg im September 1934, der deswegen zu drei Monaten Haft verurteilt wurde.¹⁰

Wie ungebrochen die politischen Häftlinge trotz der unsäglichen Verhältnisse und Verbrechen blieben, bezeugte unter anderem »Das neue Blatt«, das in Dresden erschien. Schon in seiner Nummer 2 von 1933 brachte es einen Artikel über die Trauerfeier für Clara Zetkin in Colditz.

Im Ausland, wohin eine Reihe von ehemaligen KZ-Häftlingen entkam, konnten sie freier auftreten. Doch mußten sie auch hier Rücksicht auf die zurückgelassenen Familienangehörigen und ihre Kameraden nehmen, die sich in der Gewalt des Naziregimes befanden. Dennoch verbreiteten sie im Exil mündlich und schriftlich die

gemeinschaft Dachau und der Hausgemeinschaft Franz-Stenzer-Str. 1 in Berlin-Marzahn (1983), S. 16f.; Heike Brettschneider, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933–1945, München 1968, S. 37 u. 45f.; »Halts Maul – sonst kommst nach Dachau!« Frauen und Männer aus der

Arbeiterbewegung berichten über Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus, Köln 1983, S. 27.

10 Dokumente zur Gleichschaltung ..., S. 254ff., Dok. 58; Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel, S. 23; Arch. Dachau, Nr. 5670 u. 5669; StA München, Staatsanwaltschaft, Nr. 8973.

Wahrheit über die Konzentrationslager und den faschistischen Terror. Hier fand die Nazi-Propaganda geringe Resonanz, und manches war schon bekannt.

Beispielsweise berichtete schon am 2. April 1933 die Kreisbehörde im tschechischen Varnsdorf nach Prag, daß in Hainewalde 60 SA-Leute ein Konzentrationslager für 400 Kommunisten und Sozialdemokraten einrichteten. Am selben Tag meldete das tschechoslowakische Pressebüro, daß man von dort vier Häftlinge unter Mißhandlungen und Schüssen über die Grenze getrieben hatte. Einer von ihnen legte dann am 20. April schriftlich seine Erlebnisse nieder. Und am 8. August sagte der zwei Tage zuvor aus diesem Lager geflohene Arthur Presser in Česká Lipa aus, daß die Gefangenen nach Hohnstein verschleppt würden.¹¹

Von entlassenen Häftlingen bekamen die Rote Hilfe Deutschlands und die KPD-Führung schon frühzeitig vielfach sehr detaillierte Berichte, so über Ankenbuck, Augustsburg, Börgermoor, Brandenburg, Dachau, Heinersdorf, Oelsnitz, Oranienburg und Sonnenburg.¹² Heinz Willmann, der im April 1934 nach Prag entsandt wurde, schilderte hier seine Erlebnisse in Fuhlsbüttel und setzte sich für eine Hilfsaktion für den dort drangsalierten Willi Bredel ein. Kurz danach sprachen die Kommunisten Jäger und Zeisler im Prager Rundfunk über die Naziuntaten in Hohnstein, nachdem sie aus dem Konzentrationslager geflohen und durch Bergsteiger sicher über die Grenze gebracht worden waren.¹³ Der Sozialdemokrat Seger trat nach seiner Flucht aus Oranienburg unter anderem vor britischen Unterhausabgeordneten, in 31 Veranstaltungen in Großbritannien und auf 19 Versammlungen in Norwegen auf, obwohl seine Frau und sein Kind seit 19. Februar 1934 als Geiseln in das KZ Roßlau eingesperrt worden waren.¹⁴

Nachhaltig wirkten die Berichte des Rechtsanwaltes und Verteidigers angeklagter Arbeiter Max Tschornicki, der im Juli 1933 aus Osthofen entwichen war. Er schilderte in Paris unter anderem Anna Seghers seine Erlebnisse.¹⁵ Sie regten zum einen die Schriftstellerin zu ihrem 1938 begonnenen Roman »Das siebte Kreuz« an, in dem sie das Lager Westhofen nannte, zum anderen möglicherweise die Flucht von sieben Häftlingen des KZ Sachsenhausen in der Nacht vom 6. zum 7. November 1936, von denen die Häsher einen erst im Mai 1940 wieder faßten.

Zur Information über den Kampfgeist in den Lagern gehörte das Verbreiten des Moorsoldatenliedes. Nach seiner Entlassung im Mai 1934 sang es Erich Mirek zunächst Mitgliedern der ehemaligen Agitpropgruppe »Rotes Sprachrohr« vor, danach Exilanten in Prag.¹⁶ Noten und Text, so wie sie in Börgermoor Häftlinge

aufzeichneten und Heinz Kiwitz illustrierte, erschienen faksimiliert am 8. März 1935 in der »Arbeiter-Illustrierten-Zeitung«, am 13. Juni 1935 von Wolfgang Langhoff durch einen Bericht über den Komponisten und sein weiteres Schicksal ergänzt.

In der Exilpublizistik nahmen 1933/34 Berichte über die Konzentrationslager einen relativ breiten Raum ein. Sie fanden oft großen Widerhall. Die »Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung« bot schon in ihrem Artikel »30 bis 35 Konzentrationslager in Deutschland mit über 30000 Gefangenen« am 7. April 1933 einen ersten Überblick. »Unsere Zeit« druckte ihn am 15. April nach, die »Arbeiter-Illustrierte-Zeitung« am 10. Mai. Die »Rundschau« vom 2. Juni veröffentlichte neuere Zahlen der Schutzhäftlinge. Das »Braunbuch« brachte im August eine erweiterte Übersicht über die Lager und die darin Inhaftierten. Von sozialdemokratischer Seite folgte in der Saarbrücker Tageszeitung »Deutsche Freiheit« am 8. Dezember eine ergänzte Aufstellung.

Inzwischen hatten Mitteilungen ehemaliger Häftlinge sowie andere Informationen und Recherchen viele Einzelheiten über die ersten Konzentrationslager enthüllt. Neben Meldungen, kürzeren Berichten, Kommentaren, Fotos und Zeichnungen publizierten kommunistische Zeitungen, Zeitschriften und Pressendienste an längeren, oft ergreifenden Schilderungen:

»DER GEGEN-ANGRIFF«

15. Mai 1933 Besuch in Oranienburg; 15. Juni 1933 Die Hölle von Dachau; 1. August 1933 Schwäbisch-Sibirien (über Heuberg); 15. August 1933 Ein Tag in der Schutzhaft Sonnenburg; 1. Oktober 1933 ... in der Zelle erhängt (über Dachau); 24. Dezember 1933 Die Hölle von Fuhlsbüttel; 3. März 1934 Auf der Flucht erschossen (über Esterwegen); 24. März 1934 Die Mörderbande von Fuhlsbüttel; 14. April 1934 Die SS-Meuterei von Börgermoor; 21. April 1934 Sonnenburg (Gedicht von Bertolt Brecht).

»RUNDSCHAU ÜBER POLITIK, WIRTSCHAFT UND ARBEITERBEWEGUNG«

26. Mai 1933 Zustände in Dachau; 2. Juni 1933 Vertraulicher Bericht über Sonnenburg; 23. November 1933 Alarm- und Schreckensruf aus dem KZ Sonnenburg; 30. November 1933 Fuhlsbüttel; 14. Juni 1934 Besuch im Konzentrationslager Oranienburg.

»UNSERE ZEIT«

15. Juni 1933 Mord im Lager Hohnstein.

»INPRESS«

19. September 1933 Bericht über Sonnenburg; 8. November 1933 Bericht aus Sonnenburg; 16. November 1933 Meldung über Konzentrierung von Frauen in Moringen.

»ARBEITER-ILLUSTRIERTE-ZEITUNG«

20. Juli und 12. Oktober Fotos aus Hainewalde und Bremen (Mißler); 2. und 16. November 1933 Die Hölle von Sonnenburg; 1. März 1934 Dachau, wie es wirklich ist.

»DEUTSCHE VOLKSZEITUNG«

11 Statní ústřední v Praze (im folgenden: SÚA, Prag), PZU 1931–1940, 207-736-5, Bl. 77; Braunbuch ..., S. 239f.; Burger, S. 15ff.; SÚA, Prag, PMV K 225-842-5, Bl. 23; Nietzsche, S. 11f.

12 ZPA, I 2/3/45 u. St 62/2/29. 13 Willmann, S. 162; Sächsische Zeitung v. 28. 6. 1961.

14 Neuer Vorwärts v. 25. 3., 29. 4., 3. 6. u. 29. 7. 1934.

15 Arenz-Morch, S. 23f.

16 Lieder ..., S. 16.

3. Mai 1934 Frauen im Konzentrationslager (über Brauweiler und Moringen).

»NEUE DEUTSCHE BLÄTTER«

Dezember 1933 »Ich hatt' einen Kameraden . . .« (über Sonnenburg); Januar 1934 Literatur im Konzentrationslager; Juni 1934 Unser Kulturminister (über Sonnenburg).

Sozialdemokratische Periodika veröffentlichten:

»NEUER VORWÄRTS«

25. Juni 1933 Mord und Folter in Dachau; 8. Oktober 1933 Besuch im Lager (über Colditz); 15. Oktober 1933 Die Hölle von Sonnenburg; 21. Januar 1934 Aus der Hölle von Dachau; 11. März 1934 Der Schäfer von Oranienburg; 25. März 1934 Frau und Kind Segers gefangen (über Roßlau); 27. Mai 1934 Wo Göring gnädig ist (über Stettin).

»DEUTSCHE FREIHEIT«

28. Juli 1933 Hinter Deutschlands Gittern (über Löbau, Bautzen-Kupferhammer und Hainewalde); 16. August 1933 Als Deutsche schämen wir uns (über Breslau und Dachau); 23. August 1933 Konzentrationslager Dürigoy; 4. Oktober 1933 Schandtaten im Konzentrationslager (über Börgermoor); 21. Februar 1934 Der Lügenkanzler (über Börgermoor); 6. März 1934 Aus dem Mordlager Papenburg.

»MITTEILUNGEN ÜBER DIE LAGE DER POLITISCHEN GEFANGENEN«

22. August 1933 Konzentrationslager Dachau; 7. Februar 1934 Oranienburg; 23. Juni 1934 Die Konzentrationslager Kemna und Börgermoor.

Von weiteren Blättern behandelten unter anderem Lager:

»DAS NEUE TAGE-BUCH«

9. September 1933 Das Konzentrationslager Oranienburg.

»DIE NEUE WELTBÜHNE«

21. September 1933 Ein Alltag im KZ (über Wittmoor); 16. und 23. November 1933 Konzentrationslager Brandenburg; 21. Juni 1934 Acht Monate bei Ossietzky (über Sonnenburg).

Aus umfangreicheren Veröffentlichungen ragte das »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror« hervor, das im August 1933 erschien. Um die Öffentlichkeit in breitem Maße über die Untaten in Deutschland zu unterrichten, mußten alle Möglichkeiten genutzt werden, Tatsachen zu erfassen, zusammenzustellen und durch weitere Details zu ergänzen. So wurde der deutsche Kommunist Heinz Willmann nach Hamburg entsandt, um Einzelheiten über Fühlbüttel zu erkunden. Er wurde dabei verhaftet und in das Konzentrationslager geworfen. Durch Befragungen von Flüchtlingen kamen 536 Protokolle über Mißhandlungen und 375 Aufzeichnungen über Folterhöllen zusammen. Außerdem lagen 137 Atteste über gesundheitliche Schädigungen vor.

Die auf solche Art und auf anderen Wegen erlangten Unterlagen wurden von dem Autorenkollektiv unter Alexander Abusch und Otto Katz verarbeitet. Abusch

HANS BEIMLER

MITGLIED DES REICHSTAGS
POLITISCHER LEITER DER KPD
SÜDBAYERN

IM MÖRDERLAGER DACHAU

VIER WOCHEN IN DEN HÄNDEN DER
BRAUNEN BANDITEN



1933

VERLAGSGEGENSCHAFT AUSLÄNDISCHER
ARBEITER IN DER UdSSR / MOSKAU-LENINGRAD

entwarf das Kapitel über faschistische Mordtaten, Alfred Kantorowicz das über die Judenverfolgung, Gustav Regler die über die anderen Seiten des Naziterrors.

Mit dem Braunbuch und seinen 36 Druckseiten über die Konzentrationslager, weiteren Details darüber in anderen Kapiteln sowie über die Todesopfer in den Lagern in der Mordliste lag nicht nur die erste geschlossene, sondern auch für längere Zeit die umfangreichste Untersuchung über die faschistischen Lager vor. Sie konnte in aller Welt gelesen werden. Auflagen des Braunbuches erschienen in mindestens 20 Sprachen in rund einer halben Million Exemplaren. Etwa ein zehnter Teil davon, als Dünndruckausgabe hergestellt und als Reclam-Heft getarnt, ging auf illegalen Wegen nach Nazi-Deutschland. In Magdeburg konnte sogar im Vervielfältigungsverfahren eine mehrteilige Auflage angefertigt werden, die gleichfalls kursierte.¹⁷

17 Alexander Abusch, Der Deck- S. 316 u. 324ff.; Willmann,
name. Memoiren, Berlin 1981, S. 151ff.; Klaus Sohl, Entstehung

Bald nach dem Braunbuch erschien in deutscher Sprache in Moskau und Leningrad der Bericht Hans Beimlers: *Im Mörderlager Dachau*, der weitere erschütternde Einzelheiten über KZ-Verbrechen und -Mordtaten enthielt. Der »Baseler Vorwärts« begann am 11. Oktober mit dem Fortsetzungsabdruck. Beimlers Schrift kam auch in Großbritannien und den USA heraus.

Einen zusätzlichen Überblick gaben am 8. und 9. Dezember 1933 öffentliche Zeugenaussagen vor dem Internationalen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung und Verhinderung des Terrors in Hitler-Deutschland in Paris. Unter der Schirmherrschaft von Lord Dudley Leigh Aman Marley (Vizepräsident des britischen Oberhauses) und Frau Lahy-Hollebecque (Professorin an der Sorbonne) nahmen daran Rechtsanwälte und Ärzte aus Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz und anderen Ländern teil. Vor ihnen und weiteren Anwesenden berichtete Emma Stenzer über das Schicksal ihres Mannes in Dachau. Andere Häftlinge umrissen die Lebensumstände und Mißhandlungen in den Lagern und Folterhöhlen. Am zweiten Tag informierte der Sekretär der Liga für Menschenrechte, Kurt Grossmann, über den Inhalt von fast 270 Protokollen, die über den Naziterror in Prag aufgenommen worden waren. Ehemalige Insassen von Sonnenburg und Neusturm schilderten die dortigen Zustände und Untaten. Wie am Vortage beantworteten die Zeugen eine Reihe von Fragen der Untersuchungskommission. Der Ausschuß beschloß, noch weitere 20 Terroropfer zu vernehmen und die Ergebnisse zu veröffentlichen.¹⁸

Außerdem erschienen 1934 unter anderem folgende Schriften in deutscher Sprache, die ganz oder teilweise die Konzentrationslager behandelten:

Aus Hitlers Konzentrationslagern, herausgegeben von Kurt Bürger (Karl Ganz), Moskau/Leningrad 1934 (auch unter dem Titel: *Les horreurs fascistes en Allemagne* 1934 in Paris), u. a. über Sonnenburg, Brandenburg, Fuhlsbüttel, die Moorlager und Dachau, *Theodor Balk (Fedor Dragutin), Ein Gespenst geht um*, Paris 1934 (auch unter dem Titel: *Sous la botte hitlerienne*), u. a. über Hohnstein, Sonnenburg und Dachau.¹⁹

Folterhöhle Sonnenburg, Zürich/Paris 1934,

Hirne hinter Stacheldraht, Basel 1934, u. a. über Heuberg und Sonnenburg,

Werner Hirsch, Hinter Stacheldraht und Gittern, Zürich/Paris 1934 (auch als Tarnausgabe), u. a. über Columbia-Haus, Brandenburg und Oranienburg,

und Verbreitung des Braunbuches über Reichstagsbrand und Hitler-Terror 1933/34, in: *Jahrbuch für Geschichte*, 1981, Bd. 21, S. 292ff.

18 *Inpress* v. 2., 9., 10. u.

11. 12. 1933; *Rundschau* ... v. 14. 12. 1933; *Basler Vorwärts* v. 19. 12. 1933.

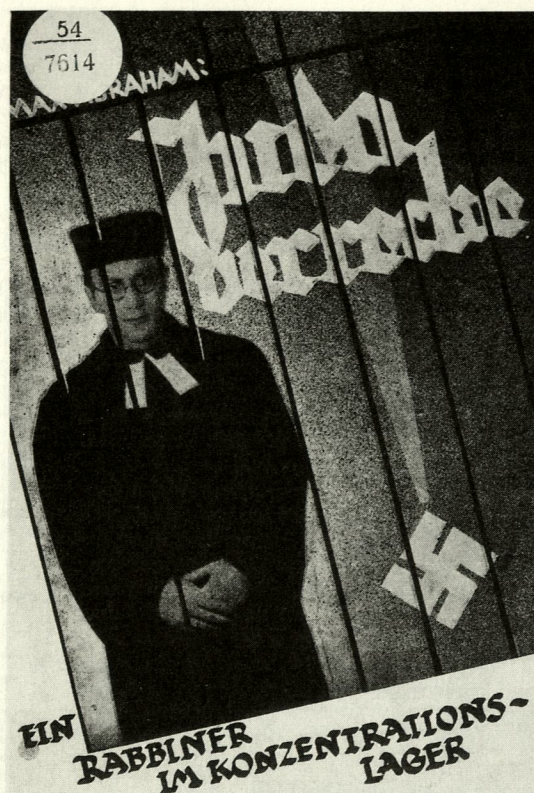
19 Ob die von der Arbeitshilfe für Griechenland in griechischer Sprache herausgegebene Broschüre *Balks*: Unter dem Stiefel des Faschismus, damit identisch ist, ließ sich nicht feststellen (ZStA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Nr. 25 759, Bl. 13).



Mord im Lager Hohnstein, Moskau/Leningrad 1934, *Emil Winkel, Gestapo*, Zürich 1934, u. a. über Sonnenburg.

Der SPD-Abgeordnete Gerhart Seger sandte am 27. Januar 1934 sein Manuskript über Oranienburg als Strafanzeige an den Reichsjustizminister, den Oberreichsanwalt beim Reichsgericht, andere Staatsanwälte und weitere Nazistellen.²⁰ Kurz danach erschien der Text in Karlsbad als Broschüre: *Oranienburg*. Der Untertitel: *Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten*, ignorierte allerdings Beimlers Schrift. Das Heft kam auch als Tarnausgabe und in Übersetzungen in fünf Sprachen heraus. Es fand beträchtliche Aufmerksamkeit und zirkulierte unter anderem in Bremen, wo junge Sozialdemokraten den Text vervielfältigten. Dann folgte ein umfangreicher Sammelband mit Berichten sozialdemokratischer Häftlinge: *Konzentrationslager. Ein Appell an das Gewissen der Welt. Ein Buch der Greuel. Die Opfer klagen an*, Karlsbad 1934, den redaktionell Irene Herzfeld und Arthur Müller

20 Ebenda, Reichsjustizministerium, Nr. 6665, Bl. 129.



bearbeitet hatten. Dazu erhielten sie durch eine sozialdemokratische Gruppe aus München ein Foto der Dachauer Straßenwalze.²¹

Desweiteren publizierte Max Abraham seine Erlebnisse in Oranienburg, Börgermoor und der Lichtenburg unter dem Titel: *Juda verrecke*. Ein Rabbiner im Konzentrationslager, Teplitz-Schönau 1934. Kurt Grossmann stellte unter dem Pseudonym Felix Burger und dem Titel: *Juden in brauner Hölle*, unter anderem Berichte über Hainewalde, Zwickau-Osterstein, Breslau-Dürgoy und Osthofen zusammen. Die Broschüre erschien im Herbst 1933 in Prag.

Die vielfältigen Informationen, Berichte und Publikationen über die Konzentrationslager unterrichteten die Öffentlichkeit über einen gewichtigen Teil des Terrorregimes und trugen dazu bei, den wahren Charakter des deutschen Faschismus zu erkennen. Zugleich sprach aus ihnen der ungebrochene Geist der Inhaftierten. Sie rüttelten die antifaschistische und humanistische Gesinnung in aller Welt auf, sich für die Befreiung der politischen Gefangenen in Nazideutschland und die Beseitigung der barbarischen Herrschaft einzusetzen.

21 Marbolek/Ott, S. 221; Miroslav Beck/Jiří Veselý u. a., Exil und Asyl. Antifaschistische deutsche Literatur in der Tschechos-

lowakei 1933–1938, Berlin 1981, S. 339; »Halts Maul...«, S. 199.

Hilfe und Proteste von außen

Schon am 22. März 1933 nannte ein Rundbrief in Bayern, unterzeichnet vom »Komitee zum Schutze der ›Schutzhäftlinge‹«, die Zahl von 20000 politischen Gefangenen, Einzelheiten über Verhaftete und Namen von Haftstätten. Das Schreiben fragte, warum die Häftlinge nicht mit ihren Angehörigen in Verbindung treten, warum sie nicht besucht und warum ihnen keine Lebensmittel gebracht werden dürften. Und es antwortete: um Mißhandlungen zu verbergen und um zu verhindern, daß Klagen bekannt würden. Deshalb forderte es auf: »In dieses künstlich geschaffene Dunkel müssen wir Licht bringen. Die Nebeldecke, unter der die faschistischen Untaten geschehen, muß durchstoßen werden. Du sollst dabei helfen. Schreibe diesen Brief einige Male ab und übersende diese Briefe an Freunde mit der Aufforderung, sie weiterzugeben an ihre nächsten Freunde. Auf diese Art wird es möglich sein, Aufklärung über die tatsächlichen Vorgänge in Deutschland zu schaffen.« Zum Schluß rief das Blatt »alle aufrechten Menschen« auf: »Helft uns, erhebt eure Stimmen – heraus mit den politischen Kriegsgefangenen aus Hitlers Kerkern! Übt Solidarität mit allen Opfern!«

Solche Appelle standen in vielen anderen illegalen Schriften, zum Beispiel in einem Nürnberger Flugblatt an sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Arbeiter vom Sommer 1933, in dem es hieß: »Denken wir aber vor allem an die Zehntausende revolutionären Klassenbrüder, die hinter Kerkermauern und elektrisch geladenen Konzentrationslagerumzäunungen dem faschistischen Terror ausgeliefert sind.« Der Anfang 1934 auch in Berlin verbreitete Appell der Roten Hilfe forderte auf: »Steigert in der ganzen Welt die Proteste! Tragt die Nachrichten über die Greuel in Deutschland in alle Fabriken und Arbeiterviertel, alle Dörfer und Städte, alle Länder und Kontinente. Überflutet die Hitlervertretungen im Auslande mit Euren Protesten.« Der Aufruf regte weiter an, Patenschaften über Gefangene und deren Angehörige zu übernehmen und sie solidarisch zu unterstützen, und zwar sowohl individuell als auch durch Komitees in Betrieben, Orten und Organisationen.

Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand und den ersten Massenverhaftungen empfahl ein wohl auf einer Direktive des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) beruhendes Rundschreiben des ADGB in Hessen vom 1. März 1933, jeden Terrorakt telegraphisch oder per Eilbrief dem Reichs-

präsidenten von Hindenburg oder dem Reichskommissar für Preußen, Vizekanzler von Papen, mitzuteilen und die Wiederherstellung des Rechts zu fordern. Abschriften sollten dem Bundesvorstand und dem Bezirksausschuß des ADGB zugehen.¹ Spitzenfunktionäre der SPD und des ADGB beschritten den Weg, sich unter Ausschuß der Öffentlichkeit an die Machthaber zu wenden. So schrieb am 18. März 1933 der sozialdemokratische Reichstagsvizepräsident Paul Löbe wegen sechs inhaftierter SPD-Parlamentarier an den Naziinnenminister Frick: »Ich wäre Ihnen sehr zu Dank verpflichtet, wenn Sie die nötigen Schritte ergreifen würden, um diesen Abgeordneten die Teilnahme an den Sitzungen des Reichstages und die Ausübung ihrer parlamentarischen Pflichten zu ermöglichen.« Frick setzte am nächsten Tag ein glattes »Nein!« unter diesen Brief. Erneut wandte sich Löbe am 10. April an Görings Stellvertreter Grauert im preußischen Innenministerium wegen der Verhaftung und Mißhandlung von Funktionären des ADGB bei Liegnitz. Sein Schreiben bezog sich offensichtlich auf die Verschleppung der Liegnitzer Funktionäre nach dem KZ Heinersdorf in der Nacht zum 6. April, über die der dortige Ortsausschuß des ADGB den Reichspräsidenten informiert hatte.²

Distanzierung von der KZ-Praxis bedeutete de facto die Forderung von Michael Kardinal Faulhaber an Hitler vom 24. Juli nach »einer großmütigen Amnestie für jene, die ohne Verbrechen, nur wegen einer politischen Gesinnung in Schutzhaft sind und mitsamt ihrer Familie furchtbar leiden«.³

Familienangehörige versuchten auf unterschiedliche Weise, etwas für die Verhafteten zu erreichen. So beschwerte sich die Frau von Heinrich Lüdemann, sozialdemokratischer Oberpräsident von Schlesien, wegen dessen Mißhandlung im KZ Breslau-Düroy in der Reichskanzlei. Deren Ministerialdirektor Hans-Heinrich Lammers befragte an Ort und Stelle die Häftlinge, wobei Lüdemann bestätigte, daß er geschlagen worden war. Dennoch wurde seine Frau wegen ihrer Beschwerden als Schutzhäftling ins Breslauer Gefängnis gewor-

1 StA München, Polizeidirektion München, Nr. 6900, Bl. 74; *Helmut Beer*, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933–1945, Nürnberg 1976, S. 100f.; ZPA, St 3/1010, GStA Berlin, Rep. 92, Nr. 55, unfol.

2 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 707, Bl. 85; GStA Berlin, Rep. 77, Nr. 30, Bl. 72; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 727, Bl. 149.

3 ZStA Potsdam, Film 19 464.

Allgemeiner Deutscher
Gewerkschaftsbund,
Liegnitz

des Reichspräsidenten
Ging - 7.-AF.R.-1933

Liegnitz, den 6. April 1933.

149

Reichsmin. An den



Herrn

1. Abgabebefehl
2. Reichsministerium d. Innern

Reichspräsidenten von Hindenburg.

T. A. 2016/6.4. Berlin

Sehr geehrter Herr Reichspräsident !

Uns ist mitgeteilt worden, daß in der Nacht vom 5. zum 6. April d.J. Funktionäre der S.P.D. und der Gewerkschaften, die sich in Schutzhaft befanden, aus dem hiesigem Polizei- und Gerichtsgefängnis in das Lager der S.A. nach Heinersdorf bei Liegnitz geschafft worden sind und dort mißhandelt wurden.

Besonders schwer sollen unter diesen Mißhandlungen Herr Israel und die Brüder Kurt und Georg Mosser gelitten haben.

Wir ersuchen Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, höflichst, dafür Sorge zu tragen, daß derartige Vorfälle in Zukunft unterbleiben und daß zu den Vorfällen der letzten Nacht strengste Untersuchungen angeordnet werden.

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß Sie mit uns der Auffassung sind, daß es nicht angeht, wehrlose Schutzhaftlinge zu mißhandeln.

In der Hoffnung, daß es Ihnen gelingt, weitere derartige Vorfälle zu verhindern, zeichnen wir in Erwartung eines baldigen geschätzten Bescheides

hochachtungsvoll

Paul Janiet.

Stellvertw. Vorsitzender
des Ortsausschusses des
A.D.G.B.

Liegnitz, Herronwiesendamm 2

ERNST

Handwritten:
Hindenburg
Antwort an den Reichspräsidenten
5/18/33

fen. Margarete Heilmann bat die Reichskanzlei um Auskunft, wo ihr Mann, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im preußischen Landtag, geblieben wäre. Lammer versprach eine Nachricht, die sie aber nie erhielt. Auf weitere Anfragen und Beschwerden beschied man sie hinhaltend oder abschlägig.⁴

Etwas erreichte Kreszentia Mühsam im April 1933 bei dem Staatsanwaltschaftsrat Hans Mittelbach, als sie ihm eine Besuchsgenehmigung abrang. Sie konnte zugleich durch die Ehefrauen von Bernstein, Geisler und Kasper genutzt werden. Alarmiert durch die verschlüsselte Nachricht ihres Sohnes Hans, er hätte Selbstmordversuche unternommen, ging auch Irmgard Litten zu Mittelbach. Sie traf dort 30 Angehörige von Häftlingen. Nach eindringlichen und zähen Vorstellungen erreichte die Mutter eine Besuchserlaubnis, allerdings für Spandau, wohin der mißhandelte Litten aus Sonnenburg gebracht worden war. Ebenso erlangte sie von Conrady – Mittelbachs Nachfolger – das Versprechen, daß Mißhandlungen unterbleiben würden, und eine Besuchsgenehmigung für Esterwegen. Dagegen blieben Interventionen bei dem Reichsjustizminister Franz Gürtner, dessen Staatssekretär Roland Freisler und dem Reichswehrminister Werner von Blomberg erfolglos.⁵

Solche Interventionen nahmen zu und wurden den Behörden lästig. Am 22. August 1933 ordnete der Gestapo-Chef Diels an, keine Auskünfte über Schutzhäftlinge mehr zu erteilen, selbst wenn die Anfragen von höheren NSDAP-Führern, Staatssekretären oder gar Ministern kämen.⁶

Neben Versuchen, durch Vorstellungen bei Behörden etwas für die Gefangenen zu erreichen, wandten sich Angehörige an die Öffentlichkeit, so die Frauen von Sonnenburger Häftlingen in einem Flugblatt im Mai 1933. Sie schilderten darin die Mißhandlungen bei Transport und Ankunft sowie im Lager und beschrieben, wie sie Bernstein, Geisler, Kasper und Litten vorfanden. Ihr Appell lautete: »Im Namen der Frauen und Kinder der Sonnenburger Gefangenen, deren einziges ›Verbrechen‹ darin besteht, politische Gegner der Regierung Hitler zu sein, bitten wir Sie, alles zu tun, was in Ihren Kräften steht, um diese Wehrlosen zu retten. Fordern Sie mit uns, daß endlich Schluß gemacht wird mit den brutalen Mißhandlungen, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen und bestraft werden!«⁷

Bei den Moorlagern demonstrierten Frauen faktisch gegen die Inhaftierung ihrer Männer. Aus Solingen begaben sich rund 20 Frauen nach Börgermoor. Sechs von ihnen verhandelten mit dem Posten am Lagereingang wegen einer Sprechgenehmigung. Er wies sie ab, und der Kommandant ließ sich verleugnen. Als die

Frauen zu erkennen gaben, daß sie entschlossen seien, bis zum nächsten Morgen zu warten, an dem ihre Männer zur Moarbeit mußten, erhielten sie die Erlaubnis für anderthalb Stunden. Ebenso fuhren, initiiert durch Erna Moser und durch Nachbarn und Freunde finanziell unterstützt, im September etwa 20 Düsseldorfern mit einem Omnibus nach Börgermoor. Von neun Uhr bis Mittag mußten sie warten, ohne ihre Männer zu sehen. Endlich ließ sich der Kommandant herab, ein über zehnminütiges Gespräch zu erlauben. Lya Kralik erinnerte sich: »Dann kamen sie – in alten Schupouniformen mit Krätzchen auf dem Kopf, grotesk sahen sie aus. Die Freude des Wiedersehens aber war unbeschreiblich. Ich sehe noch Rudi Goguel und Wolfgang Langhoff mir zuwinken, deren Frauen nicht dabei sein konnten, sehe noch Karl Schabrod und Otto Matthies mit Luise neben mir, Gerd Moser mit Erna und viele andere. Etwa 10–15 Minuten durften wir miteinander sprechen. Hanns gab mir dabei zwei selbstgebastelte Schalen aus verschiedenfarbigem Bast, stellte die Moarbeit dar und zeigte seine Gefangenen-Nummer 727 (ich besitze sie noch heute). Er flüsterte mir zu: drehe den Bast zurück, und du findest den Text des Moorsoldatenliedes. So kamen ich und viele andere unserer Freunde Ende September 1933 in den Besitz des Textes.« Ein anderer hatte das Lied hinter ein gezeichnetes Kinderbild gesteckt.

Nach Ablauf der Frist ließ der Kommandant Fleischmann seinen Hund los, um die Frauen durch knöcheltiefen Sand zum Omnibus zu jagen. Dennoch, so fuhr Lya Kralik fort, »waren wir froh und glücklich, unsere Männer und so viele bekannte und unbekannte Genossen gesehen und gesprochen zu haben. Wir fühlten ihre solidarische Verbundenheit und hatten die Gewißheit: Die kriegten uns nicht unter, wir werden sie kämpfend überleben.«

Ein am selben Tag von drei Frauen unternommener Versuch, Gleiches in Esterwegen zu erreichen, scheiterte. Ein anderes Mal ließ der dortige Kommandant etwa 30 Frauen durch die Wachen mit Gewehrkolbenstoßen vertreiben. In Wittmoor erzwangen die Häftlinge Besuche durch ihre Frauen und Mütter. Die einen belagerten das Tor, die anderen standen dahinter. Von beiden Seiten rüttelten sie daran, bis die von dem Wachhabenden eilends angerufene Hamburger Gestapo die Begegnung und weitere Besuche gestattete.⁸

Organisiert fuhren andere Frauen nach Brauweiler und Kleve und erzwangen, ihre Männer zu sehen und ihnen – wie im Börgermoor – Päckchen und Pakete zu übergeben. Ähnlich demonstrierten im hessischen Mörfelden im September Frauen gegen die Verschleppung ihrer Männer nach Osthofen. Ihren in diesem Lager eingesperrten Kameraden Martin Hassemer zu

4 Ebenda, Nürnberger Prozesse, Fall 11, Nr. 318, Bl. 6ff; Dok. NG 4861 u. 4868.

5 Mühsam, S. 15; Braunbuch ..., S. 286f; Litten, S. 26, 64ff., 91 u. 119.

6 ZStA Potsdam, Film 17 505;

7 Ebenda, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 795/8, Bl. 132.

8 Inge Sbosny/Karl Schabrod, Widerstand in Solingen: Aus dem Leben antifaschistischer Kämpfer, Frankfurt/M. 1975, S. 52f.; Schabrod, Gegen Flick,

S. 88; Langhoff, S. 187f.; Als sozialdemokratischer Arbeiter ..., S. 47; Perk, S. 30, Klawes u. a., S. 43.

sehen, setzten drei Mitglieder der katholischen Jugendorganisation Sturmschar durch. Trotz Anbrüllens, Drohungen mit Karabinern und Tritten durch die Schergen konnten sie Hassemer in Osthofen sprechen.⁹

Solidaritätsbekundung, Aufmunterung und Protest zugleich wagten Einwohner von Weißenfels, die Ende Juni den Abtransport von Schutzhäftlingen nach Halle begleiteten, ihre Angehörigen grüßten und ihnen zuriefen: »Rot Front! Freiheit! Mut, Kopf hoch! Auf Wiedersehen!« Gleiches geschah in Halle, als Gefangene aus der Kaserne in der Merseburger Straße in das KZ Lichtenburg übergeführt wurden. Passanten warfen ihnen auf dem Bahnhof Obst und Lebensmittel zu. Ebenso sprachen Einwohner auf dem Postamt Insassen von Esterwegen heimlich Mut zu.

Eine unter den herrschenden Verhältnissen große Manifestation gegen Konzentrationslager und Nazi-regime stellte die Beisetzung des Arbeiter Fritz Gumbert am 28. April 1933 in Heidenau dar. Trotz Absperrung durch bewaffnete SA-Leute kamen etwa 3000 Menschen zusammen, um den Trauerzug zu begleiten. Erst am Friedhof gelang es SA-Trupps, ihn auseinanderzutreiben. Zwölf Tage darauf fand in Breslau eine ähnliche Kundgebung tausender Arbeiter für den Sozialdemokraten Ernst Eckstein statt. Er hatte am 8. Mai mit einem anderen Häftling im KZ Breslau-Dörigoy einen Baumstamm transportieren müssen. Unerfahren, wie beide dabei waren, hatten sie sich den Stamm jeder auf eine andere Schulter geladen. Beim Kommando: Abwerfen! schlug er an Ecksteins Kopf. Er fiel bewußtlos um und starb kurz darauf. Seine Mutter schrieb in der Todesanzeige, ihr Sohn habe ausgelitten, was viele verstanden. Sie bat Max Rausch, als engsten Kampfgefährten Ecksteins, die Grabrede zu halten. Er überwand seine Bedenken, war er doch gerade nach dreimonatiger Haft freigekommen. Auch die Politische Polizei genehmigte sein Auftreten. Die Beisetzung des SAP-Funktionärs gestaltete sich zu einer großen Demonstration. Ansprache, Kranzniederlegungen und Schweigen bezeugten mehr als Anteilnahme. An der Trauerfeier für den am 20. Juni in Oranienburg ermordeten Coswiger Kommunisten und RFB-Führer Hermann Hagen-dorf nahmen 60 seiner Kampfgefährten aus Dessau teil. Helene Meier, eine Stadtverordnete, hielt die Gedenkrede. Bei der Beisetzung von Ludwig Marum am 3. April 1934 in Karlsruhe versammelten sich, wie die »Neue Züricher Zeitung« fünf Tage darauf meldete, an die 3000 Menschen, obwohl Polizisten sie beobachteten und fotografierten.

Die Heidenauer, Breslauer, Coswiger und Karlsruher Beisetzungen standen keineswegs einmalig dar. Denn am 18. November hatte das preußische Innenministerium konstatiert, »daß in letzter Zeit von gewissen Kreisen wiederholt Versuche unternommen worden sind, anläß-

lich der Beerdigungen von verstorbenen politischen Schutzhäftlingen den Überführungen und Begräbnissen durch übergroße Teilnahme absichtlich einen demonstrativen Charakter zu geben«. Deshalb wies es die Konzentrationslager an, die Polizei des Heimatortes rechtzeitig von der Überführung von Häftlingsgleichen zu unterrichten, damit sie Vorkehrungen gegen Kundgebungen treffen könnten. Alle Behörden hielt das Schreiben an, Begräbnisse »mit demonstrativem Charakter ... grundsätzlich nicht zuzulassen«.¹⁰

Einwohner von Orten, in oder bei denen sich Konzentrationslager befanden, nahmen mit eigenen Augen und Ohren einiges von den dort herrschenden Zuständen wahr. So konnten Anwohner aus ihren Fenstern in das Lager Moringen blicken, von dort Schüsse und Schreie vernehmen. Auch das Bremer Konzentrationslager in den Auswandererhallen ließ sich einsehen. Die Lagerleitung verlangte, daß die Fenster geschlossen blieben und Vorhänge vorgezogen wurden. Sie schickte SA-Leute aus, um eine Beobachtung zu verhindern. Dennoch »sprach sich in der Stadt herum«, erinnerte sich eine Frau, »daß in den Nächten dort furchtbare Schreie zu hören waren, und man folgerte natürlich daraus, daß gefoltert wurde, und daß weit in den Straßen um Mißler herum die Leute nachts nicht schlafen konnten, wenn die SS-Leute die Inhaftierten schlugen. Also da haben wir schon gewußt, oder wer es wissen wollte, konnte es hören, was in Mißler vorging.« Aufgrund dessen berichtete die Zeitung »Die Wahrheit«, die illegal im Weser-Ems-Gebiet erschien, in ihrer Ausgabe vom April, in der Nacht zum 5. April wäre die Umgebung des Lagers durch Hilfeschreie aus dem Schlaf geschreckt worden. Ein heimlich verbreiteter Bericht der Roten Hilfe vom 21. April schilderte gleichfalls die Mißhandlungen und faßte zusammen, »daß im Bezirk 500 Gefangene zu verzeichnen sind, davon in Bremen 300, die zu großen Teilen im KZ in Bremen untergebracht sind«. Bewohner bezeugten Solidarität mit den Häftlingen, indem sie Nahrungsmittel ins Lager warfen. Ihre Proteste, unterstützt durch weitere Berichte in der illegalen Presse, so dem »Scheinwerfer«, Organ des Einheitsverbandes der Seeleute, Hafenarbeiter und Binnenschiffer, vom August, nahmen schließlich einen derartigen Umfang an, daß das Lager verlegt werden mußte. Zudem brachte der Seemann Otto Stannies heimlich aufgenommene Fotos von den KZ Mißler und Och-tumsand nach Baltimore. Einwohner von Hainewalde prangerten die dortigen Mißhandlungen bei Hindenburg sowie bei der Amtshauptmannschaft an und beschwerten sich auch beim NSDAP-Ortsgruppenleiter, obwohl die »Oberlausitzer Tageszeitung« am 7. April drohte, daß gegen »Gerüchte« vorgegangen werde. In Bayern warnte der »Penzberger Anzeiger« vom 25. Juli 1933

9 Kleine, S. 188; Herz und Ge-danken ..., S. 35 (Bericht von Rudolf Schmidt); ZPA, EA 257; Grünewald, S. 47.

10 Braunbuch ..., S. 321; Ruth und Max Seydewitz, Unvergessene Jahre. Begegnungen, Berlin 1984, S. 36ff.; Leidigkeit u. a., S. 105; Marum, S. 135; SS im Einsatz, S. 89.



Häftlinge in Prettin, von Einwohnern heimlich fotografiert

sogar davor, daß Bergarbeiter mit dem Wortspiel »A-uchda« auf Dachau hinwiesen.¹¹

Neben antifaschistischer Aufklärung bildeten mündlich verbreitete Angaben eine weitere Quelle von Kenntnissen über die Konzentrationslager, da sie – manchmal vergrößert – meist die wahren Verhältnisse erkennen ließen. In Bayern beispielsweise äußerten zwei Frauen in Bad Reichenhall und München unabhängig voneinander im Mai 1933, die angeblichen Flüchtlinge wären in Dachau meuchlings ermordet worden. Zur selben Zeit erzählte ein Mann in München, Dressel wäre eines unnatürlichen Todes gestorben, überhaupt springe man mit den Gefangenen sehr schlecht um und mißhandelte sie. Ein anderer, ein Schneider, äußerte, daß die Wachen die Häftlinge bestehen. Über den Mord an Dressel verbreiteten sich im Juni gleichfalls Steinhauer in Wotzdorf. Ähnlich sprach einen Monat darauf ein Telegrafienarbeiter in München über die Ermordung Neßgers. Im August erklärte ein Bürstenmacher, in Dachau schlugen ma Häftlinge derart, daß sie blutüberströmt wären, ihr Essen sei mit Schweinefutter zu vergleichen, Gefangene würden in den Bunker geworfen und ermordet, worauf man die Untat als Erschießung auf der Flucht hinstelle. Ein Handelsvertreter bemerkte im Dezember, Häftlinge müßten mit dem Körper tief im Moor stehen und Büsten schneiden, sie hätten Strafarbeit unter Prügeln zu leisten. Im selben Monat kursierten unter Sozialdemokraten Enthüllungen über Dachau, die auf die Frau eines Häftlings zurückgingen.¹²

Unter den Münchnern, die sich über Dachau äußerten, befanden sich der Stadtpfarrer Dr. Emil Muhler, sein Kaplan Oskar Thaler und der Katechet Georg Sollacher. Ende September/Anfang Oktober 1933 hatte,

auf dem Bericht Beimlers fußend, der Kommunist Andreas Donhauser Muhler erzählt, daß in Dachau Häftlingen Messer und Strick in die Zelle geworfen würden, damit sie Hand an sich legen könnten. Der Pfarrer berichtete davon seinem Kaplan. Dieser gab das an Sollacher weiter, der sich darüber gegenüber zwei Lehrerinnen äußerte. Am 24. Januar 1934 verhängte das Sondergericht München wegen Verbreitung von »Greuelmärchen« über die drei Geistlichen drei bis fünf Monate Gefängnisstrafe. Schon fünf Tage darauf erklärte Hans Beimler in einem Schreiben aus Paris dem Sondergericht, er fühle sich »verpflichtet, vor der Weltöffentlichkeit aufzutreten und nachzuweisen, daß die drei Pfarrer, wegen angeblicher Greuelpropaganda verurteilt, unschuldig sind. Alles, was ich in meinem Buch nach gelungener Flucht über meine Erlebnisse in Dachau mitgeteilt habe, ist Wort für Wort wahr. Die angeklagten Pfarrer können also . . . nicht gelogen haben.« Beimler verlangte im Ausland darüber vernommen zu werden, um die drei Verurteilten zu entlasten.¹³

Von dem Theologieprofessor Karl Barth kam gar die Frage, »was die Kirche zu dem sage, was in den Konzentrationslagern geschehe, zur Behandlung der Juden« und ähnlichen Schändlichkeiten. Barth, einer der Begründer der oppositionellen Bekennenden Kirche, stellte sie am 30. Oktober 1933 im Kreise von etwa 20 Kirchenleuten, unter ihnen Prof. Dr. Günter Dehn, Lizentiat Walter Küneth und Pastor Martin Niemöller. Berliner Quäker sandten am 4. Januar 1934 Bücher in das KZ Lichtenburg, wobei sie in ihrem Entschlußprotokoll vermerkten, »wenn auch Bedenken bestehen, ob nicht eine derartige Stiftung die unmittelbare Anerkennung einer Einrichtung bedeutet, deren möglichst baldige Beseitigung zu wünschen ist.«¹⁴

Eigene Beobachtungen, mündliche Unterrichtung und schriftliche Aufklärung über die Lager bestärkten die Hilfsbereitschaft unter der Bevölkerung, welche die materielle und moralische Unterstützung durch Familienangehörige ergänzte. Für die Häftlinge im Ulmer Garnisonsgefängnis legten beispielsweise Bürger Päckchen mit Lebensmitteln und Zigaretten an versteckten Stellen nieder. Noch wichtiger als den Inhalt empfanden die Gefangenen dies als Beweis der Solidarität. Lichtenburger Häftlinge erhielten bei Feldarbeiten von Prettinern Frauen, bei Arbeiten auf dem Friedhof von dem Friedhofswärterpaar, bei Gartenarbeiten von einem Lehrer-ehepaar und einer Frau Nahrungsmittel. Das Gemeindedienerehepaar, bei dem sie ihre Werkzeuge abstellten, beförderte sogar heimlich Post. Noch nach drei Jahrzehnten drückte ein ehemaliger Häftling aus, was er damals empfand: Es »wuchs meine Hoffnung auf die

11 Bericht Sprengel; *Bremen kaputt*, S. 24; ZPA, St 10/138/19a; *Antifaschistischer Widerstand in Bremen*, S. 7; Wollenberg, S. 129, 115f. u. 92; Max Bolek/Otto, S. 248; Grehl, S. 45ff., 60 u. 68, Anlagen 17 u. 23; Tenfelde, S. 234.

12 Bay HStA, MInn 73 693, unfol.; StA München, Staatsanwaltschaft, Nr. 7457 u. 7555, unfol.; Peter Hüttenberger, Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933–1939, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. IV, S. 478f., 483 u. 503.

13 Bay HStA, MInn 73 690, unfol.; StA München, Staatsanwaltschaft, Nr. 7669, unfol.

14 Hans Prolingheuer, Der Fall Karl Barth 1934–1935. Chronographie einer Vertreibung, Neukirchen–Vluys 1977, S. 244,

Dok. 5; Anna Sabine Halle, »Alle Menschen sind unsere Brüder . . .« Nahezu unbekannter religiöser Widerstand im »Dritten Reich«, in: *Widerstand und Exil 1933–1945*, Bonn 1985, S. 128.

Wiedererlangung der Freiheit, und mein Mut wurde fester und stärker«. Denn er hätte gespürt, »daß es in Prettin gute und tapfere Genossen gibt, die über unser Schicksal Bescheid wußten und auch gewillt waren, uns zu unterstützen«. Er fühle sich »heute noch verpflichtet, allen diesen Menschen, die mir damals Mut und Ausdauer geben, vielmals zu danken«. Ebenso halfen mit Lebensmitteln Einwohner von Roßlau, die zudem bei der Wahl im November 1933 Ecken an den Wahlzetteln umknickten, als sie bemerkten, daß die Scheine der dortigen KZ-Häftlinge derartig markiert waren. Mit Hohnsteiner Gefangenen hielten Karl Friedemann und Minna Neubert monatelangen Kontakt über Arbeitskommandos, wobei sie ihnen auch den Briefwechsel mit Angehörigen ermöglichten. In Pappenheim konnten die Häftlinge Johann Reinhard, Max Schröter und Erich Vogel bei dem befohlenen Kirchgang Informationen »von draußen« erlangen. Zu den organisierten Unterstützungsaktionen gehörte gleichfalls das Wort der Unterbezirksleitung Zittau der KPD an die politischen Gefangenen in Hainewalde, das im Juni 1933 veröffentlicht wurde. In ihm hieß es: »Wir wissen, daß Ihr seit Monaten mit unbeugsamem Mut, trotz allem Terror, trotz Schikanen, denen Ihr ausgesetzt seid, treu zur Sache der Arbeiterklasse steht. Viele von Euch sind grausamen Marterungen ausgesetzt. Wir wissen sehr gut – und auch die Arbeiterklasse weiß es –, was Ihr erduldet. Wenn wir Euch diesen Gruß trotz aller Schwierigkeiten der Illegalität ins Konzentrationslager schicken, so faßt das als Bekenntnis unserer untrennbaren Verbundenheit mit Euch, als einen Beweis kameradschaftlicher Treue der Partei zu Euch auf. Und dieses Bekenntnis zu Euch kann uns und dem revolutionären Proletariat, das weder geschlagen noch entmutigt ist, keine faschistische Diktatur unterbinden!«¹⁵

Unmittelbare Hilfe für KZ-Häftlinge leisteten unter anderem zwei Einwohner von Mittertlich. Sie hätten für sie Geld gesammelt und seien deswegen selbst in Schutzhaft genommen worden, meldete im Juni 1933 der Regierungspräsident von Niederbayern und der Oberpfalz. Ebenso handelten Kommunisten in Speyer. Sie überwiesen dem zum zweiten Mal in Dachau eingekerkerten Hugo Gerloff 1933/34 fünfmal Geld, indem sie Namen und Adresse von dessen Frau angaben.

Schon früh setzte auch die Unterstützung für Familienangehörige politischer Gefangener ein. Die Rote Hilfe ließ im April 1933 durch Rundschreiben und Kuriere feststellen, wessen Familien Unterstützung bedurften. Die Solidarität mit Angehörigen von Inhaftierten zeigte sich alsbald, berichtete Ludwig Göhring aus Nürnberg. »Die Bereitschaft zu spenden war, wenngleich keine großen Summen eingingen, auch bei uns politisch Nahestehenden vorhanden. Es gingen Spenden zwischen

50 Pfennigen und maximal 1,50 RM ein. Für einen Arbeitslosen bedeuteten 50 Pfennige ein Opfer. Wenn wir wiederholt Beträge von acht bis zehn RM bei den Familien unserer in Dachau inhaftierten Genossen abliefern konnten, so war das eine Hilfe.« Noch 1934 verteilte man in München aus der Schweiz gesandte Lebensmittel und Textilien an die Familien politischer Häftlinge. In Bremen sammelten schon im Frühjahr 1933 Reichsbanner-Mitglieder für Angehörige der im KZ Mißler eingesperrten Kameraden. Solcher Beistand blieb nicht allein auf die eigenen Reihen beschränkt, wie sich Pfarrer Erich Weber aus Wiesbaden erinnerte: »Die Kinder und Verwandten der in Schutzhaft Befindlichen gingen überall herum und sammelten Geld, damit die Frauen und Kinder der Verhafteten etwas zu essen hatten, denn sie bekamen keine Unterstützung. So kamen auch ehemalige Konfirmanden, die inzwischen Kommunisten geworden waren, zu mir. Ich gab ihnen immer ein paar Mark, damit ihnen geholfen werden konnte.« Im Juni 1934 richtete der Politische Polizeikommandeur aus Berlin die Aufmerksamkeit der Politischen Polizeien in allen Landesteilen auf folgende Form der Unterstützung: Die Ehefrau eines Schutzhäftlings erhalte per Postscheck laufend Geld, indem die Anweisung auf fingierte Konten ausgestellt und als Absender ihre Anschrift angegeben würde. Weil sich die Überweisung nicht verbuchen ließ, wurde der angeblichen Absenderin die betreffende Summe ausgezahlt.¹⁶

Im Ausland reagierten etliche auf den Terror. Zu den ersten gehörte das Zentralkomitee der KP der Tschechoslowakei, das am 1. Februar 1933 aufforderte: »In diesem Augenblick muß der Kampf des deutschen Proletariats die größte Unterstützung und Solidarität der Arbeiterklasse aller europäischen Länder zuteil werden.« Und der Zentralausschuß der Liga für Menschenrechte in der ČSR teilte schon am 1. März der Öffentlichkeit mit: »Die Kerker Deutschlands füllen sich mit den Opfern Hitlerscher Proskriptionslisten.« Dagegen seien Taten erforderlich, denn: »Gegen dieses blinde Wüten der Gewalt mit Worten zu protestieren, wäre nutzlos.« Deshalb regte der Zentralausschuß die demokratischen und humanitären Organisationen an, Hilfskomitees zu schaffen, und verlangte von der Regierung, sich »der Opfer des faschistischen Terrors in Deutschland hilfsbereit an(zu)nehmen.«¹⁷

Die im März von der Kommunistischen Internationale initiierte Bewegung zur Freikämpfung Ernst Thälmanns galt gleichzug den vielen anderen bekannten und unbekannten Verfolgten und Inhaftierten. In einer Reihe von Ländern entstanden Hilfs- und Befreiungskomitees

15 Schätzle, Stationen . . . , S. 31; Arch. Lichtenburg, Nr. 249 u. 238; Engelmann, S. 48f.; Sie kämpften und starben

für kommendes Recht, Dresden 1963, S. 37; Heinz; Im Kampf bewährt, S. 193.

16 Bayern in der NS-Zeit, S. 211; Morweiser, S. 55 Dok. 28; Bay HStA, MA 106 312, Bl. 52; Göhring, unpag.; Brettschneider, S. 58; Marbolek/Ott, S. 208; Lothar Bembek/Fritz Schumacher, Nicht alle sind tot, die begraben sind. Widerstand und

Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945, Frankfurt/M. 1980, S. 32; ZStA Potsdam, Film 14 366.

17 Zur Frage der deutschen antifaschistischen Emigration in der ČSR 1933–1939, in: Philologica Pragensia, 1975, Nr. 1, S. 6 u. 8.

für Gefangene des Faschismus. Das bald darauf gebildete Internationale Hilfskomitee für die Opfer des Hitlerfaschismus koordinierte ihr Wirken. Im Mai wies der überparteiliche Ausschuß zur Untersuchung der Nazigreuel in Deutschland auf die Schutzhäftlinge hin und mahnte, das Gewissen nicht betäuben zu lassen, den Verfolgten und ihren Angehörigen zu helfen, bei den Nazibehörden zu protestieren und Delegationen zu ihnen entsenden, welche verlangen sollten, die Gefangenen zu sprechen. Eine Internationale Hilfswoche für die Opfer des faschistischen Terrors in Deutschland vom 17.–25. Juni 1933 und viele andere Aktivitäten mobilisierten zahlreiche Menschen und viele Organisationen zu Protesten und Sammlungen, darunter auch die Labour Party, die im Juli zu Spenden aufrief und Sammelmärkte herausgab.¹⁸

Für die »Pravda« vom 4. November schilderte aus Paris Michail Kolzov: Das Internationale Hilfskomitee stütze sich auf zwölf Komitees in zehn Ländern. Am erfolgreichsten sei ihre Tätigkeit in Frankreich, Großbritannien und den USA. Der Vorsitzende des Internationalen Komitees, Lord Marley, käme gerade aus China zurück, wo er eine Kampagne organisiert habe. Henri Barbusse, Vorsitzender des am 20. August gebildeten Weltkomitees gegen imperialistischen Krieg und Faschismus, halte Vorträge in Amerika, andere sprächen in weiteren Regionen über den Faschismus und die Notwendigkeit, seinen Opfern zu helfen. Neben der Aufklärungsarbeit, bei der weitere Enthüllungen über faschistische Schandtaten bevorstünden, hätten Sammlungen eine halbe Million französischer Franc erbracht.

Zur selben Zeit regte das Internationale Komitee durch Handzettel in den Niederlanden – wahrscheinlich auch in weiteren Ländern – Sammlungen von Geld, Lebensmitteln, Kleidung und anderem an, um Kinder von KZ-Häftlingen zu betreuen und sie aufzunehmen.¹⁹

Münchener Arbeiter hatten am 23. Oktober Fritz Heckert bei der Kommunistischen Internationale in Moskau einen Brief übergeben lassen, damit von dort die Werktätigen in aller Welt über den Faschismus und die Opfer von Dachau, darunter Franz Stenzer, unterrichtet würden. Sie baten zugleich, Emma Stenzer und ihre drei Kinder in der Sowjetunion aufzunehmen. Einige Zeit später würdigte der französische Schriftsteller Romain Rolland den opferreichen Kampf in Gestalt Stenzers und fügte hinzu, daß seine Frau und seine Töchter das Vermächtnis des Gefallenen erfüllten.²⁰

Die öffentliche Anhörung von Opfern durch den Ausschuß für Aufklärung und Verhinderung des Terrors in Hitlerdeutschland am 8. und 9. Dezember in Paris gaben solchen Solidaritätsbekundungen ebenso Auftrieb wie

die eindringlichen Worte von Emma Stenzer und ihren Kindern in Paris, sich für die Gefangenen und ihre Angehörigen einzusetzen, die beispielsweise die Wiener »Volksstimme« am 22. Dezember 1933 veröffentlichte.

Neben den Berichten der Hilfsorganisationen, des Internationalen Komitees und seiner Gliederungen informierten ausländische Zeitungen weitere Kreise über die Konzentrationslager. Wohl als erste brachten niederländische Blätter und die Genfer »La Travail« Mitte März Gefangenenzahlen. Anfang bzw. Ende April berichtete »De Telegraaf«, Amsterdam, und die dänische Zeitung »Politiken« Details über den Heuberg, am 27. April »Daily Telegraph« über Dachau.²¹

Von britischen und amerikanischen Periodika druckte »The New Statesman and Nation« am 28. August einen größeren Bericht über ein Konzentrationslager. Er stammte von einer Gruppe deutscher Intellektueller und enthielt viele Einzelheiten. Die Schilderung schloß mit der Bitte um Hilfe. »The Times« und »The New York Times« gaben am 19. September bzw. 1. Oktober sehr konkret die Erlebnisse eines deutschen Häftlings aus Oranienburg wider. »Nineteenth Century« informierte im November über die Zahl der Konzentrationslager und die ihrer Insassen allgemein und über Dachau speziell, insbesondere über die Behandlung Beimlers und die Morde an Dressel und Götz. Die Schilderung beruhte offenkundig auf Beimlers Bericht. Weiterführende Angaben über Dachau machte der Korrespondent von »Manchester Guardian« am 1. Januar 1934, unter anderem über neue Morde.

Neben solchen Presseartikeln schilderte der Holländer Nico Rost in seiner im Juli 1933 in Amsterdam erschienenen Broschüre: Een Concentratiecamp in het Derde Rijk. De Brouwerij van Oranienburg, eigene Hafterlebnisse, auch über die Solidarität der Gefangenen, die er mit Informationen über andere Lager verband.

Die ausländische Berichterstattung über die Konzentrationslager berührte das Naziregime erheblich. Das Auswärtige Amt sprach am 22. Juli von einer »jüdischen Greuelpropaganda« und von »Hetzartikeln marxistischer Blätter«. Um solcher angeblich »antideutschen Propaganda« entgegenzutreten, sandte es den deutschen Auslandsmissionen eine Stellungnahme zu, die sie in ihren Wirkungsbereichen verbreiten sollten. Der durch und durch verlogene Text wollte eine »Erziehungsfunktion« der Konzentrationslager suggerieren, behauptete, die Häftlinge wären in Offiziersbaracken untergebracht, würden von Polizei bewacht und keiner dürfe sie anrühren. Kurz: Er versuchte glauben zu machen, die Lager glichen Idyllen. Da solche Pamphlets wenig fruchteten, bemühte sich das Außenministerium, über gedungene ausländische Journalisten Gegenartikel zu lancieren, zum Beispiel in »The Globe«, Toronto, am 5. September über Oranienburg.²² Oder die Gestapo führte im

18 Ernst Thälmann. Eine Biographie, S. 668 ff.; Rundschau ... v. 26. 5. u. 2. 6. 1933; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 760, Bl. 129 ff.

19 StA Weimar, Landratsamt Heiligenstadt, Nr. 153, Bl. 528.

20 Franz Stenzer, S. 18 f. u. 24. – Emma Stenzer und ihre Tochter befanden sich zu dieser Zeit nach einem Zwischenaufenthalt in Paris schon in der UdSSR.

21 Rundschau ... v. 18., 25. 3. u. 12. 4. 1933; Braunbuch ... S. 271 f. u. 278 ff.; Mitteilungen

... v. 17. 5. 1933, S. PG 34 f. 22 ZStA Potsdam, Film 4087 u. 16 383.

Herbst eine britische Antikommunistin und Sympathisantin des Faschismus in dasselbe Lager, die dann um den Jahreswechsel 1933/34 in Großbritannien entsprechende Vorträge über Oranienburg hielt. Von Häftlingen erpreßte oder von willfähigen Gefangenen verfaßte Stellungnahmen, welche Oranienburg verharmlosten, sowie bestellte Atteste und ähnliches sollten Wirkungen erzielen.²³

Da dies alles wenig half, behauptete Goebbels schlankweg, alle Berichte über KZ-Verbrechen in der Auslandspresse seien frei erfunden. Dagegen wandte sich bei der Verhandlung des Internationalen Untersuchungsausschusses in Paris am 8. Dezember direkt die Professorin Lahy-Hollebecque, und die aussagenden Opfer und Zeugen überführten das Naziregime der Lüge.²⁴

Ausländische Nachfragen nach verhafteten Einzelpersonen lagen in Berlin schon sehr früh vor. In Paris erkundigten sich Abgeordnete, Advokaten, Akademiker und Architekten in der ersten Märzhälfte 1933 bei der deutschen Botschaft unter anderem nach dem Schicksal von Rudolf Breitscheid, der Ärzte Felix Boenheim und Max Hodann, von Ludwig Renn und Ernst Thälmann. Die diplomatische Vertretung unterstrich in einer zweiten Mitteilung nach Berlin, »daß sie mit Anfragen der im Drahtbericht (vom 18. März — d. Verf.) erwähnten Personen bedrängt wird«. Aus Prag verlangte am 8. Juni der Internationale Versöhnungsbund von Hitler, unter anderem die Pazifisten Fritz Küster, Carl von Ossietzky und Paul Freiherr von Schoenaich freizulassen. In Großbritannien sprachen im Juli und August namhafte Persönlichkeiten wie Sir Stafford Cripps wegen Carlo Mierendorff bei der deutschen Botschaft vor. In »The Times« vom 14. Oktober setzte sich Sir Neill Malcolm für Friedrich Ebert ein, von dessen Mißhandlung in Börgermoor er erfahren hatte. Seine Deutschfreundlichkeit herausstreichend, erklärte der General, er ziehe eine positive Reaktion des Naziregimes einer Untersuchung durch eine internationale oder britische Kommission an Ort und Stelle vor. Schreiben offizieller deutscher Einrichtungen aus London betonten, welche Resonanz diese Petition bei namhaften Briten gefunden habe, und fügten weitere Stellungnahmen bei. Obwohl in den Berliner Amtsstuben die Mißhandlung bekannt war und sie deshalb vor einem glatten Dementi zurückgeschreckten, stellte das Propagandaministerium unverfroren die Angaben als kommunistische Verleumdung hin. Dennoch rissen die Anfragen und Eingaben aus Großbritannien nicht ab. So übermittelte die Botschaft in London am 13. November Erkundigungen nach Hans Litten, Carl von Ossietzky und zwei weiteren Inhaftierten, die bewiesen, daß deren Schicksal — wie die Selbstmordversuche Littens — recht gut bekannt war. Zum Auskunftsersuchen des britischen Premierministers James Ramsey MacDonald vom 20. November über Litten leitete Oberregierungsrat Hans Volk vom Geheimen Staats-

polizeiamt jede Stellungnahme ab. Das Auswärtige Amt hielt fest: »Sowohl seitens des Preuß. Innenministeriums wie seitens des Gestapo bringt man Anfragen, die von ausländischer, auch prominenter Seite über das Ergehen deutscher Häftlinge in den Konzentrationslagern an die deutschen diplomatischen Vertretungen gerichtet werden, immer weniger Verständnis entgegen. Es erscheint jedoch zweckmäßig, solche Anfragen nach Möglichkeit einzuschränken, jedenfalls dann, wenn die Anfrage provokatorischen Charakter trägt oder offensichtlich eine Greuermeldung als Veranlassung hat. Im vorliegenden Fall könnte wohl der Standpunkt des Gestapa geteilt werden, daß man deutscherseits dem Interesse des englischen Premierministers für einen kommunistischen Häftling nicht ohne Kritik begegnen dürfe.« Entsprechend instruierte das Auswärtige Amt die Londoner Mission, dabei auch den parteilosen Rechtsanwalt als angeblichen kommunistischen Agitator hinstellend. Doch war der öffentliche Druck so groß, daß der Botschafter eine solche harte Zurückweisung nicht anbringen konnte, sondern auf eine sachliche Antwort wartete, um, wie er schrieb, die antideutsche Greuelpropaganda abzuwehren. Dessen ungeachtet, regte, als in der »Times« am 26. November ein Leserbrief über Litten erschien, das Außen- beim Propagandaministerium an, über einen Mittelsmann in gleicher Form zu reagieren und Litten als kommunistischen Agitator auszugeben, was in Großbritannien seine Wirkung nicht verfehlen dürfte.²⁵

In gleicher Weise polemisierte die »Deutsche Allgemeine Zeitung« am 7. Dezember gegen die Tagungen des Internationalen Hilfskomitees am 2. und 3. und des Untersuchungsausschusses am 8. und 9. Dezember, gegen Unterschriftsammlungen zugunsten der Opfer des faschistischen Terrors, den Bittag am 10. und geplante 20 Protestversammlungen am 14. Dezember in Paris. Das Blatt wandte sich zugleich gegen ähnliche Bewegungen in Großbritannien, den Niederlanden, der Schweiz, in Skandinavien und der Tschechoslowakei und verlangte, die dortigen Regierungen »sollten sich von solchen (kommunistischen — d. Verf.) Einflüssen freimachen«.

Die internationale Befreiungs- und Solidaritätsbewegung ließ sich davon nicht beirren. Sie verstärkte sich vielmehr. In der »Times« erschien am 23. Januar 1934 ein Artikel eines britischen Journalisten über Ossietzky. Am 11. Mai forderte die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit aus Brno von Hitler, den Kriegsgegner aus dem Konzentrationslager zu entlassen. Das versuchten am 5. Juni — zugleich für Fritz Küster und Erich Mühsam — 24 britische Kirchenrepräsentanten, Schriftsteller und Wissenschaftler. Im April informierten der »Manchester Guardian« und die »Times«, daß Theodor Neubauer in Esterwegen in Lebensgefahr schwebte. Daraufhin ersuchten am 16. Juni 28 Professoren und Dozenten der Universität Oxford die

23 Schäfer, S. 122ff u. 153ff.
24 ZStA Potsdam, Reichsmini-

sterium des Inneren, Nr. 25 719,
Bl. 76ff.

25 Ebenda, Film 18 159 u.
18 609.

NS-Regierung, ihm freizulassen.²⁶ Der Verteidigungsausschuß der politischen Gefangenen setzte sich am 19. März bei der deutschen Botschaft in Paris für Else Steinfurth ein. Nachdem der »Daily Herald« am 23. April über die Inhaftierung von Frau Seger und ihrem Kind berichtet hatte, intervenierten zu deren Gunsten Lady Nancy Astor und weitere fünf führende Vertreterinnen britischer Frauenorganisationen beim deutschen Botschafter in London. Dieser nur darum besorgt, daß nichts von der Petition in die Presse käme, wies jeden Protest zurück. Berlin teilte er jedoch mit, »welch große Bedeutung (der) Fall Seger hier stimmungsmäßig gewonnen hatte«, und bat zu erwägen, da die »Einstellung (der) hiesigen Öffentlichkeit für uns so wichtig ist«, ob die Inhaftierung fort dauern solle. Wenig später traten 18 namhafte spanische Frauen an den Botschafter in Madrid heran und forderten die Freilassung von Frau Seger und ihrer Tochter. Am 29. Mai berichtete der Diplomat, in der Madrider Mission hätten die schriftlichen Proteste zugunsten Thälmanns und der in Konzentrationslagern Eingekerkerten »in sehr erheblichem Maße zugenommen«. Wären Anfang 1934 wöchentlich fünf bis sechs solcher Schreiben eingegangen, habe sich ihre Zahl inzwischen fast verzehnfacht. Am Vortage seien es sogar 32 Briefe, Telegramme und Telefonate gewesen.²⁷

Die schriftlichen Interventionen bekräftigten verschiedentlich recht gewaltige Veranstaltungen mit Tausenden von Teilnehmern. So erinnerte am 19. Mai 1934 in San Francisco vor 5000 Zuhörern der Rechtsanwalt Leo Gallagher an die Zehntausende Inhaftierten und vielen Todesopfer des faschistischen Terror. Die Kundgebung zeigte sich entschlossen, solange beim deutschen Konsulat zu protestieren, bis die Gefangenen freigekämpft seien.²⁸

Prinz Carl von Schweden, der Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes, regte am 11. August 1933 beim Deutschen Roten Kreuz an, sich der KZ-Häftlinge anzunehmen, durch eine »vollständig unparteiische Untersuchung« prüfen zu lassen, ob die Presseberichte über schlechte Behandlung und verübte Grausamkeiten zuträfen, und eine Änderung berechtigter Feststellung zu bewirken. Am 13. September wiederholte der Prinz sein Verlangen und legte seinem neuen Schreiben britische Artikel bei. Das Reichsinnenministerium, dem das Deutsche Rote Kreuz diese Briefe unterbreitete, befürchtete, die Angelegenheit käme bei der Tagung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf zur Sprache. Deshalb schlug es in Abstimmung mit dem Außenministerium vor, Prinz Carl einzuladen, Lager

zu besichtigen. Einen Entwurf des Auswärtigen Amtes benutzend, schrieb der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes am 3. Oktober nach Stockholm und sprach eine Einladung aus. Er versicherte zugleich, die Verhältnisse in den Lagern seien gut, für die meisten Insassen »dürfte rein materiell der ihnen gebotenen Lebensstandard sogar höher sein, als sie ihn im Privatleben gewohnt waren«. Die Behandlung der Gefangenen richte sich nach den Grundsätzen modernen Strafvollzuges. Im übrigen habe das Rote Kreuz Zugang zu allen Konzentrationslagern, und die Behörden wünschten, von ihm zu hören, wie die sanitären und fürsorglichen Einrichtungen ausgestaltet werden könnten. Wie verlogen das Schreiben war, bewies allein eine Randbemerkung auf dem Brief, mit dem die Abschrift der Antwort dem Innenministerium übersandt wurde: »Haben wir eine Liste der Konzentrationslager?«

Prinz Carl und seine Berater erkannten die Hohlheit der Antwort. Denn er äußerte zwar am 25. Oktober seine Genugtuung, daß das Deutsche Rote Kreuz die Situation in den Konzentrationslagern für gut befände. Doch bedauerte er, daß sich dessen Einflußnahme nicht auf die disziplinarische und individuelle Behandlung der Häftlinge, die in seinem Brief erwähnten Mißhandlungen erstreckte. Für eine Besichtigung schlug er als seinen Vertreter den Generaloberst Bauer vor, vorausgesetzt, daß diesem »freie Hände gegeben werden, einen vollständigen Einblick in die Verhältnisse in deutschen Konzentrationslagern zu erlangen«.

Diese Forderung konnte das Regime nicht erfüllen, das Schwedische Rote Kreuz reagierte mit der Veröffentlichung des Briefwechsels am 29. Mai 1934. Es setzte hinzu, da die freie Bewegungsmöglichkeit nicht garantiert werde, habe man von einem Besuch der Konzentrationslager abgesehen. »Dagens Nyheter« kommentierte am 30. Mai, daß »eine wohlschmeckende Kohlsuppe für die Inspektion durch das Schwedische Rote Kreuz vorgesehen worden sei, jedoch nicht die Jammerrufe derjenigen, die Rohheitsakten unterworfen wurden«. An einer solchen Farce mitzuwirken, habe das Rote Kreuz abgelehnt. Und das liberale »Svenska Morgonbladet« schrieb, daß die Veröffentlichung für die Nazis außerordentlich unangenehm sei und einen Protest bedeute, der in aller Welt Aufsehen erregen werde. Ähnliche Worte fanden norwegische Blätter.²⁹

Über die weitere Befreiungs- und Solidaritätsbewegung äußerte sich Hermann Budziszewski in dem Spitzenartikel der »Neuen Weltbühne« am 26. April 1934: Nazideutschland sei isolierter denn je, umriß er die Situation. Die westeuropäische Presse, die einige Zeit versöhnlich gestimmt gewesen wäre, scheine geneigt, den Untaten des Regimes wieder erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Deswegen solle alles geschehen, was in den Kräften der antifaschistischen Bewegung stehe, »um

26 Frei, S. 235f.; ZStA Potsdam, Film 19 609; *Rundschau* ... v. 19. u. 26. 4. 1934; Gertrud Glondajewski/Heinz Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen 1939 bis 1945), Berlin 1957, S. 90ff.

27 ZPA, St 3/226; ZStA Potsdam, Film 19 609; *Mitteilungen* ... v. 23. 5. 1934, S. PG 38f.; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 781/2, Bl. 33.

28 ZStA Potsdam, Film 16 086.

29 Ebenda, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 710, Bl. 344ff.

diese Situation zu einer Aktion für die Insassen der Konzentrationslager zu benutzen«. Einerseits handele es sich um Massenschicksal. Deshalb könne nur Massenaktion die Befreiung bewirken. Andererseits ließe sich für Namenlose nur schwer eintreten. Daher kristallisierte sich die Bewegung um einige wohlvertraute Namen wie Erich Mühsam oder Carl von Ossietzky. Budzislavski setzte sich dafür ein, mehr über die Konzentrationslager zu publizieren. Zugleich sollten ausländische Journalisten bei Interviews mit NS-Führern und Ministern nach Inhaftierten fragen, Artikel über die angebliche Friedensliebe des Regimes mit Hinweisen auf das Schicksal eingesperrter Friedenskämpfer schließen. Versammlungen müßten einberufen, Anfragen gestellt, die deutschen Botschaften von Delegationen besucht, die Nazi-behörden mit Protestbriefen überschüttet werden. Der Publizist appellierte an die Frauen- und Mutterschutzvereine, die Friedensgesellschaften, die humanitären Organisationen und die Quäker, sich für die Verfolgten

einzusetzen. Das Regime müßte gezwungen werden, »unsere gefangenen Freunde herauszugeben ... Wir rufen die zivilisierte Welt auf«, schrieb Budzislavski, »den Hunnen des zwanzigsten Jahrhunderts diese Tatsache deutlich zu machen.« Es gelte, »alle Kräfte anzuspannen. Wir wollen nicht dulden, daß die besten Deutschen in den Konzentrationslagern zugrundegehen!«

Tatsächlich trugen neben dem illegalen Widerstand die internationalen Proteste beträchtlich dazu bei, die NS-Führung zu verunsichern. Nicht zuletzt, um sich respektables Ansehen im Ausland zu verschaffen, entschloß sie sich zu größeren Entlassungen von KZ-Häftlingen, insbesondere zu Weihnachten 1933. Aus dem gleichen Grund, der mit der Konsolidierung des Regimes zusammenfiel, machten sich manche der Gewaltthaber Gedanken, welches Ausmaß für die Konzentrationslager nötig sei und welche Terrormittel an ihre Stelle treten könnten.

Fortsetzung von:
Zusatzblatt
der 1. Aufl.

Teil II 1934 bis 1936

Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.
Dr. phil. h. c. h. Dr. phil. h. c. h.

1181

SECRET and AEC

Tatsächlich trugen neben dem deutschen Widerstand die in dem Monat Februar 1945 durchgeführte Konferenz der SS-Führung zur Gewissmachung, leicht zuleitbar zu sein, und das falsche Ansinnen im Ausland zu verschaffen, maßgebend dazu bei, sich zu geheimer Interventionen von 1947 befähigen zu lassen, wie sie im April 1953, auf dem letzten Grund, der auf der Konzeptionierung des Regimes zusammenfiel, anzuknügen sich in form der Gleichheit Gedanken, welches Kernstück in die Konzeption der neuen Welt und der Weltordnung an der Welt zu sein.

Festigung und Zentralisierung der Gewalt

Schon seit Mai 1933 hatten SS-Gruppenführer Kurt Daluege, im preußischen Innenministerium Leiter der Polizeiabteilung, und Oberregierungsrat Rudolf Diels, Inspekteur des preußischen Geheimen Staatspolizeiamtes, den Gedanken verfolgt, die Politische Polizei in Reichsverwaltung zu nehmen. Der Reichsminister des Inneren, Wilhelm Frick, ließ zur selben Zeit die Zentralisierungspläne dahingehend erweitern, das Gestapa zum Geheimen Polizeiamt des Reiches und das preußische Landeskriminalpolizeiamt zum Reichskriminalamt auszubauen und beide dem Innenministerium zu unterstellen. Im Oktober kamen diese Vorstellungen erneut ins Gespräch. Hitler verlangte von Göring eine entsprechende Vorlage. Über sie notierte der Staatssekretär im preußischen Innenministerium, Ludwig Grauert: Für ein Reichspolizeiamt sei entweder das Gestapa Preußens als koordinierende Behörde oder eine ihm untergeordnete Reichsnachrichtenzentrale vorzusehen. Frick ließ hingegen einen Gesetzesentwurf ausarbeiten, der eine zentrale Politische Polizei unter dem Reichsinnenministerium vorsah.¹ Das im November 1933 konzipierte und am 30. Januar 1934 erlassene Gesetz über den Neuaufbau des Reiches schrieb schließlich vor, daß Kompetenzen der Länder – auch über die Polizei – auf die Reichsregierung übergängen.²

Für den Bereich der Politischen Polizei waren wesentliche Schritte in diese Richtung schon getan. Am 1. April 1933 hatte der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, die Funktion des Politischen Polizeikommandeurs Bayerns übernommen. Der Chef des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS, Reinhard Heydrich, leitete faktisch diese Dienststelle, der auch die dort »bereits bestehenden und noch einzurichtenden Konzentrationslager« unterstanden.³ Vom November 1933 bis Januar 1934 übergaben fast alle deutschen Landesteile Himmler die Leitung ihrer Politischen bzw. Geheimen Staatspolizei, ausgenommen Preußen und das kleine Schaumburg-Lippe. Am 20. April 1934 schließlich ernannte Göring als preußischer Ministerpräsident Himmler zum stellvertretenden Chef und Inspekteur der Gestapo in Preußen. Göring behielt sich zwar die Leitung selbst noch vor. Doch faktisch lag die Befehlsgewalt bei Himmler und bei Heydrich, der zwei Tage darauf Chef des Gestapa in Berlin wurde. Dort entstand das Zentral-

büro des Politischen Polizeikommandeurs der Länder, das die Tätigkeit der Politischen Polizei koordinierte und ihr verbindliche Anweisungen gab.⁴

Schon Ende 1933/Anfang 1934 hatten Göring und der bayerische Reichsstatthalter, von Epp, erkennen lassen, daß Überlegungen über die Rolle der Schutzhaft und der Konzentrationslager angestellt werden mußten. Die Frage lautete: Soll die bisherige Entwicklung fortgesetzt, sollen Schutzhaft und Konzentrationslager zentralisiert, systematisiert und intensiviert werden und welchen Part haben die justitiellen Unterdrückungsinstrumente zu übernehmen? Zweifellos hatten Staatsanwaltschaften und Gerichte, insbesondere die ab März 1933 in jedem Oberlandesgerichtsbezirk tätigen Sondergerichte, mehr und mehr ihren Teil bei der terroristischen Verfolgung politischer Gegner des Regimes beigetragen, erste Todesurteile verhängt und vollstrecken lassen. Hinzu kam, daß schon daran gedacht war, als oberste Justizinstanz zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat beim Reichsgericht ein Sondertribunal zu errichten. Dieser Plan bildete den Ausgangspunkt für den Beschluß über den sogenannten Volksgerichtshof, den am 23. März 1934 Frick, Göring, Reichsjustizminister Gürtner und Hitler trafen.⁵ Mit Gesetz vom 24. April wurde dieses gerichtliche Terrorinstrument geschaffen, das künftig alle Erwartungen der Machthaber erfüllte und übertraf.

Auf weitere Zentralisierung zielte das Schreiben des Reichsinnenministeriums an die Landesregierungen vom 9. Januar 1934: Nach Beschwerden verdichte sich der Eindruck, »daß von der Schutzhaft in manchen Fällen ein mit ihrem Zweck nicht vereinbarter Gebrauch gemacht wird.«⁶ Am 10. März stand im »Berliner Lokal – Anzeiger« aufgrund einer Gestapo – Information, es werde »im Zusammenhang mit der zunehmenden innenpolitischen Beruhigung zwangsläufig auch von der Anordnung der Schutzhaft weniger Gebrauch gemacht«. Dem folgten am 11. März zwei Göring – Erlasse. In einem verbot er, veranlaßt durch die Vorgänge im KZ Stettin – Bredow, »Nebengefängnisse bzw. Lager«, welche »den Charakter von Konzentrationslagern tragen«, zu eröffnen, und befahl, solche Einrichtungen sofort aufzugeben. Desweiteren sollten SA- und SS-Leute in Gefängnissen und Konzentrationslagern durch Polizei-

1 ZStA Potsdam, Film 14 355; GStA Berlin, Rep. 77, Nr. 12, Bl. 7; Shlomo Aronson, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte

von Gestapo und SD, Stuttgart 1971, S. 172.

2 RGBl., T. I, 1934, S. 75.

3 Buchheim, SS, S. 42.

4 Ebenda, S. 42 u. 46ff.

5 ZStA Potsdam, Film 11 196; RGBl., T. I, 1934, S. 341; Ingo Rößler/Günther Wieland, Vor

50 Jahren: Bildung des faschistischen Volksgerichtshofes, in: Staat und Recht, 1984, H. 7, S. 589ff.

6 BA Koblenz, R 58/264, Bl. 13.

kräfte, inbegriffen SA und SS als staatliche Wachtruppe, abgelöst werden. Der andere Erlass schränkte die Zuständigkeit ein, Schutzhaft zu verhängen, da – wie Göring formulieren ließ – untergeordnete Dienststellen »Mißbrauch der gesetzlichen Handhaben« getrieben hätten.⁷

Während der am 13. März stattfindenden Besprechung von Frick, Göring und Hitler mit den Reichsstatthaltern erläuterte der preußische Ministerpräsident die neue Bestimmung. Zugleich berichtete er von »Vorkommissen« in Konzentrationslagern und regte an: »Kommissionen müssen aufgestellt werden, die die Konzentrationslager besuchen und absuchen.« Der Reichsstatthalter für Thüringen und dortige Nazigauleiter, Fritz Sauckel, erklärte, in seinem Land könne nur der Minister Schutzhaft aussprechen, was sich bewährt habe. Frick meinte, »Auswüchse (zu) unterbinden, liegt im Staatsinteresse. Preußen hat eine Regelung getroffen. Frage ist, soll sie für das Reich übernommen werden?«⁸

Am 12. April erging schließlich der Erlass des Reichsinnenministers, der die erste zentrale Richtlinie über die Schutzhaft darstellte.⁹ Obwohl die diesen Repressivmaßnahmen Unterworfenen nach wie vor jeglicher Rechte beraubt blieben, stieß die neue Bestimmung bei regionalen Stellen zunächst verschiedentlich auf Widerstand, weil sie die Entscheidungsgewalt lokaler Naziführer reduzierte. Schon am 7. Februar hatte die Gestapo-Stelle Hamburg-Wilhelmsburg unter Hinweis auf vorangegangene Entlassungen behauptet, »das Konzentrationslager ist eine stumpfe Waffe geworden«.¹⁰

Sichtbarsten Ausdruck solcher Vorbehalte fanden sie in der erkennbaren Eile der am 26. April vorgenommenen Ergänzung. Sie erlaubte den Reichsstatthaltern – entgegen der ursprünglichen Regelung –, gegebenenfalls auch eigenständig Schutzhaft anzuordnen.

Im Gestapa hatte die Nachfolge der unter Diels amtierenden Staatsanwaltschaftsräte Mittelbach und Conrady der Staatsanwaltschaftsrat Hans Tesmer angetreten. Als Teil der Abteilung II 1, Gegnerbekämpfung, unter SS-Obersturmführer Heinrich Müller leitete er das Dezernat II 1 D: Schutzhaft und Konzentrationslager, das für Verhängen, Bestätigen, Vollzug und Haftkontrolle zuständig war und den Zentralnachweis führte. Dazu gehörte das Referat für Wirtschaftsverwaltung, Etat und Kassenwesen der Konzentrationslager unter Amtsrat Ernst Piefke.¹¹

Am 31. Mai bestimmte Heydrich, ab nächsten Tag entscheide das Gestapa selbst, ob über Festgenommene Schutzhaft verhängt werde. Schutzhaftbefehle bedürften seiner Unterschrift, für Begründung sei zu sorgen. Unterlagen seien an das Dezernat II 1 D zu senden, das den Häftling nach 14 Tagen »grundsätzlich ... sofort in ein Konzentrationslager einzuweisen« habe. Ein-

heitliche Formulare für Schutzhaftanträge und -befehle lagen bei.¹²

Am 1. Juni ordnete Heydrich an, alle Schutzhäftlinge aus Polizei- und Justizgefängnissen in Konzentrationslager zu bringen, was allein dem Zweck und Ziel der Schutzhaft entspreche. Männliche arbeitsfähige Häftlinge, deren Haftdauer zwei Wochen überschreite, seien in die Moorkaserne und in die Lichtenburg, weibliche Gefangene nach Moringen zu überführen. Entsprechende Mitteilungen für die Kartei (mindestens seit November 1933 geführt) seien notwendig. Auf eine ähnliche Weisung zurückgehend, veranlaßte die Gestapo-Stelle Stettin am 12. Juni die Landräte und Oberbürgermeister entsprechend einem vorgegebenen Muster, die Personaldaten sämtlicher bisherigen Schutzhäftlinge, deren politische Einstellung und die Haftgründe auf Karteikarten festzuhalten. Am 2. August wurde aus Berlin verlangt, Schutzhaftkarten mit Fotos der Häftlinge in doppelter Ausfertigung einzusenden: blaue für Deutsche, gelbe für Ausländer und Staatenlose.¹³

Zum anderen beauftragte Himmler den Dachauer Kommandanten Eicke, im Mai 1934 »mit der Umorganisation der übrigen Konzentrationslager«.¹⁴ Zunächst reorganisierte Eicke die Lichtenburg, die unter SS-Leitung stand. Als Inspekteur der Gestapo befahl Himmler am 17. Mai, dort eine staatliche Wachtruppe aufzustellen, d.h. er teilte der vorhandenen SS-Einheit formell diesen Status zu. Eicke unterrichtete die Ortspolizeibehörde in Pretzin: »Auf Befehl des Inspektors der Geh. Staatspolizei Berlin, Reichsführer SS Himmler, habe ich ab 29. 5. 34 in der Eigenschaft als Inspekteur der Konzentrationslager die verantwortliche Leitung des Konzentrationslager Lichtenburg übernommen.« Er unterschrieb als Lagerkommandant. Eine weitere Mitteilung vom 30. Mai, ebenfalls von Eicke als Lagerkommandant unterzeichnet, vermerkte, daß in der Lichtenburg am selben Tag eine Politische Abteilung eingerichtet worden wäre. Und am 15. Juni entzog Himmler dem Regierungspräsidenten in Merseburg die Aufsicht über dieses Lager, denn: »Das Konzentrationslager Lichtenburg und die Lagerkommandantur wird (sic!) im Hinblick auf die von hier ins Auge gefaßte grundsätzliche organisatorische Umänderung der Lagerbetriebe künftig mir unmittelbar unterstellt.« Ähnlich teilte Himmler am 21. Juni dem hannoverschen Oberpräsidenten mit, daß diesem Esterwegen nicht mehr unterstünde, sondern »im Hinblick auf die von mir beabsichtigte grundsätzliche organisatorische Veränderung der Lagerbetriebe mir künftig unmittelbar unterstellt ist«. Am Vortage war Eicke von Himmler zum Führer im Stabe des Reichsführers SS ernannt worden.¹⁵

7 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1162, Bl. 47, Rep. 6 B, Cottbus, Nr. 637, Bl. 74–76.

8 ZStA Potsdam, Film 14 237.

9 Siehe S. 36.

10 ZPA, St 3/226.

11 Ebenda, PSt 3/351.

12 ZStA Potsdam, Film 2428.

13 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1165, Bl. 548 WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydyjny, Nr. 12 231, k. 261; ZPA, PSt 3/350/1.

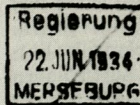
14 IfZ München, FA-74.

15 Arch. Lichtenburg, Nr. 678 G u. 104; GStA Berlin, Rep. 90 P, Nr. 104, Bl. 84; Aronson, S. 283.

Der Preussische Ministerpräsident
Geheime Staatspolizei

Insp. 1622. -

Berlin SW 11, den 15. Juni 1934.
Pring-Albrecht-Strasse 8



An
den Herrn Regierungspräsidenten

in Merseburg.

Unter Bestätigung des Funkerlasses des
Inspektors der Geheimen Staatspolizei vom 17.5.34
-Insp. 1622/3 - und unter Abänderung der Ziff. 2
meines Erlasses vom 5.4.34 - Insp. 1622/3, betr.
die Aufstellung einer staatlichen Wachttruppe für
das Konzentrationslager in Lichtenburg, wird die
Ihnen, Herr Regierungspräsident, übertragene unmittelbare
Dienstaufsicht über das staatl. Konzentrationslager
Lichtenburg hiermit aufgehoben. Das
Konzentrationslager Lichtenburg und die Lagerkommandantur
wird im Hinblick auf die von mir ins
Auge gefasste grundsätzliche organisatorische
Umänderung der Lagerbetriebe künftig mir unmittelbar
unterstellt.

In Vertretung:
gez. H. Himmler.

Beglaubigt:



Kanzleiangestellte.

Zugleich baute Eicke die Dachauer Wachtruppe zahlenmäßig aus. Ihre Stärke stieg vom Oktober 1933 mit durchschnittlich 390 bis zum November 1934 auf rund 870 Mann.¹⁶ Sie wurde intensiv politisch und militärisch gedrillt, wie Eicke am 10. August 1936 pathetisch beschrieb: Himmler habe – wahrscheinlich am 9. März 1934 – seinem »Antrage entsprochen und die kleine Wachtruppe mir ausschließlich unterstellt. Von nun an begann der ungestörte Aufstieg. Ich ging rastlos und freudig ans Werk, erzog Männer zu Unterführern, Unterführer zu Führern. Gemeinsamer Opferwille, Entbehrungen und herzliche Kameradschaft schufen binnen weniger Wochen eine vorbildliche Manneszucht, aus der ein vortrefflicher Korpsgeist hervorging ... So geformt und erzogen wuchs die Wachtruppe in der Stille der Konzentrationslager.« Am 9. November 1933 paradierte die Truppe, neu eingekleidet und an dem D auf den Kragenspiegeln erkenntlich, erstmals in München. Eicke fuhr in seinem späteren Schreiben fort: »Am 30. 6. 34 fiel uns eine wichtige Aufgabe zu.«¹⁷

Anfang Juni begann er mit seiner Dachauer Truppe Planspiele für einen schnellen Zugriff, probte er eilige Vorstöße nach München, Lechfeld und Bad Wiessee.¹⁸ Bei der Röhm-Affäre gehörte das KZ Dachau zu den Mordstätten, in denen unliebsame SA-Führer und bürgerliche Hitler-Gegner umgebracht wurden.

Zunächst erschossen Eicke und der Kommandeur der Dachauer Wacheinheit, SS-Sturmbannführer Michael Lippert, am 1. Juli im Strafgefängnis München-Stadelheim den SA-Chef Ernst Röhm und ließen sich vier weitere SA-Leute übergeben. Sie wurden mit anderen drei, die man direkt in das KZ Dachau brachte, dort am 1. und 2. Juli getötet. Der ehemalige Häftling Theodor Klug berichtete in der ČSR, daß vorher Alarmbereitschaft bei der SS bestanden hatte, wie er Schüsse hörte und mit eigenen Augen vier Erschießungen sah.¹⁹

Auch Gustav Ritter von Kahr, der den Putsch im November 1923 hatte niederschlagen lassen, schleppten SS-Leute nach Dachau. Ein Angehöriger der Lagermannschaft schilderte 15 Jahre später: »Eicke saß vor der Kommandantur auf dem Vorbau auf einem Stuhl und rauchte, als der Wagen mit Kahr ankam. Ein SS-Mann stieg aus dem Wagen und hat Eicke Meldung erstattet ... Zu dieser Zeit standen mehr wie hundert SS-Männer in der Nähe, die sich sofort um Kahr versammelten und schrien: »Kahr, Kahr.« Es war eine furchtbare Erregung. Auf Befehl von Eicke wurde dann Kahr sofort in den Arrest von der Kommandantur gebracht.« Kurz darauf wäre ein Schuß gefallen. Der Bunkerchef hätte Kahr liquidiert. Dasselbe Schicksal fanden drei andere Zivilisten, darunter einer, der wegen

Namensähnlichkeit mit einem SA-Führer verwechselt worden war, und eine Frau.

In Dachau wurden gleichzeitig mit Julius Adler, Erich Gans, Walter Häbich, Adam Hereth und Paul Röhrbein fünf schon einige Zeit eingesperrte Häftlinge ermordet. Die Lichtenburg verzeichnete ebenfalls eine solche Exekution, die des katholischen Jugendfunktionärs Adalbert Probst.²⁰ Auf dem Kuhberg befahl der Lagerkommandant zwölf Funktionäre unter den Gefangenen zum Strafoxerzieren und warf sie anschließend in den Arrestbunker. Ihre Kameraden befürchteten, sie würden erschossen.²¹

Die Gesamtzahl der im Zusammenhang mit dem 30. Juni 1934 Verhafteten betrug in Preußen 1124, die in verschiedene Gefängnisse, das Columbia-Haus sowie die KZ Lichtenburg, hier 61, und Sachsenburg gesteckt wurden. Bis 19. August kamen 1079, bis 29. August weitere neun von ihnen frei.²²

Mit dem 30. Juni 1934 war die Errichtung der uneingeschränkten Diktatur abgeschlossen. Der Tag leitete über zur Festigung des Naziregimes und damit zur weiteren Zentralisierung, Systematisierung und Perfektionierung seines Terrors. Das zeigte sich insbesondere an den Konzentrationslagern, in denen dazu bereits entsprechende Schritte und Vorbereitungen getroffen worden waren.

In bezug auf die Gestapo teilte Göring am 5. Juli Frick mit: »In Anerkennung der besonderen Verdienste, die sich die Politische Polizei in den vergangenen Tagen erworben hat, hat der Herr Reichskanzler mir und dem Reichsführer SS Himmler freie Hand darüber eingeräumt, wie im Rahmen der von ihm selbst erteilten Anordnungen die Politische Polizei geführt werden und mit welchen Mitteln sie arbeiten soll.«²³ Und unter Hinweis auf »die großen Verdienste der SS, besonders im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. 6. 1934« erklärte Hitler sie am 20. Juli »zu einer selbständigen Organisation im Rahmen der NSDAP.«²⁴

Eicke hatte schon am 4. Juli offiziell die Funktion eines Inspektors der Konzentrationslager und Führers der SS-Wachverbände erhalten und war sieben Tage darauf zum SS-Gruppenführer befördert worden.²⁵

Inspektion der Konzentrationslager

Die Errichtung einer Dienststelle des Inspektors der Konzentrationslager (IKL) hing wohl mit den Erlassen Görings vom 15. Oktober und 20. November 1934 über

16 Bay HStA, MF 67 403, unfol.

17 ZStA Potsdam, Film 14 349.

– Die von Eicke dabei genannte Anfangszahl von 120 Mann in Dachau hatte die dortige Wachmannschaft nicht einmal am 11. 8. 1933, wo sie 196 betrug

(Bay HStA, MF 67 403, unfol.).

18 *Heinz Höhne*, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967, S. 96f.

19 *Kimmel*, S. 364f.; SÜA, Prag, PMV 1931 – 1935/225-1117-2.

20 *Kimmel*, S. 365f.; ZStA Potsdam, Film 15 536; *Maur*, Lichtenburg, unpag.

21 *Schätzle*, Stationen, S. 34.

22 ZPA, St 49/9, Bd. 2; ZStA

Potsdam, Film 14 428; *Kimmel*, S. 367.

23 *Aronsen*, S. 218.

24 *Völkischer Beobachter* v.

26. 7. 1934.

25 IfZ, München, Fa-74.

die Geschäftsverteilung und die Verantwortung des Gestapa zusammen. In dem einen Erlaß hieß es über die Aufgaben des Inspektors der Gestapo: »Verwaltung der staatlichen Konzentrationslager.« Der andere bestimmte, daß Himmler die Geschäfte der preußischen Gestapo in unmittelbarer Verantwortung gegenüber Göring führte.²⁶ Das veranlaßte Himmler und die Reichsführung der SS, im November nach Berlin zu übersiedeln.

Hinsichtlich der Dienststelle des IKL bestimmte zwar am 29. November eine Anweisung, daß sie dem SS-Amt zugeteilt sei und Räume im Sitz des Gestapa in der Berliner Prinz-Albrecht-Str. 8 habe. Doch am 21. Dezember präziserte Himmler, die — inzwischen erweiterte — Inspektion der Konzentrationslager sei ihm unmittelbar unterstellt. Die zum KZ-Wachdienst eingeteilten SS-Einheiten blieben dem Chef des SS-Amtes beim Reichsführer SS zugeordnet. Der im Gestapo-Hauptgebäude residierenden Inspektion würden aus der Gestapo-Dienststelle II 1 D die Angelegenheiten der Organisation, Verwaltung und Wirtschaftsführung der Konzentrationslager einschließlich des Sachbearbeiters Piefke und der Akten zugeteilt. Piefke übernehme die Verwaltungsabteilung der IKL und sei in diesem Punkt ständiger Vertreter Eickes. Die Bearbeitung der Schutzhaftangelegenheiten obliege wie bisher II 1 D.

Dieses Referat leitete spätestens seit 1. Oktober 1935 als Nachfolger Tesmers der Kriminalrat Karl Futh, 1934 im Gestapa für die Pressepolizei zuständig bzw. Dezent für Kommunismus, Anarchismus und Syndikalismus. Auch in der ILK kam es zu einer personellen Verstärkung: Ab Februar 1935 fungierte als Vertreter Eickes der SS-Obersturmbann- und nachmalige SS-Standartenführer Günther Tamaschke.²⁷ Die Inspektion gehörte bald unmittelbar zur Gestapo-Zentrale, wie aus ihrem Briefkopf hervorging, den sie zumindest im Frühjahr 1936 benutzte. Damit zeichnete sich auch hier — wie bei der Politischen Polizei — die beginnende Verschmelzung zwischen Stellen der SS als Gliedern der NSDAP und staatlichen Behörden ab.

Schon vor der Niederlassung in Berlin und der institutionellen Regelung hatte Eicke bestehende Konzentrationslager übernommen. In dem ihm eigenen Stil berichtete er darüber im August 1936: »In knapp 11 Monaten habe ich 5 Konzentrationslager, von denen 4 in den Händen der SA waren, umorganisiert, ausgebaut und dort klare Verhältnisse geschaffen . . . Meine Arbeit bewältigte ich mit 3 Führern und einigen zuverlässigen Schreibern. 20 Tage eines Monats liege ich auf Fahrt und mühe mich ab.«²⁸

Bei den erwähnten Konzentrationslagern handelte es

sich neben Dachau, wo nach dem im Mai 1934 fertigen Umbau zehn Häftlingsbaracken standen²⁹, um

die im Mai 1934 Eicke unterstellte Lichtenburg, wo schon ab 1. Juni die Dachauer Lagerordnung galt und seit Anfang Juli SS-Obersturmführer Bernhard Schmidt aus Dachau als Kommandant fungierte. Sein Stellvertreter blieb zunächst SS-Untersturmführer Edgar Entsberger. Im Sommer rückten dort württembergische SS-Leute (wahrscheinlich aus Oranienburg kommend) und im November zwei Züge der SS-Wachverbände mit etwa 70 Mann unter dem SS-Sturmführer Adam Grünwald (vordem Oberleutnant der Reichswehr) vom SS-Sonderkommando Sachsen ein. Entsberger wurde im Februar 1935, wie Häftlinge meinten, wegen Unterschlagungen abgelöst, als eine Kommission sein Finanzgebaren überprüft hatte. Aufgrund einer Anzeige eines ehemaligen Gefangenen, der ihn schwerer an Häftlingen begangener Verbrechen beschuldigte, mußte Himmler ihn aus der SS ausstoßen, und Hitler genehmigte im Juli 1935, ihn vor Gericht zu stellen.³⁰

Weiter ging es um

Hohnstein, das am 30. Juni vom SS-Sonderkommando Sachsen, einer in Dresden kasernierten Einheit unter SS-Hauptsturmführer Karl Koch, besetzt und auf Anweisung vom 15. August aufgelöst wurde, wobei die Häftlinge nach Sachsenburg kamen, was sich bis 1. September hinzog³¹,

Esternwegen, wo schon am 20. Juni das Lager I geschlossen und die Gefangenen in das Lager II gebracht worden waren, in das am 1. Juli SS-Standartenführer Hans Loritz mit SS-Leuten aus Dachau einrückte und einen Teil der bisherigen SA-Mannschaft einschließlich des Lagerkommandanten in die SS übernahm³²,

Oranienburg, das in der Nacht zum 2. Juli eine Göring unterstehende Polizeitruppe mit Maschinengewehren umstellte, die die SA-Leute entwaffnete und ablöste, worauf zwei Tage danach unter Eickes Führung circa 150 Dachauer und Württemberger SS-Leuten erschienen, welche die Häftlinge nach der Lichtenburg brachten und das Lager offiziell am 14. Juli schlossen (laut Anordnung des Gestapo-Chefs, mitgeteilt am 12. September, blieb es »als Reservelager für Berlin für etwa eintretenden Bedarf« bestehen)³³,

29 Behning, S. 78.

30 ZPA, St 3/963 u. EA 1782; Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, Frankfurt/M./Hamburg 1961, S. 31; Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP, Stand vom Juli 1935, Berlin 1935; ZStA Potsdam, Film 14 428 u. 55 494.

31 Möhler, S. 22; StA Leipzig, AH Leipzig, Nr. 1754, Bl. 114; IFZ, München, ZS 1915.

32 Henry Marx, »Am Anfang, da hatte man nicht so die tödliche Routine«. Im Konzentrationslager Oranienburg, in: *Wer sich nicht erinnern will . . . , ist ge-*

zwungen, die Geschichte noch einmal zu erleben. Kiezgeschichte Berlin 1933, hg. von der Arbeitsgruppe »Kiezgeschichte — Berlin 1933« im Rahmen des Projekts des Berliner Kulturrates »Zerstörung der Demokratie — Machtübergabe und Widerstand«, Berlin 1983, S. 17; Lange, Oranienburg, S. 19; StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1193, Bl. 2 R, Nr. 1192, Bl. 72.

33 ZStA Merseburg, 2.5.1. Nr. 14 166, Bl. 19, Nr. 14 168, Bl. 86; Kimmel, S. 369.

26 Aronson, S. 222f. — Über die IKL neuerdings mit vielen weiteren Angaben zu deren Aufbau, Personal und Gebaren: *Johannes Tuchel, Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der „Inspektion der*

Konzentrationslager“

1934–1938, Boppard am Rhein 1991, S. 209ff.

27 ZStA Potsdam, Film 3576 u. 2428; *Demps, Der Übergang . . .*, S. 369, 373 u. 380; *Elling, S. 23*. 28 ZStA Potsdam, Film 14 349.

Der Preussische
Minister des Innern

L 34 Nr. 127/33

Regierung Potsdam

17. 9. 34 8-9 V 215756

STEMPELSTELLE I

Zu I Pol. e 1186 vom 22. August 1934.

Berlin, den 12. September 1934.

NW 7, Unter den Linden 72-74.

Fernsprecher: Sammel-Nr. 2 Flora 0034

Außerhalb der Dienststunden: Geraruf 2 2 Flora 2022

(Offizier vom Dienst)

Schiffahrtsamt Berlin (4328)

Reisepassant-Giro-Konto) Bureauf. 1. 9. 34

Oberpräsidium

14. SEP. 1934

der Prov. Brandenburg

Auf Anordnung des Chefs der Geheimen Staatspolizei

bleibt das Konzentrationslager Oranienburg als Reservela-
ger für Berlin für etwa eintretenden Bedarf zunächst weiter
bestehen. Die Geräte sind daher vorläufig in Oranienburg zu
belassen. Die ordnungsmäßige Lagerung und Aufbewahrung der
Sachen ist bereits vom Inspekteur der Geheimen Staatspolizei
veranlaßt.

1 Durchschlag liegt bei.

Im Auftrage:

gez.: Rheins.



Beglaubigt

Ministerialsekretär

Der Reg. Präs.
5. Pol. e 1186

Potsdam, 12. Sept. 1934

1. Ginter Abt.

*Geht an
Pol. e 1186
24. 9. 34*

An den Herrn pol. Präsidenten
für

Abgabe auf den Bericht vom 16. 8. 1934 - 11. 8. 34 -
an den Präsidenten.

n Herrn Regierungspräsidenten

in Potsdam.

1. für Einleit.

12

Reg. Insp. Legation, pol. 15

L. 27.

1. 9. 34

F. 9.

11.

Sachsenburg, das am 13. August — offenbar einschließlich der Nebenlager in Augustusburg, Chemnitz (am 4. September geschlossen) und Colditz (am 18. August aufgehoben) — unter Koch und das SS-Sonderkommando Sachsen kam, das einige berichtigte SA-Leute in die Bewachermannschaft einreichte. Es richtete auch vom 4. September bis 31. Oktober 1934 ein Außenlager in Dresden-Trachenberge ein.³⁴

Aufgegeben wurden
Osthofen im Juli und
Roßlau am 31. Juli 1934.³⁵

Bestehen blieben hingegen, ohne von der IKL erfaßt zu sein:

Bad Sulza unter seinem bisherigen Kommandanten aus der thüringischen Polizei³⁶,

Hamburg-Fuhlsbüttel, ab Juli 1934 vom Kriminalsekretär Johannes Rohde von der Politischen Polizei geleitet, etwa seit diesem Zeitpunkt dem stellvertretenden Chef der Hamburger Staatspolizei unterstellt³⁷,

Kuhberg bis Juli 1935, als die Wehrmacht die Festung beanspruchte. 30 Häftlinge kamen dann nach Dachau. Doch galt Kuhberg weiter als Reservelager, wie das Reichsinnenministerium am 5. März 1935 feststellte³⁸,

Kislau unter seinem bisherigen Polizeikommandanten,

Moringen wie zuvor unter dem Direktor des Arbeitshauses.

Am 18. August 1934 erklärte Himmler dem preußischen Innenministerium, das Gestapo-Gefängnis in Berlin, Columbiastraße 1–3 (Columbia-Haus) werde nunmehr nach den Richtlinien für Konzentrationslager geführt.³⁹ Dies entsprach völlig seinem Charakter. Unter SS-Bewachung stehend, waren dort seit 1933 zahllose politische Gegner, eingekerkert, schwer mißhandelt und auch einige ermordet worden. Als KZ Columbia gehörte es nun zur IKL. (Vgl. Tabelle 19)

Nach Aufgabe des Kuhberges entstand im Amtsgerichtsgefängnis Welzheim, das die Gestapo in Württemberg übernahm, ein weiteres Konzentrationslager. Als Kommandant fungierte der ehemalige Leiter der KZ Heuberg und Kuhberg. Er sagte nach dem Kriege aus: »Ich habe den Gedanken des Lagers von Welzheim befürwortet, um die Leute, bevor sie ins KZ kommen und ein Schutzhaftbefehl aus Berlin vorgelegt wurde, noch einmal in Welzheim zu prüfen.« Jedoch stellte Welzheim weder einen kurzfristigen Verwahrungsort, von dem man dem Konzentrationslager entgehen konnte, noch eine Durchgangsstation in ein anderes Lager dar. Der IKL unterstand es allerdings nicht.⁴⁰

34 *Das Lied* . . . , S. 19; ITS, Arolsen, Sachsenburg, Nr. 1, Bl. 186, Nr. 12, Bl. 108.
35 Engelmann, S. 49f.; Arenz-Morch/Hennig, S. 28.
36 StA Weimar, Kreisamt Weimar, Nr. 994, unfol.
37 Timpke, S. 20f.; Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel, S. 31.
38 Bettina Wenke, Interviews

mit Überlebenden. Verfolgung und Widerstand in Südwestdeutschland, Stuttgart 1980, S. 32; Bay HStA, MA 106 300, Bl. 90.
39 GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 104, Bl. 67f.; Schilde/Tuchel, S. 36ff.
40 Wenke, S. 33; Schätzle, Stationen . . . , S. 54.

Tabelle 19

Kommandanten von Konzentrationslagern unter der IKL, 1934 bis 1936

Lager	Name	Rang	Zeit
Berlin-Columbia-Haus	Walter Gerlach	SS-Sturmabführer	1934
	Alexander Reiner	SS-Oberführer	1934/35
	Karl Koch	SS-Hauptsturmführer	1935/36
Dachau	Heinrich Deubel	SS-Oberführer	1936
	Theodor Eicke	SS-Gruppenführer	1934
	Heinrich Deubel	SS-Oberführer	1934 bis 1936
Esterwegen	Hans Loritz	SS-Oberführer	1936
	Hans Loritz	SS-Standartenführer	1934 bis 1936
	Karl Koch	SS-Obersturmbannführer	1936
Lichtenburg	Bernhard Schmidt	SS-Obersturmbannführer	1934/35
	Otto Reich	SS-Standartenführer	1935
	Hermann Baranowski	SS-Standartenführer	1936
Sachsenburg	Alexander Reiner	SS-Oberführer	1934
	Karl Koch	SS-Hauptsturmführer	1934/35
	Bernhard Schmidt	SS-Obersturmbannführer	1935/36

Quelle: Dienstalterliste der Schutzstaffel der NSDAP. Stand vom 1. Oktober 1934, München 1934, passim; dies., Stand vom 1. Juli 1935, Berlin 1935, passim; dies., Stand vom 1. Dezember 1936, Berlin 1936, passim; Arch. Dachau, Nr. 3511; *Deutschland-Bericht* . . . v. August 1936, S. A 83 u. A 87; *Tuchel*, S. 371ff.

Der spätere Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, der seit Dezember 1934 in Dachau gewesen war, erinnerte sich an Eickes Vorgehen: »Nach und nach hat er das gesamte KL (Dachau — d. Verf.) so gegliedert und ihm die Form gegeben, die später für alle KL angewandt wurde.«⁴¹

1934 bestand die Lagerverwaltung von Dachau aus fünf Abteilungen: die Kommandantur mit dem Lagerchef an der Spitze; die Politische Abteilung als Zweigstelle der Politischen Polizei; das Schutzhaftlager; der Verwaltungsführer, verantwortlich für Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung der Gefangenen und für Wirtschaftsangelegenheiten, einschließlich Besoldung der der Kommandantur unterstellten Kräfte; und der Lagerarzt, der sich um medizinische Fragen sowie sanitäre und hygienische Einrichtungen kümmern sollte.⁴²

Höß' Angabe traf auch auf die Ausbildung der SS-Leute und -Führer zu: »Dachauer Führer und Männer wurden (durch Eicke — d. Verf.) laufend an die

41 Archiwum Państwowe Muzeum w Oświęcimiu (im folgenden: Arch. Auschwitz), Erinnerungen von Höß, Bd. 3, Bl. 364.

42 Helmut Raab, KZ Dachau. Organisation, Aufgabe, Statistik 1934–1939, Zulassungsarbeit, Universität München 1978 (MS), S. 36ff.

anderen Lager versetzt, um den Dachauer Geist hinein-zubringen.«⁴³

Wie dieser SS-Geist aussah, schilderte Höß: »Jedes Mitleid mit »Staatsfeinden«, hätte sich Eicke in einer längeren Belehrung ausgelassen, sei eines SS-Mannes unwürdig. »Weichlinge hätten in seinen (sic!) Reihen keinen Platz und würden gut tun, sich so schnell wie möglich in ein Kloster zu verziehen. Er könne nur harte, entschlossene Männer gebrauchen, die jedem Befehl rücksichtslos gehorchten. Nicht umsonst trügen sie den Totenkopf und die stets scharf geladene Waffe! Sie stünden als einzige Soldaten auch in Friedenszeiten Tag und Nacht am Feind, am Feind hinter dem Draht!« Das war die Grundhaltung, wie Höß weiter festhielt: »Eicke hatte den Begriff: »Gefährliche Staatsfeinde« so eindringlich und überzeugend in seine SS-Männer hineingetrommelt, und predigte ihn auch noch Jahre hindurch weiter, daß jeder, der es nicht besser wußte, fest davon durchdrungen war . . . Eickes Absicht war, seine SS-Männer durch seine dauernden Belehrungen und entsprechenden Befehle über die verbrecherische Gefährlichkeit der Häftlinge von Grund auf gegen die Häftlinge einzustellen, sie auf die Häftlinge »scharf zu machen«, jegliche Mitleidsregung von vornherein zu unterdrücken. Er erzeugte damit, durch seine Dauereinwirkung in dieser Richtung, gerade bei primitivsten Naturen, einen Haß, eine Antipathie gegen die Häftlinge, die für Außenstehende unvorstellbar ist. Diese Einstellung hat sich in alle KL auf alle dort diensttuenden SS-Männer und -Führer weiterverbreitet, weitervererbt.«⁴⁴ (Vgl. Tabelle 20) Doch brachte nicht allein die »Dachauer Schule« solche Verbrechen hervor. Andere erwiesen sich ihnen als ebenbürtig, zum Beispiel Karl Koch, der seinesgleichen wohl an Skrupellosigkeit, Brutalität und Korruption noch übertraf und damit viele SS-Leute und -Führer prägte.

Der »Dachauer Geist«, wie Höß ihn empfand⁴⁵, erwies sich als charakteristisch für die SS-Mentalität gegenüber den politischen Gegnern. Und sie wiederum entsprach der Aggressivität des Regimes im Inneren und nach außen.

Das widerspiegelte sich in der Disziplinar- und Straf-ordnung, die, wörtlich der aus Dachau vom 1. Oktober 1933 gleichend, in allen Lagern unter der IKL galt, in Esterwegen ab 1. August 1934, in Sachsenburg ab 1. April 1935.⁴⁶ Die besondere Lagerordnung enthielt den bezeichnenden Satz, jeder Häftling, der sich an der 2. oder 3. Juden-Internationale eines Marx oder Lenin orientiere, könne dafür sterben.⁴⁷

Als am 4. September 1934 die Esterwegener Straf-ordnung über die Staatsanwaltschaft Osnabrück in das

Tabelle 20

Unter Eicke in Dachau gewesene spätere KZ-Führer (Auswahl)

Name	Zeit in Dachau	Spätere Funktionen
Hans Aumeier	1934–38	Lagerführer in Flossenbürg 1938–41, in Auschwitz 1942/43, danach Kommandant von Vaivara
Richard Baer	1933/34	Adjutant in Neuengamme 1942/43 und im Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1942/43, Kommandant von Auschwitz 1944/45 und Mittelbau-Dora 1945
Karl Fritzsche	1934–40	Lagerführer in Auschwitz 1940/41 und Flossenbürg 1942–44
Rudolf Höß	1934–38	Lagerführer und Adjutant in Sachsenhausen 1938–40, Kommandant von Auschwitz 1940–43, Amtsleiter im Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1943–45
Franz Hofmann	1933–42	Lagerführer in Auschwitz 1942–44 und Natzweiler 1944
Max Koegel	1933–36	Adjutant im Columbia-Haus 1936 und Dachau 1937/38, Kommandant der Lichtenburg 1938/39, von Ravensbrück 1939–42, Majdanek 1942/43 und Flossenbürg 1943–45
Hans Loritz	1933/34	Kommandant von Esterwegen 1934–36, Dachau 1936–39 und Sachsenhausen 1940–1942
Günther Tamaschke	1933/34	Stellvertreter des IKL 1935/36, Kommandant der Lichtenburg 1937/38
Franz Xaver Trenkle	1933–38	Stellvertretender Lagerführer in Dachau 1942–44, Lagerführer in Bergen-Belsen 1944
Martin Weiß	1933–40	Kommandant von Neuengamme 1940–42, Dachau 1942/43 und Majdanek 1943/44

Quelle: KZ Dachau, S. 78f.; Kimmel, S. 363f., ergänzt durch verstreute Angaben, u. a. aus den *Dienstalterslisten der SS u. Tüchel*, S. 380f., 383f., 392.

preußische Justiz- und das Staatsministerium kam, erregte sie Aufsehen. Laut einer Notiz vom 20. November wollte Göring darüber mit Hitler sprechen, und Vorarbeiten für eine neue Strafregelung auf der Basis alter Verordnungen über Strafanstalten begannen. Doch stellte der Sachbearbeiter im preußischen Staatsministerium am 30. November fest, nach dem – erwähnten, zehn Tage zurückliegenden – Erlass Görings wäre die Zuständigkeit seiner Behörde nicht mehr gegeben. Im übrigen gebe die Gestapo keinen Einblick, so daß die Organisation der Konzentrationslager erst bei den Etatverhandlungen für das Rechnungsjahr 1935 erörtert werden könne. Einwirkungsmöglichkeiten seitens des Staatsministeriums wären praktisch nicht mehr gegeben.

43 Arch. Auschwitz, Erinnerungen von Höß, Bd. 3, Bl. 365.

44 Rudolf Höß, Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen, München 1963, S. 58 u. 66f.

45 Ebenda, S. 67.

46 ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. ZFg 10/1375/34, Bl. 36ff.

47 Ebenda; *Der Strafvollzug* . . . , S. 20; *Deutsche Volkszeitung* v. 5. 10. 1934.

Nach Häftlingerschießungen im Columbia-Haus erklärte Eicke gegenüber Justizbehörden Mitte April 1935, es sei geheime Order an die Lagerkommandanten ergangen, mit den Strafbestimmungen die Häftlinge einzuschüchtern, sie jedoch nicht anzuwenden. Dennoch wandte sich am 14. Mai der Reichsjustiz direkt an den Reichsinnenminister und verlangte unter Angabe von Mißhandlungen eine einheitliche Regelung der Schutzhaftverhängung, der Lagerordnung, der Prügelstrafe und des Schußwaffengebrauchs. Eine Besprechung bei Göring klärte dann im Sommer, daß für das Aussprechen der Schutzhaft in Preußen Göring als Gestapo-Chef und Himmler als sein Stellvertreter, in anderen Ländern der Reichsinnenminister zuständig sei. Auf Zeit und anstelle gerichtlicher Verurteilung dürfe Schutzhaft nicht verhängt werden, ebenso nicht über Beamte ohne Zustimmung deren vorgesetzter Dienststelle. Behinderung von Rechtsanwälten in Schutzhaftangelegenheiten sei unstatthaft. Am 16. November teilte dann Himmler Gürtner mit, Hitler habe verboten, Rechtsanwälte einzuschalten.⁴⁸

Schriftwechsel und Debatten solcherart tangierten die Gestapo- und KZ-Gewaltigen beim Schutzhaftverfahren und Handeln in den Lagern nicht. Die Dachauer Praxis der Quälereien und Mißhandlungen setzte, nur graduell von der bisherigen unterschieden, sofort in den anderen von der IKL übernommenen Lagern ein. Ein Sachsenburger Häftling schilderte ausführlich, was dort geschah: »Nach dem Einzug der Wachtruppe (der SS – d. Verf.) hielt Sturmbannführer Simon am 25. August 1934 vor den versammelten Häftlingen eine Rede, in der er erklärte, daß die gute Zeit vorbei sei, er werde schon mit uns Schweinehunden fertig werden usw. In den folgenden Wochen, bis Oktober 1934, wurde die bestehende Lagerordnung nach und nach illusorisch gemacht, indem jede Vergünstigung unter dem Vorwand einer »Strafmaßnahme« entzogen und überhaupt jeder Punkt der Lagerordnung durch übertrieben strenge Ordnung aufgehoben wurde. Die Besuchszeit wurde erst eingeschränkt, dann von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht, zuletzt ganz aufgehoben. Lebensmittellieferungen wurden verboten; es ist heute nur noch Empfang von Wäschepaketen erlaubt. Inliegendes Geld wird beschlagnahmt ... Weiter wurde die Arbeitszeit verlängert und täglich fünfmal Appell angesetzt. Jeder SS-Mann ist als Vorgesetzter zu behandeln und militärisch zu grüßen. Einspruch gegen irgendwelche Maßnahmen ist nicht gestattet, ja strafbar. In den meisten Fällen wird ein Gefangener überhaupt nicht vernommen, wenn er auf Anzeige eines Postens bestraft werden soll ... Rauchen ist heute Vergünstigung. Toilettenartikel, Rauch- und Eßwaren müssen in der Kantine gekauft werden. Vom Gewinn finanziert die Wachtruppe ihre Saufereien. Bewegung im Freien gab es nach dem

Oktober 1934 ein ganzes Vierteljahr hindurch überhaupt nicht; von da ab nur sonntags anderthalb Stunden. Eine der ersten Aufgaben, welche die SS durchführen ließ, war der Bau von elf neuen zementierten Arrestzellen.«⁴⁹ Ein anderer Gefangener berichtete Ähnliches aus Esterwegen: Zwei Tage nach dem Eintreffen von Loritz »ließ er uns wieder zum Appell antreten. Er habe den Vorarbeitern angeordnet, daß wir mehr arbeiten müssen. Desweiteren habe er gehört, daß sich die Gefangenen nach dem Arrest sehnen. Deswegen werden von nun an die Prügelstrafe eingeführt. 25 vor und nach dem Arrest. Eine neue Lagerordnung werde all diese Dinge regeln.« Nach Einführung der Strafordnung, fuhr der Häftling fort, wurden täglich »ein, zwei, drei Urteile ausgesprochen und vollstreckt. Der Gefangene wurde vor die angetretene Wachmannschaft geführt, als Züchtigungsinstrument diente ein Ochsenziemer. Das Opfer mußte selbst die Schläge zählen, irrte es sich dabei, so bekam es fünf Hiebe obendrauf. Machte es eine Bewegung, die von einem Profossen als Abwehr ausgelegt wurde, so gab es doppelt so viel Hiebe.«⁵⁰

Der Berichterstatter vermerkte nicht, ob das Opfer sich dabei auf einen Prügelbock legen mußte, wie – durch Eicke eingeführt – vor unter Waffen angetretenen SS-Leuten und Häftlingen in Dachau üblich. In der Lichtenburg begannen diese Prügel szenen offenbar im Januar 1935, wo – einem Erinnerungsbericht zufolge – die Gefangenen »zweimal beim Appell den schrecklichen Vorgang erleben (mußten), daß ein Häftling 25 Stockschläge erhielt ... Die erste Stunde nach der Exekution war für uns beinahe so schlimm, wie der vorangegangene Appell.«⁵¹ Aus Sachsenburg schilderte Hugo Gräf den Vollzug der Prügelstrafe: »Am 8. Mai 1935 wurde diese barbarische Strafe zum ersten Male (in Sachsenburg – d. Verf.) exekutiert. Das geht so vor sich: Nach Arbeitsschluß sammeln sich alle Häftlinge auf dem Hof des Lagers zum Zählappell; dann marschieren sie in die Unterkunft. Die Prügelstrafe wird nun abends, nach Arbeitsschluß, auf dem Hof verabfolgt. Nach Beendigung des Zählappells werden alle Häftlinge in einer bestimmten Ordnung aufgestellt. Hinter den Häftlingen marschieren dann zwei SS-Stürme, die Bereitschaft und die Freiwoche auf, alle mit Stahlheim und scharfgeladenen Gewehren. Mehrere schwere Maschinengewehre werden in Stellung gebracht, einzelne SS-Leute sind mit leichten Maschinengewehren und Maschinenpistolen bewaffnet. Nun wird der Prügelbock von einigen Häftlingen herbeigeschleppt ... Der Häftling wird auf den Bock gelegt, Hände und Beine werden an die gespreizten Stützen geschnallt, und nun exekutieren SS-Männer die Prügelstrafe. Zum Prügeln werden Rohrstöcke von einem Meter Länge und von Daumenstärke benutzt. Um diese Rohrstöcke geschmeidig zu machen, werden sie dauernd in einem mit Wasser

48 ZStA Merseburg, 2.5.1. Nr. 14 166, Bl. 36; GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 104, Bl. 117ff.,

149ff., Nr. 66, Bl. 137 u. 262; ZStA Potsdam, Film 55 494; IMG, Bd. 33, S. 56ff.

49 Arbeiter-Illustrierte-Zeitung v. 17. 6. 1936.
50 Deutsche Volkszeitung v. 5. 10. 1934.

51 Höß, S. 56; Drobisch, Lichtenburg, S. 41.

gefüllten Blechkasten aufbewahrt. Jeder der zum Schlagen bestimmten SS-Männer muß dem Häftling fünf Schläge versetzen. Früher mußte jeder Geschlagene die Schläge laut mitzählen; seit November 1935 hat der Lagerkommandant die Prozedur verfeinert; der Häftling muß nach dem Verlesen seiner Strafe an den Prügelbock herantreten und dabei das Jägerlied singen: »Steig ich den Berg hinan, das macht mir große Freud«. Während des Schlagens muß der Gefangene alle drei Strophen des Deutschlandliedes singen. Die 25 Stockschläge werden so verteilt, daß das Schlagen mit dem Ende des Liedes aufhört. Weigert sich der Häftling zu singen oder ist er dazu in seiner Erregung nicht in der Lage, so wird er solange weitergeschlagen, bis er das Lied doch zu Ende singt oder ohnmächtig wird. In einigen Fällen sind die Abgestraften bewußtlos geworden; man hat den Lagerarzt gerufen, der die Überführung in die Arrestzelle anordnete, mit der Bemerkung: »Schmeiß das Schwein in den Bunker, er simuliert ja bloß! ... Bei der Durchführung der Prügelstrafe sind wiederholt nicht nur die Bestraften, sondern auch viele andere Häftlinge zusammengebrochen, die dieses Schauspiel ansehen mußten. Seit Mai 1935 werden fast jede Woche solche Exekutionen durchgeführt, oft mehrere Male in der Woche. Häufig wird der Beginn dieser widerlichen Szenen durch bombastische, verlogene und die Gefangenen verhöhrende Reden des Lagerkommandanten eingeleitet.«

In Sachsenburg erhielt beispielsweise ein und derselbe Häftling folgende Strafen zudiktirt: am 31. Mai 1935 zwei Wochen strengen Arrest, am 18. Oktober 1935 dasselbe, am 25. Februar 1936 drei Wochen strengen Arrest, 25 Stockschläge am Beginn und am Ende und alle drei Tage Rückenfesselung, am 1. Juli 1936 drei Wochen strengen Arrest.⁵³

Die bei den Prügel-szenen angetretenen SS-Leute gehörten zu den SS-Wachverbänden. Ihr Vorläufer war die Dachauer Wachinheit, die Eicke selbst rückblickend korrupt nannte. Sie unterstand damals dem SS-Oberabschnitt Süd und gehörte zur Allgemeinen SS, wenn Eicke sich auch für ihre Umorganisation zur Wachtruppe Oberbayern, immer noch als Teil der Allgemeinen SS, für ihren Ausbau und ihre Ausbildung ab 1934 erhebliche Verdienste zuschrieb.⁵⁴ Ohne Unterstützung und Förderung durch Reichswehrbefehlshaber ging das nicht. So erließ der Reichsverteidigungsminister, Generaloberst Werner von Blomberg, am 24. September 1934 die Verfügung, eine bewaffnete, stehende SS-Truppe aufzustellen. Sie sollte insbesondere »innenpolitische Aufgaben« übernehmen, um gewissermaßen die herkömmliche Armee davon freizuhalten, und im Kriegsfall mit den Streitkräften eingesetzt werden.⁵⁵

52 Möglicherweise handelt es sich hier um einen Erinnerungsfehler. Denn schon am 25. 4. 1935 waren von Sachsenburg 25 Stockschläge vor und nach Ende von acht Tagen strengem Arrest beantragt worden (*Kühnrich*, S. 237).

53 *Die neue Weltbühne* v. 19. 3. 1936. ITS, Arolsen, KL-Dok., Sachsenburg, Nr. 10, Bl. 118–121.
54 ZStA Potsdam, Film 14 349.
55 *Volker Ernst*, Zusammenarbeit von Reichswehr- und SS-Führung bei der Aufstellung

Gestützt auf diese Verfügung befahl am 29. November 1934 Himmler, die SS-Wachverbände zu Sondersturmbannen, d.h. Bataillonen, umzugliedern und auszubauen. Sie wurden damit ebenso aus der Allgemeinen SS herausgelöst wie die neue SS-Verfügungstruppe aus den ursprünglichen Sonderkommandos, danach Politische Bereitschaften genannt, und die ehemalige Stabswache Hitlers, die ab September 1933 SS-Leibstandarte »Adolf Hitler« hieß. Führung, Organisation und Verwaltung aller drei Teile der SS übernahm das SS-Amt (ab 20. Januar 1935 SS-Hauptamt), wobei die kasernierten Formationen über eine Sonderstellung verfügten. Eicke nannte sich seitdem Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Wachverbände.⁵⁶

Sonderstellung und -funktion zeigten sich auch in einem äußeren Merkmal: Am 18. März 1935 ordnete der Chef des SS-Hauptamtes an, daß die Angehörigen der Wachverbände auf dem rechten Kragenspiegel einen silberfarbenen Totenkopf und die Nummern 1 bis 25 als Bezeichnung ihres Sturmbannes tragen sollten, KZ-Kommandanten und ihre Adjutanten nur den Totenkopf, dagegen nicht die Führer der Wachverbände und das Personal der Kommandanturen. Bei allen ließen Ärmelstreifen erkennen, zu welchem Lager sie gehörten: die Aufschrift Oberbayern für Dachau⁵⁷, Elbe für die Lichtenburg, Sachsen für Sachsenburg, Ostfriesland für Esterwegen, Brandenburg für das Columbia-Haus und Oranienburg (wo nur SS-Leute, jedoch keine Häftlinge waren) und Hansa für Hamburg-Fuhlsbüttel. Ein Gliederungsschema vom 27. November 1935 enthielt »Hansa« nicht mehr und numerierte die Wachverbände in der genannten Reihenfolge von I bis V.⁵⁸

Die Stärke des Wachverbandes Dachau bewegte sich von November 1934 bis September 1935 zwischen 760 und 870 Mann und überschritt zum Jahreswechsel 1935/36 die Tausend.⁵⁹ Eicke vermerkte, daß er die Wachverbände durchweg nur aus Angehörigen der Hitlerjugend im Alter zwischen 17 und 19 Jahren ergänzte.⁶⁰ Und das wiederum mit Billigung von Militärs, wie aus den Worten des Reichsfinanzministeriums bei der Etatbesprechung am 21. Mai 1935 hervorging, die Reichswehr sei »an einer festen Stärke der SS-Wachverbände durchaus uninteressiert«.⁶¹ (Vgl. Tabelle 21) Dazu kamen im Juni 1936 in Bad Sulza, das im Statistischen Jahrbuch der SS ab April 1936

einer bewaffneten SS Ende 1934, in: *Militärgeschichte*, 1979, H. 6, S. 712, Dok. 1.

56 Militärarchiv der DDR (im folgenden: MA), Potsdam, W 61.20/142 unfol.; *Buchheim*, SS, S. 192 u. 242; *Martin Broszat*, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933–1945, in: *Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick*, Bd. 2, S. 73.

57 Nicht zu verwechseln mit dem laut Himmler-Befehl v. 18. 9. 1935 am 1. 9. eröffneten

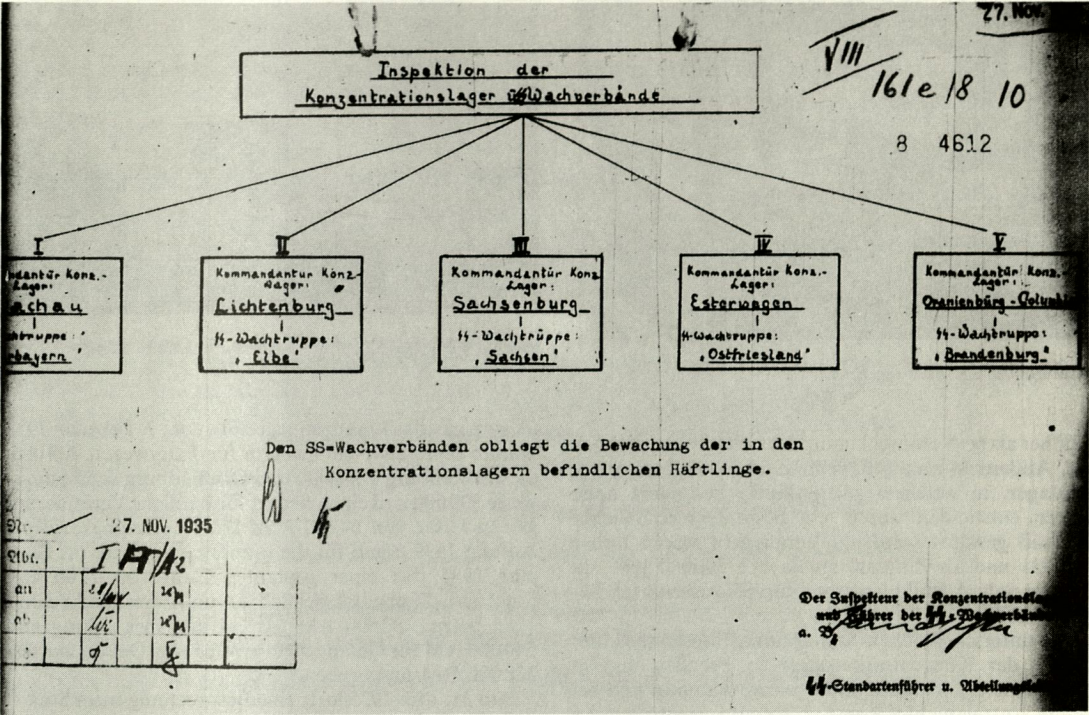
Übungslager Dachau, wo Angehörige der Allgemeinen SS ausgebildet werden sollten (ZStA Potsdam, Film 3576).

58 Ebenda; Kopie des Schemas im Besitz d. Verf.

59 Bay HStA, MF 67 403, unfol.; *Raab*, S. 49. — Hier etwas niedrigere Zahlen für Jahresanfang und höhere für September 1935 als in den Akten.

60 ZStA Potsdam, Film 14 349.

61 GStA Berlin, Rep. 151, Nr. 421, Bl. 11.



Struktur der Inspektion der Konzentrationslager, 27. 11. 1935

Tabelle 21

Stärke der SS-Wachverbände, 1935/36

Zeitpunkt	Gesamt	davon in					
		Columbia-Haus/Brandenburg ⁺	Dachau	Esterwegen	Lichtenburg	Sachsenburg	Stab IKL u. Wachverbände
Januar 1935	1987	61	838	368	335	380	5
Juni 1935	2230	363	764	356	341	390	7
Dezember 1935	2546	372	971	360	359	473	11
Juni 1936	3359	508	881	571	538	534	23

⁺ «Brandenburg» mit Sitz in Oranienburg ab April 1935 aufgeführt.

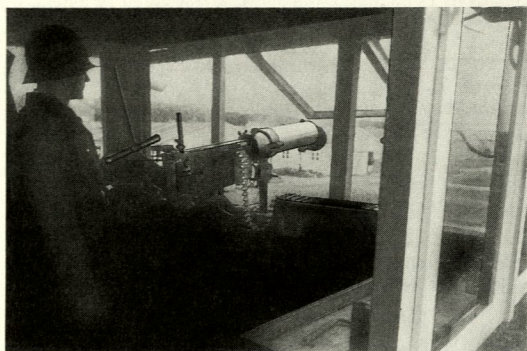
Quelle: Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP, Berlin 1937, S. 51.

auftauchte, 5, in Dachau 83, in Esterwegen 45, in der Lichtenburg 35 und in Sachsenburg 36 SS-Führer und -Unterführer, die in den KZ-Kommandanturen Dienst taten.⁶²

Während die IKL das KZ-System weiter ausprägte und die Wachverbände ausbaute, fanden langwierige Debatten in den Ministerien statt, wer dafür finanziell aufkommen sollte.

62 Ebenda.

Nach wie vor enthielt der Etat des Reichsministeriums des Inneren für das Rechnungsjahr vom 1. April bis zum 31. März Beträge für Schutzhaftvollstreckung, und zwar für 1934 noch acht, für 1935 dann 1,5 Millionen RM. Das hieß, sie waren bei einem täglichen Zuschuß von 75 Pfennigen pro Gefangenen immerhin für über 29000 bzw. fast 5000 Häftlinge berechnet. Am 16. Januar 1936 beantragte das preußische beim Reichsfinanzministerium zusätzlich weitere 600 000 Mark und begründete die überplanmäßige Forderung: »Die Zahl der Häftlinge



Wachturm des KZ Esterwegen

ist höher als bei Veranschlagung der Mittel voraussehbar war. Außerdem mußte für ein bayerisches Konzentrationslager, in welchem zwangsläufig besonders hohe Kosten entstanden waren, ein besonders erheblicher Zuschuß gewährt werden.« Verausgabt wären bisher 1342431 und als Zuschuß an Bayern 300000 RM, da Dachau »als Ausbildungslager für SS-Angehörige benutzt wurde«.⁶³

Die unterschiedlichen Standpunkte hinsichtlich der Kosten der Konzentrationslager in Preußen und in Bayern wie die schließliche Regelung waren in und bei diesem Antrag nicht erkennbar. Der Haushaltsplan des preußischen Innenministeriums hatte für das Rechnungsjahr 1934 bei den Polizeiausgaben noch die Kosten für die Verwaltung und die Wachtruppe der Konzentrationslager enthalten. Am 18. August 1934 verlangte Himmler, ihm daraus die Beträge für die KZ Esterwegen und Lichtenburg sowie das Reservelager Oranienburg (hier ein SS-Führer und sechs SS-Leute) zu übertragen und außerplanmäßig den Sold der SS-Wachen im Columbia-Haus aufzunehmen. Das Ministerium stimmte einer Überschreibung der Summen zu, lehnte allerdings die Besoldung der SS-Leute ab. Doch für das folgende Etatjahr 1935 figurierten die Wachtruppe in Stärke von 1127 Mann in Preußen und die KZ-Verwaltung im Haushalt für das Gestapa – wie die finanzielle Aushilfe für Dachau ein weiterer Beweis für die Unterstellung der IKL und der SS-Wachmannschaften in Preußen. Insgesamt enthielt das preußische Staatsbudget im Rechnungsjahr 1934 für Konzentrationslager 3281610, für 1935 mit 3231580 RM fast denselben Ansatz.⁶⁴

Jedoch monierte zuvor das preußische Staatsministerium laut einem Vermerk vom 20. November 1934, daß bei den Etatberatungen der Geldbedarf für die Konzentrationslager nur in einer Summe verlangt worden wäre und eine detaillierte Aufstellung fehle. Ein Antrag des

63 Ebenda, Rep. 90P, Nr. 104, Bl. 67ff.; ZStA Potsdam, Reichsrechnungshof, Nr. 6623, Bl. 40/41.

64 *Demps, Der Übergang...*, S. 265 u. 267.



Tor des KZ Esterwegen

Gestapa an das Finanzministerium vom 7. Februar 1935 nannte dann als Neubauwerte für Esterwegen 434000, die Lichtenburg 1370000 und Oranienburg schätzungsweise 500000 und einen Bedarf für bauliche Veränderungen in Höhe von 64200 RM. Eine Rechnungsprüfung Anfang 1937 ergab für die preußischen Lager im Etatjahr 1935: bei einer geplanten Zahl von 2500 Gefangenen, die aber tatsächlich nur im Jahresdurchschnitt 1785 betrug, 32500 RM für Häftlingsbekleidung und 540000 RM für Gefangenenvspflegung. Davon wurden 320000 RM ausgegeben.⁶⁵

Am 21. Mai 1935 legte eine Besprechung beim Staatssekretär im preußischen Finanzministerium, Friedrich Landfried, fest, die Kosten der politischen Schutzhaft sollten zwischen den Vertretern der Ministerien des Inneren und für Finanzen sowie des Gestapa nochmals erörtert werden mit dem Ziel, die Gesamtkosten zu mindern, und die Reichszuschüsse besser aufzuschlüsseln.⁶⁶

Für Dachau lag im Mai 1935 für das laufende Rechnungsjahr eine Gesamtkostenplanung von zusammen über 4,15 Millionen RM vor. Eine andere, höhere Aufstellung umfaßte über 6,62 Millionen, davon für 1600 Häftlinge zusammen über 1,0, für die Kommandantur mit 95 SS-Leuten 0,72 Millionen, für vier SS-Stürme in Stärke von 836 Mann zusammen fast 2,9 Millionen RM. Die im Oktober 1935 aufgestellten Kosten für das Rechnungsjahr 1936 beliefen sich auf fast 4,4 Millionen, davon für 1500 Gefangene 0,5, für Kommandantur und Wachtruppe über 3,7 Millionen, für den Lagerausbau 127000 RM.

Inzwischen hatte es der bayerische Innenminister Wagner am 3. Juli gegenüber Himmler abgelehnt, mehr als 900000 Mark für Dachau beizusteuern, zumal für die Verwendung der bisher gezahlten Beträge keine Rechnungslegung erfolgt wäre und die Dachauer SS-Betriebe nicht das Erwirtschaftete in das Lager einbrächten.

65 Aronson, S. 223; GStA Berlin, Rep. 151, Nr. 404, unfol., Nr. 424, unfol.

66 GStA Berlin, Rep. 151, Nr. 421, Bl. 11.

**Der Reichs- und Preussische
Minister des Innern.**

III A 3312 H-23 II/35.

Betrifft: Fortfall der Reichszuschüsse
für Schutzhäftlinge.

Berlin, den
NW 40, Königsplatz 6

5. März 1936.

Fernsprecher:

Abt. Z I, IV VI VII: A 1 34ger 0027

II, III V (Unter den Eichen 72/74); A 2 34ger 0034

Unterstadt der Staatskanzlei: A 2 34ger 2022 (Geflügel vom Staat)

Druckenschrift: Innenminister.

Staatskanzlei
des Freistaates Bayern

empf. 7. MRZ 1936 14535

Beil. *m*

Der Führer und Reichskanzler hat angeordnet, daß das Reich ab 1. April 1936 sämtliche Kosten für die mit Einverständnis des Reichs aufzustellenden SS-Wachhundertschaften für die Konzentrationslager, die Länder hingegen sämtliche sonstige Lager- und Häftlingskosten zu tragen haben.

Zur Vermeidung etwaiger Zweifel teile ich daher ergebenst mit, daß die in der bisherigen Weise gezahlten Reichszuschüsse von 75 Rpf. je Tag und Häftling demzufolge ab 1. April 1936 nicht mehr gewährt werden.

Zusatz für Thüringen:

Für das Konzentrationslager Sulza sind ab 1.4.1936 aus Reichsmitteln zu bezahlende Wachmannschaften nicht vorgesehen.

Zusatz für Baden:

Für das Konzentrationslager Kislau sind ab 1.4.1936 aus Reichsmitteln zu bezahlende Wachmannschaften nicht vorgesehen.

Zusatz für Württemberg:

Für das Konzentrationslager (Reservelager) Kuhberg sind ab 1.4.1936 aus Reichsmitteln zu bezahlende Wachmannschaften nicht vorgesehen.

In Vertretung

- An
alle Landesregierungen
(für Preußen:
a) den stellv. Chef und Inspekteur
d. Pr. Geh. Staatspolizeiamts,
Berlin SW 11, Prinz Albrecht Str. 8,
b) an den Herrn Preuß. Finanzminister;
(für Baden:
an den Badischen Minister d. Innern, Karlsruhe).

90

Wagner empfahl, beim Reichsinnenminister eine Neuregelung herbeizuführen, wie die Konzentrationslager zu finanzieren seien. Nach Besprechungen im August und September sowie einigem Hin und Her zwischen Himmler und Wagner teilte am 29. November das Reichsfinanz- dem Reichsinnenministerium mit, Bayern müsse für den Unterhalt Dachaus selbst aufkommen. Lediglich könne neben der fortlaufenden Zahlung der 75 Pfennige pro Häftling und Tag ein einmaliger Reichszuschuß für die 400 bis 500 SS-Leute, die über die normale Stärke der Wachmannschaft eines Konzentrationslagers hinausgingen, gewährt werden. Falls die Summe nicht ausreiche, müsse ein neuer Antrag gestellt werden. Dabei fiel auch der Gedanke, Dachau zum Reichskonzentrationslager zu erklären und dort alle Häftlinge zu konzentrieren. Er wurde – soweit feststellbar – zuerst von einem Ministerialrat im bayerischen Finanzministerium am 8. Mai, dann acht Wochen später von Wagner ausgesprochen.⁶⁷ Doch wurde der Vorschlag weder in den Etatdebatten noch sonst weiter verfolgt.

67 Bay HStA, MF 67 403, unpag., MA 106 300, Bl. 98–102; GStA Berlin, Rep. 77, Nr. 30, Bl. 266.

Über die Besoldung der Wachverbände in Dachau und in anderen Lagern äußerte sich Höß rückblickend: »Teile aus Spenden von seiten der Wirtschaft, Zuschüssen von der Polizei und der SS, Bankkrediten und Kantinenüberschüssen löhnte bis dahin (März 1936 – d. Verf.) seine Männer.«⁶⁸ Als das Hitler vorgetragen wurde, bestimmte er am 23. Oktober 1935, die Einheiten ab dem Rechnungsjahr 1936 in den Reichsetat aufzunehmen. Am 5. März 1936 teilte das Reichsinnenministerium dies allen Landesregierungen mit der ab 1. April geltenden Anordnung mit, wonach »die Länder hingegen sämtliche sonstige Lager- und Häftlingskosten zu tragen haben«. Die Reichszuschüsse von 75 Pfennigen fielen damit zum selben Zeitpunkt weg.⁶⁹

68 Arch. Auschwitz, Erinnerungen von Höß, Bd. 3, Bl. 367.

69 Bay HStA, MF 67 403, unfol., MA 106 300, Bl. 90.

KZ-Insassen

Die Verhaftungen 1934 bis 1936 erreichten zwar nicht das Ausmaß wie in den ersten Monaten des Jahres 1933. Doch gingen sie weit in die Zehntausend. Allein in Bayern wurde zwischen Juli 1934 und Juni 1936 (ohne November 1935) über 5157 Personen Schutzhaft verhängt. Eine andere Aufstellung vermerkte, daß sich 1935 unter den von der Politischen Polizei Festgenommenen 268 ehemalige Schutzhäftlinge befanden.¹ Für die ersten sieben Monate 1935 meldeten die SS-Oberabschnitte insgesamt 6564 Verhaftungen, darunter in den Oberabschnitten West 2396 und Mitte 1725. Weitere Einzelberichte sprachen für Januar und Februar 1935 von 725 bzw. 729 festgenommenen Kommunisten und 66 bzw. 28 Sozialdemokraten, für den Mai dieses Jahres von 1046 Kommunisten und 156 Sozialdemokraten. Von Oktober 1935 bis März 1936 inhaftierte die Politische Polizei insgesamt 7266 Kommunisten und Sozialdemokraten, davon in Preußen 4628.²

Wenn auch ein beträchtlicher Teil der Gefangenen nicht sofort in Konzentrationslager geworfen, sondern vor Gericht gezerzt wurde, erfuhr doch die Schutzhaft eine weitere Ausdehnung. Ein Gestapo-Bericht vom Oktober 1934 verlangte angesichts des »Anwachsens(s) der kommunistischen Bewegung«, daß »die Schutzhaftbestimmungen gegenüber den marxistischen Elementen wieder erweitert werden«, also der »präventiven Bekämpfung des Kommunismus wieder freie Hand gegeben« sein müßte. Nur »allerschärfstes Zugreifen«, »verschärfte Schutzhaftbestimmungen« und »verständigeres Zusammenarbeiten der Anklagebehörden mit der Politischen Polizei« könne – so meinte der Verfasser – dem kommunistischen Widerstandskampf »Einhalt« gebieten. Im gleichen Sinn ersuchte der Reichsinnenminister Frick (Referent: Regierungsrat Hans Bernd Gisevius) am 13. Dezember, »in Zukunft mit unnachsichtiger Schärfe gegen jedwede Wühlarbeit anzugehen. Neben der selbstverständlichen Einleitung des Hochverratsverfahrens ist umgehend Schutzhaft zu verhängen, wobei Rückfällige auf Freilassung in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen haben.« Das praktizierte schon die Gestapo. Unmittelbar vor dieser Anweisung, Anfang Dezember, warf sie beispielsweise rund 290 Antifaschisten aus Elmshorn und Umgebung in das KZ Fuhlsbüttel, von denen sie im Mai des folgenden Jahres 245 nach Esterwegen schleppen ließ. Zuvor unterschrieb ein

Hamburger Richter Haftbefehle³ – ein weiterer Beweis dafür, wie Gestapo und Justiz ineinandergriffen und selbst Häftlinge, denen Prozesse bevorstanden, in Konzentrationslager steckten.

Charakteristisch für die Verfolgungspraxis hieß es in einer Anweisung Himmlers an Heydrich vom 12. Juli 1935, »daß die Zahl der Schutzhäftlinge aus den Reihen der ehemaligen KPD-Funktionäre im folgenden Monat um tausend erhöht werden soll«. Damit zusammenhängend, erließ Heydrich in Vertretung des Politischen Polizeikommandeurs am 29. Juli »in der Erkenntnis, daß illegale Bewegungen mit Strafgesetzen allein niemals bekämpft werden können, daß vielmehr die Präventivmaßnahmen vorherrschend sein müssen«, die Anordnung, es seien in Schutzhaft zu nehmen und im Konzentrationslager zu bringen: 1. Personen, die sich schon vor dem 30. Januar 1933 im kommunistischen Sinne betätigt hätten und neuerdings im Verdacht illegaler Aktivität stünden, 2. Personen, die nach wie vor staatsfeindlich eingestellt seien, 3. kommunistische Funktionäre nach Verbüßung von Gerichtsstrafen, wenn es sich um gefährliche Gegner handele oder zu erwarten sei, daß sie weiter für die KPD arbeiten würden. Kommunisten, die zum zweiten Male in Schutzhaft kämen, würden nicht so bald entlassen. Analog sei mit sozialdemokratischen Regimegegnern zu verfahren.⁴ Am 13. August verfügte die Bayerische Politische Polizei, Kommunisten verstärkt in Schutzhaft zu nehmen.⁵ Das bestätigte, daß das Regime die Zahl der Gefangenen am grünen Tisch bestimmte. Derart befahl Himmler am 18. September 1935, im deutsch-tschechoslowakischen Grenzgebiet 200 bis 300 Kommunisten, insbesondere solche, die schon in Konzentrationslagern gewesen waren, in Schutzhaft zu nehmen. Er verwies dabei auf die Vorgänge am 4. Juli bei Altenberg-Geising, wo drei Kommunisten beim Transport antifaschistischer Schriften von SS-Leuten erschossen worden waren.⁶ Die Verhaftungsanweisung betraf also Unbeteiligte, die man zur Repressalie einkerkerte.

Solche Praktiken unterstützten hochgestellte Angehörige des Justizapparates, wie der Kasseler Oberlandes-

1 Bay HStA, MA 106 299; ZPA, St 3/140.

2 ZPA, PSt 3/362, St 3/50/2; Broszat, S. 47.

3 Margot Pikarski/Elke Warning, Über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD. Aus Gestapoakten (I), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1983, H. 1, S. 87; ZStA Potsdam, Reichs-

ministerium des Inneren, Nr. 27 079/26, Bl. 65; Bringmann/Diercks, S. 70ff., 75 u. 77.

4 ZPA, St 3/271; SS im Einsatz, S. 97.

5 ZStA Potsdam, Film 14 366.

6 Ebenda, Film 533.

gerichtsrat Wolff. Er trug in einer Denkschrift vom 8. Oktober 1935 an das Reichsjustizministerium heran: Da die Kommunisten ständig den Staat bekämpften, müßten anstelle üblicher Gerichtsverfahren standgerichtliche Überlegungen und Maßnahmen treten. Nur bei »Mitläufern« der KPD sollten ein Staatsanwalt oder Richter, ein Mitarbeiter der Gestapo und ein Funktionär der NSDAP KZ-Haft von mindestens einem Jahr bis zu fünf Jahren aussprechen.⁷

Schon am 29. Januar 1934 waren vom Gestapa Regelungen für sogenannte rückfällige Schutzhäftlinge erlassen, am 27. Oktober Meldungen über sie angefordert worden. Himmeler wies als Politischer Polizeikommandeur am 23. März 1936 Eicke an, in den Konzentrationslagern spezielle Abteilungen für Gefangene zu bilden, die zum zweiten Mal in ein Lager kamen. Sie seien an der Kleidung besonders zu markieren. Ihre Arbeitszeit müsse zehn Stunden täglich betragen, Briefe dürften sie nur viermal jährlich schreiben und empfangen, Geld nicht mehr als zehn Mark im Vierteljahr, Pakete überhaupt nicht. Rauchen sei ihnen verboten. Ihre Akten würden erst in drei Jahren wieder vorgelegt, so daß die quartalsweisen Haftprüfungstermine entfielen.⁸

Hinsichtlich der Justizhäftlinge, deren Strafe abließ, erweiterte das preußische Gestapa am 27. August 1935 die bisherige Praxis auf vom Volksgeschichtshof Verurteilte. Die Bayerische Politische Polizei folgte am 5. September, damit die Einweisung solcher zu Entlassender in ein Lager sofort veranlaßt wurde. Gleichzeitig ließ die Justiz Untersuchungsgefangene in Konzentrationslager einliefern, wie Ende Mai 1935 ungefähr 400 in Zeit verhaftete Kommunisten und andere Antifaschisten in die Lichtenburg. Sie begründete dies mit mangelnden Unterbringungsmöglichkeiten bei Massenverhaftungen und versicherte, auch so könnten die Untersuchungen weiterlaufen. Das Reichsjustizministerium erhob dagegen keinen Einspruch.⁹

Dennoch reichten die im Zusammenspiel zwischen Polizei-, SS- und Justizapparat erweiterten Möglichkeiten offenbar manchem noch nicht aus, die NS-Herrschaft zu sichern. Der Oberpräsident der preußischen Provinz Brandenburg jedenfalls meinte am 9. Dezember 1935, »daß die Bestimmungen über die Verhängung der Schutzhaft jetzt so erschwert sind, daß nur in besonders dringenden Fällen davon Gebrauch gemacht werden kann. Seitens der mir unterstellten Landräte ist daher vielfach der dringende Wunsch geäußert worden, die Bestimmungen über die Schutzhaft wieder zu verschärfen, da sonst nicht mit Erfolg gegen Staatsfeinde eingeschritten werden könne. Auch ich möchte glauben, daß die Möglichkeit, die Schutzhaft zu verhängen, weiter ausgedehnt werden muß.«¹⁰

In Bayern wurde am 25. November 1935 verfügt, weibliche Schutzhaftgefangene zusätzlich in das Landgerichtsgefängnis Landshut einzuweisen, wo eine Schutzhaftabteilung eingerichtet worden wäre. Am 21. Januar 1936 verlangte der Politische Polizeikommandeur vom Reichsinnenminister, wenn sich weibliche Schutzhäftlinge länger als drei Monate in Justizhaftanstalten befänden, sie nach Moringen oder Landshut bringen zu lassen. Das Ministerium stimmte dem am 6. Februar zu. Nach Absprache mit dem preußischen Gestapa wies die Bayerische Politische Polizei schon sieben Tage später an, solche Schutzhaftgefangenen aus München-Stadelheim und Landshut nach Moringen zu transportieren. Noch am selben Tag, dem 13. Februar, trafen dort fünf Frauen ein, unter anderem Centa Beimler, eine Woche später weitere fünf, dabei Marie Götz und Katharina Haag, sieben Tage darauf andere neun, darunter Betti Boulanger. In Moringen befanden sich im Mai 1936 schon 27 Frauen aus Bayern. Ihre Zahl stieg bis März 1937 auf 38 an. Auch im KZ Fuhlsbüttel mußten zumindest zeitweilig weibliche Gefangene leiden. Über im Dezember 1934 verhaftete Angehörige einer Widerstandsgruppe schrieb die Polizei in Elmshorn am 1. Juli 1935: Die männlichen Schutzhäftlinge seien in das Hamburger Lager und von dort nach Esterwegen gebracht worden, »während die weiblichen noch in Fuhlsbüttel verblieben sind«.¹¹

Das Gestapa hatte schon am 15. Januar 1934 angeordnet, die Rückkehr politischer Emigranten sei zu verhindern. Ein Jahr darauf, am 28. Januar 1935, wies das Gestapa an: Da ehemalige Emigranten »Gefahrenquellen für den inneren Frieden und die Sicherheit des Reiches« darstellten, seien sie in »Schulungslager« zu bringen, und zwar Rückkehrer nördlich der Linie Köln-Dresden-Kreuzburg nach Esterwegen, südlich davon nach Dachau, aus der Tschechoslowakei nach Sachsenburg. In den Konzentrationslagern würden sie von der Gestapo überprüft. Eine Entscheidung über ihre Entlassung liege beim Gestapa. Ein weiterer Erlaß des Gestapa präziserte am 9. März, daß weibliche Rückkehrer nach Moringen zu transportieren seien. Beide Anweisungen sollten auch von der nichtpreußischen Politischen Polizei übernommen werden. Das Reichsministerium des Innern und das Auswärtige Amt schrieben in entsprechenden Mitteilungen am 9. Februar und 31. Mai eindeutig von Schutzhaft für zurückkehrende Emigranten, wenn man auch den täuschenden Begriff Schulungslager verwandte.¹²

Nachdem schon 1933 einzelne Geistliche in Schutzhaft genommen und teilweise auch in Konzentrationslager geworfen worden waren, was dann zunächst unterbunden wurde, kam es Anfang 1935 zu umfangreichen

7 GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 66, Bl. 259ff.

8 ZStA Potsdam, Film 4526.

9 BA Koblenz, R 58/264, Bl. 126; ZStA Potsdam,

Film 14 929 u. 55 494.

10 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren,

Nr. 27 079/26, Bl. 13/14.

11 Ebenda, Film 14 366; BA Koblenz, R 22/1333, Bl. 13 u. 15; Bay HStA, MInn 73 691, unfol.; Brinckmann/Diercks, S. 75.

12 Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der

gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, hg. v. Joseph Walk, Heidelberg/Karlsruhe 1981, S. 67f.; ZStA Potsdam, Film 15 489, 14 366 u. 16 391.

Braunschweigische Politische Polizei

TS Nr. 1778 / 35-6-
Fernruf: Nr. 5440 - 5441 a.

Braunschweig, den 7. Oktober 1935.
Befehlsgl.
Hilfs Ministerium

Abchrift.

G e h a f t b e f e h l .

auf Anordnung des Leiters der Braunschweigischen Politischen Polizei sind Sie auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.33 (RGBl. I S. 83) in Verbindung mit der Verordnung des Braunschweigischen Staatsministeriums vom 6.3.33 (GuB. No. 22 S. 25) und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Braunschweigische Politische Polizei vom 24.4.34 (GuB. No. 56 S. 105) in Schutzhaft genommen.

G r ü n d e :

Sie haben sich bis zur Machtübernahme durch den Nationalsozialismus im kommunistischen Sinne betätigt. Es ist nachgewiesen, daß Sie die Bestrebungen Ihres Ehemannes, der Spitzenfunktionär der Roten Hilfe war, dadurch unterstützt haben, daß Sie die ihm unterstellten Funktionäre regelmäßig mit illegalen Nachrichten versorgten. Seit nahezu 2 Monaten halten Sie sich in Berliner illegalen Kreisen verborgen und setzen dort offensichtlich die Tätigkeit Ihres Ehemannes fort.

Inwieweit Sie sich nach den Hochverratsbestimmungen vergangen haben, wird durch ein gegen Sie eingeleitetes Ermittlungsverfahren geprüft.

Durch Ihr Verhalten haben Sie die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet.

gez. Jöckeln.

Für die Richtigkeit:

gez. Sander.

Kanzleiangeestellte.

an die Schutzhaftgefangene
Frau Martha Claus,

hier.

Reis- und Unterjuchungsgefängnis.

Verhaftungen evangelischer Pfarrer, zuerst in Hessen-Nassau, als dort das am 21. Februar von der Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche verfaßte Wort an die Gemeinde gegen die profaschistische Deutsche Glaubensbewegung von den Kanzeln verlesen wurde. Fünf Pfarrer schleppte man nach Dachau. In Preußen war das am 5. März von den Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union beschlossene »Wort an die Gemeinden« verlesen worden, das unter anderem die Nazirasseideologie angriff. Daraufhin sperrte man 715 Geistliche ein, die auf Anweisung Fricks vom 19. März wieder entlassen wurden, ausgenommen acht führende Bekenntnispfarrer, darunter Martin Niemöller. Eine ähnliche Kanzelabkündigung sollte in Sachsen vorgetragen werden, verbunden mit einer Fürbitte für die nach Dachau verschleppten fünf Würdenträger. Daraufhin wurden am 31. März drei Leipziger Pfarrer und zwischen Mitte April und Mitte Mai 18 weitere sächsische Geistliche sowie ein Studienrat verhaftet und 20 von ihnen nach Sachsenburg gebracht. Sie kamen erst auf Anweisung Fricks am 4. Juni frei. Neben umfangreichen Protesten dürften dabei außen- und rüstungspolitische Rücksichtnahmen eine Rolle gespielt haben, stand doch die am 18. Juni erfolgte Unterzeichnung des Flottenabkommens mit Großbritannien bevor. Frick hatte schon am 29. April angeordnet, daß künftig vor Inschutzhaftnahme von Geistlichen seine Zustimmung einzuholen sei. Am 15. Juni verlangte er Auskunft darüber, welche evangelischen Würdenträger noch inhaftiert wären. Anfang Mai wurde nach Straßende Jesuitenpater Joseph Spieker nach Esterwegen verschleppt.¹³

Hinsichtlich der Angehörigen der Internationalen Bibelforscher-Vereinigung hatte die Bayerische Politische Polizei am 27. November 1933 angewiesen, über sie »gegebenenfalls Schutzhaft zu verhängen«, insbesondere, wenn sie sich nicht an Wahlen beteiligten. Mit dem Erlaß vom 23. September 1935 trat folgende Richtlinie in Kraft: bei erster Betätigung als Bibelforscher bis zu sieben Tagen, bei führenden Leuten bis zu zwei Monaten Schutzhaft, bei erneuter Betätigung Überführung in ein Konzentrationslager. Am 21. März 1936 bestimmte der Politische Polizeikommandeur, wenn Kinder vorhanden seien, dürften nicht beide Elternteile gleichzeitig in Schutzhaft genommen werden. Im Sommer 1935 befanden sich allein in Sachsenburg etwa 400 Bibelforscher.¹⁴

Deutsche jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft wurden wiederholt wegen sogenannter Rassenschande

in Schutzhaft genommen und in Konzentrationslager geworfen. Ein Runderlaß des Gestapa vom 18. September 1935 besagte darüber: »Nachdem durch Gesetz vom 15.9.1935 der außereheliche Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes unter Strafe gestellt worden ist, ersuche ich nunmehr bei den vor Erlaß des Gesetzes liegenden Fällen von Rassenschande grundsätzlich von einer Inschutzhaftnahme der beteiligten Personen abzusehen. Nur in besonders schweren Fällen, bei denen das Verhalten der Beteiligten gleichzeitig Anlaß zu erheblicher Erregung der Öffentlichkeit und zu einer Gefährdung ihrer eigenen Person gegeben hat, kann Schutzhaft bis zum Wegfall der Gefährdung auch weiterhin angewandt werden.« Diese Bestimmung galt auch für Frauen.

Für jüdische Häftlinge untersagte Eicke Anfang 1935 mit Zustimmung Himmlers jede Entlassung aus Dachau, als Repressalie gegen Auslandsberichte über das Lager.¹⁵

Im Frühjahr 1933 waren vereinzelt Geschäftsinhaber und Betriebsführer inhaftiert worden. Das geschah zum Beispiel, wenn sie zahlungsunfähig waren, Löhne drückten oder höhere Preise verlangten. Daraufhin schlug die Denkschrift eines namentlich nicht genannten Verfassers vom 29. August unter anderem vor, Inschutzhaftnahmen von Unternehmern durch eine zentrale Stelle aufheben zu lassen. Sie sollten bei Inhabern und Leitern mittlerer oder größerer Betriebe nur nach Zustimmung durch das Reichswirtschaftsministerium zulässig sein.¹⁶ Dennoch kamen weitere Verhaftungen vor, beispielsweise eines Großschlächtereibesitzers in Bremen, von der der »Der Angriff« am 28. Oktober 1934 berichtete. Daraufhin verlangte der Reichsarbeitsminister am 27. November, daß in solchen Fällen die Politische Polizei mit den sogenannten Treuhändern der Arbeit in Verbindung trete. Heydrich bestätigte dies in seinem Runderlaß vom 29. Dezember mit den Worten, »ausschließlich soziale Verfehlungen« rechtfertigten die Schutzhaft nicht. Er behielt der Polizei bei »schwerer Störung des Arbeitsfriedens« jedoch vorläufige Schritte vor, über die die Treuhänder der Arbeit zu verständigen seien. Dennoch wurden, wie zwei Fälle im September 1935 zeigten, weiterhin Betriebsinhaber in Schutzhaft genommen.¹⁷

Bezüglich angeblicher Bettler wies das Reichsministerium des Inneren am 8. Oktober 1934 die Länder an, in den letzten Oktober- und den ersten Novembertagen wie im Vorjahr eine Verhaftungsaktion auszulösen.¹⁸ Währenddessen gab es Differenzen wegen der in Dachau sitzenden Arbeitshausinsassen. Laut Vollzugsvorschrift des bayerischen Innenministeriums vom 16. Oktober waren Männer ab 18 Jahren, welche die ihnen zugewiesene Arbeit ablehnten, keinen Unterhalt zahlten,

13 Kurt Meier, Der evangelische Kirchenkampf, Band 2: Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher »Rechtshilfe«, Halle 1976, S. 23f., 50, 158, 304, 350 u. 398; WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydyalny, Nr. 12 110, k. 37 u. 43, Nr. 12 039, k. 117/118

u. 137; Der Strafvollzug . . . , S. 17; Josef Spieker, Mein Kampf gegen Unrecht in Staat und Gesellschaft. Erinnerungen eines Kölner Jesuiten, Köln 1971, S. 41f.

14 BA Koblenz, Sammlung Schumacher, Nr. 267, T. 1; Der Strafvollzug . . . , S. 15.

15 Arndt, S. 97; Bay HStA, MA 106 301, B. 150.

16 Pätzold, S. 31ff.

17 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol.,

Nr. 1190, Bl. 202, ZStA Potsdam, Film 55 494.

18 Bay HStA, MInn 71 575, unfol.

notorische Trinker wären usw., mindestens für drei Monate und bis zu drei Jahren nach Dachau zu bringen. Der Tageskostensatz betrüge 1,20 RM pro Häftling. Gegen diesen Betrag protestierte am 5. Dezember die Inspektion der Konzentrationslager: Wenn schon Bayern nichts für die SS-Wachtruppe aufbringe, solle es zumindest den Etat und die Insassen des Arbeitshauses Rebendorf auf das Lager überschreiben.¹⁹ Offenbar im Zusammenhang mit den sich länger hinziehenden Finanzierungsfragen teilte am 13. November 1935 der Rebendorfer Direktor mit, ab Dezember würden monatlich 40 Arbeitshausinsassen aus Dachau abgeholt, bis alle wieder zurück seien. Das war Mitte Februar 1936 erreicht. Hingegen stieg die Zahl der Arbeitszwangshäftlinge in Dachau von 21 im November 1934 stetig auf 266 im Dezember 1935 an, worauf sie bis Juni 1936 leicht abfiel.²⁰

Zur »vorbeugende(n) Bekämpfung des Verbrechertums« verlangte am 19. Januar 1935 die bayerische Regierung, Polizeihaft nach der Verordnung vom 28. Februar 1933 zu verhängen, obwohl das nach der Wortlaut gar nicht möglich war. Wenn jemand dreimal wegen vorsätzlicher Verbrechen, hieß es in dem Münchner Beschluß, zu mindestens sechs Monaten Haft verurteilt gewesen wäre, könne Vorbeugungshaft ausgesprochen werden. Die bayerische Regierung beschränkte ihre Maßnahme zunächst auf 62 Personen aus neun größeren Städten. »Soweit geboten, ist ihre Überführung in das Konzentrationslager Dachau herbeizuführen.« Die dortige Statistik vermerkte für März 1935 eine Zahl von 20 und ein Jahr später von 38 Vorbeugehäftlingen. In Esterwegen kam im Frühjahr 1935 eine so große Zahl krimineller Gefangener an, daß sich schlagartig die Zusammensetzung der Häftlinge und die Situation im Lager veränderten.²¹

Arbeitszwangsgefangene und Kriminelle in Konzentrationslager zu bringen, bedeutete nicht zuletzt, die politischen Gegner des Regimes zu diskriminieren. Am 19. Mai 1935 erging die Anweisung, KZ-Häftlinge erkenntungsdienstlich zu behandeln, was schon zwei Jahre früher zumindest im KZ Oranienburg praktiziert worden war. Am 25. Mai 1936 folgte die Anordnung, Schriftproben der Gefangenen festzuhalten.²² (Vgl. Tabelle 22)

Am 8. August 1934 gab es in Preußen nach Freikommen der im Zusammenhang mit dem 30. Juni Inhaftierten noch 1243 Schutzhäftlinge, davon 143, die über ein Jahr eingesperrt waren, darunter 115 Kommunisten. Von den preußischen Gefangenen sollten 720 entlassen werden. In Bayern betrug die Zahl der Schutzhäftlinge im September 1613.²³ Am 5. Oktober wies Frick die

Tabelle 22

Schutzhäftlinge in einigen deutschen Ländern, 1. August 1934

Land	Anzahl	Land	Anzahl
Bayern	2156	Sachsen	544
Preußen	2267	Württemberg	118

Quelle: BayHStA, MA 106299, Bl. 23.

bayerische Staatskanzlei darauf hin, daß das Land weit über den preußischen Schutzhaftzahlen liege, was auf eine sehr viel schärfere Handhabung schließen lasse. Er verlangte deswegen eine Überprüfung. Himmler antwortete am 15. November, es befänden sich nunmehr noch 1396 Personen in Bayern in Schutzhaft, davon 1269 Kommunisten und 75 Sozialdemokraten. Von weiteren Entlassungen solle wegen der »jetzt immer mehr zunehmende(n) Aktivität der KPD« abgesehen werden. Auch sei zu bemerken, daß in Preußen zur Zeit die »Zahl der Schutzhäftlinge um ein Mehrfaches vermehrt wird, da auch hier erkannt worden ist, daß die immer mehr aufkommende kommunistische Gefahr nur durch allerschärfste Gegenmaßnahmen einzudämmen ist«. Auf einen erneuten Vorstoß Fricks vom 30. Januar 1935 entschied Hitler hingegen, daß die Gefangenen blieben.²⁴

Im übrigen stimmte die von Himmler angeführte Gesamtzahl nicht. Sie lag in Wirklichkeit um einiges darüber.

Tabelle 23

Bayerische Schutzhäftlinge, November 1934 bis Mai 1936

Zeitpunkt	Anzahl	davon in Justizhaftanstalten
November 1934	1606	375
Juni 1935	1059	278
Oktober 1936	1531	350
Mai 1936	1523	271

Quelle: BayHStA, MA 106299.

Für November 1934 teilte das Auswärtige Amt den deutschen diplomatischen Missionen mit, 3200 Personen befänden sich in Schutzhaft, davon zwei Drittel in Lagern – eine Angabe, die unter der Zahl der tatsächlich in KZ-Haft Befindlichen lag. Eine Aufstellung der Polizei gab im Mai 1935 für Preußen 2117, für den folgenden Monat 1770 Schutzhäftlinge an, davon 693 in Justizanstalten. Ein anderer Überblick nannte im Juli

19 ITS, Arolsen, Hist. Abt., Allg., Nr. 9, Bl. 1–10.

20 Bay HStA, MInn 73 635, unfol., MA 106 299.

21 BA Koblenz, Sammlung Schumacher, Nr. 399, Bay HStA, MA 106 299.

22 ZStA Potsdam, Film 14 929.

23 Ebenda; ZPA, St 47/9, Bd. 21 GStA Berlin, Rep. 90P,

110–113. – Die vorgesehenen Entlassungen erfolgten im Laufe des August 1934, worauf Göring Ende des Monats bei Hitler die

preußischen Schutzhäftlinge mit 401 bezifferte (Akten der Reichskanzlei, S. 1391, Anm. 10).

24 Bay HStA, MA 106 299, Bl. 23R, 9ff.; ZStA Potsdam, Film 14 929.

1935 für alle Länder etwa 4700 Schutzhaftgefangene und fügte hinzu, monatlich kämen durchschnittlich 500, manchmal sogar 1000 hinzu.²⁵

Tabelle 24

Häftlinge in Dachau, Juli 1934 bis Juni 1936

Zeitpunkt	Neuzugänge (jeweilige Zeit- spanne)	Anzahl	davon		
			Vorbeu- gungs- häftlinge	Arbeits- zwangs- häftlinge	Arbeits- haus- insassen
Juli 1934	—	2025	—	—	297
Dezember 1934	616	1714	—	55	322
Juli 1935	1032	1656 ⁺	26	203	228
Dezember 1935	1079	1754 ⁺	33	266	43
Juni 1936	831	1699 ⁺	45	236	—

⁺ Einschließlich Schutzhäftlingen aus Hessen ab Februar 1935.

Quelle: BayHStA, MA 106299; Raab, S. 90.

Esterwegen umfaßte am 8. August 1934 596 Insassen, denen 210 SS-Leuten gegenüberstanden, ein Verhältnis von drei zu eins. In Dachau belief es sich im November mit 1690 zu 873 auf zwei zu eins, aber anders in Sachsenburg im Januar 1935 mit 374 zu 335.²⁶ Im Berliner Columbia-Haus befanden sich im April 1935 etwa 150 politische Häftlinge, in Bad Sulza im folgenden Monat 69.²⁷ Im Juni 1935 lagen in Esterwegen 322 Häftlinge. In Hamburg-Fuhlsbüttel ging die Gefangenenzahl von 279 im Juni 1934 über 472 im Dezember dieses Jahres und 723 im Oktober 1935 wieder auf 202 im Juni 1936 zurück. Im August 1934 gab es in der Lichtenburg 369, im Juni des folgenden Jahres 706 Häftlinge, im August 1934 in Moringen 27, im Juni 1935 — etwa gleichbleibend bis Mai 1936 — 49 eingekerkerte Frauen.²⁸ (Vgl. Tabelle 25)

Die Gefangenen im KZ Lichtenburg untergliederten sich Ende 1934 in:

1. Kompanie: Politische (im Schloß, Kompanieführer SS-Hauptscharführer Pötsch)
2. Kompanie: Homosexuelle (im Zellentrakt)

25 ZStA Potsdam, Film 16 084; ZPA, PSt 3/271, PSt 3/362.
26 *Deutsche Volkszeitung* v. 5. 10. 1934; Bay HStA, MA 106 299 u. MF 67 403; ITS, Arolsen, Hist. Abt., Sachsenburg, Nr. 2, Bl. 91; *Statistisches Jahrbuch der SS*, 1937, S. 35.
27 *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* v. 23. 5. 1935; ZPA, St 3/977.
28 ZPA, PSt 3/271; *Timpke*, S. 25; *Arbeit und Vernichtung*. Das Konzentrationslager

Neuengamme 1938—1945. Katalog zur ständigen Ausstellung im Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Außenstelle des Museums für Hamburgische Geschichte, hg. von Ulrich Bauche/Heinz Brüdigam/Ludwig Eiber/Wolfgang Wiedey, Hamburg 1986, S. 41; GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 111; ZPA, EA 1782, PSt 3/271, St 47/9, Bd. 2; *Arndt*, I., S. 98.

Tabelle 25

Häftlinge im KZ Sachsenburg, Juli 1934 bis Juni 1936

Zeitpunkt	Neuzugänge (jeweilige Zeitspanne)	Anzahl	Zeitpunkt	Anzahl
Juli 1934	—	285 ⁺	Juli 1935	528
Oktober 1934	263	195	Oktober 1935	1305 ⁺⁺
Januar 1935	374	384	Januar 1936	787
April 1935	ca. 385	388 ⁺⁺⁺	Juni 1936	463

⁺ Davon 31 im Außenlager Colditz.
⁺⁺ Darunter am 23. 9. 1935 eine Masseneinlieferung von über 300, offensichtlich aus der von Himmler befohlenen Geisellaktion im Erzgebirge.
⁺⁺⁺ Darunter nach einer Mitteilung an die KPD-Führung 50 Prozent Kommunisten, vier Prozent Sozialdemokraten, 10 bis 15 Prozent Bibelforscher, einige Juden und zehn Prozent Angehörige der SA und SS und des Stahlhelms.

Quelle: ITS, Arolsen, Hist. Abt., Sachsenburg, Nr. 2; StA Weimar, Buchenwald, vorl. Nr. 11 und 13; ZPA, I 2/3/45.

3. Kompanie: Kriminelle (gleichfalls im Zellenbau, Kompanieführer SS-Scharführer Schäfer)
4. Kompanie: Rassistisch und religiös Verfolgte (im Schloß).

Einem Bericht aus Dachau zufolge teilte die SS Mitte 1935 die Häftlinge wie folgt ein:

1. Kompanie:
 1. und 2. Korporalschaft: Juden,
 3. Korporalschaft: Kriminelle,
 4. Korporalschaft: Emigranten,
 5. Korporalschaft: Homosexuelle,
2. Kompanie: Arbeitszwangsgefangene,
- 3., 4. und 5. Kompanie: politische Häftlinge,
6. Kompanie:
 1. Korporalschaft: »Ehrenschaftshäftlinge«, das heißt Nazis,
 2. bis 5. Korporalschaft: politische Häftlinge,
7. Kompanie: politische Häftlinge,
8. Kompanie:
 1. bis 3. Korporalschaft: Arbeitshausinsassen,
9. Kompanie:
 - nur 5. Korporalschaft: sogenannte Rassenschänder,
10. Kompanie:
 - nur 5. Korporalschaft: Kranke.²⁹

»Den größten Stamm der Insassen der Konzentrationslager«, so hob der »Völkische Beobachter« am 22. Januar 1936 hervor, »bilden diejenigen kommunistischen und sonstigen marxistischen Funktionäre, die nach den gemachten Erfahrungen in Freiheit sofort ihren Kampf gegen den Staat wieder aufnehmen würden.«

29 ZPA, EA 1782; Arch. Dachau, Nr. 15 768.

Häftlingsleben

Einlieferungs- torturen

Auf Neuzugänge stürzten sich KZ-Bewacher mit besonderer Vorliebe, um ihnen gleich am ersten Tag zu zeigen, was es hieß, in einem Konzentrationslager zu sein. In Esterwegen beispielsweise titulierte der Kommandant sie »Kommunistenschweine«, die nicht mehr lebend herauskämen. Ein Gefangener berichtete von dem »Empfang«: »Dauerlauf, Hinwerfen, Aufspringen, Hinwerfen, Aufspringen, Hinwerfen, Körper nach rechts rollen, nach links rollen. Geht es dem Posten zu langsam, dann helfen Gewehrkolbenstöße und Fußtritte nach. An den Geschundenen ist kein trockener Faden mehr, kein unbeschmutzter Fleck, viele erbrechen sich, die Päckchen mit geringen Habseligkeiten sind über das Feld zerstreut. Wer Glück hat, findet sie unversehrt wieder. In den meisten Fällen ist ihr Inhalt im Sande verstreut, weil der Posten Fußball damit gespielt hat. Dann geht es in die Kleiderkammer, in die Baracken zum Platzanweisen.«

Diesen »Sport« mußte auch der katholische Pater Joseph Spieker ausführen. Ein Mitbetroffener schilderte, was danach kam: »Es regnete, und als wir die Kammer erreichten, konnte ich die drei Mitgefangenen nicht mehr erkennen, nicht einmal die Farbe ihrer Kleidung konnte ich feststellen.« Doch damit war die Schinderei nicht beendet. »Die SS belustigte sich damit, dem Priester und den beiden Juden die Haare mit dem Taschenmesser büschelweise abzuschneiden, wobei es nicht darauf ankam, wenn auch ein Fetzen Haut hängen blieb. Mir selbst schnitt man mit einer gewissen Schonung meiner Kopfhaut ein Hakenkreuz in die Haare und glaubte mir mitteilen zu müssen, daß dies meine Hakenkreuztaufe sei.«

Eine besondere Tortur war in Sachsenburg der sogenannte Sachsengruß: regloses Aufstellen mit dem Gesicht zur Wand und hinter dem Kopf verschränkten Armen auf längere Zeit. Viele wurden dabei mit Knüppeln und Gewehrkolben geschlagen und brachen zusammen. Ein Eingelieferter erinnerte sich: »Eine Horde SS stürzte sich mit Gebrüll und Schimpfworten wie »Los, ihr Kommunistenschweine, an die Wand! auf uns und schlug auf uns ein. Das Gebrüll der SS: »Pfoten hoch! Fuß- und Nasenspitzen an die Wand!« mischte sich mit dem Geschrei und Lärm anderer Befehle, wobei oft manchem mit einem Gewehrkolben in den Rücken gestoßen wurde, weil ihm die Arme heruntersanken.

Nach etwa 3 Stunden wurden wir der Reihe nach zur Aufnahme gestoßen, wo die unter Alkoholeinfluß stehenden SS-Bestien die Personalien aufnahmen ... Eine kaum übersehbare Reihe in Hockstellung gezwungener Neueingelieferter in Zivilkleidung bemühte und quälte sich, in dieser Hockstellung auszuhalten, da sie sonst mit Fußtritten bedacht wurden. Einige SS-Banden schnitten den so Hockenden die Haare mit dem Messer, während am Ende der Schlange die Häftlinge gezwungen wurden, den Neueingelieferten den Kopf kahl zu scheeren. Jedem Dritten oder Vierten wurde der Kopf am Wassertrog mit Wurzelbürste und Schmierseife so geschrubbt, bis er blutig wurde ... Zur Einteilung in Korporalschaften wurden wir in die Turnhalle getrieben, worin wir im Reitsitz auf Bänken eng zusammengepfercht wurden.« Hinzu kam, daß man den neuen Häftlingen verweigerte, austreten zu dürfen, und sie stattdessen »Sport« machen mußten. In der Lichtenburg »begrüßte« der Kommandant Entsberger im Sommer 1934 neue Häftlinge mit den drohenden Worten: »Ihr befindet euch hier in einem nationalsozialistischen Konzentrationslager. Was das für euch heißt, könnt ihr euch vielleicht denken. Wir lassen uns für unseren Führer Adolf Hitler in Stücke reißen. Bei uns spielen Menschenleben keine Rolle. Wir haben eine eigene Sargtischlerei.« Demgemäß sprangen die SS-Büttel mit ihren neuen Opfern um. Daran änderte sich nach dem Kommandantenwechsel kaum etwas, wie es sich Konstantin Severin dort 1935 einprägte: »Mit Rufen: »Raus ihr Mistvögel, hinein in eure Käfige« wurden wir durch das Tor in den Vorhof getrieben, wo viele Kameraden durch die Tritte der SS-Horden zu Fall kamen ... Im Laufschrift umkreisten wir unter Schlägen den Neptunbrunnen im Vorhof, vor dem Emblem August des Starken beim Aufgang nach der berühmten Wendeltreppe, die so mancher Häftling verflucht hat und mancher bis zum Tode hochgetrieben wurde. Das Kommando kam: »Elite an die Wand, Zehenspitzen ran, Hände zum Sachsengruß.« Die SS-Horde knatterte mit den Gewehr-schlössern. Haben diese Schurken erwartet, daß einer um Gnade winselt, weil wir erschossen werden? Keiner von uns zuckte, weil wir genau wußten, dieses Theater ist nur zum Schrecken-Einjagen. Nach stundenlangem Stehen in der Novemberkälte 1935 wurden wir immer wieder von den SS-Horden belästigt, und wehe dem, der eine Künstlermähne besaß, dem ging es schlecht. An den langen Haaren gefaßt, schlug man den Kameraden mit dem Kopf gegen die Wand, bis er zusam-

menbrach. Mit großem Hunger bei der Kälte trieb man uns dann in einen langen Korridor, wo wir uns vollkommen nackt ausziehen mußten und uns wieder mit dem Gesicht zu der nassen Wand, mit den Zehen an die Wand und Hände hoch hinstellen mußten. Viele Kameraden, die dauernd mit dem Kopf gegen die Wand gestoßen wurden, waren den Strapazen nicht gewachsen, sie lagen nackt und ohnmächtig am Boden. Mit kaltem Wasser begossen die Bestien diese Hilflosen. Drei Barbieri waren mit einer Handhaar(schneide)maschine zur Stelle. Jeder, der fertig geschoren war, mußte sich provisorisch anziehen und in den mit Scheinwerfern versehenen Raum eintreten. Hier bekam jeder noch seine Rippenstöße und Tritte ins Gesäß, bevor er fotografiert wurde. Unrasiert, den Kopf kahlgeschoren, bleich und verhärtet kam unsere Visage in die Lupe, und somit haben sie in ihren Akten aus manchem ehrlichen Gesicht ein Verbrechergesicht gemacht. Das war faschistische Taktik, um sagen zu können: »Seht euch diese Verbrechergesichter an, das sind die Befreier der Menschheit.« Beim Ausgang mußten wir uns wieder entkleiden und wurden zum Baden gejagt – nackt in der Kälte. Der Baderaum war ungeheizt, wo man doch glaubte, hier müßte warmes Wasser sein. Es erschien außer den Posten, die uns reingejagt hatten, Oberscharführer Schäfer, der einen Schlauch in der Hand hatte, mit dem Kommandoruf: »Die dreckigen Mistvögel nach vorne.« Ängstlich frierend schob man sich zusammen, um sich gegenseitig zu wärmen. »Auseinandergehen, oder seid ihr alle aus Darmstadt?« Mit einem Druck von einigen Atü spritzte der Unhold das kalte Wasser in uns rein, wodurch die vorderen Kameraden auf das Zementpflaster fielen, da sie dem Druck nicht standhalten konnten. Mit einem Caracho mußten wir unsere Sachen aufnehmen, und nackt ging es die Wendeltreppe rauf, wobei einer über den anderen gefallen ist. Zwei Kameraden blieben im Baderaum liegen. Nach dem atemlosen Lauf zur Bekleidungskammer hoch oben in der Lichtenburg nahm man uns die Sachen ab und gab uns alte blaue Schupouniformen mit roten breiten Streifen an den Hosen ... Es war der reinste Maskenball, bunt wie die Papageien.«¹

Ähnliches geschah auch in Lagern, die nicht der SS unterstanden. So schilderte Alfred Haag, wie im Sommer 1934 auf dem Kuhberg ein SA-Mann einen Mitgelieferten vier- oder fünfmal mit dem Kopf an die Wand schlug, daß ihm die Haut aufplatzte. Haag selbst wurde nach seiner zweiten Inhaftierung auf dem Kuhberg sofort für zwei bis drei Wochen in die Isolierzelle, einem Holzkäfig, und danach in den Bunker gesteckt, einen ehemaligen Artilleriebeobachtungsstand, auf dessen

Bohlen die SA-Leute mit Motorrädern fuhren und den Eingesperrten mit Dreck bespritzten.²

In Dachau kamen sogenannte Rückfällige in die 1. Kompanie, die 190 bis 200 Mann umfaßte. Ihre Baracke war von den übrigen durch eine eigene Umzäunung isoliert. In der Lichtenburg und in Sachsenburg steckte man sie in die Strafkompagnie, im letztgenannten Lager gesondert auf dem Dachboden untergebracht und auch getrennt von den übrigen zur Arbeit eingesetzt. In Esterwegen mußten Neuzugänge zunächst meist in die Strafkompagnie.³

Markierungen

Die Kennzeichen auf den Häftlingskleidung sahen unterschiedlich aus, wobei sich zwischen den Lagern eine gewisse Einheitlichkeit abzeichnete.

Es mußten tragen:

im *Columbia-Haus* politische Gefangene am Jackenärmel und Hosenbein violette, rote (nach Justizhaft) oder grüne Streifen (nach bzw. vor Transport aus oder zu einem anderen Lager); Homosexuelle gelbe Streifen; in *Dachau* auf Armen, Beinen und Rücken politische Schutzhäftlinge rote, auf dem Rücken senkrechte Streifen;

sogenannte Rückfällige auf dem Rücken Querstreifen; ehemalige Emigranten blaue, auf dem Rücken senkrechte Streifen;

politische jüdische Gefangene rote Streifen mit gelben Punkten;

ehemalige jüdische Emigranten rote Streifen mit blauen Punkten;

Homosexuelle rote Streifen mit schwarzen Punkten;

Arbeitszwangshäftlinge blaue, auf dem Rücken Querstreifen;

Vorbeugungsgefangene grüne Streifen,

in *Esterwegen* Schutzhäftlinge feldgraue Kleidung mit roten Streifen an Armen und Beinen;

Zugänge zusätzlich rote Punkte auf Brust und Rücken;

Rückfällige gelbe Mützen;

ehemalige Emigranten weiße Streifen;

Bibelforscher schwarze Punkte;

jüdische Gefangene gelbe Punkte auf Brust und Rücken; kriminelle Vorbeugungshäftlinge blaue Kleidung mit grünen Armstreifen, auf dem Rücken die gelben Buchstaben BV (befristete Vorbeugungshaft),

in der *Lichtenburg* Politische zunächst gelbe Streifen an den Hosenbeinen, ab April 1936 rote Binden an den Hosen und Längsstreifen auf dem Rücken;

Juden gelbe;

Bibelforscher blaue;

1 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Esterwegen, Nr. 15, Bl. 76f.; *Deutschland-Bericht* ... v. August 1936, S. A 54; *Max Emendörfer*, Rückkehr an die Front. Erlebnisse eines deut-

schen Antifaschisten, Berlin 1972, S. 93f.; *Der Strafvollzug* ..., S. 17; *Das Lied* ..., S. 20 u. 37f.; ZPA, EA 1782, Arch. Lichtenburg, Nr. 268.

2 *Wenke*, S. 49 u. 51; *Haag*, S. 76f.

3 *Deutschland-Bericht* ... v.

Mai 1937, S. A 94 u. A 110;

Arbeiter-Illustrierte-Zeitung v. 17. 6. 1936; *Das Lied* ..., S. 20; *Arnold Schulz*, *Schutzhäftling* 409, Essen 1947, S. 17.

Kriminelle schwarze Farbmarkierungen;
sogenannte Rasseschänder rote Binden mit dem Buchstaben A;
Homosexuelle gelbe Binden mit einem A;
Häftlingsfunktionäre zusätzlich einen schwarzen Winkel auf weißem Grund,
in *Sachsenburg* Schutzhaftgefangene an der Jacke ein rotes Dreieck;
Juden einen gelben Davidstern;
Homosexuelle violette;
Vorbeugungshäftlinge grüne Streifen.

Dazu markierte zumindest in Esterwegen die Gefangenen eine Nummer an der linken Jackenseite.⁴ Auch dies bezeugte, daß ihre Unterdrücker sie als namenlose Stücke einer Masse ansahen, mit der man willkürlich umsprang.

In Moringen gab es im Herbst 1934 für die rund 30 weiblichen politischen Häftlinge im Alter zwischen 20 und 73 Jahren einen Aufenthaltssaal und zwei Schlafsäle, weiter einen Judensaal und einen Raum mit Bibelforscherinnen, als die Frauen aus Bayern eintrafen einen gleichnamigen Saal. Dazu kamen Einzelzellen.⁵

Lebens- und Arbeitsbedingungen

Das Essen war, wie Häftlinge übereinstimmend angaben, schlechter geworden. Im Columbia-Haus bekamen sie mittags meistens Möhren, Kraut oder Reis in einer dünnen Suppe ohne Fett, Fleisch nur sonntags, in Dachau alle drei Tage 1500 Gramm Brot, mittags an drei Tagen Kraut und Kartoffeln, ein kleines Stück Fleisch nur an den Sonntagen, abends Kräutertee, Käse oder ein kurzes Ende Wurst. In Esterwegen erhielten die Gefangenen täglich 500 Gramm dunkles Brot, morgens abwechselnd Ersatzkaffee oder dünne Mehlsuppe, mittags meist fettlos gekochte Hülsenfrüchte, in Hamburg-Fuhlsbüttel morgens 3/4 Liter Kaffee-Ersatz mit 200 Gramm trockenem Brot, mittags zirka einen Liter Suppe, Reisbrei oder Kartoffeln, sämtlich fettlos, abends nochmals Ersatzkaffee oder -tee mit 200 Gramm Brot, wöchentlich 100 Gramm Margarine, 75 bis 100 Gramm Wurst oder Käse oder 125 Gramm Honig. In der Lichtenburg wurden ihnen täglich zugeteilt 350 Gramm Brot, 1,5 Liter Suppe, Kohl mit Kartoffeln oder Bohnen, fast ohne Fleisch, Reis mit Zucker und Zimt, freitags Fisch, abends 3/4 Liter Suppe, sonntags Salzhering, in Moringen morgens Kaffee-Ersatz mit einem Kanten Brot für den ganzen Tag und abwechselnd eine winzige Portion Margarine oder

einen Löffel Marmelade, zu Mittag an Wochentagen Hülsenfrüchte- oder Graupeneintopf, Fleisch nur an Sonntagen, abends dreimal in der Woche Sülze oder Wurst, einmal Hering mit Kartoffeln. In Sachsenburg erhielten die Häftlinge morgens vier Scheiben Brot mit einem Löffel Marmelade oder zweimal pro Woche 12 Gramm Margarine, mittags 3/4 bis 1 Liter Eintopf, abends dieselbe Menge Brot wie früh, dazu entweder einen Hering, Käse, Sülze, Wurst oder eine Schüssel dünne Suppe. Die Verpflegungskosten betrugen nach Häftlingsberechnungen täglich 22 bis 27 Pfennige.⁶

Tabelle 26
Speiseplan im KZ Moringen im September 1934⁺

Tag	mittags	abends
1.	Rüben mit Schweinefleisch	Grießsuppe
2.	Gulasch	Leberwurst mit Kakao
3.	Bohnen mit Speck	Haferflocken
4.	Wirsing mit Hammelfleisch	Grünkernsuppe
5.	Erbsen mit Speck	Mettwurst und Tee
6.	Graupen mit Rindfleisch	Erbssuppe
7.	Linsen	Käse und Kaffee
8.	Milchreis	Hering und Kartoffeln
9.	Fisch	Sülze und Kakao
10.	Kartoffelsuppe und Hering	Nudeln
11.	Bohnen mit Speck	Rumfordsuppe
12.	Rüben mit Schweinefleisch	Mettwurst
13.	Erbsen mit Speck	Gerstengrütze
14.	Reis mit Rindfleisch	Rotwurst und Kaffee
15.	Linsen	Hering

⁺ Gekocht im Werkhaus.
Quelle: GStA Berlin, Rep. 90 P. Nr. 65, Bl. 96.

Bei der schweren Arbeit war das ohnehin geschmacklose Essen zu wenig und zu kalorienarm. Die Gefangenen litten jedoch nicht nur Hunger. Durch die verwendeten minderwertigen Nahrungsmittel und die schlechte Zubereitung wurden viele darm- und magenkrank, bei anderen traten Furunkulose und Ausschlag auf. Die Ernährungsverhältnisse wie die sanitären und hygienischen Zustände charakterisierte, daß im Juli 1935 in Esterwegen Typhus grassierte, weswegen das Lager für einige Zeit gesperrt werden mußte.⁷ Die Lagerärzte und -sanitäter und das Krankenrevier kümmernten sich kaum um die Verletzungen durch Arbeitshetze, um die Mißhandlungen und um sonstige Krankheiten. Über den Dachauer Lagerarzt, SS-Sturmführer Alois Obermeier, hieß es in einem Häftlingsbericht: »Der Lagerarzt teilte an Kranke Ohrfeigen und Fußtritte aus. Ein Sanitäter, Student der Medizin, der dem Lagerarzt

4 *Deutschland-Bericht* ... v. Dezember 1936, S. A 72, A 77, A 80 u. A 100, v. Mai 1937, S. A 96f.; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Esterwegen, Nr. 15, Bl. 25ff. u. 76ff.; ZPA, EA 1782, Arch. Lichtenburg, Nr. 289; *Deutsche Volkszeitung* v. 31. 1. 1937; *Das Lied* ... S. 20; *Schulz*, S. 18.
5 GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 65, Bl. 96; *Distel*, Schatten, S. 30.

6 *Deutschland-Bericht* ... v. Dezember 1936, S. A 73 u. A 77, A 83 v. Mai 1937, S. A 101 u. A 113. *Der Strafvollzug* ... S. 36; GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 65, Bl. 96; *Volks-Illustrierte* v. 6. 1. 1937.
7 *Der Strafvollzug* ... S. 36; *Bringmann/Diercks*, S. 76.

Assistenz leistete, schlug die Gefangenen gleichfalls und zwar im Beisein des Lagerarztes. Ein kranker Gefangener mußte in der Baracke 9/1 buchstäblich verhungern, weil er vom Arzt als Simulant bezeichnet worden ist. Als er dann starb, schaffte man ihn ins Revier, wo sein Tod nicht mehr geleugnet werden konnte. Ein junger Mann aus Hammelburg, genannt die »Spitzmaus«, mußte trotz seiner inneren Leiden arbeiten. Er wurde erst dann als krank anerkannt, als er schon nicht mehr bei Sinnen war. Am zweiten Tage nach der Einlieferung ins Revier starb er.«⁸

Skrupellosigkeit und Zynismus von SS-Medizinern bezeugten Befunde des Esterwegener Lagerarztes, SS-Untersturmführer Melchior Berning. Am 27. August 1934 stellte er bei Theodor Neubauer fest: »Kann die Lagerarbeit versehen. Nur bei schwerer Arbeit (z. B. Karrenschieben) kommt er nicht recht mit. Es tritt ein Luftmangel ein, Reiben und Stechen am Herzen, wird anschließend schwindelig. Will früher angeblich öfter umgefallen sein, war jedoch niemals bewußtlos. Nach kurzer Zeit ist der »Anfall« vorbei. Hernach Erschöpfungszustand (seitdem der neue Arzt im Lager ist, konnte ein derartiger »Anfall« noch nicht beobachtet werden).« Vom selben Tag datierte eine »Untersuchung« Carl von Ossietzky: Der Gefangene fühle sich wohl und habe bei der Lagerarbeit keine Beschwerden geäußert. Wie solche »Feststellungen« zustande kamen, bekundete ein Mithäftling: »Eines Tages sagte ein noch sehr junger Arzt zu Carl von Ossietzky: . . . »Du Feigling, warum gehst du nicht ins Moor?« Darauf Carl von Ossietzky: »Ich war im Moor, Herr Lagerarzt, aber man brachte mich wieder zurück, weil ich diese schwere Arbeit nicht 9 1/2 Stunden durchhalten kann und Fieber bekomme.« Da mischte sich der Lagerführer ein und schrie: »Du bist ein faules Schwein«, zog seine Pistole und hielt sie ihm unter die Nase. Dann schrie er noch: »Wir rechnen noch ab, wir zwei.« Am 24. Juli 1935 vermerkte ein amtsärztliches Gutachten, Ossietzky klage seit vergangenem Herbst über Schwindelanfälle, Angstzustände und allgemeine Schwäche. Es handele sich um zeitweise auftretende Herzbeklemmung. Er sei haftfähig. Und noch am 24. März 1936 fand der Kreisarzt kaum Bedrohliches, obwohl Ossietzky wiederum allgemeine Schwäche, Gliederschmerzen, Husten bis zum Erbrechen, Angstgefühle, Appetitlosigkeit und schlechten Stuhlgang angab. Zwei Monate später teilte die Gestapo mit, der Häftling käme am 28. Mai – weiterhin in Schutzhaft – in das Berliner Staatskrankenhaus, weil er an einer leichten Mandelentzündung leide. Intern freilich war seit Anfang April von einem drohenden »plötzlichen Ableben« die Rede. Das Polizeikrankenhaus stellte dann auch schwere offene Lungentuberkulose bei Ossietzky fest. Als nicht haftfähig wurde er am 7. November 1936 »probeweise aus der Schutzhaft

Schutzhaftling Kaus Litten Konzentrationslager Lichtenburg b. Prenzlow 15
Geprüft R. L. L. 26. 11. 34.
Station T Saal 3

Liebe Mutter!

Vielen Dank für deinen Brief vom 11. 11. Du scheinst sehr hoffnungsvoll zu sein weil du vom jehüdischen Stadtpolizeiamt den Bescheid erhalten hast, daß meine Schutzhaft nur noch aus Gründen meiner persönlichen Sicherheit aufrechterhalten wird. Ich teile aber keinen Optimismus mit. Dafs gegen mich nichts besonderes vorliegt, wußten wir schon aus der amtlichen Auskunft vom Januar oder Februar ds. Jrs. insofern hat sich also nichts geändert. Ich rechne jetzt für die nächsten Jahre nicht mehr

entlassen.« Doch blieb er im Berliner Nordend-Krankenhaus weiterhin unter Gestapo-Bewachung.⁹

In gleicher unmenschlicher Art nahm in der Lichtenburg der SS-Sturmbannführer und Lagerführer Heinrich Remmert dem parteilosen Rechtsanwalt Litten den Gehstock weg. In Moringen konnte das Krankenzimmer nur jeweils drei bis vier Frauen fassen. Als im Frühjahr 1935 fast alle Lagerinsassen an Grippe erkrankten, mußten sie auf den Strohsäcken in ihren kalten Unterkünften liegen. Sogar eine Frau, deren Temperatur tagelang auf 39 bis 40 Grad stieg, blieb ohne ärztliche Hilfe. In einem anderen Fall diagnostizierte der Arzt eine Schwangerschaft im vierten Monat. Doch acht Tage danach kam es zu einer Frühgeburt. Das Kind starb, die Mutter erkrankte an Kindbettfieber. Dennoch wurde sie stundenlang von Gestapo-Beamten vernommen. In Sachsenburg war fast jeder dritte Häftling magenkrank oder litt am Rheumatismus. Im Krankenrevier lagen ständig Verletzte oder Fiebernde. Von ihrem Zustand durften ihre Angehörigen nichts erfahren. Über den dortigen Lagerarzt, SS-Untersturmführer Fritz Geb-

8 Ebenda, S. 44.

9 ZPA, St 47/9, Bd. 1, St 3/171; Sieling/Suhr, T. II, S. 25f.; Frei, S. 260ff. u. 285ff.

hardt, urteilte ein Häftling, den er zwei Stunden brennungslos im Schnee liegen ließ: »Nicht einen Finger hat dieser Lagerarzt für uns Gefangene krumm gemacht!« Über die Verhältnisse im Sachsenburger Revier ergänzte Hugo Gräf: »Dr. G. ist Sturmführer und der Typus eines unfähigen, verlotterten Arztes. Er hat eine ganze Anzahl Häftlinge ohne jede Behandlung sterben lassen. In der Revierkrankstube für die Gefangenen gibt es keinerlei Medikamente und Verbandstoffe. Die Häftlinge, die sich bei der Arbeit Verletzungen zugezogen haben, müssen sich mit Leinwandfetzen von alten Hemden oder mit herausgerissenem Westenfutter begnügen. Das Gesundmachen der erkrankten Häftlinge geschieht gewöhnlich durch den Leiter der Abteilung III, früher Hauptscharführer Weigel, jetzt Obersturmabteilungsleiter Rödl. Diese Herren gehen von Zeit zu Zeit durch die Revierstube und kommandieren die Kranken wahllos zur Arbeit. Widerspruch wird mit Arrest bestraft.«¹⁰

In den kaum veränderten Unterkünften gab es nach wie vor viele Schikanen, vor allem beim täglichen Herrichten der Schlafstätten, das mehrmals vorgenommen werden mußte, weil die Schergen die Decken und Strohsäcke auseinanderrißen oder beim kurzen sonntäglichen Duschen in Sachsenburg, wo Posten die Häftlinge naß ins Freie trieben. Im Columbia-Haus wurden wie auch in anderen Konzentrationslagern Häftlinge, die angeblich keine ordentliche Meldung machten, hin- und hergejagt, bis sie zusammenbrachen. Oder sie mußten stundenlang regungslos mit dem Gesicht zur Wand warten, um rasiert zu werden. In Esterwegen zwang man Geistliche, Predigten zu halten und einen Leitungsmast wie eine Frau zu umarmen. Pater Spieker mußte dort Sand karren, wobei ihm Körner in die Augen geworfen wurden. Als er deswegen nicht weiterfahren konnte, erhielt er ein Kreuzifix umgehängt und mußte rufen: »Christus schiebe du selbst den Karren.« Spieker und der evangelische Geistliche Stuker wurden auch dazu eingeteilt, die Abortkübel auszu-leeren, wobei sie über und über beschmutzt wurden.¹¹

Überhaupt bildete die Arbeit eine ständige Quälerei und Mißhandlung. In Dachau kamen Neuzugänge zunächst in die Kiesgrube, die besonders verrufen war, dann in die Lagerbetriebe, Bäckerei, Fleischerei, Schlosserei, Schmiede, Schneiderei, Schusterei und Tischlerei. Sie arbeiteten für das Lager und für Aufträge von außerhalb, vor allem für militärischen Bedarf. »Viele Überstunden«, hieß es in einem zeitgenössischen Bericht, »besonders in der Schreinerei, müssen geschoben

werden. Oft wird bis 10 Uhr nachts gearbeitet. Die Ausbeutung der Gefangenen ist ungeheuer. Die dürftige Nahrung, die sie bekommen, läßt sie nicht zu Kräften kommen, und so sind alle immer todmüde, wenn sie am Abend heim kommen. Im Gegensatz zu den Gefängnissen bekommen sie für ihre Arbeitsleistung kein Geld.« In Esterwegen wurden die Häftlinge meist zwölf Stunden bei der Moorkultivierung durch brutale Aufseher angetrieben, die nicht nur mit Meldungen wegen zu geringer Leistung oder anderer »Vergehen« drohten. Oft mußten die Angezeigten wochenlang nach der Arbeit die Nächte im Bunker verbringen. Die Gefangenen waren, wie sich einer von ihnen erinnerte, »infolge der maßlosen Überanstrengung völlig erschöpft; einige litten an nervöser Überreizung, andere hatten Leistenbrüche und sonstige inneren Verletzungen davongetragen«. In der Lichtenburg mußten unter anderem Waffen, von Pistolen bis zum Maschinengewehr, vorgerichtet und Munitions- und Waffenkisten angefertigt werden. Andere Häftlinge wurden zu Erdarbeiten außerhalb des Lagers, weitere als Kartoffelschäler, Kohlenträger, Straßenkehrer und Latrinenreiniger eingesetzt. Zu letzteren gehörten der Walter Stoecker und Friedrich Karl Kaul. Später war Kaul bei den »Singenden Pferden«, Häftlingen, die Wagen ziehen und dabei singen mußten. Ein anderer Jurist, Hans Litten, wurde zu Kellerarbeiten eingeteilt. Die beiden einzigen Frauen in der Lichtenburg, Flora Kramer und Suse Schreiber, stellten während ihrer dortigen einmonatigen Inhaftierung im August 1934 Listen der wegen der sogenannten Röhm-Affäre in der Lichtenburg eingesperrten SA-Funktionäre zusammen. Danach kamen beide Frauen am 23. August nach Moringen.¹²

Dort meldeten sich im Sommer 20 weibliche politische Häftlinge zur Feldarbeit, um der Stupidität und Enge wenigstens zeitweise zu entkommen. Später mußten sie in der Schneiderei vom Winterhilfswerk gesammelte Kleidungsstücke sortieren, reinigen und reparieren. In Sachsenburg befanden sich eine Schneiderei, Schusterei und Buchbinderei, sodann eine Klempnerei, Schlosserei und Schmiede, die ausschließlich für die SS arbeiteten, indem sie unter anderen Wagen für Munitions- und Waffentransporte herstellten, dazu eine Tischlerei. Außerdem mußten Häftlinge in der Gärtnerei, der Bauabteilung und im Steinbruch schuften, was ebenso gefürchtet war wie das Ziehen der im Lager gebauten Straßenwalze und des Müllwagens. Schließlich wurden besonders Intellektuelle im Jauchecommando geschunden. In Sachsenburg begann nach dem Wecken um 5.30 Uhr die Arbeit um 7 Uhr und reichte — mit einer zweistündigen Mittagspause — bis 18 Uhr. In Welzheim gab es eine Schlosserei, Tischlerei und Schneiderei, die Uniformen für Gestapo-Beamte fertigte, zeit-

10 Litten, S. 185; *Das deutsche Volk* . . . , S. 115f.; *Der Strafvollzug* . . . , S. 44.

11 *Deutschland-Bericht* . . . v. Dezember 1936, S. A 75ff.; Georg Walther, *Meine Erinnerungen an den kirchlichen Kampf mit dem Nationalsozialismus in Leipzig (1933–1945)*,

MS (Archiv der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig [dank freundlicher Übermittlung von Prof. Dr. Dr. Kurt Nowak]); ZStA Potsdam, Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, Nr. 22 256, Bl. 97; Film 55 494.

12 *Deutschland-Bericht* . . . v. Mai 1937; S. A 97f. u. A 110; *Emendörfer*, S. 94; *Sieling/Suhr*,

T. II, S. 44f.; *Das deutsche Volk* . . . , S. 94; Arch. Lichtenburg, Nr. 289; ZPA, EA 1782.

weise mußte bei Bauern gearbeitet werden. Meistens blieben die Gefangenen jedoch in den Zellen.¹³

Mißhandlungen und Morde

Mißhandlungen fanden nicht allein bei der Arbeitsfron, sondern bei jeder Gelegenheit statt. In Esterwegen hatte am 20. Juni 1934 der Lagerkommandant, SA-Sturm-bannführer Remmert, den Schäferhund auf einen Häftling gehetzt. Für acht Tage im Arrest bei Wasser und Brot auf blankem Boden geworfen, bekam der Gefangene mehrmals die Pistole auf die Brust gesetzt und wurde jede Nacht geschlagen und getreten, wobei er Rippenbrüche erlitt. Danach blieb er ohne ärztliche Hilfe und mußte täglich im Moor und beim Straßenbau arbeiten. Remmert kam nach Übernahme des Lagers durch die SS zur weiteren Ausbildung nach Dachau und tauchte darauf als SS-Sturm-bannführer und Lagerführer in der Lichtenburg auf, wo er noch schlimmer auftrat. In Esterwegen tat sich der Kompanieführer Kaiser besonders hervor. Er und seinesgleichen trieben beim Rollen, Robben, Hüpfen, Hinlegen usw. Gefangene bis an die Postenkette. Auf ein verabredetes Zeichen schossen die SS-Leute wegen angeblicher Fluchtgefahr auf die Häftlinge. Besonders blieb dortigen Gefangenen der 12. Februar 1936 in Erinnerung. An diesem Tag mußten alle jüdischen Häftlinge mittags antreten und sich eine Mordhetze wegen des Attentats auf den Nazi Wilhelm Gustloff in der Schweiz anhören. Danach zwangen Kaiser und ein anderer SS-Oberscharführer sie, im Galopp Karren zu schieben und Jauche zu fahren. Sie wurden so sehr angetrieben und geschlagen, daß eine Reihe von ihnen umfiel. Auf Weisung Kaisers sollten sie liegenbleiben, bis sie »verrecken«. Anschließend wurden andere beim »Sport« gehetzt. In einem zeitgenössischen Bericht hieß es: »Es war einer der schlimmsten Tage. An diesem Tag wurden einige Leute, weil sie angeblich nicht schnell genug arbeiteten, gefesselt auf den Bauch gelegt und verprügelt. Einem Gefangenen warf man eine Schippe gegen die Kehle. Ein anderer erhielt einen Bajonettstich in den rechten Oberarm. Kolbenhiebe hagelten nur so.«¹⁴

Strafexerzieren, ein verschärfter »Sport«, gehörte in Esterwegen wie in anderen Lagern zu den geringsten Maßnahmen gegen Häftlinge aus nichtigen Anlässen. Danach kam oft die Einweisung in die Strafkompagnie, die besonders geschunden, zur schlimmsten Arbeit eingeteilt und noch schlechter mit Essen versorgt wurde.

Prügel auf dem Bock gehörten zu den am meisten ausgesprochenen Strafen, in dem einen Lager mehrmals in der Woche, in dem anderen etwa alle 14 Tage und an einer größeren Anzahl von Gefangenen vollzogen. Das schreckliche stundenlange Anbinden mit hochgezogenen Armen an dem Pfahl, zuerst in Dachau praktiziert, wurde auch in Esterwegen übernommen. Einweisung in den Arrest und den Isolierbunker bis zu 42 Tagen und mehr gehörte gleichfalls zu den weiterhin in allen Lagern verhängten Strafen. In Dachau mußten bekannte Arbeiterfunktionäre, die man zum zweiten Mal in ein Konzentrationslager warf, nach Einlieferung in dem Bunker schmachten. In einem Fall wurde dort ein Häftling »vergessen« und blieb über sechs Monate im Bunker. Ein anderer Gefangener, der von Januar bis September 1935 zusammen 119 Tage im Dachauer Bunker vegetierte, berichtete: Verantwortliche für den Arrest waren die SS-Truppführer Johann Kantschuster und dessen Stellvertreter Unterhuber, denen drei SS-Leute unterstanden. Im Bunker gab es 39 Zellen. In Zelle 1 betrug die Grundfläche 3 mal 1,5 Meter, d. h. 50 Zentimeter Platz neben und ein Meter vor der Pritsche. Ein kleiner Heizkörper wurde im Winter zeitweise abgestellt, der Strohsack bei Dunkelarrest entzogen, wobei der Inhaftierte Wasser und Brot und nur jeden vierten Tag warmes Essen erhielt. In einer Fünf-Liter-Wasserkanne befanden sich lediglich zwei Liter, die auch zum Waschen verwendet werden mußten. Bei Strafverschärfung wurde der Gefangene an Händen und Füßen gefesselt und stand ohne Strümpfe und Schuhe auf dem Steinboden. Ärztliche Behandlung verwehrte man ihm trotz ständiger Mißhandlungen. Als Mitte Juli 1935 eine Besichtigung angesagt war, verlegte man die Hälfte der Bunkerinsassen ins Lager. Trotzdem versuchte der Eingekerkerte – vergeblich – sich der Kommission bemerkbar zu machen. »Nachdem die Kommission weg war«, schilderte er wörtlich, »wurde ich in Zelle 22 zurückgeführt. Hier wurde ich von Lang und Dessloch, der seit Mitte Juni Dienst machte, in Gegenwart von Verwalter Kantschuster aufs gemeinste mit Fäusten verprügelt, so daß ich in den nächsten Tagen am Oberkörper grüne und gelbe Flecken, Stechen auf der Lunge, Rippenschmerzen bekam und mir jede Bewegung wehtat. Lang drosselte mich am Hals, Dessloch zog den Revolver, um mich niederzuschießen, wenn ich die geringste Miene gemacht hätte, Widerstand zu leisten. »Du Hund, Du mußt verrecken, Du darfst nicht mehr lebend hier herauskommen«, schrie Dessloch immer wieder! Ich bekam wieder strengen Arrest, vom 21. Juli bis 8. August. Wasser und Brot; Hände aufs grausamste auf dem Rücken gefesselt; Fußschellen und Kette am nackten Fuß, ohne Strümpfe und Schuhe trotz Steinfußboden; hartes Lager auf Holzpritsche, kein Hofgang. Lang und Dessloch schreien wiederholt, ich müsse verrecken, damit ich nicht lebend herauskäme... Am 10. August erstes Bad seit 7 Monaten, kalte Brause, wirkte auf Herz wie Peitschenschlag... Durch Dessloch grausamste Mißhandlung und Körperverletzung. Weil

13 *Deutschland-Bericht* ... v. August 1936, S. A 58f.; *Distel*, Schatten, S. 30; *Der Straf-vollzug* ..., S. 34; *Das Lied* ..., S. 38; *Walther*; *Wenke*, S. 33. 14 ZStA Merseburg, 2.5.1., Nr. 14 166, Bl. 3ff. u. 19; *Bring-*

mann/Diercks, S. 76f.; *Deutschland-Bericht* ... v. Dezember 1936, S. A 94, v. August 1936, S. A 54f.; *Perk*, S. 21, Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Esterwegen, Nr. 15, Bl. 25ff.



Häftlinge werden durch das Tor des KZ Esterwegen getrieben

ich (beim sogenannten Hofgang – d. Verf.) angeblich nicht rasch genug lief, wurden Gefangene kommandiert – zuerst Bauer –, neben mir zu laufen und mir zum Ansporn in die Weichen, Kniekehlen, Fersen zu treten. Da sie dies schonend machten, lief Dessloch nun selbst neben mir und trat mich aufs heftigste mit seinen Reitstiefeln und stieß mich weiter, bis ich im Kies niedergestreckt war, wundenbedeckt. Hätte ich mich nicht mit letzter Kraft aufgerafft, hätte er mich wegen Gehorsamsverweigerung niedergeschossen ... (Am 16. September) mußte ich zu Lang in sein Zimmer, er nahm einen Stock aus dem Schrank und drohte mir fürs nächste Mal 25 Hiebe an. Dann mußte ich erhitzt (durch die Hetzerei auf dem Hof – d. Verf.) mit jagendem Puls, angezogen unter die eiskalte Dusche, bis ich vom Rock bis zu den Schuhen tropfnaß war. Dann naß in den Hof zurück – es war recht kühl – und weiter marschiert. Hierauf wurde ich von Lang in Gegenwart von Kantschuster, naß in tropfnassen Kleidern, mit den Händen, Kopf nach unten, in Zelle 10 an den Bodenring angekettet. Hinsetzen mit Drohungen verboten. Mein Körper bildete dabei einen Halbkreis! Ich fror jämmerlich, durch die Mißhandlung war ich aufs äußerste resp. total erschöpft. Um 11 Uhr kamen Kantschuster und Lang, schwenkten eine Depesche, Lang rief: »Wieder ein Jud' weniger, Ihre Mutter ist tot.« Erst auf wiederholtes Bitten wurde ich losgekettet, trockene Sachen bekam ich nicht, mußte mich nackt in die Decke hüllen.«¹⁵

Zu all den unmenschlichen Zuständen, Schindereien und Mißhandlungen kam hinzu, daß von der SS kriminelle Gefangene in Lagerfunktionen eingesetzt und gegen die politischen Häftlinge gehetzt wurden, so im

Frühjahr 1935 in Esterwegen, wo sie alle Positionen bis hin zum Lagerältesten einnahmen. Ihr Regiment verschlechterte die Alltagssituation im Lager ungemein.¹⁶

Angesichts der mannigfaltigen und stetigen Quälereien, Schikanen und Verbrechen sowie der Ungewißheit der Haftdauer verzweifelten einige KZ-Insassen und suchten ihrem Leben ein Ende zu setzen. »Selbstmordversuche«, erklärte ein Gefangener, »waren Erscheinungen, die in jedem Lager festzustellen waren, und ihre Ursache ist nur in dem blutigen Terror zu suchen.« Allein in Sachsenburg, schätzte ein Häftling, kam es zwischen August 1934 und Ende 1935 zu über 35 Selbsttötungsabsichten. In einem Fall gab hier ein Suizidversuch Anlaß zu einem Mord: Am 25. Dezember 1935 stürzte sich Paul Dorn – am 8. Juli 1935 wegen seiner Tätigkeit in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition verhaftet – aus dem 4. Stock. Noch im Fall erschöß ihn ein Posten »auf der Flucht«. Hingegen blieb zweifelhaft, ob sich am 7. Mai 1935 in Sachsenburg Paul Schrapf durch Stiche mit dem Taschenmesser in den Hals selbst tötete oder er ermordet worden war.¹⁷

Oft tarnten die Mörder ihre Bluttaten als Suizid. Am bekanntesten wurde in dieser Zeit die Ermordung Erich Mühsams in Oranienburg am 9. Juli 1934, unmittelbar nach Übernahme der Lagers durch die SS. Einer ihrer Führer bestellte den Schriftsteller zu sich und sagte ihm, wenn er sich nicht selbst erhänge, werde man nachhelfen. Mühsam kehrte zu seinen Kameraden zurück, betonte, daß er nicht Hand an sich legen werde und verteilte seine Habseligkeiten. Als abends die Gefangenen in die

15 *Deutschland-Bericht* ... v. August 1936, S. A 49, v. Dezember 1936, S. A 70ff., A 73, A 90f. u. A 95, v. Mai 1937,

S. A 99f.; *Der Strafvollzug* ... S. 31f.; *Emendörfer*, S. 95f.; *Perk*, S. 21; *Fröhlich*, S. 82ff.; *Bringmann/Diercks*, S. 76f.

16 *Gegen Imperialismus* ... S. 53 (Bericht von Alfred Lemnitz).

17 *Der Strafvollzug* ... S. 45; *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* v.

17. 6. 1936; ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. ZSt g 10 b/51/36, unfol.; *Das Lied* ... S. 49 u. 21; ZStA Potsdam, Film 55 494.

Schlafsäle geschickt wurden, mußte er weiterarbeiten. Am nächsten Tag fand man ihn erhängt im Abort. Eingedenk seiner Versicherung sowie angesichts fehlender Strangulierungsmerkmale und eines komplizierten Knotens, den das Opfer selbst nicht fertig bekommen hätte, blieben die Mithäftlinge dabei, daß Mühsam im Verwaltungsgebäude ermordet und die Leiche in die Latrine geschleppt worden war. Der abgesetzte Lagerführer, den Mühsams Frau des Mordes beschuldigte, antwortete ihr, nicht die SA, sondern die SS sei dafür verantwortlich.¹⁸ »Der Name Eicke darf nicht vergessen werden«, klagte in diesem Zusammenhang ein ehemaliger Häftling in der »Neuen Weltbühne« vom 25. Oktober 1934 an. »Er bleibe Symbol für die teuflischste Form von Mord, für die verächtlichste Sorte von Mördern.«

Im Berliner Columbia-Haus wurden am 22. März und 6. April 1935 Hans Hoppe und Kurt Wirtz wegen »tätlichen Angriffs« erschossen. Zuvor hatte der Lagerkommandant Dr. Alexander Reiner seine Leute »scharf gemacht« durch »allgemeine Äußerungen wie, die Bande müßte erschossen werden« oder »das wertvollere Leben sei unbedingt zu schützen gegen das, gelinde gesagt, nicht wertvolle«.

In Dachau brachten die Aufseher im Bunker zumindest zwei Häftlinge, Hans Müller und Franz Stützing, am 10. und 15. Mai 1935 um. Ein anderer Gefangener starb am 26. März nach schweren Mißhandlungen. Vier weitere Häftlinge, davon drei im Mai, verübten Selbstmord. Im zweiten Halbjahr 1934 und 1935 kamen in Dachau zwölf Gefangene um.¹⁹

In Esterwegen blieben die Erschießungen »auf der Flucht« vorherrschend. Kurz vor Übergang des Lagers auf die SS, am 20. Juni 1934, sollten Theodor Neubauer und Otto Nowak hinter der Postenkette arbeiten, was Neubauer verhinderte. Daraufhin schickte der Wachmeister Rudi Kohlenbach den Sozialdemokraten Johannes Bremer, einen Spaten zu holen, und schoß ihn mit der Pistole aus vier bis fünf Metern Entfernung nieder. Schwer am Hals, Rücken und an den Beinen verletzt, holten ihn Sanitäter und Mitgefangene ab. Vom Revier kam er sofort in den Bunker, wo ihn der Schütze mißhandelte. Als sich die neue Lagermannschaft etabliert hatte, begann eine neue Serie von Todesschüssen. Als erster fiel ihr im März 1935 der Berliner Reklameunternehmer Baron zum Opfer, der im Rechtsstreit mit einem Nazi lag. Baron wurde auf der Latrine erschossen, worauf man einen Haken neben ihn legte, mit dem er den Schützen angegriffen haben sollte. Am 13. April, einen Tag nach seiner Einlieferung, wurde der sozialdemokratische Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Friedrich Husemann, beim »Sport« an der Postenkette durch zwei Schüsse in den Hals »auf der

Flucht« ermordet. Den schmutzigen und blutigen Leichnam legten SS-Leute in eine Kiste, an der am nächsten Tag die Häftlinge zur Abschreckung vorbeiziehen mußten. Am selben Tag streckte ein Posten den Berliner Kunstmaler Paul Loewy neben seiner Karre mit fünf Schüssen nieder, die jedoch nicht tödlich waren. Am 3. Mai fielen durch Todesschützen der Bremer Arbeiter Röhrs am Tage nach seiner Einlieferung, fünf Tage später der Frankfurter Rechtsanwalt Will Ohl, der zuvor 25 Schläge auf dem Prügelbock bekommen und einen Selbstmordversuch unternommen hatte. Am 31. Mai folgte der Vorbeugungsgefangene Agranoff, den eine MG-Garbe im Liegen beim »Sport« tötete. Und einen Tag vor seinem 21. Geburtstag endete das Leben des Schutzhäftlings Joseph Koefer aus Essen. Auf Grund der Mordhetze des SS-Unterrückführers Gustav Sorge schoß der SS-Mann Hartmann aus unmittelbarer Nähe den Jungen in Brust und Kopf. Im August war auf gleiche Weise Otto Peters Opfer eines Mordes.²⁰

In Fuhlsbüttel, wo sich nach Behauptungen eines Hamburger Historikers unter dem neuen Kommandanten Rohde die Verhältnisse angeblich gebessert hatten, wurde weiter mißhandelt. Rohde war nach der Schilderung des ehemaligen Häftlings Helmuth Warnke ein typischer Menschenverächter, zugleich aber Tierfreund; er hielt sich einen Hund und war Vorstandsmitglied des Langenhorner Kleintierzucht-Vereins. Das Lager sah er als seinen ureigenen Kasernenhof an, von Natur aus der geborene Kommißkopf, führte er sich entsprechend auf. Als einmal ein Gefangener eine Zellenwand bekritzelt hatte, pöbelte er in einer Lautstärke, daß es durch den ganzen Bau schallte: »Beschmiert die Sau die Wände. Mit dem Ochsenziemer sollte man dir welche überziehen, du Miststück!« und ließ den schwer Asthmaleidenden vierzehn Tage in Dunkelarrest stecken. Mit einem der Langenhorner Gefangenen machte er sich einen eigenen »Spaß«. Bei der Einlieferung und anschließenden Namensaufruf ließ er dessen Namen aus und während die Verlesenen in den Bau einrückten, verblieb der Gefangene allein auf dem Gefängnishof zurück, wo die SS-Posten sich einen Sport daraus machten, ihn mit ihren Gewehren von einem Winkel des Hofes in den anderen zu treiben. Nachdem sie ihren »Spaß« gehabt hatten, brachten sie ihn zum Kommandanten. Rohde jagte ihn dann den langen Zellengang so oft »rauf und runter, bis er zu Boden stürzte. Dann mußte er sich mit dem Gesicht zur Wand stellen, wobei Rhode ihn so heftig mit dem Kopf gegen die Wand schlug, daß Blut aus der Nase floß.«

18 Mühsam, S. 28ff. — Mühsams Frau war 1936 und von 1937 bis nach Stalins Tod in der UdSSR in Haft.

19 ZStA Potsdam, Film 55 494;

Die Toten von Dachau. Deutsche und Österreicher. Ein Gedenk- und Nachschlagewerk, München o. J., S. 21ff.; Kimmel, S. 366; *Der Strafvollzug* . . . , S. 49.

20 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien (im folgenden: DÖW, Wien), Nr. 819; ZStA Merseburg, 1.5.1., Nr. 14 1169, Bl. 79 u. 118; *Der Gegen-Angriff* v. 12. 12. 1934 u. 12. 7. 1935; Perk, S. 73; Walter Adolph, Sie sind nicht vergessen. Gestalten aus

der jüngsten deutschen Kirchengeschichte, Berlin 1972, S. 214f. u. 217f., Dok. 1 u. 2; ZStA Potsdam, Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, Nr. 22 256, Bl. 97; *Der Strafvollzug* . . . , S. 49f.; ZStA Potsdam, Film 55 494.

Auch die Mordtaten setzten sich in Fuhlsbüttel fort. Nach Berichten von Johann Delker, der sich von Dezember 1934 bis Mai 1935 dort befand, brachten die Schergen in dieser Zeit sieben Kameraden um, darunter am 20. Dezember 1934 den Reichstagsabgeordneten Reinhold Jürgensen und am 16. März 1936 durch 15tägige nächtliche Mißhandlungen den Abgeordneten Hans Westermann.

Tabelle 27

Unvollständige Aufstellung der im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel Ermordeten und in den Tod Getriebenen, September 1934 bis Februar 1936⁺

Todesdatum	Todesopfer
20. 7. 1934	Paul Karl Bach, geb. 1903, KPD
14. 9. 1934	Ferdinand Buhk, geb. 1909, KJVD
29. 10. 1934	Rudolf Harms, geb. 1905, KPD
27. 11. 1934	Wilhelm Springer, geb. 1894, KPD
20. 12. 1934	Reinhold Jürgensen, geb. 1898, KPD
21. 1. 1935	Max Wriedt, geb. 1886, KPD
27. 2. 1935	Friedrich Engler, geb. 1868, KPD
9. 3. 1935	Heinrich Thes, geb. 1881
16. 3. 1935	Hans Westermann, geb. 1890, KPD
3. 5. 1935	Otto Hampel, geb. 1888, KPD
26. 6. 1935	Katharina Corleis, geb. 1877, SPD
31. 7. 1935	Hugo Niklas, geb. 1902, KPD
31. 7. 1935	Wilhelm Rudolf Ochs, geb. 1866
14. 8. 1935	Friedrich Wilhelm Hoffmann, geb. 1889, KPD
3. 1. 1936	Wilhelm Hagen, geb. 1899, KPD
7. 1. 1936	Richard Rosin, geb. 1888, KPD
3. 2. 1936	Hans Walter Kramer, geb. 1910, KJVD

⁺ Ohne nach Mißhandlungen in Fuhlsbüttel an anderen Orten Verstorbene

Quelle: *Diercks*, S. 15ff.

In der Lichtenburg kamen nach unvollständigen Unterlagen zwischen Mitte 1934 und Mitte 1936 mindestens sechs Häftlinge um.

Die Zahl der Toten in Sachsenburg zwischen August 1934 und Ende 1935 schätzte ein Gefangener auf über 20.²¹ Von ihnen wurde auf besonders grausame Art der Redakteur der sozialdemokratischen Dresdner »Volkszeitung«, Dr. Max Sachs, am 5. Oktober 1935 ermordet. SS-Leute steckten ihn sofort nach seiner Ankunft in Arrest und mißhandelten ihn dort. Am nächsten Tag mußte er im Jauchekommando Schlimmes aushalten, nachts wieder in der Zelle. Am Morgen kam er in den Steinbruch, dann erneut ins Jauchekommando. Danach preßte man ihn in einen Waschtrog und scheuerte ihn mit Schrubbern, daß ihm die Haut in Fetzen hing, zog den Verletzten anschließend an den Füßen die Treppe hinunter und warf ihn in den Bunker, wo er starb. Die Heimbürgerin, über den Anblick entsetzt, verweigerte eine

Bestattung. Als ein Häftling sich über das Verbrechen äußerte, diktierte ihm der Lagerkommandant 25 Hiebe auf dem Bock und 42 Tage strengen Arrest zu.²²

Besichtigungen

Besichtigungen der Konzentrationslager kamen nicht allzu oft vor. Man zeigte dann den Besuchern häßlich aussehende Vorbeugungshäftlinge mit etlichen Vorstrafen oder – wie in Dachau – einen geistig Behinderten, der nicht mehr aus dem Lager heraus wollte. Politische Häftlinge wurden kaum vorgeführt, es sei denn in Reih und Glied, wo sie niemand fragte. Sie konnten ohnehin nicht den Besuchern die Wahrheit ins Gesicht sagen, zum Beispiel Bormann und Himmler im März 1935 in Esterwegen, dem sächsischen Gauleiter Martin Mutschmann im Mai 1935 in Sachsenburg oder den Reichs- und Gauleitern der NSDAP im Juni 1936 in Dachau. Als einmal italienische Faschisten das bayerische Lager besichtigten, antwortete ein Häftling ihnen, er wisse nicht, warum er eingesperrt worden sei, worauf er mit 100 Hieben und 42 Tagen Arrest bestraft wurde.²³

In die Reihe dieser Besichtigungen gehörte nicht der Besuch eines Vertreters des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz im Oktober 1935. Vorausgegangen war ihm ein Antrag Hitlers vom August 1934, das Genfer Komitee möge sich um die im Österreich inhaftierten NSDAP-Mitglieder kümmern. Im Gegenzug erwartete das Komitee, daß einer seiner Beauftragten die Konzentrationslager sehen könne. Der Besuch kam nach längeren Verhandlungen über ein Jahr später zustande. Zuvor mußten in Esterwegen Häftlinge das Lager herrichten, und eine größere Anzahl ihrer mißhandelten Kameraden wurde weggebracht. Nach der Besichtigung dankte der Präsident des Internationalen Komitees, Max Huber, dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, am 25. Oktober 1935, daß es dem Delegierten, dem Schweizer Carl Burckhardt, ermöglicht worden war, »in unmittelbarem Kontakt mit der Geheimen Staatspolizei zu treten; die Herren dieses Amtes haben ihrerseits die Durchführung der Mission in jeder Weise erleichtert. Besondere Dankbarkeit weiß unser Delegierter dem Herrn SS-Gruppenführer Heydrich, der ihm die zeugenlose, individuelle Unterhaltung mit den Schutzhäftlingen gestattete und ihm dadurch das Mittel in die Hand gab, seinen Bericht objektiv zu begründen, wobei die Herrn Heydrich zugesagte Discretion über die Einzelaussagen der Häftlinge eine Selbstverständlichkeit ist.« Burckhardt selbst teilte dem Herzog am 21. November mit, er habe »alle organisatorischen, praktischen Belange der Lager auf der Höhe neuzeitlicher An-

22 ZStA Potsdam, Film 55 494; *Das Lied...*, S. 21ff. u. 42ff.; *Neuer Vorwärts* v. 1. 3. 1936 u. 6. 6. 1937.

23 *Deutschland-Bericht...* v. März 1937, S. A 103f.; ZStA Potsdam, Film 303; *Walther*; Arch. Dachau, Nr. 554.

21 *Timpke*, S. 21; *Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel*, S. 33f. u. 63ff.; *Bringmann/Diercks*, S. 71; *Drobisch*, Lichtenburg, S. 43; *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung* v. 17. 6. 1936.

sucht hätte. Ihm wäre auch der Arrest mit einem Gefangenen gezeigt worden, und er hätte schließlich eine Kolonne von 30 Krüppeln aus dem Moor kommen sehen, vermutlich lauter Kommunisten. Bei seinem durch die Gastgeber vorbereiteten Besuch in Dachau hätte er das Lager nur rasch in Augenschein genommen und sich gar nicht bemüht, hinter die Fassade zu dringen, ähnlich in Oranienburg, was er ganz offensichtlich mit der Lichtenburg verwechselte. Burckhardt fügte seinem Erinnerungsbericht hinzu, ein knappes offizielles Schreiben wäre von ihm an das Deutsche Rote Kreuz, ein anderes über einen Mittelsmann direkt an Hitler gegangen. In letzterem hätte er Schillers Schrift »Verbrecher aus verlorener Ehre« erwähnt. Doch stand dies in Wirklichkeit in seinem Brief an den Herzog. Im übrigen dürfte – wenn überhaupt – ein spezielles Schreiben an Hitler nicht anders als das an das Deutsche Rote Kreuz ausgefallen sein, sonst hätte Hitler kaum einer erneuten Einladung zugestimmt. Auch traf nicht zu, wie Burckhardt behauptete, daß Loritz wegen seiner Regiefehler bei dem Lagerbesuch verhaftet und selbst in einem Konzentrationslager festgesetzt worden wäre. Loritz avancierte im Gegenteil am 1. April 1936 zum Kommandanten von Dachau. Weiter wurden nie, wie sich Burckhardt rühmte, auf Grund seines Berichts kriminelle und politische KZ-Häftlinge getrennt. Seine Geisteshaltung offenbarte sich während der neuen Reise im Mai 1936, wo er Lager für den Autobahnbau und des Arbeitsdienstes besichtigte und lobende Worte fand, zugleich sich antibolschewistisch äußerte.²⁴

Bezüglich anderer Besichtigungsanträge teilte am 30. November 1935 das Gestapo dem Auswärtigen Amt mit: »Der Besuch ausländischer, marxistischer oder kommunistischer Delegationen, die in der obenbezeichneten Absicht Deutschland bereisen wollen, ist unerwünscht.« Und der Politische Polizeikommandeur wiederholte am 16. März 1936, ausländische Delegationen dürften nicht empfangen werden. Den Antifaschisten und Exil- sowie ausländischen Publikationen die Möglichkeit zu nehmen, sich auf Naziorgane und amtliche Texte zu beziehen, hatte schon das Schreiben Heydrichs an den preußischen Justizminister vom 20. Juli 1934 beabsichtigt, Veröffentlichungen von Anordnungen über die Schutzhaft wären unangebracht. Dasselbe bezweckte die Anweisung der Bayerischen Politischen Polizei vom 28. Januar 1936, Presseveröffentlichungen über In-schutzhaftnahmen grundsätzlich zu unterlassen.²⁵

Gottesdienste

Hinsichtlich der Gottesdienste in den Lagern schrieb Heydrich am 24. Juli 1934 an den Kommandanten des

KZ Lichtenburg: Von kirchlicher Seite wäre eine seelsorgerische Betreuung der KZ-Häftlinge angeregt worden. Sie sei bis auf Widerruf gestattet, und zwar abwechselnd je Woche getrennt durch einen protestantischen und einen katholischen Gottesdienst. Eine Beichte bliebe verboten. Das katholische Pfarramt in Torgau teilte daraufhin am 16. September dem erzbischöflichen Generalvikariat in Paderborn mit, daß die Ostern vorläufig eingestellten Gottesdienste in der Lichtenburg wieder stattfinden würden. Der Geistliche regte zugleich an, wegen des Beichtverbotes auf eine Änderung hinzuwirken. Das Generalvikariat und der Erzbischof wandten sich deswegen von September 1934 bis Juni 1935 mehrmals an das preußische Kultus- und das Reichskirchenministerium, worauf am 6. Juli 1935 Heydrich antwortete: »In den Lagern befinden sich jene Staatsfeinde, deren Verhalten es zur dringenden Notwendigkeit macht, sie von der Außenwelt strengstens zu isolieren. Es kann nicht geduldet werden, daß Schutzhaftgefangene mit Personen der Außenwelt in Berührung kommen, ohne daß durch eine polizeiliche Überwachung die Art der Begegnung festzustellen ist.« Ausnahmen zur Beichte würden nicht gemacht, zumal sie auch benutzt werden könne, Häftlinge zu begünstigen und auf Wachmannschaften »politisch im staatsabträglichen Sinne einzuwirken«.

In der Lichtenburg hielt Pfarrer Wilhelmi bis August 1935 Gottesdienste ab. Das Wohlwollen der SS, das er empfand, ging auf seine Zugehörigkeit zu den pronazistischen Deutschen Christen zurück. Jedenfalls erinnerte sich der Häftling Walter Kramer an die Worte des Geistlichen: »Wir sollten in uns gehen und Reue über unsere Missetaten empfinden. Dem Führer sollten wir dankbar sein, daß er uns für längere Zeit davor bewahre, neue Verbrechen zu begehen.« Derart »eiferte er und beschimpfte uns, nannte uns Verbrecher und Kriminelle«.

Neben Sachsenburg, wo geistliche Gefangene im Frühjahr/Frühsummer 1935 Gottesdienste verlangten, fanden sie in Dachau statt. Evangelische Teilnehmer waren etwa 40 bis 50 Häftlinge, hingegen Katholiken immer weniger, da sie aufgeschrieben und montags zum Straßerexerzieren kommandiert wurden.²⁶

Haftprüfungen

Die im Schutzhafterlaß vom April 1934 vorgesehene vierteljährliche Haftüberprüfung blieb formal. Fast wörtlich wiederholten sich die Beurteilungen, so aus Sachsenburg: »noch schwerer Marxist« (25. Juli 1935), »wandauerndes Lächeln zeugt von einer gewissen innerlichen Verhöhnung der Lagerleitung«, »verbissener Bur-

24 ZStA Potsdam, Film 1962, S. 53ff.
1962, S. 53ff.
v. August 1936, S. A 55f.; Carl J. Burckhardt, Meine Danziger

Mission 1937–1939, München 1962, S. 53ff.
25 ZStA Potsdam, Film 14 375 u. 14 366; GStA Berlin, Rep. 84a, Nr. 3715, Bl. 270.

26 ZStA Potsdam, Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, Nr. 22 297, Bl. 78–88 u. 107–109; EZA in Berlin,

EOK, Generalia, V 72, Bd. XIII, unfol.; ZPA, EA 1782; Walther; Deutschland-Bericht... v. Mai 1937, S. A 99.

sche« (10. September 1934), »unterhält sich mit Elementen, die nie nationalsozialistisch denken und handeln werden« (14. September 1934), »verstockter Kommunist« (17. Oktober 1934), »merkt an seinen scheuen Blicken, daß er kein reines Gewissen hat«, »geistig sehr auf der Höhe« (beides 31. Oktober 1934), »kommunistische Ideengänge noch nicht abgelegt« (16. November 1934) und so weiter bis: »verbissener und verboghrter Kommunist« (20. Januar 1936).²⁷

Solche stereotyp wiederkehrenden Wendungen fielen sogar im Gestapa auf, so daß es am 24. September 1935 gründliche Nachprüfung und eingehende Begründung für fortdauernde Schutzhaft verlangte. Dabei dürfe die beanstandete Führung nicht ohne weiteres die Haftverlängerung rechtfertigen.²⁸ Was auch immer Anlaß dieser Ermahnung gewesen sein mag: In der Praxis änderte sich kaum etwas.

Im Zuge der von Hitler am 7. August 1934 anläßlich der Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und -kanzlers verkündeten Entlassungen, die namhafte Kommunisten und Sozialdemokraten ausnahm, kamen bis Ende August neben fast allen während der sogenannten Röhm-Affäre Festgesetzten in Preußen auch 742, in Bayern 543 und in Sachsen 258 Schutzhäftlinge frei. In den nichtpreußischen Ländern gehörten wohl gleichfalls am 30. Juni/1. Juli Eingesperrte dazu.²⁹

Göring ließ dabei verkünden, künftig werde die Inschutzhaftnahme zugunsten von Justizverfahren stark eingeschränkt. Doch schon am 13. Dezember wies Frick alle Landesregierungen an, Antifaschisten stärker zu verfolgen: »Die Zeit der Gnadenerlasse ist vorbei. Wer es unternimmt, die Hand gegen den nationalsozialistischen Staat zu erheben, soll fürderhin erfahren, daß

dieser Staat, so milde und versöhnungsbereit er bisher sich zeigte, auch ebenso entschlossen und rücksichtslos Staatsfeinde unschädlich zu machen weiß.«³⁰

Nach wie vor blieben die ehemaligen KZ-Häftlinge unter Überwachung. Zweck sei, hieß es in dem Erlaß des sächsischen Innenministeriums vom 25. Februar 1935, den jeweiligen Aufenthalt, die politische Einstellung und Betätigung der Entlassenen sowie ihren Umgang mit anderen Personen festzustellen, und zwar in Zusammenarbeit zwischen Polizei, staatlichen Ämtern und Stellen der NSDAP. Es könne Meldepflicht und Aufenthaltsbeschränkung verhängt werden. Für alle Entlassenen seien Karteikarten anzulegen. Jede Veränderung müsse das Gestapa in Dresden erfahren. Ähnliche Bestimmungen trafen das preußische Gestapa am 3. Mai und die Bayerische Politische Polizei am 15. November 1935. In Thüringen erfaßte die Überwachung laut einer Anweisung vom 7. Mai 1936 auch die, welche entlassene Häftlinge an ihren Heimatorten begrüßten und ihnen materiell halfen.

Die Folge von Drohungen bei der Entlassung und der folgenden Überwachung war, daß ehemalige Häftlinge oft schwiegen, wenn sie nach ihren Erlebnissen gefragt wurden. »Sie sind derart eingeschüchtert«, stellte ein sozialdemokratischer Informationsdienst fest, »daß sie einem meist fluchtartig ausweichen, wenn sie fürchten, daß man sie ansprechen will. Im günstigsten Fall kann man einmal von einem ganz guten Freund die Äußerung hören: »Später kann ich Euch einmal Dinge erzählen, da werdet Ihr staunen.«³¹

27 ITS Arolsen, Hist. Abt., Sachsenburg, Nr. 1, Bl. 9 u. 27, 12, Bl. 60/61, 90, 100 u. 145.
28 MA Potsdam, WS 03.40/1, Bl. 110.

29 ZPA, St 47/9, Bd. 2; Bay HStA, MA 106 299, Bl. 53; ZStA Potsdam, Film 19 609.

30 *Berliner Nachtausgabe* v. 1. 9. 1934; *SS im Einsatz*, S. 94.
31 StA Leipzig, AH Leipzig Nr. 1754, Bl. 142–144; ZStA Potsdam, Film 2428; BA

Koblenz, R 58/264, Bl. 150; StA Weimar, Kreisamt Schleiz, Nr. 313, Bl. 13; *Deutschland-Bericht* ... v. März 1935, S. A 89.

NS-Justiz und KZ-Verbrechen

In den ersten Jahren der Nazidiktatur hat es verschiedentlich Versuche gegeben, in den Konzentrationslagern oder anderen Folterstätten verübte Grausamkeiten gerichtlich aufzuklären und ahnden zu lassen. Oft basierten diese Anstrengungen auf Strafanzeigen, die mutige Angehörige ermordeter Antifaschisten bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft erstatteten.¹ Zuweilen stammten sie von Personen, die entweder in Ausübung ihres Berufs (Ärzte, Heimbürgen, Standesbeamte, Rechtsanwälte)² oder als zufällige Zeugen Kenntnis von solchen Verbrechen erlangt hatten. Im Frühjahr 1933 stellten wiederholt Vertreter damals noch nicht verbotener demokratischer Parteien und Organisationen entsprechende Forderungen.³ Schließlich gab es vor allem 1933/34 einzelne Staatsanwälte und Untersuchungsrichter, die bemüht waren, die Ursachen ihnen bekannt gewordener unnatürlicher Todesfälle aufzuklären.⁴ In der überwiegenden Mehrzahl blieben diese Bemühungen völlig ergebnislos, weil das NS-Regime fast überwiegend eine systematische und fortgesetzte Politik der Strafvereitelung bzw. der Verhinderung des Vollzugs even-

tueller Verurteilungen betrieb. Dabei bediente er sich dreier Methoden: der Amnestie, der Niederschlagung und der Begnadigung.

Amnestien

In den meisten Fällen war den Anzeigen schon deshalb jedes positive Resultat versagt, da die in Betracht kommenden Untaten oft unter einen der zahlreichen Straffreiheitserlasse fielen. Denn bezeichnenderweise gab es in keinem vergleichbaren Zeitraum der deutschen Geschichte auch nur annähernd so viele Amnestien (der Begriff stammt aus dem Griechischen und bedeutet »Vergessen«) wie zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 1. September 1939. Die erste datierte vom 21. März 1933. Ihr folgten weitere, anlässlich der Übernahme der Reichspräsidentenschaft durch Hitler am 7. August 1934, im Hinblick auf die Olympischen Sommerspiele in Berlin am 23. April 1936, nach der Besetzung Österreichs am 30. April 1938.⁵ Dazu kamen zwei Straffreiheitserlasse mit lokal begrenzter Wirkung: die Saaramnestie vom 28. Februar 1935 und die Sudetenamnestie vom 7. Juni 1939.⁶ Damit erschöpften sich solche Bestimmungen noch nicht. Bis zum 16. Februar 1934 konnten auch die Regierungen der deutschen Länder derartige Erlasse verabschieden⁷, wovon sie verschiedentlich Gebrauch machten, so durch die nach dem preußischen Justizminister benannte »Kerrl-Amnestie« vom 25. Juli 1933, die bayerische Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit vom 2. August 1933 sowie die gleichnamige badische Verordnung vom 8. November 1933.⁸ Schließlich erging am 1. September 1939 ein

1 Zu den Anzeigerstatistiken zählen u. a. die Mütter der in Berlin bzw. München erschlagenen Antifaschisten Günther Joachim und Hugo Handschuch, der Sohn des in Esterwegen umgebrachten Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes und SPD-Reichstagsabgeordneten Friedrich Husemann sowie die Witwe Ida Hurras. Sie konnte sogar einen der an der Ermordung ihres Ehemannes, des Kommunisten Otto Hurras, im KZ Lichtenburg Beteiligten namhaft machen (Staatsanwaltschaft Torgau, Aktenzeichen 3 J 285/34). In Hohenstein-Ernstthal erzwang Pfarrer Kurt Rietzsch ein Ermittlungsverfahren, nachdem es ihm gelungen war, zu den dort Gepeinigten bis in die Gefängniszellen vorzudringen (*Gerhard Fuhrmann*, Brauner Terror stieß auf großen Einwohnerprotest, in: *Freie Presse* v. 25. 6. 1987). Verschiedentlich erstatteten auch Opfer, die die Mißhandlungen überlebten, Anzeige, so der Konsul und Handelsrichter a. D. Robert Gerlach (ZStA Potsdam, Film 55 494).

2 Eine bis in den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß (Auszug in *IMG*, Bd. 33, S. 56ff, Dok. 3751-PS) reichende Publizität erlangte die Meldung der Heimbürgerin Charlotte Hunger, die am Leichnam des am 5. 10. 1934 im KZ Sachsenburg ermordeten Redakteurs der *Dresdner Volkszeitung*, Maximilian Sachs, die Spuren der an ihm vollzogenen Folterungen feststellte.

3 So leitete Hermann Schlimme im Namen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes am 21. 3. 1933 dem Gestapochof Diels eine Denkschrift »Terrorakte und Überfälle« zu und forderte die unverzügliche Beseitigung der »unwürdigen und unmenschlichen Zustände« (Archiv des Generalstaatsanwalts der DDR, 243-50-1981).

4 Über das Ergebnis derartiger Ermittlungen in Dachau: *Gruchmann*, S. 415ff. — Der Studie ist freilich nicht im Detail zu entnehmen, inwieweit diese Recherchen auf Anzeigen beruhten.

5 *RGBl.*, 1933, T. I, S. 134, 1934, T. I, S. 769, 1936, T. I, S. 738, 1938, T. I, S. 433. — Daneben ergingen mehrere Wirtschafts- und Devisenamnestien (*RGBl.*, 1936, T. I, S. 1015; *Reichssteuerblatt* 1938, S. 1001 u. 1082), auf die hier nicht einzugehen ist.

6 *RGBl.*, 1935, T. I, S. 309, 1939, T. I, S. 1023. — Die zuvor durch völkerrechtliche Verträge veranlaßten Amnestiemaßnahmen für das Saarland (*RGBl.*, 1934, T. II, S. 735, u. 1935, T. II, S. 121) bzw. das Sudetengebiet (*RGBl.*, 1938, T. II, S. 901) können hier außer Betracht bleiben.

7 Diese Befugnis hob Art. 2 des Ersten Gesetzes zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich auf: »Amnestien können nur durch ein Reichsgesetz erlassen werden.« (*RGBl.*, 1934, T. I, S. 91).

8 *Justizministerialblatt* (im folgenden: *JMBL*), 1933, S. 236; *GVBl.*, 1933, S. 211 und *Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt*, 1933, S. 239. — Die ausschließlich auf Bagatelldelikte der allgemeinen Kriminalität erstreckten landesrechtlichen Bestimmungen, wie das sächsische Gesetz über die Gewährung von

– gleichfalls Amnestiecharakter tragender – allgemeiner Gnadenerlaß für die Wehrmacht, der am 9. September 1939 durch eine analoge Bestimmung für die Zivilbevölkerung ergänzt wurde.⁹

In Recht und Gesetzlichkeit verpflichteten Staaten gibt es Amnestien allenfalls bei besonders bedeutsamen politischen Ereignissen wie z.B. dem Amtsantritt eines neuen Staatsoberhauptes oder staatlichen Jubiläen von großer Wichtigkeit. Mit ihnen werden Kollisionen, die in einem exakt bezeichneten Zeitraum zwischen dem Verhalten einzelner Bürger und den Strafrechtsnormen entstanden sind, durch einen allgemeinen Akt der Gnade aufgelöst: Der Staat erklärt, das tatsächliche oder auch nur vermeintliche Fehlverhalten der Betroffenen zu »vergessen«. Auf diese Weise wird ein meist endgültiger, zuweilen aber auch an Auflagen gebundener Schlußstrich unter jenen Widerspruch gezogen, der zwischen dem Tun bzw. Unterlassen bestimmter Personen und dem Gesetz bestand.

Die Häufung derartiger Erlasse in den Jahren 1933 bis 1938 war keineswegs ein Ausdruck von Rechtsicherheit, geschweige denn von individueller Gerechtigkeit. Im Gegenteil: Ihre Vielzahl stellte entgegen den schwülstigen Behauptungen ihrer Kommentatoren¹⁰ ein Indiz für die Kriminalisierung weiter Bereiche des gesellschaftlichen Lebens dar. Schließlich kann ein Gesetzgeber nur jenes Tun oder Unterlassen für straffrei erklären, das zuvor mit Sanktionen bedroht war. Unbeschadet der ohnehin nicht zu übersiehenden rechtspolitischen Grenzen des juristischen Instituts der Amnestie¹¹ wurden die Straffreiheitserlasse des Naziregimes durch Besonderheiten geprägt, die sie sowohl formell als auch inhaltlich grundlegend von gleichartigen Bestimmungen unterscheiden, die in anderen Staaten bzw. von anderen Gesetzgebern ergingen. Das zeigten vor allem zwei völlig entgegengesetzte Komponenten: Ihr Anwendungsbereich auf die herkömmliche Kriminalität – die üblicherweise zu den bevorzugten Zielgruppen solcher Maßnahmen gehört – war immer außerordent-

lich beschränkt. Häufig lag die Grenze sogar, wie bei den propagandistisch besonders ausgeschlachteten »Olympia«- und »Groß-Deutschland«-Amnestien, bei Freiheitsstrafen von einem Monat. Wer eine höhere Strafe erhalten hatte, fiel nicht unter die Amnestien. Demgegenüber enthielten diese jedoch für alle Verbrechen, die an Antifaschisten verübt worden waren, eine ganz andere Orientierung. Den Beschuldigten dieser Kriminalität wurde durchweg »ohne Rücksicht auf die Höhe der verwirkten Strafe« die Straffreiheit verbürgt. Mehr noch: Verschiedene Amnestieerlasse beschränkten sich sogar ausschließlich darauf, derartige Untaten zu legalisieren.¹² So bestimmte Paragraph 1 der Verordnung vom 21. März 1933: »Für Straftaten, die im Kampf für die nationale Erhebung des Deutschen Volkes, zu ihrer Vorbereitung oder im Kampf für die deutsche Scholle begonnen worden sind, wird Straffreiheit nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen gewährt.« Das bedeutete den Erlaß aller noch nicht verübten rechtskräftigen Strafen, die Einstellung der anhängigen Verfahren und das Verbot, neue Ermittlungen aufzunehmen.¹³

Damit erwies der Unrechtsstaat den im ganzen Lande nötigenden und plündernden, folternden und mordenden Schlägerkolonnen seine Referenz, die sich oft – treffend in des Wortes schlimmster Bedeutung – Kommando zur besonderen Verwendung, Rolltrupp oder gar Mordsturm nannten. Uneingeschränkte Straflosigkeit wurde zugleich für alle jene Bluttaten gewährt, die schon vor der Machtübertragung verübt worden waren. Selbst die deshalb von Gerichten der Weimarer Republik rechtskräftig Verurteilten kamen in diesen Tagen auf freien Fuß. So öffneten sich – übrigens schon sechs Tage vor der Amnestie – die Zuchthäustore für die fünf berüchtigten Nazimörder, die am 9. August 1932 im oberschlesischen Potempa den kommunistischen Arbeiter Konrad Pietrzuch überfallen und vor den Augen seiner Mutter bestialisch umgebracht hatten.¹⁴

Daß die Verordnung vom 21. März 1933 aber nicht nur an Nazis adressiert war, sondern einen Freibrief für alle beinhaltete, die in der Weimarer Republik Demokraten ermordet hatten, beweist u. a. das Schicksal von Heinrich Tillessen, einem der beiden Mörder des am 26. August 1921 erschossenen Reichsministers Matthias Erzberger: Der Beschuldigte war ursprünglich nach Spanien geflüchtet. 1932 kehrte er unter falschem Namen nach Deutschland zurück. Als er erfuhr, daß auch sein Verfahren eingestellt wurde, offenbarte er seine Identität, ließ sich vom Nazistaat dekorieren und lebte fortan unbehelligt in Heidelberg, wo er schließlich im

Straffreiheit vom 28. 4. 1933 (*Sächsisches Gesetzblatt*, 1933, S. 55) und die Allgemeine Verfügung des preußischen Justizministers vom 2. 8. 1933 (*JMBL*, 1933, S. 259f.), sind hier nicht berücksichtigt.

⁹ *RGBl.*, 1939, T. I, S. 1549 und 1753.

¹⁰ So erklärten zwei Ministerialbeamte: »Inhalt und Umfang der Gnade werden allein vom Führer bestimmt. Der Begnadigungsakt, auch wenn er nicht als Einzelbegnadigung, sondern im Wege der Gesetzgebung als Straffreiheitsgesetz ergeht, bedeutet, staatsrechtlich gesehen, stets einen Akt der Führerhoheit.« (Fritz Grau/ Karl Schäfer, Das deutsche Gnadenrecht, Berlin 1939, T. I, S. 13).

¹¹ Schließlich bewirkt selbst die ausgewogenste Amnestie eine Bevorzugung einzelner Straftäter oder Verdächtiger allein deshalb weil die ihnen zur Last gelegten Straftaten zufällig in einem bestimmten Zeitraum erfolgten. Je allgemeinverbindlicher eine generelle Strafbefreiung ist, umso mehr enthält sie Elemente der Privilegierung von Straftätern unabhängig von der Schwere und gesellschaftlichen Gefährlichkeit der ihnen zur Last gelegten strafbaren Handlungen. Ein weiser Gesetzgeber wird daher Amnestien nur ausnahmsweise verkünden und sie dann so gestalten, daß sie an die Erwartung künftiger straffreier Verhaltens gebunden sind.

¹² Neben der Verordnung v. 21. 3. 1933 traf das auf von den Ländern verkündete Amnestien zu.

¹³ *RGBl.*, 1933, T. I, S. 134.

¹⁴ Eine eigens dazu gebildete Strafkammer des Landgerichts Beuthen verurteilte am 22. 8. 1932 den Nazi-Ortsgruppenleiter von Potempa, Paul Lachmann, ge-

meinsam mit den SA-Leuten Reinhold Kottisch, Rufin Wolnitza, August Gräupner und Helmut Josef Müller zum Tode (Aktenzeichen: 6.G.961/32). Allerdings wurden alle fünf mit aufgefälliger Eile bereits am 2. 9. 1932 zu lebenslangem Zuchthaus begnadigt.

Mai 1945 von der französischen Besatzungsmacht inhaftiert wurde. Die Verherrlichung des politischen Mordes und die öffentliche Glorifizierung der nationalistischen Mörder charakterisierten den Nationalsozialismus seit seinen Anfängen. Hitler gab dieser Begünstigung der de facto und de jure des Mordes Überführten nach dem Mord von Potempa offen Ausdruck: »Wenn man mir vorwerfen will, daß ich mich mit Mördern identifiziere, so sage ich: Nein, aber mit meinen Kameraden identifiziere ich mich! Die Verurteilten in Beuthen sind meine Kameraden, weil sie mit uns für Deutschland gekämpft haben. Und bei mir erlischt die Kameradschaft nicht, wenn einmal einer einen Fehltritt getan hat.«¹⁵

In der Tat: Die Nazi-Partei stellte sich, einmal von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen (in denen sich die Täter meist an eigenen Parteigängern vergriffen hatten), immer wieder schützend vor ihre uniformierten Mörder und Totschläger. Die ab 1933 erlassenen Straffreiheitsgesetze dokumentierten diese innige Verbundenheit. Jede der reichsweit wirkenden Nazi-Amnestien verbürgte gerade diesem Personenkreis die Freistellung von Strafe.

Gleichwohl beschwor das Rechtsinstitut der Amnestie (da es an bestimmte formelle Erfordernisse gebunden war) für die Nazis auch Unwägbarkeiten herauf. Zunächst bedingte es die Gesetzesform¹⁶ und damit die Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt. So wurde dort wiederholt öffentlich die Existenz der »durch Übereifer im Kampfe für den nationalsozialistischen Gedanken« verübten Verbrechen eingestanden. Diese Publizität machte es wiederum erforderlich, den Charakter der zu amnestierenden Straftaten zu tarnen. Deshalb waren — zwar mehr zur Täuschung der Öffentlichkeit denn zur Orientierung der Justiz — zumindest jene »Handlungen« vom Straferlaß auszuschließen, »bei denen die Art der Ausführung oder die Beweggründe eine gemeine Gesinnung des Täters erkennen lassen«, wie es im Gesetz vom 7. August 1934 hieß, das erstmals auf eine solche Passage nicht verzichtete.¹⁷ Selbstverständlich hat man den Straftätern aus den Reihen der SA und SS — jedenfalls soweit sie sich nicht an Nazi-Parteigängern vergriffen hatten — nahezu durchweg eine ehrenhafte Gesinnung und damit ihre Amnestiewürdigkeit bescheinigt. Ein einziges Mal, nämlich vor den Olympischen Sommerspielen 1936, wurde sogar ein objektiveres Kriterium formuliert: »Ausgenommen sind vorsätzliche Zuwiderhandlungen (man beachte diese vornehme Umschreibung! — d. Verf.), durch die der Tod eines Menschen herbeigeführt worden ist.«¹⁸ Dieser Ausschußgrund tauchte später nicht mehr auf.

Daß die Nazi-Amnestien zum Teil überhaupt solche Einschränkungen enthielten, ermöglichte jedoch zumindest theoretisch die Fortführung justitieller Ermittlungen gegen schwerbelastete Beschuldigte. Einzelne Staatsanwälte und Untersuchungsrichter bemühten sich, dieser Dienstpflicht nachzukommen. So hat der Wuppertaler Staatsanwalt Gustav Winckler trotz des erbitterten Widerstandes des Düsseldorf-Gauleiters Friedrich Karl Florian zielstrebige Ermittlungen gegen SA-Leute des KZ Kemna geführt, bis er schließlich unter Mitwirkung seines Dienstvorgesetzten gemäßregelt wurde.¹⁹ Als Nachteil empfanden es die Mitglieder der NS-Schlägerkolonnen, daß die Amnestierung keine förmliche Rehabilitierung darstellte. Wohl blieb den rechtskräftig Verurteilten der Strafvollzug erspart, dennoch galten sie — wie jedes polizeiliche Führungszeugnis auswies — nach wie vor als vorbestraft. Der preußische Justizminister erließ deshalb am 19. April und am 5. Juli 1933 zwei Allgemeine Verfügungen. Er wies darin die Tilgung derjenigen Verurteilungen an, die unter die Amnestie vom 21. März 1933 fielen. Diese Regelung war jedoch örtlich und sachlich begrenzt. Sie erstreckte sich auf Preußen und galt nur für die Märzamnestie.²⁰

Welche Bedeutung die Naziführung gerade dieser Frage beimaß, zeigte eine Initiative des »Stellvertreters des Führers«, Rudolf Heß, im April 1935 bei den Reichsministern für Inneres und Justiz, »wegen der Ungerechtigkeiten, ... je nachdem, ob eine rechtskräftige Verurteilung bereits erfolgt (ist) oder nicht«, forderte er, künftig »amnestierte Strafen bei der Ausstellung polizeilicher Führungszeugnisse nicht mehr zu berücksichtigen.«²¹

19 Winckler war es vergönnt, die damals vereitelte Anklage zwölf Jahre später vor dem Schwurgericht Wuppertal zu vertreten. Gegenstand dieses Prozesses waren 189 Fälle schwerster Mißhandlungen von Häftlingen. Er zählte zu den bedeutendsten Strafverfahren, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zur Ahndung der in den frühen Konzentrationslagern verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit anhängig waren: Kommandant SA-Sturmtruppführer Alfred Hilgers wurde zum Tode und vier Angeklagte zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Zwölf frühere SA-Leute erhielten Freiheitsstrafen zwischen einem Jahr und 15 Jahren. Acht wurden freigesprochen. (Ibach, S. 102ff.) — Zu jenen Juristen, die den Anklagevertreter Winckler 1935 aus der Staatsanwaltschaft Wuppertal entfernten, gehörte sein Dienstvorgesetzter, der am 13. 5. 1935 vom Generalstaatsanwalt in Düsseldorf beurteilt wurde: Oberstaatsanwalt

Ernst Wetz Müller »ist eine kaum durchschnittlich begabte, starke Zeichen vorzeitigen Alterns (Gedächtnisschwund, Mangel an Verantwortungsfreudigkeit und Entschlußkraft, an selbstständiger Urteilsbildung ...) aufweisende Persönlichkeit.« Der so beleumdete Behördenleiter hatte maßgeblichen Anteil an der Behinderung und schließlich Unterdrückung der Ermittlungen gegen die SA-Schergen von Kemna.

20 JMBL., 1933, S. 122 und 214. — Die Verfügung vom 5. 7. 1933 beinhaltete allerdings auch eine »weitherzige« Prüfung weiterer Fälle.

21 ZStA Potsdam, Film 55 494. — Bemerkenswert war dabei: Knapp drei Monate später verlangte der Oberste SA-Führer von dem — sachlich sogar unzuständigen — Reichsinnenministerium, künftig den SA-Ausschuß in das Strafregister einzutragen und ihn damit einer rechtskräftigen gerichtlichen Verurteilung gleichzustellen.

15 *Völkischer Beobachter* v. 9. 9. 1932.

16 Beim »Führererlaß« vom 7. 6. 1939 hielt man sich freilich schon nicht mehr an dieses Formerfordernis.

17 *RGBl.*, 1934, T. I, S. 769. — Diese Amnestie hat zur Einstellung zahlreicher Ermittlungs-

und Strafverfahren geführt, so u. a. der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Köln gegen sieben Beschuldigte, denen Verbrechen und Vergehen gegen zwölf verschiedene Tatbestände des Straßengesetzbuches zur Last gelegt wurden. (Aders, S. 95ff.)

18 *RGBl.*, 1936, T. I, S. 738.

Wesentlich bedeutsamere Komplikationen entstanden den Machthabern aus dem ausschließlich rückwirkenden Charakter jeder Amnestie. Der mit einem Straffreiheitsgesetz von der Naziführung beabsichtigte Schlußstrich unter die Versuche, Verbrechen ihrer Anhänger zu ahnden, erfolgte naturgemäß so, daß davon nur die vor Erlass der fraglichen Bestimmung verübten Straftaten erfaßt wurden. Keineswegs änderten sich jedoch dadurch die unmenschlichen Haftbedingungen in den Nazi-Konzentrationslagern und anderen -Folterstätten. Im Gegenteil: Jeder derartige Erlass bestärkte die Büttel, ihre Verbrechen an den wehrlosen Gefangenen fortzusetzen. Damit schuf faktisch jede Amnestie die Bedingung für die nächste. Das zeigte sich schon in den ersten Monaten der Nazidiktatur: Die Verordnung vom 21. März war Bestandteil einer Vielzahl exekutiver Maßnahmen, die die Schlägerkolonnen zum Herr über Leben und Tod der ihnen wehrlos ausgelieferten Gefangenen erhoben. Daß auch die barbarischsten Verbrechen nicht von der Amnestie ausgenommen wurden, sollte und mußte die Peiniger zu neuen Verbrechen anstiften und ihnen die in Gesetzesform gekleidete Zusage geben, nunmehr sei die von ihren Führern oft genug in Aussicht gestellte unbegrenzte deutsche Bartholomäusnacht angebrochen.

Tatsächlich ging nach der Amnestie vom 21. März 1933 das Foltern und Morden weiter. So schleppten SA-Leute in Berlin am folgenden Tag den kommunistischen Arbeiter Franz Huth in die Hedemannstraße und prügelten ihn dort zu Tode.²² Besonders gräßliche Verbrechen geschahen in vielen eben gegründeten Konzentrationslagern. Die faschistische Führung sah sich daher schon wenige Wochen später wieder mit einer Flut von Beschwerden und Anzeigen über solche Straftaten konfrontiert, die die Märzamnestie nicht erfaßt hatte.

In den einzelnen Ländern ging man verschiedene Wege, um in diesen Fällen eine wirksame Aufklärung und Ahndung zu hintertreiben. Preußen und Bayern griffen erneut zum Mittel der Amnestie: Im größten deutschen Land geschah das durch die Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 25. Juli 1933. In ihr hieß es in typisch nazistischer Demagogie: »Die Sturmabteilungen (der Stahlhelm) und die Schutzstaffeln der NSDAP haben unter Einsatz von Leib und Leben dem deutschen Volke den Tag der Freiheit erkämpft. In Anerkennung des kämpferischen Geistes, dem der Sieg der nationalsozialistischen Revolution zu verdanken ist, habe ich auf Grund der mir durch den Herrn Ministerpräsidenten erteilten Ermächtigung aus Anlaß der Beendigung der Revolution zu prüfen, ob Angehörige der genannten Formationen, die sich strafbar gemacht

haben, in geeigneten Einzelfällen eines Gnadenerweises würdig erscheinen. Insbesondere habe ich die Erteilung eines Gnadenerweises ... bei solchen Straftaten der Kämpfer und Soldaten der nationalsozialistischen Revolution in Erwägung zu ziehen, die im Zusammenhang mit der ... Durchsetzung des nationalsozialistischen Staates begangen sind.«

Von der charakteristischen Schwülstigkeit einmal abgesehen, fiel auf, daß die Verfügung zwar den Begriff »Gnadenerweis« verwendete, tatsächlich jedoch eine Amnestie beabsichtigt war und die Bestimmung in der Praxis auch so gehandhabt wurde. Das ergibt sich u. a. daraus, daß sie alle schwebenden Verfahren, für die formell ein Gnadenerweis noch gar nicht in Betracht gezogen werden konnte, berücksichtigte und verbot, neue Vollstreckungen einzuleiten. Schließlich verdeutlichte der Justizminister auch, wen er zu begünstigen beabsichtigte: »In Betracht kommen politische Straftaten aus der Zeit nach dem Inkrafttreten der Verordnung ... vom 21. März 1933.« Gleichwohl war die Ziffer 4 seiner Verfügung aufschlußreich: »Die vorstehenden Bestimmungen betreffen nicht Straftaten, die nach dem 15. 7. 1933 begangen sind oder begangen werden sollten.«²³ Diese Beschwichtigung war wohl mehr für die Öffentlichkeit als für die SA und SS bestimmt. Dennoch dürfte sie Ausdruck gewisser Überlegungen in der Naziführung gewesen sein, nicht mehr länger jeden untergeordneten Angehörigen dieser Organisationen mit darüber befinden zu lassen, welche innenpolitischen Gegner umzubringen seien. Dafür sprach jedenfalls der Erlass des Obersten SA-Führers vom 31. Juli 1933: »Ich decke auch und verantworte gern jede Handlung von SA-Männern, die zwar den geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht, aber den ausschließlichen Interessen der SA dient. Hierzu gehört z. B., daß als Sühne für den Mord an einem SA-Mann bis zu zwölf Angehörige der feindlichen Organisationen ... gerichtet werden dürfen. Dieses Gericht ordnet jedoch der Führer an; es wird kurz und soldatisch vollzogen.« In dieser bemerkenswerte Einsichten in die Gedankenwelt der Naziführer (Röhm zählte zu den ersten Mitgliedern der damals eben gegründeten »Akademie für Deutsches Recht«) vermittelnden Mordanweisung mußte der SA-Chef einräumen, daß sich SA-Leute »wenn auch vereinzelt ... unerhörte Übergriffe« hatten zuschulden kommen lassen.²⁴

23 JMBL., 1933, S. 236.

24 Dimitroff contra Göring. Enthüllungen über die wahren Brandstifter. Braunbuch II, Paris 1934, S. 371 (hier nach Reprint, Berlin 1981); Hermann Weinkauff, Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick, Stuttgart 1968, S. 118f. — Es gehörte zu den üblichen Nazi-Methoden, Gegner dadurch zu diffamieren, daß sie krimineller Delikte beschuldigt wurden. Das

praktizierte das Regime immer wieder sowohl gegenüber Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern als auch jüdischen Opfern und Geistlichen. Der besondere Haß richtete sich gegen revolutionäre Arbeiter, um wahrheitswidrige Geständnisse zu erpressen. So wurde im KZ Oelsnitz/Erzgebirge der Lugauer Kommunist Dalmatius Konietzny zu Tode gefoltert. Tatsächlich geschah die ihm zur

22 Einer der Hauptbeteiligten dieses Verbrechens, der SA-Sturmchef Julius Bergmann, wurde 1951 in Berlin strafgerichtlich zur Verantwortung gezogen. (Die Haltung der beiden

deutschen Staaten zu den Nazi- und Kriegsverbrechen, hg. von Generalstaatsanwalt der DDR und Ministerium der Justiz der DDR, Berlin 1965, S. 70.)

Das betraf nicht zuletzt Bayern, allerdings mit Besonderheiten: Die Massenverhaftungen setzten hier später – nach dem 9. März – ein. Das bayerische Konzentrationslager in Dachau wurde gerade errichtet, als die Märzamnestie erging. Die ersten dortigen Morde geschahen am 12. April. Sie waren daher strafrechtlich verfolgbar, was die Münchener Justiz zunächst in durchaus beachtlicher Weise versuchte. Dazu trug auch das Bekanntwerden der vom Dachauer KZ-Kommandanten Wäckerle verfaßten »Lagerordnung« bei. Am 29. Mai legte nämlich der Münchener Staatsanwalt Josef Hartinger im bayerischen Justizministerium die »für die im Sammellager Dachau untergebrachten Personen« erlassenen »Sonderbestimmungen« vor, mit denen über das Lager das Standrecht verhängt und für angebliche Gehorsamsverweigerung – einschließlich Versuch und Anstiftung – die Todesstrafe angedroht worden war. Sie sollte von einem Lagergericht, bestehend aus dem Kommandanten, einem oder zwei SS-Offizieren und einem SS-Mannschaftsdienstgrad, verhängt werden. Als Ankläger sollte ein SS-Mann fungieren, während ein Verteidiger keine Erwähnung fand.²⁵ Zwar waren zu diesem Zeitpunkt in Dachau zahlreiche Morde verübt worden. Doch gab es verschiedentlich Zweifel, ob die SS dabei tatsächlich vorher das »Lagergericht« angerufen hatte.²⁶ Jedenfalls ist bislang nicht ein einziges Dokument erschlossen worden, das dessen »Verhandlungen« beweisen würde. Entsprechende Zeugenaussagen wurden ebenfalls nicht bekannt. Wie dem auch war: Nach dem 12. April hatte ein Münchener Staatsanwalt Ermittlungen zur Aufklärung der sich unter verdächtigen Umständen häufenden Dachauer Todesfälle aufgenommen.²⁷ Das Schicksal dieser Untersuchungen kennzeichnete die Situation, in der sich die deutsche Justiz schon wenige Monate nach Beginn der Gewaltherrschaft befand: Als sich die Todesfälle in Dachau auffällig mehrten und ähnelten, ging die Justiz dazu über, die Leichen der Opfer eingehender zu untersuchen. Das führte am 1. Juni zu einem Voruntersuchungsverfahren gegen unbekannte Täter wegen Körperverletzung mit Todesfolge sowie gegen Wäckerle, den Lagerarzt und einen weiteren Beschuldigten wegen Begünstigung. Hartinger berichtete später, man habe damals die SS-Leute verhaften wollen, wäre jedoch am Widerstand der Polizei gescheitert. Die Mordkommission

hätte sich für nicht zuständig erklärt und die Politische Polizei den die Festnahme fordernden Untersuchungsrichter »mit einem Lächeln« abgewiesen.²⁸

Es gab zwar in den folgenden Wochen wegen der Untersuchung mehrerer Dachauer Mordfälle zwischen dem bayerischen Justiz- und dem Innenministerium ein heftiges Gerangel, in das auch Ministerpräsident Siebert und Reichsstatthalter von Epp einbezogen wurden – für die Dachauer SS blieb das jedoch belanglos. Himmler hatte nämlich schon am Tag nach der Einleitung des Strafverfahrens die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten über das Justizministerium angefordert und erhalten. Angeblich benötigte er sie für eine Besprechung bei von Epp. Trotz vielfältiger Mahnungen, auf die die Politische Polizei mit immer neuen Vertröstungen reagierte, sah die bayerische Staatsanwaltschaft ihre Unterlagen nie wieder. Dafür eröffnete ihr Himmler am 24. Juli, es »werde in Bälde eine weitere Amnestie kommen, die zur Niederschlagung der einschlägigen Verfahren führen werde.«²⁹

Die bayerische Verordnung über die Gewährung von Straffreiheit vom 2. August 1933 entsprach zwar nicht völlig dieser Ankündigung, wurde aber in Himmlers Sinne angewandt. Von der Möglichkeit, die Ermittlungen dort fortzusetzen, wo Taten »aus niedrigen Beweggründen« begangen worden waren³⁰, machten die Justizorgane jedenfalls in keinem der Dachauer Mordfälle Gebrauch. So extensiv man aber auch die Verordnung auslegen mochte – auf nach ihren Erlass verübte Straftaten war sie trotzdem nicht anwendbar. Zugleich bestätigte sich auch in Bayern: War die Einleitung von Strafverfahren gegen Angehörige der SA und SS durchaus geeignet, zumindest vorübergehend einen Rückgang der an den politischen Gefangenen verübten Verbrechen zu bewirken³¹, so führten Amnestien gerade zum gegenteiligen Ergebnis. Nur wenige Tage nach dem 2. August wurde ein neuer politischer Mord aus Nürnberg gemeldet, und im KZ Dachau erschoss am 22. August ein SS-Scharführer hinterrücks den Arbeiter Franz Stenzer aus Pasing. Darüber gab die Politische Polizei eine Pressemeldung heraus, in der das Opfer als »kommunistisch(er) Hauptfunktionär« bezeichnet wurde: »Zweifelloos veranlaßte ihn die gelungene Flucht seiner Genossen Beimler und Fruth, ebenfalls einen Fluchtversuch zu unternehmen. Diesmal aber wurde der Versuch von einem Lagerposten rechtzeitig entdeckt. Da der Flüchtende trotz wiederholter Anrufe nicht

Last gelegte Tötung durch einen uniformierten Nazi, der – während einer Saalschlacht wild um sich stechend – ein in Zivil anwesendes und von ihm deshalb als politischen Gegner betrachtetes NSDAP-Mitglied traf. (den Faschisten werden wir nicht weichen. Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Stollberg, Hg. von der Kreisleitung Stollberg der SED, Stollberg 1982, S. 16f; *Die Haltung der beiden deutschen Staaten zu den*

Nazi- und Kriegsverbrechen, S. 41f.

25 BA Koblenz, R 22/1167.

26 So stellt Broszat in Frage, ob die in dieser Strafordnung vorgesehenen lagereigenen Todesurteile verhängt wurden. (Broszat, KZ, S. 53ff.)

27 Eine ausführliche Schilderung der diesen Ermittlungen zugrunde liegenden einzelnen Mordfälle bei Gruchmann, S. 415ff. u. Richardi, Schule der Gewalt, S. 90ff.

28 Laut einem Schreiben, das Hartinger am 13. 7. 1949 dem Landgerichtspräsidenten von Amberg übermittelte (Gruchmann, S. 418).

29 Letztlich behauptete die Politische Polizei, die Akten wären »nicht im Einlauf gebucht« und könnten »trotz eingehender Nachforschungen« nicht ermittelt werden (Ebenda, S. 421). 30 *GVBl.*, 1933, S. 211.

31 Gruchmann verweist darauf, daß »in den Wochen nach Anfang Juni 1933 – d. h. während der Zeit, in der die Verfolgung der drei genannten Fälle zur Diskussion stand – aus Dachau keine neuen Fälle gewaltsamen Todes gemeldet wurden. Offensichtlich hatte Himmler das Wachpersonal zur Vorsicht gemahnt« (Gruchmann, S. 422).

anhielt, gab der Posten mehrere Schüsse ab. Ein Schuß tötete Stenzer auf der Stelle.«³² Tatsächlich war Franz Stenzer durch einen Genickschuß umgebracht worden. »Obwohl sich ... Unklarheiten ergaben« wurde das gegen den Todesschützen eingeleitete Ermittlungsverfahren von der Staatsanwaltschaft München im Dezember 1933 eingestellt.³³

Bis dahin waren in Dachau schon wieder mehrere unnatürliche Todesfälle zu verzeichnen und auch aus anderen bayerischen Orten lagen ähnliche Anzeigen vor. Nicht zuletzt aus optischen Gründen konnte die faschistische Führung eine erneute Amnestie – es wäre in Bayern die dritte innerhalb weniger Monate gewesen – nicht in Erwägung ziehen. Ebenso wenig durfte die Politische Polizei darauf vertrauen, die justitiellen Ermittlungen ständig dadurch vereiteln zu können, daß Beweismittel verweigert, verfälscht oder gar vernichtet wurden. Zwar bot sich letztlich immer die Möglichkeit, die Staatsführung anzurufen, um eine Begnadigung verurteilter SA- und SS-Leute zu erreichen. Doch das setzte den rechtskräftigen Abschluß eines gerichtlichen Verfahrens voraus. Solche Prozesse sollten aber gerade verhindert werden.

Niederschlagungen

In der in Nürnberg anhängigen Strafsache gegen den SA-Sturmabführer Eugen Korn und den SA-Scharführer Hans Stark fand man erstmals einen Ausweg. Das diesen Beschuldigten zur Last gelegte Tötungsverbrechen geschah zwar nicht in einem Konzentrationslager. Gleichwohl wirkte sich dieser Fall präjudizierend aus: Kurz vor dem »Reichsparteitag« 1933 hatte die Politische Abteilung der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth unter Leitung des Kriminalrats Ottomar Otto eine Massenverhaftung von Kommunisten durchgeführt. Dabei waren Angehörige des Nürnberger SA-Sturms z. B. V. beteiligt. Sie hatten am Abend des 16. August den 29jährigen Mechaniker Oskar Pflaumer in die SA-Wache am Hallplatz 4 verschleppt und dort so mißhandelt, daß er in der folgenden Nacht verstarb. Die in Gegenwart des Amtsgerichtsrats Hans Teicher am 18. August vorgenommene Leichenöffnung ergab, daß das Opfer gräßlich mißhandelt und der »Bastonade« ausgesetzt worden war.³⁴

Nachdem der Gerichtsarzt bestätigt hatte, daß das Opfer »in grausamster, qualvoller Weise mit stumpfen Gegenständen zu Tode geprügelt« worden war, leitete die Staatsanwaltschaft gegen Korn und Stark ein Ermittlungsverfahren wegen »Körperverschwendung mit Todesfolge« ein. Die Inhaftierung der Beschuldigten lehnte der Untersuchungsrichter ab, da weder Fluchtverdacht noch Verdunklungsgefahr bestehe und ohnehin zweifelhaft sei, ob beide die Haupttäter wären. Die Gauleitung und die Polizeidirektion verlangten, »die Sache möge zunächst liegenbleiben«. Tatsächlich sabotierte die Nürnberger Politische Polizei die weiteren Untersuchungen. Ihr Leiter, Benno Martin, teilte dem Gericht am 26. August mit, er »werde die als Zeugen in Betracht kommenden Polizeibeamten wegen Gefährdung des Reiches von der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit nicht entbinden« und im übrigen könne er »die beiden Angeschuldigten auch vor dem Reichsparteitag nicht entbehren, da er sonst keine Gewähr für die Sicherheit des Parteitages übernehmen könne.«³⁵

Anfängliche Bemühungen von Justizminister Frank, diesen Fall und die Mißhandlung dreier jüdischer Bürger am 28. August durch die SS bei Hörstein³⁶ im bayerischen Ministerrat zu erörtern, blieben fruchtlos. Sie kehrten sich schließlich sogar in ihr Gegenteil um: Als Reichsstatthalter Epp das Verfahren am 27. Juni 1934 niederschlug, konnte er auf die Zustimmung aller bayerischen Instanzen verweisen. Die Polizei hatte ein entsprechendes Verlangen gestellt. Der Oberstaatsanwalt schloß sich mit der Begründung an, andernfalls »würde das Ansehen der SA, der Partei, der Polizei und des nationalsozialistischen Staates überhaupt in schwerster Weise geschädigt und erschüttert«. Er fügte hinzu, daß die Tötung »keinem unedlen Beweggrund entsprang, vielmehr der Erreichung eines im höchsten Grade vaterländischen Zieles und zur Durchsetzung des nationalsozialistischen Staates diene«. Das Justizministerium in München gab des weiteren zu bedenken, durch einen Prozeß würden die »Autorität des Staates, das Wohl des Reiches und das Ansehen der Partei und der SA ... aufs Schwerste geschädigt«.

Der Fall der SA-Angehörigen Korn und Stark führte wohl erstmalig zur Niederschlagung eines Strafverfahrens, dessen Gegenstand ein vorsätzliches Tötungsverbrechen bildete. Zwar hatte Himmler schon am 18. November 1933 in drei anderen Fällen im baye-

32 Nico Rost, Konzentrationslager Dachau, o. O., o. J., S. 30.
33 Gruchmann, S. 422.

34 ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 5429, Bd. 1, Bl. 1940 – Kriminalrat Ottomar Otto – am 3. Mai 1945 in Passau gestorben – gehörte zu den grausamsten Vertretern der Politischen Polizei. Seit Mitte 1933 setzte er SA und SS (vor allem Angehörige der Stabswache der SA-Gruppe Franken, des SA-

Sturms zur besonderen Verwendung und des im September 1933 in Nürnberg gebildeten »Fahndertrupps«) zur Mißhandlung von Häftlingen ein. – Die Bastonade war eine im Orient üblich gewesene Stockprügelstrafe, die auf den Fußsohlen vollzogen wurde. Im Obduktionsprotokoll hieß es über die Füße Pflaumers: »Überall ergibt sich beim Einscheiden freies Blut im Unterhautzellgewebe und dem darun-

ter liegenden Muskelgewebe. Ganz besonders reichlich ist die Blutansammlung beiderseits an den Fußsohlen, deren Haut von dem massenhaft darunter angesammelten Blut vorgewölbt war, so daß sich beim Einscheiden nach Abfließen des Blutes fast faustgroße Taschen ergaben.« (Ebenda)

35 Ebenda.

36 Ebenda. – Wegen der Mißhandlungen bei Hörstein war zunächst ein dortiger SS-Mann vom Amtsgericht Alzenau inhaftiert, jedoch auf Verlangen der Politischen Polizei in München bald wieder freigelassen worden. Die Verhaftung weiterer Tatbeteiligter aus Aschaffenburg verhinderte ein dortiger SS-Führer.

rischen Justizministerium die Niederschlagung verlangt, jedoch blieb dieser Vorstoß damals noch erfolglos.³⁷ Seit Juni 1934 wurde jedoch in zahlreichen Fällen davon Gebrauch gemacht. Die juristischen Voraussetzungen der sogenannten Abolition (lat. Aufhebung), die die Freistellung von der Strafverfolgung beinhaltet, war in den einzelnen deutschen Ländern unterschiedlich. In Baden, Hessen und Sachsen konnte sie im 19. Jahrhundert als Einzelakt vom Staatsoberhaupt angeordnet werden. Die Preußische Verfassung vom 31. Januar 1850 sah in Artikel 49, Absatz III vor: »Der König kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen.«³⁸ In der Praxis wirkte diese Vorschrift als Niederschlagungsverbot. Die Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 kannte die Niederschlagung einzelner Strafverfahren nicht. Ihr Artikel 49 bestimmte: »Der Reichspräsident übt für das Reich das Begnadigungsrecht aus. Reichsamnestien bedürfen eines Reichsgesetzes.«³⁹ Demgegenüber führte der Nazistaat bereits am 16. Februar 1934 die Abolition auf Reichsebene ein. Das »Erste Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich« bestimmte: »Der Reichspräsident übt neben dem Begnadigungsrecht das Recht aus, anhängige Strafsachen niederschlagen.«⁴⁰ Am 21. März 1934 erging Hindenburgs Erlass über die »Ausübung des Niederschlagungsrechts«. Danach war diese Befugnis für die bis dahin verübte Kriminalität den Reichstatthaltern übertragen, während es für alle späteren Straftaten »ausschließlich dem Führer und Reichskanzler« zustand.⁴¹

So lange es in Nazideutschland wegen der Verbrechen an Antifaschisten überhaupt noch Strafverfahren der lokalen Justizorgane gab (später befaßten sich damit allenfalls SS- und Polizei- sowie vereinzelt Sonder- und Kriegsgesichte), machte das Regime von der Niederschlagung anhängiger Strafverfahren recht häufig Gebrauch. Denn dieses juristische Institut schneiderte sich der deutsche Faschismus auf den Leib: Es war typischer Ausdruck des »Führerrechts« und räumte Hitler Befugnisse ein, die bis dahin nur absolutistischen Feudalherrschern zugestanden hatten. Schließlich wurden damit den Geschädigten bzw. bei Tötungsverbrechen deren Angehörigen alle strafprozeßualen Möglichkeiten geraubt.

37 Gegenstand dieser Verfahren war die Tötung der Dachau-Häftlinge Katz und Franz sowie die tödliche Mißhandlung von Hugo Handschuch im »Braunen Haus« in München. Trotz der verweigerten Niederschlagung wurde den Beschuldigten kein Haar gekrümmt. Als der SA-Sturmführer und spätere Reichsanwalt beim Volksgerichtshof, Paul Barnickel, Leiter der Staatsanwaltschaft München II wurde, gehörte es zu seinen ersten Amts-

geschäften, die drei Verfahren »mangels Beweises« einzustellen. Der am 4. 5. 1885 geborene Barnickel war 1947 im Nürnberger Juristenprozeß vor dem Militärgerichtshof Nr. III der USA angeklagt, blieb jedoch straffrei und ist am 4. 6. 1966 in der BRD gestorben.

38 *GesS.*, 1850, S. 17ff.

39 *RGBl.*, 1919, S. 1383ff.

40 Ebenda, 1934, T. I, S. 91.

41 Ebenda, S. 211.

Die Gesamtzahl der auf diese Weise hintertriebenen Verfahren ließ sich nicht feststellen, weil über die entsprechenden Verfügungen der Reichsstatthalter und über Hitlers Niederschlagungsorder nur vereinzelt Unterlagen erschließbar waren. So wies Hitler am 9. September 1935 an, die Ermittlungen gegen den Oberregierungsrat Erich Vogel vom Gestapoamt Sachsen niederschlagen. Vogel stand im Verdacht, selbst an der Mißhandlung von Häftlingen im KZ Hohnstein teilgenommen zu haben.⁴² Ein Jahr später traf Hitler die gleiche Entscheidung wegen sämtlicher Ermittlungen, die das KZ Kemna betrafen.⁴³ Bei weiteren Fällen kamen entsprechende Anregungen, denen stattgegeben wurde, von der Gestapo. Den Akten ist jedoch nicht zu entnehmen, wann Hitler seine Zustimmung erteilte. Dazu gehörten Ermittlungen, die wegen der in den KZ Lichtenburg (hier nahm man allerdings den Beschuldigten Edgar Entsberger ausdrücklich von der Niederschlagung aus) und Hainewalde sowie wegen zahlreicher von SA-Leuten in Berlin verübter Tötungsverbrechen eingeleitet worden waren.⁴⁴

Gleichwohl sah sich die Naziführung – insbesondere wegen der weltweiten Aufmerksamkeit erregenden Enthüllungen des »Braunbuchs« und anderer Dokumentationen über die Nazigreuel – gezwungen, einige Strafverfahren bis zum rechtskräftigen Abschluß zu betreiben.

Begnadigungen

Welche Intensität die Justiz für diese Strafverfahren aufzuwenden hatte, wurde in der Allgemeinen Verfügung des Reichsjustizministers vom 20. Juli 1934 deutlich. Nachdem Gürtner seine Erwartung ausgedrückt hatte, »daß jeder Rechtsbruch unnachsichtig ... geahndet wird«, hieß es forsch: »Mir ist berichtet worden, daß in Erwartung der Einrichtung einer besonderen SA-Strafgerichtsbarkeit verschiedentlich Strafverfahren, die bei den ordentlichen Strafverfolgungsbehörden und den ordentlichen Strafgerichten gegen SA-Angehörige anhängig gewesen sind, ruhen. Eine SA-Gerichtsbarkeit besteht nicht und ist auch nicht in Aussicht genommen.« Deshalb wies er beschleunigte Verfahrensabschlüsse an: »Ergibt die Prüfung der Sachlage – namentlich, soweit es sich um Vorkommnisse aus einer weiter zurückliegenden Zeit handelt –, daß zureichende tatsächliche Anhaltspunkte nicht oder nicht mehr vorliegen oder daß die Beweisführung scheitern wird, so sind die Verfahren alsbald durch Einstellung oder Antrag auf Außerverfolgungssatzung abzuwickeln.« Anschließend folgte der ausdrückliche Hinweis, auch die Einstellung wegen

42 *IMG*, Bd. 26, S. 326, Dok. PS-788.

43 *Ekkehard Reitter*, Franz

Gürtner. Politische Biographie

eines deutschen Juristen 1881–1941, Berlin 1976, S. 163.

44 *ZStA* Potsdam, Film 55 494.

45 *DJ*, Ausg. A, 1934, Nr. 29, S. 926f.

Geringfügigkeit gemäß Paragraph 153 der Strafprozeßordnung dürfe bei den in Betracht kommenden Verfahren in Erwägung gezogen werden. Schließlich fand der Justizminister noch ein völlig neuartiges Motiv: »Die Niederschlagung . . . wird auch in Betracht kommen können, wenn der Täter von den zuständigen SA-Stellen wegen der Tat im Wege der Dienstzucht zur Verantwortung gezogen worden ist und eine erhebliche Bestrafung erfahren hat, so daß das Sühnebedürfnis der Volksgemeinschaft ein weiteres Einschreiten nicht mehr erfordert.«⁴⁵

Damit wurde die markige Einleitung weitgehend aufgehoben: Allein ein Disziplinarverfahren sollte als »ausreichende Sühne« zur Ahndung von Kapitalverbrechen herhalten dürfen, obwohl bekannt war, daß die Disziplinarbefugten oft selbst an gleichartigen Untaten teilgenommen hatten und zuweilen sogar als Anstifter jener Verbrechen zu betrachten waren, die den Gegenstand der Ermittlungen bildeten.⁴⁶ Daß sich der Reichsjustizminister gleichwohl der Unumgänglichkeit von Strafprozessen in einer Reihe von Fällen bewußt war, bewies seine dafür gegebene Orientierung: »Bei dem Vollzuge etwaiger gerichtlicher Haft- und Vorführungsbefehle und bei der Führung öffentlicher Verhandlungen ist auf die Wahrung des Ansehens der SA Bedacht zu nehmen und jede unnötige Bloßstellung zu vermeiden.« Es erging daher die Order, alle derartigen Verhandlungstermine und die verkündeten Urteile den Gruppenführern und Gaurechtsstellen der SA zuzuleiten.

Trotz dieser Einschränkungen traf Gürtner eine Woche später mit der Bildung der — durchaus differenziert zu bewertenden — Zentralstaatsanwaltschaft eine Maßnahme, die objektiv geeignet war, den massiven Pressionen entgegenzuwirken, mit denen Gestapo, SS und SA im Verein mit Führern anderer Naziorganisationen die wenigen überhaupt anhängigen strafprozeßualen Untersuchungen zu torpedieren trachteten.⁴⁷

46 Tatsächlich haben in der Folgezeit häufig Disziplinar- oder ähnliche Verfahren als Niederschlagungsgrund gedient. So wurde das Ermittlungsverfahren gegen Dusenschön und Ellerhusen wegen im KZ Fuhsbüttel verübter Tötungsverbrechen im Oktober 1934 von der Staatsanwaltschaft eingestellt (*Werner Johe*, Neuengamme, Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg, Hamburg 1982, S. 11) und gegen beide Beschuldigte lediglich ein Parteigerichtsverfahren durchgeführt. Das 1962 gegen Dusenschön vor dem Schwurgericht in Hamburg wegen der Ermordung dessozialdemokratischen Redakteurs Fritz Solmitz angestregte Strafverfahren endete mit einem Freispruch »mangels Beweises«.

47 *JMBL*, 1934, S. 249. — Die nicht nur zur Ahndung von KZ-Verbrechen gebildete Zentralstaatsanwaltschaft (u. a. untersuchte sie von SS- und SA-Führern — so dem später im KZ Sachsenhausen als 2. Schutzhaftlagerführer eingesetzten SS-Hauptsturmführer Otto Andresen — in der Weimarer Republik verübten Fememorde) ermittelte bei diesen Straftaten zuweilen durchaus zielgerichtet. Zu rechtskräftigen Urteilen führten diese Untersuchungen jedoch nur in Einzelfällen. Am 6. 10. 1937 verfügte der Reichsjustizminister schließlich, die Zentralstaatsanwaltschaft wäre mit Wirkung vom 1. 10. 1937 aufgelöst (Archiv des Generalstaatsanwalts der DDR, 243-20-1975).

Zwischen 1934 und 1936 wurden mehrere SA- und SS-Leute angeklagt. Der bekannteste Prozeß fand gegen Hoffmann und sieben andere vor der 2. großen Strafkammer des Landgerichts Stettin statt, die nicht umhinkam, mehrere der Angeklagten im Urteil vom 6. April 1934 als »Bestien« zu charakterisieren. Während der Haupttäter Hoffmann zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, erhielten sechs Komplizen Freiheitsstrafen zwischen zehn Jahren und neun Monaten.⁴⁸

War diesem Prozeß in der Nazipresse eine relativ große Publizität zuteil geworden, so blieb die Strafsache gegen Kurt Wadewitz vor der 1. großen Strafkammer des Landgerichts Freiberg weitgehend unbeachtet. Wegen im KZ Hainichen begangener Häftlingsmißhandlungen wurde der Angeklagte am 14. Mai 1935 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.⁴⁹

Eine weitere Verhandlung führte das Schwurgericht Magdeburg durch. Am 6. Februar 1936 verurteilte es den Kommandanten der Lagerwache des KZ Lichtenburg, Entsberger, wegen »Körperverletzung mit tödlichem Ausgang in Tateinheit mit Körperverletzung im Amt« zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren.⁵⁰

Schon im Frühjahr 1935 war vor dem Landgericht Dresden der Strafprozeß gegen den Kommandanten des KZ Hohnstein, SA-Obersturmbannführer Rudolf Jähnichen und 23 andere durchgeführt worden. Dieser Fall sollte schließlich für alle analogen Ermittlungen eine verhängnisvolle präjudizierende Wirkung erlangen. Der sächsische Gauleiter Mutschmann hatte sich von vornherein gegen dieses Strafverfahren gesperrt. Er mußte sich jedoch schon im Vorfeld der Hauptverhandlung beehren lassen, daß das Recht zur Niederschlagung derartiger Strafverfahren »nicht mehr den Reichstatthaltern« zustand. Gleichwohl versuchte er unmittelbar nach Abschluß der sechswöchigen Beweisaufnahme den vorsitzenden Richter, Landgerichtsdirektor Johannes Roth, mit der ungeheuerlichen Behauptung zum Freispruch zu bestimmen, in Hohnstein befände sich »der Abschaum der Menschheit«. Über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinausgehend, verurteilte jedoch das Gericht den KZ-Kommandanten zu sechs Jahren und 22 seiner Mitangeklagten zu entsprechend abgestuften Gefängnisstrafen. Zur Begründung betonte die 12. Große Strafkammer: Die Straftaten in Hohnstein »erreichten ihren Höhepunkt im April 1934, mehrere Wochen nachdem das Urteil in dem Stettiner Mißhandlungsprozeß in der gesamten deutschen Presse zur Abschreckung und Warnung veröffentlicht worden war«. Danach wurden die beiden Dresdener Schöffen aus der Nazi-

48 *Thévoz/Branig/Lowenthal-Hensel*, Bd. 12, S. 223ff., Dok. 36 (II).

49 In diesem Konzentrationslager verübte Verbrechen ahndete das Landgericht Leipzig im Prozeß gegen den stellvertretenden Lagerleiter Georg Ziegler und elf Andere. Am 20. 10. 1948 verurteilte es die Angeklagten in Dö-

beln zu Freiheitsstrafen bis zu sieben Jahren (Archiv des Generalstaatsanwalts der DDR, 243-19-1977).

50 Landgericht Magdeburg, Aktenzeichen: 2. Ks. 1/36 (der Tenor des Urteils befindet sich im Archiv des Generalstaatsanwalts der DDR, 243-60-1977).

partei ausgeschlossen. Dem Staatsanwalt legte man den SA-Austritt nahe. Zugleich betrieb Mutschmann hartnäckig und letztlich erfolgreich die beschleunigte Begnadigung aller Verurteilten.⁵¹

Im Ergebnis dieser Strafverfahren fallen insbesondere bei den Prozessen in Stettin und Magdeburg die – jedenfalls angesichts der obwaltenden Umstände – durchaus beachtlichen Strafen auf. Dabei mochte die Justiz gerade zu einem entschiedenen Vorgehen ermuntert worden sein, daß Hitler hier von der Niederschlagung keinen Gebrauch machte.

Diese Urteile wirkten sich zwangsläufig auf das Ansehen der gesamten Nazibewegung negativ aus. Zudem verunsicherten sie die SA und SS. Die nationalsozialistische Führung ging deshalb bald dazu über, die Vollstreckung von Strafen zu vereiteln: Weitestgehend wurden die Täter begnadigt. Die Befugnis dazu lag bei Hitler. Durch das Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches vom 1. August 1934 war ihm die Funktion des Reichspräsidenten zugefallen. Paragraph 8 des Reichsstatthaltergesetzes vom 30. Januar 1935 bestimmte schließlich: »Das Gnadenrecht steht dem Führer und Reichskanzler zu. Er übt es selbst aus oder überträgt die Ausübung anderen Stellen mit dem Rechte der Weiterübertragung.« Dazu erging am 1. Februar 1935 ein Hitler-Erlaß, wonach dieser sich die Begnadigung in jedem Einzelfall vorbehalten konnte.⁵²

Tatsächlich wurden die wegen KZ-Verbrechen in Hohnstein Verurteilten durchweg von Hitler begnadigt. Im Laufe des Jahres 1935 fanden zwischen ihm und Mutschmann mehrere Konsultationen statt. Obwohl sich das Reichsjustizministerium gegen eine vollständige Begnadigung der Hohnsteiner SA-Leute sträubte und Hitler anderweitige Vorschläge unterbreitete, schloß sich dieser seinem sächsischen Statthalter an: Ende 1935 war allen Hohnstein-Verurteilten der Gnadenerweis gewährt.⁵³

In der Folgezeit sind Begnadigungen derartiger Täter nicht bekannt geworden. Die Ursache lag auf der Hand: Soweit es wegen dieser Kriminalität überhaupt noch zu Ermittlungen kam, führten sie kaum zu Anklagen, so daß es einer Begnadigung nicht bedurfte. Ursächlich dafür war das unmittelbare Einwirken der Nazi- und der SS auf die justitiellen Verfahren. Am 23. Oktober 1935 verlangte die SS-Führung von der Justiz, über sämtliche Strafverfahren gegen SS-Leute informiert zu werden. Zugleich forderte man von den Staatsanwälten, alle derartigen Akten dem zuständigen SS-Oberab-

schnitt bzw. SS-Gericht vorzulegen, bevor Anklage erhoben oder ein Strafbefehl beantragt wurde.⁵⁴

Schließlich bestimmte Paragraph 3 des »Gesetzes über die Vernehmung von Angehörigen der NSDAP und ihrer Gliederungen vom 1. Dezember 1936«: »Angehörige der NSDAP oder ihrer Gliederungen dürfen als Zeugen nur mit Genehmigung vernommen werden, soweit sie über dienstliche schriftliche oder mündliche Anordnungen, Verhandlungen oder Mitteilungen aussagen sollen, die im Einzelfall von der zuständigen Stelle bei der Bekanntgabe als geheim oder vertraulich bezeichnet worden sind.«⁵⁵ Da außer Frage stand, daß das Geschehen in den Konzentrationslagern geheim zu halten war, wurden so unerwünschte Recherchen über die dort verübten Untaten hintertrieben. Wie perfektioniert die gesetzliche Vereitelung der Strafverfolgung war, bewies die Festlegung, daß die Vorschriften dieses Gesetzes auch auf ausgeschlossene bzw. ausgeschiedene Mitglieder der Naziorganisationen Anwendung fanden.

Kooperation mit Polizei und SS

Gleichwohl befaßte sich die Nazijustiz wiederholt aus ganz anderen Gründen mit den Geschehen in den Konzentrationslagern: Haftentlassene hatten trotz der ihnen auferlegten Schweigepflicht über ihre Erlebnisse berichtet und waren deshalb von Nachbarn oder anderen angezeigt worden. So führte man in Mainz ein Ermittlungsverfahren nach dem Heimtückegesetz⁵⁶ gegen den Bäcker Ludwig Weigeld, der 1933 in Osthofen gequält worden war. Wie der Oberstaatsanwalt am 22. Januar 1935 meldete, mußte die Sache eingestellt werden, »da eine Reihe von Zeugen« die Angaben des Opfers bestätigte, so daß schließlich sogar ein »Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Mißhandlungen im KZ Osthofen« angestrengt werden mußte. Dessen Ergebnis blieb unbekannt, obwohl der Ankläger ausdrücklich betonte hatte: »Das Straffreiheitsgesetz ... kommt nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen nicht in Frage.«⁵⁷

In Bayern stand 1935 ein analoges Verfahren gegen Xaver Kiening an, den man zweimal in Dachau inhaftiert hatte. Da jedoch die dortige Kommandantur jede Stellungnahme zu den Vorwürfen ablehnte, wurden die Akten geschlossen.⁵⁸ Die Gründe für die fehlende Kooperationsbereitschaft seitens der Gestapo und der SS lagen auf der Hand: Das Regime wollte vielmehr diese Entlassenen erneut in die Gewalt bekommen und sie hinter den KZ-Mauern zum Schweigen bringen, als sich den Fährnissen eines Gerichtsverfahrens zu stellen.

51 *IMG*, Bd. 26, S. 380ff., Dok. PS-783.

52 *RGBl.*, 1934, T. I, S. 447, 1935, T. I, S. 65 u. 74.

53 Eine gerechte Ahndung der im KZ Hohnstein verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfolgte schließlich in drei vor dem Landgericht Dresden angestrebten Strafverfahren ge-

gen Paul Arlet und 20 Andere, Kurt Staak und 30 Andere sowie Felix Sikora und 31 Andere. Die Verurteilten erhielten Strafen zwischen einem Jahr und lebenslangem Freiheitsentzug (*Die Haltung der beiden deutschen Staaten zu den Nazi- und Kriegsverbrechen*, S. 35).

54 ZStA Potsdam, Film 55 434.

55 *RGBl.*, 1936, T. I, S. 994.

56 Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuni-

form v. 20. 12. 1934 (*RGBl.*, T. I, 1934, S. 1209).

57 ZStA Potsdam, Film 55 494.

58 Ebenda.

Daß diese Prozeßvereitelung nicht nur lokale Instanzen betrieben, bewies der am 2. Juli 1935 im Reichsjustizministerium eingegangene Goebbels-Brief. Der Propagandachef beschwerte sich, »daß die Justizbehörden heute vielfach noch zu akademisch aus der kühlen Umgebung eines geregelten Gerichtsverfahren heraus urteilten und dabei für das Milieu, aus dem heraus die Taten geschehen« wären, zu wenig Verständnis zeigten.⁵⁹

Dabei war vom preußischen Justizminister schon am 6. Mai 1933 klargestellt worden, wie die Justizorgane der Gestapo in die Hand zu arbeiten hatten. In seiner — auch in der sprachlichen Diktion aufschlußreichen Anweisung — über »Entlassung staatsfeindlicher Personen aus der Untersuchungshaft« hieß es: »In letzter Zeit sind wiederholt Personen, die in staatsfeindlichem Sinne eingestellt sind, aus der Untersuchungshaft entlassen, weil eine Überführung hinsichtlich der ihnen zur Last gelegten Straftaten nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis nicht möglich schien, ein dringender Tatverdacht daher zur Zeit nicht mehr angenommen wurde. Ein derartiges Verfahren widerspricht unter derzeitigen besonderen Verhältnissen vielfach dringenden Interessen des Staates und der Rechtspflege. Es gestattet aktiven volksschädlichen Elementen, ihr staatsgefährliches zersetzendes Treiben ungestört fortzusetzen, und ermöglicht außerdem den Entlassenen, Spuren der Tat zu verwischen oder sich für den Fall späterer Verdichtung des Verdachts weiterer Strafverfolgung durch die Flucht zu entziehen. Die Staatsanwaltschaften werden daher in derartigen Fällen mit besonderer Sorgfalt zu prüfen haben, ob es sich rechtfertigen läßt, das Bestehen eines dringenden Tatverdachts zu verneinen. Ferner ersuche ich diejenigen Justizbehörden, welche die Entlassung anordnen, sich rechtzeitig zuvor mit der zuständigen Polizeibehörde in Verbindung zu setzen und ihr unter Mitteilung, daß die Entlassung des Gefangenen aus der Untersuchungshaft bevorstehe, Gelegenheit zu einer Prüfung zu geben, ob gegen den Beschuldigten Schutzhaft zu verhängen sein wird. Fehlt es hierzu an Zeit, so wird auch in Erwägung zu ziehen sein, ob der Beschuldigte nach Beendigung der Untersuchungshaft der Polizeibehörde unmittelbar zuzuführen sein wird. Entsprechend ersuche ich, vor Entlassung staatsfeindlicher Personen aus der Strafhafte rechtzeitig in gleichem Sinne mit der zuständigen Polizeibehörde Fühlung zu nehmen.«⁶⁰

Diese Order wies den Weg, der in der Folgezeit Zehntausende Justizgefangene in die Konzentrationslager führte. Nachdem der Reichsjustizminister am 18. Dezember 1934 in Hoch- und Landesverratsachen die Meldepflicht für Entlassungen aus der Strafhafte eingeführt hatte, wies er für diese Fälle am 18. Januar 1937 an, daß die bevorstehende Entlassung »den zuständigen Staatspolizeistellen oder Strafpolizeistellen 1 Monat

vor dem Entlassungsdatum mitzuteilen« sei.⁶¹ Die Meldungen erfolgten durch die Strafanstalten, die ihnen einen Führungsbericht des zu Entlassenden beifügten.

Die Anweisung erhärtete, was schon zum Alltag des Strafvollzugs gehörte: Antifaschisten am Tage ihres Strafendes mit allen Förmlichkeiten zu entlassen, während die längst informierte Gestapo bereits vor dem Anstaltstor auf sie wartete, um sie ins Konzentrationslager überzuführen. Dabei funktionierte das Zusammenwirken zwischen Justiz und Gestapo so nahtlos, als handele es sich um die Verlegung von einem Flügel in den anderen innerhalb derselben Anstalt.

Während — von einigen wohl als »Pannen«⁶² zu wertenden Ausnahmen abgesehen — die Überstellung entlassener Strafgefangener an die Gestapo ohne Komplikationen erfolgte, gab es bei der Überantwortung von Untersuchungshäftlingen verschiedentlich Reibereien. So griff die Gestapo auch in jenen Fällen zum Schutzhaftbefehl, in denen Richter die Untersuchungshaft aufgehoben, das Verfahren eingestellt oder Angeklagte freigesprochen hatten. Wo einzelne Gerichte nicht zuließen, daß die Gestapo den Entlassenen noch im Gerichtsgebäude festnahm, erfolgte das anschließend außerhalb. Als sich 1937 sogar ein Senatsvorsitzender des Volksgerichtshofes dagegen verwahrte, daß ein vom obersten Ausnahmegericht Freigesprochener in Schutzhaft überführt worden war, wandte sich die Geheime Staatspolizei an den Reichsjustizminister, der am 21. April 1937 antwortete: »Von Ihrem Schreiben sowie der Erklärung, daß die Verhängung der Schutzhaft nicht als Kritik gegen das freisprechende Urteil des Volksgerichtshofes aufzufassen sei, habe ich dem Präsidenten des Volksgerichtshofes Kenntnis gegeben. Ich habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß nach meiner Auffassung bei dem Charakter der Schutzhaft als einer vorbeugenden polizeilichen Maßnahme zur Vermeidung einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Ausnahmefällen ihre Verhängung auch gegen solche Staatsfeinde geboten sein kann, die in einem gerichtlichen Verfahren mangels Beweises freigesprochen sind.«⁶³

Diese Position bekräftigte Gürtner in der Dienstbesprechung der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte am 23./24. Januar 1939. Dabei zeigten sich die höchsten Justizbeamten des Reiches mit der Gestapo-Praxis einverstanden und hegten nur in Einzelfällen Bedenken.⁶⁴

Letztlich sah sich die Nazijustiz auch noch aus anderen Anlässen mit den KZ-Verbrechen konfrontiert. So gingen Zivilklagen und Strafanzeigen ein, die enthielten, wie Wachmannschaften öfter Häftlinge zum

59 Ebenda.

60 StA Magdeburg, Rep. C 30, Quedlinburg, Nr. 160, Bl. 132 R.

61 ZPA, PSt 3/271.

62 Darüber beklagte sich Best am 27. 8. 1935 in einem Rundschreiben an alle preußischen Staatspolizeistellen (StA Potsdam, Rep. 2 A, Reg. Potsdam, I Pol, Nr. 1190, Bl. 33).

63 ZStA Potsdam, Film 2428.

64 Martin Broszat, Der Staat Hitlers, Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969, S. 298.

Zahlen von Geldsummen genötigt hatten, die zumindest teilweise auch in die Taschen der SA- und SS-Leute gelangten. Vor allem der oldenburgische Regierungspräsident Böhmecker hatte 1933/34 in den dortigen Konzentrationslagern mißliebigen Geschäftsleuten beträchtliche Geldsummen abzwängen und aus Ämtern Entfernten oder konservativen Beamten den Verzicht auf finanzielle Ansprüche (Ausgleichszahlungen, Pensionen) abnötigen lassen. Das rechtfertigte der oldenburgische Innenminister in seinem Schreiben an den Reichsinnenminister vom 29. Januar 1935: Böhmecker sei »dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß die Zahlung einer Geldsumme gegenüber der Haft ein geringeres Übel darstelle und im einzelnen Falle zur Sicherung eines Wohlverhaltens des Schutzhäftlings ausreichen kann.«⁶⁵

In einem Schreiben an Göring vom 11. April 1935 wies Best die Entschädigungsansprüche des im KZ Stettin-

65 Stokes, Kleinstadt . . . , S. 551 ff., Dok. IV/6 C4. IV/gA. — Aufschlußreich ist der dort geführte Nachweis, in welchem Maße erpreßte Summen zur Finanzierung der Konzentrationslager beitrugen. Nach dem Hauptbuch 1933/34 der Landes-

kasse Eutin wurden auf das Konto »Schutzhaftkosten« zwischen dem 7. Juli und dem 22. Dezember 1933 insgesamt 10188,75 RM eingezahlt. Davon resultierten 8640,— RM aus als Bußen und Kautionen deklarierten Zwangsgeldern.

Bredow mißhandelten Kaufmanns Wolmann wegen des Verlusts seines Geschäfts in Höhe von 75000 RM zurück. Nur 9000 Mark wollte Best dem Kaufmann zugestehen, die diesem abgepreßt und für das Konzentrationslager verwendet worden waren.⁶⁶

Mehrere der so Geschädigten wandten sich nach geraumer Zeit an die Justiz. Während die Strafanzeigen wegen der ihnen abgezwungenen Gelder praktisch erfolglos blieben, gab das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg am 15. Oktober 1936 einer Klage des ehemaligen Bürgermeisters von Eutin, Otto Stoffregen, statt. Im Gegensatz zum Landgericht Lübeck erklärte es einen im Konzentrationslager abgepreßten Verzicht für rechtsunwirksam. Nachdem Böhmecker diese Entscheidung gegenüber dem Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Roland Freisler, als »bedauerliche Schlappeheit« ausgelegt und sich das Reichsinnenministerium in ähnlicher Weise geäußert hatte, hob das Reichsgericht am 7. September 1937 das Hamburger Urteil wieder auf und segnete damit die Pression höchst-richterlich ab. Wer immer in den Konzentrationslagern Verbrechen verübte — er durfte darauf vertrauen, bis zu den obersten Instanzen der Nazijustiz auf Verständnis und Rückendeckung zu stoßen.⁶⁷

66 Aronson, S. 234f.

67 Stokes, Kleinstadt . . . , S. 576.

Ungebrochener Kampf

Soweit gegenwärtig feststellbar, handelten Kommunisten energischer als andere aus politischen Gründen Inhaftierte. Durch die Konzentrierung in einigen wenigen Lagern konnten sie die 1933/34 gewonnenen Erfahrungen austauschen und ihren Widerstand den veränderten Bedingungen anpassen. Die kleinere Zahl der Gefangenen förderte deren Gemeinschaftsgeist, Solidarität und politische Aktivitäten.

Gefestigte Organisation

organisierte Hilfe

Motor und Zentrum des Widerstandes bildeten nach wie vor die konspirativen Leitungen. In Esterwegen gehörten dem »Lagerkopf« zunächst Theodor Neubauer und Alfred Lemnitz, später Bernhard Bästlein, Robert Neddermeyer, Folkert Portrikus, Otto Schlag und Hubert Serve an. Ihnen zur Seite standen unter anderem Ernst Saalwächter, Heinz Werger und Karl Wloch. Sie vereinte, wie Wloch erläuterte, »nicht nur ein tiefes Bedürfnis nach politischer Aussprache und Zusammentragen aller Nachrichten über die innen- und außenpolitische Lage, sondern (sie) wollten auch entsprechend handeln. Sie fühlten sich weiterhin als Funktionäre und ihrer Partei verpflichtet. Sie sahen es als ihre Pflicht an, eine einheitliche Führung der politischen Häftlinge und damit des Lagers sicherzustellen.« In der Lichtenburg standen Ottomar Geschke, Albert Kuntz (bis Februar 1935), Theodor Neubauer und Walter Stoecker an der Spitze, »ein Kollektiv hervorragender Führer der Arbeiterklasse, gut geschult, kampferfahren, unerschrocken und in allen Situationen klug und besonnen reagierend«, urteilte Walter Kramer, damals Anhänger der sogenannten Schwarzen Front, die von Hitler abgefallen war. Ingeheim traf die Leitung wöchentlich zusammen, gedeckt durch die erste Kompanie, in der sich 95 Prozent politischen Häftlinge befanden. Von weiteren Funktionären wie Walter Brachmann, Ernst Grube, Herbert Meyer, Max Herm und Paul Woitkowski leiteten einige die nach ihren Heimatorten gegliederten Gruppen der inhaftierten Kommunisten. Gotthard Feist erklärte darüber: »Es gab auf der Lichtenburg ein gut funktionierendes illegales Lagerkollektiv. Für alle Bezirke, aus denen sich die Lagerinsassen zusammensetzten, wurde ein Verantwortlicher vom Genossen Walter Stoecker eingesetzt. Ich wurde

für die Genossen aus dem Bezirk Halle-Merseburg verantwortlich gemacht.«¹

In Hamburg-Fuhlsbüttel mußte die Gestapo feststellen, daß z. B. Wilhelm Hagen »sein kommunistisches Benehmen und Treiben auch in der Gemeinschaft im KZ-Lager insoweit fortsetzte, als er und andere Mitgefangene die dortigen Insassen laufend in kommunistischem Sinne instruierten«. Hagen wurde vor Weihnachten 1935 verhört und beging am 3. Januar 1936 angeblich Selbstmord. In der Schutzhaftabteilung in München-Stadelheim erwies sich nach den Worten eines Gestapo-Berichtes von Ende 1935 Centa Beimler als »Wortführer der anderen Schutzhaftgefangenen und hetzte unter der Maske einer harmlosen Frau ihre Mitgefangenen in versteckter Weise auf«. Gleichfalls bestand in Moringen eine illegale Leitung, wie die Frau Hans Beimlers mitteilte. In Sachsenburg gehörten Hugo Gräf und Alfred Röhrich zu dem konspirativen Kopf. Sie trafen sich mit anderen, gedeckt durch weitere Häftlinge, heimlich in der Schuhmacherwerkstätte. Die Leitung, hieß es in einer zeitgenössischen Würdigung, war »die Stelle, von der aus alle Maßnahmen politischer Art für alle Häftlinge bestimmt wurden. Dort liefen auch alle Fäden der Nachrichten über Spitzel, Denunzianten, über Vorgänge und Stimmungen in der SS und der Lagerleitung zusammen.« Sie organisierte zugleich die Schulungsarbeit unter den politischen Gefangenen. Alfred Röhrich wurde am 18. März 1936 ermordet.²

Die Häftlinge diskutierten nicht nur die offiziellen Nachrichten, die zu ihnen drangen, sondern ebenso die konspirativen Informationen, beispielsweise aus der Zeitschrift der Roten Hilfe, »Tribunal«, die unter anderem Xaver Stützinger auf illegalem Wege nach Dachau bekam. Er wurde am 11. Mai 1935 im dortigen Bunker umgebracht. In Sachsenburg bildeten eine Quelle der zusätzlichen Information Radiosendungen, die Leonhardt Landowski heimlich abhörte, wenn er das Zimmer von SS-Führern reinigte. Und in der Lichtenburg empfing Max Herm mit Ernst Grube jede Nacht über das in der Zelle verborgene kleine Rundfunkgerät den Moskauer Sender. Sie gaben wichtige In-

1 Gegen Imperialismus . . . , S. 53 (Bericht von Alfred Lemnitz); Karl Wloch, Das war Esterwegen 1935/36, in: Die Weltbühne v. 29. 5. 1963; Emendörfer, S. 97f.; Perk, S. 21; ZPA, EA

1222, V 241/58 u. EA 1782; Drobisch, Lichtenburg, S. 43. 2 ZPA, St 3/157; Elling, S. 108; Die neue Weltbühne v. 2. 4. 1936; Das Lied . . . , S. 38 u. 47.

formationen jeweils am nächsten Tag an die illegale Leitung weiter.³

Auf diese Weise hörten sie Auszüge aus dem Referat Georgi Dimitroffs auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und erfuhren danach von der Brüsseler Konferenz der KPD. Geschke, Stoecker und Woitkowski überlegten, wie die Resolution und das Manifest zu erlangen seien. Mit Hilfe einer Verbindung über die Lagerwäscherei konnten sie von einer durch Stoecker genannten Berliner Adresse beschafft und in die Lichtenburg geschmuggelt werden. »Die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz«, informierte er im Februar 1937 Erich Krüger die KPD-Führung, »erhielten wir im März 1936 in Form eines Heftchens über »Blumenpflege im Zimmer.« Einige Gefangene bekamen die Parteibeschlüsse im Wortlaut und berichteten darüber in den illegalen Gruppen. Kernfragen der Diskussion bildeten die Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die Verbreiterung der Bewegung gegen den Faschismus, der Kampf um demokratische Rechte und die Ziele des antifaschistischen Kampfes, des weiteren Agitations- und Propagandamethoden der Partei und die illegale Arbeit in Naziorganisationen. Einige Probleme lösten längere Debatten aus, auch mit SPD-Mitgliedern, die sich nach der Beseitigung der Nazidiktatur wieder einen Staat wie die Weimarer Republik vorstellten. »Politische Diskussionen waren nicht nur häufig«, faßte die geheime Mitteilung an die KPD-Führung zusammen, sondern auch »frei und offen und standen vor allem auf ziemlich hohem Niveau. Hierbei ist zu betonen, daß unsere früheren Spitzenfunktionäre eine hohe Autorität bei den Häftlingen besaßen wie denn überhaupt alle wichtigen Begebenheiten (Vorbereitung der Märzwahl, Abstimmungsergebnis in der französischen Kammer, Brüsseler Konferenz usw.) von den zuverlässigsten Genossen besprochen und zur Diskussion vorbereitet wurden.« Auch in Esterwegen werteten Häftlinge den VII. Weltkongreß und die Brüsseler Konferenz aus. Der Frankfurter Kommunist Max Emendörfer erinnerte sich: »Jede Nachricht von diesen beiden wichtigen Ereignissen hatten wir begierig aufgegriffen. Ja, es entsprach auch unseren Erfahrungen und Vorstellungen, wenn dort festgestellt worden war, daß sich alle Hitlergegner zur antifaschistischen Volksfront zusammenschließen müßten, zum Kampf gegen die braune Diktatur, zur Rettung der Nation! ... Und so wie wir in den Konzentrationslagern ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit zusammenhielten, so sollten, so mußten überall die Menschen zum Kampf gegen die faschistische Diktatur gewonnen werden, wenn man das Leben erhalten, die Menschlichkeit retten wollte, vor denen, die den Fortbestand der Nation bedrohten.« Angesichts der Orientierung auf demokratische Verhältnisse erhoben sich bei der Diskussion auch andere Stimmen: »»Und unsere Revolution?« fragten viele der

Genossen. »Wofür haben wir denn gekämpft? Warum sind wir denn hier? Ja, es tauchte hin und wieder sogar das Wort Opportunismus auf, gebraucht von jenen, die meinten, die sozialistische Revolution sei nun abgeschrieben. Doch die praktischen Erfahrungen jedes einzelnen von uns sorgten schnell dafür, Klarheit zu schaffen. Natürlich kämpften wir Kommunisten nach wie vor für die sozialistische Revolution. Doch wollten wir sie nur mit uns und für uns Kommunisten machen? Nein! Wenn wir die Massen führen, sie aus dem Lügengespinnst nationalsozialistischer Parolen befreien wollten, mußten wir ein Ziel stellen, das allen verständlich, das allen erstrebenswert, das allen erreichbar war. Und das konnte nach dem Sturz der faschistischen Diktatur nur die antiimperialistisch-demokratische Ordnung sein. Danach erst durften wir das nächste Ziel stecken auf dem Weg zu einer kommunistischen Gesellschaft.«⁴

In Esterwegen überbrachte Karl Wloch Carl von Ossietzky die Nazizeitungen mit Kommentaren der illegalen Leitung, insbesondere von Bernhard Bärtlein. Der parteilose Publizist hatte sich bis zu seiner Überführung in die Lichtenburg dem Kommunisten Theodor Neubauer angeschlossen und Ende 1934 gegenüber den SPD-Funktionären Theodor Haubach und Julius Leber den Gedanken der Aktionseinheit vertreten. Nun, im Frühjahr 1936, äußerte er im Gespräch mit Bärtlein, als dieser ihn über die Volksfront in Frankreich unterrichtete: »Die hätten wir bei uns haben müssen.« Bei ihren Diskussionen stimmten der Kommunist und der linke Kriegsgegner überein, daß das Naziregime in wenigen Jahren einen Krieg anzetteln werde, der sich vor allem gegen die Sowjetunion richten werde. In erster Linie käme es auf das deutsche Volk an, die Kriegspläne zu durchkreuzen.⁵

Auf Grund solcher politischer Ansichten bildete sich in Esterwegen eine Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, darunter Haubach und Leber, heraus, die den Widerstand hinter dem Stachel-draht förderte und stärkte. In Dachau holte beispielsweise von Kommunist Neusinger den neueingelieferten Sozialdemokraten Martin Albert aus der Kiesgrube heraus und brachte ihn in der Schlosserei unter. Kurt Schumacher, den Kommunisten sofort nach seinem Antransport vom Heuberg in das Dachauer Krankenzimmer gebracht und gesund gepflegt hatten, verhalfen sie zu einem Posten in der Lagerbücherei. Der sich um Schumacher sammelnde Kreis von etwa 25 Sozialdemokraten traf und besprach sich zwar auf der Lagerstraße. Doch trat er in der Dachauer Häftlingsgemeinschaft zunächst nicht oder kaum in Erscheinung.⁶

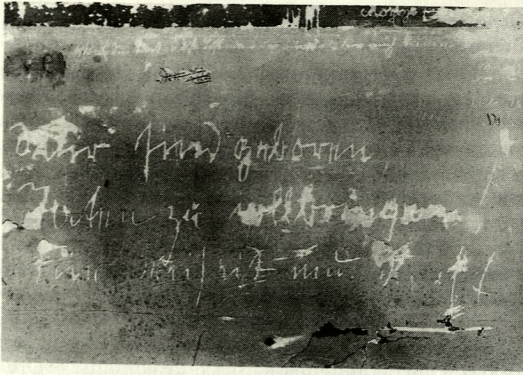
3 Nazi-Bastille ..., S. 91f.; ZPA, V 241/46; Max Herm, Wir hörten Radio Moskau im KZ Lichtenburg, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks, 1974, H. 1, S. 72f.

4 ZPA, I 6/3/301 u. EA 1202;

5 Wloch; Frei S. 228 u. 251f.

6 Dok.-Zentrum, KZ und Haft-

anstalten, Esterwegen, Nr. 16, Bl. 27f.; »Halts Maul ...«, S. 155f.; Behning, S. 42, Göhring, unpag.



Zelleninschrift von Häftlingen des KZ Lichtenburg:
»Wir sind geboren, Taten zu vollbringen! Für Freiheit und Recht«

Kommunisten wandten sich auch an ihnen politisch Fernerstehende, zum Beispiel in der Lichtenburg Max Herm an Walter Kramer von der »Schwarzen Front«. Der erinnerte sich: »Ich hatte zu Max Herm von der ersten Minute an volles Vertrauen, und bald ergab sich zwischen uns ein Verhältnis, als würden wir uns schon sehr lange kennen ... Ich berichtete offen und rückhaltlos über unsere Aktion und über meine bisherige politische Tätigkeit. Max kam zunächst nicht aus dem Kopfschütteln heraus über die Ungereimtheiten und Zickzackwege meiner Entwicklung, doch dann diskutierte er gründlich und geduldig mit mir. Ich muß sagen, in wenigen Wochen und in der verhältnismäßig kurzen Zeit, die für Gespräche zur Verfügung stand, gewann



KZ Lichtenburg. »Singende Pferde«, SS-Aufnahme von Walter Kramer aus dem Lager geschmuggelt

ich eine Reihe entscheidender Erkenntnisse, mir gingen »Talglichter« in Massen auf. Vor allem begriff ich jetzt den Zusammenhang vieler Erscheinungen, ich erhielt sozusagen eine konzentrierte Lektion im dialektischen Denken. Die harte und oft grausame Wirklichkeit unseres KZ-Alltages beschleunigte den Klärungsprozeß erheblich.«⁷

Die konspirative politische Arbeit in den Konzentrationslagern konnte ausgedehnt und vertieft werden, als es die aktivsten Kräfte verstanden, im Lagergetriebe weitere Positionen zu erlangen. Dadurch ließen sich nicht allein manche heimliche Betätigung bemänteln und Zusammenkünfte besser tarnen. Vor allem wuchs die Ausstrahlungskraft und Autorität der Kommunisten. Denn sie nutzten alle sich bietenden Möglichkeiten, das Leben der Gemeinschaft der Schutzhäftlinge zu erleichtern und dem Lageregime Paroli zu bieten. Im KZ Lichtenburg beispielsweise wirkten Ottomar Gesche als Vorarbeiter in der Schlosserei, Ernst Grube in der Tischlerei, Max Herm in der Elektrowerkstatt und Otto Gieselmann in der Bekleidungskammer, der parteilose Rechtsanwalt Hans Litten in der Buchbinderei. Der SPD-Funktionär Carlo Mierendorff bekleidete ab Februar 1936 den Posten eines Korporalschaftsführers. In Sachsenburg standen unter anderem die Kommunisten Kurt Fischer der mechanischen Werkstatt, Otto Hermann der Schuhmacherei und Hans Scheller der Buchbinderei vor. Als im Frühjahr 1935 die SS befristete Vorbeugungshäftlinge, also Kriminelle, in größerer Zahl nach Esterwegen brachte, übertrug sie ihnen alle Lagerfunktionen, auch die des Lagerältesten, und versuchte, die kriminellen gegen die politischen Gefangenen auszuspielen. Der illegalen Häftlingsleitung gelang es jedoch nachzuweisen, daß die Kriminellen sich aus Lagerbeständen bereicherten, worauf etwa Ende des Jahres an ihre Stelle wieder politische Gefangene traten. »Die zielbewußte Arbeit der Häftlingsorganisation«, erklärten Karl Wloch, »die von Kommunisten geführt wurde, setzte politisch zuverlässige und moralisch starke Kameraden in wichtige Lagerfunktionen wie Lagerälteste, Blockälteste, Arbeitskommandoleiter usw. ein.«⁸

Ständige Solidarität

Als erstrangige Aufgabe, wie aus Sachsenburg mitgeteilt, wo der Stahlhelm-Angehörige Albert Müller als Häftlingsfeldwebel neuen Gefangenen half, galt es überall »vor allem das Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Häftlingen zu stärken.«⁹ Das drückte sich in erster Linie in den bewährten Formen der Solidarität aus. Sie setzte meist schon bei der Ankunft neuer Gefangener ein. In

7 ZPA, EA 1782.

8 Ebenda, u. 6/3/301; *Deutschland-Bericht* ... v. Mai 1937, S. A 110; *Das Lied* ... S. 38; *Gegen*

Imperialismus ... S. 53 (Bericht von Lemnitz); *Wloch; Emdendorfer*, S. 98.

9 *Walther; Das Lied* ... S. 39.

Esterwegen erkundigten sich Beauftragte der illegalen Organisation, welche Häftlinge woher kamen, und nahmen sich der politischen Gefangenen an. Bereits im Zugangsblock erhielten sie Kaffee und wegen der Schikanen und Mißhandlungen bei der Einlieferung Massagen. Ähnlich überstanden neue Häftlinge in der Lichtenburg und in anderen Lagern den »Empfang« durch SS-Leute durch die solidarische Hilfe ihrer Kameraden. Im Saal A 2 in Fuhlsbüttel, wo Willi Rumstich Stubenältester von 30 politischen Häftlingen war, halfen sie Zugängen aus Einzelhaft beim Bettenbau und mit Nahrungsmitteln. Aus Dachau schilderte Ludwig Wörl, wie er nach neun Monaten Arrest, davon sieben im Dunkel, der nach der Einlieferung über ihn verhängt worden war, durch Mitgefangene »wieder auf einen Normalzustand gebracht wurde«. In Sachsenburg fand sich sogar ein Weg, in den Bunker Geworfene zu unterstützen. Gefangene entdeckten, »daß einer der Saugrüssel der (demontierten – d. Verf.) Entlüftungsanlage über den Arrestzellen endete. Durch diese Röhre versorgten wir unsere Häftlinge, soweit wir dazu in der Lage waren, regelmäßig.« In Fuhlsbüttel konnten Häftlinge ihre Aussagen untereinander abstimmen und noch nicht Verhaftete vor dem Gestapo-Zugriff bewahren, indem sie durch Lüftungsschächte und über Mitgefangene durchgaben, was ihnen vorgeworfen wurde und wie sie darauf reagierten.¹⁰

Das Gebot der Solidarität galt nicht allein gegenüber Neueingelieferten oder Arrestanten, sondern während der ganzen KZ-Zeit. Aus Moringen erinnerte sich Centa Beimler: »Wir waren sieben in einer Viermannzelle, und wir waren so eine verschworene Gemeinschaft. Das bringt natürlich mit sich, daß man Freud und Leid teilt. Zum Beispiel haben wir eine Genossin gehabt, die war nicht verheiratet und hat ein uneheliches Kind gehabt. Der Junge ist in eine Anstalt gekommen, und sie hat sehr unter der Trennung von ihrem Kind gelitten und war oft sehr niedergedrückt, obwohl sie sonst ein fröhlicher Mensch war. Wenn Briefe oder andere Anlässe sie niedergedrückt haben, dann haben wir halt versucht, sie wieder aufzuheitern, und das ist uns auch immer gelungen. Und diese solidarische Gemeinschaft hat uns die Haftzeit leichter ertragen lassen. So war es auch mit den Paketen, die wir von draußen bekommen haben. Meine Mutter wäre nicht mehr in der Lage gewesen, mir einmal ein Paket zu schicken; aber die Solidarität draußen, die hat das möglich gemacht, daß sie doch ab und zu einen Kuchen hat backen können und irgendetwas kaufen für uns, das sie dann sofort geschickt hat, während sie selbst größtenteils vom Essen in der Suppenschule gelebt hat. Aber andere Mitgefangene haben öfter etwas von zu Hause bekommen; alles bis ins letzte Krümchen ist dann solidarisch geteilt worden.«

So wie hier handelten die Häftlinge in anderen Lagern. In Esterwegen beschuldigte deswegen ein SS-Führer sie der »Roten Hilfe«. Doch der Barackenälteste Heinz Wergen antwortete ihm, Naziparolen ausnutzend: »In den Zeitungen steht doch immer, daß Gemeinnutz vor Eigennutz steht.« Und: »Draußen gibt es doch auch eine Winterhilfe.« Als zudem noch bewiesen werden konnte, daß nicht allein Kommunisten brüderlich unter sich teilten, blieb die Anschuldigung ohne Folgen.

Häftlingsfunktionäre brachten Gefährdete besonders in weniger auffälligen Arbeitskommandos unter, so den Sozialdemokraten Ernst Heilmann in der Esterwegener Bekleidungskammer. Oft traten Gefangene für andere ein. Als in Fuhlsbüttel bei einer Kollektivstrafe alle, vor allem ältere Häftlinge »fertiggemacht« werden sollten, gaben sich zwei Jüngere als Schuldige aus und nahmen die Einzelhaft auf sich. Aus Sachsenburg würdigte Pfarrer Georg Walther »die herzlichste Kameradschaft« der dortigen Kommunisten, Sozialdemokraten, Stahlhelm-Angehörigen und Bibelforscher, »die mir die Arbeit erleichterten, wo sie konnten, und mich bald – wie auch später die anderen Pfarrer – mit ihren häuslichen und sonstigen Nöten und Sorgen bekannt machten. Es ergaben sich daraus einzelne Freundschaften, etwa mit Albert Müller . . ., und später allerlei Besuche von alten KZ-Kameraden in meiner Leipziger Wohnung.«

Auch die moralische Hilfe ließ sich nicht gering schätzen, wie ein Gefangener aus Sachsenburg betonte: »Es war manchem Häftling anzusehen, wenn er abends in einen Winkel stierte, daß er nicht mehr weiter konnte. Hier zeigte sich wieder die gute Arbeit des Lagerkomitees. Immer wieder gingen einige dazu bestimmte Genossen zu den Mutlosen, richteten sie auf und sprachen ihnen neuen Mut zu. Diese Arbeit hat vielleicht manchen von einem verzweifelden Schritt zurückgehalten und vielen neue Kraft gegeben.«¹¹

Besonderes Augenmerk widmeten politische Häftlinge ihren schwächeren Kameraden, wie in Esterwegen Carl von Ossietzky. Solange er mit den Moorkolonnen ausrücken mußte, nahmen sie ihn in ihre Mitte, um ihn vor Mißhandlungen zu schützen und beim Rückmarsch zu stützen. Aus demselben Grund holte der Vorarbeiter der Maler ihn zu sich. Und er erfuhr Hilfe, als er im Krankenrevier lag. Kurz: »Alle wetteiferten, ihm einen Liebesdienst zu erweisen«, wie es in einem zeitgenössischen Bericht hieß, der – wenn er nicht Helfer gefährden wollte – keine Details anführen konnte.¹²

Und der so Betreute gab auf andere Weise seinen Kameraden ein Beispiel, nicht nur, indem er seine Pakete mit ihnen teilte, sondern vor allem durch seine Ungebrochenheit. »Nie, nicht ein einziges Mal, nicht im schwersten Augenblick, selbst an der Grenze der ertragbaren körperlichen Qualen«, so hob ein Tischgenosse hervor,

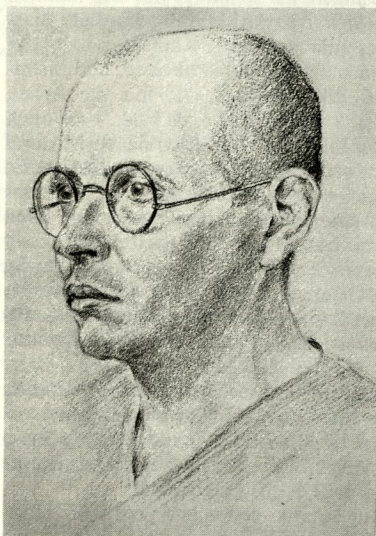
10 Wloch; Emendörfer, S. 94; Walther; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Esterwegen, Nr. 15, Bl. 25; ZPA, EA 1222 u.

EA 1258; Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel, S. 34; Das Lied . . ., S. 39; Bringmann/Diercks, S. 73.

11 Distel, Schatten, S. 30f.; Wloch; Emendörfer, S. 94; Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel, S. 35; ZPA, EA 299; Das Lied . . ., S. 39.

12 Bringmann/Diercks, S. 76f.; Frei, S. 238ff.; Wloch; Deutsche Mitteilungen v. 7. 5. 1938.

»verlor er seine seelische Haltung. Seine Hände zitterten zwar, wenn er sich eine Zigarette anzünden wollte, aber nie zitterte er vor den Nazis, nie erniedrigte er sich, um damit seine Lage zu erleichtern. Und unter dieser Bedingung wäre das für ihn leicht möglich gewesen.« Schon von Mißhandlungen und Krankheit gezeichnet, blieb Ossietzky klardenkend und weitblickend. »Ob wir überleben, ist weder sicher noch die Hauptsache«, überlieferte Karl Wloch eine seiner Äußerungen, die bis in die Gegenwart greift und künftig gilt. »Wie man aber später von uns denken wird, ist so wichtig wie, daß man an uns denken wird. Darin liegt auch unsere Zukunft. Danach müssen wir leben, solange wir atmen. Ein Deutschland, das an uns denkt, wird ein besseres Deutschland sein.«¹³



Hans Litten

In der Lichtenburg entstand um Hans Litten eine »Kartoffelpuffergenossenschaft« für Kameraden ohne Geld. Die sich darin ausdrückende Grundposition umriß Walter Kramer: »Die entscheidende Voraussetzung, um in den Kerkern des Nazisystems zu bestehen und eventuell zu überleben, war die Solidarität unter den Häftlingen. Die feste Gemeinschaft eines starken Kollektivs, wie das in der 1. Kompanie in Lichtenburg, gab jedem ein gewisses Gefühl der Geborgenheit und die Grundlage, um den physischen und psychischen Druck des Terrorsystems standzuhalten.« In die Unterstützung wurden die im Frühjahr 1935 in Konzentrationslager geworfenen Geistlichen einbezogen, ein weiteres Zeichen von der gefestigten Kameradschaftlichkeit und der wachsenden antifaschistischen Bündnispolitik. Pfarrer

Georg Walther berichtete aus Sachsenburg: »Es gab sofort eine großartige und selbstverständliche Hilfsbereitschaft.«¹⁴

Diese nicht zögernde Hilfe bewährte sich besonders gegenüber Verletzten und Kranken aufopferungsvoll. Beispielsweise entfernte im KZ Sachsenburg der Häftlingsarzt Dr. Hans Serelman bei Alfred Röhrich die Knochensplitter aus der zerschlagenen Mittelhand und versorgte ihn während einer eitrigen Mandelentzündung. Danach mußte er einen weiteren operativen Eingriff am linken Arm vornehmen. Als der Lagerarzt Gebhardt dem gefangenen Mediziner untersagte, die Kranken zu behandeln und ihn aus dem Revier verwies, pflegten andere Kameraden den schwerkranken Röhrich. Schließlich mußte ein Krankenhausarzt bei ihm schwere Knochentuberkulose feststellen. Wie Serelman tat der Zwickauer Arzt Simon nach Gefangenenerichten alles, um das Los der kranken und verletzten Mithäftlinge zu erleichtern. Darüber hinaus suchte der eingekerkerte Arzt auch, den anderen Gefangenen zu helfen. So verteilte er einmal nach Absprache mit der illegalen Lagerleitung Tabletten, die Brechreiz und Durchfallerscheinungen hervorriefen. Der Mediziner erklärte sie gegenüber der Kommandantur mit schlecht zubereitetem und verdorbenem Essen und erreichte, daß eine Zeitlang die Gefangenenvspflegung etwas besser wurde. In Esterwegen nahmen sich die Arbeitersamariter Willi Klangwart, Walter Lembcke und Heinrich Schmiedermann kranker und verletzter Kameraden an, leisteten erste Hilfe und organisierten einen Sanitätsdienst.¹⁵

Kulturelle Kraftquellen

Auch bei der kulturellen und der Bildungsarbeit zeigte sich die Ungebrochenheit politischer Häftlinge. In Fuhrsbüttel beispielsweise trug Wilhelm Hagen oftmals abends selbstverfaßte Gedichte vor, darunter auch über das KZ Fuhrsbüttel. Eines betitelte sich: »Auch du bist im Ko-La-Fu gewesen.« Aus der Lichtenburg bestellte Hans Litten bei seiner Mutter Bücher. Sie bekam sie, wenn sie erzählte, wofür sie bestimmt seien, teilweise von Buchhändlern geschenkt. Ihr Sohn machte sie wohl Mithäftlingen zugänglich und gab ihnen aus den Beständen der Bibliothek, die ihm als Verantwortlichen der Buchbinderei unterstand, gute Empfehlungen. Als bei einer Durchsuchung eine illegale Schrift gefunden wurde, mußten alle Bücher abgeliefert werden.

Litten selbst trug auf einer Veranstaltung das Gedicht »Die Gedanken sind frei« vor, »ein Gedicht«, berichtete ein Teilnehmer der Mutter, »das in dieser Umgebung eine oppositionelle, nein eine revolutionäre, eine zündende Wirkung bekam. Für uns war dieses Erlebnis – ein Erlebnis! Persönlicher Mut gehörte dazu, und der

13 *Der Gegen-Angriff* v. 12. 7. 1935; Wloch.

39

14 ZPA, EA 1782 u. St 62/2/29. 2. 4. 1936; *Das Lied* . . . , S. 37f.; 15 *Die neue Weltbühne* v. Perk, S. 85.

hat ihn schließlich, weil er innerlich nicht gebrochen war, bei den Nationalsozialisten so verhaßt gemacht.«

Die Weihnachtsfeier 1934 in der Lichtenburg prägte sich aus gutem Grund Walter Kramer ein: »Die Feier fand nach meiner Erinnerung am Nachmittag des ersten Feiertages in unserem Aufenthaltsraum statt. Alle Tische waren an die Wände gerückt und übereinandergestellt worden, damit viel Raum gewonnen wurde. Um eine kleine freie Fläche an der Fensterseite saßen wir gedrängt auf unseren Bänken, die erste Reihe war freigelassen für die SS... Das Programm der Weihnachtsfeier war von den mir unbekannten Organisatoren bewußt nicht auf Feierlichkeit und Rührseligkeit ausgerichtet worden. Versteckter Humor, geschickt gezielte Satire und Optimismus bestimmten Inhalt und Ablauf... Vom eigentlichen Programm ist mir noch erinnerlich, daß eine große Leinwand mit einer Reihe skizzierter Moritatenschilder entrollt wurde. Ein Sprecher trat auf und erklärte mit viel Witz die Bilder, die sich alle auf Burgen bezogen, auf Sonnenburg, Lichtenburg, Papenburg, Oranienburg und Sachsenburg – lauter KZ's! Ein Bild zeigte einen Stacheldraht, der an zwei Isolatoren befestigt war, er symbolisierte den elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun auf den Umfassungsmauern der Lichtenburg – natürlich auch der anderen »Burgen«. Nach diesem Moritatenerklärer war das die »Lagerleitung«. In dieser Moritatenschau wurden die Zustände in den KZ's ironisch und humorvoll kritisiert, es war gutes Kabarett, was da geboten wurde. Manches war recht »starker Tobak«, und wir waren sehr gespannt, wie (der SS-Kommandant – d. Verf.) Schmidt reagieren würde. Im Prinzip reagierte er gar nicht; mit dem gleichen undurchdringlichen Gesicht, mit dem er gekommen war, verließ er den Raum... Uns gab die Veranstaltung neue Kraft. Wir hatten unsere Überlegenheit als denkende und klug taktierende Menschen in dieser Atmosphäre der Erniedrigung und Unmenschlichkeit bewiesen.«¹⁶

In Esterwegen mußten auf Anweisung der Lagerführung der Kabarettist Werner Finck und eine kleine Gruppe Pfingsten 1935 eine Veranstaltung durchführen. Sie taten es, wie ein Häftling betonte, »weil die Kumpel trotz aller Schikanen den Alltag einmal vergessen wollten und Mut für die Zukunft brauchten. Ja, es wurde manchmal gelacht. Trotz alledem.« Und Werner Finck erinnerte sich: »Kameraden, begann ich – heiter, wie mein Beruf es verlangt –, »Kameraden, wir wollen versuchen, euch heute etwas zu erheitern. Unser Humor wird uns dabei helfen. Wir haben ihn behalten. Obwohl wir Humor und Galgen noch nie so dicht beieinander erlebt haben. Die äußeren Umstände kommen unserem Vorhaben nicht gerade entgegen. Wir brauchen nur auf die hohen Stacheldrahtzäune zu blicken, elektrisch geladen und hochgespannt. Wie eure Erwartungen. Und die Wachtürme, die alle unsere Regungen registrieren. Mit entscherten Maschinengewehren. Aber diese Ma-

schinengewehre können uns nicht imponieren, Kameraden! Weil wir unsere Kanonen bei uns haben, jawohl, Stimmungskanonen! Zum Beispiel Walter Gross! Ganz groß. Schieß los, Walter!« (Langer Applaus).« Weiter erklärte Finck: »Ihr werdet euch bestimmt wundern, wieso wir so munter und fröhlich sind. Nun, Kameraden, das hat seine Gründe: In Berlin waren wir es schon lange nicht mehr. Im Gegenteil. Immer, wenn wir da aufgetreten sind, hatten wir ein unangenehmes Gefühl im Rücken. Das war die Furcht, ins KZ zu kommen. Und seht ihr, jetzt brauchen wir keine Angst mehr zu haben: Wir sind ja drin!« Über die Reaktion bei SS-Leuten fügte der Kabarettist hinzu: »Prima habt ihr eure Sache gemacht«, sagten sie (zwei Angehörige der Lagerführung – d. Verf.). »Klasse! Aber warum habt ihr nicht ein bißchen von dem gebracht, was euch hierher gebracht hat?« Wir wollten schwören, daß wir in Berlin nicht ein bißchen mehr gesagt hätten. »Das wird bestimmt ein Meined«, lachte der eine von ihnen uns aus und schlug mir dabei scherzhaft mit seiner Reitpeitsche auf den Rücken.«

Eine weitere Form, sich aufzurichten und zu stärken, war der Unterricht. Hans Litten unterwies in der Lichtenburg Mitgefangene unter anderem anhand mathematischer Lehrbücher. Ebenso konnte in Dachau ein Braunschweiger Lehrer in der Baracke der Strumpfstopfer etwa 40 Häftlinge unterrichten. In Fuhlsbüttel fand ein Kursus statt, an dem immer 10 bis 15 politische Gefangene teilnahmen.¹⁷

Anklagen und Trauer

Dem kämpferischen Geist der politischen Häftlinge entsprachen die Anklagen gegen das KZ- und damit gegen das Naziregime. Bei Ermittlungen der Osnabrücker Staatsanwaltschaft sagte in Esterwegen am 6. September 1934 Heinrich Schmidt über die Mißhandlungen an Johannes Bremer aus und fügte ähnliche eigene Erlebnisse aus Sonnenburg an. Am folgenden Tag bezeugte Theodor Neubauer, daß der ehemalige Kommandant Remmert und einige seiner Untergebenen Häftlinge, darunter Hans Litten, geschunden und geschlagen sowie drei Gefangene gezwungen hatten, ihr Grab zu schaufeln. Ausführlich berichtete der Fabrikant Siegfried Sachsenröder, was er als Schreiber im Lagerlazarett an Mißhandlungen sah und wie er den Mordanschlag auf Bremer erlebte. Auf die derzeitige Lagerführung gemünzt, unterrichtete er den vernehmenden Staatsanwalt über die offiziell vollzogenen Prügelstrafen. Ähnlich sagte über ein Dutzend weiterer Gefangener aus. In gleicher Art klagten später andere

16 Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel, S. 35; Litten, S. 158ff. u. 186; ZPA, EA 1782.

17 Bringmann/Diercks, S. 77; Werner Finck, Sie werden lachen – mir ist es ernst, in: Die zehnte Muse. Kabarettisten erzählen,

hg. von Frauke Deißner-Jenssen, Berlin 1982, S. 362f.; Litten, S. 154; Behning, S. 38.

Häftlinge die Schuldigen an einer Erschießung »auf der Flucht« im Oktober 1933 an. Julius Leber wagte sogar, trotz einer Warnung Ossietzkys, sich wegen der an ihm verübten Quälereien bei Himmler zu beschweren. Er wurde deswegen eine Woche so mißhandelt, daß ihn Mitgefangene abends bewußtlos ins Lager karren mußten. Eicke befahl, Leber in den Bunker zu werfen, um ihn zu zwingen, die Beschwerde zurückzuziehen. Doch der Sozialdemokrat widerstand.¹⁸ In Sachsenburg steckte man nach der Ermordung von Max Sachs über 50 Häftlinge in Arrest. Dennoch fanden sie sich bereit, über die Bluttat auszusagen. Ein ehemaliger Gefangener berichtete über Details bald darauf in einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Chemnitz.¹⁹

Trauer und Protest zugleich verbanden sich mit der Ehrung toter Kameraden, wie nach dem angeblichen Selbstmord Erich Mühsams. »Als der Tote über den Hof getragen wird«, hielt ein Mithäftling bald darauf fest, »erheben sich die im Tagesraum befindlichen Gefangenen ohne Ausnahme. Sie bezeugen damit die Ehrfurcht vor dem Tode und vor der Person dieses Toten.«

Vernehmlich erfolgte auch die kollektive Demonstration bei einer Besichtigung Esterwegens durch Militärs 1935. Den Häftlingen war zuvor befohlen worden, mit eigens für diesen Tag ausgegebenen Karten zu spielen, spazieren zu gehen und zu singen. Die Offiziere bekamen von ihnen das Moorsoldatenlied zu hören. Daraufhin bestrafte die Lagerleitung die Gefangenen mit drei Tagen Essenentzug. Mit Ausnahme der Kriminellen weigerten sie sich deswegen, in dieser Zeit überhaupt zu singen.²⁰

In Moringen erfuhr Centa Beimler insgeheim, daß ihr Mann in Spanien sei. »Es erfüllte mich mit einer gewissen Genugtuung, daß Hans mit der Waffe in der Hand für die spanische Republik kämpfte und nicht das Schicksal vieler tausender Antifaschisten erleiden mußte, in einem KZ ermordet zu werden.« Doch Ende Januar 1937, erinnerte sie sich weiter, fiel ihr auf, »daß die Frauen, die immer in Gruppen zusammenstanden, so drei, vier, jedesmal, wenn ich zu der Gruppe getreten bin, das Gespräch beendet haben. Ich war etwas schockiert; und nachdem mir das zwei- bis dreimal passiert ist, hab ich gefragt, sagt mal, was habt ihr gegen mich. Das ist doch Mißtrauen; jedesmal, wenn ich komme, hört ihr auf zu sprechen. Da sagte eine Genossin, ja wir können es der Centa nicht weiter verheimlichen, wir müssen es ihr sagen: Wir haben eine illegale Nachricht bekommen. Dein Hans ist am 1. Dezember 1936 bei einer Schlacht im Universitätsviertel von Madrid gefallen. — Damit muß man halt fertigwerden. Die Solidarität und das Mitgefühl der übrigen Genossinnen und auch der son-

stigen Frauen hilft einem da schon. Am Abend, wenn sonst noch ziemlicher Trubel war im Schlafsaal, hat sich eine Genossin zu Wort gemeldet. Sie hat das offiziell bekanntgegeben unter den Frauen und hat kurz über das Leben von Hans einige Sätze gesagt. Und am Ende hat sie aufgefordert, ein Kampflied zu singen. Das haben wir dann auch — leise natürlich — gemacht.«²¹

Offener Widerstand artikuliert sich bei der Abstimmung über die faschistische Rheinlandbesetzung und der Reichstagswahl am 29. März 1936. Trotz massiver Beeinflussung gab es in Dachau nur 140 Ja-, dagegen 160 Nein-Stimmen und rund 900 Enthaltungen. Die Lagerführung reagierte mit einem ausgedehnten und besonders schikanösen Strafexerzieren. Nach Häftlingsvermutungen stellte das Wahlergebnis auch den Anlaß dar, den Kommandanten Deubel durch Loritz zu ersetzen. Im KZ Lichtenburg propagierte die illegale KPD-Gruppe, mit Nein zu stimmen, was ungefähr 50 Prozent der Lagerinsassen befolgten. Viele von ihnen wurden daraufhin in die Strafkompagnie gesteckt und dort furchtbar geschunden.²²

Dem Lager entronnen

Fluchtversuche gab es unter dem ausgebauten KZ-Regime weniger als zuvor. Zwar konnten am 1./2. Mai 1935 vom Kuhberg Toni Waibel und ein anderer Gefangener entkommen. Doch wurden sie zwei Tage später wieder ergriffen. Aus Sachsenburg gelang hingegen 1936 zwei Tschechen die Flucht.²³

Gingen Mithäftlinge auf Transport, so begleiteten sie nicht nur die guten Wünsche ihrer Kameraden, sondern oft Ratschläge. »Unsere Anklageschriften«, erinnerte sich Walther Kramer, »gingen vor der Gerichtsverhandlung von Hand zu Hand. Am nächsten Abend setzten sich Max Herm und Albert Kuntz, Kandidat des ZK der KPD und Mitglied des preußischen Landtages, mit mir zusammen. Wir berieten lange, und beide gaben mir aus ihrer langjährigen Erfahrung im Klassenkampf viele wertvolle Ratschläge für das Verhalten im bevorstehenden Prozeß.« Kuntz und Kramer nutzten im Februar 1935 die Tage, als sie gemeinsam in Torgau saßen, der eine auf dem Weg zum Gericht in Kassel, der andere zum sogenannten Volksgerichtshof. Bei seinem Prozeß befolgte Kramer Kuntz' Ratschläge. »Er hatte unsere Situation, den Volksgerichtshof und den Ablauf des Verfahrens klug und recht real eingeschätzt.«²⁴

Bei bevorstehenden Entlassungen einzelner Häftlinge fanden seit längerem »Abschiedsfeiern« statt, »wobei kommunistische Lieder mit gedämpfter Stimme ge-

18 ZStA Merseburg, 2.5.1, Nr. 14 169, Bl. 118ff. u. 79, Nr. 14 278, Bl. 13ff.; Wloch. 19 Das Lied..., S. 47; Neuer Vorwärts v. 6. 6. 1937.

20 Marx, S. 18; Deutschland-Bericht... v. Januar 1936, S. A 43.

21 Distel, Schatten, S. 31f.
22 Emendörfer, S. 97; Arch. Dachau, Nr. 544; Nazi-Bastille..., S. 35; Litten, S. 186; Deutschland-Bericht... v. Dezember 1936, S. A 94.

23 Rundschau... v. 23. 5. 1935; Deutschland-Bericht... v. August 1936, S. A 66.
24 ZPA, EA 1782.

sungen und ernsthafte Verpflichtungen ausgegeben wurden«, wie die Gestapo in Fuhlsbüttel feststellte. Die Bekräftigung, entschlossen den Kampf fortzusetzen, gab es ebenso in anderen Lagern. In ähnlich kameradschaftlicher Weise wurden politische Schutzhäftlinge nach ihrer Entlassung empfangen. Hugo Gräf erinnerte sich noch nach Jahren an die Solidaritätsbezeugungen bei seiner Rückkehr nach Berlin-Frohnau.²⁵

Die Ungebrochenheit ehemaliger KZ-Insassen widerspiegelten auch Berichte von Gestapo-Stellen und anderen Nazibehörden. So meldete der Regierungspräsident in Würzburg am 4. April 1935, »daß die aus dem Konzentrationslager Dachau entlassenen Schutzhäftlinge sich zusammenschließen, in Gasthäusern in kleinen Zirkeln zusammenkommen und an Straßen schon beisammenstehen«. Am selben Tag berichtete die Gestapo aus Erfurt, die »entlassenen ehemaligen Kommunisten betätigen sich mehr und mehr, wenn auch vorsichtig, im Interesse der KPD. Ihre Aufnahme in die illegalen Organisationen erfolgt erst nach einer bestimmten Wartezeit.« Ähnlich stellte das thüringische Innenministerium im Mai und Juli fest, daß sich unter erneut Festgenommenen ehemalige KZ-Häftlinge befänden, oder die Gestapo-Stellen Dortmund für Mai, Düsseldorf und Kiel für Oktober, daß Entlassene in der illegalen Arbeit stünden bzw. sie organisierten. Für Oktober hieß es in einem Monatsbericht der Bayerischen Politischen Polizei, daß auf der Autobahnbaustelle bei Büchenbach Kommunisten die Arbeiter aufgewiegelt hätten. Unter den deswegen Festgenommenen befänden sich vier ehemalige Dachauer Häftlinge, die »ihrer kommunistischen Gesinnung offen Ausdruck gaben«. Daran schloß sich generalisierend an: »Daß bei überzeugten Kommunisten das Konzentrationslager allein nicht mehr abschreckend und die geltenden Bestimmungen über die Behandlung von Schutzhaftgefangenen weder erzieherisch noch bessernd wirken, beweisen die öffentlichen Erklärungen dieser ehemaligen Schutzhäftlinge, von denen der eine erklärte, »er sei Kommunist, bleibe Kommunist und werde auch seine Kinder in diesem Sinne erziehen und belehren.« Anfang 1936 verallgemeinerte die Gestapo in Kassel: »Schutz- oder Strafhäft von 1 oder 2 Jahren nutzt gar nichts, da die illegale Arbeit sofort nach der Entlassung fortgesetzt wird und besonders in den Konzentrationslagern immer wieder die Möglichkeit besteht, vorhandene Beziehungen auszubauen, neue anzuknüpfen und für die illegale Arbeit mit neuen Weisungen versehen zu werden.« Genauso hielt der Lagebericht des Oberpräsidenten von Hessen-Nassau vom 9. März 1936 fest, bei neuen Verfahren stelle sich heraus, daß »weder Zuchthaus noch Gefängnis oder Konzentrationslager auf die kommunistischen Anhänger einen abschreckenden Eindruck zu hinterlassen scheinen«. Funktionäre wären »schon am Tage

der Entlassung illegal tätig geworden« und die Zahl der »wirklich Bekehrten« sei »nur gering«.²⁶

Das zeigte sich nicht zuletzt beim Begräbnis eines Kommunisten, wo die Gestapo-Stelle Berlin im Februar 1936 beobachtete, daß etwa 50 ehemalige Schutzhäftlinge ihm durch Kränze mit roten Schleifen die letzte Ehre erwiesen.²⁷

Zur Fortsetzung des Kampfes gehörte wie vordem, Informationen über die Konzentrationslager zu verbreiten. Diese Widerstandsform wie die faschistische Strafverfolgung widerspiegelten sich in einer Meldung des antifaschistischen Pressedienstes »Inpress« vom 20. Juni 1935: Das Mannheimer Sondergericht verurteilte sechs Angeklagte zu Gefängnisstrafen, unter anderem, weil sie einem Kommunisten »die schlimmsten Greueltaten«, das heißt wahre Angaben, übermittelt hatten, damit er sie im Ausland verbreite, zwei weitere, die sich schon in Schutzhaft befunden hatten, wegen Beleidigung und Kritik der Regierung, und einen dritten, den »älteste(n) Kommunisten des Konstanzer Bezirks«, weil er nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager versuchte, in einem ins Ausland gerichteten Brief »über die Zustände und Behandlung im Konzentrationslager« zu berichten. Einen Monat später schilderte ein kurz zuvor freigekommener Dachauer Gefangener die Schikanen und Mißhandlungen, unter anderem Kriechen in Unterbekleidung bei Nacht oder Hineinwerfen von Häftlingen in Eislöcher. Aus der Lichtenburg erzählte ein ehemaliger Gefangener, daß dort Kameraden mit dem Kopf in Kot gesteckt worden wären, eine sogenannte Geisterzelle existiere, in der Häftlinge zu Tode gemartert würden, worauf man den Mord als Herzschlag ausbeute. Im September 1935 berichtete der Kommunist Erich Greiner im Lauchhammerwerk von seiner Haft in der Lichtenburg und fügte hinzu: »Die Erlebnisse und das Durchgemachte dort müßten in der Weltgeschichte niedergeschrieben werden. Geschieht das nicht, dann ist der Lauf der Welt ein verkehrter!« Anfang 1936 sprach der Kommunist Otto Respondek in seinem Wohnort Zschornowitz über die von ihm im selben Lager erlebten Zustände. In einem Justizgefängnis versuchte ein anderer Häftling 1935/36 mehrmals schriftlich und mündlich über seine Mißhandlung im Dachauer Bunker zu unterrichten.²⁸

Die Führung der KPD erhielt mehrmals in der zweiten Hälfte 1934 detaillierte Berichte über Fuhlsbüttel und die Lichtenburg, 1935 über Esterwegen, Dachau, Kuhberg und Sachsenburg. Karl Grünberg richtete seine Mitteilungen direkt an einen schwedischen Vertrauten,

26 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 27 079/70, Bl. 11; ZPA, St 3/37/II, St 10/268, St 3/38/III, St 3/39/I u. St 3/40/II; Bayern in der NS-Zeit, S. 240; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 27 079/53, Bl. 47.

27 ZPA, St 3/44/I.

28 ZStA Potsdam, Film 55 494; Fröhlich, S. 82ff., 88, 90, 105 u. 109; StA München, Staatsanwaltschaft, Nr. 8979, 8973 u. 8179; Arch. Lichtenburg, Nr. 123 u. 96; Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel S. 30f.

25 Ebenda, St 3/157 u. EA 299.

Thüringisches Kreisamt.
- g 739 -

Schleiz, den 7. Mai 1936.

94

Betr.: Aus der Schutz- oder Strafhft entlassene
Angehörige der ehemaligen kommunistischen und
marxistischen Parteien.

Gehelmt

Es ist beobachtet worden, daß aus der Schutz- bzw. Strafhft entlassene Angehörige der ehemaligen kommunistischen und marxistischen Parteien auf den Heimatbahnhöfen oft von Gesinnungsgenossen empfangen worden sind. Bei dieser Gelegenheit sind den Entlassenen Blumen, Geld und sonstige Sachspenden überreicht worden. Weiter sind Lichtbilder vorgefunden worden, wonach entlassene Personen in ihren Wohnungen, an ihrem Gabentisch sitzend, fotografiert worden sind.

Es wird ersucht, auf derartige Vorkommnisse zu achten und von Fall zu Fall hierher zu berichten.

Gehelmt

1. Dies ist ein Eintragbeleg aus dem Kreisamt Schleiz, an den Schleiz am 2. Mai 1936 nach 24. 4. 1936 (KOM. 10. 2. 36) g.
2. Weitergabe nur vornehmen, bei Bedarf Beförderung als „Eintragbeleg“.

I.V.: -

H. Meys.

Jhr

95

Einschreiben!

An

- a) die Herren Bürgermeister der Städte
- b) die Thür. Gend.-Postend es Kreises.

der sie an die dortige Arbeiterpresse weiterleitete. Vor allem konnte der deutsche Journalist aus einem SA-Mann Einzelheiten über die Ermordung Erich Mühsams herauslocken. Er schrieb sie sogleich nieder und sandte sie ab. Die schwedische Zeitung »Brand« veröffentlichte sie. Den Zeitungsbericht übernahmen der Moskauer und der Londoner Rundfunk, wie Grünberg zu seiner Genußnahme feststellen konnte.²⁹

Unterstützung
von außen

Nicht zuletzt aufgrund solcher Schilderungen ließen die Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung nicht nach. Beispielsweise erhielt Irmgard Litten nicht nur Bücherspenden, sondern auch Lebensmittel, die zudem billiger abgegeben wurden, wenn sie beim Einkauf erwähnte, für wen sie bestimmt seien: für ihren Sohn und seine KZ-Kameraden. Im November/Dezember

1934, meldete das Thüringer Ministerium des Innern, in Gera wären 35 Familien von Inhaftierten beigegeben worden. Im bayerischen Rosenheim und Selb halfen Arbeitersportler bis 1938 bzw. 1935 Angehörigen von KZ-Insassen. In Speyer bekam der schon in Dachau unterstützte Hugo Gerloff nach seiner Entlassung im Februar 1935 mehrmals Geld von anderen Kommunisten zugesteckt oder geschickt. Die Solidarität zeigte sich auch bei der Trauerfeier für den ermordeten Friedrich Husemann in Dortmund und bei dessen Beisetzung in Bochum, an denen sich Tausende beteiligten, von denen man etwa 40 Personen in Schutzhaft nahm.

Zugleich erhoben sich ständig Stimmen, die sich für die Befreiung der politischen Häftlinge einsetzten, was der Berliner Polizeipräsident am 13. Januar 1936 hervorhob: »Auch die Forderung der Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere Ernst Thälmanns, nimmt immer noch einen breiten Raum ein.«³⁰

²⁹ ZPA, I 2/3/45; Grünberg, S. 236f.

³⁰ Litten, S. 162ff.; ZPA, St 10/268; ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 27 079/46, Bl. 22; Mehlinger,

S. 233 u. 221; Morweiser, S. 55, Dok. 28; Die Welt der Arbeit v. 14. 10. 1982.

Eine schriftliche Petition für die in Dachau eingesperrten jüdischen Häftlinge reichte am 20. November 1934 die Reichsvertretung der deutschen Juden beim Reichsinnenministerium ein. Sie konstatierte, daß die Gefangenen sich teilweise schon seit April 1933 in Haft befänden, ohne daß ihnen in der Regel die Gründe mitgeteilt worden wären. Sie seien isoliert, ohne Verbindung zu ihren Angehörigen und würden nicht seelsorgerisch betreut. Groß sei die Zahl der Todesfälle, zuletzt von Julius Adler und Erich Gans, deren Tod (30. Juni) erst im Oktober den Angehörigen mitgeteilt worden wäre. Angesichts der Überprüfung von Schutzhaftfällen im August bat die Reichsvertretung, die jüdischen Häftlinge einzubeziehen und sie freizugeben sowie Seelsorge in Konzentrationslagern zuzulassen. Vom Innenministerium um Stellungnahme ersucht, antwortete der Politische Polizeikommandeur Bayerns am 7. Mai des folgenden Jahres zum Teil wider besseres Wissen: Die 53 jüdischen Gefangenen in Dachau erfreuten sich laut Lagerarzt bester Gesundheit, sie wären weder von den übrigen Häftlingen isoliert noch sei ihnen untersagt, mit ihren Familien in Briefwechsel zu treten. Seelsorgerische Betreuung käme aus Sicherheitsgründen nicht in Frage. Adler und Gans hätten versucht, am 30. Juni 1934 eine Revolte anzuzetteln und wären deshalb standrechtlich erschossen worden. Eine Entlassung erfolge nicht, weil aufgedeckt worden wäre, »daß fast sämtliche Juden zu den geistlichen Urhebern oder Förderern einer geheimen Verschwörung im Lager gehörten, die sich zur Aufgabe gestellt hatte, Kassiber durch entlassene Schutzhaftlinge zur Verbreitung von Greuelnachrichten in das Ausland zu schmuggeln.« Dies bewiese ein in Karlsbad erschienenes Buch.³¹

Einen größeren Bevölkerungskreis erreichten Fürbitten der Bekenntenden Kirche. Die erste gab es wohl am 15. Januar 1935 in St. Annen in Berlin-Dahlem. Nach der Inhaftierung von Pfarrern forderte am 18. März ein Rundbrief der Bekenntenden Kirche in Preußen auf, der 400 gefangenen Amtsbrüder zu gedenken. Das Schreiben der Vorläufigen Leitung der Bekenntenden Kirche vom 25. März bot »eine Darstellung der ersten Fälle von Verbringung von Geistlichen in Konzentrationslager«. In Preußen hielt eine telefonische Anordnung vom 4. April, der vier Tage darauf ein entsprechender Brief folgte, die Bekenntnispfarrer an, am Sonntag Judiake die Glocken schweigen zu lassen und mit den Gemeinden für die Geistlichen in Konzentrationslagern zu beten. Anfang Mai forderte der Präses der Bekenntnissynode der altpreußischen Union die Gemeinden auf, während der kommenden Wochen in den Gottesdiensten so wie schon zu Ostern der Inhaftierten zu gedenken: »Der Fürbitte der Gemeinde werden folgende Pfarrer empfohlen: 16 sächsische Pfarrer, die nach Sachsenburg ins Konzentrationslager gebracht worden sind, 5 hessische Pfarrer, die seit Wochen im KZ-Lager Dachau

gefangen gehalten werden«, sowie weitere sechs Geistliche, die inhaftiert, und acht, die aus ihren Gemeinden ausgewiesen waren. Jeweils dienstags werde der Bruderat der evangelischen Kirche der altpreußischen Union die neuesten Listen der Verhafteten und Ausgewiesenen übermitteln.³²

Die Fürbitten erfolgten in dieser Zeit in vielen Kirchen, so in Breslau im April und Mai, wo die Gestapo feststellte, daß »die Behandlung der gemäßregelten Pfarrer in den KZ-Lagern geschildert und dabei registriert (wurde), daß den Geistlichen die Haare geschoren worden seien und sie in Sträflingskleidern schwere Arbeit verrichten mußten. Diese Behauptungen sollen angeblich in der »Westdeutschen Eilkorrespondenz«, dem Organ der Vorläufigen Leitung der evangelischen Kirche, veröffentlicht worden sein.« Ähnliches war in Bielefeld am 6. Mai oder in Tempel zu hören, wo der Geistliche hinzufügte, die inhaftierten Pfarrer müßten Ziegelsteine schleppen. Analog erinnerte der Theologe Dietrich Bonhoeffer am 2. Juli in Zingst an die geistlichen KZ-Häftlinge und bat die Gemeinde, sie und ihre Familien materiell zu unterstützen.³³

Das öffentliche Gedenken und die zum Teil erläuternd hinzugefügten Details der Behandlung, die den Terror anprangerten und auf den Unrechtscharakter hinwiesen, unterstützten Eingaben an die Behörden. Die Leitung der Evangelischen Kirche setzte sich am 4. Mai für die Geistlichen in den Konzentrationslagern ein. 24 sächsische Gemeindemitglieder drangen am 10. Mai als Delegation zu dem Gauleiter Mutschmann in Dresden vor, um gegen die Verhaftungen zu protestieren. Ein Leipziger Rechtsanwalt wandte sich wegen der in Sachsenburg eingesperrten Pfarrer an Justizminister Gürtner. Chemnitzer Gemeindemitglieder sprachen am 17. Mai deswegen in der Reichskanzlei vor. Da nur zwei von ihnen empfangen wurden, schrieb am 20. Mai ein weiterer wegen des mit den Geistlichen inhaftierten Studienrates, der an der Spitze der Chemnitzer Bekenntnismgemeinde stand, nach Berlin. Der sächsische evangelische Pfarrerverein und der Reichsbund der deutschen evangelischen Pfarrervereine forderten am selben Tag von Innenminister Frick, die Inhaftierten freizulassen. Außerdem stellte sich am 30. Mai, dem Himmelfahrtstag, ein Leipziger kirchlicher Posaunenchor unter Fritz Heidler auf einer Höhe neben dem KZ Sachsenburg auf, um musikalisch zu protestieren und die Häftlinge hörbar zu bestärken. SS-Leute verhängten über die Gefangenen Stubenarrest und trieben den Chor ins Lager, wo er erst nach scharfer Verwarnung entlassen wurde.³⁴

31 Bay HStA, MA 106 300.
Bl. 116–121. – Gemeint war

der Sammelband *Konzentrationslagern*.

32 EZA in Berlin, Archiv für Geschichte des Kirchenkampfes (im folgenden: KKA), Nr. 785, Bl. 91, HX 1, unfol.; Nr. 329, Bl. 199, Nr. 304, Bl. 47; WAP w Szczecinie, Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydyalny, Nr. 12 110, k. 213.

33 ZStA Potsdam, Film 55 494; ZPA, St 3/38/II; *Ihr Gewissen*

gebot es. Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus, zugest. u. hg. von Klaus Drobisch/Gerhard Fischer, Berlin 1980, S. 82f.

34 BA Koblenz, R 22/1467, Bl. 74, 106–108 u. 102; ZStA Potsdam, Film 19 461; Bay HStA, MA 107 292 unfol.; Walther,

Thüringisches Kreisamt.
- 1330 -
- I G 26 -

Schleiz, den 10. Mai 1935.

G e h e i m !
oooooooooooooooooooo

Betr.: Bekenntnissynode.

Der Präses der Bekenntnissynode hat in Nr. 12 der "Amtlichen Mitteilungen" folgende Bekanntmachung erlassen:
Betrifft: Aufforderung zur Fürbitte für gefangene und ausgewiesene Pfarrer und ihre Gemeinden. Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Pfarrer, die in das Konzentrationslager gebracht worden sind, sich vermehrt hat, wird angeordnet, daß in allen Gottesdiensten der kommenden Wochen dieser Pfarrer und ihrer Gemeinden zu gedenken und im Rahmen der üblichen Abkündigungen der Gemeinde folgendes bekanntzugeben ist:

"Der Fürbitte der Gemeinde werden folgende Pfarrer empfohlen: 16 sächsische Pfarrer, die nach Sachsenburg ins Konzentrationslager gebracht worden sind, 5 hessische Pfarrer, die seit Wochen im Konzentrationslager Dachau gefangengehalten werden, 2 sächsische Pfarrer, 1 Bremer Pfarrer, 3 preußische Pfarrer, die in Haft genommen sind, 7 brandenburgische und 1 schlesischer Pfarrer, die aus ihren Gemeinden ausgewiesen sind. Es wird gebeten, auch der verwaisten Gemeinden im Gebet zu gedenken."

Auf Anordnung des Reichsinnenministeriums ist gegen die Verlesung dieser Fürbitte in den Gottesdiensten nicht einzuschreiten. Sicherheitspolizeiliches Einschreiten, soweit erforderlich, bleibt davon unberührt. Maßnahmen sind nicht innerhalb der Kirche und während des Gottesdienstes durchzuführen.

Wir ersuchen um Feststellung und sofortigen Bericht, in welchen Orten und durch welche Pfarrer - genaue Personalien - die Kanzelabkündigung verlesen worden ist.

G e h e i m .

1. Dies ist ein geheimer Gegenstand im Sinne des Befehls gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. 6.
2. Nur an persönliche Anschrift weitergeben.
3. Weitergabe nur durch Vertrauensperson oder Kurier.
4. Vervielfältigung jeder Art sowie Herstellung von Abdrücken verboten.
5. Empfänger haften für sichere Aufbewahrung.

A.A.:

Jügel

42

Aufgrund der vielfältigen Proteste im In- und Ausland mußten die eingekerkerten Geistlichen Anfang Juni entlassen werden.

Am 27./28. September 1935 verlangte die sächsische Bekenntnissynode von Frick, die Lage der Schutzhäftlinge »rechtlich zu klären«. Erkennbar auf den Erlebnissen der in Sachsenburg eingesperrt gewesenen Geistlichen beruhend, schilderte das fünfseitige Schreiben das Unrecht der Schutzhaft, die Lagerstrafen, insbesondere des längeren die Prügelstrafen, auf die Arrest folgte, sowie das androhte Erhängen. »Welche Erörterungen einer solchen Bestrafung vorausgingen, ist nicht bekannt. Alle Gefangenen aber standen unter dem Eindruck, daß ihnen, etwa auf die Anzeige eines Postens hin, jederzeit das Gleiche geschehen könnte, weil die Bestraften zur Schuldfrage nicht gehört, sondern ohne weiteres zur Verbüßung der ihnen soeben verkündeten Strafe aus den Reihen der Angetretenen herausgeholt wurden.« Weiter ging der Protest auf die neunstündige Arbeitsschinderei und unmenschliche Schikanen der SS-Leute, die auch vor Invaliden nicht halt machten, und auf einige Todesfälle ein. Die Verfasser betonten einleitend, daß ihnen die »Mitverantwortung für die vom Lose der Schutzhaft Betroffenen wieder unmittelbar aufs Gewissen gelegt worden« sei. »Es handelt sich um die Verantwortung vor dem Obersten göttlichen Gebot der Nächstenliebe, zugleich aber um die nicht mehr zu beschwichtigende Sorge um das deutsche Volk, dem aus der fortdauernden Rechtlosigkeit der Schutzhäftlinge ein schweres Gewicht erwachsen müßte.« Und abschließend hoben sie nochmals hervor: »Eine Fortdauer solcher Verhältnisse belastet uns als Christen und als Deutsche aufs äußerste in unserem Gewissen.« Sie sahen in ihnen »den Beginn einer schweren, den Bestand des Staates im Innersten gefährdenden seelischen Siechtums unseres Volkes«. ³⁵ Eine Reaktion Fricks fand sich nicht in den Akten.

Von katholischer Seite richtete der Berliner Domkapitular Bernhard Lichtenberg am 18. Juli einen geharnischten Brief wegen der Mißhandlungen und Morde in Esterwegen an Göring. Zuvor hatte der ehemalige Sekretär der SPD-Fraktion im preußischen Landtag, Jürgen Jürgensen, bei der Redaktion des »Katholischen Kirchenblattes« angefragt, ob die katholische Kirche einen Schritt gegen die Grausamkeiten in Konzentrationslagern unternehmen wolle, und dabei Einzelheiten zu Protokoll gegeben. Als Lichtenberg die Niederschrift las, ließ er sich sofort mit Görings Büro verbinden und verlangte eine Unterredung. Danach übergab er den Bericht. Dieser schilderte detailliert den »Sport« und andere Schikanen, den Vollzug der Prügelstrafe sowie die Ermordung Husemanns und vier weiterer Häftlinge. Nach mehrmaligen Mahnungen kam am 27. September

die im Auftrag Heydrichs durch den Amtsleiter Werner Best unterzeichnete Antwort an das preußische Staatsministerium, die im Grunde die Anklagen bestätigte. Hinsichtlich der Prügelstrafe verwies sie auf entsprechende Vorschriften. Die Mordtaten stellte Best als »Erschießungen auf der Flucht« hin. Alles andere, was in Lichtenbergs Schreiben stünde, wären »Greuelnachrichten«. Best fügte dem eine Äußerung Eickes an, die noch deutlicher machte, welcher Ungeist in den Konzentrationslagern herrschte: »Hetzkapläne« setzten ihre »gemeinste Dreckschleuder in Tätigkeit«, verspritzten »giftigen, staatszersetzenden Speichel«, brächten mit »staatszerfressende(m) politische(m) Haßgeifer die Flammen der Altarkerzen in Schwingungen« usw. usf., erieferte sich der getroffene Chef der IKL. Abschließend verlangte Eicke, »den Greuelltäter Lichtenberg wegen heimtückischer Angriffe auf den Staat in Schutzhaft zu nehmen, damit er sich im Lager Esterwegen von der Ordnung und Sauberkeit überzeugen kann und Veranlassung bekommt, diese Ordnung auch in seinem kirchlichen Laden als musterhaft einzuführen«. ³⁶

Best vermutete in seiner Antwort, der Informant des Domkapitulars wäre der Kapuzinerpater Josef Berges gewesen. Dies traf jedoch nicht zu: Ein Esterwegener Häftling hatte im Krankenhaus, wo der Pater Seelsorger war, von Mißhandlungen der Geistlichen Spieker und Stuker sowie anderer Gefangener erzählt und eine entsprechende Aufzeichnung übergeben. Berges meinte erschüttert, »die Verhältnisse im Lager seien geradezu verheerend«, und entschied, daß sie »unbedingt dem Auslande mitgeteilt werden«, unter anderem während seiner allmonatlichen Reise in die Niederlande durch ein Schreiben an den Völkerbund. ³⁷ Pater Berges wurde daraufhin verhaftet und vor ein Sondergericht gestellt, weswegen sein Klostervorsteher die Aufzeichnungen verbrannte.

Nach den Mitteilungen an das Berliner Bistumsblatt bot Jürgensen im August 1935 einem anderen ehemaligen Abgeordneten, der im preußischen Landtag die polnische Minderheit vertreten hatte, von entlassenen sozialdemokratischen Häftlingen erhaltene Unterlagen und Fotos aus Esterwegen an, damit dieser sie über die polnische Botschaft in das Ausland weiterleitete. Jürgensen versuchte danach auch den Oberpräsidenten von Brandenburg, den Nazigauleiter Wilhelm Kube, und andere staatliche Stellen über die Zustände in Esterwegen zu unterrichten, um auf diese Weise auch seinem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Ernst Heilmann die Lage im Konzentrationslager zu erleichtern. Die Gestapo nahm Jürgensen am 12. Oktober fest und warf ihn in das KZ Esterwegen. Best verfügte, ihn einstweilen nicht zu entlassen. ³⁸

35 Klaus Drobisch, Anklagen aus der Bekenntenden Kirche Sachsens gegen die Konzentrations-

lager, in: *Standpunkt*, 1985, H. 3, S. 75f.

36 Adolph, S. 208ff.; Otto Ogiermann, Bis zum letzten Atemzug, Leipzig, 1973, S. 288ff.

37 ZStA Potsdam, Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, Nr. 22 256, Bl. 96 – 99.
38 Arch. Dachau, Nr. 16 078.

Proteste im Ausland

Das antifaschistische Exil nahm weiterhin großen Anteil an dem Schicksal der KZ-Häftlinge. Das schlug sich in einer Reihe von Publikationen nieder. Die Schriften entstanden vor allem in Paris und Prag. Hier existierten Zentren, die unter anderem Beweise für die Naziuntaten sammelten und über Zugang zu Zeitungen und Verlagen – insbesondere in Frankreich – verfügten.

Gestützt auf die Gemeinschaft mit einheimischen Antifaschisten wirkten in Paris politische Exilanten in Redaktionen, Komitees und anderen Einrichtungen gegen den Faschismus.

In Prag befand sich das Auslandsbüro der Roten Hilfe Deutschlands, unter anderem mit Walter Fischer, Sepp Miller und Karl Schreiber. Es sammelte Unterlagen und verwahrte im Frühjahr 1936 für einige Zeit auch das Pariser Archiv, aus dem die Angaben für die Braunbücher und andere Publikationen stammten. Bruno Retzlaff-Kresse fertigte Statistiken über die politischen Verfolgung und Analysen über Konzentrationslager an. So nannte die Schrift »Der Kampf gegen den faschistischen Terror. Material Nr. 5« vom März 1936 die Zahl der Häftlinge in Sachsenburg, informierte über die dortigen Zustände und die Ermordung von Max Sachs, vermerkte, daß von Gerichten Freigesprochene in das KZ Lichtenburg verschleppt wurden, und schilderte anhand eines Augenzeugenberichts die Mißhandlungen des Paters Spieker in Esterwegen. Retzlaff-Kresse und Schreiber verfaßten Artikel über Verfolgungen und Solidaritätsaktionen, die entweder für die vom Büro herausgegebene Zeitschrift »Tribunal« oder von anderen Zeitungen verwendet wurden. Zugleich hielt das Büro Verbindungen zur »Neuen Weltbühne«, zur Roten Hilfe der ČSR, zur linken tschechischen Intellektuellen und zur Union für Recht und Freiheit.¹

Diese Union regte ein Manifest von 165 tschechoslowakischen Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern gegen den Hitler-Terror an, das »Rude pravo« am 5. Dezember 1935 veröffentlichte. Die Gründungsveranstaltung fand zwölf Tage darauf statt. Auf ihr sprach unter anderem der Theologieprofessor Josef Hromádka. Die Spenden der Teilnehmer dienten dazu, Angehörige von KZ-Häftlingen zu unterstützen. Der Union gehörten Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und andere Persönlichkeiten an. Als Sekretär fungierte der ehemalige KPD-Reichstagsabgeordnete Hugo Gräf, der bis Juni 1935 im KZ Sachsenburg gesessen hatte.²

Eine Veröffentlichung zwischen den vielen Nachrichten, Notizen und Artikeln über die Konzentrationslager erregte besonderes Aufsehen: die der Disziplinar- und Strafordnung des KZ Lichtenburg. Als erste Zeitung publizierte offenbar der »Manchester Guardian« am 10. Januar 1935 die vom 1. Juni 1934 datierte Verfügung Eickes. Am 15. Januar erschien sie in der Zeitung »Prager Presse«, am 3. April im »Pariser Tageblatt«, weiter in der SPD-Denkschrift »Entwicklungstendenzen im deutschen Strafvollzug« vom 2. August, im »Tribunal« vom Dezember, in der »Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung« vom 23. Dezember 1935, in dem Buch »Der Strafvollzug im III. Reich« 1936.³

Aus Esterwegen brachte ein entlassener Häftling die Disziplinar- und Straf- sowie die Besondere Lagerordnung mit. In der Zeitung »Der Gegen-Angriff« vom 12. Juli 1935 berichtete er: »Ich hatte zufällig eine besondere Arbeit. Ich konnte unbeobachtet in einem Raume arbeiten. Zwischen Sperrholzplatten geklebt, ist es mir gelungen, das alles aus dem Lager und aus Deutschland hinaus zu schmuggeln! Nach § 25 wird derjenige als gemeingefährlich behandelt, also gehängt, der einem fremden Lagerbesucher heimlich Mitteilungen über das Lager und seine Insassen macht oder irgend etwas hinaus schmuggelt. So ist es auch innerhalb Deutschlands nicht möglich, diese Verordnungen zu besitzen.«

An längeren Artikeln über die Konzentrationslager veröffentlichten Exilzeitungen unter anderem:

»DER GEGEN-ANGRIFF«

- | | |
|-------------------|---|
| 12. Juli 1934 | In Oranienburg besucht unser Sonderkorrespondent die politischen Gefangenen |
| 17. Oktober 1934 | Die Mordliste von Dachau |
| 7. November 1934 | Revolutionsfeier hinter Stacheldraht (in Börgermoor) |
| 12. Dezember 1934 | Mord im Moor |
| 9. Januar 1935 | Das Martyrium der Frau im 3. Reich |

3 *Deutschland-Bericht* ... v. März 1935, S. A 89; ZPA, St 3/1001, St 3/437; ZStA Pots-

dam, Reichsjustizministerium, Nr. ZSt g 10 b 580/37.

»Arbeiter-Illustrierte-Zeitung« vom 23. 5. 1935

1 Retzlaff-Kresse, S. 163f. laff-Kresse, S. 347f.; SÚA Prag, 2 Beck/Vesely u. a., S. 96f.; Retz- PZÚ 1931 – 1940/207/518/16.

COLUMBIAHAUS BERLIN

ERSTER BERICHT EINES SS-WACHMANNES



WEISS SIND DIE HÄNDE UND DOCH ROT VOM BLUT DER VERHÖRTEN. So sehen sie aus, „Adolf Hitlers schwarze Kameraden“, die in der Columbiahaushölle tagtäglich Gefangene verhören, bis denen die Knochen brechen. — Einer der „Schläger“ mit dem Spitznamen „Pape“.

Berichte über das Berliner „Columbiahaus“ sind schon mehrfach veröffentlicht worden. Aber noch nie wurde ein Bericht von der Art des hier folgenden veröffentlicht. Bisher berichteten über das Spezialgefängnis der Gestapo nur ihre Opfer, Gefangene, die im „Columbiahaus“ gemartert wurden. Hier nun spricht, zum erstenmal, einer von der anderen Seite: ein SS-Mann von der Wachtruppe der „templehoher Hölle“.

Es ist der Sturm-Mann Hans Bächle, ein „alter Kämpfer“, ein „erprobter Konzentrationslager-Wach-Mann“. Vom August 1934 bis zum April 1935 hat er im „Columbiahaus“ Dienst getan, zuerst im Verwaltungs-, dann im Außen- und zuletzt im Insendienst.

Am 20. April 1935 ließ er die Schutzhäftlinge Hausmann und Windig, Adjunkten des früheren schlesischen Gauleiters und Oberpräsidenten Helmut Brückner aus ihrer Zelle und führte sie „zur Arbeit“ in den Keller. (Die beiden waren mit Brückner eingeliefert worden. Brückner wurde verhaftet, weil er eine Opposition innerhalb der NSDAP aufziehen wollte und Anhänger Röhrs gewesen sein soll. Er wurde entlassen und wird seither in einem Londoner bei Breslau in Haftverhaftung gehalten. Seine zwei Adjunkten, die „zu viel wußten“, blieben in Haft. Sie waren alte Freunde Bächles, den sie überredeten, daß er sie befreite.) Im Keller wartete man, bis die Luft rein war, dann er-

324

Urlaubsschein

Der SS-Mann *Hans Bächle*
von der Wachtruppe des Konzentrationslagers Columbia
wird hiermit vom *15. April* 1935 bis *11. April* 1935 *9 Uhr*
nach *Luxemburg in Nachbarschaft* (Kocher) beurlaubt.
Alle Befehle, SS- und SS-Dienststellen werden erfüllt, ihn ungehindert reisen zu lassen und ihm nötigenfalls Schutz und Hilfe zu gewähren. Er ist berechtigt Waffen zu tragen.
Berlin, den *16. April* 1935



Konzentrationslager Columbia
Kommandant

H. Bächle
SS-Verwaltungsbereich

MIT DIESEM URLAUBSSCHEIN VERSEHEN unternahm der SS-Sturm-Mann die Flucht mit den zwei von ihm befreiten Gefangenen des Konzentrationslagers Columbia. Wer hätte es gewagt, einen Wagen aufzuhalten, an dessen Steuer einer von der Gestapogarde saß?

folgte die Flucht. Bächle setzte sich in seiner schwarzen Uniform ans Steuer eines Autos und brachte die Flüchtlinge nach Schlesien. Niemand fiel es ein, ein Auto anzuhalten, an dessen Steuer ein SS-Mann vom „Columbiahaus“, ein Gestapo-SS-Mann saß.

Am Fuß des Riesengebirges ließ man das Auto stehen und ging über die Grenze. Die Grenzbehörden hielten die drei eine Zeitlang fest. Dann durften sie nach Prag fahren. Ein paar Tage trieben sie sich in Prag herum. Dann fuhren sie weiter in die Schweiz und nach Luxemburg.

Hier der Bericht unseres Gewährsmanns, der Bächle nach der Ankunft in Prag sah und sprach.

Der Sturm-Mann Hans Bächle: hochgewachsen, mit langem Gesicht, in dem der unbeherrschte Mund mit den breiten Lippen und das lange Kinn hervorstechen scheuer Blick, breite Stirn.

Er gibt knappe Antworten, weicht oft aus, „Ich bin weiterhin Nazi!“ sagt er, es klingt nicht sehr überzeugend... aber war er je mit Überzeugung Nazi? Er behauptet, ja. Und er zeigt Fotografien in einem Album. „Aus meiner Hitlerjugendzeit“, „Elterngeneration, wo ich ausgebildet wurde...“ Dieses Album ist ein Dokument für sich. Sämtlich nebeneinander geklebt, finden sich Bilder von Tanten, von Konfirmationsfesten, von Hochzeitsgesellschaften und von Saufgelagen der Columbiawachmannschaft, von Gruppen in schwarzer Uniform, Burschen, denen man es ansieht, daß sie „Schläger“ sind, daß sie sich mit Wonne an den „Verhören“ im Columbiahaus beteiligt haben. Das Foto-Album des Sturmmanns Hans Bächle mit dem gottgefürchteten Motto „Möge Gott mir die Kraft und den Mut geben, über alles hinweg“.

ES GIBT AUCH HEITERE WINKEL IM COLUMBIAHAUS. Hier vergnügt sich ein Teil der Wachtruppe in Damengesellschaft. Vielleicht nuschelt sich in den Lachen der Wächter das Schreien der Geprügelten... aber nein, die Keller sind ja schalldicht.



26. Juni 1935 Kreszentia Mühsam: Offener Brief an Minister Frick
12. Juli 1935 Zwei Jahre Moorsoldat
5. Oktober 1935 Bauern in Dachau
19. Oktober 1935 Antifaschistische Zeitung im Konzentrationslager (über Wittmoor)
- »ARBEITER-ILLUSTRIERTE-ZEITUNG«
8. März 1935 Hinter Stacheldraht und Kerkerge-
tern (über Esterwegen)
21. Mai 1935 Columbia-Haus Berlin
13. Juni 1935 Moor, Bunker, Stacheldraht (Lang-
hoff über Börgermoor)
17. Juni 1936 Sachsenburg (von Gräf)
- »DEUTSCHE VOLKS-ZEITUNG«
10. August 1934 Theo Neubauer soll auf der Flucht
erschossen werden
5. Oktober 1934 Das infame Esterwegen
- »RUNDSCHAU ÜBER POLITIK, WIRTSCHAFT UND ARBEI-
TERBEWEGUNG«
25. Juli 1935 Zwei Jahre im Konzentrationslager
Papenburg-Esterwegen
27. Februar 1936 Der Leidensweg Hans Littens
- »TRIBUNAL«
- Juli 1935 Menschenfalle Kuhberg
- »DEUTSCHLAND-BERICHT DER SOPADE«
- Januar 1936 Die Behandlung der Gefangenen
(über Kislau, Esterwegen, Colum-
bia-Haus und Sachsenburg)
- »NEUER VORWÄRTS«
15. März 1936 Der 18. März in Dachau
- »DEUTSCHE FREIHEIT«
25. September 1934 Sechs Frauen als Geiseln in Stadel-
heim
- »DIE NEUE WELTBÜHNE«
11. Oktober 1934 Erich Mühsams Tod
25. Oktober 1934 Mörder Eicke
3. Januar 1935 Antworten (über Esterwegen)
6. Dezember 1935 Kurt Hiller: Schutzhäftling 231
und fortgesetzt (unter anderem über Columbia-
Haus und Brandenburg)
19. Dezember 1935 Konzentrationslager
23. Januar 1936 Konzentrationslager für Frauen
(über Hohnstein)
19. März 1936 Prügelstrafe (in Sachsenburg)
2. April 1936 Alfred Röhrich (über Sachsen-
burg)
21. Mai 1936 Wandlungen in der SS (über Sach-
senburg)
19. Juni 1936 Prügelstrafe (über Sachsenburg)
- »PARISER TAGEBLATT«
3. Dezember 1934 Bomben-Eicke und die Leibstan-
darte
20. Dezember 1934 Die Mörder von Dachau und ihre
Opfer
28. Juni 1935 Ossietzky in höchster Gefahr!
16. Oktober 1935 Das Martyrium eines Siebzigjähri-
gen in Dachau

»INTERNATIONALES ÄRZTLICHES BULLETIN«

Mai 1936 Die Krankenversorgung in Kon-
zentrationenlagern

Weiterhin beeindruckten umfangreiche Tatsachenpu-
blikationen durch die Vielzahl der Fakten: *Der Strafvoll-
zug im III. Reich. Denkschrift und Materialsammlung*,
herausgegeben von der Union für Recht und Freiheit,
Prag 1936. Kurt Retzlaff-Kresse erinnerte sich, daß etwa
im Februar 1936 Karl Schreiber eine Arbeitsgruppe
zusammenrief, der Max Kahane, Kurt Werner und er
angehörten. Retzlaff-Kresse und Werner stellten die
Unterlagen zusammen, die durch Befragungen von
Exilanten ergänzt wurden. Kahane verfaßte in einigen
Wochen den Entwurf.⁴ Das Buch enthielt ein längeres
und aussagekräftiges Kapitel über die Konzentrations-
lager.

Im selben Jahr erschien: *Das deutsche Volk klagt an.
Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer im Deutschland.
Ein Tatsachenbericht*, Paris 1936. Maximilian Scheer
(Walter Schlieper) erhielt dazu im April 1935 den
Auftrag. Er nutzte umfangreiche Materialsammlungen,
darunter der Deutschen Freiheitsbibliothek in Paris.
Zusammen mit zwei anderen Autoren war das in etwa
sechs Wochen geschafft. Noch im Sommer kam das
Buch heraus.⁵ 1937 erschien davon eine französische
Ausgabe.

Weit nachhaltiger wirkte, da von eigenem Erleben
handelnd, der Bericht von *Wolfgang Langhoff, Die
Moorsoldaten*, Zürich 1935. Was er bezweckte, schilderte
der Autor: »In einer Herbstnacht 1934 saß ich einmal
bei Schweizer Freunden und erzählte ihnen von meinen
Erlebnissen in den deutschen Konzentrationslagern Bör-
germoor und Lichtenburg, in denen ich dreizehn Monate
zugebracht hatte. Sie konnten die Vorgänge in Deutsch-
land nicht verstehen, und ich erzählte ihnen von jenem
anderen und besseren Deutschland, das hinter Stachel-
draht im eigenen Land gefangen saß, von seinem Lei-
densweg und Opfermut, von den Peinigungen und
Foltern, denen dieses bessere Deutschland ausgeliefert
war, von der Geburtsstunde der Kameradschaft und
von der heranwachsenden Einheit aller Antifaschisten
in diesen Lagern. Aus diesen Schilderungen entstand im
Frühjahr 1935 der Tatsachenbericht »Die Moorsolda-
ten«. Es war eines der ersten öffentlichen Dokumente
über das wahre Gesicht des Dritten Reiches und einer
der ersten Versuche, die Welt zu warnen und zur Abwehr
der drohenden Gefahr aufzurufen.« Das Buch erschien
mit Zeichnungen aus dem Lager, die Hans Kralik
angefertigt hatte, in mehreren Auflagen und Sprachen,
darunter in 60000 Exemplaren in Russisch.⁶

4 Retzlaff-Kresse, S. 162.

5 Maximilian Scheer, So war es
in Paris, Berlin 1972, S. 129f.

6 Langhoff, S. 5f.; Auflagen wie
im folgenden nach: Horst Half-

mann, Bibliographie und Verlage
der deutschsprachigen Exillite-
ratur 1933 bis 1945, in: *Beiträge
zur Geschichte des Buchwesens*,
1969, Bd. 4, S. 221ff.

Weiter handelten folgende Schriften ganz oder teilweise von Konzentrationslagern:

Walter Hornung (*Julius Zerfaß*), *Dachau. Eine Chronik*, Zürich 1936 (auch in holländischer Sprache),

Stefan Lorant, *I Was Hitler's Prisoner*, London 1935, Kreszentia Mühsam, *Der Leidensweg Erich Mühsams*, Zürich/Paris 1935,

Deutschland vom Feinde besetzt. Die Wahrheit über das Dritte Reich. Bilder und Dokumente, zusammengestellt und herausgegeben vom Internationalen antifaschistischen Archiv, Paris 1935,

Bruno Frei (*Benedikt Freistadt*), *Was geht in Deutschland vor?* Paris 1936.

Gleichmaßen diente der Aufklärung über die politische Verfolgung die im August 1935 an die Teilnehmer des 11. Internationalen Kongresses für Strafrecht und Gefangenwesen in Berlin übersandte Denkschrift des SPD-Vorstandes: *Entwicklungstendenzen im deutschen Strafvollzug*. Sie bewertete allerdings Konzentrationslager und Schutzhaft unzutreffend als »außerordentlichen Strafvollzug«. Der Denkschrift waren die Lichtenburger Disziplinar- und Strafordnung sowie die Bücher von Seger und »Konzentrationslager« beigelegt. »Material über den Terror in Hitlerdeutschland« betitelte sich eine Zusammenstellung der Roten Hilfe Deutschlands vom Februar 1936, die unter anderem Morde und weitere Verbrechen in Börgermoor, Dachau und der Kemna anführte. Im April desselben Jahres brachte das Internationale Befreiungs- und Amnestiekomitee für die eingekerkerten deutschen Antifaschisten unter den Präsidenten Paul Langevin und André Malraux und der Ehrenpräsidenschaft von Romain Rolland und André Gide die »Denkschrift über den Terror der Nationalsozialisten und ihrer Justiz in Hamburg« heraus, die unter anderem Mißhandlungen und Folterungen im KZ Fuhlsbüttel 1935 schilderte.⁷

Das Buch von Willi Bredel, *Die Prüfung. Roman aus einem Konzentrationslager*, Prag 1935, beruhte auf eigenen Erlebnissen im KZ Fuhlsbüttel, so wie ihm Torsten (Matthias Thesen) aus der Nachbarzelle beschwor, durchzuhalten und später zu berichten, wie Koltwitz (Fritz Solmitz) in den Tod getrieben wurde oder wie die Gefangenen diskutierten und Solidarität übten. Während Bredel die Namen der Mitgefangenen verschlüsselte, prangerte er die Schinder namentlich an. Als er nach seiner Entlassung im Frühjahr 1934 nach Prag entkam, hatte er die Gestaltung im Kopf. Auszüge erschienen schon im August/September 1934 in der »Arbeiter-Illustrierten-Zeitung«. Das Buch wurde mehrmals verlegt, darunter bis 1936 mit 22000 Exemplaren in deutscher und 110000 Stück in russischer Sprache in der UdSSR. Bis 1945 erschienen schätzungsweise eine Million Exemplare. Heinz Willmann schilderte die Wirkung des Berichts: »Mich hat in jenen Jahren kein Buch so erregt und bewegt, wie dieses. Nicht nur, weil ich

vieles dort Geschilderte selbst erlebt hatte, sondern vor allem deshalb, weil es Bredel gelungen war, die KZ-Barbarei literarisch zu gestalten. Er blieb nicht wie andere bei der Schilderung von Grausamkeiten stehen, verstand es vielmehr, zu differenzieren und auch Gegner so zu zeichnen, daß sie nicht zu Karikaturen wurden; er machte deutlich, weshalb sie wurden, wie sie waren. In überzeugenden Szenen gibt Willi Bredel wieder, wie der Kampfgeist sich im Kollektiv bewährte, wie dicke Mauern und feste Türen nicht verhindern konnten, daß sich Gemeinschaft hinter Zuchthausmauern formierte und die Partei auch hier die Führung nicht verlor, wie viele aus alledem Mut, Kraft und Zuversicht gewannen. »Die Prüfung« hatte weit über den Kreis der kämpfenden Antifaschisten hinaus Wirkung. In siebzehn Sprachen übersetzt, war es das erste Buch, das überzeugend bewies, daß es in Deutschland auch nach 1933 eine starke Kraft gegen die Barbarei gab.«⁸

Romanhaft stellten auch zwei weitere Bücher KZ-Erlebnisse dar:

Karl Billinger (*Paul Massing*), *Schutzhäftling 880. Aus einem deutschen Konzentrationslager*, Paris 1935 (Auszüge im März/April in der »Arbeiter-Illustrierten-Zeitung« und Übersetzungen, unter anderem in den USA), Klaus Hinrichs (*Karl August Wittfogel*), *Staatliches Konzentrationslager VII. Eine »Erziehungsanstalt« im Dritten Reich*, London 1936 (Ausgaben in der CSR mit 2000, in der Sowjetunion 10000 Exemplaren).

Vorträge ergänzten diese Publikationen, so von Gerhart Seger, der im Sommer 1934 in Norwegen, Ende 1934/Anfang 1935 vor der Foreign Policy Association in New York und danach in einer Reihe US-Staaten über das KZ Oranienburg sprach. Insgesamt reiste er sieben Monate durch die USA, wo er viele Interviews gab.⁹

Neben diesen Aktivitäten deutscher Exilanten berichteten eine Anzahl ausländischer Blätter über die Konzentrationslager, zumeist auf Grund von Recherchen ihrer Korrespondenten. Beispielsweise schilderte in »The Times« am 23. August 1934 ihr Berichterstatter, daß in den preußischen und sächsischen Lagern viele Mißhandlungen und Morde geschahen, und nannte schreckliche Details, so über die in Hohnstein eingekerkerten Frauen. Inzwischen werde gesagt, fügte er hinzu, es handele sich nur um vereinzelte Übergriffe und die Zustände hätten sich gebessert. Doch in Oranienburg, stellte er fest, sei es in Wirklichkeit schlimmer geworden, was sich an dem Schicksal Erich Mühsams zeige. Der Korrespondent drückte zugleich sein Mitge-

8 Willmann, S. 163; Manfred Hahn, »Dokumentarische Wahrheit gestalten«. Willi Bredel: »Die Prüfung. Roman aus einem Konzentrationslager«, in: *Erfahrung Exil. Antifaschistische Romane 1933–1945*. Analysen, hg. v. Sigrid Bock u. Manfred Hahn, Berlin Weimar 1979, S. 94ff.

9 Neuer Vorwärts v. 2. 9. 1934; *Das Neue Tage-Buch* v. 19. 1. 1935; Hans Albert Walter, *Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa*. Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Bd. 2, Darmstadt/Neuwied 1973, S. 216f.

7 ZPA, St 3/437; *Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel*, S. 36f.

fühl mit den zum Teil über ein Jahr Eingekerkerten aus. Zwei Tage später meldete das Blatt, die vorgestrigte Ausgabe sei in Deutschland beschlagnahmt worden. Die amtliche »Begründung« lautete: Der Artikel wärme eine »Reihe von alten, offenbar aus der Emigranten-Presse geschöpften üblen Greuelmärchen auf«.

Kurz zuvor, am 8. August, hatte »The New Republic« ausführlich und konkret Dachau und die dortigen Morde, vor allem an namentlich angeführten KPD-Funktionären, behandelt, und die Mörder beim Namen genannt. Ein Amerikaner, der einmal durch Hitler empfangen worden war, bat daraufhin, die Angaben überprüfen zu lassen. Der Politische Polizeikommandeur Bayerns erklärte am 10. Dezember unverfroren, sie wären »von Anfang bis zum Ende frei erfunden«, obwohl sie exakt zuträfen. Die Antwort erging sich in Schmähungen ausländischer Zeitungen und fügte als »Widerlegung« das niederländische »Dagblad van Noordbrabant« vom Vortage an. »Manchester Guardian« brachte währenddessen am 27. Oktober weitere authentische Angaben über Morde in Dachau.¹⁰

Am 30. September schilderte ein ehemaliger Häftling im Kopenhagener »Social-Demokrat« die Mißhandlungen und den Tod Mühsams, und »Manchester Guardian« veröffentlichte am 9. November einen Brief, der die Ermordung des Schriftstellers zum Anlaß nahm, die Befreiung anderer Autoren zu verlangen und eine Sammlung anzuregen, um ihre Angehörigen zu unterstützen. Der Brief trug die Unterschriften einer großen Zahl bekannter britischer Künstler.¹¹

Fast zur selben Zeit, am 10. September und 27. Oktober, berichtete Willi Bredel in der in Moskau erscheinenden sowjetischen »Deutschen Zentral-Zeitung« von einigen seiner Erlebnisse in Fuhlsbüttel, im selben Blatt am 20. und 21. Oktober und in »Večernaja Moskva« am 2. November Werner Hirsch aus seiner Haft in mehreren Konzentrationslagern. Er teilte auch mit, daß Erich Mühsam mißhandelt worden wäre und keineswegs Selbstmord begangen hätte.

Am 24. Januar 1935 ging die »Times« erneut auf die Konzentrationslager ein. Ihr Korrespondent führte zwar Zahlen, Häftlingsgruppen und einzelne Fälle an. Doch zugleich appellierte das konservative Blatt an die Hitler-Regierung, durch eine »großherzige Handlung« solche Barrieren für ihr Ansehen und die Verständigung zu beseitigen. Die deutsche Botschaft in London erkannte sehr genau diesen Akzent und berichtete nach Berlin, die Veröffentlichung zeichne sich »durch eine noch stärkere Zurückhaltung in der Kritik an Einzelheiten sowie durch einen ausgesprochenen verständnisvollen Unterton aus«.¹²

In der Sowjetunion gab es solche Untertöne nicht. Die »Deutsche Zentral-Zeitung« brachte am 19. Februar 1935 eindeutige Mitteilungen der Roten Hilfe über Centa Beimler und andere eingekerkerte Frauen. Das sowjetische Blatt teilte am 27. Dezember 1935 unter der Überschrift »Greuel in Konzentrationslagern« Details über Sachsenburg mit, nannte Namen der Verantwortlichen, gab Zahlen (627 politische Gefangene, 400 Bibelforscher und 300 Kriminelle) an. Radio Moskau behandelte beispielsweise im Februar 1936 das Schicksal von Martha Claus.¹³ Ihr Mann war am 25. Juli zum Tode verurteilt und am 17. Dezember 1935 hingerichtet, sie selbst ins Frauenkonzentrationslager geworfen worden. »Verständnisvoll« reagierte gleichfalls nicht die Basler »Arbeiter Zeitung«, als sie am 19. Februar 1936 meldete, daß in Fuhlsbüttel der Arbeiter Hagen verstorben war, und die »Humanité«, als sie am 9. März die Nachricht von der Ermordung zweier Häftlinge und den Selbstmord Dorns in Sachsenburg brachte.

Den weiblichen Gefangenen des Regimes gewidmet war die in Englisch erschienene selbständige Schrift von *Monika Whatley, Frauen hinter Nazigittern*, London 1935. Nach Aufzählung verschiedener erschütternder Fälle und Kennzeichnung der Lage im faschistischen Deutschland rief sie zum Boykott von deutschen Waren auf. In Buchform erschien in Prag die Schilderung von *Walter Tschuppik, Die Toten steigen aus den Gräbern*, 1934 in tschechischer und 1935 in deutscher Sprache. Sie prangerte zum Teil anhand eigener Erfahrungen des Autors die Untaten an politischen Häftlingen an.

Die Erlebnisse derer, die den Konzentrationslagern entkommen konnten, fanden viele übertrieben oder unglaublich. Deswegen, bekannte Langhoff 1945, »verzichtete ich auf die Schilderung gewisser Grausamkeiten und Bestialitäten, um die Glaubwürdigkeit des ganzen Berichts nicht zu gefährden... Und doch hatte ich bei vielen schon die Grenzen des Fassungsvermögens überschritten, und die zweite Frage lautete: Ist das auch wahr, was Du sagst?« Prof. Dr. Friedrich Siegmund-Schultze, ein in die Schweiz emigrierter evangelischer Theologe, mußte gleichfalls konstatieren, »Die Moorsoldaten« stießen überall auf Unglauben. Damals bekam man in der Schweiz selbst von Schauspielerkollegen des Verfassers die Frage zu hören: »Das ist doch wohl alles erfunden?« Wenn man sagte, daß das dort Berichtete durchaus den Tatsachen entspräche, wurde man mitleidig angesehen, aus dem Gefühl heraus, daß »ein Gegner des großen Erneuerers des deutschen Volkes« offenbar nicht imstande sei, ein objektives Urteil zu fällen.«¹⁴

Ungeachtet der Skepsis, insbesondere in bürgerlichen Kreisen, zeitigten die Schilderungen in der Exilpu-

10 ZStA Potsdam, Film 6084 u. 19 687; Reichsbank, Nr. 3070, Bl. 199.

11 Ebenda, Reichsministerium des Inneren, Nr. 25 720, Bl. 94; Nr. 27 079/27, Bl. 23.

12 Klaus Drobisch, Proteste aus Großbritannien 1934–1937 gegen den faschistischen Terror, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 1978, H. 1, S. 80f.

13 ZPA, St 3/157.

14 *Wolfgang Langhoff*, Vorwort zu: *Robert Leibbrand*, Buchenwald. Lieber sterben als verraten. Zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung, Basel

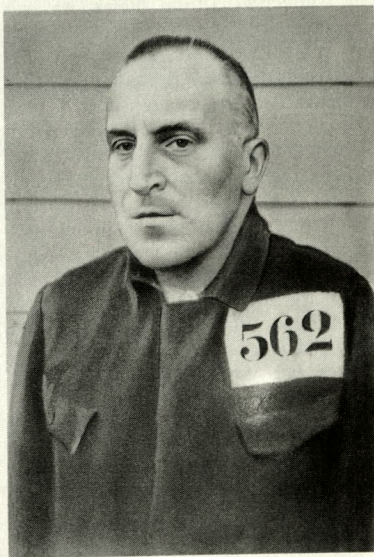
1945, S. 4; *Friedrich Siegmund-Schultze*, Die deutsche Widerstandsbewegung im Spiegel der ausländischen Literatur, Stuttgart 1947, S. 16.

blizistik, ausländischer Blätter und Autoren vielfältige Wirkungen. Materielle Hilfe leisteten beispielsweise tschechische Arbeiter, die für die politischen Gefangenen in Sachsenburg 5000 Mark sammelten und 200 Pakete zusammenstellten, die sie ihnen über die Verwandten zu Weihnachten 1934 senden wollten. Unmittelbar danach ermittelte die Gestapo, daß sich in den Niederlanden ein Komitee gebildet hätte, welches sich vornahm, das Lager im Emslandmoor zu betreuen. Dieses holländische Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Papenburg veranstaltete an seinem Sitz in Groningen am 8. Mai 1935 eine Kundgebung gegen das Konzentrationslager.¹⁵

Weiter wurden Delegationen benannt, die sich mit eigenen Augen von den Verhältnissen in den Konzentrationslagern überzeugen, den Gefangenen ihre Solidarität bekunden und von den Gewalthabern deren Freilassung fordern sollten. Eine solche Arbeiterdelegation des Groninger Unterstützungskomitees wies man, wie »Inpress« am 29. Mai 1935 meldete, im Moorlager ab. Sie sah jedoch, wie Häftlinge geschlagen wurden, und teilte das Göring mit. Britische Quäker stellten im selben Monat der Naziführung vor, daß die Weltöffentlichkeit weiter auf Ossietzky achte, und verlangten, daß zwei von ihnen Abgesandte ihn in Esterwegen zu sehen bekommen. Nach Genehmigung durften der Vertreter der Quäker in Berlin, Corder Catchpool, und einer seiner Mitarbeiter Anfang Juni den Kriegsgegner im Lager sprechen. Daraufhin versuchte die Gestapo, Catchpool durch Vorladungen und Verhöre zu zwingen, Deutschland zu verlassen, und entschied mit Blick auf solche Beobachtungen, Unterredungen und nachfolgende Berichte am 30. November gegenüber dem Auswärtigen Amt, Besuche ausländischer, meist kommunistischer Delegationen seien unerwünscht.

Dennoch versuchten weitere ausländische Abordnungen zu den Häftlingen vorzudringen. Am 12. Dezember kündigte der deutsche Gesandte in Schweden an, in nächster Zeit wolle eine skandinavische Gruppe die Lage der politischen Gefangenen in Haftanstalten und Konzentrationslagern untersuchen und mit Mierendorff, Ossietzky und Thälmann sprechen. Auf einer Zusammenkunft der Liga für Menschenrechte, der Vereinigung »Solidarität« und des Ausschusses zur Rettung Thälmanns am 23. Februar 1936 in Prag konstituierte sich ein Ausschuß zur Rettung deutscher Antifaschisten und beschloß, sobald wie möglich eine Delegation nach Deutschland zu entsenden, um an einem der stattfindenden Prozesse gegen Nazigegner teilzunehmen sowie Gefängnisse und Konzentrationslager zu besuchen.¹⁶ Kurz darauf drang eine Gruppe holländischer Frauen in das KZ Moringen vor. Sie erkundigte sich, wie der »Manchester Guardian« am 26. März berichtete, nach

Martha Claus, durfte sie jedoch nicht sehen. Zwei Monate darauf verlangte eine andere Delegation aus den Niederlanden, der eine Juristin, ein Pfarrer und ein Rechtsanwalt angehörten, im Auftrage des Centraal Wuppertaal Comités sich vom Gesundheitszustand Ossietzkys in Esterwegen zu überzeugen. In ihrer Mitteilung an »Die neue Weltbühne«, abgedruckt am 4. Juni 1936, schrieben sie, wie ihnen der Lagerkommandant Koch mitteilte, daß es dem Häftling, abgesehen von einem Herzfehler, gut ginge. Zur Beruhigung werde er ihn nicht nur vom Lagerarzt, sondern von einem Oldenburger Arzt untersuchen lassen. Ossietzky befände sich in einer Gemeinschaftsbaracke, und es st nde ihm frei, zu arbeiten oder sich auch wissenschaftlich zu beschäftigen. Die Delegation hinterlegte ihm einen Unterst tzungsbetrag und ließ gegenüber Koch durchblicken, daß sie dessen Angaben bezweifelte, solange sie nicht durch Ossietzky selbst bestätigt würden. Der ganze l gnerische Zynismus Kochs enthüllte sich, als sich herausstellte, daß der schwerkranke Ossietzky zu diesem Zeitpunkt, dem 22. Mai, unmittelbar vor der Überführung in das Berliner Krankenhaus stand und die Machthaber seinen Tod befürchteten.



Carl von Ossietzky

Hinzu kamen Proteste Prominenter. So verwandte sich Stafford Cripps gegenüber der deutschen Botschaft in London am 1. August 1934 für den Referendar Max Hans Kohn. Dieser war seit April 1933 in Dachau, weil er, wie der Politische Polizeikommandeur Bayerns schrieb, im November 1932 ein radikales Flugblatt an der Universität Erlangen verbreitet hatte. Am 12. De-

15 StA Weimar, Buchenwald, Nr. 12, unfol.; ZPA, St 3/781 u. St 3/38/IV.

16 ZStA Potsdam, Film 10 535; Karl Zehrer, Qu kerhilfe für Os-

sietzky, in: *Standpunkt*, 1984, H. 10, S. 290; *Beck/Vesely u. a.*, S. 100; S A, Prag, PP 1931 – 1940, P 87/22/1530/8791/36.

zember 1934 schossen SS-Leute Kohn bei einem angeblichen Fluchtversuch nieder.

Solche Petitionen und Einsprüche blieben nicht auf Einzelfälle beschränkt. In dem erwähnten Bericht über den »Times«-Artikel mußte Anfang 1935 die Londoner deutsche Botschaft feststellen, »in Tonart und Kritik bleibt er allerdings weit hinter dem zurück, was man in hiesigen politischen und sonstigen interessierten Kreisen fortdauernd an Kritik dieser Institutionen (der Konzentrationslager – d. Verf.) begegnet«. ¹⁷ In der Tat ließen deutliche Worte, zum Teil aus höchsten Kreisen, nicht nach, vor allem aus Großbritannien. Am 19. Juli 1934 verwandte sich der Vertreter der britischen Gesellschaft der Freunde (Quäker), Corder Catchpool, in Berlin für Heilmann, Litten und Neubauer. Am 16. August suchte die Fürstin Elisabeth Bibesco mit einem Leserbrief in der »Times« die »Öffentlichkeit zugunsten deutscher Persönlichkeiten zu alarmieren, die durch ein längeres Verbleiben in den Konzentrationslagern dem Tode ausgeliefert« sein könnten, unter anderem Litten, Ossietzky, Renn und Thälmann. Im September schrieb die Quäker-Zentrale aus London Göring, der gute Name Deutschlands wäre durch die Behandlung der politischen Gefangenen bedroht. Sie hielt die Zeit für gekommen, die Konzentrationslager aufzulösen: »Wir glauben nicht, daß mit der Aufrechterhaltung dieser, wie wir annehmen, zunächst (als) vorläufig geplanten Einrichtungen noch einem guten Zweck gedient ist; wir sind vielmehr davon überzeugt, daß die Abschaffung solcher nicht regulären Strafeinrichtungen einen großen Schritt in die Richtung der Sicherung guter Beziehungen mit anderen Ländern darstellen würde.« Zugleich verlangte die Quäker-Vereinigung, Gefangene zu besuchen. Himmler, dem Göring dieses Schreiben übergab, antwortete ihm im Dezember, er halte eine Zustimmung für unangebracht. Inzwischen hatte am 12. September die deutsche Botschaft aus London gemeldet: »Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwelche Fälle dieser Art in der Presse erörtert oder in Eingaben, Schreiben oder persönlichen Gesprächen, vielfach von führenden politischen Persönlichkeiten (ich erinnere nur an das Eintreten des Premierministers für den Rechtsanwalt Litten oder das Aufgreifen der Angelegenheit Neubauer durch Sir John Simon) an die Botschaft herangetragen werden, sei es daß konkrete Behauptungen über angebliche Mißhandlungen aufgestellt werden, sei es, daß in ganz allgemeiner Form ein Fall als besonders berücksichtigungswert dargestellt wird. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß diese Fälle eine dauernde Quelle der Beunruhigung der englischen öffentlichen Meinung und mit eines der meistbenutzten und wirksamsten Mittel darstellen, deren sich die deutschfeindliche Propaganda zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung bedient.« Die Verurteilung der Nazi Herrschaft artikulierte sich in

einem größeren Rahmen auf der Kundgebung für die Opfer des Faschismus am 12. Oktober in London.

Am 26. Februar 1935 forderten britische Quäker Hitler zur »Freilassung aller politischen Gefangenen« auf. Mitte April und Mitte Mai schrieb Lord Allen of Hurtwood unter anderem wegen Haubach, Heilmann, Küster, Litten, Mierendorff, Neubauer und Ossietzky an Frick und den deutschen Botschafter in London. Am 17. Mai brachten linke Abgeordnete im Unterhaus den Antrag ein, die britische Regierung solle Berlin den Abscheu zur Kenntnis bringen, der wegen des Massenterrors herrsche, wobei Einkerkierungen und Mißhandlungen in Konzentrationslagern angeführt wurden. Am 11. Juni prangerten die Quäker in einer Denkschrift erneut die Morde in Dachau, Esterwegen (Husemann) und Fuhlsbüttel an. Im August intervenierten britische Rechtsanwälte für ihren Kollegen Litten. Am 27. Oktober fand eine weitere Protestkundgebung in London statt. Vier Tage darauf schrieb Lord Allen wiederum wegen Litten an Hitler. Wie schon Frick am 27. August antwortete ihm am 8. Dezember Ribbentrop als Botschafter in Großbritannien und stellte den parteilosen Verteidiger als einen der geistigen Führer des Kommunismus hin. Er behauptete, Littens Behandlung sei einwandfrei, und erging sich in scharfen antikommunistischen Ausfällen. ¹⁸

In anderen Ländern gab es ähnliche Interventionen von Einzelpersonlichkeiten, vor allem jedoch Massenproteste, so am 4. Juli 1934 auf einer Pariser Kundgebung gegen die Einkerkierung von Frauen, am 19. Mai 1935 in San Francisco mit 5000 Teilnehmern oder durch eine von der schwedischen Roten Hilfe veranstalteten Unterschriftensammlung zugunsten Mierendorffs, Ossietzkys, Thälmanns und anderer politischer Gefangener. Als erstes Ergebnis wurden Ende April 1936 der Stockholmer Gesandtschaft Listen mit fast 12000 Unterschriften übergeben. ¹⁹

Besonders aufrüttelnd und breit entwickelte sich die internationale Kampagne für Carl von Ossietzky. Basierend auf den bisherigen Appellen, darunter dem Aufruf des Internationalen Befreiungskomitees für Thälmann und alle Antifaschisten vom März 1934, den Publizisten zu retten, regte am 26. Mai die Strasbourger Gruppe der Liga für Menschenrechte an, ihm den Friedensnobelpreis zuzuerkennen. Dem schlossen sich unter anderem 40000 Norweger, der Internationale Freidenkerkongreß, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler wie Le Corbusier, James Joyce, Egon Erwin Kisch, Thomas Mann und Romain Rolland an. Die Bewegung erlangte soviel Kraft, daß Göring einen Bericht anforderte, den er im November von der Gestapo erhielt.

18 ZStA Potsdam, Reichsministerium des Inneren, Nr. 6665, Bl. 239–241 u. Film 16 086; GStA Berlin, Rep. 90P, Nr. 104, Bl. 13ff.; ZPA, PSt 3/182; ZStA Potsdam, Film 19 679 u. Reichsministerium des Inneren,

Nr. 27079/27, Bl. 70; Drobisch, Proteste ..., S. 81f.; ZStA Potsdam, Film 19 680 u. 19 600. 19 *Pariser Tageblatt* v. 5. 7. 1934; ZStA Potsdam, Film 16 414 u. 16 415.

17 ZStA Potsdam, Film 16 414; Drobisch, Proteste ..., S. 81.

F O R D E R T D I E A M N E S T I E !

von Heinrich Mann.

Seit drei Jahren sitzen tausende der besten Deutschen in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Sie sind gefangen und werden gequält, nur wegen ihrer Gesinnung, Religion oder Rasse. Viele sind weder verurteilt, noch haben sie jemals ein Prozessverfahren gehabt. Viele wurden verurteilt, haben ihre Strafe verbüßt und werden dennoch weiter festgehalten. Viele Frauen sind als Geiseln für ihre Männer seit Jahren festgesetzt und erdulden Misshandlungen. Seit fast drei Jahren befindet Ernst Thälmann sich in der Gewalt seiner Feinde, ohne dass sie bisher wagten, den Prozess gegen ihn durchzuführen.

Männer und Frauen der ganzen Welt, dies ist noch nicht alles. Das Dritte Reich vermehrt unablässig seine Opfer. In ewiger Furcht um ihre Existenz, in tödlicher Angst vor der unausbleiblichen Strafe füllen die nationalsozialistischen Machthaber ihre Kerker mit immer neuen Zehntausenden. Die Zahl der heimlichen Hinrichtungen steigt ins Unermessliche. In diesem Deutschland verschwinden die Menschen und niemand darf nach ihnen fragen. So verschwinden dort Gesittung und Recht, ohne dass nach ihnen gefragt würde, und was übrig bleibt ist die Gewalt, gepaart mit dem Betrug.

Die deutschen Machthaber betragen Euch, Männer und Frauen der ganzen Welt. Sie täuschen Euch in Worten, Reden, internationalen Verhandlungen und Veranstaltungen einen Staat vor, der wie jeder andere wäre, und Zustände, in denen sich leben liesse. Das ist nicht wahr. In jenem Deutschland herrscht das entmenschte Verbrechen. Es herrscht das seelenloseste Unheil, das in geschichtlicher Zeit jemals Gestalt angenommen hat. Um sogar die Erinnerung an die Freiheit und das Glück des Menschen zu unterdrücken, ist aus dem "deutschen Recht" der Begriff und Name des Menschen gestrichen. Es gibt in dem unseligen Land nur noch Produkte der Rassenzucht und Objekte der Willkür: Menschen soll es nicht mehr geben.

Verhindert das Schlimmste. Rechtschaffene Menschen der ganzen Welt, denkt daran, dass Büresgleichen im Dritten Reich verfolgt werden, schrecklich leiden und grausam sterben müssen. Schliesst Euch zusammen und fordert die Amnestierung aller Gegner des gegenwärtigen Regimes. Ob Christen, Juden, Sozialisten oder Demokraten, Büresgleichen sind alle die Opfer; gerade ihre Verschiedenheit zeigt Euch, dass auch Ihr selbst darunter wäret.

Befreit den Gefangenen, der schon verzweifelt. Reisst den Todgeweihten vom Richtblock fort. Beweist Kerkermeistern und Henkern, dass Ihr die Stärkeren seid, dass die vereinigte Macht der menschlichen Fühlenden sogar die schrecklichste Gewalt des Bösen brechen und entwerfen kann.

Fordert die Amnestie !



Mitte 1935 erreichte die Öffentlichkeit die Nachricht, daß Ossietzky schwer erkrankt sei. Noch stärker erhoben sich Proteste, unter anderem durch Albert Einstein, Harold Laski, Rudolf Leonhard, Julius Lips und viele Organisationen. Im Oktober rief die KPD zur intensivierte Befreiungsbewegung für Thälmann, Mierendorff und Ossietzky auf. Doch das Nobelpreiskomitee wich aus, indem es 1935 keinen Friedensnobelpreis verlieh.

Weitere Informationen über den Gesundheitszustand des inhaftierten Pazifisten, Presseartikel, Aufrufe, Kundgebungen und Stimmen namhafter Persönlichkeiten wie Heinrich und Thomas Mann erreichten schließlich, daß im November 1936 der Preis Ossietzky zugesprochen werden mußte.²⁰

Die langjährige Kampagne entlarvte am Beispiel Ossietzky den faschistischen Terror. Sein Name wurde in der humanistischen und friedliebenden Weltöffentlichkeit zum Synonym für viele weniger bekannte und unbekannte politische Häftlinge in Deutschland.

Ausführlich beschäftigten sich internationale Gremien und Tagungen mit den Konzentrationslagern, beispielsweise die *Kommission zur Untersuchung der Grausamkeiten Hitlers*, im Juni 1935 in Paris vom Internationalen Gewerkschaftsbund gegründet, das *Internationale Komitee zur Verteidigung der in faschistischen Ländern gefangengehaltenen Parlamentarier* im Juli 1935 in Paris, dem eine Denkschrift über den Terror gegen deutsche Abgeordnete unter anderem mit den Namen von sieben in Konzentrationslagern ermordeten KPD-Vertretern vorlag, weiter der *Kongreß deutscher und tschechischer Intellektueller gegen Vernichtung von Kultur und Menschenrechten in Deutschland* im September 1935 in Prag oder der *Internationale Verband für Recht und Freiheit* Ende 1935 in Paris. Deutsche Antifaschisten regten Anfang 1936 an, ein Internationales Komitee der proletarischen Hilfe mit dem Ziel zu gründen, gemeinsam den Gefangenen zu helfen, über die Verbrechen des Naziregimes aufzuklären und es zu zwingen, die Grundsätze der Humanität anzuerkennen.²¹

Zur gleichen Zeit schrieb Heinrich Mann seinen Aufruf »Fordert die Amnestie!«. Er beschwor die »recht-schaffene(n) Menschen der ganzen Welt« daran zu denken, »daß Euresgleichen im Dritten Reich verfolgt werden, schrecklich leiden und grausam sterben müssen. Schließt Euch zusammen und fordert die Amnestierung aller Gegner des gegenwärtigen Regimes. Ob Christen, Juden, Sozialisten oder Demokraten, Euresgleichen sind alle die Opfer; gerade ihre Verschiedenheit zeugt Euch, daß Ihr selbst darunter wäret.«²²

Zu den mündlichen und schriftlichen Protesten und Solidaritätsbekundungen trat 1935 die symphonische Dichtung »Miserere« von Karl Amadeus Hartmann hinzu, die Hermann Scherchen beim Fest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik in Prag uraufführte. Der Komponist widmete sie »Meinen Freunden, die hundertfach sterben mußten, die für die Ewigkeit schlafen, wir vergessen Euch nicht. Dachau 1933/34.«²³

Auf Grund solcher Aktivitäten stellte ein Autor damals über die »erste Aufgabe« des deutschen Exils fest: »Sie rüttelte die öffentliche Meinung der zivilisierten Menschheit wach. Sie zwang sie, der furchtbaren Wirklichkeit der »Greuelmärchen« zumindest einmal auf Grund zu gehen. Was die Emigranten auch berichteten, es galt als die Ausgeburt überhitzter Hirne, wenn man auch dafür ein gewisses Verständnis hatte. Die Schilderungen häuften sich, die Schilderungen ergänzten einander in sehr realer Weise. Die Welt begann aufzuhorchen. Die Welt begann nachzuprüfen. Die Welt begann zu erkennen. Seither ist die deutsche Emigration eine der wichtigsten Informationsquellen über das Dritte Reich.«²⁴

Solche Aktivitäten und ihre Wirkungen blieben den Häftlingen nicht verborgen. Hans Litten bat seine Mutter, weiterhin Auslandsproteste zu veranlassen. Und einer seiner entlassenen Mitgefangenen sagte ihr, »daß jede Arbeit im Auslande außerordentlich nützlich wäre. Selbst wenn keine Entlassungen dadurch herbeigeführt würden, so wäre immer für einige Zeit die Behandlung des Betreffenden besser. Man fürchte im Lager, daß einer der interessierten Ausländer das Lager besuchen und sich den Schutzhäftling, für den er sich interessiere, vorführen lassen könne, und dafür müsse dieser dann in einem verhältnismäßig guten Zustand gehalten werden.«²⁵

Auf jeden Fall trafen die Interventionen und Massenproteste das Naziregime derart, daß das Gestapo am 12. März 1935 forderte, das Auswärtige Amt und das Propagandaministerium müßten »diesem Treiben ... energisch entgegentreten«. Und das Außenministerium verlangte seinerseits am 20. Juni 1936 von der Gestapo eine »Aufklärungsschrift« über die Konzentrationslager, »die auf der Grundlage von Tatsachen, Zahlen und Bildmaterial die Greuelnachrichten widerlegen könnte, ohne direkt auf diese einzugehen«. Das Elaborat sollte zur Verbreitung im Ausland in fremde Sprachen übertragen werden.²⁶

20 *Das deutsche Volk* ..., S. 118ff.; Frei, S. 234 u. 248f.

21 ZPA, St 3/437 u. St 3/346; ZStA Potsdam, Nachlaß Spieker, Nr. 19, Bl. 6; Beck/Vesely u. a.,

S. 95; *Die neue Weltbühne* v. 6. 2. 1936.

22 ZStA Potsdam, Pariser Tageszeitung, Nr. 343, Bl. I.

23 Hanns-Werner Heister, Elend und Befreiung. Karl Amadeus Hartmanns musikalischer Widerstand, in: *Musik und Musikpolitik im faschistischen Deutschland*, hg. v. Hanns-Werner Heister u. Hans Günther Klein, Frankfurt/M. 1984, S. 275f.

24 Wolfgang Franck, Führer durch die deutsche Emigration, Paris 1935, S. 42f.

25 Litten, S. 180 u. 182.

26 ZStA Potsdam, Film 16 084 u. 16 086.

Kurs auf Krieg

Die Klementen-Verträge waren ausgesetzt und verfielen, wodurch sich die Außenpolitik der Tschechoslowakei und Polens als einseitig und isoliert darstellte. Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz war die Lage in Europa unklar. Die Klementen-Verträge waren ausgesetzt und verfielen, wodurch sich die Außenpolitik der Tschechoslowakei und Polens als einseitig und isoliert darstellte. Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz war die Lage in Europa unklar.

Mit dem Scheitern der Münchener Konferenz begann die Politik der Tschechoslowakei und Polens als einseitig und isoliert darstellte. Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz war die Lage in Europa unklar.

Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz begann die Politik der Tschechoslowakei und Polens als einseitig und isoliert darstellte. Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz war die Lage in Europa unklar.

Mit dem Scheitern der Münchener Konferenz begann die Politik der Tschechoslowakei und Polens als einseitig und isoliert darstellte. Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz war die Lage in Europa unklar.

Teil III 1936 bis 1939

Die Klementen-Verträge waren ausgesetzt und verfielen, wodurch sich die Außenpolitik der Tschechoslowakei und Polens als einseitig und isoliert darstellte. Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz war die Lage in Europa unklar.

Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz begann die Politik der Tschechoslowakei und Polens als einseitig und isoliert darstellte. Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz war die Lage in Europa unklar.

Mit dem Scheitern der Münchener Konferenz begann die Politik der Tschechoslowakei und Polens als einseitig und isoliert darstellte. Nach dem Scheitern der Münchener Konferenz war die Lage in Europa unklar.

Kurs auf Krieg

Die Konzentrationslager waren konzipiert und errichtet worden, um die faschistische Diktatur mit durchzusetzen, und blieben über die ganze Zeit eines ihrer wichtigsten Mittel, sie zu behaupten. Was klarsichtige Köpfe schon von Anfang an festgestellt hatten, trat mit Beginn der forcierten Kriegsvorbereitungen deutlicher als zuvor zutage: Das KZ-System – wie der gesamte arbeitsteilige Repressivapparat – entsprang den Folgerungen der NS-Gewalthaber nicht zuletzt aus dem ersten Weltkrieg, Friedhofsruhe im Inneren zu schaffen, um, unbeeinträchtigt durch Widerstreben in der Bevölkerung und den Streitkräften, die Expansions- und Aggressionspolitik erfolgreich durchführen zu können. Dieser Aspekt dominierte seit Mitte der dreißiger Jahre auch im KZ-Regime und prägte dessen Ausbau.

Mit Erlaß des Gesetzes über die Wehrpflicht am 16. März 1935 war mit dem offenen Aufbau der Wehrmacht begonnen worden. Vom selben Tag stammte der Befehl, eine SS-Verfügungstruppe aufzustellen, eine militärisch und ideologisch gedrillte Formation, die sich im Inneren wie nach außen einsetzen ließ. Angehörige der SS-Leibstandarte, die zur Verfügungstruppe gehörten, drangen dann auch in vorderster Reihe in Saarbrücken ein, als im März 1936 die Naziregierung in die entmilitarisierte Zone einzurücken befahl.

Nach äußeren und inneren faschistischen Pressionen auf Wien marschierten weiter am 12. März 1938 Wehrmachtverbände und ein Teil der SS-Leibstandarte in Österreich ein, gefolgt von Gestapo- und SD-Leuten. An der Besetzung der tschechischen Grenzgebiete nahmen ab 1. Oktober neben Wehrmachteinheiten die drei Standarten der SS-Verfügungstruppe und zwei Sturmabteilungen der SS-Totenkopfstandarte »Oberbayern« teil. Danach befahl Hitler, den Einmarsch in das übrige tschechische Territorium vorzubereiten, der am 15. März 1939 durch die Wehrmacht erfolgte, wiederum mit der ihr unterstellten SS-Verfügungstruppe und Gestapo- und SD-Kommandos im Gefolge.

Mit dem eingegliederten Österreich und den annektierten tschechischen Ländern vergrößerte das faschistische Deutschland sein ökonomisches und militärisches Potential und erlangte Aufmarschgebiete gegen Ost- und Südosteuropa. Um sie ungestört zu nutzen und für den Krieg zu sichern, beeilten sich die Machthaber, wie in Deutschland tatsächliche und vermeintliche Gegner des Faschismus, der Annexionen und der Kriegspolitik zu beseitigen sowie andere Bevölkerungsteile durch die Drohung mit nackter Gewalt einzuschüchtern.

Im Zusammenhang mit dem Übergang zur forcierten Kriegsvorbereitung und zu ersten militärischen Abenteuer war am 17. Juni 1936 »zur einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben« Himmler als »Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren« eingesetzt worden. Er übernahm »zugleich die Leitung und Bearbeitung aller Polizeiangelegenheiten im Geschäftsbereich des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Inneren«.¹ Daraufhin setzte sich die Verschmelzung von SS und Polizei im schnelleren Tempo und zentral geleitet fort.

Neun Tage nach seiner Ernennung ließ Himmler den Polizeiapparat in Ordnungs- und Sicherheitspolizei gliedern. Zur Ordnungspolizei gehörten die uniformierten Einheiten wie Schutzpolizei, Gendarmerie usw. unter dem Polizeigeneral Kurt Daluge als Chef des Hauptamtes Ordnungspolizei. Zur Sicherheitspolizei wurden die Politische und die Kriminalpolizei im Hauptamt Sicherheitspolizei unter SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich zusammengefaßt, der in Personalunion Leiter des SD-Hauptamtes der SS blieb. Ab Oktober 1936 übernahm das preussische Geheime Staatspolizeiamt die Aufgabe des Politischen Polizeiamtes der Länder, die bis dahin faktisch Heydrich zustand. Zugleich erhielten alle Dienststellen der Politischen Polizei die einheitliche Bezeichnung Geheime Staatspolizei. Seit dem selbem Zeitpunkt leitete das preussische Landeskriminalpolizeiamt (ab 16. Juli 1937 Reichskriminalpolizeiamt) alle Einrichtungen der Kriminalpolizei. Auf mittlerer Ebene koordinierten Inspektoren der Sicherheitspolizei die Staatspolizei- und Kriminalpolizeistellen und -leitstellen und sorgten für deren Zusammenarbeit mit Verwaltungsbehörden, militärischen Organen und NSDAP-Funktionären. Den Inspektorenposten übernahmen die Leiter der Staatspolizeileitstellen.² Damit

1 *RGBL.*, T. I, 1936, S. 487. – Zur Vorgeschichte und weiteren Entwicklung: *Klaus Drobisch*, »Kriegsschauplatz Innerdeutschland«. Sicherheitspolizeiliche Vorbereitungen und Einübungen seit 1935/36, in: *Der Weg in den Krieg*, Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), hg. von Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold, Berlin 1989, S. 41 ff. – Tüchel legte vor kurzem dar, daß schon am 18. 10. 1935 zwischen Hitler und Himmler die Entscheidung über

die Ernennung des Reichsführers SS zum Polizeichef fiel, daß beide vier Monate zuvor festgelegt hatten, die SS-Wachverbände auszubauen und Verstärkungen für den Kriegsfall zu bilden, und daß Hitler spätestens im März 1936 bestätigte, aus demselben Grund neue und größere Konzentrationslager anzulegen (*Tüchel*, Konzentrationslager, S. 309 ff. u. 324 ff.).

2 *StA Magdeburg*, Rep. C 20 I b, Nr. 1824, Bl. 122 ff.; *Buchheim*, SS, S. 63 f. u. 93 f.

war im Herbst 1936 die Entwicklung zu einer einheitlich geführten und organisierten Polizei abgeschlossen, wobei die Sicherheitspolizei nach wie vor mit dem Sicherheitsdienst der SS kooperierte.

Ein Jahr darauf gelangte der Werkschutz der Großbetriebe unter sicherheitspolizeiliche Aufsicht, die ab Frühjahr 1938 die Gestapostellen wahrnahmen, derart ihre politische Überwachungs- und Repressivfunktion ausdehnend. Bei den Unternehmen lag die Leitung des Werkschutzes in den Händen der Abwehrbeauftragten, meist führenden Konzernangestellten, die mit der Gestapo zusammenarbeiteten.³

Dem verzweigten politischen Terror fielen zahllose Menschen, insbesondere aktive Antifaschisten, zum Opfer.

Tabelle 28

Festnahmen aus politischen Gründen, 1936 bis 1938

Grund	1936	1937	1938
Kommunistische Betätigung	11 687	8068	3864
Sozialdemokratische Betätigung	1374	733	721

Quelle: ZPA, St 3/54, 65, 140 u. 49.

Nur ein Teil der politischen Häftlinge mußte sofort ins Konzentrationslager, z. B. 1937 im Bereich der Gestapo-leistelle Berlin von 1390 Festgenommenen 191.⁴

Die Zahlen für das Jahr 1938 enthielten nicht die Verhaftungen in den annektierten Gebieten. In Österreich griffen die mit den militärischen Verbänden einmarschierenden und die nachrückenden Gestapo- und SD-Leute zusammen mit österreichischen Nazis nach Führern des Austrofascismus, Gegnern des sogenannten Anschlusses an Deutschland, Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern und Juden. Auf einer Pressekonferenz wurde mitgeteilt, wie die »Frankfurter Zeitung« am 26. März 1938 berichtete, es wären 1600 Personen verhaftet und 300 wieder entlassen worden. Und der neu eingesetzte Gauleiter Josef Bürckel behauptete laut »Le Matin« vom 1. Juli vor ausländischen Journalisten, es gebe nur 3780 politische Gefangene in Österreich, davon 140 im KZ Dachau. Diese für die Öffentlichkeit bestimmten Angaben spielten – wie oft bei den Nazis – das tatsächliche Ausmaß herunter. Die Gestapo meldete dagegen intern aus Wien, Ende August befänden sich in Österreich 970 Personen in Schutzhaft, 13196 wären inzwischen entlassen oder in Konzentrationslager

gebracht worden. Ende September hieß es: 1001 in Österreich in Schutzhaft, 13872 entlassen oder in Lagern. Anfang Dezember lauteten die Angaben: 1486 Schutzhäftlinge in Österreich bzw. 19487 wieder Freigelassene oder in Lager Geworfene.⁵ Deuteten schon diese Berichte auf im Verhältnis zur Bevölkerung erheblich ausgedehntere Verhaftungen als 1933 in Deutschland hin, so erfaßten sie nicht die zeitweiligen Opfer der Willkür unmittelbar nach der Annexion.

Den Einmarsch in die Tschechoslowakische Republik begleiteten gleichfalls sofortige Festnahmen. Oberst Alfred Jodl, Chef der Abteilung Landesverteidigung des OKW, hielt in seinem Tagebuch fest, die Gestapo und die Geheime Feldpolizei der Wehrmacht hätten sich auf die »Beseitigung der deutschen Kommunisten im sudetendeutschen Gebiet« vorbereitet.⁶ Ein anderer Teilnehmer, Major Helmuth Groscurth von der Abwehr, wußte vor dem Einfall, daß die sudetendeutschen Freikorps Jagd auf »alle mißliebigen Elemente« machen würden. Auch die Feldpolizei werde mit ihnen aufräumen. Die Überführung »der üblen Elemente in die Konzentrationslager soll nur »so weit möglich« erfolgen«. Mitte Oktober fügte Groscurth in einem Bericht an seinen Chef, Vizeadmiral Wilhelm Canaris, hinzu, die sudetendeutschen Nationalsozialisten hätten sogar die Einrichtung von Konzentrationslagern beabsichtigt. Ein klares Bild über die Verhaftungen sei nicht vorhanden.⁷

Die gleichen Kräfte stürzten sich im März 1939 in den anderen tschechischen Landesteilen in erster Linie auf Kommunisten. Die deutsche Botschaft in Prag meldete am 19. März, etwa 800 Funktionäre der KPD und der KPTsch seien ergriffen worden, am nächsten Tag, die Zahl der Verhafteten habe sich auf rund 2000 erhöht, von denen inzwischen ungefähr wieder 500 frei wären.⁸

Für Verhaftungen in Spannungszeiten und bei Kriegsauslösung hatte die Gestapo die sogenannte A-Kartei angelegt. Schon am 12. Dezember 1935 war von Heydrich für die preußische Gestapo befohlen worden: »Um jederzeit in der Lage zu sein, einen empfindlichen Schlag gegen linksradikale staatsfeindliche Elemente führen zu können, ersuche ich, umgehend getrennte Verzeichnisse von Kommunisten anzulegen, die gegebenenfalls auch die hiesige Anweisung sofort in Schutzhaft zu nehmen sind.« Am 5. Februar 1936 formulierte er noch deutlicher die Absicht, »im Falle außerordentlicher Ereignisse (Kriegsfall) alle Staatsfeinde oder gegebenenfalls auch die Staatsfeinde bestimmter politischer Richtungen im gesamten Reichsgebiet schlagartig in Schutzhaft« zu nehmen. Dafür sei die A-Kartei anzulegen, die alle Personen erfasse, »von denen ohne weiteres zu vermuten steht,

3 Klaus Drobisch, Dokumente zur direkten Zusammenarbeit zwischen Flick-Konzern und Gestapo bei der Unterdrückung der Arbeiter, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1963, T. III,

S. 214; ders., Der Werkschutz – betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: Ebenda, 1965, T. IV, S. 219ff.
4 ZPA, St 3/54, 65 u. 140 sowie 49.

5 ZStA Potsdam, Film 5556.
6 IMG, Bd. 38, S. 387, Dok. US-72; Klaus Gefner, Geheime Feldpolizei. Zur Funktion und Organisation des geheimen Exekutivorgans der faschistischen Wehrmacht, Berlin 1986, S. 28ff.

7 Helmuth Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler hg. von Helmut Krausnick/Harold C. Deutsch, Stuttgart 1970, S. 127 u. 327.
8 ZStA Potsdam, Film 16 415.

daß sie sich gemäß ihrer früheren politischen Einstellung und Tätigkeit oder auf Grund ihrer jetzigen Einstellung als Hetzer oder Aufwiegler, als Saboteure oder Nachrichtenagenten oder in ähnlicher, die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdender Weise betätigen«. Das seien vor allem Mitglieder der Arbeiterparteien und ihrer Organisationen, Funktionäre oppositioneller Bewegungen, bekannte Bibelforscher usw. Alle Karteikarten müßten dreifach ausgefertigt werden. Der Vollzug sei bis 1. Mai zu melden. Erlasse vom 8. Januar 1937 und 7. Juli 1938 gliederten die in das Verzeichnis aufzunehmenden Personen in die Gruppen A 1: wegen besonderer Bedeutung und Gefährlichkeit schon bei Vorbereitung einer Mobilmachung festzusetzende Staatsfeinde, insbesondere gefährliche Hoch- und Landesverräter, A 2: bei öffentlicher Anordnung der Mobilmachung zu Verhaftende, A 3: bei schweren Belastungsproben und innenpolitischen Spannungen besonders zu Überwachende oder Festzunehmende. Auf den Karteikarten kennzeichneten sogenannte Reiter die Gruppe und Parteizugehörigkeit, so Kommunisten in dunkelroter Farbe. Die Markierung mußte bis zum 1. August 1939 abgeschlossen sein.⁹

Neben den Repressivorganen sollte die Zivilverwaltung für die Verhaftungen herangezogen werden. Schon am 26. Januar 1935 hatte der Reichsverteidigungsminister verfügt, ein Mobilmachungsbuch für die Reichsverteidigung anzulegen. Dazu übersandte er zwei Wochen später einen Entwurf für die Zivilverwaltungen und wies kurz darauf an, Unterlagen bis März einzureichen. Die erste Ausgabe lag Mitte Juli 1936 vor. Spätestens die am 20. März 1937 erschienenen Berichtigungen besagten unter der Chiffre 1112 für die Zeit der Kriegsvorbereitung: »Vorbereitung einer Inschutzhaftnahme aller spionage- und hochverratsverdächtigen Personen«, unter der Nummer 1352 für den Kriegsfall: Inschutzhaftnahme dieser Personen. Zuvor stand unter 1111: »Vorbereitung der Errichtung neuer Konzentrationslager und Bereitstellen der erforderlichen Bewachungskräfte« bzw. unter 1351 die Errichtung neuer Lager. Offenbar durchzogen diese Punkte die weiteren Fassungen vom Juli und Oktober 1937 und vom März 1938. Denn der Mobilmachungskalender vom 16. März 1939 verlangte unter Z 1112: »Getarnte Inschutzhaftnahme aller Spionage-, Sabotage-, Landesverrats- und Hochverratsverdächtigen nach der A 1-Kartei.«¹⁰

Währenddessen beschäftigten sich Gestapostellen damit, wie und wohin die bei der Mobilmachung und zu Kriegsbeginn festzunehmenden Personen transportiert werden könnten. Die Staatspolizeileitstelle Münster teilte am 6. September 1938 mit, die Verhafteten seien auf von der Wehrmacht gestellten Lastkraftwagen in ein bei

Iserlohn vorgesehenes Lager zu bringen, wie mit der Abwehrstelle des Generalkommandos besprochen. Doch kurz danach, am 28. September, erfolgte durch den Chef der Sicherheitspolizei eine generelle Regelung für den Verbleib der nach der A-Kartei Festgenommenen: die Gefangenen der Gestapostellen in Ostpreußen in einem dort geplanten Konzentrationslager, die südlich der Linie Breslau—Erfurt—Frankfurt am Main im KZ Buchenwald, nördlich davon im KZ Sachsenhausen.¹¹

Die beiden Konzentrationslager waren nach den Mobilmachungsplänen im Zuge der forcierten Kriegsvorbereitungen ausdrücklich mit Blick auf den Krieg geplant und errichtet worden. Der Inspekteur der Konzentrationslager hob in seinem Schreiben an den Gauleiter in Weimar am 3. Juni 1936 hervor, »daß ein K-Lager in Thüringen nicht nur im A-Falle, sondern aus Gründen der Staatssicherheit unumgänglich ist, da das Land Thüringen als Herz Deutschlands im Falle eines Krieges von staatsfeindlichen Elementen besonders heimgesucht werden wird«.¹² 15 Tage später unterstrich Eicke auf Gestapo-Briefbogen gegenüber dem Forstamt Sachsenhausen: »Die Militärbehörde ist mit dem Ersuchen an mich herangetreten, im A-Falle einige Hundert staatsgefährliche Elemente in der Nähe Berlins unterzubringen.« Am 8. Februar 1937 bestätigte Himmler dem Reichsjustizministerium, daß »die Wehrmacht wiederholt ein starkes Interesse an der Errichtung eines großen Lagers in der nächsten Umgebung von Groß-Berlin mit umfassenden Erweiterungsmöglichkeiten zum Ausdruck gebracht« habe. Das bedeute, »ein vollkommen neues, jederzeit erweiterungsfähiges, modernes und neuzeitliches Konzentrationslager« zu errichten, das »sowohl in Friedenszeit sowie für den Mob-Fall die Sicherung des Reiches gegen Staatsfeinde« gewährleiste.¹³

Drei Wochen zuvor hatte der Reichsführer SS in seinem Vortrag »Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei« bei einem politischen Lehrgang Militärs die bestehenden Konzentrationslager aufgezählt und die in ihnen herrschenden Verhältnisse umrissen. Er betonte: »Für den Fall eines Krieges müssen wir uns klar darüber sein, daß wir eine recht erhebliche Anzahl unsicherer Kantonisten hier hineinnehmen müssen, wenn wir uns nicht dem Nährboden für höchst unangenehme Entwicklungen im Falle eines Krieges schaffen wollen.« Die Wachmannschaften — ab März 1936 Totenkopfverbände genannt — stellten im Kriegsfall den Stamm für eine Erhöhung auf 25000 Mann, »mit denen wir die Sicherheit im Inneren garantieren«. Sie würden dann

11 ZStA Potsdam, Film 2939 u. 15 775. — Dachau wurde möglicherweise deswegen nicht berücksichtigt, da es offenbar schon zu diesem Zeitpunkt für die Formierung der zum Kriegseinsatz bestimmten SS-Totenkopf-einheiten vorgesehen war.

12 Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, hg. von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, Berlin 1983, S. 56.
13 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, III Forsten, Nr. 20 939, Bl. 49; Kothorst/Walter, S. 172f., Dok. C II 12.

9 Ebenda, Film 15 775.

10 Laurenz Demps, Dokumente zur Funktion und Rolle der faschistischen Partei (NSDAP) bei der Vorbereitung des zweiten

Weltkrieges (1937—1939), in: *Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg«*, 1977, Nr. 3/4, S. 57ff. u. 69f.; ZStA Potsdam, Film 10 732.

Der Chef der Sicherheitspolizei

S-V 8 Nr. 171^V/38-553-1-GRs.

Berlin, den 19. September 1938

Geheime Reichssache!

Schnellbrief!

An
alle Staatspolizei(leit)stellen.

68 Ausfertigungen

2. Ausfertigung

Nachrichtlich

an die
Inspektoren der Sicherheitspolizei.

Betrifft: Vollzug der A.-Kartei.

1) Mit Auslösung der Kennziffer Z 1112 (Vorbereitung einer In-
schutzhaftnahme aller spionage- und hochverratsverdächtigen Per-
sonen) sind die in der Gruppe A 1 der A.-Kartei erfaßten Perso-
nen unter irgend einem Vorwand zur Staatspolizeistelle zu be-
stellen oder vorläufig festzunehmen und bis zur Aufhebung dieser
Kennziffer oder deren Ablösung durch die Kennziffer Z 1352 (end-
gültige Festnahme) festzuhalten.

Es ist friedensmäßig möglichst für jeden Einzelfall festzu-
legen, unter welchem Vorwand und auf welche Weise die Beorderung
oder Festnahme der einzelnen Personen zu geschehen hat.

2) Mit Auslösung der Kennziffer Z 1352 (Inschutzhaftnahme aller
spionage- und hochverratsverdächtigen Personen) werden die be-
reits getarnt festgenommenen Personen der Gruppe A 1 sowie die
Personen der Gruppe A 2 endgültig festgenommen.

3) Der Vollzug der Gruppe A 3 wird nicht durch Kennziffer ausge-
löst, sondern erfolgt nur auf besondere Anordnung. Diese Anord-
nung kann auf bestimmte Gebiete beschränkt werden.

In Vertretung:

gez. Dr. B e s t

Beglaubigt:

Verw. Sekr.



Nr. 141/388 Rs I -

Seiten

41

Der Reichsführer-SS

und

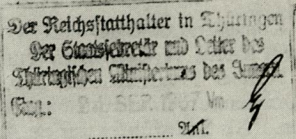
**Chef der Deutschen Polizei
im Reichsministerium des Innern**

S-V 2 Nr. 430/37.

Bitte in der Antwort vorstehendes Gefühlszeichen und
Datum anzugeben.

Berlin SW 11, den 20. September 1937.
Prinz-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: 12 0040

00130



An den

Herrn Reichsstatthalter in Thüringen

in Weimar

Fürstenplatz 2.

Auf Ihr Schreiben vom 30. Juli 1937 - III P V - .

- - - - -

Nach Zurückführung der Zahl der Konzentrationslager auf die 3 Lager in Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau für die männlichen Schutzhaftgefangenen dürfte eine Zuweisung in die einzelnen Lager fast zwangsläufig nur aus den räumlich benachbarten Gebieten erfolgen, und zwar dergestalt, daß eingewiesen werden:

- a) nach Sachsenhausen: die Schutzhaftlinge aus den östlichen, nördlichen und zentral gelegenen Gebieten,
- b) nach Buchenwald: die Schutzhaftgefangenen aus den westlichen und nordwestlichen Gebieten des Reichs ferner aus Sachsen, Thüringen, Hessen und den nördlichen Teilen Bayerns, etwa nördlich der Linie Würzburg - Bamberg Bayreuth,
- c) nach Dachau: die Schutzhaftgefangenen der süddeutschen Staatspolizeistellen.

Veränderungen in den Zuweisungen an die Lager werden sich aber bei Überbelegung des einen oder anderen Lagers, z.B. anlässlich von Aktionen in bestimmten Landesteilen, gelegentlich nicht vermeiden lassen. In derartigen Fällen werden - soweit die Einweisungen vom Geheimen Staatspolizeiamt verfügt werden - generelle Anordnungen über die Einweisungen von Fall zu Fall ergehen. Eine genaue Abgrenzung der Einweisungsbezirke ist nicht beabsichtigt.

Die

einen »vierten Kriegsschauplatz haben: Innerdeutschland.«¹⁴

Ausbau und Auftrag der SS-Totenkopfverbände

Die Inspektion der Konzentrationslager (IKL), die das gesamte KZ-System leitete, verlegte ihren Sitz am 26. Juni 1936 in die Berliner Friedrichstraße 129, ab 2. August 1938 nach Oranienburg in unmittelbare Nähe des KZ Sachsenhausen.¹⁵ Als Stabsführer war im April 1936 SS-Standartenführer Richard Glücks zur IKL gekommen, dessen bürokratische Natur den Verwaltungsaufgaben der auszubauenden und zu perfektionierenden Konzentrationslager und der bei ihnen stationierten SS-Einheiten entsprach. Er trat an die Stelle des SS-Standartenführers Günther Tamaschke, der vom 1. April 1936 bis 30. November 1937 die Politische Abteilung der IKL leitete. Anschließend übernahm SS-Sturmabführer Arthur Liebehenschel die Abteilung, in der er seit 1936 stellvertretender Leiter war, davor Adjutant des Kommandanten des KZ Lichtenburg.¹⁶

Seit Juli 1936 stand auch der Würzburger Oberarzt Werner Heyde, der drei Jahre zuvor für Eicke eingetreten war, im Dienst der politischen Unterdrückung. Er war vom Reichsarzt SS aufgefordert worden, »die psychiatrisch-neurologische und erbbiologische Überwachung der Konzentrationslager einzurichten und zu leiten und eine psychiatrisch-neurologische Gutachtertätigkeit für das Geheime Staatspolizeiamt Berlin zu übernehmen«. Wie er weiter festhielt, hätte er »in den Jahren 1936 und 1937 regelmäßig 2–3 Tage in der Woche als SS-Hauptsturmführer im SS-Hauptamt und im Stabe des Inspektors der Konzentrationslager und Chefs der Totenkopfverbände dafür verwendet, die psychiatrisch-neurologische und erbärztliche Kontrolle der Schutzhäftlinge einzurichten und sie zunächst auch ganz allein in Berlin und an den Standorten der einzelnen Konzentrationslager durchzuführen, da diese Aufgabe angesichts der psychischen und körperlichen Minderwertigkeit des weitaus größeren Teils der Lagerinsassen ganz besonders dringlich war.«¹⁷ So bereitete er vor, was ab 1941 unter

seiner Leitung geschah: die Ermordung arbeitsunfähiger KZ-Häftlinge in speziellen Vernichtungsstätten wie Bernburg, Brandenburg, Hartheim und Pirna-Sonnenstein.

Zur Bauabteilung der IKL gehörte Ernst Krone, der als Bauleiter in Esterwegen gewesen und dann in selber Funktion in Sachsenhausen und Buchenwald tätig war. Das Baubüro des KZ Sachsenhausen entwarf auch die Pläne und bestellte Baumaterial usw. für die KZ Buchenwald, Flossenbürg und Ravensbrück.¹⁸

Ab 29. März 1936 hießen die SS-Wachverbände auf Himmlers Anweisung SS-Totenkopfverbände. Entsprechend lautete Eickes Funktionsbezeichnung Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Totenkopfverbände.¹⁹ In seinem Befehl vom 6. April wiederholte er, welche Aufgabe sie hätten: »Wir tragen keine Waffen, um dem Heere ähnlich zu sein, sondern um sie zu gebrauchen, wenn Führer und Bewegung in Gefahr sind.« Himmler griff in seiner Rede vom 22. Mai weiter: »Die SS hat die schwere Aufgabe des Schutzes des Reiches im Inneren.«²⁰

Tabelle 29

SS-Leute in der Inspektion der Konzentrationslager, 1935 bis 1938

Zeitpunkt	Ende 1935	Ende 1936	Ende 1937	Ende 1938
Anzahl	11	32	49	45

Quelle: *Statistisches Jahrbuch* ..., 1937, S. 51, und 1938, S. 79.

Der Terror im Innern ging einher mit dem Zugriff nach außen. Der Erlass Hitlers vom 17. August 1938 legte fest, die Totenkopfverbände seien eine »stehende Truppe«, einmal »zur Lösung von Sonderaufgaben polizeilicher Natur«, zum anderen als Ergänzung der SS-Verfügungstruppe, die im Mobilmachungsfall einerseits dem Kriegsheer unterstehen werde, andererseits im Inneren Verwendung finden könne. Beim Auffüllen der Verfügungstruppe aus Totenkopfverbänden würden diese »durch Angehörige der Allgemeinen SS, die das 45. Lebensjahr überschritten haben und militärisch ausgebildet sind, in der Bewachung der Konzentrationslager ersetzt«. Die sogenannte Polizeiverstärkung sollte nach Plänen des Oberkommandos der Wehrmacht vom September 1938 rund 5000 Mann umfassen.²¹

Kurz darauf berief Himmler angesichts des bevorstehenden Einmarsches in die ČSR aus der Allgemeinen

14 Heinrich Himmler, Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei, in: *Nationalpolitischer Lehrgang der Wehrmacht vom 15. bis 23. Januar 1937*, Berlin 1937, S. 151.

15 ZPA, PSt 3/518; IFZ München, Fa 183/1, Bl. 93.

16 Archiwum Państwowe Muzeum w Oświęcimiu (im folgenden: Arch. Auschwitz), Aufzeichnungen von Höß, Band 4, Bl. 276 u. 382; Elling, S. 33. – Liebehenschel wurde 1947 vom Obersten Volkstribunal in Polen zum Tode verurteilt.

17 Klee, S. 60. – Heyde war dann einer der Hauptverantwortlichen der Mordaktionen T 4 und 14 f 13, denen Zehntausende Patienten von Heil- und Pflegeanstalten wie KZ-Häftlinge zum Opfer fielen. Bis 1959 in der BRD unter dem Namen Fritz Sawade – aufgrund vom Flensburger Oberbürgermeister Drews wider besseres Wissen ausgestellten Personaldokumenten – psychiatrischer Obergutachter. 1963 in Untersuchungshaft Suicid.

18 Archiwum Główniej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce (im folgenden: Arch. GKBZH), Warschau, Proc. Nor. 4, Dok. proc., t. 4, k. 45ff., Dok. NO-2197; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 3, Anlage 5, u. Ausgabe 5, S. 190.
19 (MA, Potsdam, WS 20.12/4, Bl. 448.

20 ZStA Potsdam, Film 4142 u. 3607.

21 *IMG*, Bd. 26, S. 190ff., Dok. PS-647; Bernd Wegner, *Hitlers politische Soldaten. Die Waffen-SS 1933–1945. Studien zu Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite*, Paderborn 1982, S. 115.

SS 4000 zur Verstärkung der KZ-Bewachung und rund 10000 Mann zur Ausbildung als Polizeiverstärkung ein. Danach gestattete eine Übereinkunft mit dem Stellvertreter Hitlers in der NSDAP, Rudolf Heß, und entsprechende Anweisungen vom 24. und 29. November dem Reichsführer SS, SA-Leute für die Totenkopfverbände zu werben. Das Einberufen der Polizeiverstärkung wiederholte sich nach einem Erlaß des Reichsinnenministers vom 12. Januar 1939, wonach ab Mitte dieses Monats SS-Leute der Geburtsjahrgänge 1903 bis 1913 für drei Monate – in welche die Annexion weiterer Gebiete der ČSR fiel – in die Totenkopfverbände kamen.²²

In seiner Rede vor Angehörigen der SS-Standarte »Deutschland« in München hatte Himmler am 8. November 1938 Sinn und Zweck des Hitlerschen Erlasses vom August desselben Jahres verdeutlicht: »SS und Polizei sind mehr und mehr eins geworden«. Sie garantierten die Sicherheit im Inneren, was nur erreichbar sein werde, wenn auch die SS an der Front kämpfe. »Würden wir keine Blutopfer bringen und würden wir nicht an der Front stehen, hätten wir die moralische Verpflichtung verloren, in der Heimat auf Menschen, die sich drücken und feige sind, zu schießen.« Das betraf zwar die SS-Verfügungstruppe, doch auch die Angehörigen der Totenkopfverbände würden dann »aus Gefangenewächtern zu Soldaten«. Ihnen obliege »zunächst die Aufgabe, im Frieden in den Konzentrationslagern zu wachen, den Abschaum Deutschlands ... hinter Schloß und Riegel zu setzen« und zur »Zwangsarbeit« zu pressen. Die Stärke der Totenkopfverbände mit gegenwärtig 8500 werde sich schnell auf 11000, in den nächsten Jahren auf 15000 Mann erhöhen und bilde den Stamm für 50000 Mann Polizeiverstärkung. Diese ersetze sechs aktive Totenkopfbataillone. Danach hob Himmler hervor, das Regime werde »in den nächsten 10 Jahren sicherlich unerhörten Auseinandersetzungen entgegengehen«; ein »weltanschaulicher Kampf« entbrenne mit dem »gesamten Juden-, Freimaurer-, Marxisten- und Kirchentum der Welt«, in dem »sie vernichtet werden«.²³

Für dieses Mordziel warben und erzogen die Totenkopfverbände vor allem ganz junge Leute der Jahrgänge 1914 bis 1921, darunter sogar Lehrlinge.²⁴ (Vgl. Tabelle 30)

Die bestehenden fünf Sturmbanne der SS-Wachverbände faßte Eicke ab 1. April 1937 zu drei Standarten (Regimentern entsprechend) zusammen: 1 Oberbayern, 2 Brandenburg, 3 Thüringen, letztere im Oktober/November 1937 von Frankenberg und Sachsenburg auf den Ettersberg bei Weimar verlegt. Jede Standarte gliederte sich laut ihrer Strukturstärke in drei Sturmbanne (d. h. Bataillone) zu je drei Kompanien mit

Tabelle 30

Altersstruktur der SS-Totenkopfverbände 1938

Jahrgänge	Anzahl	Jahrgänge	Anzahl
1923 – 1920	3377 ⁺	1909 – 1905	237
1919 – 1915	3839	1904 – 1900	61
1914 – 1910	1554	1899 und älter	58

⁺ Darunter Jahrgang 1923: 7, 1922: 389, 1921: 1286.

Quelle: *Statistisches Jahrbuch* ..., 1937, S. 51, und 1938, S. 79.

Tabelle 31

Stärke der SS-Totenkopfverbände, 1936 bis 1939

Zeitpunkt	Anzahl	Zeitpunkt	Anzahl
Ende 1936	3565	Ende 1938	9172 ⁺
Ende 1937	4833	März 1939	11141 ⁺⁺

⁺ 4. Standarte mit 867 Mann nur rund ein Drittel der durchschnittlichen Stärke von 2600 Mann der 1. und 2. Standarte.
⁺⁺ Davon 470 Offiziere und 2359 Unterführer.

Quelle: *Statistisches Jahrbuch* ..., 1937, s. 51, und 1938, S. 79; BA Koblenz, R 2/12164, Bl. 46.

148 Mann, eine Nachrichtenkompanie (150 Mann) sowie Transport- und Sanitätseinheiten.²⁵ Im Herbst 1938 kam die vierte Standarte »Ostmark« hinzu. (Vgl. Tabelle 31)

Die Angehörigen der Totenkopfverbände trugen erdgraue Dienstuniformen. Auf deren rechten Kragenspiegeln war das Totenkopfsymbol und die Einheitsnummer, bei SS-Führern in den Lagerkommandanturen in gotischer Form der Buchstabe K angebracht. Das KZ-Personal kennzeichnete ebenfalls ein K auf den Spiegeln und der Totenkopf am rechten unteren Ärmel. Streifen an dem Uniformärmel benannten die Einheit.²⁶

Zu den sie prägenden SS-Führern gehörte Karl Koch. 1897 als Sohn eines Standesbeamten geboren, diente er nach kaufmännischer Lehre in den beiden letzten Jahren des ersten Weltkrieges in der kaiserlichen Armee. Danach als Buchhalter tätig und dreimal bei Unterschlagungen und Urkundenfälschungen erlappt, mußte er 1930 ins Gefängnis. Nach Entlassung aus der Haft versuchte er vergeblich, wieder beruflich Fuß zu fassen. 1931 trat er der NSDAP bei, dann der SS, wo er rasch aufstieg. 1934 befehligte er als SS-Obersturmführer die Politische Bereitschaft der SS in Dresden, das spätere Sonderkommando 3, das auch Wachmannschaften in das KZ Sachsenburg abstellte. Dort blieb Koch bis Herbst 1934

22 BA Koblenz, R 2/12 164, Bl. 2; Charles W. Syndor jr., *Soldiers of Destruction. The SS Death's Head Division 1933–1945*, Princeton 1977, S. 34; ZStA Potsdam, Film 4159.
23 ZStA Potsdam, Film 3608.
24 Wegner, S. 275.

25 Ebenda; BA Koblenz, R 2/12 163, Bl. 28; George H. Stein, *Geschichte der Waffen-SS*, Königstein/Düsseldorf 1978, S. 21; *Gliederung der Schutzstaffeln SS*, zus.gest. von Werner Haupt, Stuttgart 1981, S. 22.
26 ZStA Potsdam, Film 14 349 u. 2413.

Kommandant. Im selben Jahr hatte der 1931 Geschiedene in Dresden die Sekretärin Ilse Köhler, seit 1932 Mitglied der NSDAP, kennengelernt.

Im April 1935 übernahm Koch das KZ Columbia-Haus in Berlin, im April 1936 Esterwegen und dann Sachsenhausen. Hier heirateten beide im Frühjahr 1937. Als Kommandant und »Kommandeuse« von Buchenwald von 1937 bis 1941 mißhandelten sie eigenhändig Häftlinge und stifteten dazu fortgesetzt Untergebene an. Beide führten das Leben von »Herrenmenschen«, sie mit Liebschaften, Reitpferden, Schmuck usw., dazu Einrichtungsgegenständen aus der tätowierten Haut ermordeter Gefangener, er mit anderen Frauen, Alkohol und Bereicherungen. 200000 Mark eignete Koch sich zwischen 1938 und 1943 — seit 1942 Kommandant von Majdanek — an, von denen er 106000 RM an andere abtrat. Seine Frau brachte 25000 RM in bar und Werte von 46000 Mark an sich. Ende 1941 wurde Koch deswegen festgesetzt, doch auf Heydrichs Weisung wieder freigelassen. Aus selbem Grund und wegen Gefährdung des Dienstbetriebes ermittelte 1943 ein SS-Gericht gegen das Ehepaar. Nach einem Verfahren Ende 1944 wurde Koch am 4. April 1945 in Buchenwald hingerichtet.²⁷

Einer seiner Untergebenen war der SS-Hauptscharführer Martin Sommer (Jahrgang 1915). Als Sohn eines Fleischers und Bauern arbeitete er auf dem väterlichen Hof. 1931 trat er in die NSDAP und die SA ein und wechselte 1933 zur SS über. Im Mai 1934 der Politischen Bereitschaft der SS in Sachsen zugeteilt, gehörte er in den folgenden Jahren zur Wachmannschaft in Sachsenburg. Ab 1937 übte Sommer in Buchenwald die Funktionen des Leiters des Spreng- und Rodungskommandos, der Strafkompagnie und des Kommandos Steinbruch aus, bevor er seit Anfang 1938 als stellvertretender und bald darauf als Chef des Zellenbaus schreckliche Untaten beging: Vollstrecken der Prügelstrafe, unzählige andere Mißhandlungen, hunderte von Morden im Bunker, wohl noch mehr an sowjetischen Kriegsgefangenen in der sogenannten Genickschußanlage im Herbst 1941. 1943 wurde Sommer zu einer Waffen-SS-Einheit in Frankreich versetzt, bald darauf im Zusammenhang mit Koch verhaftet, doch nicht verurteilt, sondern zur »Bewährung« an die Front geschickt.²⁸

Zu den Buchenwalder Mördern gehörte auch der SS-Hauptscharführer Wilhelm Schäfer. 1911 geboren, erlernte er den Maurerberuf, war 1931 arbeitslos und 1932

Landarbeiter. Sein Vater, gleichfalls Landarbeiter, betätigte sich in militaristischen Verbänden. Er selbst trat 1932 der NSDAP, darauf der SS bei und nahm 1933 an Verhaftungen und Judenverfolgungen teil. Ab Mitte 1933 gehörte Schäfer zum Wachpersonal im KZ Lichtenburg, fungierte dann als Kommando- und als Blockführer, desgleichen seit 1937 in Buchenwald. Schon in der Lichtenburg erwies er sich als brutaler Schläger und Vollstrecker der Prügelstrafe, desgleichen mit Sommer in Buchenwald, insgesamt 300 bis 350mal. Weiter gehörte er dem Kommando an, das sowjetische Kriegsgefangene hinterrücks erschoss. Allein etwa 100 von ihnen fielen ihm unmittelbar zum Opfer. Ab 1943 setzte er in einer Waffen-SS-Einheit sein Morden an sowjetischen Partisanen fort.²⁹

Als Adjutant des Kommandanten von Sachsenhausen wirkte Rudolf Höß. Der 1900 als Sohn eines katholischen Obersten a. D. und Kaufmanns Geborene wollte zuerst Geistlicher werden. 1916 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger und stand ab 1919 als Angehöriger eines konterrevolutionären Freikorps im Baltikum und in Mecklenburg. 1922 trat er der NSDAP bei und beteiligte sich 1923 an der Ermordung eines kommunistischen Lehrers, weswegen er zu zehn Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. Nach der Haftentlassung reihte er sich bei den Artamanen ein, einem reaktionären Siedlungsbund, dem auch Himmler angehörte. 1933 trat Höß der SS bei und wurde 1934 in Dachau Angehöriger der Wachtruppe und ihr Ausbilder, 1936 im Offiziersrang Rapportführer. Im selben Jahr nach Sachsenhausen versetzt, avancierte er zum Verwalter der Häftlingseffekten, 1938 zum Adjutanten des Kommandanten, 1939 zum Lagerführer. Ab 1940 ließ er als Kommandant das KZ Auschwitz auf- sowie zum Vernichtungslager ausbauen und leitete den Massenmord. Seit 1943 Chef des Amtes I im SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und für alle Konzentrationslager zuständig, kehrte Höß Mitte 1944 als Standortältester nochmals nach Auschwitz zurück, um dort hunderttausende ungarischer Juden ermorden zu lassen.³⁰

Koch und Höß unterstanden zeitweilig die SS-Unterführer Wilhelm Schubert und Gustav Sorge. Schubert, Jahrgang 1917, war Sohn eines Schlossermeisters, bei dem er lernte und der ihn christlich erzog. Dennoch trat er 1931 in die Hitler-Jugend und 1933 in die SA ein. 1934/35 leistete er freiwillig Militärdienst und meldete sich 1935 zu den SS-Wachverbänden. Seine SS-Karriere setzte 1936 in der Lichtenburg ein, verlief 1937 über die SS-Unterführerschule beim Lager Dachau — im selben Jahr Mitglied der NSDAP — 1938 nach Sachsenhausen. Hier war er in der Politischen Abteilung und in der Postzensurstelle, danach als Blockführer tätig. Sein Spitzname »Pistolen-Schubert« ergab sich aus zahllosen

27 BA Koblenz, NS 7/1020, unfol., R 58/264, Bl. 107; IfZ München, ZS 1915; *Pierre Durand*, Die Bestie von Buchenwald, Berlin 1985, S. 13 ff. u. passim. — Ilse Koch wurde 1947 von einem US-Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt, später auf vier Jahre reduziert. 1951 in Augsburg erneut zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt. 1967 Selbstmord.

28 *KZ-Verbrechen vor deutschen Gerichten*. Dokumente aus den Verfahren gegen Sommer (KZ Buchenwald), Sorge, Schubert (KZ Sachsenhausen), Unkelbach (Ghetto in Czenstochau), hg. von H. G. van Dam/Ralph Giordano, Frankfurt/M. 1962, S. 21 ff. — 1958 in Bayreuth zu lebenslänglicher Haft verurteilt, ab 1971 Haftverschonung.

29 *Neue Justiz*, 1961, H. 13, S. 440 ff. — 1961 vom Obersten Gericht der DDR zum Tode verurteilt und hingerichtet.

30 Höß, passim. — 1947 vom Obersten Gericht Polens zum Tode verurteilt und in Auschwitz hingerichtet.

Mißhandlungen, Dutzenden von Morden und der hundertfachen Erschießung sowjetischer Kriegsgefangener. Ab 1942 »bewährte« sich Schubert weiter in Waffen-SS-Einheiten in Jugoslawien, Polen, Rumänien, dann wieder in Polen und in Ungarn. Sorge, geboren 1911 als Landarbeitersohn, vollendete eine Schmiedelehre und war anschließend arbeitslos. Seine politische Laufbahn begann bei der sogenannten Schwarzen Reichswehr, einer illegalen militärischen Truppe, und führte ihn 1931 zur NSDAP und SS. Bei Überfällen auf Arbeiter vor 1933 »erwarb« er sich den Spitznamen »Eiserner Gustav«. 1934 gehörte Sorge zur Wachmannschaft in Esterwegen, kam 1936 zur Ausbildung auf die Ordensburg Vogelsang und nach Oranienburg. Im Spätsommer dieses Jahres wurde er zum SS-Verwaltungsamt versetzt, wo er für Bekleidung zuständig war. 1938 nahm Sorge an der Annexion Österreichs teil und rückte danach in eine Blockführerstelle in Sachsenhausen. Er stieg rasch zum stellvertretenden Arbeitsdienst- und Rapportführer und ersten Arbeitsdienstführer auf. Dabei verübte er viele Mißhandlungen und Morde, darunter an sowjetischen Kriegsgefangenen. 1942 übernahm Sorge als Lagerführer das Sachsenhausener Nebenlager in Berlin-Lichterfelde, kam darauf wieder zum Arbeitseinsatz, darunter im KZ Hertogenbosch in den besetzten Niederlanden. Für kurze Zeit wegen Mißständen inhaftiert, leitete er darauf mehrere Lager in Lettland, beteiligte sich zwischendurch an der Partisanenbekämpfung und stellte schließlich im Herbst 1944 in Sachsenhausen Häftlinge zur 12. SS-Baubrigade zusammen, die Bombenschäden beheben sollte.³¹

Solche SS-Offiziere und -Unterführer gaben den SS-Totenkopfverbänden das Gepräge. Deren moralische Verkommenheit schilderte ein ehemaliger Lichtenburg-Häftling im »Neuen Vorwärts« von 17. Februar 1937. Er hob hervor, daß den SS-Leuten »nicht einmal an dem Schein eines vorbildlichen Lebenswandels, einer vorbildlichen Geisteshaltung gelegen ist«. An zehn von ihnen – darunter dem Kommandanten – belegte der Autor, wie er sie bei Gelagen, beim Diebstahl von Lebensmitteln, Benzin und Fahrrädern, bei Betrügereien, Unterschlagung und Urkundenfälschung beobachtete: »Ein jeder«, folgerte er, »war bestrebt, sich auf Kosten der Allgemeinheit – und insbesondere der Gefangenen – zu bereichern.« Er berichtete ferner, wie SS-Leute Tiere quälten und auch dabei jenen Sadismus offenbarten, der ihr Verhalten gegenüber den Häftlingen bestimmte. Schon in seinem zehn Tage zuvor erschienenen Artikel hatte er – solche Beispiele zusammenfassend – festgestellt: »Sadismus, Brutalität, Korruption, Dummheit, innere Leere bis zu Lebensüberdruß, so oder ähnlich sieht sie im ganzen Reiche aus.«

31 *KZ-Verbrechen* . . . , S. 263 ff. – 1947 von einem sowjetischen Militärgericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt. 1956 als Nichtamnestierte BRD-Behör-

den übergeben, darauf freigelassen. 1959 in Bonn erneut zu lebenslänglichem Freiheitsentzug verurteilt.

In der Tat spiegelte diese Einschätzung charakteristische Wesensmerkmale von Angehörigen der Totenkopfverbände wider, die sich in allen Lagern antreffen ließen. Befehligt von im zivilen Leben meist gescheiterten Existenzen, entstand eine bewaffnete Formation von barbarischer Rohheit und Rücksichtslosigkeit, die sich rasch zur verbrecherischsten Organisation der Menschheitsgeschichte entwickelte. Notorische Raufbolde und Mörder wie Eicke, Höß und Koch stellten gerade für jene Idole dar, die sich – 1933 oft noch schulpflichtig gewesen – in der Folgezeit aufgrund der ideologischen Beeinflussung zur SS meldeten und sich meist wenige Jahre später selbst der Teilnahme an Verbrechen schuldig machten. Auch sie wählten sich – bar jeglicher ethischer Wertvorstellungen über Menschenrecht und Menschenwürde – als Herrenmenschen, die sich, allein dem total kritiklosen Gehorsam innerhalb ihrer kriminellen Vereinigung verpflichtet, zur erbarmungslosen und gnadenlosen Unterdrückung ihrer Opfer bis zu deren physischer Vernichtung bereit fanden.

Die Dressur der SS-Leute auf an wehrlosen Gefangenen zu verübende Rücksichtslosigkeit, Brutalität und Verbrechen sollte auf den Einsatz als Aggressoren und Völkermörder vorbereiten, löste auch zahlreiche Straftaten im zivilen Leben aus. Das mußte das Regime mehrmals eingestehen. Allein das »Befehlsblatt« des Führers der SS-Totenkopfverbände und Konzentrationslager, Nummer 5 vom Juni 1937, nannte zehn Fälle von SS-Leuten, die wegen solcher Delikte bestraft worden waren.³²

Ähnliches mochten auch manche Nazi- und SS-Funktionäre beobachtet haben. Jedenfalls kursierten Mitte 1936 Behauptungen wie die des SS-Standartenführers Werner Best, Stellvertreter Heydrichs im Gestapo, »daß in den Konzentrationslagern eine Schweinerei herrsche; es sei an der Zeit, daß man die Lager wieder der Gestapo unterstelle, oder des SS-Obergruppenführers Daluge, »daß die SS-Totenkopfverbände keineswegs das sind, was von ihnen angenommen wird«, sowie das Gerücht, diese Einheiten würden im Herbst Eicke entzogen und den SS-Oberabschnittsführern in den Wehrkreisen unterstellt.

Eicke zitierte diese Gerüchte in einem langen Brief an Himmeler vom 10. August 1936 und führte dagegen an: Durch intensive »weltanschauliche Schulung« zeichne die von ihm aufgestellten und erzogenen Einheiten »gemeinsamer Opferwille, Entbehrungen und herzliche Kameradschaft«, »Treue, Tapferkeit und Pflichterfüllung« sowie »Korpsgeist« aus. Bezüglich der Absicht, die Einheiten den Oberabschnittsführern zu unterstellen, wandte er ein, daß dann die Ausbildung und Schlagkraft der Totenkopfverbände verloren gehe und ihr Auftrag gefährdet sei. Da »für die politische Sicherheit der Konzentrationslager« zuständig, könne ihre Loslösung von ihnen »zur Katastrophe führen«. Eicke wünschte, dem Reichsführer SS direkt unterstellt zu werden.³³

32 ZStA Potsdam, Film 1694. 33 MA, Potsdam, W. 02. 100/35.

Offenbar dachte Himmler nicht zuletzt im Hinblick auf Kriegsvorbereitungen und Krieg genauso und beließ alles beim alten, ausgenommen die unmittelbare Unterstellung. Sie ging aus einem Artikel im »Völkischen Beobachter« vom 25. Januar 1939 hervor. Er legte — in der Bewertung wahrscheinlich durch Eicke beeinflusst — die Entwicklung der Totenkopfverbände dar, umriß ihre Gliederung und ihren Auftrag, die Konzentrationslager zu bewachen, erwähnte ihren äußeren Einsatz bei der Annexion Österreichs und tschechischer Gebiete und deutete damit weitergehende Aufgaben an. Der Artikel betonte, daß die Verbände seit 1936 vom Reich finanziert wurden.

In der Tat enthielt der ab 1. April 1936 laufende Etat des Reichsministeriums des Inneren für Ausgaben aufgrund der Reichstagsbrandverordnung von 1933 eine halbe Million und einen Zuschuß für SA und SS von 142, für die Totenkopfverbände von zwölf Millionen RM.³⁴ Der Haushalt für 1937/38 warf erneut für Schutzhaftkosten eine halbe Million sowie für Konzentrationslager und Totenkopfseinheiten zwölf Millionen RM aus. Ihr Verbrauch erreichte schließlich 15 Millionen.³⁵ 1938/39 betrugen der Budgetansatz für Konzentrationslager und Totenkopfverbände fast 63, die wirklichen Ausgaben für die Totenkopftruppen 43,5, die Konzentrationslager 25,4 Millionen RM.³⁶ Der Voranschlag für 1939/40 sah dann für die Einheiten 87, für die Lager 23,5 Millionen RM vor.³⁷

Gründung von SS-Betrieben

Als neues Element kam im KZ-System hinzu, die Häftlinge bei größeren Produktionen in eigens dafür geschaffenen Betrieben industriell auszunutzen. Der Anstoß ging unmittelbar von Albert Speer, dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt und die hier und in anderen Städten geplanten monströsen Nazibauten, aus. Dazu benötigte man Natursteine und Ziegel in großer Menge. Speer oblag es, zusätzlich Fertigungskapazitäten zu erschließen.³⁸ SS-Funktionäre sahen darin eine Möglichkeit, auf Kosten der KZ-Insassen ihren Apparat auszubauen und über die Staatsmittel hinaus zu finanzieren.

Der SS-Verwaltungschef, SS-Gruppenführer Oswald Pohl, dem eine eigene Bauabteilung unterstand, gründete am 29. April 1938 die Deutsche Erd- und Stein-

werke GmbH (DEST). Mit einem Bankkapital von 20000 RM sollte sie Natursteine gewinnen, Ziegel und Klinker produzieren, Straßen bauen und ähnliche Betriebe und Geschäfte betreiben. Gesellschafter des Unternehmens stellten je zur Hälfte SS-Sturmbannführer Arthur Ahrens, zugleich Geschäftsführer, und SS-Standartenführer Walter Salpeter dar.

Bereits fünf Tage nach Firmengründung verlangte Pohl von der Bank der Deutschen Arbeit, dem Unternehmen, das über die von den Nazis geraubten Gewerkschaftsgelder verfügte, einen Kredit in Höhe von 700000 RM. Damit sollte in der Nähe Weimars ein Klinkerwerk »im Rahmen der ihr (der SS — d. Verf.) gegebenen Arbeitsmöglichkeiten« errichtet werden. Pohl fügte hinzu, eine Baufirma habe schon einen Auftrag für das Klinkerwerk erhalten. Am 15. Juni erklärte Pohl während einer Besprechung bei der Reichsleitung der NSDAP: Es werde errichtet, »um für die durch den Anschluß Österreichs sehr erheblich angestiegene Zahl der Häftlinge der Konzentrationslager Beschäftigung zu schaffen. Die Gründung des Werkes geht zurück auf eine Anordnung des Führers anläßlich einer Besprechung beim Führer mit dem Reichsführer SS und Architekt Speer.« Benötigt würden jährlich zirka zwei Milliarden Ziegelsteine. Ihre Produktion sei durch »brach liegende Arbeitskräfte« möglich. »Diese Häftlinge (in Dachau haben sich diese in letzter Zeit von 2000 auf 7000 vermehrt) werden aber nicht nur in diesem Werk, sondern auch in einem weiteren noch zu gründenden Werk in Sachsenhausen eingesetzt. Ferner sollen die Häftlinge beschäftigt werden in 3 großen Granitsteinbrüchen (Ostmark und Bayerischer Wald), um auch hier Baumaterial für die Bauten des Reiches zu produzieren.«³⁹

Inzwischen hatte die DEST Steinbrüche in Flossenbürg und Mauthausen pachten lassen und wegen neuen Baugebietes bei Oranienburg verhandelt, worauf alsbald die Natursteingewinnung und der Bau des Klinkerwerkes Sachsenhausen begann.

1939 betrugen die Umsätze des SS-Unternehmens fast 1,6 Millionen, davon nur rund 100000 RM bei den Ziegelwerken. Die Verbindlichkeiten stiegen durch weitere Kredite — unter anderem von der Dresdner Bank AG 4,9 Millionen — hingegen bis zum Juni dieses Jahres auf 17 Millionen RM an. Die Verantwortlichen setzten alles daran, sie durch skrupellose Antreiberei der KZ-Häftlinge abzubauen. »Die Mittel sollten die Betriebe der Schutzstaffel erbringen«, schrieb Anfang 1945 ein SS-Führer rückblickend auf die Kredite von 1938.⁴⁰

Als nächstes SS-Unternehmen folgte am 23. Januar 1939 die Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung GmbH mit einem Gründungskapital von 35000 RM seitens der Deutschen Erd- und Steinwerke und einem SS-Führer. Die Firma war zunächst für den

34 Arch. GKBZH, Warschau, Proc. Nor. 4, P. p., t. 9, k. 2235 u. 2264; IfZ München, NG 4211; ZStA Potsdam, Reichsrechnungshof, Nr. 6623, Bl. 93, S. 23; Wegner, S. 106.

35 IfZ München, NG 4209.

36 BA Koblenz, R 2/12 163, Bl. 8, NS 3/479, Bl. 138 u. 168.

37 Ebenda, NS 3/477 u. 478, unfol. — Spezifizierung für Konzentrationslager im nächsten Kapitel.

38 Alle Angaben — soweit nichts anderes vermerkt — nach: Enno Georg, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963, S. 36f., 42ff., 54, 56, 62f., 58f., 70 u. 134.

39 ZStA Potsdam, Film 14 428. 40 Wewelsburg 1933–1945. Kult- und Terrorstätte der SS.

Eine Dokumentation, hg. vom Kreis Paderborn, Paderborn 1982, S. 429.



Aufbau des Klinkerwerkes durch Häftlinge des KZ Sachsenhausen

Betrieb des Heilkräutergartens im KZ Dachau und einer Reihe von Agrargütern gedacht. Am 3. Mai 1939 gründeten Pohl und Salpeter die Deutsche Ausrüstungswerke GmbH mit einem Stammkapital von 20000 RM, je zur Hälfte von Salpeter und den Deutschen Erd- und Steinwerken. Das neue Unternehmen sollte die Werkstätten in den Konzentrationslagern zusammenfassen. Geplant war desweiteren an eine Brotfabrik bei Sachsenhausen (im Bau ab August 1940⁴¹) und eine Rohrmattenflechtere in Ravensbrück. Durch Kredite, die diese Firmen aufnahmen, stiegen die Schulden bis Juli 1939 auf 23,5 Millionen RM an.

Auf die Verknüpfung von Regimesicherung und Ausbeutung in den Konzentrationslagern wies im Oktober

41 StA Potsdam, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, III Forsten, Nr. 20 933, unfol.

1938 auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für psychische Hygiene der Leiter des Gesundheitswesens in Thüringen und Professor an der Jenaer Universität, Karl Astel, hin. Vor seinen Kollegen äußerte er: »Zehntausende von schlimmsten Ballastexistenzen werden auf diese Weise . . . unschädlich gemacht und in beträchtlichem Maße sogar nutzbringend verwendet.« Auf eine konkrete Einsatzmöglichkeit, dazu außerhalb des KZ-Bereiches, machte dann am 19. November der SS-Oberführer und Regierungspräsident von Aussig (Ustinad Labem), Hans Krebs, aufmerksam. Bei der Rückfahrt von der Münchner Feier am 9. November hätte er, schrieb Krebs Himmler, mit dem SS-Brigadeführer Ernst Grawitz, Reichsarzt der SS und geschäftsführender Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, des längeren über die Konzentrationslager gesprochen. Dabei wäre von dem Arzt erwähnt worden, daß sich deren Insassen »eigentlich bester Gesundheit« erfreuten, während »anständige deutsche Arbeiter« oft frühzeitig sterben müßten. Krebs denke – so teilte er Himmler mit – an die Radiumbergwerke in Joachimsthal (Jachymov). Nun frage er, »welche Möglichkeiten sich ergeben, solche Schwerverbrecher, die lebenslänglich aus der Gesellschaft ausgeschieden werden müssen, in diesen Radiumbergwerken zu beschäftigen«. Dies würde auch »finanziell ausgezeichnete Ergebnisse zeitigen«. Er regte an, daß die SS die Förderstätten übernehme. Himmler ließ vier Wochen später Krebs mitteilen, er halte seinen »Vorschlag für sehr gut«. Deshalb solle der SS-Oberführer zusammen mit Eicke und Pohl darangehen, »die Möglichkeiten zur Durchführung dieses Planes zu schaffen«. Und er wolle dafür »die größten Verbrecher, die es gibt, den Radiumbergwerken zur Verfügung stellen«.⁴²

Dazu kam es zwar nicht. Doch widerspiegelte der Briefwechsel das Streben, aus KZ-Häftlingen Gewinn zu schlagen. Vor allem deutete sich eine gewichtigere Dimension an: KZ-Insassen nicht nur in Lagerbetrieben, sondern in Industrieunternehmen auszubeuten, wie dann im Krieg vorangetrieben.

Charakteristisch für das Zusammenwirken einzelner Teile des Regimes wie für seine Kriegsvorbereitungen war desweiteren, daß im März 1938 das Oberkommando der Wehrmacht hinsichtlich künftiger Kriegsgefangener angeregt hatte, »für den Lageraufbau und die Lagerbewachung« müßten »die Erfahrungen der Gestapo bei der Anlage der Konzentrationslager« berücksichtigt werden.⁴³ Das bezog sich offenkundig auf die großflächigen neuen Lager, die mit Blick auf den Krieg entstanden waren.

42 Klee, S. 342; BA Koblenz, NS 19/neu 1151, unfol.

43 Laurenz Demps, Einige Bemerkungen zur Genesis der faschistischen Arbeitseinsatzkonzeption, in: *Deutscher Imperialismus und polnische Arbeiter in*

Deutschland 1900–1945. Materialien eines wissenschaftlichen Kolloquiums der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1977, S. 95.

Neue Lager

Sachsenhausen

Am 3. März 1936 besichtigte ein SS-Obersturmbannführer Waldgelände im Forst Sachsenhausen, unmittelbar am nordöstlichen Stadtrand von Oranienburg gelegen. Am 9. April und 17. Juni folgte der Inspekteur der Konzentrationslager, Eicke, der am nächsten Junitag vom Forstamt verlangte, das Gebiet der Gestapo zur Verfügung zu stellen, um dort ein Konzentrationslager zu errichten. Es solle bis 1. Oktober fertig sein. Neben der Forderung der »Militärbehörde« nach einem Lager in der Nähe Berlins verwies Eicke auf die geplante Verlegung des KZ Esterwegen aus der Grenznähe zu den Niederlanden und des KZ Berlin-Columbia, dessen Gebäude an das Reichsluftfahrtministerium übergehe, offenkundig wegen der Erweiterung des Flugplatzes Tempelhof. Eickes Schreiben lag ein erster Bauplan bei. Er sah als Grundfläche ein gleichschenkliges Dreieck von rund 700 Metern Seitenlänge und der Basis mit ca. 650 Meter – insgesamt 15,4 Hektar – für das Häftlingslager und 34,6 Hektar für Kommandantur und SS-Wachtruppe vor. Am 10. Juli schrieb der preußische Land-an den Reichsforstmeister schon von 186 Hektar, welche die Gestapo fordere, worüber Verhandlungen mit dem Regierungsrat Piefke, Leiter der Zentralverwaltung der IKL, liefen. Der Regierungspräsident von Potsdam genehmigte am 18. Juli den Kahlschlag, der zwei Tage darauf begann. Eicke und Piefke erreichten dann im November/ Dezember einen Vertrag über 75,6 Hektar für eine Pachtsumme von 100 RM pro Hektar und Jahr, der bis Juli 1954 laufen sollte.¹

Bereits Ende Juni waren drei Häftlinge aus Esterwegen nach Oranienburg gebracht worden, um im Baubüro tätig zu sein.² Ihnen folgten am 12. Juli 50 Gefangene und 100 SS-Leute. Zwei Baracken, die Zivilarbeiter aufgebaut hatten, standen schon, die eine für die Häftlinge, die andere für einen Teil der Wachmannschaften, von denen weitere zunächst im Schloß Oranienburg unterkamen. Ende Juli traf der nächste Transport mit ungefähr 200 Gefangenen aus Esterwegen ein. Sie fanden drei mit Stacheldraht umzäunte hölzerne Baracken vor und mußten weitere errichten: für die SS, als Häftlingsunterkünfte – ca. 50 m lang und 8 m breit – mit jeweils zwei Schlafräumen von je 96 m² und zwei

Tagesräumen, je 72 m² groß – für jeweils 146 Gefangene, für die Schreibstube, Wäscherei und provisorische Sanitätsstation. Das Essen kam anfangs aus Oranienburg, später aus einer Feldküche. Das Wasser mußte einige Monate in Tonnen aus der Stadt herangebracht werden.

Die letzten Häftlinge aus Esterwegen schickte man Anfang September in das neue Lager, worauf die »Hölle im Moor«, wie die Gefangenen sie nannten, ab 5. September als nach Sachsenhausen verlegt galt.³

Das Moorlager war im Sommer für 675000 Mark an den Reichsarbeitsdienst verkauft worden, der zunächst 400000 RM überwies. Der Betrag diente dem Aufbau von Sachsenhausen. Dazu kamen 100000 Mark vom Reichsführer SS. Als das Reichsjustizministerium an Esterwegen Interesse zeigte, trat der Arbeitsdienst zurück. Darauf übernahm die Justizverwaltung Anfang Januar 1937 das Lager für 1050000 RM. Da, wie Himmler am 8. Februar an das Ministerium schrieb, Sachsenhausen entsprechend dem Interesse der Wehrmacht »an der Errichtung eines großen Lagers in der nächsten Umgebung von Groß-Berlin mit umfassenden Erweiterungsmöglichkeiten für den Mob. Fall« angelegt sei, reiche dieser Betrag nicht aus. Mehrkosten müsse das Reich übernehmen. Deshalb wiederholte Himmler in dem durch Eicke entworfenen Brief, daß mit Sachsenhausen »ein vollkommen neues, jederzeit erweiterungsfähiges, modernes und neuzeitliches Konzentrationslager mit verhältnismäßig geringen Mitteln neugeschaffen worden ist, das allen Anforderungen und Erfordernissen nach jeder Richtung hin gewachsen ist und sowohl in Friedenszeiten sowie für den Mob.-Fall die Sicherung des Reiches gegen Staatsfeinde und Staatsschädlinge in vollem Umfang jederzeit gewährleistet.«⁴

Am 5. November 1936 war das Berliner KZ Columbia-Haus geschlossen worden. Neueinzuweisende Häftlinge sollten über das Polizeipräsidium Berlin nach Sachsenhausen gebracht werden. Sie trafen sogleich in kleineren Schüben ein, meist nach Ende der Justizhaft. Im Oktober hatte die SS zudem 300 politische Gefangene aus der Lichtenburg herangetrieben. Im Frühjahr 1937 folgten eine größere Gruppe Häftlinge und nach Auflösung des KZ Sachsenburg am 12. Juli⁵ die dortigen Gefangenen. (Vgl. Tabelle 32)

3 ZPA, Pst 3/518.

4 GStA Berlin, Rep. 151, Nr. 424, unfol.; *Kosthorst/Walter*, S. 172f., Dok. 14.

5 Archiv der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen (im folgenden: Arch. Sachsenhausen), Nr. R 28/6/1; ZPA, St 3/749.

1 Sämtliche Angaben nach: StA Potsdam, Rep. 2A, Regierung Potsdam, III Forsten, Nr. 20939, Bl. 1ff.

2 Folgende Angaben und Zitate – soweit nichts anderes vermerkt – nach: *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 3, S. 2ff. u. 16ff.

Preussische Geheime Staatspolizei

Der Reichsaussenminister und Polizeipräsident

B.-Nr. P/SS-TV F164

Bitte in der Nummer vorliegendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Berlin SW 11, den
Deing-Albrecht-Straße 8
Fernsprecher: R 2 Siron 0040

18. Juni 1936

Dona I F. A. *Reichsaussenminister*
eing. 19.6.36

6223

Nr. 1221

48

6123

D2 6123

GEHEIM !

Betreff : Freigabe von fiskalischem Forstgelände für den Zweck
der Errichtung eines staatlichen Konzentrationslagers.

An das

Preussische Forstamt

Sachsenhausen

b. Oranienburg

1. Das in der Strassengabel Sachsenhausen - Lehnitzschleuse - Oranienburg gelegene, auf beiliegender Übersichtskarte rot bezeichnete fiskalische Forstgelände, bitte ich der Preussischen Geheimen Staatspolizei zur Verfügung zu stellen. Auf diesem Gelände soll sofort ein staatliches Konzentrationslager errichtet werden, welches zum 1. Oktober 1936 fertiggestellt sein muss. Einen Bauplan füge ich zu treuen Händen bei. Als Baufläche wird ein gleichseitiges Dreieck von je 1 km Seitenlänge für ausreichend erachtet. Die Spitze des Dreiecks geht in Richtung Bahnhof Sachsenhausen. An den Strassen- und an der Ortsseite gegen Sandhausen soll ein Schutzstreifen von ca 80 - 100 m bestehen bleiben.
2. Ich bitte den Antrag zu beschleunigen, da mir für den Gesamtaufbau des Lagers nur 3 Monate zur Verfügung stehen. Der Regierung in Potsdam - Politische Abteilung Abtg. der Forsten- habe ich meine Absicht bereits mündlich unterbreitet und Unterstützung gefunden.
3. Begründung :
 - a) Das staatliche Konzentrationslager Esterwegen b. Papenburg muß am 1. Oktober 1936 aufgelöst und dem Reichsarbeitsführer, Staatssekretär Hierl, gegen Erstattung der anfallenden Kosten für den Neubau des Konzentrationslagers Sachsenhausen, übergeben werden.
 - b) Die Insassen des Konzentrationslagers Esterwegen und 1 SS-Totenkopfstorm als Wachtruppe werden zum 1. Okt. 1936 in das neue K.L. Sachsenhausen übergeführt.

./.

- c) Das Konzentrationslager "Columbia", Berlin wird am 1. Oktober 1936 gleichfalls aufgelöst; die Baulichkeiten gehen zu diesem Zeitpunkt an das Reichsluftfahrtministerium über. Die Insassen des K.L. Columbia werden zum genannten Zeitpunkt ebenfalls im neuen K.L. Sachsenhausen untergebracht.
- d) Die Militärbehörde ist mit dem Ersuchen an mich herangetreten, im A-Falle einige Hundert staatsgefährliche Elemente in einem Konzentrationslager in der Nähe Berlins unterzubringen. Ich habe hierfür das neue Konzentrationslager Sachsenhausen vorgesehen.

4. Nachdem ich in vorstehenden Ausführungen die zwingende Notwendigkeit und Dringlichkeit zur Errichtung eines Konzentrationslagers in der Nähe von Berlin dargetan habe, bitte ich nunmehr, unter Überreichung einer Lageplanskizze und mit Bezug auf die gestrige mündliche Besprechung und Besichtigung an Ort und Stelle, über die zuständige Regierung in Potsdam (z.Hd. des Herrn Forstmeister Lubisch) beim Reichsforstamt die Genehmigung zur Abtretung und Überschreibung der in der Anlage rot angezeichneten Waldflächen an den Preussischen Staat (Preussische Geheime Staatspolizei) zum Zwecke der Errichtung des Lagers nunmehr baldgefl. zu veranlassen, damit mit der Inangriffnahme der Barackenerrichtung umgehend begonnen werden kann, da laut Vereinbarung mit dem Reichsarbeitsdienst das K.L. Esterwegen bis zum 1. Okt. d. Jhs. geräumt und das neue Lager bei Sachsenhausen für die Unterbringung der Schutz - häftlinge bis zu diesem Zeitpunkt fertig sein muß.

Abschrift des vorstehenden Schreibens habe ich dem zuständigen Landrat des Kreises Niederbarnim, der an der Angelegenheit hauptsächlich vom baupolizeilichen Standpunkt aus interessiert ist, heute mit der Bitte zugehen lassen, auch seinerseits den Antrag zu prüfen und, sofern von ihm Bedenken nicht zu erheben sind, der Politischen Abteilung der Regierung in Potsdam zur Genehmigung vorzulegen.

Eine etwa erforderliche Stellungnahme der Abteilung "Landesplanung" bei der Regierung in Potsdam bitte ich gef. einzuholen. Ob die abzutretende Waldfläche, deren Baumbestand die örtlich zuständige Forstbehörde selbst als nicht besonders wertvoll bezeichnet hat, unter die Bestimmung betr. "Baumschutz" fällt, entzieht sich meiner Kenntnis.

./.

Erforderlichenfalls bitte ich die Beschränkung aufzuheben.

Gelegentlich der mündlichen Vorerörterung ist in die Wagschale geworfen worden, ob im vorliegenden Falle die abzutretenden Waldflächen nur gegen Entgelt abzugeben und daher von der Preussischen Geheimen Staatspolizei zu bezahlen wären.

Ich darf hierbei darauf hinweisen, dass die Ausgaben für die Preussische Forstverwaltung in der gleichen Weise aus der Preussischen Staatskasse bestritten werden, wie alle Einnahmen und Ausgaben für die Preussische Geheime Staatspolizei ebenfalls im Preussischen Staatshaushalt (Kap. 92 von der Verwaltung des Innern) ausgeworfen sind. Ausserdem würde dies dem bisher beobachteten Grundsatz "Vermeidung von Zahlungen von einer Staatskasse in die andere" widersprechen.

Die Errichtung und Unterhaltung von Konzentrationslagern ist eine polizeiliche Angelegenheit und nach wie vor, als solche, Angelegenheit der Länder; im vorliegenden Falle also Aufgabe des Landes Preußen. Unter diesen Umständen bitte ich von einer Bezahlung des Wertes der abzutretenden Waldfläche abzusehen und, wie auch in früheren Fällen geschehen, diese mir zu dem angegebenen Zwecke unentgeltlich zu überlassen.

Für größtmögliche Beschleunigung wäre ich dankbar.

3. a.

Fischer

Von Anfang an trieb die SS die Häftlinge in Sachsenhausen zu schwerster Arbeit. »Die Arbeit war sehr hart«, berichtete ein Gefangener vom Baumfällkommando. »Acht bis zehn Mann mußten die schweren Baumstämme im Laufschrift wegschaffen. Die Arbeit war außerdem sehr gefährlich, weil die SS nicht davor zurückschreckte, die Bäume schleppenden Häftlinge aus der Postenkette herauszulocken.« Ein anderer fügte hinzu: Es kam »öfter vor, daß die SS-Bewachung auf uns losschlug. Dadurch wurde das Kommandogeben desorganisiert, die Baumstämme wurden weggeworfen. Bei solchen Exzessen konnte es geschehen, daß Häftlinge unter die Baumstämme gerieten. Schwere Verletzungen, wie Oberschenkelhalsbrüche u. a., waren die Folge.« Ähnliches trug sich beim Stubbenrodekommando, beim Erdkommando, bei den Stacheldrahtflechtern, dem Lo-

renkommando, wo Häftlinge wie Wagen ziehen und schieben mußten, beim Straßenbaukommando, Baracken- und Kasernenbau, bei der Anlage des Exerzierplatzes und des Schießstandes der SS zu.

Bis Frühjahr 1938 war die erste Bauphase abgeschlossen, worauf ein weiterer Antrag Eickes vom 22. März zusätzliche elf Hektar Wald für Verwaltungs-, Wirtschafts- und Wohngebäude verlangte und ein neuer Bauplan vom 27. Juli Ausbau- und Erweiterungsarbeiten vorsah.⁶ Es entstanden das sogenannte Kleine Lager, vier Baracken für die Strafkompagnie, durch einen Zaun vom übrigen Lager isoliert, der Neubau des

⁶ StA Potsdam, Rep. 2A, Regierung Potsdam, III Forsten, Nr. 20939, Bl. 58 R, 61f. u. 107.



Lagertorinschrift des KZ Sachsenhausen



Stacheldraht um das KZ Sachsenhausen

Häftlingsreviers, der zweite Kasernenkomplex, das Gebäude der IKL, Wohnbauten für SS-Unterführer und Häuser für SS-Führer, darunter Eickes Villa: ein Speisezimmer von 36,7, ein Arbeitsraum mit 47,6, ein Wohnzimmer von 36,7, ein Schlafraum mit 25,9, zwei weitere Schlafräume zu je 23,4, ein Gästezimmer von 25,9, zwei Dielen von je fast 52, eine Küche mit 31,4 und ein Bad mit knapp zwölf Quadratmetern, zusammen 341 m², sowie Kellerräume, Garage und Werkstatt. Das entsprechend ausgestattete Haus wurde im Juni 1939 bezogen.⁷

Tabelle 32

Anzahl der Häftlinge und SS-Leute im KZ Sachsenhausen, 1936 bis 1939

Jahr	Häftlinge			SS-Leute	
	Zugänge	Abgänge	Lagerstärke	Wachen	Kommandantur
	am Jahresende			am Jahresende	
1936	ca. 2150	150	ca. 2000	521	70
1937	ca. 750	227	2523	1617	109
1938	8300	2514	8309	2695	172
1939	9144	5285	12168 ⁺	..	..

⁺ Ende August 1939 6563.

Quelle: *Statistisches Jahrbuch* ..., 1937, S. 51, und 1938, S. 79.

Daneben setzte sich der 1937 begonnene Bau des Industriehofes mit Werkstätten für Elektriker, Schlosser und Tischler fort. Ferner begann die Errichtung des Klinkerwerkes, einen Kilometer vom Lager entfernt, jenseits des Kanals zwischen Grabow- und Lehnitzsee. Auf dem Gelände fällten Häftlinge am 2. Juli 1938 die ersten Bäume, obwohl SS-Sturmabführer Ahrens noch am selben Tag deswegen verhandelte. Am 6. Juli forderte Eicke mündlich und danach schriftlich für das Klinkerwerk, das jährlich 150 Millionen Ziegel produzieren sollte, eine Fläche von 50 Hektar. Er berief sich dabei auf einen Befehl Hitlers zur »produktiven Beschäftigung der Insassen der Konzentrationslager«.⁸

Mit dem Bau des Klinkerwerkes begann eine Zeit des Schreckens für alle Häftlinge. »Alles ging im Laufschrift und (mit) Karacho«, erinnerte sich ein Gefangener. »Da menschliche Arbeitskräfte in einem nicht versiegenden Strom hinzukamen, legte die SS keinen Wert auf Maschinen irgendwelcher Art. Diese hätten Anschaffungs- und Reparaturkosten verursacht... So mancher Häftling hielt es für überflüssig, solange zu warten, bis er infolge körperlicher Entkräftung durch das Arbeitstempo (zusammenbrach) und Schikanen der Vorarbeiter und der SS totgeschlagen wurde. Er benutzte dann lieber eine Gelegenheit, um sich zu ertränken oder durch die Postenkette erschossen zu werden... Der Bau des Hafenbeckens war ein besonderer Aderlaß der jüdischen Häftlinge. Die Sohle des Beckens war beim Ausschachten ca. 11 m tief zwecks Befestigung und Betonierung. Hier mußten die Häftlinge ausschließlich mit Spitzhacken und Schaufeln gewaltige Erdmassen bewegen. Mir sind drei Fälle bekannt, wo Juden von Erdmassen verschüttet wurden und erstickten. Es wurden in solchen Fällen mit den Bergungsarbeiten nicht etwa sofort begonnen, sondern erst dann, wenn es im Zuge der Arbeit sein mußte.«

8 StA Potsdam, Rep. 2A, Regierung Potsdam, III Forsten, Nr. 20917, unfol.

7 BA Koblenz, R 2/12 163, Bl. 37.

Bis 1939 entstanden 77 fächerförmig in vier Reihen angeordnete Baracken im Häftlingslager, davon 63 als Unterkünfte — also für rund 9200 Gefangene —, vier für die Strafkompagnie, zwei Doppelbaracken als Revier, drei für Werkstätten und vier für Kammern sowie eine Baracke als Schreibstube, Lagerküche und -wäscherei, der Bunker mit 80 Zellen, das Torgebäude mit Verwaltungsräumen und dem überragenden Turm, bestückt mit Maschinengewehren, dahinter der Appellplatz in Halbkreisform — Radius 125 Meter —, alles umgeben von einer 2,70 Meter hohen und ca. 2000 Meter langen Mauer mit aufgesetztem, 50 cm hohem, elektrisch geladenem Stacheldraht, neun Wachtürmen mit Scheinwerfern und Maschinengewehren sowie vorgelagertem beleuchtetem Stacheldrahtzaun und 1,20 m breiten Drahthindernissen. Zwischen Zaun und Mauer bewegten sich Posten. Im Industriefhof gab es fünf Baracken für Handwerker und zwei Materialschuppen, im Kommandanturbereich acht Verwaltungsbaracken, Garagen und andere Gebäude sowie ein Kasino, im Gebiet



SS-Oberführer Hermann Baranowski

der SS-Totenkopfstandarte acht Kasernen und mehrere weitere Bauten. Dazu kamen das Gebäude der IKL mit Garagen, Kasino usw., 82 Wohngebäude, drei Führerhäuser und das noch unfertige Klinkerwerk sowie Straßen, Kanalisation, Beleuchtung usw. — alles manuell von Häftlingen erbaut.

Kommandanten des KZ Sachsenhausen 1936 bis 1939

Juli 1936 bis Oktober 1936	SS-Obersturmbannführer Michael Lippert
Oktober 1936 bis Juli 1937	SS-Standartenführer Karl Koch
Juli 1937 bis Januar 1938	SS-Oberführer Hans Helwig
Februar 1938 bis September 1939	SS-Oberführer Hermann Baranowski

Buchenwald

Für das zweite neue Lager fand spätestens am 20. Mai 1936 eine Besprechung zwischen dem IKL und dem Thüringer Gauleiter statt, worauf Eicke Sauckel am 3. Juni schrieb, Himmler habe der Verlegung des KZ Lichtenburg nach Thüringen zugestimmt. Im Hinblick auf den Krieg müsse das geplante Lager 3000 Häftlinge fassen und Unterkunft für einen SS-Totenkopfsturmbann bieten.⁹ Im Oktober erhöhte Eicke diese Zahl auf 6000 und verlangte 60 Hektar Fläche, auf Sachsenhausen mit 78 Hektar verweisend. Darauf setzte die Suche nach einem geeigneten Terrain ein. Am 17. November besichtigte Eicke das Staatsgut Magdala, offenbar auf Grund von Hinweisen des Polizeirates Helmuth Gommlich vom thüringischen Innenministerium. Am 19. Dezember schrieb Eicke ihm, das weiter angebotene Areal bei Bad Berka entspreche mit 74 Hektar den Vorstellungen. Der Chef der Reichskanzlei, Hans-Heinrich Lammers, teilte Sauckel am 27. Januar 1937 mit, Hitler stimme den Vorschlägen über das KZ Bad Sulza zu. Sauckel hatte nämlich Ende Dezember 1936 ange-regt, Sulza auszubauen. In diesem Lager sank Ende Februar 1937 die Häftlingszahl nach vorherigen Abtransporten von 160 auf 130. Als Kommandant fun-gierte SS-Hauptsturmführer Albert Sauer, der im Juni 1936 eingesetzt worden war. Ihm unterstanden vier weitere SS-Leute.¹⁰

Bad Sulza sah Eicke als nicht geeignet an. Am 31. März 1937 notierte zwar Gommlich, Hitler habe gegen Magdala keine Bedenken. Doch gab es wegen des dortigen guten Ackerbodens Einwände. Sie spielten eine Rolle bei der Besprechung in Berlin am 24. April, an der Eicke, Pohl und zwei andere SS-Oberführer, Best

9 Folgende Angaben — soweit nichts anderes vermerkt — nach: *Buchenwald*, S. 55ff., 698 u. 737.
10 ZStA Potsdam, Film 19609; StA Weimar, Thüringisches Ministerium des Inneren,

Nr. P 22, Bl. 21 u. 24, Kreisamt Weimar, Nr. 994 u. 995, unfol.; Dok.-Zentrum, KZ und Haft-anstalten, Buchenwald, Nr. 19, Bl. 17f. u. 25.

Inspekteur der Konzentrationslager
Führer der SS-Totenkopfverbände

I F 1 / 259

Berlin, den 27. Okt. 1936.
NW 7, Friedrichstr. 129
- Block F -

Betr.: Konz.-Lager - Neubau in Thüringen.

Bezug: Anfrage M.d.I. III P 2086 v. 20.10.36

An den

Herrn Staatssekretär und Leiter
des Thür. Ministeriums des Innern

Der Reichsstatthalter in Thüringen
Der Staatssekretär und Leiter des
Thüringischen Ministeriums des Innern
Eing.: 28. Okt. 1936 in
.....

W e i m a r

Fürstenplatz 2

1. Der für ein geräumiges Konzentrationslager für 3 bis 6000 Insassen einschließlich Kaserne für ein SS-Bataillon benötigte Flächenraum darf nicht unter 60 Hektar (zusammenhängend) betragen.
Eine solche Einrichtung dient nicht nur im Frieden, sondern muß den Bedürfnissen eines Krieges in erhöhten Maße Rechnung tragen. Das bei Oranienburg neu eingerichtete K.L. hat eine Fläche von 78 Hektar Staatsgrund.
2. Ich wäre dankbar, wenn die nun brennend werdende Frage der Verlegung des K.L. Lichtenburg baldigst der von mir vorgeschlagenen Entscheidung zugeführt würde. Es haben sich bereits mehrere preußische Städte um die Verlegung und Zuweisung dieses Lagers bemüht und Mittel hierfür in Aussicht gestellt. Die Verlegung des Lagers muß bis Frühjahr 1936 durchgeführt sein. Aus diesem Grunde bitte ich um Mitteilung, ob Thüringen an der Neueinrichtung eines Konz.-Lagers weiterhin festhält, andernfalls würde ich die auf preußischem Staatsboden gebotenen Gelegenheiten ins Auge fassen.

Der Inspekteur der Konz.-Lager

Süß
SS - Gruppenführer.

und ein weiterer Beamter des Gestapa sowie vier höhere Mitarbeiter des Reichsfinanzministers und Gommlich teilnahmen. Vorrangig sei der Ausbau von Sachsenhausen und Dachau. Deshalb kamen sie überein, ein Lager bei Halle zu errichten, als viertes dann das in Thüringen. Da der Landwirtschaftsminister die Fläche bei Magdala nicht freigebe, verlangte Eicke von dem Weimarer Vertreter neue Vorschläge: schlechte oder brachliegende, zusammenhängende 75 Hektar, mit abholzablem Wald und Wasser sowie mit Lehm- oder anderer abbaufähiger Erde in der Nähe. Gommlich sagte zu, neue Angebote zu unterbreiten. Noch am selben Tag fragte er bei Geologen an, ob es in der Nähe Weimars ein derartiges Gelände gebe, wo ein Konzentrationslager errichtet und die Häftlinge mit Ziegelfertigung beschäftigt werden könnten. Er erwartete sofortige Antwort, da er binnen einer Woche nach Berlin berichten müsse. Schon zwei Tage darauf notierte er: Ettersberg-Hottelstedt, teilte den Vorschlag am 29. April Eicke mit und übersandte ihm Karten.¹¹ Eicke antwortete am 5. Mai telefonisch zustimmend, sprach nunmehr von 8000 Gefangenen und 1300 SS-Leuten und kündigte eine Besichtigung zusammen mit Pohl an, die am 18. Mai erfolgte. Weitere Besprechungen am 15. Juni betrafen schon Details der Strom- und Wasserversorgung, worauf acht Tage darauf der Sachsenhausener Kommandant Koch bei Gommlich die Bereitstellung von Transportwagen für 1000 Liter Wasser ab 5. Juli verlangte.¹²

Offensichtlich lagen inzwischen auf Grund der Weisungen Himmlers vom 11. und Eickes vom 24. Juni die weiteren Schritte fest, die dann der IKL-Befehl vom 7. Juli in Gang setzte. Das KZ Bad Sulza, hieß es darin, werde am übernächsten Tag aufgelöst; die 120 Häftlinge kämen per LKW in die Lichtenburg. Vom KZ Sachsenburg, das bis spätestens 16. Juli zu schließen sei, mußten die Gefangenen mit der Bahn nach Sachsenhausen, die Geräte auf den Ettersberg. Zu dem neuen Lager würden am 16. Juli auf der Straße die ersten 300 Häftlinge gebracht, 150 aus Sachsenburg, je 75 aus der Lichtenburg und aus Sachsenburg, sämtlich Handwerker. Das KZ Lichtenburg werde voraussichtlich am 15. August aufgelöst. Dessen Insassen seien dann gleichfalls nach Thüringen zu schaffen. Das neue Lager übernehme Koch aus Sachsenhausen, dessen dortiger Nachfolger werde Helwig von der Lichtenburg. Eicke schloß seinen Befehl: Es sei »die kostbare Zeit aufzuholen, die uns die Bürokratie gestohlen hat«.¹³

Schon am 15. Juli brachte die SS die ersten 149 Häftlinge, darunter 52 politische Gefangene, aus Sachsenhausen auf den Ettersberg. Am 20. Juli kamen 70 Kriminelle, sieben Tage später 92 politische und acht kriminelle Gefangene aus Sachsenburg. Ihnen folgten am 31. Juli 602 und am 2. August 625 überwiegend

Tabelle 33

Anzahl der Häftlinge und SS-Leute auf dem Ettersberg, 1937 bis 1939

Jahr	Häftlinge			SS-Leute	
	Zugänge	Abgänge	Lagerstärke	Wachen	Kommandantur
	am Jahresende			am Jahresende	
1937	2912	351	2561	1066	112
1938	20122	11655	11028	2176	142
1939	9553	8774	11807 ⁺	..	..

⁺ Ende August 1939 5382.

Quelle: Buchenwald, S. 698; Statistisches Jahrbuch ..., 1937, S. 52, und 1938, S. 79.

politische Häftlinge aus der Lichtenburg, darunter die Insassen des KZ Bad Sulza, die dort erst am 9. Juli angekommen waren.¹⁴ (Vgl. Tabelle 33)

Der Verlegungsbefehl nannte das neue Lager noch KZ Ettersberg. Doch nach einem Gespräch mit Gommlich am 23. Juli teilte Eicke Himmler mit, die NS-Kulturgemeinde in Weimar haben gegen die Benennung Einspruch erhoben, weil der Ettersberg mit Goethes Leben in Verbindung gestanden habe. In dieser Zeit ließ der Lagerführer in Eickes Beisein die Häftlinge antreten und fragte, wie Willy Eckhardt sich erinnerte, einen von ihnen, welche Bäume er sehe. Als er antwortete: Buchen, hätte der Lagerführer bestimmt: »Ihr seid also in Buchenwald, nicht mehr in Ettersberg! Verstanden!«¹⁵ Eicke schrieb am 28. Juli an Gommlich, von Himmler wäre dem Lager die neue Bezeichnung KZ Buchenwald gegeben worden.

Neben den Buchen fanden die ersten Häftlinge eine halbfertige Baracke vor, die sie bis in die Nacht hinein kompletieren mußten. In 12- bis 14stündiger schwerster Arbeit fällten sie Bäume, stellten dann fast täglich eine Baracke auf, brachen im neben dem Lager gelegenen Steinbruch Baumaterial und trugen es in großen Stücken auf den Schultern hinauf, schoben Loren, zogen Wagen und Walzen, legten Wasserrohre, zum Teil bis zwei und drei Uhr nachts, usw.

Das erste für die SS fertiggestellte feste Gebäude war die Villa des Lagerkommandanten. Weiter mußten die Häftlinge bis 1939 errichten: für die SS 14 teilweise mehrgeschossige Kasernen, zwölf Garagen, neun weitere Führerhäuser sowie Verwaltungsgebäude, für das an den SS-Bereich nördlich anschließende Lager in fünf leicht gebogenen Reihen 30 Holzbaracken, Küche, Wäscherei, Magazine, Kammern und Werkstatt, darum hölzerne,

11 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Nr. 19, Bl. 117ff.

12 Ebenda, Bl. 124, 137, 102 u. 144.

13 Ebenda, Bl. 148ff.

14 Ebenda, Nr. 4, Bd. 1, Bl. 2ff.; Arch. Lichtenburg, Nr. 722. — Das Gebäude in Bad Sulza sollte der Stab der Luftnachrichtenschule Halle übernehmen (StA Weimar, Kreisamt Weimar, Nr. 996, unfol.).

15 ZPA, St 62/2/23. — Noch am 14. 6. 1937 hatte Himmler geäußert, daß die Angehörigen der neuen KZ-Kommandantur auf den Ärmelstreifen die Bezeichnung »Hottelstedt« tragen sollten (ZStA Potsdam, Film 2413).



KZ Buchenwald:
Erste Häftlinge aus
dem KZ Sachsenhausen

2.2.37

Konzentrationslager Ettersberg Post Weimar / Thür.

Auszug aus der Lagerordnung:
Jeder Häftling darf im Monat 3 Briefe
oder 3 Postkarten empfangen und auch
absenden. Die Briefe sollen müssen über-
sichtlich und gut lesbar sein. Poststeu-
erungen, die diesen Anforderungen nicht
entsprechen, werden nicht zugestellt bzw.
besördert. Pakete jeglichen Inhalts
dürfen nicht empfangen werden. Geld-
sendungen sind zulässig; es kann im
Lager alles gekauft werden. Rationali-
sationistische Zeitungen sind zugelassen,
wenn dieselben unter Streifenband direkt
vom Verlag geliefert werden.

Der Lagerkommandant.

Demit bei einer evtl. Entlassung aus der Schutzhaft
keine Verzögerung eintritt, ist es angebracht, wenn
schon jetzt das Fahrgeld für die Rückreise ein-
geahlt wird.

Der Tag der Entlassung kann jetzt noch nicht
angegeben werden.

Fragen sind zwecklos.

Meine genaue Anschrift:
Häftling

1228

Mod

Konz. Ettersberg
Post Weimar / Thür.

Stur die Seiten beifahren!

Vordruck einer Postkarte
aus dem KZ Ettersberg



Lagertorinschrift des KZ Buchenwald

später massive Wachtürme, an denen sich der ab März 1938 elektrisch geladene Stacheldrahtzaun entlangzog, sowie das Torgebäude mit einem Wachturm, Verwaltungsräumen und dem Bunker mit 26 Arrestzellen. Das Krankenrevier war zuerst in einem Raum des Blocks 1 untergebracht, dann im Block 3. Im Sommer 1938 konnte es zwei eigene Baracken beziehen, die bis zum nächsten Jahr ausgebaut wurden.

»Die hygienischen und sanitären Verhältnisse im KZ Buchenwald sind im Anfangs- und im Endstadium des Lagers am furchtbarsten gewesen«, erinnerten sich einige langjährige Häftlinge. Vom Juli 1937 bis in das Frühjahr 1938 hinein waren »sowohl die Versorgung mit Wasser wie auch die Kanalisation gar nicht oder kaum vorhanden. Es gab oft tagelang kein Wasser zum Waschen. Die Klosettanlagen in den Baracken waren noch nicht in Betrieb; es mußten Latrinen benutzt werden, die im Freien provisorisch errichtet und dann wieder zugeschüttet wurden.« Erst gegen Ende 1938 besserte sich die Wasserversorgung.

Im Grundriß bildete das Häftlingslager auf dem Ettersberg ein im Westen deformiertes Dreieck. Das

Areal auf dem 375 bis 478 Meter hohen Berg umfaßte für den Gefangenenbereich 40, für das SS-Gelände 150 Hektar.¹⁶

Dachau

Im KZ Dachau fand zur gleichen Zeit ein großer Umbau statt. Die alten Pulverfabrikgebäude fielen unter der Spitzhacke, worauf nach dem Bauplan vom 28. Juni 1937 ein völlig neues Häftlingslager in rechteckiger Form entstand. Seine Außenmaße betrugen 583 mal 278 Meter (Innenmaß: 550 mal 245 Meter), also 16,2 Hektar. In ihm befanden sich in zwei Reihen 30 hölzerne Unterkunftsbaracken von 64 Meter Länge und 9,5 Meter Breite für je 208 Gefangene, zwei Revier- und zwei weitere Baracken, davor ein großer Appellplatz, dahinter – auf dem Terrain des alten Lagers – das Wirtschaftsgebäude mit Kammern, Küche, Wäscherei und Werkstätten (Klempnerei, Schlosserei, Schmiede, Schneiderei, Schreinerei, Schuhmacherei) sowie der Zellenbau mit 218 Metern Länge für 120 Häftlinge und der Arresthof. Bei dem Umbau fanden Gefangene über 40 Skelette aus der ersten Lagerzeit. Das Häftlingslager umgab ein ca. drei Meter breiter Streifen, der nicht betreten werden durfte, ohne daß Posten sofort schossen, ein Wassergraben von 2,5 Meter Breite und eine Mauer. An ihr standen sechs Wachtürme, der siebente auf dem Torgebäude, in dem sich Verwaltungsräume befanden.¹⁷ Nach rund einjähriger Bauzeit befand sich das Häftlingslager Dachau in seiner endgültigen Form.

Hinzu kam ein weitaus größerer SS-Komplex mit Kasernen, Garagen und Küchen für die SS-Totenkopfeinheit. (Vgl. Tabelle 34)

16 *Buchenwald*. Ein Konzentrationslager. Bericht der ehemaligen KZ-Häftlinge Emil Carlebach/Paul Grünewald/Hellmuth Röder/Willy Schmidt/Walter Vielhauer, hg. im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald Dora der Bundesrepublik

Deutschland, Berlin 1986, S. 22 u. 39; *Leibbrand*, S. 9.

17 *Raab*, S. 97 u. Anlage; *Göh-ring*, unpag.; *Paul Berben*, Dachau 1933–1945. The Official History, London 1975, p. 3ff. u. 115.

Tabelle 34

Anzahl der Häftlinge und SS-Leute im KZ Dachau, 1936 bis 1939

Zeitraum	Häftlinge			SS-Leute	
	Zugänge	Abgänge	Lagerstärke	Wachen	Kommandantur
	am Jahresende			am Jahresende	
Apr. – Dez. 1936	1423	1631	1988	1041	88
Jan. – Dez. 1937	2151	1678	2462	1621	116
Jan. – Dez. 1938	18717	11772	8971	2522	133
Jan. – Aug. 1939	3244	8303	3963*	..	..

* August 1939.

Quelle: ZStA Potsdam, Film 61318; *Raab*, S. 87ff.; *Statistisches Jahrbuch* ..., 1937, S. 51, und 1938, S. 79.

Frauen-KZ Lichtenburg

Aus dem KZ Lichtenburg meldete der Kommandant am 18. April 1937, es sei mit 1111 Gefangenen völlig überbelegt, und bat, von künftigen Einweisungen abzusehen. Doch folgten am nächsten Tag nochmals 44. Den Insassen standen zur selben Zeit als Wachmannschaft 496 und in der Kommandantur 34 SS-Leute gegenüber.¹⁸ Der Befehl vom 7. Juli zum Abtransport der Gefangenen auf den Ettersberg sah vor, daß SS-Sturmabführer Alex Piorkowski die Abwicklung in der Lichtenburg übernahm. Am 15. Dezember wurden dorthin 200 weibliche Häftlinge aus dem Frauenkonzentrationslager Moringen übergeführt. Weitere Transporte mit 150 und 168 Frauen folgten am 21. Februar bzw. 21. März 1938.¹⁹ Damit war fast die vorgesehene Zahl von 600 erreicht, die der Torgauer Landrat im Dezember des Vorjahres als möglich angesehen hatte. Die ersten Frauen mußten in zwei Schlafsälen zu mindest je 120 hausen. In jedem Saal befanden sich zwei Wasserhähne und fünf Waschsüsseln. Toiletten gab es ebenfalls nur fünf. In dem Raum standen Holztische und Schemel, an den Wänden Holzspinde für die Kleidung, oben mit einem Geschirrfach. Denn die eingesperrten Frauen mußten in diesen schwer heizbaren Sälen auch essen und die »Freizeit« verbringen. 20 Uhr wurde abgeschlossen.²⁰

Am 26. November 1938 teilte Pohl dem Reichsfinanzministerium mit, in dem Konzentrationslager befänden sich 800 Insassen. Es werde künftig 1500 Frauen aufnehmen. Bis Ende 1938 schleppte man dahin — einschließlich der Gefangenen aus Moringen — 1195, zwischen Januar und Mai 1939 weitere 221 weibliche Häftlinge, wozu dann offenbar auch das Zellenhaus belegt wurde. Im Inneren des Lagers standen ihnen anfangs 26 weibliche SS-Angehörige, eine Ärztin und eine Krankenschwester gegenüber. Durch Annoncen in der Presse waren sie als Aufsichtspersonal für »verwahrloste Frauen« angeworben worden. Entsprechend verhielten sich die Oberaufseherin, eine fanatische Faschistin, eine weitere SS-Angehörige, die vorher in Berlin Prostituierte kontrolliert hatte, und fast alle anderen zu den inhaftierten Frauen. Männliche SS-Posten bewachten die Tore oder die Gefangenen während der Arbeiten außerhalb des Lagers. Die Zahl der SS-Leute in der Kommandantur stieg von Anfang bis Ende 1938 von neun auf 19. Als Kommandant mit dem Titel Direktor fungierte ab 1. Februar 1938 SS-Standartenführer Günther Tamaschke, als Lagerführer Piorkowski. Ab 1. September 1938 übernahmen den Posten des Lagerführers SS-Hauptsturmführer Max Koegel, der aus Dachau kam.²¹

18 ITS Arolsen, Hist. Abt., Lichtenburg, Nr. 2, Bl. 54; *Statistisches Jahrbuch* ..., 1937, S. 51.
19 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Buchenwald, Nr. 41, Bl. 151; ITS Arolsen, HGM Mo-

ringen; ZPA, PSt 3/350.

20 Drobisch, Lichtenburg, S. 65 u. 68; Arch. Lichtenburg, Nr. 91 u. 740.

21 BA Koblenz, R 2/12 164, Bl. 30; *Häftlingsnummernzei-*

Während der Anlage neuer und der Vergrößerung bestehender Lager hatte Himmler am 8. November 1937 SS-Gruppenführern in München mitgeteilt, daß sie 20000 Häftlinge fassen könnten, Dachau und Sachsenhausen je 6000, Buchenwald 8000. Von ihm war zugleich hinzugesetzt worden, »daß wir im Falle eines Krieges damit nicht auskommen«. Es gebe zudem viele Gefangene, »die wir niemals herauslassen dürfen«, womit er Kommunisten meinte. Denn er verwies darauf, daß die breite Masse für den Bolschewismus anfällig sei.²²

Flossenbürg, Mauthausen und Ravensbrück

Mit Blick auf einen Krieg entstand als weiteres Konzentrationslager Flossenbürg. Auf der Suche nach einem geeigneten Standort in der Nähe der Tschechoslowakei stießen Eicke und Pohl, begleitet durch einen SS-Bauingenieur, den Regierungspräsidenten von Regensburg, den Bezirksamtman von Neustadt an der Waldnaab und einen örtlichen Forstzuständigen, am 24. März 1938 auf den kleinen Ort im Oberpfälzer Wald, drei Kilometer von der Grenze zur CSR entfernt. Sie fanden die Lage sowohl aus politischen und Sicherheits- als auch wegen abbaufähigen Granits aus ökonomischen Gründen geeignet. Durch einen ab 1. Juli geltenden und über 30 Jahre laufenden Pachtvertrag übernahm die Deutsche Erd- und Steinwerk GmbH das Gelände. Am 4. Mai waren schon die ersten 100 Häftlinge aus Dachau eingetroffen. Ihnen folgten bis November in monatlichen Transporten 1805 weitere Kriminelle aus dem bayerischen Lager, aus Buchenwald und Sachsenhausen. In unwirtlicher Gegend und bei rauhem Klima mußten sie das rechteckige Lager, terrassenförmig am Hang ansteigend, in die Bergwände hineinbrechen. Der Zugang war nur durch den SS-Bereich möglich. Der Steinbruch lag 300 Meter entfernt und 800 Meter hoch.²³

Ende 1938 belief sich die Kommandanturstärke auf 45 SS-Leute. Kommandant war SS-Sturmabführer Jakob Weiseborn, vordem Lagerführer in Sachsenhausen und Buchenwald, ab Januar 1939 SS-Obersturmführer Karl Künstler.²⁴ Im März 1939 befanden sich laut einer Notiz 2300 Häftlinge sowie drei SS-Hundert-schaften in Flossenbürg, worauf Pohl am 5. April befahl,

lung ..., S. 20; Arch. Lichtenburg, Nr. 704 G, 740, 734 u. 736; *Statistisches Jahrbuch* ..., 1938, S. 79; Elling, S. 30f.

22 ZStA Potsdam, Film 3608.

23 Toni Siegert, Das Konzentrationslager Flossenbürg, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. II, S. 434ff. u. 437; ders., 30000 Tote mahnen! Die Geschichte des Konzentrationslagers Flossen-

bürg mit seinen 100 Arbeitslagern von 1938 bis 1945, Weiden 1984, S. 11ff.; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Buchenwald, Nr. 8, Bl. 222f. u. 236f., Nr. 4/4/1, Bl. 803.
24 *Statistisches Jahrbuch* ..., 1938, S. 79; Siegert, Flossenbürg, S. 437 u. 422., ders., 30000 Tote ..., S. 29f.

Monat	1/T.St. Ober- bay- ern	2/T.St. Brand- enburg	3/T.St. Thür- ingen	4/T.St. Ost- mark	KL Bu- chen- wald	KL Dach- au	KL Flos- sen- bürg	KL Lich- ten- burg	KL Maut- hau- sen	KL Sach- sen- hau- sen	San. Abt. H.- T.St.	Stab u. H.- T.St.	Trup- pen- ver- wal- tungs- amt	Stab- nach- richten- zug H.-T.V.	Ge- samt
Anwärter															
Januar	1 050	1 062	444	—	10	4	—	—	—	11	35	10	—	—	2 626
Februar	1 030	1 129	435	—	10	4	—	—	—	10	40	9	—	—	2 667
März	1 017	925	633	—	7	4	—	—	—	9	41	7	—	—	2 618
April	2 550	1 840	605	—	5	4	—	—	—	10	41	7	—	—	5 062
Mai	2 418	2 353	565	—	5	4	—	—	—	14	36	7	—	—	5 402
Juni	2 252	1 765	1 387	—	4	3	—	—	—	14	32	6	—	—	5 463
Juli	2 252	1 765	1 387	—	4	3	—	—	—	14	32	6	—	—	5 463
August	1 773	1 693	1 288	479	4	5	2	—	1	8	37	1	—	—	5 291
September	1 773	1 693	1 288	479	4	5	2	—	1	8	37	1	—	—	5 291
Oktober	1 773	1 693	1 288	479	4	5	2	—	1	8	37	1	—	—	5 291
November	1 693	1 903	1 329	700	5	5	6	—	8	16	50	6	—	12	5 733
Dezember	1 693	1 903	1 329	700	5	5	6	—	8	16	50	6	—	12	5 733
Männer															
Januar	603	562	634	—	100	112	—	9	—	95	107	40	—	—	2 262
Februar	596	565	596	—	99	111	—	12	—	96	114	39	—	—	2 238
März	610	495	668	—	94	113	—	15	—	98	123	40	—	—	2 286
April	563	467	602	—	107	116	—	15	—	99	119	41	—	—	2 129
Mai	637	461	611	—	118	124	—	17	—	119	125	41	—	—	2 263
Juni	719	470	605	—	127	126	—	17	—	114	127	41	—	—	2 316
Juli	719	470	605	—	127	126	—	17	—	114	127	41	—	—	2 316
August	574	495	600	149	120	129	29	17	6	116	139	43	—	—	2 417
September	574	495	600	149	120	129	29	17	6	116	139	43	—	—	2 417
Oktober	574	495	600	149	120	129	29	17	6	116	139	43	—	—	2 417
November	632	593	612	154	129	122	38	19	57	144	155	38	35	23	2 761
Dezember	632	593	612	154	129	122	38	19	57	144	155	38	35	23	2 761
Zugehörige															
Januar	145	126	184	—	5	7	—	—	—	5	10	1	—	—	483
Februar	145	126	182	—	5	7	—	—	—	5	10	1	—	—	481
März	145	121	177	—	5	7	—	—	—	5	10	1	—	—	471
April	222	175	228	—	7	7	—	—	—	5	11	1	—	—	656
Mai	220	175	228	—	7	7	—	—	—	5	11	1	—	—	654
Juni	219	175	228	—	7	7	—	—	—	5	11	1	—	—	653
Juli	219	175	228	—	7	7	—	—	—	5	11	1	—	—	649
August	217	174	227	—	7	7	—	—	—	5	11	1	—	—	649
September	217	174	227	—	7	7	—	—	—	5	11	1	—	—	649
Oktober	217	174	227	—	7	7	—	—	—	5	11	1	—	—	649
November	197	199	235	13	8	6	1	—	1	12	13	1	—	2	688
Dezember	197	199	235	13	8	6	1	—	1	12	13	1	—	2	688
Insgesamt															
Januar	1 798	1 750	1 262	—	115	123	—	9	—	111	152	51	—	—	5 371
Februar	1 771	1 820	1 213	—	114	122	—	12	—	111	164	49	—	—	5 376
März	1 772	1 541	1 478	—	106	124	—	15	—	112	174	48	—	—	5 370
April	3 335	2 482	1 435	—	119	127	—	15	—	114	171	49	—	—	7 847
Mai	3 275	2 989	1 404	—	130	135	—	17	—	138	172	49	—	—	8 309
Juni	3 190	2 410	2 220	—	138	136	—	17	—	133	170	48	—	—	8 462
Juli	3 190	2 410	2 220	—	138	136	—	17	—	133	170	48	—	—	8 462
August	2 564	2 362	2 115	628	131	141	31	17	7	129	187	45	—	—	8 357
September	2 564	2 362	2 115	628	131	141	31	17	7	129	187	45	—	—	8 357
Oktober	2 564	2 362	2 115	628	131	141	31	17	7	129	187	45	—	—	8 357
November	2 522	2 695	2 176	867	142	133	45	19	66	172	218	45	35	37	9 172
Dezember	2 522	2 695	2 176	867	142	133	45	19	66	172	218	45	35	37	9 172

Übersicht im »Statistischen Jahrbuch der SS« 1938

das Lager müsse »bis Ende Juli auf eine Belegstärke von 3000 Mann und Unterkunftsmöglichkeit von 4 Hundertschaften gebracht werden. Der Termin ist unbedingt einzuhalten, da zu diesem Zeitpunkt eine Vollbelegung erfolgen soll.« Offenbar wegen des beschleunigten Ausbaus wurden aus Buchenwald am 26. April weitere 238 Häftlinge herangebracht.²⁵

Im annektierten Österreich hatte, wie die »Times« am 30. März 1938 festhielt, zwei Tage zuvor der Gauleiter

August Eigruber verkündet, wegen seiner Verdienste um den Nationalsozialismus werde Oberösterreich ein Konzentrationslager bekommen. In ihm seien alle Verräter aus ganz Österreich einzukerkern. Höchstwahrscheinlich hing diese Ankündigung damit zusammen, daß Ende März durch Eicke und Pohl sowie einen technischen Stab, von Flossenbürg kommend, Gelände für ein weiteres Konzentrationslager und für eine vierte SS-Totenkopfstandarte gesucht und gefunden worden war.²⁶

25 BA Koblenz, NS 3/415, un-
fol.; Dok.-Zentrum, KZ und

Haftanstalten, Buchenwald,
Nr. 8, Bl. 208ff.

26 Archiv des Museums Maut-
hausen, Wien (im folgenden:

Arch. Mauthausen), Nr. A 6/
II/8.

Darauf sprach am 7. April Ahrens mit einem Linzer Geologen bei der Wiener Stadtverwaltung vor und teilte mit, »daß in Mauthausen ein staatliches Konzentrationslager für 3000 bis 5000 Leute errichtet werden soll«. Sie erhielten die Zusage, dafür zwei Steinbrüche zur Verfügung zu stellen.²⁷ Einen Monat später folgten Verhandlungen über einen Pachtvertrag in Höhe von jährlich 5000 RM und mit einer Laufzeit von zehn Jahren, der am 16. Mai abgeschlossen wurde. Am selben Tag begannen unter SS-Leitung 30 Zivilarbeiter in dem Steinbruch zu arbeiten.

Am 1. August trafen die ersten SS-Führer, am 8. und 26. August die ersten 600 kriminellen Häftlinge aus Dachau ein. Von dort folgten im Oktober 300 und im November 80 sowie 100 aus Sachsenhausen. Sie errichteten bis 1939: 19 hölzerne Baracken (52,6 Meter lang, 8,2 Meter breit) für je 300 Gefangene, Küche, Wäscherei, Wachtürme, die Mauer, die den rechteckigen Häftlingsbereich umschloß, sowie außerhalb des Lagers ihr Revier mit 80 Betten. Sie bauten SS-Unterkünfte und legten Straßen an, meist aus Steinen des nahegelegenen Steinbruchs, die sie über eine unebene Stiege mit 186 Stufen heraufschleppen mußten.

Im März 1939 befanden sich in Mauthausen 2500 Gefangene und zwei SS-Hundertschaften. Am selben Tag und mit selbem Text wie für Flossenbürg verlangte Pohl den Ausbau für 3000 Häftlinge und vier Hundertschaften.²⁸ Kurz zuvor, am 21. März, waren rund 700 weitere Gefangene aus Dachau herangebracht worden. Im Mai schleppte die SS die ersten politischen Häftlinge aus Dachau, Österreich und der CSR nach Mauthausen.

Kommandant des Lagers war SS-Sturmabführer Albert Sauer, ab Februar 1939 SS-Standartenführer Franz Ziereis, der aus Buchenwald kam. (Vgl. Tabelle 35)

Als letztes großes Konzentrationslager vor Kriegsauslösung entstand Ravensbrück. Ende 1938 entsandte Sachsenhausen ein Arbeitskommando an den Schwedt-See bei Fürstenberg/Havel. Es mußte zuerst für sich ein kleines Lager aufbauen, dann — inzwischen auf 500 Häftlinge angewachsen — einen ausgedehnteren Komplex.²⁹ Der damalige Lageradjutant von Sachsenhausen, Höß, schrieb später, daß Eicke das neue Lager für 2000, Pohl hingegen schon für 10000 weibliche Gefangene vorsah.³⁰

Zunächst mußte das Aufbaukommando die Fundamente für die vier Meter hohe Lagermauer ausschachten und sie bauen. Innen befand sich ein nicht zu betretender Sicherungsstreifen, an der Mauer in 2,50 m Höhe elek-

Tabelle 35

Anzahl der Häftlinge und der SS-Leute im KZ Mauthausen, 1938/39

Jahr	Häftlinge am Jahresende	SS-Leute am Jahresende	
		Wachen	Kommandantur
1938	994	867	66
1939	2666 ⁺	..	..

⁺ Im August 1939 ca. 1400.

Quelle: Maršalek, S. 131; *Statistisches Jahrbuch* ..., 1937, S. 51 und 1938, S. 79.

trisch geladener Draht. Sie umschloß analog Dachau ein rechteckiges Areal von mindestens 140 mal 260 Metern. Darin entstanden bis April 1939 im Eiltempo 14 Unterkunftsbaracken — ca. 50 m lang, 8 m breit — für je etwa 150 Frauen, zwei Revierbaracken und ein Holzbau für die Kommandantur sowie Küche und Bad sowie mehrere Wirtschaftsbaracken, darunter für die Schneiderei.³¹ Von der Lichtenburg aus verlangte der Lagerdirektor am 14. März außerdem einen Bunker mit 30 bis 40 Zellen. Denn es sei »unmöglich, die Ordnung im Lager aufrecht zu erhalten, wenn der Trotz dieser hysterischen Weiber nicht durch strengen Arrest gebrochen werden kann«. Von einer hohen Mauer umgeben entstand ein Gefängnishof mit dem Zellenbau in L-Form. In ihm gab es 78 Zellen in Größe von 2 mal 2,50 m mit vergitterten und zu verdunkelnden Fenstern.³²

Am 2. Mai teilte das Gestapo allen Staatspolizeistellen mit, ab 15. des Monats erfolge die Verlegung des Frauenkonzentrationslagers von der Lichtenburg nach Ravensbrück, am 11. Mai, Neueinlieferungen könnten in vier Tagen erfolgen.³³ Am 18. Mai mußten 867 weibliche Häftlinge aus der Lichtenburg das neue Lager beziehen und es zusammen mit weiteren 680 bis August eingelieferten, darunter 440 Zigeunerinnen, in schwerer körperlicher Arbeit ausbauen. Sie wurden von SS-Aufseherinnen angetrieben, die sich 1938/39 dafür beworben hatten und zum Teil im KZ Lichtenburg für diese Funktion gedrillt worden waren. Kommandant des Frauenlagers blieb bis 31. August 1939 Tamaschke.³⁴ (Vgl. Tabelle 36)

Finanzierung

Der Haushalt für 1939/40 veranschlagte an Besoldungskosten für SS-Leute in Konzentrationslagern 1,5 Millionen RM.

31 *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 5, S. 188. Ino Arndt, S. 102 u. 110; Aktenauskunft des IfZ München v. 4. 12. 1981.

32 BA Koblenz NS 3/415, unfol.;

Aktenauskunft des IfZ München v. 4. 12. 1981.

33 ZStA Potsdam, Film 2436.

34 Arndt, S. 102 u. 108; *Häftlingsnummernzuteilung* ..., S. 28; Elling, S. 33.

27 *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945*. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, bearb. von Brigitte Galanda u. a., Wien/München/Linz 1982, S. 544, Dok. XV/1/2. — Folgende Angaben — soweit nichts anderes vermerkt — nach: Hans Mar-

šalek, *Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen*. Eine Dokumentation, Wien

1980, S. 18f., 31, 72f., 75f., 119f., 131, 170, 197 u. 278.

28 BA Koblenz, NS 3/415, unfol.

29 *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 5, S. 188.

30 Arch. Auschwitz, Aufzeichnungen von Höß, Bd. 4, Bl. 369.

Tabelle 36

Anzahl der SS-Führer und -Mannschaften in KZ-Kommandanturen, 1936 bis 1939

Lager	1936			1937			1938			1939	
	Führer		Mann-schaften +	Führer		Mann-schaften +	Führer		Mann-schaften +	Führer	Mann-schaften +
	höhe-	unte-		höhe-	unte-		höhe-	unte-			
	ren	ren		ren	ren		ren	ren			
	Ranges			Ranges			Ranges				
Dachau	2	5	81	2	10	104	2	9	122	—	..
Columbia-Haus	1	3	26 ⁺⁺⁺	—	—	—	—	—	—	—	..
Sachsenhausen	1	2	67	1	8	100	3	7	162	..	..
Lichtenburg	—	3	34	2	—	—	1	4	14	..	..
Sachsenburg	2	3	32	—	—	—	—	—	—	—	—
Bad Sulza	—	3	17	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchenwald	—	—	—	2	8	102	3	10	129	..	..
Flossenbürg	—	—	—	—	—	—	1	6	38	..	..
Mauthausen	—	—	—	—	—	—	1	5	60	..	..
Zusammen	6	19	244	7	26	306	11	41	525	60	700

+ Jeweils am Jahresende.

++ März 1939.

+++ Oktober 1936.

Quelle: Dienstaltersliste . . . , 1936, 1937, 1938, passim; Statistisches Jahrbuch . . . , 1937, S. 51, und 1938, S. 79; BA Koblenz, R 2/12 164, Bl. 46.

161

Berlin, den 29. März 1938.

Referat II D

II D Allg.Nr. 37 300.

An

alle Referate der Abteilungen II und III

im Hause.

Nach Mitteilung des Konzentrationslagers Moringen sind im Laufe der letzten Zeit, zuletzt am 21. März 1938, alle weiblichen Schutzhäftlinge in das Konzentrationslager Lichtenburg überführt worden. Ich bitte daher, sämtliche Anfragen weibliche Häftlinge betreffend in Zukunft an das neue Lager zu richten.

Im Auftrage:

gez. Dr. Beradorff.

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte.

Bl.

Für Häftlingsbekleidung, 43,45 RM pro Gefangenen im Jahr, wurden 1938/39 hingegen nur 1,1 Millionen ausgegeben; für das folgende Etatjahr waren 2,1 Millionen RM vorgesehen. Die Häftlingsverpflegungskosten, 60 Pfennige pro Kopf und Tag, betrugen 1938/39 fünf und sollten 1939/40 über 6,5 Millionen RM erreichen, das hieß, dem Betrag lagen 30000 KZ-Inassen zugrunde. Außerdem sah die Planung für die Behandlung Erkrankter 688000 und für Medikamente 635000 RM vor.³⁵ Weit höhere Summen verschlangen die Neu- und Umbauten der Konzentrationslager.

Tabelle 37

Ausgaben für KZ-Bauten, 1937 bis 1939

Lager	Baukosten (RM)			Insgesamt
	1937	1938	1939	
Dachau	5975252	8849000	5030228	3500000
Sachsenhausen				4405000
Buchenwald				5913000
Flossenbürg				2205000
Mauthausen				2500000
Ravensbrück				2477000

Quelle: BA Koblenz, NS 3/479, Bl. 167.

Das Krematorium in Buchenwald beispielsweise sollte laut Antrag vom 18. Juni 1938 bei der IKL 14000 RM kosten.³⁶ Für weitere Bauten verlangte Best am 26. November 1938 vom Reichsfinanzministerium über 7,6 Millionen, davon für Dachau und Sachsenhausen je 730000, für Buchenwald 2319000, für Flossenbürg und Mauthausen je 1500000 RM.³⁷ (Vgl. Tabelle 38)

Als Einnahme sollte die SS für den Einsatz von Häftlingen in ihren Betrieben pro Tag und Gefangenen 30 Pfennige an die Reichskasse abführen. Der Haushalt 1939/40 schätzte sie auf eine Million RM.³⁸

Tabelle 38

Bauwerte und Unterhaltungskosten von Konzentrationslagern, 1939 (in RM)

Lager	Wert	Unterhaltungskosten
Dachau	3075000	61500
Sachsenhausen	3805000	76100
Buchenwald	5303000	106060
Flossenbürg	1300000	19500
Mauthausen	1000000 ⁺	15000
Ravensbrück	800000 ⁺⁺	12000

⁺ Nach anderer Angabe vom Oktober 1939: 1477000 RM.

⁺⁺ Laut selber Aufstellung: 1667000 RM.

Quelle: BA Koblenz, NS 3/183, unfol.

35 BA Koblenz, NS 3/479, Bl. 150, 157f. u. 163.
36 Ebenda, NS 3/479, Bl. 161, R 2/12 163, Bl. 42.
37 Ebenda, R 2/12 164, Bl. 30.
38 ZStA Potsdam, Fall 11, Bd. 485, Bl. 98, Dok. NG-4456.

Benedikt Kautsky, vom Mai bis September 1938 in Dachau, danach bis 1942 in Buchenwald, vermutete, daß die Kommandanturen »ständig die ihnen vorgeschriebenen Budgetansätze überschritten«. Um »ihre eigene Lotterwirtschaft im eigenen Interesse weiterführen zu können«, beschnitten sie dann Ausgaben, die sich zugunsten der Häftlinge und deren Arbeits- und Haftumständen auswirken konnten.³⁹

Kleinere und Nebenlager

Bezüglich der 1936 noch existierenden kleineren Lager schrieb der Chef der Sicherheitspolizei und des SD am 3. Mai 1940 Himmler, Konzentrationslager dürften nur die der IKL unterstellten Lager heißen. Er erinnerte daran, daß für Hamburg-Fuhlsbüttel, Kislau und Welzheim »die Umbenennung in »Polizeigefängnis« auf diesseitige Anordnung schon im Jahre 1936 zur Abwehr von Hetz- und Greuelpropaganda durchgeführt worden« wäre. Fuhlsbüttel, hatte Eicke im Mai 1936 erklärt, sei keines der üblichen Konzentrationslager, »vielmehr eine Art Polizeigefängnis zur Verwahrung der Schutzhäftlinge bis zur Zuführung an die Gerichte oder Überweisung an ein preußisches Konzentrationslager«. Doch führte es zumindest bis Januar 1937 im Stempel die Bezeichnung Konzentrationslager und bis Kriegsende befanden sich dort Gestapo-Häftlinge.⁴⁰ Auch zeigte die Begründung von 1940, daß sich am Charakter dieser Haftstätten nichts Wesentliches änderte. Aus Kislau wurden die letzten Schutzhäftlinge im März 1937 nach Dachau gebracht. Doch schon am 20. Juni 1936 hatte die Politische Polizeikommandantur bestimmt, ehemalige Fremdenlegionäre in das Durchgangslager Kislau einzuweisen. Das Gestapa wiederholte die Order am 21. Juli 1937. In Welzheim lagen noch 1938 Schutzhäftlinge.⁴¹

Mitte 1936 begann mit dem Häftlingseinsatz außerhalb des Lagerbereiches eine neue Etappe im KZ-System. Das KZ Dachau gründete nach der Annexion Österreichs erstmals Außenlager in St. Gilgen in Salzburg und St. Wolfgang in Oberösterreich, um Landhäuser für SS-Führer bzw. am Wolfgangsee für den Kommandanten Loritz eine Villa zu erbauen. Dazu mußten zehn Häftlinge in 23 Tagen das Gelände roden und Fundamente legen. Nachts wurden sie im örtlichen Gefängnis eingeschlossen. Das Haus errichtete dann eine Häftlingsgruppe aus Fachleuten.⁴² Von Buchenwald rückten spätestens seit dem 15. November 1938 täglich Arbeitsgruppen nach Berlstedt aus, ca. 20 km vom Ettersberg entfernt. Diese betrieben für die Deutsche

39 Kautsky, S. 261f.

40 ZStA Potsdam, Film 14428; Timpke, S. 24f.; Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel, S. 39.

41 Schätzle, Stationen . . . , S. 44 u. 57; ZStA Potsdam, Film 2435; BA Koblenz, R 58/264, Bl. 291.
42 Verzeichnis der Haftstätten . . . , S. 87 u. 93f.; Berben, S. 79.

Erd- und Steinwerke ein Klinkerwerk. Anfang 1939 folgte ein weiteres Buchenwalder Außenkommando nach Tonnordf.⁴³

Von Sachsenhausen weiter entfernt entstanden dessen erste Nebenlager, zunächst bei Hamburg. Hier hatte die Stadtverwaltung schon 1935 einen Plan und Kostenanschlag für ein neues Konzentrationslager eingereicht. Eicke ließ daraufhin einen Entwurf für einen Neubau anfertigen, »gleich etwas Dauerhaftes und für die weitere Zukunft«. 1936 war der Plan zu einem »Konzentrationslager für ganz Norddeutschland« gediehen.

Mit der Verwirklichung der politischen Absicht konnte begonnen werden, nachdem die Deutschen Erd- und Steinwerke am 3. September 1938 in Neuengamme bei Hamburg 50,6 Hektar mit einer stillgelegten Ziegelei erworben hatten. Pohl teilte zehn Tage darauf dem Hamburger Stadtkämmerer mit, daß »die Wiederaufnahme des Betriebes im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für die sehr zahlreichen Nichtstuer in unseren Konzentrationslagern« erfolgen werde. Die Stadtverwaltung akzeptierte bereitwillig das Angebot, für die geplanten Großbauten Ziegel zu erwerben und stellte später – 1940 – für das Werk ein Darlehen von einer Million RM zur Verfügung.

Am 13. Dezember 1938 schleppte die SS die ersten 100 Häftlinge aus Sachsenhausen nach Neuengamme und steckte sie in das alte Fabrikgebäude. Sie ignorierte dabei bau- und feuerpolizeiliche Vorschriften, handelte es sich doch, wie Pohl im März 1939 Einwände zurückwies, nur um Gefangene, für die solche Richtlinien und Vorkehrungen nicht galten. Zum selben Zeitpunkt trafen weitere 400 Häftlinge aus Sachsenhausen ein, dem das Nebenlager bis Juni 1940 unterstellt blieb.⁴⁴

Die zweite Sachsenhausener Filiale befand sich bei Niederhagen im Landkreis Paderborn. Hier hatte Himmler 1934 die Wewelsburg übernommen, um sie – wie er im November 1938 SS-Gruppenführern mitteilte – zu deren Tagungsort ausbauen zu lassen.⁴⁵ Nachdem die hier zunächst tätigen Arbeitsdienstangehörigen im Juni 1938 zum sogenannten Westwallbau abgezogen worden waren, meldete die »Bürener Zeitung« am 27. März 1939, ab 1. April würden 100 Sträflinge zu Bauarbeiten an der Wewelsburg eintreffen; ein Lager sei schon vorbereitet. Doch verzögerte sich der Antransport bis 10. Mai. Die 100 Häftlinge aus Sachsenhausen kampierten unterhalb der Burg in einem provisorisch umzäunten Zelt und brachen Baumaterial für die Burg im Steinbruch. Zugleich mußten sie am gegenüberliegenden Hang roden, das Gelände mit Stacheldraht sichern, zwei hölzerne Wachtürme und bis August zwei 50 mal 8 Meter große Baracken, die eine als Unterkunft, die andere als Küche, Kammer und Revier, sowie eine dritte Baracke für die SS-Leute außerhalb des Zauns aufstellen. Kommandoführer bei der Wewelsburg war

SS-Untersturmführer Wolfgang Paul. Bei Kriegsausbruch mußten die Häftlinge ins Stammlager zurück. Andere setzten ab 11. Dezember 1939 die Arbeiten an der Burg fort, die ab 1940 die Dresdner Bank AG kreditierte.⁴⁶

Angepaßte Strukturen

Ab 1936 vereinheitlichte und perfektionierte sich das KZ-System noch mehr. Ein undatiertes Schriftstück über »Zweck und Gliederung der Konzentrationslager« definierte sehr weitgefaßt, in ihnen seien »alle diejenigen volks- und staatsfeindlichen Personen zu verwahren, die durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährden, denen also aus Sicherheits-, aus erzieherischen oder aus vorbeugenden Gründen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen die persönliche Freiheit entzogen werden muß«. Die Dienstaufsicht über die Konzentrationslager habe der IKL, der unmittelbar Himmler unterstellt sei. Weiter besagte der Text, an der Spitze eines Konzentrationslagers standen ein Lagerdirektor und mehrere SS-Führer mit dem notwendigen Personal. Die Lagerleitung gliederte sich in Kommandantur mit Adjutantur, Politischer Abteilung, Abteilung Schutzhaftlager, Verwaltung und Lagerarzt.⁴⁷

Rudolf Höß gab später an, daß diese Einteilung ab 1936 galt, wobei er die Leitung noch um die Wachtruppe ergänzte. Der Kommandant, so notierte er, war für den Gesamtbereich des Lagers verantwortlich und mußte seine Sicherheit gewährleisten. Jeder wichtige Vorgang sollte ihm sogleich gemeldet werden. Im Alarmfall – Flucht, Ausbruch, Meuterei – stand ihm der Wachsturmbann bis zum letzten Mann zur Verfügung, über den er volle Befehlsgewalt hatte. Weiter mußte der Kommandant für die Häftlinge Arbeitsmöglichkeiten finden und kontrollieren, die Arbeitszeit festlegen usw.

Der Adjutant fungierte als Vorgesetzter der SS-Leute im Kommandanturstab. Er bearbeitete den gesamten Schriftverkehr sowie Disziplinarangelegenheiten und überwachte die Strafen. Gab es keinen geeigneten SS-Führer oder -Unterführer, oblag dem Adjutanten auch die weltanschauliche Schulung des Kommandanturstabes. Er war für Waffen, Munition und Gerät verantwortlich.

Der Leiter der Politischen Abteilung kam stets von der Geheimen Staatspolizei und unterstand der für das jeweilige Lager zuständigen Stelle der Gestapo. Er verfügte Gestapo über Kräfte aus dem Kommandanturstab. Die Politische Abteilung führte Vernehmungen durch, war verantwortlich für die Häftlingskartei und -akten. Sie erfaßte die Neueingewiesenen, leitete bei Flucht die Fahndung ein, teilte bevorstehende Ent-

43 Georg, S. 49; *Verzeichnis der Haftstätten* ..., S. 33 u. 60.

44 Alle Angaben und Zitate

nach: Timpke, S. 23; Johe, S. 15ff. u. 50ff.

45 ZStA Potsdam, Film 3608.

46 Alle Angaben nach: *Wewelsburg*, S. 43, 70ff. u. 332ff.; *Harald Meyer*, *Wewelsburg*. SS-Burg, Konzentrationslager,

Mahnmal, Prozeß, Paderborn 1982, S. 37 u. 42f.

47 BA Koblenz, NS 3/vorl. Nr. 391, unfol.

lassungen den zuständigen Polizeistellen mit und nahm die Entlassungen vor. Bei ungewöhnlichen Todesfällen mußte sie die Staatsanwaltschaft informieren, in allen Todesfällen die Angehörigen verständigen. Sie veranlaßte die Überführung der Leichname in das nächste Krematorium und ließ die Urnen an Friedhöfe der Heimatorte versenden. Über jede Veränderung bei Häftlingen mußte sie die einweisende Dienststelle unterrichten. Der Erkennungsdienst, der Fotos, Fingerabdrücke und Beschreibungen der Gefangenen anfertigte, gehörte zur Politischen Abteilung.⁴⁸

Der Schutzhaftlagerführer war für den Häftlingsbereich verantwortlich, wobei er sich eines Überwachungssystems bediente. Er setzte Häftlinge als Block- und Lagerälteste sowie in andere Funktionen ein oder löste sie ab, wies Neuzugänge ein und befahl zu Entlassenden, zu schweigen. Er sollte auf Sauberkeit im Lager achten, die Arbeitsstellen überprüfen, Kranken den Revierbesuch genehmigen, Fluchtmöglichkeiten beseitigen, Berichte über die Führung von Häftlingen für die Geheime Staats- oder die Kriminalpolizei vorlegen, dem Kommandanten Strafmaßnahmen unterbreiten, den Arrest kontrollieren usw.

Dem Schutzhaftlagerführer unterstand der Rapportführer. Er beaufsichtigte die Appelle, das Vorführen von Gefangenen bei anderen Lagerstellen und den Vollzug von Strafen. Die ihm zugeteilten Blockführer mußten die Baracken und deren Insassen sowie Arbeitsstellen beaufsichtigen, die Block- und Stubenältesten überwachen sowie die Gefangenen des Blocks beurteilen. Der Arbeitsdienstführer sollte die Arbeitskommandos zusammenstellen, sie zu den Arbeitsstätten befehlen und dort kontrollieren sowie die Posten von der Wacheinheit anfordern. Ihm unterstanden Arbeitskommandoführer.

Die Postzensurstelle war dem Lagerkommandanten zugeordnet, der Lageringenieur, zuständig vor allem für die Sicherungseinrichtungen, der Verwaltung.

Die Verwaltung war verantwortlich für Unterkünfte, Verpflegung und Bekleidung sowie wirtschaftliche Angelegenheiten. Ihr unterstand die Kammer mit dem Häftlingseigentum.

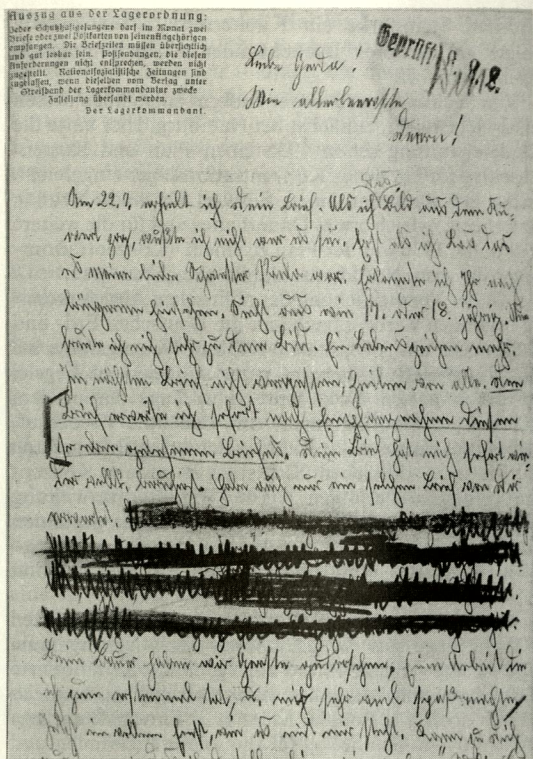
Der Lagerarzt sollte sich um die hygienischen und sanitären sowie die medizinischen Einrichtungen kümmern. »Simulanten, die sich von der Arbeit drücken wollen, hat er zur Bestrafung zu melden.« Der Lagerarzt verfügte über die SS-Sanitäter sowie Häftlingspfleger.

Die Wachtruppe stellte die von der Lagerkommandantur angeforderte Zahl der Posten. Sie unterstanden während dieses Dienstes dem Lagerkommandanten. Ihr Führer war insbesondere für die Lagersicherheit verantwortlich. Ansonsten wurde die Wachtruppe militärisch ausgebildet.⁴⁹

48 Arch. Auschwitz, Aufzeichnungen von HöB, Bd. 4, S. 390ff. — Der Arbeitsplan der Politischen Abteilung des KZ Dachau vom 1. 9. 1937 glich den HöB-

Notizen (ZStA Potsdam, Film 1575).

49 Arch. Auschwitz, Aufzeichnungen von HöB, Bd. 5, S. 400ff.



Zensurierter Brief aus dem KZ Lichtenburg

Die Dienstvorschriften für die Wachmannschaften führten eine deutliche Sprache. Die des KZ Buchenwald vom Juli 1938 besagten: Die Truppe sichere das Lager gegen Angriffe von innen und außen, verhindere Fluchtversuche und unterbinde Massenausbrüche oder Revolten der Häftlinge. Die Posten auf den Türmen sollten dabei oder bei Betreten der sogenannten neutralen Zone durch Gefangene sofort auf sie schießen. Für Posten an Arbeitsstellen galt: Arbeite ein Häftling nachlässig oder gebe freche Antworten, müsse er sogleich festgenommen und dem Lagerführer vorgeführt werden. Annähern oder Kontakte Fremder zu Gefangenen seien zu verhindern. »Eine etwa beabsichtigte Flucht muß unter allen Umständen unterbunden werden. . . Wer Anzeichen zur Flucht macht, wird ohne Anruf erschossen.« Dabei mußten sich alle anderen Häftlinge auf den Boden werfen. Falls sich einer erhebe, sei »rücksichtslos von der Waffe Gebrauch« zu machen.

Diese Vorschriften stammten deutlich aus anderen Lagern wie Sachsenburg vom 20. Januar 1936, da in

ihnen von der Lagermauer die Rede war, die es in Buchenwald nicht gab.⁵⁰

Durch IKL-Befehl vom 8. Februar 1937 hießen ab sofort die Gefangenengesellschaftsführer der SS Blockführer, die Gefangenengesellschaft Block, die Gefangenengesellschaftsführer Blockälteste und die Korporalschaftsführer Stubenälteste. Dem folgte 1938/39 Zug um Zug die Einführung der blau-weiß gestreiften Häftlingskleidung, die die Dachauer Werkstätten anfertigte. Statt der bisherigen Armbinden oder sonstigen Markierungen mußten die Lagerinsassen darauf verschiedenfarbige

Dreiecke samt Streifen mit Häftlingsnummer an die linke Jackenseite und das rechte Hosenbein nähen. Sie kennzeichneten die einzelnen Gefangenengesellschaften: rot politische Schutzhäftlinge; blau ehemalige Emigranten; violett Bibelforscher; schwarz sogenannte Asoziale; grün Kriminelle in befristeter Vorbeugungshaft oder Sicherungsverwahrung. KZ-Insassen mosaischen Glaubens oder jüdischer Herkunft trugen einen gelben Winkel zusätzlich zu dem anderen Streifen, so daß beide einen sechseckigen Stern bildeten.⁵¹

50 Československý svaz Protifašistických Bojovníků, Federální výbor, Archiv, Prag, K. 51; für

Sachsenburg: ITS Arolsen, Hist. Abt., Sachsenburg, Nr. 1, Bl. 145.

51 ITS Arolsen, Hist. Abt., Sachsenburg, Nr. 11, Bl. 92; *Behning*, S. 58.

Auffüllen der Lager

Das Schutzhaftdezernat II 1 D der Gestapo-Zentrale ließ nach wie vor politische Häftlinge in Konzentrationslager einweisen, seit 1936 aus allen deutschen Ländern, ab 1938 auch aus den annektierten Gebieten. Seit Februar 1937 trug es die Amtsbezeichnung II D. Im folgenden Monat nahm die Stelle des Kriminalrats Futh als Dezernatsleiter Emil Berndorff ein, erneut ein promovierter Jurist. Er trat im November 1937 der SS bei und avancierte im Juni 1938 zum Regierungs- und Kriminalrat, im September dieses Jahres zum SS-Hauptsturmführer. Berndorff unterstanden 1937/38 fünf Sachbearbeiter, die – bis auf einen – gleichfalls schon in der Weimarer Republik Polizeidienst geleistet hatten. Drei von ihnen gehörten ab 1937 und später der SS, einer ihr überhaupt nicht an.

Das Dezernat befand sich bis Frühjahr 1938 im Hause des Gestapa in der Berliner Prinz-Albrecht-Str. 8, und zog dann in ein benachbartes Gebäude in der Wilhelmstr. 98.

Schutzhaft für politische Geegner

Nach Verhaftungen stellten Gestapo-Stellen bei ihrer Zentrale Schutzhaftanträge, denen Vernehmungsprotokolle, Personalbogen mit Foto, Führungszeugnisse, ärztliche Bescheinigung der Haft- und Lagerfähigkeit sowie zwei Schutzhaftkarteikarten beilagen. Das Berliner Dezernat entschied über die Anträge und legte sie dem Leiter der Gestapo-Abteilung II zur Bestätigung vor. Darauf gingen die Anweisungen an die regionale Stelle zurück. Sie ließ den Häftling in das nächstgelegene Konzentrationslager schaffen.¹ Dafür galt die Regelung: männliche Schutzhäftlinge aus den zentralen, nördlichen und westlichen Gebieten nach Sachsenhausen, aus den nordwestlichen und westlichen Territorien sowie aus Sachsen, Thüringen, Hessen und Nordbayern nach Buchenwald, aus dem süddeutschen Bereich nach Dachau. Zentrale Anweisungen konnten diese Einteilung durchbrechen.²

Neben den Anträgen auf Schutzhaft und ihrer Verlängerung kontrollierte das Berliner Dezernat die Erledigung, entschied über Entlassungen, führte die Schutz-

haftkartei und arbeitete entsprechende Anweisungen aus.³

So dürfte es sich an dem Runderlaß vom 26. Oktober 1936 beteiligt haben, der besagte: Eine Frist der KZ-Haft solle nicht konkret, sondern als »bis auf weiteres« angegeben werden. Flüsterpropaganda über die lange Dauer sei zur erhöhten abschreckenden Wirkung erwünscht ebenso wie über Prügelstrafen in Konzentrationslagern.⁴ Die Dezernatschiffre trug der durch Heydrich unterschriebene Erlaß vom 17. Dezember über genauestes Beachten und peinlichstes Einhalten der Schutzhaftbestimmungen für politische Häftlinge. »Die Schutzhaft darf nur bei einer wirklichen Gefährdung der Staatssicherheit oder bei groben Verstößen gegen die durch die Volksgemeinschaft begründete Pflicht verhängt werden. Sie darf nicht als Mittel zur Aufklärung oder Ahndung aller möglichen Vergehen verwendet werden, sondern nur als Mittel zur Bekämpfung der wirklichen Staats- und Volksfeinde«. Denn sie sei »die schärfste Waffe der Geheimen Staatspolizei.« Von »Schutzhaft zum eigenen Schutze« wäre »nur in den allerdringendsten Fällen Gebrauch zu machen«.⁵

Der Erlaß beabsichtigte eine einheitliche Handhabung in dem zusammengeschlossenen Terrorapparat. Die Schutzhaft dehnte sich – offenkundig mit Blick auf Aggressionen und Krieg – bald aus. Der neue Erlaß vom 25. Januar 1938, gezeichnet mit Reichsministerium des Inneren, Hauptamt Sicherheitspolizei, Abteilung Verwaltung, Dezernat Organisation, und offenkundig auf II D zurückgehend, hob zwar alle bisherigen Schutzhaftregelungen auf, doch blieb das für die Häftlinge völlig bedeutungslos. Inhaltlich verzichtete die neue Regelung nämlich nur auf die demagogische, nun von den Machthabern nicht mehr als erforderlich erachtete Behauptung, die Schutzhaft stelle Ausnahmerecht für Ausnahmezeiten dar. Jetzt definierte man sie vielmehr als »Zwangsmaßnahme der Geheimen Staatspolizei zur Abwehr aller volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen«. Das bedeutete: Diese Haft anzuordnen, obliege ausschließlich der Gestapo; zu vollstrecken sei sie nur in Konzentrationslagern. Der Runderlaß charakterisierte damit die Schutzhaft als das, was sie seit dem Frühjahr 1933 ohnehin war: ein systemimmanenter Bestandteil des vielseitigen Mosaiks des Naziterrors. Das

1 Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin, Anklageschrift in der Strafsache gegen Fritz Wöhrn und weitere Be-

schuldigte v. 14. 7. 1968, S. 71, 113f., 6ff. u. 109.

2 Buchenwald, S. 64.

3 Der Generalstaatsanwalt ..., S. 654.

4 Das Sonderrecht ..., S. 174.

5 Allgemeine Erlaßsammlung (des Reichssicherheitshauptamtes), o. O., o. J., 2 F VIIIa, S. 2f.

zeigte sich am deutlichsten in der nunmehr expressis verbis verkündeten totalen Gesetzlosigkeit beim Anordnen dieser administrativen Haft. Der stellvertretende Chef der Sicherheitspolizei, der Jurist Best, frohlockte daraufhin in einer zeitgenössischen Zeitschrift: »Damit ist nach Beseitigung aller bestehenden rechtlichen Schranken als selbstverständlich vorausgesetzt, daß die zuständigen staatlichen Einrichtungen — vor allem die Polizei — in unmittelbarer normenfreier Anwendung der Staatsgewalt die erforderlichen Maßnahmen zu treffen haben.«⁶

Das Gestapa ordnete daraufhin unter anderem am 6. April 1938 an, Hörer des Moskauer Rundfunks in Schutzhaft zu nehmen.⁷ Auch hinsichtlich ehemaliger Emigranten hatten sich die Repressalien verschärft. Das Gestapa wiederholte am 18. Januar 1937 seine Weisung, sie festzunehmen und in ein sogenanntes Schulungslager einzusperren. Das bedeutete nichts anderes als ein Konzentrationslager, nach der Einteilung vom 5. April nördlich der Linie Köln — Erfurt — Dresden — Breslau nämlich Sachsenhausen, südlich davon Dachau, für Emigranten aus der ČSR, soweit sie die preußische und sächsische Grenze überschritten, Sachsenburg, für Frauen Moringen und für Juden Dachau. Am 31. August wurden die Bestimmungen über die Emigranten präzisiert. Laut Eickes Befehlsblatt vom 1. März unterstanden sie dem Gestapa-Dezernat II B.⁸ Es war gleichfalls für Bibelforscher zuständig und erließ am 22. April 1937 weitere Bestimmungen für deren Schutzhaft: bei Verdacht der Betätigung, bei Verweigerung des Feuerwehr-, Luftschutz- und Wehrdienstes sowie nach Entlassung aus Justizhaft. Die Anweisung unterstrich: »Bezüglich der Dauer der Schutzhaft ist ein strenger Maßstab vor allem dann anzulegen, wenn es sich um einen Funktionär der IBV (Internationale Bibelforschervereinigung — d. Verf.) oder um eine bereits rückfällige Person handelt.«⁹

Für Fremdenlegionäre erfolgte — obwohl sie schon längst eingekerkert wurden — wohl frühestens Ende 1939 durch die Gestapo-»Dienststanweisung zur Bekämpfung des Landesverrates« eine zusammenfassende Bestimmung.¹⁰

Gleich nach dem ersten Einmarsch in einen anderen Staat warfen die Nazis ausländische Staatsbürger in Konzentrationslager. Im annektierten Wien stellte die Gestapoleitstelle aus Gefängnissen und anderen Haftstätten am 1. April 1938 den ersten Transport zusammen. Unter den 151 Deportierten befanden sich Minister und höhere Beamte des Bundeskanzleramtes, der Bürgermeister, Beamte der Polizeidirektion von Wien, des Generalinspektorats, Gendarmerieoffiziere,

darunter auch der Kommandant des österreichischen KZ-ähnlichen Anhaltelagers Wöllersdorf, Funktionäre der austrofaschistischen Vaterländischen Front und des Heimatdienstes sowie Kommunisten, Sozialdemokraten und jüdische Kaufleute. Sie trafen am 2. April in Dachau ein. Weitere Transporte folgten am 25. und 31. Mai mit 163 bzw. 624 politischen Häftlingen.¹¹ Im August 1938 verschleppten die Nazis 20 österreichische Kommunisten und Sozialdemokraten nach Sachsenhausen. Am 24. September gingen aus Wien 454 Gefangene nach Buchenwald mit der Order ab, sie als Polizei-, nicht als Schutzhäftlinge zu führen.¹² Unmittelbar darauf, am 29. September, befahl der Inspekteur der Sicherheitspolizei in Österreich, Funktionäre der KPÖ und SPÖ, von denen anzunehmen sei, daß sie sich illegal betätigten, zu verhaften. Ein Teil von ihnen, gegen den keine gerichtlich verwertbaren Beweise vorlagen, wurde in Konzentrationslager geworfen.¹³

Gleich nach der Annexion tschechischer Grenzgebiete verbrachte man am 8. Oktober 1938 fast 150 sudetendeutsche Kommunisten und Sozialdemokraten nach Dachau. Doch war das nur ein Teil der von dort Eingekerkerten. Der Regierungspräsident von Ober- und Mittelfranken nannte für Oktober die Inschutzhaftnahme von 223 Sudetendeutschen, für November von 47, für Dezember von nochmals 232 und für Januar 1939 von weiteren 59. Am 7. November 1938 hatte er festgehalten: »Nach dem Bericht der Staatspolizeistelle Regensburg wurden von (Sudetendeutschen — d. Verf.) Freikorps und Einsatz-Detachements (der Sicherheitspolizei und des SD — d. Verf.) als »Gegner« rund 750 Personen festgenommen. Sie mußten wegen Überfüllung der Gefängnisse größtenteils in das Konzentrationslager Dachau verbracht werden. Die Nachprüfung der Stichhaltigkeit der Angaben ist im Gange; es hat sich schon jetzt herausgestellt, daß bei sehr vielen, vielleicht der Mehrzahl der Fälle, den Anzeigen lediglich persönliche Feindschaft und Gehässigkeit zugrundelagen. In diesen Fällen erfolgte sofortige Entlassung.« Das Dezernat II D der Gestapo-Zentrale stellte am 24. Dezember ebenfalls fest, daß viele mit der »Begründung« inhaftiert worden wären, einer marxistischen Partei anzugehören, sich »deutschfeindlich« betätigt zu haben oder Tscheche zu sein. Oft fehlten auch Angaben, und bei Nachprüfungen habe sich herausgestellt, daß die Vorwürfe stark übertrieben oder ganz haltlos wären.¹⁴

Andere Ausländer traf die Ausweisungshaft in Konzentrationslagern. Dazu befahl Himmler am 26. Mai 1937: Staatenlose Ausländer seien in die Lager einzuweisen, wenn ihr Abschieben bisher nicht gelungen wäre und es wegen ihrer Gefährlichkeit oder besonderen

6 Ebenda, S. 3ff.; Günther Wieland, Die normativen Grundlagen der Schutzhaft in Hitlerdeutschland, in: *Jahrbuch für Geschichte*, 1982, Bd. 26, S. 101.
7 ZStA Potsdam, Film 2428.

8 ZPA, PSt 3/459; ZStA Potsdam, Film 14368 u. 1649.

9 StA Potsdam, Rep. 2A, Regierung Potsdam, I Pol, Nr. 1190, Bl. 37ff.

10 IfZ München, DC 15.48, S. 46ff.

11 DÖW Wien, Nr. 532 u. 12800.

12 *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 5, S. 199; ZStA Potsdam, Film 5556.

13 ZStA Potsdam, Oberreichs-

anwalt/Volksgerichtshof, Nr. 6 J 435/38, Bl. 9, u. 6 J 479/38, Bl. 9.

14 ZPA, EA 829; *Bayern in der NS-Zeit*, S. 278f.; BA Koblenz, R 58/1027, Bl. 72.



Wegweiser zum KZ Buchenwald

Lästigkeit im öffentlichen Interesse dringend geboten ist«. Die Gestapo werde über sie Ausweisungshaft in einem Konzentrationslager auf unbestimmte Zeit verhängen, worauf sie nach drei bis sechs Monaten über die Grenze zu bringen seien. Es könne auch Schutz- oder polizeiliche Vorbeugungshaft angeordnet werden. Das Gestapo-Dezernat III gab am 26. Juli Durchführungsbestimmungen für die Behörden heraus.¹⁵

Am 28. Mai 1938 verfügte das Hauptamt Sicherheitspolizei die Ausweisungshaft für sowjetische Staatsbürger jüdischer Herkunft. Ausgenommen blieben Frauen, Jugendliche und Männer, die wegen Alters oder Krankheiten nicht in Konzentrationslager eingesperrt werden konnten.¹⁶

Die schon eingekerkerten jüdischen Schutzhäftlinge und Emigranten, so wies das Schutzhaftdezernat am 17. Februar 1937 an, seien aus allen Konzentrations-

lagern noch im selben Monat in Dachau zusammenzufassen. Danach dürften neue jüdische Häftlinge nur noch in das bayerische Lager eingewiesen werden.¹⁷

Hinsichtlich sogenannter jüdischer Rassenschänder ordnete das Dezernat II B am 12. Juni nach Strafschutzhaft an. Schließlich teilte die Gestapo-Stelle in Wien am 24. Mai 1938 allen Bezirkspolizeikommissariaten mit, es seien »unverzüglich unliebsame, insbesondere kriminell vorbelastete Juden festzunehmen und in das Konzentrationslager Dachau zu überführen«. Daraufhin wurden am 3. und 15. Juni 582 bzw. 329 solcher Gefangener in das Lager abtransportiert. Was man unter einen kriminellen Juden verstand, verdeutlichte am 1. Juni das Reichskriminalpolizeiamt. Es wies an, männliche Juden mit mindestens einer Vorstrafe von mehr als einem Monat in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen und ohne zentrale Bestätigung in das KZ Buchenwald zu bringen. Dieser Verfolgung fielen schätzungsweise 1000 zum Opfer.¹⁸ Vielfach dienten z. T. Jahrzehnte zurückliegende Fahrlässigkeitsdelikte oder Geringfügigkeiten als Anlaß der KZ-Einweisung. Neben rassistisch-propagandistischen Gründen wollten die Nazis mit den Verhaftungen offenbar den Druck zur Auswanderung verstärken. Außerdem wurden am 23. und 24. September 2282 jüdische Häftlinge aus Dachau nach Buchenwald verlegt.¹⁹

Eine nach ihrem Umfang seit 1933 nicht wieder inszenierte Verhaftungswelle löste das Regime bei dem Novemberpogrom 1938 aus. Der Gestapo-Chef Heinrich Müller befahl am 9. November kurz vor Mitternacht fernschriftlich allen Gestapo-Stellen, die Festnahme von 20000 bis 30000 Juden vorzubereiten. »Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.« Näheres folge noch im Laufe der Nacht. Dazu gehörte etwa anderthalb Stunden später ein Blitztelegramm Heydrichs, in dem es hieß: Es seien »sovieler Juden – insbesondere Wohlhabende – festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können«, auch sei »unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schneller Unterbringung der Juden in den Lägern Verbindung aufzunehmen.«²⁰

Entsprechend der territorialen Festlegung wurden in den nächsten Tagen verschleppt nach Dachau 10911, davon rund 3700 aus Österreich Buchenwald 9828,

17 ZPA, PSt 3/350.

18 *Das Sonderrecht ...*, S. 191; *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945*. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, bearb. von Wolfgang Neugebauer u. a., Wien/München 1984, Bd. 3, S. 263, Dok. 122; *Vorbeugende Verbrechensbekämpfung* (Erlaßsammlung des Reichskriminal-

polizeiamtes), Berlin 1941, unpag.; *Buchenwald*, S. 97.

19 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Buchenwald, Nr. 4/4/1, Bl. 828 u. 835.

20 *Kennzeichen J. Bilder*, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945, hg. von Helmut Eschwege, Berlin 1981, S. 115, Dok. X/7, u. S. 114, Dok. X/6.

15 ZStA Potsdam, Film 4870; StA Magdeburg, C 50, Torgau,

Nr. 726, unfol.

16 ZStA Potsdam, Film 4581.

00769

REMARKS:

Abgänge:

Jude Neuzugang, Nr. u. Name nicht ermittelt

Jude

Neuzugang, Nr. u. Name nicht ermittelt

Schutzhaftling Nr. 603 Bremer, Johann
1047 Neubauer, Paul rückfällig

rückfällig

außerdem:

4 6 7 4 J u d e n

die in folgenden Transporten eingeliefert wurden:

3046

32

811
43

123

103

25

25

249

213

57

157

119

4674

SECRET

Stärke am 12. November 1938 Mitternacht

18660

wenden!

Sachsenhausen ca. 8000²¹, davon aus Berlin ungefähr 3000, wie die Basler »National-Zeitung« am 14. November mitteilte. Am folgenden Tag berichtete sie: »Aus den Höfen der überfüllten Berliner Polizeigeängnisse rollen ganze Reihen von Lastwagen nach dem Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg. Jüdische Gelehrte, bekannte Ärzte, ehemalige Herausgeber von wissenschaftlichen Zeitschriften, Ingenieure, Bankiers und Kaufleute befinden sich unter den Häftlingen, die einem ungewissen Schicksal entgegengehen.«

In der Tat: Fast alle wurden traktiert; nicht wenige kamen um. Den meisten gelang es, ihre Ausreise zu betreiben und den Lagern zu entkommen. Das Dezernat II D teilte am 8. Dezember mit, Himmler habe die Entlassungssperre für jüdische Schutzhäftlinge, die auswandern wollten, aufgehoben, und am 31. Januar 1939 – eingeschränkter – Himmler habe entschieden, Juden könnten entlassen werden, wenn sie nicht politisch oder kriminell belastet wären und weggehen wollten. Es sei ihnen mündlich anzudrohen, daß sie bei einer eventuellen Rückkehr auf Lebenszeit wieder in Konzentrationslager geworfen würden.²²

Bereits Ende November 1938 begannen die ersten Entlassungen, so daß sich in Buchenwald die Zahl der »Aktions-Juden« bis 30. des Monats auf 7598, bis Jahresende auf 1637 verringerte. Ein Vierteljahr darauf befanden sich noch 147, kurz vor dem Krieg sechs von ihnen auf dem Ettersberg.²³

Asoziale und Kriminelle

Sogenannte Asoziale, hatte das Wohlfahrtsamt Augsburg im Verfolg bisheriger Praxis am 20. März und 15. Juni 1936 angeregt, müßten »zur Zwangsarbeit in einer geeigneten Anstalt untergebracht« werden. Es erwähnte dabei das KZ Dachau. Am 22. Juni wies das bayerische Innenministerium die Bezirksämter an, Bettler, Arbeitsscheue und Wanderer – es meinte Landstreicher – aufzugreifen und nach Dachau schaffen zu

lassen. 1306 Personen wurden zwischen 7. und 16. Juli festgenommen, darunter – wie die Zeitschrift »Der Wanderer« in ihrer ersten Nummer von 1938 festhielt – »flüchtige, vom Gericht gesuchte Personen, vorbestrafte Gewohnheitsverbrecher, kommunistische Verbindungsleute und ausgesprochene Landstreicher«. 736 von ihnen mußten nach Dachau.²⁴ Da man hoffte, auch herumziehende Verbreiter von Gerüchten und politischen Witzen sowie politische Agitatoren und Illegale zu fassen, bot die bevorstehende Olympiade den unmittelbaren Anlaß für die Razzia,²⁵ die wohl nicht nur in Bayern stattfand. Am 1. August 1936 gab die Bayerische Politische Polizei Richtlinien für die Inhaftierung von Bettlern, Landstreichern, Zigeunern, Arbeitsscheuen, Müßiggängern, Prostituierten, Querulanten, Gewohnheitstrinkern, Raufbolden, Verkehrssündern, Psychopathen und Geisteskranken.²⁶

Das Vorgehen gegen sogenannte Arbeitsscheue besprach Himmler am 8. November 1937 mit SS-Gruppenführern, worauf zwischen 17. und 19. Januar 1938 in München 37 Festnahmen erfolgten. Sie stellten den Auftakt zu einem durch Himmler unterschriebenen Runderlaß des Gestapo vom 26. Januar dar, arbeitsfähige Männer, die zweimal angebotene Arbeitsplätze abgelehnt oder sie wieder verlassen hätten, über die Arbeitsämter zu ermitteln und der Gestapo zu melden. Dazu seien von den Gestapostellen eigene Erhebungen anzustellen, Anfang März dann die Verhaftungen vorzunehmen und beim Dezernat II D Schutzhaft zu beantragen. Die dauere mindestens drei Monate und erfolge in Buchenwald.²⁷ Der Zugriff wurde zweimal verschoben und fand in der letzten April-Dekade statt. Ende Mai waren 1691 Häftlinge der Aktion »Arbeitsscheue Reich« (ASR) in Buchenwald.²⁸

Inzwischen hatte am 4. April das Reichskriminalpolizeiamt aufgrund des Erlasses des Reichsinnenministeriums vom 14. Dezember 1937 Richtlinien herausgegeben, die jeden als asozial bezeichneten, der »durch gemeinschaftswidriges, wenn auch nicht verbrecherisches Verhalten zeigt, daß er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will«. Das seien in der Regel Personen, »die durch geringfügige, aber sich immer wiederholenden Gesetzesübertretungen, sich der in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständlichen Ordnung nicht fügen wollen (z. B. Bettler, Landstreicher (Zigeuner), Dirnen, Trunksüchtige, mit ansteckenden Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten behaftete

21 Raab, S. 71; Barbara Distel, Die »Reichskristallnacht« und das KZ Dachau (MS); *Widerstand ... in Wien*, Bd. 3, S. 283, Dok. 154; StA Weimar, Buchenwald, Nr. 150; *Sachsenhausen*. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, hg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Berlin 1974, S. 173.

– Von den bayerischen Regierungsbezirken verzeichneten Ober- und Mittelfranken 772, Niederbayern und Oberpfalz 224 nach Dachau verschleppte jüdische Männer (*Bayern in der NS-Zeit*, S. 473f.).
22 BA Koblenz, R 58/1027, Bl. 6f.; ZStA Potsdam, Film 2428.
23 StA Weimar, Buchenwald, Nr. 137.

24 BA Koblenz, Sammlung Schumacher, Nr. 399, unfol.; BayHStA, Mlnn 71 575, unfol.; Ayass, Es darf ..., S. 57.
25 *Nazi-Bastille ...*, S. 67; *IMG*, Bd. 31, S. 299, Dok. PS-2928; Höß, S. 79.
26 ZStA Potsdam, Film 14929.
27 Ebenda, Film 4141; BayHStA, Mlnn 71 576, unfol.;

Vorbeugende Verbrechensbekämpfung, unpag.; Hans Buchheim, Die Aktion »Arbeitsscheue Reich«, in: *Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte*, Stuttgart 1966, S. 189ff.
28 *Vorbeugende Verbrechensbekämpfung*, unpag.; StA Weimar, Buchenwald, Nr. 137, unfol.

23. Juni 1938

lt. telefonischen Anruf von $\frac{1}{4}$ -Obersturmführer Riedel (KL-Buchenwald) bekommt das Lager in den nächsten Tagen eine zusätzliche Belegung von ca. 6 000 Häftlingen.

Da aber hierfür keine Unterbringungsmöglichkeit besteht, müssen rasch Notbaracken erstellt werden. Obersturmführer Riedel machte den Vorschlag, dass für die Baracken Bretter angekauft werden, welche ~~man~~ später wieder für Bauzwecke (Schalungsbretter etc.) weiterverwendet werden könnten. Hierzu wäre ein Betrag von

ca RM 12 000.--

nötig.

Die Häftlinge können in keinem anderen Lager untergebracht oder verteilt werden, da nirgends Platz vorhanden wäre.

Handwritten: 23.6.38

Die Mittel bis zu RM 12 000.-- werden zur Verfügung gestellt.

Handwritten signature:
 $\frac{1}{4}$ -Oberführer und
Vertreter im Amt.

Handwritten: Zum Akt 55 c

Personen, die sich den Maßnahmen der Gesundheitsbehörden entziehen)«, sowie Leute ohne Vorstrafen, »die sich der Pflicht zur Arbeit entziehen und die Sorge für ihren Unterhalt der Allgemeinheit überlassen (z. B. Arbeitsscheue, Arbeitsverweigerer, Trunksüchtige)«.

Auf sie zielte die Weisung des Reichskriminalpolizeiamtes vom 1. Juni zu einer weiteren Verhaftungswelle Mitte des Monats. »Die straffe Durchführung des Vierjahresplanes«, stellte es als bestimmendes Motiv heraus, »erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und

läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren«. Deshalb seien zusätzlich zu den Gestapo-Verhaftungen von jeder Kriminalpolizeistelle zwischen 13. und 18. Juni mindestens 200 Personen in Vorbeugehaft zu nehmen. Die Anweisung verwies neben den schon genannten Personengruppen auf Leute, die wegen Widerstandes, Körperverletzungen, Hausfriedensbruchs u. ä. vorbestraft waren, sowie auf Juden mit einer Strafe von mindestens einem Monat. In Buchenwald erhöhte sich

die Zahl der ASR-Gefangenen bis 31. Juli auf 4650. Fast 6000 mußten nach Sachsenhausen, darunter 900 jüdischer Herkunft.²⁹

Zu sogenannten Asozialen zählten die Nazis unter rassistischen Aspekt auch die Sinti und Roma, die sie als Zigeuner bezeichneten. Deren Konzentration hatte noch vor der Olympiade zunächst in Berlin eingesetzt. Bevor Frick am 5. Juni 1936 den Runderlaß »Bekämpfung der Zigeunerplage« unterschrieb und den Berliner Polizeipräsidenten beauftragte, einen »Landfahndungstag nach Zigeunern« durchzuführen, war am Rande der hauptstädtischen Rieselfelder mit der Tarnbezeichnung »Rastplatz Marzahn« ein sogenanntes Zigeunerlager errichtet worden. Zu dessen ersten Insassen, die bald KZ-ähnlichen Bedingungen ausgesetzt waren, gehörte der Sintu Johannes Rosenberg mit seinen Angehörigen. Schon am 16. Juli frohlockte der »Berliner Lokal-Anzeiger«: »Berlin ohne Zigeuner«. Insgesamt pferchten die Nazis in Marzahn zwischen 1000 und 1200 Sinti zusammen, die sie nahezu alle 1943 in Auschwitz ermordeten.³⁰

Ein ähnliches Lager existierte seit 1935 in Köln-Bickendorf unter einem SS-Funktionär und kontrolliert von Kriminal- und Schutzpolizei. Es umfaßte durchschnittlich 400 bis 500 Insassen in 50 bis 60 Wohnwagen. Ein anderes gab es seit derselben Zeit in Frankfurt am Main in der Friedberger Landstraße, dann ab Sommer 1937 in der Dieselstraße. Hier hausten 122 Menschen in Möbelwagen, umzäunt von Stacheldraht und durch zwei Polizeibeamte bewacht. Weitere solche Lager befanden sich in Biebrich am Rhein, in Düsseldorf, in Königsberg, in Magdeburg und in Pölitz bei Stettin.³¹

Im Frühjahr und Sommer 1938 griffen Geheime Staats- und Kriminalpolizei im ganzen Reichsgebiet nach den Sinti und Roma. Aus dem Frankfurter »Wohnlager für Zigeuner«, das diese bei Androhung von KZ-Haft nicht verlassen durften, holten Polizisten dabei alle arbeitsfähigen Männer heraus und schlepten sie nach Buchenwald.³²

29 Ebenda; *Harry Naujoks*, Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936–1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten, bearb. von Ursel Hochmuth, hg. von Martha Naujoks/Sachsenhausen-Komitee für die BRD, Berlin 1989, S. 77; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 5, S. 167; *KZ-Verbrechen* ..., S. 309. – Neun Fälle aus dem bayerischen Ort Eberstadt mit herabsetzender »Begründung« enthalten die dortigen Gendarmerie-Akten (*Bayern in der NS-Zeit*, S. 118f.). Am 12. 11. 1938 wurden auch Unterhaltsverweigerer als asozial eingestuft (*Vorbeugende Verbrechensbekämpfung*, unpag.).

30 Reimar Gilsenbach, Verfolgt und vergessen. Das Sinti-Lager

in Marzahn, in: *Potsdamer Kirche*, 1986, Nr. 40 u. 41, v. 5. u. 12. 10. 1986, S. 4f.; *Sinti und Roma in Marzahn*, in: *Berliner Geschichte*, 1986, H. 7, S. 86f.; *Wolfgang Wippermann/Ute Brucker-Boroujerdi*, Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin III. Das »Zigeunerlager« Marzahn, in: *Berlin-Forschungen II*, S. 191ff.

31 *Wolfgang Wippermann*, Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit, T. II: Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung. Darstellung, Dokumente, didaktische Hinweise, Frankfurt/M. 1986, S. 19, 22f., 28f. u. 77ff.

32 *Heimatgeschichtlicher Wegweiser* ..., Bd. 1, S. 25. – Weitere deportierte das Regime im April 1940 nach Polen. 1942 ver-

Der Erlaß der Sicherheitspolizei vom 8. Dezember 1938 bestimmte dann unter anderen, Zigeuner zu erfassen, erkennungsdienstlich zu behandeln und dem Reichskriminalpolizeiamt, Reichszentrale für Bekämpfung des Zigeunerwesens, zu melden. Die Ausführungsanweisung vom 1. März 1939 ließ zu, über sie polizeiliche Vorbeugungshaft zu verhängen. Sie traf als erste Sinti im österreichischen Burgenland. Laut Order des Reichskriminalpolizeiamtes vom 5. Juni 1939 sollten von ihnen 2000 Männer und 1000 Frauen gefaßt und bis 30. Juni nach Dachau bzw. Ravensbrück deportiert werden. 450 bis 500 Sinti aus dem Burgenland mußten so nach Dachau, von dort wenige Wochen später in das KZ Flossenbürg, andere nach Mauthausen, 440 Frauen am 29. Juni nach Ravensbrück.³³

Parallel dazu liefen in der gleichen Zeit und Art Schritte gegen Kriminelle. Am 27. Januar 1937 hatte das preußische Landeskriminalpolizeiamt von den Kriminalpolizeistellen Listen aller verlangte, »die nach Auffassung der Kriminalpolizei als Berufs- und Gewohnheitsverbrecher sowie als gewohnheitsmäßige Sittlichkeitsverbrecher anzusehen sind«. Danach sollte zu einem späteren Zeitpunkt eine größere Anzahl in vorbeugende Polizeihaft genommen werden. Am 23. Februar folgte Himmlers Weisung, am 9. März etwa 2000 festzunehmen und in die KZ Dachau, Lichtenburg, Moringen, Sachsenburg oder Sachsenhausen zu bringen. Die Order betraf sich wie am 17. November 1933 auf die Reichstagsbrandverordnung, weil keine andere gesetzliche Grundlage für eine Festsetzung vorlag.³⁴

In Dachau erhöhte sich im März die Zahl der Kriminellen um fast 300. Laut der Anweisungen vom 4. April seien in einer weiteren Verhaftungswelle »neben Dieben, Betrügnern und dergleichen in erster Linie Sittlichkeitsverbrecher, darunter auch Zuhälter, einzubeziehen. Auch gewerbs- und gewohnheitsmäßige Wilderer können in Frage kommen.« Darauf bezogen sich offenbar Besprechungen bei Gestapo-Chef Müller am 4. und 6. April sowie entsprechende Anweisungen Eickes. Müller teilte jedoch am 22. April mit, die Aktion sei abzubrechen und von »weiteren Festnahmen auf Grund polizeilicher Präventiv-Maßnahmen Abstand zu nehmen, da die KZ-Lager z. Z. überfüllt sind«. Bereits Festgenommene sollten nach dem 1. Mai entlassen werden, wenn sich bei ihnen keine besonderen Belastungen ergeben hätten. Das bewies, wie Sollzahlen für Inhaftierungen der Willkür Tor und Tür öffneten. Eine interne Übersicht des Reichskriminalpolizeiamtes vom November 1937 nannte 2752, darunter 85 Frauen, aufgrund des Erlasses

legte man das Lager in die Frankfurter Kruppstraße.

33 *Hans-Joachim Döring*, Die Zigeuner im nationalsozialistischen Staat, Hamburg 1964, S. 56ff. u. 197ff.; *Vorbeugende Verbrechensbekämpfung*, unpag.; *Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945*. Eine Dokumentation, hg. vom Doku-

mentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, bearb. von Wolfgang Neugebauer u. a., Wien 1979, S. 249f., 254ff. u. 278ff.; *Göhring*, unpag.; *Erika Weinzierl*, Österreichische Frauen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, in: *Dachauer Hefte*, 1987, H. 3, S. 199.

in Lager Eingewiesene. Von ihnen waren bis dahin 68 umgekommen und 372 entlassen worden.³⁵

Anlaß für den Abbruch der Verhaftungsaktion gaben wohl weniger die Belegung der Lager, sondern eher die fehlenden Regelungen. Jedenfalls erhielten die Kriminalpolizeistellen am 27. August den Bescheid, einen generellen Erlaß abzuwarten. Er erfolgte am 14. Dezember durch Reichsinnenminister Frick. Für die »Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei« berief er sich auf die Reichspräsidentenverordnung vom 28. Februar 1933. Der Erlaß räumte der Kriminalpolizei »eine größere Handlungsfreiheit« ein. Er bezeichnete als Berufsverbrecher, wer Straftaten zu seinem Gewerbe mache und dadurch seinen Lebensunterhalt bestreite, als Gewohnheitsverbrecher, wer durch rechtswidrige Neigung in gleicher Form straffällig geworden sei, und mindestens dreimal zu Haft von wenigstens drei Monaten verurteilt worden wäre. Die Betroffenen müßten in polizeiliche Vorbeugehaft genommen werden, wenn zu erwarten sei, daß sie strafbare Handlungen begehen würden, eine Gefahr für die Gemeinschaft darstellten oder durch asoziales Verhalten sie gefährdeten. Vorbeugehaft, ohne jeden Beweis neuer Straftaten verhängt, erfolge in staatlichen »Besserungs- und Arbeitslagern«. Die Modalitäten der Einweisung in derart bezeichnete Stätten, hinter denen sich Konzentrationslager verbargen, entsprachen denen des Schutzhaftdezernats. Anträge bearbeitete beim Reichskriminalpolizeiamt Dezernat Kr 3. Bis Ende 1938 erhöhte sich die Zahl derartiger KZ-Häftlinge auf 12921.³⁶

Polizeiliche Vorbeugehaft wie politische Schutzhaft waren eklatante Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte. Den Hintergrund der Einweisungen von vermeintlichen oder tatsächlichen Asozialen und Kriminellen in Konzentrationslager umriß SS-Oberführer Ulrich Greifelt, Chef der Dienststelle Vierjahresplan beim Stab Himmlers. In seinem Vortrag vom 23. Januar 1939 betonte er: »Bei der angespannten Lage am Arbeitsmarkt war es ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin, alle Personen, die sich dem Arbeitsleben der Nation nicht einpassen wollten und als Arbeitsscheue und Asoziale dahinvegetierten . . ., auf dem Zwangswege zu erfassen und zur Arbeit anzuhalten.« Es handele sich um über 10000, die »eine Erziehungskur zur Arbeit in den hierzu hervorragend geeigneten Konzentrationslagern« durchmachen müßten.³⁷

Der sich vordrängende ökonomische Grund und Zwangsarbeitseinsatz in den Lagern sowie das Streben nach Allgewalt der Polizei vermischte sich auch bei dem Versuch, weitere Häftlinge in die Konzentrationslager

zu bringen. So erinnerte Himmler in einem undatierten Fernschreiben Best an ein Gespräch mit dem Staatssekretär Hans Pfundtner vom Reichsinnenministerium. Dieser sei »grundsätzlich bereit«, daß »sämtliche arbeitsfähigen männlichen Insassen der unter der Provinzialselbstverwaltung stehenden Arbeitshäuser an die Konzentrationslager abgegeben werden«. Best solle sofort eine entsprechende Verordnung vorbereiten, eine Musterung der durch die Gestapo Erfassten und die Einlieferung geeigneter Häftlinge in Konzentrationslager veranlassen.³⁸ Dazu kam es offenbar nicht.

Andere Verhandlungen mit dem Reichsjustizministerium zogen sich lange hin. Am 12. Februar 1937 hatte Himmler gedrängt, »über den Einsatz der Gefangenen für den Vierjahresplan unterrichtet« zu werden. Das Gespräch fand am nächsten Tag statt, wobei der Reichsführer SS erklärte, durch Göring beauftragt zu sein, alle Arbeitsfähigen für den Vierjahresplan einzusetzen. Er lasse nun »arbeitsscheue Elemente in Lager bringen, die dort täglich bis zu 14 Stunden arbeiten müßten; dadurch solle ihnen und anderen gezeigt werden, daß es besser sei, sich in der Freiheit eine Arbeit zu suchen, als in Gefahr zu laufen, in ein solches Lager verbracht zu werden«. Auch unbeschäftigte Justizgefangene müßten jetzt herangezogen werden. Deshalb benötige er einen Überblick. Himmler fragte zugleich, »ob man nicht die Sicherheitsverwahrten in seine Lager verbringen könne«. Die ihm übergebenen Zahlen besagten: Von 34200 arbeitspflichtigen Zuchthausgefangenen, 52600 Gefängnisinsassen und 3400 Sicherungsverwahrten seien 76000 beschäftigt. Am 28. Juni 1938 kam Heydrich in einem Schreiben an das Justizministerium wieder darauf zurück. Unter Hinweis auf Bauvorhaben im Vierjahresplan, speziell die Steinbrüche bei den KZ Flossenbürg und Mauthausen, für deren Ausbeutung die Häftlinge nicht ausreichten, bat er darum, aus Justizanstalten Sicherungsverwahrte an die Konzentrationslager abzugeben. Schließlich teilte am 27. März 1939 das Reichsfinanzministerium dem Staatssekretär beim Generalbevollmächtigten für den Vierjahresplan, Paul Körner, mit, daß laut dem Reichsjustizministerium »auf lange Sicht gesehen eine Unterbringung von Berufsverbrechern in Konzentrationslagern in größerem Umfang nicht mehr notwendig sein wird, da eine erhebliche Verschärfung der Bestimmungen über die Sicherungsverwahrung in Aussicht steht und zudem der Gesamtbelegungsraum, über den die Reichsjustizverwaltung verfügt, die Möglichkeit gibt, noch eine erheblich größere Zahl von Sicherungsverwahrten unterzubringen«. Deshalb sei eine Erweiterung der Konzentrationslager oder Errichtung von neuen nicht erforderlich.

Zuvor hatte der Reichsführer SS mit seinem Schreiben an den Justizminister vom 8. August 1938 versucht, weiter vorzudringen. Anlaß gab ein Gestapo-Bericht vom 12. Juli über die illegale politische Betätigung kommunistischer Justizgefangener. Himmler verlangte nun-

38 ZStA Potsdam, Film 3603.

34 *Vorbeugende Verbrechensbekämpfung*, unpag.

35 Ebenda; BayHStA, MA 106299; ITS Arolsen, Hist. Abt., Lichtenburg, Nr. 2, Bl. 93; BA Koblenz, R 58/264, Bl. 275, Terhorst, S. 109ff.

36 *Vorbeugende Verbrechensbe-*

kämpfung, unpag.; Götz Leonhard, *Die vorbeugende Verbrechensbekämpfung im nationalsozialistischen Staat und ihre Lehren für die Zukunft*, jur. u. wirtschaftswiss. Diss., Mainz 1952, S. 22ff.; Terhorst, S. 133.

37 Buchheim, *Aktion* . . ., S. 193.

mehr, »den Strafvollzug bei Hoch- und Landesverrätern nicht mehr in den Strafanstalten der Justizverwaltung, sondern in den staatlichen Konzentrationslagern durchzuführen«. Am 20. Dezember wies Gürtner die Vorwürfe als übertrieben zurück und ging gar nicht auf Himmlers Forderung ein. Nachdem im Frühjahr 1939 ein Justizentwurf vorlag, Hochverräter in eine spezielle Strafanstalt zu verbringen, verlief sich die Angelegenheit erst einmal in den Bürostuben.³⁹

Die Wehrmachtspitze nutzte hingegen eifrig die Konzentrationslager. Am 27. Oktober 1937 hatte der Reichskriegsminister Werner von Blomberg entschieden, daß strafweise in Sonderabteilungen eingewiesene Soldaten, die sich der dortigen »Erziehung« widersetzen, in das nächste Konzentrationslager gebracht werden sollen. Eine Vereinbarung zwischen dem Minister und dem Reichsführer SS regelte die Modalitäten, wobei die Häftlinge als Wehrpflichtige des Beurlaubtenstandes bezeichnet wurden. Der Kommandant des jeweiligen Wehrmachtgefängnisses übergab sie der Polizei. Best legte am 6. Januar 1938 fest, daß sie im üblichen Ver-

fahren in Lager zu bringen seien. Sie müßten dort mindestens bis Ende ihrer Wehrdienstzeit bleiben. Eine Verlängerung ergebe sich aus staatspolizeilichen Gesichtspunkten.⁴⁰

Hinsichtlich der eigenen Leute befahl Himmler am 21. Juli 1938, in Sachsenhausen einen Erziehungssturm zu schaffen. In dessen Abteilung I kämen SS-Leute, die degradiert worden wären oder sich der Dienstverpflichtung zu entziehen suchten, die das Ansehen der SS geschädigt, Wachvergehen verübt oder sich von der Truppe entfernt hätten, in die Abteilung II aus der SS oder der NSDAP Ausgeschlossene sowie SS-Leute, die mit Häftlingen in Verbindung gestanden hätten. Die zeitlich begrenzte Schutzhaft wollte Himmler entsprechend den Anträgen von SS-Stellen selbst aussprechen. Durchschnittlich handelte es sich um 22 bis 26 SS-Leute.⁴¹

4761 Gefangene, darunter 3694 politische Schutzhäftlinge, würden sich Anfang November 1936 in den Konzentrationslagern befinden, hatte das Auswärtige Amt am 8. Dezember den deutschen diplomatischen Missionen mitgeteilt. Am 19. November des folgenden Jahres schrieb es von 4536 Schutzhäftlingen. Die Zahl war ihm vom Gestapa gegeben worden,⁴² das wohl mit Blick auf

Tabelle 39

Zusammensetzung der Häftlinge des KZ Dachau, 1936 bis 1938

Zeitpunkt	insgesamt	Politische Schutzhäftlinge	Vorbeugungshaft		
			Kriminelle	Arbeits-zwangs-gefangene	Arbeits-haus-gefangene
Juli 1936	1699	1418	45	236	—
Januar 1937	1914	1477	52	279	106
Juli 1937	2240	1587	330	230	93
Januar 1938	2372	1785	341	205	41
Juli 1938	5502	4155	187	187	95

Quelle: Bay HStA, MA 106300, passim.

Tabelle 40

Zusammensetzung der Häftlinge des KZ Buchenwald, 1937 bis 1939

Zeitpunkt	Insgesamt	politische Schutzhäftlinge					Vorbeugehaft	
		insgesamt	Polizei-häftlinge	Bibel-forscher	»Aktions-Juden«	Schul-lungs-häftlinge	Krimi-nelle	Aso-ziale
Juli 1937	327	153	—	10	—	2	174	—
Januar 1938	2634	1610	—	291	—	12	1008	—
Juli 1938	7903	2363	—	412	—	—	1082	4650
Januar 1939	9481	5101	106	457	500	—	368	3918
Juli 1939	5392	2271	27	380	7	—	188	2887

Quelle: StA Weimar, Buchenwald, Nr. 137, unfol.

Tabelle 41

Zusammensetzung der 8309 Häftlinge im KZ Sachsenhausen Ende 1938

Schutzhäftlinge	1668	Asoziale	4753
Schulungshäftlinge	11	Kriminelle	441
Ausweisungshäftlinge	178	Erziehungssturm I	1
Juden	1345	Erziehungssturm II	12

Quelle: Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Nr. 183/3.

39 Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Versch., Nr. 8, unfol.; ZStA Potsdam, Reichsjustizministerium, Nr. 9803/38, Bl. 1ff., Film 56738; GStA Berlin, Rep. 90 P, Nr. 104, Bl. 182; ZPA, St 3/177.

40 ZStA Potsdam, Film 13941 u. 5215.

41 MA Potsdam, WS 02.100/35, unfol.; KZ-Verbrechen . . . , S. 276.

42 ZStA Potsdam, Fall 11, Bd. 315, Bl. 162f., Dok. NG-4048, Film 16415.

das Ausland behaupten wollte, sie übersteige nicht den Stand von 1935. Tatsächlich aber lauteten die Häftlingszahlen in den Männerkonzentrationslagern für Oktober 1936: Bad Sulza 127, Dachau 2001, Lichtenburg 650 (im August 1936), Sachsenburg 744 (ebenfalls im August) und Sachsenhausen zirka 1000⁴³ und für September 1937: Buchenwald 2420, Dachau 2391 und Sachsenhausen 2523 (Ende 1937).⁴⁴ Ein Jahr später, am 26. November 1938, verwies Best schon auf 24000 und

ein Ansteigen in der letzten Zeit auf rund 60000 KZ-Häftlinge.⁴⁵

Durch Entlassungen ging die Zahl der KZ-Insassen bis Ende April 1939 auf rund 22000 zurück. Davon befanden sich in Buchenwald 6363, Dachau 3329, Flossenbürg 2300, Lichtenburg ca. 850, Mauthausen 2500 und Sachsenhausen 5857 Häftlinge.⁴⁶

Ihre Zusammensetzung veränderte sich gegenüber 1933 und auch 1935 beträchtlich, am stärksten wohl in Buchenwald. (Vgl. Tabellen 39, 40, 41)

Schon am 26. November 1938 hatte Best verlangt, »daß die KL nicht immer für den Augenblicksbedarf, sondern auf weitere Sicht eingerichtet werden müssen, weil sonst die Durchführung der staatspolizeilich wichtigen Sicherungsmaßnahmen einfach aus Mangel an Haft-raum scheitern« müßte. Zu denken sei an die ständige Unterbringung von 32000 bis 35000 Gefangenen.⁴⁷

43 StA Weimar, Thüringisches Ministerium des Inneren, Nr. P 22, Bl. 14; Behning, S. 88; StA Weimar, Buchenwald, Nr. 105, unfol., vorl. 11; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 3, S. 19ff. 44 *Buchenwald*, S. 698; Behning, S. 88; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 105. — Die Staatspolizeileitstelle München registrierte im Juni 1937 von März 1933 bis dahin 26926 Schutzhäftlinge und 25439 Entlassungen. Von den 1487 derzeit Eingesperrten befanden sich 1146 in Dachau, 304 in Gerichts- und Poli-

zeigefängnissen, 37 in Moringen. In Dachau sassen außerdem 349 außerbayerische Schutzhäftlinge, weitere 92 aus dem Regierungsbezirk Pfalz, 330 Kriminelle aus ganz Deutschland, 230 Arbeitszwangshäftlinge und 93 wegen Bettelei und Landstreicherei in Polizeihaft Genommene. Bis November 1937 erhöhte sich die Zahl derer, über die Schutzhaft verhängt worden war, auf 27512, davon von September 1935 bis dahin 4300 (*Bayern in der NSZeit*, S. 267 u. 240).

45 BA Koblenz, R 2/12 164, Bl. 26.

46 *Buchenwald*, S. 698; Behning, S. 89; BA Koblenz, NS 3/415,

unfol.; I. Arndt, S. 102; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 105.

47 BA Koblenz, R 2/12 164, Bl. 26 u. 31.

Lebens- und Arbeitsbedingungen

»Arbeit macht frei« stand in den eisernen Toren zu den KZ Dachau und Sachsenhausen, »Jedem das Seine« am Eingang nach Buchenwald, dazu an dessen Torgebäude: »Recht oder Unrecht — mein Vaterland«.

Schrecken seit Anbeginn

Die sie verhöhnenden Inschriften sahen die neu herangetriebenen Häftlinge meist nicht, wenn SS-Leute sie in die Lager jagten. Ob in kleinerer oder größerer Zahl — Schikanen und Mißhandlungen begleiteten von Anfang an die Einlieferung. An den April 1937 in Sachsenhausen erinnerte sich Emil Ackermann: »Vom Transportauto mußte ich zuerst zur Baracke der »Politischen Abteilung«, einer SS-Dienststelle im Kommandanturbereich, aber noch außerhalb des Häftlingslagers. Hier mußte ich mit den anderen »Zugängen«, das Gesicht zur Barackenwand, die Hände nach oben ausgestreckt, Aufstellung nehmen. So wie wir standen die Neueingetroffenen häufig viele Stunden bei Wind und Wetter, bis es den hierfür zuständigen SS-Leuten gefiel, die Wartenden einen nach dem anderen abzufertigen. Nach Aufnahme aller Personalangaben, der Beantwortung vieler Fragen, die oft einem neuen Verhör glichen, mußte man wieder an der Außenwand der Baracke Aufstellung nehmen, bis alle Nachfolgenden gleichfalls abgefertigt waren, und nun der ganze Trupp geschlossen ins Häftlingslager geführt wurde. Ihre menschenverachtende Einstellung gegenüber den Inhaftierten bewiesen die vorübergehenden SS-Leute dadurch, daß sie mich und andere Wartende auf eigene Faust Sonderverhören unterzogen, um uns hinterher mit oft unflätigen Beschimpfungen zu überschütten: Fußtritte oder Stöße mit Karabinerkolben in Beine, Kniekehlen, ins Kreuz oder in den Nacken wiederholten sich während der Wartezeit mehrfach. Diese Behandlung endete erst, als wir im Häftlingslager unter dem Kommando der SS den Gang zum Bad (Kahlschnitt der Kopphaare), zur Kleiderkammer und Schreibstube erledigt hatten und endlich in der zugewiesenen Baracke bei dem Blockältesten eintrafen.«¹

1 *Niemand und nichts vergessen.* Ehemalige Häftlinge aus verschiedenen Ländern berichten über das KZ Sachsenhausen, hg. vom Sachsenhausen Komitee Westberlin und dem Arbeitskreis

Sachsenhausen-Komitee Berlin in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschisten (VVN/VdA), Berlin 1984, S. 27.

Von einer noch schlimmeren »Begrüßung« im Juni 1938 in Buchenwald berichtete ein ehemaliger Häftling in einer Exilpublikation: »Wir waren kaum aus dem Zuge heraus, da hagelte es auch schon die ersten Schläge. Mit Kolbenstößen, Fußtritten und Faustthieben wurden wir vom Bahnsteig (in Weimar — d. Verf.) in eine Unterführung getrieben. Hier wurden wir von dem damaligen Lagerleiter Rödl mit folgender Ansprache begrüßt: »Hier unter euch sind Leute, die schon im Gefängnis waren. Das ist nichts gegen das, was Sie hier erleben werden. Sie befinden sich im Konzentrationslager, d. h. Sie sind in der Hölle. Bei dem geringsten Widerstand gegen eine Anordnung eines SS-Mannes werden Sie auf der Stelle erschossen. Wir kennen hier überhaupt nur zwei Strafen: Prügelstrafe und Todesstrafe.« Unsere Ankunft im Konzentrationslager Buchenwald gestaltete sich zu einem Spießrutenlauf schlimmster Art. Wieder traktierte uns die SS mit Faustschlägen und Fußtritten.«² Und gleiches geschah in Dachau, als dort die ersten Österreicher, darunter 63 Juden, eintrafen. Nach Mißhandlungen wandte sich ein SS-Hauptsturmführer an sie mit Worten, die Bruno Heilig festhielt: »Ihr seid jetzt in Dachau... Ihr werdet bald merken, was das heißt. Im Lager herrscht Standrecht. Jeder Fluchtversuch, jede Auflehnung hat die sofortige Erschießung zur Folge. Hauptstrafen sind: Prügel und Baumhängen. Merkt euch das!« Anschließend mußten die neuen Häftlinge etwa neunzehn Stunden unbeweglich stehen. Obwohl 18 Stunden unterwegs gewesen, erhielten sie weder zu trinken noch zu essen.³ Von ihnen kamen keine »Prominenten« in die Strafkompagnie wie beim nächsten Wiener Transport. Von dessen Deportierten erschossen SS-Leute fünf schon während der Fahrt, den anderen vor Augen haltend, was sie im Konzentrationslager erwarten würde. In Buchenwald drohte sogar ein krimineller Kapo im SS-Jargon: Ein Konzentrationslager sei kein Sanatorium und kein Gefängnis üblicher Art. Hier ginge es rund. Wer glaube, es nicht aushalten zu können, der möge in den elektrisch geladenen Zaun laufen. Der erlöse ihn in weniger als einer Sekunde von allem Übel.⁴

2 *Das neue Tage-Buch* v. 19. 11. 1938.

3 *Bruno Heilig, Menschen am Kreuz*, Berlin 1948, S. 17ff. — Die erste Ausgabe des Berichts erschien 1941 in London.

4 *Erzählte Geschichte.* Berichte von Widerstandskämpfern und

Verfolgten, Bd. 1: Arbeiterbewegung, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes/Institut für Wissenschaft und Kultur, Wien/München 1985, S. 191 (Bericht von Dr. Ludwig Soswinski); ZStA Potsdam, Film 56738; Irene Hüb-

Zur Einlieferung gehörte in der Regel die sogenannte erkennungsdienstliche Behandlung, Fotografieren, Abnehmen der Fingerabdrücke und Schriftproben, wie im Mai 1936 und August 1938 erneut angeordnet.⁵ Dabei hielt ein SS-Führer in Buchenwald eine längere Rede: »Wer sich dem Drahtverhau auf dreißig Meter näherte, würde »abgeschossen«. Wer sich einem Wachposten während der Arbeit auf weniger als sechs Meter näherte, würde »abgeschossen«. Sollte in einer der Baracken zur Nachtzeit ein Brand ausbrechen, so war das Verlassen des brennenden Raumes verboten, und das Feuer aller Maschinengewehre würde auf die Baracke gerichtet. Während er diese einfachen Gesetze verkündete, trat er mitunter auf einen der Gefangenen zu, schlug ihn ins Gesicht oder trat ihn mit Füßen, weil Haltung oder Gesicht des Betroffenen ihm nicht zusagten.«⁶

Die »einfachen Gesetze« bekam kein Häftling zu sehen, weder die Lager- und Strafordnung noch die »Allgemeine(n) Hinweise über das Verhalten der Häftlinge im Schutzhaftlager, bei der Arbeit und während der Freizeit«. Sie verlangten u. a. das Grüßen jedes SS-Mannes, bestimmten den Briefverkehr, Gesuche und Zeitungsbestellungen, ordneten das Instandhalten der Stuben- und Blockeinrichtung an, verfügten das Sauberhalten der Häftlinge, ihrer Kleidung und Unterkünfte, regelten den Aufmarsch zum Appell, geboten über Arbeit, den Kantineneinkauf und die Meldung beim Arzt. Erst die tägliche Praxis zeigte, daß »nur das Atmen, Arbeiten, Essen und Schlagen erlaubt war«, wie der Dachauer Häftling Karl Röder zusammenfaßte.⁸

Mit Antreiben, Schreien und Schlägen erfolgte die Abgabe der eigenen Sachen und das Zuweisen der Häftlingsbekleidung, zunächst noch der üblichen abgetragenen Uniformen, dann ab 1938/39 der gestreiften Jacken und Hosen sowie zwei Hemden, zwei Unterhosen, zwei Paar Strümpfen und zwei Taschentüchern. In Dachau bekamen die blau-weiß gestreiften, schnell vergrauende Stücke die Österreicher und die »Zugänger«, so daß sie erkennbar blieben und zusätzlich Mißhandlungen ausgesetzt waren. Die Buchenwalder erhielten die »Zebra«-uniformen geschlossen am 9. April 1939, dem Ostersonntag. In Sachsenhausen erfolgte die Einkleidung durch den gestreiften Drillich im Mai/Juni 1939. Die Frauen in Ravensbrück empfangen ein Baumwollkleid in gleicher Art, Hemd, Schlüpfer, Unterrock, lange Strümpfe, Schuhe bzw. Holzpantinen.⁹ Die Ausgabe des Häftlingskennzeichens und der Häftlingsnum-

mer begleitete »die Anweisung, mich nie mehr unter meinem Namen zu melden«, erläuterte der Pfarrer Werner Koch. »Einen Menschen mit dem Namen Koch gibt es nicht mehr. Der KZ-Staat hat diesen Menschen bereits liquidiert. Damit dies auch äußerlich weiter sichtbar ist, kommt im nächsten Moment ein Häftling mit einer großen Schere und beraubt mich meiner Haare. Das gehört zum Zeremoniell der totalen Entwürdigung und Entpersönlichung des Menschen, das sich bei allen Zugängen wiederholt.«¹⁰ Nach Stunden des Quälens bekamen die neuen Gefangenen einen Block zu gewiesen.

Massentransporte

Bei größeren Einlieferungen verlief alles überwiegend chaotisch. Die sogenannten Asozialen des Juni 1938 mußten in Buchenwald in einem Schafstall ohne Liegestatt mit zwei Decken unter den Knuten von Kriminellen vegetieren. Erst nach zwei Tagen bekamen sie Essen. Waschgelegenheit gab es für sie in der ersten Woche nicht.¹¹

Katastrophal und besonders menschenverachtend ging es nach dem Novemberpogrom 1938 in den Konzentrationslagern zu. Buchenwald hatte schon am 23. Juni 1938, also nach der Asozialeneinlieferung, telefonisch, per Fernschreiben und schriftlich mit Kostenanschlag beim SS-Verwaltungsamt 8000 RM für fünf provisorische Baracken »für weitere 4000 Häftlinge, die in den nächsten Tagen hier eintreffen«, beantragt und von München genehmigt bekommen. Ohne Türen, Fenster, Öfen und Waschgelegenheit, mit in 60 bis 70 cm Abstand gespanntem Maschendraht als Lager auf dem Appellplatz errichtet, waren sie noch nicht fertig, als die Pogromopfer eintrafen. Die Buchenwalder Häftlinge stimmten, wie Heinz Feldheim berichtete, »in der Ansicht »überein, daß die Einlieferung vieler Juden in das Lager längst vorher geplant« gewesen sein dürfte.¹² Ebenso mußten Gefangene in Sachsenhausen seit Sommer gelbe Stoffballen einlagern, neues Drillichzeug zur Ausgabe bereitlegen und weitere Baracken errichten. Als »Kleines Lager« neben dem Torgebäude standen sie rechtzeitig zum Pogrom da. Aus Dachau berichtete Willi Eifler: »Im Sommer 1938 wurden mehrere Baracken geräumt und anstelle von Betten mit Brettverschlägen versehen. Auf die Brettverschläge wurde loses Stroh aufgeschüttet. Außerdem wurden zwei Zelte im Lager aufgestellt. Wir sprachen darüber, daß die SS wieder ein großangelegtes Verbrechen plante.« Aus eigener Erfahrung meinte Max Oppenheimer: »Der größte Teil der Blocks war für die laufend eintreffenden Transporte

ner, Unser Widerstand. Deutsche Männer und Frauen berichten über ihren Kampf gegen die Nazis, Frankfurt/M. 1982, S. 186 (Bericht von Willi Bleicher).

5 ZStA Potsdam, Film 14366 u. 2428.

6 Ernst Wiechert, Der Totenwald. Ein Bericht. Tagebuchnotizen und Briefe, Berlin 1977, S. 66. — Ausführlich auch bei

Walter Poller, Arztsschreiber in Buchenwald. Bericht des Häftlings 996 aus Block 39, Hamburg 1947, S. 23f.

7 Arch. Dachau, Nr. 3497.

8 Ebenda, Nr. 75/577.

9 Heilig, S. 95; mündliche Mitteilungen von Kurt Köhler u. Rudolf Wunderlich an d. Verf.; Guste Zörner u. a., Frauen-KZ Ravensbrück, Berlin 1971, S. 69.

10 Werner Koch, »Sollen wir K. weiter beobachten?« Ein Leben im Widerstand, Stuttgart 1982, S. 171.

11 Das Neue Tage-Buch v. 19. 11. 1938.

12 BA Koblenz, NS 3/183, unfol.; Buchenwald, S. 100; Arch. Dachau, Nr. 12555.

jüdischer Häftlinge reserviert, ein deutlicher Beweis dafür, wie »spontan« die Aktion am 9. und 10. November war.«¹³

Die Buchenwalder hatten schon Schlimmes erwartet, als sie von dem Attentat auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath in Paris hörten. Nach dessen Tod waren die Essenrationen der jüdischen Häftlinge auf die Hälfte gekürzt, ihre Behandlung im Revier verboten, über sie Post-, Geldempfangs- und Kantineinkaufssperre verhängt worden. Und dann sahen sie die ersten der tausende Verschleppten, darunter Jugendliche, in der Kleidung, in der sie ergriffen worden waren, mißhandelt von SS-Leuten und kriminellen Lagerfunktionären. Die Deportierten erhielten mehr als 24 Stunden nichts zu trinken und zu essen, durften ihre Notdurft nicht verrichten. Die Zustände in den neuen Blocks 1a bis 5a, in die man sie sperrte, verschlimmerte sich noch, als durch verdorbenes Essen Darmkrankheiten auftraten. Eines Nachts drangen SS-Leute und kriminelle Häftlinge mit Pistolen, Peitschen und Knüppeln in die Baracken ein, worauf unter den zusammengedrängten, verängstigten und geschundenen jüdischen Häftlingen eine Panik ausbrach. Die Folterknechte bezeichneten diese sofort als Meuterei, was neue schauerliche Szenen nach sich zog. Einige Gefangene wurden wahnsinnig und deswegen in eine alte Waschküche gesperrt, dann in den Bunker geworfen und dort von den SS-Ärzten Erwin Ding und Werner Kirchert mit Hilfe des Arrestverwalters Martin Sommer umgebracht. Andere begingen Selbstmord, worauf der Rapportführer durch den Lautsprecher ausrufen ließ: »Wenn sich wieder einer von den Juden aufhängt, so stecke er gefälligst vorher einen Zettel mit seinem Namen in die Tasche, damit man weiß, wer er ist.« Wieder andere starben, weil sie nicht ihre ständigen Medikamente erhielten; nicht wenige wurden erschlagen.¹⁴

In Dachau dauerte die Aufnahme-prozedur gleichfalls zwei bis drei Tage, während der die Pogromopfer nichts zu trinken und zu essen bekamen. Die Blocks waren mit bis 1000 Häftlingen vier- und fünffach überbelegt, was Sauberkeit, Waschen und Schlafen fast unmöglich machte; Krankheiten traten auf, so schilderte Wilhelm Hauser die unmenschlichen Bedingungen. Und Werner C. Cahnmann erinnerte sich zusätzlicher Leiden: »Wir wurden keiner Arbeitsgruppe zugewiesen. Statt dessen verbrachten wir unsere Tage mit Strammstehen, entweder vor den Baracken, oder einmal täglich auf dem Appellplatz, wo wir abgezählt wurden, und mit Marschieren, Laufen,

Üben und Singen. Wir marschierten fast pausenlos dutzendemale morgens und nachmittags die Lagerstraße auf und ab, längs der Seitenwege und über den Appellplatz ... Viele ältere oder kranke Männer stolperten und brachen zusammen. In leichten Fällen wurden sie getreten und hochgezerrt; in schweren Fällen wurden sie weggetragen, und man sah sie nie wieder. Zeichen von Mitleid, wie einen alten Mann, der offensichtlich am Zusammenbrechen war, zu stützen, wurden bestraft. Auf dem Appellplatz war die kleinste Bewegung während des Strammstehens ein Vorwand für Ohrfeigen und Schläge, wenn nicht Ärgeres. Einmal, an einem kalten, windigen Abend, mußten wir mehrere Stunden bewegungslos strammstehen. An diesem Tage erregten Dutzende, die ohnmächtig wurden oder hinfielen, das Mißfallen der SS, sie wurden weggeschleppt ... Wir sahen die ganze Zeit, wie Särge aus rohen Brettern und Leichen auf Bahren durch das Lager getragen wurden. Viele Männer wurden zu Tode geprügelt, manche zogen sich eine tödliche Krankheit zu, manche wurden gefoltert.«¹⁵

In Sachsenhausen befanden sich unter den Verschleppten etwa 50 Schulpflichtige. Politischen Häftlingen gelang es, sie in einem normalen Block unterzubringen, während die anderen Neuzugänge im »Kleinen Lager« eng gedrängt auf dünnen Strohschütten auf blankem Boden lagen. Sie mußten die schwersten Arbeiten, unter anderem beim Klinkerwerkbau verrichten, die SS-Latrinen fast ohne Hilfsmittel reinigen oder mit bloßen Händen Schneeräumen, was zu Erfrierungen führte. Andere trieb man zu sinnlosen und schikanösen Beschäftigungen: »Wir mußten unsere Jacken verkehrt herum anziehen, die Enden anfassen und hochheben. Die so entstandenen Beutel wurden mit Sand gefüllt (einige Schippen voll) und im Laufschrift mehrere hundert Meter weit auf einen Berg befördert und wieder zurück.«¹⁶

Wie außerhalb der Lager viele der Verfolgten ihr Eigentum weit unter Wert abtreten mußten, bereicherten sich Privatpersonen und Firmen an den Eingesperrten. So schilderte Fred Adler, Mitbesitzer des Leder- und Schuhwarenunternehmens I. & C. A. Schneider in Frankfurt am Main, das 1938 einen Jahresumsatz von 20 Millionen und einen Reingewinn von über 2,5 Millionen RM verzeichnete, wie es ihm erging: »Am 9. November 1938 verhaftete man mich und brachte mich in das berüchtigte Lager Buchenwald. Dort erhielt ich offiziell Nachricht von einem Vertreter der ... Handelsabteilung der Frankfurter NSDAP, daß ich nicht damit rechnen könnte, jemals aus Buchenwald entlassen zu werden, wenn mein Bruder und ich nicht die Vorschläge des beiliegenden Vertrages akzeptierten. Ich

13 *Naujoks*, S. 90; *Koch*, S. 224; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 102; Arch. Dachau, Nr. 9434; *Max Oppenheimer/Horst Stuckmann/Rudi Schneider*, Als die Synagogen brannten. Zur Funktion des Antisemitismus gestern und heute, Frankfurt/M. 1978, S. 40.

14 *Heilig*, S. 198ff.; *Hübner*, S. 215f. (Bericht von Willi Schmidt); *Karl Barthel*, Die Welt ohne Erbarmen. Bilder und Skizzen aus dem KZ, Rudolstadt 1946, S. 32ff.; *KZ-Verbrechen* ..., S. 48; *Konzentrationslager Buchenwald*. Bericht des Internationalen Lagerkomitees, Weimar 1949, S. 26.

15 *Göhring*, unpag.; *Röder*, S. 40ff.; *Günter Wirth*, Die Hauser-Chronik, Berlin 1982, S. 148ff.; *Werner C. Cahnmann*, Im Konzentrationslager Dachau (Kopie im Besitz d. Verf.).

16 *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 5, S. 176 u. 178; *Siegmund Weltlinger*, Hast Du es schon vergessen? Erlebnisbericht aus der Zeit der Verfolgung, Frankfurt/M. 1954, S. 10ff.; *Naujoks*, S. 92f.

nahm also an und wurde am 23. November 1938 entlassen, und der beigelegte Vertrag trat endgültig am 17. Dezember 1938 in Kraft.« Der Betrieb ging an Bruno Soletsky, einen Direktor der Dresdner Bank AG, zugleich Gauwirtschaftsberater der Nazi-Partei in Frankfurt am Main. Durch die Erpressung zahlte er einen Kaufpreis von lediglich drei Prozent des Nettowertes. Seine Bank erhielt für die Vermittlung 40000 RM. Wohl nicht in dieser Höhe, doch mit gleicher räuberischer Intensität plünderten SS-Führer in den Konzentrationslagern die Opfer aus. Sie spannten dazu auch kriminelle Häftlinge ein, die ohnehin jüdische Gefangene erpreßten. Doch blieb ihre Beute hinter dem Raub durch SS-Funktionäre zurück. Diese zwangen in Buchenwald den jüdischen Häftling Gustav Herzog, Geld, Schmuck und andere Wertsachen zusammenzuholen. Dann riefen sie ihn mit dem »Diamantenkoffer« ans Tor. Zuerst griff der Adjutant Heinrich Hackmann hinein, dann der Kommandant Koch. Der überwies dann Gelder auf sein Konto bei der Dresdner Bank. Weiter »kaufte« er, wie sich der Bunkerchef Sommer ausdrückte, einen BMW-Wagen, Hackmann ein Sportauto, der SS-Hauptscharführer Gotthold Michael ein BMW-Kabriolett. Darüber hinaus mußten die Drangsaliereten Eßbestecke, Trinkbecher, Eßschüsseln, zerrissene Decken und alte Handtücher bezahlen. In der Kantine verlangte man von ihnen doppelte und mehrfache Preise und zwang ihnen Ladenhüter auf. Sie mußten »Gebühren« für Papiere, Reiseanträge, Vermittlungen usw. entrichten, für »Abnutzung« der Baracken aufkommen und anderes mehr, was sich geldgierige SS-Führer ersannen. Selbst für den Ersatz eines Wolfes, dem der Tierpfleger das Kreuz brach, mußten sie 7000 Mark »spenden«. Denn die SS hielt sich im Kommandanturbereich einen Zoo mit Enten und Schwänen, Bären, Hirschen, Wildschweinen, Raubvögeln sowie Affen und anderem Getier, alles durch Häftlinge angelegt und unmittelbar neben dem Lager plazierte – auch das charakterisierte die Mentalität der Menschenschinder.¹⁷

Das isolierte »Kleine Lager« von Buchenwald bestand bis 13. Februar 1939, als die letzten zirka 250 Häftlinge des Novemberpogroms in andere Blocks übersiedeln durften. Bis Ende 1938 hatten der SS-Terror mehr als 230 Todesopfer von den jüdischen Gefangenen gefordert.¹⁸

17 Röder, S. 67; *Office of Military Government for Germany, United States, Finance Division – Financial Investigation Section – Ermittlungen gegen die Dresdner Bank*, 1946, bearb. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Nördlingen 1986, S. 82 u. 212; IFZ München, ZS 1915; *Buchenwald*, S. 98; Heilig, S. 207f.

u. 224; *Konzentrationslager Buchenwald*, S. 28; Barthel, S. 45ff.; *Das war Buchenwald*. Ein Tatsachenbericht, hg. von der KPD, Stadt und Kreis Leipzig, Leipzig o. J., S. 64ff.

18 Arch. Dachau, Nr. 9434; *Konzentrationslager Buchenwald*, S. 29; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Buchenwald, Nr. 4/4/1/ Bl. 720 – 767.

Handlanger der SS

Fast alle Häftlinge sahen in der SS ihren unmittelbaren Feind. Doch der befand sich nicht jederzeit und überall im Lager. Dagegen trafen die KZ-Inassen ständig sowohl bei der Arbeit als auch bei den Mahlzeiten und selbst in der knapp bemessenen Freizeit auf Mitgefangene. Bedingt durch die Verhältnisse ergaben sich Reibereien, die nur Charakterstärke, politisch-moralisches Bewußtsein und gegenseitige Rücksichtnahme dämpfen und unterbinden konnte.

Häftlinge, die solche Eigenschaften nicht besaßen und die dazu noch die SS in Positionen im Lagergefüge gebracht hatte, verschlimmerten die Situation zum Teil bis ins Unerträgliche. »Die Kriminellen und Asozialen wurden bevorzugt und gezielt von der Schutzhaftlagerführung in Lagerfunktionen eingesetzt«, verallgemeinerte der ehemalige Buchenwald-Häftling Herbert Weidlich. »Nicht wenige von ihnen betätigten sich willig als verlängerter Arm der SS. Im Auftrage der SS prügelten sie ihre Mitgefangenen, stahlen ihnen einen Teil der Essenrationen, betätigten sich als Provokateure und Zinker, als Totschläger und Mörder ... Manche Kriminelle begingen ihre Schandtaten auch ohne direkten Auftrag der SS. Nicht wenige glaubten, sich bei der SS verdient machen zu müssen, in der meist trügerischen Hoffnung, daß sie auf diese Weise ihr Leben erleichtern oder retten könnten. Deshalb unterwarfen sie sich in der Verfolgung persönlicher Interessen überwiegend willig dem Zwang der SS.« Er fuhr fort: »Die Verbrecher aller Kategorien in Häftlingskleidung zwangen ihre Mitgefangenen mit Schlägen und Morddrohungen zu hohen Arbeitsleistungen oder erniedrigten sie mit abscheulichen Späßen. Mit und ohne Auftrag der SS erschlugen sie Häftlinge in den Arbeitskommandos oder trieben sie im Auftrag der SS über die Postenkette zum Erschießen auf der Flucht durch die SS-Bewachungskräfte. Leistete ein Schutzgefangener einem Verbrecher in Häftlingskleidung offenen Widerstand, wurde er in den meisten Fällen buchstäblich totgeschlagen.« Andere Buchenwalder Häftlinge bestätigten: »Aus den Suppenkesseln, die in die Blocks geschleppt wurden, durfte sich der Blockälteste soviel nehmen, wie er wollte, bevor es ans Verteilen ging. Und er durfte seinen Freunden – oder denen, die ihm irgendwelche Dienste leisteten – ebenfalls größere Portionen auf Kosten der Gesamtheit zuteilen. Mit einem Knüttel bewaffnet, durfte er nicht nur schlagen (und erschlagen) – die SS erwartete das und verlangte dies sogar von ihm. Todesangst sollte die Gefangenen rund um die Uhr beherrschen, auch wenn keine SS-Uniform zu sehen war.«¹⁹

In Sachsenhausen befanden sich überwiegend politische Gefangene in Lagerfunktionen, als Lager-, Stuben- und Blockälteste sowie Vorarbeiter, wie die Kapos (vom

19 Herbert Weidlich, Häftlinge in Lagerorganen. Stützen der illegalen Widerstandsorganisa-

tion, in: *Buchenwald-Heft*, 1977, Nr. 5, S. 6ff.; *Buchenwald*. KZ, S. 14.

italienischen Capo: Haupt, Meister) dort hießen. In Dachau, wo es bis 1940 keinen Lagerältesten gab, dominierten gleichfalls politische Häftlinge. Berüchtigt waren allerdings die Kriminellen Sterzer und Zock. Als Kapos schunden sie Häftlinge bis zur Bewußtlosigkeit, erschlugen oder trieben sie SS-Leuten zu. In Ravensbrück war die Kriminelle Ruth Kaiser Lagerälteste.²⁰ In Buchenwald herrschten in der Anfangszeit – mit wenigen Ausnahmen – kriminelle Stuben- und Blockälteste sowie Kapos vor. Ein berüchtigter Ruf eilte dem Kapo im Steinbruch, Vogel, einem ehemaligen Fremdenlegionär, voraus. Erster Lagerälteste war der Kriminelle Hubert Richter, nach Häftlingsmeinung vorher Angehöriger des Berliner SA-Sturms 33, des sogenannten Mordsturms. Wegen Begünstigung der Flucht zweier Kumpane wurde er Ende 1937 abgesetzt, bekam zweimal Prügel auf dem Bock und mußte anschließend für zwei Monate in strengen Arrest, danach für weitere zwei Monate in die Strafkompagnie. An seine Stelle trat der Kriminelle Paul Henning, der Richter nicht nachstand. Beide umgaben sich mit ihresgleichen, die sie stützten und mit denen sie – Richter hatte inzwischen seine alte Stelle wieder eingenommen – besonders die ersten Judentransporte drangsalierten. Noch wüster sprangen sie mit den Opfern des Pogroms um, was die SS mit Wohlgefallen sah, nicht aber, daß Kriminelle ihr die Beute schmälerten und nachts in den Blocks um Geld spielten. Ende 1938 befahl der Buchenwalder Kommandant, den kriminellen Lagerfunktionären ihre ausgesuchten Uniformstücke und Stiefel wegzunehmen und sie in normale Häftlingskleidung zu stecken. Nach Neujahr wurde ein Geldversteck entdeckt, worauf der Lagerführer, SS-Obersturmbannführer Arthur Rödl, entsprechend einer Anregung Richters, Block 3 als »Schwarzen Bunker« ohne Einrichtung, Öfen und Licht herrichten ließ. Dorthin kamen Richters Kumpane. Sie wurden schwer mißhandelt und zum Teil von Sommer ermordet. Da die Eingekerkerten auch über Richters Anteil aussagten, teilte er schließlich ihr Schicksal: Sommer brachte ihn am 22. März 1939 um. Am 26. April 1939 transportierte die SS von den Vorbeugungshäftlingen 238 nach Flossenbürg. Damit war die Vorherrschaft der kriminellen Gefangenen in Buchenwald gebrochen.²¹

Tagesablauf

Der KZ-Tag begann im Sommer in Buchenwald um 3.30, in Dachau 3.15, im Winter 5 Uhr. Dem Wecken

20 *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 111f. u. 124ff.; *Heilig*, S. 58ff. u. 106ff.; Aktenauskunft des IfZ München v. 4. 12. 1981.
21 *Weidlich*, S. 8; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Buchenwald, Nr. 17/16, Bl. 8R; *Konzentrationslager Buchenwald*,

S. 153f.; *Heilig*, S. 145f., 164f., 204, 206 u. 232ff.; *Barthel*, S. 36f.; *Poller*, S. 153ff.; *KZ-Verbrechen* ..., S. 83f. u. 116ff.; *Ernst Haberland*, *Der Pelerinenmann*, Berlin 1981, S. 153f.; Dok.-Zentrum, KZ und Haftanstalten, Buchenwald, Nr. 5, Bl. 103R, Nr. 8, Bl. 208ff.

folgte das Waschen, wobei es in Buchenwald und Sachsenhausen anfangs an Wasser mangelte, das nur aus durchlöchernten Rohren in Rinnen im Freien floß. Die Aborte befanden sich hier zunächst außerhalb der Unterkünfte. Das Aufräumen und Richten der Lagerstätte blieb nach wie vor mit Schikanen verbunden: schnurgerade Strohsäcke und Decken, fleckenloses Geschirr, restlos gesäuberte Spinde, die rohen Holzschmel und -tische weißgeschauert, makellose Kleidung und – oft bis zu zehnmal täglich – geputztes Schuhwerk, dessen Sohlen auch keinerlei Schmutz aufweisen durften. Denn den Nazis »entging nichts, womit man Menschen quälen kann«, kommentierte der Wiener Bruno Heilig diese Gepflogenheiten. »Das Konzentrationslager ist eine militärisch organisierte Galeere.« Das »Frühstück«, ein Becher Kräutertee oder Ersatzkaffe, und ein Stück Brot mußte deshalb schnell heruntergeschlungen werden, bevor gegen 4.30 Uhr der Appell stattfand.

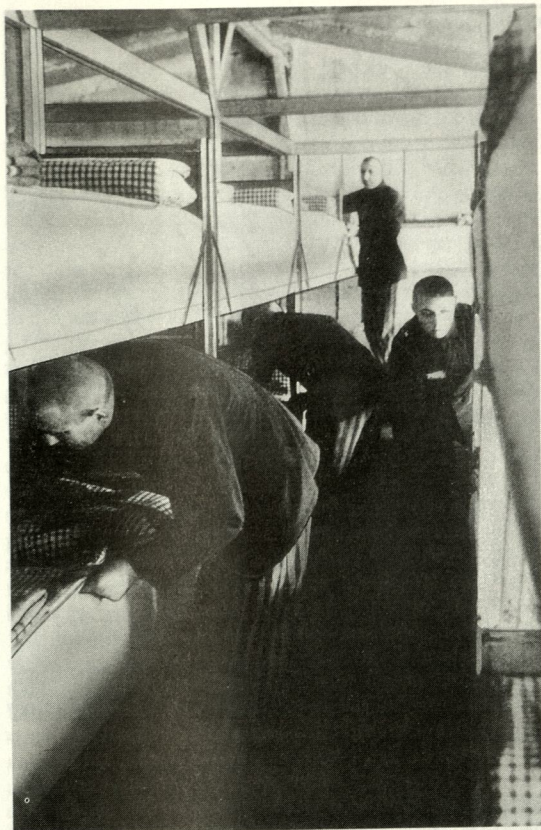
Die Arbeitszeit reichte in Buchenwald mit einer halben Stunde Mittagspause, für die am Abend zuvor Kaltverpflegung ausgegeben wurde, bis 16 Uhr, in Dachau mit zwei Stunden Unterbrechung, in der es im Lager die Suppe gab, bis 18 Uhr, vielfach darüber hinaus. »Am Bau der Wasserleitung«, hielt ein Buchenwalder fest, »wurde sogar regelmäßig bis 10 oder gar 11 Uhr nachts gearbeitet. In besonders dringenden Fällen ging die Arbeit bis 2 und 3 Uhr morgens.«²²

In sämtlichen Lagern standen Aufbau und Ausbau im Vordergrund. Bei den schlimmsten Kommandos mußten meist Erd- und Transportarbeiten unter allen erdenklichen Erschwernissen erledigt werden. Außerhalb des Lagers umgaben Ketten von SS-Posten die Häftlinge und trieben sie meist an. »Bewegt Euch«, war das Gebot in Dachau«, vermerkte Heilig. »Wer es verletzte, wurde aufgeschrieben und zur Bestrafung gemeldet, wegen Faulheit bei der Arbeit.« Das galt besonders für die Strafkompagnien, die in Dachau Kies schippen und transportieren oder die in Buchenwald im Steinbruch Baumaterial gewinnen und auf den Schultern heraustragen mußten.

Das »Bewegungsgebot« galt gleichermaßen für andere Gefangene und deren Arbeit. In einem Bericht aus Buchenwald hieß es darüber: »Mit der Picke wurden die Steine gebrochen und auf den Schultern in immer wiederholten Märschen, oft im Laufschrift an die Stelle getragen, an der sie gebraucht wurden. Das ganze Packlager für das Lager mit seinem großen Appellplatz, für die Straßen in und um das Lager und zwischen den Kasernen, ist mit wundgelaufenen Füßen und zerquetschten Fingern einzeln herangeschleppt worden. Eineinhalb Jahre lang mußte jeder Häftling nach Arbeitsschluß einen Felsbrocken mit ins Lager tragen. Einen ganzen Sommer lang mußte sonntags zur Freizeit das ganze Lager Steine schleppen, vom Stein-

22 *Das Neue Tage-Buch* v. 19. 11. 1938; *Berben*, S. 61ff. u. 86 u. 86ff.; *Sachsenhausen-Hefte*,

Ausgabe 3, S. 43; *Heilig*, S. 92ff. u. 33.



Barackenninneres im KZ Sachsenhausen



Esseneinnahme im KZ Sachsenhausen

bruch zum Lager, vom Steinbruch zu den Wachtürmen, vom Steinbruch zu den SS-Kasernen. Wehe, wenn ein Stein den aufsichtsführenden SS-Leuten zu klein erschien. Dann setzte es Prügel oder »Sport«, d. h. Exerzieren bis zum Umfallen für den Häftling oder für die ganze Kolonne, bei der er arbeitete. Zum Ausschachten des Untergrundes für die zahllosen Gebäude, zum Planieren des Geländes zwischen den Gebäuden wurden keine Bagger verwendet. Das Erdreich wurde heausgetragen und zum großen Teil mit Tragen abtransportiert. Die Tragen waren viereckige, oben offene Holzkästen, an denen zwei Tragstangen so befestigt waren, daß sie von zwei Häftlingen transportiert werden konnten. Für Strafkolonnen wurden Kästen in besonders großem Format hergestellt. Wir versuchten, uns die schwere Last dadurch zu erleichtern, daß wir Stricke oder Drähte an den Stangen befestigten, die wir über Schultern und Nacken legen konnten, um die Last mit dem ganzen Körper zu tragen, wenn die Hände die Stange nicht mehr halten konnten und die Arme förmlich aus den

Gelenken zu reißen drohten. Aber das wurde unter Androhung strenger Strafen verboten. SS-Leute bis hinauf zum Lagerführer sorgten dafür, daß bei längeren Transportwegen die Tragen unterwegs nicht zu oft abgesetzt wurden.« Desgleichen mußten Kipploren mit Muskelkraft bewegt werden: »Berge hinauf durch Dreck und Schlamm, der oben in die Schuhe hineinlief; bei glühender Hitze im Sommer und eisiger Kälte im Winter, während die Hände an den kalten Eisenteilen anklebten. In Buchenwald gibt es keinen Sandboden, sondern mit vielen großen Steinen durchsetzten Muschelkalk. Dieser Schlamm klebte an den Händen und am Werkzeug. Er verbreitete sich von da über die Hosenbeine und Jacken; beim Steinetragen über die Schultern, Mützen, dann über die Schuhe an die Hosenbeine, in die Socken. Die Sachen mußten dann nach der Arbeit ausgebürstet werden, falls sie bei Regenwetter überhaupt getrocknet werden konnten. Wenn wir am nächsten Morgen an der Arbeitsstelle ankamen, waren wir schon wieder bis an die Knie verspritzt und verdreckt. Auch die vielen

Verwaltung

Az.: L/la/5.39/Ba.-

Abteilungs-Anordnung IV/2

V5
 17. 1915
 [Signature]

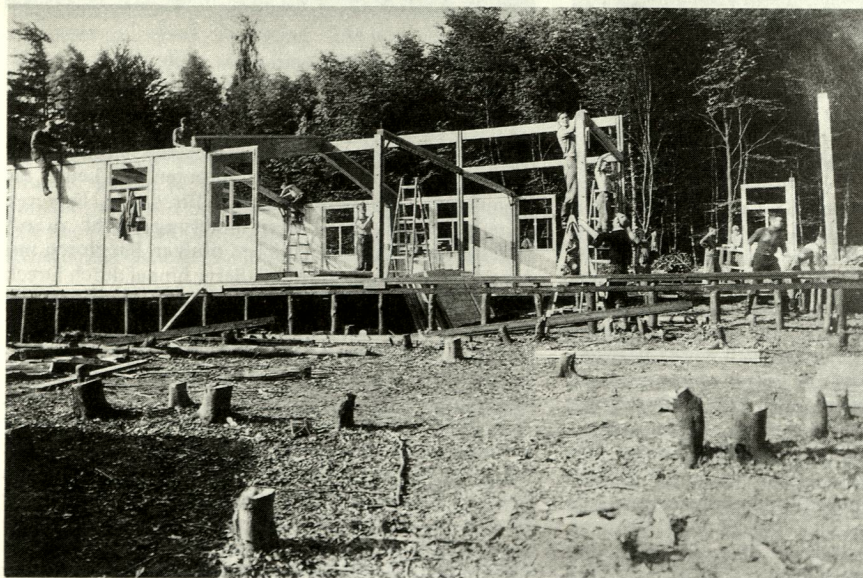
Verteiler: Wie Abteilungs-Anordnung IV/1

I.)

Betreff: Arbeitsüberwachung der Haftlinge.

Es wird hiermit ausdrücklich auf den Befehl des Lagerkommandanten H-Standartenführer Koch hingewiesen, wonach die Haftlinge bei ihren Arbeiten auf den Kammern, in der Küche, in der Mäscherei und in den Werkstätten von H-Unterführern dauernd überwacht werden müssen.

Es ist strengstens verboten, Haftlinge auch nur eine Minute allein arbeiten zu lassen. Das Auf- u. Zuschließen der einzelnen Kammern, Werkstätten usw. darf nur durch einen H-Unterführer erfolgen. Es ist selbstverständlich nicht möglich, daß ein H-Unterführer verschiedene Arbeitsstellen zu überwachen hat.



KZ Buchenwald, Aufbau einer Baracke

gefallten Bäume wurden nicht abgefahren, sondern mußten auf den Schultern weggeschleppt werden. Da gab es Kolonnen von 20 bis 40 Mann, die einen riesigen Eichen- oder Buchenstamm mühsam zurücktrugen. Die Brocken aus dem Steinbruch wurden bis zum Jahre 1944 in Loren den steilen Hang hinaufgeschoben. An jeder Lore war ein starkes Seil mit Quersträngen befestigt. 20 bis 30 Mann zogen an diesen Stangen mit Aufbietung aller Kraft im Gleichschritt die Lore aus dem Steinbruch in die Höhe. «Auch mußten sich Häftlinge vor Wagen spannen, vornübergebeugt sie ziehen und dazu noch singen. Sie wurden zynisch »Singende Pferde« genannt. In Flossenbürg verfügten die Gefangenen über keine größeren technischen Hilfsmittel, um Stufen in den Berg zu brechen und den Steinbruch zu betreiben. Die Bewegung der Erd- und Gesteinsmassen erfolgte durch Muskelkraft, zum Teil »bei 25 Grad Kälte ohne Strümpfe und Handschuhe im Freien«, wie sich einer der Häftlinge erinnerte. »Die Folge waren erfrorene Finger, Hände und Füße. Der Lagerkommandant ließ Gefangene, die sich krank meldeten, mit 25 Peitschenhieben durchprügeln, und kommandierte sie trotz Erfrierungsschäden zur Arbeit ... Amputationen von erfrorenen Fingern, Händen und Füßen wurden vorgenommen und hatten häufig tödliche Folgen.«

Selbst Frauen blieben von schwersten Arbeiten nicht verschont. In der Lichtenburg mußte Martha Chwalek Kohlen abladen sowie eiserne Betten und Schränke über Wendeltreppen transportieren oder Olga Benario-Prestes die Latrinen leeren. Fini Gleixner, die die Heizungsanlage zu bedienen hatte, berichtete: »Im Herbst 1938 mußten jüdische Häftlinge Kanalisationsarbeiten machen, eine Arbeit, die für Männer nicht als leicht galt. Sie »kamen jeden Abend bis fast zu den Hüften voll Schlamm und Dreck zurück.« Auch in Ravensbrück mußten weibliche Gefangene Baugruben ausheben, Straßen anlegen, die Straßenwalze und Wagen ziehen, Loren mit Sand füllen und fortbewegen, aus Kähnen Ziegel und Kohle ausladen und in Holztrögen im Laufschrift über schwankende Bretter schleppen.²³

In Sachsenhausen galt — wie geschildert — der Aufbau als schlimmste Schinderei, als Knochenarbeit, wie Harry Naujoks festhielt. An anderen Stellen ging es ebenso zu, wie Pfarrer Koch es beim Kähneentladen erlebte. »Da auf der schmalen Planke nur Platz für jeweils einen Häftling ist, muß dieser unter Aufbietung all seiner Kräfte versuchen, die Schubkarre allein über die Laufplanke zu balancieren. Wenn aber ein Asphaltbrocken so ungleichmäßig ist, daß er mit einem Teile weit über den Rand der Schubkarre hinausragt, so kann es vorkommen, daß der Häftling die Balance verliert und mitsamt der Schubkarre in den Lehnitzsee stürzt. Dies ist der Augenblick, wo die SS-Posten entweder in

ein schadenfrohes Gejohle ausbrechen, oder aber — das Gewehr anlegen und schießen! Denn es ist ja »offensichtlich«, daß da ein Häftling schwimmend das Ufer erreichen und also fliehen will! »Auf der Flucht erschossen«, heißt es dann. Ob die SS sich für das eine oder andere — das Gelächter oder den Mord — entscheidet, hängt ganz von ihrer Laune und von dem »Stellenwert« des jeweiligen Häftlings ab. Ist es ein Häftling, an dem SS nicht interessiert ist, so kommt er mit einem unfreiwilligen Bad davon. Ist es aber einer, den sie gerne liquidiert haben möchte, so wird scharf geschossen. Man kann dieses Ziel auch dadurch erreichen, daß man einigen Häftlingen befiehlt, einen besonders unförmigen Brocken auf die Schubkarre zu laden, so daß der unglückselige Schubkarrenfahrer das Gleichgewicht mit Sicherheit verlieren muß.«

Nicht ganz so gehetzt und gefährlich gestaltete sich die Arbeit bei den Fachkräften, welche die Bauten hochzogen, sie innen vorrichteten, und in den Lagerwerkstätten, obwohl auch da Antreibereien, Schikanen, Schindereien und Untaten vorkamen.

Selbst an Sonntagen mußte bis nachmittags gearbeitet werden. Doch gab es auch danach wenig Ruhe. Aus der Lichtenburg erinnerte sich Gertrud Fröhshütz: »Prompt kam fast immer die Oberaufseherin, die den Häftlingen keine freie Minute gönnte. ... Zweck ihres Besuches war: »20 (oder 40) Frauen zum Wassers schöpfen!« In irgendeinem Raum war der Fußboden mit Wasser bis zur Kniehöhe bedeckt. Ob Grundwasser oder von ihr eingelassen, war mir nie klar geworden.«

Gegen 16 oder 17 Uhr fand der tägliche Abendappell statt, der sich über geraume Zeit erstreckte, nicht nur wegen des genauen Zählens der Häftlinge. Sie mußten — zerschunden und todmüde — Lieder singen oder dem Vollzug der Prügelstrafe zusehen. Einem kargen Abendessen, in Buchenwald in warmer Form, schlossen sich oft noch Arbeiten im Lager an. »Wir waren täglich nicht weniger als 17 1/2 Stunden auf den Beinen. Gesunde, Kranke — sofern sie sich gerade noch auf den Beinen halten konnten —, Junge und Alte. Rücksicht auf die Witterung gab es nicht. Wir mußten in unserer dünnen Kunststoffkleidung bei Sturm und Wolkenbruch ebenso arbeiten wie bei glühender Hitze«, berichtete ein Buchenwald-Häftling in einer Exilzeitschrift.

Kamen die Gefangenen in die Unterkünfte zurück, mußten sie etliche Male erleben, daß SS-Leute die Lagerstätten umgeworfen und die Strohsäcke ausgeschüttet hatten. Oder von ihnen waren die Spinde überprüft und — wegen angeblich gefundener Krümel — umgekippt worden, so daß Marmelade, Glasscherben, Geschirr usw. durcheinanderlagen. Alles mußte sogleich wieder aufgeräumt und gesäubert werden. Wegen der Schikanen bei der Ordnung der Schlafstätten legten sich manche Häftlinge daneben, um sie nicht durcheinanderzubringen.

Die im Sommer um 21, im Winter 20 Uhr beginnende Schlafenszeit, in den Nächten oft durch Kälte beeinträchtigt, störten häufig SS-Blockführer mit sinnlosem

23 Heilig, S. 51 u. 72; Buchenwald. KZ, S. 22ff.; Buchenwald, S. 109 u. 90; Wiechert, S. 74ff.; Siegert, 30000 Tote ..., S. 14f.; Arch. Lichtenburg, Nr. 791 u.

727; Hanna Sturm, Die Lebensgeschichte einer Arbeiterin. Vom Burgenland nach Ravensbrück, Wien 1982, S. 272; Zörner u. a., S. 75f.



Erdarbeiten im KZ Ravensbrück

Umhertreiben der Häftlinge, so daß Heiligs Eindruck zutraf: »Die Nächte waren so entsetzlich kurz im Konzentrationslager — und die Tage so endlos lang.«²⁴

Rationen und Gesundheitszustand

Dazu kam in fast allen Lagern eine schmale Verpflegung in miserabler Qualität. Aus der Lichtenburg meldeten am 21. Juli 1936 die SS-Führer aller vier Häftlingskompanien: Durch »Neuordnung« der Rationen, besonders die Kürzung der Brotsätze, sei wachsende Arbeitsunlust und Niedergeschlagenheit zu bemerken. Da »die Tagesrationen nicht ausreichend sind, um die Häftlinge zu sättigen«, würden sie Speisereste aus der Müllgrube heraussuchen oder Brot stehlen. Gleiche Erscheinungen

traten während einer Hungerperiode im November-/Dezember 1937 in Buchenwald auf. Im Mai setzte dort der Kommandant die Brotrationen auf 500 Gramm pro Tag und Gefangenen herab und gestand jeder Baracke täglich nur vier Eimer Wasser zu. Dazu kam ein Liter Suppe (für Juden ein halber Liter und 250 g Brot), etwas Margarine, Sülze oder Wurst. In Sachsenhausen gab es täglich gleichfalls 500 g Brot, einen Klecks Margarine und billige Wurst, Sülze oder Käse, desgleichen in Dachau, wie ein Häftling dem »Neuen Vorwärts« vom 4. Juli 1937 berichtete: »Die Gefangenen haben bei der schweren Arbeit immer Hunger.« Nicht anders erging es den Frauen in der Lichtenburg. »Das Essen war einfacher Eintopf«, erinnerte sich Lisa Ullrich, »auf Brot gab es meist Harzer Käse oder billige Wurst, so wenig, daß sie nicht einmal die Brotscheiben bedeckte. Es gab außer Kohl kein Gemüse oder Obst.«

Außerdem verhängte zumindest in Buchenwald die Kommandantur einmal im Monat Essensentzug. Häftlinge rechneten aus: Bei einem angenommenen Aufwand von 50 Pfennigen (tatsächlich 60 Pfennig) machte das

²⁴ Siehe S. 265f.; *Naujoks*, S. 36; *Koch*, S. 203f.; *Das Neue Tage-Buch* v. 19. 11. 1938; *Heilig*, S. 72.

bei 10000 Gefangenen eine Ersparnis von 5000 RM. Daraus bestritt die Lagerführung die Kosten ihrer »Kameradschaftsabende«.²⁵

Eine zusätzliche Einnahmequelle stellte für sie die Kantine dar, in der die KZ-Insassen ihre Verpflegung ergänzen, Seife, Zahnpasta usw. zu überhöhten Preisen kaufen konnten. Während die Dachauer Kantine ein relativ großes Angebot führte, war es beispielsweise in Buchenwald ziemlich beschränkt. Dennoch versuchte die SS auch hier, mit wechselnden Tricks aus den Häftlingen zusätzliche Einnahmen zu gewinnen. Dazu durften sie Geldanweisungen ihrer Angehörigen empfangen, die auf das Lagerkonto gingen, so daß die SS mit den Beträgen arbeiten konnte. Wöchentlich konnten sich die Lagerinsassen in der Regel 15 RM auszahlen lassen. Die meisten ihrer Familien mußten sich das Geld vom Munde absparen und konnten das Limit nicht ausschöpfen. Einige Gefangenen verwandten davon ein paar Mark für Bestellung von Zeitungen, die sie dann gemeinsam mit anderen lasen und besprachen. Zugunsten der Kantinegewinne verbot die SS das Schicken von Paketen, ausgenommen zu Feiertagen. Doch machte sie dann oft deren Inhalt vor den Augen der Empfänger fast unbrauchbar. Die Lichtenburger Frauen durften ab Sommer 1938 nur Weihnachten und Ostern Zwei-Kilo-Pakete empfangen. Das empfanden sie als bitter, sahen sie darin doch ein Zeichen der Verbundenheit mit ihren Angehörigen.²⁶

Menschenverachtend und brutal sah auch die medizinische Behandlung der verletzten und erkrankten Häftlinge aus. Ehe sie in die zunächst primitiv eingerichteten Reviere gelangen konnten, mußten sie sich dem SS-Blockführer und dem Lagerführer vorstellen. Diese entschieden, wer krank wäre und jagten sie meisten nach der Devise weg, es gebe nur Gesunde oder Tote. Ähnlich verfahren SS-Ärzte. Der christliche Schriftsteller Ernst Wiechert berichtete aus Buchenwald: »Es gab Schwerkranke, die stundenlang dastanden oder kauerten und schließlich doch umkehren mußten. Es hatte eben keine Kranken zu geben. Auch machte man sich beim Appell mitunter den Scherz, alle vortreten zu lassen, die ein körperliches Leiden hätten. Waren ihre Nummern notiert – wie viele Nummern! –, so entzog man ihnen für den ganzen Tag das Essen, mit der Begründung, Kranke dürften keine Nahrung zu sich nehmen.« Wiechert sah »den eleganten Arzt damit beschäftigt, mit Steinwürfen die vor der Baracke angetretenen Kranken auseinanderzutreiben, deren Zahl ihm zu hoch schien. Als der Platz leer war, säuberte er sich seine Handschuhe, sagte »Feiges Gesindel!« und trat in die Baracke ein.« SS-

Lagerärzte waren in der ersten Zeit in Buchenwald Erwin Ding, in Sachsenhausen Ludwig Ehrsam, den die Häftlinge Dr. Grausam nannten, in der Lichtenburg Erika Köhler. Sie verweigerte Lisa Ullrich Medikamente mit dem zynischen Satz: »Unsere Ernährung enthält alle Aufbaustoffe, die der menschliche Organismus braucht.« Lene Overlach mußte auf ärztliche Anordnung acht Tage hungern, was gegen ihre Angina pectoris gut sein sollte. Als sie Einwände erhob, wurde sie aus der kleinen Krankenstube mit acht Betten verwiesen und in eine Zelle gesperrt.²⁷

Tabelle 42

Krankenbehandlung im KZ Buchenwald, Sommer/Herbst 1937

Monat	Zahl der Häftlinge	Behandlungen	
		ambulante	stationäre
August	2295	3540	177
September	2420	4104	147
Oktober	2469	5076	123

Quelle: Buchenwald, S. 698.

Infolge solcher, dem hippokratischen Eid hohnsprechenden Vorgänge überwog die ambulante Behandlung durch Häftlingssanitäter. 1937 mußten in Sachsenhausen bis zu 700 Patienten ambulant und 180 stationär behandelt werden.²⁸

Am 24. Juli 1937 meldete der Buchenwalder SS-Standortarzt eine Magen- und Darmepidemie, die schließlich 250 Häftlinge erfaßte. Der Typhus, der bis 6. April 1939 grassierte, forderte bei 61 Befallenen 13 Todesopfer. Darunter befand sich am 10. März der KPD-Reichstagsabgeordnete Walter Stoecker. Die SS-Lagerführung suchte zunächst die Erkrankung zu verheimlichen. Doch griff der Typhus auf die Nachbarschaft des Lagers über, wo es zumindest vier Tote gab. Die Ursachen der Epidemien lagen in unzureichenden sanitären Anlagen im Konzentrationslager, wie ein Untersuchungsbericht feststellte: Von 850 Abortplätzen im SS- und Häftlingslagerbereich waren nur 450, natürlich vor allem bei der SS, an das Abwassernetz angeschlossen. Erst als eine in der Nähe stationierte Luftwaffeneinheit ein Übergreifen des Typhus befürchtete, erfolgte eine Schutzimpfung der SS-Leute und Häftlinge.

Auch in Flossenbürg drohte Seuchengefahr. Denn bei dem stufenförmigen Ansteigen des Lagers floß im Sommer 1938 besonders in den oberen Baracken kein Wasser.²⁹

25 BA Koblenz, NS 4, Lichtenburg, Nr. 1, unfol.; Alfred Bunzöl, *Erlebnisse eines politischen Gefangenen im KZ Buchenwald*, Weimar 1946, S. 12; ZStA Potsdam, Film 41356; *Das Neue Tage-Buch* v. 19. 11. 1938; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 3, S. 44;

Heilig, S. 172f.; Arch. Lichtenburg, Nr. 740; *Konzentrationslager Buchenwald*, S. 33f.

26 Kautsky, S. 246ff.; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 3, S. 44ff.; ZPA, NL 203/2; Arch. Lichtenburg, Nr. 740.

27 Zörner u. a., S. 115; *Konzentrationslager Buchenwald*, S. 85; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 129; Wiechert, S. 86 u. 99; Arch. Lichtenburg, Nr. 704 G, 740 u. 736.

28 Poppinga/Barth/Roth, S. 93; StA Weimar, Buchenwald, Nr. 46, unfol.

29 StA Weimar, Buchenwald, Nr. 46, unfol., Thüringisches Ministerium des Inneren, Nr. E 1542, Bl. 1ff.; StadtA Weimar, Nr. 7-75-50, Bl. 11; *Siegert*, 30000 Tote ..., S. 11.

Anstelle sich um die sanitären Erfordernisse, um Kranke und Verletzte zu kümmern, ließen die SS-Ärzte Ehrsam in Sachsenhausen mindestens schon 1938 einen Häftling, Ding in Buchenwald spätestens im Juni 1939 sechs Gefangene in den städtischen Krankenhäusern Oranienburg bzw. Weimar sterilisieren.

In Dachau begann zur gleichen Zeit ein weiterer Mediziner, Siegmund Rascher, Assistenzarzt am Krankenhaus München-Schwabing, Häftlinge für andere Zwecke auszunutzen. Obwohl er gerade seit einem Monat mit dem Reichsführer SS bekannt war, verlangte am 26. Mai 1939 ein Schreiben an Himmler, dem Arzt einen Sonderausweis auszuhändigen, damit er das Lager betreten könne. Denn es solle »auf Wunsch des Reichsführers SS auch die Auskristallisation des Blutes solcher Personen durchgeführt werden, welche lebenslänglich oder für längere Zeit im Konzentrationslager untergebracht sind.«³⁰ Das eröffnete den Weg zu späteren verbrecherischen Versuchen mit der gleichen »Begründung«.

Strafen und Quälereien

Als Strafen für »Häftlinge, die gegen die Ordnung und Zucht des Lagers verstießen«, so schrieb Höß, gab es Verwarnungen, Strafarbeit während der »Freizeit«, Einweisung in die Strafkompagnie auf unbestimmte Dauer bis zu einem Jahr, Arrest, strengen Arrest mit zeitweiligem Kostentzug, Dunkelarrest bis zu 42 Tagen und körperliche Züchtigung bis zu 25 Stockhieben. Der Bestrafung mußten Strafmeldungen zugrunde liegen. Bis auf die Prügelstrafe konnte der Kommandant sie verhängen. Die körperliche Züchtigung, fügte Höß hinzu, sollte bei der Inspektion der Konzentrationslager beantragt werden, wenn »die Verfehlung oder der Verstoß des Häftlings so groß« gewesen wäre, daß die anderen Mittel »zur Ahndung der Tat nicht ausreich(t)en«.³¹

Im KZ-Alltag griffen die Schergen zu weit mehr Strafen und vollzogen sie willkürlich. Jeder SS-Mann, gleich ob aus Lager- oder Wachmannschaft, konnte Gefangene für ihr Tun oder Lassen mißhandeln, sie nur oder zusätzlich melden, ebenso wie es Frauen von SS-Führern, taten, besonders Ilse Koch in Buchenwald.

In der Lichtenburg sollten die gefangenen Frauen Hitler-Reden anhören. Die Bibelforscherinnen weigerten sich, worauf sie Strafarbeit, Postsperr für sieben Monate und einige Arrest zudiktiert bekamen. Dennoch blieben sie fest. Bei Hitlers Rede im März 1939 schlossen deshalb SS-Leute den Feuerwehrschauch an den Hydranten an und spülten mit armdicken Wasserstrahl die Frauen aus dem Raum, Aufseherinnen rissen sie an den Haaren und stießen sie mit den Stiefeln die Treppe

herunter. Die Bibelforscherinnen erhielten am folgenden Tag kein Essen, Erkältete keine Medikamente. Einige wurden in den Bunker geworfen.

Auch Blockälteste und Kapos schlugen auf Mit-häftlinge ein oder zeigten sie bei SS-Leuten an. Daraufhin verhängten SS-Führer Torstehen in strammer Haltung, zum Teil mit hinter dem Kopf verschränkten Armen (»Sachsengruß«), während des ganzen Tages, wobei oft vorübergehende SS-Leute die Gefangenen mißhandelten. Weiter wurden ausgesprochen: Kostentzug, Strafoxerzieren oder -sport für ganze Blockbelegschaften oder Arbeitskommandos, bei denen das Hinwerfen, Kriechen, Hüpfen, Rennen, Drehen usw. stundenlang dauerte oder »Baumhängen«, mit hinter dem Rücken verschränkt gebundenen Armen freischwebend hochgezogen. »Als »Baum« dienten im Arresthof Pfosten«, berichtete ein Gefangener aus Dachau. »Die im Arresthof hängenden Häftlinge wurden oft von den Spürhunden angefallen, die frei umherliefen. Arg war es auch, wenn die Wachen sich den »Witz« erlaubten, den Hängenden zu schaukeln.« Ludwig Göhring schilderte, wie der Kriminelle Bernhard Gebel, der dem SS-Bunkerkopf Kantschuster zur Hand ging, ihn aufhing und was er dabei empfing: »Die Kettenglieder pressen sich in dein Gelenk, alle Nerven kreischen, empören sich. Feuerströme fließen über die Schultergelenke in die Arme. Du schaust nach unten, in der Hoffnung, könntest wenigstens die Fußspitzen auf den Boden – vergeblich. Der alte Gauner hat ein gutes Auge, treibt sein Geschäft schon länger, er weiß, wo er einhängen muß. Zähl nicht die Minuten. Versuch es nicht. Eine Stunde dehnt sich sonst. Schließ die Augen. Flieh mit deinen Gedanken irgendwohin. Bleib nicht da! Verdamm! Wo bleibt der Speichel. Ah, der Körper braucht ihn im Inneren. Inzwischen rast alles in dir. Das Blut stößt in die Arme zu den Händen, sie sind nicht mehr da, abgeschnitten vom Saft. Du kannst sie nur ahnen. Beweg dich nicht, die andere Lage stößt dir neues Feuer in die Schultern und Arme. Senk nicht den Kopf. Dieses Recht gibt dir nur die Bewußtlosigkeit, sie kommt erst nach einer Stunde bei Jungen, sie ertragen mehr. Mach den Versuch, wenn du noch Kraft hast, beiß die Zähne zusammen. Es lindert etwas. Dann staut sich das Blut in den Unterarmen, es kann nicht zurück, sie sind nicht mehr da. Das Zentrum des Wühlens ist jetzt in den Schultern und Oberarmen. Der kriminelle Verbrecher erscheint dir wie ein Samariter, wenn er dir den Schemel unter die Füße schiebt, die Kette abzieht, und du stehst auf dem Boden. Er nimmt die Kette ab und heißt, die Arme nach oben heben. Aber da sind keine Arme, es gelingt nicht. Da hängen schwere Gewichte an den Schultern, gefühllos, die ganze Muskulatur hat sich verlagert, die Nerven geben den Impuls nicht weiter, gehorchen nicht.« In Sachsenhausen fand das Baumhängen auf dem Hof des Zellenbaus statt, in Buchenwald an Bäumen in Bunkernähe, danach in einem kleinen Waldstück. Wiechert sah, daß SS-Scharführer den Wehrlosen einen Stock in den Mund stießen oder sie

30 *Sachsenhausen-Hefte*. Ausgabe 4, S. 134; StA Weimar, Buchenwald, Nr. 46, unfol.; ZStA Potsdam, Film 61 318.

31 Arch. Auschwitz, Aufzeichnungen von Höß, Bd. 5, Bl. 412f.

anders quälten. Er beobachtete, »daß ihre Schmerzensschreie so waren, daß die älteren Leute in Tränen ausbrachen«. Sie erzählten dann, »daß einer von ihnen vorzeit eine ganze Nacht lang so an einem Baume gehangen hatte, und am Morgen waren seine Unterarme schwarz gewesen. Sie mußten amputiert werden, und er starb daran.« Meist kamen zu schrecklichen Schmerzen ausgeknackte Schultergelenke, so daß die Opfer wochenlang die Arme nicht bewegen konnten und zum Teil lebenslang Schäden erlitten.³²

Die von ausgesucht rohen SS-Leuten und Kapos kommandierte Strafkompagnie umfaßte Häftlinge, die zum zweiten Mal in ein Lager mußten, und Bestrafte. Sie waren in Dachau und Sachsenhausen isoliert, durften nur eingeschränkt Briefe schreiben und unterlagen weiteren Verboten. Vor allem mußten sie im Laufschrift schwerste Arbeiten verrichten, in Buchenwald im Steinbruch, in Dachau in der Kiesgrube, in Sachsenhausen beim Lorenkcommando, und wurden noch mehr als andere Gefangene mißhandelt.³³

Die Dachauer Lagerführung steckte mehrmals die jüdischen Häftlinge in Isolierhaft. »Die Fenster der »Judenbaracke« wurden zugenaelt und von außen angestrichen«, hieß es darüber in einem zeitgenössischen Bericht, »die Türen verschlossen. Die Gefangenen mußten den ganzen Tag auf den Pritschen liegen. Eine Stunde vormittags und eine Stunde nachmittags wurden sie herausgelassen und machten unter Aufsicht des Blockführers Sport. Während der ganzen Zeit durften die jüdischen Gefangenen nicht schreiben und keine Post oder Geldsendung empfangen. Sie hatten auch keine Erlaubnis zum Kantineneinkauf und durften nicht rauchen.« Diese Haft dauert von Juni bis September 1936, wurde erneut vom Februar bis April, im Juli/August und im November/Dezember 1937 verhängt. Den Anlaß mußten die Betroffenen ihren Familienangehörigen und einigen Exilzeitungen mitteilen: Diese verbreiten »Greuellogen«. Durch Repressalien gegen Unschuldige wollte die SS erreichen, »die Emigranten-Juden in Prag zu beeinflussen, solche blödsinnigen Lügen über die Konzentrationslager künftig zu unterlassen, da die Juden in Dachau als Rassegenossen hierfür verantwortlich gemacht werden«. Das holprige Deutsch wie der gleichlautende Text bewies, daß die Isolierten gezwungen worden waren, diese Briefe nach Diktat zu schreiben.³⁴

Die Prügelstrafe erfolgte wie bisher auf dem Bock vor den auf dem Appellplatz stehenden Häftlingen. Obwohl

eine Abstufung möglich war, wurden meist von den Kommandanten 25 Schläge verhängt, die oft ausgemachte Sadisten unter den SS-Leuten vollstreckten. So schlug der Bunkerverwalter von Buchenwald mit Vorliebe in die Nierengegend. In Dachau wies der Lagerführer, SS-Hauptsturmführer Egon Zill, Doppelschläge an, die einfach zählten. Unter dem Lagerführer Koegel gab es in Dachau bis 1938 den »fliegenden« Bock, um an Ort und Stelle Häftlinge zu ergreifen und zu schlagen. Hatte die Kommandantur, wie formal bestimmt, in Oranienburg die Prügelstrafe beantragt, wurde sie, wenn die Zustimmung eintraf, nicht selten nochmals vollzogen. Die Opfer trugen tiefe Wunden davon, oft folgten den Hieben Embolien, in einer Reihe von Fällen der Tod. Während die Mißhandelten in Buchenwald sogleich wieder zur Arbeit mußten, warf man sie in Dachau vom Prügelbock für mindestens drei Tage in den Bunker, damit, argwöhnte Bruno Heilig, »niemand die frischgeschlagenen Wunden zu sehen bekomme«. Ab Juni 1938 wurde auch an Frauen in der Lichtenburg die Prügelstrafe auf dem »Bock« vollzogen. Sie vermuteten, daß Himmler diese Prozedur bei seinem Besuch angeordnet hatte.³⁵

Der Arrest ging oft über die festgelegte Zeit und das vorgesehene Maximum von 42 Tagen hinaus. Dazu kamen Essenentzug, Anketten an die vollaufgedrehte Heizung, Anschließen an Gitter, Mißhandlungen und absolute Verdunkelung von Zellen. Vielfach verließen die Eingekerkerten oft den Bunker nicht lebend, so unter Paul Zeitler und Kurt Eccarius in Sachsenhausen oder Martin Sommer in Buchenwald. Dieser hatte ab 1937 im Arbeitskommando Steinbruch und als Blockführer gezeigt, zu welchen Untaten er fähig war. Seit Februar 1938, nach Fertigstellung des am Torgebäude sich erstreckenden Arrestflügels mit 25 Zellen erwies sich Sommer vollends als menschliches Ungeheuer und als Massenmörder. In der Lichtenburg wurden selbst Frauen, darunter Olga Benario-Prestes, wochenlang, in ein feuchtes und dunkles Verlies gesperrt, in Ravensbrück in den Zellenbau unter der SS-Aufseherin Dorothea Binz, die ihnen das Essen entzog, die Heizung im Winter abstellte und im Sommer aufdrehte.³⁶

Exekutionen

Die ersten öffentlichen Hinrichtungen vor dem zweiten Weltkrieg geschahen 1938 im KZ Buchenwald. Am 13. Mai dieses Jahres hatte hier bei Außenarbeiten der Kriminelle Emil Bargatzki einen SS-Mann erschlagen

32 ZPA, St 62/2/29; Arch. Lichtenburg, Nr. 728 u. 740; *Durand*, S. 32ff.; *Heilig*, S. 70; *Göhring*, unpag.; *Sachsenhausen Hefte*, Ausgabe 4, S. 135f.; Arch. Dachau, Nr. 12654; *Wiechert*, S. 114f.

33 *Deutschland-Bericht* ... v. Mai 1937, S. A 94; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 136ff.; Buchenwald, S. 92.

34 *Deutschland-Bericht* ... v. Mai 1937, S. A 95, v. Nov. 1937, S. A 21; *Pariser Tageszeitung* v. 13. 12. 1937; BA Koblenz, Nachlaß Heilmann, Film 25, Auf. Nr. 238, 245, 276, 273 u. 278; ZStA Potsdam, Film 16086; Arch. Dachau, Nr. 841/302 u. 842/302.

35 *Buchenwald*, S. 93; Arch. Dachau, Nr. 12 564; *Heilig*, S. 125 u. 127; *KZ-Verbrechen* ..., S. 40f. u. 77ff.; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 3, S. 61f.; *Heilig*, S. 87; Arch. Lichtenburg, Nr. 728.

36 *Berben*, S. 115f.; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 3, S. 61f.; *KZ-Verbrechen* ..., S. 25; Arch. Lichtenburg, Nr. 728, 734 u. 736; *Frauen-KZ* ..., S. 110f.

Selbstmorde von Häftlingen:

- 1) L. Dr. B. Hapler (Länder) in Sachsenhausen. 1. September
am 3. impr. um 11 Uhr (inw.): 13.3.37.
- 2) HA 4 & Higgers ^{dem. Leiter des Landeskriminalpolizeiamtes Schwerin} in Sachsenhausen: 24.3.37; 29.6.37.
- 3) Erthofolke Bachhaus in Jaskani: 7.5.37.
- 4) Braxatpeltner Ernst Sekes in Jaskani: 13.9.37
- 5) Braxatpeltner Ernst Thornburg (+ 4.10) in Jaskani: 2.10.37.

Notiz von Hans von Dohnanyi über den Tod Friedrich Weißlers und anderer Häftlinge

und war mit einem zweiten Häftling, Peter Forster, geflohen. An einem auf dem Appellplatz errichteten Galgen erhängten vor den zusammengetriebenen und mit Maschinengewehren bedrohten Häftlingen der Lagerälteste Richter und ein krimineller Blockältester im Beisein Eickes am 4. Juni, dem Tag vor Pfingsten, Bargatzki, am 21. Dezember Forster.³⁷

Versuche von Gefangenen, den Greueln zu entrinnen, indem sie Hand an sich legten, bestrafte die SS hart. So ließ die Sachsenhausener Lagerführung einen alten Mann, der sich die Pulsadern aufgeschnitten hatte, wegen Selbstverstümmelung auf den Prügelbock schnallen. Meist setzten Verzweifelte im elektrischen Stacheldraht ihrem Leben ein Ende. 1938 und 1939 ereigneten sich in Sachsenhausen sieben bzw. 33, im ersten Halbjahr 1939 in Buchenwald sieben Selbsttötungen.³⁸

Vielfach tarnte die SS ihre Morde als Freitod. Zumindest mysteriös war der Selbstmord des Regierungsrates a. D. Wiggers am 2. März 1937 in Sachsenhausen, den man Ende der zwanziger Jahre vorgeworfen hatte, als Leiter des Landeskriminalpolizeiamtes in Schwerin seit 1924 mit Kommunisten in Verbindung gestanden zu haben. Ebenso fragten sich Dachauer Häftlinge, ob sich der von SS-Leuten gejagte Edgar Löwenstein am 16. Februar 1937 selbst erhängte. Gleichfalls blieb zweifelhaft, ob hier der in den Bunker geworfene Blockälteste Heinz Eschen am 30. Januar 1938 und der danach

verhörte Rechtsanwalt Hans Litten am 4. Februar desselben Jahres Suizid begingen.³⁹

Um Häftlinge »auf der Flucht« erschießen zu können, suchten SS-Leute aus der Postenkette sie durch Befehle, Wegwerfen von Kleidungsstücken oder Arbeitsgeräten zu veranlassen, die Tod bedeutende Linie zu überschreiten. Den Schützen winkten Belobigungen und Sonderurlaub. Gab es in Dachau im März 1937 – soweit im Reichsjustizministerium bekannt – drei solcher Morde, so stellte der Oberstaatsanwalt in Weimar Ende des Jahres Untersuchungen von 18 Buchenwalder Fällen ein, darunter wohl die Erschießung des Kommunisten Oskar Fischer und des Sozialdemokraten Johannes Bremer am 1. Dezember 1937.⁴⁰

Nach der Flucht Bargatzkis und Forsters verschärfte Eicke noch am 13. Mai 1938 und Himmler am folgenden Tag bei Tatortbesichtigungen den Befehl, ohne Warnung sofort die Waffe zu benutzen. Noch am 13. Mai fielen zwei, in den nächsten Tagen drei weitere Häftlinge mordlüsternen Schützen zum Opfer.

Vom 23. Juni bis 8. Juli waren an 25 solcher Morde vier SS-Leute im Alter von 16 Jahren, sechs 17-, acht 18- sowie fünf 19- und acht 20-jährige SS-Leute beteiligt. Als die KZ-Zentrale alle Lagerkommandanten am 27. Juli 1938 informierte, im Reichsjustizministerium bearbeite

37 Buchenwald, S. 106.

38 Sachsenhausen-Hefte, Aus-

gabe 4, S. 132; StA Weimar, Buchenwald, Nr. 46, unfol.

39 ZStA Potsdam, Film 56 337; 40 Heilig, S. 101; Koch, S. 195f.; Arch. Dachau, Nr. 1137; Ihr Gewissen gebot es, S. 51f.; Litten, ZStA Potsdam, Film 56337 u. 56338; Buchenwald, S. 738. S. 260ff.

eine neugebildete Abteilung speziell »Erschießungen auf der Flucht«, ließen diese Morde nach⁴¹ – auch das ein Beweis, wie es um die vorgeblichen Fluchtfälle in Wirklichkeit bestellt war.

Tabelle 43

Im Justizministerium verzeichnete angebliche Fluchterschießungen, Juni/ Juli 1938

Monat	Buchenwald	Dachau	Sachsenhausen
Juni	13	2	6
Juli	13	–	4

Quelle: ZStA Potsdam, Film 56738.

Nach wie vor griffen SS-Verbrecher zu weiteren Formen brutalen Mords. Beispielsweise trampelte der Sachsenhausener Arrestverwalter Paul Zeitler in der Nacht vom 18. zum 19. Februar 1937 den Bürochef der Vorläufigen Leitung der oppositionellen Bekennenden Kirche, Friedrich Weißler, fünf Tage nach dessen Einlieferung und ständigen Mißhandlungen buchstäblich zu Tode und hängte ihn anschließend mit Hilfe des Lagerarztes auf. In Buchenwald brachte der SS-Arzt Ding am 18. Juli 1939 durch eine Injektion den evangelischen Pfarrer Paul Schneider um, der schon mehrfach längere Zeit in dem Bunker eingesperrt und dort schlimm gequält worden war. Im Buchenwalder Arrestbau fiel der Kommunist Rudolf Opitz nach etwa vier Wochen Einkerkering am 7. August desselben Jahres durch Mörderhand. Sein Leichnam trug Spuren brutaler Mißhandlungen.⁴²

41 ZStA Potsdam, Film 3603, 56337 u. 56338; Arch. Mauthausen, Nr. P 16/10.

42 Koch, S. 181f.; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 147f.; Poller, S. 163ff. u. 96ff.

Tabelle 44

Tote in Konzentrationslagern, 1936 bis 1939

Jahr	Häftlingszahl im Durchschnitt	Totenzahl	in Prozent	Häftlingszahl im Durchschnitt	Totenzahl	in Prozent
Buchenwald				Dachau		
1936	–	–	–	1858	9	0,05
1937	1788	48	2,68	2535	41	1,62
1938	7419	771	10,39	5068	276	5,42
1939	8393	1235	14,71	3913 ⁺	190	4,76
Mauthausen				Sachsenhausen		
1936	–	–	–	ca. 2000 ⁺⁺	6	0,04
1937	–	–	–	2523 ⁺⁺	38	1,51
1938	..	..	..	8309 ⁺⁺	229	2,75
1939	1884	445	23,61	13168 ⁺⁺	883	7,25

⁺ Bis September 1939.

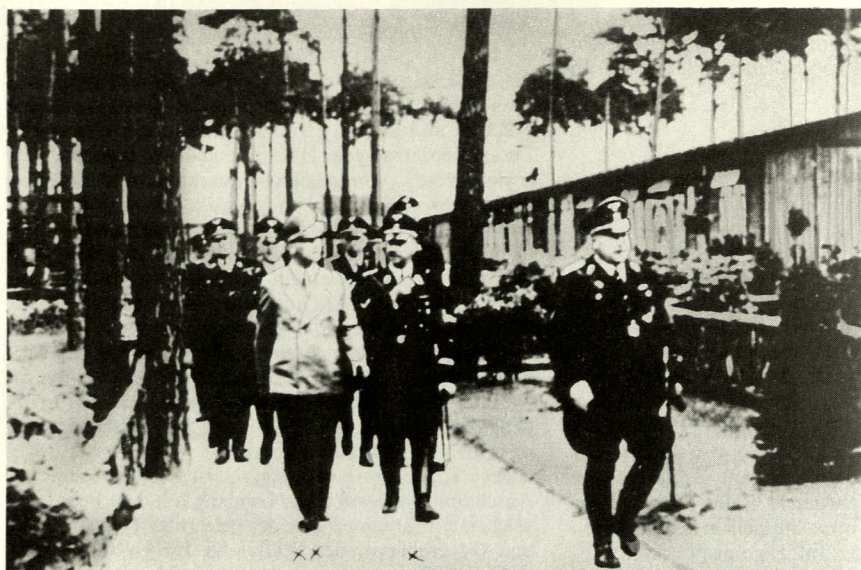
⁺⁺ Wegen fehlender Detailangaben Häftlingsbestand vom Jahresende.

Quelle: *Buchenwald*, S. 698 und 701; StA Weimar, Buchenwald, Nr. 128; BayHStA, MA 102299; *Behning*, S. 88f. und 92f.; *Maršalek*, S. 149 und 131; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 105.

Visiten

Für Besichtigungen diente Dachau als Vorzeigelager. 1936 führte Himmler alle Reichs- und Gauleiter der NSDAP und alle SS-Gruppenführer dorthin. Um die Zusammensetzung der Häftlinge zu demonstrieren, griff er sich einige Kommunisten heraus, holte mehrere Juden heran, ließ Kriminelle und Asoziale die Haftgründe erklären und verhängte über sie Strafarbeit, als sie ihm nicht offen genug aussagten. Im September 1936 fand sich dort unter anderem ein Reichsarzt, möglicherweise Grawitz, ein. Er wollte auch den isolierten Judenblock sehen. Vor Anblick und Gestank zurückschreckend, ließ er die Häftlinge heraustreten und ordnete an, die Einschließung aufzuheben. Sachsenhausen besichtigten im Oktober 1937 Führer der 6. SS-Standarte. Der 3. Lehrgang der SS-Führerschule war im Januar/Februar 1938 mehrmals in Dachau. Er erhielt hier – wie wohl andere Kurse der beim Lager stationierten Schule – Anschauungsunterricht im Umgang mit dem Feind. Zu solchen Kursanten gehörte der spätere SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS Jürgen Stroop, der 1943 das Warschauer Ghetto durch Mord und Brand vernichten ließ.

Ende Mai 1938 besuchte Himmler die Lichtenburg. »Tage vorher«, erinnerte sich Gertrud Geßmann, »mußte das ganze Gelände auf Hochglanz gebracht werden, wurde gescheuert und gebohrt auf den Stationen, in Gängen und Toiletten, und wehe, es wurde eine kleine matte Stelle oder ein nicht linealgerechtes Bett entdeckt. An dem angekündigten Tag wimmelte es am Vormittag im ganzen Lager wie in einem Ameisenhaufen, eine Anweisung jagte die andere, Arbeitskommandos rückten wieder ein, Zählappell wiederholt usw. Aus der Küche kam ein völlig ungewohnter Essensduft, und nach dem Mittagessen durften die Häftlinge im Tagesraum Handarbeiten machen, wobei die Wellen hochschlugen in



Himmler und Frick im KZ Sachsenhausen, August 1939 (vorn: Baranowski, Kommandant)

der Frage, wer wohl entlassen würde. Dann wurde die Tür aufgerissen, »Achtung« gebrüllt, alles schnellte von den Stühlen hoch. Nur falscher Alarm. Den gab es bis in die Nachtstunden noch oft, weil jeder Autoscheinwerfer das wartende Lagerpersonal in Aufregung versetzte. Doch Himmler ließ sich Zeit. Zwei Stunden nach Mitternacht kam er endlich auf Station V. Die große Stunde war da. Hundemüde, nervlich vibrierend, ließ man uns in Reih und Glied antreten vom Waschraum bis zum Schlafsaal, wo Himmler mit seinem Stab, Lagerkommandant mit SS-Chargen, sowie die Oberaufseherin und die Stationsaufseherin sich im Halbkreis versammelt hatten. Jeder Häftling mußte einzeln in dieses Halbrund treten, Meldung mit Nummer und Namen erstatten und auf Fragen des »Reichsheinis« antworten. Danach erfolgte entweder mit großartiger Geste oder sogar persönlichem Handschlag Himmlers die Entlassung von Häftlingen, die schon jahrelang inhaftiert und von der jeweiligen Heimatgestapo dafür freigegeben waren – nur wenige. Oder nach den üblichen Fragen nach dem Warum der Haft erhielt der Adjutant von ihm den kurzen Hinweis, Aktenüberprüfung zu notieren. Oder es erfolgte gar nichts, nur eine Handbewegung: Wegtreten. Über eine Stunde dauerte dieses nächtliche Theater, und obwohl erschöpft und todmüde, ließ die Erregung die meisten keinen Schlaf finden. Noch wochenlang machten sich alle die gegenseitig verrückt, die auf die »Aktenüberprüfung« hofften und bald »rauszukommen« erwarteten. Am besten waren eigentlich die dran, die wie ich einfach wegzutreten hatten und demnach völlig klar sahen.« Ebenso deutlich erkannte Lene Overlach: »Sie wollen tatsächlich mit uns Reklame schinden.« Bezogen auf sich, glaubte sie, in den

Gesichtern der Besichtigungsrunde lesen zu können: »Sie wissen sehr wohl, ich bin todkrank. »Warum soll sie bei uns sterben? Schicken wir sie raus! Sie lebt sowieso nach dem Urteil der Ärztin und des abgesandten »Ober« (eines übergeordneten SS-Arzttes – d. Verf.) nur noch höchstens vier Wochen. Warum soll sie im KZ sterben? Als Reklame kann sie uns noch nützen.«

Im Sommer 1938 zeigte Himmler Frick, sämtlichen Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten Sachsenhausen. Fragen nach der Häftlingszahl wich er aus. Auch leitete er am Zellenbau vorbei, den – wie Höß, der Adjutant des Lagerkommandanten, betonte – in keinem Lager ein Außenstehender sehen durfte. In Anwesenheit des Reichsführers SS führten Eicke und Pohl am 26. Januar 1939 Teilnehmer der Tagung über Organisation und Tätigkeit der Polizei über zweieinhalb Stunden durch das Häftlingslager, die Werkstätten und das Klinkerwerk von Sachsenhausen. Ein gleicher Kreis besichtigte laut »Münchener Neuesten Nachrichten« vom 8. Februar Dachau. Himmler sah sich ein weiteres Mal am 25. April 1939 in Dachau um, wo er sich wahrscheinlich auch den Sekretär des KPD-Bezirks Nordbayern, Jakob Boulanger, zeigen ließ, der dort seit September 1936 im Bunker schmachtete.⁴³

Besuche in Konzentrationslagern blieben nicht auf SS-Funktionäre beschränkt. So besichtigte 1936 der Freun-

43 Höß, S. 176f.; *Nazi-Bastille*, S. 37; ZStA Potsdam, Film 2994; *Kazimierz Mocarski*, Gespräche mit dem Henker, Berlin 1981, S. 107; ZPA, NL 203/3; Arch. Lichtenburg, Nr. 728, 734, 740 u. 741; BA Koblenz, NS 19 neu/

1792, unfol.; *Jakob Boulanger/Michael Tschesno-Hell*, Eine Ziffer über dem Herzen, Berlin 1957, S. 20f.; GStA Berlin, Rep. 151, Nr. 421, Bl. 146; BA Koblenz, NS 19 neu/1792, unfol.

deskreis des Reichsführers SS, dem namhafte Unternehmer angehörten, Dachau. Emil Helfferich (esso und Hamburg – Amerika-Linie) und Friedrich Flick gewannen positive Eindrücke, insbesondere von den Lagerbetrieben und der Küche. Einige Herren fielen unter den ihnen durch Himmler vorgestellten Häftlingen angeblich typische Verbrechergestalten auf. Helfferich sah bei anderen kein fröhliches Gesicht, während Karl Lindemann (Norddeutsche Lloyd) eine Paradevorführung vermutete. Weiter besuchten Ende Juni/Anfang Juli 1937 Teilnehmer des Internationalen Kongresses der Handelskammern Sachsenhausen, Mitglieder der Reichsregierung am 21. Oktober das neue Lager Buchenwald, 46 Journalisten Mitte März 1938 und Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk Sachsenhausen, Angehörige der Akademie für Deutsches Recht und Führer des Reichsarbeitsdienstes am 4. April Dachau. Sie erfuhren, wieviel und welche Häftlinge dort saßen, sahen die Fronarbeit, hörten von Prügelstrafen, von einfachem und strengem Arrest sowie von der Strafkompanie. Doch überwiegend führten die Lagerkommandanten die Gruppen zu ausgewählten Stellen und zeigten ihnen ausgesuchte kriminelle Gefangene. »Wer auch immer die Besucher waren, aus welchen Gründen sie auch immer kamen, sie fanden stets ein Lager vor, das wie unter einem Schleier lag«, bemerkte Harry Naujoks in Sachsenhausen und meinte: »Sie hätten nur einmal um eine Ecke sehen, nur einige Meter weitergehen sollen, aber das gehörte nicht zum Programm.«⁴⁴

Falls Wehrmachtoffiziere nicht selbst Konzentrationslager besichtigten, vernahmen sie aus berufenem Munde Gleiches über die dortigen Verhältnisse. Himmler unterrichtete sie z. B. im Januar 1937, daß die Lager Dachau und Sachsenhausen sowie Lichtenburg, Sachsenburg und weitere kleinere bestünden, in denen sich rund 8000 Häftlinge hinter elektrisch geladenem Stacheldraht befänden. Betreten sie eine verbotene Zone, werde auf sie geschossen. Als Strafen gebe es Einzelhaft, Dunkelarrest bei Wasser und Brot sowie – entsprechend der preußischen Zuchthausordnung aus dem ersten Weltkrieg – 25 Schläge. Die SS-Wachmannschaften seien mit Maschinengewehren ausgerüstet. Auch auf den Wachtürmen ständen MG, die das ganze Lager bestreichen könnten und bei Rebellionen eingesetzt würden. Ganz offen äußerte sich Himmler bei dieser Schilderung nicht. Doch erhielten die Offiziere einen Einblick in die viel grausamere KZ-Wirklichkeit. Deutlicher glaubte der Reichsführer SS sich im Kreis von Eingeweihten über die weitere Entwicklung des KZ-Systems äußern zu können. Dabei fiel der bezeichnende Satz vom künftigen Kriegsschauplatz Innerdeutschland.⁴⁵

Weniger detailliert dürften zwei Mitglieder des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz unterrichtet worden sein, die am 19. August 1938 Dachau besuchten. Danach erklärte der Schweizer Oberst-Divisionär Guilleaume Favre den drei SS-Führern der Begleitung, »daß, wenn man die Einrichtung eines KL als eine Art des Strafvollzuges in Deutschland anerkenne, die Durchführung des Strafvollzuges in jeder Beziehung einwandfrei sei, daß jedoch die Ungewißheit über die Dauer der Haft eine große seelische Belastung darstelle. Er habe sich davon überzeugt, daß die ihm in der Schweiz gemachten Angaben über das KL Dachau nicht zu treffen.« Gegenüber Himmler hob Favre am 31. August hervor, »daß alles, was ich zu sehen und zu hören bekam, ebenso in bezug auf die Wohnverhältnisse, die materiellen und hygienischen Einrichtungen des Lagers, wie auch in bezug auf die Behandlung, die Ernährung und die Arbeit der Inhaftierten, mir einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen hat«. Das Auswärtige Amt teilte dies den deutschen diplomatischen Missionen zur »gesprächsweisen Verwertung« mit.⁴⁶

Höchstwahrscheinlich hatte man den beiden Komiteemitgliedern eine der besonders ausgestatteten und äußerst gepflegten Besichtungsbaracken für Häftlinge, die in der Kommandantur, der SS-Küche usw. arbeiteten, gezeigt und in gewohnter Weise anderes verheimlicht. Möglicherweise sahen sie auch wie andere Besucher das Lagermuseum mit besonders abstoßend aufgenommenen Fotos von entstellten Gefangenen – vergleichbar den diskriminierenden Bildern von Kriminellen, die der »Illustrierte Beobachter« am 3. Dezember 1936 mit Unterschriften versehen wie: »Zum Schutze der Volksgemeinschaft hat der deutsche Staat Typen dieser Gattung für immer aus der Gemeinschaft mit den übrigen Volksgenossen ausgeschlossen«, veröffentlicht hatte.

Vielleicht sahen die Besucher auch die Bibliothek, durch die die SS demonstrieren wollte, wie die Häftlinge kulturell betreut würden. In Buchenwald äußerten sich Besucher erstaunt über die reichhaltige Bücherei, erfuhren jedoch kaum, daß sie von Gefangenen unter den Kapos Walter Husemann und Fritz Bogdan 1937 bis 1939 eingerichtet und ihr Bestand meist von Häftlingen und aus von ihnen erpreßten Geldern angeschafft worden war.

Lagerlieder

Oft beeindruckten bei Besichtigungen die Lagerkapellen, die – nachdem Gefangene Instrumente und Noten besorgt hatten – in Sachsenhausen seit 1937, in Buchenwald ab 1938 existierten. Die Kapellen mußten die ein- und ausmarschierenden Arbeitskolonnen musikalisch begleiten und auch bei Prügelstrafen spielen – »eine schauerhafte Symphonie«, wie ein Gefangener empfand, »ewig unvergänglich demjenigen, der sie einmal hören mußte«. Ein anderer erinnerte sich an einen Sonntagnachmittag, wo die Buchenwalder Kapelle

44 Reinhard Vogelsang, Der Freundeskreis Himmler, Göttingen/Zürich/Frankfurt/M. 1972, S. 88f.; StA Weimar, Buchenwald, Nr. 33; BA Kob-

lenz, NS 19 neu/1396, unfol., R 22/1333, Bl. 38f.; Naujoks, S. 60, 75 u. 83ff.

45 Himmler, Wesen und Aufgabe ..., S. 146ff.

46 ZStA Potsdam, Film 4587.

Buchenwälder Lagerlied

Wenn der Tag erwacht
eh die Sonne lacht
die Kolonnen ziehen
zu des Tages Mächten
hinein in den grauenenden Morgen
Und wir Wald ist schwarz und der Himmel rot
Und wir tragen im Brotsack ein Stückchen Brot
und im Herzen, im Herzen die Sorgen
O Buchenwald ich kann dich nicht vergessen
weil du mein Schicksal bist
Wer dich verließ, der kann es erst ermessen
wie wunder voll die Freiheit ist.
O Buchenwald, wir jammern nicht und Klagen
und was auch unsere Zukunft sei
Wir wollen trotzdem ja zum Leben sagen,
denn einmal kommt der Tag, dann sind wir frei

Unser Blut ist heiß und das Mädel fern
und der Wind singt leis und ich hab' sie so gern
Wenn treu, wenn treu sie mir bliebe
Die Steine sind hart, aber fest unser Schritt
und wir tragen die Picken und Spaten mit
und im Herzen, im Herzen die Liebe
O Buchenwald ich kann dich nicht vergessen
weil du mein Schicksal bist
Wer dich verließ, der kann es erst ermessen
wie wundervoll die Freiheit ist
O Buchenwald, wir jammern nicht und Klagen
und was auch unsere Zukunft sei
Wir wollen trotzdem ja zum Leben sagen
denn einmal kommt der Tag, dann sind wir frei

T
↓

Strauß-Walzer spielen mußte. Die SS zwang Wiener Juden, »sich nach dem Takt dieser Musik, jeder für sich, um die eigene Achse zu drehen, so lange, bis sie von Schwindel erfaßt wurden und umfielen«. Weit Schlimmeres schloß sich an: »Noch war dieser Straußabend nicht beendet, da kam aus den Arresten eine große Zahl von Häftlingen, flankiert von einigen Scharführern, deren jeder so etwas wie eine große Peitsche in der Hand hielt. Im Laufschrift holten zwei Häftlinge . . . den Bock zum Auspeitschen und stellten ihn auf dem Platz neben der Musikkapelle auf. Die Auspeitschung begann. Die Peitschenhiebe hallten im Takt der Musik über den Platz.«⁴⁷

Um damit zu glänzen, veranlaßten Lagerführer Häftlinge, auf das Lager zugeschnittene Lieder zu komponieren und zu schreiben, die dann offiziell gesungen werden mußten. In Sachsenhausen befahl der SS-Hauptsturmführer Jakob Weiseborn im Winter 1936/37, binnen drei Tagen ein Sachsenhausen-Lied vorzulegen. Bernhard Bästlein, Karl Fischer und Karl Wloch verfaßten daraufhin nach der alten Melodie »Die Bauern wollen Freie sein« an einem Abend einen recht deutlichen Text. Er begann und endete mit den Zeilen:

»Wir schreiten fest im gleichen Schritt,
wir trotzen Not und Sorgen,
denn in uns zieht die Hoffnung mit
auf Freiheit und das Morgen.«

Weiseborn akzeptierte zwar das Lied und ließ es einige Zeit anstimmen. Doch bald konnte es nur noch heimlich gesungen werden.

In Buchenwald verlangte SS-Obersturmbannführer Arthur Rödl Ende 1938 ein spezielles Lied und versprach dafür zehn Mark. Fritz Löhner-Beda, ein Wiener Komponist und Kabarettist, schrieb die Melodie, Hermann Leopoldi, der Librettist von Lehárs »Lustiger Witwe«, die Verse, die mit den Worten endeten:

»Einmal kommt der Tag,
dann sind wir frei.«

Rödl erfuhr nur, daß es von Gefangenen stammte. Er ließ es an einem bitterkalten Tag nach dem Abendappell vier Stunden lang bis 22 Uhr einüben. Dann mußte es ständig, früh, mittags und abends, beim Marsch zur und von der Arbeit gesungen werden, selbst von den Häftlingen, die aus dem Steinbruch schwere Brocken ins Lager schleppen mußten.

Auch weitere Lieder wurden über alle Maßen strapaziert, so eines, wie Ernst Wiechert festhielt, von »einer alten Mutter mit einem »Hüttlein am Waldesrand, die im Sonnenschein vor sich hin nickt und einschläft, bis sie durch eine vorüberziehende Schwadron geweckt

wird, in der sie, in der Erinnerung oder in Wahrheit, ihren Sohn zu erkennen glaubt. Das Ganze also von idyllisch-sentimentaler Art und noch unerträglicher gemacht durch eine lächerliche Melodie, die am Ende einen bestimmten Ton mit einem besonderen Nachdruck hervorhob. Und da dieser Nachdruck zu dem Sinn der Silbe oder des Wortes meistens in einem grotesken Mißverhältnis stand, so ergab sich ein aus Albernheit und Platttheit zusammengesetzter Eindruck, der, bei manchmal zehnmaliger Wiederholung aller Strophen, so unerträglich wurde wie die immer gleiche Gebärdenfolge eines Wahnsinnigen.«

Widerwärtig kam dem Buchenwalder Walter Wolf klassische Musik aus dem Lagerfunk vor. »Die ersten Lautsprecher sind auf dem Dach von Block I aufgestellt. Musik, wieder einmal Musik. Irgendeine Kammermusik. Erinnerungen und das Bewußtsein unserer fast hoffnungslosen Lage, durch diese Musik aufgewühlt, quälen mich so, daß ich davonliefe. Musik? Das Elend ist zu groß, sie ertragen zu können.«

Noch marternder war, wenn in Buchenwald Häftlinge singen mußten, während Kameraden zur Erschießung geführt wurden. Baptist Feilen berichtete: »Oskar Fischer mit noch drei anderen Häftlingen werden vorgerufen. Sie werden aus dem Tor geführt. Mich würgt es in der Kehle. Ich sage zu dem neben mit stehenden Kameraden: »Oskar kommt nicht wieder.« In uns empört sich alles. Wir wollen schreien, aber wir sind ohnmächtig. Das Gefühl dieser Ohnmacht läßt uns verzweifeln. Vorn wird immer wieder Singen, Singen verlangt. »Ihr sollt lauter singen«, brüllt Weiseborn. Ich sage meinem Nachbarn: »Wir sollen singen, damit wir die Schüsse nicht hören.« Nach einiger Zeit krachte ein Haufen Schüsse. Es ist passiert.«⁴⁸

Ende der Seelsorge

Seelsorge durch Geistliche von außerhalb des Lagers unterband die SS ab 1935. In der Lichtenburg war nach dem Bericht des Konsistoriums der evangelischen Kirchenprovinz Sachsen vom 30. November 1936 seit dem Weggang des Geistlichen ab 15. August 1935 kein Gottesdienst mehr möglich. Der Superintendent in Jessen verwies zugleich auf Kirchengastritte von 600 beim Lager stationierten SS-Leuten. Dies lasse »befürchten, daß von der Kommandantur aus zu einer kirchlichen Betreuung der Schutzhäftlinge wohl kaum besondere Neigung bestehen dürfte«. Dennoch verlangte der Evangelische Oberkirchenrat in Berlin am 12. Januar 1937 vom Magdeburger und vom Berliner Konsistorium, in der Lichtenburg und in Sachsenhausen mit dem Lagerkommandanten wegen der Gefangenen-seelsorge zu verhandeln. Aus Magdeburg hieß es 16 Tage später, den

47 Berben, S. 6 u. 73; Konzentrationslager Buchenwald, S. 73; Sachsenhausen-Hefte, Ausgabe 4, S. 127f.; Wolfgang Schneider, Kunst hinter Stacheldraht. Ein Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes, Leipzig 1976, S. 87f.; Sonja

Seidel, Kultur und Kunst im antifaschistischen Widerstandskampf im Konzentrationslager Buchenwald, in: Buchenwald-Hefte, 1983, H. 18, S. 17f. u. 12; Julius Freund, O Buchenwald!, Klagenfurt 1946, S. 118f.

48 Lieder . . . , S. 51ff. u. 74ff.; Heilig, S. 212ff.; Seidel, S. 12f. u. 37; Wiechert, S. 112.

Kommandant beharre darauf, »daß seitens der Schutzhaftlinge bisher Wünsche nach kirchlicher Betreuung nicht geäußert würden. Eine solche ist daher z. Zt. nicht notwendig.« Am selben 28. Januar wandte sich die Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche an Himmler mit der Bitte, den KZ-Kommandanten zu befehlen, die Seelsorge wieder zu ermöglichen. Himmler antwortete am 9. März dem Kirchenministerium, daß er »ursprünglich in den Jahren 1933–1934 einzelnen Konzentrationslagern die Genehmigung zur Abhaltung von Gottesdiensten für alle Konfessionen gegeben habe (wohl nur für Dachau – d. Verf.). Ich habe aber durch Mißbrauch dieser Genehmigung von seiten der Gefangenen derartig schlechte Erfahrungen gemacht, daß ich mich entschlossen habe, grundsätzlich in allen Schutzhaftlagern das Abhalten von Gottesdiensten zu untersagen. Bei dieser Entscheidung muß ich es auch heute belassen.«⁴⁹

Über den Gottesdienst in Dachau hatte der »Neue Vorwärts« am 27. Juni 1937 berichtet: Sonntäglich wechselnd fanden sie für Katholiken und Protestanten statt. Den 40 bis 50 evangelischen Kirchgängern habe die SS keine Schwierigkeiten gemacht, wohl aber den Katholiken. Sie müßten am nächsten Tag strafexerzieren, so daß ihre Zahl bis auf zwei zurückgegangen wäre. Zudem ließ die Kommandantur, wenn der Priester eintraf, das Lied »Komm, schwarzer Zigeuner« spielen, schilderten andere Häftlinge. Schließlich erklärte der Lagerführer ihm, es gebe im Lager nur Taugenichtse, die nicht zur Messe gehen wollten. Deshalb habe der Besuch des Geistlichen keinen Sinn. Pfingsten 1937 traf Pfarrer Friedrich Pfanzelt aus der Stadt Dachau schon niemanden mehr an, als er wie seit 1933 zur Messfeier kam.⁵⁰

Trotzdem bat am 9. Juli 1938 das Ordinariat des Erzbistums München und Freising, da »die katholische Seelsorge im KZ-Lager Dachau zum Stillstand gekommen« wäre, sie wieder zu gestatten. Es sei bereit, »mit der Geheimen Staatspolizei über einen zu dieser diskreten Aufgabe sicher geeigneten Seelsorger zu verhandeln und diesem auch unsererseits strengstens auf ausschließlich seelsorgliche Tätigkeit und strengstes Stillschweigen zu verpflichten«. Zwei Wochen später wandte sich der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Adolf Kardinal Bertram, an das Reichskirchenministerium. Der Reichsführer SS ließ am 25. August seinen Adjutanten dem Ministerium antworten, daß er »aus sicherheitspolizeilichen Gründen nicht in der Lage ist, der Zulassung eines Seelsorgers im Konzentrationslager Dachau zuzustimmen«.⁵¹

49 EZA in Berlin, EOK, Germania, V 72, Bd. XIII, unfol.
50 *Reimund Schnabel*, *Die Frommen in der Hölle*. Geistliche in Dachau, Berlin 1966, S. 152.

51 *Berben*, S. 143; ZStA Potsdam, Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, Nr. 22297, Bl. 123ff.

Entlassungen

Am 18. August 1936 hatte Himmler mitteilen lassen, daß Entlassungen jüdischer Häftlinge allein er genehmige. Das kam einer Sperre gleich, die erst Ende 1938 aufgehoben wurde, worauf am 31. Januar 1939 durch das Gestapa Präzisierungen erfolgten. Zudem war vom Gestapa am 16. September 1937 informiert worden, Heydrich behalte sich die Zustimmung für alle Entlassungen vor. Am 21. Mai 1938 verfügte das Gestapa, die ihm unterstellten Stellen sollten keine Berichte über die Führung von KZ-Häftlingen anfordern.⁵²

Doch am 10. März 1939 kündigte Eicke den Lagerkommandanten größere Entlassungen anlässlich des 50. Geburtstages Hitlers am 20. April an. Er fügte hinzu: Die Freikommenden seien eindringlich darauf hinzuweisen, wie sie sich künftig zu verhalten hätten. Richtlinien Heydrichs vom 5. April bestimmten den Kreis, der in Frage kam: seit 1933 in Konzentrationslagern Eingekerkerte, ausgenommen Fälle wie Ernst Thälmann; zum zweiten Mal in Lager Gebrachte, wenn sie schon über ein Jahr erneut darin wären; sogenannte Volksschädlinge wie Meckerer und Querulanten, die sich bereits ein halbes Jahr in Schutzhaft befänden; Gefangene, gegen die kein Strafverfahren eingeleitet, bei denen es eingestellt oder die freigesprochen worden wären, nach einem Lagerjahr; ehemalige Fremdenlegionäre ebenfalls nach einem Jahr; Häftlinge aus Österreich und der CSR, die in Ausübung ihres Dienstes gegen Nazis vorgegangen, aber nicht besonders scharf eingeschritten wären; ehemalige Mitglieder der NSDAP und deren Organisationen; über 60 Jahre alte und arbeitsunfähige Häftlinge; Homosexuelle nach einem Jahr KZ-Haft, soweit sie nicht mit Zuchthaus bestraft worden wären oder mit Jugendlichen in Verbindung gestanden hätten. Österreicher seien, da schon eine größere Anzahl am 13. März 1939 freigekommen wären, weniger zu berücksichtigen. Von seiten der Kriminalpolizei hieß es am nächsten Tag, Vorbeugungshäftlinge seien zu entlassen, wenn sie gerichtlich unbestraft, geringfügig oder nur vor 1933 verurteilt worden wären und bis 1934 ihre Strafteil verbüßt sowie bei der Festnahme in einem Arbeitsverhältnis gestanden hätten. Ein Fernschreiben vom 14. April erweiterte dann den Rahmen auf sogenannte Arbeitsscheue, falls sie nicht erheblich vorbestraft wären und keine größeren Beanstandungen vorlägen. Juden seien dagegen nicht zu entlassen. Vier Tage später besagte ein neues Fernschreiben, alle Entlassungen erfolgten nur »probeweise« und sämtliche Presseveröffentlichungen über die Aktion seien zu unterlassen.⁵³

Aus Buchenwald kamen bis Ende April 1939 Gefangene, darunter 967 politische Häftlinge, aus Dachau

52 ZPA, St 3/171; ZStA Potsdam, Film 2428; BA Koblenz, R 58/264, Bl. 254; ITS Arolsen, Hist. Abt., Alg., Nr. 5, Bl. 3, *Göh-ring*, unpag.; StA Weimar, Landratsamt Ranis, Nr. 190, Bl. 487.

53 IfZ München, Fa 170; ZStA Potsdam, Film 1125; *Vorbeugende Verbrechensbekämpfung*, unpag.; ITS Arolsen, Hist. Abt., Dachau, Nr. 4, Bl. 51f.

755, aus Sachsenhausen etwa 1400, davon ungefähr 250 politische Gefangene, aus allen Lagern 1432 Vorbeugungshäftlinge frei.⁵⁴

Zuvor mußten sie die »Belehrung« über sich ergehen lassen: probeweise Entlassung, jede zugewiesene Beschäftigung annehmen, mit ganzer Kraft arbeiten und hundertprozentige »Volksgenossen« werden, mit niemanden über das im Lager Erlebte sprechen. »Ihr habt keine Verbindungen aufzunehmen mit ehemaligen Schutzhäftlingen sowie mit den Angehörigen zurückbleibender Häftlinge. Alle Freundschaften, die Ihr im Lager geschlossen habt, sind abubrechen. Und Ihr habt keine Aufträge auszuführen, und sei es ein harmloser Gruß.« Drohend hieß es bei der »Belehrung« weiter: Wer sich nicht restlos in die »Volksgemeinschaft« eingliedert und wer meine, »er kann gegen den Willen des deutschen Volkes arbeiten, sich dem deutschen Volk widersetzen, vielleicht nach dem Auslande fliehen, um von dort aus gegen die Deutschen zu arbeiten, den warne ich! Wir holen uns nämlich jeden einzelnen aus dem Reich wie auch aus dem Ausland zurück, und keiner entzieht sich unserer Bestrafung. Es ist dabei ganz gleich, ob dieser oder jener am Leben bleibt.« Beherzigten die Entlassenen diese »Mahnung« nicht, »so erfolgt Eure Wiedereinlieferung ins Lager, und dann dauert die Schutzhaft nicht nur Monate, sondern Jahre, und für manchen gibt es überhaupt keine Freiheit mehr. Eine Wiedereinlieferung zieht Haftverschärfung nach sich, und was dies bedeutet, das wißt Ihr am besten.«

In Buchenwald, erinnerte sich Julius Freund, fielen gegenüber Freikommenden auch Drohungen gegen Familienmitglieder: »Wir haben in der ganzen Welt unsere Helfer, die dafür sorgen, daß die Angehörigen im Reiche für den Entlassenen büßen müssen, falls dieser etwas ausgeplaudert haben sollte!«

Zugleich mußten die zu Entlassenden einen Revers unterschreiben, daß sie sich im Konzentrationslager keine Krankheiten zugezogen oder Unfälle erlitten hätten und Schadensersatzansprüche nicht stellen sowie weder über das Lager sprechen noch sich gegen das Regime wenden würden, sonst kämen sie erneut ins Lager. Später kommentierte ein Kommunist, daß solche erzwungenen Erklärungen »zweifelloos den Zweck verfolgten, Widerstandskämpfer gegen den Faschismus und gegen den Krieg einzuschüchtern und irrezuführen. Ferner sollten die Entlassungen führender Genossen vortäuschen, daß das NS-Regime sich so stabilisiert hat, daß Widerstand sowieso sinnlos sei und die Entlassenen inzwischen gebessert und umerzogen seien.«⁵⁵

Die weiterhin eingekerkert Bleibenden verhöhrte Himmler, indem er am 29. Januar 1939, dem Tag der Deutschen Polizei, in der Öffentlichkeit Illusionen verbreiten wollte. »Die Devise, die über diesen Lagern

steht«, behauptete er, »lautet: Es gibt einen Weg in die Freiheit. Seine Meilensteine heißen: Gehorsam, Fleiß, Ehrlichkeit, Ordnung, Sauberkeit, Nüchternheit, Wahrhaftigkeit, Opfersinn und Liebe zum Vaterland.« Wohl auf zentralen Hinweis hin stand dieser Spruch in Buchenwald auf den Dächern der Baracken am Appellplatz, in Dachau auf dem Dach des Wirtschaftsgebäudes, vor dem sich die Häftlinge aufstellen mußten, in Mauthausen auf Holztafeln (ohne die Worte Wahrhaftigkeit und Nüchternheit), in Sachsenhausen zunächst gleichfalls auf einem Anschlag an zwei Baracken, ab August 1939 (ohne Nüchternheit) an den Stirnseiten der Blocks des ersten Rings am Appellplatz, das Wort »Liebe« ausgerechnet an Block 11, wo die Strafkompagnie lag.⁵⁶

Auch die Entlassenen durften sich nicht frei bewegen, war doch das vorhandene System der Überwachung weiter verfeinert worden.⁵⁷ Ein Runderlaß der Abteilung III des Gestapo vom 17. Februar 1938 bestimmte »im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers«: Auch künftig sei auf Normierung der Nachüberwachung zu verzichten. Federführend bleibe die Gestapo, die sich dazu der regionalen und lokalen Polizeibehörden bediene und den Sicherheitsdienst der SS aufmerksam mache sowie die NSDAP und ihre Einrichtungen zur Mitarbeit heranziehe. Die offene Nachüberwachung bestehe aus Meldepflicht, Aufenthalts- und Wohnungswechselverbot, Auflagen, zu bestimmten Zeiten in der Wohnung zu sein, Abliefern des Wohnungsschlüssels an die Polizei, Kontrollen, Durchsuchungen usw., Besitzbeschränkungen wie dem Entziehen von Rundfunk- und anderen Geräten sowie Verboten, bestimmte Literatur zu lesen oder mit dem Ausland zu korrespondieren. Dem schließe sich die geheime Nachüberwachung an: Post- und Telefonkontrolle, persönliche Beobachtung, Ansetzen von V-Personen (Spitzeln), das mit dem SD zu vereinbaren sei. Ferner müsse die zuständige Gauleitung der NSDAP von der Entlassung jedes politischen Häftlings unterrichtet werden, damit sie die örtlichen Stellen informiere. Über die lokalen Polizeibehörden seien Arbeitsamt, Arbeitsfront, Volkswohlfahrt und Winterhilfe zu benachrichtigen. Zur politischen Nachüberwachung kämen neben Gestapobeamten, SD- und anderen SS-Leuten sowie Polizisten Mitglieder der NSDAP und deren Nebenorganisationen in Frage. Ihre Berichte gingen an die Gestapo, die entscheide, ob die zumindest drei Monate dauernde Überwachung fortgesetzt werden müsse.⁵⁸

Schließlich ließ das Regime die Familienangehörigen von KZ-Häftlingen »betreuen«, um sie zu überwachen und zu beeinflussen sowie um die solidarische Hilfe aus

54 ITS Arolsen, KL-Dok., Buchenwald, Nr. 106, Bl. 28ff., Dachau, Nr. 154, Bl. 17ff.; *Naufjoks*, S. 116.

55 Arch. Dachau, Nr. 3538; *Freund*, S. 64; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 101.

56 ZStA Potsdam, Film 3608; *Konzentrationslager Dachau*, S. 67; *Maršalek* S. 74; *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 96. 57 Schon am 18. 8. 1937 gab es eine durch den Bürgermeister in Greifenhagen aufgestellte Liste

der »Betreuer« ehemaliger Schutzhäftlinge, auf der nur Mitglieder der SS und der NSDAP standen (ZPA, PST 3/518). 58 *Allgemeine Erlaßsammlung* 2F VIII e, S. 1f.

ihnen verbundenen Kreisen zu unterbinden. An seinen einschlägigen Erlass vom 13. Januar 1937 erinnerte das Schutzhaftdezernat am 15. März 1938 und betonte, »daß die Einwirkung bei der Fürsorge für die betroffenen Angehörigen eine unumgängliche Pflicht der Staatspolizei« sei. Dazu müsse neben der NS-Volkswohlfahrt neuerdings die NS-Frauenschaft einbezogen werden. Die Gestapo habe sich darüber zu informieren und auch selbst bei den Familien vorzusprechen.

Wie dies aussah, schilderte Lina Haberland, die Frau des in der Lichtenburg und dann in Buchenwald eingekerkerten Kommunisten Ernst Haberland: Ein Gestapo-Beamter, den sie schon durch Haussuchungen kannte, tauchte des öfteren bei ihr auf. Unter anderem horchte er den Sohn aus, um festzustellen, was er dachte. Der Gestapo-Mann erkundigte sich auch in der Schule und drang darauf, daß der Sohn zur Hitler-Jugend ging. Schließlich versuchte er, der Mutter den Sohn wegzunehmen. Eine materielle Unterstützung erhielt sie nicht. Zu derartigen »Betreuungen« gehörte es, die Frau zu drängen, sich scheiden zu lassen, was nicht wenige Frauen ebenso wie ihre inhaftierten Männer immer wieder in quälende Unruhe versetzte.

Ein Nachtrag zu der Anweisung des Gestapo-Dezernats nahm am 16. Juli 1938, aber wohl nicht von der politischen Kontrolle, jüdische Familien aus, um die sich die jüdischen Gemeinden kümmern mußten. Am 7. August 1939 schließlich verfügte das Reichsinnenministerium, die öffentliche Fürsorge sei nur für die materielle Seite bei den Familien zuständig, die nicht selbst ihren Lebensunterhalt aufbringen könnten.⁵⁹

59 ZPA, St 3/749; Haberland, S. 282f. u. 285f.; Arch. Auschwitz, D-RF-3, RSHA/113, Bd. 1,

Bl. 42; *Allgemeine Erlaßsammlung* 2 F VII c, S. 8f.

Zur »Betreuung« und »Fürsorge« gehörte auch, daß Himmler am 14. September 1938 anordnete, beim Tod eines Häftlings die Angehörigen zu unterrichten. Falls sie den Verstorbenen noch zu sehen und an der Einäscherung teilzunehmen wünschten, sei dem zu entsprechen. Das geschah jedoch nur in wenigen Fällen, in denen es der SS aus optischen Gründen opportun erschien. Dabei wurden die Leichname bis zum Kopf zugedeckt, so daß Mißhandlungs- und Mordspuren verborgen blieben, wie die Mutter von Hans Litten sowie die Frauen von Friedrich Weißler und Paul Schneider berichteten. Zudem heuchelten die Kommandanten von Dachau und Buchenwald, umgeben von Lagerarzt und Gestapo-Leuten, ihr Mitgefühl.

Margarete Schneider durfte den Sarg nicht mehr öffnen lassen, als sie ihn in den Heimatort überführen ließ. Die Beisetzung, an der zahlreiche Menschen teilnahmen, stellte eine stille Demonstration gegen faschistischen Terror und Mord dar. Auch eine Flut von Briefen an die Familie Schneider zeugte davon. Einer drückte die unverrückbare Erwartung aus: »Die Zeit wird kommen, wo die, welche sich eingesetzt haben wie er, die Herren unserer Zeit genannt werden, und wo man uns glücklich preisen wird, mit ihnen zusammen gewesen zu sein.«⁶⁰ Eine solche Zuversicht beseelte auch die politischen KZ-Häftlinge. Um sie zu erfüllen, kämpften sie als Teil der deutschen Widerstandsbewegung.

60 Arch. Auschwitz, D-RF-3, RSHA/113, Bd. 1, Bl. 53f.; *Litten*, S. 261ff.; (Margarete Schneider), *Der Prediger von Buchenwald*, Das Martyrium Paul Schneiders, hg. von Heinrich Vo-

gel, Berlin 1958, S. 190; EZA in Berlin, KKA, Nr. 376, Bl. 19; Klaus Drobisch, Pfarrer Paul Schneiders Schicksal in NS-Akten, in: *Standpunkt*, 1981, H. 4, S. 109.

Gefestigte Gemeinschaft

»Gezwungen, aber nicht bezwungen!« Diese Worte, von Alfred Bunzol und Erich Hoffmann im Oktober 1937 in einer Flasche ins Fundament der Buchenwalder Kommandantenvilla eingelassen¹, drückten in knapper Art aus, was politische Häftlinge in allen Konzentrationslagern dachten und wonach sie handelten. Dem Zwang setzten sie die Kraft der illegalen Organisation, Solidarität und Kampfgeist der antifaschistischen Gemeinschaft entgegen.

Kampfkraft

Nach wie vor orientierten sich die meisten politischen Häftlinge auf kommunistische Funktionäre, die sich im Kampf außerhalb und innerhalb der Lager bewährt hatten. In Sachsenhausen gehörten zu ihnen: Robert Abshagen, Bernhard Bästlein, Hein Brettschneider, Gustav Bruhn, Hans Christoffers, Karl Fischer, Rudolf Grosse, Lambert Horn, Franz Jacob, Rudolf Klug, Martin Schwantes, Matthias Thesen und Martin Weise. Sie stützten sich auf in 40 illegalen Fünfergruppen organisierte deutsche Kommunisten, von denen Willi Agatz, Karl Fugger, Karl Wloch und andere sich großes Ansehen bei den Häftlingen erwarben. Als Landsmannschaftstreffen ausgegebene Zusammenkünfte dienten 1937 und 1938 dazu, den Zusammenhalt zu festigen sowie die politische und organisatorische Tätigkeit zu verstärken. Die illegale Organisation nahm – ebenso wie in anderen großen Lagern – nach den Worten von Harry Naujoks »Einfluß auf die Besetzung von Lagerfunktionen. Sie sammelte Informationen über die Vorhaben der SS, um ihnen entgegentreten zu können. Sie setzte sich für eine korrekte Verteilung der Lebensmittel ein und organisierte Hilfe für kranke Häftlinge. Sie nahm ihren Einfluß wahr, um die Häftlinge vor dem Terror der SS zu schützen und brachte gefährdete Kameraden in Sicherheit.«²

Zu den maßgeblichen Kräften in Sachsenhausen stießen ab Mitte 1937 Wilhelm Guddorf, Karl Schirdewan und Georg Schumann, der bis dahin neben Karl Bobach, Arthur Hoffmann und Kurt Sindermann zu den führenden Häftlingen im KZ Sachsenburg gehört hatte.³

1 Bunzol, S. 6.

2 *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 4, S. 11ff.; ZPA, EA 766; Naujoks, S. 102ff.

3 Eberhard Pachaly, Die Entwicklung und der Kampf des

Parteiaktivs der Kommunistischen Partei Deutschlands im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald, T. I (1937 bis 1941), H. 13, S. 8.

In der Lichtenburg bestand die illegale Leitung aus Albert Kuntz (nach Verbüßung seiner Strafe im Zuchthaus Kassel-Wehlheide seit August 1936 zurück), Theodor Neubauer und Walter Stoecker. Um den Kern scharten sich unter anderem Ottomar Geschke, Ernst Grube und Arthur Wyschka. Hier setzte sich die Formierung illegaler Gruppen fort, so durch Baptist Feilen für die Gefangenen aus den Bezirken Mittelrhein, Niederrhein und Saargebiet. Bei den Thüringern traten Karl Barthel, Ernst Busse, Ernst Frommhold und Karl Reimann hervor. »In allen Konzentrationslagern war es die erste Aufgabe, die Funktionäre der Partei zu erfassen, sie vom laufenden Geschehen zu informieren«, betonte Arthur Wyschka. »Außerdem erfolgte eine Aufgliederung und Erfassung der Genossen auf Bezirksebene. Die Genossen aus einem Bezirk kannten sich untereinander besser, und es kam darauf an, einen größeren Kreis von Genossen zu erfassen und sie auf dem laufenden zu halten. Bei der Durchführung dieser Arbeit wurde äußerste Wachsamkeit an den Tag gelegt, um die gesamte politische Arbeit im Lager nicht zu gefährden.«⁴

Nachdem die Häftlinge aus dem KZ Lichtenburg auf den Ettersberg verlegt worden waren, vollzog sich unter derselben Leitung der Ausbau der konspirativen Gruppen. Sie erfaßte auch KPD-Mitglieder, die aus anderen Konzentrationslagern und aus Justizhaftanstalten auf den Ettersberg verbracht wurden. 1938/39 erfolgte das Zusammenfassen derer aus Westsachsen unter Walter Jurich, aus dem Bezirk Erzgebirge/Vogtland um Kurt Sindermann, später unter Ludwig Einicke, aus dem Ruhrgebiet mit Anton Gebler und August Stötzel als Leiter, von Hessen-Waldeck unter Walter Krämer, aus Pommern mit Karl Pankow als Verantwortlichen, aus Schlesien unter Arthur Ullrich, von Ostsachsen um Otto Kipp, aus dem Bezirk Halle-Merseburg unter Kurt Freund, von Magdeburg mit Richard Krauthaus als Zuständigem und aus Oberschlesien unter Arthur Wyschka und Roman Ligendza bzw. später Alfred Bunzol. Diese Gruppen tarnten sich als Landsmannschaften.⁵

Vorausgegangen war bei Neuzugängen die Überprüfung auf ihre Zuverlässigkeit im illegalen Kampf. Zum Teil nahmen sie Kuntz, Neubauer oder Stoecker, zum Teil von ihnen beauftragte Funktionäre aus den Bezirken vor. Individuelle Aussprachen mußten klären, faßte Herbert Thiele zusammen, »wie hatte sich der

4 Ebenda, S. 8 u. 15f.; ZPA, 5 Pachaly, S. 15ff. EA 1292.

Genosse vor 1933 und unmittelbar während und nach dem faschistischen Putsch verhalten; an welcher illegalen Arbeit hatte er teilgenommen; war er standhaft bei den Vernehmungen durch Gestapo, SS und Untersuchungsrichter geblieben; wie hat er sich bei einem eventuellen Prozeß verhalten; welche Rolle spielte er zuvor in Gefängnissen, Zuchthäusern oder anderen Lagern; war er verschwiegen oder schwatzhaft, war er hilfsbereit oder egoistisch, plapperte er alles nach oder konnte er selbständig denken, war er mutig oder feige, risikobereit, vorsichtig oder überängstlich, welchen Umgang suchte er in der Haft?« Zu den Äußerungen des Betroffenen kamen die Berichte von anderen, die ihn aus dem Herkunfts- und Wirkungsort, aus gemeinsamer Arbeit und Haft kannten, sowie die Ergebnisse aus der Durchsicht von faschistischen Unterlagen bzw. Beobachtungen von seiner Vernehmung durch die Politische Abteilung. Bis zum abschließenden Ergebnis der Überprüfung wurde der Neankömmling unterstützt, erhielt jedoch weder Einblick in die illegale Organisation noch einen Auftrag.

Auf diese Weise war in Buchenwald bis Frühjahr 1939 eine in Dreier- und Fünfergruppen gegliederte, nach Bezirken strukturierte illegale KPD-Organisation unter einheitlicher Leitung entstanden. Nach dem Tod Walter Stoeckers und der Entlassung Theodor Neubauers zog Albert Kuntz zunächst August Thöne zur Leitung der verkleinerten Organisationen heran.⁶

Parallel mit ihrem Auf- und Ausbau festigte sich der Kampfeswille der kommunistischen Häftlinge. Ihre Schlagkraft verstärkte sich trotz der schwierigen Bedingungen. Das zeigte sich in der politischen Information über aktuelle Ereignisse in Deutschland und der Welt. Meldungen in Nazipresse und -rundfunk wurden durch Berichte neuer Häftlinge widerlegt. Hinzu kamen deren Mitteilungen über den Widerstandskampf, die KPD, die Kommunistische Internationale und deren Politik. »Für die im Lager Befindlichen bedeuteten ihre Nachrichten eine große moralische Stärkung«, hob der Dachauer Ludwig Göhring hervor, »brachten sie doch mit, daß die Zusammenarbeit unter den Genossen auch außerhalb des Drahtes vorhanden und die Partei in der Lage war, politisch zu reagieren.« Umgekehrt konnten Neuzugänge durch meist schon länger Eingekerkerte, unterrichtet werden, nicht nur über die Lagerverhältnisse, sondern auch über weitgreifende politische Ereignisse. So nahmen sich im März 1937 in der Lichtenburg Robert Michalek und Paul Woitkowski Erich Jendes an. Danach fragte ihn Albert Kuntz, ob er im Gefängnis von dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Konferenz der KPD gehört habe. Kuntz erklärte ihm deren Beschlüsse derart, daß Jende empfand: »Diese Diskussionen, aus

denen ich so grundlegende neue Erkenntnisse gewann, waren für mich wie eine Parteischule.«

Weitere Informationen erreichten die politischen KZ-Insassen von ausländischen Sendern. In der Lichtenburg empfing sie nach wie vor Max Herm auf seinem Radiogerät. Das Gehörte, andere Erkundungen und Mitteilungen diskutierte allwöchentlich ein zuverlässiger Kreis. Herm versuchte, in Buchenwald den illegalen Rundfunkempfang fortzusetzen. Hier hörten weitere ausgewählte Gefangene heimlich ausländische Sender seit Anfang 1938 fast täglich in der Elektriwerkstätte. In Sachsenhausen geschah das in der Kommandantur und in den Werkstätten. Wie es in Sachsenhausen seit Ende 1937 ein versteckt installiertes Rundfunkgerät gab, verfügten auch in Dachau Häftlinge über ein Radio, das sie aus Ersatzteilen zusammengefügt hatten, die bei Reparaturen für SS-Leute »abgefallen« waren. Auf beiden Apparaten empfingen politische Gefangene ausländische Stationen.

Unmittelbares Interesse kam Informationen über SS-Absichten zu. Sie zu erlangen, gehörte zur speziellen Aufgabe einer Reihe von Häftlingen, so in Sachsenhausen durch Willi Kuhn, dem Kalfaktor beim SS-Rapportführer. Wilhelm Guddorf übertrug ihm zwischen 1937 und 1939, »in die Papiere Einblick zu nehmen, um festzustellen, welche Genossen in der nächsten Zeit eingeliefert würden und wer zur Heimatgestapo überstellt werden sollte«. Neben der Blockführerstube sitzend, nutzte Kuhn dafür jede Gelegenheit, wie er erläuterte: »Wenn die SS-Leute zum Essen oder aus anderen Gründen aus dem Zimmer gingen, ließen sie ihre Papiere meist unverschlossen liegen; mich beachteten sie nicht. Dadurch erfuhr ich aus den Begleitschreibern zu den Akten, die bereits eine Woche vor den Häftlingen eintrafen, wer kommen würde, bei wem der Vermerk »Rückkehr unerwünscht« oder anderes zu beachten war. Ich erfuhr auch, wann Delegationen zu erwarten waren, und anderes. Hatte ich eine wichtige Information, ging ich durchs Lager — beispielsweise zur Gärtnerei, um einen Blumenstrauß für die Rapportführerstube zu holen —, oder ich dachte mir einen anderen Weg aus. Dabei mußte ich an der Schreibstube vorbei, wo mich Wilhelm Guddorf oder ein anderer Genosse sah. Wilhelm Guddorf kreuzte daraufhin meinen Weg, und wir konnten ein kurzes, unauffälliges Gespräch führen.«

Auch aus Gesprächen von SS-Leuten untereinander konnten Häftlinge vieles entnehmen. In Sachsenhausen erhielt solche Mitteilungen Karl Schirdewan. »Das war 1937 so, als ich im SS-Kasino im Kellnerkommando arbeitete, und es blieb auch dabei, als ich als Bibliothekar im Lager blieb. Ich konnte das sogar noch besser ausbauen, als ich die Bücher verwaltete, und die Genossen mich dadurch leichter aufsuchen konnten. Unabhängig von meiner Häftlingsfunktion hatte ich diese Informationen zu sammeln und an Genossen des Parteiklubs weiterzugeben ... Wir hörten von Ablösungen und Neuzugängen bei der SS, wenn die Totenkopf-

6 Günter Kühn/Wolfgang Weber, *Stärker als die Wölfe. Ein Bericht über die illegale militärische Organisation im ehemali-*

gen Konzentrationslager Buchenwald und den bewaffneten Aufstand, Berlin 1976, S. 54; Pachaly, S. 18f. u. 41f.

verbände solche Einsätze wie die Annexion Österreichs vorbereiteten. Wir spürten die Gegensätze, die es bei ihnen gab. Das konnten wir zum Teil für uns ausnutzen. Wir legten dann auf Grund bestimmter Informationen Aufgaben und Aufträge fest, um die Genossen zu warnen und sie auf bestimmte Gefahren aufmerksam zu machen.«⁷

Die so gewonnenen Informationen liefen bei den Funktionären zusammen, wurden von ihnen analysiert und interpretiert, um die Diskussion in den illegalen Gruppen zu unterstützen. Solche Gespräche fanden unter Beachtung konspirativer Regeln bei Spaziergängen abends oder sonntags auf den Lagerstraßen oder in Räumen wie dem Revier statt, wo es einen relativen Schutz vor Lauschern gab. Derart erörterten zum Beispiel die Thüringer Kommunisten in Buchenwald den Beitritt Italiens zum faschistischen Paktsystem, die Hintergründe der Annexion Österreichs und der Tschechoslowakei, des Pogroms vom November 1938 und des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages sowie die intensivierten imperialistischen Kriegsvorbereitungen. In Sachsenhausen standen Probleme des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der Brüsseler Konferenz der KPD im Mittelpunkt, darunter die Aktionseinheits- und die Volksfrontpolitik. Fritz Reuter berichtete: »Die Hauptfrage, die wir immer wieder diskutierten, war 1933 – Niederlage oder nicht? Eine Kernfrage, die in Sachsenhausen immer diskutiert wurde, war die Orientierung Thälmanns bei der letzten ZK-Tagung in Ziegenhals, mit aller Entschiedenheit den Faschismus zu bekämpfen und die Einheit zwischen allen antifaschistischen Kräften herzustellen. Materialien des VII. Weltkongresses und der Brüsseler Konferenz und eine Rede von Wilhelm Pieck brachte ein Genosse, der zu dieser Zeit verhaftet worden war, mit ins Lager. Einen großen Auftrieb bekamen unsere Diskussionen nach der Einlieferung von Lambert Horn, der im März 1938 ins Lager kam.« Und Otto Walter ergänzte: »Wenn wir vielleicht die Schlußfolgerungen dieser Konferenzen nicht vollständig und mit allen Einzelheiten ziehen konnten, weil unsere Informationen nicht vollständig waren, so zeigte sich jedoch später, daß wir in unseren Diskussionen genau das bejahten, was dort beschlossen wurde.«

Diskussionsstoff gaben auch andere politische Ereignisse ab, wobei der Kampf gegen die spanischen Faschisten die Moral der eingekerkerten Antifaschisten stärkte. Aus Dachau hieß es darüber in einer zeitgenössischen Publikation: »Spanien wurde auf einmal zum Mittelpunkt aller Gespräche. Als die Kämpfe länger andauerten, verflog zwar das Interesse bei den Unpolitischen, in den politischen Zirkeln aber wurden die Diskussionen heftig fortgesetzt. Als Madrid trotz An-

kündigung in den deutschen Zeitungen über den baldigen Einmarsch Francos sich heldenhaft behauptete, waren sich alle darüber klar, daß der Faschismus zum erstenmal einen Gegner gefunden hatte ... Die Internationalen Brigaden, das war es, was sie in den deutschen Zeitungen mit Staunen lassen ... Einmal diesem Faschismus gegenüberzustehen, einmal gegen ihn kämpfen zu können, einmal als freier Mann die Hand gegen ihn zu erheben! Die Zirkel schlossen sich noch enger zusammen, und jeder, der etwas von Spanien zu erzählen wußte, war ein großer Mann. Alle Bücher, die in der Bibliothek über Spanien zu finden waren, waren plötzlich weg ... Die Aborte sind zu Studierstuben der Dachauer Sozialisten geworden. Sie schleichen sich bei Nacht aus ihren Pritschen und verbringen Stunden auf dem Abort, um ihr Tagespensum zu lernen. Alle drei Aborte sind immer besetzt, und es hat sich ein regelmäßiger Turnus der Vermietung eingebürgert.«

Ludwig Göhring erklärte noch eingehender: »Die Diskussionen über die Entwicklung in Spanien gingen zwischen vielen Genossen, und es konnten, wenngleich die Meldungen in den faschistischen Zeitungen sehr spärlich waren, gute politische Einschätzungen gegeben werden. Geschulte Genossen, sich auf ihre Erfahrungen stützend, gaben die Orientierung, die als Allgemeingut galt. Hinzu kam, daß eine deutliche Verschärfung des gesamten Klimas im Lager spürbar war, die sich auf alle Bereiche des täglichen Ablaufs erstreckte. Aus den bisherigen Erfahrungen über einen derartigen »Klimawechsel« konnte dies nur mit einem für die Faschisten negativen Verlauf der spanischen Entwicklung zu erklären sein. Wie sich später herausstellte, waren unsere Vermutungen zutreffend; so insbesondere als das italienische faschistische Expeditionskorps im März 1937 in der Schlacht von Guadalaajara eine schwere Niederlage einstecken mußte.«

In Dachau erfolgte sogar eine Art Demonstration, als die Gefangenen zum Anhören einer Hitler-Rede über die Sudetenfrage befohlen wurden. Bruno Heilig beobachtete: »Die Kommunisten kamen vollzählig und gruppierten sich geschlossen unmittelbar unter dem Lautsprecher. Die Zeit des Wartens verbrachten sie mit offenerhitzigen politischen Gesprächen. Während Hitler sprach, machten sie ihre spöttischen Bemerkungen; sie lachten und schimpften, ganz wie bei einer normalen politischen Versammlung.« In Sachsenhausen intensivierte sich zur gleichen Zeit die politischen Aussprachen, wie sich Naujoks erinnerte: »Aus unserer Sicht rückte die Gefahr des Krieges gegen die Sowjetunion immer näher. Wir sahen in der Politik der »kollektiven Sicherheit«, wie sie die sowjetische Regierung entwickelte – also ein Bündnis europäischer Staaten zur Verhinderung einer Aggression, gleich in welcher Richtung – den einzigen Ausweg gegen den von den Nazis gewollten Krieg. Schließlich war jedem von uns bewußt, wie sehr das eigene Schicksal von der Erhaltung des Friedens abhing. Wir verfolgten alles mit größter Spannung. Mochte auch unsere Einschätzung der Ereignisse nicht

⁷ Göhring, unpag.; Arch. Buchenwald, Nr. 31/837; Arch. Lichtenburg, Nr. 244; ZPA, EA 1292; Naujoks, S. 89; Pacha-

ly, S. 19f.; Buchenwald, S. 195; Sachsenhausen-Hefte, Ausgabe 4, S. 82f.; Röder, S. 115f.; Arch. Sachsenhausen, Tonband 13 u. 7.

in allen Einzelheiten zutreffen, was bei den mangelnden Informationsmöglichkeiten kein Wunder war, so versuchten wir doch alles, um den Gedankenaustausch zu fördern. Wir bemühten uns um Berührungspunkte zwischen den einzelnen Kreisen, möglichst nicht nur lose und vorübergehend, sondern in Form eines kontinuierlichen antifaschistischen Kontaktes. Es galt, politische Alternativen zu diskutieren, denn es wurde immer deutlicher, daß die Nazis auf den großen Krieg zusteuerten. In diesen Gesprächen lautete unsere Devise: Nur die Politik der Sowjetunion gibt auch uns die Chance des Überlebens. Bürgerliche und sozialdemokratische Kameraden, die gegen die Sowjetunion eingestellt waren und auf Frankreich oder England schworen, wurden nachdenklich, als die Westmächte Hitler immer wieder nachgaben. Das spürten wir besonders, als die Wehrmacht die tschechoslowakischen Grenzgebiete besetzte. 1938 wurde das entscheidende Jahr für das Erlöschen der Weststimmung und für das Wachsen unseres politischen Einflusses. Die politischen Ereignisse des Jahres 1938 hatten im Lager überaus lebhaft Debatten ausgelöst, die in wesentlichen Fragen zu einer Übereinstimmung der politischen Häftlinge führten. Selbst Optimisten unter uns hätten dies vorher nicht für möglich gehalten.« Im ähnlichen Sinn verliefen in Sachsenhausen ein dreiviertel Jahr später die Diskussion über den Nichtangriffsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR. Sie knüpften an die vorausgegangenen Ereignisse und die daraus gewonnenen Einsichten an: »Die Annexion Österreichs und der CSR hatte nicht nur die Verstärkung des wirtschaftlichen und militärischen Potentials gebracht; das Großdeutsche Reich war dadurch auch näher an die Sowjetunion herangerückt. Unter uns gab es nicht den geringsten Zweifel, daß die Haupttrichtung der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus dem Osten Europas galt. Unter diesem Aspekt entschieden sich einflußreiche Kreise Englands und Frankreichs zur Politik des Appeasements, der Beschwichtigung des Aggressors. Der Krieg hätte verhindert werden können, wenn Hitler nicht durch das Zurückweichen der Westmächte zu immer neuen Forderungen ermuntert worden wäre. Im Kriegsfall hatte die Sowjetunion mit einem Zweifrontenkrieg gegen Hitlerdeutschland und Japan zu rechnen. Auf sich allein angewiesen, mußte sie alles tun, um Zeit für die Stärkung ihrer Verteidigungskraft zu gewinnen. Die Sowjetunion entschied sich unter diesen Umständen dafür, sich so lange wie möglich aus dem Krieg herauszuhalten, und schloß am 23. August 1939 den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. Das waren Überlegungen und Argumente, die wir zur Debatte stellten, um der ersten Verwirrung entgegenzuwirken.«

Die Diskussionen in der Lichtenburg mündeten, wie Lisa Ullrich knapp zusammenfaßte, »in dem von der Partei gewiesenen Widerstandskampf und dem Ziel des Kampfes, Sturz des Hitlerfaschismus!«⁸

8 *Ein Leben für den Sozialismus*, Arndt; Kühn/Weber, S. 54f.; T. 1, S. 6 (Bericht von Kurt Arch. Sachsenhausen, Tonband

Demselben Zweck dienten politische Schulungen. Martha Chwalek berichtete von der Lichtenburg: »In kleinen Gruppen machten wir politische Schulung. Wir waren fest von unserem Sieg über die Faschisten überzeugt. Diese Kraft schöpften wir aus der marxistisch-leninistischen Theorie.« In Buchenwald erstreckten sich die Schulungen auf dialektischen und historischen Materialismus, Politische Ökonomie, Fragen des Imperialismus und Geschichte der Arbeiterbewegung. Hans Brumme, Ludwig Einicke und Ernst Frommhold führten sie durch. Weitere Zirkel leiteten Hasso Grabner, Hermann Hodes, Walter Jurich und Oswald Rentsch. Der jungen Kameraden nahm sich besonders Theodor Neubauer an, wozu sie sich hinter Bretterstapeln auf dem Holzplatz der Tischlerei verbargen. In Sachsenhausen fand die Schulung im Kreis von zwei oder drei Kommunisten statt, die ein weiterer leitete, so Bernhard Bästlein, Wilhelm Guddorf, Lambert Horn und Karl Schirdewan. Aus Dachau berichtete Ludwig Göhring: »In Zweiergesprächen wurden im Verlauf von Wanderungen durch die Lagergassen nicht wenigen jungen Genossen Kenntnisse vermittelt, die ihnen nicht nur im Lager halfen, als Kommunisten zu handeln. Diese kleinen Schulungen waren auch Arbeit für die Zukunft, für die Zeit nach der Entlassung, für die Zeit nach der Befreiung vom Faschismus.«

Über spezielle Probleme und Details aus dem Widerstand informierten Pfarrer Werner Koch in Sachsenhausen. Bernhard Bästlein hatte ihn im Frühjahr 1937 gefragt, ob er gut abgesichert über die Bekennende Kirche und dem sogenannten Kirchenkampf berichten könne. Koch erläuterte an 14 Abenden in jeweils einer Viertelstunde die NS-Kirchenpolitik und die Abwehr oppositioneller evangelischer Kreise. »Selten dürfte ein Pastor«, erinnerte er sich, »ein so interessiertes Ohr unter Kommunisten (und einigen wenigen Sozialdemokraten) gefunden haben wie damals in dem Schlafsaal einer KZ-Baracke! Das Unternehmen war gefährlich genug. Denn es war auf das strengste untersagt, nach Einschluß noch miteinander zu sprechen, schon gar nicht über Politik! Und eine Darstellung des Streites, in den die BK mit dem Hitler-Staat geraten war, mußte seiner Natur nach ein politisches Thema ersten Ranges sein. Daher das Interesse meiner antifaschistischen Zuhörer. Die fürchterliche Bestrafung aber, die wir alle, besonders aber der Anstifter zu dieser einmaligen Art von »Volksaufklärung und Propaganda« und der Berichterstatte selber zu erwarten hatten, stand uns deutlich vor Augen. Dennoch: Das Verlangen von einem bislang kaum bekannten, ja für unmöglich gehaltenen Widerstandsfaktor im Dritten Reich zu hören und zu berichten, war unwiderstehlich!«⁹

75 u. 12; *Mitteilungen* ... v. chaly, S. 16, 40 u. 21; *Buchenwald*, S. 114; *Wegbereiter*. Ein Lesebuch über Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, hg. von der Bezirksleitung Erfurt der SED u. a., Erfurt o. J., S. 81f.; 12. 6. 1937; *Neuer Vorwärts* v. 4. 7. 1937; Göhring, unpag.; *Heilig*, S. 135; *Naujoks*, S. 88 u. 137f.; Arch. Lichtenburg, Nr. 740. 9 Arch. Lichtenburg, Nr. 91; Pa-

Zurückdrängen krimineller Häftlinge

Fanden der Ausbau und die Festigung der KPD-Häftlingsorganisationen in den Konzentrationslagern insgeheim statt, so wirkten sie sich letztlich doch sichtbar aus: Je mehr sie vorankamen, desto besser konnten sie die Atmosphäre im Lager und die Haftbedingungen beeinflussen. Was Buchenwalder Gefangene empfanden, galt für alle Lager: »Der Widerstand fing mit dem Willen zur Selbstbehauptung an, mit dem Willen durchzustehen ... — das stand am Anfang. Und: der Wille, nicht auf Kosten anderer zu existieren, nicht als Brotdieb, nicht als Henkersknecht für die SS. Diese charakterliche Haltung war die eine Säule, auf der der Widerstand aufbaute. Ohne sie gab es keinen Widerstand. Die andere Säule, das waren die Solidarität, der Zusammenhalt, die Kameradschaft.«

Am vordringlichsten war es dabei, in möglichst viele Häftlingsfunktionen politische Gefangene zu bringen.

Sie verfügten über die Erfahrung und die Entschlossenheit, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Arbeits- und Lebensumstände und damit die Kampfbedingungen zu verbessern. Dazu gehörten: Jedem Gefangenen die ihm zustehende Essensration zu geben, das Schlagen durch Häftlinge zu unterbinden, die sanitären Verhältnisse zu verändern, die Krankenpflege auszubauen, Schwachen zu helfen, ein kameradschaftliches Klima in den Unterkünften und Arbeitskommandos zu schaffen, Schritte zu unternehmen, die den Häftlingen nutzten und der SS schaden, den Willen zum Durchhalten zu stärken und die Überzeugung von der letztendlichen Überwindung des unmenschlichen Regimes zu verbreiten.¹⁰

Allgemein galt: »Jeder einzelne dieser mit dem Vertrauen seiner Mitgefangenen Eingesetzten war dafür verantwortlich, Gefahren, die von der SS ausgingen, von den ihm Unterstellten nach Möglichkeiten abzuwenden, und unter Umständen auch für sein kameradschaftliches Verhalten Konsequenzen, die von der SS-Lagerführung drohten, zu ertragen. Diese Konsequenzen wurden in vielen Fällen übernommen. Sie bestanden in einer Fülle von Lagerstrafen, einem ausgeklügelten System von Gemeinheit, dessen Gipfel der Mord war.«

In Dachau nahmen politische Häftlinge seit langem Lagerfunktionen ein. Karl Röder urteilte aufgrund langer Jahre in diesem Lager: »Die ohnehin starken Spannungen zwischen Politischen und Kriminellen wurden durch das hemmungslose Werben der letzteren um die Gunst der SS-Leute maßlos verstärkt. Von den Gefängnissen her waren sie es gewöhnt, die Situation zu beherrschen; dort bestimmten sie die Formen des Häftlingsdaseins: Druckposten, bessere Essensrationen

... Im Lager aber stellte sich ihren Absichten ein starker Gegner entgegen: die Politischen. Diese führten den Kampf nicht, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen, sondern um den Schwachen, den Erschöpften, den am meisten Gefährdeten zu helfen. Sie betrachteten diese Seite ihres Daseins im Lager als einen Teil des politischen Kampfes gegen die Nationalsozialisten. Sie mußten deshalb immer bestrebt sein, die wichtigsten Funktionen im Lager unter ihrer Kontrolle zu halten, und das gelang ihnen in Dachau über all die Jahre hinweg. Nie hat es dort eine Periode der Herrschaft der Kriminellen gegeben, obwohl es an Versuchen nicht mangelte. Die Politischen erwiesen sich in diesem »Kampf im Untergrund« immer als die Stärkeren.« Konkret stellte Bruno Heilig im Frühjahr 1938 fest: »Die Chargen waren ausnahmslos Politische, zu neun Zehntel Kommunisten. Die übrigen waren meist Sozialdemokraten. Und nur ganz wenige kamen aus anderen Kreisen. »Zu jenen Kameraden gehörten: der Arbeitsfeldwebel Dietlein, die Kapos und Vorarbeiter Mathias Binder (Klempnerei), Albert Nadler (Schneiderei), Karl Böhme und Georg Klaus (Häftlingsgeldverwaltung), Georg Tröger (Zahnstation) und Heinz Eschen, bis zu seinem Tod Anfang 1938 Feldwebel der 7. Kompanie bzw. Blockältester des Judenblocks.« Ihn würdigte Alfred Lomnitz, der im Februar 1937 von Sachsenhausen nach dort kam: »Die Kameraden hatten bald heraus, daß Heinz der beste Mann war, der überhaupt an seinem Posten gedacht werden konnte ... Die einfachen Leute hatten ihn erlebt, wie er ihnen aus der Klemme geholfen hatte, als Capo selbst zusaßte, wo die SS einen schwachen oder alten Mann fertigmachen wollte, jeden Fehler selbst auf seine Kappe nahm, nie einen einzigen Moment die Nerven verlor, selbst wenn schon die Gewehre von der Schulter waren ... Es gab keine Parole, in der er nicht vorkam, und nie verpaßte er eine Gelegenheit, speziell den Leuten von der 1. Kompanie, denen es am dreckigsten im Lager ging, heimlich Nachrichten und Lebensmittel hineinzuschmuggeln ... Er organisierte Diskussionen, eine Hilfskasse, Zeitungsvorlesen, brachte Kranken heimlich Medizin, die sie sonst nicht bekommen konnten, befreite Leute von gefährlicher Arbeit, griff immer wieder ein, wo irgendeiner in tatsächlicher Lebensgefahr war.«¹¹

In Sachsenhausen gelang es relativ schnell, politische Häftlinge in Lagerfunktionen zu bringen, beispielsweise als Block- oder Stubenälteste Willi Agatz, Bernhard Bästlein, Hans Jendretzky, Robert Neddermeyer, Hugo Paul, Martin Schwantes, Georg Spielmann oder Karl Wloch. Von diesem hielt Theo Eckertz fest, daß er ein ausgezeichneter Kamerad war. So begrüßte er am 16. Dezember 1936 wie üblich Neuzugänge, erklärte ihnen die Barackenordnung und verwies sie auf die erfahrenen Blockinsassen, die ihnen kameradschaftlich zur Seite stehen würden. Zu diesen gewandt fügte Wloch

Klaus Drobisch, Widerstand in Buchenwald, Berlin 1985, S. 22f.; Göhring, unpag.; Koch, S. 191ff.; Schmidt, Lichter, S. 41f.

10 Buchenwald, KZ, S. 14; Weidlich, S. 11f., 19 u. 26.

11 Göhring, unpag., Röder, S. 60; Heilig, S. 33; Arch. Dachau, Nr. 9394.

an dem Abend hinzu: »Bei den Neuen ist ein katholischer Geistlicher, und ich bitte euch, mit euren Redensarten den Kameraden Floßdorf nicht zu kränken.« Eckertz, zwar Freidenker, doch aus einer katholischen Familie stammend und Landsmann des Geistlichen, beauftragte der Blockälteste: »Kümmere dich besonders um den August. Du kennst ja sein Milieu. Er wird es im Lager schwer haben.«

Die SS nahm jede Gelegenheit wahr, den Kaplan zu quälen. So warf ihm ein SS-Scharführer das Telegramm mit der Nachricht vom Tod des Vaters mit den Worten vor die Füße, der Alte sei schon verreckt. Max Emendörfer berichtete: »Mehr noch als unsere Hilfe nach seiner Einlieferung mag den tief erschütterten Floßdorf unsere Anteilnahme beeindruckt haben. Am Abend, als wir uns niedergelegt hatten, richtete er sich plötzlich noch einmal auf und sagte, mühsam seine Erregung unterdrückend: »Ihr Kommunisten seid zwar Atheisten, aber ich werde trotzdem für euch beten. Und wenn wir es erleben sollten, uns in der Freiheit zu begegnen, dann werde ich euch als Freunde begrüßen, mit denen mich Gemeinsames verbindet!«

Wie in Esterwegen übernahmen in Sachsenhausen Willi Klangwarth das Revier, Willi Rattai die Effektenkammer, Andreas Hoevel die Häftlingsbekleidungskammer, später Franz Jacob und Harry Naujoks, wo sie zusammen mit anderen dafür sorgten, daß Neueingelieferte einigermaßen ordentliche und passende Sachen und Schuhe erhielten. In der Häftlingsküche und -wäscherei sicherten andere den richtigen Einsatz, die sorgfältige Zubereitung und gerechte Verteilung der Nahrungsmittel bzw. die regelmäßige Säuberung der Leib- und Bettwäsche. Im Revier betreuten Häftlingssanitäter aufopferungsvoll die Kranken und Verletzten, wozu sie sich notwendige medizinische Kenntnisse aneignen mußten. Bei dem sogenannten Arbeitsdienst, der die Arbeitskolonnen überblickte, bemühten sich Häftlinge um Willy Rumpf und Franz Jacob, gefährdete Kameraden an andere Arbeitsplätze zu bringen.

Als Vorarbeiter in Arbeitskommandos setzte sich eine Reihe von politischen Gefangenen für ihre Mithäftlinge ein, indem sie die Schwachen zu leichteren Arbeiten einteilten, vor herankommenden SS-Leuten warnten, ständig Bedrohte an weniger auffällige Plätze stellten usw. Von dem Maurerkommando berichtete zum Beispiel Hermann Hartmann: Die illegale Leitung empfahl als Vorarbeiter beruflich versierte politische Häftlinge. »Diese versuchten, über die fachliche Seite darauf Einfluß zu nehmen, daß von (den SS-Kommandoführern — d. Verf.) Baumann und Bohne Meldungen an die SS-Lagerleitung wegen irgendwelcher Vergehen (Rauchen, Faulenzen am Arbeitsplatz u. a.) möglichst wenig erfolgten. Außerdem konnten sie dadurch auch erreichen, daß sich die begleitenden SS-Posten nicht in das Baugeschehen einmischten.« Und über den Vorarbeiter des Zimmerer-Kommandos, Hannes Harder, äußerte Hartmann: »Neben seiner großen Erfahrung als Zimmerer war für uns seine politische Persönlichkeit von großer

Bedeutung. Er konnte als Leidensgefährte sowohl auf dem Bau als auch in der Zimmerei viel erreichen, denn seine Kenntnisse im Bauwesen verschafften ihm bei den SS-Bauaufsichtsführenden unverkennbaren Respekt. Genosse Harder übte auf seine Kameraden durch seine ruhige, gesetzte Art einen positiven Einfluß aus. Es blieb nicht aus, daß auf den Neubauten, wo eine erhebliche Zahl von angelernten Kräften als »Facharbeiter« eingesetzt war, Abweichungen in der vorgesehenen Bauausführung auftraten, die — erfuhr davon die SS — zu Bestrafungen der Häftlinge geführt hätten. Hannes wußte immer einen Ausweg, sobald sich diese Differenzen bei den Zimmerarbeiten bemerkbar machten.«

Schließlich konnte in die Stellung des Sachsenhausener Lagerältesten statt des Kriminellen Xaver Eschert, der jedoch nicht gegen die politischen Gefangenen anzugehen wagte, und dessen »grünen« Nachfolgers Lampe im März 1938 der KPD-Landtagsabgeordnete Oskar Müller treten. Ihm folgte nach der Entlassung im April 1939 für kurze Zeit Roman Chwalek, dann seit Ende dieses Monats Harry Naujoks. Wie er sahen die Lagerältesten, aus den Reihen der politischen Gefangenen, »gestützt auf das Vertrauen der Mehrheit der Häftlinge«, ihre Aufgaben darin, »unseren schmalen Spielraum voll zugunsten der Gefangenen zu nutzen«.

Schon Mitte 1937 hatte die illegale Organisation einen solchen Einfluß erreicht, daß sie auf die Zusammenstellung des ersten Transports in das geplante Konzentrationslager auf dem Ettersberg einwirken konnte. Zwar suchte der Kommandant Koch dafür eine Reihe berücktigter Krimineller aus, die er wie Richter und Henning dann als Lagerälteste oder andere als Kapos einsetzte. Doch gelang es, unter die 52 politischen Häftlinge, rund ein Drittel der Vorgesehenen, einige Kommunisten einzureihen. Zu ihnen gehörten Hoevel, Klangwarth und Rattai, die dieselben Funktionen wie in Sachsenhausen übernahmen, Willi Jahnke als neuer Lagerschreiber, Wilhelm Husemann für das aufzubauende Revier, sein Sohn Walter, ab Anfang 1938 für die Buchbinderei und die Bibliothek zuständig, oder Albert Gorges als erster politischer Blockältester auf dem Ettersberg.¹² Der evangelische Schriftsteller Ernst Wiechert schilderte ihn als stillen und ernsten Mann. Er »nahm sich seiner (Wiecherts — d. Verf.) auf besondere, wenn auch meistens schweigende Weise an, und ihn wird Johannes (Wiechert — d. Verf.) sein Leben lang eine unauslöschliche Dankbarkeit bewahren«.¹³

Als nächste kommunistische Blockälteste konnten in Buchenwald ab September 1937 Oskar Fischer und Arthur Wyszka, als Stubenälteste Karl Barthel und Ottomar Geschke wirken. Nach einem gescheiterten Versuch im November 1937 gelang es im April des folgenden Jahres, Walter Krämer im Buchenwalder Revier als Krankenpfleger unterzubringen. Ab August

12 *Sachsenhausen-Hefte*, Ausgabe 3, S. 75 u. 81, Ausgabe 4, S. 111, Ausgabe 5, S. 184ff.; Naujoks, S. 70, 74, 117 u. 121f.; Emendörfer, S. 105f. 13 *Wiechert*, S. 83.

fungierte er als stellvertretender Kapo, ab April 1939 als Kapo des Häftlingskrankenbaus. Er erwarb sich unter den Gefangenen großes Ansehen, nicht zuletzt wegen der medizinischen Kenntnisse und Fähigkeiten, die er sich wie andere Pfleger aneignete, und wegen des durch ihn vorangetriebenen Ausbaus des Reviers.

In Lagerkommandos konnten ebenfalls nach und nach politische Gefangene als Kapos gebracht werden, so auf Anregung Hoevels Baptist Feilen im September 1938 in die neu eingerichtete Wäscherei. In Handwerkerkommandos gab es wegen ihrer fachlichen Kenntnisse und Gewissenhaftigkeit zum Teil relativ schnell politische Kapos, von Anfang an bei den Tischlern Ernst Grube, bei den Schlossern Karl Bogen, später Walter Deichsler. Das Schlosserkommando umfaßte schon 1938 nur noch antifaschistische Häftlinge. Hingegen herrschten bei den Baukommandos lange Zeit Kriminelle vor. »Ihnen wurden alle erdenklichen Schwierigkeiten bereitet«, erläuterte Robert Leibbrand. »Wo dagegen, wie vor allem in den Werkstätten, politische Häftlinge wegen ihrer beruflichen Fähigkeiten als Vorarbeiter und Kapos eingesetzt waren, da wurden sie ebenso rückhaltlos unterstützt. Ihre Kommandos durften nie aufpassen, ging trotzdem einmal etwas schief, so nahm ein einzelner Schuld und Strafe auf sich. Alles war darauf abgestellt, die »grünen« Lagerfunktionäre in den Augen der SS zu kompromittieren und als unfähig erscheinen zu lassen, während bei den »Roten« immer »der Laden klappte.«

Als sich kriminelle Lagerfunktionäre Mitte 1938 aus den ersten jüdischen Massentransporten bereicherten, wiesen antifaschistische Häftlinge SS-Führer in geschickter Weise darauf hin. Zum neuen Lagerältesten bestimmte die Kommandantur mit Arthur Wyschka erstmalig einen politischen Gefangenen. Er berichtete: »Den Beschluß, daß ich die Funktion des Lagerältesten übernehmen soll, faßten die Genossen Walter Stoecker, Theo Neubauer, Albert Kuntz und Baptist Feilen.« Sie sicherten Wyschka die Unterstützung der illegalen Organisation zu. Denn, so war einhellige Meinung: »In einer so günstigen, entscheidenden Situation kam es darauf an, daß wir als politische Häftlinge die Geschicke des Lagers übernehmen und von dieser Stelle aus alles versuchen, um Änderungen und Verbesserung im Lager und unter uns selbst zu erreichen.«¹⁴

Als Häftlingsselbstverwaltung bezeichnete die SS die Positionen, in die sie Gefangene einsetzte. Doch unterstanden die offiziellen Häftlingsfunktionäre SS-Vorgesetzten, die ihnen befahlen und sie kontrollierten: Blockälteste den SS-Blockführern, Kapos den SS-Kom-

mandoführern und Lagerälteste den Schutzhaftlagerführern. Die KZ-Insassen durften sich zu keiner Zeit »selbst verwalten«. Herbert Weidlich verwies aus eigenem Erleben in Buchenwald darauf, daß die Lagerfunktionen mit vielen Risiken, bis hin zum Tod, verbunden waren, wenn sich bewußte politische Gefangene für ihre Kameraden einsetzten. Er hob hervor: »Die Verantwortung der Kommunisten und anderen Antifaschisten in Häftlingsfunktionen bestand darin, ihre Aufgaben, die von den illegalen Leitungen der KPD oder den Internationalen Lagerkomitees gestellt wurden, umsichtig, gut getarnt, ohne Gefährdung anderer und möglichst ohne eigene Opfer zu erfüllen. Sie mußten – ohne den Kommunisten oder Antifaschisten herauszustellen – durch die Tat beweisen, daß sie die Interessen der Häftlinge vertraten. Dabei waren ihnen durch das SS-Terrorregime Grenzen gesetzt. Bestenfalls konnten sie bestimmte Terrormaßnahmen der SS gegenüber den Häftlingen abschwächen und in bestimmten Fällen verhindern. Die Ausübung von Lagerfunktionen durch Widerstandskämpfer gegenüber der SS mußte so kaschiert werden, als würden deren Befehle und Weisungen eingehalten werden.«¹⁵

Gemeinsamkeiten

Wie Weidlich andeutete, füllten nicht nur Kommunisten in diesem Sinne Lagerfunktionen aus. Von Dachau resümierte der »Neue Vorwärts« am 4. Juli 1937: »Das Verhältnis zwischen ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten hat sich vollständig ausgeglichen. Ein hervorragender Kommunist, der früher ein starker Hasser der Sozialdemokraten war, hat heute folgenden Standpunkt: Fehler haben wir alle gemacht. Es ist sinnlos, immer bloß darüber zu reden. Wir müssen schauen, daß wir in Zukunft diese Fehler nicht noch einmal machen. Einige Sozialdemokraten, darunter auch bekannte Persönlichkeiten, haben sich höchste Achtung bei den Gefangenen erworben. Ob ehemaliger Kommunist oder Sozialdemokrat, zu diesen Genossen blickt man auf, denn man würdigt in ihnen den Wert ihrer Persönlichkeit.«

In der Tat bestätigte Ludwig Göhring, daß Diskussionen über die Uneinigkeit der Arbeiterklasse und die Ursachen, daß keine Aktionseinheit gegen den aufkommenden Faschismus zustande gekommen war, ohne Aufrechnung gegenseitiger Fehler stattfanden. Zudem hätten Mitglieder beider Arbeiterparteien übereinstimmend, in gemeinsamer Abwehr und gegenseitiger Hilfe dem SS-Terror entgegenzutreten. Gegensätzlichkeit oder gar Feindschaft wäre unsinnig, ja fahrlässig gewesen. 1939 reduzierte sich dann durch Entlassungen die Zahl der Sozialdemokraten weiter, so daß sie nur einen Prozentsatz der der Kommunisten betrug. »Zum Zeitpunkt 1938/39 konnte man keineswegs davon sprechen«,

14 Drobisch, Buchenwald, S. 21f.; Christine Wenzel (Roßberg), Das Leben und Wirken des deutschen Kommunisten Walter Krämer, ein Vorbild für die Mitarbeiter des Gesundheitswesens der DDR, med. Diss., Martin-Luther-Universität Hal-

le-Wittenberg 1970 (MS), S. 27f.; Bodo Ritscher/Anton Hermann, Walter Krämer – ein Arzt für die Häftlinge, in: Buchenwald-Heft, 1983, H. 17, S. 20f. u. 42f.; Pachaly, S. 28ff.; Leibbrand, S. 16; ZPA, EA 1222.

15 Weidlich, S. 13, 46, 28 u. 44.

berichtete Göhring, »daß es eine ausgesprochene Gruppenbildung zwischen Sozialdemokraten einerseits und Kommunisten andererseits gegeben hätte. Es gab freilich heftige Diskussion bei Abschluß des Nichtangriffspaktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion ... Die sozialdemokratische Diskussion im Lager sprach von Verrat und behauptete, die Sowjetunion hätte Polen an Hitler-Deutschland ausgeliefert. Wenngleich es auch keine offene Feindschaft gab, so veränderte sich doch nach Bekanntwerden des Nichtangriffspaktes das Klima zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten.« Eine vom SPD-Funktionär Kurt Schumacher ausgegangene Parole »enthielt wortwörtlich die Formulierung: »Dies ist die Verschmelzung zwischen Rot und Braun ... Die Kommunisten haben zu dieser Äußerung nicht geschwiegen. Im bis dahin vorherrschenden kameradschaftlichen Verhältnis zwischen deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten entstand ein Riß. Der gleiche Sachverhalt trat auch unter den Österreichern ein. In ihrer Lage verhielten sich deutsche, österreichische und tschechische Kommunisten wie Brüder. Für die Verbreitung der Schumacherschen Parole sorgten die beiden österreichischen Sozialdemokraten Olah und Emmereich.«

Demgegenüber hielt der ehemalige militärische Leiter des österreichischen Schutzbundes, Major Alexander Eißler, guten Kontakt zu Kommunisten.

Gleichermaßen stand der Sozialdemokrat Julius Leber in Sachsenhausen auf einer sich von Schumacher unterscheidenden Position. Er war zu der Auffassung gekommen, empfand Harry Naujoks, daß eine neue Arbeiterpartei aus KPD und SPD entstehen müsse. Denn »diese gemeinsame Kraft würde die Gewähr dafür bieten, daß die Arbeiterschaft die Staatsmacht erobern und behaupten könne«. Allerdings müßten die Kommunisten sich dann von der Kommunistischen Internationale trennen, die ihre »Handlungsfreiheit« einenge. Ähnlich verhielt sich hier der SPD-Funktionär Fritz Henßler. Wie Schumacher in Dachau hatten ihn die Kommunisten Karl Eckert und Franz Korolak Mitte 1937 vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt, indem sie ihn in den Krankenbau trugen. Nach Wiederherstellung kam er als Schreiber ins Baubüro. Während die meisten seiner Genossen mit Blick auf eine künftige einheitliche Arbeiterpartei gedeihlich mit Kommunisten zusammenwirkten, vertrat Henßler die Ansicht: Solange die KPD sich auf die Kommunistische Internationale und auf die Sowjetunion orientiere, gebe es keine Verschmelzung. Jedoch sei es im Kampf gegen die Nazis notwendig, unter Wahrung der Eigenständigkeit mit Kommunisten zu agieren. Franz Bobzien, ein Funktionär der Sozialistischen Arbeiterpartei, arbeitete hingegen kurze Zeit 1939 als 3. Lagerältester, davor und danach in anderen Stellungen im Interesse des gemeinsamen Kampfes mit Kommunisten Hand in Hand.

In Buchenwald verwandte sich der Sozialdemokrat Heinz Baumeister, dort seit August 1938, in der Schreibstube vor allem für Neuzugänge. Sein Genosse Walter

Poller, ab Ende 1938 auf dem Ettersberg, half als Arztschreiber im Revier den Kranken und Verletzten.¹⁶

Einsatz für Mitgefangene

»Was wir taten«, verallgemeinerte Poller die Haltung der antifaschistischen Häftlingsfunktionäre, »taten wir für unsere Kameraden. Hätte man uns erwischt, wir wären samt und sonders »matschige Leichen« geworden. Wir wußten es genau, aber wir mußten es dennoch tun! Denn in uns war ein Gesetz lebendig, so stark, so elementar, so kategorisch, daß es nichts gab, was sich ihm nicht unterordnete! Ich glaube, hätte man uns alle totgeschlagen, dieses Gesetz wäre noch am Leben geblieben.«¹⁷

Es hieß antifaschistische Solidarität. Sie galt immer und für alle, die zur antifaschistischen Lagergemeinschaft gehörten. Je stärker sie war, desto intensiver konnte die Solidarität praktiziert und ausgedehnt, konnte der Widerstand in den Konzentrationslagern geleistet werden.

Erfahrene Kameraden unterrichteten die Neueingelieferten über die Lagerbedingungen und gaben ihnen Ratschläge, wie sie sich verhalten müßten, unter anderem: »Auf keinen Fall dürfen wir SS-Leute mit einem Dienstgrad anreden, weil wir sie meist gar nicht auseinanderhalten können. Etwa einen Hauptscharführer mit »Scharführer« oder »Untersturmführer« anzusprechen, zieht meistens Ohrfeigen nach sich. Wenn einem Häftling ein SS-Mann entgegenkommt, muß er drei Schritte vor ihm die Mütze mit der rechten Hand ruckartig vom Kopf reißen, sie zwischen Daumen und Zeigefinger halten und mit (den) Händen an der Hosennaht und (mit) Blickrichtung auf den SS-Mann in strammer Haltung vorbeigehen. Nach drei Schritten sind die Augen geradeaus zu richten und die Mütze wieder aufzusetzen ... Es sei am besten, es überhaupt nicht zu einer Begegnung mit einem SS-Mann kommen zu lassen. Das sind einige Verhaltensregeln, die den »Alten« in Fleisch und Blut übergegangen sind. Eindringlich ermahnen sie uns, möglichst nie Zeuge von Gewaltakten der SS zu werden. Falle bei einem Arbeitskommando ein Schuß, sollen wir uns sofort auf den Bauch werfen und das Gesicht auf den Boden drücken. Auf jeden, der den Kopf hebe, werde ohne Anruf geschossen.«¹⁸

In Buchenwald merkte Walter Poller sogleich, daß er und andere Neuzugänge auf die Antwort, sie seien aus politischen Gründen ins Lager geworfen worden, durch Mithäftlinge bessere Kleidung bekamen, eine niedrigere

16 Göhring, unpag.; DÖW, Nr. 888; Naujoks, S. 43f.; *Marlies Pawlak*, Fritz Henßler. Ein Leben für die Arbeiterbewegung, Dortmund 1978, S. 23f. u. 27f.; Ernst Thape, Von Rot zu

Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover 1969, S. 157f.; Poller, S. 76ff. u. 123ff.; *Pachaly*, S. 41. 17 Poller, S. 203. 18 Naujoks, S. 31.

Gefangenenummer erhielten und in den ihnen zugewiesenen Blocks fürsorglich aufgenommen wurden. »Um wieviel näher liegt mir, mit tausend guten Gründen und auf tausend Erfahrungen gestützt, die Annahme, daß auch hier im Lager eine politische Organisation vorhanden sein muß. Und meine Erfahrungen haben mir später auch in jeder Beziehung bestätigt, daß diese logische Annahme richtig war, schon lange bevor ich selbst in den Kreis der Vertrauten aufgenommen und meinen Teil dazu beitragen konnte, auch hier im Konzentrationslager Buchenwald nicht nur persönlich, sondern auch im organisierten Zusammenwirken mit Gleichgesinnten meine Pflicht zu erfüllen.«

Das Gebot der Solidarität galt uneingeschränkt. So steckten Dachauer Häftlinge aus allen Blocks dem ersten Transport aus Wien, der 30 Stunden hungern mußte, Brot, Käse, Butter und Marmelade zu. Heilig sagte sich daraufhin: »Hier muß einer für den anderen eintreten. Kameradschaftlichkeit ist das oberste Gebot unserer Gemeinschaft. Nur so kann man das überstehen.« Wenig später schloß er sich den politischen Gefangenen an, die zehn Prozent des ihnen überwiesenen Geldes an eine Kasse für Unbemittelte abführten. Als die Kommandantur dies wie auch Geldgeschenke verbot, vereinbarten sie, bedürftige Kameraden gewissermaßen als »Paten« direkt zu unterstützen. Diese Gemeinschaftskasse, ergänzte Göhring, regten Block- und Stubenälteste der Baracken 12 und 14 an, um Einkäufe für alle Juden in der Kantine zu ermöglichen. Die Hilfe wäre einige Zeit gutgegangen. Doch im Juli 1938 wurde das Personal des Blocks 12 abgelöst, zur Strafe in die Kiesgrube geschickt und dort geschunden. Außerdem mußte es eine Stunde am »Baum« hängen. Kameraden im Block halfen ihnen durch Massage, die Glieder zu bewegen, dann nahm sie das Revier auf.

Aus solchen Einsatz wie aus der Eingliederung von Österreichern in das Lagergefüge, bemerkte Göhring, »ergaben sich zwischen den österreichischen und deutschen Genossen die ersten gemeinsamen Handlungen der Solidarität, die später stark genug war, auch schweren Belastungen standzuhalten, ob es um die Auswirkungen politischer Ereignisse oder den Druck seitens der SS ging«.¹⁹

Solidarität bedeutete im Konzentrationslager zugleich Aufrichtung durch ein gutes Wort und kameradschaftliche Hilfsbereitschaft. Dem damals 18jährigen Bernhard Wicki halfen in Sachsenhausen im Herbst 1938 Roman Chwalek und Harry Naujoks. »Den beiden«, erinnerte er sich, »verdanke ich mein Leben und außerdem viele Einsichten.« Ernst Wiechert hielt bewegt über Josef Biesel in Buchenwald fest: »Er war an Bildung jedem Uniformierten jenseits des Zaunes überlegen,

kannte alle Menschen, Dinge und Zustände im Lager und verschenkte, ohne ein Wort zu sprechen, eine unendliche, tröstende und aufrechte Ruhe, die mit einer gelassenen Selbstverständlichkeit aus seinem Dasein auströme ... Er nahm sich aller Neuangekommenen an, es verstand sich für ihn von selbst.« Biesel fragte den Schriftsteller, »aus welchem Leben er komme, drehte ihm eine Zigarette und stellte mit ein paar vorsichtigen Worten die Welt des Lagers vor ihn hin, wie man sie sehen müßte, wenn man in ihr bestehen wollte. In einer Welt der Rätsel und des Grauens war er der Große Kamerad, den Johannes' (Wiecherts – d. Verf.) Augen suchten, wenn er von der Arbeit kam, der Riese aus dem Berge, der herbeikam, wenn die Not bis über die Augen stieg, ein Kommunist, Hochverräter und »Untermensch«, treu, unerschütterlich, selbstlos und adlig und in seiner geringsten Gebärde, in seinem zerrissenen Kleid mehr wert und würdig als die Gesamtheit derer, die ihn hinter dem Stacheldraht bewachten.«

Die kameradschaftliche Verbundenheit bezeugten auch Geburtstagswünsche und -geschenke, oft vom Munde abgespart, zum Teil heimlich angefertigt. Elise Ewert schrieb in verhaltener Freude am 23. November 1938 aus der Lichtenburg: »Meine Gefährtinnen haben mir einen so schönen Geburtstagstisch aufgebaut. Ich sage Dir, es ist zum Staunen, mit wie wenig Mitteln man die niedrigsten Sachen herstellen kann. Papier, Kleister, Farbe, ein wenig Geschick zum Basteln und vor allem etwas Phantasie und der Wunsch, jemanden eine Freude zu machen, und so entstehen so hübsche Sachen, wie man sie kaum im Laden kaufen kann.«

In den Arbeitskommandos, die politischen Kapos unterstanden, warnten sich Häftlinge durch das geflüsterte Wort »Achtzehn« für Achtung vor herumstreifenden SS-Leuten. Andere mußten sie in Gespräche verwickeln, um ihnen Gelegenheit zu Mißhandlungen zu nehmen. »Es war jedenfalls im Baukommando üblich«, bestätigte Robert Siewert, Kapo des Baukommandos in Buchenwald, »daß Capos und Vorarbeiter vor allem ihre Aufgabe darin sahen, alle Häftlinge, die im Kommando tätig waren, zu schützen. Adolf Mans, der in meinem Kommando Vorarbeiter war, wurde mehrmals wegen seines vorbildlichen Einsatzes für die Kameraden von (Kommandoführer SS-Hauptscharführer – d. Verf.) Becker durchgeprügelt. Aber Adolf ließ sich dadurch nicht weichmachen. Er verstand es vor allem, mit den SS-Kontrollen zu reden, so daß sie immer wieder davon abgelenkt wurden, ihre Aufmerksamkeit auf die Häftlinge zu konzentrieren, und es ist mir mehr als ein Fall bekannt, wo Mans durch sein mutiges Dazwischentreten Häftlinge vor Mißhandlungen geschützt hat.«

Zu diesem Schutz gehörte, Gefangene davor zu bewahren, in die Postenketten getrieben und dann bei einem angeblichen Fluchtversuch erschossen zu werden. Karl Abel schilderte, wie ihn in Sachsenhausen Kriminelle auf die SS-Wachen zujagten. Nur das energische Eingreifen des Vorarbeiters Otto Sonnemann vom Mau-

19 Poller, S. 28ff.; DÖW, Nr. 6455; Heilig, S. 31, 73 u. 124; Göhring, unpag.

erkommando, einem Sozialdemokraten, rettete ihm vor dem Tod.²⁰

Besondere Fürsorge erfuhren schwache, alte, gefährdete und bestrafte Häftlinge. In allen Lagern sorgten antifaschistische Gefangene dafür, daß an geschützten Stellen sogenannte Schonkommandos entstanden, in Buchenwald unter anderem auf dem Holzplatz und die Strumpfstopferei. Sie nahmen Häftlinge auf, denen der Zusammenbruch drohte. Bei Appellen, besonders wenn nach vermuteter oder tatsächlicher Flucht die Gefangenen stundenlang ausharren mußte, stützte man Gebrechliche und Ältere. »Wir haben die Alten hinter uns stehen lassen«, hielt ein Buchenwalder Häftling fest, »sonst wären sie umgefallen und von der SS totgeprügelt worden. Wir Jungen mußten vorne stehen. Die anderen haben sich einander angelehnt, denn es durfte sich keiner rühren. Ich möchte sagen, auch das war politische Arbeit, die wir geleistet haben.«

In der Lichtenburg bekam Lene Overlach heimlich Lebensmittel zugesteckt, als sie herzkrank in der Krankenstation lag und als »Therapie« acht Tage hungern sollte. Lisa Ullrich erinnerte sich noch nach Jahrzehnten, wie Gefährtinnen sie unterstützten, als ihr linker Arm im Gips lag: Damit »mußte ich, wie alle Frauen, nach dem Wecken zum Appell mit allem fertig sein. Dies wurde nur möglich durch einen großartigen, auf Minuten durchdachten Plan der Hilfe von 36 Frauen. Nur so konnte die knapp bemessene Zeit genutzt werden. Unvergessen ist diese aufopfernde Solidaritätshilfe für mich bis heute gegenwärtig geblieben. Oft spreche ich davon, und immer wieder wird es mir warm ums Herz. Bis heute weiß ich nicht, wer die Initiatoren waren. Ich wurde an die Hand genommen, und dann von einer Kameradin zur anderen geführt, und jede half mit ein paar Handgriffen, bis ich immer zu allem rechtzeitig fertig war. Ein halbes Jahr trug ich den Gipsverband, und der Arm war ein weiteres halbes Jahr nicht zu gebrauchen.«

Für sogenannte Rückfällige, die zum zweiten Mal im Konzentrationslager waren und besonders terrorisiert wurden, sammelten andere Gefangene Brot. Angehörige der Strafkompagnie fanden in Buchenwald abends Essen in ihren Spinden vor, wenn sie nach stundenlangem Strafstehten am Tor in ihre Unterkunft kamen. Ebenso erhielt der Isolierblock in Sachsenhausen neben Weihnachtsgeschenken, die Kameraden in den Schränken versteckten, regelmäßig Nahrungsmittel. Sepp Hahn berichtete: »In den Baracken der politischen Häftlinge wurden oft halbe Portionen des Abendbrotes zur Verfügung gestellt, ebenfalls aus Kantineneinkäufen Sammlungen durchgeführt. ... Es ist klar, daß es auch genügend Möglichkeiten gab, die Genossen in der SK (Strafkompagnie – d. Verf.) vom politischen Geschehen zu verständigen und über die allgemeine Lage außerhalb des Lagers auf dem laufenden zu halten.«

Ebenso kümmerte man sich in Dachau um die Opfer,

die Prügelstrafen erdulden mußten. Maximilian Reich betonte: »Die ohnehin enge Kameradschaft, stets zu jedem Opfer bereit, wurde durch das gemeinsame Miterleben solcher Exzesse noch gefestigt. Rührend war das Verhalten der Kameraden gegenüber dem Opfer der Tortur. Kaum war der Gefolterte in die Stube zurückgekehrt, gebrochen an Leib und Seele, wurde er von hilfsbereiten Kameraden umringt, die sich bemühten, seine Schmerzen zu lindern, ihn zu laben und zu trösten. Man gab ihm Tee und versuchte, ihm aus dem Bestand von stärkenden Nahrungsmitteln etwas einzuflößen. In welchem Gegensatz stand dieses mitfühlende Erbarmen mit der gequälten Kreatur zu den dunklen Schatten barbarischer Grausamkeit, der es umkrallt hielt! Solches Erlebnis gab uns immer wieder Kraft und neues Hoffen.« Sachsenhausener Sanitäter sorgten sogar dafür, daß im Bunker Eingesperrte Stärkungsmittel erhielten. In der Lichtenburg hielt Fini Gleixner Kontakt zu der eingekerkerten Olga Benario-Prestes. Über Bibelforscherinnen gelangte Brot für die Österreicherin Susi Benesch in den Arrest, wo sie wegen Hilfe für eine Kameradin saß. Als die Strafkompagnie nur noch 200 Gramm Brot erhielt, steckten politische Frauen deren Angehörigen Hundekuchen zu.²¹

In den Krankenrevieren zeigte sich augenfällig die uneigennützte Hilfe. Mit Unterstützung der Lagergemeinschaft sorgten sich die antifaschistischen Kapos, Pfleger und andere im Krankenbau beschäftigte Häftlinge nicht nur um zusätzliche Nahrung für Kranke und Genesende, sondern vor allem um Verbandszeug, Medikamente, Instrumente und Geräte, die die SS-Lagerführung nur im geringem Maß zuwies. Dazu ergänzten Arztschreiber offizielle Bestellen, und andere zogen aus den Beständen des SS-Lazarets einiges für das Häftlingsrevier ab, um ausreichend helfen zu können. Vielfach mußten die Pfleger SS-Ärzte umgehen, um Verletzte versorgen zu können. So berichtete Fritz Reuter aus Sachsenhausen: Als der Kommandant Helwig »den Sachsengruß eingeführt hatte, mußte ich einmal 36 Stunden im Sachsengruß am Tor stehen. Der Posten auf dem Turm hatte behauptet, ich hätte mit meinem Nebenmann während des Appells gesprochen. Wir wurden daraufhin beide verprügelt und ans Tor gestellt. Im kalten Nieselregen standen wir 36 Stunden ununterbrochen mit gebeugten Knien, Hände im Nacken, ohne eine einzige Bewegung. ... Als der Befehl »Wegtreten!« kam, mußte ich meine Mütze mit den Zähnen aufheben, die Arme waren völlig bewegungsunfähig. Die Genossen aus meiner Baracke brachten mich noch am gleichen Abend ins Revier, wo ich massiert, eingerieben und bestrahlt wurde. Man fütterte mich wie ein kleines Kind, floßte mir Tee und Suppe ein. Unter dem Vorwand, daß ich eine schwere fieberhafte

20 Sonntag, 1985, Nr. 10; Wiechert, S. 83f.; ZPA, NL 203/3; Buchenwald, S. 121f.; ZPA, EA 1351.

21 Arch. Lichtenburg, Nr. 736 u. 740; Wiechert, S. 99ff.; Papp, S. 35f.; Buchenwald, S. 119; Sachsenhausen-Hefte,

Ausgabe 4, S. 140ff.; DÖW, Nr. 6455; Poppinga/Barth/Roth, S. 93; Arch. Lichtenburg, Nr. 727; Sturm, S. 274 u. 277.

Erkältung habe, behielten mich die Genossen einige Tage lang im Revier. Nach sorgsamer Pflege konnte ich mich wieder bewegen. Ich wurde vorübergehend in ein leichteres Arbeitskommando eingewiesen, und abends behandelten mich die Häftlingssanitäter weiter.«

Um ihrem Auftrag gerecht zu werden, ließen sie zum Teil heimlich mit Unterstützung von Bau- und anderen Kommandos die Reviere ausbauen und zogen weitere Häftlinge zur medizinischen Betreuung heran. Sie kamen überwiegend aus fremden Berufen, wie schon die ersten Häftlingssanitäter in Sachsenhausen, der Buchdrucker Willi Klangwarth, der während des Militärdienstes eine Sanitätsausbildung erhalten hatte, der Veterinär Walter von Schwichow, der Drogist Ludwig Eisermann, der Versicherungskaufmann Robert Abshagen, in Buchenwald der Maurer Willi Dehnert, der Schlosser Walter Krämer, der Zimmermann Hellmuth Röder und der Heizungsmonteur Alfred Tittel. Sie erwarben sich unermüdlich medizinische Kenntnisse, um wirkungsvoll helfen zu können. Herbert Thomas, bis 1939 Arztstreiber in Buchenwald, betonte, daß die Pfleger darin ihre »moralische Pflicht« sahen. »Das forderte von ihnen, alle Möglichkeiten zu nutzen, um sich theoretisch und praktisch ein hohes Wissen und große praktische Fähigkeiten anzueignen, wozu auch die Fähigkeit gehörte, Operationen auszuführen, wenn auch keine komplizierten.« Rudi Gottschalk, ebenfalls Buchenwalder Arztstreiber, erklärte: »Der Gedanke, die Zeit der Sklaverei nicht sinnlos und stupide abzubrummen, sondern unseren Leidensgefährten helfen zu können, half uns, Berge zu versetzen.«

Initiator und Motor in den Revieren waren die dortigen illegalen Gruppen, wie Eisermann am Beispiel Sachsenhausen verdeutlichte: Alle sechs Sanitäter fühlten sich »als Parteifunktionäre und arbeitete(n) als antifaschistische Widerstandskämpfer im Lager. Alle Kommunisten waren — viele nach langjähriger Zuchthaushaft — im KZ auf neue Art mit dem Klassenfeind und seinen brutalsten Erscheinungsformen konfrontiert. Deshalb mußten alle Möglichkeiten dieses gefährlichen antifaschistischen Kampfes untersucht und seine Verbreiterung durchgeführt werden. Dazu mußten Menschen gewonnen und Maßnahmen festgelegt werden.« Für Buchenwald bestätigte Dehnert: »Der Einfluß der illegalen Parteileitung auf die politischen Sanitäter wie auf das Revier überhaupt, wurde anfänglich über mich und später über Walter Krämer ausgeübt. Die vorbildlichen Krankenbehandlungen der Sanitäter brachten den politischen Häftlingen großes Vertrauen ein.«²²

22. Wenzel, S. 45, 31 ff., Anhang, S. 46 f. u. 139; Ritscher/Herrmann, S. 25 ff., 29 u. 44 f.; Naujoks, S. 105 ff.; Helga Rüdiger, Das Häftlingsrevier — ein Stützpunkt des illegalen Widerstandskampfes in der Zeit von 1936 bis 1939 (MS), S. 34 ff., 27 f., 15 ff. u. 13; Pachaly, S. 26 u. 29; Dro-

bisch, Buchenwald, S. 21 f. u. 32 f.; Beiträge zur Geschichte des Häftlingskrankenbaus im Konzentrationslager Buchenwald, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle o. J., S. 94.

Masseneinlieferungen erforderten die Unterstützung großer Teile des antifaschistischen Lagerkollektivs. Es bemühte sich, die Aufnahme schnell vorzunehmen, um Mißhandlungen zu begrenzen. So berichtete Schwichow über den November 1938 in Sachsenhausen: »Die illegale Lagerführung beschloß, daß die Position des Blockältesten ausschließlich von erfahrenen und zuverlässigen Häftlingen besetzt werden sollte. Ich habe danach einen sogenannten Judenblock als Blockältester übernommen. Unterstützt wurde ich vor allem von Pastor Werner Koch, von Oskar Müller und Willy Rumpf.« Als weitere Blockälteste kümmerten sich Hermann Fenske, Peter Göbel, Walter Leu, Rudi Rothkegel, Georg Spielmann, Rudi Steinwand und Karl Wloch um die jüdischen Gefangenen, um SS-Schikanen abzuschwächen, heimlich medizinische Hilfe zu besorgen und das Zusammenleben der Verschleppten in die Wege zu leiten. Wloch erläuterte: »Die Politischen unter den »Stammhäftlingen« haben den Auftrag bekommen, als Blockälteste Ruhe und Ordnung unter die z. T. völlig verstörten und demoralisierten Häftlinge zu bringen, um sie nicht völlig der SS-Willkür auszuliefern.«

In Buchenwald entschied die illegale Leitung, sofort aktiv einzugreifen. »Jede Gruppe bekam ihren Auftrag«, erinnerte sich Karl Plesse. »Hilfe für die Juden!« lautete die Losung. Wir bauten freiwillig mit an Notbaracken, sorgten für Kleidung — denn viele von den jüdischen Häftlingen kamen im Hemd an —, und wir sorgten für Essen, für erste Hilfe bei Krankheit und Unglücksfällen, wir linderten die erste Not, wo wir nur konnten.« Gleiche Haltung bezog ein katholischer Kapo, indem er Mitgefangenen erklärte, die Juden seien unsere Brüder und im Lager noch mehr: unsere Kameraden. Mit dieser Überzeugung drang der 3. Lagerälteste Karl Barthel, ein Reichstagsabgeordneter, nachts in die isolierten Baracken ein, beruhigte die Insassen und führte sie zu den Latrinen. So konnte er verhüten, daß sie von der SS wegen angeblicher Meuterei schlimm mißhandelt wurden. Die Häftlingssanitäter besorgten Verbandsmaterial und Medikamente und richteten unter Willi Dehnert Ende 1938 ein eigenes Revier für die Pogromopfer ein. In ihm halfen trotz SS-Verbots, inhaftierte Mediziner heranzuziehen, die österreichischen Ärzte Dr. Friedländer, Dr. Kries, Dr. Margulies, Dr. Veröe, Dr. Zipser und Dr. Perth. Anfang 1939 brachte Fritz Unger nach Rücksprache mit der konspirativen Leitung und dem Revierkapo die beiden jüdischen Kinder Noah Deister und Seppel Graf ins Revier. Auch ein anderer neunjähriger jüdischer Junge wurde von ihm betreut.

Der schon im Judenrevier heimlich tätige Arzt Rudi Perth setzte sich ein, die Typhusepidemie Anfang 1939 zu bekämpfen.²³

Die letzte solidarische Handlung im Konzentrationslager fand bei der Entlassung statt: ein kameradschaft-

23. Sachsenhausen-Hefte, Ausgabe 5, S. 169 u. 175; Poppinga/Barth/Roth, S. 95; ZPA, V 241/

46; Heilig, S. 200 ff.; DÖW, Nr. 9554; Wenzel, Anhang, S. 36 f. u. 56 f., Freund, S. 37 f. u. 72 f.

liches Wort und ein kräftiger Händedruck, das stille Versprechen, weiter zu kämpfen, und der Ertrag einer Sammlung unter den zurückbleibenden Kameraden, wie in Dachau und Esterwegen, die bei den ersten Schritten außerhalb von KZ-Mauern und -Stacheldraht half.²⁴

All' die mannigfaltigen solidarischen Handlungen verallgemeinerte Bruno Heilig mit den Worten: Gemieden wurde, wer Geld hatte und Kameraden hungern ließ. Ehrenpflicht war es, alten und schwachen Kameraden die Arbeit zu erleichtern und Kameraden vor Gefahr zu bewahren. Und Robert Leibbrand faßte für Buchenwald zusammen: »Wer dieser Gemeinschaft angehörte, wurde von den Kameraden immer und mit allen Mitteln unterstützt und gedeckt. Er wurde vor Verrätern gewarnt, lernte alle die Kniffe und Schliche, mit denen die zahllosen Schikanen der Lagerordnung umgangen werden konnten, wurde an einem möglichst guten Arbeitsplatz untergebracht. Machte er bei der Arbeit schlapp, dann nahmen ihm kräftigere Kameraden heimlich einen Teil seiner Arbeit ab. Drohten die Kameraden zusammenzubrechen, wenn ununterbrochen im Laufschrift schwer beladene Feldbahnwagen geschoben werden mußten, dann ließen die Mutigsten und Entschlossensten eben ihren Wagen entgleisen. Sie mußten ihn unter Beschimpfungen und Prügeln wieder in die Schienen heben – aber für zehn Minuten war das Geleise gesperrt, und es konnten 50 oder 100 Kameraden aufatmen und ausruhen.« Der Wiener Sozialist Julius Freund verwies aufgrund seiner Erlebnisse im selben Lager darauf, daß politische Gefangene Strafen für andere übernahmen, um sie zu schonen. Dieser Kampfesmut und diese Kampfkraft erfaßte nicht nur auf solche, sondern noch auf andere Weise Mitgefangene, wie Freund anfügte: »Viele Häftlinge, die in ihrem bisherigen Leben der Arbeiterklasse gegenüberstanden, haben sich überzeugt, daß in diesen Kommunisten und Sozialisten ein guter Kern steckt, und haben durch die Träger dieser Idee ihre politischen Ansichten gewechselt.«²⁵

Ungebrochen

Kameradschaftliche Verbundenheit und ungebrochene Kampfmoral zeigten sich gleichfalls in kultureller Betätigung, obwohl dafür wenig Zeit blieb. In Sachsenhausen stellten politische Häftlinge Listen zu besorgender Literatur zusammen, so daß die Bücherei von ca. 500 Bänden 1936/37 bis 1939 auf etwa 800 anwuchs, darunter Schriften von Eva Curie, Vincent van Gogh und Mark Twain. Ähnlich vergrößerte sich in Buchenwald der Bestand. In Dachau sammelten Gefangene Geld und ließen sich Fachbücher und Belletristik schicken. Als die SS nach dem Novemberpogrom beschlagnahmte Privat-

bibliotheken zur Sichtung und Vernichtung ins Lager brachte, entwendeten Häftlinge daraus zahlreiche Bände. Sie lasen Werke von Goethe, Grillparzer, Jean Paul und Schiller. Heimlich kursierte eine französische Ausgabe von Heines »Wintermärchen«. Trotz SS-Kontrolle bildete, wie ein Häftling schrieb, »die Lagerbibliothek mitten im faschistischen Konzentrationslager ein Sammelpunkt all derer, die sich geistig nicht gleichschalten ließen. Gerade in dieser Hölle blieb das Buch für den, der zu lesen verstand, einer der mächtigsten Verbündeten gegen den Faschismus«. Hinzu kam, wie in Buchenwald unter Walter Husemann, daß die Lagerbücherei einen Platz ruhiger Aussprache oder in Sachsenhausen unter Wilhelm Guddorf, nach ihm Karl Schirdewan der politischen Schulung darstellte.²⁶

Manchem gab es seit Herbst 1936 in Sachsenhausen Kraft, wenn Bernhard Bästlein und Volker Paddy aus der Erinnerung Gedichte, kurze Prosastücke und Naturbeschreibungen vortrugen. Robert Abshagen stellte des weiteren Programme aus Werken von Bredel, Tucholsky, Weinert und anderen proletarischen und progressiven Schriftstellern zusammen.

Rezitationen und Chansons gehörten zu den Singabenden in Sachsenhausen, die seit 24. Dezember 1936 stattfanden. Von Bästlein angeregt, sangen die politischen Häftlinge zuerst Wander-, dann Lieder aus dem Bauernkrieg und schließlich die Lieder aus den Moorlagern. »An diesem Abend wurde jeder einzelne von der Kraft der Gemeinschaft erfüllt«, erinnerte sich Harry Naujoks, »die ihm Stärke gab, auch dem schlimmsten Terror zu widerstehen. Wer an diesem Abend teilgenommen hatte, übertrug den Geist dieses Erlebnisses auf die Kameraden, die nicht dabei gewesen waren. Unsere Lieder schallten weit hinaus. Schallerabende nannten nun die Kumpels von der Wasserkante diese Abende. Zu den Schallerabenden fanden sich Kameraden immer wieder zusammen. Dicht gedrängt standen sie im Block, ohne die Müdigkeit nach der schweren Tagesarbeit zu spüren. Die Baracken, in denen »geschallert« wurde, wechselten, damit möglichst viele Kameraden teilnehmen konnten.« Ebenso empfand Pfarrer Koch, daß die antifaschistischen Häftlinge durch den gemeinsamen Gesang »Kameradschaft und Freundschaft besiegeln, unsere Hoffnung auf den Tag der Freiheit festmachen und neue Kraft gewinnen für den täglichen Kampf ums Überleben, der von uns gefordert wird ... Sich im gemeinsam gesungenen Lied (zu) vergewissern, daß wir nicht allein sind im Kampf gegen das Ungeheuer, das sich selber den Namen »Faschismus« gibt, das hält aufrecht.«

Im Buchenwalder Krankenrevier spielte Willi Dehnert auf seiner Gitarre, die ihm der Kapo der Effektenkammer, Gerhard Bartzek, aus seinen dort verwahrten

26 Naujoks, S. 121; Sachsenhausen-Hefte, Ausgabe 4, S. 127; Lieder ... , S. 92f.; Röder, S. 288ff.; Haberland, S. 148f.; Wiechert, S. 123; Seela, Lesen und Litera-

turbenutzung ... , S. 45ff.; ders., Der Katalog der Häftlingsbücherei des KZ Buchenwald, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen, 1988, S. 104ff.

24 DÖW, Nr. 6455; Emendörfer, S. 106f.

25 Heilig, S. 107 u. 97; Leibbrand, S. 16; Freund, S. 104.

auf der Lichtenburg (Refr.)

Die Gedanken sind frei

I. Die Gedanken sind frei, Wer kann sie
irrtun? Sie fliegen vorbei wie nächt-
liche Schatten. Kein Mensch kann
sie wissen, kein Jäger erschließen.
Es bleibt dabei, die Gedanken sind
frei.

II. Ich denke was ich will und was mich
beglückt. Doch alles in der Welt, und
wie es sich schicket. Mein Wunsch
und Begehren kann keiner vernichten.
Es bleibt dabei, die Gedanken sind frei.

III. Und sperrt man mich ein, im fin-
sternen Kerker. Das alles sind rein
vorgebliche Werke. Denn meine Ge-
danken zerreißen die Schranken
und Mauern entwei. Die Gedanken
sind frei.

IV. Man kann ja im Herren Sitz

Liederbuch aus dem KZ Lichtenburg

Sachen geholt hatte, sich in den »kranken Häftling, der mit allen Fasern an seinem schon fast aufgegebenen Leben hängt«, versetzend. »Er verlangte ganz einfach nach guten Worten und Tönen, die ihm in der grausamen Welt, in der er lebte, sein Menschsein bestätigten. Vielen Kameraden verhalf dieses zu ihrer Gesundwerdung.«

Erich Bauer, Fritz Gießner, Leo Kaiser, Herbert Thiele und Alfred Vogel ließen sich gleichfalls aus der Effektenkammer ihre Instrumente besorgen. Mit ihren Kameraden sangen sie beispielsweise »Wilde Gesellen«. »Wir sind des Geyers schwarzer Haufen« und »Die Glocken vom Bernwardsturm«. Wie begeistert sie »Wilde Gesellen« gesungen haben«, meinte Dehnert, »kann nur der ermessen, der wie wir sich über eine Elendslage erhob, der seinen Protest an gesellschaftlicher Ordnung und zugleich auch seine optimistische Lebenseinstellung mit den Worten ausdrückte: »Spießer und Spötter, die haben uns verlacht, uns geht die Sonne nicht unter!«

Und wenn sie von den »Glocken vom Bernwardsturm« sangen, fühlten die politischen Häftlinge bei den Zeilen »Auf rammte der Schmied mit einem Schlag das Tor, das er fronend geschaffen«, sich in der Rolle der »revolutionären Bauern, die ihre Peiniger auf der Klingsburg mit dem Spaten bezwangen. Es brannte in uns allen der Wunsch, es ihnen einmal gleich tun zu können.«

Die Buchenwalder betonten im Lagerlied bei »Denn einmal kommt der Tag, da sind wir frei« das »wir« so, daß es »als Drohung herausgeschmettert wurde«, berichtete Freund. Andere Lieder sangen sie zum Teil so entschlossen, daß SS-Posten dazwischen schossen. Und bei dem Gesang von »Uns geht die Sonne nicht unter« dachte Wiechert: »Nein, sie ging auch nicht unter. Nicht nur, wenn ihr die Hacken und Schaufeln noch hebt, nachdem sie längst hinter dem Horizont versunken war, sondern auch in euren Herzen ging sie nicht unter, die Sonne der Hoffnung, des Frohsinns und der Freiheit, ihr, die ihr stärker wart als euer Schicksal.«

Neben den Lagerliedern entstanden in den Konzentrationen weitere Lieder, die Kampfentschlossenheit und Siegeswillen ausdrückten, so eines in Dachau von Kurt Wolfgang, das lautete:

»Gitter, Mauern, Stacheldraht –
das ist unsre Welt.

Gib acht, du Schutzhaftkamerad,
wer nicht steht, der fällt!

Seid stark, ihr Kameraden,
im Lager Dachau vereint.

Kopf hoch, Zähne zusamm',
Brust raus, halte dich stramm,
auch uns die Sonne mal scheint.

Wenn wir nicht zusammenstehn,
hältst du es nicht aus.

Allein kannst du nur untergehn,
und viele baun ein Haus!

Seid stark, ihr Kameraden ... «

Und ein Text des österreichischen Häftlings Jura Soyfer forderte: »Werde selber du zu Stahl und Stein.« In der letzten Strophe hieß es weiter:

»Draußen dann, wo wir uns finden,
bist du, Kamerad, zur Stell!

Hell wird uns die Freiheit lachen,
vowärts geht's mit frischem Mut,
und die Arbeit, die wir machen,
diese Arbeit, die wird gut.«²⁷

Auch Kammermusik wie in Buchenwald stärkte in den Ausführenden wie den Zuhörern das Bewußtsein, nicht schrankenlos zu quälende Arbeitstiere, sondern Menschen zu sein. Nachdem sich im Block 22 jüdische Häftlinge zu einem Streichquartett unter Rudi Arndt zusammengefunden hatten, musizierte es auch in anderen Baracken. Derselbe Walter Wolf, den die klassische Musik aus den Lautsprechern peinigte, bekannte

27 Lieder ..., S. 48; Koch, S. 228ff.; Freund, S. 121; Schnei-
der, S. 119 u. 103; Seidel, S. 27f.;

Wiechert, S. 120; Lieder ...,
S. 96ff.

bei der von seinen Mitgefangenen gespielten Mozart-schen »Kleinen Nachtmusik«: »Wir lauschten, wir träumten: zu Haus, draußen, jenseits des Drahtzaunes, dort in der Freiheit. Wir waren wieder einmal Menschen!«²⁸

Gleiches bewirkten kabarettistische Veranstaltungen, 1938 in Dachau, anschließend in Buchenwald durch die Wiener Fritz Grünbaum, Hermann Leopoldi, Paul Morgan und Jura Soyfer sowie den Berliner Fritz Fuß. Im jüdischen Block trugen sie Sketche und Lieder vor. Bald fanden sich auch Kameraden aus anderen Baracken ein. Daraus entstanden Programme und sogenannte Blockabende, an denen sich weitere Häftlinge beteiligten. An eine der Aufführungen erinnerte sich Curt Posener: »Jura (Soyfer – d. Verf.) schrieb auf Abfallpapier sein Stück, sein letztes Stück. Es machte sich über das Lager, die SS und den Nationalsozialismus lustig. Der Inhalt war, daß ein Häftling aus Buchenwald sich so an das Lagerleben gewöhnt hatte, daß er sich nach seiner Entlassung in Nazideutschland nicht mehr zur Rechtfertigung und sich nach dem »schönen« Leben im Lager zurücksehnte. Schließlich hält er es nicht länger in »Freiheit« aus und schwindelt sich über den Stacheldraht wieder ins Lager zurück. Fritz Grünbaum übernahm die Rolle des Häftlings, zwei weitere Österreicher vervollständigten das Ensemble, und ich hatte auf einer geliehenen Gitarre für die musikalische Untermalung zu sorgen ... Wir gaben insgesamt drei Vorstellungen in drei verschiedenen Blocks deutscher Kameraden. Vor jeder Vorstellung trennten wir – was streng verboten war – unsere Gefangenenummer ab und schlichen uns in die deutschen Baracken. Der Blockälteste hielt vor unserem ersten Auftritt eine Rede, in der er vor allem Jura und Grünbaum begrüßte. Dann erklärte er: »Fritz Grünbaum ist uns kein Unbekannter. Obwohl er kein Kommunist ist, hat er sich seinerzeit, bevor Hitler zur Macht kam, oft für Veranstaltungen der Roten Hilfe zur Verfügung gestellt, und wir wissen, daß er im Herzen einer der Unsrigen ist. Nun eine Warnung an alle Spitzel unter uns. Wir wissen, wer ihr seid. Die österreichischen Genossen riskieren ihren Kopf, um uns einmal eine halbe Stunde unser schweres Leben vergessen zu lassen. Sollte einem von ihnen von der SS auch nur ein Haar gekrümmt werden, so überlebt ihr den Tag eures Verrats nicht.« ... Die Aufführungen waren ein großer Erfolg.«

Bei einem anderen Blockabend sangen Häftlinge nach Wander- und Lagerliedern »Auf und nieder geht die Sonne« aus Maxim Gorkis »Nachtasyl« und rezitierten Gedichte von Heinrich Heine. »Die Stimmung wurde immer gelöster. Einige stimmten sogar den Marsch »Roter Wedding« an«, prägte sich Willi Dehnert ein. »Es war Zeit, Schluß zu machen. Wir sangen gemeinsam das Lied:

»Was uns auch begegnet hier,
Kameradschaft heißt's Panier!
Keinem wirklich gut es geht.

Übt drum Solidarität.

Graue Kolonnen rücken aus
Bei Sonne, bei Regen und Sturmgebraus.
Geht dann die Fahrt durch den Stacheldraht:
Kopf hoch, Moorkamerad!«²⁹

Heimliche politisch-kulturelle Zusammenkünfte gab es auch zu Gedenk- und Feiertagen, so in Buchenwald zum 1. Mai 1939 oder in Sachsenhausen in Erinnerung an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und W. I. Lenin. Andere Kulturveranstaltungen nach von Bernhard Bästein zusammengestellten Programmen waren teilweise bewährten Kameraden als Geburtstagsgeschenk zuge-dacht, wie Ludwig Eisermann aus Sachsenhausen beschrieb: »Organisiert wurden sie mit Hilfe der Blockältesten und anderer Genossen vom Block. Man konnte sie nicht lange ausdehnen, um die Sicherheit nicht zu gefährden. Es ging immer so 20 bis 30 Minuten lang. Diese guten, revolutionären Veranstaltungen stärkten die Häftlinge sehr. Manchmal wurde sogar als Abschluß die »Internationale« gesummt. Das gab den Genossen natürlich Kraft für den Widerstandskampf.«³⁰

Seelsorgliche Zusammenkünfte bestärkten die Gläubigen unter den Lagerinsassen. In Sachsenhausen fanden sich Protestanten und Katholiken getarnt Ostern und Pfingsten zu Gottesdiensten zusammen. Dabei legte einmal Pfarrer Koch das Bibelwort »Wer da hat, dem wird gegeben, wer aber nichts hat, dem wird auch das genommen, was er hat« aus: »Hier im Lager erfährt man, daß Jesus damit eine Regel ausgesprochen hat, die von allgemeiner Gültigkeit ist. Wer mit irgendeinem Glauben – und sei es mit dem Glauben an den endlichen Sieg des Kommunismus –, wer mit irgendeiner menschlichen Substanz hierhergekommen ist oder in der Verpflichtung, die einem die große Liebe zu einem Menschen gibt, nimmt zu an innerer Reife, Verstand und Menschlichkeit. Wer aber ohne irgendeinen inneren Halt hierhergekommen ist, verliert auch die letzte innere Zufluchtsmöglichkeit, er verkommt innerlich und äußerlich, er wird korrupt, er läßt sich fallen oder – geht »in den Draht!«

In Buchenwald fand sich ein kleiner Kreis von Katholiken an Sonntagnachmittagen und kirchlichen Feiertagen hinter Baracken oder in einem Waldstück zusammen, um ein priesterliches Wort zu hören. Kommunisten wußten davon und warnten vor SS-Leuten und Denunzianten unter den Gefangenen. Für eine besondere katholische Feier stellten sie sogar einen Raum zur Verfügung.

Von einem jüdischen Gottesdienst berichtete Maximilian Reich: »In die ersten Tage unseres Buchenwalder Aufenthalts fielen die hohen jüdischen Feiertage Neujahr und Versöhnungstag. Am Vorabend dieser Feste schlichen bei Einbruch der Dämmerung die gläubigen Juden aus allen Baracken zum ... Zehner-Block. Wir hatten noch keine Mützen erhalten, und so bedeckten

die Besucher dieses improvisierten Gottesdienstes ihre Köpfe mit Taschentüchern, deren vier Enden in Knoten geschlagen waren. Ein junger Rabbiner aus Wien übernahm das Amt des Vorbeters, und alle beteten ihm halblaut nach. Obwohl die Andacht fast eine Stunde dauerte, wurde sie nicht gestört. Mäuschenstill standen einige hundert Häftlinge aus den Arier-Blocks um die Gruppe der jüdischen Beter.«³¹

Einen besonderen Eindruck hinterließen bei allen politischen Gefangenen in Buchenwald die Predigten, die der evangelische Pfarrer Paul Schneider mehrmals aus dem kleinen Fenster des Bunkers zu den auf dem Appellplatz Angetretenen hielt. Er klagte die SS des Mordes an, erinnerte die Häftlinge an das Gebot der Nächstenliebe und mahnte sie, standhaft zu bleiben. Schläge des Arrestführers Sommer erstickten die Stimme des Geistlichen, ehe er gewaltsam vom Fenster gezerzt wurde. Den österreichischen Sozialisten Julius Freund, dem wie allen anderen der Pfarrer zurief: »Harret aus, Brüder, in diesem Kampf! Gott gibt auch die Kraft, vertraut auf ihn, nicht auf Hitler!« und seinen katholischen Landsmann Leonhard Steinwender ergriffen Schneiders Worte ebenso wie den österreichischen Juden Maximilian Reich, dem sich seine Ermutigung in die Erinnerung prägte: »Juden, fürchtet nicht diese Teufel!« Schneiders Zellenpredigten bewegten den Sozialdemokraten Walter Poller und den jungen Kommunisten Hasso Grabner, der von sich und Gleichgesinnten sagte: »Wir wußten, daß hier ein Mensch spricht, der leidet wie wir, der die tödliche Gefahr verachtet wie wir, der unser Bruder ist ... Ich habe mich oft mit Walter Stoecker über Pfarrer Schneider unterhalten und besinne mich recht gut der Worte warmherziger Anerkennung, die er, der kommunistische Reichstagsabgeordnete, für den christlichen Märtyrer fand.«³²

Ihre toten Kameraden ehrten antifaschistische Häftlinge mit trauerndem Gedenken, Protest gegen den Mordterror und Ausdruck der Ungebrochenheit in einem. In Sachsenhausen kamen sie im Block 12 zusammen, als ihnen ein SS-Mann zynisch mitteilte, Carl von Ossietzky wäre gestorben. Ihm zu Ehren sangen sie das Moorsoldatenlied, erinnerten an ihre Begegnungen mit ihm. Hans Christoffers spielte die Warschawianka, und alle sangen das Sachsenhausenlied. In Buchenwald ertrotzten Fritz Grünbaum und Hermann Leopoldi, daß sie den verstorbenen Paul Morgan vom Revier zum Tor tragen konnten, »der erste Schutzhaftgefangene, dem von Freunden das letzte Geleit gegeben werden darf«, wie Bruno Heilig feststellte.

Im März 1939 würdigten auf Initiative von Albert Kuntz die Häftlinge des Blocks 39 heimlich Leben und Kampf Walter Stoeckers. In Sachsenhausen regte die Leitung an, den am 2. Juni 1939 verstorbenen Lambert

Horn aufzubahren und in kleinen Gruppen an ihm vorbeizudefilieren. Die Kommunisten im Revier besorgten Sarg und Blumen. Auch andere politische Gefangene legten Sträuße bei dem Toten nieder und hörten Gedenkworte, bis die SS sie auseinanderjagte. Sie verhängte Prügelstrafen und warf einige Häftlings-sanitäter in den Dunkelarrest und die Strafkompagnie. Auch in Buchenwald bahrten die Revierkapos Walter Krämer und Karl Peix den am 18. Juli ermordeten Pfarrer Schneider auf und ließen ihn mit Blumen bedecken, damit seine Frau von ihm Abschied nehmen konnte. Wenig später, am 7. August, ehrten Buchenwalder Häftlinge in gleicher Weise den ermordeten Kommunisten Rudolf Opitz, von dem der Sozialdemokrat Poller schrieb, er wäre »ruhig, offen, aufgeschlossen für alles Gute und Schöne, stets hilfsbereit, geistig regsam, belesen, immer über der Situation stehend, selbst hier im turbulenten Lagerdasein noch ein ruhender Pol« gewesen.³³

Durch Flucht versuchten weiterhin einige Häftlinge der KZ-Hölle zu entrinnen. Wenigen gelang es, oft nur für einige Zeit.

Jede versuchte oder gelungene Flucht zog Repressalien für das ganze Lager nach sich, so als in Sachsenhausen sieben Häftlinge von einem Geräteschuppen aus einen unterirdischen Gang gruben und in der Nacht zum 7. November 1936 entwichen. Sechs von ihnen wurden gefaßt, nackt mit je 50 Schlägen traktiert, an den Pfahl gehängt und mit eiskaltem Wasser übergossen, dann für sechs Wochen in den Bunker gesperrt. 25 Gefangene, die in der Nähe des Schuppens gearbeitet hatten, erhielten je 25 Schläge auf dem Bock, weil von ihnen nichts bemerkt worden war. Alle Häftlinge mußten 36 Stunden auf dem Appellplatz stehen. In Buchenwald ließen sich im Dezember 1938 zwei Kriminelle in einem Heizungsschacht einmauern und flohen dann. Die Häftlinge im Lager mußten deswegen über sechs Stunden auf dem Appellplatz ohne warme Bekleidung bei anfänglich zwölf, dann bei 18 bis 20 Grad Kälte stehen. Etliche Gefangene blieben auf dem Platz liegen. Die Dachauer Häftlinge mußten wegen einer Flucht aus einem Arbeitskommando am 21./22. Januar 1939 24 Stunden auf dem Appellplatz ausharren, wodurch drei starben.³⁴ Deswegen sprachen sich die Lagergemeinschaften für lange Zeit gegen jegliche Flucht aus.

So blieb nur, auf Entlassung zu hoffen, nicht zuletzt, um die Öffentlichkeit über die KZ-Zustände unterrichten zu können. Rudolf Opitz, Fotograf in Buchenwald, verbarg Bilder von SS-Verbrechen hinter einem Familienfoto. Vor seiner Entlassung wurden sie zufällig entdeckt und Opitz im Bunker ermordet. Dennoch schworen sich nicht wenige Gefangene, die Vor-

31 Koch, S. 227f.; Leonhard Steinwender, Christus im Konzentrationslager. Der Weg der Gnade und des Opfers, Salzburg 1946, S. 21ff.; DÖW, Nr. 6455.

32 Drobisch, Schneider, S. 108; Freund, S. 114; Steinwender, S. 64f.; DÖW, Nr. 6455; Poller, S. 161; Das war Buchenwald!, S. 93.

33 Lieder ..., S. 49; Heilig, S. 211; Drobisch, Buchenwald, S. 34; ZPA, EA 1351; KZ-Verbrechen ..., S. 183f., 192 u. 452; Rüdiger, S. 44f.; Der Prediger ..., S. 208; Poller, S. 98 u. 100.

34 ZStA Potsdam, Film 5215; Naujoks, S. 32f.; Emendörfer, S. 103f.; ZPA, EA 1400 u. EA 829; Kautsky, S. 280; DÖW, Nr. 622; Göhring, unpag.

gänge in den Lagern zu schildern. In Dachau äußerte einer: »Man will sich alles einprägen, was hier geschieht ... Jeder Schutzhäftling wird so zu einem lebenden Tagebuch ... Man muß es deshalb exakt so oft und so eindringlich und so mit allen Einzelheiten erzählen, daß sie (die Öffentlichkeit — d. Verf.) es endlich doch glaubt.« Ernst Wiechert nahm nach seinen eigenen Worten vom ersten Tag an »alles wie ein Spiegel in sich auf. Er wollte nichts übersehen und nichts vergessen. Es war ihm, als sei er hierhergekommen, um einmal Zeugnis abzulegen vor einem Gericht, das er noch nicht

kannte und vor dem jedes Wort gewogen werden würde.« Josef Biesel bestärkte ihn: »Du mußt durchgehen durch alles wie ein Stein, und erst später ... ja, erst später.« Und bei der Entlassung des Redakteurs Reich aus Buchenwald Anfang 1939 verabschiedete ihn ein langjähriger Mithäftling mit dem Auftrag: »Sag' den Leuten die Wahrheit, wohin du kommst.«³⁵

35 Poller, S. 99; mündliche Mitteilung von Kurt Köhler an den Verf. v. Februar 1983; Wiechert, S. 64 u. 82; DÖW, Nr. 6455.

«Fort mit den Konzentrationslagern»

Als Maximilian Reich nach seiner Entlassung in Weimar stand, fragte ihn ein Eisenbahner, ob er Geld benötige, und ein älterer Arbeiter: »Kumpel, brauchst du was? Sag' mir's. Ich helfe dir.« Solche Beweise proletarischer Hilfsbereitschaft gab es oft.

Daß die Kraft und Moral ehemaliger politischer Häftlinge sich nicht so leicht brechen ließ, erwies sich unter anderem in Bayern, wo die Politische Polizei im Oktober 1936 zehn ehemaligen KZ-Insassen in Straubing der Vorbereitung zum Hochverrat beschuldigte, die Münchner Gestapo im März 1937 sechs in Schutzhaft gewesene Kommunisten festnahm, im Ort Dießen im Frühjahr 1938 ein ehemaliger Dachauer Häftlinge wegen Agitation unter Wehrpflichtigen verhaftet wurde oder im April 1939, am Tag seiner Entlassung aus dem bayerischen Lager, ein KPD-Funktionär erklärte: »An meiner Gesinnung haben sie nichts geändert, wenn sie mich auch vier Jahre eingesperrt haben, meine Laufbahn geht weiter.« Die Standhaftigkeit zeigte sich ebenso daran, daß zu den zwischen Oktober 1936 und Januar 1937 wegen kommunistischer Betätigung 4305 Festgenommenen neben zehn Justizgefangenen, die ihre Strafe verbüßt hatten, 91 ehemalige Schutzhäftlinge gehörten.

Gleiches bewies auch die Beteiligung an Beisetzungen ermordeter KZ-Insassen. Eine der größten gab es wohl am 29. März 1937 in Mainz. Als dort der fünf Tage zuvor wegen eines angeblichen tätlichen Angriffes auf einen SS-Posten in Dachau erschossene 29jährige Adam Schäfer beigesetzt wurde, fanden sich rund 800 Personen ein, darunter, wie die Gestapo-Stelle Darmstadt meldete, etwa 40 Prozent Mitglieder der SPD und der Zentrumsparterie und circa 60 Prozent Kommunisten. »Eine derartige hohe Teilnehmerzahl«, hieß es in dem Bericht, »haben seither in Mainz-Kortheim selbst Beerdigungsfeierlichkeiten prominenter Persönlichkeiten nicht aufzuweisen gehabt. Dazu waren die Teilnehmer selbst aus entfernt gelegenen Vororten und auch aus Mainz selbst erschienen. . . . Bei den Feierlichkeiten am Grabe haben die Kommunisten ziemlich zusammengestanden.« Das Geld für den mitgebrachten Kranz wäre durch eine Sammlung unter ihnen aufgebracht worden. Denjenigen, der ihn auf den Sarg niederlegte, habe man sofort in Schutzhaft genommen. Schon vor der Beisetzung hätte sich das Gerücht verbreitet, Schäfer wäre

totgeprügelt worden, weswegen seine Eltern den Sarg nicht öffnen durften.²

In Solidarität und Anklage aus der Bevölkerung widerspiegelte sich nach wie vor die seit 1933 betriebene Unterrichtung über die Konzentrationslager, einschließlich aus dem Exil eingeschmuggelter und heimlich kursierender Schriften.

Sie fußten auf Mitteilungen von KZ-Insassen an ihre Angehörigen, die teilweise nur Eingeweihten verständlich waren. So schrieb Heinrich Adam am 27. Juli 1937 verschlüsselt seiner Lebensgefährtin aus der Lichtenburg: »Lager sulza aufgelöst sämtliche gefangene nach hier gebracht die hier eingehenden briefe müssen vernichtet werden wahrscheinlich werden wir in kürze in ein lager bei weimar gebracht.«

In ähnlicher Weise gelangten Berichte an die KPD-Führung. Beispielweise teilten ihr im Herbst 1936 Frauen aus Moringen, am 18. Februar 1937 Erich Krüger aus der Lichtenburg Einzelheiten mit, darunter über die Diskussion der Beschlüsse der Brüsseler Parteikonferenz. 1938 unterrichtete die Frau Walter Stoeckers über die Größe Buchenwaldes, die dortigen Verhältnisse und Morde. Ende 1938/Anfang 1939 schilderte sie weitere Details und hob hervor, daß die politischen Häftlinge eine vorbildliche Haltung zeigten. Ein Bericht des Sozialdemokraten C. Levinstein, wahrscheinlich von 1939 stammend, machte für Juni/Juli 1938 Angaben über die Gefangenenzahl, die Arbeitsverhältnisse und die Verpflegung und benannte den Kommandanten und den Lagerältesten. Eine weitere Information eines kurz vor dem zweiten Weltkrieg entlassenen namentlich unbekannten Buchenwalders unterstrich, daß der Mut der Kameraden ungebrochen wäre. Aus Sachsenhausen stammte eine Mitteilung vom 19. September 1938. Sie beschrieb das Lager, die Markierung der Häftlinge, die Morde bei angeblichen Fluchtversuchen und nannte Daten, Herkunft und Stärke von 13 Transporten dieses Jahres.³

Hinzu kamen neue Veröffentlichungen im Inland, so von Josef Eckstein im August 1936. Er schilderte darin vor allem SS-Verbrechen in Dachau, die er dort zwischen Mai 1933 und Mitte 1935 erlebt hatte. Seinen Bericht sandte er als Anzeige an den Oberreichsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig und an das Münchener Justizministerium, die er zur Untersuchung der Untaten

2 Bayern in der NS-Zeit, S. 259, 264, 273 u. 283; ZPA, St 3/108 u. 3/276.

3 Arch. Lichtenburg, Nr. 772; ZPA, I/6/3/301 u. I 2/3/45.

aufforderte. Zugleich erklärte er sich bereit, bei Zusicherung freien Geleits als Zeuge vor Gericht aufzutreten. Weiterhin ging sein Schreiben an Goebbels und Hitler sowie an das Flüchtlingskommissariat des Völkerbundes in Genf. In Selbst verbreiteten im Frühjahr 1938 drei Nazigegner Schriften über Dachau, die sie über Exulanten aus der ČSR erhalten hatten. Ein ehemaliger Häftling aus Dachau erzählte im Dezember 1937 von dem Baumhängen, der Straßenwalze und den Mißhandlungen an Juden. Ein SS-Mann aus demselben Lager ließ sich Anfang 1938 über Erschießung auf der angeblichen Flucht aus. Und ein Dachauer Einwohner gab ein Jahr später weiter, was er über das Lager und dortige Verbrechen gehört hatte.⁴

Solche Unterrichtungen fanden Widerhall bei humanistischen Deutschen. Ähnliche Wirkungen erzeugte das ab 1936 an Anhängern der Bekenntenden Kirche verübte Unrecht. Am 2. April schrieb deren Vorläufige Kirchenleitung an einen Pfarrer, sie wolle »nicht mehr schweigen müssen«. Offenbar bezog sich diese Ankündigung auf die Denkschrift vom 28. Mai, die am 4. Juni in der Reichkanzlei für Hitler übergeben wurde. Sie prangerte sowohl den Gewissenszwang und andere Eingriffe in das kirchliche Leben als auch den Antisemitismus und weitere Verbrechen an. Wörtlich hieß es: »Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung verantwortlich weiß, wird aufs härteste belastet durch die Tatsache, daß es in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt und daß Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind.« Dagegen setzten die Verfasser das Gebot der Nächstenliebe.

Die Eingabe gelangte ins Ausland, wo die »New York Harold Tribune« am 16. Juli eine Zusammenfassung und zwölf Tage danach den vollständigen Text abdruckte, »Nieuwe Rotterdamse Courant«, »Allgemeine Handelsblad«, Amsterdam, »Svenska Dagbladet«, Stockholm, »Aftenposten«, Oslo, am 17. Juli, »Times« und »Manchester Guardian« am nächsten Tag eine Meldung brachten, die Londoner »Morning Post« am 17., »Temps«, Paris, und »Politiken«, Kopenhagen, am 18. längere Auszüge publizierten, »New York Times« am 23. Juli darüber berichtete und am 2. August die Denkschrift des längeren kommentierte. Auch die »Basler Nachrichten« gaben sie am 23. Juli wieder und stellten davon einen Sonderdruck her, der nach Deutschland gebracht wurde. In Breslau ließ ein Druckereibesitzer einen Nachdruck in Höhe von rund 90000 Exemplaren anfertigen, der im Umlauf gelangte. Daraufhin entschloß sich die Leitung der Bekenntenden Kirche zu einer Kanzelabkündigung, die – wiewohl in Formulierungen entschärft, dennoch deutlich genug – am 23. August den Inhalt der Denkschrift bekannt-

machte. Dieser Text erschien gleichzeitig in einer Million Auflage und wurde am nächsten Tag von der »Times« abgedruckt.

Am 6. Oktober verhaftete die Gestapo als verantwortlich für die Weitergabe der Denkschrift den Kanzleichef und Rechtsberater der Kirchenleitung, Landgerichtsdirektor a. D. Friedrich Weißler, sowie die Vikare Ernst Tillich und – am 13. November – Werner Koch. Sie wurden am 13. Februar 1937 in das KZ Sachsenhausen geworfen, Weißler sofort in den Bunker, wo er sechs Tage später dem Arrestverwalter Zeitler zum Opfer fiel.⁵

Während die Denkschrift unbeantwortet in der Reichskanzlei lag, hatten am 22. Juni 1936 die Leipziger Pfarrer Oskar Meder und Georg Walther namens der mit ihnen in Sachsenburg eingekerkert gewesenen Protestanten sowie Lothar Kreyßig sich an die Vorläufige Kirchenleitung gewandt. Sie verwiesen auf die »unmenschliche Grausamkeit« in den Konzentrationslagern, die »in ihrer Zahl und Maßlosigkeit das Licht der Öffentlichkeit immer zu scheuen haben werden«. Dies sei kaum »nach(zu)empfinden, weil ein solcher Zustand der Rechtlosigkeit seit Jahrhunderten hier und so nicht mehr erlebt worden ist. Wer ihn aber selbst erlebt hat, kann die Ruhe eines an die einstige Verantwortung vor Gott mahnenden Gewissens nicht finden, so lange er nicht das Menschenmögliche zur Beseitigung des Übels getan hat.« Erste Schritte sahen die Antragssteller in Seelsorge an KZ-Häftlingen, dem Eintreten für Gläubige, die – wie die Bibelforscher – nicht zur evangelischen Kirche gehörten, der seelsorgerlichen Einwirkung auf die Wachmannschaften sowie der Einflußnahme der Kirchenleitung, daß anstelle der jungen SS-Leute nur älteres Personal eingesetzt werde. Sicher war manches davon illusionär. Doch hofften die Autoren, die Kirchenleitung dazu zu drängen – möglichst mit katholischen Würdenträgern – bei höchsten staatlichen Stellen vorstellig zu werden. Sich selbst fragten sie, »ob wir nun nicht öffentlich der uns anvertrauten Wortverkündigung wegen zur Abkehr von solchem Unrecht zu mahnen und für die Betroffenen Fürbitte zu tun haben.«⁶

Eine Erläuterung zu den Fürbitten der Gemeinden überlegte – anders als das sächsische Schreiben –, ob dabei Genannte aus religiösen Gründen litten oder »nicht etwa mit Recht um politischer Vergehen wegen bestraft« worden wären. Die Frage könne nicht eindeutig beantwortet werden, denn es lasse sich nicht vermeiden, »daß in den Augen des Staates jeder Ungehorsam als politischer Widerstand gewertet wird«. Ein Christ müsse sich bemühen, »sich nicht von politischen Erwägungen leiten zu lassen und sich an keinen politischen Obstruktionsbestrebungen (vorsätzliche Widerstandsbestrebungen) gegen die Obrigkeit zu beteiligen«. Da die Grenzen

4 Richardi, Schule der Gewalt, S. 301 u. passim; Bayern in der NS-Zeit, S. 272. StA München.

Staatsanwaltschaft, Nr. 8707, 4132 u. 4848.

5 EZA in Berlin, KKA, Nr. 338 A, Bl. 273; *Ihr Gewissen* ... S. 85ff.; ZStA Potsdam, Film 14713 u. 19460; Koch, S. 141ff. u. 181f.

6 Drobisch, Anklagen ... S. 76. – Wie Pfarrer Georg Krause d. Verf. am 6. 3. 1987 mitteilte, war diese Denkschrift weiteren zuvor im KZ Sachsenburg inhaftierten Geistlichen vorgelegt worden.

fließend seien, entscheiden Kirchenleitungen und Bruderräte über Einschluß von Verfolgten in die Fürbitten. »Wird die vollzogene Fürbitte zu einer Frage an den Staat und zu einer Aufforderung für ihn, die Rechtmäßigkeit seiner Urteile nachzuprüfen, so wird die Kirche jede Wiederherstellung verletzten Rechts mit Dankbarkeit gegen Gott entgegennehmen.«⁷

Trotz Differenzierungen, wobei beispielsweise Werner Koch keiner Fürbitte zuteil wurde, stellten die meist jeden Sonntag im Gottesdienst unter Nennung des Haftortes verlesenen Namen objektiv eine ständige Erinnerung an faschistisches Unrecht dar. Die Listen enthielten an KZ-Häftlingen 1937 den Rechtsanwalt Bunke aus Glogau, seit Januar in der Lichtenburg, dann in Buchenwald, weil er für einen »nichtarischen« Pfarrer eingetreten war, den Organisten Bender aus Lübeck, im Januar verhaftet, seitdem in Sachsenhausen, weil er angeblich eine Orgel unbrauchbar gemacht hatte, und Pfarrer Schneider, nachdem er über einen Nazi die Kirchenzucht ausgesprochen hatte. 1938 standen auf den Listen neben Schneider der Notariatspraktikant Alfred Leikam, seit Februar in Welzheim, ab November in Buchenwald, weil er sich über die Ermordung Weißlers geäußert hatte, und Martin Niemöller, ab Februar in Sachsenhausen, nachdem ein Gericht die ausgesprochene Strafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt betrachtet hatte. Nur zur Information teilte der Bruderrat der evangelischen Kirche der altpreußischen Union am 4. Januar 1939 mit, in Sachsenhausen seien auch die Pfarrer Hans Ehrenberg, Leo und Arnold.⁸

Das Regime reagierte in einigen Fällen hart auf das Verlesen der Fürbittlisten. So meldete die Kreiszeitung von Schwerin an der Wartha am 25. Mai 1937, Pfarrer Karl Selke wäre in Schutzhaft genommen worden, weil er in »theatralischer und propagandistischer Form« für fünf andere Pfarrer der Bekennenden Kirche gebetet hätte, die sich in Schutzhaft befanden. Am 1. Dezember 1937 verurteilte die Strafkammer Magdeburg den Hilfsprediger Helmut Kramer aus Möckern, Kreis Jerichow, zu fünf Monaten Gefängnis, weil er beim Verlesen der Namen von Inhaftierten durch den Zusatz: im Konzentrationslager oder in Schutzhaft, am 15. August Kritik an staatlichen Maßnahmen geübt sowie zu einem Notopfer für sie aufgefordert hätte. Nachdem von dem Geistlichen Berufung eingelegt worden war, verhandelte das Reichsgericht im September 1938 den Fall. Obwohl er unter eine Amnestie fiel, kam dem Leipziger Urteil grundsätzliche Bedeutung zu. In ihm hieß es, der Magdeburger Strafkammer folgend und sie zum Teil zitierend, daß durch die Fürbitte »für alle Hörer erkennbar und erkannt und vom Angeklagten auch gewollt zum Ausdruck gekommen ist, daß sich eine geschlossene Gruppe von Personen im Gegensatz zur Auffassung des Staates befand, und daß der Staat ihr

mit seinen Machtmitteln entgegengetreten ist«. Die Abkündigung wäre »in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise geschehen« und geeignet gewesen, »das Bewußtsein der Rechtssicherheit bei den Hörern und anderen Personen, die davon erfuhren, zu erschüttern«. Das Verlesen der Fürbittliste hätte »die Zuhörer und andere zu der Meinung« bringen können, »der Staat handle nicht nach Recht und Gesetz, sondern nach Willkür, und dies um so mehr, weil Art und Weise des Aufbaus der Liste besonders dazu angetan war, tiefen Eindruck einer ungerechten Verfolgung der Namens-träger zu hinterlassen«. Hinsichtlich der subjektiven Seite hielt das Oberste Gericht fest, »daß der Angeklagte erkannt hat, sein Handeln sei geeignet gewesen, das Gefühl der Rechtsunsicherheit zu erwecken, und daß er diesen Erfolg, den inneren Anschluß der Gemeindemitglieder an seinen Protest gegen die nach seiner Auffassung zu Unrecht ergangenen staatlichen Maßnahmen, sogar gewollt« hätte.

Im Juli 1939 verurteilte das Sondergericht Stettin den Pfarrer Hans Röhring, weil er im Juni des Vorjahres der Fürbitte für Niemöller und Schneider hinzugefügt hatte, »daß der heutige Staat die Pastoren und besonders Pastor Niemöller ungerecht behandle«. Vorher, am 27. Juni 1939, war von der Gestapo angeordnet worden, Kanzelabkündigungen für Niemöller zu überwachern.⁹

Außerdem setzten sich Gremien der Bekenntniskirche auf andere Weise für Verhaftete aus ihren Reihen ein, so die Vorläufige Kirchenleitung für Weißler am 4. Februar 1937 in einem Schreiben an Himmeler und nach dem Tod Weißlers durch Entsendung eines Beauftragten nach Sachsenhausen, um festzustellen, ob es sich tatsächlich um einen Selbstmord handle.¹⁰ Die Bekennende Kirche unterrichtete, wohl wegen der »politischen Gründe«, darüber nicht die Öffentlichkeit wie in späteren Fällen. Hingegen machten die von der Abschnittsleitung Süd der KPD herausgegebenen »Süddeutschen Information« Mitte März die Ermordung Weißlers größeren Kreisen bekannt.

Vier Tage nach der Verschleppung Niemöllers nach Sachsenhausen, am 6. März 1938, dann am 13. März kam es zu Kanzelabkündigungen. Am 7. März forderte

9 EZA in Berlin, KKA, Nr. 402, Bl. 115, Nr. 192, Bl. 32 u. 35f., Nr. 46, Bl. 147ff.; ZStA Potsdam, Film 3650. — Das Reichsgerichtsurteil wurde auch separat gedruckt verbreitet. In einem Urteil des Sondergerichts Bremen vom April 1940 hieß es analog, die Fürbitten seien »objektiv geeignet, den öffentlichen Frieden in Gefahr zu bringen« und »bei kirchlich interessierten Volksgenossen das Gefühl der Empörung und Erbitterung gegenüber Organen des Staates auszulösen« (EZA in Berlin, KKA, Nr. 46, Bl. 72ff.). Das Sondergericht Breslau urteilte im Februar 1943,

ein Vikar habe »dadurch, daß er namentl. eine größere Anzahl (19 — d. Verf.) von inhaftierten Pfarrern unter Angabe und Art ihrer Maßregelung und ihres Aufenthaltsortes verlas, seinen Widerspruch zu den Maßnahmen der Regierung ausdrücken, insbes. den Eindruck erwecken wollen, als sei diesen Unrecht geschehen. Hierdurch hat er die allg. Rechtssicherheit und das öffentl. Vertrauen auf den Bestand des Staates in Gefahr gebracht« (Ebenda, Bl. 25f.).

10 Ebenda, Nr. 376, Bl. 45ff. u. 113ff.

7 EZA in Berlin, KKA, Nr. HX 1, unfol.

8 Koch, S. 193f.; EZA in Berlin,

KKA, Nr. HX 1, unfol.; Nr. 384, Bl. 11 u. 47, Nr. 215c, Bl. 31ff., 41, 46, 59, 67 u. 71.

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle München

B.Nr. 35336/2/39 II B h

München, den 27. Juni 1939.

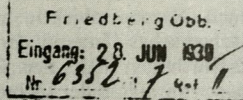
E i l t s e h r !

An

das Polizeipräsidium München
die Landräte von Oberbayern
den Landratsaussensitz Bad-Reichenhall
die Stadtkommissäre von Oberbayern

nachr.an

das Staatsministerium des Innern
- Pol.Abtteilung - Verb.Mann
den Inspekteur der Sicherheitspolizei von München
den Regierungspräsidenten von Oberbayern
die Oberbürgermeister und Bürgermeister
der früher kreisunmittelbaren Städte von Oberbayern.



Betreff: Kanzelabkündigung betr. Pfarrer
Martin Niemöller.

Den kirchlichen Veranstaltungen der evangelischen Kirche am 2.7.1939 ist besondere Aufmerksamkeit dahin zu schenken, ob Protestaktionen, Kanzelabkündigungen oder Fürbitten zum Gedenken Niemöllers erfolgen. Zu diesem Zwecke sind die evang. Kirchen an diesem Tage entsprechend zu überwachen. Über das Ergebnis ist bis längstens 10.7.39 zu berichten. Wenn bis dahin keine Meldung vorliegt, wird Fehlanzeige angenommen. Die Entschließung der Staatspolizeileitstelle vom 19.8.38 Nr.29801/38 II B b ist sinngemäss anzuwenden.

J.A.

gez.Schimmel.



die Kreissynode Hungen-Büdingen telegraphisch bei Hitler, dem Kirchenminister Hanns Kerrl und der Gestapo Niemöllers Freilassung. Am 23. März drang eine Delegation von acht westfälischen Bergleuten ins Kirchenministerium mit demselben Anliegen vor — eine von ungefähr 30 Abordnungen. In der Reichskanzlei häuften sich schriftliche Proteste, darunter des Kirchenrates der Pfarrgemeinde Niemöllers vom 31. März und der Vorläufigen Kirchenleitung vom 4. Juni, die von ungefähr 2600 Pfarrern unterschrieben war. Manche der Eingaben enthielten Passagen, die beklagten, daß durch die KZ-Haft Niemöller mit »Asozialen«, »Kriminellen« oder gar mit »kommunistischen Verbrechern« auf eine Stufe gestellt worden wäre. Sie ließen damit erkennen, daß Illusionen über das NS-Regime fortbestanden und sein verbrecherisches Wesen nur partiell begriffen wurde. Im folgenden Jahr rissen die Petitionen nicht ab. So verlangten Bürger aus Sachsenhausen am 16. April 1939 mit Blick auf bevorstehende größere Entlassungen von Hitler die Freilassung Niemöllers und anderer inhaftierter Geistlicher.

Für den Pastor traten ferner Flugblätter ein, so im März 1938 die Schrift »Martin Niemöller im Konzentrationslager«, die weite Verbreitung erfuhr. So verteilten der Pfarrer Fritz Hentschel und der Lokomotivführer Otto Hoffmann im Kreis Löwenberg davon 1000 Exemplare. Auf Niemöllers KZ-Haft ging weiter ein das Flugblatt »Was geht in der evangelischen Kirche vor?«¹¹ Im Sommer 1938 fragte eine Schrift: »Wo ist Notariatspraktikant Leikam?«¹²

Wegen Pfarrer Schneiders Verschleppung nach Buchenwald erfolgten Proteste im Januar und März 1938. Der letzte aus seiner Heimatgemeinde datierte vom März 1939. Einen Tag nach dem Mord an dem Geistlichen, am 19. Juli, wurde Göring darüber von kirchlicher Seite unterrichtet, am 29. Juli erhielten er, Himmeler, der Chef der Reichskanzlei, Hans-Heinrich Lammers, und der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Erich Raeder, ausführliche Schreiben des Rates der evangelischen Kirche der altpreußischen Union. Sie legten dar, daß die Untat die evangelischen Gemeinden »aufs tiefste erschüttert« habe, und verlangten, den Repressalien gegen Protestanten ein Ende zu setzen. Himmeler antwortete, Geistliche sollten sich an die Gesetze halten. Lammers gab das Schreiben an den Kirchenminister weiter. Raeder ließ mitteilen, er befasse sich nicht mit Angelegenheiten außerhalb seines Dienstbereiches.

Zugleich informierte ein Flugblatt über den Tod Schneiders. Ein Rundschreiben der Geschäftsstelle der brandenburgischen Bekenntniskirche teilte den Termin der Beisetzung mit. An ihr nahmen 170 bis 200, nach

anderer Angabe 300 Pfarrer teil, dazu viele Menschen aus der Pfarrgemeinde und anderen Orten — eine offene Demonstration gegen faschistischen Terror und Mord. Dabei besprachen die Pfarrer Karl Immer und Julius Voget die Hilfe für die Witwe und ihre Kinder. Bis 1940 kamen aus dem Coetus reformierter Pfarrer, etwa 185 Geistliche, und aus der Pfarrerbruderschaft der Rheinprovinz, rund 200 Angehörige, ungefähr 10000 RM zusammen. Etwa zwei Wochen nach der Trauerkundgebung hatte sich der Superintendent Wolfgang Staemmler aus Jena auf einer Konferenz der Landesbruderräte der Bekennenden Kirche über den Tod Schneiders geäußert. Er wurde daraufhin als Schutzhäftling ins Polizeigefängnis Halle gebracht.¹³

Im Zusammenhang mit der unterbundenen Seelsorge in den Konzentrationslagern verbreiteten auch Mitarbeiter der Bodelschwingschen Anstalten in Bethel, daß die NSDAP »in den Konzentrationslagern jeden »brüderlichen Geist vermissen« lasse. Es sei geradezu ungeheuerlich, daß man sogar diesen »armen Volksgenossen« jede Möglichkeit der Seelsorge im Sinne der alten Kirche verböte. Die Konzentrationslager seien direkt entgegengesetzt zu der volltönenden Phrase der Volksgemeinschaft.«¹⁴

In der Amtskirche kannte man gleichfalls Details aus den Konzentrationslagern. Unter anderem wußte das Konsistorium der evangelischen preußischen Kirchenprovinz Brandenburg, daß sich in Sachsenhausen 1600 »Schwerverbrecher« befänden und weitere 2000 hinzukommen sollten. Das teilte es am 10. Dezember 1936 dem Oberkirchenrat in Berlin, dieser neun Tage später dem Reichskirchenausschuß mit. Am 22. Februar 1937 berichtete der Superintendent von Oranienburg von 1700 Häftlingen, »politische Verbrecher« (!) sowie Sittlichkeits- und Gewohnheitsverbrecher.¹⁵

Hinzu kamen Feststellungen von anderer Seite. Widerstandsorganisationen bemühten sich wie zuvor, in Verbindung zu Konzentrationslagern zu kommen, obwohl dies seit 1933 immer schwerer geworden war. Vorrangig beabsichtigten Kommunisten, die politischen Häftlinge zu unterstützen. Das setzte voraus, Informationen zu erlangen. Eine solche seltene Möglichkeit bot sich Fanny Mütze-Specht, Sprechstundenhilfe bei einem Nervenarzt in Weimar, der auch Buchenwalder SS-Leute behandelte. Sie berichtete: »Der illegale Auftrag lautete 1938, nach der Errichtung des Konzentrationslagers, Verbindung nach Buchenwald aufzunehmen. Ich habe als Sprechstundenhilfe bei Dr. Armin Müller Beziehungen zu der SS angeknüpft, darunter (zu) Steinbrenner ... ferner Walter Pohle, Heinz Dieckhoff usw.«¹⁶

Die Hauptquellen für Informationen blieben entlassene Häftlinge. So schrieb Ernst Wiechert bis Oktober

11 Ebenda, Nr. 417, Bl. 33f., Nr. 785, Bl. 37ff., Nr. 46, Bl. 115ff.; ZStA Potsdam, Film 19462 u. 19458; Klaus Drobisch, Proteste gegen Martin Niemöllers KZ-Haft 1938, in: *Standpunkt*, 1982, H. 1, S. 26ff.; Martin

Niemöller, Briefe aus der Gefangenschaft, Moabit, hg. von Wilhelm Niemöller, Frankfurt/M. 1975, S. 331ff.
12 EZA in Berlin, KKA, Nr. 550, Bl. 2.

13 Drobisch, Pfarrer Schneiders Schicksal ... , S. 106ff.; ders., Proteste gegen die Ermordung Paul Schneiders, in: *Standpunkt*, 1986, H. 9, S. 236f. — Staemmler wurde deswegen am 25. 2. 1941

vom Sondergericht Jena zu einem Jahr Gefängnishaft verurteilt.
14 Klee, S. 203.
15 EZA in Berlin, EOK, Generalia, V 72, Bd. XIII, unfol.
16 ZPA, St 62/4/20.

1939 seinen Bericht über den »Totenwald« nieder und vergrub das Manuskript im Garten. Andere ehemalige KZ-Insassen schilderten in ausländischen Vertretungen, z. B. Ende 1938/Anfang 1939 britischen Diplomaten, Erlebnisse von Buchenwald und Dachau. Wenn sie ins Ausland entkommen konnten, berichteten sie dort. So gelangten ab Sommer 1938 Angaben über Buchenwald an das britische Außenministerium. Wilhelm Hausser ließ seine Niederschrift über Dachau im Februar 1939 dem französischen Innenministerium zukommen. Schon Mitte 1937 hatte Pater Joseph Spieker öffentlich in Chile über die Moorlager gesprochen. Alfred Lomnitz fixierte im Juli 1939 in Indien seine Erinnerungen an Heinz Eschen in Dachau. Ebenso setzte sich im Exil im Spätsommer 1939 Julius Freund an seinen Bericht über Buchenwald. Er fiel ihm nicht leicht. Doch trieb ihn »eine unbestimmte Kraft zu schreiben oder drückt mir mit hartem Griff die Feder in die Hand. Es sind Todesgespenster, sie stehen neben mir und zwingen mich, für sie alle einen Nachruf zu schreiben, oder die Anklage zu verfassen.«¹⁷

Zugleich gab es Mitteilungen, die heimlich an die Exilpresse gingen, beispielsweise am 6. September 1938 aus Wien, ein Geschäftsinhaber habe in seinem Schaufenster Fotos ehemaliger Minister ausgestellt mit der Forderung »Nach Dachau!«. Von den sich davor drängenden Passanten wäre kein Wort der Zustimmung, aber viel Entrüstung zu hören gewesen. Aus Wien hieß es weiter: »Eine gewaltige Schule ist das Konzentrationslager, wer da herauskommt, fürchtet sich vor gar nichts mehr, fabelhafte Kerle sollen dort gezüchtet werden, besonders die politischen Häftlinge im 5. und 6. Jahr. Sie bilden den eisernen Kern im deutschen Volk, ihre Bedeutung für die Zukunft ist nicht abzusehen.«¹⁸ Außerdem übermittelten ausländische Korrespondenten ihren Blättern Informationen, die ihnen zugingen, oder eigene Feststellungen.

So konnte die Exil- und die Auslandspublizistik weiterhin Enthüllungen über Konzentrationslager veröffentlichen. Am 16. September 1936 meldete der »Manchester Guardian«, daß in der Nähe des alten Lagers Oranienburg ein neues Konzentrationslager entstanden wäre, in dem sich 4000 politische Häftlinge befänden. Die deutsche Gesandtschaft in Stockholm teilte am 28. Oktober 1937 dem Auswärtigen Amt in Berlin mit, in Schweden habe man Kenntnis von Buchenwald.¹⁹ Die »National-Zeitung«, Basel, schrieb am 5. Januar 1938 über Dachau, sieben Tage darauf über die Lichtenburg und Sachsenburg und die Frauen in Moringen.

Mit Bezug auf eine »United-Press«-Nachricht vermerkte die »Neue Zürcher Zeitung« am 7. April 1938, daß vier Tage zuvor aus Wien 70 Häftlinge nach Dachau gebracht worden wären, und nannte einige ihrer Namen. Über die neu mit weiblichen Häftlingen belegte Lichtenburg, sich mit zutreffender Zahl auf »Manchester Guardian« beziehend, sowie ein neues Lager namens Schloßberg im bayerischen Wald berichtete am 24. Juni die »Pariser Tageszeitung«. Ähnlich nannte die »Deutsche Volkszeitung« zwei Tage später das neue Lager Schlossenberg, womit in beiden Fällen Flossenbürg – nahe dem Schloßberg gelegen – gemeint war.

Ab Mitte 1936 publizierte in der Exilpresse: die »RUNDSCHAU ÜBER POLITIK, WIRTSCHAFT UND ARBEITERBEWEGUNG« vom 25. Juni einen Artikel zum 30. Geburtstag von Else Steinfurth im KZ Moringen, die »ARBEITER-ILLUSTRIERTE-ZEITUNG« am 17. Juni über Sachsenburg und am 1. Juli in einer Sondernummer den »Führer durch das Land der Olympiade«, der eine Reihe von Lagern anführte, »NEUER VORWÄRTS« am 26. Juli eine Beilage über Morde in den Moorlagern, am 30. August einen Aufsatz über Frauen in Konzentrationslagern, am 27. Dezember eine Betrachtung über »Die Schande der Konzentrationslager«.

»DEUTSCHLAND-BERICHT DER SOPADE« im August Nachrichten aus Dachau, Esterwegen, Hamburg-Fuhlsbüttel, Moringen und Sachsenburg, im Dezember einen Überblick sowie Angaben über das Berliner Columbia-Haus, Dachau, Esterwegen, Lichtenburg, Sachsenburg und – erstmalig erwähnt – Sachsenhausen.

»DIE NEUE WELTBÜHNE« am 19. Juni die Schilderung der Prügelstrafe in Sachsenburg, am 9. Juli SS-Karrieren.

Als umfangreichere Enthüllung erschien 1936 die Tarnschrift: *Lernen Sie das schöne Deutschland kennen. Ein Reiseführer, unentbehrlich für jeden Besucher der Olympiade*. Er enthielt Angaben über und Fotos von den frühen Lagern in der Berliner Hedemannstraße, Börgermoor, Breslau-Dürgoy, Brandenburg, Breitenau, Hamburg-Fuhlsbüttel, Dachau, Hohnstein, Kislau, Königstein, Quednau, Sachsenburg und Sonnenburg sowie eine Karte der Konzentrationslager. Beides wurde, wie die Gestapo feststellte, zum Teil in anderen Sprachen in Nazideutschland verbreitet. Identisch damit war offensichtlich eine andere Schrift, die von der Non-Soctarian Anti-Nazi League to Champion on Human Rights, New York, herauskam und die man ebenfalls einschmuggelte. In ihr hieß es: »Fahren Sie dieses Jahr nach Deutschland und betrachten Sie die wundervollen Konzentrationslager. Heute, nach 3 Jahren Hitlerismus sind noch Tausende von Männern, keines Verbrechens überführt, in Konzentrationslagern eingesperrt und leben unter mittelalterlicher Grausamkeit.«²⁰

17 Wiechert. S. 134 u. 193; *Papers concerning the Treatment of German Nationals in Germany 1938–1939*, London 1939, p. 22ff., 9ff. u. 38ff. bzw. *Dokumente über die Behandlung deutscher Staatsangehöriger in Deutschland 1938–1939*, London 1940, S. 25ff., 10ff. u. 34ff.;

Wirth, S. 158; ZStA Potsdam, Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, Nr. 22263, Bl. 148 u. 168; Arch. Dachau, Nr. 9394; Freund, S. 14 u. 151. 18 ZStA Potsdam, Pariser Tageszeitung, Nr. 94, Bl. 8 u. Nr. 281/13, Bl. 2.

19 ZStA Potsdam, Film 16086.

20 *Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933–1945*. 240

Faksimiles und 6 originalgetreue Reproduktionen, zus.gest. und eingel. von Margot Pikarski u.

Weiter erschien in Paris von *Bruno Frei: Was geht in Deutschland vor?* Er erinnerte unter anderem an Centa Beimler, Maria Dengler, Ernst Heilmann, Albert Kuntz, Hans Litten, Carlo Mierendorff, Theodor Neubauer, Carl von Ossietzky und Else Steinfurth. Außerdem ging der von Lilly Becher zusammengestellte und in Paris verlegte Band: *Der gelbe Fleck. Die Ausrottung von 500000 deutschen Juden*, auf Dachau, Oranienburg und andere Lager ein.

Die in den Niederlanden gezeigte Ausstellung »OLYMPIADE UNDER DIKTATUR« enthielt Fotos von SS-Leuten und mißhandelten KZ-Häftlingen sowie die Lagerordnung von Esterwegen.²¹

1937 veröffentlichten über Konzentrationslager:

»DEUTSCHE VOLKSZEITUNG« am 31. Januar über die Lichtenburg, am 14. November über Dachau und am 21. November über Buchenwald sowie am 12. und 26. Dezember Briefe der in Dachau isolierten Juden,

»VOLKS-ILLUSTRIERTE«, die frühere »AIZ«, am 6. Januar etliche Seiten über mehrere Lager, vor allem Dachau, in Polemik gegen den faschistischen »Illustrierten Beobachter« vom 3. Dezember des Vorjahres,

»DEUTSCHLAND-INFORMATIONEN DES ZK DER KPD« im September über Sachsenhausen,

»RUNDSCHAU ...« am 5. Mai ebenfalls über Sachsenhausen,

»NEUER VORWÄRTS« am 7. und 14. Februar über die Lichtenburg, am 21. März über den Mord an Weißler, am 6. Juni über Sachsenburg, am 27. Juni und 4. Juli über Dachau und am 26. September die Himmler-Rede vor Wehrmachtoffizieren, offenkundig nach dem von der Wehrmacht publizierten Text, sowie am 12. Dezember Schreiben der isolierten Dachauer Gefangenen,

»DEUTSCHLAND-BERICHT ...« im Mai über Dachau, Fuhlsbüttel, Kislau, Lichtenburg, Moringen und Sachsenburg, im November über Buchenwald, Dachau und Lichtenburg,

»MITTEILUNGEN ÜBER DIE LAGE DER POLITISCHEN GEFANGENEN« am 29. Januar allgemein über Konzentrationslager, am 12. Juni von der Begeisterung in Dachau über die Abwehr der spanischen Faschisten, am 13. August eine Denkschrift über die Konzentrationslager und am 30. Dezember die erzwungenen Briefe aus Dachau,

die »SOZIALISTISCHE WARTE« am 3. Dezember einen Gedenkartikel für Hans Litten,

»DEUTSCHE INFORMATIONEN« am 21. Dezember über Sachsenhausen,

»DIE NEUE WELTBÜHNE« am 11. März einen Überblick,

»PARISER TAGESZEITUNG« am 2. Februar Himmlers Äußerung, Konzentrationslager seien eine »unbedingt

notwendige Erscheinung«, entnommen einer Passage im »Berliner Lokalanzeiger«, die wahrscheinlich mit der Rede des Reichsführers SS vor Wehrmachtoffizieren in Verbindung stand, am 28. Februar über den Tod Weißlers, am 22. April über Sachsenhausen und am 13. Dezember über die isolierten Dachauer Juden.

Von *Stefan Priacel* erschien in Moskau: *Ernst Thälmann, Mathias Rakosi, Anna Pauker, Tairo Antikainen, Albert Kuntz in den Klauen des Faschismus*, mit einem Bericht über seinen Besuch in Oranienburg 1934. Der Band: *Ihr seid nicht vergessen! Gedenk- und Erinnerungstage*, in Paris verlegt, gedachte vieler KZ-Opfer und Eingekerkelter, darunter Albert Buchmann, Martha Claus, Ottomar Geschke, Ernst Grube, Anton Saefkow und Walter Stoecker. Er enthielt auch den Brief Franz Stenzers, in dem er sich 1933 um Frau und Kinder sorgte. Das Buch: *Deutsche Frauenschicksale*, herausgegeben von der Union für Recht und Freiheit in London, stellte unter anderem Berichte über weibliche KZ-Häftlinge zusammen und nannte Frauen, deren Männer in Lagern umgebracht worden waren. Ein Vorwort von Thomas Mann forderte: »Fort mit den Konzentrationslagern!« Außerdem brachten Felix Burger und Kurt Singer (Kurt R. Grossmann und Kurt Deutsch) in Zürich eine Biographie Carl von Ossietzkys heraus, die auch dessen Leiden in Konzentrationslagern schilderte.

1938 schrieben Exilzeitungen und -zeitschriften:

»DEUTSCHE VOLKS-ZEITUNG« am 27. Februar anlässlich des Todes Littens, am 13. März der Verschleppung Niemöllers, am 22. Mai im Gedenken an Ossietzky, am 12. Juni der Flucht zweier Häftlinge aus Buchenwald und der Deportation von Österreichern nach Dachau, am 19. Juni über Buchenwald, am 11. September den Tod von Heinz Eschen und Kurt Löwenstein und am 25. September wiederum über Buchenwald,

»DEUTSCHLAND-INFORMATION ...« in Nr. 2 zu den Schicksalen Littens und Niemöllers, in Nr. 7 Buchenwald,

»RUNDSCHAU ...« am 10. März über Niemöller, am 7. Juli Proteste gegen die Auslieferung eines der Buchenwald-Flüchtlinge durch die CSR-Regierung²², am 7. Juli wiederum Niemöller, am 25. August Buchenwald, am 6. Oktober Dachau, am 17. November die nach dem Pogrom in Konzentrationslager verschleppten Juden, am 22. und 29. Dezember die Hinrichtung Forsters in Buchenwald,

»NEUER VORWÄRTS« am 20. März über Sachsenhausen und Niemöller, am 24. April Österreicher in Dachau, am 26. Juni gegen die Auslieferung des aus Buchenwald in die CSR Entkommenen und am 22. August über Buchenwald.

Günther Uebel, Berlin 1978, Beilage III; ZPA, PSt 3/320 u. 25. — *Walter Wiclair*, Von Kreuzburg bis Hollywood, Berlin 1975, S. 132, meint offenbar auch die

KZ-Karte, allerdings in Hollywood hergestellt, die er auf 1938 datiert.

21 ZPA, PSt 3/321; ZStA Potsdam, Film 19686.

22 S. dazu *Wilhelm Eildermann*, Deutschland, Tschechoslowakei, Frankreich, Algerien, Sowjet-

union — Stationen eines langen Weges, in: *Im Kampf bewährt*, S. 494.

»DEUTSCHLAND-BERICHT...« im August über Buchenwald und Sachsenhausen, im Dezember die in Lager deportierten Juden und Buchenwald.

»MITTEILUNGEN...« am 29. April wegen österreichischer Gefangener in Dachau, am 21. Juni der erwähnten Auslieferungsabsicht,

»DEUTSCHE MITTEILUNGEN« am 14. April über Dachau und am 1. Mai Esterwegen und österreichische KZ-Häftlinge,

»PARISER TAGESZEITUNG« am 27. Januar anlässlich der fünfjährigen Existenz von Konzentrationslagern, am 18. Februar des Todes Littens, am 7. März der Deportation Niemöllers, am 23. Mai der Flucht aus Buchenwald, und am 15. November der Verschleppung von Pogromopfern nach Dachau,

»DAS TAGE-BUCH« am 19. November wegen angeblich Asozialer in Buchenwald.

An umfangreichen Schriften erschienen von *Wilhelm Pieck, Deutschland unter dem Hitlerfaschismus. Wie lange noch?* in Paris, worin er unter anderem die Lager aufzählte und an Frauen und Kindern in Konzentrationslagern erinnerte, sowie ebenfalls in Paris: *Hitlers Geisel*, mit Kurzbiographien von Häftlingen und Details über die Lagerzustände.

1939 gingen folgende Exilperiodika auf Konzentrationslager ein:

»DEUTSCHE VOLKS-ZEITUNG« am 21. Januar mit Zahlenangaben, am 26. Februar auf die Hinrichtung Forsters, am 19. März auf den Tod Walter Stoeckers in Buchenwald, am 16. Juli Buchenwald und am 6. August die dortige Ermordung Paul Schneiders.

»DEUTSCHLAND-INFORMATION...« in Nr. 1/2 auf Dachau und in Nr. 5/6 auf die Toten in Buchenwald, mit 800 für 1938 ziemlich genau,

»KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE« in Nr. 2 ebenfalls auf Buchenwald,

»RUNDSCHAU...« am 5. Januar auf Dachau, am 16. März und 5. April den Tod Stoeckers, am 29. Juni Niemöller, am 3. August die Ermordung Schneiders,

»DEUTSCHLAND-BERICHT...« im Februar auf Dachau, im Juli Buchenwald und Dachau,

»PARISER TAGESZEITUNG« am 13. Juni auf Buchenwald, am 23. und 27. Juni das Buchenwald-Lied, am 29./30. Juli den Tod Schneiders.

Ein Teil der Zeitungen gelangte auch in den Nazistaat, so in das hallische Gebiet das KPD-Organ »DEUTSCHE VOLKS-ZEITUNG« mit seinem Bericht über die Hinrichtung Forsters.²³

Außerdem veröffentlichte die Deutsche Volkshilfe, Abschnittsleitung Saarpfalz, in ihren Informationen über den Naziterror im ersten Halbjahr 1939 einen längeren Bericht über Buchenwald mit genauer Namensnennung und Charakteristik der SS-Verantwortlichen und des kriminellen Lagerältesten.

An Einzelpublikationen erschienen in Paris, herausgegeben vom Internationalen Zentrum für Recht und

Freiheit in Deutschland: *Nazi-Bastille Dachau. Schicksal und Heldentum deutscher Freiheitskämpfer*, Darstellung und Berichte vorwiegend über die ersten Jahre, sowie in Zürich und Paris: *Der Pogrom* mit Häftlingsmitteilungen und Zeitungsberichten, unter anderem über Buchenwald und Sachsenhausen sowie die Protestaktionen. Hinzu kam die Schrift: *Theodor Eicke. Aus dem Leben eines der größten Sadisten und Mörders aller Zeiten*. Sie erschien unter der Tarnbezeichnung: *Der Geist des neuen Staates. Dokumente zur Zeitgeschichte*. Das Heft skizzierte Eickes Karriere und Untaten, charakterisierte die ihm unterstellten SS-Einheiten und eine Reihe der Konzentrationslager, darunter Mauthausen (erstmal erwähnt), und sagte die Verschärfung des Terrors und die Erweiterung des KZ-Systems in dem vom deutschen Faschismus vorbereiteten Krieg voraus. Es schloß mit den Worten: »Einst kommt der Tag der Freiheit, dann wird das deutsche Volk auch über dieses Scheusal zu Gericht sitzen. Dann werden die Rächer aufstehen, und Theodor Eicke erhält seinen verdienten Lohn.«²⁴

Diese Zuversicht beseelte nicht wenige der Exilschriften. Dennoch konnten sie aus erklärlichen Gründen kaum Angaben über den Widerstandskampf in Konzentrationslagern vermitteln. Den ungebrochenen Geist der politischen Häftlinge bezeugten jedoch auf eindringliche Weise nach dem Moorsoldaten-Lied das Buchenwald- und das Dachau-Lied von Jura Soyfer und Herbert Zipper, die bald im Ausland bekannt, dort gesungen und auch von Rundfunk gesendet wurden.²⁵

In der Mehrheit wollten die KZ-Berichte nicht allein NS-Verbrechen enthüllen, sondern vor allem menschlich Fühlende in aller Welt bewegen und sie zu Protesten und zum Kampf gegen den Faschismus aufrütteln.

Dem dienten auch Publikationen ausländischer Zeitungen. So veröffentlichte der sozialdemokratische »Volkswille«, Karlovy Vary, im Februar 1937 eine Serie über Sachsenburg, die »Izvestija« am 18. Februar Auszüge aus der Lichtenburger Lagerordnung, »Sozial-Demokraten«, Kopenhagen, am 26. Oktober einen Häftlingsbericht über Dachau oder »The New Statesman and Nation« am 13. November – nach eigenen Angaben auf Mitteilungen von SS-Leuten basierend – ebenfalls Fakten über Dachau. Die »Prager Presse« unterrichtete am 13. Juli 1938 unter Berufung auf »Daily Telegraph« darüber, daß 1200 jüdische Bürger Berlins in dem im Bau befindlichen Buchenwald inhaftiert worden seien, »Manchester Guardian Weekly« am 20. August über Juden in Buchenwald und über 145 ermordete KZ-Häftlinge, darunter Hans Litten, und »Pravo Lidu večerni«, Prag, am 15. November, ebenfalls mit Bezug auf »Daily Telegraph«, daß nach dem Pogrom 25000 Juden in Konzentrationslager verschleppt wurden. Desweiteren widmeten sich »New Statesman and Nation« vom 19. März 1938 dem Schicksal Littens, »Manchester

²⁴ Eicke wurde am 26. Februar 1943 als Kommandeur der SS-

Totenkopf-Division in der UdSSR abgeschossen.

²⁵ *Lieder...*, S. 78 u. 96.

h2. 1
2d
Paris, Ende Februar 1937

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Vier Jahre sind verflossen, seit Sie Ihr Regime in Deutschland errichteten. Doch die Tote Ihrer Gefaengnisse und Ihrer Konzentrationslager bleiben fuer tausende von Deutschen geschlossen. Sie sind dort von aller Welt isoliert, nur weil sie das Verbrechen begangen haben, fuer den Frieden einzutreten und sich zu einer Weltanschauung zu bekennen, die nicht mit der des Nationalsozialismus uebereinstimmt.

In dem Augenblick, wo die oeffentliche Meinung aller Laender und besonders auch Ihres Landes eine Massnahme der Versoehnlichkeit und Menschlichkeit erwartete, erfahren wir von einer neuen Hinrichtung: der des ehemaligen Frontkaempfers Johannes Eggert. Nachdem schon Rudolf Claus (KriegsbeschaeDIGter-), Edgar André und so viele andere ehemalige Frontsoldaten fuer ein aehnliches Verbrechen dasselbe Schicksal erleiden mussten, werden davon heute wieder die Verurteilten von Neukoelln bedroht....

Seit Ihrem Machtantritt, dessen vierjaehrigen Gedenktag Sie kuerzlich gefeiert haben, sind in Deutschland 122 Todesurteile gefällt und davon 70 ausgefuehrt worden. Waehrenddem haben andere Laender, mit verschiedenartigsten Regierungsformen fuer politische Gefangene ihres Landes eine Amnestie erlassen.

Zur gleichen Zeit, da Eggert hingerichtet wurde, hat ein Staat (Italien), mit dem Sie, Herr Reichskanzler, Ihre ideologische Verbundenheit betonen, eine Amnestie zu Gunsten einer gewissen Anzahl von Nicht-Faschisten und Pazifisten verkuen-det.

Selbstverstaendlich ist es uns nicht unbekannt, dass diese Amnestien weit davon entfernt sind, auf Vollstaendigkeit Anspruch erheben zu koennen. Einige von ihnen sind in Bezug auf die Anzahl der befreiten Haeflinge sehr beschaenkt, und wir haben den heissesten Wunsch, dass weitere umfassendere Massnahmen folgen.

Aber dennoch steht fest, dass diese Amnestiedekrete, die Menschenleben retteten, seitens ihrer Urheber eine gewisse Beruecksichtigung des Volkswillens ausdruecken....

Glauben Sie nicht, Herr Reichskanzler, dass jene menschlichen, familiaeren, und sozialen Ueberlegungen, die in allen Voelkern lebendig sind, die aber Ihre Regierung aus ihrem Programm auszuschliessen scheint, von dem deutschen Volk ebenso wie von allen anderen Voelkern als heilig angesehen werden?

Was uns anbetrifft, so sind wir ueberzeugt, dass das deutsche Volk hinter keinem anderen Volke auf dem Felde der Humanitaet zuruecksteht. Wir bewundern viel zu sehr das Deutschland eines Goethe und Hegel, eines Beethoven und Wagner, um daran auch nur einen Augenblick zu zweifeln.

Wir glauben, Herr Reichskanzler, die oeffentliche Weltmeinung uebereinstimmend mit der Auffassung des deutschen Volkes auszudruecken, wenn wir uns an Sie wenden, dem Blutstrom Einhalt zu bieten, dass auch Sie die Lebenden ihren Familien wiedergeben und alle politischen Gefangenen die Ihre Gefaengnisse und Konzentrationslager bevoelkern, amnestieren.

Gezeichnet: Fabrien ALBERTIN, Kammerabgeordneter, Paris
MONNERVILLE, Kammerabgeordneter, Paris,
Philippe SERRE, Kammerabgeordneter, Paris,
NOGUERES, Rechtsanwalt am Gericht, Paris,
Henry TORRES, Rechtsanwalt am Gericht, Paris,
Marie VERONE, Rechtsanwalt am Gericht, Paris,
Alexandre ZEVAES, Rechtsanwalt am Gericht, Paris.

Guardian« am 14. Juni dem Niemöllers, und die »Nationalzeitung«, Basel, schilderte am 24. Dezember die Hinrichtung Forsters in Buchenwald. Am 12. August 1939 veröffentlichte das französische Blatt »L'Ordre« eine ihm von dem Sozialdemokraten Max Braun übermittelte angebliche Gestapo-Statistik. Danach hätte es am 10. April des Jahres 162734 Schutzhäftlinge gegeben.²⁶ Diese Zahl war beträchtlich überhöht. Hingegen entsprach die Schätzung der kommunistischen »Deutschen Volks-Zeitung« vom 29. Januar 1939, Ende des vergangenen Jahres wären 60000 Gefangene in Konzentrationslagern gewesen, der Wirklichkeit.

Die Interventionen zugunsten von KZ-Häftlingen aus dem Ausland hielten an. Anlässlich der Olympiade 1936 vermerkte die Gestapo unter anderem Proteste gegen die fortdauernde Einkerkung von Carlo Mierendorff, Carl von Ossietzky und Kurt Schumacher. Anfang 1937 verlangten 200 Amsterdamer in einem Schreiben an den Vertrauensrat im Krupp-Konzern die »Mitwirkung an einer Amnestie für alle politischen Flüchtlinge und in Konzentrationslagern untergebrachte Häftlinge«. Ein im Mai 1937 bei der Kanzlei des Führers der NSDAP aus Chicago eingegangener gedruckter Einspruch forderte unter anderem von Hitler: »1. Aufhebung aller Konzentrationslager, 2. Freilassung aller politischen Gefangenen (Freiheitshelden), 3. Freilassung aller Gefangenen aus der sogenannten Schutzhaft, 4. Bestrafung aller begangenen Verbrechen an politischen Gefangenen.« Im Juni fand in Zürich ein Basar für die Angehörigen von KZ-Häftlingen statt. In Prag erinnerte am 20. Februar 1938 ein Rundschreiben daran, daß 60 Konzentrationslager mit mehr als Zehntausend Insassen existierten, in denen es Prügelböcke und Morde gab. Es trat dafür ein, einen Aufruf der Union für Recht und Freiheit zu unterzeichnen, und regte an, in Berlin nach dem Schicksal von namentlich genannten politischen Gefangenen zu fragen, darunter Geschke, Mierendorff, Neubauer, Niemöller, Schumacher und Stoecker. Eine Versammlung im Prager Gewerkschaftshaus am 1. März solidarisierte sich mit den KZ-Häftlingen.²⁷

Eine der großen Manifestationen für die politischen Häftlinge des Naziregimes fand am 4. Juli 1936 in Brüssel statt. Auf ihr sprachen Vertreter von acht Organisationen sowie zwei kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien, der 2. Bürgermeister von Brno und mehrere Professoren der Brüsseler Universität. An

der am folgenden Tag zusammentretenden Europäischen Konferenz für die Freilassung der politischen Gefangenen in Deutschland nahmen über 200 Delegierte aus zehn Ländern teil. Ihnen lagen Grußworte von Thomas Mann und Ernst Toller vor. Neben ausländischen Rednern verschiedener politischer Richtungen sprachen Rudolf Breitscheid und Kurt Rosenfeld sowie zwei ehemalige Häftlinge. Sie schilderten die faschistischen Verbrechen und verlangten die Entlassung der politischen Gefangenen. Brüsseler Professoren sollten ein entsprechendes Schreiben an Hitler der deutschen Botschaft in Belgien übergeben. Ein Manifest forderte die Öffentlichkeit auf, für die Befreiung der aus politischen, religiösen und rassischen Gründen Verfolgten zu kämpfen. Die Konferenz fand einen großen Widerhall in der ausländischen und in der Exilpresse. Die Tarnbrochure »Besucht das schöne Nürnberg« sollte im Nazi-staat über die Tagung und ihre Forderung informieren und damit zu Protesten anregen. Eine ähnliche europäische Konferenz für Recht und Freiheit in Deutschland fand am 13. und 14. November 1937 in Paris statt. Das gleichnamige internationale Zentrum in der französischen Hauptstadt sandte am 12. Oktober 1938 an den britischen Premierminister und den französischen Ministerpräsidenten Listen mit den Namen von durch das NS-Regime eingekerkerten Staatsbürgern der ČSR. Sie wurden gleichfalls in die Forderungen der Internationalen Konferenz zur Verteidigung von Demokratie und Menschenrechte am 13. und 14. Mai 1939 in Paris einbezogen.²⁸

Die Zusammenkünfte betrachteten, wie Thomas Mann in dem Text formulierte, den er Ende 1936 dem Präsidium der Ständigen Kommission für eine politische Vollamnestie in Deutschland zur Verfügung stellte, die Konzentrationslager als »Leidensstätten, die für viele Millionen Menschen ein Ausdruck niedriger Rachsucht und brutaler Rechtsverachtung sind«, und ihre Insassen als »Gesinnungsmärtyrer«. Deshalb lautete eine zentrale Forderung: »Fort mit den Konzentrationslagern!« Wie die »Deutsche Volkszeitung« am 13. Dezember 1936 druckten viele Blätter seine Worte ab.

Hitler reagierte am 3. März 1938 gegenüber dem britischen Botschafter nach dessen Frage bezüglich Niemöllers mit dem abweisenden Satz, Großbritannien stehe es nicht zu, an Konzentrationslagern Kritik zu üben. Bei einer Rede in Saarbrücken erklärte er: Erkundigungen über das Schicksal von Deutschen und Reichsangehörigen seien nicht am Platze. Das Auswärtige Amt teilte dies am 12. Oktober allen Vertretungen mit und fügte hinzu, derartige Einsprüche seien künftig zurückzuweisen.²⁹

26 Günther Weisenborn, Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, Frankfurt/M. 1974, S. 175. — Auch die bis in die jüngste Zeit derselben Quelle entnommene Angabe über Justizhäftlinge mit 27396 politischen Angeklagten und 112432 politisch Verurteilten traf nicht zu. Am 30. 6. 1939 gab es 98799 Justizgefängene al-

ler Kategorien im gesamten Nazi-machtbereich (Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad [Juni 1941 bis November 1942], Autorenkollektiv unter Karl Drechsler unter Mitarbeit von Klaus Drobisch u. Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 417).

27 ZPA, PSt 3/320 u. St 3/783; ZStA Potsdam, Film 15285 u. 16086; SÜA, Prag, PP 1931-40, P 87/22/1532/13934/38.

28 ZStA Potsdam, Film 16415; ZPA, PSt 3/174, St 3/437 u. 436. 29 Papers ..., S. 5 bzw. Dokumente ..., S. 6; ZStA Potsdam, Film 16415.

A-Fall

Nach den ersten Annexionen bis Frühjahr 1939 plante der deutsche Faschismus weitere Überfälle. Das Endziel hatte Hitler schon am 10. Februar 1939 vor Heeresoffizieren umrissen: »a) Herrschaft in Europa, b) Weltherrschaft für Jahrhunderte.« Deutlich skizzierte er die einzelnen Schritte am 8. März führenden Unternehmern, hohen Naziführern und Generalen. Die eine Woche später folgende Besetzung der Tschechoslowakei voraussetzend, nannte Hitler als nächstes Opfer den östlichen Nachbarn: »Deutsche Herrschaft über Polen ist notwendig, um polnische Lieferung landwirtschaftlicher Produkte und Kohle für Deutschland zu sichern.« Auch die Balkanstaaten zählten zu den »lebenswichtigen« Gebieten. »Der Fall Polens sowie auch angemessener Druck wird sie unzweifelhaft dazu bringen, klein beizugeben.« Dies sei bis 1940 zu erreichen, dann müsse Frankreich von der europäischen Landkarte verschwinden und Großbritannien beherrscht werden. Und am 13. März äußerte sich ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes über den für das Regime ausschlaggebenden Überfall, der die Hegemonie des deutschen Imperialismus in Europa und seine Dominanz in der Welt abrunden und sichern sollten: »Im Verlauf der Verwirklichung der weiteren deutschen Pläne bleibt der Krieg gegen die Sowjetunion die letzte und entscheidende Aufgabe der deutschen Politik.«¹

Beim Sicherheitsdienst machte man sich Gedanken über die weitere Organisation des Überwachungs- und Verfolgungsapparates. Sie fanden ihren Niederschlag unter anderem in einer Denkschrift der Stabskanzlei des SD vom 24. Februar 1939. Zweck der Überlegungen war die »Garantierung der inneren Sicherheit« im A-Fall, nämlich dem Entfesseln des Krieges. »In der weiteren konsequenten Durchführung der politischen Entwicklungslinie der SS, d. h. im Prozeß der Verschmelzung von Polizei und SS«, sei die »Schaffung des Reichssicherheitsdienstes (Verschmelzung SD-Sipo)« durch »sinnvolle Zusammenlegung der gemeinsamen Reichszentralstellen« ein »weiterer Meilenstein«. In der Ausarbeitung tauchte schon der Name Reichssicherheitshauptamt auf. Dafür seien sechs Ämter (I Verwaltung und Recht, II Forschungsamt, III Nachrichtendienst Inland, IV Nachrichtendienst Ausland – die SD-Ämter –, V Abwehr und politische Exekutive – d. h.

die Gestapo – und VI Verbrechensbekämpfung – also die Kriminalpolizei) zusammenzufassen. Als spätesten Termin der Umorganisation nannte sie den 1. Oktober 1939. Eine undatierte Studie »Grundsätzliche Gedanken zur Neugliederung«, die sich mit der Geheimen Staatspolizei befaßte, stimmte der neuen Struktur zu und verwies außerdem auf das Interesse der »militärischen Stellen, unter Zugrundelegung der Theorie des Totalen Krieges auch die Beobachtung der politischen Entwicklung im In- und Ausland wenigstens in der Spitze total zu beherrschen«. Der oder die Verfasser gab(en) wegen der zu erwartenden Anlaufschwierigkeiten zu bedenken, die Zusammenlegung und Neugliederung »erst dann vorzunehmen, wenn die in Aussicht genommenen größeren Aufgaben gelöst sind.«² Zweifellos waren damit Terroraktionen bei Kriegsbeginn gemeint.

Ein Erlaß Hitlers vom 18. Mai sah vor, daß zu den 14000 Mann in den SS-Totenkopfverbänden 25000 aus der Polizeiverstärkung treten sollten. Offenbar deswegen unterstellte sich Himmler mit Befehl vom 6. Juni Eicke ab 1. Juli unmittelbar. Nach dessen Meldung umfaßten die SS-Totenkopfeinheiten Mitte des Jahres 22033 Mann, davon 755 Offiziere und 5005 Unterführer. An Handfeuerwaffen verfügten sie neben Pistolen über 19642 Karabiner, 1458 Maschinenpistolen, 486 leichte und 325 schwere Maschinengewehre. Auf Grund von Befehlen vom 23., 24. und 26. August erfolgte die Einberufung von Polizeiverstärkungen zu Konzentrationslagern. Auch ältere Wachmannschaften sollten sich bis zum 31. August dort einfinden.³

Der vom 17. Juli datierende Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1939 entsprach hingegen noch anderen Voranschlägen. (Vgl. Tabellen 45, 46 und 47)

Den SS-Leuten in den Totenkopfverbänden sollten 19 Millionen, denen in den KZ-Kommandanturen 1,5 Millionen RM für Besoldung, 2325000 RM als einmalige Ausgabe und 2876000 RM als ständige Kosten für Unterkünfte, 3758000 als fixe Angaben für Bekleidung und 5330000 RM für Verpflegung zur Verfügung stehen, d. h. für Bekleidung je Mann 2454, für Verpflegung pro Kopf und Tag 0,95 RM. Im Etat standen auch für fünf Pferde Futterkosten in Höhe von 2963, also pro Tag und Pferd 1,62 RM.

Der Haushalt 1939 ging bei Häftlingen von einer Zahl von 30000 aus. Für sie sah er vor: für Bekleidung

1 *Deutschland im zweiten Weltkrieg*, Band 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des

Krieges bis zum 22. Juni 1941. Autorenkollektiv unter Gerhard Hass, Berlin 1974, S. 146f.

2 ZStA Potsdam, Film 626 u. 1174.

3 *Syndor jr.*, S. 34; *Wegner, B.*,

S. 102; BA Koblenz, Sammlung Schumacher, Nr. 437; ZStA Potsdam, Film 4159.

Tabelle 45

Ausgaben für bewaffnete SS-Einheiten nach dem Etat 1939

Gliederung	Betrag in RM
Insgesamt	294311300
davon für:	
Verfügungstruppe	159144000
Totenkopfstandarten	85803000
Polizeiverstärkung	18800000
Konzentrationslager	21462000

Quelle: ZStA Potsdam, Fall XI, Nr. 485, Bl. 96.

Tabelle 46

Stärke der SS-Totenkopfverbände nach dem Haushaltsplan 1939

Einheit	Offiziere	Unterführer	Mannschaften	Ange-stelle	zusammen
Insgesamt	700	3414	11198	184	15496
davon:					
Gruppenkommando	28	90	81	—	199
4 Totenkopfstandarten je Wachkommando	124	678	2371	46	12876
Flossenbürg	8	56	254	—	328
2 Ergänzungsturmbanne je	16	152	480	8	1312

Quelle: BA Koblenz, NS 3/479, Bl. 111f.

Tabelle 47

Stärke der KZ-Kommandanturen nach dem Budget 1939

	Offiziere	Unterführer	weibliche Hilfskräfte	zusammen
Insgesamt	67	713	100	880
Inspektion der Konzentrationslager	5	2	—	7
Buchenwald, Dachau				
Sachsenhausen je	13	171	—	552
Flossenbürg,				
Mauthausen je	9	81	—	180
Ravensbrück	5	36	100 ⁺	141

⁺ Davon 2 Oberaufseherinnen, 83 Aufseherinnen, 2 Ärztinnen, 10 Schwestern und 3 Schreibkräfte.

Quelle: ZStA Potsdam, Fall XI, Nr. 485, Bl. 91f.

43,45 RM pro KZ-Insassen, aber überhöht zusammen: 2011 500 RM, für Verpflegung 60 Pfennige je Gefangenen und Tag, insgesamt 6570000 RM, für Krankenbehandlung und Medikamente 635000 RM, d. h. rund 21 RM für jeden Häftling, da in dieser Budgetgruppe schon von 33000 KZ-Insassen die Rede war.⁴

4 ZStA Potsdam, Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 11, Nr. 485, Bl. 86ff., Dok.

NG-4456; BA Koblenz, NS 3/479, Bl. 111ff.

Einen knappen Monat, bevor dieser Haushalt fixiert worden war, am 23. Juni, hatte der Reichsverteidigungsrat unter Görings Vorsitz und mit Beteiligung von Vertretern des Militärs, des Verwaltungsapparates, der NSDAP und der SS unter anderem über die künftigen Arbeitseinsätze von KZ-Häftlingen im bevorstehenden Krieg gesprochen. Das Protokoll vermerkte, zu »beachten« sei, daß die Konzentrationslager »im Kriege stärker belegt werden«.⁵

Wohl im sachlichen Zusammenhang mit den Überlegungen im Reichsverteidigungsrat und zeitlich verbunden mit denen zur Haushaltsplanung kam das Gestapo auf die Übergabe von Justizhäftlingen zurück. Jedenfalls suchten am 22. Juli einige seiner Ressorts, wo Görtners Antwort an Himmler, wegen Hochverrats Verurteilte in einer speziellen Haftanstalt einzukerkern, und der Vermerk geblieben waren, daß die Gestapo an der ursprünglichen Absicht festhalte, die zu Sicherungsverwahrung Verurteilten an die Lager auszuliefern. SS-Gruppenführer Martin Bormann schrieb am 26. Juli Lammers, nach einer Besichtigung des KZ Sachsenhausen im Frühjahr unterstütze er die Anregung Himmlers. Lammers teilte dann am 8. August dem Reichsjustizminister mit, Hitler habe angeordnet, »sämtliche entbehrlichen Sicherungsverwahrten dem Reichsführer SS zur Verfügung zu stellen«. Über die äußeren Gründe legte der Staatssekretär im Justizministerium, Roland Freisler, am 14. August den Leitern der Sicherungsanstalten der Justizverwaltung dar: »Dies sei darauf zurückzuführen, daß die KZ durch den Gnadenakt des Führers anlässlich seines 50. Geburtstages in der Belegung stark zurückgegangen und dort gegenwärtig mit bedeutenden Mitteln aufgezogene Betriebe offenbar nun ungenutzt seien.«⁶

Daneben lief die Suche nach Standorten für neue Konzentrationslager. Der SS-Verwaltungschef Pohl schrieb am 19. Juli an das Reichsfinanzministerium, die SS benötige die Wülzburg oberhalb Weißenburg in Bayern »für Schutzhäftlinge, die keine Verbrecher sind, die jedoch im Interesse der Staatssicherheit interniert werden müssen«. Diese Absicht, die eher prominente Gefangene betraf, wurde später fallengelassen.⁷

Währenddessen stellten in der Freien Stadt Danzig die örtlichen Machthaber, vermutlich der Nazigauleiter Arthur Forster, im Juli unter dem SS-Obersturmbannführer Max Pauly 200 SS-Leute ab, zusätzliche Haftstätten für mißliebige Bürger, darunter Polen, zu schaffen. Dazu gehörte eine Schule neben dem Polizeipräsidium. Außerdem begann in der selben Zeit 36 Kilometer östlich von Danzig bei Stutthof der Aufbau eines neuen Lagers in einem Waldgebäude, das auf drei Seiten von Wasser, an der vierten Seite von Sumpf umgeben war. Sollte es jenes Konzentrationslager in Ostpreußen sein, von dem im Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei vom 28. September 1938 im Zusammenhang mit

5 IMG, Bd. 33, S. 147ff., Dok. PS-3787.

R 22/1429, Bl. 106, 104 u. 91. 7 BA Koblenz, R 2/12 163,

6 ZPA, St 3/177; BA Koblenz,

Bl. 70.

Verhaftungen nach der A-Kartei die Rede war? Jedenfalls stand es bei Auslösung des A-Falles als Zivilgefangenenlager Stutthof unter Pauly bereit, ab 2. September polnische Gefangene dort einzukerkern.⁸ Hinzu trat – ebenfalls unter Pauly – das Lager bei Grenzdorf, das laut Bericht der Zeitung »Der Danziger Vorposten« vom 26. Juli seit Oktober 1938 für angebliche Arbeitsverweigerer unter Polizeikommando existierte.

In den letzten Augusttagen 1939 wurden die ersten polnischen Häftlinge nach Sachsenhausen verschleppt. Sie gehörten der organisierten polnischen Minderheit in Deutschland an, und die SS-Schergen in Sachsenhausen ließen ihre ganze Niedertracht an ihnen aus. Ein gleiches Schicksal bereitete die Gestapo Mitte August für Tschechen vor, die in Deutschland arbeiteten. Außerdem hatte schon am 7. Juli das Reichskriminalpolizeiamt angeordnet, alle kriminell Vorbestraften und deswegen Wehrunwürdigen sowie alle Nichtseßhaften in Listen zu erfassen und sie im Mobilmachungsfall in Konzentrationslager zu schleppen.⁹

Die Vorbereitungen zu Verhaftungen entsprechend der A-Kartei intensivierten sich im Sommer 1939. So wies am 13. Juli der Inspekteur der Sicherheitspolizei im Wehrkreis VI die Gestapo-Stellen Aachen, Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Münster und Osnabrück detailliert in das Vorgehen im Zusammenwirken mit den Landräten ein und teilte ihnen die vorläufigen Haftstätten zu, zumeist Polizeigefängnisse und Justizanstalten, aber auch das Arbeitslager Brauweiler. Die Leiter hätten sich schon Verpflegung für die zu erwartenden Häftlinge gesichert. Nach etwa zehn Tagen erfolge dann der Abtransport nach Sachsenhausen, wobei mit rund 1000 Personen zu rechnen sei. Am 19. August befahl das Gestapa, Angehörige der Internationalen Brigaden, die dem spanischen Volk zur Seite gestanden hatten, in die A-Kartei aufzunehmen, am 26. August für jede in ihr verzeichnete Person Formulare in vierfacher Ausfertigung vorzubereiten, die nach der Verhaftung zu ihm, an das jeweilige Konzentrationslager und an das Wehrmeldeamt zu senden bzw. zu den Akten zu nehmen seien. Die Staatspolizeistelle Erfurt fertigte daraufhin solche Blätter für 150 Einzukerkernde an. Ein Blitz-Erlaß des Gestapa ordnete in den Nachtstunden des 31. August an, am nächsten Morgen die unter der Chiffre A 1 Verzeichneten festzunehmen. Über ihre Zahl hielt der Abwehroffizier Groscurth schon am 28. August in seinem Tagebuch fest: »Am Y-Tag werden 3000 Leute festgesetzt.« Dagegen notierte der Generalstabschef des Heeres, Generalleutnant Franz Halder: »Festnahmen nach A-Kartei (10000 1. Rate) (20000

2. Rate).« Diese Zahlen deuteten die Größenordnung der in der A-Kartei registrierten und bekannten innenpolitischen Gegner des Regimes an. Jedenfalls vermerkte ein späterer Gestapo-Bericht, bei Kriegsbeginn wären von deutschen und österreichischen Kommunisten »ca. 2000 Funktionäre erfaßt« worden, bei denen »auf Grund ihrer besonderen Schulung und Haltung eine aktive staatsfeindliche Betätigung befürchtet werden mußte«.¹⁰ Hinzu kam eine unbekannte Zahl von SPD-Funktionären und eine Reihe von Mitgliedern bürgerlicher Parteien, welche die Gestapo als politische Gegner ansah.

Die »Pariser Tageszeitung« hatte übrigens schon am 19. August berichtet, daß listenmäßige Verhaftungen für den Tag vorbereitet worden wären, an dem der Krieg entfesselt werden sollte. Sie schrieb außerdem, daß die Konzentrationslager 60000 Häftlinge aufnehmen könnten. Diese Angabe erwies sich als zutreffend, wie sich aus einer undatierten, wohl von Oktober 1939 stammenden Aufstellung ergab.¹¹

Tabelle 48

KZ-Häftlinge, August und Oktober 1939

Lager	Häftlingszahl		Zahl der Wachmannschaften Oktober	Geforderte Zahl von SS-Leuten	Belegungsfähigkeit
	August	Oktober			
Buchenwald	5300	12600	..	570	9000 ⁺
Dachau	4000	1500 ⁺⁺	175	325	20000
Flossenbürg	1600	2600	250	400	3000
Mauthausen	1500	2800	408	408	3000
Ravensbrück	2500	1820	..	..	2500
Sachsenhausen	6500	10800	549	610	20000
zusammen	21400	32120	..	..	57500

⁺ Dazu vermerkt: »aus hygienischen Gründen.«

⁺⁺ Wie schon Mitte August Gerüchte in Dachau besagten, waren Ende September 1939 fast alle Dachauer Häftlinge in die KZ Buchenwald und Mauthausen transportiert worden, um bis Anfang März 1940 in Dachau die SS-Totenkopfdivision aufzustellen und auszubilden.

Quelle: SS im Einsatz, S. 218; ZStA Potsdam, Film 14349; Göhring, unpag.

Am 22. August hatte Hitler den militärischen Oberbefehlshabern eingeschärft: »Vernichtung Polens im Vordergrund, Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte,

8 Krzysztof Dunin-Wasowicz, Obóz koncentracyjny Stutthof, Gdansk 1970, S. 45f.; Obóz hitlerowski na ziemiach polskich 1939–1945. Informator encyklopedyczny, hg. von der Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce und dem Ra-

da Ochrony Pomników Walki i Męczeństwa, Warszawa 1979, S. 492; ZStA Potsdam, Film 15775.

9 Sachsenhausen-Hefte, Ausgabe 5, S. 200; ZStA Potsdam, Film 1632; Arch. Auschwitz, D-RF-3/ RSHA/118a, unfol.

10 ZStA Potsdam, Film 1628, u. 2939; Groscurth, S. 183; Franz Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, hg. vom Arbeitskreis für Wehrforschungen, Stuttgart 1962, Bd. I, S. 44; Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. I, S. 192. – Am 1. 1. 1939 besaß das Gestapa 1980558 Karteikarten mit Personalangaben und

641497 dazugehörigen Akten (ZStA Potsdam, Film 14355).

11 Kaindl, damals Verwaltungsführer in der Inspektion der Konzentrationslager, sagte am 16. 7. 1946 aus, am 1. 9. 1939 hätte es 18800 männliche und 2500 weibliche KZ-Häftlinge gegeben (Arch. GKBZHWP) Warschau, Nor. Proc. 4, dok. obr., t. II, k. 221, Dok. Scheide, Nr. 33).

Vernichtungslagern Auschwitz und Majdanek mit ihren Millionen Opfern, stiegen ins Unermeßliche. Als seit 1941/42 die billige und rechtlose Häftlingsarbeitskraft rücksichtslos für Rüstungsproduktion und militärisch sinnlose Großprojekte ausgebeutet wurde, erreichte das KZ-System sowohl nach seinem Umfang als nach der Zahl und der Abscheulichkeit der dort verübten Untaten schnell seinen Höhepunkt. Mitte 1944 existierten 20 Hauptlager mit rund 500 Nebenlagern bei vielen namhaften Konzernen in nahezu allen unterjochten Gebieten mit hunderttausenden Gefangenen, die aus fast jedem europäischen Land stammten und die bis zum letzten ausgepreßt oder ermordet wurden.¹⁶

Tabelle 49

KZ-Häftlinge und Wachmannschaften, 15. Januar 1945

Häftlinge		Wachmannschaften	
männlich	weiblich	männlich	weiblich
511537	202674	37674	3508

Quelle: ZStA Potsdam, Film 14428.

Der Widerstand in den Konzentrationslagern blieb im Krieg ungebrochen und erreichte neue Dimensionen. In internationalistischer, solidarischer Gemeinschaft, in den großen bis 1939 entstandenen Lagern von deutschen Kommunisten geführt, gingen Häftlinge aller Nationen und mit neuen Methoden gegen das menschenfeindliche, verbrecherische Regime an. Dazu gehörten nun vor allem die Sabotage der Kriegsproduktion und die Vorbereitungen, Waffen zu erlangen und sich, gestützt auf militärisch ausgebildete Kameraden, vor allem unter den sowjetischen Gefangenen, gegen ihre Peiniger zu erheben.

Nach der Befreiung empfanden die politischen Häftlinge aus vielen Ländern, was Ernst Wiechert zu Kriegsbeginn niederschrieb: »Was hier gewesen war, vernarbte nicht. Es würde keine Haut darüber wachsen, der Zeit oder der Vergeßlichkeit oder der wachsenden Gleichgültigkeit. Sie (die Wunden — d. Verf.) würden immer offen bleiben, und jede Falte des Tages oder der Nacht würde sie scheuern und schmerzen. Denn was hier geschehen war, war nicht zwischen Männern geschehen wie im Kriege. Es war nicht einmal zwischen Herren und Knechten geschehen, sondern eben zwischen Henkern und Opfern.« Und der christliche Schriftsteller war sich mit vielen anderen bewußt: »Er würde nichts vergessen, aber er würde nun zusehen müssen, daß aus dem Unvergeßlichen mehr wüchse als nur die bittere Frucht des Hasses.«¹⁷

16 *Verzeichnis der Haftstätten*
... passim; Krzysztof Dunin-
Wasowicz, *Ruch oporu w Hit-*
lerowskich obozach koncentrac-

cyjnych 1933–1945, Warszawa
1983, S. 48 f.

17 ZStA Potsdam, Film 14428.

Nach mehr als einem halben Jahrhundert muß heute freilich attestiert werden, Wiecherts Vision fand leider nicht durchgängig Verwirklichung. Hatten sich die Alliierten nach dem 8. Mai 1945 angesichts der unermeßlichen Dimension der nationalsozialistischen Verbrechen und der unübersehbaren Zahl derer, die dafür Verantwortung trugen, gezwungen gesehen, in allen vier Besatzungszonen Internierungslager zu errichten, gierten diese jedenfalls in der sowjetischen Besatzungszone bald ins Zwielicht.

Normative Grundlage dieser Einrichtungen waren das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, das Kontrollratsgesetz Nr. 10 vom 20. Dezember 1945 und die Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946. Das Abkommen von Potsdam bestimmte in Ziffer III A5: »Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.«¹⁸

In der britischen, der sowjetischen und der US-amerikanischen Zone entstanden jeweils eine zweistellige Zahl von Internierungslagern, während sie in der ein kleineres Territorium umfassenden französischen Zone geringer blieb. Die bekannten derartigen Einrichtungen waren: Dachau, Flossenbürg, Hersbruck, Nürnberg-Langwasser und Regensburg. In der US-amerikanischen; Esterwegen, Fallingb., Munsterlager, Neugamme, Neumünster, Paderborn und Recklinghausen in der britischen; Balingen, Seckenheim bei Heidelberg, Ludwigsburg und Reutlingen in der französischen Besatzungszone.

In Ostdeutschland errichteten die sowjetische Militär-administration zwölf Internierungslager, die zum einen dem Innenminister der UdSSR und zum anderen dem NKWD unterstanden: Bautzen, Berlin-Hohenschönhausen, Buchenwald Frankfurt/Oder, Fünfeichen, Jamlitz, Ketschendorf, Mühlberg, Sachsenhausen, Torgau und Weesow. Existierten einige dieser Haftstätten (wie Frankfurt und Weesow) nur wenige Monate im Sommer oder Herbst 1945, bestanden die Lager in Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen bis Anfang 1950. Nach sowjetischen Angaben befanden sich in den Internierungslagern der UdSSR insgesamt 122671 deutsche Staatsangehörige, von denen 42889 im Gefolge von den durch Hunger, Auszehrung und Seuchen geprägten Lagerbedingungen den Tod fanden, während weitere 756 Personen durch Militärgerichte zum Tode verurteilt wurden.

Die Zahl der Internierten enthielt einen beträchtlichen Kreis von Personen, die unter extensiver Auslegung des

18 *Völkerrecht, Dokumente*,
Bd. 1, Berlin 1980, S. 133.

Begriffes »für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich« inhaftiert worden waren. Zu den unrechtmäßig Inhaftierten gehörten zahlreiche Jugendliche, die ohne ausreichenden Nachweis der Zugehörigkeit zum Werwolf oder des Waffenbesitzes und zum Teil sogar ausschließlich wegen ihrer früheren obligatorischen Mitgliedschaft in einer NS-Jugendorganisation verfolgt und vielfach jahrelang unter zutiefst unwürdigen Bedingungen festgehalten wurden. Gerade sie gehörten zu den unschuldigen Opfern jener bitteren Frucht des Hasses, vor der Ernst Wiechert die postfaschistische Gesellschaft bewahrt wissen wollte. Gleichwohl können die nach 1945 geschaffenen Internierungslager — deren wissenschaftliche Analyse (ausgenommen die der britischen)¹⁹ noch aussteht — trotz aller dort herrschenden Widerwärtigkeiten nicht mit den Konzentrationslagern des NS-Regimes auf eine Stufe gestellt werden. Jene ursprünglich zur Sicherung der entstehenden antifaschistisch-demokratischen Ordnung konzipierten Haftstätten sind vielmehr im Osten Deutschlands in der Ära des kalten Krieges auch zur stalinistischen Verfolgung Andersdenkender mißbraucht worden.

Sie entsprachen damit keineswegs jenen Idealen, die die ehemaligen politischen Gefangenen des NS-Regimes in der Stunde ihrer Befreiung beseelten. Diese fanden damals ihren sinnfälligen Niederschlag in dem Schwur von Buchenwald, in dem es hieß: »Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«²⁰

19 Heiner Wember, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991.

20 Buchenwald, S. 645.

Die deutsche Regierung hat sich in der Vergangenheit mehrfach für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt. In der letzten Zeit hat sie sich besonders für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt. In der letzten Zeit hat sie sich besonders für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt.

Anhang

Die deutsche Regierung hat sich in der Vergangenheit mehrfach für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt. In der letzten Zeit hat sie sich besonders für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt.

Die deutsche Regierung hat sich in der Vergangenheit mehrfach für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt. In der letzten Zeit hat sie sich besonders für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt.

Die deutsche Regierung hat sich in der Vergangenheit mehrfach für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt. In der letzten Zeit hat sie sich besonders für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt.

Die deutsche Regierung hat sich in der Vergangenheit mehrfach für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt. In der letzten Zeit hat sie sich besonders für die Förderung der deutschen Wirtschaft in China eingesetzt.

Abkürzungsverzeichnis

a. D.	außer Dienst
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Aktiengesellschaft
AH	Amtshauptmannschaft
AIZ	Arbeiter-Illustrierte-Zeitung
Amtsh.	Amtshauptmannschaft
Arch.	Archiv
Arch. GKBZH	Archiwum Główniej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce
ASR	„Arbeitsscheu Reich“
BA	Bundesarchiv
Bay HStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv München
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BK	Bekennende Kirche
BMW	Bayerische Motorenwerke
BRD	Bundesrepublik Deutschland
ČSR	Tschechoslowakische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
d. J. (auch: d. Jhs.)	des Jahres
DJ	Deutsche Justiz
DJZ	Deutsche Juristenzeitung
Dok.	Dokument
Dok.-Zentrum	Dokumentationszentrum
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes
DR	Deutsches Recht
EOK	Evangelischer Oberkirchenrat
EZA	Evangelisches Zentralarchiv
GBI.	Gesetzblatt
Geh.	Geheime
GesS.	Gesetzessammlung
Gestapa (auch: GSTPA)	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GStA	Geheimes Staatsarchiv Berlin
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Bayern
i. R.	in Ruhe
IBV	Internationale Bibelforschervereinigung
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Interessengemeinschaft
IKL	Inspektion der Konzentrationslager

IMG	Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof
ITS	Internationaler Suchdienst des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz
JMBI.	Justizministerialblatt
JW	Juristische Wochenschrift
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KKA	Archiv für Geschichte des Kirchenkampfes
KL	Konzentrationslager
Konz.-Lager	Konzentrationslager
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
Krs.	Kreis
KZ	Konzentrationslager
MA	Militärarchiv
MBliV	Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung
Mob.	Mobilisierung
MS	Manuskript
NKWD	Narodnij Kommissariat Wnutrennych Del (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten)
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
PKW	Personenkraftwagen
RFB	Roter Frontkämpferbund
RFSS	Reichsführer SS
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
Rpf.	Reichspfennig
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturmabteilung (der NSDAP)
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SD	Sicherheitsdienst der SS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
Sipo	Sicherheitspolizei
SK	Strafkompanie
Sopade	Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel (der NSDAP)
StA	Staatsarchiv
StadtA	Stadtarchiv
SÚA	Státní Ústřední Archiv
Thür.	Thüringen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
USPD	Unabhängig Sozialdemokratische Partei Deutschlands

v. Js.	vorigen Jahres
VO	Verordnung
VVN/BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten
VVN/VdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschisten

WAP	Wojewódzkie Archiwum Państwowe
-----	--------------------------------

z. b. V.	zur besonderen Verfügung
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
z. Hd.	zu Händen
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv

Tabellenverzeichnis

- 1 Verhaftungen in Preußen, 1. März bis 30. April 1933 **37**
- 2 Zahl der Schutzhäftlinge im Polizeigefängnis Erfurt, Juni bis November 1933 **43**
- 3 Schutzhäftlinge in Hamburg-Fuhlsbüttel, März bis August 1933 **46**
- 4 Häftlinge im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel, Oktober 1933 bis Juli 1934 **46**
- 5 Anzahl der nach Dachau verschleppten und dort eingekerkerten Häftlinge, März bis Juni 1933 **51**
- 6 Stärke der Wachtruppe im KZ Dachau, März bis Mai 1933 **52**
- 7 Anzahl der nach Dachau verschleppten und dort eingekerkerten Häftlinge sowie Stärke der SS-Wachmannschaft, Juni 1933 bis Juni 1934 **53**
- 8 Anzahl der Häftlinge und der SA-Leute im KZ Oranienburg, März bis Dezember 1933 **54**
- 9 Anzahl der Häftlinge im KZ Heuberg, April bis November 1933 **58**
- 10 Häftlinge im KZ Sachsenburg, Mai bis Dezember 1933 **63**
- 11 Häftlinge im KZ Kühlen, Juli bis Oktober 1933 **68**
- 12 Berüchtigte Folterstätten, Konzentrationslager und Schutzhaftabteilungen in Polizeigefängnissen und Justizstrafanstalten 1933 **73**
- 13 Ausgaben des KZ Sachsenburg, Mai 1933 bis Mai 1934 **87**
- 14 Zusammensetzung der Schutzhäftlinge in Bayern, 10. April 1934 **105**
- 15 Verpflegungskosten im KZ Sachsenburg pro Kopf und Tag, Mai bis Oktober 1933 **114**
- 16 Unvollständige Liste der im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel Ermordeten und in den Tod Getriebenen, Juni 1933 bis Juni 1934 **128**
- 17 Auflösung von Konzentrationslagern bis Oktober 1933 **135**
- 18 Auflösung von Konzentrationslagern, Januar bis Mai 1934 **140**
- 19 Kommandanten von Konzentrationslagern unter der IKL, 1934 bis 1936 **191**
- 20 Unter Eicke in Dachau gewesene spätere KZ-Führer (Auswahl) **192**
- 21 Stärke der SS-Wachverbände, 1935/36 **195**
- 22 Schutzhäftlinge in einigen deutschen Ländern, 1. August 1934 **203**
- 23 Bayerische Schutzhäftlinge, November 1934 bis Mai 1936 **203**
- 24 Häftlinge in Dachau, Juli 1934 bis Juni 1936 **204**
- 25 Häftlinge im KZ Sachsenburg, Juli 1934 bis Juni 1936 **204**
- 26 Speiseplan im KZ Moringen im September 1934 **207**
- 27 Unvollständige Aufstellung der im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel Ermordeten und in den Tod Getriebenen, September 1934 bis Februar 1936 **213**
- 28 Festnahmen aus politischen Gründen, 1936 bis 1938 **252**
- 29 SS-Leute in der Inspektion der Konzentrationslager, 1935 bis 1938 **256**
- 30 Altersstruktur der SS-Totenkopfverbände 1938 **257**
- 31 Stärke der SS-Totenkopfverbände, 1936 bis 1939 **257**
- 32 Anzahl der Häftlinge und SS-Leute im KZ Sachsenhausen, 1936 bis 1939 **266**
- 33 Anzahl der Häftlinge und SS-Leute auf dem Ettersberg, 1937 bis 1939 **269**
- 34 Anzahl der Häftlinge und SS-Leute im KZ Dachau, 1936 bis 1939 **271**
- 35 Anzahl der Häftlinge und SS-Leute im KZ Mauthausen, 1938/39 **274**
- 36 Anzahl der SS-Führer und -Mannschaften in KZ-Kommandanturen, 1936 bis 1939 **275**
- 37 Ausgaben für KZ-Bauten, 1937 bis 1939 **276**
- 38 Bauwerte und Unterhaltungskosten von Konzentrationslagern, 1939 **276**
- 39 Zusammensetzung der Häftlinge des KZ Dachau, 1936 bis 1938 **288**
- 40 Zusammensetzung der Häftlinge des KZ Buchenwald, 1937 bis 1939 **288**
- 41 Zusammensetzung der 8309 Häftlinge im KZ Sachsenhausen Ende 1938 **288**
- 42 Krankenbehandlung im KZ Buchenwald, Sommer/Herbst 1937 **299**
- 43 Im Justizministerium verzeichnete angebliche Fluchterschießungen, Juni/Juli 1938 **303**
- 44 Tote in Konzentrationslagern, 1936 bis 1939 **303**
- 45 Ausgaben für bewaffnete SS-Einheiten nach dem Etat 1939 **338**
- 46 Stärke der SS-Totenkopfverbände nach dem Haushaltsplan 1939 **338**
- 47 Stärke der KZ-Kommandanturen nach dem Budget 1939 **338**
- 48 KZ-Häftlinge, August und Oktober 1939 **339**
- 49 KZ-Häftlinge und Wachmannschaften, 15. Januar 1945 **341**

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivalien

Antifa-Archiv Ludwigshafen
 Archiv des Generalstaatsanwalts der DDR, Berlin
 Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau
 Archiv der Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg, Prettin
 Archiv des Museums Mauthausen, Wien
 Archiv der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald (heute: Gedenkstätte Buchenwald)
 Archiv der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen (heute: Gedenkstätte Sachsenhausen)
 Archiwum Główny Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Warschau
 Archiwum Państwowe Muzeum w Oświęcimiu
 Bayerisches Hauptstaatsarchiv München, Bestände MA, MF, Minn und Reichsstatthalter
 Bezirksparteiarchiv Halle der SED
 Bundesarchiv, Koblenz, Bestände NS 4, R 2, 22 und 58, Sammlung Schumacher und NL Heilmann
 Československý svaz Protifašistický Bojoveníku, Federály výbor, Prag, Archiv
 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien
 Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (heute: Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten), Berlin, Bestand Konzentrationslager und Haftanstalten
 Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestände Archiv für die Geschichte des Kirchenkampfes und Evangelischer Oberkirchenrat
 Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin, Bestände Rep. 77, 84a, 90 P und 153
 Institut für Zeitgeschichte München, Archiv
 Internationaler Suchdienst des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Arolsen, Bestände Historische Abteilung und KL-Dokumente
 Militärarchiv der DDR (heute: Bundesarchiv-Militärarchiv, Außenstelle), Potsdam
 Staatsarchiv Bautzen (heute: Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Außenstelle Bautzen), Bestände Amtshauptmannschaft Bautzen und Löbau
 Staatsarchiv Dresden (heute: Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Dresden), Bestände Amtshauptmannschaft Flöha, Kreishauptmannschaft Zwickau, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, KZ Colditz und Zuchthaus Waldheim
 Staatsarchiv Leipzig (heute: Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Leipzig), Bestände Amtshauptmannschaft Döbeln und Leipzig
 Staatsarchiv Magdeburg (heute: Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt), Bestände C 50 und C 230
 Staatsarchiv Meiningen (heute: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Außenstelle Meiningen), Bestand Kreisamt Meiningen
 Staatsarchiv München, Bestände Landratsämter, Polizeidirektion München Staatsanwaltschaft und NSDAP
 Staatsarchiv Potsdam (heute: Brandenburgisches Landeshauptarchiv), Bestände Brandenburg, Rep. 2 A, Regierung Potsdam, I Pol, und Landratsamt Cottbus
 Staatsarchiv Weimar (heute: Thüringisches Hauptarchiv Weimar), Bestände Kreisamt Weimar, Regierung Erfurt, Thüringisches Ministerium des Innern und Buchenwald
 Stadtarchiv Auerbach, Bestand Auerbach
 Stadtarchiv Leisnig, Nr. 551
 Státní ústřední archiv v Praze, Prag, Bestände MZ, PMV, PP, PZU und ZTA
 Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Poznaniu, Poznań, Bestand Rejencja w Pile

Wojewódzkie Archiwum Państwowe w Szczecinie, Szczecin, Bestand Rejencja Szczecińska, Wydział Prezydialny
 Zentrales Parteiarchiv der SED, Bestände I, PSt 3, St 3, 10, 17 und 62, (heute in Potsdam) EA, V 241 und NL
 Zentrales Staatsarchiv Merseburg (heute: Geheimes Staatsarchiv, Preussischer Kulturbesitz), Bestände Rep. 77, Tit. 4043, und 2.5.1
 Zentrales Staatsarchiv Potsdam (heute: Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam), Bestände Deutsche Arbeitsfront, Zeitungsausschnittsammlung, Landbundarchiv, Reichsjustizministerium, Reichsministerium des Innern, Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten, Reichsrechnungshof und Filmsammlung
 Von Prof. Dr. Oskar Hinckel (Berlin), Kurt Köhler (Berlin), Pfarrer Georg Krause (Meißen), Willi Rattai (Essen), Nicolaus Riedmüller (Berlin), Dr. Rita Sprengel (Dresden) und Rudolf Wunderlich (Berlin) mündliche Auskünfte oder schriftliche Berichte. für die d. Verf. herzlich danken. Für die freundliche Unterstützung bei der Beschaffung und Bereitstellung der Abbildungsvorlagen bedanken sich die Verfasser und der Verlag.

Literatur

Abraham, Max, Juda verrecke. Ein Rabbiner im Konzentrationslager, Teplitz-Schönau 1934
 Abusch, Alexander, Der Deckname, Memoiren, Berlin 1981
 Aders, Gerhard, Das Schutzhaftlager des SA am Hochkreuz in Porz-Gremberghoven, in: Rechtsrheinisches Köln, 1982
 Adolph, Walter, Sie sind nicht vergessen. Gestalten aus der jüngsten deutschen Kirchengeschichte, Berlin 1972
 Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1939, hg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Konrad Repgen, für das Bundesarchiv von Hans Booms. Die Regierung Hitler, T. I: 1933/34, Bände I und II, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard a. Rh. 1983
 Algermissen, Gundolf/Jacobs, Reinhard/Theilmann, Friedrich, KZ Oranienburg, Peine 1989
 Allgemeine Erlaßsammlung (des Reichssicherheitshauptamtes), o. O., o. J.
 Der alltägliche Faschismus. Dokumentation, hg. von der VVN-Bund der Antifaschisten, Ortsgruppe Tübingen, o. J.
 Aly, Götz, Der saubere und der schmutzige Fortschritt, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Band 2: Reform und Gewissen, Berlin 1985
 Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933–1945. 240 Faksimiles und 6 originalgetreue Reproduktionen, zus. gest. und eingel. von Margot Pikarski/Günther Uebel, Berlin 1978
 Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Zeit 1933–1945, o. O., o. J.
 Der antifaschistische Widerstandskampf unter Führung der KPD in Mecklenburg 1933–1945, hg. im Auftrage der Bezirksleitungen Neubrandenburg, Rostock und Schwerin in der SED und ihrer Kommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Berlin 1985
 Antifaschistischer Widerstandskampf 1933–1945 in Bremen, Bremen 1974
 Antifaschistischer Widerstandskampf in der Provinz Brandenburg. Ausgewählte Dokumente und Materialien zum antifaschistischen Widerstandskampf unter Führung der KPD in der Provinz Brandenburg 1933–1939, hg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED u. a., Potsdam 1978

- Antoni, Ernst, KZ. Von Dachau bis Auschwitz. Faschistische Konzentrationslager 1933–1945, Frankfurt/M. 1979
- Arbeit und Vernichtung. Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945. Katalog zur ständigen Ausstellung im Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Außenstelle des Museums für Hamburgische Geschichte, hg. von Ulrich Bauche/Heinz Brüdigam/ Ludwig Eiber/Wolfgang Wiedey, Hamburg 1986
- Arenz-Morch, Angelika, Das KZ Osthofen – ein frühes Instrument zur Disziplinierung der Arbeiterbewegung, in: Informationen. Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, 1986, Nr. 1–2
- /Henning, Eike in Zusammenarbeit mit Herbert Bauch/Thomas Schlegel-Batton, Osthofen. Erinnern und Vergegenwärtigen, Frankfurt/M. 1986
- Arndt, Fritz, Vorbereitungen der Reichswehr für den militärischen Ausnahmezustand, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 1965, H. 2
- Arndt, Ino, Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, in: Studien zur Geschichte der Konzentrationslager, hg. von Martin Broszat, Stuttgart 1970, und in: Dachauer Hefte, 1987, H. 3
- Aronson, Shlomo, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971
- Auer, Ignaz, Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes, Nürnberg 1929
- Aumeier, Peter, Klagges. Verbrecher im Hintergrund. Ein Prozeßbericht, o. O., o. J. (1950)
- Ayass, Wolfgang, Bettler, Landstreicher, Vagabunden, Wohnungslose und Wanderer, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle für NS-Sozialpolitik, 1985, H. 9/10
- , »Es darf in Deutschland keine Landstreicher mehr geben.« Die Verfolgung von Bettlern und Vagabunden im Faschismus, Hausarbeit, Gesamthochschule Kassel 1980 (MS)
- , Vom »Pik As« ins »Kola-Fu«. Die Verfolgung der Bettler und Obdachlosen durch die Hamburger Sozialverwaltung, in: Verachtet – verfolgt – vernichtet. Zu den »vergessenen« Opfern des NS-Regimes, hg. von der Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg eV, Hamburg 1986
- Badry, W. M., Konzentrations- und Gefangenenlager im Emsland von 1933–1945, in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes, 1968
- Bahmann, Ruth, Magnus Poser. Lebensbild eines Kommunisten, Jena 1981
- Balk, Theodor (d. i. Fjodor Dragutin), Ein Gespenst geht um ..., Paris 1933
- Barthel, Karl, Die Welt ohne Erbarmen. Bilder und Skizzen aus dem KZ, Rudolstadt 1946
- Baudis, Dieter, Dokumente zur Rolle Albert Südekums, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1960, H. 2
- Bauer, Fritz, Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns, Frankfurt/M. 1965
- Bauer, Heino/Klein, Herbert, Bergkamens Geschichte I: Auf dem Wege zum Faschismus. Faschismus und Widerstand in einer Industriegemeinde am Beispiel Bergkamens. Interviews mit Augenzeugen, Berichte und Quellen, Bergkamen 1979
- Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, hg. von Martin Broszat/Elke Fröhlich/Falk Wiesemann, München/Wien 1977
- Beck, Miroslav/Vesely, Jiří u. a., Exil und Asyl. Antifaschistische deutsche Literatur in der Tschechoslowakei 1933–1938, Berlin 1981
- Beer, Helmut, Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Nürnberg 1933–1945, Nürnberg 1976
- Behning, Bernd, Soziale Gruppenbildung im KL Dachau 1933–1938, Zulassungsarbeit, München 1974 (MS)
- Beimler, Hans, Im Mörderlager Dachau. Vier Wochen in den Händen der braunen Banditen, Moskau/Leningrad 1933 und Berlin 1976
- Beiträge zur Geschichte des Häftlingskrankenhauses im Konzentrationslager Buchenwald, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle o. J.
- Bei uns ... 1933–1945 ... Eine Broschüre zur gleichnamigen Ausstellung, hg. von Klaus J. Lorenzen-Schmidt, Engelbrechtsche Wildnis 1983
- Belz, Willi, Die Standhaften. Über den Widerstand in Kassel 1933–1945, Ludwigsburg 1960
- Bembek, Lothar/Schumacher, Fritz, Nicht alle sind tot, die begraben sind. Widerstand und Verfolgung in Wiesbaden 1933–1945, Frankfurt/M. 1980
- Benjamin, Hilde, Georg Benjamin. Eine Biographie, Leipzig 1977
- Berben, Paul, Dachau 1933–1945. The Official History, London 1975
- Best, Werner, ... wird erschossen. Die Wahrheit über das Boxheimer Dokument, Mainz 1932
- Biereigel, Hans, Oranienburg und KZ Sachsenhausen – Stätten des Kampfes und des Grauens, in: Helle Sterne in dunkler Nacht. Studien über den antifaschistischen Widerstandskampf im Regierungsbezirk Potsdam 1933–1945, hg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung Bezirkskomitee Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, Potsdam 1988
- Billstein, Aurel, Der eine fällt, die anderen rücken nach. Dokumente des Widerstandes und der Verfolgung in Krefeld 1933–1945, Frankfurt/M. 1973
- Bochum 1930 bis 1933, Bochum 1983
- Boulanger, Jakob/Tschesno-Hell, Michael, Eine Ziffer über den Herzen, Berlin 1957
- Bogedain, Bernhard/Heß, Klaus, Zum Kampf der Arbeiterklasse der Stadt Brandenburg gegen Imperialismus, Militarismus und Faschismus in den Jahren 1929 bis 1945 unter besonderer Berücksichtigung der führenden Rolle der KPD, phil. Diss., Pädagogische Hochschule Potsdam, 1978 (MS)
- Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969
- /Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln 1960
- Bräutigam, Helmut/Gliech, Oliver C., Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin I. Die »wilden« Konzentrationslager und Folterkeller 1933/34, in: Berlin-Forschungen II, hg. von Wolfgang Ribbe, Berlin 1987
- Brandes, Heino, KZ Börnicke im Osthavelland, in: Helle Sterne in dunkler Nacht. Studien über den antifaschistischen Widerstandskampf im Regierungsbezirk Potsdam 1933–1945, hg. von der Bezirksleitung Potsdam der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung/Bezirkskomitee Potsdam der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, Potsdam 1988
- Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror, Basel 1933 und Berlin 1980
- Bredel, Willi, Die Prüfung, London 1934 und Moskau/Leningrad 1935 bzw. Berlin/Weimar 1974
- Bremen – kaputt. Bilder vom Kriege 1939–1945. Berichte, Dokumente, Erinnerungen, hg. von C. U. Schminck-Gustavus, Bremen 1983
- Brettschneider, Heike, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933–1945, München 1968
- Bringmann, Fritz/Diercks, Herbert, Die Freiheit lebt! Antifaschistischer Widerstand und Naziterror in Elmshorn und Umgebung, Frankfurt/M. 1983
- Broszat, Martin, Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933 bis 1945, in: Buchheim, Hans/Broszat, Martin/Jacobsen, Hans-Adolf/Krausnick, Helmut, Anatomie des SS-Staates, Olten/Freiburg i. B. 1965, Band II
- , Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969
- , Zum Streit um den Reichstagsbrand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1960, H. 3
- Buchenwald. Ein Konzentrationslager. Bericht der ehemaligen KZ-Häftlinge Emil Carlebach/Paul Grünwald/Hellmuth Röder/Willy Schmidt/ Walter Vielhauer, hg. im Auftrag der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1986
- Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte, hg. von der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald in Zusammenarbeit mit der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-

- Dora beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Berlin 1983
- Das war Buchenwald. Ein Tatsachenbericht, hg. von der KPD, Stadt und Kreis Leipzig, Leipzig o. J.
- Buchheim, Hans, Die Aktion »Arbeitsscheu Reich«, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Stuttgart 1966
- , SA-Hilfspolizei, SA-Feldpolizei und Feldjägerkorps und die beamtenrechtliche Stellung ihrer Angehörigen, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Stuttgart 1958
- , Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: *ders./Broszat*, Martin/Jacobsen, Hans-Adolf/Krausnick, Helmut, Anatomie des SS-Staates, Olten/ Freiburg i. B. 1965, Band I
- Bunzol, Alfred, Erlebnisse eines politischen Gefangenen im KZ Buchenwald, Weimar 1946
- Burckhardt, Carl J., Meine Danziger Mission 1937–1939, München 1962
- Burger, Felix (d. i. Kurt R. Grossmann), Juden in brauner Hölle, Prag 1933
- Burkhard, Hans, Tanz mal, Jude! Von Dachau bis Shanghai. Meine Erlebnisse in den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald, Getto Shanghai, Nürnberg o. J.
- Chronik des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Chemnitz-Erzgebirge-Vogtland 1933–1945, hg. von der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED, Karl-Marx-Stadt 1969
- Czarnik, Andrzej, Hitlerowskich obóz koncentracyjny w Czarnem w 1933 r., in: Zbrodnie Hitlerowskich nazimnie Koszalińskiej w latach 1933–1945, Koszalin 1968
- Dal Pont, Adriano, I Lager di Mussolini. L'altra faccia del confino nei documenti della polizia fascista, Milano 1978
- Demps, Laurenz, Dokumente zur Funktion und Rolle der faschistischen Partei (NSDAP) bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges (1937–1939), in: Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg«, 1977, H. 3/4
- , Einige Bemerkungen zur Genesis der faschistischen Arbeitseinsatzkonzeption, in: Deutscher Imperialismus und polnische Arbeiter in Deutschland 1900–1945. Materialien eines wissenschaftlichen Kolloquiums der Sektion Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Rostock 1977
- , Konzentrationslager in Berlin 1933 bis 1945, in: Jahrbuch des Märkischen Museums, 1977
- , Der Übergang der Abteilung I (Politische Polizei) des Berliner Polizeipräsidiums in das Geheime Staatspolizeiamt (1933/34), phil. Diss. B, Humboldt-Universität Berlin 1982 (MS)
- Deutsche Frauentricksale. Stimmen und Dokumente, hg. von der Union für Recht und Freiheit, London 1937
- (Scheer, Maximilian [d. i. Walter Schlieper]), Das deutsche Volk klagt an. Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland. Ein Tatsachenbuch, Paris 1936
- Deutschland im zweiten Weltkrieg, Band 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941, Autorenkollektiv unter Gerhart Hass, Berlin 1974
- , Band 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Autorenkollektiv unter Karl Drechsler unter Mitarbeit von Klaus Drobisch und Wolfgang Schumann, Berlin 1975
- Diels, Rudolf, Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo, Stuttgart 1950
- Dienstleistungsliste der Schutzstaffel der NSDAP, München 1934, Berlin 1935ff.
- Diercks, Herbert, Gedenkbuch »Kola-Fu«. Für die Opfer aus dem Konzentrationslager, Gestapogefängnis und KZ-Außenlager Fuhlsbüttel, Hamburg 1987
- Dimitroff contra Göring. Enthüllungen über die wahren Brandstifter. Braunbuch II, Paris 1934 und Berlin 1981
- Distel, Barbara, Im Schatten der Helden. Leben und Überleben von Centa Beimler-Herker und Lina Haag, in: Dachauer Hefte, 1987, H. 3
- , Die »Reichskristallnacht« und das KZ Dachau (MS)
- Döring, Hans-Joachim, Die Zigeuner im nationalsozialistischen Staat, Hamburg 1964
- Dokumente über die Behandlung deutscher Staatsangehöriger in Deutschland 1938–39, London 1940
- Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933, hg. von Henning Timpke, Frankfurt/M. 1964
- Domröse, Ortwin, Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röhm-Putsch, München 1974
- Dreetz, Dieter/Sperling, Heinz, Reichswehrführung und militärischer Ausnahmezustand 1923/24, in: Militärgeschichte, 1978, H. 6
- 83 Tage KZ Zschorlau 1933, hg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der Kreise Stollberg-Aue-Schwarzenberg, Aue 1978
- Drewniak, Bogusław, Poczatki ruchu Hitlerowskiego na Pomorzu zachodnim 1923–1934, Poznań 1962
- Drobisch, Klaus, Anklagen aus der Bekennenden Kirche Sachsens gegen die Konzentrationslager, in: Standpunkt, 1985, H. 3
- , Dokumente zur direkten Zusammenarbeit zwischen Flick-Konzern und Gestapo bei der Unterdrückung der Arbeiter, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1963, T. III
- , Frauenkonzentrationslager im Schloß Lichtenburg, in: Dachauer Hefte, 1987, H. 3
- , Konzentrationslager im Schloß Lichtenburg, Cottbus 1987
- , Im Konzentrationslager wurde erstes BK-Mitglied ermordet, in: Standpunkt, 1987, H. 4
- , »Kriegsschauplatz Innerdeutschland«. Sicherheitspolizeiliche Vorbereitungen und Einübungen seit 1935/36, in: Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), hg. von Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold, Berlin 1989
- , Ein Nazidokument über einen vermuteten Fluchtversuch Hans Beimlers, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1981, H. 5
- , Pfarrer Paul Schneiders Schicksal in NS-Akten, in: Standpunkt, 1981, H. 4
- , Proteste gegen die Ermordung Paul Schneiders, in: Standpunkt, 1986, H. 9
- , Proteste aus Großbritannien 1934–1937 gegen den faschistischen Terror, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1978, H. 1
- , Proteste gegen Martin Niemöllers KZ-Haft 1938, in: Standpunkt, 1982, H. 2
- , Erste Publikationen über Buchenwald, in: Buchenwald-Heft, 1984, H. 21
- , Theodor Eicke. Verkörperung des KZ-Systems, in: Sturz ins Dritte Reich. Historische Miniaturen und Porträts 1933/35, hg. von Helmut Bock/Wolfgang Ruge/Marianne Thoms, Leipzig/Jena/Berlin 1985
- , Über den Terror und seine Institutionen in Nazideutschland, in: Faschismus-Forschung, Positionen, Probleme, Polemik, hg. von Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Berlin 1980
- , Der Werkschutz – betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1965, T. IV
- , Widerstand in Buchenwald, Berlin 1985
- , Zeitgenössische Berichte über Nazikonzentrationslager 1933 bis 1939, in: Jahrbuch für Geschichte, 1982, Band 26
- Dunin-Wąsowicz, Krzysztof, Obóz koncentracyjny Stutthof, Gdańsk 1970
- , Ruch oboru w Hitlerowskich obozach koncentracyjnych 1933–1945, Warschau 1983
- Durand, Pierre, Die Bestie von Buchenwald, Berlin 1985
- Echterhöler, Rudolf, Das öffentliche Recht im nationalsozialistischen Staat, Stuttgart 1970
- Esgebrecht, Axel, Der halbe Weg. Zwischenbilanz einer Epoche, Reinbek 1975
- Eiber, Ludwig, Aspekte des Verfolgungsapparates in Hamburg 1933/34, in: Verfolgung – Ausbeutung – Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in deutschen Konzentrationslagern 1933–1945, hg. von Ludwig Eiber, Hannover 1985
- , »Kola-Fu«. Konzentrationslager und Gestapogefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel 1933–1945, Hamburg o. J.
- Eichmann, Bernd, Versteint, verharmlost, vergessen. KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 1985
- Elling, Hanna im deutschen Widerstand 1933–1945, Frankfurt/M. 1979

Emendörfer, Max, Rückkehr an die Front. Erlebnisse eines deutschen Antifaschisten, Berlin 1972

Engelbrechten, J. K. von, Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, München/Berlin 1937

— /Volz, Hans, Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin, München 1937

Engelmann, Horst, Sie blieben standhaft. Der antifaschistische Widerstandskampf in Dessau unter Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands, Dessau 1965

Ernst, Volker, Zusammenarbeit von Reichswehr und SS-Führung bei der Aufstellung einer bewaffneten SS Ende 1934, in: Militärgeschichte, 1979, H. 6

Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Bochum 1930–1933, Bochum 1983

Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, Band 1: Arbeiterbewegung, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes/Institut für Wissenschaft und Kunst, Wien/ München 1985

Eschmann, Ernst Wilhelm, Der faschistische Staat in Italien, Breslau 1930

den faschisten werden wir nicht weichen. Der antifaschistische Widerstandskampf im Kreis Stollberg, hg. von der Kreisleitung Stollberg der SED, Stollberg 1982

Fein, Erich/Flanner, Karl, Rot-weiß-rot in Buchenwald. Die österreichischen politischen Häftlinge im Konzentrationslager am Etersberg bei Weimar 1938–1945, Wien/Zürich 1987

Finck, Werner, Sie werden lachen – mir ist es ernst, in: Die zehnte Muse. Kabarettisten erzählen, hg. von Frauke Deißner-Jensen, Berlin 1982

Finker, Kurt, Graf Moltke und der Kreisauer Kreis, Berlin 1978

Fladung, Hans, Erfahrungen. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1986

Folterhölle Sonnenburg, Zürich/Paris 1934

Zur Frage der deutschen antifaschistischen Emigration in der ČSR 1933–1939, in: Philologica Pragensia, 1975, Nr. 1

Frank, Wolfgang, Führer durch die deutsche Emigration, Paris 1935

Frei, Bruno, Carl von Ossietzky. Ritter ohne Furcht und Tadel, Berlin/ Weimar 1966

Freund, Julius, O Buchenwald!, Klagenfurt 1946

Fröhlich, Elke, Die Herausforderung des Einzelnen, in: Bayern in der NS-Zeit, Band VI, München/Wien 1983

Fuhrmann, Gerhard, Das Aufkommen der faschistischen Diktatur und der antifaschistische Widerstand unter Führung der KPD im Gebiet von Hohenstein-Ernstthal und Lichtenstein (1932–1936), Staatsexamensarbeit, Pädagogische Hochschule Potsdam 1966 (MS)

Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation. Text und Zusammenstellung: Ulrike Puvogel, Bonn 1987

Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wahrheit, hg. von Christoph Kleßmann/ Falk Pingel, Frankfurt/M./New York 1980

Geigenmüller, Otto, Die Politische Schutzhaft im nationalsozialistischen Deutschland, jur. Diss., Würzburg 1937

Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht Berlin, Anklageschrift in der Strafsache gegen Fritz Wöhrn und weitere Beschuldigte vom 14. Juli 1968 (MS)

Georg, Enno, Die wirtschaftlichen Unternehmungen der SS, Stuttgart 1963

Gerhard, Dirk, Antifaschisten. Proletarischer Widerstand 1933 bis 1945, Berlin 1976

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 1 und 5, Berlin 1966

Geschichte Thüringens, hg. von Hans Patze/Walter Schlesinger, 5, Band, 2. T., Köln/Wien 1978

Gefner, Klaus, Geheime Feldpolizei. Zur Funktion und Organisation des geheimen polizeilichen Exekutivorgans der faschistischen Wehrmacht, Berlin 1986

Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel. Erinnerungen, Dokumente, Totenliste. Initiative für eine Gedenkstätte, zus.gest. von Ursel Hochmuth/Erna Meyer, Hamburg 1983

Ihr Gewissen gebot es. Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus, zus.gest. und hg. von Klaus Drobisch/Gerhard Fischer, Berlin 1980

Gilsenbach, Reimar, Verfolgt und vergessen. Das Sinti-Lager in Marzahn, in: Potsdamer Kirche, 1986, Nr. 40 u. 41

—, Die Verfolgung der Sinti – ein Weg, der nach Auschwitz führte, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 1988, Nr. 6

Gliech, Oliver C., Die Spandauer SA 1926 bis 1933. Eine Studie zur nationalsozialistischen Gewalt in einem Berliner Bezirk, in: Berlin-Forschungen III, hg. von Wolfgang Ribbe, Berlin 1988

Gliederung der Schutzstaffeln SS, zus.gest. von Werner Haupt, Stuttgart 1881

Glondajewski, Gertrud/Schumann, Heinz, Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Thüringen 1939 bis 1945), Berlin 1957

Göhring, Ludwig, (Erinnerungen), (MS im Besitz von Oskar Hinckel)

Gossweiler, Kurt, Arbeiterklasse und Faschismus, in: ders., Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986

—, Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924, Berlin 1984

— /Schlicht, Alfred, Junker und NSDAP 1931/32. Eine Dokumentation, in: Gossweiler, Kurt, Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986

Gotsche, Otto, Der Weg eines Buches, in: Sinn und Form, 1978, H. 2

Gottschling, Ernst, Der faschistische Staat. Das deutsche Beispiel, in: Faschismus-Forschung. Positionen, Probleme, Polemik, hg. von Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Berlin 1980

Graf, Christoph, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983

Grau, Fritz/Schäfer, Karl, Das deutsche Gnadenrecht, T. I, Berlin 1939

Grehl, Karin, Das ehemalige faschistische Konzentrationslager im Schloß Hainewalde – ein Mittel zur Festigung der faschistischen Diktatur. Examenarbeit, Pädagogische Hochschule Dresden 1968 (MS)

Grieser, Udo, Himmlers Mann in Nürnberg. Der Fall Benno Martin. Eine Studie zur Struktur des Dritten Reiches in der »Stadt der Reichsparteitage«, München 1974

Groscurth, Helmuth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler, hg. von Helmut Krausnick/Harold C. Deutsch, Stuttgart 1970

Großmann, Anton, Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD, in: Bayern in der NS-Zeit, Band V, hg. von Martin Broszat/Hartmut Meringer, München/Wien 1983

Gruchmann, Lothar, Die bayerische Justiz im politischen Machtkampf 1933/34. Ihr Scheitern bei der Strafverfolgung von Mordfällen in Dachau, in: Bayern in der NS-Zeit, Band II, hg. von Martin Broszat/Elke Fröhlich, München/Wien 1979

—, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988

Grünberg, Karl, Episoden. Erlebnisse aus sechs Jahrzehnten, Berlin 1983

Grünwald, Paul, KZ Osthofen. Material zur Geschichte eines fast vergessenen Konzentrationslagers, Frankfurt/M. 1983

Haag, Lina, Eine Handvoll Staub, Frankfurt/M. 1977

Haberland, Ernst, Der Pelerinenmann, Berlin 1981

Häftlingsnummernzuteilung in Konzentrationslagern, hg. vom Comité International de la Croix-Rouge, Internationaler Suchdienst, Arolsen 1965

Hahn, Manfred, »Dokumentarische Wahrheit gestalten«. Willi Bredels »Die Prüfung. Roman aus einem Konzentrationslager«, in: Erfahrung Exil. Antifaschistische Romane 1933–1945. Analysen, hg. von Sigrid Bock/Manfred Hahn, Berlin/Weimar 1979

Halder, Franz, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, hg. vom Arbeitskreis für Wehrforschungen, Stuttgart 1962

Halfmann, Horst, Bibliographie und Verlage der deutschsprachigen Exilliteratur 1933 bis 1945, in: Beiträge zur Geschichte des Buchwesens, 1969, Band 4

- Halle, Anna Sabine, »Alle Menschen sind unsere Brüder...« Nahezu unbekannter religiöser Widerstand im »Dritten Reich«, in: Widerstand und Exil 1933–1945, Bonn 1985
- »Halts Maul – sonst kommt nach Dachau«. Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus, Köln 1983
- Die Haltung der beiden deutschen Staaten zu den Nazi- und Kriegsverbrechen, hg. vom Generalstaatsanwalt der DDR/Ministerium der Justiz der DDR, Berlin 1965
- Heiden, Konrad, Geschichte des Nationalsozialismus, Berlin 1932
- , Adolf Hitler, Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit, Zürich 1936
- Heilig, Brüno, Menschen am Kreuz, Berlin 1948
- Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933–1945, Band 1: Hessen; Band 2: Niedersachsen I, Regierungsbezirke Braunschweig und Lüneburg; Band 3: Niedersachsen II, Regierungsbezirke Hannover und Weser-Ems, hg. von dem Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes 1933–1945/Präsidium der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten, Köln 1984ff.
- Heinz, Gerhard, Geschehnisse des antifaschistischen Widerstandes im Gebiet des Kreises Oschatz (Amtshauptmannschaft), Ende Januar bis Mai 1933. Errichtung des KZ Pappenheim bei Oschatz (MS)
- Heister, Hanns-Werner, Elend und Befreiung. Karl-Amadeus Hartmanns musikalischer Widerstand, in: Musik und Musikpolitik im faschistischen Deutschland, hg. von Hanns-Werner Heister/Hans Günther Klein, Frankfurt/M. 1984
- Helm, Rolf, Anwalt des Volkes. Erinnerungen, Berlin 1978
- Herbert, Ulrich, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin/Bonn 1985
- , Zwangsarbeit als Lernprozeß. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, 1984, Band XXIV
- Herm, Max, Wir hörten Radio Moskau im KZ Lichtenburg, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks, 1974, H. 1
- Herz und Gedanken auf die Zukunft. Erinnerungsberichte antifaschistischer Widerstandskämpfer des Kreises Hohenmölsen, hg. von der Kreisleitung Hohenmölsen der SED, o. O., 1979
- Herzfelde, Wieland, Schutzhaft. Erlebnisse vom 7. bis 20. März 1919 bei den Berliner Ordnungstruppen, in: ders., Zur Sache geschrieben und gesprochen zwischen 18 und 80, Berlin 1976
- Himmler, Heinrich, Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei, in: Nationalpolitischer Lehrgang der Wehrmacht vom 15. bis 23. Januar 1937, Berlin 1937
- Hinrichs, Klaus (d. i. Karl August Wittfogel), Staatliches Konzentrationslager VII. Eine »Erziehungsanstalt« im Dritten Reich, London 1936
- Hirsch, Kurt, Die Blutlinie. Ein Beitrag zur Geschichte des Antikommunismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1960
- Hirsch, Werner, Hinter Stacheldraht und Gitter. Erlebnisse und Erfahrungen in den Konzentrationslagern und Gefängnissen Hitlerdeutschlands, Zürich/Paris 1934
- Hitler, Adolf, Mein Kampf, München 1925/26 und 1942
- Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1925, hg. von Eberhard Jäckel zus. mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980
- Aus Hitlers Konzentrationslagern, zus.gest. von Kurt Bürger (d. i. Karl Ganz), Moskau/Leningrad 1934
- Hitlers Machtergreifung 1933. Vom Machtantritt Hitlers 30. Januar 1933 bis zur Besiegung des Einparteiensates 14. Juli 1933, hg. von Josef und Ruth Becker, München 1983
- Hochmuth, Ursel/Meyer, Gertrud, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933–1945. Berichte und Dokumente, Frankfurt/M. 1980
- Zum Höchsten der Menschheit. Chronik der Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Bezirk Dresden 1933 bis 1945, hg. von der Bezirksleitung Dresden der SED u. a., Dresden 1980
- Höhne, Heinz, Der Orden unterm Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967
- Die Hölle Sonnenburg. Tatsachen- und Augenzeugenbericht eines ehemaligen Schutzhäftlings, Zürich/Paris o. J.
- Hoelz, Max, Vom »Weißen Kreuz« zur roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse, Halle/Leipzig 1984
- Höb, Rudolf, Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen, hg. von Martin Broszat, München 1963
- Hofer, Walter, Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945, Frankfurt/M. 1959
- Hofmann, Hanns Hubert, Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920–1924, München 1961
- Hohnstein, Jugendburg »Ernst Thälmann«, hg. von der Bezirksleitung Dresden der SED u. a., o. O., 1974
- Hornung, Walter (d. i. Walter Zerfaß), Dachau. Eine Chronik, Zürich 1939
- Hübner, Irene, Unser Widerstand. Deutsche Männer und Frauen berichten über ihren Kampf gegen die Nazis, Frankfurt/M. 1982
- Hüttenberger, Peter, Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933–1939, in: Bayern in der NS-Zeit, Band IV, hg. von Martin Broszat/Elke Fröhlich/Anton Großmann, München/Wien 1981
- Ibach, Karl, Kemna. Wuppertaler Konzentrationslager 1933–1934, Wuppertal 1981
- Gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg. Der Kampf der KPD für den Sturz der faschistischen Diktatur, für die Befreiung von Ernst Thälmann und aller eingekerkerten Antifaschisten und gegen den KZ-Terror. Beitrag zur Entlarvung imperialistischer Geschichtsfälschung in der Gegenwart. Veranstaltung der Zentrallleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR am 19. März 1983 in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen, hg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR – Zentrallleitung, o. O., o. J. (Berlin 1983)
- Jacobeit, Sigrid/Thoms-Heinrich, Lieselotte, Kreuzweg Ravensbrück. Lebensbilder antifaschistischer Widerstandskämpferinnen, Leipzig 1987
- Jagschitz, Gerhard, Die Anhaltelager in Österreich, in: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, hg. von Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck, Wien 1975
- Jahre in Lüttringhausen. Endstation Wenzelnberg. Berichte von antifaschistischen Widerstandskämpfern, hg. von der VVN-Bund der Antifaschisten, Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1983
- Jenner, Harald, Konzentrationslager Kühlen 1933, Rickling 1988
- Johe, Werner, Neuengamme. Zur Geschichte der Konzentrationslager in Hamburg, Hamburg 1982
- , Das deutsche Volk und das System der Konzentrationslager, in: Das Unrechtsregime. Internationale Forschungen über den Nationalsozialismus, Band I: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa, hg. von Ursula Büttner unter Mitwirkung von Werner Johe/Angelika Voß, Hamburg 1986
- Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945. Dokumente, hg. von Joachim Flödner, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971
- Im Kampf bewährt. Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstandskampf 1933 bis 1945, eingel. und zus.gest. von Heinz Voßke, Berlin 1977
- Kampferlebnisse. Persönliche Erinnerungen und biographische Skizzen bewährter Genossen des Kreises Oschatz im Kampf um die Herausbildung einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse (1879–1946), hg. von der Kreisleitung Oschatz der SED, Oschatz 1976
- Kárný, Miroslav, Waffen-SS und Konzentrationslager, in: Jahrbuch für Geschichte, 1986, Band 33
- Kautsky, Benedikt, Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern, Zürich 1946
- Kegel, Gerhard, In den Stürmen unseres Jahrhunderts. Ein deutscher Kommunist über sein ungewöhnliches Leben, Berlin 1984
- Keim, Anton Maria, Osthofen – das erste nationalsozialistische Konzentrationslager in Hessen, in: Alzeier Geschichtsblätter, 1985

- Kempner, Robert M. W., Ankläger einer Epoche, Frankfurt/M./Berlin 1986
- , Das Dritte Reich im Kreuzverhör, München/Esslingen 1969
- Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933 bis 1945, hg. von Helmut Eschwege, Berlin 1981
- Kerf, Villi, V sadebnata zale, in: Spomeni za Georgi Dimitrov v tri toma, Sofia 1982, T. 2
- Kimmel, Günther, Das Konzentrationslager Dachau. Eine Studie zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, in: Bayern in der NS-Zeit, Band II, hg. von Martin Broszat/Elke Fröhlich, München/Wien 1979
- Kisch, Egon Erwin, In den Kasematten von Spandau, in: ders., Mein Leben für die Zeitung 1926–1947. Journalistische Texte 2, Berlin/Weimar 1983
- Klawe, Willy, unter Mitarbeit von Britta Koch/Olaf Mende/Rainer Perschewski/Dido Strunk/Arbeitsgruppe »Spurensuche Nationalsozialistischer Alltag in Hamburg und Umgebung« des Fachbereichs Jugendbildung an der Volkshochschule Norderstedt, »Im übrigen herrscht Zucht und Ordnung ...« Zur Geschichte des Konzentrationslagers Wittmoor, Hamburg 1987
- Klee, Ernst, »Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, Frankfurt/M. 1985
- Klein, Herbert, Arbeiterwiderstand im Faschismus. Nördliches Ruhrgebiet/Münsterland 1933–1945, Münster 1979
- Klenner, Jochen, Verhältnis von Partei und Staat 1933–1945. Dargestellt am Beispiel Bayern, München 1974
- Koch, Werner, »Sollen wir K. weiter beobachten?« Ein Leben im Widerstand, Stuttgart 1982
- Kogon, Eugen, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1946 und 1974
- Konicsek, Karl-Heinz, Aufbau und Organisation des Konzentrationslagers Dachau, Zulassungsarbeit, Universität München 1976 (MS)
- Konzentrationslager. Ein Appell an das Gewissen der Welt. Ein Buch der Greuel. Die Opfer klagen an, Karlsbad 1934
- Konzentrationslager Buchenwald. Bericht des Internationalen Lagerkomitees, Weimar 1949
- Konzentrationslager Dachau 1933–1945, hg. vom Comité International de Dachau, Brüssel o. J.
- Kosthorst, Erich/Walter, Bernd, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Emsland 1933–1945. Zum Verhältnis von NS-Régime und Justiz. Darstellung und Dokumentation, Düsseldorf 1985
- Krause, Rolf D., Vom kalten Wind. Zu Leseverhalten und Literaturrezeption in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, in: Exil, 1988, Nr. 2
- Krause-Vilmer, Dietfried, Das Konzentrationslager Breitenau 1933/34, in: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, hg. von Eike Henning in Zusammenarbeit mit Herbert Bauch/Martin Loiperdinger/Klaus Schönekas. Frankfurt/M. 1983
- , Das zeitgenössische Wissen um die NS-Konzentrationslager an einem Beispiel aus dem Regierungsbezirk Kassel, in: Unterrichtet wird auch morgen noch. Lehrerberuf und Unterrichtshilfe, hg. von Ariane Garlichs/Rudolf Messner/Dorothea Möhler/Kay Sprekelsen, Königstein 1982
- /Rügheimer, Marie/Wicke, Christian, Das KZ Breitenau bei Kassel 1933–34, in: Hessen vor 50 Jahren – 1933. Naziterror und antifaschistischer Widerstand zwischen Kassel und Bergstraße 1932/33, Frankfurt/M. 1983
- Kühn, Günther/Weber, Wolfgang, Stärker als die Wölfe. Ein Bericht über die illegale militärische Organisation im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald und den bewaffneten Aufstand, Berlin 1976
- Kühn, Hans-Georg, Die Verbrechen der SS-Ärzte im Häftlingkrankenbau des Konzentrationslagers Buchenwald und die hygienischen Bedingungen im Lager, in: Buchenwaldheft, 1988, H. 30
- Kühnrich, Heinz, Der KZ-Staat. Rolle und Entwicklung der faschistischen Konzentrationslager 1933–1945, Berlin 1983
- KZ Moringen. Männerlager, Frauenlager, Jugendschuttlager. Eine Dokumentation, hg. von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Göttingen/Evangelisch-lutherisches Pfarramt Moringen, Göttingen o. J.
- KZ-Verbrechen vor deutschen Gerichten. Dokumente aus den Verfahren gegen Sommer (KZ Buchenwald), Sorge, Schubert (KZ Sachsenhausen), Unkelbach (Getto Czenstochau), hg. von H. G. van Dam/Ralph Giordano, Frankfurt/M. 1962
- Langbein, Hermann, ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1938–1945, Frankfurt/M. 1980
- Lange, Fritz, Zur Geschichte des Zuchthauses bzw. Konzentrationslagers Sonnenburg (MS)
- Lange, Inge, Das Konzentrationslager Oranienburg – die Inventarerschließung des überlieferten Schriftgutes und die Entwicklung des Lagers von 1933 bis 1934, Examensarbeit, Fachschule für Archivwesen Potsdam 1969 (MS)
- Langhoff, Wolfgang, Die Moorsoldaten, Zürich 1935 und Berlin/Weimar 1975
- Ein Leben für den Sozialismus. Parteiveteranen berichten aus ihrem kampferfüllten Leben, hg. von der Stadtleitung Halle der SED, T. 1 und 2, Halle 1977 und 1980
- Lechner, Silvester, Das KZ Oberer Kuhberg und die NS-Zeit in der Region Ulm/Neu-Ulm, Stuttgart 1988
- Leibbrand, Robert, Buchenwald. Lieber sterben als verraten. Zur Geschichte der deutschen Widerstandsbewegung, Basel 1945
- Leidigkeit, Karl-Heinz/Classe, Karl Heinz/Hermann, Jürgen/Wendler, Hans, Gegen Faschismus und Krieg. Die KPD im Bezirk Halle-Merseburg 1933 bis 1945, Halle 1983
- Lein, Albrecht, Braunschweiger Justiz im Nationalsozialismus: Zwischen Anpassung und »innerer Emigration«, in: Braunschweig unterm Hakenkreuz. Bürgertum, Justiz und Kirche – eine Vortragsreihe und ihr Echo, hg. von Helmut Kramer, Braunschweig 1981
- Leonhard, Götz, Die vorbeugende Verbrecherbekämpfung im nationalsozialistischen Staat und ihre Lehren für die Zukunft, jur. und wirtschaftswiss. Diss., Mainz 1952
- Lessing-Tersteegen, Anneli/Martin, Birgit/Riedemann, Wolfgang, Faschismus und Widerstand in Düsseldorf, Düsseldorf 1980
- Das Lied von Sachsenburg. ... Tausend Kameraden Mann an Mann. Beiträge zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes im Konzentrationslager Sachsenburg, hg. von der Kreisleitung Hainichen der SED, Frankenberg 1978
- Lieder aus den faschistischen Konzentrationslagern, zus. gest. von Inge Lammell/Günther Hofmeyer, Leipzig 1962
- Litten, Irmgard, Die Hölle sieht dich an. Der Fall Litten, Paris 1940
- , Eine Mutter kämpft gegen Hitler, Rudolstadt 1984
- Lorant, Stefan, Ich war Hitlers Gefangener. Ein Tagebuch 1933, München 1985
- Mainz, Albert, Esterwegen. KZ-Lager III (MS)
- Majer, Diemut, Grundlagen des nationalsozialistischen Rechtssystems. Führerprinzip, Sonderrecht, Einheitspartei, Berlin/Köln/Mainz 1987
- Marquardt, Wilhelm, Der Betrug mit dem Lagergeld, in: Der antifaschistische Widerstandskämpfer, 1982, Nr. 5
- Marum, Ludwig, Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau, ausgew. und bearb. von Elisabeth Marum-Lunau/Jörg Schadt. Mit einem Lebensbild von Joachim Wolfgang Storell, hg. von den Stadtarchiven Karlsruhe und Mannheim, Karlsruhe 1984
- Marsalek, Hans, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Eine Dokumentation, Wien 1980
- Marbolek, Inge/Ott, René, Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung, Bremen 1986
- Marx, Henry, »Am Anfang, da hatte man nicht so die tödliche Routine«. Im Konzentrationslager Oranienburg, in: Wer sich nicht erinnern will ... ist gezwungen, die Geschichte noch einmal zu erleben. Kiezgeschichte Berlin 1933, hg. von der Arbeitsgruppe »Kiezgeschichte – Berlin 1933« im Rahmen des Projekts des Berliner Kulturrates »Zerstörung der Demokratie – Machtübergabe und Widerstand«, Berlin 1983
- Marxen, Klaus, Rechtliche Grenzen der Amnestie, Heidelberg 1984

Maur, Hans, Antifaschistische Mahn- und Gedenkstätte Lichtenburg, o. O., 1981

–, Das Lagergeld in den frühen Konzentrationslagern des faschistischen Deutschlands, in: Numismatische Beiträge, 1978, H. 1

Mausbach-Bromberger, Barbara, Arbeiterwiderstand in Frankfurt am Main. Gegen den Faschismus 1933–1945, Frankfurt/M. 1976

Meier, Kurt, Der evangelische Kirchenkampf, Band 2: Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher „Rechtshilfe“, Halle 1976

Meinzer, Lothar, Stationen und Strukturen der nationalsozialistischen Machtergreifung: Ludwigshafen am Rhein und die Pfalz in den ersten Jahren des Dritten Reiches, Ludwigshafen 1983

Meißner, Kurt/Bursian, Hans/Kahmann, Franz, ... damit die Freiheit lebt! Zur Geschichte der KPD im Bezirk Magdeburg-Anhalt 1933 bis 1945, Magdeburg 1966

Meyer, Gertrud, Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente 1933–1945, Frankfurt/M. 1971

Meyer, Harald, Wewelsburg. SS-Burg, Konzentrationslager, Mahnmal, Prozeß, Paderborn 1982

Miethe, Anna-Dora, Gedenkstätten. Arbeiterbewegung, Antifaschistischer Widerstand. Aufbau des Sozialismus, Leipzig/Jena/Berlin 1974

Mlynec, Klaus, Der Aufbau der Geheimen Staatspolizei in Hannover und die Errichtung des Konzentrationslagers Moringen, in: Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch, Hannover 1981

Mnichowski, Przemysław, Obóz koncentracyjny i więzienie w Sonnenburgu (Słońsku) 1933–1945, Warschau 1982

Moczarski, Kazimierz, Gespräche mit dem Henker, Berlin 1981

Möhler, Diethmar, Die Rolle des Konzentrationslagers Hohnstein im Rahmen des Terrorfeldzuges des faschistischen Staates gegen die antifaschistischen Kräfte Ost Sachsens von 1933–1934, Examensarbeit, Pädagogisches Institut Dresden 1958 (MS)

Mord im Lager Hohnstein. Berichte aus dem Dritten Reich, Moskau/Leningrad 1934

Morweiser, Hermann, Vom antifaschistischen Kampf in Speyer, Speyer 1983

Mühsam, Kreszentia, Der Leidensweg Erich Mühsams, Zürich/Paris 1935

Müller, Ingo, Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987

Mundstock, Karl, Meine tausend Jahre Jugend, Halle/Leipzig 1981

Naujoks, Harry, Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936–1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten, bearb. von Ursel Hochmuth, hg. von Martha Naujoks/Sachsenhausen-Komitee für die BRD, Berlin 1989

Nazi-Bastille Dachau. Schicksal und Heldentum deutscher Freiheitskämpfer, hg. vom Internationalen Zentrum für Recht und Freiheit in Deutschland, Paris 1939

Nicke, Hans-Joachim, In Ketten durch die Klosterstraße. Leben und Kampf eingekerkelter Antifaschisten im Zuchthaus Luckau, Berlin 1986

Niekisch, Ernst, Erinnerungen eines deutschen Revolutionäre, Band 1: Gewagtes Leben 1889–1945, Köln 1954

Niemand, und nichts vergessen. Ehemalige Häftlinge aus verschiedenen Ländern berichten über das KZ Sachsenhausen, hg. vom Sachsenhausen-Komitee Westberlin/Arbeitskreis Sachsenhausen-Komitee Berlin (West) in Zus.arbeit mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Verband der Antifaschisten (VVN/VdA), Berlin 1984

Niemöller, Martin, Briefe aus der Gefangenschaft. Moabit, hg. von Wilhelm Niemöller, Frankfurt/M. 1975

„Nie wieder Krieg und Faschismus“. Aus der Geschichte lernen. Eine Dokumentation, hg. von der IG-Metall-Gewerkschaftsjugend, Kassel o. J.

Nitzsche, Willi, KZ Hainewalde, Zittau 1983

Obózy hitlerowski na ziemiach polskich 1939–1945. Informator encyklopedyczny, hg. von der Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce/Rada Ochrony Pomników Walki i Męczeństwa, Warschau 1979

Office of Military Government for Germany, United States, Finance Division – Financial Investigation Section, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank 1946, bearb. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Nördlingen 1986

Ogiermann, Otto, Bis zum letzten Atemzug! Der Prozeß gegen Bernhard Lichtenberg, Leipzig 1973

Oldenburg 1933–1945. Stätten der Verfolgung. Stätten des antifaschistischen Kampfes. Stätten der Opfer, hg. von der VVN-Bund der Antifaschisten Oldenburg, Oldenburg 1981

Oppenheimer, Max/Stuckmann, Horst/Schneider, Rudi, Als die Synagogen brannten. Zur Funktion des Antisemitismus gestern und heute, Frankfurt/M. 1978

Pächaly, Eberhard, Die Entwicklung und der Kampf des Parteiaktivs der Kommunistischen Partei Deutschlands im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald, T. I (1937 bis 1941), in: Buchenwald-Heft 1982, H. 13

Pätzold, Kurt, Der faschistische Terror und die Bourgeoisie, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, 1979, H. 3/4

–/Weißbecker, Manfred, Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens, Berlin 1981

Papers concerning the Treatment of German Nationals in Germany 1938–1939, London 1939

Pawlak, Marlies, Fritz Henßler. Ein Leben für die Arbeiterbewegung, Dortmund 1978

Perk, Willy, Die Hölle im Moor. Zur Geschichte der Emslandlager 1933–1945, Frankfurt/M. 1979

Pfeiffer, Hans, Über lagerhygienische Erfahrungen aus den Straflagenenlagern bei Papenburg, med. Diss., Bonn 1935

Pfiffelring, Werner, Sie leben in uns fort. Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD 1933 bis 1945 im Kreis Wanzleben, Wanzleben 1976

Pick, Albert/Siemsen, Carl, Das Lagergeld der Konzentrations- und DP-Lager, München 1976

Pikarski, Margot, Geschichte der revolutionären Berliner Arbeiterbewegung 1933–1939, Berlin 1978

–/Warning, Elke, Über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD. Aus Gestapoakten (I), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1983, H. 1

Pingel, Falk, Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung in Konzentrationslagern, Hamburg 1978

Pingel, Henner, Darmstadt 1933. NSDAP-Machtergreifung im Volksstaat Hessen, Darmstadt 1977

Pingel-Rollmann, Heinrich, Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933–1945, Darmstadt/Marburg 1985

Pioch, Karl, Nie im Abseits, Berlin 1978

Polixa, Karl/Wils, Herbert/Jung, Matthias, Rote Sirene. Streiflichter der Gevelsberger Arbeiterbewegung und des antifaschistischen Widerstandes im Ennepe-Ruhr-Kreis/Süd. o. O., o. J.

Poller, Walter, Arztstreiber in Buchenwald. Bericht des Häftlings 996 aus Block 39, Hamburg 1947

Poppinga, Onno/Barth, Hans Martin/Roth, Hiltraut, Ostfriesland. Biographien aus dem Widerstand, Frankfurt/M. 1977

Pospischil, Rudi, Das Konzentrationslager Dachau 1933 im Spiegel der Presse. Die »Dachauer Zeitung« berichtet (MS)

(Schneider, Margarete) Der Prediger von Buchenwald. Das Martyrium Paul Schneiders, hg. von Heinrich Vogel, Berlin 1958

Priacel, Stefan, Ernst Thälmann, Mathias Rakosi, Anna Pauker, Toivo Antikainen, Albert Kuntz in den Klauen des Faschismus, Moskau 1937

Prolingheuer, Hans, Der Fall Karl Barth 1934–1935. Chronographie einer Vertreibung, Neukirchen-Vluyn 1977

Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg. Nürnberg 14. Nov. 1945–1. Okt. 1946, Nürnberg 1947ff.

Quellensammlung zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Magdeburg, zus.gest. von Gerhard Vokoun u. a., Magdeburg 1970

- Raab, Helmut, KZ Dachau – Organisation, Aufgabe, Statistik 1933 – 1939, Zulassungsarbeit, Universität München 1978 (MS)
- Rehberger, Horst, Die Gleichschaltung des Landes Baden 1932/33, Heidelberg 1966
- Der Reichstagsbrand. Eine wissenschaftliche Dokumentation, hg. von Walther Hofer/Edouard Calic/Christoph Graf/Friedrich Zipfel, Band 2, München/New York/London/Paris/Berlin 1978
- Reitter, Ekkehard, Franz Gürtner. Politische Biographie eines deutschen Juristen 1881 – 1941, Berlin 1976
- Retzlaff-Kresse, Bruno, Illegalität-Kerker-Exil. Erinnerungen aus dem antifaschistischen Kampf, Berlin 1980
- Richardt, Hans-Günter, Schule der Gewalt. Die Anfänge des Konzentrationslagers Dachau 1933 – 1934. Ein dokumentarischer Bericht, München 1983
- , Schule der Gewalt. Das KL Dachau als Modell für den Aufbau des KL-Systems, in: Verfolgung-Ausbeutung-Vernichtung. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge in deutschen Konzentrationslagern 1933 – 1945, hg. von Ludwig Eiber, Hannover 1985
- , Von der Roten Armee zum Schwarzen Korps. Dachaus Weg ins Dritte Reich, München 1983
- Ritscher, Bodo/Hermann, Anton, Walter Krämer – ein Arzt für die Häftlinge, in: Buchenwald-Heft, 1983, H. 17
- Röder, Karl, Nachtwache. 10 Jahre KZ Dachau und Flossenbürg, Wien/Köln/Graz 1985
- Rößler, Ingo/Wieland, Günther, Vor 50 Jahren: Bildung des faschistischen Volkserichtshofs, in: Staat und Recht, 1984, H. 7
- Rossaint, Joseph C./Zimmermann, Michael, Widerstand gegen den Nazismus in Oberhausen, Frankfurt/M. 1983
- Rost, Nico, Een Concentriekamp in het Derde Rijk. De Brouwerie van Oranienburg, o. O., o. J.
- , Konzentrationslager Dachau, o. O., o. J.
- Ruge, Wolfgang, Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler, Berlin 1983
- Rüdiger, Helga, Das Häftlingsrevier – ein Stützpunkt des illegalen Widerstandskampfes (im KZ Sachsenhausen) in der Zeit von 1936 bis 1939 (MS)
- Rumberg, Dirk, Alltag in Dachau 1933, 1981 (MS)
- Sachsenhausen. Dokumente, Aussagen, Forschungsergebnisse und Erlebnisberichte über das ehemalige Konzentrationslager Sachsenhausen, hg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR, Berlin 1974
- Sachsenhausen-Hefte, Ausgabe 3 – 5
- Sägebrecht, Willy, Nicht Amboss, sondern Hammer sein. Erinnerungen, Berlin 1968
- Salm, Fritz, Im Schatten des Henkers. Widerstand in Mannheim gegen Faschismus und Krieg, Frankfurt/M. 1979
- Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtages, 1. Wahlperiode, Berlin 1920ff.
- Sbosny, Inge/Schabrod, Karl, Widerstand in Solingen. Aus dem Leben antifaschistischer Kämpfer, Frankfurt/M. 1975
- Schabrod, Karl, Widerstand. Gegen Flick und Florian. Düsseldorf Antifaschisten über ihren Widerstand 1933 – 1945, Frankfurt/M. 1978
- , Widerstand an Rhein und Ruhr 1933 – 1945, Düsseldorf 1969
- Schäfer, (Werner), Konzentrationslager Oranienburg. Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche Konzentrationslager, Berlin o. J. (1934)
- Schätzle, Julius, Stationen zur Hölle. Konzentrationslager in Baden und Württemberg 1933 – 1945, Frankfurt/M. 1980
- , Wir klagen an! Bericht über den Kampf, das Leiden und das Sterben in deutschen Konzentrationslagern, Stuttgart 1946
- Scheer, Maximilian (d. i. Walter Schlieper), So war es in Paris, Berlin 1972
- Schilde, Kurt/Tuchel, Johannes, Columbia-Haus. Berliner Konzentrationslager 1934 – 1936, Berlin 1990
- Schlabrendorff, Fabian von, Offiziere gegen Hitler, Frankfurt/M./Hamburg 1961
- Schlaefter, Kristina/Schröder, Frank, Jüdische Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück (1937/39 – 1942), Diplomarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin 1987 (MS)
- Schlag, Gerald, Die Anfänge der Sozialdemokratischen Partei im Burgenland, phil. Diss., Wien 1966
- Schmerbach, Günther, Dokumente zum faschistischen Terror gegen die Arbeiterbewegung (1933 und 1934), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1955, H. 3
- Schmidt, Ernst, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933 – 1945, Frankfurt/M. 1980
- Schmidt, Walter A., Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933 – 1945, Berlin 1959
- Schnabel, Reimund, Die Frommen in der Hölle. Geistliche in Dachau, Berlin 1966
- Schneider, Wolfgang, Kunst hinter Stacheldraht. Ein Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes, Leipzig 1976
- Schorn, Hubert, Die Gesetzgebung des Nationalsozialismus als Mittel der Machtpolitik, Frankfurt/M. 1963
- Schuler, Emil, Die bayerische Landespolizei von 1919 – 1935, München 1964
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Neue Folge, 48. Jahrgang, 73. Band 1932, München 1933, 49. Jahrgang, 74. Band 1933, München 1934
- Schulz, Arnold, Schutzhäftling 409, Essen 1947
- Seela, Torsten, Entstehung und Entwicklung von Büchereien in Konzentrationslagern, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen, 1988, H. 8
- , Der Katalog der Häftlings-Bücherei des KZ Buchenwald, in: Ebenda, 1988, H. 3
- , Lesen und Literaturbenutzung in den Konzentrationslagern. Das gedruckte Wort im antifaschistischen Widerstand der Häftlinge, phil. Diss. A, Berlin 1990 (MS)
- Seeger, Gerhart, Oranienburg. Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten, Karlsbad 1934
- Segev, Tom, The Commanders of Nazi Concentration Camps, phil. Diss., Boston 1977
- Seidel, Sonja, Kultur und Kunst im antifaschistischen Widerstandskampf im Konzentrationslager Buchenwald, in: Buchenwald-Heft, 1983, H. 18
- Selbmann, Fritz, Alternative, Bilanz, Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle 1969
- Georg Sengkuhl, hg. von der Kreisleitung Borna der SED, Borna 1975
- Seydewitz, Ruth und Max, Unvergessene Jahre. Begegnungen, Berlin 1984
- Sie kämpften und starben für kommendes Recht, Dresden 1963
- Siegmund-Schultze, Friedrich, Die deutsche Widerstandsbewegung im Spiegel der ausländischen Literatur, Stuttgart 1947
- Siegert, Toni, 30000 Tote mahnen! Die Geschichte des Konzentrationslagers Flossenbürg mit seinen 100 Arbeitslagern von 1938 bis 1945, Weiden 1984
- , Das Konzentrationslager Flossenbürg, in: Bayern in der NS-Zeit, Band II, hg. von Martin Broszat/Elke Fröhlich, München/Wien 1979
- Sieling, Oriana/Suhr, Elke, Die Geschichte der Emslandlager, Staats-examensarbeit, Universität Oldenburg 1979 (MS)
- Sinti und Roma in Marzahn, in: Berliner Geschichte, 1986, H. 7
- Sitzungsberichte des Preußischen Landtages, 1. Wahlperiode 1921 bis 24, Berlin 1922ff.
- der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung, Tagung 1919/21, Berlin 1921
- So begann es. Naziterror und erster Widerstand in Hanau Stadt und Land. Hanauer Hefte 2, hg. von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Main-Kinzig, o. O., o. J.
- Sohl, Klaus, Entstehung und Verbreitung des Braunbuches über Reichstagsbrand und Hitler-Terror 1933/34, in: Jahrbuch für Geschichte, 1981, Band 21
- Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung, hg. von Joseph Walk, Heidelberg/Karlsruhe 1981
- Sonntag, Ernst, Das Schutzhaftgesetz, Berlin 1917
- Als sozialdemokratischer Arbeiter im Konzentrationslager Papenburg, Moskau/Leningrad 1935

Spieker, Josef, Mein Kampf gegen Unrecht in Staat und Gesellschaft. Erinnerungen eines Kölner Jesuiten, Köln 1971

Spieß, Alfred/Lichtenstein, Heiner, Unternehmen Tannenberg. Der Anlaß zum Zweiten Weltkrieg, München 1982

Sprengel, Rita, Im Schatten der eisernen Ferse. aus dem Leben einer Sozialistin, Berlin 1949

SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, hg. vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR, Berlin 1964

Staar, Sonja, Kunst, Widerstand und Lagerkultur. Eine Dokumentation, in: Buchenwald-Heft, 1987, H. 27

Statistisches Jahrbuch der Schutzstaffel der NSDAP, Berlin 1937 und 1938

Stein, George H., Geschichte der Waffen-SS, Königstein/Düsseldorf 1978

Steinwender, Leonhard, Christus im Konzentrationslager. Weg der Gnade und des Opfers, Salzburg 1946

Franz Stenzer, Geboren am 9. Juni 1900, ermordet am 22. August 1933. Leben und Kampf eines hervorragenden Kommunisten und antifaschistischen Widerstandskämpfers. Biographische Skizze, erarbeitet in Vorbereitung des 50. Todestages von Franz Stenzer von der Zentralleitung des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR/Lagerarbeitsgemeinschaft Dachau/Hausgemeinschaft Franz-Stenzer-Straße 1 in Berlin-Marzahn, o. O., o. J. (Berlin 1983)

Stokes, Lawrence D., Das Eutiner Schutzhaftlager 1933/34. Zur Geschichte eines »wildten Konzentrationslagers«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1979, H. 4

–, Kleinstadt und Nationalsozialismus. Ausgewählte Dokumente zur Geschichte von Eutin 1918–1945, Neumünster 1984

Der Strafvollzug im III. Reich. Denkschrift und Materialsammlung, hg. von der Union für Recht und Freiheit, Prag 1936

Sturm, Hanna, Die Lebensgeschichte einer Arbeiterin. Vom Burgenland nach Ravensbrück, Wien 1982

Auf der *Suche* nach den Moorsoldaten. Emslandlager 1933–1945, hg. vom Aktionskomitee Emslandlager eV, Papenburg 1983

Suhr, Elke, Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933–1945, Bremen 1985

Syndor jr., Charles W., Soldiers of Destruction. The SS Death's Head Division 1933–1945, Princeton 1977

Taylor, Telford, Die Nürnberger Prozesse. Kriegsverbrechen und Völkerrecht, Zürich 1950

Teich, Hans, Hildesheim und seine Antifaschisten. Widerstandskampf gegen den Hitlerfaschismus und demokratischer Neubeginn 1945 in Hildesheim, hg. von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), Kreisvereinigung Hildesheim, Hildesheim 1979

Tenfelde, Klaus, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Band IV, hg. von Martin Broszat/Elke Fröhlich/Anton Großmann, München/Wien 1981

Terhorst, Karl-Lео, Polizeiliche planmäßige Überwachung und polizeiliche Vorbeugungshaft im Dritten Reich, Heidelberg 1985

Terror und Hoffnung in Deutschland 1933–1945. Leben im Faschismus, hg. von Johannes Beck/Heiner Boehncke u. a., Reinbek 1980

Thälmann, Ernst, Geschichte und Politik. Artikel und Reden 1925 bis 1933, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1973

Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1980

Thape, Ernst, Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten, Hannover 1969

Thevoz, Robert/Branig, Hans/Lowenthal-Hensel, Cecile, Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten. Die Geheime Staatspolizei in den preußischen Ostprovinzen 1934 bis 1936, Köln/Berlin 1974

Thiele, Wilhelm, Geschichten zur Geschichte, Berlin 1981

Thies, Franz, Der Prozeß Schloß Osterstein, Zwickau 1948

Timpke, Henning, Das KL Fuhsbüttel, in: Studien zur Geschichte der Konzentrationslager, hg. von Martin Broszat, Stuttgart 1970

Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände«. Eine Dokumentation, hrsg. von Reinhard Rürup, Berlin 1987

Die Toten von Dachau. Deutsche und Österreicher. Ein Gedenk- und Nachschlagewerk, München o. J.

Tuchel, Johannes, »Arbeit« in den Konzentrationslagern im Deutschen Reich 1933–1939, in: Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich – in memoriam Karl R. Stadler, hg. von Rudolf G. Ardel/Helmut Konrad, Wien/Zürich 1990

–, Konzentrationslager. Organisationsgeschichte und Funktion der »Inspektion der Konzentrationslager« 1934–1938, Boppard a. Rh. 1991

– /Reinold Schattenfroh, Zentrale des Terrors. Prinz-Albrecht-Straße 8. Das Hauptquartier der Gestapo 1987

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentenzusammenstellung zur Zeitgeschichte, hg. von Herbert Michaelis/Ernst Schraepfer unter Mitarbeit von Günter Scheel, Band 9: Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteistaates und die Grundlegung der Diktatur, Berlin 1964

Varchim, Karl, Der illegale antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Kreis Löbau 1933 bis Mai 1945, Löbau 1979

Verbrechen an Braunschweiger Arbeitern, hg. von der Geschichtskommission der VVN/Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Braunschweig, Braunschweig o. J.

Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwaltes Karlsruhe 1933–1940, bearb. von Jörg Schadt, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1976

Verfolgung, Widerstand, Neubeginn in Freiburg 1933–1945. Eine Dokumentation, hg. von der VVN/Bund der Antifaschisten, Kreis Freiburg, Freiburg i. B. o. J.

Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik, hg. von Detlef Garbe, Bornheim-Merthen 1983

Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer-SS (1933–1945), Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie andere Haftstätten unter dem Reichsführer-SS in Deutschland und deutsch besetzten Gebieten, Arolsen 1979

Viebahn, Wilfried/Kuchta, Walter, Widerstand gegen die Nazidiktatur in Köln, in: Das andere Köln. Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution, hg. von Reinhold Billstein, Köln 1979

Vogelsang, Reinhard, Der Freundeskreis Himmler, Göttingen/Zürich/Frankfurt/M. 1972

Vorbeugende Verbrechensbekämpfung (Erlaßsammlung des Reichskriminalpolizeiamtes), Berlin 1941

Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrieklub zu Düsseldorf am 27. 1. 1932, München 1932

Wackernagel, Günther, Zehn Jahre gefangen. Ein Bericht, Berlin 1987

Wadle, Anni, Mutti, warum lachst du nie? Erinnerung an Zeiten der Verfolgung und des Krieges, Drensteinfurt 1988

Wagner, Hans, Taschenwörterbuch des Nationalsozialismus, Leipzig o. J.

Walter, Hans-Albert, Asylpraxis und Lebensbedingungen in Europa. Deutsche Exilliteratur 1933–1950, Band 2, Darmstadt/Neuwied 1973

Walther, Georg, Meine Erinnerungen an den kirchlichen Kampf mit dem Nationalsozialismus in Leipzig (1933–1945), (MS im Archiv der Sektion Theologie der Karl-Marx-Universität Leipzig)

Wegbereiter. Ein Lesebuch über Kämpfer gegen Faschismus und Krieg, hg. von der Bezirksleitung Erfurt der SED u. a., Erfurt o. J.

Wegner, Bernd, Hitlers politische Soldaten. Die Waffen-SS 1933 bis 1945. Studien zu Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite, Paderborn 1982

Wehner, Günter, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung Hennigsdorfs 1933 bis 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes der

- KPD gegen Faschismus und Krieg im Ort und dessen Großbetrieben, phil. Diss., Pädagogische Hochschule Potsdam 1978 (MS)
- Weidlich, Herbert, Häftlinge in Lagerorganen. Stützen der illegalen Widerstandsorganisation, in: Buchenwald-Heft, 1977, H. 5
- Weidlin, Werner, Das Konzentrationslager Fort Oberer Kuhberg, Ludwigsburg 1983
- Weißbecker, Manfred, Gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933–1945, Erfurt 1967
- Weinkauff, Hermann, Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus. Ein Überblick, Stuttgart 1968
- Weinzierl, Erika, Österreichische Frauen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern, in: Dachauer Hefte, 1987, H. 3
- Weisenborn, Günther, Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, Frankfurt/M. 1974
- Weißbecker, Manfred, Gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933–1945, Erfurt 1967
- Weitlinger, Siegmund, Hast Du es schon vergessen? Erlebnisbericht aus der Zeit der Verfolgung, Frankfurt/M. 1954
- Wemler, Heiner, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991
- Wenke, Bettina, Interviews mit Überlebenden. Verfolgung und Widerstand in Südwestdeutschland, Stuttgart 1980
- Wenzel (Roßberg), Christine, Das Leben und Wirken des deutschen Kommunisten Walter Krämer, ein Vorbild für die Mitarbeiter des Gesundheitswesens der DDR, med. Diss., Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1970 (MS)
- Werner, Gerhard, Aufmachen! Gestapo! Über den Widerstand in Wuppertal 1933–1945, Wuppertal 1974
- Werner, Kurt/Biernat, Karl Heinz, Die Köpenicker Blutwoche 1933, Berlin 1960
- Werner, Robert, Der Jungdeutsche Orden im Widerstand 1933 bis 1945. Beiträge zur Geschichte des Jungdeutschen Ordens, Band 6, München 1980
- Wernicke-Rothmeyer, Johanna, Armin T. Wegner. Gesellschaftserfahrung und literarisches Werk, Frankfurt/M./Bern 1982
- Wewelsburg 1933–1945, Kult- und Terrorstätte der SS. Eine Dokumentation, hg. vom Kreis Paderborn, Paderborn 1982
- Wiclair, Walter, Von Kreuzburg bis Hollywood, Berlin 1975
- Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, bearb. von Wolfgang Neugebauer u. a., Wien 1979
- Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, bearb. von Brigitte Galanda u. a., Wien/München/Linz 1982
- Widerstand und Verfolgung im Raum Kamen/Bergkamen. Wegweiser zu Stätten des Faschismus, hg. von der VVN-Bund der Antifaschisten, Kreis Unna-Hamm, Kamen/Bergkamen 1981
- Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, bearb. von Wolfgang Neugebauer u. a., Wien/München 1984
- Widerstandskampf Görlitzer Antifaschisten 1933–1945. Erinnerungen, Dokumente, Kurzbiographien, eingel. und zus.gest. von Ernst Kretzschmar, Görlitz 1973
- Wiechert, Ernst, Der Totenwald. Ein Bericht. Tagebuchnotizen und Briefe, Berlin 1977
- Wieland, Günther, Das war der Volksgerichtshof, Berlin 1989
- , Der Jahrhundertprozeß von Nürnberg, Berlin 1986
- , Die normativen Grundlagen der Schutzhaft in Hitlerdeutschland, in: Jahrbuch für Geschichte, 1982, Band 26
- , Zur Verfolgung der an Kindern verübten Naziverbrechen, in: Neue Justiz, 1979, H. 6
- , Zusammenwirken von Justiz und KZ-System in der Nazizeit, in: Neue Justiz, 1979, H. 11
- Wiesner, Erich, Man nannte mich Ernst. Ein Veteran der Arbeiterjugend erzählt sein Leben, Berlin 1958
- Willmann, Heinz, Steine klopft man mit dem Kopf. Lebenserinnerungen, Berlin 1977
- Winkel, Emil, Gestapo. Aus der Tätigkeit der Geheimen Staatspolizei Deutschlands, Zürich 1934
- Wippermann, Wolfgang, Das Leben in Frankfurt zur NS-Zeit, T. II: Die nationalsozialistische Zigeunerverfolgung. Darstellung, Dokumente, didaktische Hinweise, Frankfurt/M. 1986
- /Brucker-Boroujerdi, Ute, Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin III. Das »Zigeunerlager« in Marzahn, in: Berlin-Forschungen II, hg. von Wolfgang Ribbe, Berlin (West) 1987
- Wirth, Günter, Die Hauser-Chronik, Berlin 1982
- Wloch, Karl, Das war Esterwegen 1935/36, in: Die Weltbühne, 1963, H. 22 vom 29. Mai 1963
- Wolff, Georg, Kalendarium der Geschichte des KZ Sachsenhausen. Strafverfolgung, in: Sachsenhausen, 1987, H. 3
- Wollenberg, Jörg, Vom Auswandererlager zum KZ. Zur Geschichte des Bremer Konzentrationslagers Mißler, in: Arbeit. T. 1: Zwangsarbeit, Rüstung, Widerstand 1931–1945. Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Bremen 1982, H. 5
- Wormser-Migot, Olga, Le système concentrationnaire Nazi (1933 bis 1945), Paris 1968
- Zehrer, Karl, Quäkerhilfe für Ossietzkys, in: Standpunkt, 1984, H. 10
- In der Zelle zum Abgeordneten gewählt – Willi Spicher. Nach Interviews und Gesprächen bearb. von Klaus Himmelstein, Wuppertal 1981
- Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern, aufgez. von Matthias Greffrath, Reinbek 1978
- Zientarski, Andrzej, Represje Gestapo wobec Polaków Robotników przymusowych na Pomorzu Zachodnim 1939–1945, Koszalin 1979
- Zörner, Guste, u. a., Frauen-KZ Ravensbrück, Berlin 1971
- Zorn, Gerda, Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920–1946, Frankfurt/M. 1977

Ohne Veröffentlichungen in zeitgenössischen Periodika in Deutschland und im Exil, in späteren Zeitungen sowie in Gesetz- und Verordnungsblättern, die in den Anmerkungen genannt sind. Quellen und Literatur auf dem Stand von November 1990.

Personen

Abel, Karl 319
 Abraham, Max 172
 Abshagen, Robert 311, 321
 Abusch, Alexander 170
 Ackermann, Emil 290
 Adam, Heinrich 327
 Aderhold 130
 Adler, Fred 292
 Adler, Julius 188, 237
 Adrian, Heinz 97
 Agatz, Willi 311, 315
 Agranoff 212
 Ahrens, Arthur 260, 266, 274
 Albert, Martin 229
 Albertin, Fabien 335
 Alexander, Hans 129, 147
 Allen, Lord of Hurtwood 246
 Altenpahl 118
 Altmann, Heinz 142
 Altmann, Johann 161
 Andre, Max 19
 Andresen, Otto 224
 d'Angelo, Karl 50, 91
 Antikainen, Tairo 333
 Arlet, Paul 225
 Armes 69
 Arndt, Kurt 314
 Arndt, Rudi 323
 Arnold 329
 Aron, Wilhelm 131
 Astel, Karl 261
 Astor, Lady Nancy 181
 Aumeier, Hans 192
 Ausländer, Fritz 24

 Bach, Paul Karl 231
 Backhaus 302
 Bade, Wilhelm 89
 Baechle, Hans 241
 Baer, Richard 192
 Bästlein, Bernhard 228f., 307, 311, 314, 322, 324
 Bahr 55
 Baierndörfer 77
 Balk, Theodor (Dragutin, Fedor) 171
 Baranowski, Hermann 191, 267, 304
 Barbusse, Henri 179
 Bargatzki, Emil 301f.
 Bargen, Harry von 340
 Bark 55
 Barnickel, Paul 223
 Baron 212
 Baron, Erich 24
 Bartels, Herbert 69
 Barth, Karl (Amtmann) 49
 Barth, Karl (Theologe) 177
 Barth, Max 142
 Barthel, Karl 311, 316, 321
 Bartzek, Gerhard 322
 Bastian, Claus 51
 Bauer (Dachau) 211

Bauer (Generaloberst) 181
 Bauer, Erich 323
 Baumann 316
 Baumeister, Heinz 318
 Baumgarte, August 150
 Bebel, August 104, 155
 Becher, Lilly 333
 Becker 319
 Becker, Alois 23
 Beckerrath, von 19
 Behme, Hermann 129
 Behnen 103
 Beiersdorf 64
 Beimler, Centa 45, 100, 143, 145, 152, 200, 228, 231, 234, 244, 333
 Beimler, Hans 100, 106, 125f., 152, 161, 168, 170f., 179, 221, 234
 Beimler, Maxi 45, 100
 Benario, Alfred 52
 Benario, Rudolf 52, 129
 Benario-Prestes, Olga 297, 301, 320
 Bender 329
 Benjamin, Günther 24
 Benjamin, Manfred 101
 Berger, Johannes 142
 Berger, Robert 27
 Berges, Josef 239
 Bergholz, Albert 147
 Bergmann 67, 130
 Bergmann, Erich 129
 Bergmann, Heinrich 155
 Bergmann, Julius 220
 Berndorff, Emil 280
 Berndt, Walter 98
 Berning, Melchior 208
 Bernstein, Rudolf 24, 55, 115, 175
 Bertram, Kardinal Adolf 308
 Besser, Heinz 161
 Best, Werner 13, 28, 89, 91, 226f., 239, 254, 267, 287ff.
 Bethke, Wilhelm 340
 Bibisco, Fürstin Elisabeth 246
 Biesel, Josef 319, 326
 Billinger, Karl (Massing, Paul) 243
 Binder, Matthias 315
 Binz, Dorothea 301
 Birkenhauer, Erich 24
 Blank 126
 Bleicher, Willi 291
 Bley, Julius 129
 Blomberg, Werner von 175, 194, 288
 Bobach, Karl 311
 Bobzien, Franz 318
 Boddeutsch 57
 Böhm, Erich 39
 Böhmcker, Johann Heinrich 69, 96, 227
 Böhme, Karl 315
 Böhme, Walter 158
 Böhne, Otto 168
 Boehr, Martin 28
 Boenheim, Felix 180
 Böning 57
 Böttcher 57

Bogdan, Fritz 305
 Bogen, Karl 317
 Bohne 316
 Bonhoeffer, Dietrich 237
 Bormann, Martin 213, 338
 Bornemann, Paul 143
 Bors 14
 Boulanger, Betti 200
 Boulanger, Jakob 304
 Brachmann, Walter 228
 Bramer 165
 Brandes, Alwin 145
 Brass, Otto 17
 Braun, Alfred 147
 Braun, Max 336
 Braun, Otto 17, 20
 Braune, Paul 103
 Braune, Willy 53
 Brecht, Bertolt 169
 Bredel, Willi 124, 152, 169, 243f., 322
 Brehme, Hermann 315
 Breisig, Hans-Joachim 125
 Breitscheid, Rudolf 180, 336
 Bremer, Johann 283
 Bremer, Johannes 212, 233, 302
 Brettschneider, Hein 311
 Breuning, Paul 55
 Brinkmann, Paul 66
 Bruck, Bernhard 24
 Brückner, Helmuth 241
 Bruhn, Gustav 311
 Brumme, Johannes 314
 Buchmann, Albert 333
 Buck, Hermann 163
 Buck, Karl 71
 Buckendahl, Georg 142, 148
 Budzislowski, Hermann 181f.
 Bülow-Schwantes, Vicco von 65
 Bürckel, Josef 98, 252
 Bürger 55, 60
 Bürger, Kurt (Ganz, Karl) 171
 Bürk, Fritz 128
 Bürzle 129
 Büsing, Ewald 57
 Buhk, Ferdinand 213
 Bunke 329
 Bunzöl, Alfred 311
 Burckhardt, Carl 213ff.
 Burger, Felix (Grossmann, Kurt) 171f.
 Busse, Ernst 311

 Cahnmann, Werner C. 292
 Canaris, Wilhelm 252
 Catchpool, Corder 245f.
 Christoffers, Hans 311, 325
 Chwalek, Martha 297, 314
 Chwalek, Roman 316, 319
 Claus, Martha 201, 244f., 333
 Claus, Rudolf 335
 Conrady, Otto 67, 175, 186
 Le Corbusier 246
 Cordes, Egon 56
 Corleis, Katharina 213
 Cripps, Sir Stafford 180, 245
 Curie, Eva 322
 Czekay, August 168

 Daluge, Kurt 65, 68, 185, 251, 259
 Danisch, Richard 129
 Dannel, Helmut 340
 David 142

Dehn, Günter 177
 Dehnert, Willi 321–324
 Deichsler, Walter 317
 Deister, Noah 321
 Delin, Johannes 47
 Delker, Johann 213
 Dembach 58
 Dengler, Maria 333
 Dessloch 210f.
 Deubel, Heinrich 191, 214, 234
 Deutsch, Kurt (Singer, Kurt) 333
 Dieckhoff, Heinz 331
 Diels, Rudolf 20, 23, 25, 29ff., 34, 37, 39, 60, 66, 69, 84, 114, 118, 136f., 149, 153f., 165, 175, 185f., 217
 Dietlein 315
 Dimitroff, Georgi 151f., 229
 Ding, Erwin 292, 299f., 303
 Dittenheber, Kasimir 52, 78
 Dittmann, Wilhelm 16f.
 Döll, Nikolaus 31, 50
 Dohnanyi, Hans von 302
 Dollfuß, Engelbert 15
 Dollwetz, Max 128
 Dominicus, Alexander 20
 Donhauser, Andreas 177
 Dorn, Paul 211, 244
 Dragutin, Fedor s. Balk, Theodor
 Dressel, Fritz 128, 168, 177, 179
 Drews 256
 Dreyfuß, Paul 24
 Dürnagl, Rudolf 129
 Duncker, Hermann 24, 43, 147
 Duncker, Käthe 17
 Durein, Adam 50
 Dusenschön, Willi 46, 97, 224

 Ebert, Friedrich 20
 Ebert, Friedrich (jun.) 123, 146, 180
 Eccarius, Kurt 301
 Eckardt, Edwin 96
 Ecker, Fritz 127, 139, 148
 Eckert, Karl 318
 Eckertz, Theo 315f.
 Eckhardt, Willy 269
 Eckstein, Ernst 176
 Eckstein, Josef 327f.
 Eggebrecht, Axel 148
 Eggers, Bernhard 60, 66
 Eggerstedt, Otto 97, 129f.
 Eggert, Johannes 335
 Ehmman, Karl 53, 129
 Ehrenberg, Hans 329
 Ehram, Ludwig 299f.
 Eicke, Theodor 53, 77, 79, 81, 98f., 126, 128, 161, 186, 188f., 191–194, 200, 202, 212, 234, 239f., 242, 253, 256f., 259–262, 265–269, 272ff., 276, 281, 286, 302, 304, 334, 337, 340
 Eifler, Alexander 318
 Eifler, Willi 291
 Eigruber, August 273
 Einicke, Ludwig 311, 314
 Einstein, Albert 249
 Eisenhut 129
 Eisenmacher, Friedrich 283
 Eisermann, Ludwig 321, 324
 Eisinger, Robert 51, 161
 Eisner, Kurt 14, 155
 Ellerhusen, Paul 46, 124, 224
 Elze, Willy 118
 Emendörfer, Max 229, 316
 Emmerich 318
 Engel 67

- Engel, Fritz 69, 84
 Engels, Friedrich 107, 155
 Engler, Friedrich 213
 Engler, Wilhelm 283
 Entzberger, Edgar 65, 189, 205, 223f.
 Entzbruder 14
 Epp, Franz Ritter von 53, 103, 185, 221f.
 Ernst, Albert 141
 Erzberger, Matthias 14, 218
 Eschen, Heinz 302, 315, 332f.
 Eschert, Xaver 316
 Esser, Alwin Franz August 128
 Esser, Hermann 88
 Esser, Johann 155
 Eulenburg-Herzfeld, Friedrich Fürst Wend zu 14
 Eva, Werner 53, 76f.
 Ewert, Elise 319
 Eyermann, Richard 123, 142, 145

 Faulhaber, Kardinal Michael 173
 Faust, Alfred 66, 145ff., 148f.
 Faust, Emil 66
 Favre, Guillaume 305
 Fechenbach, Felix 129
 Federwisch 101
 Feilen, Baptist 307, 311, 317
 Feist, Gotthard 228
 Feldheim, Heinz 291
 Fenske, Hermann 321
 Ferg, Heinrich 168
 Ficker, Ludwig 168
 Finck, Werner 233
 Fink, Gustav 98, 125
 Fischer, Karl 230
 Fischer, Kurt 307, 311
 Fischer, Oskar 302, 307, 316
 Fischer, Walter 240
 Flachmann, Albert 147
 Fleischmann 175
 Fleitmann, Willi 66
 Flick, Friedrich 305
 Flohr, Fritz 56
 Florian, Friedrich Karl 219
 Floßdorf, August 316
 Forster, Arthur 338
 Forster, Peter 302, 333f., 336
 Franco, Francisco 313
 Frank (Dachau) 77, 119, 125
 Frank (München, Polizeigefängnis) 45
 Frank, August 285
 Frank, Hans 50, 104, 222
 Franke, Hermann 159
 Franke, Otto 133
 Franz, Wilhelm 128, 161, 168, 223
 Frei, Bruno (Freistadt, Benedikt) 243, 333
 Freisler, Roland 41, 227, 338
 Freistadt, Benedikt s. Frei, Bruno
 Freund, Julius 309, 322f., 325, 332
 Freund, Kurt 311
 Frick, Wilhelm 14, 22, 25f., 29, 36, 173, 185f., 188, 199, 202f., 216, 237, 239, 242, 246, 286f., 304
 Friedemann, Karl 178
 Friedländer 321
 Friedländer, Gerhard 24
 Friedrich 47
 Fritsch, Karl 192
 Frohl 147
 Frommhold, Ernst 311, 314
 Frühschütz, Gertrud 297
 Fruth, Alfred 221
 Furbach, Eberhard 65
 Fugger, Eberhard 65

 Fugger, Karl 311
 Funk, Walter 88
 Funke, Ewald 167
 Fuß, Fritz 324
 Futh, Karl 189, 280

 Gabel 64
 Gäbler, Fritz 11
 Gäbler, Martha 71
 Gallagher, Leo 88, 181
 Gans, Erich 237
 Ganz, Karl s. Bürger, Kurt
 Gattermann 41
 Gebel, Bernhard 300
 Gebhardt, Fritz 208f., 232
 Gebler, Anton 311
 Geffke, Hans 152, 154
 Gefier 39
 Geigenmüller, Otto 27
 Geisler 115, 175
 Gérard, Hein 163
 Gerlach, Robert 217
 Gerlach, Walter 191
 Gerloff, Hugo 178, 236
 Gersdorff, Wolf Heinrich von 18
 Gerstmeier, Rudolf 145
 Geschke, Ottomar 20, 24, 43, 55, 142f., 148, 228, 230, 311, 316, 333, 336
 Geßler, Otto 19
 Geßmann, Gertrud 303
 Gide, André 243
 Gieraths 65
 Giese 67
 Giesemann, Otto 230
 Gießner, Fritz 323
 Gisevius, Hans Bernd 199
 Gleixner, Fini 297, 320
 Glücks, Richard 256
 Gnaier 71
 Goebbels, Joseph 180, 226, 328
 Goebel 58
 Göbel, Alfred 165
 Göbel, Peter 321
 Göhring, Ludwig 178, 300, 312ff., 317f., 319
 Göring, Hermann 22f., 25ff., 29, 34, 42, 66f., 81, 85, 89, 102, 136f., 139, 147, 151, 170, 173, 185f., 188f., 193, 203, 216, 227, 245f., 287, 331, 338
 Goethe, Johann Wolfgang von 269, 322
 Götz, Josef 89, 128, 161, 168, 179
 Götz, Marie 200
 Gogh, Vincent van 322
 Goguel, Rudi 155, 167, 175
 Goldmann, Ernst 52
 Gommlich, Helmuth 267, 269
 Gorges, Albert 316
 Gorki, Maxim 324
 Gotsche, Otto 161
 Gottschalk, Rudi 321
 Grabner, Hasso 314, 325
 Graf, Hugo 142, 151, 193, 209, 228, 235, 240, 242
 Gräupner, August 218
 Graf, Seppl 321
 Grauert, Ludwig 23, 26, 32, 42, 61, 66, 85, 132, 137, 173, 185, 197
 Graul 64
 Grawitz, Ernst 261, 303
 Greifelt, Ulrich 287
 Greiner, Erich 235
 Grillparzer, Franz 322
 Grimminger, Hans 129
 Gröner 148
 Groscurth, Helmuth 252, 339f.
 Gross, Walter 233

- Grosse, Paul 142
 Grosse, Rudolf 311
 Grossmann, Kurt s. Burger, Felix
 Groten, Theodor 97, 129
 Grube, Ernst 24, 142, 228, 230, 311, 317, 333
 Grünbaum, Fritz 324f.
 Grünewald, Adam 189
 Grünberg, Karl 158, 167, 235f.
 Grünwiedl, Martin 51, 168
 Grüttemeyer, Friedrich 129
 Gruner, Paul 142
 Guddorf, Wilhelm 311f., 314, 322
 Gümbel 67
 Günther, Kurt 147
 Gürtner, Franz 23, 26, 175, 185, 193, 223f., 226, 237, 288f., 338
 Gumbert, Fritz 129, 176
 Gustloff, Wilhelm 210

 Haag, Alfred 206
 Haag, Katharina 200
 Haberland, Ernst 310
 Haberland, Lina 310
 Hacker, Karl 128
 Hackmann, Heinrich 293
 Häbich, Walter 188
 Hähnel, Max 63
 Hagen, Wilhelm 213, 228, 232, 244
 Hagendorf, Hermann 131, 176
 Hahn, Sepp 320
 Halder, Franz 339
 Halle, Felix 24, 43
 Hamann, Hans 84
 Hampel, Otto 213
 Handschuch, Hugo 217, 223
 Harder, Hannes 316
 Harder, Willi 148
 Harms, Rudolf 213
 Hartiner, Josef 221
 Hartmann 212
 Hartmann, Hermann 316
 Hartmann, Karl-Amadeus 248
 Hartog, Gustav 152
 Hartung, Amandus 128
 Hassemer, Martin 175f.
 Haubach, Theodor 229, 246
 Haubenreißer, Carl 70
 Hauser, Wilhelm 292, 332
 Hausmann 241
 Hausmann, Leonhard 129, 168
 Heckert, Fritz 179
 Heidler, Fritz 237
 Heilig, Bruno 290, 294, 298, 301, 313, 315, 319, 322, 325
 Heilmann, Ernst 20, 113, 123, 146, 214, 231, 246, 333
 Heilmann, Friedrich-Wilhelm 142
 Heilmann, Margarete 175
 Heimann, Wilhelm 283
 Hein, Wilhelm 24
 Heine, Heinrich 322, 324
 Heinks, Heinke 142
 Heinrich, Friedrich 129
 Heiß, Kurt 163
 Heitmann, Otto Christoph 128
 Held, Heinrich 26
 Helfferich, Emil 305
 Helm, Rolf 29, 141
 Helmig, Walter 142
 Helwig, Hans 58, 267, 269, 320
 Hennig, August 129
 Hennig, Wilhelm 129
 Henning 58
 Henning, Paul 294, 316
 Hensel 76

 Henßler, Fritz 318
 Hentschel, Albert 283
 Hentschel, Fritz 331
 Hereth, Adam 188
 Herm, Max 228, 230, 234, 312
 Hermann, Otto 230
 Hermann, Willi 98
 Hermann 125
 Hermes 69
 Herrschaft, Willy 283
 Herzfeld, Irene 171
 Herzfelde, Wieland 18
 Herzog (Bremen-Mißler) 147
 Herzog (Oranienburg) 101
 Herzog, Gustav 293
 Heß, Rudolf 129, 219
 Hesse 129
 Heupel, Paul 128
 Heyde, Werner 99, 256
 Heydrich, Reinhard 28, 31, 34, 67, 104, 185f., 199, 202, 213ff., 239, 251f., 258f., 280, 282, 287, 308, 340
 Hierl, Konstantin 263
 Hilbig, Kurt 150
 Hildebrandt, Friedrich 62
 Hilgers, Alfred 68, 219
 Hiller, Kurt 242
 Himmler, Heinrich 31ff., 45, 50, 52f., 78, 99, 118, 136f., 140, 142, 162, 185ff., 189, 191, 193f., 196, 198ff., 203f., 213f., 221f., 234, 246, 251, 253, 256f., 259–262, 269, 272, 276f., 281, 284, 287f., 300–305, 308ff., 329, 331, 333, 337f.
 Hidenburg, Paul von 22, 25, 173f., 176, 225
 Hinrichs, Klaus (Wittfogel, Karl August) 243
 Hintze, Kurt 141
 Hirsch, Paul 17
 Hirsch, Werner 24, 145, 152, 171, 244
 Hirtsiefer, Heinrich 123, 148
 Hitler, Adolf 13f., 22ff., 25, 29, 46, 66, 98, 136f., 147, 155, 173, 180, 185f., 189, 193f., 198, 203, 205, 213–217, 219, 223, 225, 244, 246, 251, 256f., 266f., 300, 308, 313f., 324, 328, 331, 336f.
 Hoche, Werner 28
 Hodann, Max 24, 43, 180
 Hodes, Hermann 314
 Höhn, Wilhelm 41
 Hörning 53
 Höß, Rudolf 191f., 198, 258f., 274, 277, 300, 304
 Hoewel, Andreas 316f.
 Hoffmann 67
 Hoffmann, Arthur 311
 Hoffmann, Erich 311
 Hoffmann, Friedrich Wilhelm 213
 Hoffmann, Joachim 69, 84, 92, 97f., 224
 Hoffmann, Otto 331
 Hofmann, Franz 192
 Honiok, Franz 340
 Hoop, Martin 129
 Hoppe, Hans 212
 Horn, Karl 146, 163
 Horn, Lambert 311, 313f., 325
 Hornung, Walter (Zerfaß, Julius) 242
 Horstmann, Alex 125
 Hromadka, Josef 240
 Huber, Max 213
 Hugenberg, Alfred 22
 Hundhammer, Alois 148
 Hundskopf, Heinrich 128
 Hunger, Charlotte 217
 Hurras, Ida 217
 Hurras, Otto 129, 217
 Husemann, Friedrich 212, 217, 236, 239, 246
 Husemann, Walter 305, 316, 322
 Husemann, Wilhelm 316
 Huth, Franz 220

- Immer, Karl 331
Israel 174
- Jacob, Franz 311, 316
Jacobs, Bruno 283
Jäger 169
Jähnichen, Rudolf 47, 224
Jahnke, Willi 316
Jahr 55
Janisch, Franz 139
Janka, Albert 31
Jeckeln, Friedrich 201
Jende, Erich 312
Jendretzky, Hans 315
Jirka, Ernst 49
Joachim, Günther 217
Jodl, Alfred 252
Joël, Günther 66
Jogiches, Leo 16
Jost 50, 91
Joyce, James 246
Jürgensen, Jürgen 239
Jürgensen, Reinhold 213
Jung, Hans 142
Junge, Heinz 143
Jurich, Walter 311, 314
- Kahane, Max 242
Kahn, Arthur 52, 129
Kahn, Erwin 52, 129
Kahr, Gustav Ritter von 188
Kaindl, Otto 116, 339
Kaiser 210
Kaiser, Leo 323
Kaiser, Ruth 294
Kant, Immanuel 154
Kantorowicz, Alfred (Stomatologe) 144
Kantorowicz, Alfred (Literaturwissenschaftler) 170
Kantschuster, Johannes 53, 126, 129, 210f., 300
Kasper, Wilhelm 24, 55, 90, 115, 123f., 148, 163, 175
Katz, Delwin 128, 144, 161, 223
Katz, Iwan 18
Katz, Otto 170
Katzmann, Heinrich 66
Kaufmann 57
Kaufmann, Karl 128
Kaul, Friedrich Karl 209
Kautsky, Benedikt 99, 276
Kayser, Albert 24
Kegel, Gerhard 15
Keil, Ludwig 142
Kempner, Robert 25f.
Keppel, Max 11
Kerff, Willi 24, 152
Kern, Johann Peter 123
Kerri, Hanns 34, 139, 217, 331
Keßler 55
Keßler, Gerhard 36
Kiefert, Hans 142
Kiening, Xaver 225
Kieffling, Bruno 131
Kiock, Friedrich 118
Kipp, Otto 311
Kirchert, Werner 292
Kisch, Egon Erwin 43, 246
Kiwitz, Heinz 158, 169
Klabund 155
Klangwarth, Willi 232, 316, 321
Klaus, Georg 315
Klausmann, Robert 163
- Kleiber, Rudolf 89
Klein, Fritz 128
Kleindienst 129
Kleuber 24
Klingelhöfer, Albert 283
Klötzer, Hans 58
Klug, Rudolf 311
Klug, Theodor 188
Knaak, Richard 163
Knöpke, Joseph 49
Knopp, Gabriel 14
Koch 57
Koch, Erich 20
Koch, Fritz 11
Koch, Ilse 258, 300
Koch, Karl 189, 191, 257, 259, 267, 269, 296, 316
Koch, Werner 291, 297, 314, 321–324, 328f.
Koefer, Joseph 212
Kogel, Max 192, 272, 301
Köhler, Erika 299
Köhler, Kurt 291
Köhler, Max 24
Körbitz, Kurt 41
Körner, Paul 36, 287
Kofke, Richard 107
Kogon, Eugen 95
Kohlenbach, Rudi 212
Kohn, Max Hans 245f.
Koll, Christoph 146
Kolzow, Michail 179
Konietzny, Dalmatius 220
Korn, Eugen 222
Korndörfer, Johann 283
Korolak, Franz 318
Kosa, Franz 45
Kotkow, Wladimir 129
Kottisch, Reinhold 218
Krack, Hugo 71
Krämer, Walter 311, 316, 321, 325
Krain 64
Kralik, Hans 242
Kralik, Lydia 175
Kramer, Flora 209
Kramer, Hans Walter 213
Kramer, Helmut 329
Kramer, Walter 215, 228, 230, 232ff.
Kraus, Peter 45
Krause, Georg 328
Krause, Max 24
Krauthause, Richard 311
Krebs, Hans 261
KreyBig, Lothar 328
Kries 321
Kröhne 49
Kröning, Wilhelm 56
Krohn, Albert 149
Krone, Ernst 256
Krop, Willi 152
Krüger 53, 76
Krüger, Erich 229, 327
Krüger, Ernst 57, 107, 125
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 24
Kube, Wilhelm 239
Kühne, Otto 24
Künneht, Walter 177
Künstler, Franz 147
Künstler, Karl 272
Küster, Fritz 24, 180, 246
Kuhn, Willi 312
Kunkel, Ernst-Ewald 89
Kuntz, Albert 228, 234, 311f., 317, 325, 333

- Lachmann, Paul 218
 Lämmel, Rudolf 283
 Lahts, Max 46
 Lahy-Hollebecque 171, 180
 Laibowitsch, Simon 131
 Lammers, Hans-Heinrich 136, 173, 175, 267, 331, 338
 Lampe 316
 Landfried, Friedrich 196
 Landowski, Leonhardt 228
 Lang 210f.
 Lange, Fritz 159
 Langer, Erich 142
 Langevin, Paul 243
 Langhoff, Wolfgang 67, 100, 112, 142, 154f., 157, 175, 242, 244
 Laski, Harold 248
 Laskin, Max 144
 Laue, Theodor 42, 58, 70, 133, 148
 Lauer, Klaus 28
 Laux, Heinrich 142
 Lazar, Carl 53, 114
 Leber, Julius 229, 234, 318
 Lechleiter, Georg 123
 Ledebour, Georg 16
 Lehár, Franz 307
 Lehmann-Rußbüldt, Otto 24
 Lehrburger, Karl 128
 Leibbrand, Robert 317, 322
 Leikam, Alfred 329, 331
 Lembcke, Walter 232
 Lemnitz, Alfred 141f., 211, 228, 230
 Lenin, W. I. 155, 192, 324
 Leo 329
 Leonhard, Rudolf 248
 Leopoldi, Hermann 307, 324f.
 Leps, Georg 144
 Lesch, Karl 128
 Leu, Walter 321
 Leuschner, Wilhelm 146, 149
 Leven, Paul van 148
 Levetzow, Magnus von 43
 Levinstein, C. 327
 Lewin, August 163
 Lichtenberg, Bernhard 239
 Liebehenschel, Arthur 256
 Liebing, Walter 159
 Liebisch 129
 Liebknecht, Karl 17, 155, 324
 Liebmann, Hermann 131
 Liesegang, Reinhold 129
 Ligendza, Roman 311
 Lindemann, Karl 305
 Linnemann, August 67
 Lippert, Julius 137
 Lippert, Michael 188, 267
 Lippert, Willi 84
 Lips, Julius 248
 Litten, Hans 24, 55, 90, 118, 122 ff., 155, 175, 180, 208 f., 230, 232 f., 242, 246, 248, 302, 310, 333 f.
 Litten, Irmgard 115, 175, 232, 236, 248, 310
 Löbe, Paul 173
 Löblich, Otto 58
 Löhner-Beda, Fritz 307
 Löwenstein, Edgar 302
 Löwenstein, Kurt 333
 Loewy, Paul 212
 Lohse, Hinrich 56
 Lomla 165
 Lomnitz, Alfred 315, 332
 Lorant, Stefan 243
 Loritz, Hans 189, 191 ff., 214 f., 234, 276
 Lossa, Johann 142
 Loßberg, von 19
 Lubisch 264
 Ludwig, Emil 155
 Lück, Ernst 133
 Lüdemann, Hermann 147, 173
 Lüdtkke, Paul 27, 34
 Lux, Friedrich 150
 Luxemburg, Rosa 14, 16 f., 155, 324
 Mac Donald, James Ramsey 180
 Mache, Karl 147
 Mack, Ernst 24
 Mainz, Albert 124
 Malcolm, Sir Neill 180
 Malraux, André 242
 Malsen-Ponickau, Erasmus Freiherr von 51
 Mann, Heinrich 247 f.
 Mann, Thomas 155, 246, 248, 333, 336
 Mans, Adolf 319
 Margulies 321
 Marley, Lord Dudley Leigh Aman 171, 179
 Markert, Richard 58
 Manette, Felix 64
 Martin, Benno 222
 Marum, Ludwig 128, 176
 Marx, Karl 16, 107, 155, 192
 Marx, Otto 70
 Marx, Rudolf 55
 Massing, Paul s. Billinger, Karl
 Matthes 47
 Matthies, Luise 175
 Matthies, Otto 175
 Maue, Wilhelm 53, 96, 139
 Maußner, Karl 315
 Meder, Oskar 328
 Mehring, Franz 16 f.
 Mehring, Walter 24
 Meier, Helene 176
 Meier, Otto 69
 Meinel, Otto 148
 Meisinger, Josef 45
 Menzel, Karl 128
 Meyer, Conrad Ferdinand 155
 Meyer, Ernst 16 f.
 Meyer, Herbert 228
 Meyer, Rudolf 24
 Michael, Gotthold 293
 Michalek, Robert 312
 Mierendorff, Carlo 146, 180, 230, 245 ff., 248, 333, 336
 Müller, Sepp 240
 Mirdel, Karl 24
 Mirek, Erich 169
 Mittelbach, Hans 55, 118, 175, 186
 Modrow, Walter 163
 Möricke 24
 Mohr, Franz 58
 Monnerville 335
 Morgan, Paul 324 f.
 Moser, Erna 175
 Moser, Georg 174 f.
 Moser, Kurt 174
 Mozart, Wolfgang Amadeus 324
 Mühe, Fritz 141
 Mühsam, Erich 24, 55, 90, 114 f., 118 f., 124, 144, 180, 182, 211 f., 234, 236, 242 ff.
 Mühsam, Kreszentia 115, 144, 175, 212, 242
 Müller (Hainewalde) 49
 Müller (Moringen) 56
 Müller, Albert 231
 Müller, Armin 331
 Müller, Arthur 171
 Müller, Erwin 144
 Müller, Eugen 128

- Müller, Hans 212
 Müller, Heinrich 186, 282, 286
 Müller, Helmut Josef 218
 Müller, K. 63
 Müller, Oskar 316, 321
 Mütze-Specht, Fanny 331
 Muhler, Emil 177
 Muntau 60
 Mutschmann, Martin 36, 213, 224f., 237
 Mutzbauer, Josef 53, 77
- Nadler, Albert 315
 Naujocks, Alfred 340
 Naujoks, Harry 297, 305, 311, 313, 316, 318f., 322
 Neddermeyer, Robert 228, 315
 Nefzger, Sebastian 128, 177
 Neick, Hans August 128
 Neidschwanger, Ludwig 165
 Neubauer, Paul 283
 Neubauer, Theodor 123f., 142, 145, 152, 154, 180, 212, 228f., 233, 242, 246, 311f., 314, 333, 336
 Neubert, Alfred 142
 Neubert, Minna 178
 Neubert, Reinhard 28
 Neuhoof, Hans 141
 Neuhoof, Hugo 68
 Neusinger 229
 Newton, Lord 101f.
 Niederkirchner, Michael 24, 55
 Niekisch, Ernst 23
 Niemöller, Martin 177, 202, 329ff., 333ff.
 Niklas, Hugo 213
 Noack, Walter 118
 Nöthe, Willi 24
 Noqueres 335
 Noske, Gustav 17, 19, 146
 Nowak, Otto 19, 212
 Nuernbergk, Werner 53, 114
- Oberdörfer, Ernst 11
 Obermeier, Alois 207
 Obermeier, August 165
 Obst, Erich 41
 Obuch, Gerhard 19
 Ochs, Wilhelm Rudolf 213
 Ohl, Will 212
 Ohrem, Willy 106, 118
 Olah, Franz 318
 Oltmann, Albert 149
 Opitz 58
 Opitz, Rudolf 303, 325
 Oppenheimer, Max 291
 Oschasch, Johann 149
 Ossietzky, Carl von 7, 24, 43, 55, 90, 145, 155, 159, 170, 180, 182, 208, 214, 229, 231f., 234, 242, 245f., 248, 325, 333, 336
 Ossietzky, Maud von 115
 Otto, Ottomar 222
 Overlach, Helene (Lene) 299, 304
- Paddy, Volker 322
 Pätzke, Arthur 163
 Pankow, Karl 311
 Papen, Franz von 20, 22, 24, 26, 101f., 173
 Pappenheim, Ludwig 129
 Pauker, Anna 333
 Paul, Hugo 315
 Paul, Jean 322
 Pauly, Max 338f.
 Peix, Karl 325
 Peix, Marie 71
 Pelz 55
 Perth, Rudi 321
- Peters, Otto 212
 Peters, Rudolf 302
 Pfanzelt, Friedrich 308
 Pflaumer, Oskar 222
 Pflüger, Albert 145
 Pfordten, Theodor von 13
 Pfundtner, Hans 287
 Pianozek 58
 Pieck, Wilhelm 313, 334
 Piefke, Ernst 186, 189, 262
 Pietrzuch, Konrad 218
 Pilsudski, Józef 15
 Piorkowski, Alex 272
 Pirch, von 11
 Piter, Gertrud 128
 Plätzle, Arthur 163
 Plaul, Wolfgang 277
 Pleines, Fritz 69, 98
 Plesse, Karl 321
 Plönzke, Friedrich 40
 Podschwadek 129
 Poensgen, Ernst 23
 Pötsch 204
 Pohl, Oswald 140, 260f., 267, 269, 272ff., 277, 304, 338
 Pohle, Walter 331
 Polesky, Emil 141
 Poller, Walter 318, 325
 Popitz, Johannes 26
 Porath 125
 Portrikus, Folkert 228
 Posener, Curt 324
 Poser, Lydia 71
 Poser, Magnus 142
 Presser, Arthur 169
 Priacel, Stefan 333
 Probst, Adalbert 188
 Prochnow 129
 Prüfert, Paul 129
 Prüser, Hermann 146
 Puttkamer, Robert von 16
- Quast, Cläre 167f.
- Rademacher 125
 Raeder, Erich 331
 Rätzer, Rudi 142
 Raföth, Rudolf 149
 Rakosi, Mathias 333
 Rascher, Siegmund 300
 Rath, Ernst vom 292
 Rathenau, Walter 19
 Rattai, Willi 316
 Rausch, Max 176
 Rechenberg, Hans 89
 Regler, Gustav 170
 Reich, Maximilian 320, 324–327
 Reich, Otto 191
 Reimann, Karl 311
 Reiner, Alexander 191
 Reinhard, Johann 178
 Reinwarth, Rudi 155
 Remmert, Heinrich 67, 96f., 208, 210, 233
 Renn, Ludwig 24, 43, 180, 246
 Rentsch, Oswald 314
 Reschke 55
 Respondek, Otto 325
 Reuter, Fritz 313, 320
 Retzlaff-Kresse, Bruno 240, 242
 Ribbentrop, Joachim von 246
 Richter, Alfred 133
 Richter, Ernst 129
 Richter, Heinrich 98

Richter, Hubert 294, 302, 316
 Riedl 285
 Riedmüller, Nikolaus 163
 Riemer, Karl 144
 Rietzsch, Kurt 217
 Ritscher, Bodo 151
 Ritter 127
 Röder, Hellmuth 321
 Röder, Karl 291, 315
 Rödl, Arthur 209, 290, 294, 307
 Röhm, Ernst 23, 95, 188, 220
 Röhrbein, Paul 188
 Röhricht, Alfred 228, 232, 242
 Röhring, Hans 329
 Röhrs 212
 Römling, Walter 129
 Rohde 57
 Rohde, Johannes 191, 212
 Rolland, Romain 179, 243, 246
 Rosenberg, Johannes 186
 Rosenfeld, Kurt 236
 Rosenfelder, Albert 161
 Rosin, Wilhelm 213
 Rossaint, Joseph 167
 Rossig, Erich 47
 Rossmann, Erich 100, 143, 145
 Rost, Nico 148, 179
 Roßhaupter, Albert 145
 Roth, Johannes 224
 Rothkegel, Rudi 321
 Rottmeier, Fritz 168
 Rubner, Wenzel 148
 Ruf, Willi 141, 159
 Rumpf, Willy 316, 321
 Rumstich, Willi 231
 Rybarczyk, Johann 283

 Saalwächter, Ernst 228
 Sachs, Maximilian (Max) 213, 217, 234, 240
 Sachse, Hans 41
 Sachsen-Coburg und Gotha, Carl Eduard Herzog von 213 ff.
 Sachsenröder, Siegfried 233
 Saefkow, Anton 333
 Sägebrecht, Willy 143, 165
 Salis, Karl 69, 98
 Salpeter, Walter 260 f.
 Sander 24
 Sartorius, Gertrud 154
 Sattler, Paul 283
 Sauckel, Fritz 11, 186, 267
 Sauer, Albert 274
 Sauer, Karl 128
 Schabe, Paul 129
 Schabrod, Karl 114, 142, 147 ff., 152, 154, 158, 164, 175
 Schäfer, Adam 327
 Schäfer, Werner 53, 93, 96, 139, 170
 Schäfer, Wilhelm (Boxheimer Dokumente) 14
 Schäfer, Wilhelm (Lichtenburg u. Buchenwald) 204, 206, 258
 Scharf, Friedrich 62
 Scheer, Maximilian (Schlieper, Walter) 242
 Scheidemann, Philipp 17, 101
 Schellenberger, Hans 142
 Scheller, Hans 230
 Scherchen, Hermann 248
 Schieman 49
 Schiller, Friedrich 215, 322
 Schimmel 330
 Schirdewan, Karl 311 f., 314, 322
 Schlag, Otto 228
 Schleicher, Kurt von 20
 Schlemmer 51 f.
 Schlieper, Walter s. Scheer, Maximilian

Schlimmer, Hermann 217
 Schloss, Louis 128
 Schmale 57
 Schmalenberg, Walter 340
 Schmedemann, Walter 168
 Schmiedermann, Heinrich 232
 Schmidt, Bernhard 189, 191, 233
 Schmidt, Erich 141
 Schmidt, Gustav 129
 Schmidt, Heinrich 233
 Schmidt, Rudolf 144, 147, 159
 Schmidt, Willi 292
 Schmincke, Richard 24, 43
 Schneider, Carl 103
 Schneider, Margarethe 310
 Schneider, Paul 303, 310, 325, 329, 331, 334
 Schneller, Ernst 55, 90, 124, 142
 Schnellknecht, Hans 142
 Schoenaich, Paul Freiherr von 180
 Schossig, Konrad 142
 Schramm, Heinz 167
 Schraps, Paul 211
 Schreiber 68
 Schreiber, Karl 240, 242
 Schreiber, Suse 209
 Schröter, Max 178
 Schuba 68
 Schubert 131
 Schubert, Kurt 142
 Schubert, Wilhelm 258 f.
 Schubringk, Willi 24
 Schuler 52
 Schulz, Willi 141
 Schulze, Fritz 142
 Schumacher, Kurt 229, 318, 336
 Schumann, Georg 311
 Schumann, Walter 155
 Schuster (Dachau) 52
 Schuster (Hammerstein) 129
 Schwantes, Martin 311, 315
 Schweden, Carl Prinz von 181
 Schweiger, Max 142
 Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 22, 305
 Schwichow, Walter von 321
 Seeckt, Hans von 19
 Seehaus, Martin 66
 Seere, Philippe 335
 Seetzen, Heinz 96
 Seger, Gerhard 14, 70, 100 f., 149, 163, 169, 171, 243
 Seeger (Frau und Tochter) 70, 101, 169 f., 181
 Seghers, Anna 169
 Selke, Karl 329
 Sens, Max 131
 Serelmann, Hans 232
 Serve, Hubert 228
 Severin, Konstantin 205
 Severing, Carl 18 ff.
 Sichel, Ernst 161
 Siebert, Ludwig 118, 132
 Siebert, Max 142, 221
 Siegel, Bruno 141
 Siegmund 55
 Siegmund-Schulze, Friedrich 244
 Siewert, Robert 319
 Sikora, Felix 96, 25
 Simon 232
 Simon, Sir John 246
 Simon, Max 193
 Sindermann, Kurt 311
 Singer, Kurt s. Deutsch, Kurt
 Soletzky, Bruno 293
 Sollacher, Georg 177

Solmitz, Fritz 124, 128, 168, 224, 243
 Sommer, Martin 258, 292 ff., 301, 324
 Sommerfeldt, Martin 89
 Sonnemann, Otto 319
 Sorge, Gustav 212, 258f.
 Soswinski, Ludwig 290
 Soyfer, Jura 323f., 334
 Speer, Albert 260
 Spicker, Willy 19f., 141, 149f.
 Spieker, Joseph 202, 205, 209, 239f.
 Spieler, Christian 56
 Spielmann, Georg 315, 321
 Spohr, Werner 28
 Sprengel, Rita 148f., 154
 Spinger, Wilhelm 213
 Staak, Kurt 126, 225
 Staemmler, Wolfgang 331
 Stahlkopf, Hans 53
 Stange, Willy 80
 Stannies, Otto 176
 Stark, Hans 222
 Stegemann, Hermann 57
 Steiger, Paul 283
 Steinbrecher 145
 Steinbrenner, Hans 51, 98, 128f., 331
 Steinfass, Willi 129
 Steinfurth, Else 181, 332f.
 Steinfurth, Erich 142, 159, 163
 Steinwand, Rudi 321
 Steinwender, Leonhard 325
 Stenzer, Emma 100, 149, 171, 179
 Stenzer, Franz 100, 126, 129, 168, 179, 221f., 333
 Sterzer 294
 Stiebel, Martin 128, 161
 Stieler von Heydekamp 67
 Stix, Heinrich 128
 Stockhofe 56
 Stoecker, Walter 24, 55, 142f., 152, 159, 163, 209, 228, 299, 311f.,
 317, 325, 327, 333f., 336
 Stötzl, August 311
 Stoffregen, Otto 227
 Strauß, Alfred 125, 129, 167
 Strauß, Johann 307
 Stroop, Jürgen 303
 Stülpnagel, Joachim von 88
 Stützing, Franz 161
 Stützing, Xaver 212, 228
 Stuker 209, 239
 Südekum, Albert 17
 Sumpf 56
 Szymanowski, Franz 96
 Tamaschke, Günther 189, 192, 195, 214, 256, 272, 274
 Tank, Fritz 69
 Tarara, Heinrich 283
 Tauchert 142
 Tausch, Kurt 53, 96, 139
 Taylor, Telford 95
 Teichert, Hans 222
 Teller, Martin 141
 Templin, Johann 128
 Tengelmann, Wilhelm 57
 Tenaff, Theodor 69, 96
 Tesmer, Hans 28, 188f.
 ter Heiden 124
 Deutsch 124
 Thälmann, Ernst 21, 24, 90, 155, 178, 180f., 236, 245f., 248, 308,
 313, 333
 Thaler, Oskar 177
 Thes, Heinrich 213
 Thesen, Matthias 243, 311
 Thiele, Herbert 311, 323

Thöne, August 312
 Thomas, Herbert 321
 Tillessen, Heinrich 218
 Tillich, Ernst 328
 Timmler, Johann 163
 Tittel, Alfred 321
 Toifl, Othmar 67
 Toller, Ernst 336
 Torgler, Ernst 24
 Torres, Henry 335
 Troskowski, Fritz 141, 151
 Trauselt, Maximilian 147
 Trenkle, Franz Xaver 192
 Treptow, Walter 98
 Trettin, John Wilhelm Ernst 128
 Tröger, Georg 315
 Tschischwitz, Erich von 19
 Tschornicki, Max 163, 169
 Tschuppik, Walter 244
 Tucholsky, Kurt 322
 Twain, Mark 322
 Ullrich, Arthur 311
 Ullrich, Lisa 298f., 314, 320
 Umland, Karl 128
 Unger, Fritz 321
 Ungermann, Richard 129
 Unterhuber 126, 210
 Vater, Bruno 69
 Veller, Willi 68
 Verner, Wenzel 142
 Veroe 321
 Verone, Maria 335
 Vesper, Walter 142
 Villain, Erwin 40
 Vogel (Buchenwald) 294
 Vogel (Dachau) 52
 Vogel, Alfred 323
 Vogel, Erich (Hohnstein) 223
 Vogel, Erich (Pappenheim) 178
 Voget, Julius 331
 Vogt, Hannah 71
 Volk, Hans 55
 Wadewitz, Kurt 224
 Wäckerle, Hilmar 52f., 77, 125, 221
 Wagener, Hermann 165
 Wagner 49
 Wagner, Adolf 37, 50, 103, 132, 196, 198
 Wagner, Robert 128
 Wahl, Christoph 163
 Waibel, Toni 234
 Walchensteiner, Othmar 68
 Walter, Ernst 129
 Walter, Otto 313
 Walther, Georg 231f., 328
 Wangelin, Ludwig 340
 Warnke, Helmuth 149, 212
 Wassermann 53
 Weber, Erich 178
 Wecke, Walter 40, 55, 60
 Wegener, Armin T. 155, 157
 Wehner, Georg 142
 Wehrstedt, Franz 98
 Weidlich, Herbert 293, 317
 Weidner, Else 145
 Weigel 209
 Weigeld, Ludwig 225
 Weinert, Erich 322
 Weinold, Johannes 96
 Weise, Martin 311

Weiseborn, Jakob 272, 307
 Weiß, Martin 192
 Weißler, Friedrich 302f., 310, 328f., 333
 Weißmann, Robert 49
 Weiterer, Maria 145
 Weitzel, Fritz 67f.
 Wenzel 50
 Werger, Heinz 228
 Werner, Kurt 242
 Westermann, Hans 213
 Wetz Müller, Ernst 219
 Whathley, Monika 244
 Wicki, Bernhard 319
 Widder 65
 Widmann 66
 Wiechert, Ernst 299f., 307, 316, 319, 323, 326, 331, 341f.
 Wieder, Wilhelm 106, 129
 Wiesner, Erich 152, 164
 Wiggers 302
 Wilhelm 131
 Wilhelmi 118, 215
 Wilke 64
 Wilke, Bernhard 97
 Willmann, Heinz 141, 169f., 243
 Wimmer 52
 Winckler, Gustav 219
 Windig 241
 Winkel, Emil 171
 Winkelmann, Frieda 154
 Winkler 52f.
 Wirsing, Willi 24
 Wirtz, Kurt 212
 Wittfogel, Karl August s. Hinrichs, Klaus
 Wloch, Karl 228ff., 232, 307, 311, 315, 321
 Wörl, Ludwig 231
 Wohlfahrt, Rosa 71
 Woitkowski, Paul 228, 312
 Wolf, Walter 307, 323

Wolff 200
 Wolfgang, Kurt 323
 Wolmann 227
 Wolnitz, Rufin 218
 Wolters 68
 Wriedt, Max 213
 Wrisberg, Ernst von 17
 Wrobel, Gustav 142
 Wüstner 64
 Wüllenweber, Friedrich 128
 Wüsthoff 124
 Wunderlich 62
 Wunderlich, Rudolf 291, 340
 Wutzdorf 55
 Wyschka, Arthur 147, 311, 316f.

Zäuner, Josef 148
 Zahm, Hermann 127
 Zahn, Theodor 58
 Zeisler 169
 Zeitler, Paul 301, 303, 328
 Zerfaß, Julius s. Hornung, Walter
 Zetkin, Clara 150, 168
 Zevars, Alexandre 335
 Ziegler, Georg 49, 224
 Ziemach 129
 Ziereis, Franz 274
 Ziffer, Friedrich 283
 Zill, Egon 301
 Zill, Eugen 49
 Zill, Friedrich 49
 Zimmermann, Richard 142
 Zipper, Herbert 334
 Zipser 321
 Zock 294
 Zörgiebel, Karl 146
 Zollikofer, Ludger 168

Lager und Folterstätten

- Ahlen-Falkenberg 60
 Ahrensböck 69, 73, 120f., 135, 140
 Alt-Daber 57, 73, 120, 135
 Altenberg 45, 47f., 73
 Altona 31
 Ankenbuck 58, 73, 90, 100, 111, 120f., 123, 135, 140, 150, 154, 169
 Anrath 43, 73
 Annaberg 41, 73
 Archangelsk 15
 Aschaffenburg 31, 44
 Aue 41, 49, 93
 Augustusburg 63, 73, 169, 191
 Auschwitz 191f., 258, 286, 341
- Babelsberg 73
 Bad Kissingen 44
 Bad Schandau 41
 Bad Sulza 70, 73, 101, 121, 123, 140, 142, 145, 155, 194, 197, 204, 267, 269, 275, 289, 327
 Bamberg 31, 44
 Barmen 20
 Bautzen 49, 73, 113, 135, 170
 Bayreuth 44f., 47, 73
 Benninghausen 47, 53, 73, 135
 Berezka Kartuska 15
 Bergen-Belsen 193
 Bergisch-Gladbach 73
 Bergkamen-Schönhausen 56, 73, 100, 108, 114, 135, 144
 Berlin-Alexanderplatz 43
 Berlin-Charlottenburg 40
 Berlin, Columbia-Haus 67, 69, 73, 84, 98, 106, 111f., 119, 123 ff., 140, 171, 188, 191–196, 204, 206f., 209, 212, 240, 242, 258, 262, 264, 275
 Berlin-Friedrichshain 40
 Berlin, Friedrichstraße 39f., 73
 Berlin, Friesenstraße 39f.
 Berlin, General-Pape-Straße 39f., 73
 Berlin, Hedemannstraße 39, 73, 220, 332
 Berlin-Köpenick 40, 73
 Berlin-Kreuzberg 40
 Berlin, Lehrter Straße 24
 Berlin-Lichtenberg 40
 Berlin-Lichterfelde 259
 Berlin-Marzahn 286
 Berlin-Moabit 40, 43, 90
 Berlin-Mitte 40
 Berlin-Neukölln 40
 Berlin-Niederschönhausen 40
 Berlin-Plötzensee 24, 43, 55, 73, 114
 Berlin-Prenzlauer Berg 40, 73
 Berlin-Spandau 40, 43, 73, 113, 147, 150, 175
 Berlin-Wedding 40
 Berlin-Zehlendorf 40
 Berlistedt 276
 Bermsgrün 73
 Bischofswerda 45
 Blankenburg 73
 Bochum 40, 73, 108
- Börgermoor 40, 60f., 64 ff., 73, 77, 81, 84f., 96, 100, 106, 112, 114f., 117, 119 ff., 122f., 126, 134, 137, 139–152, 154f., 157 ff., 163f., 167–170, 172, 175, 180, 240, 242f., 332
 Börnicke 53, 64, 73, 84, 108, 120f., 131, 134f.
 Brandenburg 69, 73, 84f., 105, 107, 109, 113ff., 118f., 121ff., 126, 128, 135, 137, 140, 142, 152, 159, 169ff., 242, 332
 Braunschweig 41
 Brauweiler 47, 53, 73, 85, 135, 140, 150, 170, 175, 189
 Breitenau 47, 56, 73, 92, 100, 115, 120f., 140, 143f., 332
 Bremen-Findorff 58, 70, 73, 87, 93, 111, 124, 135, 142, 145f., 148–151, 165, 167, 169, 176, 178
 Bremen-Ochtumsand 70, 73, 87, 111f., 135, 140, 176
 Bremerhaven, Langlütjen 70, 73, 87, 111, 140
 Breslau-Dürgoy 57, 73, 90, 113, 115, 120, 122, 135, 170, 172f., 176, 332
 Brual-Rhede 139
 Buchenwald 90, 253, 255, 257f., 267–276, 278–286, 288–303, 306–325, 327, 329, 331–334, 336, 338f., 341f.
- Chemnitz 41, 45, 63, 73, 191
 Coburg 41, 44, 73
 Colditz 45, 47 ff., 73, 82, 87, 89, 107, 109, 111, 117, 121, 127, 135, 139, 141, 150f., 157, 159, 168, 170, 191, 204
 Columbia-Haus s. Berlin, Columbia-Haus
 Cuba 14
- Dachau 11, 32, 41, 45f., 50 ff., 73, 76–80, 84f., 87 ff., 92, 98–101, 103ff., 106, 108, 111f., 114 ff., 118 ff., 122–129, 131, 133 ff., 137 ff., 142, 144 ff., 148f., 152, 155, 158–163, 167–172, 177 ff., 188 f., 191–196, 198, 200, 202–207, 209 ff., 213 ff., 217, 221f., 225, 228, 231, 233–238, 240f., 243–246, 248, 251 ff., 255, 258, 260f., 269, 271–276, 279–282, 284, 286, 288–292, 294, 298–305, 308f., 312–315, 317–320, 322f., 325–328, 331–334, 338 f., 341
 Dänholm 61
 Darßer Ort 61
 Der Bug 61
 Dömitz 62
 Dornburg 42, 64, 73, 107, 135
 Dortmund 73
 Drebach 41
 Dresden, Mathildenstraße 47f., 50, 73, 135
 Dresden-Trachenberge 191
 Düsseldorf 40, 43, 65, 73, 124, 142, 159, 286
 Duisburg 73
- Ehrenfriedersdorf 41
 Eibenstock 45
 Elberfeld 20
 Elgen 15
 Eisenau 53, 73, 96, 120, 139, 147
 Erfurt, Feldstraße 57, 73, 121, 135, 142, 144, 147, 151
 Erfurt, Petersberg 43, 73, 142
 Essen 40, 73, 106
 Esterwegen 7, 61, 66f., 73, 77, 81, 88, 96f., 105f., 111f., 115, 120f., 124, 127, 129, 134f., 137, 140, 142–145, 147f., 151, 154 ff., 163, 169, 175f., 180, 186, 189, 191–196, 199f., 202–214, 217, 228–235, 239f., 242, 245f., 256, 258f., 262 ff., 275, 316, 332 ff., 341

Ettersberg s. Buchenwald
Eutin 73, 92, 96, 120f.

Falkenstein 45
Flossenbürg 192, 256, 260, 272–276, 286f., 289, 294, 297, 299, 332, 338f., 341
Frankfurt am Main 41, 73, 286
Fuhlsbüttel s. Hamburg-Fuhlsbüttel
Freiberg 73
Freital 73

Gelenau 41
Glashütte s. Wittmoor
Glauchau 73
Glückstadt 47, 56, 73, 140, 144, 154
Gollnow 43, 45, 73, 90, 135, 144, 152ff.
Görlitz 71, 103
Gotteszell 58, 73, 90, 100, 134, 151
Greifswalder Oie 61
Grenzdorf 339
Groitzsch 41
Groß Zicker 61
Gumpetshof 71, 73, 103

Hainewalde 47f., 73, 87, 90, 106, 109, 111ff., 114ff., 118ff., 122, 124, 126, 135, 138, 144f., 148, 159, 169f., 172, 176, 178, 223
Hainichen 45, 47ff., 73, 77, 82, 111, 135, 149, 224
Halle an der Saale 64, 74, 135, 176
Hamburg-Fuhlsbüttel 45f., 74, 79, 97, 100, 115, 124, 126, 128, 135, 139, 141f., 150, 152, 154, 168–171, 191, 194, 199f., 204, 207, 212f., 224, 228, 231ff., 235, 243f., 246, 276, 332f.
Hamburg, Stadthaus 45, 74
Hammerstein 31, 60, 65, 74, 78, 85, 97, 114, 118, 129, 135
Hanau 74
Hanöversand 60
Hannover 74, 90
Hassenberg 41, 74
Haßfurt 31, 44
Havelberg 63f., 74, 121, 135
Heidequelle 71
Heinersdorf 74, 101, 169, 173f.,
Herzogenbusch ('s-Hertogenbosch) 259
Heuberg 41, 57ff., 71, 74, 76, 89ff., 92, 100, 111ff., 117, 119ff., 123, 131, 133ff., 138, 143, 145, 147, 155, 158, 169, 171, 179, 229
Hiddensee 61
Hof 44f., 74
Hohenstein-Ernstthal 74, 96, 217
Hohnstein 47f., 50, 63, 74, 82, 87f., 96, 100, 106, 109, 111ff., 114f., 119f., 122, 124, 126f., 131, 135, 140, 142, 144, 147f., 150, 155, 163, 169, 171, 178, 189, 223ff., 242f., 332
Holstendorf 69, 74, 121, 135
Hormersdorf 41

Johanngeorgenstadt 45
Jüterbog 74

Karaganda 15
Kassel 41, 56, 74
Kemna 67f., 75, 84, 106ff., 113, 118, 121f., 124, 127, 129, 134f., 140, 142, 159, 165, 167–170, 219, 223, 243
Kislau 47, 58, 74, 78, 90, 92f., 112, 118ff., 128, 135, 139f., 150, 163, 191, 197, 242, 276, 332f.
Kleve 43, 74, 168, 175
Klingenthal 41
Köln 74, 286
Köln, Klingelpütz 43, 74
Königsberg 286
Königsberg s. Quednau
Königsbrück 48f., 74, 135
Königstein-Halberstadt 47f., 74, 106, 129, 135, 138, 332
Kolberger Diep 61

Kolyma (UdSSR) 15
Kuhberg 71, 74, 77, 108, 112f., 121f., 127, 135, 140, 163, 188, 191, 197, 206, 234f., 242
Kuhlen 68, 74, 135, 155
Kurische Nehrung 61

Lamsdorf 60
Landau 74, 91
Landsberg 51
Landshut 200
Langen 74
Leipzig 47f., 74, 121
Lengefeld 74
Leschwitz 57, 74, 101, 107, 118, 124f., 135
Leubsdorf 74
Lichtenau 62
Lichtenburg 32, 60, 62, 64f., 74, 85, 97, 100f., 105f., 109, 113, 115, 117ff., 121ff., 127ff., 131, 135, 138, 140f., 144, 146f., 149, 154f., 157ff., 165, 172, 175ff., 186–189, 191–196, 200, 204–210, 213ff., 217, 223f., 228, 230f., 233ff., 240, 242f., 256, 258f., 262, 267ff., 272–275, 278, 286, 289, 297–301, 303, 305, 307, 310ff., 314, 319f., 323, 329, 332f.
Limbach 41, 74
Lipari 15
Löbau 41, 74, 170
Löcknitz 61

Magdeburg 31, 64, 74, 107, 135, 286
Majdanek 192, 258, 341
Mauthausen 260, 272–276, 286f., 289, 303, 309, 334, 338f.
Meissnershof 65, 74, 111, 129, 131, 135
Mindanao 14
Mittelbau-Dora 192
Mittweida 62
Moringen 47, 56, 71f., 74, 77, 88, 93, 100, 111, 113, 115, 127, 133, 135, 140, 144f., 148f., 151, 154, 157, 169f., 176, 186, 191, 200, 204, 207ff., 228, 231, 234, 245, 272, 275, 281, 286, 289, 327, 332f.
München, Ettstraße 45, 74
München-Stadelheim 45, 51, 74, 100, 143, 145, 149, 152, 154, 200, 228, 242
Munsterlager 18f., 60
Mylau 74

Natzweiler 192
Nauen 74
Neuengamme 192, 277, 341
Neukirchen 69, 121
Neuruppin 74, 135
Neustadt an der Haardt (heute: an der Weinstraße) 50, 74, 77, 87, 121, 127, 135
Neusturm 61, 66f., 74, 85, 96, 106, 121, 129, 131, 134, 139f., 171
Niederhagen s. Wewelsburg
Nishni Tagil 15
Niesky 745
Nohra 11f., 47, 74, 82, 135, 149, 165
Norilsk 15
Nüchel 69, 74, 121
Nürnberg 74, 222

Oberhausen 74
Oberlangen 66, 139
Ochtumsand s. Bremerhaven
Oelsnitz 74, 96, 169, 220
Oldenburg 45, 74, 161
Oranienburg 11, 32, 53f., 70f., 74, 76f., 84ff., 88ff., 92f., 100f., 105, 108, 111–116, 119ff., 124, 127, 131, 133ff., 137, 139–142, 144f., 147f., 154, 159, 163, 165, 168–172, 176, 179f., 189f., 194ff., 203, 215, 233, 240, 243, 259, 332
Osterstein s. Zwickau-Osterstein
Osthofen 50, 74, 76, 88, 90f., 100f., 108, 112, 114, 117, 120, 122, 127, 133f., 140, 142, 146, 159, 163, 167, 169, 172, 175f., 191, 225

Pappenheim 49, 74, 93, 106, 120f., 124, 135, 142, 178
Perleberg 64, 74, 135
Pirna 74
Planitz 41
Plaue 47f., 63, 74, 120, 124, 135
Pockau 41
Pölitze 286
Porz 68, 74
Pramort 61
Prettin s. Lichtenburg

Quedau 74, 85, 109, 118, 124, 135, 332

Radeberg 41
Ravensbrück 192, 256, 260, 272ff., 286, 291, 297ff., 338f.
Reichenbach 31, 74, 135
Remscheid-Lüttringhausen 43, 75, 149
Rieseberg 41, 62, 129
Rödlitz 41
Roßlau 69f., 75, 90, 101, 140, 150, 169f., 178, 191

Sachsenburg 47ff., 62f., 75, 82, 87, 92, 97, 101, 105, 108, 112, 114f., 118ff., 124, 127, 131, 135, 139f., 142, 145, 148, 150f., 154f., 158f., 188ff., 192—195, 200, 202, 204—209, 211, 213ff., 217, 228, 230—235, 237—240, 242, 244f., 257f., 262, 269, 275, 278, 281, 286, 289, 305, 311, 328, 332ff.
Sachsenhausen 169, 192, 253, 255f., 258—267, 269f., 272—277, 280f., 284, 286, 288—295, 297—303, 305, 307, 309, 311—316, 318—322, 324f., 327, 329, 331—334, 338ff., 341

Schleusingen 75
Schneeberg 45
Schwarzenberg 45
Schweinfurt 44
Seiffen 74
Senftenberg 41, 75
Sennelager 18f., 21
Sielow 19f.

Singen-Hohentwiel 71
Sonnenburg 32, 45, 55, 61, 69, 75, 84f., 88ff., 92, 97, 100, 106, 109—112, 114f., 117ff., 120f., 123f., 129, 134f., 138, 140, 142—145, 147f., 150, 152, 155, 157ff., 164f., 167, 169ff., 175, 233, 332

St. Gilgen 276
St. Wolfgang 276
Stargard 20
Staßfurt 50

Steinambrück 41
Stenz s. Königsbrück
Stettin 30, 41, 43, 75
Stettin-Bredow 69, 75, 84, 92, 97f., 112, 125, 127, 140, 167, 170, 185, 227
Stollberg-Hoheneck 75
Straubing 45, 75
Struppen 75, 135
Stuttgart 45, 58, 75
Stutthof 338f.

Tangermünde 75
Thalheim 41
Tonndorf 277

Ulm 71, 75, 118, 135, 177

Vaivara 192
Vechta 45, 75, 161
Vilm 61
Vulkan-Werft s. Stettin-Bredow
Voigtsberg 75

Waldheim 45, 75, 77, 135
Weißenfels 31, 57, 75, 135, 144, 176
Weißwasser 75
Welzheim 209, 276, 329
Werden 43, 75, 85
Wernigerode 75
Wewelsburg 277
Wittgensdorf 41
Wittlich 75
Wittmoor 58, 75, 92, 103, 115, 133, 135, 149, 157, 170, 175, 242
Wjatka 15
Wladiwostok 15
Wöllersdorf 15, 281
Workuta 15
Worms 120
Würzburg 44
Wuppertal s. Kemna

Zalaegerszeg 14
Zittau 41, 75
Zschorlau 49, 75, 84, 90, 108, 111, 120, 124f., 127, 134f., 151, 158
Zwickau-Osterstein 47f., 75, 93, 113, 124, 127, 129, 135, 140, 151, 172

Ein Historiker und ein Jurist legen nunmehr die erste umfassende Darstellung über die Entstehung und Entwicklung der nationalsozialistischen Konzentrationslager für den Zeitraum 1933–1939 vor. Bisher behandelten wissenschaftliche Überblicke angesichts des Ausmaßes und des Gewichts fabrikmäßig betriebener Verbrechen ab 1939 die frühen Terrorstätten des NS-Regimes nur beiläufig. Jetzt liegt eine Darstellung vor, die nicht nur alle NS-Konzentrationslager in dieser Zeit erfaßt, sondern im Detail zeigt, warum, wann, wie und wo die Nationalsozialisten Konzentrationslager errichteten und wie daraus jenes außergerichtliche Haftsystem entstand, das bereits perfektioniert existierte, als der Zweite Weltkrieg ausbrach.

Die Autoren analysieren die gesetzlichen Grundlagen, die jeweiligen Zielstellungen, die Täter- und die Opfergruppen. Detailliert wird die ganze Palette des sogenannten Alltages im KZ von den Schutzhaftkosten über Lebens- und Arbeitsbedingungen, medizinische Versorgung bis hin zu NS-Veröffentlichungen und Proteste im Ausland anschaulich mit einer Vielzahl von Bildern, Faksimiles und Skizzen dargestellt.

ISBN 3-05-000823-7